

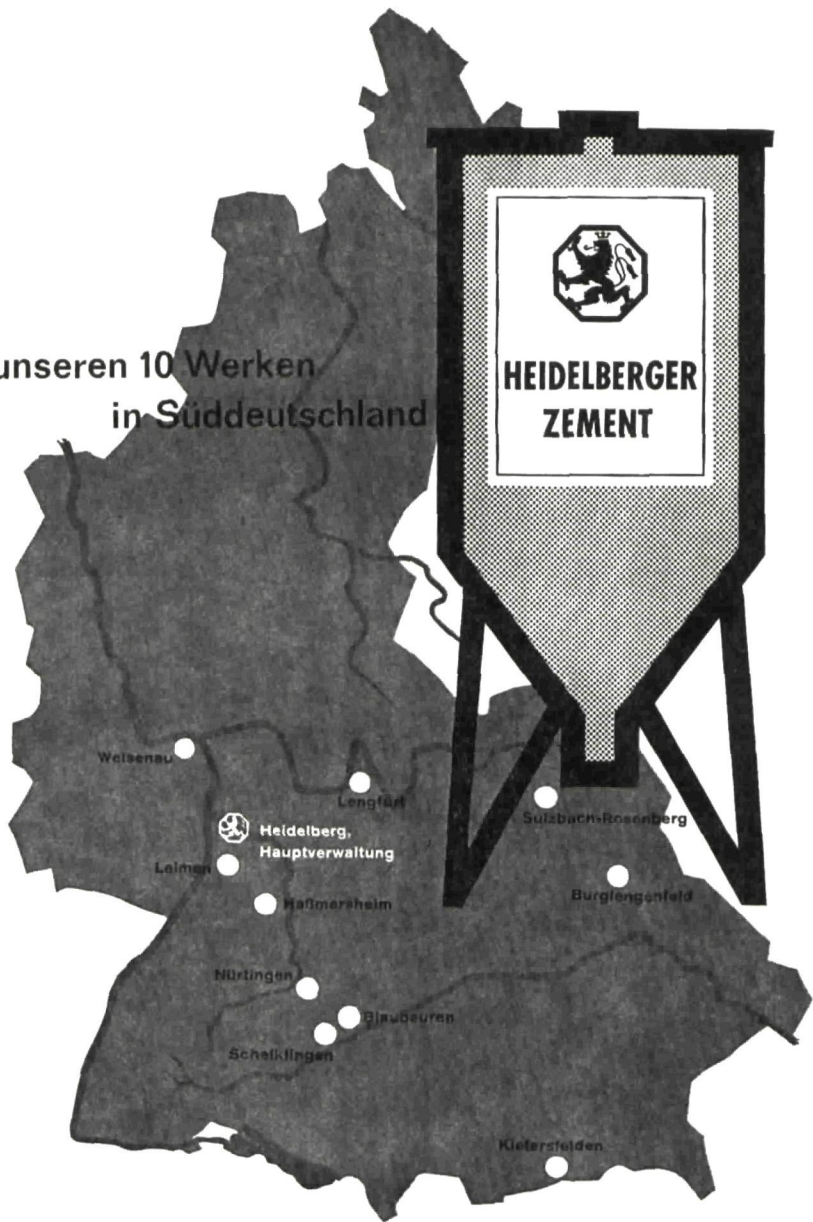
12. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



14.-17. MÄRZ 1964
HANNOVER

Aus unseren 10 Werken
in Süddeutschland



PORTLAND - ZEMENTWERKE HEIDELBERG AKTIENGESELLSCHAFT

12. BUNDESPARTEITAG DER CDU

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn,
Nassestraße 2 · Redaktion: F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages: Siering ·
Druck: Gebr. Hermes KG, Bonn · Lizenzausgabe der Presse- und Informationsdienste
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft m. b. H., Bonn
Verlag: Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau, Hamburg 1, Große Allee 10

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

12. BUNDESPARTEITAG



HANNOVER · 14. – 17. MÄRZ 1964

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1

Erster Tag: Samstag, 14. März 1964

Der 12. Bundesparteitag

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
in der Stadthalle in Hannover

begann um 15.00 Uhr mit einer

Sitzung des Bundesvorstandes

Die Sitzung des Bundesausschusses

begann um 17.00 Uhr in der Stadthalle

Zweiter Tag: Sonntag, 15. März 1964

Eröffnung und I. Plenarsitzung

Beginn: 10.50 Uhr

Ouvertüre „Die Zauberflöte“ von Wolfgang Amadeus Mozart
Niedersächsisches Symphonieorchester

Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Dr. Thierfelder

Nach den vorhergegangenen Gottesdiensten (Stadtsuperintendent Rufus Flügge in der Marktkirche, Bischof Heinrich Maria Jansen in der Propsteikirche St. Clemens) nimmt das Wort

Bundsvorsitzender Dr. ADENAUER:

Verehrte Anwesende! Meine lieben Parteifreunde! Ich eröffne den 12. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Ehe ich Ihnen Mitteilung von den Vorschlägen mache, die der Parteivorstand Ihnen wegen des Präsidiums dieses Parteitages macht, darf ich zwei Telegramme verlesen, die ich erhalten habe.

Zunächst ein Telegramm von Herrn Bundesminister Dr. Krone:

Ich bitte Sie, dem Parteitag von mir beste Wünsche und Grüße übermitteln zu wollen. Ich hoffe, bald wieder mitarbeiten zu können.

Mit besten Grüßen

Ihr Heinrich Krone

(Beifall.)

Ein weiteres Telegramm ist von unserem Freund Heinrich von Brentano. Er deponiert:

Dem Parteitag der Union, an dem ich in diesem Jahre leider noch nicht wieder selbst teilnehmen kann, gelten alle meine guten Wünsche. Ich bin überzeugt, daß die Öffentlichkeit in Deutschland und in der Welt ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung einer Politik von uns erwartet, die uns an die Seite der großen freien Nationen geführt hat und die damit die Voraussetzungen für ein Leben in gesicherter Freiheit und in rechtsstaatlicher Ordnung geschaffen hat.

Es darf kein Zweifel aufkommen, daß wir diesen Kurs fortsetzen werden. Er ist die Grundlage unserer wirtschaftlichen und sozialen Fortentwicklung; ebenso aber auch der Wiederherstellung

der staatlichen Einheit, für die wir Opfer bringen wollen, aber niemals den Preis der Freiheit zahlen werden.

Mit herzlichen Grüßen

Heinrich von Brentano

(Starker Beifall.)

Ich bitte Sie, meine lieben Parteifreunde, mich zu bevollmächtigen, den Herren zu danken und insbesondere recht baldige Genesung und Rückkehr an ihre Arbeit wünschen zu dürfen.

(Beifall.)

Unser Parteivorstand hat gestern beschlossen, Ihnen als Präsidenten der heutigen Tagung Herrn Dr. Otto Fricke vorzuschlagen,

(Beifall.)

ferner als Mitglieder des Präsidiums:

Bundesminister Dr. Seebohm,
Frau Dr. Jochmus,
Frau Kalinke,
Herrn Katzer,
Herrn Dr. Klepsch,
Herrn Bundesminister Lemmer und
Herrn Regierungspräsidenten Dichtel.

(Beifall.)

Ich darf bitten, daß nun die soeben von mir genannten Damen und Herren ihre Plätze hier einnehmen und daß die Fortführung der Leitung der Versammlung von ihnen übernommen wird.

(Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Hochverehrter, lieber Herr Dr. Adenauer! Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Gäste! Liebe Parteifreunde! Ich habe Ihnen den Dank des soeben durch die Delegierten gewählten Präsidiums für das Vertrauen auszusprechen, das Sie uns mit dieser Wahl bekundet haben. Wir werden versuchen, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen. Gestatten Sie mir, daß ich als Vorsitzender der CDU in Niedersachsen Sie alle im Namen der Landesleitung und im Namen der Vorstände der Landesverbände Oldenburg, Hannover und Braunschweig in unserer Landeshauptstadt auf das herzlichste willkommen heiße. Auch diese Landeshauptstadt ist nach schwersten Kriegszerstörungen schöner als je wieder erstanden.

Als der von Ihnen gewählte Vorsitzende des Präsidiums dieses Parteitages entbiete ich meinen ersten und sehr herzlichen Willkommensgruß unserem Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Konrad Adenauer.

(Lebhafter Beifall.)

Neben und gleich ihm begrüße ich aufs herzlichste unseren Bundeskanzler, unseren Freund Professor Dr. Ludwig Erhard.

(Lebhafter Beifall.)

Ich begrüße gleichermaßen sehr herzlich und mit Dank für die von ihm geleistete Arbeit den Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden unserer Union, Herrn Minister Dufhues.

(Lebhafter Beifall.)

Daneben begrüße ich gleich herzlich den stellvertretenden Vorsitzenden, unseren Freund Bundesminister Kai Uwe von Hassel.

(Beifall.)

Unser gleich herzlicher Gruß gilt den anwesenden Mitgliedern des Präsidiums unserer Bundespartei, Herrn Bundesminister Theodor Blank

(Beifall.)

und Herrn Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier.

(Beifall.)

Wie wir hörten, ist das sechste Mitglied, unser altbewährter Freund Heinrich Krone, erkrankt, und er bedauert sehr, nicht hier sein zu können. Wir senden ihm unsere besten Wünsche für eine baldige Genesung.

Ebenso bedauern wir – der Herr Bundesvorsitzende, Herr Dr. Adenauer, hat es soeben schon gesagt – die schwere Erkrankung unseres Freundes Dr. von Brentano. Auch das Präsidium wünscht – sicher in Ihrer aller Auftrag – Herrn von Brentano eine rasche und völlige Genesung.

(Beifall.)

In Vertretung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf ich den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, unseren Freund Dr. Barzel, auf das herzlichste willkommen heißen.

(Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Gleich herzliche Willkommensgrüße gelten den anwesenden Ministerpräsidenten der CDU, Herrn Dr. Altmeier, Herrn Dr. Lemke, Herrn Dr. Meyers und Herrn Dr. Röder.

(Beifall.)

Unser Freund Kiesinger aus Stuttgart kann leider erst heute abend eintreffen und wird dann morgen und bei den weiteren Tagungen bei uns sein.

Wir freuen uns darüber hinaus über die Anwesenheit zahlreicher Mitglieder der Bundesregierung. Ich begrüße Frau Bundesminister Dr. Schwarzhaupt auf das herzlichste.

(Beifall.)

Unsere Grüße gelten auch den Bundesministern Dr. Schröder, Schmücker, Schwarz, Dr. Seebohm, Dr. Dollinger und Höcherl.

(Beifall.)

Wir freuen uns ebenso über die Anwesenheit mehrerer Landtagspräsidenten und zahlreicher Landesminister, die ich aufs herzlichste willkommen heiße.

(Beifall.)

Ich begrüße darüber hinaus unsere Unionsfreunde aus der Fraktion des Bundestages, aus den Fraktionen der Landtage und aus den Parlamenten der kommunalen Ebene.

Unser ganz besonderer und herzlicher Gruß gilt den Freunden aus der Christlich Sozialen Union, an ihrer Spitze ihrem Vorsitzenden, unserem Freund Franz Josef Strauß.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Werte Anwesende! Meine lieben Parteifreunde! Viele hohe und befreundete Gäste aus dem In- und Ausland beehren uns zu diesem zwölften Bundesparteitag mit ihrem Besuch. Ich habe namens des Präsidiums und des Parteitages aufs herzlichste in Hannover willkommen zu heißen:

Für die Konservative Partei Großbritanniens: Frau Emmet und Herrn Wall.

(Beifall.)

Für die Høyres-Partei Norwegens: Herrn Hellesen und Herrn Willoch.

(Beifall.)

Für die Konservative Volkspartei Dänemarks: Herrn Thestrup und Herrn Hastrup.

(Beifall.)

Für die Katholische Volkspartei der Niederlande Herrn Dr. Kleisterle und Herrn Dr. Norbach.

(Beifall.)

Für die Christlich Historische Union Hollands: Herrn Professor Dr. van Niftrik.

(Beifall.)

Für die Österreichische Volkspartei – eine besonders starke Delegation –: die Herren Dr. Gleissner, Dr. Weissmann, Eckert, Moser, Dr. Prantner und Dr. Wenzl.

(Lebhafter Beifall.)

Für die Konservativ-Christlich-Soziale Volkspartei der Schweiz Herrn Dr. Tenchio und Herrn Dr. Rosenberg.

(Beifall.)

Für die Democrazia Christiana die Herren del Falco, Sarti und Passoni.

(Beifall.)

Wir heißen außerdem willkommen den Generalsekretär des Internationalen Christlich-Demokratischen Studien- und Dokumentationszentrums: Herrn Dr. Hahn,

(Beifall.)

und den Generalsekretär der Union Christlich-Demokratischer Parteien
Zentraleuropas: Herrn Sieniewicz.

(Beifall.)

Für die Höger-Partei Schwedens Herrn Cassel, den wir sehr herzlich
begrüßen,

(Beifall.)

und für das Nationale Büro der MRP Frankreichs: Herrn Braun.

(Beifall.)

Wir begrüßen außerdem mit Genugtuung in unserer Mitte den Herrn
Präsidenten der EWG-Kommission, Professor Dr. Hallstein.

(Beifall.)

Als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion unseren Parteifreund
Dr. Hellwig.

(Beifall.)

Und vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften Herrn Staats-
sekretär a. D. Dr. Strauß.

(Beifall.)

Ich begrüße – und das muß summarisch geschehen, dafür bitte ich um
Verständnis – die zahlreichen Vertreter des kulturellen, politischen, wirt-
schaftlichen und sozialen Lebens auf das herzlichste.

Ich begrüße den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes:
Herrn Rosenberg

(Beifall.)

sowie den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Tacke.

(Beifall.)

Ein gleich herzlicher Gruß gilt Herrn Krause vom Deutschen Beamten-
bund

(Beifall.)

und ebenso herzlich heißen wir den Vorsitzenden der Deutschen Ange-
stellten-Gewerkschaft, Herrn Spaethen, willkommen.

(Beifall.)

Ich begrüße gleichfalls herzlich die Herren Katzbach und Herrn Seiler
als Vorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes.

(Beifall.)

Wir heißen willkommen die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei,
des Bundeswehrverbandes, des Verbandes der weiblichen Angestellten,
der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, des Zen-
tralverbandes des Deutschen Handwerks und der Kassenärztlichen Ver-
einigung der Bundesrepublik.

(Beifall.)

Ich begrüße besonders herzlich den Vertreter des Bundes der Vertriebenen: Herrn Staatssekretär a. D. Gossing.

(Beifall.)

Ich heiße willkommen Herrn Dr. Henninger vom Bundesverband der Heimkehrer und ich begrüße den Geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Herrn Dr. Schütz,

(Beifall.)

und ich heiße schließlich in unserer Mitte auf das herzlichste zu unserer Bundesparteitagung willkommen die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, unter letzteren mehrere Intendanten der Anstalten. Ich lade diese insbesondere zu den Beratungen der Arbeitskreise ein, die auf unserem Parteitag ohne Ausnahme in Anwesenheit von Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film diskutieren werden.

Ich heiße auf das herzlichste willkommen in unserer Mitte Seine Exzellenz, den Herrn Bischof von Hildesheim, Heinrich Maria Jansen,

(Lebhafter Beifall.),

Herrn Stadtsuperintendenten Flügge als Vertreter des Herrn Landesbischofs D. Lilje

(Lebhafter Beifall.)

und Herrn Dr. van Dam, Zentralverband der Juden in Deutschland.

(Beifall.)

Bevor wir nun an die Arbeit gehen, meine lieben Parteifreunde, ist es uns eine selbstverständliche Verpflichtung, derer zu gedenken,

(Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen)

der führenden Politiker und aller anderen, die uns seit dem Parteitag von Dortmund der Tod entrissen hat.

Wir betrauertem den Tod unseres Freundes, des Bundestagsabgeordneten Herrn Dr. Pferdenges, wir standen schmerzerfüllt an der Bahre unserer alten Freundin und Mitstreiterin, der Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Helene Weber, wir nahmen Abschied von unserem Freund, einem Streiter auch für jene Interessen, die ihm anvertraut waren, Herrn Johannes Albers. Wir nahmen Abschied von einem Mitgründer der CDU, dem Reichsminister a. D. Hermes, einem um die deutsche Landwirtschaft hochverdienten Mann. Und schließlich erlebten wir alle mit schmerzlichen Empfindungen den tragischen Tod unseres Freundes, des Kultusministers Edo Osterloh. Wieder einmal wurde uns klar, daß Gottes Wille unerforschlich ist.

Mit diesen Toten ehren wir alle Freunde, die – an welchem Platz auch immer – für die Union und für das deutsche Volk mit uns gearbeitet haben und die seit dem letzten Parteitage aus unserer Mitte geschieden sind. Ich danke Ihnen.

(Die Versammlung nimmt wieder Platz.)

Meine verehrten Anwesenden, liebe Parteifreunde! Sie wollen es verstehen, wenn am Beginn dieses zweiten Parteitages, den unsere Bundes-CDU in Niedersachsen durchführt, meine Gedanken zum Herbst 1950 zurückwandern. Wir fanden uns damals in meiner Heimatstadt, der alten Kaiser- und Reichsstadt Goslar zusammen, die nun so nahe der tragischen und unheilvollen Zonengrenze und doch inmitten unseres deutschen Vaterlandes liegt, um die Bundes-CDU zu gründen.

Ein Jahr zuvor hatten der erste Bundestag und das von Dr. Konrad Adenauer geführte Kabinett damit begonnen, dem deutschen Volk, soweit es noch in Freiheit leben durfte, aus Chaos und aus Trümmern den Weg in eine neue und bessere Zukunft zu bahnen. Und es ist allzu rasch vergessen worden, wie völlig isoliert damals das deutsche Volk, wie schier ausweglos und hoffnungslos die Lage dieses Volkes war. Nur wer den Anfang und Beginn des Weges kennt, den dann die CDU und ihre von Bundeskanzler Dr. Adenauer bestimmte Politik die Deutschen in der Bundesrepublik geführt hat, kann ganz ermessen, was in knapp eineinhalb Jahrzehnten in Deutschland geschaffen und erreicht wurde. Die großen und inzwischen geschichtlichen Verdienste des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik, unseres Parteivorsitzenden Dr. Adenauer um diese rasche Überwindung des Elends und der Not der Nachkriegszeit sind in der ganzen Welt bekannt und anerkannt.

Sie alle, meine lieben Parteifreunde, sind sicher mit mir einig, wenn ich auch auf diesem Parteitage der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten zustimme, die in der Bundestagssitzung vom 15. Oktober letzten Jahres abgegeben wurde: Konrad Adenauer hat sich um das deutsche Volk verdient gemacht.

(Starker anhaltender Beifall.)

Seit jenen Oktobertagen führt, vom Vertrauen der Partei und auch des deutschen Volkes voll getragen, nunmehr der zweite Bundeskanzler unserer Bundesrepublik, Professor Dr. Ludwig Erhard, das Bundeskabinett mit fester Hand.

(Starker anhaltender Beifall.)

Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, seiner Verdienste seit dem Frühjahr 1948, seit dem Tage X vor allem, seit dem Tag der Währungsreform, um den raschen Wiederaufbau der Lebensgrundlagen unseres Volkes, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hier zu gedenken. Seine ersten Staatsbesuche in der freien Welt – ob in Paris, ob in den USA, ob in London und auch in Italien – erbrachten den Beweis, daß man zu dem neuen Bundeskanzler in der Welt Vertrauen hat.

Sie haben, verehrter lieber Herr Bundeskanzler, Ihr hohes aber – wie ich schon erklärte, – schweres Amt übernommen in einer Zeit der Unruhe, ob sie hierzulande, ob in Europa, ob in der ganzen Welt. Wir sind der festen Überzeugung, daß Sie in konsequenter Fortsetzung der Innen- und der Außenpolitik die Schwierigkeiten meistern werden! Und dieser erste Parteitag der Union nach Übernahme des Bundeskanzler-

amts durch Sie wird den Beweis dafür erbringen, daß Sie sich auf uns alle, auf die ganze CDU, allzeit und fest verlassen können.

(Starker anhaltender Beifall.)

Meine Parteifreunde! Wenn diese Christlich Demokratische Union die Isolierung unseres Volkes überwinden konnte, wenn sie die Zeit des Elends und der Not gemeistert hat, dann wird und muß sie auch mit allen jenen Schwierigkeiten fertig werden, die sich aus einem vielleicht allzu rasch erreichten Wohlstand offenbar ergeben.

Es ist mein Wunsch, daß unsere Arbeit und daß deren Ergebnisse eine neuerliche Erfüllung jener Hoffnung werden mögen, die unser uns allzu früh entrissener Freund, Dr. Hermann Ehlers, – an dessen Grabe wie am Grabe Windhorsts und unseres Freundes Cillien gestern Kränze niedergelegt wurden – die unser Freund Hermann Ehlers in letzter schwerster Kriegszeit Anfang 1945 in seiner Flakstellung am Rande der Stadt Hamburg, der zerbombten Stadt, in einem Brief an einen seiner Freunde niederschrieb. Sie lautete:

„Möge Gott denen, die hindurch kommen, ein starkes Herz schenken, damit sie Wesentliches tun.“

In der Arbeit der Christlich Demokratischen Union und ihrer führenden Politiker, die niemals Selbstzweck war und niemals Selbstzweck werden wird, sondern nur dem ganzen Volke dienen will, ist sicher in den letzten nun bald zwei Jahrzehnten diese Hoffnung unseres Freundes Ehlers weithin schon erfüllt.

Es soll indessen unser Vorsatz und unser fester Wille bleiben, auch in der Zukunft für das ganze deutsche Volk, für Europa und die freie Welt uns einzusetzen und weiter Wesentliches anzustreben und zu tun. Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie nun, daß wir vorab und ehe ich um ein Grußwort bitte, einige Formalitäten erledigen: Wir haben ein Redaktionskomitee zu wählen.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß schlagen Ihnen vor, die folgenden Personen und Freunde in das Redaktionskomitee zu entsenden: als Vorsitzenden Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier; als Mitglieder unseren Freund Amrehn, Herrn Prof. Dr. Furler, Herrn Dr. Kliesing, Herrn Dr. Wilhelmi, Herrn Stingl, Herrn Prof. Dr. Hahn, Herrn Prof. Dr. Mikat, Herrn Dr. Stoltenberg, Herrn Struve, Herrn Niermann, Herrn Bauknecht, Herrn Dr. Barzel, Herrn Professor Dr. Roegele, Herrn Dr. Pettenberg und Herrn Dr. Rathke. Darf ich um Zustimmung bitten? –

(Lebhafter Beifall.)

– Ich stelle fest, daß Sie so einverstanden sind.

Dann haben wir außerdem eine Mandatsprüfungskommission zu wählen.

Hierfür schlagen Bundesvorstand und Bundesausschuß vor: Die Kommission möge bestehen aus Herrn Staatsminister a. D. Wegmann, Herrn André, Herrn Gerhard Braun.

Darf ich um Zustimmung bitten? –

(Lebhafter Beifall.)

– Ich stelle diese Zustimmung fest.

Meine lieben Parteifreunde! Verehrte Gäste! Ich bitte niemand sonst böse zu sein, wenn ich nun zwei prominente Persönlichkeiten aus Niedersachsen, die erstgenannte vor allem, noch auf das herzlichste begrüße: Herrn Präsident Rehwinkel.

(Starker Beifall.)

Das gute Ende kommt noch. Die Zettel kamen hier durcheinander. Ich darf ebenfalls in unserer Mitte willkommen heißen Herrn Oberbürgermeister Holweg,

(Starker Beifall.)

den Oberbürgermeister dieser Stadt.

Ich darf nunmehr Herrn Oberbürgermeister Holweg bitten, dem Parteitag ein Grußwort zu sagen.

Oberbürgermeister HOLWEG:

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Herren Minister! Sehr verehrte Ehrengäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre und die große Freude, Sie im Namen der Landeshauptstadt Hannover zum diesjährigen Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union herzlich zu begrüßen.

Wir freuen uns, daß auch die CDU unsere Stadt für ihren Bundesparteitag gewählt hat und daß damit das politische Geschehen hier in Niedersachsens Hauptstadt belebt und bereichert wird.

Soweit Sie Hannover noch nicht kennen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hoffe ich, daß Sie den Eindruck gewinnen, es mit einer lebendigen und aufgeschlossenen Stadt zu tun zu haben, die ihre Gäste freundlich und zuvorkommend behandelt.

Ich hoffe darüber hinaus, daß sie trotz der Inanspruchnahme durch Ihre politischen Gespräche und Verhandlungen auf diesem Parteitag Gelegenheit finden, sich unsere Stadt anzusehen und sich davon zu überzeugen, daß hier in den vergangenen Jahren viele kommunale Einrichtungen zum Nutzen unserer Bürger geschaffen worden sind.

Ich bekenne dabei gerne, daß das erfolgreiche Aufbauwerk nicht zuletzt dem guten Zusammenwirken aller politischen Gruppen im Rat unserer Stadt und der guten Mitarbeit unserer Bevölkerung zu danken ist. Nun gibt es – begreiflicherweise – auf der kommunalen Ebene nicht die politischen Differenzen und Auseinandersetzungen, wie sie auf der Ebene der Länder und des Bundes ausgefochten werden. Nichtsdestoweniger ist es auch in einer Stadt von der Größe und Bedeutung Hannovers von Gewicht, ob die Zusammenarbeit zwischen den tragenden Kräften vertrauensvoll ist oder nicht.

Wenn man davon ausgeht, daß letztlich jeder nur das Beste will, dann ist für eine nutzbringende Zusammenarbeit gewiß schon viel gewonnen. Man muß sich eben zusammensetzen und die notwendigen Gespräche führen. Nur dann und nur so, meine ich, wird eine Lösung gefunden, die im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist und zum Erfolg führt.

Meine verehrten Anwesenden! In unserem demokratischen Staate kommt dem Wirken der politischen Parteien eine außerordentlich große Bedeutung zu; ja, ich möchte sagen, mit dem Wirken der Parteien steht und fällt die Demokratie. Daraus wird die große Verantwortung deutlich, die auf jedem einzelnen von uns lastet, der aktiv am politischen Geschehen beteiligt ist. Die Parteien als Träger der politischen Willensbildung haben es maßgebend in der Hand, wie die Zukunft unseres Volkes gestaltet wird. Von dieser Sicht aus gesehen, betrachte ich den CDU-Parteitag in Hannover als bedeutsames Ereignis dieses Jahres hier in unserer Stadt. Sie werden bei dieser Gelegenheit, wie es bei den Parteitagen zu sein pflegt, Bilanz über das bisher Geleistete ziehen, kritische Betrachtungen anstellen und die Richtlinien für die kommende Arbeit festlegen. Es ist mein aufrichtigster Wunsch, daß Sie dabei Ihre große Verantwortung gegenüber dem gesamten Volk beachten und immer auch an unsere Landsleute jenseits des Eisernen Vorhanges denken.

Meine Damen und Herren! In den Tageszeitungen sind die verschiedensten Meinungen über die Aufgaben des Bundesparteitages der CDU veröffentlicht. Es wäre reizvoll und sicher auch verlockend für mich, dazu Stellung zu nehmen, aber als Oberbürgermeister dieser Stadt würde ich damit meine Aufgabe überschreiten und auch den Rahmen einer kurzen Begrüßungsansprache sprengen.

Es ist und bleibt Aufgabe der Delegierten und ihrer Partei, darüber die notwendigen Besprechungen zu führen und auch Entscheidungen zu fällen. Ich darf aber wohl auch bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Verständnis dafür voraussetzen, daß Sie auf Grund meiner politischen Einstellung nicht etwa vom Oberbürgermeister von Hannover erwarten, daß ich der CDU bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen oder bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr einen vollen Erfolg wünsche.

(Heiterkeit.)

Hier in Hannover haben wir seit 1945 sehr stabile Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt, und ich habe den Eindruck, unsere Bürger sind sehr zufrieden und wünschen auch keine Änderung,

(Heiterkeit.);

aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber haben bei jeder Wahl die Wähler erneut Gelegenheit, zu entscheiden.

(Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber ich darf Ihnen sagen: Aufrichtigen Herzens wünsche ich Ihnen, daß es allen in diesen Tagen in Hannover gut gefallen möge. Ich hoffe, daß Sie durch Rundgang oder Rundfahrten durch unsere Stadt sich selbst von den Aufbauleistungen überzeugen.

Mein Wunsch ist abschließend, daß Hannover bei Ihnen in guter Erinnerung bleiben möge und daß es Ihnen so gut bei uns gefallen hat, daß Sie recht bald einmal wiederkommen.

In diesem Sinne, meine verehrten Anwesenden, wünsche ich dem CDU-Parteitag in Hannover einen guten Verlauf und Ihnen persönlich alles Gute für die Zukunft und einen recht angenehmen Aufenthalt in unserer schönen Stadt Hannover.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Wir danken Herrn Oberbürgermeister Holweg für sein Grußwort. Wir dürfen Ihnen zunächst versichern, verehrter Herr Oberbürgermeister, Sie wollen dies zur Kenntnis nehmen, daß ganz bestimmt nicht dieser Bundesparteitag der CDU im Jahre 1964 wegen der im Herbst anstehenden Kommunalwahlen nach Hannover verlegt wurde. Wir haben von Ihnen auch nicht die Selbstentäußerung und Selbstlosigkeit erwartet, uns zu wünschen, daß wir auch einmal in dieser Stadt das Heft in die Hand nehmen möchten; wir sind schon zufrieden, wenn die stärkste Fraktion der Landeshauptstadt demokratisch handelt und uns in naher Zukunft dann doch den Bürgermeister überläßt,

(Lebhafter Beifall.)

und wir wären dankbar gewesen, wenn Ihre Freunde und die SPD-Fraktion des Landtags nun mindestens gut demokratisch die Briefwahl zugestanden hätten.

(Lebhafter Beifall.)

Im übrigen haben wir den kalten Ostwind gestern, als wir kamen, und heute früh noch härter gespürt. Er weht uns ins Gesicht; wir werden uns ihm stellen. Es mag und soll uns versöhnen, wenn Sie so nett hier zu uns sprachen, so offen und so freimütig; es soll uns versöhnen nach mancherlei recht bürokratischen Querelen, die es im Verlaufe der Vorbereitung dieser Bundestagung

(Beifall.)

in den untergeordneten Instanzen der Stadtverwaltung gab. Ich bin der festen Überzeugung, Herr Oberbürgermeister, daß diese Hemmnisse dem Oberbürgermeister und auch dem Oberstadtdirektor, den ich ja recht gut kenne, nicht bekannt waren, und daß auch beide Herren sehr wohl wissen, wie ausschlaggebend und entscheidend die Politik der CDU, vor allem aber die soziale Marktwirtschaft auch für den Aufbau dieser Stadt

(Lebhafter Beifall.)

und insbesondere der großen Hannover-Messe war, die von 38 000 qm Fläche auf nunmehr 600 000 qm wuchs und die eigentlich „Erhard-Messe“ heißen müßte.

(Lebhafter Beifall.)

Herr Oberbürgermeister! Für Ihren Besuch und für Ihr Grußwort noch einmal unseren verbindlichsten Dank!

(Lebhafter Beifall.)

Nun, meine lieben Parteifreunde, darf ich unseren Ersten Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Adenauer, um sein Referat bitten.

(Lebhafter Beifall.)

– Verzeihung; gestern eingeplant und noch nicht hier im Programm stehend, darf ich sehr herzlich unseren Freund Franz Josef Strauß bitten, uns noch ein Grußwort zu sagen.

(Lebhafte Bravo-Rufe und Beifall.)

Dr. h. c. STRAUSS, MdB, Bundesvorsitzender der Christlich Sozialen Union:

(Der Redner wird mit lebhaftem Beifall empfangen)

Sehr verehrter Herr Dr. Adenauer! Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! In den letzten Minuten habe ich mich gefühlt wie im Bundestag in den guten alten Zeiten.

(Lebhafte Heiterkeit.)

Ich bin als Ihr Gast nach Hannover gekommen; ich darf sagen, mit Bundesbahn und Taxi. Darum habe ich die Hinweisschilder nicht gebraucht.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich habe auch nicht die Absicht, beim Kommunalwahlkampf hier zu sprechen, nicht deshalb, weil ich glauben würde, daß ich die Verhältnisse hier ändern könnte, sondern weil ich der Meinung bin, wenn in Hannover alles beim alten bleibt, dann wollen wir es auch im Bund so lassen, daß die Opposition den Kandidaten stellt und wir den Kanzler.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte um Nachsicht; ich bin seit Wochen erkältet.

Ich möchte ein recht herzliches Wort des Grußes zu Ihnen, der CDU, sagen, ein Wort des Grußes und des Dankes für die Einladung, und ich möchte bekunden die Gesinnung, den Ausdruck der Verbundenheit einer Kampfgemeinschaft, die sich seit dem Jahre 1948 im Wirtschaftsrat, als die erste große Entscheidung fiel, bewährt hat, die sich auch in Zukunft bewähren wird und die zusammenhalten wird, mag kommen, was auch immer.

(Lebhafter Beifall.)

Diesem Bundesparteitag kommt ohne Zweifel in der langen Reihe der Bundesparteitage eine besondere Bedeutung zu. Leitartikel aller Zeitungen, Kommentare, andere Bekundungen zeugen davon. Es sind

zwei Fragen, die uns alle bewegen, CDU und CSU, Fragen, die seit Jahren gestellt werden: nämlich einmal die spekulative Hoffnung, ob nach dem Ausscheiden des letzten Bundeskanzlers aus seinem Amt die zentrifugalen Kräfte in der Union, mit denen man rechnen zu dürfen glaubte, stärker sein würden als die zusammenhaltenden. Ich glaube, aus diesem Parteitag wird eines hervorgehen, nämlich der Schlußstrich unter der falschen Spekulation und der Impuls, die Kraft und die Überzeugung, daß die Union als die einzig neue politische Schöpfung nach dem zweiten Weltkrieg, die aus einem Trümmerhaufen einen modernen Staat gebaut hat, stärker ist in ihrem Zusammenhalt als alles, was an Meinungsverschiedenheiten oder an irgendwelchen Divergenzen überhaupt existieren kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Ich habe nicht das Recht und die Absicht, mich in Ihre Angelegenheiten einzumischen; aber wir sind ja eins, und darum darf ich ein besonderes Wort der Freude darüber sagen, daß – ich glaube keinen künftigen Ereignissen vorwegzugreifen – Sie Herrn Dr. Adenauer wieder zum Bundesvorsitzenden wählen wollen. Das ist ein Ausdruck der Kontinuität, der Stabilität und des Willens, die bisherige Politik unverändert im neuen Geist mit alten Grundsätzen und Zielen, neuem Schwung und neuer Kraft fortzusetzen.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Die Öffentlichkeit, ob sie gut oder weniger gut gesinnt ist, ob sie uns politisch nahesteht oder gegnerisch gegenübersteht, erwartet zwei Dinge: einmal die Bekundung, daß die Union über allen personellen Wechsel hinweg und über alle politischen Probleme hinweg sich als eine Einheit, sich als die stärkste politische Kraft in unserem Staate und zur Gestaltung der Zukunft bewähren wird.

Diese Union, die im Jahre 1945 aus der Taufe gehoben wurde, diese Union, die überall in Deutschland gewissermaßen als reife Frucht einer bitteren, leidvollen Vergangenheit überall fast zur gleichen Zeit entstanden ist, diese Union wird auch in Zukunft Deutschlands Schicksal meistern.

Ich weiß, Erfahrungen, Leistung und Erfolg allein rechtfertigen nicht für die Zukunft. Dazu gehören auch die Phantasie, die Initiative, die schöpferische Kraft, die Probleme von morgen zu erkennen. Eines aber können wir sagen: Wer im klaren Kampf gegen die dauernden Fehlpropheten der einen oder der anderen Seite in der Vergangenheit den richtigen Weg gefunden hat, der hat auch die bessere Legitimation, den richtigen Weg für die Zukunft dem deutschen Volk versprechen zu dürfen.

(Anhaltender starker Beifall.)

Ein CDU-Parteitag ist ein Parteitag, auch in den Auseinandersetzungen mit den anderen politischen Kräften in demokratischem Geist, in Offenheit und Fairneß. Eines können wir als Union für uns in Anspruch neh-

men: Was am liberalen Gedanken gut war und dauerhaft ist, ist von uns längst übernommen worden. Was weniger brauchbar ist, überlassen wir den anderen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Wir können ein Zweites in Anspruch nehmen. Wir können in Anspruch nehmen, dem Geist der Zeit, dem großen soziologischen Wandel Rechnung getragen zu haben und aus dem deutschen Arbeiter, dem Proletarier des 19. Jahrhunderts, den geachteten Bürger und den Wirtschaftspartner gemacht zu haben,

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

und zwar – das darf hier wohl gesagt werden, und ich bitte dabei meinen Herrn Vorredner, es nicht als persönlichen Angriff aufzufassen – im Kampf gegen den Sozialismus, der die Politik bekämpft hat, die aus dem Proletarier einen modernen Bürger gemacht hat.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ist die Legitimation aus der Vergangenheit, ist die Grundlage für die Gestaltung der Zukunft, und eines glaube ich, sagen zu dürfen, daß wir in der CDU einen Teil dieser Politik mitgetragen, mitgestaltet haben und daß wir auch in Zukunft auf dem Boden unserer Grundsätze, im Licht unserer Ziele und unter Beibehaltung der Wesenselemente unserer Politik unter dem neuen Kanzler ebenfalls die alte Politik in die neue Zeit hineinbringen wollen.

(Anhaltender sehr starker Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Ich spreche Ihnen, lieber Herr Strauß, den sehr herzlichen Dank für Ihr Grußwort aus. Unsere ausländischen Gäste bitte ich, Grußworte, die vorgesehen sind, am Nachmittag zu sprechen oder auch auf morgen zu verschieben. Wir werden uns darüber noch unterhalten.

Nun bitte ich den Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Adenauer, das Wort zu nehmen.

Bundesvorsitzender Dr. ADENAUER:

(von lebhaftem Beifall begrüßt.)

Meine lieben Parteifreunde! Unser Herr Vorsitzender hat unseres ersten Parteitages in Goslar gedacht. Ich glaube, daß alle, die damals anwesend waren, sich der Freundlichkeit und Herzlichkeit erinnern werden, mit der der damalige Vorsitzende des Bundesparteitags, Herr Oberkirchenrat Cillien, uns willkommen geheißen hat. Die Erinnerung an ihn, gerade aus diesen ersten Jahren unserer Arbeit, wird uns immer begleiten.

Nun, meine Damen und Herren, im Anschluß an das, was Herr Kollege Strauß soeben erklärt hat, möchte auch ich eine Erklärung abgeben. Am 15. Oktober des vergangenen Jahres bin ich vom Bundeskanzleramt zurückgetreten. Am 16. Oktober, dem Tag darauf, ist Herr Erhard

zum Bundeskanzler gewählt und an demselben Tage vereidigt worden. Mit allem Nachdruck darf ich Ihnen für die gesamte CDU und auch für die CSU nach der Erklärung des Herrn Kollegen Strauß sagen: Wir stehen geschlossen hinter Bundeskanzler Erhard.

(Anhaltender stürmischer Beifall.)

Das auf dem ersten Parteitag nach dem Kanzlerwechsel zu erklären, ist mir eine besonders angenehme Pflicht,

(Erneuter Beifall.)

und diejenigen Leute, die sich etwas anderes gedacht und erhofft haben, nun, haben eben falsch gedacht und haben vergebens gehofft.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich möchte Ihnen dann, meine Freunde, aufgrund der Erfahrungen, die ich als Vorsitzender der CDU in den vergangenen Jahren und auch während der Zeit, da ich Bundeskanzler war, auf dem Gebiet der Innenpolitik und ebenso auf dem Gebiet der Außenpolitik gemacht habe, etwas sagen. An die Spitze lassen Sie mich folgenden Satz stellen. Ich glaube, wir – das ist eben auch schon zum Ausdruck gekommen – von der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union dürfen mit großer Befriedigung zurücksehen auf die Zeit, die hinter uns liegt. Ja, ich gehe weiter: Wir können mit Stolz auf diese Zeit zurücksehen. Niemand hätte nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 geglaubt, daß das deutsche Volk diese schreckliche Katastrophe so schnell und in solcher Weise überwinden würde.

Sie alle wissen, wer Professor Röpke in Genf ist. Lassen Sie mich Ihnen vorlesen, was er im Jahre 1951 hierüber und über das deutsche Volk gesagt hat:

„Es ist nur gerecht, einen Umstand hervorzuheben, der dem deutschen Volk und der deutschen Regierung nur zur Ehre gereicht, aber, von einzelnen Stimmen abgesehen, noch immer nicht die verdiente Anerkennung findet.

Es ist der Umstand, daß ein verelendetes, in seiner nationalen Existenz fast ausgelöschtes, demoralisiertes, proletarisierendes und der Orientierung beraubtes Volk wie das deutsche nach 1945 am allerwenigsten eine Politik des Maßes und der Mitte hätte erwarten lassen. Es wäre nicht unbegreiflich gewesen, wenn ein Volk in dieser Lage zu verzweifeln und unüberlegten Radikalmaßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik seine Zuflucht genommen hätte. Um so bemerkenswerter ist, daß es gerade die deutsche Bundesregierung gewesen ist, die, gestützt auf ein demokratisches Mandat und auf eine breite Zustimmung des deutschen Volkes, den Weg der Freiheit, der Geduld und des stetigen Vorschreitens auf gesicherter Bahn gewählt und damit der ganzen Welt ein leuchtendes Beispiel gegeben hat.“

(Beifall.)

Meine Freunde! Gerade jetzt, wo leider die deutschen und ausländischen Zeitungen gefüllt sein müssen mit allen möglichen Erinnerungen auf Grund der bekannten Prozesse über die Vergangenheit des Nationalsozialismus, lag mir am Herzen, diese Erklärung eines Mannes wie Röpke über das deutsche Volk hier auf diesem Parteitag zu verlesen.

(Beifall.)

Wir sehen daraus – ich bitte auch die Umwelt, das zu erkennen –, welch gute Eigenschaften im deutschen Volk auch wurzeln. Aber nach dem Nationalsozialismus, nach dem Kriege, nach der furchtbaren Zerstörung Deutschlands mußten diese guten Eigenschaften des deutschen Volkes wieder geweckt werden, mußten ihm klare und übersichtliche Wege gezeigt werden, die aus dem Abgrund, in den es gestürzt war, wieder emporführten. Das haben die Bundesregierungen getan, die aus den Wahlen 1949, 1953, 1957, 1961 siegreich hervorgingen und in denen die CDU/CSU maßgeblich beteiligt war.

Die SPD behauptet, wir ruhten auf unseren welken Lorbeeren aus, sie, die SPD, sei die „starke, die stabilste, solideste, die wunderbare“ Partei, die den Weg in die Zukunft weise.

Ich meine, meine Damen und Herren, wenn eine Partei wie die SPD 14 Jahre lang eine falsche Politik getrieben hat, eine Politik, die Deutschland niemals aus dem Chaos herausgeführt hätte, dann sollte man nicht solche prahlerischen Reden führen.

(Beifall.)

Meine Freunde! Wer 14 Jahre lang nicht den richtigen Weg erkannt hat, der hat offenbar nicht die Eigenschaften, die zur Führung einer guten Politik nötig sind.

(Lebhafter Beifall.)

Wir aber – ich wiederhole das noch einmal –, die CDU und die CSU, werden nicht auf welken Lorbeeren ausruhen. Übrigens der Lorbeer ist gar nicht welk, er ist sehr frisch und sehr lebendig. Ich bin überzeugt, daß das deutsche Volk uns das im Jahre 1965 auch sagen wird.

(Starker Beifall.)

Wir werden mit derselben Weitsicht, mit derselben Kraft, die wir bisher bewiesen haben, dem Wohle des deutschen Volkes weiter dienen. Wir werden die Aufgaben, die wir begonnen haben, weiter und zu Ende führen. Die neuen Aufgaben, die sich stellen, werden wir mit Weitsicht und Energie in Angriff nehmen. Diese Aufgaben sind so umfassend, daß ihre ausgiebige Erörterung den zeitlichen Rahmen, der einem Parteitage notwendigerweise gesetzt ist, sprengen würde. Darum werden wir diese neuen Aufgaben in besonderen Tagungen erörtern, zum Beispiel die Verkehrsfragen, Fragen, die für das gesamte deutsche Volk infolge der umwälzenden Fortschritte der Technik von entscheidender Bedeutung für unser ganzes Leben sind. Wir werden versuchen, die gesundheitlichen Schäden, die mit der Entwicklung der Technik verbunden

sind, auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Die Fragen der geistigen Entwicklung, der Schulen und der Fortbildung, die Fragen der Nutzung der Kernspaltung für friedliche Zwecke, alle diese Fragen stehen vor uns, und wir werden uns mit diesen in sehr ernsthafter Weise auseinandersetzen. Bei diesem Parteitag müssen wir uns auf die Bearbeitung der im Programm unserer Arbeitskreise enthaltenen Fragen beschränken, die in den Arbeitskreisen erörtert werden und die wahrhaftig zahlreich und wichtig genug sind.

Aber eines möchte ich doch sehr nachdrücklich betonen, und ich freue mich sehr, daß ich das in Gegenwart des Herrn Rehwinkel sagen kann: Die Landwirtschaft ist für die Bundesrepublik nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sie ist für uns ein soziologisches Problem allerersten Ranges.

(Beifall.)

Wir werden zu den sie betreffenden Fragen so Stellung nehmen, daß die deutsche Landwirtschaft in Sicherheit und Ruhe weiteren Entwicklungen entgegensehen kann. Das gleiche gilt auch – das möchte ich nachdrücklich betonen – von unserer mittelständischen Wirtschaft.

Ich brauche mein Interesse und unser Verständnis für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausgebombten nicht im einzelnen auseinanderzusetzen, geschweige es erst zu entdecken. Vor 10 bis 12 Jahren standen wir von der CDU noch fast allein in unserem Bemühen, den Entwurzelten nicht nur soziale Hilfen zu geben, sondern auch die Wiederherstellung ihres heimatlichen Status' möglich zu machen. Wir hatten in den letzten Wochen, ja Monaten im Bundestag viele Mühe und Sorge mit der Verabschiedung von mehreren Sozialgesetzen. Wir haben das Gesetz über das Kindergeld verabschiedet und sind damit einer inneren Verpflichtung nachgekommen, die wir wegen unserer Einstellung zur Familie haben.

(Beifall.)

Wir schulden unserem Freunde Blank Dank und Anerkennung dafür, daß er an den Grundgedanken dieses Gesetzes so tapfer und zäh festgehalten hat.

(Lebhafter Beifall.)

Wir hatten vor der Verabschiedung harte Auseinandersetzungen mit der sozialdemokratischen Fraktion, aber auch mit unserer Koalitionspartei, der FDP.

(Zurufe: Sehr richtig.)

Schließlich war – wenn man so still dabei sitzt, dann ist das ganz interessant – das Wunderbare da: Zuerst widersprachen sie alle, und schließlich waren sie alle einig.

Wir möchten auch noch weitere soziale Gesetze verabschieden: Das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversiche-

rung (Krankenversicherungsneuregelungsgesetz) und das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (Lohnfortzahlungsgesetz). Wir legen sehr großen Wert darauf, daß die Koalition CDU/CSU und FDP diese Gesetze verabschiedet.

Wenn zwei Parteien sich zu einer Regierungskoalition verbunden haben, müssen beide aufeinander Rücksicht nehmen. Bei Meinungsverschiedenheiten muß aber jede der Koalitionsparteien auch die Bedeutung berücksichtigen, die die andere Koalitionspartei aus prinzipiellen Gründen einem Gesetz beilegen muß.

(Beifall.)

Wenn das innerhalb einer Koalition nicht geschieht, wird die notwendige Zusammenarbeit außerordentlich schwierig. Ich hoffe sehr, daß sich der Koalitionsgedanke auch bei der Verabschiedung dieser beiden Gesetze durchsetzt.

Meine Freunde, man soll nicht immer klagen, man soll sich auch einmal über etwas freuen. Ich bin gestern und heute durch Hannover gegangen und gefahren und habe mir angesehen, was hier auf dem Gebiete des Wohnungsbaus – dank der von uns im Bundestag befolgten Politik – alles geschaffen worden ist.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist eben von dem Herrn Vorsitzenden davon gesprochen worden, daß die Hannoversche Messe eigentlich „Erhard-Messe“ genannt werden müsse; ein guter Gedanke!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Vielleicht zeigt sich die Großherzigkeit der Stadtverwaltung von Hannover darin, daß sie diesen Gedanken aufgreift.

(Große Heiterkeit und Beifall.)

Die Bedeutung, die die Stetigkeit der Regierungspolitik und der Regierungsarbeit hat, hat sich – abgesehen von dem außenpolitischen Gebiet – wohl nirgends so deutlich und für jedermann erkennbar gezeigt wie auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Trotz der schrecklichen Zerstörungen, die der Krieg gebracht hat, trotz der 13 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge steht heute mehr Wohnraum für tausend Einwohner zur Verfügung als vor dem Kriege.

(Beifall.)

Niemand – ich wiederhole und unterstreiche dieses Wort: niemand! hätte eine solche Leistung überhaupt für möglich gehalten. Wir danken diesen außerordentlichen Erfolg all denen, die im Wohnungsbau gearbeitet haben. Insbesondere gilt heute unser Dank dem Herrn Bundesminister Lücke,

(Lebhafter Beifall.)

der es verstanden hat, den Übergang der Wohnungszwangswirtschaft

in die freie Wohnungswirtschaft ohne nennenswerte Reibungen herbeizuführen.

(Beifall.)

Der Wohnungsbau – eine alte Erfahrung aus meiner Oberbürgermeisterzeit – ist die Grundlage einer jeden Familienpolitik. Ohne Wohnung gibt es keine Familie. Wenn man, wie das richtig ist, den Wohnungsbau als einen notwendigen Bestandteil der Familienpolitik betrachtet, können wir mit großer Befriedigung auf die Erfolge unserer Familienpolitik hinweisen.

(Beifall.)

Wir sind wegen der Steigerung der Baupreise getadelt und aufgefordert worden, Bremsen gegen die Steigerungen einzubauen. Kein Mensch wird aber behaupten wollen, daß man beim Wohnungsbau Bremsen hätte einbauen sollen. Ich glaube auch nicht, daß begründete Bedenken gegen bauliche Investitionen in der Wirtschaft eingewendet werden können. Schließlich: bei der Steigerung der von der öffentlichen Hand zu erledigenden Verwaltungsgeschäfte mußte auch hier Raum für neue Verwaltungszweige geschaffen werden. Ich gebe ohne weiteres zu: vielleicht hätte an der einen oder anderen Stelle an öffentlichen Bauten gespart werden können. Aber keinesfalls kann man die Bundesregierung und insbesondere den Bundestag tadeln, weil sie unnötigerweise oder zu üppig gebaut hätten. Ich wünschte, Sie alle könnten einmal einen Gang durch manche Bundesministerien machen, um zu sehen, wie kümmerlich viele Stellen dort untergebracht sind.

Und der Bundestag – ich muß das hier mal der großen deutschen Öffentlichkeit in aller Offenheit sagen – muß unter derart gedrängten und engen Verhältnissen arbeiten, daß kaum eine gute Arbeit möglich ist.

(Zustimmung.)

In der Zurückhaltung im Verbrauch öffentlicher Mittel hat sich meines Erachtens der Bundestag sogar eine zu große Beschränkung auferlegt. Die Frage der Arbeitsräume für die Bundestagsabgeordneten muß gelöst werden. Je eher und je besser sie gelöst wird, desto besser ist es für die Arbeit des Bundestages, die uns allen zugute kommt. Der Bundestagspräsident gibt sich die größte Mühe, diese Forderung durchzusetzen. Wenn ich ihn heute von diesem Platze aus in diesem Bestreben unterstütze, dann geschieht das aus der Erkenntnis heraus, daß der Bundestag von dem gesamten deutschen Volk wenigstens auf diese Weise in seiner Arbeit unterstützt werden muß.

Nicht ohne Grund klagen wir manchmal über Maßlosigkeit und Verschwendung. Aber übersehen Sie, meine Damen und Herren, nicht, daß der Sparsinn des deutschen Volkes doch noch stark und lebendig ist. Lassen Sie mich zum Beweis dessen nur folgende Zahlen nennen: Die Summe der Spareinlagen von privaten Haushalten und Unternehmen

bei Sparkassen und Banken betrug im Jahre 1949 3 Milliarden DM, und Ende des Jahres 1963 betrug sie 74,9 Milliarden DM. Sicher, die D-Mark von heute ist nicht mehr die D-Mark von damals. Aber eine Steigerung um so viel Milliarden übertrifft bei weitem das Absinken des Kaufpreises der D-Mark und ist ein glänzender Beweis dafür, daß der Sparsinn des deutschen Volkes ungebrochen ist.

Auch in anderer Hinsicht, glaube ich, müssen wir unsere Ansicht über das deutsche Volk etwas revidieren.

Die Klagen, daß das deutsche Volk immer mehr haben wolle an Gütern und Genüssen, sind gang und gäbe. Jeder von uns ist sich auch klar darüber, meine Damen und Herren, aber ich muß doch gestehen, um so überraschter und erfreuter war ich über das Ergebnis einer Umfrage, das jetzt bekannt geworden ist. Die Frage hat folgenden Wortlaut: Wenn Ihre wirtschaftliche Lage in den nächsten fünf oder zehn Jahren genauso bleiben würde wie heute oder wie sie jetzt ist, wären Sie dann zufrieden oder nicht? Nun, meine Damen und Herren, im Jahre 1957 war dieselbe Frage gestellt, und mit der Antwort „zufrieden“ haben damals 48 % der Befragten geantwortet. Im Jahre 1958 waren es 61 %. Im Jahre 1961 = 60 % und im Jahre 1963, meine Freunde, waren es 70 %! Ich sage Ihnen ganz offen: ich war sehr überrascht und sehr erfreut. Ich hätte es niemals für möglich gehalten, meine Damen und Herren, daß ein so hoher Prozentsatz der deutschen Bevölkerung so gute und richtige Antworten gegeben hätte,

(Bewegung im Sitzungssaal.)

und daher, meine Damen und Herren, finde ich, daß eine solche Beantwortung ein ausgezeichnetes Zeichen ist, einmal für das deutsche Volk selbst und ferner auch für alle diejenigen, die für das deutsche Volk arbeiten.

Meine Damen und Herren! Die Bundestagswahl des Jahres 1965 rückt näher, und sie beeinflußt in Reden, in schriftlichen Darlegungen insbesondere schon jetzt die sozialdemokratischen Parteimitglieder. Verständlich und erklärlich. Wer all die Jahre gehofft und vergeblich gehofft hat und all die Jahre hungrig war nach der Macht, der hält das nachher vor Hunger nicht mehr aus.

(Lebhafter Beifall. – Große Heiterkeit.)

Und daher: Hungergefühl, meine Damen und Herren, äußert sich viel lebhafter wie das Gefühl der Sättigung, und das ist ein sehr ernstes Wort an unsere Parteifreunde.

(Lebhafter Beifall.)

Keine Sättigung! Aber lassen Sie mich wieder beschäftigen mit der Sozialdemokratischen Partei, die nun einmal die Oppositionspartei ist. Besonders aufschlußreich für ihre Gemütsverfassung ist eine lange, sehr lange Rede, die der Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herr Wehner, auf einem Kongreß der SPD in Sindel-

fingen am 8. März dieses Jahres gehalten hat. Die Rede ist ungewöhnlich lang und auch wenig konzentriert. Herr Wehner hat schon besser gesprochen!

(Heiterkeit.)

Aber nichtsdestoweniger, in einer Reihe von Stellen ist sie doch sehr bemerkenswert, wenn Herr Wehner zum Beispiel sagt: „Wir haben die Grundsätze, die für uns unveräußerlich sind, so klar wie keine andere demokratische Partei in Deutschland und so oft wie keine andere demokratische Partei in Deutschland vor aller Augen dargestellt.“

Ja, meine lieben Freunde, was soll man dazu sagen? Das ist starker Tabak,

(Heiterkeit.)

einem zuzumuten, dazu zu schweigen. Man kann auch nicht einmal sagen, das ist eine Übertreibung. Man muß sagen, meine Damen und Herren, das ist frei erfunden!

(Beifall. – Heiterkeit.)

Und nun hören Sie einen weiteren Satz aus dieser Rede: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich leidenschaftlich und nachdrücklich ein für die Solidarität des Westens im Bemühen um einen echten Frieden zwischen West und Ost. Das ist eine Alternative“, – was der Satz soll, habe ich nicht recht verstanden, meine Damen und Herren, „die Koalition bietet ein Bild der Unsicherheit, der Fragwürdigkeit, der Zerrissenheit und der Intrige bei der Behandlung dieser Fragen.“

Nun, meine Damen und Herren, ich würde mich sehr gefreut haben, wenn Herr Wehner gerade in einem solchen Fragenkomplex nicht etwas Derartiges gesagt hätte.

Und, meine Damen und Herren, darf ich einmal daran erinnern, daß die SPD noch im Jahre 1959/60 einen Deutschland-Plan vorgelegt hat, der verderblich gewesen wäre. Das ist noch nicht vergessen!

Wunderbar ist auch der folgende Satz aus der Rede: ...„bei uns“ – so fährt Herr Wehner fort – „hat sich in der Gesinnung nichts geändert,

(Heiterkeit.)

weil wir den Blick für die Wirklichkeit unseres Volkes nicht nur nicht verloren, sondern uns auch nicht haben trüben lassen.“ Hat eigentlich Herr Wehner jemals etwas vom Godesberger Programm seiner Partei gehört, meine Damen und Herren?

(Heiterkeit.)

Haben nicht seine Freunde auf den Wechsel in der Gesinnung in der SPD überall und an allen Orten nachdrücklich hingewiesen? Wenn man solche Reden liest und sich dann daran erinnert, daß Herr Wehner auf dem Godesberger Parteitag, der der Verabschiedung des Godesberger Programms nach kurzer Zeit folgte, gesagt hat – ich zitiere wörtlich,

meine Damen und Herren: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie . . . zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben.“

(Hört-Hört-Rufe.)

Und er fährt dann fort: „Unser Programm enthält keinen solchen Riegel.“

Meine lieben Freunde! Wir Deutschen sind leichtgläubig, und wir vergessen schnell, viel zu schnell. Und darauf spekuliert Herr Wehner. Wir wollen ihm aber diese Spekulation nicht leichter machen. Wir wollen nicht vergessen, nicht etwa das Godesberger Programm, das meine ich gar nicht, sondern daß Herr Wehner einige Monate nach der Verabschiedung dieses Programms erklärt hat, daß dieses Programm den Sozialdemokraten nicht erschwere oder gar verbiete, das zu tun, was sie für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Da liegt der Hase im Pfeffer!

(Beifall. – Heiterkeit.)

Kann man überhaupt ein Programm, das mit so viel Geräusch verkündet worden ist, wie das Godesberger Programm der SPD, mehr seiner Überzeugungskraft berauben, als es Herr Wehner hier getan hat? In der Sindelfinger Rede des Herrn Wehner findet sich über die CDU folgender Satz – ich bitte Herrn Kollegen Strauß um Entschuldigung, daß ich diesen Satz so vorlese –, Herr Wehner sagt: „Diese ehrenwerte Partei“ – das sind wir, meine Damen und Herren –

(Heiterkeit.)

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte auch einmal einen Ausflug in das Gebiet der Zoologie tun.

(Heiterkeit.)

Ich möchte der SPD oder Herrn Wehner vorschlagen, sich nach einem Wappentier umzusehen. Ich möchte ihm raten, als Wappentier den Erdlöwen zu nehmen. Sie werden erstaunt fragen: was ist ein Erdlöwe?

(Lebhafte Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, das ist die Übersetzung des Wortes „Chamäleon“.

(Lebhafte Heiterkeit. – Starker Beifall.)

Aber es klingt besser.

Meine Freunde, es klingt besser! Es ist zwar nicht unser guter, alter Löwe, der in manchen Wappen vorkommt, gemeint, sondern der Erdlöwe.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Damen und Herrn, es klingt gut.

Man muß dann auch folgendes bedenken: daß dieser Erdlöwe ein wunderbares Tier ist: bald ist er rot, feurig rot, manchmal auch kardinalpurpur.

(Starker anhaltender Beifall.)

Mal ist er grün, mal ist er blau. Kurz und gut: alle Farben stehen ihm zur Verfügung. Und was das Großartige dabei ist – beim Erdlöwen:

(Heiterkeit.)

Das Tier kann den Farbwechsel ununterbrochen fortsetzen,

(Starke Heiterkeit.)

und zwar sehr schnell, weil es gar keine Anstrengungen kostet.

(Erneute Heiterkeit.)

Wäre das nicht, meine Freunde, ein ganz ausgezeichnetes Wappentier für eine Partei, die heute das anbietet, was sie gestern verbrannt hat, und die morgen das verbrennt, was sie heute angebetet hat?

(Starker Beifall.)

Meine Freunde! Stetigkeit in der Politik ist das große Geheimnis des Erfolges der Bundesrepublik. Denken Sie bitte daran, welches Vertrauen wir beim Zusammenbruch Deutschlands in der Welt genossen! Denken Sie bitte daran, wie verhaßt wir waren und wie kein Mensch in der Welt uns traute. Vertrauen, meine Freunde, ist eine kostbare Gabe; aber sie fällt keinem in den Schoß; sie muß erworben werden, geduldig erworben werden! Daher frage ich: Wohin wäre das deutsche Volk gekommen in der Zeit nach 1945, wenn die Sozialdemokratie damals die Führung nach dem Zusammenbruch übernommen hätte?

Meine Damen und Herrn! Damit komme ich zu dem Gebiete der Außenpolitik, für die das in fast noch stärkerem Maße gilt als für alle anderen Sparten der Politik.

Ich möchte jetzt etwas über den deutsch-französischen Vertrag sprechen: Er ist am 2. Juli des vergangenen Jahres in Kraft getreten, und, meine Freunde, er ist nach meiner festen Überzeugung eines der wichtigsten Ereignisse der ganzen Nachkriegsepoche.

(Starker Beifall.)

Er schloß eine mehrere Jahrhundert alte Periode von Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland ab, eine Periode, die mehr als einmal zu schrecklichen Kriegen in Europa geführt hat. In Zukunft ist ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich nicht mehr möglich.

(Starker Beifall.)

Rußland, meine Damen und Herrn, zunächst das zaristische Rußland, später das sowjetische Rußland, hatte sich diese Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland zunutze gemacht und mit Frankreich eine Militärkonvention gegen Deutschland geschlossen. Diese Militärkonvention ist in der Folge immer weiter ausgedehnt worden und stellte

schließlich eine Umklammerung Deutschlands dar: im Osten von Rußland, im Westen von Frankreich, eine Umklammerung, die eine der wesentlichsten Ursachen für den Ausbruch des ersten Weltkrieges gewesen ist.

Ich wiederhole nochmals: Solchen Entwicklungen baut der deutsch-französische Vertrag ein für allemal vor. Aber darüber hinaus ist die deutsch-französische Verständigung die Voraussetzung und die Grundlage für jede Einigung Europas.

(Starker Beifall.)

Ein Fortbestehen, auch nur ein latentes Weiterbestehen dieser Spannungen würde jeden Versuch, Zusammenschlüsse in Europa herbeizuführen, unmöglich gemacht haben. Und endlich: Der Zusammenschluß Deutschland-Frankreich ist der allein in Westeuropa mögliche Damm gegen eine weitere Ausdehnung der sowjetrussischen Einflußsphäre in Westeuropa.

Wie nach dem Abschluß dieses deutsch-französischen Vertrages in amerikanischen Kreisen der Gedanke aufkommen konnte, er sei gegen die Vereinigten Staaten gerichtet, die Bundesrepublik müsse zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich wählen, ist völlig unverständlich. Übrigens habe ich – ich meine, ich habe der Öffentlichkeit davon noch keine Mitteilung gemacht – seinerzeit vor Beginn der Verhandlungen mit Frankreich mit dem amerikanischen Staatssekretär Rusk über unsere Absicht, ein besonders enges Verhältnis zu Frankreich zu entwickeln, gesprochen. Staatssekretär Rusk hat in diesem Gespräch unsere Absichten absolut begrüßt.

Meine Freunde! In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 12. März 1964 steht ein längerer Artikel mit der Überschrift „Moskau umwirbt de Gaulle“. Darin heißt es unter anderem:

„Aus dem Umstand, daß in jüngster Zeit gewisse Differenzen innerhalb der Bonner Führung die Franzosen enttäuschten, gelangte man hier“

– das heißt in Paris –

„zu der Folgerung“,

– in Moskau –

„daß sich der sowjetischen Politik in Paris interessante neue Chancen anbieten“ würden.

In der „Deutschen Zeitung“ vom 13. März 1964 befindet sich ein Artikel, der auf die Möglichkeiten hinweist, daß Sowjetrußland über Paris versuchen könnte, die deutschen Interessen zu schädigen. Ich glaube nicht an solche Möglichkeiten für Moskau. Ich glaube aber, meine Freunde, man sollte auf unserer Seite nicht übersehen, daß gewiß von früher her Kreise in Frankreich sowjetrussische Neigungen haben. Ebenso wenig sollte man deutscherseits übersehen, daß die kommunistische Partei in Frankreich stark und gut organisiert ist.

Es hat unlängst eine Besprechung zwischen Vertretern der UNR und Mitgliedern der CDU und CSU in Bonn stattgefunden. Ich habe dieser

Besprechung beigewohnt. Es war – meine Damen und Herren, ich scheue mich nicht, darüber sehr offen zu sprechen – nicht zu verkennen, deutlich zu spüren, daß man auf französischer Seite mit der Behandlung von französischen Angelegenheiten in der Bundesrepublik manchmal wenig zufrieden ist. Wenn ich die schon von mir zitierte Rede Wehners in Sindelfingen lese, so finde ich auch dort wieder eine Kritik gegenüber Frankreich, die Herr Wehner am besten schon aus außenpolitischen Gründen unterlassen hätte.

(Zurufe: Sehr wahr!)

Bedenken wir doch, meine Damen und Herren, es hat des ganzen Einflusses einer Persönlichkeit wie der des Staatspräsidenten de Gaulle bedurft, um in Frankreich eine solche allgemeine Zustimmung der öffentlichen Meinung zum deutsch-französischen Vertrag herbeizuführen. Dieser Vertrag muß gepflegt und entwickelt werden; er wird dann reiche Frucht bringen: für unsere beiden Länder, für Europa und für den Frieden in der Welt.

(Starker Beifall.)

Meine Freunde! Die außenpolitische Situation in der Welt und insbesondere unsere außenpolitische Situation scheint mir nicht so günstig zu sein, wie sie von manchen betrachtet wird. Ich finde sie ernst, und ich finde, daß hier äußerste Wachsamkeit und gute Einfälle erforderlich sind. Ich brauche nur die Namen Kuba, Zypern und Südvietnam zu nennen; aber ich will diese einzelnen Brandherde gar nicht hier bei der Kürze der Zeit weiter erwähnen. Ausführlicher jedoch möchte ich über zwei Fragen sprechen: über Sowjetrußland und über die Entwicklung der NATO.

Für die Absichten Sowjetrußlands uns gegenüber ist das, was Chruschtschow dem früheren französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet im Oktober des vergangenen Jahres bei dessen Besuch in Moskau gesagt hat, viel wichtiger und viel aufschlußreicher als der grobe Angriff in TASS vom 7. März dieses Jahres.

Herr Mollet und Freunde von ihm haben mit Herrn Chruschtschow in Moskau im Oktober vergangenen Jahres mehrere lange Unterredungen gehabt, über die Herr Mollet am 9. Januar dieses Jahres in der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg berichtet hat. Mollet und seine Freunde haben nach diesem Bericht insgesamt zwölf Stunden mit Chruschtschow gesprochen. Von diesen zwölf Stunden wurden drei Stunden zur Besprechung der deutschen Fragen gebraucht. Mollet berichtete darüber, Chruschtschow habe mit großer Schärfe und Entschiedenheit erklärt, in der Frage Berlin und der Sowjetzone sei nichts weiter zu verhandeln. Er, Chruschtschow, denke sich die Entwicklung im übrigen folgendermaßen: Im Laufe der Zeit – so hat er laut Mollet ausgeführt – würden immer mehr Deutsche in der Bundesrepublik zu der Erkenntnis kommen, daß der Sozialismus – damit meinte Chruschtschow den Kommunismus – die stärkste Macht auf der Erde sei. Zudem hätten die Deutschen ein Empfinden dafür, wo viel

Geld zu verdienen sei, und beim Aufbau Sowjetrußlands sei viel Geld zu verdienen. Er, Chruschtschow, nehme also an, daß im Verlauf der Entwicklung die Deutschen in den russischen Einflußbereich einlenken würden.

Als Chruschtschow den Eindruck sah, den diese Ausführungen auf seine französischen Zuhörer machten, hat er – nach dem Bericht von Mollet – gesagt: „Wenn Ihnen“ – also den Franzosen – „diese Entwicklung unangenehm ist, dann müssen Sie zu Ihrer früheren Politik, zu einem russisch-französischen Bündnis gegen Deutschland, zurückkehren!“

Diese Erklärungen Chruschtschows, meine Damen und Herren, haben mich nicht überrascht. Es ist seit langer Zeit meine Ansicht gewesen, daß Chruschtschow dieses Ziel konsequent verfolgt in der Hoffnung, auf diese Weise ganz Westeuropa – nämlich Deutschland, Italien und Frankreich – in den sowjetischen Sog zu bringen.

Vom russischen Standpunkt aus betrachtet, meine Damen und Herren, ist diese Politik eine sehr gute Politik: Sowjetrußland mit der Bundesrepublik im Gefolge und – wenn möglich – noch mit Frankreich und Italien würde eine militärische und eine wirtschaftliche Macht darstellen, die den Vereinigten Staaten bei weitem überlegen wäre, und Sowjetrußland, meine Freunde, würde bei einem solchen Machtzuwachs auch alle Aussicht haben, auf die Dauer dem Druck Rotchinas Widerstand leisten zu können.

Über diesen Bericht Mollets ist in der „Bonner Rundschau“ vom 11. Januar 1964 ausführlich berichtet. Ich habe nicht gelesen, daß ähnliche Berichte in anderen deutschen Zeitungen erschienen sind. Der letzte Angriff von TASS hat den durchsichtigen Zweck, das Ansehen der Bundesrepublik in den anderen Ländern zu schädigen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß Sowjetrußland immer mehr an die Verwirklichung seiner Träume von dem Zerbrechen der westlichen Front glaubt. Die Uneinigkeit der Mitglieder von NATO in der Frage der Kreditgewährung an Rußland hat wesentlich dazu beigetragen. Die Russen werden sich auch zweifellos in ihrer ganzen Politik der nächsten Jahre auf das Recht der einzelnen NATO-Mitglieder im Jahre 1969, mit einjähriger Frist den Vertrag zu kündigen, einstellen.

Die Einigkeit oder der Mangel an Einigkeit in der NATO, meine Damen und Herren, wird nach meiner Meinung durch nichts mehr beleuchtet, als dadurch, daß die Ministerratssitzung der NATO im Dezember vergangenen Jahres, für die drei Tage vorgesehen waren, nach eineinhalb Tagen zu Ende war und daß das Kommuniké, das darüber herausgegeben wurde, nicht sehr belangreich war.

Ich meine, es ist höchste Zeit, daß die NATO-Mitglieder ernstlich – wenn ich sage: die NATO-Mitglieder, gilt das für alle NATO-Mitglieder – an eine Beseitigung ihrer Meinungsverschiedenheiten herangehen.

(Lebhafter Beifall.)

Im Jahre 1969 kann der Vertrag von jedem gekündigt werden. Im Jahre 1968 findet die Wahl des amerikanischen Präsidenten statt, und

bekanntlich ist das amerikanische Volk in dem Jahre, in dem der Präsident gewählt wird, für außenpolitische Fragen sehr wenig ansprechbar. Unter den NATO-Mitgliedern muß also über dringend notwendige Änderungen des Vertrags spätestens im Jahre 1967 Einigkeit erzielt sein. Es sind schwierige Probleme, die dort zur Debatte stehen, und so glaube ich, ihre Bearbeitung erfordert viel Zeit. Auch bin ich überzeugt, meine Damen und Herren, daß das Nichtweiterkommen in der Frage der europäischen politischen Union die Hoffnung Sowjetrußlands auf eine Verkümmernng und Schwächung der europäischen Zusammenschlüsse bewirkt. Entscheidend in der Frage des Weitergangs der Verhandlungen über die politische Union ist, wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, die Haltung Großbritanniens dazu. Großbritannien aber befindet sich im Wahlkampf; die Wahlen für das Unterhaus müssen spätestens im Herbst dieses Jahres stattfinden. Wenn sie vorüber sind, meine Freunde, und wenn eine britische Regierung auf Grund des Ergebnisses dieser Wahlen gebildet ist, müssen meines Erachtens die sechs EWG-Staaten von Großbritannien eine klare Erklärung darüber verlangen, ob es unter Übernahme derselben Verpflichtungen, wie sie die sechs EWG-Staaten eingegangen sind, bereit ist, in die europäischen Institutionen und in eine europäische politische Union einzutreten oder nicht.

(Beifall.)

Ich meine, daß es nicht angeht, diese Sache in der Schwebe zu lassen. Wir sind unserem Bundeskanzler Erhard von Herzen dankbar dafür, daß er sich dieser Frage mit Tatkraft und Energie angenommen hat.

(Lebhafter Beifall.)

Aber, meine Damen und Herren, diese Frage muß gelöst werden, und die Lösung liegt bei Großbritannien. Großbritannien wird sich nach der Parlamentswahl entscheiden müssen.

NATO und Europa, meine Damen und Herren, sind nach meiner Meinung auch die vornehmsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik in den nächsten Jahren.

Nun möchte ich noch etwas über unsere Partei sagen. Ich habe gestern und heute Pressenachrichten über sie gelesen, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Jedes menschliche Zusammenleben setzt besondere Normen voraus. Der Kommunismus geht davon aus, daß der Staat und seine Organe alle Gewalt haben, daß der einzelne Mensch gegenüber dem Staat keine Macht besitzt. Wie der kommunistische Staat kein vom Staat unabhängiges Recht seiner Untertanen anerkennt, so erkennt er auch nicht die Rechte anderer Völker an.

Unsere, die christliche Weltanschauung, auf der unsere Partei beruht, ist anders. Sie geht davon aus, daß jeder einzelne Mensch von Gott stammende, im Naturrecht begründete Rechte gegenüber jedem, auch gegenüber seinem Staat und seinem Volk hat. Wir sind des Glaubens, daß die Würde und die Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Nach

unserer Überzeugung dürfen auch Freiheit und Würde eines Volkes durch kein anderes Volk angetastet werden. Daraus leiten wir unabdingbare Rechte der Selbstbestimmung für jedes Volk ab.

(Lebhafter Beifall.)

Die Zerstückelung Deutschlands ist ein Verstoß gegen dieses Recht des deutschen Volkes.

(Erneuter Beifall.)

Das Recht auf Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit kann ihm von niemandem in der Welt genommen werden.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Diese Weltanschauung über Freiheit und Würde des Menschen hat sich im Laufe der Jahrhunderte auf christlichem Boden entwickelt; sie ist gemeinsames Gut der beiden großen christlichen Konfessionen. Unsere Partei – ich wiederhole es – steht fest und unverbrüchlich auf dem Boden dieser, der christlichen Weltanschauung, daß es für den Menschen Normen gibt, die aus dem Wesen und Sein Gottes selber fließen und daher unverbrüchlich sind und nicht angetastet werden dürfen.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art, zum Guten und zum Schlechten, in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne feste, unabdingbare Normen für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgeleitet.

(Beifall.)

Große Völker dieser Erde, meine Freunde, Sowjetrußland und seine Satelliten, die rotchinesischen Völker, auch Völker in Afrika, wenden sich bewußt gegen christliches Empfinden.

Nicht ohne Erschütterung, nicht ohne tiefes Mitleid mit den Betroffenen hören wir die Nachrichten von der Schließung christlicher Kirchen, von Tausenden und aber Tausenden in Sowjetrußland, hören wir von dem unlängst in Paris abgehaltenen Kongreß christlicher Priester der verschiedenen Konfessionen, daß in Sowjetrußland kein Kind eine Kirche betreten darf, daß Jugendlichen unter 16 Jahren kein Religionsunterricht erteilt werden darf. Mit Erschütterung hören wir von der Vertreibung christlicher Missionare aus Rotchina und aus dem Sudan. Meine Damen und Herren, gar nicht weit von hier droht ja wiederum eine ähnliche Tragödie. Ich meine jetzt die Universitätskirche in Leipzig, sie soll beseitigt werden. Sie ist erbaut worden im 13. Jahrhundert; in ihr hat Luther gepredigt; sie dient jetzt dem gemeinsamen Gottesdienst der beiden christlichen Konfessionen. Man will sie beseitigen. Meine Freunde, ich glaube, die politischen Parteien in der Welt, sicher diejenigen in Europa, die auf Grund der christlichen Weltanschauung tätig sein wollen, sollten sich über alles Trennende hinweg zusammen-

finden, um mit vereinten Kräften ihre Länder vor dem Rückfall in Neuheidentum zu schützen.

Wenn wir uns vereinen, wenn wir gemeinsam arbeiten, werden wir unsere Völker retten vor der steigenden Flut eines Neuheidentums.

(Langanhaltender sehr starker Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Verzeihen Sie, wenn ich den Beifall unterbreche, aber wir sind schon in Zeitnot. Und wenn ich feststelle, daß uns unser Bundesvorsitzender, unser allverehrter Dr. Konrad Adenauer, einmal wieder nach Inhalt, aber auch nach Dauer dieses politischen Referates in Zeitnot brachte, dann liegt schon in der Feststellung die Anerkennung: Wir haben Ihnen sehr zu danken.

(Erneuter starker Beifall.)

Nun möchte das Präsidium Ihnen vorschlagen, und zwar auch nach Verständigung mit unserem Freunde Dufhues, daß wir, um jetzt in den Zeiten zu bleiben, Schluß machen und erst um 15.30 Uhr das Referat unseres Freundes Dufhues hören, um dann gleich anschließend die Diskussion zu führen.

(Beifall.)

Darf ich alle diejenigen, die dann das Wort nehmen möchten, herzlich bitten, rechtzeitig schriftlich ihre Meldungen abzugeben, damit wir hier eine entsprechende Reihenfolge vornehmen können.

Meine Freunde! Ich würde mich sehr freuen, wenn wir nun auch den Schlußakkord der Musik hörten und nicht die Unruhe im Raum das zu sehr störte. Sie sind einverstanden mit dieser Umstellung des Programms. Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

Ouvertüre „Die Geschöpfe des Prometheus“ von Ludwig van Beethoven
Niedersächsisches Symphonieorchester

Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Dr. Thierfelder

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Ich darf im Auftrag aller Anwesenden, der Parteifreunde und der Gäste, Herrn Professor Thierfelder und seinen Künstlern sehr herzlich danken.

(Starker Beifall.)

Damit ist nun die Plenarsitzung unterbrochen. Wir beginnen pünktlich um 15.30 Uhr mit dem Referat unseres Freundes Dufhues.

Schluß der Sitzung 13.00

2. Plenarsitzung

Beginn 15.30 Uhr

Präsident Dr. SEEBOHM:

Wir nehmen die vorhin unterbrochene Sitzung wieder auf. Die heutige Nachmittagssitzung werden wir in folgender Reihenfolge durchführen: Zuerst werden wir das Referat unseres Parteifreundes und Geschäftsführenden Vorsitzenden Josef-Hermann Dufhues entgegennehmen. Anschließend werden wir dann Grußworte hören. Im Anschluß an die Grußworte findet die Aussprache statt. Ich darf nochmals bitten, daß diejenigen, die sich an der Aussprache beteiligen wollen, uns ihre Wortmeldung hierher schriftlich geben, damit wir dann die einzelnen Herren entsprechend aufrufen können. Es ist vorgesehen, die heutige Nachmittagssitzung etwa gegen 18.15 Uhr zu schließen, damit die Damen und Herren Gelegenheit zum Besuch der Abendveranstaltungen haben.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung.)

Bitte, zur Geschäftsordnung.

KOHL:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich kurz zur Geschäftsordnung äußern. Ich bitte vor allem unsere ausländische Freunde, es nicht als einen Akt der Unhöflichkeit zu bezeichnen, wenn wir darum bitten, uns bei dem heute nachmittag vorgesehenen Zeitplan auch Gelegenheit zu einer Diskussion zu geben. Ich bin mit vielen Freunden Hunderte von Kilometern hierher gekommen, um zu diskutieren, und zwar nicht nur im Arbeitskreis, sondern auch im Plenum dieses Parteitages. Man macht uns häufig den Vorwurf, daß wir das Gespräch untereinander nicht genügend pflegten. Deswegen meine Bitte – ich bin bereit, formell einen Antrag zu stellen –, uns Gelegenheit zu geben, heute, wenn es sein muß und gewünscht ist, bis 19 Uhr zu diskutieren. Das scheint mir notwendig zu sein, weil immerhin ein Referat gehalten werden wird, das eine Diskussionsgrundlage bietet.

(Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Bei dem Termin 18.15 Uhr, den ich vorhin angegeben habe, handelte es sich um einen ungefähren Zeitpunkt. Selbstverständlich werden wir die vorliegenden Wortmeldungen abwickeln. Es sollte nur gesagt werden, daß heute abend noch Veranstaltungen stattfinden, die der eine oder andere besuchen wird. Wir sollten versuchen, mit der zur Verfügung stehenden Zeit ungefähr auszukommen. Es sollte nicht bedeuten, lieber Freund Kohl, daß wir irgend jemandem keine Gelegenheit zur Beteiligung an der Diskussion geben wollten. Da wir bisher nur eine

Wortmeldung vorliegen haben, hatten wir geglaubt, daß wir mit dieser Einteilung durchkämen. Ich darf deshalb noch einmal die Damen und Herren bitten, ihre Wortmeldungen hierher zu geben, damit wir einen ungefähren Überblick bekommen.

KOHL:

Herr Vorsitzender, Sie haben also Verständnis dafür, daß die Wortmeldungen erst erfolgen, wenn wir wissen, über was diskutiert wird.

Präsident Dr. SEEBOHM:

Damit kein Zweifel darüber besteht: die Diskussion von heute wird geführt über den Vortrag des Herrn Parteivorsitzenden und den jetzt stattfindenden Vortrag des Herrn Geschäftsführenden Vorsitzenden. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind. (Zustimmung.) Danke sehr! Dann darf ich also jetzt, bevor ich das Wort zur Begrüßung gebe, das Wort unserem geehrten Geschäftsführenden Vorsitzenden Josef-Hermann Dufhues geben und ihn bitten, zu uns zu sprechen.

Geschäftsführender Vorsitzender Josef-Hermann DUFHUES:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freundel! Wenn ich nicht nur im Hinblick auf die letzten Diskussionsbeiträge die Situation richtig übersehe, wird der Bundesparteitag Hannover kein Kongreß der Uniformität und des Gleichschritts sein.

(Beifall.)

Seit Monaten ist in unserer Partei eine sehr lebhaftige Diskussion im Gange über Fragen der Tagespolitik ebenso wie über die Konzentration langfristiger Aktionsprogramme im Bereich der Außen- wie der Innenpolitik, nicht zuletzt der Sozial- und auch der Kulturpolitik. Diese Diskussion, meine lieben Freunde, ist Ausdruck politischen Lebens. Wir haben keine Veranlassung, gelegentliche Unterschiede der Auffassungen zu verschweigen oder gar einer freimütigen Aussprache darüber auszuweichen. Spannungen sind und bleiben das Lebenselement einer freiheitlichen Partei wie der CDU. Diese Spannungen auszugleichen im Geiste unseres Programms und, das möchte ich allerdings mit Nachdruck hervorheben, in freundschaftlicher Besinnung, ist die ständige, bleibende Aufgabe der Union.

Vor gut 14 Tagen war in einer angesehenen deutschen Tageszeitung zu lesen, daß der Geschäftsführende Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union die kühnen Hoffnungen nicht erfüllt habe, die sich an ihn und sein Wirken knüpften. Wahrscheinlich – so fährt die Zeitung fort – habe er sie gar nicht erfüllen können, weil die CDU im Gegensatz zu den straff organisierten Sozialdemokraten ihre Kraft nicht aus der Parteiorganisation schöpfe, sondern aus der Tatsache, daß sie seit fünfzehn Jahren regiert. Der von mir unternommene Versuch, so konnte man weiter lesen, die Landesherzöge der Union ein wenig zu entmachten und die Partei selbst auf dem Wege über die Organisation zum eigentlichen politischen Kraftfeld zu entwickeln, dieser Versuch sei mehr oder weniger gescheitert.

„Wahrscheinlich hat er diese Hoffnungen gar nicht erfüllen können“ – ein nachdenkliches Wort und eine Frage an uns alle. In der Tat: Ein Parteibewußtsein ist in der Union kaum oder jedenfalls nur in Ansätzen vorhanden. Die Tatsache, daß die CDU den Bundeskanzler stellt, hatte und hat die meisten Parteimitglieder ruhig davon träumen lassen, damit sei alles wohlgetan. Der Mehrheit der Wähler genügte das auch, die Union lediglich zu wählen, nicht aber Mitglied zu werden und aktiv eine Verantwortung zu übernehmen. Eine Partei aber muß – gerade heute und mit Sicherheit morgen – eine aktive Körperschaft sein, da die moderne komplizierte Massengesellschaft vom Geist politischer Verantwortung getragen und mit politisch Aktiven durchsetzt sein muß, wenn sie mehr sein will, als die Summe derer, die vom Staat möglichst häufig – möglichst lautstark – möglichst viel verlangen. Dazu, meine lieben Freunde, die allgemeine Parteiverdrossenheit in der Bundesrepublik! Diesem Kapitel sollten wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es ist falsch, dafür einfach die nationalsozialistische Vergangenheit und die Torheiten einer verfehlten Entnazifizierungspolitik verantwortlich zu machen. Tragen die Parteien der Bundesrepublik nicht selbst zum großen Teil die Verantwortung dafür? Ist nicht die Parteiverdrossenheit zum Teil das Spiegelbild der menschlichen Haltung und der politischen Leistung der Politiker? Wir sollten uns darüber klar sein, daß von den Wählern, und gerade der jungen Generation, neben den Führungsqualitäten und den politischen Leistungen vor allem die menschlichen Qualitäten der Politiker und Parteimitglieder beurteilt und gewogen, anerkannt oder verurteilt werden.

Nach diesen kurzen einleitenden Bemerkungen – es waren nicht mehr als Anmerkungen – will ich nun zu meinem Rechenschaftsbericht kommen. Sie werden es verstehen, daß ich selbst nur schlecht über mein eigenes Tun berichten kann. Nicht alles, was ich getan, woran ich mitgewirkt, was ich – bewußt oder unbewußt – unterlassen und auch durchgestanden habe, nicht alles kann ich Ihnen hier sagen.

Die Entscheidungen des Parteitages von Dortmund waren das Ergebnis einer langen Diskussion in der CDU. Diese Diskussion war vor allem ausgelöst durch das Wahlergebnis vom 17. September 1961 und auch die Erfahrungen, die seitdem in der Koalition gesammelt wurden. Ziel der Diskussion war es, die Schlagkraft der Partei zu erhöhen, und ihr stärkeres Profil zu geben. Straffung in der Spitze, Stärkung in der Organisation, bessere und kontinuierlichere Öffentlichkeitsarbeit, sie wurden als die konkreten Aufgaben gesehen.

Wenn diese Diskussion auch unter dem nicht von mir ausgegebenen Stichwort „Parteireform“ geführt wurde, so waren wir uns doch alle einig, daß unsere Partei im Gegensatz zur SPD keiner grundlegenden Reform ihres Programms, keiner grundlegenden Änderung ihrer Politik bedurfte. Die Grundsätze christlich-demokratischer Politik und die Wege der CDU-Politik in der Vergangenheit sind richtig gewesen. Das haben nicht nur die Wähler bestätigt, das hat vor allem die SPD anerkannt, als sie in Bad Godesberg vor dem Programm und den politischen Erfolgen der CDU kapitulierte und sich den Anschein zu geben ver-

suchte, als ob auch sie nun Grundsätze vertrete – wie wir, oder unseren Grundsätzen weitgehend angenäherte Gedanken – nur mit anderen Männern, mit anderen Mitteln.

Der Vorzug dieser Diskussion war, daß durch sie Kräfte freigesetzt wurden in der Partei. Die CDU hat in den letzten beiden Jahren bewiesen, daß sie offen diskutieren kann, daß sie eine Partei voller Lebendigkeit ist. Es gilt jetzt, das Ergebnis der Diskussion vorläufig zusammenzufassen und die Kräfte zu sammeln im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1965.

Die offene Diskussion hat unserer Partei zahlreiche neue Kräfte zugeführt. Es war kein unfruchtbarer Streit um Grundsätze und Ideologien, es war vielmehr eine sachliche Auseinandersetzung um den weiteren Weg der CDU und die nächsten Ziele unserer Politik. Aus einer solchen Diskussion wächst in gemeinsamer Anstrengung die Erkenntnis des Richtigen; sie selbst bleibt nicht steril wie der Streit um Programme und Ideologien, den andere Parteien auszufechten haben und auch weiterhin ausfechten. Ich danke allen, die durch neue Ideen, Vorschläge und vor allem denen, die durch ihre Arbeit dazu beigetragen haben, diese Diskussion und diese Anstrengungen zu fördern. Auch den ungeduldischen Kritikern gilt mein Dank. Wer allerdings nach anderthalb Jahren die CDU als Stromlinien-Partei erwartet hat, dem sei freimütig gesagt: Die in Dortmund gestellte Aufgabe kann und wird erst in Jahren erfüllt sein, womit ich nicht sagen will, daß ich hier eine Lebensstellung suche. In Dortmund waren wir uns darüber einig, daß die CDU auf die Dauer mehr sein muß als eine Hilfsorganisation der Bundesregierung, ein Anhängsel der Bundestagsfraktion – mehr sein muß als eine Wahlkampfmaschine, vielmehr ein Organ umfassender demokratischer Willensbildung.

Durch die Trennung von Kanzleramt und Parteivorsitz hat dieser Auftrag sehr an Bedeutung gewonnen. Die Parteiführung mußte bemüht sein, der Partei ein eigenes Profil zu geben, damit sie unabhängig von Personen als Klammer zwischen Regierung, Fraktion und Parteivolk dienen konnte. Eine demokratische Regierung bedarf des Rückhalts in ihrer Partei. Das weiß auch Prof. Ludwig Erhard. Hier, vor dem Bundesparteitag, danke ich ihm für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die ihn mit seiner Partei verbindet.

(Lebhafter Beifall.)

Ich danke für diese Zusammenarbeit auch den CDU- und CSU-Ministern im Kabinett, allerdings unter Übernahme eines bekannten Wortes unseres verehrten Bundesparteivorsitzenden: „Dem einen mehr, dem anderen weniger.“

(Lebhafter Beifall.)

Regierung und Fraktion können um so entschiedener ihre Politik vertreten, als sie gewiß sind, daß eine lebendige und starke Partei sie stützt. Die Partei kann nicht der verlängerte Arm einer Regierung oder der Fraktion sein; aber sie kann Regierung und Fraktion Helfer sein;

sie kann dazu beitragen, daß die Politik der Regierung und der Fraktion vom Volke besser verstanden wird, auch und gerade dann, meine lieben Freunde, wenn es sich um unpopuläre Entscheidungen handelt.

Hinter uns liegen bewegte Monate. Der Spätherbst 1962 und der Frühling 1963 bedeuten tiefe Einschnitte in der politischen Entwicklung unseres Staates; sie waren begleitet von erregenden Auseinandersetzungen. In diesen Auseinandersetzungen hat die Führung der CDU ihren Beitrag dazu geleistet, notwendige Entscheidungen zu treffen und zugleich den inneren Zusammenhalt und die Einheit der Union zu wahren. Bewegten Herzens danken wir in dieser Stunde den beiden Männern, die in den entscheidenden Tagen des Jahres 1963 trotz aller Spannungen ihrer Verantwortung gerecht geworden sind, auch ihrer Verantwortung gegenüber der Union: dem früheren Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und dem neuen Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard.

(Starker Beifall.)

Und die weitere wichtige Aufgabe der CDU: in dem Spannungsfeld des Bundes und der Länder auf Ausgleich, Integration und Erfüllung der nationalen Aufgaben hinzuwirken, die sich nicht zuletzt aus der Situation des gespaltenen Deutschland ergeben. Weil wir Verfassungspartei sind und weil wir die föderative Ordnung Deutschlands als Verfassungspartei bejahen, sind wir als Partei in besonderem Maße verpflichtet, Kompetenzschwierigkeiten zwischen Bund und Ländern durch die Klarheit, Zielstrebigkeit und auch die Einheitlichkeit unseres politischen Willens zu überwinden. Mit der wirksamen Erfüllung dieser Aufgabe steht und fällt die föderative Ordnung der Bundesrepublik. Ich bitte unsere Freunde in den Landesregierungen und den Landesparlamenten, diesen Tatbestand niemals aus den Augen zu verlieren.

Immer wieder hat die CDU versucht, diesem Auftrag gerecht zu werden, nicht zuletzt in vielen Besprechungen und Verhandlungen zur Erledigung des leidigen Finanzstreits. Dieser Aufgabe werden wir uns täglich erneut stellen müssen, vor allem im Bereich der Innenpolitik und der Kulturpolitik. Der Parteitag in Hannover ist der erste Bundesparteitag, der sich auf meine Anregung hin mit Problemen der Kulturpolitik befaßt. An den Vortrag und die Anregungen unseres Freundes Prof. Dr. Mikat und ebenso an die Beratungen des Arbeitskreises „Kulturpolitik“, aber auch an die freimütige Aussprache in dem Forumsgespräch „Geist – Stiefkind der Nation?“ – ich bitte Sie, dieses Fragezeichen niemals auszulassen — unter der Leitung unseres Parteifreundes Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, an beide Vorgänge dieses Parteitages knüpfen sich erwartungsvolle Hoffnungen.

Die CDU darf kulturpolitisch nicht abstinent sein, weil die Kulturpolitik nach dem Grundgesetz im wesentlichen Sache der Länder ist. In den Spannungen, die sich aus der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes und dem Auftrag unserer Partei zur Integration ergeben, haben wir uns nicht an den sogenannten Interessen des Bundes und der Länder zu orientieren – hier, meine lieben Freunde, sind wir vor allem und in er-

ster Linie dem Auftrag und dem Leitbild christlich-demokratischer Politik verpflichtet.

(Lebhafter Beifall.)

Und weiter: Die CDU muß mehr sein als nur Wahlkampfmaschine. Das heißt, wir müssen intensiver und umfassender den Prozeß der geistigen Erneuerung, den Prozeß der ständigen Überprüfung unseres Programms durch Formulierung moderner Aktionsprogramme betreiben.

Das Präsidium der CDU hat vielfältige Schritte unternommen, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn der Parteitag in diesen Tagen ein agrarpolitisches und ein gesundheitspolitisches Programm verabschiedet, wenn er den Auftrag christlich-demokratischer Kulturpolitik diskutiert, dann sehen wir darin die ersten Früchte dieser Bemühungen. Sie werden neben anderem noch in diesem Jahr auf einer verkehrspolitischen Tagung und auf dem dritten Kulturpolitischen Kongreß, voraussichtlich in Hamburg, Ende dieses Jahres und im Anschluß daran auf einer großen wirtschaftspolitischen Tagung fortgesetzt werden.

Wenn wir aber unsere Ziele systematisch ansteuern wollen, dann müssen wir Einrichtungen schaffen, deren eine politische Partei nicht entzogen werden kann.

Ich denke an das seit langem geplante Studienzentrums, das – ausgestattet mit modernen technischen Mitteln und gestützt auf wissenschaftlich fundierte Kenntnisse und Erkenntnisse – die Grundlagen für langfristige politische Entwicklungen und Entscheidungen erarbeitet.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Wer solche Einrichtungen bejaht, sollte sich allerdings über die Konsequenzen für die Struktur unserer Partei klar sein. Ein Studienzentrums kann nicht im luftleeren Raum tätig werden. Es kann und darf nur unter der Mitwirkung und unter der politischen Verantwortung der Führung unserer Partei arbeiten; denn sonst würden wir eines Tages überrascht feststellen, daß sich über Nacht Programm und Ziele unserer Partei ohne unsere Mitwirkung gewandelt haben. Eine Partei im Stil der Parteien des 19. Jahrhunderts hat für solche Einrichtungen keinen Raum. Eine moderne Partei kann darauf nicht verzichten; sie muß daraus allerdings die notwendigen Konsequenzen ziehen, Konsequenzen, von denen ich bereits sprach, Konsequenzen mit dem Ziel, daß die Tätigkeit eines solchen Studienzentrums sich unter der Mitwirkung und unter der politischen Verantwortung der Führung der Partei vollzieht, und dazu reicht es nicht aus, daß man sich der Führung dieser Partei nur in Abständen von – sagen wir – 14 Tagen für eine Stunde oder zwei Stunden widmet.

(Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion dieser Frage, meine lieben Freunde, ist nicht abgeschlossen; sie konnte auch nicht abgeschlossen werden, weil trotz aller Bemühungen die zur Schaffung und Unterhaltung eines Studienzentrums notwendigen finanziellen Mittel nicht aufgebracht werden konnten. Nach menschlichem Ermessen werden diese Schwierigkeiten in abseh-

barer Zeit behoben werden; aber wir sollten bereits jetzt einen ersten Anfang machen, und deshalb rege ich an, einen Beirat für Grundsatzfragen zu berufen, der die Führung der Partei und – wenn sie es wünscht – auch die Führung der Fraktion ständig beraten kann. Führende Persönlichkeiten, Wissenschaftler – z. B. aus dem Bereich der Soziallehre und Sozialethik – und auch Theologen beider Konfessionen sollten in diesem Beirat arbeiten; sie sollten in diesem Beirat den Politikern helfen, daß sie in der Hast des Tagesgeschehens nicht die Grundsätze unseres Handelns aus den Augen verlieren.

(Lebhafter Beifall.)

Niemand wird erwarten, daß die Politiker bei den Mitgliedern des Beirates fertige Rezepte für ihr Handeln abholen können; aber sie werden sich im Gespräch Rat holen können für ihre Entscheidungen. Sie werden dankbar sein für die Orientierungszeichen, die dieser Beirat geben kann und geben soll, und so wird der Beirat auch wertvolle Hilfe leisten können bei der Beratung der endgültigen Fassung der Grundsatzerklärung der CDU, die trotz aller Bemühungen dem Parteitag noch nicht vorgelegt werden konnte, die aber nach sorgfältiger Erörterung innerhalb der Partei, vor allem auch in den Kreisverbänden, etwa im Herbst durch den Bundesparteiausschuß verabschiedet werden sollte.

Der Gedanke eines Studienzentrums muß weiter verfolgt, er muß auf die Dauer verwirklicht werden. Wir brauchen ein solches Studienzentrum zur langfristigen Vorbereitung unserer Politik. Wir brauchen das Studienzentrum, um die innerparteiliche Diskussion systematisch vorzubereiten und systematisch auszuwerten.

(Beifall.)

Wir brauchen das Studienzentrum und den Beirat, um unsere Politik immer wieder an jenem Gesetz zu überprüfen, das für die CDU Richtschnur ihres Handelns bleiben muß.

Und nun zu dem Auftrag von Dortmund, die Organisation und die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zu verbessern:

Diese Bemühungen, meine lieben Freunde, mußten einsetzen bei der Zentrale der Parteiführung, der Bundesgeschäftsstelle. Es ist uns gelungen, die Bundesgeschäftsstelle mit mehr und auch mit qualifizierteren Mitarbeitern auszustatten. Die Zahl der politischen Sachreferate ist vermehrt worden. Vieles bleibt noch zu tun, vor allem in Verbindung mit dem geplanten Studienzentrum.

Ich freue mich, daß auch die Zahl und die Qualität der hauptamtlichen Mitarbeiter in den Landes- und Kreisverbänden trotz aller personellen und finanziellen Schwierigkeiten verbessert werden konnte. Dabei denke ich nicht zuletzt daran, daß wir der Werbung für unsere Politik innerhalb der Arbeitnehmerschaft – einer für die Partei lebenswichtigen Aufgabe – durch die vermehrte Anstellung von Sozialsekretären und die erhöhte finanzielle Unterstützung der Sozialausschüsse neuen Auftrieb und besseren Rückhalt geben konnten. Bereits heute bitte ich alle Verantwortlichen, den Betriebsratswahlen im kommenden Jahr ihre be-

sondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bei dieser Gelegenheit unseren Freunden in Königswinter für ihr erfolgreiches Wirken und die gute Zusammenarbeit zu danken, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis.

(Lebhafter Beifall.)

Ich sprach von den hauptamtlichen Mitarbeitern. Ihre Zahl muß noch wesentlich vergrößert werden. Noch immer haben wir in zahlreichen Wahlkreisen keine Geschäftsführer. In einer großen Zahl von Kreisgeschäftsstellen ist eine befriedigende Organisationsarbeit nicht möglich, weil das erforderliche Hilfspersonal ebenso wie die räumlichen und technischen Voraussetzungen fehlen. Entsprechendes gilt im übrigen auch für die Bundesgeschäftsstelle, die in Bonn und in der Umgebung von Bonn an 16 verschiedenen Stellen mit ihren Büroräumen untergebracht ist. Das – meine lieben Freunde, das wird jeder einsehen, erschwert die Zusammenarbeit und macht ungewöhnlich hohe, unnötige Kosten. Die Pläne für ein Parteihaus sind fertiggestellt und vom Präsidium gebilligt; aber auch hier fehlt es am notwendigen Geld. Dabei können wir nicht auf fremde Hilfe rechnen. Wir müssen die Mittel für diese Aufgabe aus eigener Kraft aufbringen.

(Beifall.)

Mit besonderer Sorgfalt und mit gutem Erfolg, meine ich, haben wir uns darum bemüht, für eine angemessene Bezahlung und auch für die Altersversorgung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter zu sorgen. Eine Tarifordnung, die eine möglichst gleichmäßige Besoldung der hauptamtlichen Mitarbeiter gewährleisten soll, ist in Arbeit. Diese Bemühungen und viele andere dienen dem Ziel, die Arbeitsfreude und auch das soziale Ansehen unserer Mitarbeiter in der Bevölkerung zu heben; aber immerhin dürfen wir heute bereits feststellen, daß wir nicht mehr nur an den Idealismus unserer Mitarbeiter appellieren müssen. Ohne diesen Idealismus können wir auch in Zukunft nicht auskommen; aber wir bieten heute Arbeitsbedingungen, die denen in Wirtschaft und Verwaltung zunehmend angepaßt werden. Ich bitte auch hierbei um Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung. Um im Bild der Stromlinien-Partei zu bleiben, wer einen modernen Stromlinienwagen fährt, kann sich keinen Kraftfahrer mit ausgefransten Hosen leisten.

Wir haben in der Bundesgeschäftsstelle die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und die Presseabteilung erheblich erweitern können, ohne allerdings auch nur entfernt den Stand der SPD erreicht zu haben. Das in den Sachreferaten erarbeitete Material wird über neugestaltete Informations- und Pressedienste an die Mitglieder, an unsere etwa 30 000 Vertrauenspersonen in allen deutschen Ländern und an die Öffentlichkeit herangetragen. Ich weiß, daß gerade hier, im Bereich der Öffentlichkeits- und Pressearbeit noch vieles zu tun bleibt; aber ich glaube, sagen zu können, daß wir vor allem in den letzten Monaten ein gutes Stück vorangekommen sind.

Das gilt nicht zuletzt, meine lieben Freunde, im Hinblick auf das neu geschaffene Amt des Pressesprechers der CDU. Dadurch haben wir die Möglichkeit, Haltung und Auffassung der CDU gegenüber der Öffent-

lichkeit regelmäßig und bestimmt, klar und überzeugend zu vertreten. Hierbei legen wir entscheidenden Wert darauf, die Auffassungen und Verlautbarungen der Regierung, der Bundestagsfraktion und der Partei sorgfältig aufeinander abzustimmen, sorgfältig miteinander zu koordinieren.

Der besseren Information in der Partei dient neben den CDU-Informationen für unsere Mitarbeiter ein Fernschreibdienst, mit dem ich dreimal wöchentlich die Landesvorsitzenden über die Vorgänge in Bonn und die Auffassungen der CDU hierzu informiere. Diese Fernschreiben sind kein vertraulicher Informationsdienst, der „Hintertreppen-Geschichten“ aus der Bonner Politik verbreiten will. Sie sollen aber gewährleisten, daß draußen im Lande bekannt ist, was das Präsidium der Partei, was die CDU in der Bundeshauptstadt über bestimmte politische Entwicklungen und Vorgänge denkt. Nur so wird es möglich sein, daß wir auch in der Argumentation nach außen jene Geschlossenheit gewinnen, die insbesondere im Hinblick auf den Wahlkampf 1965 erforderlich ist.

Wir sind eine Partei, in der frei diskutiert wird. Diese Diskussion muß dem Zweck dienen, eine einheitliche, gemeinsame Auffassung zu erarbeiten. Ich habe unlängst in einer wichtigen Frage die Herren Landesvorsitzenden gebeten, mich fernschriftlich über die Haltung ihrer Landesverbände zu informieren. In Zukunft werde ich häufiger auf diese Möglichkeit des raschen Gedankenaustausches zurückgreifen. Nur so wird es möglich sein, daß das Präsidium der Partei, die Fraktion und die Regierung über die Auffassung der Partei begründet informiert sind. Das wird für Fraktion und Regierung vor allem in schwierigen Situationen eine wertvolle Stütze bedeuten.

Das bedeutet aber für die Landesverbände der Partei die Notwendigkeit, ständig im Kontakt mit den Mitgliedern zu bleiben und sorgfältig deren Meinungen zu erkunden.

(Beifall.)

Das bedeutet für die Orts- und Kreisverbände, daß sie nicht nur ein Verein zur Sicherung von Mandaten in der kommunalen Selbstverwaltung sein dürfen.

(Zustimmung.)

Eine Partei muß auch in den Kreisen mehr sein als nur ein kommunaler Wahlverein.

(Lebhafter Beifall.)

Ich unterschätze damit keineswegs die Bedeutung der Kommunalpolitik. Im Gegenteil: Wer sieht, wie die Sozialdemokratie in unseren Großstädten systematisch Positionen erobert und ausbaut, der muß sehr besorgt die Frage stellen, ob die CDU sich leisten kann, in den Zentren der industriellen Gesellschaft nicht mehr als gestaltende Kraft vertreten zu sein.

(Zurufe: Sehr richtig. – Beifall.)

All dies, meine Freunde, macht deutlich, daß Parteireform nicht allein die Aufgabe des Geschäftsführenden Vorsitzenden sein kann, sondern, daß sie von der gesamten Partei mitgetragen werden muß. Parteireform ist und bleibt eine ständige Aufgabe, ist ein neuer Stil des Diskutierens, ein neuer Stil der Willensbildung in der Partei.

(Beifall.)

Ich glaube übrigens, daß wir ein gutes Stück weitergekommen sind in der Koordinierung zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden. Ich bin selbst Landesvorsitzender; aber deshalb darf ich es auch aussprechen: Die CDU muß mehr sein als eine Addition von Landesverbänden.

(Lebhafter Beifall.)

Nur als lebendige, als geschlossene Bundespartei ist sie in der Lage, erfolgreich um den Auftrag des Wählers zu werben, die Verantwortung für die Politik der Bundesrepublik zu übernehmen und zu behalten. Daß sie sich stets ihrer Verantwortung für das ganze Deutschland bewußt ist, meine Freunde, ist eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die Jakob Kaiser und Andreas Hermes zu ihren Gründern – Ernst Lemmer und viele andere Freunde aus Berlin, Mittel- und Ostdeutschland zu den Ihrigen zählt. In diesem Zusammenhang greife ich gern eine an mich herangetragene Anregung auf, die CDU möge stärker als bisher in dem Kuratorium Anteilbares Deutschland mitwirken, und zwar in Bund, Ländern und Gemeinden.

(Zustimmung und Beifall.)

Mit der Mitgliederwerbung haben wir aus naheliegenden Gründen nach der Wahl von Professor Erhard zum Bundeskanzler begonnen. Als erstes Zwischenergebnis kann ich Ihnen mitteilen, daß bis zum 31. Dezember – also innerhalb der relativ kurzen Zeit von etwas mehr als zwei Monaten – insgesamt 17 634 neue Mitglieder geworben worden sind.

(Beifall.)

Das ist keine triumphale Zahl, meine lieben Freunde; aber ich meine, es ist ein Anfang. Ich bitte Sie, jeden Einzelnen von Ihnen persönlich, ich bitte Sie dringend, die Mitgliederwerbung nach den Richtlinien der Bundesgeschäftsstelle fortzusetzen. Dabei ist entscheidend, daß die Herren Landes-, Kreis- und Ortsvorsitzenden mit den Landes- und Kreisgeschäftsführern sich persönlich für die Werbung verantwortlich fühlen und sich persönlich daran beteiligen.

(Beifall.)

Wo das geschehen ist, haben wir bereits in diesen wenigen Monaten gute Erfolge gehabt; wo es unterblieben ist haben wir, meine lieben Freunde, sehr, sehr schlechte Ergebnisse zu verzeichnen.

Hier ein Wort an die Junge Union! Gerade bei der Mitgliederwerbung ist Ihrer Initiative, Ihrer Aktivität breiter Raum gegeben. Ich danke Ihnen für Ihre bisherige Mitarbeit bei der Werbung, und ich bitte Sie herzlich, nicht nachzulassen.

Dazu ein praktischer Vorschlag! Veranlassen Sie alle über 18 Jahre alten Mitglieder der Jungen Union, der Partei beizutreten! Die Zahl unserer Mitglieder würde sich dadurch um annähernd 30 000 erhöhen, ein Erfolg, der Ihnen, meine lieben Freunde aus der Jungen Union, Dank und Anerkennung der gesamten Partei eintragen würde.

An dieser Stelle danke ich namens des Präsidiums allen hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei. Dieser Dank gilt allen Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle, in den Landesgeschäftsstellen, in den Kreisgeschäftsstellen und auch in unseren Vereinigungen, gilt Herrn Dr. Kraske und den Mitarbeitern in der kleinsten Ortsunion.

(Beifall.)

Gerade unsere Mitarbeiter draußen im Lande haben doch wohl ein Recht darauf, informiert zu sein über die Arbeit, über die Politik der Partei. Wir haben mit unserer ersten Geschäftsführerkonferenz für die Bundespartei einen Anfang zum regelmäßigen Gedankenaustausch mit allen hauptamtlichen Mitarbeitern aus der Bundesrepublik gemacht.

Wir werden uns weiter um dieses Gespräch, werden uns weiter um den dauernden Kontakt und Austausch mit unseren Mitarbeitern auch von der Bundespartei her bemühen.

Lassen Sie mich hier auch danken, namens des Präsidiums danken der Frauenvereinigung, der Jungen Union, den Sozialausschüssen, der Mittelstandsvereinigung und der Kommunalpolitischen Vereinigung, danken den Ausschüssen der Partei, danken den Vertrauenspersonen und auch den vielen Freunden, vor allem aus der Bundestagsfraktion, die im Auftrage des Präsidiums den ständigen Kontakt zu den Vereinen, Verbänden und Organisationen des gesamten gesellschaftlichen Lebens verstärkt und intensiv halten und pflegen. Der Dank des Präsidiums gilt vor allem auch den Orts-, Kreis- und Landesvorsitzenden der Partei.

Meine lieben Freunde, vor uns liegt eine Aufgabe, von der heute schon häufig gesprochen worden ist, eine Aufgabe, die für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist, die Bundestagswahl 1965. Unser Bundesparteivorsitzender hat vollkommen recht: Es wird der härteste Wahlkampf seit 1949. Die Führung der SPD – Brandt, Erlen und Wehner – kämpft um ihre politische Existenz, kämpft um Sein oder Nichtsein. Sie wird in dem kommenden Wahlkampf die letzten Mittel und Reserven gegen die CDU mobilisieren.

Wer von uns meint, dieser Auseinandersetzung allein durch einen mit letzter technischer Perfektion geführten Wahlkampf begegnen zu können, würde bitter enttäuscht werden.

Gerade in der kommenden Zeit wird die Besinnung auf die geistig-sittlichen Grundlagen unseres Handelns von ganz entscheidender Bedeutung sein; denn gerade hier wird sichtbar, wodurch wir uns unterscheiden.

Ich sehe es als meine wichtigste Aufgabe an, diesen Wahlkampf vorzubereiten und zu führen.

Die politische Planung des Wahlkampfes wird in die Verantwortung des Präsidiums fallen. Damit stehen für die politische Planung des Wahlkampfes der erfahrene Rat unseres Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer, eines bewährten Wahlkämpfers, und der Ideenreichtum und die Dynamik unseres Spitzenkandidaten Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard zur Verfügung. „Mit Erhard voran!“, so lautet die Parole für 1965.

Zur Unterstützung des Präsidiums und der Bundesgeschäftsstelle im Wahlkampf werden Fachkommissionen, zu denen im verstärkten Maße auch Nichtparlamentarier hinzugezogen werden sollen, eingesetzt werden. Sie werden in Zusammenarbeit mit den Bundesausschüssen der Partei Stellungnahmen zu konkreten Fragen erarbeiten und an der Planung des Wahlkampfes mitwirken. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen im Bundesparteiausschuß eingehend beraten, diskutiert und genehmigt werden.

Für die Dauer des Wahlkampfes werde ich regelmäßig eine Konferenz der Vorsitzenden der Vereinigungen der Union einberufen, um mit ihnen die Wahlkampfplanung zu beraten und mit ihnen den Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes zu besprechen, der von diesen Vereinigungen im Interesse der gemeinsamen Aufgabe übernommen werden kann. Wichtigster Grundsatz allerdings bleibt, daß die Partei geschlossen, einmütig und als Ganzes diesen Wahlkampf führt.

In der Bundesgeschäftsstelle sind die Vorbereitungen für die Planung des Wahlkampfes weit fortgeschritten.

Die regionalen Schwerpunkte werden bestimmt. Der Überblick über die Gruppen, die besonders gefährdet sind, wird erarbeitet. Die thematischen Schwerpunkte des Wahlkampfes stehen weitgehend fest.

Wir werden die SPD in diesem Wahlkampf nicht aus der Diskussion über die Außen- und Verteidigungspolitik entlassen. Die notwendige und anzustrebende Gemeinsamkeit in den Grundsatzfragen unserer Außenpolitik darf nicht dazu führen, daß die Frage nach dem richtigen Weg zur Erreichung der nächsten Ziele nicht mehr gestellt werden darf. Bei aller Übereinstimmung in den letzten Zielen und den Grundsätzen deutscher Außenpolitik kann und darf das Gespräch über den richtigen Weg deutscher Politik nicht verstummen. Der Weg deutscher Außenpolitik wird nicht in Monologen vor den Fernsehschirmen entschieden; der richtige Weg der Außenpolitik muß in harten Sachdiskussionen zwischen den Parteien geklärt werden.

In keinem anderen Bereich der Politik sind Festigkeit, Beharrlichkeit und Orientierung an Grundsätzen so erforderlich wie im Bereich der Außenpolitik. Es bedeutet mehr als eine bedenkliche Sprachverwirrung, meine lieben Freunde, wenn Flexibilität mit Unbeständigkeit und Umfallen mit Bewegung verwechselt werden. Wir sind auch nicht der Auffassung, daß Annäherung die einzige Kategorie in der Außenpolitik ist: Widerstand ist oft wesentlich besser als Anpassung.

(Beifall.)

Es ist das Erbe und der Auftrag Konrad Adenauers, durch Festigkeit und Loyalität das notwendige Vertrauen für unser Volk zu sichern und seine Sicherheit zu gewährleisten. Nur durch die Beständigkeit unserer Politik ist es gelungen, Deutschland wieder das Vertrauen zu erwerben, das durch das Hitler-Regime zerstört worden war. Wir sind dankbar, daß es durch diese Politik gelungen ist, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern. Das ist zugleich die beste Voraussetzung für die Sicherheit unseres Volkes und für eine erfolgreiche Politik der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands. Das Vertrauensverhältnis zu unseren Freunden in der freien Welt sollte nicht unnötig belastet werden. Wenn Herr Brandt bei seinem letzten Aufenthalt in Paris es für richtig hielt, den französischen Staatschef in Paris

(Zurufe: Pfui.)

anzugreifen, den ersten Repräsentanten eines Landes, das mit unseren anderen Verbündeten die Sicherheit Berlins garantiert, dann ist das nicht nur schlechter Stil und töricht, sondern auch unverantwortlich gerade im Hinblick auf die Situation für Berlin.

(Starker Beifall.)

Auch die innenpolitische Stabilität wird 1965 im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Die Verdoppelung des Lebensstandards innerhalb von 10 Jahren ist ein Erfolg unserer Sozialen Marktwirtschaft. Der wirtschaftliche und soziale Aufbau Deutschlands ist gegen die Sozialisten und gegen den Sozialismus verwirklicht worden. Mit ihrer Konzeption wäre er niemals erreicht worden. Deshalb brauchen wir zur Sicherung der Stabilität und zur Sicherung des weiteren Fortschrittes wahrhaftig keine sozialistischen Rezepte, auch wenn sie jetzt harmloser erscheinen, etwa in der Form von Investitions- oder Monopolkontrollen, von Preiseräten oder als Nationalbudget.

(Beifall.)

Die Partei des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ist und bleibt die CDU.

(Lebhafter Beifall.)

Aber wir wollen keinen Fortschritt um jeden Preis, wir wollen insbesondere keinen Fortschritt auf Kosten der Stabilität. Wir wollen einen Fortschritt ohne Abenteuer.

(Beifall.)

Über einen ihrer Fachkongresse der letzten Wochen hat die SPD das Motto geschrieben: „Um jeden Preis!“ Dieses Motto, meine lieben Freunde, könnte über allen sozialdemokratischen Bestrebungen stehen:

Die SPD fordert Kulturpolitik um jeden Preis!

Die SPD fordert Gesundheitspolitik um jeden Preis!

Die SPD fordert Wohnungsbaupolitik um jeden Preis!

Die SPD will an die Macht um jeden Preis!

Eine solche Politik ist, schlicht und einfach gesagt, unehrlich. Wenn die SPD im Verlaufe des Jahres 1962 Initiativanträge einbrachte, die eine

Mehrbelastung des Haushalts in Höhe von 2,3 Milliarden DM und des Haushalts 1964 von nicht weniger als 4,1 Milliarden DM gegenüber den Plänen der Regierung bedeutet hätten, dann zeigt das, wohin eine solche verantwortungslose Politik des Forderns und des Schielens nach der Wählergunst notwendig führen muß.

Überhaupt scheint die SPD das Ziel zu verfolgen, die Neidkomplexe zu politisieren, die Gefühle politisch zu mißbrauchen und damit die Politik jener unkontrollierbaren Welt der Emotionen zu unterwerfen, die in der deutschen Geschichte eine so verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Was auf außenpolitischem Gebiet mit dem Kampf gegen den Atomtod exerziert wurde, wird nun auf innenpolitischem Gebiet versucht: Die moderne Geißel der Zivilisationskrankheiten oder des Verkehrstodes, meine lieben Freunde, ist nach unserer Auffassung eine zu bittere Sache, als daß man damit die Emotionen für Wahlkämpfe aufputschen dürfte.

(Beifall.)

Wir werden uns in eine derartige Diskussion nicht hineindrängen lassen. Wir haben die Emotionalisierung der Außenpolitik durch die SPD mit unbeirrbarer Sachlichkeit überstanden. Wir werden auch die Emotionalisierung der Innenpolitik durch die SPD mit beharrlicher Sachlichkeit überstehen und überwinden.

Alle diese Fragen der Dringlichkeit öffentlicher Aufgaben von der Sicherung der Volksgesundheit bis hin zum Ausbau unseres Bildungswesens sind wichtig. Wir reden nicht, wir arbeiten seit Jahren, zum Teil mit guten Erfolgen, an der Erfüllung dieser großen Aufgaben. In dieser Diskussion sollte aber nicht vergessen werden, daß noch niemals in der Geschichte unseres Volkes der Wohlstand für alle so groß war wie heute. Noch nie waren vor allem auch die Chancen der Jugend so groß wie heute. Das sind Erfolge christlich demokratischer Politik, durchgesetzt gegen sozialistische Ideologien und doktrinäre Planungsrezepte.

Diese Gemeinschaftsaufgaben deutscher Politik sind keine Erfindung und erst recht kein Monopol der Sozialdemokratie. Hier gilt dasselbe wie für das Godesberger Programm: Die SPD hat die Politik aus zweiter Hand zu einem kunstvollen System der Propaganda entwickelt. Im Gegensatz zur SPD kann die CDU auf praktische Erfahrungen und Erfolge in der Bewältigung dieser Probleme hinweisen. Christlich demokratische Politik hat zu Fragen der Gesundheitssicherung, der Vorsorge für das Alter und der Bildungspolitik mehr zu sagen als die SPD; sie hat auch anderes und besseres zu sagen als die SPD. Es wird unsere Aufgabe sein, unsere Leistungen auf all diesen Gebieten aufzuzeigen, auf Grund unserer Erfahrungen, die Politik für die weitere Zukunft zu umreißen, die nächsten Ziele zu stecken und die Unterschiede zur SPD deutlich zu machen.

Herbert Wehner hat im Herbst des vergangenen Jahres erklärt, daß die Politik der Gemeinsamkeit die Voraussetzung dafür geschaffen habe, daß die Sozialdemokratie nunmehr wieder harte Auseinander-

setzungen suchen könne, und er hat das Wort „Streit“ buchstabiert. Ich habe hierauf bereits auf unserem Kleinen Parteitag die Losung ausgegeben: „Angreifen, frisch und fröhlich angreifen!“ Aber wir suchen nicht den kleinlichen Streit; wir werden angreifen auf breiter Front – gemeinsam mit der CSU unter ihrem erfolgreichen Wahlkämpfer Franz Josef Strauß. Es wird 1965 darum gehen, der CDU zusammen mit der CSU eine regierungsfähige Mehrheit zu sichern. Wir sind uns dabei bewußt, daß diese Wahl nicht nur über die Zukunft der Bundesrepublik, sondern über die des werdenden Europa entscheidet.

Aber Erfolg oder Mißerfolg in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner – so entscheidend diese Frage ist – kann für uns nie der letzte Maßstab unseres Handelns sein. Die Macht im Staat ist für uns kein Selbstzweck, kein Wert an sich, sondern sie ist nur die Voraussetzung dafür, unsere politischen Überzeugungen zu verwirklichen. Deswegen sind und bleiben wir davor bewahrt, dem Opportunismus jener zu verfallen, die ein Prinzip nach dem anderen opfern, nur um an die Macht zu kommen.

Das ist es denn auch, was wir den Sozialdemokraten am schärfsten vorwerfen, daß sie aus der Spekulation auf eine zweifelhafte Mehrheit bereit sind, die Grundsätze über Bord zu werfen, die einstmalig diese große Partei ausmachten. Gewiß, die Lehre der alten Sozialdemokratie war immer eine Irrlehre, und die Ideale des klassischen Sozialismus konnten nie die unseren sein. Aber so falsch sie sein mochten, so gefährlich auch in ihrer letzten Konsequenz, es waren doch Ideale, für die aufrechte Männer und Frauen bis zum letzten Atemzug kämpften. Und was ist heute davon übrig geblieben? Eine Partei, die sich ihr Programm vom wechselnden Publikumsgeschmack schreiben läßt und die ihren Führer nicht nach seinen Fähigkeiten, sondern nach seinem Werbewert aussucht.

Meine lieben Freundel! Diesem programmatischen Substanzverlust stellen wir Christlichen Demokraten klar und entschieden die gleichen Grundsätze entgegen, mit denen wir 1945 angetreten sind. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sind keine Ideologen, und weil wir uns zu allen Zeiten davor gehütet haben, aus unserem Bekenntnis zu christlichen Grundsätzen eine Ideologie zu machen, können wir uns und unseren Kritikern heute den ganzen Streit um Entideologisierung oder Reideologisierung getrost schenken. Aber, daß wir eine moderne Partei sind, die sich ohne alle ideologischen Scheuklappen zur Sachgerechtigkeit verpflichtet fühlt, das heißt nun keineswegs, daß wir unsere Grundsätze vergessen hätten oder auch nur vergessen durften oder wollten.

In den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus und an den Fronten des Zweiten Weltkrieges haben wir gelernt, daß es keine wertfreie Politik geben kann, daß der Staat nicht von sich aus bestimmen darf, was recht und was unrecht sei, daß auch staatliches politisches Handeln an vorgegebenen Normen, an Gottes Gebot und Ordnungen gebunden bleibt. Im gemeinsamen Widerstand der christlichen Kirchen

haben sich diese Normen als der einzige tragende Grund erwiesen, und auf diesem Grunde haben evangelische und katholische Christen 1945 die Union errichtet. Die CDU wird nur so lange Bestand haben, wie sie diesem Grundsatz treu bleibt.

(Beifall.)

Politik muß auch in unserer Zeit verpflichtende Grundsätze, eine geistige und sittliche Mitte haben. Dazu stehen wir heute, dazu morgen wie seit 1945. Und in diesem Geiste wollen wir auch weiterhin unsere Arbeit tun.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Ich danke unserem verehrten Freund Josef-Hermann Dufhues für seinen Bericht. Dieser Bericht war klar, er war nüchtern und aufrichtig. Er hat nichts beschönigt; dennoch hat er viel von der geleisteten Arbeit aufgezeigt – vielleicht mehr, als manche von uns von dieser Arbeit gewußt haben. Er hat auch von den Ergebnissen dieser Arbeit gesprochen. Diese Ergebnisse haben einzelne von uns schon für ihre Arbeit fruchtbar werden lassen; hoffentlich werden noch recht viele andere dies auch tun. Der Bericht hat uns Ziele aufgezeigt und uns klar und deutlich gesagt, daß diese Ziele nur erreicht werden können, wenn wir uns entsprechend anstrengen; denn nichts wird in dieser Welt ohne persönliches Opfer erreicht. Wenn wir diese Ziele nicht so verfolgen, daß wir nicht nach Macht, sondern nach erhöhter Verantwortung streben, dann werden wir diesen Kampf sicherlich nicht in dem Umfange gewinnen, wie das notwendig ist.

Haben Sie von ganzem Herzen dank, lieber Freund Josef-Hermann Dufhues, für Ihre Arbeit und für Ihren Einsatz. Nehmen Sie von uns die Bitte entgegen, daß Sie in Ihrem Bemühen nicht nachlassen mögen, in dem Sie in diesen zwei Jahren so Ausgezeichnetes geleistet und so viel Erfolgversprechendes begonnen haben. Ich danke Ihnen namens des Parteitages.

(Beifall.)

Meine Freunde, unser Freund Dufhues hat schon darauf hingewiesen, daß heute abend – nachdem gestern abend Bundeskanzler Erhard eine ausgezeichnete Veranstaltung im Rahmen des Parteitages in Gestalt einer Diskussion mit jungen Menschen durchgeführt hat – der Bundestagspräsident Gerstenmaier gemeinsam mit unseren Freunden Kultusminister Professor Dr. Mikat, Professor Dr. Arnold Gehlen, Professor Dr. Walter Jens, Dr. Hans Schwab-Felisch und Dr. Martin Walser ein politisches Forum mit dem Thema: „Geist – Stiefkind der Nation?“ abhalten wird. Ich bitte alle diejenigen, die Karten für diese Veranstaltung erhalten haben – die einzelnen Landesverbände haben Karten erhalten –, daran teilzunehmen. Ich hätte auch die Bitte, daß an diesem Forum in recht zahlreichem Maße Interessenten teilnehmen würden.

Weiter darf ich Sie bitten, der Ausstellung Ihre Aufmerksamkeit zu widmen, die von der Akademie Eichholz in der Niedersachsenhalle unter

dem Thema: „Von Adenauer zu Erhard – Stationen deutscher Geschichte“ durchgeführt wird. Diese Ausstellung ist außerordentlich interessant. Wir bitten Sie, auch recht viele Ihrer Freunde auf die Ausstellung aufmerksam zu machen.

Wir kommen nun zu den weiteren Begrüßungen. Ich darf zunächst unserem Parteifreund Senator Freckmann für den Kreisverband Hannover das Wort erteilen.

Senator Dr. FRECKMANN (Kreisverband Hannover):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Junge Unionsfreunde! Im Anschluß an die Grußworte bei der feierlichen Eröffnung am heutigen Vormittag habe ich die Ehre, Ihnen namens des Vorstandes des Kreisverbandes Hannover-Stadt der CDU herzliche Grüße zu überbringen. Wir sind Ihnen sehr dankbar, daß dieser 12. Bundesparteitag hier in dieser Hauptstadt Hannover und in diesem schönen Kuppelbau der Stadthalle abgehalten wird. Gestatten Sie mir aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich an die sogenannten Grußworte des Herrn Oberbürgermeisters dieser Stadt noch einige Bemerkungen anknüpfe. Ich muß das tun namens eines Drittels der Bevölkerung dieser Stadt, die zur CDU steht und die auch Stadt ist. Ich meine, wenn ein Oberbürgermeister hier namens der Stadt spricht, dann muß er das machen im Namen der ganzen Bürger dieser Stadt. Und wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind glücklich, daß Sie hier sind, und wir wünschen dem Parteitag einen guten Verlauf sowie einen vollen Erfolg. Wir wünschen, daß es nicht ein Parteitag der Ruhe ist, sondern ein Parteitag der Unruhe als der Quelle einer guten, neuen Idee und einer gestaltenden Arbeit.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren. Wir wünschen, daß auch im Hinblick auf die diesjährigen Kommunalwahlen in dieser Stadt und im Land Niedersachsen sowie im Hinblick auf den nächstjährigen Bundesparteitag die Diskussionsbeiträge von dieser Verantwortung getragen sind, um im Sinne des Leitwortes der Zukunft die Zukunft zu gestalten. Ich danke Ihnen!

(Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Wir danken Senator Dr. Freckmann für diese Begrüßungsworte durch den Kreisverband Hannover, und wir kommen jetzt zu den Begrüßungsworten unserer Freunde aus dem Ausland.

Ich darf zunächst Herrn Nationalrat Dr. Tenchio aus der Schweiz bitten, zu uns zu sprechen.

Bitte, Herr Dr. Tenchio!

(Beifall.)

Nationalrat Dr. TENCHIO (Schweiz):

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Meine sehr verehrten und lieben Freunde! Ich freue mich, dem Bundespartei-

tag die besten Grüße und Wünsche meiner politischen Freunde aus der Schweiz herzlich zu entbieten. Ihr Bundesparteitag ist für uns Beweis und Gewißheit der geschlossenen Kraft und der inneren Vitalität der CDU, aber auch Beweis der Aufgeschlossenheit und des Zukunftsglaubens unserer verehrten deutschen Freunde.

Jedermann weiß heute, überall, daß die CDU Deutschland aus den materiellen und geistigen Ruinen des Zweiten Weltkrieges emporgehoben und ihm das Vertrauen und das Ansehen in der Welt wiedergewonnen hat. Das ist die unwiderlegbare geschichtliche Leistung von unserem Bundeskanzler Dr. Adenauer und von unseren deutschen Freunden der CDU.

(Beifall.)

Wir wünschen und wir fördern die freundliche Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien. Die christliche Demokratie ist heute eine lebendige Wirklichkeit, ein politisches Faktum in Europa, sie ist aber auch ein Ferment der Hoffnung für die Menschen und für die Völker, welche an die Freiheit der Welt glauben und aus den Energiequellen des Christentums Gerechtigkeit und Nächstenliebe schöpfen wollen.

Meine verehrten Freundel Noch zwei Worte. Wir Schweizer wissen, daß wir auf viel Verständnis für die besondere Lage unseres Landes rechnen können, sowohl der Vielgestaltigkeit der Kulturen sowie der Neutralität. Wir sind zwar nicht im gleichen europäischen Klub, aber die Schweiz ist im Herzen Europas eine Enklave der EWG. Kein Land der Welt pflegt intensivere Beziehungen mit Deutschland und kauft pro Kopf der Bevölkerung so viel von Deutschland wie die Schweiz.

(Beifall.)

Herr Bundeskanzler Professor Erhard hat an der Universität St. Gallen und in den letzten Tagen dem Ministerpräsidenten Erländer gesagt, daß die Neutralität von einer wirtschaftlichen Teilnahme am europäischen Aufbau nicht ausschließe, daß die Neutralität nicht bestraft werden soll, daß die EWG zu eng sei und darum erweitert werden müsse. Wir freuen uns über diese Äußerungen des deutschen Regierungschefs. Sie bestätigen uns, daß die CDU die Türe offen halten will, damit der Brückenschlag zwischen den zwei europäischen Gruppen, damit eine gesamteuropäische Lösung EWG und EFTA durch schrittweises praktisches Vorgehen erreicht werden kann. Und wir hoffen sogar, daß durch die Hilfe der deutschen Freunde auch an der Kennedy-Runde die Paritätenformel nicht die Falschen treffe und nicht gerade die Freunde diskriminiere. Die Schweiz ist bereit, ihren bescheidenen, aber ernsthaften Beitrag zu leisten für ein wirtschaftlich integriertes und politisches Europa. Wenn man aber aus dem alten Kontinent ein neues Europa bauen will, dann sollte man unseres Erachtens für die kleinen neutralen Staaten die Türe der Zusammenarbeit offenhalten. Und die Gewißheit generösen Verständnisses und Ihre Freundschaft freuten uns. Was wäre Europa ohne die christliche Demokratie, hat mit rhetorischer

Frage Herr Professor Hallstein uns in Luzern zugerufen. Ich überlasse Ihnen vertrauensvoll die Antwort.

Ich wünsche unserer Schwesterpartei, der CDU Deutschlands, weiterhin kraftvolle Behauptung, um die Zukunft zu gestalten, ich wünsche ihr Glück und Gottes Segen, für die Führung des deutschen Volkes auf dem Wege der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Einheit.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Liebe Parteifreunde! Wir danken Herrn Nationalrat Dr. Tenchio von ganzem Herzen für diese freundschaftlichen und aufgeschlossenen Worte, die wir ebenso aufnehmen werden, wie er sie gesprochen hat und wie sie in den Gedanken und in der Einstellung zu ihm zurückgehen.

Es spricht jetzt zu uns namens unserer Freunde aus Skandinavien Herr Cassel, Schweden.

Leif CASSEL (für die skandinavischen Freunde):

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für uns als Repräsentanten für die konservativen Parteien in Dänemark, Norwegen und Schweden eine große Ehre, an einer Tagung wie dieser teilnehmen zu dürfen, die noch einmal unter der Leitung einer der großen politischen Gestalten des 20. Jahrhunderts stattfindet.

Die konservativen Parteien in unseren Ländern, obwohl sie ja leider nicht wie Ihre große Schwesterpartei in diesem Lande sich in Regierungsstellung befinden, sehen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, in der Arbeit zur Förderung von engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Norden und dem übrigen Westeuropa mitzuwirken.

Der Norden ist immer ein Teil von Europa gewesen, und zwar heute mehr als je.

In den letzten Jahren wuchs im Norden das Gefühl von der Solidarität mit Europa immer stärker. Dem wird keineswegs von der Tatsache widersprochen, daß wir in Schweden bei der außenpolitischen Konzeption unserer Bündnisfreiheit in Friedenszeit bleiben. Falls man dies als Neutralität bezeichnen möchte – obwohl Neutralität, streng genommen, als terminus technicus für Kriegsverhältnisse reserviert sein sollte – so sind wir, wie Sie wissen, auf alle Fälle in unseren Herzen den Geschehnissen gegenüber keineswegs unengagiert. Wir Schweden meinen auch, daß wir unsere im Verhältnis zu unserer wirtschaftlichen Stärke sehr schweren militärischen Opfer einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Beibehaltung der Stabilität im nördlichen Teil von Europa leisten. So wie vor einigen Tagen der schwedische Ministerpräsident, so möchte auch ich zum Ausdruck bringen, wie wir alle im Norden über die Berliner Mauer empört sind und wie wir alle der bestimmten Ansicht sind,

daß die deutsche Frage nicht gegen, sondern mit den Deutschen gelöst werden muß.

(Starker Beifall.)

Unsere Hoffnung liegt darin, daß die Arbeit, die man in Brüssel begonnen hat und die immer noch in den Windeln liegt, immer stärker wachsen wird und immer viele weitere Länder mit einbeziehen sollte, so daß wir einmal zu einem Europa von eng verbündeten Staaten gelangen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch einmal England sein Instrument im europäischen Konzert spielen wird.

Von unserer Seite wurde die EFTA nie als ein Endziel betrachtet. Nur als die Möglichkeiten, ein einziges Europa zu schaffen, scheiterten mit den Verhandlungen über eine europäische Freihandelszone, stimmten wir im Norden dem Vorschlag zu, eine Zusammenarbeit in unseren eigenen Kreisen zu fördern.

Als deshalb die EFTA entstand, war es unsere feste Überzeugung – und sie ist es immer noch – daß die EFTA-Zusammenarbeit möglichst liberal, nach außen gerichtet, gestaltet werden muß, um die Bestrebungen weiterer europäischer Zusammenarbeit zu stützen. Wir im Norden betrachten die gegenwärtige erfolgreiche Arbeit zur Verstärkung der EFTA als einen Schritt auf dem Wege zu einer vollen europäischen Integration.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne hinzufügen, welch großes Gewicht wir darauf legen, daß auch diese weitere europäische Integration so gestaltet wird, daß dadurch weltumspannende Beziehungen stimuliert werden.

In diesem Geist treten wir die Verhandlungen in der Kennedy-Runde und in der Welthandelskonferenz an.

In Verbindung mit diesen Gedanken und Hoffnungen blicken wir auch von unserer nordischen Warte mit großem Vertrauen und Erwartung auf Sie, Herr Bundeskanzler, hinüber.

In diesen Bestrebungen muß natürlich auch der Norden mitarbeiten dürfen. Wir gehören geistig und historisch zu Europa und – falls wir das Problem materiell betrachten – wenn wir einmal den erstrebten Anschluß gefunden haben, wird nicht nur unsere Wirtschaft, sondern die gesamte europäische Wirtschaft davon Vorteile haben.

Die Bundesrepublik ist unser wichtigster Geschäftspartner. Tatsächlich sind wir einer der größten Abnehmer der Bundesrepublik. Seit dem Mittelalter und der Hansezeit bestehen enge und vertrauliche Verbindungen zwischen uns im Norden und den großen Geschäftshäusern in den Städten an der Nordsee und an der Ostsee. Es liegt im Interesse unserer Völker, daß diese historischen Verbindungen und deren moderne Ausläufer nicht geschädigt, sondern gestärkt werden.

Die konservativen Parteien im Norden bleiben in der tiefsten Dankbarkeit gegenüber unseren Freunden der CDU und ganz besonders Ihnen, Herr Bundeskanzler, gegenüber. Das von Ihnen geleistete Bei-

spiel und Ihr Vertrauen in die freien Kräfte der gesunden Wirtschaft bedeuten auch für uns sehr viel.

Wir glauben wie Sie, daß die Kräfte der freien Wirtschaft eine unentbehrliche Quelle zur Stärke sind, wenn es darum geht, den einzelnen Menschen und Bürgern ein freieres, sicheres und reiches Leben zu bereiten.

Im Auftrage meiner Kollegen aus dem Norden danke ich Ihnen recht herzlich für Ihre Liebenswürdigkeit, uns zu dieser Tagung einzuladen. Wir wünschen Ihnen viel Glück und Erfolg in Ihrer Arbeit und für die wichtigen Verhandlungen dieser bevorstehenden Tagung.

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Liebe Parteifreunde! Wir danken Herrn Cassel sehr aufrichtig für seine Worte, und wir möchten unseren Freunden aus Skandinavien versichern, daß die Christlich Demokratische Union – besonders nachdem Sie in so aufrichtiger Weise unsere durch die Berliner Mauer und durch die Todeszone so schmerzlichen Probleme angesprochen haben – sich die ganze besondere Aufgabe stellt, die Verbindung zwischen dem freien Europa und Skandinavien mit allen ihr nur möglichen Mitteln zu fördern.

Ich danke Ihnen sehr.

Es spricht jetzt zu uns Herr Prof. von Niftrik aus den Niederlanden.

(Der Redner wird mit herzlichem Beifall begrüßt.)

Prof. Dr. E. C. von NIFTRIK (Holland):

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Auf dem Wege zum Katheder habe ich den Auftrag bekommen, kurz zu sprechen, ich hoffe, das zu tun.

Es ist mir eine Ehre und eine Freude, hier zugegen sein zu dürfen.

Ich spreche einige Begrüßungsworte namens dreier christlicher Parteien in Holland: für die Katholische Volkspartei, die Antirevolutionäre Partei und die Christlich-historische Union. Ich selber gehöre zur dritten Union.

Es wird Sie vielleicht verwundern, daß wir drei christliche Parteien haben. Es ist so, daß die Einheit in unserem Lande immer besser wird. Es kann sein, daß die Verlobung einer Prinzessin einige Schwierigkeiten macht; aber diese Schwierigkeiten sind zu überwinden.

(Lebhafte Heiterkeit. – Starker Beifall.)

Ich möchte noch einiges hinzufügen: Heute Nachmittag habe ich Dinge gehört, die mir wohlgetan haben.

Herr Dufhues hat über die geistigen Grundlagen unseres politischen Verhaltens gesprochen, über die Grundsätze unserer Politik und über eine Grundsatzkommission, einen Beirat, damit die Christlich Demokratische Union an ihren Grundsätzen festhält.

Es gibt heute in Europa eine Strömung, die den christlichen Parteien zuruft, sich zu entideologisieren. Das ist eine gefährliche Strömung,

möchte ich sagen, und ich habe heute mittag auch gehört, wie Herr Dufhues sagte, wir haben keine Ideologie, wir bekennen uns zu Christus, das ist nicht dasselbe. Das möchte ich unterstreichen.

Wenn wir fragen, was die christliche Ethik und was die christliche Politik eigentlich sind, dann ist es die Zukunftsgestaltung, lese ich dort; – um es aufrichtig zu sagen: nicht wir gestalten die Zukunft; aber wir gestalten die Zukunft dadurch, daß wir nach einer Gestaltwerdung Christi im heutigen Leben suchen, und das ist eine schwierige Aufgabe. Wir in Holland wollen versuchen, diese Gestaltwerdung des Evangeliums im öffentlichen Leben zu suchen und zu finden, und das Beste, was ich Ihnen wünschen kann, ist, daß auch Sie in Ihrem großen und großartigen Lande auf neue Weise versuchen, dem Form zu geben, was Sie im Evangelium verstanden und gelesen haben, was Sie auf Golgatha gesehen und gefunden haben.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Meine lieben Parteifreunde! Wir alle danken Herrn Professor von Niftrik für seine richtungsweisenden Worte, und wir sind ihm besonders dankbar dafür, daß er namens der drei christlichen Parteien der Niederlande hier zu uns gesprochen hat. Hier in Hannover und im Lande Niedersachsen sind wir durch eine lange Grenze mit den Niederlanden verbunden, und wir wissen aus alter Tradition, daß wir gern alles tun möchten, um diese guten, auf christlichem Geist beruhenden Beziehungen zu unseren Nachbarn in den Niederlanden zu einer echten, christlich begründeten Zusammenarbeit zu gestalten. Haben Sie herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall.)

Da leider die Übersetzung der Rede unseres Freundes dal Falco, Italien, heute nicht stattfinden kann, darf ich Mrs. Emmet, member of parliament, bitten, zu uns zu sprechen.

(Der Gast wird mit lebhaftem Beifall empfangen.)

Mrs. EMMET, MP, Präsident des Überseebüros der Konservativen Partei:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, wieder als Gast Ihrem Parteitag beiwohnen zu können. Ich sowie mein Stellvertreter, Herr Patrick Wall, bringen Ihnen herzliche Glückwünsche von unserer Konservativen Partei sowie von unserem Vorsitzenden, J. M. MacLeod, der leider, weil er so stark durch die Wahlvorbereitungen in Anspruch genommen ist, bisher noch keine Einladung Ihrer Partei annehmen konnte. Sie verstehen, wie wichtig diese Wahlen für uns Konservative sind

(Zurufe: Bravo.)

und vielleicht auch für Sie.

(Zurufe: Sehr gut. – Lebhafter Beifall.)

Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich hier einen Punkt erwähnen, den Ihr Vorsitzender, mein alter Freund, Herr Adenauer, angesprochen hat.

(Zurufe: Bravo. – Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Meine Partei und die Regierung haben klar und deutlich ihre Bereitschaft zum Beitritt in die EWG erklärt. Daß Großbritannien der EWG jetzt noch nicht angehört, ist – glaube ich – jedenfalls weder unser Wunsch gewesen, noch ist es unserer Politik zu verdanken. Die Tür wurde nicht von uns geschlossen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß sich unsere zwei Parteien noch besser kennenlernen. Wenn auch an der Spitze die Minister nicht alles erledigen können, so können wir doch als Fußvolk das Fundament aufbauen.

Ich möchte nochmals erklären, welche politische Bedeutung für uns der Ausdruck „konservativ“ hat. Für uns bedeutet das, das Beste zu bewahren und in der jeweiligen Gegenwart für die Zukunft darauf aufzubauen. Das bedeutet, konservativ zu sein.

Wohl zu dem Wichtigsten gehört jedoch der christliche Glaube, und und hier, meine Damen und Herren, sind wir mit der CDU einig. Ich hoffe, daß in den kommenden Jahren unsere Freundschaft vertieft und fester geschmiedet wird. Das wäre eine gute Sache für Großbritannien und die Bundesrepublik, für Europa, für die Atlantische Gemeinschaft und für die ganze Welt.

(Lebhafter Beifall.)

Nochmals herzlichen Dank auch im Namen meines Kollegen für Ihr so herzliches Willkommen! – Ich danke schön.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Meine lieben Parteifreunde! Wir danken Mrs. Emmet sehr für diese freundlichen Worte und sind ihr besonders dankbar dafür, daß sie uns nun schon zum wiederholten Mal die Freude ihrer Gegenwart geschenkt hat. Wir freuen uns sehr, daß sie trotz der Vorbereitungen für den Wahlkampf, in dem sie ja auch selbst stehen wird, sich die Zeit genommen hat, zu uns zu kommen.

Unsere aufrichtigen und herzlichen Glückwünsche begleiten sie in die kommende Zeit, sie und unsere Freunde in England. – Ich danke Ihnen sehr.

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf nun einen besonders lieben und altbewährten Freund bitten, zu uns zu sprechen: Herr Landeshauptmann Gleissner für die Österreichische Volkspartei.

(Der Gast wird mit lebhaftem Beifall empfangen.)

Dr. Heinrich GLEISSNER, Österreichische Volkspartei, Landeshauptmann in Oberösterreich:

Verehrte Damen und Herren! Als langjähriger Parteiohmann, der viele Parteitage mit veranstaltet hat, weiß ich genau, was Sie von mir er-

warten: einen charmanten Anfang, einen erhebenden Schluß und dazwischen möglichst wenig!

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Ich werde mich danach richten.

(Heiterkeit.)

Ich habe Ihnen die Grüße der Österreichischen Volkspartei, besonders des Bundesparteiobmanns, Minister a. D. Dr. Klaus, zu überbringen. Daß wir 5 Mann hoch die stärkste ausländische Delegation sind, ist nicht auf unsere leichtfertige Reiselust zurückzuführen, sondern wir sagten uns, die Bundesdeutschen stellen das größte Kontingent an Besuchern Österreichs im Sommer und im Winter, da müssen wir auch entsprechend auftreten.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit.)

Damit ist also irgendwie eine kleine Fremdenverkehrswerbung verbunden.

(Heiterkeit.)

Ich möchte Ihnen sagen, was mir in Berlin passiert ist, weil das noch zum charmanten Anfang gehört: Ich habe in Spandau gesprochen, und als humorvoller Redner komme ich meist in den Dialekt hinein.

(Heiterkeit.)

Anschließend kam eine Frau zu mir und sagte, Herr Landeshauptmann, Ihre Rede war wundervoll; ich habe kein Wort verstanden.

(Lebhafte Heiterkeit.)

Darauf fragte ich sie; wieso war sie denn wundervoll? – Sie sagte, wenn Sie sprechen, klingt's wie Urlaub!

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Da verrate ich Ihnen ein Geheimnis: Die Werbung kostet uns wenig Geld; wir fahren nur viel herum und reden ein bißchen. Aber jetzt möchte ich Ihnen sagen, daß wir natürlich deswegen gern hierher gekommen sind, deswegen, weil uns eine dreifache Verbindung mit der CDU verknüpft.

Das Erste ist die ungeheure Hochachtung über die Leistung der vergangenen Jahre. Ich weiß, daß in der Politik das, was in der Vergangenheit war, nichts gilt; aber ich sage Ihnen meinen eigenen Eindruck. Ich war einen ganzen Tag in Würzburg. Ich bin gestern früh weggefahren. Ich kannte Würzburg in seiner tiefsten Not. Was ich gestern gesehen habe, ist so unglaublich, daß ich Ihnen sagen muß, es ist überhaupt nicht zu erklären. Da möchte ich Ihnen sagen, daß Sie diese Hochachtung doch wirklich ehrlich verdienen, und ich glaube, es ist schon so, daß man vom Ausland her das eher schätzt als dann, wenn man hier wohnt.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist wie bei einem Ölgemälde. Wenn Sie knapp vor einem Ölgemälde stehen, sehen Sie nur Farbflecke; gehen Sie weiter zurück, so

erkennen Sie das schönste Bild. Von Österreich aus: wunderbar. Es ist unfassbar, in welcher Zeit dieser Wiederaufbau erfolgt ist.

Das Zweite! Nehmen Sie einem Österreicher nicht übel, daß er sagt: Wie froh sind wir, daß wir nicht Beziehungen haben, die in Korrektheit bestehen, sondern in Freundschaft, in Herzlichkeit und Sympathie, wie es immer war, bevor die Notzeit ausgebrochen ist, die uns trennte.

(Beifall.)

Wir fühlen uns bei Ihnen im Freundeskreis, und ich darf auch noch sagen, diese Sympathie ist besonders stark, wenn wir empfinden, was die blutenden Wunden Berlin und Ostzone für Sie bedeuten. Ich bin Landeshauptmann in einem Land, wo zehn Jahre lang die Donau die Grenze zwischen Amerika und Rußland war. Bei uns gab es das Scherzwort: Unsere Brücke ist die längste der Welt; sie geht von Washington bis Moskau. Wenn wir auch andere Ausgangspunkte für die glückliche Lösung unseres Konflikts hatten – aber, verehrte Frauen und Herren, wir wußten ja zehn Jahre nicht, ob wir nicht das Ärgste der Teilung Österreichs befürchten mußten. Daher empfinden wir mit Ihnen, und unsere Wünsche sind bei Ihnen, und möge nur die Welt sehen, daß Berlin ein Fanal ist, in welcher dunklen Nacht wir dahingehen in unserer Gegenwart, daß es ein Symbol ist dafür, was ein standhaftes und tapferes Volk zu überwinden imstande ist!

(Lebhafter Beifall.)

Ich komme zum erhebenden Schluß.

(Heiterkeit.)

Ich möchte noch ein drittes sagen, dazu, warum wir ein solches Interesse an Ihrem Parteitag haben. Die Probleme und Aufgaben, die Sie besprechen, sind diejenigen aller christlich-demokratischen Parteien, und es ist nicht so, als würde mit den Wirtschaftsfragen – so glänzend sie gelöst werden – auch alles gelöst sein. Ich bin gestern abend in Hannover an den Kinos vorbeigegangen. Da wurde das Stück angekündigt: „Volle Herzen und leere Taschen“. Ich habe gedacht, der gegenteilige Film: „Volle Taschen und leere Herzen“ würde unserer Zeit entsprechen.

(Sehr gut – und Beifall.)

Vergessen wir nicht, daß derjenige den großen Weltkampf gewinnt, der erst wieder imstande ist, die leeren Herzen zu füllen.

(Beifall.)

Unsere Entwicklung geht dahin, daß trotz Wirtschaftsblüte die Herzen leerer werden – ein Phänomen, dem wir gegenüberstehen. Wer soll dieses Problem lösen? Sehen Sie, meine Überzeugung im Hinblick auf die christlich-demokratische Partei meines Landes resultiert daraus, daß ich glaube, daß nichts anderes diese Kluft schließt, als das Christentum in unserer Welt präsent zu halten, die Demokratie so aufzufassen, daß der Mensch nicht die Verantwortung für sein Leben und Dasein von einem anderen abgenommen bekommt.

(Beifall.)

Wenn Sie ihm die Verantwortung nehmen, werden Sie ihm nie mehr die reiche Fülle des Herzens geben. Daher glaube ich: Diese Parteien haben den Schlüssel zur Lösung unserer Weltfragen, wo die Gefahren von den Hungernden und von den Satten kommen, in der Hand. Sie müssen glaubwürdig werden, Sie müssen irgendwie ernst genommen werden, und Sie müssen unsere Menschen ansprechen; denn es geht darum, daß Geistes- und Gewissensfreiheit nur in einer Welt existieren, in der Kollektivismus und Totalitarismus nicht die Herrschaft ergreifen. Wenn wir uns nicht von Gott regieren lassen, werden wir von Tyrannen beherrscht werden. Sie haben überall den aggressiven Atheismus – das müssen wir so verbreiten, daß es geglaubt wird, vorleben und die Gefahren aufzeigen. Wir leben in einer Welt. Jeder, die ganze Welt, ist unser Nachbar. Wir müssen besonders die Jugend überzeugen, daß es sich in dieser einen Welt rentiert, politisch zu kämpfen, weil nur dann diese Welt unter der Führung der christlich-demokratischen Parteien eine Welt der Freiheit und des Friedens sein und bleiben wird.

Das wünsche ich Ihnen, daß Sie uns anregen und ein Beispiel geben, und ich glaube, daß Sie dazu imstande sind, weil wir voller Hochachtung vor all dem stehen, was Sie schon geleistet haben.

In tiefer innerer Verbundenheit mit Ihnen grüßen wir Sie, verehrte CDU, und halten nächstes Jahr alle Daumen, die wir haben, damit Sie wiederum gewinnen, nicht wegen Ihrer Partei, sondern wegen der Rettung der Welt.

(Langanhaltender sehr starker Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Verehrter, lieber Herr Landeshauptmann, die Rede war wundervoll. Das darf ich Ihnen genauso wieder sagen, und sie war ausgesprochen österreichisch, voller Charme und mit einem tiefen Ernst. Das ist das, was uns oftmals so fehlt, daß wir nämlich unseren Ernst mit einem solchen Charme und mit einer solchen Lebhaftigkeit umkleiden können. Wir danken Ihnen von ganzem Herzen, und grüßen Sie unsere österreichischen Freunde von der ÖVP!

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde, damit ist die Reihe der Grußworte zu Ende und wir kommen nun zur

Aussprache.

Ich darf nochmals darum bitten, daß diejenigen Damen und Herren, die sich zur Aussprache melden wollen, sich der Wortmeldungen bedienen. Die Ordner befinden sich im Saal und nehmen Ihnen diese Wortmeldungen ab und bringen sie uns nach hier hinauf, so daß Sie nicht wegen der Wortmeldung allein hierher zu kommen brauchen. Sie können uns diese Zettel zuschicken. Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen. Die erste Wortmeldung stammt von Herrn Dr. Wlaschek vom Landesverband Oder-Neiße. Ich erteile Herrn Dr. Wlaschek das Wort.

Dr. WLASCHEK, Landesverband Oder/Neiße:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vormittag sprach unser verehrter Herr Vorsitzender Dr. Adenauer mit besonderer Betonung von der Freiheit und der Würde des Menschen.

Freiheit und Würde sind zwei Begriffe, die uns Menschen im Westen selbstverständlich, vielleicht zu selbstverständlich geworden sind, so daß wir zwar wissen, daß unsere Landsleute jenseits des Todesstreifens und jenseits der Mauer leiden, aber nicht in der Lage sind, die Schwere und Last des furchtbaren Druckes voll zu ermessen. Sollen wir, meine Damen und Herren, die Erfüllung unserer Verpflichtung gegenüber unseren Brüdern und Schwestern in der Zone nur darin sehen, daß wir gelegentlich Briefe oder Päckchen hinüberschicken? Sollen wir nicht vielmehr versuchen, besonders denen zu helfen, das Los zu mildern, die drüben am stärksten leiden, die von der Flut einer ungerechten und grausamen Justiz verfolgt werden?

Gestatten Sie mir, meine werten Parteifreunde, eine Anregung zu geben. Ob dieser Weg, den ich kurz aufgreifen will, gangbar ist, das möge die Bundesregierung prüfen. Ob der Weg einen Erfolg zu verzeichnen haben wird, wird sich zeigen müssen.

Es ist in diesem Raum wohl niemandem unbekannt, daß zahlreiche Regierungsinstitutionen und Organisationen in der Zone Belastungsmaterial aus der Nazizeit gegen prominente Bundesbürger sammeln und, das darf einmal gesagt werden, auch fälschen.

Selbstverständlich dürfen wir Verbrechen aus Auschwitz oder Buchenwald nicht schützen, im Gegenteil, es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, sie einer gerechten Strafe zuzuführen. Die Unterlagen für diese Prozesse befinden sich jedoch nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. In Anlehnung an die Verfolgung der Naziverbrechen sollten wir hier im freien Westen, in der Bundesrepublik, anderes Material sammeln, und zwar Material gegen jene Richter und Justizbeamten der Zone, die sich in ihrer amtlichen Tätigkeit wiederholt eines Verbrechens schuldig gemacht haben und schuldig machen.

Dann sollten wir Anklage erheben gegen jene Richter und Staatsanwälte wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, wegen Freiheitsberaubung, wegen grober Körperverletzung mit Todesfolge und wie alle anderen Anklagepunkte heißen. Stellen wir doch dann dieses Material den zuständigen Stellen mit der Bitte zur Verfügung, nämlich den Stellen in der Zone, die Verbrecher zu bestrafen. Gewiß, Sie werden mit mir derselben Meinung sein, daß weder Hilde Benjamin noch ein Volksrichter von diesem Material Gebrauch machen wird. Selbstverständlich werden wir keinen solchen Angeklagten zur Verantwortung ziehen können, derzeit noch nicht, welchen sittlichen Wert jedoch und welche moralische Unterstützung eine solche dauerhafte Aktion für alle Bürger der Zone haben würde, dürfte von uns kaum zu unterschätzen sein. Vielleicht dürfte sogar mancher Richter, wenn er weiß, daß er wegen eines ungerechten Urteils irgendwann einmal zur Verantwortung gezogen werden könnte, wenigstens etwas humaner urteilen. Für manchen unschuldigen Angeklagten dürfte es vielleicht einige Jahre weniger Bau bedeuten oder sogar entscheidend für die Erhaltung seines Lebens sein.

Ist das nichts? Ist dieses einzige Leben nicht wert, daß man die hier von mir aufgezeigte Anregung prüft und vielleicht zunächst eine Zen-

trale schafft, die alle in der Zone begangenen Verbrechen registriert und dann anklagt. Darum bitte ich Sie.

(Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat Herr Dr. Klepsch, der Vorsitzende der Jungen Union.
Dr. KLEPSCH, Junge Union:

Meine Herren Vorsitzenden! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zum Geschäftsbericht des Herrn Geschäftsführenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union sprechen; denn ich bin der Auffassung, daß es notwendig ist, auf diesem Bundesparteitag einiges zu unserer Arbeit miteinander auszutauschen und zu besprechen.

Ich bin dem Herrn Geschäftsführenden Parteivorsitzenden außerordentlich dankbar für den nüchternen Bericht, den er gegeben hat, der uns einen Einblick darüber vermittelt, daß der Prozeß der sogenannten Parteireform sich nicht innerhalb von wenigen Monaten vollziehen kann, sondern daß er ein mühseliges Werk ist, das aber um der gemeinsamen Sache willen geleistet werden muß.

Wenn ich hier als Vertreter der Jungen Union spreche, so möchte ich eigentlich meine Ausführungen damit beginnen, daß ich das berühre, womit wir im Bericht zu Recht unmittelbar angesprochen worden sind. Ich würde beginnen mit der Frage der Mitgliederwerbung; denn das ist eine Frage, die sich auf unsere Stellung in der Partei und unsere Mitarbeit in vollem Umfange bezieht; denn diese Partei ist ja unsere Partei. Wir, die Junge Union, werden sie eines Tages ausfüllen und tragen müssen, nämlich diejenigen, die aus unseren Reihen kommen.

Ich will Ihnen ehrlich zugestehen, daß es für uns ein nicht befriedigender Zustand ist, daß 45% unserer Mitglieder noch nicht Mitglied der Christlich Demokratischen Union sind.

Unsere Aufgabe wird sein, in der vor uns liegenden Zeit dafür Sorge zu tragen, daß die größte Zahl von uns in die Christlich Demokratische Union hineinwächst und hineingeht. Wir müssen in ihr mitarbeiten. Diese Mitarbeit in der Partei und nicht außerhalb der Partei, glaube ich, ist die Verpflichtung, die uns allen auferlegt ist. Wir können in dieser Aufgabe vieles leisten, wenn wir sie ernsthaft in Angriff nehmen. Eines habe ich in dem Bericht etwas vermißt. Das steht damit im Zusammenhang. Das ist die Notwendigkeit, daß wir über gut geschulte und gut informierte, vom Standpunkt her festgeformte Mitarbeiter verfügen müssen. Ich meine unsere Bildungsarbeit. Dem, was wir bisher *hier getan haben*, fehlt die notwendige Systematik.

Das Politische Seminar der Akademie in Eichholz ist ja ein löblicher, aber nur ein Anfang. Worum es gehen muß, das ist, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, auch die aus unseren Reihen, in der Lage sind, die Grundsätze und die Prinzipien nicht nur emotionell zu erfassen, sondern auch in politischen Diskussionen überzeugend darzulegen.

Wir brauchen Mitarbeiter, die als Fachleute zu den politischen Fragen Stellung nehmen. Wir brauchen sehr viele solcher Mitarbeiter. Das will heißen, daß wir die Zahl der tätigen, der aktiven Mitglieder, jener Mitglieder, die nicht nur ihren Beitrag – einen bis jetzt viel zu geringen Beitrag, der in Zukunft unserer Arbeit entsprechend angepaßt werden muß – zahlen, sondern wir brauchen auch Freunde, die neben der Leistung ihres finanziellen Obolus darangehen, unsere Arbeit überall zu leisten und in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Wenn ich von der Jungen Union her eines sagen darf, so ist es dieses: Die junge Generation erwartet ganz klar eine Antwort von der Christlich Demokratischen Union darauf, wie die Zukunft Deutschlands gemäß dem Leitsatz unseres Parteitages gestaltet werden soll.

Die junge Generation erwartet ein klares zielbewußtes Programm der Christlich Demokratischen Union für die Ausformung von Staat und Gesellschaft in der vor uns liegenden Zeit. Die Junge Union erwartet ein solches Programm ohne Abstriche zugunsten irgendwelcher anderer Gruppen in der politischen Arena in Deutschland. Das heißt, daß wir für die Zukunft Antworten erwarten, wenn auch im Rahmen der von dem Ersten Parteivorsitzenden angeführten Umgrenzung, daß wir nichts Unmögliches fordern wollen. Aber Klarheit, Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit in der Verfolgung dieser Ziele erwartet die junge Generation von der Partei, von der Parteiführungsspitze und allen ihren Mandataren.

Wir müssen dabei an der Spitze der politischen Parteien in Deutschland bleiben. Die Christlich Demokratische Union hat den Aufbau in Deutschland unter Leitung Konrad Adenauers bewältigt, weil sie moderne, den Zeitverhältnissen und ihren Problemen angepaßte und nicht irgendwelchen verstaubten Ladenhütern folgende Thesen und Formeln entwickelte, die in die politische Arbeit umgesetzt werden konnten. Auch für die Zukunft muß das so sein.

Ich möchte nun noch zwei Dinge hinzufügen. Wir erwarten von unserer Partei, daß sie sich von den anderen politischen Kräften in Deutschland klar abgrenzt, auch von denen, mit denen wir in einer Koalition leben.

(Beifall.)

Wir erwarten, daß dem Wähler deutlich gesagt wird, wie die Christlich Demokratische Union, wenn Sie, was wir alle wollen, im Jahre 1965 die absolute Mehrheit erreicht, Deutschland gestalten wird.

Wir wenden uns dabei sehr nachdrücklich gegen alle Bemühungen der sozialdemokratischen Opposition, den Umweg über eine Diffamierungskampagne gegen die Männer – nicht gegen die Ideen; denn unseren Ideen hat man nichts entgegenzusetzen –, die diese Politik tragen, zu wählen. Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen. Unser verehrter Bundeskanzler Erhard wird von der Sozialdemokratischen Partei wegen des notwendigen Baus eines repräsentativen Dienstsitzes in Bonn attackiert. Das ist um so verwunderlicher und eigentlich eine Unverschämtheit, wenn man bedenkt, daß der sogenannte Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei – zu gutem Recht – mit Zustimmung der

CDU einen, – ich würde sagen, auch nicht sehr einfachen und schlichten Bau in Berlin zur Verfügung erhalten hat. Daran sind doch auch Bundesmittel beteiligt, denen die sozialdemokratische Bundestagsfraktion zugestimmt hat.

Es geht also darum, daß in der politischen Auseinandersetzung sichtbar wird, daß es sich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei tragenden Parteien handelt. Wir sollten uns dabei auch folgendes vor Augen halten. Viele junge Menschen kennen die Zeit des Aufbaus nicht mehr aus eigenem Erleben; sie bekommen nur davon erzählt, wie es war, als wir an die Arbeit gingen. Diesen jungen Menschen müssen schlüssige Vorstellungen über die Bewältigung des Heute und des Morgen vorgebracht werden. Da können wir uns nicht auf die Aufbauleistung berufen, sondern da müssen wir auch mit einer klaren – ich würde sagen, und das wird man mir als Angehörigem der Jungen Union gestatten –, mit einer kompromißlosen Konzeption vor die Wähler treten.

(Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat unser Parteifreund Landrat Jansen, Hessen. Danach folgt Dr. Kohl, Vorsitzender der Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz.

JANSEN, MdL:

Meine Herren Parteivorsitzende! Meine lieben Parteifreunde! Herr Dufhues hat bei seinen Ausführungen auch ein Bekenntnis zur Bedeutung der Kommunalpolitik abgelegt. Bei der Diskussion seines Referates sollten daher auch einige Worte zur Kommunalpolitik gesagt werden.

Wir haben – unser verehrter Freund Dufhues hat das auch erwähnt – eine Kommunalpolitische Vereinigung, die sich bemüht, die kommunalpolitische Arbeit bis hinunter zu den Kreisen und den Städten und Gemeinden durchzuführen. Diese Einrichtung ist nach meiner Überzeugung keine selbständige Angelegenheit, sondern eine der verschiedenen Gliederungen unserer Bundespartei. Sie braucht eine erhebliche Hilfe für ihre Arbeit in der Zukunft, ganz besonders in einem Jahr wie diesem, in dem in einer Reihe von Ländern Kommunalwahlen durchgeführt werden.

Die Tatsache, daß wir auf der kommunalen Ebene in den letzten Jahren – Sie haben gehört, ich komme aus Hessen; wir können da immerhin einiges sagen – sehr wesentlich verloren haben, ist nicht nur deswegen so traurig und wesentlich, weil wir wissen, wie dann die errungene Macht in den Gemeinden ausgenutzt wird. Sie ist auch noch aus einem anderen Grunde entscheidend. Ich bin der Überzeugung, daß eine gute Bundes- oder eine gute Landespolitik, die keinen Untergrund mehr in den Gemeinden besitzt, kaum noch durchzuführen ist.

(Beifall.)

So, wie die Familien die Urzellen des Volkes sind, so sind die Gemeinden die Urzellen des Staates. Das haben sie in den schweren Jahren nach 1945 bewiesen. Damals mußten sie ganz auf sich allein gestellt,

ohne daß es Länder oder einen Bund gab, mit den Aufbauarbeiten beginnen.

Wir wissen aber auch, daß die Kommunalpolitik die Schule der Demokratie ist. Wir klagen immer wieder über mangelndes Interesse unserer Staatsbürger. Wir stellen immer wieder fest, daß das politische Interesse sich umgekehrt proportional zur Größe der Komplexe verhält. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß wir die Politik da, wo sie den Bürger am unmittelbarsten anspricht, nämlich unten auf der kommunalen Ebene, wieder interessanter gestalten müssen. Das können wir nicht, solange die Entwicklung ganz zweifellos die Tendenz in sich trägt, daß die Gemeinden in immer stärkerem Maße in die Abhängigkeit der Länder geraten; jedenfalls kann ich das für Hessen mit aller Sicherheit sagen. Dadurch geht nämlich jede echte Mitverantwortung, jede echte Mitarbeit der Bürger auf dem überschaubaren kommunalen Sektor immer mehr verloren.

Darum ist es eine dringende Notwendigkeit, daß einmal auf dem Wege der Gesetzgebung – sowohl beim Bund wie bei den Ländern – der Gedanke der Selbstverwaltung, der Selbstverantwortung und der Selbstentscheidung und damit der staatspolitischen Aktivität der Bürger wieder gestärkt wird.

Es sind aber nicht nur gesetzliche Maßnahmen notwendig. Das gleiche gilt auch für das Verhältnis zwischen Bundespartei, Landespartei und den Gliederungen der Partei auf Kreis- und Gemeindeebene. Ich stelle mit Bedauern fest, daß die Kommunalpolitik von maßgebenden Männern auf Landesebene oder der Bundesebene als fünftes Rad am Wagen betrachtet wird.

(Beifall.)

Ich bin der Ansicht, daß hier mehr geschehen muß. Darum bitte ich an dieser Stelle auch die Bundespartei, in dieser Hinsicht mehr für die kommunalpolitische Arbeit zu tun. Nach meiner festen Überzeugung liegt nämlich der Schlüssel für alle politische Erziehung und Bildung unten auf den kommunalen Ebenen.

(Beifall.)

Wir wollen im Juni – vielleicht vom 18. bis 20. Juni einen Kommunalkongreß des Bundes – KPV in Mainz durchführen. Die Vorarbeiten laufen. Ich darf Sie jetzt schon darauf aufmerksam machen und heute bereits von dieser Stelle unseren verehrten Bundesvorstand bitten, uns zu helfen, daß dieser Kommunalkongreß zu einem großen Bekenntnis der christlich-demokratischen Union und der christlich-sozialen Union vor den Kommunalwahlen und für die Kommunalwahlen 1964 wird. Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

PRÄSIDENT:

Das Wort hat Dr. Kohl, Fraktionsvorsitzender im Landtag Rheinland-Pfalz. Nach ihm kommt Edelhart Rock vom Landesverband Oder-Neiße. Dr. Helmut KOHL MdL, Landtagsfraktionsvorsitzender Rheinland-Pfalz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bei dieser

Generalaussprache zum Referat des Geschäftsführenden Parteivor-sitzenden – ich hoffe auch in Ihrem Namen – zunächst ein Wort des Dankes unserem Freund Dufhues sagen, daß er trotz mancher Widrig-keiten der vergangenen zwei Jahre, wie sein heutiger Bericht deutlich zeigte, nicht verzagte.

Meine Damen und Herren! Das ist immerhin angesichts der Aufgabe, die vor ihm stand und steht, einiges. Und es sind ja so viele in der Gesamtheit der CDU in Dortmund weggegangen mit dem Motto oder mit dem stillen Vorsatz: so, jetzt kann nichts schief gehen, jetzt haben wir einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, jetzt wird es schon ganz von allein gehen.

Wir werden uns gerade über diese Meinung, die weitverbreitet ist, heute vielleicht noch etwas mehr zu unterhalten haben.

In diesen Dank möchte ich auch einschließen, Herr Geschäftsführender Vorsitzender, das, was viele Freunde der Partei im Bundesvorstand und in der Bundestagsfraktion, aus den Kreisen der Landesvorsitzenden in den schwierigen Tagen des Überganges von Bundeskanzler Aden-auer auf den Bundeskanzler Erhard in dieser würdigen Form der Über-leitung der Verantwortung für unsere Gesamtpartei und auch damit für unser Volk getan haben.

(Beifall.)

Es war eine heikle Aufgabe, das kann man auch in aller Öffentlichkeit ansprechen, und wir können stolz darauf sein, daß das letztlich doch in einer Form gelöst wurde, die eben dem Geist und dem Gesetz des Angriffs dieser Christlich Demokratischen Union in Deutschland ent-spricht.

Meine Damen und Herren! Dies soll ein Parteitag der Diskussion sein, und ich bin sicher, daß bei der geistigen Struktur unserer Partei im Jahre 1964 heute weit weniger Diskussion darüber ausbrechen wird, ob wir als CDU eine andere programmatische Grundlage brauchen. Vor einigen Jahren war in Kiel die Rede davon, die CDU solle durch einen Liberalisierungsprozeß sich einer Öffnung unterwerfen und anderes mehr. Diese Stimmen sind stiller geworden und, wie ich sagen möchte, Gott sei Dank stiller geworden, weil sich doch gerade in diesen Jahren des gesellschaftlichen Umbruchs deutlich gezeigt hat, daß wir als CDU unser Profil völlig verlieren, meine Freunde, wenn wir nicht in der Lage sind, in den grundsätzlichen Dingen, von unseren Prinzipien und un-serer Weltanschauung ausgehend, wesentliche Entscheidungen und Ant-worten für das Morgen zu geben, die eben die Sozialdemokratie, die eben die Freie Demokratische Partei in Deutschland so nicht geben kann.

(Beifall.)

Wir brauchen aus dieser Sicht kein neues Grundsatzprogramm, wir brauchen im pragmatischen Bereich der Tagespolitik und auch darüber hinausgehend in einer Reihe von anderen Fragen der Gesellschafts-politik Leitlinien, die über eine Legislaturperiode hinausgehen. Das soll ja nun, und das ist besonders positiv zu erwähnen aus dem Bericht des

Geschäftsführenden Vorsitzenden, geschehen. Eines aber will ich hier deutlich sagen, meine Damen und Herren, es ist auch viel Unruhe in dieser Partei, der Christlich Demokratischen Union, und es ist keine schlechte Unruhe, sondern eine durchaus fruchtbare Unruhe, die uns umtreibt, wenn wir sagen, es geht zu langsam mit dem Parteiwerk der CDU in Deutschland. Wir können nicht zuwarten, bis irgend jemand diese Partei formt, wenn wir nicht selbst bereit sind, diese Partei auch für unsere Zeit entsprechend der inneren Ausgestaltung zu formen.

(Beifall.)

Insofern, meine Damen und Herren und lieber Freund Dufhues, haben wir nicht allzuviel Zeit mehr, und es bleibt nicht mehr allzuviel an Jahren, um diese Dinge so zu fügen, wie wir sie brauchen.

Es gab, und ich spreche es auch offen aus, und es gibt in der CDU eine Tendenz, die da lautet: lange Jahre unter der bewährten Führung Konrad Adenauers, der Bundeskanzler wird es schon machen! Es gab eine wesentlich liebevollere Formulierung, Herr Bundeskanzler, die Sie selbst kennen, das brauche ich heute hier nicht zu sagen.

Manche sagen nun heute unter Bundeskanzler Erhard genau das gleiche, ohne sich zu vergegenwärtigen, daß vieles sich in unserem Volke in diesen Jahren gewandelt hat, daß die Herausforderung der SPD unserer Tage größer ist als die der ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg und daß – ob wir es wünschen oder nicht, ob wir es zugeben oder nicht – die Gefahr der Verführung unseres Volkes im Zeitalter des Godesberger Programms ungleich größer ist als in den Jahren 1949 bis 1958.

(Lebhafter Beifall.)

Und insofern ist es eine gefährliche Einstellung, wenn Fragen unserer modernen Massengesellschaft bei uns nur delegiert werden. Sie sollen und sie können auch delegiert werden, aber ein Staat und eine politische Partei leben von dem, was die mitbürgerliche Verantwortung von unten nach oben zu tragen und vorzutragen bereit ist. Und hier, meine Damen und Herren, sind wir noch auf weiten Strecken unterwegs. Wir sind in weiten Bereichen der Bundesrepublik mit der Organisation der CDU im Prinzip über die Situation einer Wählervereinigung nicht herausgekommen. Es sind fruchtbare, es sind großartige Ansätze vorhanden, aber, meine Damen und Herren, man kann es nicht einigen Wenigen überlassen, und man kann hier auf diesem Parteitag nicht applaudieren, wenn solches ausgeführt wird, wenn man nicht bereit ist, zu Hause, im eigenen Ortsverband, im eigenen Kreisverband, auch im eigenen Landesverband die entsprechenden Konsequenzen aus einer solchen Haltung zu ziehen.

(Beifall.)

Und es ist von Josef-Hermann Dufhues zu Recht erwähnt worden, daß wir auch heute noch in der Gefahr stehen, daß in weiten Bereichen die Partei als ein Anhängsel der Bundestagsfraktion – und ich sage das auch als Vorsitzender einer Landtagsfraktion –, die Landesparteien als ein Anhängsel der Landtagsfraktionen betrachtet werden. Das ist von

der Struktur, der Aufgabenstellung der Partei her schlecht und falsch. Und hier darf ich bitten, daß das neu zu wählende Präsidium und der gesamte Vorstand vielleicht noch etwas mehr als bisher Führungsaufgaben wahrnehmen.

Und, verehrter Herr Geschäftsführender Vorsitzender, dazu scheint auch zu gehören, daß Bundesvorstand und Bundesausschuß nicht nur regelmäßig tagen, sondern daß diese Tagungen attraktiv sind, so attraktiv, daß man andere wichtige Termine gerne sein läßt, um zu dieser attraktiveren und wichtigeren Sitzung zu gehen. Da scheint mir manches im argen zu liegen.

(Beifall.)

Ich sehe gerade in einer Partei wie der CDU, die sich nicht nur im Mundbekenntnis, sondern überall im Bund und in den Ländern zu einem wohlverstandenen föderalistischen Staatsaufbau bekannt, der nichts zu tun hat mit duodezfürstlichem Denken, daß wir in einem solchen Staatsaufbau die Bundespartei nicht als eine Addition von Landesverbänden brauchen, sondern als einen echten integrierenden Faktor der gesamten Politik. Es muß möglich sein, im Rahmen der Bundespartei über entscheidende Fragen im Ausgleich zu sprechen.

Mein Vorredner hat sehr zu Recht auf einige Punkte der Kommunalpolitik hingewiesen. Ich kann nur sagen, ich glaube nicht, daß irgendeiner unserer Mitbürger, um dessen Stimme wir in den nächsten Jahren kämpfen müssen, unterscheiden wird zwischen der CDU einer Gemeinde, eines Landes oder des Bundes. Wenn wir Prügel beziehen müssen, meine Damen und Herren, und beziehen werden, beziehen wir sie als CDU, weil unsere Mitbürger keinen Unterschied machen.

Ich komme aus Rheinland-Pfalz. Wir haben am 31. März des vergangenen Jahres unsere Erfahrungen gemacht. Aus diesen schmerzlichen Erfahrungen heraus darf ich diese Tatsache hier auch weitergeben.

Mir erscheint es besonders günstig, Herr Kollege Dufhues, daß Sie hier den Plan eines Studienzentrums einmal mehr in der Öffentlichkeit angesprochen haben. Mein dringender Wunsch ist: Lassen Sie es nicht bei einem Plan bewenden, sondern handeln Sie, sorgen Sie dafür, und dafür sind Sie auch in Dortmund gewählt worden, und Sie werden sicherlich am Dienstag wieder – ich bin kein Prophet – in diesem Amte bestätigt, und zwar nicht als eine Art Gesamtprokurist der Partei – dann würden Sie nur zu einem Teil Handelnder –, sondern als einer, der hier eine besondere Idee durchzusetzen hat. Dafür sollen Sie unser Vertrauen wiedererhalten. Das bedeutet, daß dieses Studienzentrum bald kommt; denn eines der großen – wie ich meine – Versäumnisse der CDU der letzten Jahre war, daß wir uns im geistigen Bereich mit Mitbürgern in Deutschland, die im geistigen Bereich tätig und beheimatet sind, zu wenig der Diskussion gestellt haben, daß wir es zuließen, obwohl das Argument unwahr ist und keiner von uns, auch ich nicht, persönlich für sich ein solches Argument hinzunehmen bereit ist, daß wir hausbacken seien, was wir gar nicht sind, daß wir zu wenig mit Menschen aus dem Bereiche der Universitäten, mit Schriftstellern, mit Künstlern uns auseinandergesetzt haben, nicht nur in Form von

kontroversen Diskussionen, sondern auch, um von dort Rat und Rat-schlag entgegenzunehmen. Vielleicht liegt auch ein Teil – ich sage ein „Teil“ – der sogenannten schlechten Presse der CDU – wobei ich unter Presse auch Film und Rundfunk genauso einfügen möchte – in diesem Bereich begründet.

Es gibt in Deutschland Leute, die uns ganz allgemein wegen unserer Grundstruktur und wegen unserer Grundeinstellung nicht mögen und diese Haltung auch nicht ändern werden, wenn die CDU mit ihnen ein Gespräch eröffnet. Aber es gibt auch im Bereiche der Massenmedien viele Suchende, die von uns Aufschluß haben wollen. Meine Damen und Herren! Man soll sich abgewöhnen, was leider in der Politik im allgemeinen und auch in der CDU im besonderen oft zu beobachten ist: daß man ganz schnell auf diese Kreise schimpft. Wenn ein Minister, ein Abgeordneter, ein Repräsentant der CDU am Sonntag eine wenig kluge Rede gehalten hat, dann kann er nicht erwarten, daß er am Montag darüber gute Kommentare findet, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall.)

Dann ein weiteres. Ich meine, wir haben vielleicht eine unserer Wahlparolen der letzten Jahre intern zu eng ausgelegt, wir waren nicht oder nur zu wenig bereit, von unseren Freunden und Anhängern Opfer zu verlangen. Ich bin sicher, das bezieht sich nicht nur auf Opfer im Finanziellen; aber, Herr Bundesschatzmeister, was Sie im Parteiaus-schuß gesagt haben, ist auch wichtig, auch dort hat es einen echten Bezug. Wenn wir nicht bereit sind, eine echte Partei zu werden auch in der Form, daß wir von allen unseren Freunden in der Partei und von allen unseren Funktionsträgern Opfer verlangen, dann werden wir die Aufgaben der Zukunft nicht meistern. Wenn ich hier alle Funktions-träger ansprach, dann meine ich nicht nur den Ortsvereinsvorsitzenden und den Ortskassierer draußen, dann meine ich allgemein jeden Man-datsträger: egal, ob im Bundestag, im Landtag oder den einzelnen kommunalen Parlamenten. Da meine ich auch die, die in hohe Ämter des Staates hineingekommen sind, auf Grund des Rufes der Partei, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall.)

Hier sind schon alle irgendwie mit dem Führen eines Wahlkampfes be-faßt gewesen. Wer weiß, wie so sehr mancher von uns deprimiert zu Hause saß, wenn dieser oder jener Redner absagte, weil es noch wich-tigere Dinge oder scheinbar noch viel wichtigere Dinge gab, wer weiß, daß Reden auch in Bonn kursieren, lieber Freund Duffhues, die da lauten: das sind nur Landtagswahlen, das sind keine großen Wahlen. –

Meine Damen und Herren! Wir sind eine Partei. Wenn wir irgendwo geschlagen werden, werden wir als Partei geschlagen und nicht nur irgendein Landesverband.

(Starker Beifall.)

Aus dieser Gesamthaltung heraus möchte ich ein Wort der Ermunte-rung sprechen auch hier vor aller Öffentlichkeit an unseren Bundesvor-sitzenden: daß Sie unseren Mitgliedern im Kabinett, daß Sie unseren

Mitgliedern im Präsidium der Partei, auch im Vorstand der Partei – das gilt für alle Formen auch der Landesorganisation – deutlich sagen, daß auch von ihnen die Partei ein besonderes Opfer nicht nur verlangen kann, sondern verlangen muß, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall.)

Ich sage das auf Grund bestimmter Erfahrungen. Ich habe mir vorgenommen, wenn ich nach Hannover komme, diese Sorgen, die mir von vielen Freunden in unserem Landesverband in vielen Versammlungen in den letzten Monaten aufs Herz gebunden wurden, einmal ganz öffentlich loszuwerden.

Es wäre töricht – so meine ich – für die CDU, wenn es uns nicht gelingt, das Thema Parteireform – ich nehme diesen Ausdruck nur sehr ungern in den Mund, weil ich ihn nicht für sehr glücklich gewählt halte; es gäbe sicherlich bessere Begriffe, wenn man nachdächte – zu erledigen, und es wäre tödlich für uns, wenn wir nur nach Art bestimmter Redner in bestimmten Organisationen alle zwei Jahre über Parteireform sprächen und dann nach dem Weggang von Dortmund das Thema wieder der Bundesgeschäftsstelle in Bonn und einigen wenigen, die noch daran glauben, überlassen. Wenn es uns nicht gelingt, von Mal zu Mal, von Parteitag zu Parteitag, in dieser Frage ein entscheidendes Stück weiterzukommen – das würde für mich bedeuten, beim nächsten Parteitag mit Neuwahlen einen Bericht zu hören, daß ein Studienzentrum in dieser Zeit errichtet wurde – dann glaube ich, werden wir vor der Frage der Zukunft an uns verzagen müssen. Das Wichtigste ist sicherlich auch das, wo die CDU in weiten Kreisen unserer Bürgerschaft in den letzten Monaten und vor allem in den letzten zwei Jahren am meisten mit angegriffen wurde, nämlich daß man daran zweifelt, ob wir noch die Bereitschaft, die Führungskraft der Bundesrepublik zu sein, so haben wie in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik. Meine Freunde! Es liegt an uns, daß dieses deutliche Merkmal, dieses deutliche Merkmal des Bereitseins zum Führen, wieder eine größere Ausstrahlung gewinnt in den Kreisen der Christlich Demokratischen Union, daß weite Teile unserer Bevölkerung nicht nur sagen, die CDU habe eine großartige Vergangenheit gehabt, sie habe eine großartige Politik in den letzten Jahren mit hervorragenden Männern betrieben, sondern die CDU ist auch der erste Garant für das Morgen, für die Zukunft, für die nächsten Jahre.

Ich habe den Eindruck, daß es nicht genügt, wenn wir das auf dem Parteitag sagen, sondern es wird entscheidend sein, daß wir draußen vorleben, daß wir daran glauben.

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat unser Parteifreund Edelhard Rock vom Landesverband Oder/Neiße.

Ihm folgt der Parteifreund Josef Lutz vom Landesverband Württemberg-Hohenzollern.

Edelhard ROCK (Landesverband Oder/Neiße):

Herr Bundesparteivorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Als vor einigen Wochen der Landesvertriebenenausschuß Rheinland getagt hat, hat man an den Bundesvorsitzenden unserer Partei, Herrn Dr. Konrad Adenauer, ein Telegramm des Dankes gesandt wegen seines steten Einsatzes für einen Teil der Bevölkerung dieses Volkes: für die Heimatvertriebenen.

Auf der vorletzten Bundesparteiausschußsitzung war es Minister Dr. Grundmann von Nordrhein-Westfalen, der beschwörende Worte an die Mitglieder des Bundesparteiausschusses richtete und daran erinnerte, daß man, wenn man die Wahlen 1965 gewinnen wolle, sich dieses Bevölkerungsteils besonders annehmen müsse. Unser Freund Schütz in Bayern hat einmal gesagt: Laßt diesen Bevölkerungsteil nicht links liegen, damit er nicht eines Tages links stehen bleibt.

(Sehr gut!)

Meine lieben Parteifreunde! Mich hat etwas auf diesem Parteitag sehr beeindruckt: der charmante Appell des Herrn Landeshauptmann von Linz, der in Umkehrung eines Filmtitels von den vollen Taschen und den leeren Herzen gesprochen hat.

Schlagen wir doch nun einmal an unsere Brust, ob es uns in unserer Partei nicht so ähnlich geht. Ich hätte mich heute nicht zu Wort gemeldet, wenn sich nicht vorhin unser Freund Klepsch zu Wort gemeldet hätte, der mir das Stichwort von der Diffamierung gegeben hat. Wenn wir uns gegen die Diffamierung unserer Gegner richten, dann sollten wir das aber auch gegen die Diffamierung unserer eigenen Freunde tun.

Ich bin erschüttert, zutiefst erschüttert, daß in der hier aufliegenden Nr. 3 der Zeitschrift „Die Entscheidung“, für die unser Freund Klepsch ja in gewissem Sinne die Mitverantwortung tragen muß, eine Diffamierung fortgesetzt wird, die bereits ihren höchstrichterlichen Abschluß gefunden hat.

Ich könnte es mir bequem machen – leider haben wir den wörtlichen Auszug nicht bekommen – und könnte den Herrn Bundestagspräsidenten aus der vorletzten Bundespartei-Ausschußsitzung zitieren, der unter den sogenannten Fall Oberländer einen klaren Schlußstrich gezogen hat. Ich wäre dem Herrn Bundestagspräsidenten dankbar, wenn er das vor dieser Öffentlichkeit und vor diesem Parteiforum wieder einmal täte.

Mir tut es bitter weh, daß unsere Freunde von der Jungen Union zu allem, aber auch zu allem, was ganz parteiintern zu sagen wäre, in aller Öffentlichkeit Stellung nehmen. Da greift man in Befugnisse der Kreisverbände ein und will Vorschriften machen, wen ein Kreisverband aufnehmen kann oder nicht. Man greift in einer sehr schweren Situation in die Geschicke unseres Freundes Theodor Blank ein und man diffamiert weiter in den Fragen, die uns am Herzen liegen. Ich tue es nicht gern, aber in Abwandlung eines Wortes, das der Berliner Bürgermeister Albertz einmal gebraucht hat „Geisterreiter von Pan-

kow" würde ich sagen, wir in der CDU sollten uns hüten, „Geisterreiter für Pankow“ zu werden.

Sehen Sie, die Junge Union sollte doch einmal überlegen, daß man das Schicksal eines Volkes nicht vergessen kann und daß 10-, 20- und mehr Tausende, vielleicht mehr, als die Junge Union heute Mitglieder hat, einmal auf der Straße des Sterbens vom Osten nach dem Westen zu Tode gekommen sind. Man sollte auch nicht vergessen, daß es heute, im Jahre 1964, sehr einfach ist, über die Vergangenheit von Männern richten zu wollen, die sich unter Umständen in ständiger Bedrohung und Lebensgefahr einem Gewaltssystem gegenübergestellt haben.

(Beifall.)

Ich war einmal junger Politiker der Zentrumspartei und gehörte damals auch zur jungen Generation. Ich war stolz darauf, einmal jüngster Stadtrat von Preußen zu sein; aber das, was nachher kam, war fürchterlich für mich. Daß wir das verstanden haben, dafür sollten wir danken. Wenn die Junge Union nun glaubt, den Stein der Weisen in der CDU gefunden zu haben, sollte sie – wenn sie sich hier in ihren Blättern so manchmal, statt Kritik zu treiben, zum Opportunismus treiben läßt – erkennen, daß es verdammt unbequem war, über die Schneesteppen Sibiriens als Gefangener gejagt zu werden und dann als Heimatvertriebener hier im Westen neu anfangen zu müssen.

Wir müssen zu unseren Schicksalsgefährten aus dem deutschen Osten ein ganz anderes Verhältnis bekommen, sonst befürchte ich, daß sehr zum Schaden des deutschen Volkes und Europas die größte Partei, die der Abseitsstehenden und Nichtwähler, weiter gewinnt. Wir sollten alle unsere Kraft anwenden, um in die Partei der Nichtwähler, der Abseitsstehenden wieder einzubrechen und sie davon zu überzeugen, daß die Christlich Demokratische Union das Schicksal Deutschlands und das Schicksal Europas sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat unser Parteifreund Josef Lutz, Württemberg-Hohenzollern; ihm folgt der Parteifreund Dietrich vom Landesverband Hessen.

Josef LUTZ, Landesverband Württemberg-Hohenzollern:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Minister Dufhues hat sich darüber beklagt, wie gering die Mitgliederzahl unserer Partei ist. Er hat gesagt, wie sehr er sich darum in den letzten Monaten bemüht hat, diese Zahl zu erhöhen.

Ich bin ein kleiner Kreisvorsitzender in einem Kreis, der sich hauptsächlich aus Landwirten und Arbeitern zusammensetzt. Wir haben nicht viel Industrie; aber wer sind denn eigentlich die Mitglieder der CDU? – Es sind im Verhältnis doch kleine Leute, Leute, die von dem Wirtschaftswunder sicher viel profitiert haben; aber es gibt Leute, für die das noch viel mehr zutrifft. Diese Leute aber vermisse ich in der CDU. Als kleine Kreisvorsitzende aber können wir diese Leute nicht so ansprechen. Diese sollten nach meinem Dafürhalten ab und zu einmal von den Herren Bundesministern in ihren Reden und Interviews im

Fernsehen angesprochen werden, damit auch sie Mitglied der CDU werden und damit auch sie sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Christlich Demokratische Union einsetzen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat Parteifreund Dietrich vom Landesverband Hessen; ihm folgt der Bundestagsabgeordnete, unser Parteifreund Dr. Gradl von der Exil-CDU.

Ist Herr Dietrich nicht da? –

(Zuruf: Nein!)

– Dann ist die Wortmeldung verfallen, und ich darf dann unseren Freund Gradl bitten, zu sprechen.

Dr. J. B. GRADL, MdB, Exil-CDU:

Meine Freunde! Ich wollte eigentlich ein Wort zu einer Bemerkung sagen, die der Herr Altbundeskanzler heute vormittag gemacht hat; aber das schiebe ich jetzt einmal zurück: denn mittlerweile sind mir hier zwei Pressefernschreiben übergeben worden, die in ihrem Inhalt so unerfreulich sind, daß die Auseinandersetzung damit wichtiger ist. Ich habe hier zwei Fernschreiben. Das eine gibt einen Bericht über eine Rede wieder, die Bundestagsvizepräsident Dr. Thomas Dehler

(Zurufe: Wieder einmal!)

gestern in Bochum auf einem Parteitag der Jungdemokraten gehalten hat. Da heißt es – es ist eine dpa-Meldung –, nach den Worten Herrn Dehlers habe Bundeskanzler Erhard gesagt, die Bundesrepublik lasse sich von der Regierung der Sowjetzone nicht erpressen. Dem hat nun Herr Dehler hinzugefügt, er, Dehler, habe keine Antwort auf die Frage erhalten, in welcher Weise versucht werde, die Bundesrepublik unter Druck zu setzen.

(Lebhafter Widerspruch. – Zurufe: Hört! Hört!)

Meine Freunde, das kann man nicht einfach so hingehen lassen. Denn dies ist ausgesagt in einem Augenblick, in dem sich die Bundesregierung von sich aus bemüht, in wirklicher Übereinstimmung mit dem Berliner Senat eine Regelung für die menschliche Begegnung in Berlin zustande zu bringen, die dauerhaft, den Menschen zumutbar und außerdem politisch vertretbar ist. In diesem Augenblick eine solche Aussage zu machen, ist – ich möchte parlamentarisch bleiben; aber mir fehlt der rechte Ausdruck, um das zu kennzeichnen – ein Tiefschlag gegen diese Bemühungen.

Durch eine solche Aussage wird dem, was Bundesregierung und Staat vorhaben, in keiner Weise gedient, sondern es wird gestört, und es wird vielleicht sogar auf diese Weise verhindert.

Aber ich will doch Herrn Dehler und denen, die ihm sicher in dem Kreise, in dem er gesprochen hat, Beifall gesendet haben, sagen, wo nach unserer Auffassung die Erpressung gelegen hat, jene Erpressung nämlich, in Verbindung mit der Regelung zu Weihnachten stattgefün-

den hat. Hat man damals – unter dem Druck der herannahenden Weihnachtstage – nicht von uns die Zustimmung zu einer Regelung für die Westberliner verlangt, die schlechter ist als diejenige für die Westdeutschen? Hat man nicht darauf bestanden, daß die übliche Verhandlungsbasis Interzonen-Treuhandstelle verlassen wurde und ein Unterhändler des Berliner Senats, als Verhandlungspartner zur Verfügung stehen mußte? Und warum wohl hat man verlangt, daß die Berliner einen Antrag auf Zutritt zur Hauptstadt der „Deutschen Demokratischen Republik“ unterschreiben müssen? Warum hat das Zonenregime das getan? Doch nicht aus Menschlichkeit, sondern weil man die Menschlichkeit, die man auf unserer Seite vermutet hat – mit Recht vermutet hat – mißbrauchen wollte, um sein eigenes politisches Geschäft dabei durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall.)

Das ist exakt der Vorgang einer Erpressung. Wenn sich jemand in jener Zeit von Menschlichkeit hat bewegen lassen, dann waren nicht die in Pankow das, sondern wir sind es gewesen. Wir haben uns trotz ernster Bedenken durchgerungen, dazu ja zu sagen, mancher meinte, wir hätten nicht ja sagen sollen. Im ganzen haben wir ja gesagt, obwohl es uns politisch recht schwergefallen ist. Wir haben also Menschlichkeit gezeigt; die andere Seite aber hat sie zur Erpressung mißbraucht. – Dies zu Herrn Dehler!

Aber wenn Herr Dehler allein derjenige wäre, der in dieser Frage so spräche, so könnte man das vielleicht noch passieren lassen. Wir alle kennen Herrn Dehler, so wie er ist.

(Zurufe.)

Da sind wir geneigt, gutmütig bei ihm vielleicht ein größeres Maß an – sagen wir unbeschwerter Rede hinzunehmen.

(Erneute Zurufe.)

Leider aber ist Herr Dehler nicht allein. Ebenfalls von diesem Wochenende gibt es ein anderes Pressefernschreiben, dieses nicht von dpa, sondern von UPI – über Erklärungen, die von führender sozialdemokratischer Seite gemacht worden sind, insbesondere in Bremerhaven und in Bremen. Diese Äußerungen stammen von Herrn Brandt und vor allem von Herrn Wehner. Ich sage hier ganz offen, daß ich es tief bedaure und daß ich in gewisser Weise erschüttert bin darüber, daß sogar von diesen beiden Männern, die doch aus den Einzelheiten der Verhandlungen und Gespräche, in den letzten Wochen genau wissen mußten, worum es geht, daß gerade auch von ihnen der Passierscheinvorgang benutzt wird, um die parteipolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik anzuhetzen und diesen Vorgang zum Gegenstand parteipolitischer Polemik zu machen.

Herr Wehner hat gesagt, die CDU/CSU sei schuld am Scheitern der Verhandlungen über die Passierscheinfrage in Berlin. Er hat hinzugefügt – und das meint er offenbar im Kern – die CDU habe einen sich in der Passierscheinfrage am 6. Februar abzeichnenden Erfolg den SPD-Politikern mißgönnt.

(Buh-Rufe.)

Ich fühle mich durch die Behauptung verletzt – und sicher nicht nur ich –, daß meine Partei nur deshalb, weil sie der anderen Partei etwas mißgönnt, eine Regelung ablehnen würde, die im Interesse unserer Menschen notwendig und vertretbar wäre.

(Starker Beifall.)

Worum geht es konkret? Gemeint ist offenbar ein Verhandlungsvorstoß am 6. Februar – nachher als ein Tastversuch bezeichnet – eine Anfrage, ob die Gegenseite bereit sei, die Regelung, die zu Weihnachten getroffen worden war, noch einmal so, wie sie gewesen ist, zu wiederholen. Dagegen haben wir und dagegen hat sich die Bundesregierung gewandt. Warum? Einmal aus sachlichen Gründen, aus der Überzeugung, daß das, was man an politischen Konzessionen Weihnachten eingeräumt hat, einmal vielleicht verantwortet werden konnte, daß es aber ein ganz anderes Gesicht bekäme, wenn man es wiederholen und sich dadurch gewissermaßen zu einer Dauerregelung entwickeln ließe. Deshalb hat man sich sachlich dagegen gewandt.

Aber dann gab es noch einen anderen Grund, weshalb man sich dagegen wandte: weil dieser sogenannte Tastversuch ein Alleingang gewesen ist, weil er nicht abgestimmt war zwischen Berlin und Bonn. Und dazu kann ich nur sagen: Wenn wir überhaupt einen Erfolg haben wollen mit solchen hartgesottenen Gegenspielern, wie sie auf der anderen Seite am Werk sind, dann können wir ihn nur erreichen, wenn wir geschlossen auftreten. Herr Brandt hat neulich in seiner demonstrativen Erklärung im Fernsehen gesagt: Wir werden dem Gegner etwas abtrotzen. – Nun, wir sind ja sehr dafür, abzutrotzen.

Wenn ich aber etwas abtrotzen will, muß ich meinen Standpunkt auch behaupten und darf nicht mit Augenzwinkern und Alleingängen den Gegner zu der Meinung bringen, daß wir es ja doch gar nicht so ernst meinten und schließlich schon nachgeben würden.

(Zustimmung und Beifall.)

Damit nun will ich diesen Teil meiner Bemerkung schließen: Herr Wehner hat – immer nach dem Bericht von UPI – die Bundesregierung aufgefordert, nunmehr eindeutig zu erklären, ob sie bereit sei, auf gemeinsamer Basis Verhandlungen zu führen, oder ob sie weiterhin nur gegen die SPD polemisieren wolle. Meine Freunde, die Bundesregierung wird sicher antworten, wo und wie ihr das notwendig und zweckmäßig erscheint. Aber wir als die Partei, die die Bundesregierung in erster Linie trägt, sind damit ja auch herausgefordert.

Trotzdem meine ich, wir sollten es mit dieser Anprangerung dessen, was polemisiert worden ist, zunächst bewenden lassen. Wir sollten uns nicht dazu verführen lassen, diese ernste Frage der menschlichen Begegnung der Berliner jetzt zum Gegenstand einer polemischen, demagogischen Erklärung zu machen, wie die andere Seite das getan hat. Wenn die gemeinsame Basis zerschlagen werden soll – wenn es geschähe, wäre es furchtbar –, dann wäre das ein nationales Unglück in dieser Auseinandersetzung. Denn es geht um mehr als nur um die

Passierscheine. Hier steht doch der erste Ansatz der Prüfung für jeden der Beteiligten, wie er sich in der nächsten Phase der Auseinandersetzung zwischen Ost und West um Deutschland verhalten wird. Wenn wir in diesem Anfang, in diesem Vorspiel, demonstrieren, daß wir im freien Deutschland es nicht fertig bekommen, uns zu einer gemeinsamen Position zusammenzufinden und auch gegen alle parteipolitischen Verlockungen bei dieser gemeinsamen Position zu bleiben, dann haben wir das Ringen mit Moskau von vornherein schon zur Hälfte verloren.

Deshalb wollen wir die Polemik hier nicht von uns aus fortführen und zuspitzen. Aber ich will doch sagen: das ist die letzte Besinnungspause für die, die glauben, mit der Passierscheinfrage ein parteipolitisches Geschäft machen zu können. Noch einmal eine Pause also – aber lange werden wir es uns nicht gefallen lassen, daß wir, die wir ernste politische Gründe für unser Denken und Verhalten haben, direkt oder indirekt systematisch als solche hingestellt werden, die kein menschliches Verständnis für das Leid der Trennung haben. Und das steckt doch hinter diesen Vorwürfen.

Meine Freunde! Da ich hier nun einmal stehe, will ich wenigstens noch die Bemerkung machen, die ich mir heute vormittag vorgenommen hatte. Herr Dr. Adenauer hat heute vormittag in Fürsorge für die Arbeit des Deutschen Bundestages auch die Frage der Arbeitsräume der Abgeordneten in Bonn angesprochen und darauf hingewiesen, wie beengt es dort ist, wie schwierig die Arbeitsverhältnisse sind usw. Ich habe nicht die Absicht, dagegen etwas zu sagen. Es ist leider so, wie er es gesagt hat.

Aber nun lassen Sie mich ein Wort hinzufügen. Ich bin sehr dafür, daß in Grenzen und mit Maßen versucht wird, dem abzuhelfen. Jedoch möchte ich nicht, daß solche Pläne realisiert werden für den Ausbau der provisorischen Hauptstadt Bonn, wie sie uns gelegentlich von verantwortlicher Seite in den letzten Wochen und Monaten präsentiert worden sind.

(Beifall.)

Man muß diese Pläne einmal an den Modellen gesehen haben, um zu erkennen, was sich manche Leute vom Ausbau der provisorischen Hauptstadt Bonn erwarten, nämlich ein Regierungsviertel und ein Parlamentsviertel, zu dem ein Vergleich aus Brasilia zu stellen ist.

Nun, meine Damen und Herren, dazu kann ich nur sagen, das können wir nicht. Dazu dürfen wir nicht ja sagen. Wir verlieren die Glaubhaftigkeit, wenn wir in solcher Weise die provisorische Hauptstadt Bonn ausbauen. Wir verlieren die Glaubhaftigkeit für unseren Anspruch, alles, was wir tun, nur zu tun mit dem Blickpunkt auf die Herbeiführung der nationalen Einheit und auf die Rückkehr in die wirkliche deutsche Hauptstadt Berlin.

(Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat Herr Hans Schlömer, Landesverband Rheinland.

SCHLÖMER:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als heute morgen bei der Begrüßung eine stattliche Anzahl von Vertretern der gesellschaftspolitisch bedeutsamen Organisationen als hier anwesend bekanntgegeben wurde, war ich schmerzlich davon berührt, daß die Vertretung der mehr als 1½ Millionen Kriegsoffer in Deutschland nicht unter den Gästen des Bundesparteitages hier begrüßt werden konnte. Meine Frage an das Präsidium und den Vorstand geht dahin, ob an diese Organisationen Einladungen zur Teilnahme an diesem Parteitag ergangen sind. Es würde für uns als CDU sicherlich schmerzlich sein, wenn solche Einladungen ergangen wären, ihnen aber nicht gefolgt worden wäre. Ich glaube, daß die Lösung des Problems, die die Bundestagsfraktion der CDU/CSU im letzten Vierteljahr gefunden hat, auch für die CDU so positiv ist, daß sie sich draußen sehen lassen kann. Was um diese an Protestkundgebungen und unangenehmen Dingen auch geschehen sein mag, so sollte das nicht Veranlassung sein, für die Zukunft die Kontaktpflege auch zu diesem Personenkreis von seiten der Partei zu vernachlässigen, sondern wir sollten sie mit einbeziehen in das Allgemeinwohl unseres Volkes. Ich würde Sie recht herzlich bitten, diese Frage zu beantworten, damit uns Gelegenheit gegeben ist, in den morgigen Fachberatungen näher auf diese Frage einzugehen.

Präsident Dr. SEEBOHM:

Ich danke unserem Parteifreund und möchte ihm sagen, daß ich nach Rücksprache mit unserem Hauptgeschäftsführer der Meinung bin, daß die Einladungen herausgegangen sind an die beiden zuständigen Organisationen.

Das Wort hat unser Parteifreund Friedrich Vogel von der Jungen Union Westfalen.

Friedrich VOGEL:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Junge Union ist vorhin von einem der Herren Vorredner heftig angegriffen worden. Sie ist insbesondere bezichtigt worden der Diffamierung von Parteifreunden. Ich glaube, daß ich hier im Namen des Bundesvorstandes der Jungen Union erklären kann, daß uns nichts ferner liegt, als unverdient Parteifreunde zu diffamieren. Ich glaube, daß unseren Freund Dr. Klepsch keine Mitverantwortung trifft an irgendeiner Diffamierung eines Parteifreundes.

Es ist zitiert worden die Zeitschrift „Die Entscheidung“, und es ist auf ein Streiflicht in dieser Zeitschrift verwiesen worden, aus dem sich eine solche Diffamierung ergeben soll. Meine Freunde! Zunächst einmal vorweg: Wir haben ein Redaktionskomitee, das in freier Selbstverantwortung diese Zeitschrift redigiert. Der Bundesvorstand ist für den Inhalt dieser Zeitschrift nicht verantwortlich.

Trotzdem meine ich, daß sich aus dieser Zeitschrift das, was vorgeworfen worden ist, nicht ergibt. Ich bitte Sie, auf Seite 22 den Bericht unter der Überschrift „Ein Sachkenner“ nachzulesen. Es sollte nicht der

Eindruck entstehen, als sei die Junge Union nur ein Unruheherd in der Partei. Ich glaube, daß die Junge Union bereit ist, in der Partei sachliche Arbeit zu leisten. Ich glaube, daß das Leben unserer Kreisparteien weitgehend von der sachlichen Arbeit unserer jungen Freunde in den Kreisparteien getragen wird.

Wir sind auch als Junge Union bereit, unseren Beitrag zur inneren Gestaltung und Formung unserer Partei zu leisten. Das ist von unserem Freunde Klepsch betont worden.

Wir sind nach dem Deutschlandtag in Fulda selbstkritisch mit uns umgegangen. Wir haben uns die Frage vorgelegt, wie es kam, daß dieser Deutschlandtag in Fulda ein so schlechtes Echo in der deutschen Öffentlichkeit, in der Presse gefunden hat. Wir haben nach den Gründen gesucht. Wir sind der Auffassung, daß wir hier als Junge Union einiges nachzuholen haben, insbesondere an sachlicher Arbeit. Wir haben uns im Bundesvorstand der Jungen Union vorgenommen, daß wir in der Jungen Union ein Beispiel für das, was wir uns unter Parteireform vorstellen, geben wollen. Ich glaube, daß die Vorbereitungen, die wir für den Deutschlandtag in diesem Jahr treffen, der Öffentlichkeit zeigen werden, daß wir hier auf dem richtigen Wege sind.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir zur sachlichen Mitarbeit bereit sind, daß wir allerdings nicht der Auffassung sind – und das scheint weithin der Eindruck zu sein –, daß personelle Fragen in der CDU tabu seien. Wir sind durchaus bereit, wenn es uns notwendig erscheint, dann auch personelle Fragen zur Diskussion zu stellen, wenn wir nämlich der Auffassung sind, daß das im Sinne unserer Partei liegt.

(Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Das Wort hat unser Parteifreund Kai-Uwe von Hassel.

Bundesminister Kai Uwe von HASSEL:

Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Bemerkungen zu dieser nachmittäglichen Diskussion machen. Ich darf an das anschließen, was der letzte Diskussionsredner, der zweite Sprecher der Jungen Union eben vorbrachte.

Ich glaube nicht, daß es irgendein Mitglied des Präsidiums oder des Parteivorstandes gibt, das nicht die große Aufgabe, die sich die Junge Union gesetzt hat, mit großer Freude verfolgt und selber alles tut, um der Jungen Union diesen Weg in die Politik hinein zu erleichtern. Ich habe als Landesvorsitzender genauso wie im Bundesvorstand genügend Gelegenheit gehabt, zu sehen, mit welchem Fleiß und welcher Energie – vielleicht nicht immer mit den recht gesetzten Worten – die Junge Union ihrer Aufgabe nachkommt. Wir Älteren haben allen Anlaß, unseren jungen Freunden dabei behilflich zu sein.

(Beifall.)

An die Ausführungen des Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Herrn Dr. Klepsch, darf ich zwei Bemerkungen anschließen. Er sagte: Was wir erwarten und von diesem Parteitag erwarten, und was wir wollen

– und dann kommen wieder die Worte: erwarten und erwarten –: Wir erwarten Klarheit, wir erwarten Zielstrebigkeit. Durch diese Formulierung könnte draußen der Eindruck entstehen, als wisse die CDU eigentlich gar nicht, was sie wolle, als sei weder Klarheit noch Zielstrebigkeit vorhanden.

(Beifall.)

Ich glaube, daß ich hier einmal darstellen müßte, wenn es morgen früh der Bundeskanzler nicht selber in einem großen Referat täte, daß im weiten Felde der deutschen Politik die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union sehr genau weiß, was sie will.

(Beifall.)

Daß es hier oder dort einmal Ärgernisse und Schwierigkeiten gibt, daß es irgendwo auch einmal eine Malaise gibt, das wissen wir. Die CDU ist bereit, über diese ganzen Fragen nachzudenken, darüber zu diskutieren und Lösungen zu finden. Daß sie das dabei mitunter vor breiter Öffentlichkeit macht, bekommt der CDU allerdings nicht immer besonders gut. Die Sozialdemokraten haben ganz andere Schwierigkeiten in ihrer politischen Partei. Kenner der Verhältnisse wissen um Proben, die dort ausgestanden werden müssen. Sie haben eine großartige Art, das zu tarnen und nach draußen nicht sichtbar in Erscheinung treten zu lassen und draußen bei Lieschen Müller den Eindruck zu erwecken, als seien sie, die Sozialdemokraten, eine großartige geschlossene Partei. Sie haben nur etwas mehr Disziplin als wir.

(Beifall.)

Aber ich meine, daß wir eines für uns haben, auch wenn es dabei zuweilen etwas heftig zugeht vor der Öffentlichkeit: daß wir miteinander im Gespräch sind und miteinander diskutieren. Ich möchte hier also sehr deutlich sagen: Eine sorgfältige Analyse, die die Parteiausschüsse morgen bringen werden, wird zeigen, daß wir sehr genau wissen, was wir wollen. Wenn das irgendwo einmal in Frage gestellt sein könnte, werden wir uns bemühen, diese Klarheit herbeizuführen.

Das zweite – ich unterstreiche jedes Wort, was Herr Dr. Klepsch gesagt hat – ist: man muß nach draußen darstellen, daß wir zwei große Parteien wollen, die in der Auseinandersetzung miteinander ringen und gegeneinander stehen, zwei große Auffassungen: hier CDU, dort SPD. Nun meine ich allerdings, daß es nicht ganz einfach ist, eine solche harte Auseinandersetzung zu führen, wenn man der Auffassung ist – seltsam mag es klingen –, daß eigentlich der Wähler draußen eine Parteienauseinandersetzung angeblich nicht wolle und einen solchen Streit leid sei. Ob dann der Wähler, wie man so sagt, ein Wischiwaschi, alles zusammen in einen großen Topf, nur noch eine Partei haben will, das weiß ich nicht. Aber ich glaube, daß man dann dem deutschen Wähler sagen muß, daß eine solche Auseinandersetzung – hier die einen, dort die anderen – gerade um der Zukunft Deutschlands willen richtig ist.

Deshalb scheint mir eine Bitte auch und gerade an die Junge Union angezeigt zu sein: dann auch selber diese Auseinandersetzung mit dem

einzigsten ernst zu nehmenden Gegner, mit der SPD, nicht nur akademisch der großen Partei, der CDU, gegenüber hier zu vertreten, sondern auch draußen in der Öffentlichkeit, in den Auseinandersetzungen vor Ort mit der SPD zu führen.

(Beifall.)

Aber nicht nur die Junge Union, sondern auch wir Älteren können zuweilen wieder einmal antreten und deutlicher unsere Meinung sagen.

(Beifall.)

Deutlicher unsere Meinung sagen? Ich weiß nicht, ob Sie dieser Tage die Bonner Depesche der SPD gesehen haben. Sie erscheint regelmäßig in einer Reihe von Sonderausgaben. Eine wendete sich auch an die ihr ach so liebgeordnete Bundeswehr. In einem Leitartikel dieser Bonner Depesche stehen Worte über Herrn Bundeskanzler Ludwig Erhard drin. Wenn wir gleiche Worte über den Bundesvorsitzenden und Kanzlerkandidaten Willi Brandt gebrauchen würden, würden wir sehr rasch eines persönlichen Angriffs gegen diesen Mann geziehen werden. Wenn wir die staatsmännischen Qualitäten von Herrn Brandt ein wenig mit Fragezeichen versehen, dann werden wir sofort angegriffen, wir steigen ins Persönliche, und das solle man unterlassen.

In dieser Depesche steht drin: Ludwig Erhard reist und redet und redet; im Grunde genommen sei er alt, und er sei eine Enttäuschung. Wenn wir herausstellen würden, wie oft eigentlich Herr Brandt in der Welt herumreist und redet und redet,

(lebhafter Beifall.)

dann wäre das ein Angriff, und zwar nicht nur gegen Herrn Brandt, sondern sofort gegen die alte Reichshauptstadt Berlin. Insofern meine ich, daß diese Auseinandersetzung – hier die einen, die CDU/CSU, und dort die anderen, die SPD – auch in diesem Punkte ruhig einmal zu rechtrücken sollte, was auch wir über die Person des Vorsitzenden der SPD – nicht aus der Vergangenheit – und über seine gegenwärtigen Fähigkeiten der Staatskunst zu sagen ist.

(Beifall.)

Zweitens. Ich möchte als ein Mann, der seinen politischen Weg in der Kommunalpolitik begonnen hat, dem Herrn Landrat Jansen aus Schlüchtern in Hessen für seine Darlegungen zu den Aufgaben der Kommunalpolitik, um die sich die CDU zu kümmern hat – damals, heute und in der Zukunft – persönlich danken. Ich bin genau wie er der Meinung, daß man oben keine Bundespolitik oder Landespolitik betreiben kann, wenn unten nicht das Fundament ist, wenn wir unten nur noch möglichst neutrale unpolitische Wählervereinigungen haben.

(Sehr gut!)

Auf einer Sammlung von Tausenden von Wählervereinigungen kann man oben nicht einen klaren politischen Willen für die Zukunft konzipieren.

(Beifall.)

Ich freue mich, daß, wie Herr Jansen dargelegt hat, im Juni eine große Tagung, ein Bundeskongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung stattfindet. Er sagt, das geschehe auch mit Blickrichtung auf das Kommunalwahljahr 1964.

Von Herrn Landrat Jansen ist geschildert worden, wie man dort draußen in der vordersten Front des Staates, in der Gemeinde, seine ersten politischen Erfahrungen – die Erfahrungen in der Demokratie und für die Demokratie – gewinnen könnte. Ich unterstreiche das. Ich bin 15 Jahre lang Bürgermeister, ehrenamtlicher Vorsitzender einer Stadt gewesen und zugleich in der Stadtvertretung, im Kreistag, im Landtag und einmal im Bundestag gewesen. Das ist vielleicht ein dankenswerter Hinweis für solche, die einmal eine Doktorarbeit über Ämterhäufungen schreiben wollen. Aus diesen Erfahrungen habe ich aber eines gelernt, und das möchte ich nicht nur Herrn Landrat Jansen und den Kommunalpolitikern, sondern uns allen für die CDU/CSU mit auf den Weg geben. Es ist sehr leicht so, daß ein Kommunalvertreter sagt: Erst kommt die Gemeinde, dann kommt die Gemeinde und dann kommt sie schließlich noch einmal – Gemeinde, Gemeinde über alles, und alles andere interessiert mich nicht. Ich war auch Mitglied des Bundestages und habe den Eindruck, daß zuweilen unsere eigenen Bundestagsabgeordneten das Gefühl haben, sie seien überhaupt der Mittelpunkt der Welt, und alles andere sei relativ uninteressant.

(Beifall.)

Ich war acht Jahre lang Ministerpräsident eines Landes und stand in einem außerordentlich interessanten Spannungsverhältnis. Der Bund muß zur Erfüllung seiner großen Aufgaben, die vor ihm stehen, die nötigen Mittel haben, und man möchte gerne einen größeren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer des Landes haben. Auf der anderen Seite aber stehen unten die Gemeinden und rufen nach einer größeren Bewegungsfreiheit, so hat es uns der Landrat Jansen geschildert, man muß also ran an die Mittel dieses Staates, und was liegt da am nächsten: man nehme ebenfalls für die Kommunen die Mittel des Landes und füge tunlichst hinzu; auch der Bund muß etwas tun.

Meine Damen und Herren! Die CDU muß – und ich wäre dankbar, wenn das auch auf diesem Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung Deutschlands irgendwie sichtbar wird – die CDU muß sich für das Ganze verantwortlich fühlen. Einem Bundestagsabgeordneten wird das Fundament entzogen, wenn draußen die Länder und die Gemeinden nicht mehr in Ordnung sind, und eine Kommunalpolitik ist am Ende angelangt, wenn der Bund nicht mehr weiter weiß.

(Beifall.)

Deshalb hat die CDU die Verpflichtung, ihre Mandatsträger – oben, in der Mitte und unten – so zu bilden und zu formen, daß sie sich verantwortlich wissen für das Ganze. Sie stehen auf einem Fundament der Gemeinde, sie arbeiten in einem Land, aber sie arbeiten für den

Bund. Diese Gemeinsamkeit der Gesamtverantwortung der CDU muß bei uns auch in Zukunft groß geschrieben werden.

Die letzte Frage: Unser Freund, Herr Kohl aus Rheinland-Pfalz, hat sich an das Präsidium gewandt, ich kann mir vorstellen, daß mein Freund Josef Hermann Dufhues dazu vielleicht noch einmal das Wort aufnimmt, und er hat gesagt, Präsidium und Vorstand werden die Führungsaufgaben der Partei der CDU stärker übernehmen müssen. Ich teile diese Auffassung ebenfalls, aber ich darf doch einmal sagen, daß damals, als wir begannen, uns mit der Frage der Parteireform zu beschäftigen, anno 1959, wir das erste Mal mit einer sogenannten Begegnung der Landesvorsitzenden anfangen, zu der alle Landesvorsitzenden, auch die Vorsitzenden unserer Vereinigungen, zusammenkamen, ein oder zwei dutzendmal in dieser schwierigen Zeit. Und ich glaube, daß wir eigentlich erst seit damals die Gesamtverantwortung aller Landesverbände für die Bundespartei gewonnen haben. Zuvor war es sehr viel schwieriger. Ich möchte Herrn Kohl sagen, wir sind weite Schritte in Richtung auf die Gesamtverantwortung gegangen, aber ich möchte genauso deutlich hinzufügen, daß ich dankbar wäre, wenn diese Rede des Herrn Kohl nicht nur hier mit Blickrichtung auf das Präsidium gehalten ist, sondern in den Landesverbänden gehalten würde, mit Blickrichtung darauf, daß alle Landesverbände bereit sind, dann auch einer solchen Führung und einer Weisung, die er von uns, dem Präsidium der Bundes-CDU, verlangt, auch draußen zu folgen und sie nicht zu den Akten zu legen.

(Beifall.)

Das letzte aber, Herr Kohl: Ich bin persönlich der Meinung, daß wir eine ausgezeichnete Politik betrieben haben, und daß es uns aber nicht sonderlich gegeben ist, diese Politik auch zu verkaufen. Wenn die Sozialdemokraten ihre schlechte Politik so gut verkauft haben, was glauben Sie, was uns unsere gute Politik, wenn sie ebenso gut verkauft worden wäre, draußen in der Bevölkerung an Ansehen verschafft hätte.

Wenn wir überall mit dem Fleiß herangehen, der in Teilen der CDU wirklich vorhanden ist, zweifle ich nicht daran, daß wir es 1965 glänzend machen werden.

(Lebhafter Beifall.)

PRÄSIDENT:

Das Wort zum Schluß der Aussprache hat unser Parteifreund Josef Hermann Dufhues. Ich bitte Sie, dieses Schlußwort abzuwarten, denn es ist wichtig, daß Sie nun hören, was er auf diese Diskussion zu sagen hat.

Geschäftsführender Vorsitzender Josef-Hermann DUFHUES:

Meine lieben Freunde! Bevor ich zu dem Ergebnis der Diskussion Stellung nehme, bevor ich auf Einzelheiten der Diskussion eingehe, danke ich unseren ausländischen Freunden auch namens des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union. Die Beiträge unserer ausländischen Freunde haben ein derartiges Maß an Gemeinsamkeit, haben in

so überzeugender Weise dargetan, wie sehr wir einig sind in den Grundlagen unseres politischen Denkens, Handelns und unserer politischen Entscheidungen, daß wir mit neuem Enthusiasmus, erfüllt davon, daß in Europa die christlich-demokratische Kraft in allen Ländern lebendige Kraft ist, an unsere Aufgabe herangehen können.

Aber haben Sie auch Verständnis dafür, daß ich gerade hier unter dem Eindruck dieser Worte versuche, daraus Konsequenzen zu ziehen. Ich richte an Sie die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit ist, der sozialistischen Kraft Europas, der sozialistischen Internationale einen Zusammenschluß christlich-demokratischer Kräfte entgegenzusetzen, der in der Gemeinsamkeit sehr viel stärker sein würde als in der Isolierung der Parteien in den einzelnen Ländern.

(Beifall.)

Deshalb nehme ich Ihre Grußworte nicht nur mit herzlichem Dank auf, sondern mit der Bitte an Sie alle, gemeinsam mit uns zu überlegen, wie wir zu einem stärkeren Zusammenschluß der christlich-demokratischen Kräfte Europas kommen können. Das muß sorgfältig und behutsam geschehen, und das muß geschehen vor allem auch unter Ihrer Verantwortung. Ich möchte hoffen, daß diese Überlegungen recht bald zu konkreten und überzeugenden Ergebnissen kommen.

Und nun zur Diskussion. Haben Sie herzlichen Dank! Wir alle haben auf diese Stunde gewartet, die Stunde der Rechenschaft. Und ich bin dankbar dafür, daß Sie bereit sind, nicht nur mit mir, sondern mit allen Führungskräften der Christlich Demokratischen Union an der weiteren Entwicklung und Stärkung der Partei mitzuarbeiten.

Ich bin Ihnen dankbar, für jede Anregung, für jeden Beitrag. Ich hoffe, daß Anregungen in noch konkreterer Form als am heutigen Abend im Arbeitskreis „Grundsatzfragen der CDU“ diskutiert und erörtert werden.

Lassen Sie mich nun auf einige Fragen eingehen, soweit es nicht bereits von unserem Freunde von Hassel geschehen ist:

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ich die Frage der systematischen Bildungsarbeit in meinem Vortrag nicht behandelt habe. Hier handelt es sich um Aufgaben, die in einem weiten Umfange zum Verantwortungsbereich der Akademie Eichholz gehören. Mit Ihnen bin ich überzeugt davon, daß eine systematische Bildungsarbeit nicht nur im Kreis der hauptamtlichen Mitarbeiter, sondern gerade unter den jungen Nachwuchskräften die Voraussetzung dafür ist, daß unsere Vorstellungen von christlich-demokratischer Politik in der Jugend unseres Volkes lebendig bleiben. Dazu ist erforderlich, daß diese Bildungsarbeit stärker und intensiver noch als in der Vergangenheit durch Eichholz und durch die vielfältigen anderen Einrichtungen draußen im Lande geleistet wird. Einzelne Sprecher haben ein neues Programm verlangt. Ich gehöre zu denen, die der Auffassung sind, daß Programme wie zum Beispiel das Godesberger, das Gothaer und andere Programme – Hinterlassenschaften der ideologischen Parteien des 19. Jahrhunderts sind. Worauf es heute ankommt, ist, in überschau-

baren Bereichen auf der Grundlage unserer Gesamtkonzeption klare Aktionsprogramme zu entwickeln, im Bereich der Gesellschaftspolitik, im Bereich der Gesundheitspolitik, im Bereich der Kulturpolitik, und hier Wege in die Zukunft zu weisen, die auch in der Arbeit der Partei, letztlich aber auch in der Arbeit der Fraktionen und der Regierung ihren Niederschlag finden.

Dazu gehört allerdings, meine lieben Freunde, daß noch stärker als bisher die Autorität der Bundespartei von den Landesverbänden und den Kreisverbänden anerkannt und getragen wird.

Ich verstehe Ihre kritischen Anmerkungen zu den Sitzungen des Bundesvorstandes und des Bundesparteiausschusses. Es wird notwendig sein, daß wir nicht nur – das ist einer der wesentlichen Fortschritte der vergangenen Jahre – das Präsidium, sondern auch Vorstand und Ausschuß verantwortlich an den großen Entscheidungen der christlich-demokratischen Politik beteiligen. Da nach dem Rechten zu sehen und hier Anregungen zu geben, wird die Aufgabe der Beratungen des morgigen Vormittags sein.

Meine lieben Freundel Sie haben hingewiesen auf die mangelnde Fähigkeit der Christlich Demokratischen Union, ihre Erkenntnisse, ihre Überlegungen und ihre Gedanken in der Bevölkerung so zu verbreiten, wie es vielleicht der einen oder anderen Partei in Deutschland gegeben ist.

Ich darf mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß unsere Bemühungen, ein besseres Verhältnis zu Presse, Rundfunk und Fernsehen herzustellen, während des letzten Jahres zunehmend Erfolg gehabt haben. Wir haben nicht nur im Bereich der Presse, sondern auch im Bereich von Rundfunk und Fernsehen versucht, verstanden zu werden. Wir haben gleichzeitig eine stärkere Resonanz nicht nur in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten, sondern auch unter den Mitarbeitern der Rundfunkanstalten für unsere Auffassung gewonnen. Es geht nicht an, daß wir gegenüber Presse, Rundfunk und Fernsehen nur mit negativen Akzenten argumentieren. Ich meine, viel wichtiger und entscheidender ist es, Freunde zu gewinnen. – Freunde, die dann auch bereit sind, im Rahmen ihrer Verantwortung und im Rahmen ihrer Möglichkeiten, gebunden an Vertrag und Gesetz, das die Grenzen ihrer Möglichkeiten umschreibt, die Arbeit zu unterstützen, die von der Christlich Demokratischen Union in den vergangenen Jahren so erfolgreich für Deutschland und für Europa geleistet worden ist.

Die Junge Union hat sich sehr initiativ an der heutigen Diskussion beteiligt. Ich danke ihr dafür. Ich möchte der Jungen Union einen Auftrag mit auf den Weg geben: Gegenüber der letzten Bundestagswahl werden bei den Wahlen des Jahres 1964 etwa 1 700 000 Neuwähler zur Wahlurne gehen. Bei diesen Neuwählern kann die Entscheidung liegen. Möge deshalb die Junge Union die Aufgabe übernehmen, diese Neuwähler für die CDU zu gewinnen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Hinweis auf den Pressebericht der SPD über die heutige Tagung: Der Sprecher der SPD hat gemeint, um

die CDU müsse es schlecht bestellt sein, wenn Dufhues zugebe, daß ein Pflichtbewußtsein in der Union kaum oder nur in Ansätzen vorhanden sei. Nun: das habe ich gesagt, und dazu stehe ich auch. Aber die Geschichte wird einmal Zeugnis davon ablegen, daß die Christlich Demokratische Union, entstanden in der größten Notzeit unserer Geschichte, die Parteiarbeit hat vernachlässigen müssen, um dem Ganzen, dem Volke, dem Vaterland zu dienen.

Niemals würde ich meine Hand dazu hergeben, in der Christlich Demokratischen Union ein Parteibewußtsein zu entwickeln, wie es in der SPD zu Hause ist – einer Partei, die den Willen zur Macht als das entscheidende Leitmotiv ihres Handelns ansieht.

Wir wollen weiterhin dienende Partei bleiben. Ich bin überzeugt, daß wir dadurch, daß wir diesen Dienst am Volke leisten, jene breite Resonanz, jene breite Anerkennung im deutschen Volke finden werden, die die CDU auf die Dauer als gestaltende Kraft deutscher und europäischer Politik erhält. – Zum Wohle unseres Vaterlandes.
Ich danke Ihnen.

(Besonders starker Beifall.)

Präsident Dr. SEEBOHM:

Meine lieben Parteifreunde! Wir haben – so meine ich – eine gute Diskussion geführt, eine Diskussion unter Freunden, mit denen wir uns ruhig, sachlich und nüchtern ausgesprochen und neue Wege gewiesen haben, eine Diskussion, in der wir gegenseitiges Vertrauen neu gewonnen haben.

Ich danke allen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben. Ich danke insbesondere Ihnen allen, die Sie dieser Diskussion so diszipliniert und aufmerksam gefolgt sind.

Die Plenarsitzung ist geschlossen, die nächste beginnt morgen um 9 Uhr 30. Einen Guten Abend!

(Schluß der Sitzung 18.56 Uhr.)

3. Tag: Montag, 16. März 1964

3. Plenarsitzung

Beginn 9.36 Uhr

Präsident Anton DICHTEL:

Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich eröffne hiermit die 3. Plenarsitzung, heiße Sie alle noch einmal recht herzlich willkommen und rufe auf den

Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion.

Bevor ich jedoch Herrn Dr. Rainer Barzel das Wort erteile, darf ich mitteilen, daß ich von der Aktion Freundschaftsbrücke der Bundesvereinigung der Frauen der CDU gebeten worden bin, noch einmal besonders auf diese Spendenaktion hinzuweisen. Wir werden anschließend hier im Saale sammeln, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie speziell hier mit Ihrer Spende zum Gelingen dieser Aktion beitragen würden.

Auf Wunsch der Bundesvereinigung der Frauen der CDU lese ich noch einmal vor, was in dem kleinen Prospekt niedergelegt worden ist:

„Täglich wird an Ulbrichts Schandmauer geschossen. Es wird scharf geschossen auf Deutsche, die über Mauer und Stacheldraht in die Freiheit sich retten wollen. Wer aus Ulbrichts KZ fliehen kann, rettet nur sein nacktes Leben, nichts weiter.

Unsere Berliner Freunde sind die ersten, die ihnen gegenüberstehen. Wir wollen unseren Freunden in Berlin die Hände füllen, damit sie helfen können. Auch eine kleine Gabe, die ein Zeichen der Verbundenheit und des Verständnisses ist, kann den Anfang eines neuen Lebens bedeuten. Helfen Sie! Spenden Sie!“

Ich darf diese Bitte noch einmal mit allem Nachdruck hier wiederholen und unterstreichen.

Damit treten wir in die heutige Tagesordnung ein.

Ich darf nunmehr Herrn Dr. Rainer Barzel bitten, den Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion zu geben.

Dr. BARZEL, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages (mit Beifall begrüßt):

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Jetzt Heinrich von Brentano zu hören zu können, wäre auch mir sehr viel lieber, als selber das Wort hier zu haben. Heinrich von Brentano, unser Vorsitzender, ist noch nicht wieder so gesund, daß er selber den Bericht der Bundestagsfraktion geben könnte. Er hat mich gebeten, das zu tun und dem Parteitag

ein gutes Gelingen zu wünschen. Ihnen allen seine Grüße zu sagen. Ich denke, meine Freunde, wir grüßen ihn sehr herzlich wieder,
(Anhaltender Beifall)

diesen verdienten großen christlichen Demokraten, diesen Mann, der uns fehlt. Mein Referat ist mit ihm durchgesprochen. Bitte, verstehen Sie diesen Hinweis richtig, nämlich so: Für Ihre Kritik bin ich und für alles andere – falls es das auch geben sollte – ist er zuständig.

(Beifall.)

Im übrigen bin ich nach der Tagesordnung dieses Tages ja nur eine Art hors d'oeuvre für Ludwig Erhard aber solch ein hors d'oeuvre, meine Freunde, darf ja gewürzt sein.

Darum gleich zur Einstimmung folgendes:

Erstens! Unser verehrter Kollege Gradl hat hier gestern Thomas Dehler zitiert. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig, daß dessen Sonntagsreden nicht besser geworden sind, seit er sie samstags hält.

Ich glaube, daß es mir erlaubt ist, im Shakespeare-Jahr im Zusammenhang auf König Lear I/5 hinzuweisen. Dort sagt ein Höfling, ein Höfling in einer ganz besonderen Funktion, die ich hier nicht näher umschreiben will, zum König:

„Du hättest nicht alt werden sollen, ehe du klug geworden wärest.“
Meine Freunde, ich glaube, Thomas Dehler muß sich entscheiden, ob er den, dem das galt, oder den, der das sagte, spielen oder ob er wirklich ernsthaft mitwirken will.

(Beifall.)

Meine Freunde, das zweite! Der SPD-Vorsitzende Brandt hat in seiner Eigenschaft als Kanzlerkandidat dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einiges zur Passierscheinfrage erklären lassen. Sie haben es heute morgen gelesen.

(Heiterkeit.)

Was er sagt, ist befremdlich vor allem, weil er doch gemeinsam mit dem Kanzler die gemeinsame Haltung bekräftigt hatte, und nun stellt er das in Frage, was er selber mit verantwortet. Damit, meine Freunde, stellt er nicht nur sich selber in Frage, sondern er stellt die Frage an uns: Was ist das Wort dieses Mannes noch wert?

(Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Zum dritten! Herbert Wehner hat uns gestern vorgeworfen, wir ließen uns in Fragen der Passierscheinpolitik von parteipolitischen Erwägungen leiten. Welch böses, giftiges Wort!

Meine Freunde, wer es überhaupt für möglich hält, daß irgendwer Parteigoismus vor die Nation und vor die Humanität stellt, wer dieses uns Unnachvollziehbare behauptet, zeigt, wie er selber denkt, zeigt, wie er handelte, hätte er die Mehrheit. Wer so redet, spaltet, wer so redet, schadet, wer so redet, richtet sich selber. Von diesem parteiischen

Geist, vor diesem roten Rückfall Deutschland zu bewahren, bleibt unsere Pflicht.

(Starker Beifall.)

Meine Freunde, Wehner will Kampf. Nun gut, er kann die Niederlage haben.

(Heiterkeit.)

Gleichwohl appelliere ich nochmals an alle Verantwortlichen, und ich tue das mit allem Ernst. Berlin, die deutsche Hauptstadt, ist frei, ist frei, weil dank unserer Politik unsere Verbündeten zum letzten entschlossen in Berlin, zu Berlin und für Berlin stehen. Bei dieser ernststen Lage ist es ein Gebot der Vernunft und der nationalen Existenz, nicht Berlin zum Zankapfel werden zu lassen. Parteiischer Luxus ist zu teuer und zu gefährlich für uns alle.

(Lebhafte Zustimmung und starker Beifall.)

Meine Freunde, die Fraktion hält daran fest, daß in Grundfragen der Nation alle zusammenstehen sollen. Bevor wir aber gemeinsam das Falsche tun, tun wir lieber allein das, was Gewissen und Nation uns sagen.

So viel, meine Freunde, zur Einstimmung!

Als stärkste Fraktion des Deutschen Bundestags, erheben wir, gestützt auf das Vertrauen von mehr als 45% der Wähler, den parlamentarischen Führungsanspruch, wir, das heißt CDU und CSU. Diese Gemeinschaft in einer Fraktion ist eine lebendige, wirkräftige Realität. Sie ist dauerhaft und festgefügt. Wir sind dankbar, daß es so ist, dankbar, daß alles so gut geht, und wir freuen uns, daß gestern Franz Josef Strauß hier diese Erklärung abgegeben hat, der wir zustimmen. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren.

(Beifall.)

Meine Freunde, der Bundeskanzler ist einer von uns. Er bestimmt die Richtlinien der Politik; wir stellen die Mehrheit der Minister. Versäumen wir es bei dieser Lage zu führen, so handelten wir pflichtwidrig gegen den Auftrag der Wähler.

Aber die Wähler haben uns 1961 nicht das Mandat zu alleiniger klarer Führung gegeben. Das Wahlergebnis zwang zur Koalition. Heinrich von Brentano hat auf dem letzten Parteitag begründet, warum wir mit der FDP koalieren. Diese Gründe bestehen fort. Sie sind noch erhärtet, weil sich die SPD im Dezember dem Gedanken einer Stabilisierung unserer Demokratie durch Einführung des Mehrheitswahlrechts versagte. In Koalition mit der FDP mühen wir uns um gemeinsame Haltung, um gemeinsamen Ertrag, auch um gemeinsamen Erfolg. Die Wähler erwarten das von uns, und ich lege Wert auf die Feststellung: Unser Mühen ist und bleibt redlich. Es wird in der Regel von der Mehrheit der FDP erwidert. Natürlich versuchen beide Partner, ihre Gedanken durchzusetzen, die eigene Konzeption durchzusetzen und die eigene Kontur zu prägen.

Nur selten haben wir zwar eine Koalition in der Regierung, nicht aber im Parlament. Wir haben aus der letzten Krise gelernt und begründete Hoffnung auf vermehrtes Miteinander unter Führung des Kanzlers. Hätten wir heute eine Bilanz der Koalition zu ziehen, so könnten wir positiv dieses buchen:

Allem voran nenne ich den deutsch-französischen Vertrag. Dieser Vertrag besiegelt nicht nur die Aussöhnung zweier Völker, die sich bisher vorwiegend in Krieg, Mißgunst und Feindschaft übten, sondern schafft für alle Zukunft – für den Rest der Zeitlichkeit nach unserem Willen – eine neue Wirklichkeit; eine Wirklichkeit der Freundschaft und des Verstehens, des Miteinander und des Füreinander; – des Verstehens auch, wenn in Tagesfragen Unterschiedlichkeiten auftreten. Eben diese neue Wirklichkeit, erst sie und allein sie, begründet neue, realistische Hoffnungen auf Europa und die atlantische Gemeinschaft. Davon sprechen und Konrad Adenauer danken – das ist ein und dieselbe Sache!

(Starker Beifall.)

Der SPD-Vorsitzende Brandt sieht das offenbar ganz anders: Kein Wort widmet er in seiner Inaugural-Rede als Parteivorsitzender der deutsch-französischen Freundschaft!

Wir hatten Kennedy und de Gaulle hier zu Besuch. Das zeigt, was wir meinen. Wir sind dankbare Verbündete der westlichen Führungsmacht, der USA. Auch über den Atlantik wächst Freundschaft.

Übrigens: Wie mögen sich im gemeinsamen Jubel um Kennedy und de Gaulle wohl jene gefühlt haben, die – als unsere parteipolitischen Gegner – den Weg der Politik, den mühsamen Weg, der dazu führte, lange und erbittert bekämpft haben? Wenn es heute „zum guten Ton“ gehört, Freund der USA und Freund Frankreichs zu sein, so ist das erfreulich. Aber es war nicht immer so! Die ersten und wichtigsten Schritte hierin mußten wir mühsam den Sozialisten abtrotzen. Sie hatten ein ganz anderes Konzept! Das sollte hellhörig machen – auch für die Zukunft. Wer weiß denn wirklich, wie sich die Sozialisten verhielten, wenn es nach ihnen ginge? Um Brandt schillert es noch, ob der Schiller nun bleibt oder nicht!

(Heiterkeit.)

Weiter buche ich positiv für die Koalition: Wir haben Vollbeschäftigung, steigende Reallöhne, wachsende Freizeit, erhöhte Renten und Sozialleistungen, ein gesundes wirtschaftliches Wachstum, eine – verglichen mit anderen – gute Stabilität des Geldes, eine bessere Lage der Landwirtschaft.

Unsere Geltung in der Welt ist gestiegen. Die 1961 von manchen befürchteten Entwicklungen – wir sollten die Oder-Neiße-Linie anerkennen, auf die Wiedervereinigung verzichten und ein nur halbes NATO-Mitglied werden – konnten verhindert werden.

Der Ausbau der EWG wurde von uns lebhaft gefördert. Das gilt auch im Bereich der Landwirtschaft. Wir bemühen uns, die bäuerlichen Familienbetriebe zu fördern, vorgeschlagene Einkommensminderungen

abzuwehren und auch in diesem Sektor die Gemeinschaft weltoffen zu halten. Wir werden das noch in allen Bereichen erneut unter Beweis stellen.

Meine Freunde! Die Brüsseler Kompetenzen stellen auch Bundestag und Fraktion vor neue Fragen, die wir noch gar nicht endgültig beantworten konnten. Wir suchen Methoden, unsere Mitwirkung, Einwirkung und Kontrolle noch besser zu gestalten.

Ich erwähne dies, weil der Ertrag eines Parlamentes und einer Fraktion nicht nur rechnerisch feststellbar ist. Nicht die Zahl, die Qualität der Gesetze ist entscheidend; nicht die Häufigkeit der Sitzungen, nicht die Dichte der sichtbaren Präsenz, der Sachertrag sollte das Urteil bestimmen.

Gleichwohl: Bis zum 6. März 1964 verabschiedete der Deutsche Bundestag 195 Gesetze, davon 160 Regierungsvorlagen, 11 Initiativentwürfe unserer Fraktion und 14 Entwürfe der Koalition. In den Ausschüssen werden noch 136 Vorlagen erörtert, von denen 62 von der Regierung, 23 von uns und 7 von der Koalition kommen.

Verabschiedet wurden z. B.: Die Bundesgesetze über den Bundesanteil an der Einkommensteuer, über die Förderung Berlins, über das volkswirtschaftliche Gutachter-Gremium, über den § 7 b des Einkommensteuergesetzes, über Baustopp und 20% ige Sperre für Bauaufgaben im Bundeshaushalt, über Urlaub, über Sparprämien, über steuerliche Förderung der Entwicklungshilfe, über Abgaben auf Mineralöl, über Eisenbahn-Kreuzungen und Kraftverkehr, über Altersversorgung der Landwirtschaft und andere bäuerliche Fragen, über Kriegspopferversorgung und Renten. Ich nenne weiter: EWG-Fragen, Kindergeld, Unfallversicherung, Verbesserung im Lastenausgleich, soziales Mietrecht, Besoldung, Wahlkreis-Einteilung.

Meine Freunde! Mit aller Kraft unterstützen wir die Bemühungen der Bundesregierung um gute Konjunktur und finanzielle Stabilität. Dieses Bemühen findet auch seinen Ausdruck im Haushalt 1964; er zügelt die Ausgaben des Bundes so, daß vom Haushalt her keine Gefahren für beide Ziele entstehen.

Aber, meine Freunde, es bleibt festzuhalten, daß die SPD hierbei nicht hilft. Im Gegenteil: Sie stellt oftmals Anträge ohne Rücksicht auf den Haushalt. Ich glaube nicht, daß es zu den Pflichten einer verantwortungsbewußten Opposition gehört, Begehrlichkeiten zu wecken und den Eindruck zu verstärken; als sei bei uns alles, alles zugleich, alles und noch mehr möglich.

Meine Freunde! Wir müssen uns bescheiden, wir müssen uns am Möglichen orientieren, wir müssen Rangordnungen festlegen – auch für den zeitlichen Ablauf. Wir haben zum Beispiel der Kriegspopferversorgung Vorrang gegeben. Aber wir haben dann auch zur Konsequenz gestanden und an anderer Stelle den Rotstift benutzt. Unser Mühen um gutes deutsches Geld kann und wird nur erfolgreich sein, wenn Länder und Gemeinden das wirksam unterstützen, wenn wir alle – wo immer wir tätig sind – uns gleichgerichtet verhalten. Unser Wiederaufbau kann

sich wahrlich sehen lassen. Aber nun muß doch nicht jede Halle, jeder Sportplatz, jedes Theater sofort und auf einmal gebaut werden.

(Beifall.)

Der Wirtschaftsbericht – jetzt noch der der Bundesregierung, bald der der Gutachter – muß uns allen Leitlinie sein, auch in den Ländern, auch in den Kommunen. Das gilt insbesondere bis zum Inkrafttreten der Finanzverfassungsreform.

Meine Freunde! Aus gutem Grunde weise ich darauf hin, daß unsere Verkehrspolitik und unsere Straßenbauleistungen sich sehen lassen können und Priorität haben. Wir haben den dichtesten Verkehr Europas. Unser Straßenverkehr hat mehr als die vierfache Dichte des französischen. Gemessen an 1950 haben wir die Straßenbaumittel auf das Dreizehnfache erhöht. Seit 1950 wurden fast 1000 km Autobahn und fast 6000 Brücken neu gebaut, um nur diese Zahlen zu nennen und vom Wiederaufbau gar nicht zu reden.

Die Fraktion wendet den kulturpolitischen Fragen immer stärkere Aufmerksamkeit zu und gibt ihnen Priorität, soweit wir im Bund nach dem Grundgesetz eine solche Priorität überhaupt geben können.

Wir sind froh, daß dieser Bundesparteitag diesen Fragen Rang und Raum gibt, und wir hoffen auf so manche Anregung. Nur diesen Hinweis! Gemessen an 1955 gibt der Bund mehr als das Zehnfache für Wissenschaft und Forschung aus.

Neben der Verteidigung und der Pflege der von uns geschaffenen Bundeswehr ist ein anderer Punkt, dem wir Priorität geben, der Fortgang der Sozialreform.

Breitere Streuung des Eigentums, Förderung der Familie, gute Sozialleistungen gehören dazu. Ich denke, wir können uns mit vielem von dem, was geschaffen ist, schon sehen lassen.

Das Kindergeld ist – ich möchte das hier einmal sagen dürfen – dank der Einigkeit und Festigung unserer Fraktion am Schluß einstimmig nach unserer Konzeption verabschiedet worden. Ich hoffe, daß auch einige unserer Kritiker bemerkt haben, mit wie hohem Einsatz wir um dieses Stück Familienpolitik unter Führung des Kanzlers Erhard gerungen, gekämpft und gesiegt haben,

(Beifall)

nicht weil mir Streit suchten, sondern weil Familienpolitik ein Herzstück unserer Union war, ist und bleibt.

(Erneuter Beifall.)

Über Lohnfortzahlung und Krankenversicherungsreform wird nun verhandelt. Wir erstreben trotz aller Erfahrung, trotz aller Mühsal Lösungen in der Koalition. Wir sehen den Zusammenhang der Probleme, auch im finanziellen Bereich, auch für Kosten und Konjunktur. Wie beim Kindergeld wird die Fraktion nur Lösungen zur Kraft des Gesetzes verhelfen, die auch vor unserem gesellschaftspolitischen Leitbild bestehen können. Ich wäre unaufrichtig, wenn ich verschwiege, daß ich

kaum noch die Hoffnung habe, wir könnten in der Frage der Lohnfortzahlung mit der FDP einig werden.

Der Bundeskanzler hat eine Sozial-Enquete angekündigt und entsprechende Aufträge erteilt. Wir erwarten viel von diesem sachverständigen Votum. Es wird die analytische Basis für den weiteren Fortgang der Sozialreform sein.

Meine Freunde, es wäre aber falsch und unziemlich, die negativen Punkte der Koalitionsbilanz zu verschweigen. Manchmal geriert sich unser Koalitionspartner, als habe er die Mehrheit. In sozialen Dingen ist es besonders schwer, erträgliche Kompromisse zu erreichen.

Am leidvollsten aber ist das Gebiet „Deutschlandfrage“. Da ist bei der FDP oft, wenn ich so sagen darf, der Borm drin. Dehler wie Bucher entwickeln Übung darin – ein bißchen zu viel Übung für meinen Geschmack –, „mißverstanden“ zu werden. Zu häufig notwendig werdende „Klarstellungen“ wecken in uns die Besorgnis, ob nicht doch bei diesem oder jenem hier oder da anderes gemeint sei. Noch ist es gelungen, unseren Kurs zu halten, und dieser Kurs ist unabdingbar.

Alles in allem: In dieser Bilanz überwiegt das Positive. Wer anders meint, sollte beim Schimpfen über Dehler an Heinemann denken, und keiner sollte Herrn Brenner vergessen. Wir wollen auch nie übersehen, daß – nach Herbert Wehner – das Godesberger SPD-Programm nach Erringung der Macht „keinen Riegel“ enthält. Wem aber, meine Freunde, die Koalitionswirklichkeit, ihre Krisen und Kompromisse, das Hin und Her, die Langsamkeit vieler Entscheidungen, das Warten auf viele Entwicklungen, wem das alles wie uns auch mißfällt, der sollte den Mut zur Konsequenz haben, daß es für den Staat und uns alle besser ist, wenn eine klare Mehrheit Verantwortung und Führung sichtbar für vier Jahre trägt.

(Beifall.)

Klare Führung erfordert klare Mehrheit!

(Erneuter Beifall.)

1965 wird Gelegenheit sein, in freier Wahl diese Konsequenz zu ziehen. Gestützt auf Erfahrungen werden wir die, welche 1961 glaubten, bewußt uns schwächen zu sollen, fragen, ob diese Schwächung sich gut ausgewirkt hat zur Stärkung der Handlungsfähigkeit unseres Staates wie zur Klarheit der politischen Verantwortung. Aber bis dahin werden wir uns weiter dieser mühsamen Erkenntnis zu stellen haben: Die Bundstagsfraktion der CDU/CSU kann nicht immer, wie sie will, was sie will, wann sie will; sie hat nicht allein die Mehrheit, sondern muß koalieren, Abreden treffen, taktieren. Sie muß das, weil ihr acht Mandate zur Mehrheit fehlen.

Diese Mandate fehlen uns nicht nur zur Wahl des Bundeskanzlers, zur Verabschiedung des Haushalts und wichtiger Gesetze, sie fehlen uns jeden Tag, in jeder Frage und entsprechend in jedem Ausschuß. So brauchen wir viel Kraft und Zeit, um jeweils eine konkrete Mehrheit, eine Mehrheit, die hält, zu erzielen. Wenn wir auch im dritten Jahr

dieser Legislaturperiode, wenn ich so sagen darf, schon zu „Fortgeschrittenen“ in dieser Art demokratischer Übung geworden sind, so bleibt doch, daß die Zeit und die Kraft, die das alles kostet, automatisch an anderer Stelle fehlt, und das wird dann im Ergebnis sichtbar. Wir müssen davon ganz offen sprechen und es auch immer wieder den Wählern sagen. – Soweit, meine Freunde, dieser Punkt „Bilanz der Koalition“.

Seit dem letzten Parteitag ist die Fraktion wieder durch den Tod ärmer geworden; unser ehrendes Gedenken gilt:

(Die Anwesenden erheben sich)

Georg von Manteuffel-Szoegge, Helene Weber, Robert Pferdenges, Elisabeth Vietje, Friedrich Funk, Heinrich Gerns, Heinrich Höfler, Wilhelm Goldhagen. Die Mahnung dieser Toten heißt auch: Pfleglicher und sinnvoller miteinander umgehen, uns nicht gegenseitig überfordern, Rücksicht üben, dem Rang der Familie wie der Muße auch für den Politiker in der Wirklichkeit des Alltags Geltung zu verschaffen.

Meine Freunde, ein anderer Punkt: Die Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Bundestag ist ebenso verbesserungsbedürftig wie die zwischen den Verantwortlichen unserer Partei in Bund und Land. Auf der staatlichen Ebene gibt es den Vermittlungsausschuß – eine wohlthuende Einrichtung. Auf der Ebene der Partei ist die Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsführenden Vorsitzenden und der Fraktion gut, und ich möchte mich dafür bedanken; sie ist zwischen Fraktion und unseren Landesregierungen – nun, sagen wir – verbesserungsfähig. Die Konferenzen unserer Fraktionen aus Bund und Land entwickeln sich zu einer guten Art der Begegnung wie der Abstimmung.

Meine Freunde, dieser Bericht wäre unvollständig, wollte ich zu dem schweigen, was man die „Affären“ nennt. Wir weichen auch dieser Diskussion nicht aus, wiewohl hier oft von Gegnern ein böses Spiel gespielt wird nach der Melodie: Nur immer frisch drauf los, semper aliquid haeret – es bleibt immer etwas hängen.

(Beifall.)

Wir decken nichts, was Unrecht ist. Aber wir sind nicht bereit, andere im Wege des Rufmordes bestimmen zu lassen, wer bei uns was gilt.

(Erneuter Beifall.)

Als Christliche Demokraten können und wollen wir nicht entsprechend zurückschlagen, anderer Affären aufbauschen und so fort. Wir glauben an Kraft und Einfluß der ganz großen Mehrheit der Anständigen in unserem Lande – auch in den Redaktionsstuben. An diese appellieren wir: Glaubt und druckt nicht so schnell jede unbewiesene Behauptung! Gebt der Berichtigung größeren Raum und Nachdruck!

(Beifall.)

Meine Freunde, tagelang Schlagzeilen in der sogenannten Telefon-affäre, und wo blieb die Aufmachung über den Silberstein-Bericht?

(Zurufe: Sehr gut!)

In diesen Fragen sitzen im Grunde alle Demokraten in einem Boot. Die Elle der Parteipolitik ist zu kurz, um hier ihr Feld haben zu können. Wir betrachten die gegenseitige Ehre als gemeinsames Gut unseres demokratischen Staates. Wir sind bereit zu entsprechenden Abmachungen. Wenn wir hier nicht zu Maß und Ordnung finden, wird der Verlust der demokratischen Autorität rapide sein – und andere Autoritäten werden erstehen.

(Beifall.)

Meine Freunde! Wenn wir in diesem Zusammenhang gelegentlich beklagen, daß mit den Sicherheitsinteressen unseres Staates etwas leichtfertig umgegangen wird, dann tun wir dies, weil die Sicherheit unseres freiheitlichen Rechtsstaates identisch ist mit dem Schutz der Freiheit und der Menschenwürde im bedrohlichsten Abschnitt zwischen Ost und West. Sicherheit unseres Staates – das heißt Sicherheit und Freiheit aller seiner Bürger, und sonst gar nichts!

Wir, meine Freunde, geben gerne zu, daß nicht nur der Zwang zur Koalition, sondern auch eine andere Frage uns Zeit und Kraft gekostet hat. Ich füge gleich hinzu, daß wir froh und stolz sind, diese Frage so gelöst zu haben, daß die Antwort nicht nur vor uns, sondern vor dem Vaterland bestehen kann: Die Frage der Kanzler-Nachfolge und der Kontinuität der deutschen Politik. Ich erinnere uns alle daran, was Eugen Gerstenmaier dazu auf dem letzten Parteitag gesagt hat. Aus dem März 1964, nachdem alles gelungen ist, sieht sich das leichter an, als es vorher schien, leichter auch, als es war.

Wir sind nicht daran zerbrochen, wir sind damit gewachsen. Wir sind stolz und dankbar, daß wir, Partei und Fraktion, CDU und CSU, imstande waren, für Konrad Adenauer einen würdigen Nachfolger zu stellen: Ludwig Erhard – den Mann, der mit Erfolg und Erfahrung amtet, den Mann, den Deutschland heute und morgen braucht.

Meine Freunde, ich füge hinzu: Keine andere Partei kann heute einen besseren Kanzler vorschlagen, als wir ihn schon im Amte haben!

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Ludwig Erhard geht sicher seinen Weg, seinen Weg auf der geschaffenen Basis, und er weiß, welch großes Erbe er verantwortet, aber er prägt seinen Stil, hat das Vertrauen der Welt in die Stetigkeit der deutschen Politik gestärkt, sich selbst Achtung und unserem Volk Geltung gewonnen.

Die Fraktion, die sich in geheimer Wahl mit ganz großer Mehrheit für Bundeskanzler Erhard entschieden hat, steht geschlossen zu ihm. Und ich freue mich, hinzufügen zu können, daß Ludwig Erhard auch als Bundeskanzler sich ganz als der unsrige fühlt, so handelt und alles mit uns durchspricht. Und darum sage ich mit Bedacht: Wer Erhard als Kanzler will, muß die CDU/CSU wollen!

(Lebhafter Beifall.)

So war es auch bei Adenauer. Das große Werk unseres verdienstvollen, langjährigen Bundeskanzlers ist zwar Auswirkung seiner großen Per-

son, aber es war doch nur möglich, weil unsere Union ihm mit der Mehrheit die Basis und die Möglichkeit des vollen Auswirkens gab! Auch Erhard braucht diese Basis. Ohne Mehrheit kein Gesetz, ohne Gesetz keine wirksame Politik. Der beste Ludwig Erhard wird sein – der mit der Mehrheit!

(Lebhafter Beifall! – Bravo-Rufel)

Meine Freunde! Es ist nicht meine Aufgabe, das Werk Konrad Adenauers und den Mann selbst zu würdigen. Das haben andere gut getan. Und die Bundestagsfraktion wie auch ich selbst sind nicht genötigt, uns erst im Nachhinein in Lob und Treue hineinzureden.

Die Fraktion sucht seinen klugen Rat – nach wie vor, sie freut sich, daß er einer der Eifrigsten geblieben ist, und sie wird nicht zulassen, daß Konrad Adenauer zerredet wird – weder der Mann, noch das Werk. Wir, Herr Bundeskanzler, werden nie zu den Undankbaren zählen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Deutschland ist anders geworden. Wir können ruhig darüber sprechen, denn wir – die Christlichen Demokraten unter Adenauer – haben diese neue Wirklichkeit geschaffen: Die Geltung des Gewissens, die Achtung der Kirchen, die Demokratisierung der Gesellschaft, das Ja zu Familie und Eigentum, die westliche Orientierung, die breite Wohlfahrt, die soziale Sicherheit. Der Zeitgeist ist ebenso verändert wie die Wirklichkeit der Deutschen.

Unsere Union – ihre Arbeit, ihre Politik – ist unserem Vaterland wohl bekommen. Vierzehn Jahre Weimar – zwölf Jahre Hitler – vierzehn Jahre CDU/CSU in Bonn: Unsere Union kann sich wirklich sehen lassen! So schön es ist, bei diesem Punkt zu verweilen, – blicken wir nach vorn! Dort liegt unsere Pflicht, dort liegt unsere Aufgabe, denn noch viel bleibt zu tun.

Es ist deshalb gut, daß das Programm des Bundeskanzlers groß angelegt ist und über das Wahljahr 1965 hinausreicht. Wir hoffen, daß wir bis zum Mai 1965 die Sozial-Enquête haben werden, um daraus unsere Konsequenzen zu ziehen. Zugleich hoffen wir, bis zur Wahl unter anderem folgende Gesetze möglichst verabschieden zu können: Aktienrechts-Reform, einen Teil der Notstandsgesetze, Novellen zur Strafprozeßordnung, zum Lastenausgleich und zum Gesetz nach Art. 131 des Grundgesetzes, Flüchtlingshilfe – Beweissicherungs- und Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz. Ich nenne auch diese Materien: Wettbewerb zwischen Zeitungen und Fernsehen, Privatisierung, Hilfe für alte Mitbürger, freiwilliger sozialer Dienst, Steuerreformen, Reinhaltung der Luft.

Partei und Fraktionen werden sich auch neuen Fragen, neuen Erkenntnissen und neuen Wirklichkeiten zu stellen haben. Nur einiges kann ich hier andeuten: Die Weltpolitik ist in Bewegung. Neue Konstellationen schaffen neue Wirklichkeiten. Nicht nur im kommunistischen Block, auch in der westlichen Welt verändert sich manches.

Wissenschaft und Technik stellen neue Fragen. Die soziale Wirklichkeit und die industrielle Arbeitswelt wandeln sich ebenso wie das Dorf. Der Rang der Bildungsfragen steigt. Eine Generation ist unter uns und drängt nach vorn, die Weimar, Hitler und Krieg Gott sein Dank nicht kennt. Wir sehen Zeichen einer neuen Zeit, unsere Politik ist entsprechend ausgerichtet. Unsere Union als politischer Ort der Integration durch Toleranz ist in sich selbst modern. Es gibt nichts Besseres, nichts Moderneres! Diese Union ist auch der wirksame Ansatz für neue Ideen und neue Impulse. Und indem wir, meine Freunde, deutlich machen, daß unsere politischen Lösungen auf sittlicher Vernunft begründet und so verantwortet werden, indem wir das tun, wird unsere Union zum Ort der Geborgenheit in dieser technischen Zeit.

Es gilt immer wieder, Aussagen, Methoden und Ziele neu zu durchdenken, nach vorne zu sehen und – unseren Prinzipien getreu – sicher in die Zukunft zu führen.

Aber ich möchte doch auch dieses sagen: Was immer an gesellschaftlichen Trends in dieser Zeit sei: wir werden auch künftig alles prüfen, aber nicht allem entsprechen. Wir werden uns kraftvoll gegen manches zu stellen haben, wenn wir unsere Gesellschaft auch festigen wollen durch kleine und mittlere Besitzstände, Handwerk, freie Berufe, bäuerliche Familienbetriebe und so fort. Nicht nur der Rechenstift ist Maßstab der gesellschaftspolitischen Gestaltung, es gilt, einiges zu erhalten, was sich bewährt hat.

Meine Freunde! So wie wir die Normen für das Strafrecht nicht dem Kinsey-Report entnehmen, sondern Höherem, so muß und wird auch unsere künftige Gesellschaftspolitik sich ausrichten an unserem christlichen Leitbild.

Wir wollen nie vergessen, daß die deutschen Sozialisten gegen die Gesetze zur Sozial- und Jugendhilfe waren – trotz ihres christlichen Gehalts, daß sie gegen das Elternrecht sind, daß sie Politik als Sache des „Vorletzten“ betrachten, daß die Zahl der Atheisten unter ihnen groß ist und ihr Programm nicht einmal den Namen Gottes kennt.

Wer die Wirklichkeit der Politik sieht, weiß, daß uns – auch weltanschaulich – noch Welten trennen. Das gilt für die SPD wie für die FDP. Und so stellt sich auch für die Zukunft die Frage, ob christliche oder andere Antworten die neue Wirklichkeit prägen werden.

Wir verfolgen mit interessierter Aufmerksamkeit die Probleme der Kommunisten: den Bruch zwischen Moskau und Peking, die ökonomischen Probleme, auch das partielle Scheitern der marxistischen Ideologie gegenüber stärkeren Positionen der Wirklichkeit des Menschen, der Familie und des Glaubens, das Hervortreten nationaler Elemente und vieles andere mehr.

Die Analyse dieser Dinge rät, nicht mehr nur abzuwarten, sondern einzuwirken – menschlich, kulturell, ökonomisch, politisch. Es ist auch deshalb gut, daß wir Dienststellen hinter dem Eisernen Vorhang errichten. Zugleich aber, meine Freunde, bleibt zu wünschen, daß diese Politik

des Einwirkens vom Westen gemeinsam erwogen, geplant und durchgeführt wird, auch im Bereich des Handels. Chruschtschow spricht offen von seiner Notwendigkeit einer „Atempause“. Die Politik des Westens darf darauf doch nicht sein „Helft Chruschtschow jetzt!“; sie muß ein gemeinsames, vernünftiges, friedliches Nutzen der Lage sein.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Leider ist die Wirklichkeit des Westens zur Stunde ganz anders. Wir können westliche Dissonanzen ebenso wenig verschweigen wie manche Fragezeichen auch im Westen an der NATO. Zwar war die Allianz noch nie militärisch stärker, als sie es heute ist. Aber: sie war politisch schon mehr. Wir bleiben bereit, durch unser Dazutun die gemeinsame Kraft der Allianz auch politisch zu mehren. Aber, meine Freunde! Auch hier wieder den Modernismus um jeden Preis? Was immer sich innerhalb des Kommunismus ereignet – bei aller sorgsamten Beobachtung der Vorgänge, Tendenzen und Chancen für uns, wir werden nie vergessen: Der atheistische Kommunismus als Weltanschauung ist ein Feind. Die Geburtsstunde der Union war Kampf wider den atheistischen Nationalsozialismus. Die Gefahr, die heute unsere Bewährung verlangt, ist der atheistische Kommunismus.

Ich sage dies nicht weltanschaulich allein, sondern auch praktisch politisch: In den Zielen der Sowjets – vor allem gegen Deutschland – hat sich nichts geändert. Unverändert will die Sowjetunion das ganze Deutschland. Zu diesem Ziel will Moskau auch kommen durch Auflockerung des westlichen Bündnissystems, durch Minderung der westlichen Verteidigungsanstrengungen, durch Fixierung des status quo in Europa.

Diese „Zwischenziele“ in Europa sind für die Sowjets um so wichtiger als sie in Ostasien, in Afrika und Südamerika Mißerfolge hatten.

Meine Freunde! Wir bleiben bei der Politik, zugleich die militärische Stärke zu verbessern und um Entspannung bemüht zu sein. Und wir halten daran fest, daß Entspannung ohne Beseitigung ihrer Ursachen – und dazu gehört wesentlich die deutsche Spaltung – sinnvoll und dauerhaft nicht möglich ist.

(Beifall.)

Meine Freunde! Wir haben weder Recht noch Anlaß, unsere Positionen zu räumen!

(Sehr gut! – Lebhafter Beifall.)

Unsere außenpolitische Linie ist klar: Wir erstreben die deutsche Einheit durch Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes; die Einigung Europas auf dem begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt entschlossener Staaten; die Partnerschaft zwischen Europa und den USA; wir halten fest an der NATO. Zugleich betonen wir, daß weder die USA noch Großbritannien uns etwa vor die Wahl zwischen ihnen und Frankreich stellen. Vielmehr hat man in Washington und London erkannt, und anerkannt, daß die deutsch-französische Freundschaft die unerläßliche Basis jedes westlichen Fortschrittes war, ist und bleibt.

Meine Freunde! Es ist an der Zeit, in Europa neue Pflöcke zu setzen, und wir freuen uns, daß Bundeskanzler Erhard sich so darum bemüht. Dem Gemeinsamen Markt werden, bei all seinem Verdienst, manche doch nicht gewähren, was einer politischen Gemeinschaft gebührt.

Wenn nun die europäischen Exekutiven vereint werden, dann müssen – so meine ich – dringlich zugleich Parlament und Ministerrat politischer werden: das Parlament durch Wahl des Präsidenten, durch Budgetrecht und anderes; der Ministerrat, zum Beispiel einfach dadurch, daß jährlich zweimal sich dort die Regierungschefs treffen.

Meine Freunde! Wer Großbritannien dabei haben will – wie wir das tun –, der darf nicht warten, sondern muß die EWG stärken, ausbauen und noch attraktiver machen!

(Lebhafter Beifall.)

Die Bundestagsfraktion – um zum letzten Punkt zu kommen – glaubt, daß ihre Arbeit sich sehen lassen kann. Wir ringen oft miteinander um die beste Lösung. Wir nehmen den Artikel 38 des Grundgesetzes sehr ernst. Meine Freunde, bei uns ist es nie langweilig. Aber immer finden wir uns dann und handeln gemeinsam. Wir finden uns, weil die Gesinnung der Sachgerechtigkeit uns leitet und das christliche Fundament die Basis ist.

Wir sehen aber unsere Funktion nicht nur in der Gestaltung der Gesetze und der Förderung der Bundesregierung; wir sehen sie auch in der aktiven Beteiligung an der Bildung der öffentlichen Meinung und an der politischen Diskussion in Bonn, in den Wahlkreisen, im ganzen Land, in Europa und in der werdenden atlantischen Gemeinschaft.

Meine Freunde! Wir scheuen keine Debatte, und wir wissen, daß Kampf ein Lebenselement der Politik ist. Wenn sich dieser Kampf heute in der Regel in besseren Formen abspielt, so begrüßen wir das. Aber, meine Freunde, wir sehen leider doch auch, daß einige im Parlament den feinen Mann spielen, aber draußen, sei es selbst, sei es durch Satellitenorganisationen, genau das Gegenteil tun.

Meine Freunde! Wir kämpfen für unser gutes Konzept, für die Stetigkeit, die Deutschland heute so dringend braucht.

Wir kämpfen auch gegen den Geist des Deutschlandsplanes, der unter Sozialisten fortlebt, gegen den Versuch einer Politik, die „Wandel durch Annäherung“ da will, wo es sich um Feuer und Wasser handelt; gegen eine „nationalere Gangart“ in der deutschen Frage, die unsere Verträge als juristische Zwirnsfäden begreift, Stärke sagt, aber Isolierung bewirkt und im Gespräch des Herings mit dem Hai eine nationale Tugend sieht.

Meine Freunde! Solange die Spaltung des Landes andauert, werden wir unserer sonstigen Erfolge nicht so recht froh. Wir wollen – das bleibt unser Hauptziel – das überwinden. Wir halten es nicht für Illusion, sondern für vaterländische Pflicht und realistische Hoffnung, an das ganze Deutschland zu glauben und zu streiten für die freie Selbst-

bestimmung aller Deutschen. Wir werden weder verzichten noch verzagen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Wir müssen Berlin stärken und werden das weiter tun, auch durch Sitzungen in Berlin. Wir wollen den Bundespräsidenten in der deutschen Hauptstadt wiederwählen.

Aus guten ernstesten Gründen, aus Sorge um das ganze Vaterland sehen wir manches in der Passierschein-Politik differenzierter als andere. Menschlichkeit in Deutschland wird nur durch die Kommunisten mißachtet. Die Mauer und die, sie sie errichteten, stehen gegen die Freizügigkeit.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Für mehr Menschlichkeit und Freiheit in der Zone sind wir zu vielem bereit. Wir sind aber nicht bereit, Berlin vom Bund zu isolieren; wir sind nicht bereit, die widerrechtliche Realität der deutschen Spaltung zu legalisieren, nicht bereit, auch nur den Ausverkauf unserer moralischen und rechtlichen Position in Raten zu vollziehen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Das bedachte Nein zum Falschen ist konstruktiv; es bleibt die notwendige Konsequenz des Ja zum Richtigen, und darum auch dies: Die Zone ist nicht „Deutsche Demokratische Republik“

(Zurufe: Sehr richtig!)

ist nicht „DDR“, sondern sie ist SBZ – sowjetisch besetzte Zone Deutschlands.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Meine Freunde! Wer anders spricht, denkt anders; wer anders denkt, beleidigt unsere Landsleute drüben wie die Helden des 17. Juni und die des andauernden, meist lautlosen Widerstandes.

Wer „DDR“ sagt, leugnet die Widerrechtlichkeit sowjetischer Fremdherrschaft in Deutschland, akzeptiert die Spaltung und propagiert eine sowjetische Tarnbezeichnung.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Frieden sei im Grunde eine Sache der Menschenrechte, sagte uns Präsident Kennedy. Wer den Frieden will, muß also den Deutschen, allen Deutschen die Menschenrechte geben.

„Wir wollen leben wie die Menschen, weiter wollen wir nichts!“ Das rief im Juni 1953 – kurz vor dem Aufstand – ein Arbeiter in der Zone seinen Zwingherren zu. Wir wollen leben wie die Menschen; weiter wollen wir nichts!

Zum Schluß:

Die längste Zeit der demokratischen Geschichte unseres Landes haben wir gestaltet. Das Ergebnis ist erfreulich. Wenn wir treu bleiben, wird es nicht unsere längste Zeit gewesen sein, und das wäre gut für Deutschland, für Europa, für den Frieden der Welt.

(Langanhaltender starker Beifall.)

Präsident Anton DICHTEL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich darf im Namen des ganzen Parteitages zunächst einmal unserer Bundestagsfraktion für die von ihr geleistete Arbeit und ihren guten Einsatz unseren Dank aussprechen.

(Starker Beifall.)

Ich danke besonders unserem Parteifreund von Brentano, an den wir bereits gestern besonders gedacht haben und dem der Herr Bundesvorsitzende unsere herzlichsten Wünsche für seine alsbaldige volle Genesung übermittelt hat.

(Lebhafter Beifall.)

Ich danke aber auch ebenso dem Herrn Stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, für den guten Bericht, den wir soeben von Ihnen gehört haben.

(Starker Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das war ein in aller Öffentlichkeit erstatteter Rechenschaftsbericht, der sich nach meiner Auffassung sehen lassen kann.

(Beifall.)

Wenn wir heute eine ausgezeichnete wirtschaftliche Lage haben, wenn wir heute in Freundschaft mit den freien Völkern leben, dann hat dazu die Arbeit der Bundestagsfraktion mit ihren Gesetzen, mit ihrer Arbeit und mit ihrer Initiative unendlich viel beigetragen.

Besonders danken wir der Bundestagsfraktion für ihre ausgezeichnete soziale Haltung, für die soziale Verpflichtung, die sie immer wieder in ihrer Arbeit gezeigt und erfüllt hat.

Wir freuen uns darüber, daß heute gesagt werden konnte, daß die Frage einer Verbesserung des Kindergeldes wie die der Kriegsoferversorgung jetzt endlich einen guten und befriedigenden Abschluß gefunden hat, und dafür möchte ich besonders danken.

Ich danke aber auch dafür, daß es im Laufe einer langjährigen mühseligen Arbeit gelungen ist, durch großzügige gesetzliche Maßnahmen und durch großzügige finanzielle Hilfe die Eingliederung unserer Vertriebenen und Flüchtlingsfreunde in so weitgehendem Maße zu vollziehen. Ich darf daher noch einmal der Bundestagsfraktion für ihre gute Arbeit herzlich danken. Das ist das, was ich heute hier zu dieser Frage noch sagen möchte.

Bevor ich dem Herrn Bundeskanzler das Wort gebe, darf ich zunächst noch zwei Herren begrüßen. Ich begrüße Herrn Generalmajor Müller, den Befehlshaber des Wehrkreises II der Bundeswehr, den ich hier in diesem Kreise besonders herzlich willkommen heiße.

(Lebhafter Beifall.)

Ebenso habe ich die ganz große Freude, heute morgen noch den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Kiesinger, hier in unserem Kreise begrüßen zu können.

(Zurufe: Bravo! – Starker Beifall.)

Herr Ministerpräsident! Seien Sie uns recht herzlich willkommen! Da Sie ja im kommenden Monat vor einer ersten und schwierigen Wahlentscheidung stehen, möchten wir Ihnen heute bereits unsere guten Wünsche für eine erfolgreiche Wahl mit auf den Weg geben.

(Lebhafter Beifall.)

Abschließend darf ich vielleicht folgendes sagen: Wenn auf diesem Parteitag Herr Ministerpräsident Kiesinger uns auch einen Rechenschaftsbericht geben müßte, wie wir ihn soeben von der Bundestagsfraktion gehört haben, dann könnte man auch vom Lande Baden-Württemberg von einer ausgezeichneten, von einer guten Arbeit des Herrn Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter berichten.

(Lebhafter Beifall. – Zurufe: Bravo!)

Nummehr bitte ich unseren sehr verehrten Herrn Bundeskanzler, Prof. Dr. Ludwig Erhard, das Wort zu nehmen.

(Lebhafter Beifall.)

(Der Herr Bundeskanzler wird mit starkem Beifall empfangen.)

Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig ERHARD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Fünf Monate nach dem Regierungswechsel kann meiner Ansprache lediglich der Charakter einer Art Zwischenbilanz über den Stand unserer inneren und äußeren Politik zukommen. Fünf Monate sind eine sehr kurze Zeit, aber dennoch reicht sie aus, um Ihnen in völliger Offenheit und hinreichender Klarheit ein Bild darüber zu vermitteln, was getan worden ist, was uns zu tun obliegt und welche Aufgaben auf weitere Sicht noch vor uns liegen.

Am Beginn dieser Darstellung möchte ich gerade auch vor dem Forum der Partei noch einmal mit großer Befriedigung die Feststellung treffen, daß der Wechsel im Kanzleramt, was den internen Ablauf und die äußere Form anlangt, der nationalen Bedeutung dieses Geschehens, aber auch der geschichtlichen Gestalt meines von mir so sehr verehrten Vorgängers würdig war.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bezeuge ihm den gleichhohen Respekt, den er mir gegenüber zum Ausdruck gebracht hat.

(Erneuter Beifall.)

Deutschland hat vor den Augen der Welt bewiesen, daß es in der Lage ist, natürliche demokratische Prozesse überzeugend zu handhaben. Das mag manchen überrascht haben. Ich dagegen habe es nicht anders erwartet. Unserer Partei im ganzen, aber vor allem auch den Männern und Frauen, die sich in hoher Verantwortung bewährt haben, gebührt unser aller Dank.

Selbstverständlich hat der reibungslose Kanzlerwechsel auf politisch-parlamentarischer Ebene nicht nur Freude ausgelöst. Die Opposition, die sich zunächst abwartend verhielt, eröffnete zu Beginn dieses Jahres in durchsichtiger Taktik eine frühe Wahlkampagne; sie bedient sich dabei der Vernebelung, der Verdrehung und Verfälschung klarer Tatbestände, um aus der Verzerrung der Geister politischen Nutzen zu ziehen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Jeder, dem eine gute demokratische Ordnung am Herzen liegt, und alle, die der Opposition einen natürlichen und bedeutungsvollen Platz in unserem demokratischen Leben zuerkennen, müssen von diesem Schauspiel enttäuscht sein. Mangels echter Alternative zu der inneren und äußeren Politik der Regierung und unserer Partei verlagert die Opposition ihre Aktivität auf Gebiete, in denen es nicht mehr um die Gestaltung der Politik geht, sondern Irreführung und trübe Verdächtigungen den ersten Rang einnehmen.

(Pfui-Rufe.)

Man kann sich nur mit tiefer Sorge daran erinnern, daß nicht zuletzt das die Methoden waren, die zur Zerstörung der Weimarer Demokratie führten.

(Zustimmung und Beifall.)

Die CDU lehnt es ab, sich solcher Mittel zu bedienen; aber sie wird alles tun, um die Wahrheit zu erzwingen und sie dem deutschen Volk bewußt zu machen.

(Bravo-Rufe und Beifall.)

Es ist tief bedauerlich, daß die Sozialdemokratie, eine Partei mit großer geschichtlicher Tradition, offenbar nicht die Kraft aufbringt, aus eigenen Vorstellungen heraus mit ihren Widersachern um die glückliche Gestaltung unseres Lebens und unserer Zukunft auf geistiger Ebene zu ringen. Seit ihrem Parteitag in Bad Godesberg, auf dem sie, kaum kaschiert, das Gedankengut der CDU übernahm und sich – mindestens äußerlich – zu jenen Grundsätzen bekannte, die sie über ein Jahrzehnt auf das heftigste verneinte und befandete, ist ihr im Grunde hinsichtlich der Vertiefung und Festigung einer freiheitlichen Politik nichts anderes eingefallen als das, was wir, die CDU, vorgedacht und vorgeprägt haben.

(Beifall.)

Über ihre Taktik, im Bundestag durch unrealistische Anträge den Schein der Fürsorge für alle zu erwecken, wird noch zu sprechen sein.

Ich habe in meiner Regierungserklärung von einer „Politik der Mitte und der Verständigung“ gesprochen, gleichermaßen gültig für die Innen- wie auch für die Außenpolitik. Eine solche Politik setzt natürlich bei allen Partnern, die Verantwortung tragen, den Willen zur Verständigung voraus. Ich war dazu bereit, und ich bin es noch heute. In der Zwischenzeit aber wird immer klarer, daß die Sozialdemokraten eine solche Politik der Gemeinsamkeit offenbar nicht wollen.

Regierung und Opposition sollten, wie ich meine, in wichtigen nationalen Fragen nur um parteipolitischer Taktik willen diese Gemeinsamkeit nicht stören oder gar zerstören. Die Lösung mancher vor uns liegenden großen Aufgaben ist von so weittragender Bedeutung, daß wir uns auch unter weltpolitischem Aspekt immer aufs neue darum bemühen müssen, für solche Entscheidungen eine möglichst breite politische Grundlage zu suchen. Das gilt vor allem für alle Fragen, die aus der Teilung unseres Vaterlandes und aus der Lage Berlins erwachsen. Wir brauchen sie für die Gestaltung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und für die Formierung der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit, aber nicht zuletzt auch für breite Bereiche unserer Innenpolitik. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur an die Notstandsgesetzgebung zu erinnern. Die beste Basis für eine solche Politik ist eine starke, noch stärkere CDU/CSU und eine festgefügte Koalition. Dies auch ist unser Auftrag für 1965.

(Beifall.)

Wir haben in dem, was wir tun, denken und vorwärtsblickend gestalten wollen, die Geschichte eines freiheitlich gesinnten Volkes zu schreiben und diese Gesinnung vor uns selber und vor der ganzen Welt zu bezeugen. Wir wollen uns nicht selber als ein Volk der Büsser anprangern; aber wir wollen die Schrecken und die Schande des Naziregimes auch nicht vergessen.

(Beifall.)

Nach dem erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes glaube ich, daß die Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker erst dann als vollendet gelten kann, wenn wir in solcher Selbstbesinnung uns auch noch von jenen Schlacken befreien, wie sie in schaurigen Prozessen noch einmal aufglühen. Wir wissen, daß diese Prozesse propagandistisch ausgeschlachtet werden. Wir haben das in Kauf zu nehmen, weil es für uns wichtiger ist, Recht und Rechtsbewußtsein über alles zu setzen.

Lassen Sie mich Ihnen meinen Standpunkt in dieser Frage offen darlegen!

Der Gerechtigkeit muß Genüge getan werden. Jeder, der Menschen gemordet oder gequält, der geraubt und erpreßt hat und zum Verbrecher wurde, muß zur Rechenschaft gezogen werden.

(Lebhafter Beifall.)

Andererseits aber darf in einem freiheitlichen Rechtsstaat der bloße politische Irrtum des einzelnen nicht noch einmal zu einer Art Hexenjagd führen.

Bis zum letzten ausgekostete Rache, unmenschliche Verfolgung des politischen Gegners, die sich bis zur Sippenhaft steigerte, und eine barbarische Rachejustiz waren trübste Erscheinungen der finstersten deutschen Geschichtepeche. Die bloße politische Verirrung eines Menschen aber kann und darf ihm nicht als Kainsmal sein Leben lang anhaften, ihn nicht zum Paria werden lassen.

(Beifall.)

Wohin käme die Welt, wenn wir dem Gesinnungswandel, der echten Läuterung und der besseren Einsicht nicht versöhnend begegnen wollten. Am Ende der „Bewältigung der Vergangenheit“ – um dieses Wort zu gebrauchen – muß jetzt die innere Aussöhnung unseres Volkes, muß der Wille zu friedvoller Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft stehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas anderes sagen: Mir will scheinen, daß unser Volk angesichts kristischer Stimmen des Auslandes manchmal eine gewisse Überempfindlichkeit an den Tag legt, die einer Normalisierung des Zusammenlebens abträglich sein kann. Die Vorstellung, daß sich alle Völker nur und dazu noch gleichermaßen lieben sollten oder lieben müßten, ist mehr als lebensfremd. Vielmehr schaffen die gegenseitige Achtung, das Verständnis für die Eigenarten, die Traditionen und Bindungen anderer Völker dauerhafte und bessere Grundlagen für freundschaftliche oder gut nachbarliche Beziehungen.

Was die Völker im letzten am wirksamsten zusammenführt, sind die großen Aufgaben, die sie sich gemeinsam stellen und zu lösen bestrebt sind. Und solche Aufgaben gibt es nicht wenige. Das ist auch der Grund, der die Bundesregierung in Fortführung des Werkes von Konrad Adenauer aus innerster Überzeugung bestrebt sein ließ, die europäische Einigung, deren unerläßliche Grundlage die deutsch-französische Freundschaft ist, fortzuführen und sie zu einem wichtigen Leitsatz ihrer Politik zu erheben.

(Beifall.)

Nur die wirtschaftliche und auch politische Einigung Europas befreit seine Völker von jenen nationalen Gegensätzen und Spannungen, die diesen Kontinent so oft ins Unheil gestürzt haben. Sie ist auch die Voraussetzung, um ihnen auf die Dauer ihre äußere und innere Unabhängigkeit und politische Existenz zu sichern.

Wir wollen – ich wiederhole es – ein Europa der Freien und der Gleichen, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten; wir wollen ein Europa, in dem die Völker in der Bewahrung ihres Erbes zu neuer kultureller Entfaltung kommen, ein Europa, das seine wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zusammenfügt, um seiner politischen und humanitären Aufgabe gleichermaßen gerecht werden zu können. Nicht ein zertrenntes, sondern nur ein geeintes Europa mit klarem Profil und gemeinsamen politischen Willen ist weltpolitische Verantwortung zu tragen in der Lage. Die atlantische Partnerschaft setzt Europa als einen ebenbürtigen Partner voraus. Gerade unsere amerikanischen Freunde wollen ein starkes Europa, das in seiner politischen Gestaltung, Verteidigungskraft, seiner Stellung im Welthandel und in der Bereitschaft zur Entwicklungshilfe anziehend und überzeugend wirkt.

Schließlich ersehnen gerade wir Deutsche die europäische Einigung unter gemeinsamer Verantwortung auch als die Voraussetzung einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und in Freiheit; denn sie bietet unseren Nachbarn in Ost und West die Sicherheit gegen einen

von uns gewiß nicht gewollten, aber von manchen Ländern oder Staatsmännern befürchteten deutschen Alleingang. Wenn auch die Aussichten des Gelingens einer europäischen politischen Einigung durch Bedingungen, die wir nicht zu vertreten haben, für den Augenblick nicht gerade zu übertriebenen Hoffnungen berechtigen, so glaube ich dennoch, daß es gerade deshalb ein zwingendes Gebot ist, die Flamme dieser Idee nicht erlöschen zu lassen, wenn Europas Herz nicht erkalten soll.

(Starker Beifall.)

Ich wiederhole meine Überzeugung, daß jede politische Formung Europas – in welcher Gestalt auch immer – einen originären politischen Willen der Regierungen voraussetzt, womit ich gleichzeitig zum Ausdruck bringe, daß aus meiner Sicht und Einsicht der Automatismus der Römischen Verträge allein nicht zu diesem Ziele führt. Der politische Wille zur Einigung erlahmte vielleicht in den Amtsstuben, die europäische Jugend aber will und ersehnt Europa.

(Beifall.)

Vielleicht werden wir noch viel Geduld aufbringen müssen, aber um so mehr erwächst uns daraus die Pflicht, alles zu tun, um die Voraussetzungen für einen neuen Anfang zu schaffen. Dem dienen auch meine Reisen in die europäischen Nachbarländer und in die Vereinigte Staaten. Zur Resignation besteht um so weniger Anlaß, als es noch großer Anstrengungen bedarf, um aus der „Wirtschaftsgemeinschaft“ nach dem Willen der Römischen Verträge eine echte „Ökonomische Integration“ erwachsen zu lassen. Der Abbau der Zollschränken und die Annäherung des gemeinsamen Außenzolltarifs sind weit fortgeschritten. Die Überzeugung, daß eine freiheitliche und nach vorn gerichtete Politik allen Völkern dient, hat an Boden gewonnen.

Hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Wirtschaftsgemeinschaft wird es darauf ankommen, in der Koordinierung der Gemeinschaftsaufgaben – auch soweit die Entscheidung in nationaler Zuständigkeit verbleibt – eine Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zu entwickeln, die einerseits den Kräften des Marktes volle Entfaltungsmöglichkeiten gibt, aber andererseits fernab von jeder falschen Wachstumsideologie die innere und äußere Stabilität von Wirtschaft und Währung sicherzustellen vermag.

Daß die Landwirtschaft unter anderen, das heißt besonderen Bedingungen produziert und folglich für sie auch andere Gesetze zu gelten haben, braucht nicht eigens erklärt und betont zu werden. In wohl allen Ländern der Welt sind in bezug auf die Agrarproduktion und die Ordnung des Marktes Maßnahmen besonderer Art getroffen worden. So war es auch erforderlich, daß sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber der Vielzahl unabgestimmter nationaler Interventionsformen über Regelungen geeinigt hat, die die notwendigen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Agrarmarkt schaffen sollen.

Natürlich ist die Reglementierung als solche noch kein Wert in sich. Wenn die Integration nur in einer lückenlosen Reglementierung der Wirtschaft – und ich meine hier auch der Landwirtschaft – bestünde,

würde es sich gewiß nicht lohnen, Herz und Verstand dafür einzusetzen. In der Agrarwirtschaft hat – wie in allen anderen Bereichen – die Politik den Menschen zu dienen, und hierbei meine ich sowohl die Produzenten wie auch die Konsumenten. Vor uns liegt das Problem der Angleichung der Getreidepreise im Gemeinsamen Markt. Die Bundesregierung wird mit allen Kräften bestrebt sein, zu einer Lösung zu kommen, die uns die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft erfüllen läßt, aber vor allem auch sicherstellt, daß der deutschen Landwirtschaft und der bäuerlichen Bevölkerung aus dieser Regelung nicht nur kein Schaden erwächst, sondern ihre glückliche Fortentwicklung gewährleistet wird.

(Beifall.)

Es ist bekannt, daß in der Kennedy-Runde nicht nur Fragen der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch der Agrarwirtschaft zur Lösung anstehen. Die Kennedy-Runde – ich kann das nicht nachdrücklich genug betonen – wird zum Prüfstein für die atlantische Partnerschaft und stellt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vor eine ernste Bewährungsprobe. Der Zusammenhalt der Alten und der Neuen Welt, die sich zu den Idealen der Freiheit und der Gerechtigkeit bekennen, umfaßt alle Lebensbereiche der Völker. Ob diese Bande sich lockern oder gefestigt werden, kann über Sein oder Nichtsein der freien Welt entscheiden.

Es gilt zu bedenken, daß die Idee des verstorbenen großen Präsidenten Kennedy nicht Zollverhandlungen alter Art zum Ziele hat, und daß es dabei nicht um ein Feilschen von Ware für Ware und Zollsatz gegen Zollsatz geht. Durch Zusammenfügung aller Kräfte der freien Welt soll und wird der Wohlstand der Völker der Bewahrung und Sicherung der Freiheit dienen.

Mögen auch die Verhandlungen nicht leicht sein, so habe ich doch die Hoffnung in die Einsicht aller Länder, daß der Mut und die Kraft, das die Völker Trennende zu mindern oder zu beseitigen, allen zum Segen gereichen wird. Als Gewinn für Europa selber wird bei einem Erfolg zu verzeichnen sein, daß bis zu einer endgültigen Einigung der freien Länder dieses Kontinents aus der noch fortbestehenden Trennung kein ersterer Schaden erwachsen wird.

Die europäische und die deutsche Situation kann nur in der Einbettung in die weltpolitische Lage im ganzen gesehen und gedeutet werden. In ihr haben sich bedeutsame Änderungen vollzogen. In fünf NATO-Ländern ist die Verantwortung auf neue Regierungen übergegangen, so in den USA, Großbritannien, Italien, Griechenland und in der Bundesrepublik. Bei zwei weiteren mächtigen Verbündeten stehen noch in diesem Jahre Wahlen an. Allerorts flammen ernste Krisen auf, in Süd-Vietnam und in Zypern. Auch sonst sind in der Welt Entwicklungen sichtbar geworden, die des Nachdenkens und der Überprüfung wert sind.

Die sowjetische Führung macht kaum mehr ein Hehl daraus, daß sie auf dem Gebiet der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft vor schwer zu lösenden Aufgaben steht, die es Sowjetrußland geboten

erscheinen lassen, engere handelspolitische Beziehungen zu den westlichen Industrieländern auf der Grundlage längerfristiger Kredite zu suchen. Die gewiß nicht nur ideologische Spannung zwischen der Sowjetunion und Rotchina ist noch deutlicher geworden.

Das Wort von der Entspannung, die gewiß auch wir wollen, beschäftigt die Geister und erregt die Gemüter. Es wird von einer Politik der Bewegung gesprochen, die dem Begriff von der Politik der Beharrung gegenübergestellt wird. Wenn das nicht bloß Schlagworte sein sollen, haben wir uns über den Inhalt der Begriffe „Bewegung“ und „Beharrung“ Klarheit zu verschaffen. Hinsichtlich beider Thesen gibt es keine verbindliche, absolut gültige Aussage. Wer sich bewegen will, muß wissen, wohin er sich bewegen will, und wer Beharrung wünscht, muß seinen Standort genau kennen. So sind wir gehalten, uns täglich unserer Ziele bewußt zu bleiben und nicht Bewegung um der Bewegung und Beharrung um der Beharrung willen zur Richtschnur der Politik zu machen.

Ich kann hier nicht auf alle Aspekte unserer Außenpolitik eingehen. Vielmehr möchte ich von dem sprechen, was jeden angeht: von Deutschlands Einheit und Freiheit.

Vorauszuschicken ist eine Feststellung: Mag Chruschtschow auf dem einen oder anderen Gebiet Entspannungs- oder Verständigungsbereitschaft als Mittel zur Erreichung seiner Ziele einsetzen, so gibt es doch keine Anzeichen dafür, daß er in der deutschen Frage aufgeschlossener oder realistischer geworden wäre. Er hat in den letzten Monaten vielen Besuchern gesagt, daß er in bezug auf die deutsche Frage zu keiner, aber auch keiner Konzession bereit ist, ja, daß er den Deutschen – und eigentlich nur den Deutschen – das Selbstbestimmungsrecht verwehren und keine Wiedervereinigung zulassen will, es sei denn um den Preis, daß das wiedervereinigte Deutschland kommunistisch und ein sowjetischer Satellit werden würde. Amerikanische, britische, französische, dänische, aber auch deutsche Besucher sind Zeugen dieser Haltung. Sie alle kennen die TASS-Erklärung vom 7. März 1964. Form und Inhalt dieser Erklärung stellen einen deutlichen Rückfall in die Vulgärpropaganda dar, die die stalinistische Epoche gekennzeichnet hat.

(Beifall.)

Trotz des Wortreichtums des Textes enthält dieser leider nicht einen konstruktiven Gedanken. Ich indessen bin nach wie vor davon überzeugt, daß es auch im Interesse der Sowjetunion liegen würde, dem deutschen Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht länger zu verweigern. Die Sowjetunion selber würde einen Zuwachs an Ansehen und Vertrauen vor der ganzen Welt und ein Mehr an Sicherheit und Wohlstand dazu erhalten, der in keinem Vergleich zu den schmalen und bitteren Gewinnen steht, die Chruschtschow das Besatzungsregime über Mitteleuropa einbringt.

(Lebhafter Beifall.)

Man möge es mir und allen verantwortlichen deutschen Politikern glauben, daß wir nichts anderes wünschen als eine friedliche Ordnung

in Europa und in der Welt und eine friedliche Regelung aller noch offenen Fragen dazu. Wir kennen die Verantwortung, die uns aus dem zweiten Weltkrieg erwachsen ist. Wir glauben aber nicht, daß Unrecht mit neuem Unrecht gesühnt werden kann; nur was gerecht geregelt ist, ist endgültig besiegelt.

(Beifall.)

Im Westen Europas wurden Lösungen gefunden, die den Interessen der Völker und der Menschen entsprachen. Im Osten wurden von Stalin Zustände geschaffen, die das deutsche und das polnische Volk nicht verbinden, sondern sie zu trennen geeignet sind. Darüber wollen wir mit unseren östlichen Nachbarn sprechen. Aber wir wollen nicht, daß man unsere redlichen Absichten ständig als Revanchismus brandmarkt. Wir können auch nicht dazu schweigen, wenn der kommunistische Imperialismus mit dem Verdacht eines angeblichen deutschen Revisionismus verhüllt werden soll.

(Beifall.)

Andernfalls müßten wir die Gegenseite an die Schwäche ihrer moralischen Position erinnern. Es ist auch wenig logisch, wenn Regierungen, die noch die Zwei- beziehungsweise sogar Drei-Staaten-Theorie vertreten, uns die Forderung präsentieren, wir sollten eine Grenze anerkennen, die nach ihrer Auffassung gar nicht „unsere“ Grenze ist. Wir werden gleichwohl unsere Anstrengungen fortsetzen, zu Entspannungsbemühungen unserer Verbündeten im Verhältnis zur Sowjetunion und anderen osteuropäischen Völkern einen eigenen Beitrag zu leisten. Nach dem Abschluß von Vereinbarungen über den Austausch von Handelsvertretungen mit Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien stehen wir vor Gesprächen mit der Tschechoslowakei, und wir hoffen, auch dort zu einem guten Ergebnis zu gelangen. Über den Wert eines vermehrten Warenaustausches hinaus dürften diese Völker zunehmend erkennen, wie verzerrt das Bild ist, das kommunistische Propagandisten von diesem neuen Deutschland zu zeichnen versuchen. Wir haben unsere Hand ausgestreckt, und wir haben den ehrlichen Wunsch, daß die osteuropäischen Völker erkennen mögen, wieviel dem deutschen Volk daran gelegen ist, in Frieden mit seinen Nachbarn sein Leben nach eigenen freiheitlichen Vorstellungen zu gestalten. Wir wissen, daß die Menschen in diesen Ländern das gleiche wollen.

Mit dem Blick auf die übrige Welt und deren Einstellung zu unseren deutschen Anliegen können wir mit Freude und Genugtuung feststellen, daß unsere Freunde zu uns stehen wie vor Jahr und Tag.

Die Bundesregierung vertritt Deutschland, und sie vertritt es allein, wir sind die deutsche Regierung, die nach Recht und Gesetz und nach demokratischen Grundsätzen allein legitimiert ist, für das deutsche Volk zu sprechen und zu handeln.

(Beifall.)

Das Zonenregime mag sich nennen, wie es will; es ist nicht aus freien Wahlen hervorgegangen, es lebt nur unter dem Schutz der Roten Armee, es ist kein Subjekt des Völkerrechts. Es gibt keine zwei deut-

schen Staaten. Wer das bezweifelt, der soll ganz Deutschland der Probe einer freien Wahl oder einer Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle unterziehen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Bundesregierung ist bereit, jede Regelung solcher Art gutzuheißen. Die sowjetzonalen Satelliten lehnen dies ab, und damit liefern sie selber den Beweis, daß sie nicht souverän, sondern Knechte einer fremden Macht sind, deren Führer, beiläufig bemerkt, das selber am besten wissen.

In Ländern, die den Kommunismus und die Diktatur nicht aus eigener Anschauung kennen, mag es Menschen geben, die, von einem Wunschdenken erfüllt, in dieser oder jener Lage nachgeben möchten und bereit wären, wenigstens einmal den bekannten kleinen Finger zu reichen. Dem stellen wir ein klares „Nein“ gegenüber,

(Beifall)

nicht um eines starren Dogmas willen, sondern in der festen Überzeugung, daß die Folgen einer derart träumerischen Politik um eines kurzen, trügerischen Scheinfriedens willen unübersehbar, in jedem Falle aber tragisch wären.

Ich sagte es schon in meiner Regierungserklärung, daß der Wille zur Selbstbestimmung und zur Wiedervereinigung in Deutschland eine unübersehbare und echte Realität ist. Der Gedanke der Freiheit hat sich in der Welt als die stärkste, ja fast allmächtige Kraft erwiesen. Das Recht auf Selbstbestimmung hat einen Siegeszug andersgleichen angetreten, es wird sich auch durch Ulbrichts Mauer nicht aufhalten lassen. Entspannung und Befriedung führen nur dann und dort zum Ziel, wenn alle Versuche und Anstrengungen auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit beruhen. Das aber heißt, daß wir uns keinem frommen Selbstbetrug hingeben dürfen. Wie lange auch diese deutsche Not trotz all unseres redlichen Mühens fortauern mag, so wird uns doch die Geschichte recht geben. Wir müssen stark bleiben, uns den Mut bewahren und dürfen nicht noch einmal vor der Gewalt kapitulieren.

(Beifall.)

Daß wir Deutsche in eigener Sache nicht Zuschauer des Geschehens sein können und sein wollen, ist selbstverständlich. Die Bundesregierung hat deshalb vor kurzem den drei Verbündeten Überlegungen zu einer neuen Deutschland-Initiative vorgetragen, und das aus diesen Anfängen heraus. Diese Initiative stützt sich auf Grundsätze, die unverändert die gemeinsame Politik der Bundesregierung und der drei Mächte in der Deutschlandfrage ausmachen: Erstens: Die vier Mächte haben sich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit verpflichtet. Zweitens: Die Wiedervereinigung und nicht eine Interims-Lösung bleibt die Hauptaufgabe der westlichen Deutschlandpolitik. Drittens: Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung sollen mit Fortschritten in der Frage der Abrüstung und der europäischen Sicherheit verbunden sein. Viertens: Suche nach Mitteln und Wegen, um die durch die deutsche Teilung verursachten humanitären Mißstände zu beseitigen.

Der letzte Punkt ist durch die Besprechungen, die im Dezember in Berlin geführt wurden und die zu der Erlangung von Passierscheinen für Hunderttausende von Berlinern führten, brennend aktuell. Es hat niemand, der die marxistische Dialektik, das innere Wesen des Kommunismus, kennt, überrascht, daß in diesem Zusammenhang mannigfache Versuche unternommen wurden, aus einem humanitären Vorgang ein Maximum an politischem Kapital zu schlagen.

Trotzdem bleibt es unser Ziel auch für die Zukunft, die menschliche Begegnung aller Berliner zu ermöglichen. Wenn aber diejenigen, die die Mauer errichteten, sich gar noch das Mäntelchen der Humanität umhängen wollen, um ihr Regime der Unfreiheit zu konsolidieren und in den Augen der Welt politisch salonfähig zu werden, so können wir nicht darauf verzichten, darauf zu antworten, daß die Freiheit der Menschen keine Handelsware ist.

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Wer mit den Tränen von Müttern und Kindern politische Geschäfte machen will, beweist damit eine Skrupellosigkeit und Unmenschlichkeit, die ihresgleichen sucht.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir sind also der Auffassung, daß in dieser Frage weiter verhandelt werden soll, aber wir sind nicht bereit, uns von dem Regime, das einen Todesstreifen mitten durch Deutschland gelegt hat, mit dem Leid unserer Landsleute auch noch erpressen zu lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Von einer echten Normalisierung kann erst dann gesprochen werden, wenn die volle Freizügigkeit in ganz Deutschland wiederhergestellt ist. Wir stehen dazu!

(Beifall.)

Was die Behandlung dieser Frage in unserem eigenen Kreis angeht, so besteht hinsichtlich der Verantwortung und Verantwortlichkeit kein Zweifel. Die CDU lehnt es auch ab, diese Frage für Wahlkampfzwecke mißbrauchen zu lassen.

(Beifall. – Bravo-Rufe!)

Eine andere Haltung schadet nicht nur dem deutschen Ansehen in der Welt, sondern vor allem den Menschen in Berlin und in der Zone selbst. Die alte, leider oft bewährte kommunistische Taktik ist durchsichtig genug. Sie wollen sich Schuld und Unrecht, die sie auf sich geladen haben, noch um einen hohen Preis abkaufen lassen, und wir sollen das dann noch womöglich als ein hochherziges Geschenk empfinden. Wir haben von den Kommunisten mehr zu fordern als Passierscheine, nämlich eine Haltung, die Passierscheine überflüssig macht.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Schwerer als die Freude der Begegnung über eine kurze Spanne Zeit wiegt die Verantwortung für die Geschicke Deutschlands in Gegenwart und Zukunft. Auch in dieser Frage weiß ich mich mit den deutschen Menschen in der Zone einig.

(Beifall.)

Dies alles zusammenfassend, bleibt es dabei, daß die atlantische Allianz und die Aussöhnung mit Frankreich die Eckpfeiler unserer Politik ausmachen. Amerikas Divisionen stehen zu unserem Schutze auf deutschem Boden, und wir sind darob neben allem, was die USA für Europa getan haben, diesem großherzigen Volke zutiefst dankbar.

(Beifall.)

Die deutsch-französische Freundschaft aber bleibt der Schlüssel für jedwede europäische Politik. Darum empfinde ich keinen Widerspruch darin, in einem Atemzug das Volk der Vereinigten Staaten und die französische Nation zu grüßen.

(Beifall.)

Am Ende stehen wir zusammen, gemeinsame Ideale zu verteidigen.

Es ist nach meiner langjährigen Wirksamkeit als Bundeswirtschaftsminister nur zu verständlich, daß Sie von mir ein Wort zur wirtschaftlichen Lage erwarten, um so mehr ich mir wohl bewußt bin, wieviel Ihnen daran gelegen ist, zu hören, wie es um die Stabilität unserer Wirtschaft und Währung bestellt ist.

Ich könnte wahrlich mit einer stolzen Erfolgsbilanz aufwarten und Ihnen mit unwiderlegbaren Zahlen den Nachweis erbringen, daß die Bundesrepublik im wirtschaftlichen und sozialen Bereich in der obersten Spitzengruppe der großen Industrienationen der Welt rangiert. Wenn in einer der letzten Plenardebatten die Erklärung des Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, unseres Freundes Strauß, daß die Soziale Marktwirtschaft die Quelle des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in der Bundesrepublik gewesen ist, von seiten der Opposition mit Gelächter quittiert wurde, so gibt das fast eine Hoffnung, denn wer noch über sich selbst lachen kann, ist bekanntlich noch nicht verloren.

(Lebhafter Beifall.)

Die SPD gebärdet sich heute so, als ob die Soziale Marktwirtschaft erst mit dem Godesberger Programm 1958 begonnen hätte. Wer, so frage ich, soll denn auf diesen intellektuellen Schwindel hereinfliegen?

Es ist bekannt genug, daß es um die wirtschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik ungleich besser bestellt ist als in fast allen anderen Ländern, so daß es nicht wenige sachkundige Beobachter gibt, die in ihren Berichten von der Bundesrepublik als Ordnungszelle sprechen. Das aber hält die Opposition nicht davon ab, heute und morgen die Bundesregierung schwerer Versäumnisse zu zeihen, daß sie es in diesem turbulenten Geschehen auf internationalem Felde nicht zuwege brachte, die absolute Preisstabilität zu gewährleisten. Daß eine solche Anklage nicht gerade von Kenntnis der Zusammenhänge und Einsichten zeugt, bekümmert die Opposition nicht, wenn es nur um die parteipolitische Vernebelung der Geister geht. Im übrigen ist der bekannte Alarm „Haltet den Dieb“ noch immer eine gern geübte Praxis, die Aufmerksamkeit von eigener Schuld abzulenken.

Was die Bewertung innenpolitischer Vorgänge anlangt, darf man wohl davon ausgehen, daß die Menschen nie ganz zufrieden sind. Insoweit scheint das wohl ein schwer erklärbarer, aber doch natürlicher Zustand zu sein. Moralisch und staatspolitisch ist indessen dieses Faktum anders zu werten, wenn der Pessimismus bewußt und künstlich genährt wird. Ich habe auch Verständnis für das Verlangen vieler Staatsbürger nach höherem Einkommen; aber mein Verständnis geht verloren, wenn die volkswirtschaftliche Leistungskraft, auch unter Berücksichtigung des möglichen Produktivitätsfortschrittes, durch überhöhte Ansprüche in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Freizeit überfordert wird.

(Starker Beifall.)

Wenn wir berücksichtigen, daß wir den der Wirtschaft abverlangten Leistungen selbst unter Einsatz von rund einer Million Fremdarbeiter nicht gerecht werden können, daß wir dazu noch 600 000 offene Stellen aus Arbeitskräftemangel nicht besetzen können und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung dem Ausfall der Leistung von 400 000 Arbeitskräften gleichkommt – dann bietet die Wirtschaft der Bundesrepublik ein Bild, das objektiv und vor allem auch mit dem Blick von außen auf unser Land den Gedanken an die deutsche Hybris nur zu nahelegt. Wer sich der Verantwortung bewußt ist – und zwar nicht nur einer Verantwortung für die eigene Gruppe, sondern für das Ganze – muß wissen, daß in diesem Prozeß gewiß nicht die einzige, aber doch eine wesentliche Ursache der Instabilität liegt.

(Lebhafter Beifall.)

Wie oft muß ich es wiederholen – und ich sage es mit großen Ernst auch vor Ihnen, meine Freunde –: daß es außer im Schlaraffenland in dieser Welt jedenfalls noch keine Volkswirtschaft gegeben hat und auch nicht geben wird, in der sich alle Wünsche zugleich und jeweils in vollem Umfang erfüllen lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Regierung und Parlament tragen, was die Erhaltung unserer Währung und die Sicherung unserer Zukunft anlangt, ein kaum zu überbietendes Maß an Verantwortung. Ich wünsche und erwarte deshalb, daß die CDU als Partei und in ihren Repräsentanten den Mut aufbringt, der Wahrheit die Ehre zu geben,

(Sehr richtig!)

und selbst in einem Wahljahr nicht um der vermeintlichen Gunst aller Schichten willen die Zukunft unseres Volkes zu gefährden.

(Starker Beifall.)

Der einzelne Staatsbürger weiß sehr wohl, um was es geht. Er will geführt, aber nicht verführt werden.

(Sehr richtig! – Starker Beifall.)

Überlassen wir dieses Geschäft also anderen.

In einer Phase unserer Geschichte, in der es eine nationale Lebensfrage ist, ob es uns gelingt, auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung,

Bildung und Ausbildung mit an der Spitze der Völker zu bleiben, in der wir immer höhere Aufwendungen für die Erhaltung der Gesundheit, für den Straßen- und Städtebau tätigen müssen, in der es gilt, die Struktur der deutschen Landschaft harmonisch zu gliedern – in einer Welt, die uns zu unserem Schutze hohe Verteidigungsanstrengungen abverlangt, sollten sich alle einsichtigen verantwortungsbewußten Menschen in Deutschland darüber klarwerden, daß die glückliche Bewältigung aller dieser Aufgaben den vollen und freudigen Einsatz der Arbeit aller erfordert. Arbeit – und zwar harte Arbeit – bleibt die Quelle des Wohlstandes.

(Heiterkeit.)

Die Opposition huldigt der Devise, sich durch Mehranforderungen für jeden einzelnen Zweck „lieb Kind“ bei allen zu machen. Diese Rechnung geht nur leider nicht auf, und deshalb muß eine Regierungspartei für die Offenlegung der Wahrheit eintreten. Der schärfste Angriff gegenüber der Opposition wird in dieser Sache geradezu zu einer nationalen Pflicht. Denn verkennen wir nicht: die Opposition kann überhaupt eine solche Politik nur treiben, weil sie überzeugt ist, daß wir verantwortungsbewußt genug sind, ihr diesen verderblichen Weg zu verbauen.

(Starker Beifall.)

Über diese eherne Wahrheit kommen wir auch angesichts eines neuen konjunkturellen Aufschwungs unserer Wirtschaft nicht hinweg.

Diese Belebung stützt sich sowohl auf das Auslands- wie auf das Inlandsgeschäft und drückt sich vor allem in einer lebhaften Nachfrage nach Produktionsmitteln und Investitionsgütern aus. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, kann man also füglich sagen, daß es im deutschen Konjunkturbild heute keine Schattenbereiche mehr gibt. Die deutsche Wirtschaftslage ist vielmehr durch außerordentlich starke Auftriebskräfte gekennzeichnet. Aber Stolz und Frohlocken über diese vermeintlich so gute Entwicklung sind deshalb nicht angebracht, weil die Überschüsse in der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz nicht auf eine hohe deutsche Leistung zurückzuführen sind, sondern auf die mangelnde monetäre Disziplin in anderen Ländern, die in stark ansteigenden Kosten und Preisen Ausdruck findet. Die deutschen Anstrengungen, dieser höchst bedenklichen Entwicklung entgegenzuwirken, werden zwar von der Opposition nicht anerkannt. Ich dagegen bin zuzugeben bereit, daß die vergleichsweise viel höhere Preisstabilität in der Bundesrepublik auch der maßvolleren Haltung der Gewerkschaften im Jahre 1963 zu verdanken war. Um so notwendiger aber ist es, darauf hinzuweisen, welche ernste Gefahr uns droht, wenn wir neben der Bekämpfung der sogenannten importierten Inflation im Laufe dieses Jahres auch noch mit übersteigerten Forderungen in bezug auf Lohnhöhe, Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung und anderem rechnen müßten und damit unausweichlich die deutsche Volkswirtschaft in den Strudel inflationistischer Bewegung hineinzerrn würden.

(Lebhafter Beifall.)

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß dieser Boom auch die unternehmerischen Gewinne in erheblichem Maße ansteigen ließ und daß daraus eine Haltung der Unternehmerschaft über vermeintlich berechnete Gewinnerwartungen erwachsen könnte, die die sozialen Spannungen noch einmal zu verschärfen geeignet wäre.

(Sehr richtig! – Beifall.)

Die Unternehmer können sich nicht über gewerkschaftliche Forderungen beschweren, wenn sie aus eigenem freien Entschluß Löhne und Gehälter zu zahlen bereit sind, die weit über Tariffhöhe liegen.

(Sehr richtig! – Beifall.)

Aber andererseits verlieren die Gewerkschaften den moralischen Einwand gegen unternehmerische Gewinne, wenn die Unternehmer aus Selbsterhaltungstrieb bestrebt sind, mit erheblichem Kapitalaufwand arbeitssparende Investitionen zu tätigen.

Eines jedenfalls hat die jüngste Entwicklung erwiesen: der Traum von dem angeblichen Segen der „Planifikation“ ist wie Schnee in der Sonne dahingeschmolzen. Wer auch immer in deutschen Ländern dieser Verlockung zu erliegen geneigt war – es waren immerhin einige – wird – wie ich hoffe – nunmehr einsichtig genug sein, zu erkennen, daß gerade jene Länder, die sich auf dem Felde staatlicher Bevormundung der Wirtschaft am weitesten vorgewagt haben, mit dieser Politik am sichtbarsten gescheitert sind.

(Beifall.)

Hier gerade liegen die Schwierigkeiten, mit denen wir uns in den nächsten Monaten auseinanderzusetzen haben. Wir leiden nicht allein oder doch nicht so sehr unter Gleichgewichtsstörungen innerhalb der deutschen Wirtschaft selbst, als – wie schon gesagt – unter der Verzerrung der Handels- und Zahlungsbilanzen zwischen den europäischen Ländern.

Nicht nur unsere EWG-Partner Italien, Frankreich und die Benelux-Länder, sondern leider auch die Schweiz und Österreich haben ihre Expansion nur auf Kosten eines nicht mehr stabil zu haltenden Preisniveaus durchführen können. Sie haben allenthalben die Leistungskraft ihrer Volkswirtschaft überfordert. Diese und noch weitere Länder decken heute ihren Bedarf vorteilhaft durch Aufträge an die deutsche Wirtschaft, die zu relativ niedrigeren Preisen zu liefern in der Lage ist. Unser Handelsbilanz-Überschuß steigt tendenziell immer weiter an, und auch die anderen Posten unserer Zahlungsbilanz verbessern sich zu unseren Gunsten. Dieses Problem, ja, diese Sorge, brennt uns auf den Nägeln; denn wenn die Stabilität in dem uns umgebenden Ausland noch mehr ins Wanken kommt, gerät angesichts der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration in weiteren freien Märkten unsere eigene Stabilität ebenfalls in Gefahr. Angesichts dieser Sorge mag man es nicht als Überheblichkeit oder unbotmäßige Einmischung empfinden, wenn ich die Mahnung ausspreche, auch unsere europäischen Nachbarn möchten maßhalten.

(Beifall.)

Die Bundesregierung hat – wie der Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sicher gern bestätigen wird – vor allen anderen Ländern mit konkreten Vorschlägen eine nachhaltige Initiative ergriffen, um innerhalb der Sechser-Gemeinschaft eine besser aufeinander abgestimmte, straffere Konjunktur- und Wirtschaftspolitik zu erreichen. Aber trotz dieser ganz klaren Sachlage beschuldigt die SPD die Bundesregierung – und sie meint damit natürlich die CDU, vor allem auch mich selbst –, daß wir uns schwerer Versäumnisse schuldig gemacht und versagt hätten. Ich weiß nicht, wessen ich die SPD mehr zeihen soll – geistiger Unzulänglichkeit oder eines fast unüberbietbaren politischen Zynismus, wahrscheinlich beides zusammen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Stabile Verhältnisse im Innern des Gemeinsamen Marktes bleiben überdies die wesentlichste Voraussetzung für die Erhaltung der Freizügigkeit gegenüber der übrigen Welt. Die EWG wird oder würde mit Recht dem Widerstand der ganzen Welt begegnen, wenn sie sich in der Kennedy-Runde nicht aufgeschlossen zeigte, sondern in der Kategorie eines tendenziell isolierten und autarken Blocks dächte.

Ich bin der letzte, der die Ursachen der eigenen Schwierigkeit bei anderen sucht oder die Schuld abwälzen möchte. Wir können die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß wir immer mehr Teil eines umfassenderen Marktes werden und daß in diesem gerade in den wichtigsten Bereichen, wie der Haushalts-, Finanz-, Steuer- und Währungspolitik, weniger eine gemeinsame Konzeption als eine staatsrechtliche Grundlage für ihre Durchsetzung fehlt. Das nicht zuletzt war auch der Grund, warum ich in den letzten Wochen und Monaten immer darauf verwies, daß der Automatismus der EWG zur Gewährleistung einer sinnvollen gemeinsamen Politik nicht ausreicht, wenn sie nicht von einem aktiven politischen Willen getragen wird.

Wir dürfen aber deshalb nicht resignieren. Die Bundesregierung wird im Einvernehmen mit der Bundesbank dem Deutschen Bundestag in Kürze eine Ergänzung zum Wirtschaftsbericht 1964 vorlegen und gleichzeitig Maßnahmen ergreifen, die – was aus deutscher Zuständigkeit allein vorgenommen werden kann – geeignet sind, die deutsche Wirtschaft nicht in den verderblichen Strudel eines schleichenden Kaufkraftschwunds der D-Mark geraten zu lassen.

Gewiß ist in diesem Zusammenhang nicht an eine Aufwertung der D-Mark gedacht. Andere Maßnahmen aber, die uns vor dem von außen her drohenden Inflationismus abzuschirmen vermögen, werden auch nicht allorts populär sein können. Das aber ist gerade die Aufgabe einer sich ihrer Verantwortung bewußten Regierungspartei, wie der CDU, sich nicht in billigen Redensarten zu verlieren und allen schmeicheln zu wollen, sondern für das Schicksal des deutschen Volkes einzustehen. Die Opposition hat zu dieser entscheidenden Frage auch nicht den kleinsten positiven Beitrag geleistet.

(Lebhafter Beifall.)

Das sei hier ausdrücklich festgehalten.

(Lebhafter Beifall.)

Die Probleme, die ich hiermit ansprach, sind eng mit unserer eigenen Finanz- und Steuerpolitik verflochten; denn die öffentliche Hand betätigt sich ja nicht nur als Arbeitgeber für mehr als zwei Millionen Bedienstete; sie verteilt über ihre Haushalte nicht nur riesige Einkommensbeträge, sondern sie ist zugleich der größte Nachfrager nach Investitions- und sonstigen Gütern aller Art.

Wir können uns nicht oft genug ins Gedächtnis zurückrufen, daß heute 40 % der sich im Brutto-Sozialprodukt widerspiegelnden Leistungskraft des deutschen Volkes die öffentlichen Haushalte speisen und von dort wieder ausgegeben werden.

Ja, damit spreche ich vom Geldausgeben. Wie weit liegen doch jene gesitteten Zeiten zurück, in denen die Bürger ihre Regierungen und Parlamente um so höher einschätzen, je weniger sie ausgaben!

(Lebhafter Beifall.)

Viele Abgeordnete – ich scheue mich nicht, es auszusprechen – glauben noch heute, daß es eine der wesentlichsten Aufgaben eines Politikers sei, mit Geld Wahlstimmen zu gewinnen. Wenn ich aus solcher Sicht die CDU/CSU gewiß auch nicht heilig-sprechen möchte, so stellt es doch den Gipfel der Scheinheiligkeit dar, wenn eine verantwortungslose Opposition in Bezug auf Anforderungen an den Haushalt Anträge stellt, die absolut wirklichkeitsfremd sind und im Falle ihrer Annahme zwangsläufig zur Zerstörung der deutschen Währung führen müßten.

(Lebhafter Beifall.)

Ich wiederhole darum: Es ist unsere Aufgabe, diese leichtfertige Politik mit gebührender Schärfe vor dem deutschen Volke immer wieder zu brandmarken; denn sie ist zudem innerlich unwahrhaftig. Um das zu illustrieren, sei darauf hingewiesen, daß trotz eines noch zu deckenden Haushaltsdefizits aus dem Jahre 1963 die Mehranforderungen der SPD an den Haushalt mehr als 2,1 Milliarden DM erfordert hätten, daß für das Jahr 1964 über Regierungsvorlagen und Koalitionsanträge hinaus die SPD zusätzliche Anforderungen von über 4 Milliarden gestellt hat.

(Zurufe: Hört! Hört!)

So also sehen die Hüter der Kaufkraft unserer Währung aus! Und diese Oppositionspartei, der SPD also, soll das deutsche Volk sein Schicksal übernehmen? – Diese Politik würde bedeuten, daß jede in Selbstverantwortung getroffene oder erstrebte Vorsorge des Staatsbürgers für sein Schicksal und das seiner Familie völlig zunichte gemacht

(Lebhafter Beifall)

und daß am Ende jedermann dem Zwang und der Gnade des Kollektivs überantwortet sein würde. Damit aber geht die individuelle, die menschliche Freiheit des deutschen Staatsbürgers mit Sicherheit verloren. Er muß darum der Verlockung widerstehen, seine Existenz und

seine Freiheit nur um der kollektiven materiellen Lebenssicherung willen preiszugeben; denn damit würde er nicht mehr Bürger sein, sondern noch einmal Untertan werden müssen. Lassen Sie mich den Wunsch aussprechen, daß auch die Beratungen in den Arbeitskreisen von diesem Geist getragen sein möchten; denn das ist das entscheidende Kriterium, das uns, die Christlich Demokratische Union, von der SPD trennt, daß es uns nicht allein auf materiellen Wohlstand und ein optimales Maß an sozialer Sicherheit ankommt, so wesentlich das auch ist und so viel unsere Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat, sondern, daß es uns dazu von unserem Gewissen aufgegeben ist, die geistige, politische und materielle Freiheit des Staatsbürgers gegenüber dem verderblichen Einfluß eines persönlichkeitsertötenden Kollektivismus zu bewahren.

(Starker Beifall.)

Das heißt aber in der politischen Praxis, daß wir in der Bundesrepublik ein Klima schaffen müssen, das es den Regierungen und Parlamenten bewußt erschwert, Geld nach Gunst und Gnaden auszugeben. Das Interesse der Bürger an der öffentlichen Finanz- und Steuerpolitik muß gestärkt werden, und auch die Presse sollte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit noch mehr auf diese Frage hinlenken.

Eine entscheidende Ursache für die mangelnde Harmonie und Ausgewogenheit in der Verwendung der Steuergelder durch die öffentliche Hand liegt in unserem Finanzsystem. Auf eine Finanzreform, die klare Abgrenzungen zwischen Bund und Ländern schafft und daneben auch die Gemeinden sinnvoll an dem Steueraufkommen beteiligt, kann nicht länger verzichtet werden. Die Arbeiten an diesem wichtigen Werk sind eingeleitet. Eine neue, bessere Ordnung auf diesem Felde wird zugleich die Beziehungen zwischen Bund und Ländern weiter wesentlich verbessern. Mit Flickwerk ist der Willkürlichkeit und Ungerechtigkeit in der Verteilung der Steuermittel nicht länger beizukommen. Eine gute und straffe Finanzpolitik ist zugleich ein sicherer Wall gegen inflationäre Strömungen.

(Beifall.)

Das ist auch der Grund, warum ich mich mit aller Entschiedenheit gegen eine hemmungslose Ausgabenflut stemme; denn jede im Namen sozialer Gerechtigkeit oder staatspolitischer Notwendigkeit vorgenommene Ausgabenvermehrung, die das finanzielle Gleichgewicht sprengt und – wie die Geschichte lehrt – immer zu fragwürdigen finanzpolitischen Manipulationen hindrängt, wird dem Volke unabwendbar zum Fluch.

Wer diesen Grundsatz anerkennt, aber im gleichen Zusammenhang auf die Möglichkeit erhöhter Besteuerung hinweist, verfällt nur allzu leicht einem anderen Trugschluß, nämlich dem, die Grenzen der Belastungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu verkennen. Man kann nicht die Henne schlachten wollen, die die goldenen Eier legen soll.

(Beifall.)

Auch unter Berücksichtigung all dessen, was durch Investitionen und technischen Fortschritt an Erhöhungen der Leistungsergiebigkeit der deutschen Volkswirtschaft möglich und erreichbar erscheint, ist doch die Aussage berechtigt, daß das Mißverhältnis zwischen Wünschen und Forderungen einerseits und dem Leistungs- und Deckungsvermögen andererseits uns zu strenger Zucht und Disziplin aufruft. Wenn aber die Dringlichkeit und Notwendigkeit zur Erfüllung dieses oder jenes Anliegens so zwingend ist, daß ein Verzicht anderen schweren Schaden auslösen müßte, dann gibt es in einem geordneten Staatswesen und in einer gesunden Volkswirtschaft nur einen Ausweg, nämlich den, das Mehr an finanziellen Aufwendungen durch ein Mehr an Arbeitsleistung zu erbringen.

(Zustimmung und Beifall.)

Nach volkswirtschaftlichen Einsichten müssen wir bei der derzeitigen Konjunkturlage und der die Stabilität gefährdenden Einflüsse von außen und innen nicht nur einen ausgeglichenen Bundeshaushalt gewährleisten, sondern es wäre sinnvoll, zu einer antizyklischen Haushaltspolitik zu kommen, und durch Stilllegung von Geldmitteln die Harmonie von Angebot und Nachfrage herzustellen und damit Preisauftriebendenzen entgegenzuwirken.

(Beifall.)

Das ist auch der Grund, warum die Aufstellung langfristiger Haushaltspläne immer mehr zu einem zwingenden Gebot wird.

(Beifall.)

Ich weiß aus reicher Erfahrung, daß Mahnungen nicht gern gehört werden, und ich bin mir bewußt, auch hier manches gesagt zu haben, was Ihnen nicht ganz wohl in den Ohren klingen mag; aber, meine Damen und Herren, wenn wir die Wahl 1965 gewinnen wollen, und wenn Sie mir damit auch ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung aufbürden, dann müssen wir eben zu dieser inneren Besinnung durchstoßen. Das ist wichtiger, daß das Ergebnis dieses Parteitags ist, als nur Resolutionen mit Forderungen dieser und jener Art. Es gilt, unsere Grundhaltung wieder zu festigen und deutlich zu machen, daß wir im letzten eine weltanschauliche Partei sind.

(Starker Beifall.)

Gerade unter Freunden also kann ich nicht darauf verzichten, es immer wieder auszusprechen, daß uns die Stabilität von Wirtschaft und Währung höchste Verpflichtung sein muß; denn das ist die Grundlage der sozialen Sicherheit, der Ordnung und Festigkeit unseres Staats und Gemeinwesens und die Bürgschaft für eine glückliche Zukunft. Wie lautstark auch immer vom Gruppeninteresse her Forderungen gestellt werden – der Bürger will unter geordneten und gesicherten Umweltbedingungen leben. Wenn wir so handeln, dann haben wir auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl alle Argumente für uns und die besten Trümpfe in der Hand, denen gegenüber jeder Versuch, das deutsche Volk in demagogischer Weise in Verwirrung und Verirrung und damit in innere seelische Not zu stürzen, zum Scheitern verurteilt ist.

Diejenigen laden größte Schuld auf sich, die Brot versprechen, aber nur Steine geben.

(Zustimmung und Beifall.)

Natürlich kann es im Rahmen dieser Übersicht nicht meine Aufgabe sein, mich mit speziellen Fragen der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik zu befassen, so sehr sich die Bundesregierung auch bewußt ist, wie wichtig und notwendig auf diesem Felde Reformen sind.

Ein gleiches gilt für den weiten Bereich der Sozialpolitik. In meiner Regierungserklärung habe ich dargelegt, daß die Bundesregierung alles tun werde, um das weite Feld der sozialen Leistungen und Maßnahmen in seiner Gesamtheit und in seinen vielseitigen Verflechtungen überschaubarer zu machen, um auf solche Weise die Voraussetzungen für eine ‚Sozialpolitik aus einem Guß‘ zu schaffen. Die Vorbereitungen zur Durchführung einer Sozialenquete stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Es bedeutet auch keine Kritik an der bisherigen Sozialpolitik im ganzen, wenn ich es für dringend erforderlich halte, den Gesamtbereich unserer Leistungen, Maßnahmen und Möglichkeiten transparenter werden zu lassen; vielmehr möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen, daß wir, gerade die CDU/CSU, nicht den geringsten Anlaß haben, das gewaltige soziale Aufbauwerk seit Kriegsende schmälern oder schmähen zu lassen.

(Beifall.)

Der Leistungswille und der Gemeinschaftssinn eines ganzen Volkes haben auch auf diesem Felde zu eindrucksvollen Ergebnissen geführt. Sie mußten im einzelnen gegen den erbitterten Widerstand der Opposition und mancher Interessengruppen erkämpft werden.

In der materiellen Ausgestaltung unserer Sozialpolitik findet der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft Bestätigung und Rechtfertigung zugleich.

Wir haben mit dem politischen und wirtschaftlichen Aufbau in der Bundesrepublik das Fundament für eine soziale Ordnung gelegt, die sich auch im Weltmaßstab sehen lassen kann. Den deutschen Arbeitnehmer schützt eines der besten sozialen Systeme gegen die Fährnisse des Lebens. Bleiben wir aber weiter dessen eingedenk, daß die Sozialpolitik immer nur als Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik gesehen, gewertet und gehandhabt werden darf!

Wir lassen uns in diesem Zusammenhang besonders auch die Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand angelegen sein. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll das Schwergewicht der Sparförderung, deren Vorteile in der Vergangenheit eher den einkommensstarken Bevölkerungsschichten zugute kamen, dergestalt verlagert werden, daß die begünstigungsfähigen Sparbeträge in erster Linie der Vermögensbildung einkommensschwächerer Volkskreise nutzbar gemacht werden. Auch werden wir unsere Privatisierungspolitik fortsetzen und ein weiteres Unternehmen in die Hände unterer und mittlerer Einkommensbezieher überführen.

Mehr und mehr, das heißt mit steigendem Wohlstand, muß unsere Sozialpolitik auf das gesellschaftspolitische Ziel ausgerichtet sein, den einzelnen Menschen zu mehr Mündigkeit und Eigenverantwortung hinzuführen. Wir haben uns für die Ordnung einer freien Gesellschaft entschieden, weil sie unserem Bild vom Menschen, von seinen Pflichten und Rechten in der Gemeinschaft entspricht.

Diese These findet nicht zuletzt auch in unserer Familienpolitik sichtbaren Ausdruck. Was wir für unsere Familien tun – oder auch nicht tun –, prägt geistig, sittlich und materiell die kommenden Generationen unseres Volkes.

(Beifall.)

In einer Zeit, in der alle Bereiche mehr und mehr von rationaler Zweckmäßigkeit und von praktisch Nützlichem bzw. materiell Brauchbarem beherrscht werden, ist die Familie die letzte Lebenseinheit, in der sich der Mensch als ungeteilte Einheit entfalten kann. Wenn dem Staat naturgemäß nicht allein oder auch nicht in erster Linie die Sorge um das Schicksal der Familie obliegt, so wird er sich doch stets seiner hohen Verantwortung bewußt sein müssen. Der weitere Ausbau des Familien-Lastenausgleichs wird auch in Zukunft ein besonderes Anliegen der Regierung sein.

Mit dieser Frage eng verbunden ist unsere Haltung zu der Jugend in unserem Volke. In materieller Beziehung hat unsere Politik dahin geführt, daß noch zu keiner Zeit in der deutschen Geschichte die jüngere Generation über so viele und große Chancen einer freien und verantwortlichen Entfaltung ihrer Kräfte verfügte wie heute. Aber ich bin mir bewußt, daß das allein nicht ausreicht, ja sogar gefährdet wäre, wenn nicht in allen Bereichen der Formung und Erziehung unserer Jugend, der Bildung und Weiterbildung von der Schule bis hin zum Beruf, Staat, Gesellschaft und Gemeinschaft in mannigfaltigen Formen bereit sein würden, den werdenden Menschen helfend und auch heilend zur Seite zu stehen.

Wir können uns über die Anerkennung, die unsere Jugendförderung in Europa und in der freien Welt findet, freuen. Wir wünschen uns eine Jugend, die Freiheit nicht nur als ein selbstverständliches Geschenk hinnimmt, sondern die die Freiheit unserer Lebensordnung als eine Aufgabe und Verpflichtung begreift.

(Beifall.)

Wir wollen eine Jugend heranwachsen sehen, die – in sich gefestigt – keiner Frage, keiner Anforderung und auch keiner Herausforderung ausweicht und mit wachsendem Verstand und sicherem Gefühl stets für Recht einzutreten bereit ist.

Ich kann an dieser Stelle nicht darauf verzichten, auch den Soldaten anzusprechen. Es war unsere Partei, die gegen heftigste Widerstände – denken Sie an das „Ohne mich“ – als erste dafür eintrat, daß das Bekenntnis zur Gemeinschaft der freien Welt auch die Bereitschaft erfordert, zur Verteidigung der Freiheit einen Beitrag zu leisten.

(Lebhafter Beifall.)

Daß diese unsere Auffassung in der Bundesrepublik durchdringen und in die Tat umgesetzt werden konnte, ist zuletzt dem ganzen Volk zu danken. Eine besondere Anerkennung aber gebührt der Jugend selbst, die sich zu einem auch mit persönlichen Opfern verbundenen Dienst zur Bewahrung der Freiheit unseres Landes verpflichtet fühlt.

(Beifall.)

Und so wie unsere Soldaten durch ihre Einsatzbereitschaft ein Bekenntnis zu Staat und Gesellschaft ablegen, so wollen auf der anderen Seite auch wir uns für Staat und Gesellschaft zu unseren Soldaten bekennen.

(Starker Beifall.)

Unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen finden sichtbar auch in der Wohnungsbaupolitik Ausdruck. Von den 7,3 Millionen Wohnungen, die in den letzten 15 Jahren in der Bundesrepublik gebaut wurden, entfielen 3,8 Millionen auf den Sozialen Wohnungsbau, und dazu wurden 2 Millionen Eigenheime erstellt. Auch auf diesem Felde werden wir die Eigentumbildung in privater Hand noch stärker als bisher in den Vordergrund rücken. Besonders wollen wir hier gerade den kinderreichen Familien und auch alten Menschen helfen, über ausreichenden und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Wohnraum zu verfügen.

(Beifall.)

Diese Aufgaben können nicht ohne Mitwirkung der unternehmerischen Wohnungswirtschaft bewältigt werden, und deshalb muß die Stellung der Wohnungswirtschaft, insonderheit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, neu bestimmt werden.

Immer deutlicher erkennbar wird auch die Notwendigkeit eines Gesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen, das seitens der Bundesregierung vorbereitet wird. Hier geht es darum, unsere Städte und Dörfer so zu gestalten, daß sie den heutigen und künftigen Anforderungen in kultureller, sozialer, gesundheitlicher, wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Hinsicht entsprechen.

(Beifall.)

Mit diesen Fragen steht in engem Zusammenhang und von nicht minderem Rang eine umfassende Raumordnungspolitik, die sowohl den Anliegen der Landwirtschaft wie auch den Notwendigkeiten von Industrie und Gewerbe gerecht wird. Nicht nur die Dinge stoßen sich im Raume, sondern auch die Menschen rücken immer enger aneinander. Daraus ergeben sich spezielle Probleme soziologischer und vor allem verkehrspolitischer Art. Es sind damit Fragen einer sinnvollen Siedlungsstruktur und gesundheitspolitischer Probleme und noch weitere Aufgaben bedeutsamer Art angesprochen.

Daß die Lösung des Verkehrsproblems – um ein Beispiel zu nennen – Tag für Tag mehr an Bedeutung gewinnt, ist weder zu übersehen noch zu überhören. Das deutsche Volk erwartet, daß zum Nutzen der Allgemeinheit auch auf diesem Felde rasche und sachgerechte Entscheidungen getroffen werden. Die Dynamik des Geschehens zwingt zu

schnellem Handeln. Wir werden phantasie- und einfallsreich sein müssen, um vielleicht auch nur zu Improvisationen zu kommen, die geeignet sind, akute Schwierigkeiten und Spannungen zu beseitigen.

Dabei kann sich die Bilanz über die Leistung der Bundesregierung auf dem Gebiete des Verkehrs sehen lassen. Tatsächlich ist Gewaltiges vollbracht worden. Aber das kann und soll uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß eben doch nicht genug getan worden ist. Die Aufwendungen für den Straßenbau, in denen wir nach den Vereinigten Staaten und Kanada den dritten Platz in der Welt einnehmen und vergleichsweise mehr Mittel aufwenden als unsere 5 EWG-Partner zusammen, werden für die kommenden Jahre eine erhebliche Ausweitung erfahren müssen; denn der Kraftwagenbestand als Symptom und fast Symbol der wirtschaftlichen Blüte und des Wohlstandes unseres Landes steigt steil an.

Besondere Sorge bereitet auf diesem Gebiet der Verkehr innerhalb der Städte selbst. Auch hier zeigt sich wieder, daß der Straßenbau eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die ein enges Zusammenarbeiten zwischen Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden zwingend erforderlich macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es zutreffen sollte, daß die SPD im Wahljahr 1965 bei im einzelnen unvermeidlichen Verkehrsstörungen im Urlaubsverkehr Schilder aufstellen will mit dem Slogan: „Daß Sie hier warten müssen, verdanken Sie der CDU“, dann werden wir dem mit Recht entgegenhalten und entsprechend plakatieren: „Daß Sie ein Auto besitzen und fahren können, verdanken Sie der CDU“.

(Sehr starker, lebhafter Beifall.)

Diese und andere Fragen werden von der Opposition in grober Entstellung der Tatbestände zu Propagandazwecken mißbraucht. Die Ausgeburt einer solchen Entartung aber war wohl die Aussage eines sozialdemokratischen Sprechers, daß die Bundesregierung durch die Vernachlässigung des Straßenbaus die Schuld an den vielen Verkehrstoten trage.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Die Schamlosigkeit einer solchen Behauptung kann nicht drastisch genug nicht nur in Deutschland, sondern vor aller Welt vor Augen geführt werden.

(Starker Beifall.)

Diese Sorgen auf dem Verkehrsgebiet sind wiederum das Ergebnis einer freiheitlich-expansiven Wirtschaftspolitik, die zu ungeahnten Erfolgen geführt hat und damit fast zwangsläufig auch Spannungen auslöst. Autos sind eben schneller und leichter als Straßen zu bauen!

Wohl der Aufzählung, aber nicht dem Rang nach, gebieten es Gerechtigkeit und Menschlichkeit, ein Wort des Dankes und der Anerkennung an die Vertriebenen und Flüchtlinge zu richten. Sie alle haben trotz mancher seelischer Bedrückung einen erheblichen Anteil nicht nur am Aufbau unserer Wirtschaft; sie erwiesen sich zudem als ein verlässliches Element der politischen Einsicht und Tragkraft. Die Eingliederung ist trotz aller Erfolge gewiß noch nicht abgeschlossen. Besonders der

aus heimatlicher Bindung und Besitz entwurzelte Mittelstand verdient unsere Aufmerksamkeit und Förderung. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit habe ich während meiner Amtszeit dem zweiten Fünfjahresplan zur Eingliederung vertriebener und geflüchteter Bauern zugestimmt. Er belastet die öffentliche Hand mit erheblichen Ausgaben. Dazu haben wir die schnellere Auszahlung der Hauptentschädigung durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen und durch eine Erweiterung des Vorfinanzierungsvolumens möglich gemacht. Einer Verbesserung des Entwurfs eines Beweissicherungsgesetzes für Schäden in Mitteldeutschland und einer würdigen Ausgestaltung des Selbständigenzuschlags habe ich meine Zustimmung gegeben. Ich werde jede vertretbare Maßnahme fördern, die dazu beiträgt, den Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegssachgeschädigten zu helfen. Es kommt auch in Zukunft darauf an, mehr zu handeln als zu reden.

(Beifall.)

Vor allem geht es auch darum, daß die deutschen Menschen es mitempfinden und diese Haltung über Interessentengruppierungen hinaus in den Parteien sichtbar werden lassen, daß sie für die nationalpolitisch so wichtige Aufgabe um der Gerechtigkeit willen ihre eigenen Ansprüche etwas zurückstecken bereit sind. Das ist der edelste Sinn einer Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde! Ich komme zum Schluß: Ein Parteitag, und vor allem der der CDU, darf sich nicht schlechthin im Angriff gegen die Opposition erschöpfen, so sehr die SPD das auch verdient und herausgefordert hat.

(Beifall.)

Wir wissen, daß bei der SPD auf das Kommando „Stillgestanden“ in Partei und Fraktion jede Bewegung erstarrt;

(Erneuter Beifall)

aber das eben widerspricht der freiheitlichen Gesinnung, die das Gewissen und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit wachhält.

So, wie seinerzeit die Sozialdemokratie restlos versagt hat, kann sie auch heute keine Glaubwürdigkeit finden, das Morgen besser bewältigen zu können. Wir können es, wir, die junge Partei der CDU, die unbelastet von dem verstaubten Plunder ideologischer Bindungen in tragischer Stunde das Herz hatte, für das deutsche Volk einzustehen. Es ist nicht auszudenken, was über uns alle gekommen wäre, wenn die Dogmen der Sozialisten mit ihrem abgrundtiefen Pessimismus das deutsche Schicksal bestimmt hätten. Die äußere Wandlung, die sie vollzogen hat, ist nicht Ausdruck ihrer Läuterung. Die SPD stand unter dem Zwang, nach den Erfolgen unserer Politik entweder unterzugehen oder zu kapitulieren. Sie hat kapituliert.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Besinnen wir uns auf uns selber, daraus fließt unsere Kraft. Dem bloßen „Anti“ ist ein „Pro“ entgegenzusetzen. Aber das eben bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß wir für die Lauterkeit eines

menschlichen und politischen Bekenntnisses, für die Freiheit unseres Volkes, für die Verantwortung und die Bezeugung des Gewissens streiten wollen für jeden einzelnen Staatsbürger.

Die CDU muß die Brücke schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Sie muß kämpferisch sein, ja, rücksichtslos gegenüber Engstirnigkeit und Krähwinkelei. Vor allem aber hat sie die Pflicht, unsere beste Tradition, unsere christlichen Bindungen, mit dem zu verbinden, was wir in einem guten Sinne fortschrittlich und weltauftgeschlossen nennen.

(Beifall.)

Wir sind eine soziale Partei, aber wir sind alles andere als eine sozialistische Partei.

(Erneuter Beifall.)

Wir sind die Partei der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der freien Unternehmerschaft und nicht zuletzt der freien und der geistigen Berufe. Ihre Sorgen und ihre Hoffnungen sind die unseren. Das war meine Politik in der Vergangenheit, und so wird es bleiben.

Wir sind eine junge Partei – ich sage es noch einmal –, und wir müssen uns diese Jugend bewahren. Das bedeutet, der Dynamik der Zeit gerecht zu werden, ihr nicht zu erliegen, sondern sie zu gestalten. Das ist der Auftrag an Sie, an mich und an uns alle in dieser Stunde. Rüsten wir uns also für den Kampf, rüsten wir uns für den Sieg der Christlich Demokratischen Union.

(Langanhaltender stürmischer Beifall. – Die Delegierten erheben sich. – Bundeskanzler Professor Dr. Erhard wird vom Präsidium beglückwünscht.)

Präsident DICHTEL:

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wir haben die große Veränderung erlebt, die sich zwischen dem letzten Parteitag in Dortmund und dem heutigen Parteitag dadurch ergeben hat, daß Sie, Herr Bundeskanzler, Ihr Amt von Ihrem Vorgänger übernommen haben. Sie haben soeben in einer Zwischenbilanz – um mit Ihren eigenen Worten zu reden – uns gesagt, was geleistet worden ist. Sie haben aber auch ebenso deutlich gesagt, was noch geleistet werden muß. Wir dürfen Ihnen für Ihre Ausführungen herzlichst danken.

(Lebhafter Beifall.)

Aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers Professor Erhard, aus den Ausführungen des Sprechers der Fraktion und aus dem gestern erstatteten Rechenschaftsbericht ergibt sich für uns folgendes: Wir sollten in dieser Stunde noch einmal der besonderen Leistung unseres hochverdienten Bundeskanzlers Dr. Adenauer gedenken und ihm für seine einmalige geschichtliche Leistung danken, die er nach dem zweiten Weltkrieg für das deutsche Volk vollbracht hat.

(Anhaltender stürmischer Beifall. – Die Anwesenden erheben sich.) Sie wissen, daß ich aus dem Grenzland am Oberrhein komme. In diesem Gebiet hat in den verflossenen Jahrhunderten der Krieg immer zuerst begonnen und zuletzt geendet. Dieses Gebiet, das unendliche

Opfer gebracht hat, dankt Ihnen, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, mit Ihren Mitarbeitern dafür, daß sie die Wende in den deutsch-französischen Beziehungen herbeigeführt haben, und daß wir heute mit einem Land, das wir früher als Erbfeind bezeichnet haben, in Freundschaft leben. Wir danken Ihnen für alles das, was Sie dieser Landschaft gegeben haben.

(Beifall.)

Wir denken auch noch daran, daß Sie mit Ihrem Rheinvertrag die Schlingenlösung ermöglicht haben. Gerade wir in unserer Grenzlandschaft können Ihnen dafür nicht genug dankbar sein.

Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler Professor Erhard, haben sich heute morgen in dieser Stunde zur deutsch-französischen Freundschaft bekannt, die die Grundlage eines geeinten Europas darstellt. Auch dafür möchten wir Ihnen herzlichst danken.

(Beifall.)

Wir danken Ihnen aber auch, Herr Bundeskanzler Professor Erhard, daß Sie dabei den Blick für ein größeres Europa uns aufgezeigt haben, und wir danken Ihnen ebenso für Ihr Bekenntnis zur deutschen Einheit in Freiheit.

(Beifall.)

Nun darf ich Ihnen abschließend herzlich danken dafür, daß Sie seinerzeit mit Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer die Weichen ihrer Sozialen Marktwirtschaft gestellt haben, denn darüber dürften sich alle einsichtigen Menschen in der Zwischenzeit klar geworden sein: ohne diese Weichenstellung hätten wir diesen Wohlstand nicht erlebt.

(Beifall.)

Wäre es seinerzeit so gegangen, wie es sich die Planwirtschaftler der SPD dachten, wäre dieser große Aufschwung in Deutschland nicht erzielt worden. Und zum Schluß, und damit möchte ich schließen, danken wir Ihnen, insbesondere, daß Sie sich zum Hüter der Währung, zum Hüter der Kaufkraft machen wollen. Und wenn Sie auf diesem Gebiet marschieren, dann darf ich Ihnen versichern, wir werden als gute, treue Freunde und Gefolgschaftsleute hinter Ihnen stehen.

(Beifall.)

Präsident Dr. KLEPSCH:

Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Aussprache über die beiden Referate des Vormittags eintreten, gebe ich das Wort zu einer Begrüßungsansprache an den Abgeordneten Dr. dal Falco von der Democrazia Christiana Italiens, unserer größten Schwesterpartei in Europa.

(Beifall.)

Ich darf schnell noch ansagen, daß jetzt die Sammlung für die Freundschaftsbrücke Berlin im Plenum stattfindet.

(Beifall.)

Abgeordneter LUCIANO DAL FALCO, Leiter des Sekretariats für Europäische Angelegenheiten der Democrazia Christiana:

Herr Präsident! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Es ist für mich eine große Ehre und eine große Freude, Ihnen, liebe Freunde der CDU, die besten und die herzlichsten Grüße der italienischen Democrazia Christiana zu überbringen sowie von deren politischem Sekretär Abgeordneten Mariano Rumor. Die Democrazia Christiana ist, wie Sie alle wissen, in einem schweren Kampf zur Erlangung der Zustimmung des italienischen Volkes, die demokratischen Institutionen immer mehr zu verstärken, um somit den Kommunismus an die Grenzen des sozialen Lebens zu verweisen.

Als vor zwei Jahren auf dem Nationalkongreß der Democrazia Christiana in Neapel beschlossen wurde, einen Versuch der Begegnung mit der Sozialistischen Partei Italiens zu machen, blieb Voraussetzung, eine radikale Alternative dem Kommunismus gegenüberzustellen. Heute wissen die Italienische Sozialistische Partei sowie die Democrazia Christiana genau, daß das Endurteil über dieses Experiment in genau abgemessenen Grenzen gegenüber dem Kommunismus festzulegen ist. Wenn wir die Probleme von neuem berücksichtigen, dann darf ich im Namen meiner Partei behaupten, die italienische Democrazia Christiana wird immer dieselbe bleiben. Das heißt, die Democrazia Christiana von Alcide de Gasperi. Wenn wir das gemeinsame politische Gut berücksichtigen, daß alle europäischen christlichen Demokraten in einem ganz besonderen Punkt charakteristisch sind, nämlich in der Verpflichtung, die uns auferlegt ist, unserem alten Kontinent eine genaue Richtlinie zu erteilen: Politische europäische Einigung und nicht nur wirtschaftliche Einigkeit, die aus unserem Kontinent eine Wirklichkeit machen soll, mit einer eigenen Physiognomie und einer eigenen Persönlichkeit, die jedoch in der Allianz und in der Solidarität mit den Vereinigten Staaten ihren Mittelpunkt haben soll.

Wir sind gegen ein neutralistisches Europa, wir sind aber für ein Europa der Völker, freie und demokratische, die ihrem Schicksal in der Zukunft vertrauen.

Liebe Freunde der CDU! Ich beende diesen kurzen Gruß, indem ich den besten Dank für die Gelegenheit zum Ausdruck bringe, die mir hier geboten wird, Ihnen aus ganzem Herzen zu zeigen, wie wichtig uns unsere gemeinsame politische Arbeit ist, die wir alle fortsetzen wollen, um unsere Anwesenheit in der Welt zu bekräftigen.

(Lebhafter Beifall.)

Alle Christlichen Demokraten haben in dem dramatischen Moment der Berliner Krise ohne jeglichen Unterschied genau verstanden, daß wir uns alle im gleichen Boot befanden, daß wir alle den gleichen Feind gegenüber hatten, daß uns alle das gleiche Schicksal erwartete. Wir sind alle voller Zuversicht, daß die Stunde der Christlichen Demokraten nach wie vor in Europa triumphieren wird.

Im Namen der Democrazia Christiana wünsche ich Ihnen allen eine gute Arbeit und viel Glück für die CDU.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. KLEPSCH:

Wir danken Herrn Dr. dal Falco für die freundlichen Worte der Begrüßung und die wertvollen Mitteilungen, die er uns ins Bewußtsein gerufen hat. Wir wünschen der Democrazia Christiana bei ihrem Kampf gegen den Kommunismus, bei ihren Bemühungen, zur europäischen Einigung beizutragen, bei der Sorge, das Erbe Alcide de Gasperis zu wahren, viel Erfolg. Wir hoffen sehr, daß die hier angesprochene Einheit und die Einigungsbemühungen der christlichen Demokratischen Parteien Europas von Erfolg begleitet sind. Herzlichen Dank unseren Freunden aus Italien. (Beifall.)

Ich darf nun die Diskussion zu den beiden großen Referaten des Vormittags eröffnen und darf als erstem das Wort geben, Herrn Präsidenten Friedensburg, Delegiertem der Exil-CDU. – Als zweiter wird zu uns sprechen Herr Ministerpräsident Kiesinger.

Aussprache

Professor Dr. FRIEDENSBURG (Exil-CDU):

Meine lieben Freunde! Ein Parteitag ist nicht nur ein Bekenntnis, ist auch nicht nur eine Rechenschaftsablegung über das, was wir soeben aus dem Munde unserer Freunde Barzel und Erhard in so überzeugender Form gehört und mit Dankbarkeit und Hochachtung empfangen haben, ein Parteitag ist auch ein Versuch, sich auf neue Verantwortungen und Verpflichtungen zu besinnen, die im Wesen unserer Partei liegen und die vielleicht bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

Gestatten Sie einem der ältesten Delegierten unter Ihnen, daß er an einige Lücken in unserer bisherigen Arbeit erinnert. Wir haben gestern mit großer Freude und Befriedigung von unserem Bundesvorsitzenden und Altbundeskanzler die Erinnerung an das C in unserem Namen, an den christlichen Charakter unserer Bewegung gehört, und sind sehr dankbar gewesen, in welcher begeisternden Form unser österreichischer Freund Gleissner diesen Gedanken hier unterstrichen hat. Aber es wäre – meine ich – doch schlimm um uns, wenn wir uns verhehlten, daß gerade in der Verwirklichung dieses „C“, in der Verwirklichung dieses unseres Wappenschildes, noch reichlich viel zu wünschen übrig bleibt.

Ich habe vor kurzem den Besuch eines christlichen Politikers aus dem Auslande gehabt, der mich fragte: Wo ist denn eigentlich nun der christliche Charakter des Staates, den ihr 15 Jahre aufgebaut habt? – Ich habe ihn darauf verwiesen – ich meine überzeugend verwiesen –, daß eigentlich alle großen Entscheidungen dieser 15 Jahre, insbesondere die großartigen sozialen Fürsorgetaten, die deutsch-französische Verständigung und Aussöhnung, die bessere Verteilung des Einkommens – um nur das Wichtige zu nennen –, ohne das christliche Gedankengut als Ordnungskraft in diesem Staat nicht zustande gekommen wären. Aber er hat mich dann auf manche andere Erscheinungen verwiesen, an die wir nicht gerne denken und über die wir in der Politik auch nicht gerne sprechen, die aber doch einmal besonders von

jemandem ausgesprochen werden müssen, der nicht verdächtig ist, reaktionär oder klerikaler Mucker zu sein. Er hat mich verwiesen auf das Vordringen der „striptease“-Kultur, auf das Vordringen der jugendzersetzenden Zeitschriften und Zeitungen, er hat verwiesen auf die Tatsache, daß jetzt Bücher gedruckt, Filme vorgeführt und Theater- vorstellungen gezeigt werden, die uns noch vor zehn Jahren als völlig unmöglich für die Öffentlichkeit gegolten hätten. Und er hat darauf verwiesen, daß das auch nicht ohne Wirkung zu sein scheine in der Form von Roheitsdelikten, zum Teil scheußlicher Art in unserer Jugend, und er hat darauf verwiesen, daß wir hier doch wohl noch ein weites Feld hätten, unseren christlichen Gedanken zur Geltung zu bringen.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Man geht an diese Dinge nicht gerne heran; man steht allzu leicht im Rufe, gegen die notwendige Freiheit des Individuums zu handeln und zu sprechen, und auch ich gehe nicht gerne daran. Es muß aber einmal in unserem Kreise gesagt werden: daß sich hier Schäden in unserem Gemeinschaftsleben reißend ausbreiten, die uns auf die Dauer schwer zu schaffen machen können.

Ich rufe nicht nach Polizei und Staatsanwalt; wir wissen, wie wenig diese vermögen gegen solche Erscheinungen. Ich schreie auch nicht wehe über eine Jugend, die nicht schlechter, wenn vielleicht auch nicht besser ist als Generationen vorher; aber es tut mir leid um diese Jugend, meine lieben Freunde. Es muß uns allen leid tun, wenn ihnen eines der schönsten und kostbarsten Geschenke, das ein gütiger Schöpfer gewährt hat, nämlich die Beziehung zwischen Mann und Frau, allmählich in dieser Weise verkehrt und herabgewürdigt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Das geht uns alle an! Denn das kann nicht anders sein, als daß man kein rechtes Vertrauen zu einer christlichen Partei hat, die so kraftvoll die Verantwortung für diesen Staat und für das Gemeinschaftsleben übernimmt und die eine Zunahme dieser bedenklichen Erscheinungen – nun, ich will nicht sagen duldet, aber die jedenfalls nichts Rechtes dagegen zu tun weiß.

Mir liegt als Mitglied der Exil-CDU und als altem Berliner Bürgermeister auch deshalb so viel daran, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, weil wir hier einen der Hauptangriffspunkte der kommunistischen Agitation gegen unseren Staat sehen. Machen wir uns nichts vor: das ist ein Angriffspunkt, der nicht ohne Wirkung bleibt. Wer mit Freunden drüben spricht oder von ihnen vertrauensvolle Nachrichten bekommt, der weiß, wie sie anfangen, gelegentlich irre zu werden an einem Staate, dessen Wohlstandswunder widerstandslos diese Auswüchse hinnimmt. Man verweise uns auch nicht darauf, daß nach der Unfreiheit der Hitlerzeit wir naturgemäß ein gewisses Überschlagen nach der anderen Seite hinnehmen müßten.

Meine Freunde, denken wir daran, daß die Hitlerzeit nicht von ungefähr gekommen ist, und so viele Ursachen Sie dafür anführen mögen,

daß so etwas möglich gewesen ist – eine der wichtigsten Ursachen ist die Tatsache gewesen, daß die Weimarer Republik nicht zu wenig, sondern zu viel Freiheit gegeben hat und nicht rechtzeitig gegen Auswüchse aufgetreten ist, die dann die willkommene Grundlage für die Agitation gegen den demokratischen Staat abgegeben haben.

(Lebhafter Beifall.)

Wir sollten deshalb als eine christliche Partei oder vielmehr, wir sollten als Männer und Frauen in einer christlichen Partei uns nicht verdrießen lassen, an diese guten alten, meinerwegen ein wenig altbackenen Tugenden zu erinnern, ohne die auf die Dauer keine Gemeinschaft existieren kann: die Tugenden der Sauberkeit, der Wahrhaftigkeit, der Ehrlichkeit, der Pflichttreue und aber auch des Fleißes, auf den ich als zweiten Punkt hinweisen möchte.

Unser Bundeskanzler Adenauer hat hier vieles schon ausgesprochen, was hierzu ausgesprochen werden muß. Wenn wir Christen sein wollen, dann dürfen wir das alte Wort *ora et labora, bete und arbeite*, nicht zu gering achten.

Meine lieben Freunde! Eine christliche Lebensgemeinschaft setzt auch arbeiten voraus; und wir erleben um uns herum eine Entwicklung, bei der die Menschen bei immer weniger Arbeit immer besser leben wollen. Auch das ist ein Punkt, der uns ernste Sorgen einflößen sollte.

Gewiß sind wir stolz darauf, daß hinter dem arbeitenden Menschen heute nicht mehr die Hungerpeitsche steht – das ist etwas, was wir erreicht haben; gewiß sind wir stolz darauf, daß der Familienvater nicht wötmöglich sogar mit seinen Familienangehörigen um sein nacktes Leben ringen muß in seiner Arbeit; aber es ist eine sehr gefährliche und zugleich auch für den Arbeiter, für den arbeitenden Menschen, außerordentlich bedauerliche Entwicklung, wenn die Arbeit immer mehr als ein Übel erscheint, das man möglichst einzuschränken habe, zumal wir nichts Gutes an seiner Stelle zu bieten wissen.

Meine Freunde! Wir alle haben einmal in der Schule gelernt, daß das gewaltige Römische Reich zugrunde gegangen ist, weil der Grundsatz des *panem et circenses* – Brot- und Zirkusspiele – immer mehr die Menschen beherrscht hat.

Wir wollen uns nicht verhehlen, daß Renten und Freizeit die gleichen Begriffe für dasselbe Ding sind, und sollten uns klar sein, daß so wie damals die Erben, die unsere Zivilisation übernehmen wollen, vor der Tür stehen, wenn wir müde und lässig werden.

Unser Bundeskanzler Erhard hat das Notwendige zu den wirtschaftlichen Folgen gesagt. Lassen Sie es mich noch vom Ethischen her begründen:

Es tut mir um den arbeitenden Menschen leid, wenn ein so wesentlicher und durch die Jahrtausende hindurch so wertvoller Teil seiner Existenz, wie ihn die Arbeit nun einmal darstellt, seinen Wert verliert.

Endlich möchte ich noch an eine andere Notwendigkeit erinnern: Wir sollten uns – und hier erinnere ich auch an das, was unser Bundeskanz-

ler Adenauer bei einem früheren Parteitag ausgeführt hat – auf den vaterländischen, den nationalen Charakter unserer Arbeit öfter und deutlicher besinnen.

Wir haben, glaube ich, hierin bisweilen etwas zu viel des Guten getan. Gewiß steht es uns Deutschen recht an, wenn wir nach dem, was geschehen ist, bescheiden geworden sind; aber bisweilen habe ich den Eindruck, daß man mit dieser Bescheidenheit geradezu ein wenig kokettiert und daß man mit dieser Bescheidenheit die Scheu vor der Verantwortung, die Scheu vor dem Einsatz verheimlicht, und sich selbst betrügt. Meine lieben Freunde! Seien wir uns klar darüber: Die Welt erwartet von uns eine andere Haltung. Wir sind nicht mehr so klein und schwach, wie wir uns selbst gerne sehen wollen. Wir haben Mitverantwortungen, denen wir nicht ausweichen dürfen und zu denen wir uns stärker, als es vielfach geschieht, in der praktischen Arbeit bekennen sollten.

Es ist tragisch für unser Volk, daß wir zur Verwirklichung unserer nationalen Wünsche wiederum Unruhe in die Welt bringen müssen, in die Welt, die Ruhe wünscht; tragisches Schicksal, weil eine sogenannte deutsche Regierung an diesem Zustand schuld ist; aber wir können dieser Verantwortung nicht ausweichen.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir ein Wort zu der viel besprochenen Passierscheinfrage. Ich glaube, Sie werden sich in der praktischen Arbeit, bei den Wahlen und sonstwo mit unserer sozialdemokratischen Opposition immer wieder darüber auseinandersetzen müssen.

Meine Freunde! Keiner von uns, der sich zum christlichen Gedanken bekennt, wird der Verantwortung für eine humanitäre Regelung ausweichen dürfen; aber ein Arzt, meine Freunde, der einem Kranken ein Erleichterungsmittel für kurze Zeit gewährt, obwohl er weiß, daß er mit diesem Erleichterungsmittel auf die Dauer die endgültige Genesung aufschiebt oder gar verhindert, handelt gewissenlos,

(Lebhafter Beifall)

und das ist die Rolle, in die uns die andere Seite, die kommunistische Seite hat hineindrängen wollen. Natürlich kommt es ihr nicht auf die humanitäre Seite an. Dann könnte sie das Ganze mit so vielen leichten Maßnahmen sofort regeln. Es kam ihr darauf an, uns den Köder der Erleichterung für kurze Zeit vorhalten, damit wir die endgültige Genesung aufhalten und sie unter Umständen ganz unmöglich machen. Wir haben auch das unter dem Gesichtspunkt unserer nationalen Pflicht zu vertreten. Sicherlich ist es zunächst der Gedanke an die siebzehn Millionen Deutschen drüben, wenn wir für die Wiedervereinigung eintreten; aber ein großes Volk, wie es die Deutschen nun einmal sind, hat auch das Recht auf nationale Einheit in seinem Staat, in dem alle leben dürfen, die sich dazu bekennen.

(Zurufe: Bravo! – Lebhafter Beifall.)

Es wäre kein Fehler, wenn wir das stärker als bisher zum Ausdruck bringen wollten.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Meine Freundel Lassen Sie mich damit schließen, daß ich Ihnen von einem sehr schmerzlichen Erlebnis berichte, das ich vor kurzem in einer großen Studentenversammlung hatte:

In einer unserer schönen deutschen Universitäten waren etwa ein-tausend junge Leute im Auditorium maximum zusammen und hörten sich die Diskussion zwischen einigen führenden Politikern an. Als einer dort das Wort vom Ethos in der Politik sprach, brach allgemeines Gelächter aus, eine schreckliche Warnung und Mahnung, daß wir das Ethos in der Politik nicht genügend zum Ausdruck bringen.

Wir rufen nicht nach neuen Institutionen und neuen Satzungen. Wir rufen dazu auf, daß sich jeder einzelne in der Politik darum bemüht, ein guter Christ, ein guter Deutscher und natürlich auch ein guter Europäer zu sein. Nur dann, wenn wir das miteinander zu erfüllen wissen, erfüllen wir unsere Aufgabe.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. KLEPSCH:

Wir danken Herrn Präsident Friedensburg. – Das Wort hat nun Herr Ministerpräsident Kiesinger.

(Der Redner wird mit starkem Beifall empfangen.)

Ministerpräsident KIESINGER, Baden-Württemberg:

Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreundel Ich komme aus einem wichtigen Vorhutgefecht der Bundestagswahl des Jahres 1965, das schon ganz munter im Gange ist. Deswegen war es mir auch nicht möglich, bei den Verhandlungen des ganzen Bundesparteitages dabei zu sein, und ich habe deshalb darum gebeten, jetzt das Wort nehmen zu dürfen, um einige Worte zu einem Problem zu sagen, das Ihnen wie mir Sorge macht.

Ich glaube, es wäre ein Fehler, wenn auf diesem Parteitag nicht ein der CDU angehörender Ministerpräsident eines deutschen Landes zu gewissen schwebenden Fragen unserer Bundesstaatlichkeit das Wort nehmen möchte, selbstverständlich mit dem Blick auf das Ganze und auf die Verantwortung des Ganzen. Ich habe dann auch einen konkreten Vorschlag zu machen.

Die Frage des bundesstaatlichen Aufbaues, die ja bei uns eigentlich immer erst so richtig zu Auseinandersetzungen aufflackert bei dem immer wiederkehrenden Streit über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, hat natürlich sehr viel tiefere Wurzeln.

Es ist so, meine Freunde, daß schon staatswissenschaftlich und staatsrechtlich – denn das ist ja in erster Linie neben einem politischen auch ein staatswissenschaftliches und staatsrechtliches Problem – die Feststellung eines deutschen Staatsrechtslehrers gilt, daß die deutsche Staatsrechtslehre heute über keine moderne, für die Fragen unserer Zeit gültig empfundene Staatslehre verfüge. Diese Feststellung ist leider

richtig. Wir dürfen es aber dabei nicht bewenden lassen, sondern wir haben als politische Partei, die mehr als jede andere unserer politischen Parteien ein eigenes schöpferisches Verhalten zum Bundesstaat entwickeln muß, die Pflicht, nun auch das Unsere dazu beizutragen, damit dieses Problem glücklich gelöst wird; denn es ist nun einmal so, solange die Grundentscheidung des Grundgesetzes, wie immer man sie im einzelnen beurteilen mag, nicht ins Bewußtsein unseres Volkes getreten ist, solange vor allen Dingen die geistig Führenden und die politisch Führenden unseres Volkes sie sich nicht genügend klar gemacht haben, solange kann auch nicht erwartet werden, daß von dieser Grundentscheidung eine normative und integrierende Kraft ausgeht. Lassen Sie mich das ganz kurz – befürchten Sie nicht, daß ich zu theoretisch werde! – klarmachen! Merkwürdigerweise ist das Lob des Bundesstaats ja eigentlich viel mehr bei unseren französischen Nachbarn als bei uns gesungen worden. Es ist Montesquieu gewesen, der die schöne Formel gefunden hat, der Bundesstaat vereinige die Vorzüge des kleinen und des großen Staats miteinander, nämlich die größere Überschaubarkeit, die größere Nähe zu den Dingen des kleinen Staats – ich sage gelegentlich: die politische Nestwärme – mit der Kraft, der notwendigen Kraft des großen Staates. Das ist in Frankreich sehr oft wiederholt worden, über Rousseau, Tocqueville und andere. Man hat sich in Frankreich hinsichtlich der Bundesstaatlichkeit anders als bei uns entschieden. Bei uns gibt es Bundesstaatlichkeit, aber weniger entschiedene theoretische Befassung damit. Ich denke, der richtige Weg läge in der Mitte. Wenn es nicht so verwirrt bei uns zuginge, hätte es nicht sein können, daß unser höchster Gerichtshof, das Bundesverfassungsgericht, in ganz kurz auseinanderliegenden Entscheidungen ganz entgegengesetzte Theorien über den Bundesstaat hätte vertreten können. Das allein, meine Freunde, muß ein alarmierendes Zeichen sein. Wir hatten Urteile des Bundesverfassungsgerichts, in welchen die jedem Staatsrechtler bekannten Überzeugungen von Professor Kelsen, Naviaski und anderen über eine angebliche Dreigliedrigkeit des Bundesstaats aufgenommen wurden, eine Dreigliedrigkeit, die neben dem Bund, wie wir ihn kennen, und neben den Ländern, wie wir sie kennen, noch ein überwölbendes Ganzes sehen.

Gott sei Dank – ich sage bewußt: Gott sei Dank – hat das Bundesverfassungsgericht inzwischen von dieser gefährlichen These Abstand genommen und ist wieder zu der guten altmodischen These zurückgekehrt, daß es eben nur den Bund gibt und in diesem Bund als dem Oberstaat eingeschlossen die Länder als Gliedstaaten. Das ist eine wichtige Feststellung, die natürlich wichtige Konsequenzen haben muß. Nun kann natürlich die grundsätzliche Frage erhoben werden, ob heute überhaupt noch der Bundesstaat, und manche unter uns tun das ja, noch eine geeignete Form sei, eine geeignete staatliche Existenz sei, um die in der modernen Zeit dem Staat gestellten Aufgaben und Verantwortung auch zu bewältigen.

Nun, meine Freunde, da bitte ich – ein solcher Parteitag ist ja für solche Auseinandersetzungen da – einmal einem Mann Ihr Gehör zu

schenken, der durch seine persönliche Erfahrung in seinem politischen Leben das alles nicht nur theoretisch vorgearbeitet, sondern es auch praktisch kennengelernt hat. Ich war ja nicht umsonst fast zehn Jahre lang in der Bundespolitik tätig und dabei auch neben meiner außenpolitischen Tätigkeit acht Jahre lang zugleich Vorsitzender des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat, und ich bin nun über fünf Jahre Ministerpräsident der CDU eines deutschen Landes. Ich habe in dieser Zeit wirklich sehen können, wie sich deutsche Politik vollzieht, wie sie lebt und gelebt wird, sowohl im Bund wie auch in den Ländern. Sie werden es mir glauben, daß ein Mann, der schon in seiner Tätigkeit im Bundestag nicht nur deutsche, sondern europäische Politik betrieben hat, sich nicht degradieren lassen wird, um nun provinzielle, enge, partikuläre Landespolitik zu betreiben, die das Ganze, den Bund, nicht mehr sieht.

(Beifall.)

Weil ich also dieses Vertrauen beanspruchen darf, rufe ich unsere Freunde auf, sich mit diesem Problem gründlicher als bisher zu befassen. Unser Freund Dufhues hat – ich habe ihn leider nicht hören können; aber ich habe sein Manuskript nachgelesen – in einer kurzen Passage gesagt, da wir Verfassungspartei seien, bekennnten wir uns zur föderativen Ordnung.

Meine Freunde, ich würde sagen, wenn ich davon überzeugt wäre, daß heute die föderative Struktur nicht mehr genüge, um ein Staatswesen die ihm gestellten Anforderungen erfüllen zu lassen; Verfassungspartei hin, Verfassungspartei her; dann müssen wir eben, wenn es notwendig ist, die Verfassung ändern.

(Beifall.)

Ich glaube allerdings nicht, daß dies notwendig sein wird.

Hier ist unsere Partei. Sie ist das Überwölbende. In ihr muß jene integrierende Aufgabe durchgeführt werden, die eben auch Bund und Länder – soweit jedenfalls die CDU das tun kann – zusammenführt. Ich weiß, daß bei unserem politischen Gegner Föderalismus vielfach nichts anderes ist als eine Besitzstandbehauptung. Da man schon in Bonn nicht an der Regierung ist, will man wenigstens in soundso vielen Ländern an der Regierung sein und bleiben. Für uns aber darf der Föderalismus das nicht bleiben; für uns muß er mehr sein als dieses.

Nun gibt es eigentlich, wenn wir über diese Dinge sprechen, nur einen Punkt, bei dem wirklich die Sorgen groß werden.

Auf allen übrigen Gebieten hat im Laufe der Jahre der Bund durch Ausschöpfung seiner konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit und seiner Rahmengesetzgebungszuständigkeit eine Zuständigkeit errungen, die an politischem Gewicht weit über die der Länder hinausgeht.

Anders liegt es nun auf dem wichtigen Gebiet der Kulturpolitik. Meine Damen und Herren, das ist ja nun eigentlich das Kernstück der Politik der CDU überhaupt. Wenn das aber so ist, dann ist es nur zu verständlich, daß sich viele von uns Gedanken darüber machen, ob wir

unserem kulturpolitischen Auftrag bei der gegenwärtigen Struktur der Dinge wirklich gerecht werden können.

Ich kann die Themen jetzt nicht alle ansprechen, die hier zu nennen wären, so die Tatsache, daß wir alle unter zwei Gesetzen unentrinnbar leben, das Gesetz der unheimlichen Beschleunigung allen menschlichen Geschehens, im technischen Zeitalter des planetarischen Zusammenhangs alles Geschehens, so daß es eben so scheinen kann, als sei das Kleine nicht mehr berechtigt in dieser Welt. Nun, ich sehe unsere schweizerischen Freunde unter uns sitzen, und ich glaube, daß sie nach wie vor davon überzeugt sind, daß sie, die sie selbst nur ein kleines Staatswesen von 5½ Millionen Einwohnern darstellen, auch heute noch mit aller Überzeugung und allem Nachdruck sich zu ihrer föderativen Struktur, zu ihrem föderativen Aufbau bekennen. Ich glaube auch, man kann nicht sagen, daß etwa auf dem Gebiet des Hochschulwesens, der Wissenschaft und der Forschung die Schweiz zu den zurückgebliebenen Ländern gehöre, obwohl nun auch die junge Schweiz auf einem parlamentarischen Kongreß in Basel sehr nachdrückliche Forderungen angemeldet hat, jedenfalls nicht zu den zurückgebliebenen Ländern, Herr Dr. Rosenberg, wenn ich von den Giganten unserer Zeit einmal absehe. Das sollte uns immerhin zu denken geben, und mein Appell ist also der, daß wir uns künftig mehr gemeinsam um diese sehr, sehr wichtige – ich würde sagen –, lebenswichtige Frage unseres Staatslebens bemühen müßten.

Ich möchte aber auch ein Wort zu einem aktuellen Problem sagen. Am 19. März versammeln sich die deutschen Ministerpräsidenten, um über das längst fällige Kultur-Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern zu beraten. Es ist kein Geheimnis, daß ich zu den Hauptverfechtern des Zustandekommens dieses Kulturverwaltungsabkommens gehöre. Ich bin der Berichterstatter darüber, ich versage mir jetzt jede polemische Bemerkung zu diesem Thema, einfach deswegen, weil ich das Verhandlungsklima am 19. März nicht unnötig verschlechtern will. Aber ich sage hier meine Überzeugung, und ich teile sie mit einer Reihe meiner Freunde in den Ländern.

Meine felsenfeste Überzeugung ist die, wie immer auch die Kompetenzregelung des Grundgesetzes sein mag, ich halte sie nicht für schlecht. Unter keinen Umständen darf diese Kompetenzregel dazu mißbraucht werden, daß die eine oder die andere Seite – ich spreche nach beiden – glaubt, kulturpolitisch ein Monopol schlechthin zu haben. Sie darf keineswegs dazu führen, daß wir blind werden dagegen, daß diese wichtigste Aufgabe unserer Zeit, die kulturpolitische Aufgabe, nur gemeinsam geschafft, gemeinsam getragen und gemeinsam zwischen Bund und Ländern gemeistert werden kann.

(Beifall.)

Lassen wir uns doch nicht über die Zwirnsfäden der Kompetenzen stolpern. Wir übertragen keine Kompetenzen. Wir Deutschen haben eben den schöpferischen Umgang mit dem Bundesstaat immer noch nicht gelernt. Der Bundesstaat ist eben jene Staatsform, die dieses In-

einander und Miteinander immer wieder herausfordert. Lassen Sie uns also diese Herausforderung auch schöpferisch beantworten.

Es ist nicht mehr die finanzielle Frage, die für dieses Kulturverwaltungsabkommen wichtig ist. Die Summen, die da vorgesehen sind, werden längst in der Praxis ausgegeben, sondern es ist die Notwendigkeit einer Verzahnung der Bemühungen zwischen Bund und den Ländern. Ich halte es immer noch für eine gute Idee, das auszuführen, was ich einmal vorgeschlagen habe, daß wir dann, wenn wir dieses Abkommen haben, den ständigen Kontakt auch dem Deutschen Bundestag, dem es – ich bitte um Verzeihung, wenn ich das im Rückblick auf die heroischen Jahre der ersten Regierung Konrad Adenauers sage – heute mitunter an den großen Gegenständen zu fehlen scheint; vielleicht wegen der programmatischen Umarmung durch die SPD. Wenn man halt nicht mehr streiten kann, weil der andere eingesehen hat, daß er diesen Streit verloren hat, dann ist es schwer, einen großen Gegenstand zu finden, um dem Bundestag auch einen großen Gegenstand zu geben, um wirklich kulturpolitische Debatten im Bundestag zustande zu bringen, die diesen Namen wirklich verdienen.

Dazu habe ich vorgeschlagen, daß jedes Jahr einmal wenigstens sowohl ein Vertreter der Bundesregierung wie ein Vertreter der Länder einen kulturpolitischen Bericht gibt in einer gemeinsamen Sitzung des Bundestages und des Bundesrates, die verfassungsrechtlich ohne weiteres möglich ist, man kann nur nicht gemeinsam beschließen, und daß dann diese beiden Gremien an Hand dieser beiden soliden Berichte Kulturpolitik in großem Stile diskutieren.

(Beifall.)

Ich hoffe, daß wir auf diese Weise weiterkommen. Die Kulturpolitik des Staates – das ist heute schon angeklungen – kann nicht alles tun, zum Beispiel die Sorgen, die unser Freund Friedensburg hier vorgebracht hat, sind Sorgen, bei denen der Staat zwar einiges tun kann, aber das eigentlich Heilende und Rettende muß aus ganz anderen Tiefen kommen.

Nun ist es bei der Kulturpolitik so, daß wir alle vor die bange Frage gestellt sind, ob sich der moderne Kulturprozeß überhaupt noch lenken lasse, und wenn, wie er sich lenken lasse. Das ist eine Frage, die sich nicht nur tief pessimistische Kulturkritiker stellen, sondern auch Leute, die noch an die Chance des freien menschlichen Handelns glauben. Wenn aber diese Frage überhaupt gestellt wird, dann ist es einer großen politischen Partei nicht würdig, daß sie ihre kulturpolitischen Debatten an der Oberfläche hält und nicht zu jenen Gründen hinunterdringt, wo diese Frage allenfalls beantwortet werden könnte.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe der SPD oft genug vorgeworfen, daß ihre kulturpolitische Konzeption, auf die sie so stolz ist, im Grunde genommen konzeptionslos ist. Ich habe gesagt, bei der SPD kann man so etwas wie eine Quantophrenie feststellen, also eine Mengensucht. Jeder Kulturkrise unserer Zeit glauben sie, mit irgendeiner Quantität, mit irgendeiner

quantitativen Maßnahme begegnen zu können. Und das ist nun ganz bestimmt nicht möglich.

Die Frage nach den Werten, nach der Qualität steht im Vordergrund. Wir müssen uns als CDU hüten, bei unseren Debatten nicht viel anders zu argumentieren als die SPD auch, zum Beispiel mehr Schulhäuser, das neunte Schuljahr, mehr Lehrer usw. Das sind alles ganz wichtige und notwendige Dinge, aber notwendig nur, um das Wichtigere zu erreichen.

Was wollen wir denn, was unseren Kindern mitgegeben wird in diesen Schulen? Was wollen wir denn für Lehrer, damit sie es ihnen mitgeben können? Natürlich müssen unsere Kinder mehr Wissen haben als frühere Generationen. Natürlich muß ihr Verstand geschulter und geschärfter sein als ehemals für die schwierige Welt, die auf sie wartet, aber viel, viel wichtiger als alles das ist, daß sie die geistigen, seelischen und sittlichen Kräfte mitbekommen, die sie in dieser großen und schwierigen Welt bestehen lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist nicht damit getan, daß wir Lehrerhochschulen gründen oder andere Institutionen auf dem Gebiete des Lehrerbildungswesens, sondern es ist notwendig, daß wir uns darum kümmern, denn diese jungen Leute aussehen, die Jahr für Jahr aus diesen Bildungsinstitutionen entlassen werden; denn wir geben ihnen das Kostbarste, was wir haben, die Kinder, in ihre Hände.

(Beifall.)

Auch das ist eine Frage, die wir in der Partei – ich spreche jetzt nicht über das Verhältnis von Bund und Ländern – viel gründlicher und sorgfältiger als bisher besprechen und beraten müssen; denn gestehen wir uns doch, wir alle sind da manchmal etwas ratlos, und vor allen Dingen handelt es sich um Probleme, die den Wählern gegenüber außerordentlich schwer zu formulieren sind.

Ich halte es aber gerade für notwendig, das zu tun, denn hier unterscheiden wir uns vor allem von den anderen. Hier auf dem Gebiete der Qualitäten und der Werte geht es um ein deutliches Sichdistanzieren von einer laizistischen, im Grunde genommen pluralistisch konzeptionslosen Auffassung des Menschen in der heutigen Welt.

Ich weiß nicht, ob das Willi Brandt nur entschlüpft ist, aber in einem Fernsehgespräch vor kurzem hat er einmal gesagt, unsere Wähler interessieren sich nur für das, was im nächsten Jahr an Straßenbauten usw. geschehe. Was im Jahre 2000 sei, das interessiere unsere Wähler nicht. Nun, meine Damen und Herren, solche Wähler gibt es zweifellos, aber ich weigere mich, einfach zu glauben, daß unser Volk wirklich so denkt. In der praktischen Nähe zu diesem Volk habe ich erfahren können, daß es eben nicht so denkt, sondern daß es im Blick auf unsere Kinder genau weiß, wie wichtig dieses Jahr 2000 sein wird.

15 Jahre – viele unter Ihnen gehören zu denen, die 1949 und vorher schon begonnen hatten – stehen wir jetzt in dieser Bundesrepublik. In einer solchen Zeit war die Weimarer Republik schon untergegangen.

Was ist in diesen 15 Jahren nicht alles geschehen! Unsere Kinder, die wir erziehen, können wir nicht mehr erziehen wie ehemals mit dem prall gefüllten Schulsack, als noch der alte Mann sein Volksschullesebuch herausnehmen konnte – und im Grunde genommen stimmte es noch immer wie einst im Mai.

Wenn heute die Schüler die Schulen verlassen, dann ist die politische Landkarte der Welt schon im nächsten oder übernächsten Jahr so gründlich verändert, daß sie sich sofort wieder eine neue Landkarte kaufen müssen. Wenn ein höherer Schüler das Gymnasium verläßt, dann haben in fünf Jahren Fortschritte in der Biologie, in der Chemie und der Physik stattgefunden, die ihn zwingen, die Dinge wieder alle neu zu überprüfen.

Was heißt das? Das heißt, daß unsere pädagogische Konzeption neu durchdacht werden muß, das heißt, wir dürfen unseren Kindern nicht den endgültig gefüllten Schulsack mitgeben – er muß auch noch gut gefüllt sein –, sondern wir müssen ihnen mitgeben die Fähigkeit, dieser sich rasend entwickelnden Zeit geistig und seelisch adäquat zu bleiben.

(Lebhafter Beifall.)

Ich mache einen praktischen Vorschlag: Bitte, berufen wir ein kleines Gremium von Parteifreunden, die sich dieser Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern – aber der Zusammenarbeit innerhalb der Partei – als besonderes Objekt ihres Studiums und ihrer Untersuchungen widmen. Dieses Gremium müßte den Versuch machen, auch zum erstenmal in der Geschichte der CDU, den bundesstaatlichen Problemen und seinen ganzen Aspekten unvoreingenommen von beiden Seiten, von denen, die dem Bund angehören, und von denen, die den Ländern angehören, auf den Grund zu gehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Die Zeit für diese Bemühung ist gekommen; wir dürfen ihr nicht mehr ausweichen.

(Beifall.)

Der gute Wille ist auf allen Seiten da. Hören wir auf, schwarz-weiß zu malen, die Dinge unzulässig zu simplifizieren. Wenn das Ganze der deutschen Politik in Bund und Ländern von uns auf diese Weise neu durchdacht wird, dann werden wir auch das können, dann wird uns auch das gelingen; ich hoffe, schon als Vorerfolg am 26. April dieses Jahres, wenn ein Siebtel der deutschen Bevölkerung in Baden-Württemberg wählen wird. Dann wird es uns gelingen, aufs neue das Mandat des deutschen Volkes zu bekommen und seine Zukunft wirklich zu gestalten.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. KLEPSCH:

Herr Ministerpräsident Kiesinger, wir danken Ihnen sehr herzlich für diesen außerordentlich wertvollen Beitrag in der Diskussion unseres Parteitages. Ich darf hoffen, daß der Kulturpolitische Arbeitskreis dieses Parteitages sich mit dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten

Kiesinger auseinandersetzt. Namens des Präsidiums, aber auch des ganzen Parteitages, darf ich Ihnen recht viel Glück und Erfolg bei der bevorstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg wünschen.

(Beifall.)

Wir hoffen, daß Ihre Arbeit gebührend belohnt wird.

Ich darf nunmehr als dritten Diskussionsredner unseren Freund Franz Amrehn aufrufen, der in Berlin den Beweis erbracht hat, daß die CDU auch zu einer klaren und scharfen, aber doch sachlichen Opposition fähig ist. Sein Rat ist uns wertvoll, denn er hat aus früherer Zusammenarbeit und aus jetziger Auseinandersetzung seine Erfahrung und auch seine Sorgen mit Herrn Brandt.

AMREHN (mit Beifall begrüßt):

Liebe Freunde! In dem Teil, den der Herr Bundeskanzler in seiner Rede den auswärtigen Fragen und der Deutschlandfrage widmete, hat er seiner Politik einen Ausdruck gegeben, der in dieser Versammlung volle Zustimmung gefunden hat. Rede wie Beifall haben gezeigt, daß wir in den Grundfragen unserer Existenz noch immer eine geschlossene Front in der CDU bilden. Mir liegt daran, namens des Landesverbandes, der sich in der Tat beinahe täglich mit der Anwendung dieser Grundsätze auseinandersetzen hat, die volle Übereinstimmung mit dem zu bekunden, was der Herr Bundeskanzler hier ausgeführt hat. Lassen Sie mich, meine Freunde, dazu aber noch einige Ergänzungen geben. Auf dem Wege der deutschen Politik in die Zukunft lauern drei Gefahren, die ich hier ein wenig näher beleuchten möchte.

Zunächst ist es die Gefahr, daß sich im Lande, aber mehr vielleicht noch bei unseren Verbündeten ein Gefühl breit macht, das in folgende Richtung geht: Wir wollen ja alle die deutsche Wiedervereinigung, aber sie geht nicht ohne die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist nachgewiesenermaßen völlig unnachgiebig. Solange wir die Zukunft jetzt einschätzen können, ist die deutsche Frage so, wie wir es uns denken, nicht zu lösen; also klammern wir die deutsche Frage einstweilen aus allen weiteren politischen Schritten aus, die sonst möglich sind.

Meine Freunde, das ist eine der ganz großen Gefahren, in denen wir stehen, eine Gefahr, die Resignation, Mutlosigkeit und ein Sich-Abfinden zur Folge haben könnte. Wir finden bereits eine ganze Anzahl von Konsequenzen einer solchen Auffassung in unserem Land. Wenn Illustrierte mit Millionen-Auflagen öffentlich fordern, es sollten Kanzler und Minister der Bundesrepublik mit den jeweiligen Größen der Zone Verhandlungen führen, dann ist das eine Konsequenz einer solchen Resignation in der deutschen Frage. Wenn Herr Haßner in einer anderen Illustrierten jetzt regelmäßig die Politik des Zonenregimes vertritt, wenn westdeutsche demokratische Zeitungen einem Herrn Abusch die Spalten für Interviews öffnen und wenn in Tützing eine Politik der innerdeutschen Annäherung verkündet worden ist und befolgt wird, dann sind das unmittelbare Gefahren, die wir zu bekämpfen haben.

(Beifall.)

Solange die Sowjetunion solche Entwicklungen sieht, so lange hat sie doch überhaupt keinen Anlaß, unsere deutschen Wünsche bezüglich der Wiedervereinigung zu respektieren; so lange kann sie nämlich glauben, daß wir immer noch eine Scheibe mehr von der Salami abschneiden lassen oder selber liefern.

Deswegen bleibt es die Aufgabe der CDU, gerade jetzt unserem Volke, der Sowjetunion, aber auch den eigenen Freunden und Verbündeten bewußt zu machen: Wir finden uns nicht ab. Wir verstehen den Aufbau, die Sicherung und die Stärkung der Bundesrepublik nicht als ein Ziel, sondern nur als Durchgangsstation zu einem Staat, in dem wirklich alle Deutschen wieder in Freiheit leben können.

(Beifall.)

Wir wissen, meine Freunde, daß wir unser Schicksal nicht wenden mit Reden, und wir wissen, daß wir es auch nicht wenden allein mit der Forderung nach Selbstbestimmung, sondern daß wir es nur wenden können mit einer Änderung der Interessen der Sowjetunion. Wir sind dem Herrn Bundeskanzler dankbar, daß er in seiner Rede einen wichtigen Hinweis gegeben hat: Daß eine Verständigung mit der Sowjetunion der Sowjetunion einen größeren politischen und wirtschaftlichen Vorteil verspricht, als das Zonenregime mit Ulbricht aufrechtzuerhalten. Das ist der Ansatzpunkt, und deshalb gilt es, unserem eigenen Volk auch klarzumachen, daß wir die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht mit einem Leben des Wohlstands und der Bequemlichkeit erreichen, sondern daß wir sie nur durch Arbeit und Opfer vorwärtsbringen. Auch das gehört zur Vorbereitung der großen politischen Aufgabe, die der Herr Bundeskanzler ergänzen und mit anpacken will.

Eine zweite Gefahr, meine Freunde! Es gibt eine These, die allenthalben zunehmend verkündet wird, von Männern im Inland, aber auch von Politikern des Auslandes, die etwa folgendermaßen formuliert wird: Jede mögliche Anstrengung muß unternommen werden, um im kleinen aufzulockern und voranzukommen, solange uns größere Lösungen vorenthalten werden. Lockerungen, Erleichterungen, Entspannungsmaßnahmen im kleinen haben nur dann einen Sinn, wenn sie einen Schritt zur Öffnung größerer Möglichkeiten, hin zu größeren Lösungen bedeuten. Sie haben keinen Sinn, wenn sie die größeren Lösungen erschweren oder gar unmöglich machen. Es ist nicht verantwortbar, wenn uns solche kleinere Regelungen um unsere Selbstbestimmung bringen sollen, wenn sie den Status quo konsolidieren sollen, wenn sie uns die Teilung Deutschlands schmackhaft machen sollen.

Und wenn solche Gefahren in der These von den kleineren Regelungen liegen, müssen wir uns auch dagegen wenden, Lösungen anzunehmen, die uns das Ziel verdunkeln, die uns den Blick auf den Zentralpunkt deutscher Politik nehmen. Das ist eine alte Regel der Strategie, seinen Blick immer auf das Zentrum zu richten. Wer sich aber verleiten läßt, an den Rand der Gebiete abzugleiten, verliert das Ziel aus den Augen, und der steht dann nachher schlechter da als vorher.

Und das Dritte: Es gibt ein neues Schlagwort, das seit Monaten durch unsere Politik geistert, das Schlagwort von einer Politik der Bewegung. Natürlich muß Politik beweglich sein und Bewegung schaffen, aber so, wie es gesprochen wird, besagte es überhaupt noch nichts, es kommt doch darauf an, wohin uns die Bewegung führen soll, und diese Frage, meine Freunde, haben wir zu beantworten.

Auch die Lehre von Tutzing ist eine Politik der Bewegung. Aber, meine Freunde, nach den Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, wäre das eine Politik der Bewegung ganz dynamisch abwärts. Wir haben uns heute wieder erinnert, daß die Sozialdemokraten im Juni 1960 eine Kehrtwendung vollzogen haben. Der Kanzler hat gesagt: „Da hat die Sozialdemokratie angesichts der Entwicklung vor unserer Politik kapituliert.“

Meine Freunde, ich möchte darauf aufmerksam machen, daß sich die Sozialdemokratie mit Herrn Brandt an der Spitze seit den Reden von Tutzing in einer Entwicklung befindet, die klar macht, daß sie sich selbst wieder in einer neuen Wendung befindet, daß sie eine neue Kehrtwendung zu vollziehen trachtet allein deshalb, um für den Wahlkampf 1965 eine Gegenposition aufzubauen gegen das, was wir geleistet haben und was hier getan worden ist von der CDU. Sehen Sie sich doch die Reden der letzten Tage an, um sich darüber klar zu werden, was hier an Gefahren entsteht. Wenn man im Oktober ein Gespräch zwischen West-Berlin und Pankow noch ablehnt und als schiefe Ebene bezeichnet, wie es Herr Brandt getan hat, dann kann man im Dezember nicht auf einen solchen Weg drängen, meine Freunde, da wird eben eine Politik der schiefen Ebene getrieben, da fehlt es an Festigkeit und Stetigkeit. Das ist keine Strategie, sondern das ist dann politische Flickschusterei.

(Beifall.)

Meine Freunde! Natürlich sind wir nicht gegen Besuche in Ost-Berlin und, wenn es denn sein müßte, nicht gegen Passierscheine. Da wollen wir voll dem Kanzler zustimmen, wenn er gesagt hat: Wir wollen eine Politik machen, die solche Scheine überhaupt überflüssig macht.

Aber wir sind auf alle Fälle dagegen, meine Freunde, daß unsere politische Position, die wir so mühsam aufgebaut und verteidigt haben, allmählich schon stückweise abgebaut wird und ein allmählicher Ausverkauf unserer politischen Position stattfindet.

(Beifall.)

Und deswegen hat natürlich auch die Forderung der Bundesregierung, daß es keine zonalen Funktionäre in West-Berlin mehr geben darf, unsere volle Übereinstimmung.

Wir haben uns vorgenommen, meine Freunde, über Passierscheine nicht mehr öffentlich zu reden, weil wir einen Beitrag dazu leisten wollen, daß wirklich im geschlossenen Raum unter den Beteiligten eine gemeinsame Verhandlungsbasis gefunden und vor allem auch nach draußen vertreten wird, und das wollen wir nicht stören. Und dem schließe ich mich auch ganz persönlich stark an, aber ich muß Sie darauf aufmerk-

sam machen, daß wir schon am Donnerstag im Abgeordnetenhaus in Berlin wieder eine Große Anfrage der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten zur Passierscheinfrage an den Senat von Berlin haben und es doch gar nicht zu vermeiden sein wird, daß wir erneut eine Diskussion bekommen. Und daß sich die Dinge so entwickeln, meine Freunde, das geht doch darauf zurück, daß eben nicht erst seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, sondern schon länger der Herr Brandt in eine Doppelstellung geraten ist, die ihn in einen unauflösliehen Konflikt bringt zwischen den Pflichten als Regierender Bürgermeister und den Pflichten, die er als Vorsitzender der Oppositionspartei erfüllen soll. Dieses Dilemma ist unlösbar, und daraus entstehen die parteipolitischen Schwierigkeiten, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn uns die Sozialdemokraten politische Motive vorwerfen, dann enthüllen sie doch im Grunde nur ihre eigenen Gedanken, dann fühlen sie sich ertappt bei ihrer eigenen Denkmethode. Wohin sind wir schon gekommen, daß sich die Angriffe zu einem großen Teil auf der Seite der Sozialdemokratie gar nicht etwa gegen Pankow wenden, sondern gegen die Bundesregierung und gegen die CDU im eigenen Lande. Das, meine Damen und Herren, scheint mir eine der bedauerlichsten Entwicklungen der letzten Wochen zu sein, und es kann doch nicht gelehrt werden, daß auf Grund einer solchen Einstellung der Sozialdemokraten es eben dahin gekommen ist, daß durch die Politik von Tutzing, daß durch die Politik des Herrn Brandt eben schon ein Keil in die gemeinsame Front getrieben worden ist, die wir früher in Berlin gehabt haben. Wir müssen verhüten, meine Freunde, daß ein solcher Keil auch noch in die Gemeinsamkeit zwischen Bonn und Berlin getrieben wird. Auch das bleibt eine Aufgabe der CDU.

Lassen Sie mich, meine Freunde, zum Abschluß noch eine Bemerkung machen. Der Herr Brandt hat vorgestern in der Sitzung seines Parteivorstandes davon gesprochen, daß Bonner Regierungsstellen eine schamlose Information der Vertreter der Presse über seinen Besuch beim Bundeskanzler zu verantworten hätten. Nun, es wird die Aufgabe der Bundesregierung sein, sich dazu zu äußern. Auch hier liegt wieder so ein Beispiel der Methode vor: Haltet den Dieb! Aber selbst wenn es wahr wäre, was Herr Brandt gesagt hat, dann hat er doch noch immer die Möglichkeit, einen Irrtum, einen Fehler, eine Ansicht selbst durch Rundfunk und Fernsehen zu bekämpfen, von denen er reichlich Gebrauch machen kann. Er kann seine Politik in einer Weise vertreten, wie es der Berliner CDU leider nicht in Berlin vergönnt ist. Während der Regierende Bürgermeister alle zwei Wochen fünfzehn Minuten im Rundfunk sprechen kann, regelmäßig alle zwei Wochen seine Sendezeit im Fernsehen bekommt, um die Berliner mit seiner Meinung zu berieseln, ist es nach einjährigen Bemühungen nicht möglich gewesen, auch der CDU, auch dem Standpunkt der Gegenseite, entsprechende Geltung an unseren Sendern zu verschaffen.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Und hier war doch auch die Gelegenheit, die Herr Brandt von Berlin aus im Fernsehen und im Rundfunk benutzt hat, sein neues Gremium zu wünschen. Es war vorherzusehen, daß er hinterher erklären würde: Das habe ich ja gar nicht gemeint, ein neues Gremium habe ich gar nicht vorschlagen wollen! Wer das behauptet, unterliegt einem Mißverständnis.

Meine Damen und Herren! Durch Jahr und Tag erleben wir immer wieder, wie Herr Brandt eine Erklärung, die er eben abgegeben hat, und die einen eindeutigen Sinn hatte, morgen als Mißverständnis erklärt. Wir können ihn doch nicht immer mit der Erklärung des Mißverständnisses aus der Verantwortung herauslassen, die er für seine Erklärungen übernehmen muß. Das Fazit einer solchen Methode der Publizistik, auf sich aufmerksam zu machen und nachher nicht wahrhaben zu wollen, was man gesagt hat, die führt zur ständigen Verwirrung der Bevölkerung, wie wir das doch auch in Berlin zur Genüge erlebt haben.

Präsident Dr. KLEPSCH:

Wir danken auch unserem Freund Franz Amrehn, der damit die Diskussion des Vormittags beschlossen hat.

Ich darf noch eine technische Mitteilung machen: die Busse für die Damen, die an der Besichtigungsfahrt teilnehmen, stehen vor der Halle bereit.

Ferner: heute abend um 19.30 Uhr findet die Zusammenkunft der Damen statt.

Das Präsidium beruft die Arbeitskreise auf 16 Uhr heute nachmittag ein. Ich bedanke mich; die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 13.22 Uhr.)

Arbeitskreis I

Grundsatzfragen - Fragen der Parteiarbeit

Leitung: D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Berichterstattung: Franz Amrehn

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine verehrten Damen und Herren! Das Experiment, das wir uns anschicken zu machen und mit dem wir die Parole „Keine Experimente“ verlassen, besteht zunächst aus einer Überlegung über die Verfahrensweise.

Was wir vor uns haben, ist eigentlich kein Arbeitskreis, sondern das scheint mir eher so etwas wie ein Schrumpf-Plenum zu sein. Daraufhin ist auch alles angelegt. Die Organisation unseres Zusammenwirkens ist hier so unglücklich wie im Deutschen Bundestag. Aber ich hoffe, daß das Ergebnis um so besser sein wird.

Meine Damen und Herren! Es gibt hier vorn noch genug Platz. Deshalb bitte ich Sie, doch möglichst hier nach vorn zu kommen, damit wir besser und konzentrierter diskutieren können. Hier sollen ja keine großen Ansprachen gehalten werden, sondern wir möchten knappe, bündige und zusammengefaßte Diskussionsbeiträge. Ich darf Sie noch einmal bitten, hier nach vorn zu kommen, damit wir uns besser konzentrieren können.

Meine Damen und Herren! Wir stehen unter einem gewissen Zeitdruck. Ich weiß noch nicht, wie die Tagesordnung aussehen wird, d. h. welches eigentlich die Gegenstände sein werden, über die wir uns unterhalten wollen. Das Parteipräsidium und die Bundesgeschäftsstelle haben dem Arbeitskreis I unter dem Thema „Grundsatzfragen – Fragen der Parteiarbeit“ ein weites Feld zugemessen. Ich kann mir vorstellen, daß Ihre Wünsche und Vorstellungen sehr verschieden sind, mit denen Sie hierher gekommen sind.

Ich habe davon Abstand genommen, auch nur den Versuch zu machen, Ihnen einige Punkte zur Diskussion vorzuschlagen oder sie Ihnen gar in einem Referat vorzutragen. Es gibt also kein Grundsatzreferat, sondern die Diskussion beginnt tout de suite, und zwar kann jeder das sagen, was er auf dem Herzen hat. Er kann es auch sagen auf eigene Rechnung und Gefahr, wie er es für richtig hält. Wenn ich noch um eins bitten darf, meine Damen und Herren, dann darum, möglichst keine großen Ansprachen zu halten; denn wir wissen im allgemeinen sehr schnell, worauf einer hinaus will.

Ich schlage Ihnen zunächst eine Generaldiskussion vor. Dann sollten wir einige Punkte herausarbeiten, von denen wir der Meinung sind, daß sie auf diesem Parteitag besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Ich bitte also um Ihre Erlaubnis, daß wir uns in der zweiten Hälfte unserer Aussprache auf diese Punkte konzentrieren.

Diesem Arbeitskreis hätte nach dem Wunsch des Parteipräsidiums und des Parteyausschusses eine Ausarbeitung vorgelegt werden sollen, die sich an die seinerzeitige Studie unseres Freundes Barzel anschließen sollte. Über die Ausarbeitung von Dr. Barzel ist auf dem Dortmunder Parteitag im Parteyausschuß gesprochen und diskutiert worden. Sie wissen, daß wir damals übereingekommen sind, diese Studie von Dr. Barzel zur Grundlage weiterer Überlegungen zu machen.

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis dieser Bemühungen kann Ihnen heute nicht vorgelegt werden. Es haben in der Zwischenzeit sehr ernsthafte Bemühungen darum stattgefunden, und es liegen eine Reihe von interessanten Ausarbeitungen vor, aber sie sind nicht von der Art, daß sie nach der Meinung des Parteipräsidiums schon jetzt an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Bei dieser Studie von Dr. Barzel handelt es sich um die Frage: Wie ist es denn um das Selbstverständnis der natürlich auch gewissen Wandlungen unterworfenen Christlich Demokratischen Union Deutschlands im Jahre 1964 bestellt?

Die dazu vorliegenden Ausarbeitungen und Vorlagen sind also, wie gesagt, noch nicht so weit gediehen, daß sie an die Öffentlichkeit gelangen können. Es muß hier also noch ein geschlossener Entwurf erarbeitet werden, der vielleicht im Laufe der beiden nächsten Jahre das Licht der Welt erblicken sollte.

Ich bedaure, daß wir das heute nicht tun können. Anstelle des Parteitages, der heute diese Diskussion hätte führen sollen, wird sich zunächst der Parteivorstand, dann aber auch der Parteyausschuß mit den Ergebnissen dieser Bemühungen auseinandersetzen. Deshalb werden wir heute in diesem Arbeitskreis noch nichts Abschließendes zu dieser Sache sagen können. Selbstverständlich sind wir aber für jede Anerkennung und jeden Hinweis aus Ihrem Kreis zur Frage des Selbstverständnisses der Christlich Demokratischen Union dankbar.

Der Herr Geschäftsführende Vorsitzende hat gestern lapidar festgestellt – ob es uns gefällt oder nicht, ich halte es leider für richtig –: In der Tat, ein Parteibewußtsein ist in der Union kaum oder nur in Ansätzen vorhanden.

Diesen Satz bringe ich für diejenigen in Erinnerung, die bis jetzt noch keinen Stoff haben, über irgendetwas zu schimpfen. Ich empfehle also denjenigen, sich diesen Satz anzusehen. Vielleicht entschließen sie sich dann zu Wortmeldungen.

Es kommen da weiter provozierende Sätze vor, wie etwa der, ob sich die CDU als ein Hilfsorgan einer Bundestagsfraktion verstehen solle. Das steht auch da drin. Ich gratuliere zu dieser geglückten Feststellung. Der Bundestagsfraktion könnte das vielleicht recht sein, aber ich bezweifle, ob damit das Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auch im Jahre 1964 hinreichend gekennzeichnet ist. Wir haben heute ferner in einer Rede etwas über das Verhältnis Bund : Länder gehört. Nun, der Parteitag der CDU ist schließlich nicht

dazu da, Sensationen in die Welt zu setzen, aber ich muß sagen, daß ich heute morgen ungern auf das Wort verzichtet habe, um meinem verehrten Landesvater und Freund Kiesinger dazu noch einige Randbemerkungen zu machen. Da aber dieses Bund : Länder-Verhältnis auf die Kulturpolitik hin diskutiert wird und wir auf diesem Parteitag einen Riesenfortschritt gemacht haben, indem wir nämlich einen Kulturpolitischen Arbeitskreis hier tagen lassen, der sozusagen unsere Konkurrenz ist, bin ich nicht ganz sicher, ob es richtig ist, daß wir in diesem Arbeitskreis nun akkurat auf dieselbe Frage zulaufen.

Immerhin könnte ich mir vorstellen, daß die Frage Bund : Länder unter dem Gesichtspunkt der Kulturpolitik allmählich so etwas wie eine Existenz- oder zumindest Aktionsfrage für die CDU Deutschlands wird. Das wird man sagen dürfen, auch wenn man nur mit Einschränkungen der These unseres Freundes Kiesinger zu folgen bereit ist, daß die Kulturpolitik das Kern- und Hauptthema der CDU schlechthin sei. Ich muß sagen, daß ich deshalb gewisse Bedenken habe, auf diesen Satz einzugehen; denn wenn ich mir überlege, was ich als Mitglied der Bundestagsfraktion der CDU in Bonn noch zu tun habe, wenn ich zum Kern- und Hauptthema der CDU eigentlich nichts mehr zu vermelden habe laut Verfassung – die von niemandem so sehr geheiligt und respektiert wird wie von der CDU und ihren Landesfürsten –, dann komme ich mir zwar noch nicht ganz arbeitslos vor, aber doch als ein Mann, der sich mit dem Kernthema der CDU, soweit er ein Bundesmandat hat, nach dem Willen der Verfassung nicht beschäftigen darf. Und das scheint mir ausgesprochen unbefriedigend zu sein. Aber die Frage liegt auf dem Tisch.

Wir haben noch zwei praktische Fragen. Der Herr Geschäftsführende Vorsitzende hat vorgeschlagen, einen Beirat für Grundsatzfragen zu bilden.

Der Herr Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat hier die nützliche Anregung vorgetragen, einen Beirat für kulturpolitische Fragen – allerdings offenbar weniger bei der Partei als beim Bundestag und Bundesrat – zu bilden. Ich bringe das für diejenigen, die hierher gekommen sind mit einer gut ausgepolsterten Munitionstasche.

Die Diskussion beginnt, und zwar zunächst eine allgemeine Generaldebatte in der Hoffnung, daß sich daraus einige Punkte herauschälen lassen, denen wir uns dann im zweiten Teil unserer Aussprache im besonderen zuwenden wollen.

Wer wünscht das Wort? – Jetzt kommen die ersten Wortmeldungen. Aber das ist hier z. B. keine Wortmeldung zur Diskussion, sondern da heißt es: Die Diskussionsredner mögen zu Beginn der Ausführungen ihren Namen und den des Landesverbandes deutlich angeben und nur am Mikrofon sprechen. –

Meine Damen und Herren! Das ist schon im Bundestag schwierig. Wo haben wir denn hier Mikrofone? Kann man in dieser Halle nicht frei vom Platz sprechen? Ich meine, wer eine kräftige Stimme hat, kann es doch einmal riskieren. Ich finde es sehr schwierig für die Diskussion, wenn die Damen und Herren immer hin und herlaufen müssen.

Inzwischen liegen Wortmeldungen vor. Ich nenne zunächst die Redner nicht, sondern sage nur: Der eine will sprechen über die Große Koalition und die Wiedervereinigung. Der zweite möchte über die Grundsatzerklärung, Vorbereitung der Parteitage, Verhältnis Partei zur Fraktion sprechen. Der dritte möchte sprechen über die Parteiarbeit im ganzen, der vierte über die CDU und die Heimatvertriebenen, der fünfte über die Mitgliederwerbung.

Erfolgen weitere Wortmeldungen?

Paul Bausch, worüber möchtest Du sprechen?

(Bausch: Ich habe nur eine Frage.)

Also dann gebe ich zunächst das Wort dem Herrn Bausch; denn er hat nur eine Frage zu stellen.

BAUSCH, MdB:

Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen eine große Zahl vortrefflicher Reden gehört. Die Rede, die mir am meisten ans Herz gegriffen hat – lassen Sie mich das ganz offen sagen –, war die Rede unseres Freundes des Landeshauptmanns Dr. Gleissner aus Linz. Ich hatte den Eindruck, als ob es auch einer großen Zahl unserer Parteifreunde so ging wie mir. Eine Aussage des Herrn Dr. Gleissner schien mir besonders bedeutsam zu sein. In dieser Rede war nämlich folgende Feststellung enthalten:

Wir brauchen heute eine Politik unter Gottes Führung. Wenn die Menschen sich nicht von Gott regieren lassen, so werden sie eines Tages von Tyrannen regiert sein.

Meine Damen und Herren! Mir scheint, daß es gut wäre, wenn sich die CDU auf ihrem Parteitag darüber Rechenschaft gäbe, ob sie hinsichtlich dieser kardinalen Aussage so denkt wie der Landeshauptmann von Linz. Die CDU ist damit gefragt, steht sie noch zu dem C in ihrem Namen? Ist diese Überzeugung, der unser Freund aus Österreich Ausdruck gegeben hat, auch die ihre? Will die CDU in Zukunft ent-säkularisieren oder will sie re-säkularisieren?

Meine Damen und Herren! Ich stelle diese Frage absichtlich so zugespitzt, weil ich weiß – Sie wissen es alle auch –, in welchem eminentem Maße diese Fragen im Schoße unserer Partei und ihrer Führungsgremien diskutiert werden. Herr Präsident! Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie als einer der vordersten Männer unserer Partei uns hinsichtlich dieser Fragen eine klipp und klare Antwort geben würden. Eine Antwort ohne Wenn und Aber.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Ich wollte eigentlich das Gegenteil tun, denn ich wollte wissen, was Sie dazu sagen. Ich habe meine Vorstellungen darüber schon oft zum Ausdruck gebracht, das ist auch gedruckt worden, Sie erfahren also von mir dazu nichts Neues. Damit ist aber dem Thema genau ins Herz gestoßen, von dem ich gesagt habe, daß es hier nicht an Hand der Vorlage behandelt werden kann, um die wir uns in den zwei Jahren bemüht haben.

Damit ist die Kernfrage der Barzelschen Denkschrift von Dortmund wieder aufgegriffen, die in der Zwischenzeit bearbeitet worden ist, aber nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Ich bitte also um Dein Verständnis dafür, wenn ich mich hier mit meiner eigenen Meinung zurückhalte und unsere versammelten Unionsfreunde frage, wer dazu das Wort wünscht.

(Zuruf: Ich möchte sagen, daß wir das gleich beantworten können. Die ethischen Grundsätze der Zehn Gebote sind uns Richtschnur für unser Handeln. Wir könnten nur sagen, ja, aber meine Frage ist, wie soll das aussehen und wie soll es praktisch anders verwirklicht werden als bisher?)

Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? –

Sollen wir einen Augenblick bei dieser Frage verbleiben? Wer ist dafür, daß wir einen Augenblick bei dieser Frage nach dem Selbstverständnis der CDU bleiben? – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Die meisten enthalten sich. Wir werden uns also kurz mit dieser Frage befassen.

Meine Damen und Herren! Ich habe heute morgen versucht, mit einem Ohr die Reden zu hören, und mit dem anderen Ohr, was die Intelligenz für die politische Diskussion bietet und was auch für diesen Parteitag interessant ist. In diesem Zusammenhang habe ich mir dieses Heft wieder herausgezogen, das ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle. Es handelt sich um die Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ für die Intellektuellen in der SPD.

Da steht im Heft 1, 11. Jahrgang, Januar/Februar 1964 auf Seite 48 und folgende ein Artikel des Theologieprofessors Franz Klüber über „Freiheitlicher Sozialismus und katholische Gesellschaftslehre in der Begegnung“. Ich nenne diesen Artikel deshalb, weil er mir, offengestanden, etwas zu schaffen macht; denn ich finde hier von seiten einiger Kollegen der katholischen Theologie eine Bestätigung der Kardinal Einwände, die Adolf Arndt von den Sozialdemokraten vor Jahr und Tag gegen uns vorgetragen hat. Arndt hat gesagt – wir haben uns auf dem Kulturkongreß in Gelsenkirchen damit auseinandergesetzt –, eine Partei, die es unternimmt, sich im Letzten anzusiedeln, die nicht weiß, daß sie nur im Vorletzten – wie er sagt, ich zitiere ihn jetzt nahezu wörtlich aus dem Gedächtnis – siedelt, macht eigentlich etwas Unmenschliches.

Diese These von Arndt wird hier von einem katholischen Theologen nach Kräften unterstrichen, und zwar mit der Feststellung, daß eigentlich das Unternehmen CDU, wenn ich es recht verstehe, christlich gar nicht möglich sei. Es sei eigentlich gar nicht möglich aus verschiedenen Gründen, die aber im wesentlichen doch auf die Arndtsche Begründung hinauslaufen.

Im übrigen kommt noch als Hilfsargument hinzu, es sei kein gemeinsames Engagement – wenn ich es jetzt einmal in die mir etwas gän-

gigere Sprache übersetze – von Christen der verschiedenen Konfessionen in einem intensiven christlichen Sinne möglich.

Ich halte dafür, meine Damen und Herren, daß das radikal falsch ist!
(Beifall.)

Ich will Ihnen auch sagen, warum ich dafür halte, daß das radikal falsch ist. Ich bin ein lutherischer Theologe. Der lutherische Theologe lernt, daß die Bekenntnisse seiner Kirche, auf die der Pfarrer im Amt verpflichtet wird, gründen auf den drei ökumenischen Symbolen, das heißt auf den Grundbekenntnissen der Christenheit, die allen drei – der römisch-katholischen Kirche, den orthodoxen Kirchen wie den Reformationskirchen – gemeinsam sind.

Die Frage ist: Wie kommt dieser Kritiker hier dazu, die die gesamte Christenheit verpflichtende Kraft der drei ökumenischen Symbole dann zu bestreiten, wenn es sich darum handelt, daraus praktische Konsequenzen für die Gestaltung des Alltags zu ziehen?

(Lebhafter Beifall.)

Ich muß deshalb für die Christlich Demokratische Union diesen Angriff als illegitim, auch als christlich illegitim, abweisen.

Aber damit, meine Damen und Herren, ist die andere Frage noch nicht konkret beantwortet. Ich bedanke mich für die Präzisierung der Frage, nämlich: Wie macht man denn das, Politik unter Gottes Führung?

Glauben Sie bloß nicht, daß diese Politik unter Gottes Führung damit gesichert sei, daß sich eine Partei einen exentensiven Katalog oder ein wunderbares Programm gibt und da alles mögliche hineinschreibt. Damit ist gar nichts gemacht,

(Beifall)

sondern jeder einzelne, der antritt, muß es unternehmen, von seiner eigenen, von seiner innersten Orientierung aus das zu tun, von dem er meint, daß es nicht nur bestehen könne im Hinblick darauf, daß man bei der nächsten Wahl keine Nachteile hat, sondern daß es noch darüber hinaus Gesichtspunkte gibt, unter denen wir unser politisches Tun und Lassen zu verantworten gedenken, Gesichtspunkte über die Opportunität hinaus.

Opportunität ist auch erlaubt in einer schwer kämpfenden Partei. Warum denn nicht? Es soll keiner kommen und sagen: Erwägungen zur Opportunität und Taktik seien nicht erlaubt. Im Gegenteil! Wir wären schlechte Politiker, wenn wir sie für unerlaubt hielten.

Natürlich sind sie erlaubt; aber es wäre grausam für unsere eigene Partei, und wir würden uns stracks auf einen unmöglichen Weg begeben und auch unser Selbstverständnis und die Gnade unseres Ursprungs verlieren, wenn wir glaubten, daß die Frage der Taktik und der Opportunität in dieser CDU das Einzige, Letzte, Oberste und Äußerste sein dürfe. So ist es nicht! Das Letzte, Oberste und Äußerste für unsere Orientierung auch unseres politischen Tuns und Lassens ist letztlich nicht das Nützliche, das Zweckmäßige, das Opportune, son-

dern das, was sich aus einer gemeinsamen christlichen Orientierung unseres praktischen politischen Handelns ergibt.

Also kurz und gut: In dieser Partei haben opportune Erwägungen ihren Platz und ihr Recht, hat die Taktik ihre Gültigkeit. Aber wir werden nicht erlauben – solange wir jedenfalls CDU sind –, daß Taktik und Opportunität bei uns das letzte Wort oder oberster Richtpunkt seien

Sehr viel mehr, meine Damen und Herren, würde ich in diesem Augenblick nicht sagen, weil das, was darüber hinausgeht, in das Gewissen und in jede einzelne persönliche Verantwortung gestellt ist. Dafür Richtlinien und Vorschriften zu machen, das kann man vielleicht versuchen im Rahmen einer Formulierung des Selbstverständnisses, das unsere Partei hat, aber ich würde mich schwer davor hüten, hier unseren Mandatsträgern oder Unionsfreunden programmatische Vorschriften zu machen. Dagegen müßte ich mich also zur Wehr setzen. Können wir uns so verständigen, Paul Bausch?

BAUSCH, MdB:

Ja! Die Frage nach der Programmatik, die werden wir natürlich verschiedenartig beantworten. Ich stimme Ihnen, Herr Präsident, durchaus zu, wenn Sie sich dagegen wehren, jedem einzelnen Mandatsträger programmatische Festlegungen auferlegen zu wollen. Dagegen würde ich mich noch viel nachdrücklicher wehren als Sie.

Herr Minister Dufhues! Sie haben gestern in Ihrer Rede vom Programm der CDU gesprochen. Ich habe daraufhin zu den Parteifreunden gesagt: Die CDU hat überhaupt kein Programm. – Genau der Meinung bin ich von jeher gewesen und bin es bis zum heutigen Tag. Ein Programm, wie es sich die SPD in Bad Godesberg gegeben hat, besitzt die CDU bis zum heutigen Tage nicht!

(Dufhues: Gott sei Dank! Das habe ich gestern gesagt!)

Gut, wenn Sie das so meinen, dann bin ich einverstanden.

Programmatische Festlegungen können für die CDU äußerstenfalls Arbeitshypothesen sein, die sie sich von Fall zu Fall mühsam und fleißig erarbeitet. Aber eine programmatische Festlegung von der Art, wie sie sich die SPD gegeben hat, hat es für die CDU in der Vergangenheit nicht gegeben und kann es für die CDU auch in Zukunft nicht geben.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Also, meine Damen und Herren, wir wollen das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Es gibt einige ganz handfeste programmatische Grundsätze und Richtlinien unserer Politik. An denen halten wir fest. Wir haben zum Beispiel nichts im Sinne mit dem Sozialismus alter Prägung noch neuer Prägung. Das war eine negative Abgrenzung. Ob wir zum Beispiel soziale Marktwirtschaft sagen oder freie Marktwirtschaft, auf keinen Fall wollen wir die alte Platte von der Planwirtschaft, sondern wir wollen im großen und ganzen mit dieser wirtschaftspoli-

tischen Orientierung, mit der wir mit Erhard angetreten sind, auch in Zukunft gehen. Das ist eine programmatische Aussage!

Auch wenn es Schwierigkeiten gibt bei der Realisierung der europäischen Einheit, so wollen wir dennoch programmatisch an dem festhalten, was wir seit 15 Jahren zu dieser Sache gesagt haben. Das ist eine verpflichtende und verbindliche programmatische Aussage, meine Damen und Herren, wenn wir sagen, daß wir zu dem Verfassungsauftrag zu stehen gedenken, um den sozialen Rechtsstaat in Deutschland zu verwirklichen, daß wir das nach unseren eigenen Methoden und Mitteln und Ideen und nicht nach denen der SPD oder FDP zu tun gedenken. Dafür haben wir Kämpfe geführt, und dafür werden wir weiter kämpfen. Das ist doch alles ganz in Ordnung.

Insofern wird es bei uns eine Programmatik von handfester Nüchternheit weiter geben müssen. Und wir werden den Mumm haben, dazu zu stehen! Wir werden auch, je klarer wir in dieser Sache sind, mit um so größerer Aussicht in der Zukunft unsere Kämpfe gewinnen!

Aber ich warne davor, allgemeine Gesinnungsgrundsätze in Form von programmatischen Aussagen in eine Parteiprogrammatik hineinzubringen; denn dann kommt man sehr leicht in die Situation, daß man nicht ohne weiteres Addierbares so zusammenstellt, als ob es miteinander aufgerechnet werden könnte.

Wir sind nun eben einmal angetreten in dem Vertrauen darauf, daß unsere nüchterne und handfeste Politik von einer gewissen Mentalität, von einer gewissen Grundeinstellung getragen wird, und daß wir bereit sind, sie auch unter höheren Gesichtspunkten sittlich-religiöser Art zu verantworten.

Ich glaube, darauf müssen wir uns einstweilen beschränken. Deshalb sollten wir nicht so furchtbar darauf drängen. Ich bin ganz froh, daß ich bis jetzt die Klage nicht gehört habe. Wir sollten gar nicht darauf drängen, daß wir nun mit übereilter Hast eine Proklamation oder ein Pronunziamento zum Selbstverständnis – ich kann beinahe sagen: zum theologischen Selbstverständnis – der CDU vorgelegt bekommen. Wenn wir so etwas machen – das will ich Ihnen ganz offen sagen –, dann muß ein solches Papier nicht einen defensiven, sondern einen offensiven Wert haben, damit wir vorwärtsgehen können und nicht an die Wand gestellt werden, und daß wir sozusagen uns mit halb erhobenen Händen entschuldigen oder weiß Gott was für Entschuldigungen machen müssen, um unser „C“ den Zeitgenossen gegenüber zu rechtfertigen. So ist es doch nicht! Verstehen Sie: Dieser moderne, offensive Geist muß in die Sache hinein!

Dr. FEILCKE (Landesverband Hamburg):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundestagspräsident hat eben einige Ausführungen gemacht, die ich mir doch nicht unwidersprochen aneignen möchte. Erschrecken Sie bitte nicht, ich möchte nicht in die Theologie hineingehen, aber ich habe den Eindruck, daß das, was der Bundestagspräsident gesagt hat, nicht unseren Beifall finden

kann, und zwar für uns, die wir in Norddeutschland als evangelische Christen leben und immer wieder in der Schwierigkeit der Abgrenzung zu anderen religiösen Gemeinschaften oder anderen Konfessionen stehen.

Es genügt nicht, Herr Bundestagspräsident, wenn wir uns zurückziehen auf einen gemeinsamen Besitz der drei urchristlichen Symbole. Das ist in der Tat der römisch-katholischen und evangelischen Menschen gemeinsamer Bestand, auf den wir stolz und für den wir dankbar sind. Aber es genügt nicht zur Bewältigung der politischen Gegenwart heute. Denn alle Aussagen zur Anthropologie, zum Wesen des Menschen sind ja in diesen drei urchristlichen Symbolen im Prinzip noch nicht enthalten. Ich glaube, im Sinne der katholischen Kirche zu sprechen, wenn ich meine, die Lehrfeststellungen des Mittelalters hätten eine gleiche Dignität wie etwa diese drei urchristlichen Symbole. Dasselbe gilt für das Werk der Reformation. Auch hier ist doch ein ganz gleicher Rang für die Aussagen über die Rechtfertigung und das Verständnis des Menschen aufzuweisen, wie es diesen drei urchristlichen Symbolen zukommt. Soviel zur Theologie!

Aber ich glaube, gerade weil hiermit die Schwierigkeiten eines gemeinsamen politischen Auftretens aus der Begründung her zwischen Katholiken und Protestanten nicht kleiner, sondern größer werden, sind wir gewarnt vor der Gefahr, von der Adolf Arndt sprach und von der in diesem Artikel die Rede ist. Weil wir nämlich im Letzten – Katholiken und Protestanten – nicht in der gleichen Kirche sitzen, deswegen ist auch die CDU davor gewarnt, sich im Allerletzten anzusiedeln.

Ich meine, wir können sehr dankbar sein, daß wir diese Konfessionsunterschiede in der CDU haben, weil sie allein eine Gewähr dafür bieten, daß wir nicht unsere politischen Anschauungen dogmatisieren, sondern frei bleiben für die politischen Entscheidungen, die uns der Tag bringt. Ich glaube, alles Reden von einem Programm ist wiederum ein gefährlicher Weg zu dogmatischen Festlegungen, die uns das Miteinanderleben erschweren werden. Unser gemeinsames Fundament und unsere gemeinsame politische Aufgabe muß sein, daß wir im Gespräch bleiben und als Katholiken oder Protestanten versuchen, uns unter die Führung des Wortes Gottes zu stellen und dann eben Gestalt werden lassen, was an einzelnen konkreten Entscheidungen des Alltags herauskommt.

Ich darf ein Wort von Professor Thielicke zitieren, der früher einmal gesagt hat: In der dogmatischen Begründung sei zwischen den katholischen und den evangelischen Christen der CDU wenig Gemeinsames, aber in dem Resultat sei sehr viel Übereinstimmung festzustellen. Dieses Resultat ist nicht vorwegnehmbar durch programmatische Erklärungen, sondern dieses Resultat wird sich erweisen, wenn wir antreten in dem Gebet, unter Gottes Führung unser politisches Werk verrichten zu können. Das wird sich aber nicht einfinden auf Grund irgendwelcher Minimalübereinstimmungen, auch nicht durch programmatische Festlegungen.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Ich habe nicht die Absicht, von mir aus dieses Gespräch um diesen Punkt zu vertiefen. Ich bleibe dabei, daß die ökumenischen Symbole eine verpflichtende und normative Kraft für die Orientierung der Gesamtchristenheit sind.

(Beifall.)

Was unsere Partei anbelangt, so plädiere ich für denkbare Großzügigkeit, aber für entscheidende Standfestigkeit bei der Bestimmung der Grenzwerte.

(Beifall.)

Ich habe nicht deshalb auf die ökumenischen Symbole verwiesen, weil ich der Meinung bin, daß das alles wäre, was sich hier sagen ließe, sondern deshalb, weil ich mich hier mit einem Satz von Klüber auseinandersetzen habe, in dem es einfach heißt: „Wenn evangelische und katholische Christen sich in einer Partei zusammenschließen, dann ist das nur möglich auf der Basis politischer Grundwerte.“

Das war auch dabei, meine Damen und Herren, als die CDU 1945 angefangen hat. Da gab es politische Grundwerte. Aber für viele war das noch nicht einmal das Entscheidende!

Ich werde nicht davon abgehen, daß die Konstituierung der CDU in den Gefängnissen von Tegel begonnen hat,

(Zuruf: Sehr richtig!)

mit dem Jesuitenpater und meinem Freund Alfred Delp, mit Helmut Moltke, mir selber und einigen anderen. Und da kann ich nur sagen: Wir waren uns in den politischen Grundwerten ziemlich weitgehend einig.

Im übrigen hatten wir Vorstellungen, die wir inzwischen längst haben wandeln müssen. Wir waren damals der Meinung, daß Deutschland nur durch eine strikte Planwirtschaft gerettet werden könnte. Das sage ich ganz offen.

Wie hätten wir uns in den Gefängnissen und Zuchthäusern vorstellen können, wie man aus diesem Chaos mit der Freien oder der Sozialen Marktwirtschaft herauskommen konnte im Jahre 1944/45. Damals dachten wir natürlich auch an Planwirtschaft. Wir dachten, das muß von Staats wegen, von oben her geregelt werden. Ich würde also sagen, insofern hätte eine programmatische Aussage über die politischen Grundwerte schon in diesem Punkt gar keine Geltung mehr.

Ich bekenne mich heute zur Sozialen Marktwirtschaft und nicht zu der Planwirtschaft etwa der Kreisauer, an der ich selber mitgearbeitet habe. Das ist relativ. Aber gar nicht relativ ist nicht nur die Emotion, sondern auch die Grundüberzeugung, von der wir getragen waren, als wir uns sagten: Es genügt eben nicht, nur rationale Konstruktionen und Programme zu entwerfen, sondern es muß etwas mehr dahinter sein. Das muß aus einer anderen Dimension kommen.

Aus dieser anderen Dimension ist doch die CDU im Jahre 1945 in Tat und Wahrheit aus den Trümmern und Kellerlöchern an den Tag geklettert.

(Beifall.)

Und das sollen wir uns nun jetzt einfach reduzieren lassen auf die politischen Grundwerte, wie Herr Professor Klüber meint? Nein, meine Damen und Herren! Es wurde gesagt: Der Zusammenschluß evangelischer und katholischer Christen in einer Partei ist also nicht möglich infolge der Verankerung der parteipolitischen Zielstellungen in gemeinsamen transzendenten Wahrheiten.

Ich sage: Doch, natürlich ist es möglich; denn es gibt über die Konfessionsgrenzen hinaus die Christenheit real verbindende und in Pflicht nehmende Gemeinsamkeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Darauf die Probe zu machen nicht mit einer reaktionär gesinnten Partei, sondern mit einer zukunftsfreudigen, ganz offenen, für den Tag und seine Erfordernisse völlig frei sich stellenden Partei, das ist doch eine großartige Sache. Aber nichts sollte uns veranlassen, gegen diese Treue zu unserem Ursprung, im Zeitlichen wie im Prinzipiellen gemeint, nun heute irgendwie revisionsstüchtig zu werden. Ich finde das eine Reduktion, die ich bedauern würde, wenn sie die CDU vornähme.

Aber ich gebe zu, meine Damen und Herren – Sie ersehen es aus diesem Diskussionsbeitrag –, daß es ernstzunehmende Einwände gibt. Das ist einer der Gründe, weshalb wir uns heute nicht in der Lage gesehen haben, diese Vorlage zu machen. Wir möchten eine möglichst hieb- und stichfeste Vorlage bringen.

Nun Herr Dr. Folkers. Sie hatten zur „Großen Koalition und Wiedervereinigung“ das Wort gewünscht.

Dr. FOLKERS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben heute morgen von Herrn Amrehn gehört, eine große Gefahr besteht darin, daß unsere politischen Vorstellungen insbesondere auf das Bundesgebiet bezogen sind und dadurch eine gewisse Resignation bei den Deutschen entstehen könnte, die insgesamt zu Deutschland gehören, und bei denen dann das Gefühl entsteht, wir dächten nur an unseren Teil und nicht an ihre Teile.

Außerdem ist die Frage der sogenannten Umarmung der SPD aufgeworfen worden. Dabei wurde gesagt, daß vermutlich eine neue Wengung entstehen würde, nachdem die bisher angestrebte Umarmung nicht zu einem Erfolg geführt hat.

In den letzten zehn Jahren bin ich etwa dreißigmal in der Zone gewesen. Ich habe mich dort sehr wohl umgehört. Ich habe dort den Eindruck gewonnen, daß die Frage, wie weit wir die Verhältnisse dort in unsere politischen Vorstellungen mit einbeziehen, sehr wesentlich ist für die Erwartung der Bevölkerung dort drüben. Es gibt dort sehr viele Menschen, die sicherlich sehr klar unterscheiden zwischen der SED und

den politischen Parteien hier bei uns, die aber nicht verstehen können, daß wir in unseren parteipolitischen Vorstellungen uns hier so arg auseinandersetzen und nicht den grundsätzlichen Gegensatz zwischen den demokratischen Parteien und der SED dort drüben sehen. Und sie erwarten, und das würde ihr Selbstbewußtsein wesentlich stärken, daß dieses politische Moment bei uns stärker zum Durchbruch kommt.

Von Herrn Dr. Barzel wurde heute erwähnt, wie schwer es ist, in der Fraktion die Zusammenarbeit in der Kleinen Koalition zur Zeit zu exerzieren, wieviel politische Kraft darauf verwandt werden muß.

Ich bin der Meinung, die Zusammenarbeit in der Großen Koalition würde wahrscheinlich nicht mehr Kraft erfordern. Wir hätten aber doch die Möglichkeit, damit zumindest die Erwartungen im anderen Teil Deutschlands sehr viel stärker auf eine breitere Grundlage zu stellen und damit wahrscheinlich äußerlich zum Ausdruck zu bringen, daß die Aufgabe der Wiedervereinigung für uns unmittelbar als Aufgabe empfunden worden ist. Wir sollten uns darauf einstellen und nicht sagen: Die Wiedervereinigung ist etwas, was auf lange Sicht kommen kann, sondern wir sollten ihnen das Gefühl geben, daß wir schon heute unmittelbar an dieser Aufgabe arbeiten.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Wird dazu das Wort gewünscht?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Dr. KOHL, Mdl:

Herr Präsident! Ich bin hierher gekommen, um eine interessante kontroverse Diskussion zu erleben. Aber ich habe den Eindruck, in der Form kann man doch einen Arbeitskreis nicht gestalten.

Ich möchte zunächst einmal entschieden dem Herrn Präsidenten widersprechen. Ich weiß nicht, ob ich ihn richtig verstanden habe. Ich wäre dankbar für eine Interpretation. Nach meiner Meinung kann die jetzt ausgebliebene Grundsatzerklärung zwar vom Bundesparteivorstand und vom Bundesparteiausschuß vorbereitet, aber für die Christlich Demokratische Union in Deutschland nur von einem Parteitag verabschiedet werden. Das möchte ich sehr deutlich herausstellen. Und wenn es umstritten sein sollte, stelle ich vorsorglich formellen Antrag in diesem Sinne, um es im parlamentarischen Sinne zu sagen.

Ich halte es für völlig ausgeschlossen und dem Gedanken der Parteireform zutiefst widersprechend, daß ein wenn auch noch so hochachtbarer Kreis wie das Präsidium unserer Partei oder der Bundesparteivorstand in der Lage sein soll, in dieser Frage der Programmatik der Partei eine verbindliche Erklärung generell – und das soll ja eine Basis für viele Jahre sein – abzugeben, wenn wir nicht unser Placet als Delegierte dazu gesprochen haben.

Ich gehe nicht so weit wie die Sozialdemokraten, daß wir uns von Parteitag zu Parteitag über diese Dinge unterhalten, aber ich glaube, die Zeit ist reif, daß wir einmal etwas mehr darüber sprechen. Ich

glaube, die Mehrheit der Delegierten ist der Meinung: Das ist Aufgabe eines Parteitages.

Herr Geschäftsführender Vorsitzender! Wir sollten uns diese Sache unter Umständen einen Außerordentlichen Parteitag wert sein lassen, einen Parteitag, wo nicht nur Regularien – wobei das „nur“ bitte richtig verstanden wird; denn es ist eine wichtige Sache – besprochen werden und eine politische Heerschau gezeigt wird, sondern wo man auch einmal hart die Gegensätze im Raum miteinander ringen läßt.

Wenn wir das als CDU – von der wir mit Recht sagen, daß wir ein Hort der Freiheit, auch in der Diskussion, sind – nicht fertig bringen, können wir auch im Organisatorischen keine Parteireform vollbringen. Das möchte ich hier als erstes gesagt haben. Zweitens wäre meine kleine Anregung, daß man vielleicht in etwa die Diskussion nach bestimmten Gesichtspunkten strafft.

Es fällt einem sehr schwer, dem Fluß der Diskussion so rasch zu folgen, wenn also völlig verschiedene Fragen, wie etwa Mehrheitswahlrecht und Grundsatzfragen der CDU, zusammen in einem Topf erscheinen.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Also, meine Damen und Herren, Punkt 1: So ist es nun wiederum nicht, daß die Ausarbeitung, mit der der Kollege Dr. Barzel befaßt war und die dann überarbeitet wurde, den Rang eines neuen Parteiprogramms gewinnen sollte. Es sollte eine Arbeit zum Selbstverständnis der CDU – 15 bis 20 Jahre nach ihrem Geburtstag – sein.

Ich bin nicht der Meinung, Herr Dr. Kohl, daß das eine Sache ist, die unbedingt von einem Parteitag verabschiedet werden muß. Wenn Sie diesen Wunsch haben, dann können Sie ihn ja vorbringen. Ich hätte, offen gestanden, nichts dagegen, einen Parteitag damit zu befassen, der dann diese Sache in Form einer Entschließung zum Selbstverständnis der Partei verabschiedet. Aber ich mache auf den Unterschied aufmerksam und warne davor. Dieses Gremium, das sich bis jetzt mit dieser Sache befaßt, ist unbedingt überfordert, wenn von ihm verlangt wird, gewissermaßen einen Entwurf für ein neues Parteiprogramm zu schreiben. Dazu ist dieser Kreis überhaupt nicht kompetent, dafür ist er überhaupt nicht angesetzt. Es ist nicht seine Aufgabe, sondern er soll eine Sache zum Selbstverständnis der Partei, insbesondere zum Verständnis ihres „C“ 20 Jahre nach der Geburt der CDU, schreiben. Das ist etwas ganz anderes. Wenn Sie das dann dem Parteitag unterbreiten wollen, bitte sehr!

Aber jetzt, Herr Dr. Kohl, wollen wir uns einmal den Genuß erlauben, auf einem Parteitag eine nicht vorgeplante Diskussion durchzuführen. Lassen Sie doch hier die „Freien“ Christlichen Demokraten – würde ich beinahe sagen – das ausführen, was sie für richtig halten! Wir können das aushalten. Wir halten das mindestens eine Stunde aus, Herr Dr. Kohl, auch wenn alles wie Kraut und Rüben durcheinanderght.

Dann kommt erst der Versuch, das, was als Kraut und Rüben auf den Tisch gekommen ist, ein bißchen zu sortieren. Aber auch dann werden

wir nicht alles einzeln anleuchten können, sondern dann kommt das heraus und wird speziell angeleuchtet, was besonders wichtig ist.

(Beifall.)

Aber zunächst plädiere ich dafür, daß hier das herauskommt, was einer auf dem Herzen hat, ganz egal, ob es nun in einer wunderbaren Systematik zusammenpaßt oder nicht. Das Risiko können wir uns gestatten.

Wir sind gar nicht so scharfe Planer, Herr Dr. Kohl, wie Sie meinen.

(Dr. Kohl: Ich mache nur auf den Widerspruch Ihrer Ausführungen aufmerksam!)

Nein, nein! Man muß sich auch den Luxus der Freiheit gestatten. Und das wollen wir uns jetzt hier einmal eine Stunde lang erlauben. Ich frage, ob zu dem Diskussionsbeitrag von Dr. Folkers jemand das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall. Als erster Redner hat das Wort Herr Donner aus Schleswig-Holstein.

DONNER, Landesverband Schleswig-Holstein:

Ich möchte eine kleine Anmerkung machen zu dem C in der Christlich Demokratischen Union. Es ist zu fragen, wieviel von uns in der CDU nehmen dieses C noch wirklich ernst? Wieviel sind noch ernstlich praktizierende Christen in der Kirche?

(Unruhe und Bewegung.)

Das ist eine Frage, die wir heute ganz offen stellen müssen, und zwar ohne irgendeine Rechthaberei und Verurteilung der Partei.

Aber es gehört zur klaren Feststellung der Wahrheit: Sind wir nun eine liberale Partei mit noch so schönen Grundsätzen, oder sind wir eine Christlich Demokratische Union?

Und da muß man leider sagen, soundsoviele gehen überhaupt nicht in die Kirche, und soundsoviele gehen nur dorthin, um gesehen zu werden!

(Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

Dr. GERSTENMAIER:

Das Wort hat Herr Silberstein, Rheinland.

SILBERSTEIN, Landesverband Rheinland:

Es geht nicht darum zu wissen, ob ein Mitglied der CDU wegen des C in die Kirche geht, sondern es kommt darauf an, daß er das C, wie der Landeshauptmann von Linz sagte, hier drin hat. Und wenn er dieses C drin hat, dann wird er zu jeder Stunde auch für seinen Nächsten da sein. Das ist nämlich das praktizierte C, das bei uns leider fehlt, weil wir uns zu wenig Zeit nehmen für unseren Nächsten! Das ist das Entscheidende. Damit fundieren wir unsere Parteiarbeit, indem wir tätig sind und nicht davon reden.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Das Wort hat Herr Gerhardt aus Hessen.

GERHARDT, Landesverband Hessen:

Ich habe den Eindruck, daß wir uns bei der Diskussion um das C ständig selbst Schlingen legen, über die wir nicht hinwegkommen. Wenn Herr Dufhues festgestellt hat, daß wir kein sehr ausgeprägtes Parteibewußtsein haben, so liegt das sehr oft daran, daß wir glauben, bei jedem Satz, den wir politisch zu sagen haben, ein religiöses Glaubensbekenntnis ablegen zu müssen. Es liegt darin begründet, daß wir glauben, auf politische Sachfragen nur mit der Antwort reagieren zu können: Gott führt uns in der Politik.

Meine lieben Freunde! Wir sollten einfach unterstellen, daß alle, die sich zu dieser CDU bekennen, aus ihrem Fundament und aus dem christlichen Glauben heraus bereit sind, den politischen Alltag zu meistern, aber dann auch politisch in dieser Partei zu arbeiten. Es kommt darauf an, hierbei zu unterstellen, daß diese Bereitschaft aus diesem Grundsatz heraus vorhanden ist. Es kommt darauf an, das politische Bekenntnis von unseren Mitgliedern und unseren Mandatsträgern zu fordern.

Ich würde es als Kreisvorsitzender ablehnen, meine Mandatsträger abzufragen, ob sie sonntags in der Kirche gewesen sind. Das geht doch viel zu weit. Es kommt darauf an, daß ich Vertrauen entgegenbringe und weiß, aus welchem Geiste heraus das einzelne Mitglied und der Mandatsträger mitarbeiten wollen. Auf Grund dieser gemeinsamen politischen Formel kommen wir leichter über alles hinweg, und dann werden wir uns nicht dauernd über diese Anfangsfragen der CDU bis zum Sankt Nimmerleinstag unterhalten müssen.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Unser Freund Donner hat sich wieder zu Wort gemeldet, weil er sich mißverstanden und mißdeutet sieht. Das sehe ich Ihnen an. Ich habe es auch so verstanden. Erlauben Sie mir aber zunächst eine kritische Feststellung.

Seit fünfzehn oder sechzehn Jahren fechte ich jetzt für die CDU. Ich weiß nicht mehr, in wieviel Reden und Vorträgen ich mir den Kopf darüber zerbrochen habe, wie geht unser Weg. Ich habe erlebt, daß wir schwache und daß wir starke Stunden gehabt haben, wie jede andere kämpfende Partei auch. Wir sind auch keine Versammlung von Übermenschen oder patentierten Monopolisten, aber wir getrauen uns, zu dem zu stehen, was wir für richtig halten.

Ich habe nie erlebt, daß einer auch nur den Versuch gemacht hätte, angesprochen auf eine politische Sachfrage, nun etwa zu sagen: Gott führt uns! – Das habe ich nicht erlebt. Ich hoffe, das auch niemals in dieser CDU zu erleben. Es ist allerdings auch nicht so bei uns, daß wir irgendwie nach rechts oder links schießen mit der Frage: Wie hältst denn du es mit dem Christentum? –

Wir müssen zu einem redlichen Wahrheitsbewußtsein bei uns selber kommen. Das erfordert, daß wir in Übereinstimmung kommen mit dem

Selbstverständnis und mit der Praxis unserer Partei. Wie sieht denn die Praxis unserer Partei aus?

Sie sieht so aus, daß wir in jeden Wahlkampf mit der Absicht hineingehen – dazu sind wir heute gezwungen –, möglichst absolute Mehrheiten zu erlangen. Das ist legitim. Das ist unsere Aufgabe. Das ist eine ganz harte Aufgabe. Daraus folgt aber, daß wir niemals gesagt haben: Wählt uns, weil wir christlich sind, – sondern wir sagen den Leuten, ihr könnt uns alle wählen, ganz egal, was ihr mit dem Christentum im Sinn habt. Wählt uns, weil wir die richtige Poljtik für dieses Land machen.

Aber was uns betrifft, meine Damen und Herren – da können wir doch wirklich mal die Quadratur des Zirkels zustande bringen –, so hindert uns doch niemand, in unserem Herzenskämmerlein gewissenhaft zu überlegen, ob das, was wir für dieses Land als politisch richtig und als rationell für zweckmäßig halten, auch sub specie aeternitatis, im Blick auf Gottes Gebot und Ordnung, Bestand hat. Das ist doch immerhin in dieser Partei nicht verboten!

Aber es ist eine andere Sache, von einem Mandatsträger durch Parteikontrolle zu verlangen, daß er das auch tut. So ist es wiederum nicht. Das ist völlig frei in das Ermessen jedes Mandatsträgers der Christlich Demokratischen Union gestellt. Er wird von der Partei nicht kontrolliert. Insofern sind wir eine ganz moderne Partei, die zwar weiß, wie sie selber ihre Verantwortung wahrzunehmen gedenkt, die aber im übrigen keine Ansprüche stellt, die von einem Mann nicht vollziehbar wären, der uns im übrigen aus politischen Gründen zu wählen wünscht. Die CDU wird nicht müde, das immer wieder zu sagen. Die CDU muß so offen sein, wie sie es in ihren Wahlkämpfen und in ihrer Wahlwerbung ist. Wir müssen möglichst vielen Menschen in diesem Staate und Volk eine politische Heimat bieten. Das bedeutet aber nicht, daß wir uns die eigene Gewissenhaftigkeit der Überlegung und Verantwortung auf Überirdisches hin als illegitim wegnehmen lassen. So ist es auch nicht.

Meine Damen und Herren! Wir müssen also mit beiden fertig werden. Ich halte dafür, daß es gar nicht so schwer ist, damit fertig zu werden. Ich möchte gern vermeiden, daß ein Bruch vorhanden ist. Wir müssen in den Wahlkampf gehen ohne Rücksicht darauf, ist der Wähler Jude, Heide, Christ, Katholik oder Protestant, hält er etwas von der Kirche oder hält er nichts von der Kirche. Danach fragen wir im Wahlkampf überhaupt nicht. Wir fragen auch niemanden, wenn er bei uns eintreten will, ob er getauft oder nicht getauft ist. Das fragen wir doch auch nicht, sondern wir sind froh, wenn er kommt. Und mit dieser unserer Praxis muß unser Selbstverständnis irgendwie und irgendwo redlich in Übereinstimmung gebracht werden, ohne daß wir preisgeben, was uns von unserer Geburtsstunde her am Herzen liegt.

Herr Dr. Kohl! Das ist die Aufgabe! Das ist das Problem, um das es sich bei dieser Ausarbeitung zum Selbstverständnis der Partei handelt. Aber das ist wieder etwas anderes als politische Programmatik.

(Dr. Kohl: Da sind wir einer Meinung!)

Trotzdem, Herr Dr. Kohl, sind Sie der Meinung, auch dafür einen Parteitag zu veranstalten? Darf ich das fragen!

(Dr. Kohl: Wegen der Autorität der Erklärung!)

Gut, ich habe es gehört, ich werde es im Parteipräsidium vertreten. Ich werde sagen, der Fraktionschef eines Landtages hat das verlangt, und das wird auch noch von einigen anderen unterstützt.

(Dr. Kohl: Das wäre eine falsche Interpretation! Der Delegierte Kohl hat das verlangt!)

Jetzt wollte ich Sie einmal aufwerten und ein paar Mann hinter Sie bringen!

(Dr. Kohl: Da möchte ich widersprechen. Der Parteitag ist nicht Wurmfortsatz einer Fraktion, wie der Herr Geschäftsführende Vorsitzende gesagt hat. Hier steht ein Delegierter und verlangt das als Delegierter!)

(Lebhafter Beifall.)

Nein, nein, meine Herren! Moment mal! Der Herr Geschäftsführende Bundesvorsitzende hat zu erwägen gegeben, ob sich die CDU eigentlich als ein Hilfsorgan ihrer Bundestagsfraktion verstehen soll. Das ist eine kleine Nuance. Ich wollte bloß wissen, sind Sie eigentlich allein mit diesem Wunsch, oder gibt es noch einige andere hier im Saal, die das auch wünschen, daß nämlich diese Frage vor den Bundesparteitag soll?

Wer ist dafür, daß diese Frage vor den Bundesparteitag kommt? – Das ist die überwältigende Mehrheit! Die Gegenprobe! – Hier melden sich natürlich viel zu wenig.

(Heiterkeit.)

Also, Herr Dr. Kohl, Sie haben gesiegt!

(Beifall.)

Wir werden das also im Parteipräsidium beherzigen. Wir fahren nun weiter in der allgemeinen Diskussion fort.

Das Wort hat Herr Hauser, Rheinland.

HAUSER, MdL, Landesverband Rheinland:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu den Leuten, die mit Munition in der Tasche hierhergekommen sind,

(Zuruf: Aber nicht gleich scharf schießen! Dr. Gerstenmaier: Er hat kein Gewehr! – Heiterkeit)

wie der Herr Vorsitzende apostrophiert hat. Ob es sich dabei um Platzpatronen handelt, wird sich herausstellen. Ich glaube, der bisherige Verlauf der Diskussion hat eigentlich bewiesen, daß es uns leichter gewesen wäre, hier zu diskutieren, wenn wir den Entwurf der Grundsatzerklärung gehabt hätten.

(Beifall.)

Sicherlich ist es Aufgabe eines Präsidiums und einer vom Präsidium beauftragten Kommission, sich Gedanken zu machen und das Ergebnis ihrer Überlegungen dann zur Diskussion auf dem Parteitag zur Verfügung zu stellen.

Wir wissen, daß daran mit Eifer gearbeitet worden ist. Wir nehmen an, daß die klugen Leute, die hier mitgewirkt haben, diese Arbeit nicht umsonst geleistet haben.

Wenn der Entwurf heute nicht vorliegt, kann das doch nur den Grund haben, daß man sich über das Ergebnis dieser Arbeit, im positiven oder im negativen Sinn, nicht ganz einig war.

(Präsident Dr. Gerstenmaier: Das war ein Treffer! – Heiterkeit.)

Wir sind der Auffassung, daß wir entsprechend den Maximen, die von dem Geschäftsführenden Vorsitzenden gesetzt worden sind, im Sinn der Diskussion von unten nach oben die Diskussion über die Uneinigkeit, die im Präsidium noch vorhanden ist, auf dem Parteitag zu Ende führen sollten.

(Beifall.)

So und nicht anders kann es doch gehen!

Wenn uns nämlich ein Entwurf vorgelegt würde, der bereits in allen Einzelheiten perfekt wäre, dann brauchte er ja von den Parteimitgliedern auf dem Parteitag kaum noch diskutiert zu werden; denn dann hätte das Präsidium diese Diskussion und auch die gemeinsame Willensbildung schon vorweggenommen, sie wäre also von oben nach unten anstatt von unten nach oben, wie gewollt, erfolgt. Ich meine also, es wäre sinnvoll, auch einen unvollkommenen Entwurf den Landes- und Kreisverbänden zur Beratung zu geben.

Ich darf Sie auf einen Widerspruch aufmerksam machen. Der Geschäftsführende Vorsitzende hat in seiner mit Beifall aufgenommenen Rede davon gesprochen, daß der Parteiausschuß im Herbst dieses Jahres die Grundsatzklärung verabschieden möge, und zwar nach vorheriger Diskussion in den Kreisverbänden. Der Herr Präsident Dr. Gerstenmaier hat aber heute davon gesprochen, daß man erst in einem Jahr oder vielleicht in zwei Jahren soweit sei, einen Entwurf vorzulegen. Ich meine, das wäre nicht gut. Die rheinischen Delegierten haben mich beauftragt, hier formell den Antrag zu stellen:

Man möge das bisher Erarbeitete unverzüglich den Landesverbänden der Partei zur weiteren Diskussion mit der Auflage zuleiten, daß das Ergebnis dieser Diskussion in den Landes- und Kreisverbänden der Bundespartei bis zum 1. Oktober dieses Jahres zugeleitet werden möge, damit dann im Sinn der Ausführungen von Herrn Dr. Kohl unter Umständen auf einem Außerordentlichen Parteitag und in einer sonst technisch geeigneten Form eine Verabschiedung erfolgen kann.

Dabei ist durchaus zu unterscheiden zwischen einer Grundsatzklärung und einem Partei- oder Aktionsprogramm. Ein solches Aktionspro-

gramm werden wir sicherlich auf dem nächsten Bundesparteitag als Wahlkampfprogramm zu verabschieden haben. Das ist aber eine ganz andere Frage. Ich erwähne das nur deshalb, weil mir in der Diskussion sich die Dinge ein wenig zu überlappen schienen. Ich habe zu einem zweiten Punkt eine Anregung zu geben.

Die Diskussionen auf den Parteitagen werden um so intensiver und erfolgreicher sein, als die Kreis- und Landesverbände Möglichkeiten zur Vorbereitung dieser Diskussion haben. Man wird selbstverständlich auf jedem Parteitag eine Reihe von Fragen zu behandeln haben, die der aktuellen Tagesproblematik entstammen. Solche Fragen kann man nicht vorher bekanntgeben, sondern sie müssen an Ort und Stelle diskutiert und entschieden werden.

Es muß aber auf jedem Parteitag auch eine Besinnung auf grundsätzliche Maßstäbe und Richtlinien unserer Arbeit stattfinden, wie wir es heute nachmittag versuchen. Dazu wäre es zweckmäßig, wenn die Thematik einer solchen Aufgabenstellung den Kreis- und Landesverbänden ein halbes Jahr oder zumindest vier Monate vorher bekanntgegeben würde.

Die Vorbereitungen zu diesem Parteitag waren schon etwas besser als die der vergangenen Jahre; denn immerhin haben wir vor drei Wochen die Tagesordnung bekommen, und wir wußten also wenigstens oberflächlich, worüber überhaupt gesprochen werden soll. Das ist schon ein Fortschritt, aber es ist ein Fortschritt, der mir im Sinn einer Aktivierung der Partei noch nicht ausreichend erscheint.

Ich hätte also die dringende Bitte, daß als Ergebnis unserer heutigen Besprechung auch diese Anregung morgen dem Plenum weitergegeben wird als ein Appell an die Verantwortlichen, sich dementsprechend zu verhalten.

Die Frage der Zusammenarbeit von Partei und Fraktion möchte ich zunächst zurückstellen, weil ich annehme, daß über den von mir im Namen des Landesverbandes Rheinland gestellten konkreten Antrag diskutiert wird.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Ich frage unseren Geschäftsführenden Vorsitzenden, ob er dazu etwas sagen will.

DUFHUES:

Ich nehme die Anregungen unseres Freundes Hauser im wesentlichen dankbar auf. Mir liegt daran, gerade am Beispiel der Grundsatzklärung zu beweisen, daß wir Wert darauf legen, nicht in der Isolierung des Präsidiums oder auch des Vorstandes weittragende Entscheidungen zu treffen, insbesondere für das Selbstverständnis der Partei. Ich lege immer Wert darauf, daß sich unsere Freunde aus den Kreis- und Ortsverbänden an den Diskussionen über diese Fragen beteiligen.

Deshalb nehme ich die Anregung auf, daß der Entwurf einer derartigen Erklärung den Kreisparteien zugeleitet wird, und zwar sollte das in nicht allzu ferner Zeit geschehen. Wir können uns auch über den Termin verständigen. Nur bitte ich Sie, auch der Verantwortung des Präsidiums und des Vorstandes gerecht zu werden. Ich bin davon überzeugt, daß das, was bisher erarbeitet worden ist, keine ausreichende Grundlage für die Diskussion in den Kreisparteien ist.

Ich bin der Meinung, daß ich mit meinem Freund Gerstenmaier noch sehr eingehend über die Probleme und die Fragen sprechen muß, die diese Grundsatzklärung berühren. Wir sollten einen solchen Entwurf erst dann den Kreisparteien zuleiten, wenn wir uns in den wesentlichen Fragen im Präsidium und Vorstand geeinigt haben. Das trägt der Verantwortung Rechnung, die auch das Präsidium hat. Herr Hauser hat eine Anregung gegeben, die nicht nur für die Sitzungen des Parteitag, sondern auch für die Sitzungen des Bundesvorstandes und des Parteiausschusses gilt. Bis vor einiger Zeit hatten wir die „löbliche“ Angewohnheit, auf den Sitzungen des Bundesvorstandes und des Parteiausschusses wie folgt zu verfahren:

Punkt 1: Bericht zur Lage

Punkt 2: Gemeinsames Mittagessen.

Wir haben aber die Art der Abwicklung unserer Beratungen inzwischen verbessert. Wir sollten Wert darauf legen, daß wir denen, die an den Beratungen des Vorstandes und des Ausschusses teilnehmen, die Möglichkeit geben, sich rechtzeitig mit den Themen dieser Sitzungen vertraut zu machen und ihnen auch in den Fällen, wo es möglich ist und notwendig erscheint, entsprechendes Material zuleiten, damit eine fundierte Diskussion in diesen Sitzungen möglich ist.

Das hat selbstverständlich zur Folge, daß auch Parteitage langfristiger vorbereitet werden. Die Delegierten sollten auch die Möglichkeit haben, in ihren Kreisparteien das Votum ihrer Parteifreunde zu erfahren, damit dann wirklich auf einer breitfundierten Grundlage diskutiert werden kann. Mit dieser Maßgabe möchte ich die Anregung aufnehmen, die hier gemacht worden ist.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Das Wort hat Herr Karlheinz Hoffmann.

HOFFMANN:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch einen kurzen Satz zum C in der CDU sagen. Ich hoffe, daß die Parteifreunde, denen das C in der CDU heute nicht mehr gefällt, nicht die Absicht haben, aus der Christlich Demokratischen Union eine Freie Demokratische Union zu machen. Unsere Partei hat sich in den schwersten Zeiten unter dem Zeichen CDU bewährt. Ich bin davon überzeugt, daß wir, wenn wir alle zusammenstehen und in Treue unsere Aufgaben weiter wahrnehmen wie in der Vergangenheit, daß wir auch in Zukunft die vor uns liegenden Aufgaben unter der Bezeichnung CDU meistern können.

Herr Dufhues hat gestern in seinem Geschäftsbericht mit Nachdruck gefordert, daß die parteiinterne Diskussion und die Willensbildung in den Kreisverbänden verstärkt und belebt werden müsse. Wenn wir diese Stärkung vollziehen wollen, haben wir die Verpflichtung, unseren Mitgliedern draußen im Land und in den Kreisparteien klarzumachen, daß sie ihre Arbeit nicht nur in den Kreisparteien zu erfüllen haben, sondern daß sie auch hineinwirken müssen in die Landesparteien und in die Bundespartei. Deshalb ist es auch Verpflichtung der Bundespartei und der Landesverbände, den Kreisparteien einen stärkeren Raum zu geben.

Wir haben in der Satzung zwar stehen, daß die Kreisparteien in der Lage sind, Anträge zum Bundesparteitag zu stellen, ich habe aber in meiner Tagungsmappe keinen einzigen Antrag dieser Art gefunden. Ich glaube, daß das doch ein bedauerliches Zeichen ist.

(Dufhues: Haben Sie nicht den Antrag des Agrarpolitischen Ausschusses?)

Das sind Anträge, die aus den Vereinigungen gekommen sind, aber kein Antrag irgendeines Kreisverbandes der CDU. Hier scheint mir ein Mangel zu sein. Die Parteimitglieder scheinen nicht das Gefühl zu haben, daß sie in der Lage sind, das große politische Geschehen auf einem Parteitag mitzubeeinflussen; denn sonst wären hier mehr Anträge gekommen. Deshalb bitte ich die Bundespartei und die Landesverbände, die Kreisverbände anzuhalten, stärker initiativ zu werden, um dem einzelnen Mitglied das Gefühl zu geben, daß es nicht nur Mitglied, sondern auch Mitgestalter und Mitformer der Partei ist.

Wir sollten ferner die Zahl der geborenen Delegierten auf ein Mindestmaß beschränken. Wir sollten auch die Gepflogenheit der Landesverbände, Delegierte nach den unterschiedlichsten Gesichtspunkten zu wählen oder bestimmen zu lassen, einmal einer Prüfung unterziehen. Es geht nicht an, daß ein sehr großer Teil von Kreisverbänden nur einen Delegierten schicken kann. Dieses Amt fällt in der Regel dem Kreisvorsitzenden zu. Andere Delegierte können nicht gewählt werden, weil dieser Kreisverband nur einen Mann entsenden kann. Ich glaube, daß in diesem Fall die Überprüfung der Auswahl der Delegierten notwendig ist.

Ich möchte auch etwas zu den Betriebsratswahlen sagen, die auch Herr Dufhues gestern angesprochen hat. Damit komme ich zu einem Thema, das insbesondere die Arbeitnehmer in der CDU interessiert.

Wir haben im kommenden Jahr wieder Betriebsratswahlen. Viele Kreisverbände haben für derartige Dinge einfach kein Ohr. Wir wollen nicht, daß sich die Kreisparteien in die Betriebsratswahlen einmischen, aber wir möchten doch unseren Kollegen und Parteifreunden bei ihren Aufgaben in den Betrieben, die sie doch für die Union wahrzunehmen haben, zur Seite stehen. Wir möchten sie in ihrem täglichen Kampf mit der SPD und der KPD unterstützen.

(Bundesparteivorsitzender Dr. Adenauer erscheint und wird mit starkem Beifall begrüßt.)

Ich bitte deshalb darum, dafür Sorge zu tragen, daß die Gespräche, die mit der Bundespartei und den Landesgeschäftsführern begonnen haben, nun auch mit den Kreisgeschäftsführern fortzusetzen.

Die Arbeitnehmerschaft ist daran interessiert, an allen Fragen und Aufgaben, die die Partei zu lösen hat, mitzuarbeiten. Es war deshalb unverständlich, daß wir weitgehend nicht daran beteiligt wurden. Ich denke zum Beispiel an die Vorbereitung dieses Bundesparteitages. Wir alle haben doch ein Interesse daran, beim nächsten Bundestagswahlkampf wieder die absolute Mehrheit zurückzuerobern. Es sollten also alle Gruppen und Schichten die Möglichkeit haben, ihr Teil dazu beitragen zu können.

Nun lassen Sie mich noch eine Bitte an den Parteivorsitzenden richten. Gerade im Rahmen der Gegensätze, die durch die Koalition entstehen, wird oftmals draußen in der Bevölkerung nicht klar, was die Partei denkt, meint und will.

In den letzten Monaten haben wir die Auseinandersetzung um das Sozialpaket erlebt. Und da ist in der breiten Öffentlichkeit bei vielen Leuten die Auffassung entstanden, diese CDU ist ja eine Art Catcher-Gruppe, in der jeder versucht, den einzelnen mehr oder weniger gut aufs Kreuz zu legen. Ich glaube, hier hätte ein aufklärendes Wort der Partei sehr große Dienste geleistet. Wir müssen bitten, daß in Zukunft der Parteivorstand bei derart strittigen Fragen – sei es in der Frage der Außenpolitik, sei es in Fragen der Innenpolitik – ein klärendes Wort sagt.

(Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Das Wort hat Herr Morthorst.

MORTHORST:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein anderes Thema aufgreifen, und zwar die jetzige Parteiarbeit aus der Sicht von unten her. Darüber darf ich das Leitwort setzen: „Die politische bzw. die gesellschaftliche Aufbesserung unserer Tätigkeit auf der Kreisebene“ und begründe das folgendermaßen: In den letzten acht Monaten habe ich als Vorsitzender der Kreispartei Münster-Stadt etwa 60 offizielle Besuche gemacht bei Behörden, bei Verbänden, bei der Industrie, bei der Bundeswehr, aber auch beim Generalsekretär und Gewerkschaftssekretär des DGB, also bei einem absoluten Querschnitt innerhalb unserer Stadtgemeinde! Die Gespräche dauerten etwa $\frac{3}{4}$ bis 2 Stunden. Sie hatten ein gutes positives Klima, vor allen Dingen auch bei den Nichtmitgliedern.

Wenn es nun nicht der Zufall mit sich bringt, daß man sich mit diesen Damen und Herren wieder irgendwo trifft, dann ist damit die Verbindung auch schon wieder abgerissen, bedingt dadurch, weil wir gesellschaftlich nicht genug honoriert sind. Wir sind immer attraktiv und gut gefragt, wenn es darum geht, Mandatssitze zu verteilen und Wahlen zu gewinnen. Ist das aber gelaufen, sind wir sofort in der zweiten Ebene.

Ich sage das nicht, meine Damen und Herren, um meine Position aufzuwerten, sondern um unsere Arbeit in der Breite und Tiefe zu verstärken. Das ist nur möglich, wenn wir die Verbindung vor allem in der kommunalen Ebene mit dem Rat der Stadt haben, und zwar in der Form, daß wir außerhalb des sachlichen Gebietes, das eine rein kommunale Angelegenheit ist, die Möglichkeit bekommen, als Gäste in irgendwelche Kreise, die sich mit Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Sozial- und Familienfragen befassen, eingeladen zu werden. Das ist deswegen wichtig, damit die Gespräche weitergeführt werden können. Zweitens scheint es noch wichtiger zu sein, daß die Presse davon Notiz nimmt und von vornherein erwähnt: Die Parteimitglieder waren dabei! Das ist wesentlich, um unsere Parteiarbeit auch in der breiten Öffentlichkeit zu publizieren.

Das zweite Anliegen, das ich habe, ist die Mitgliederwerbung! Meine Damen und Herren! Der Unkostenfaktor will fast täglich höher steigen. Wenn wir aber Mitglieder in unseren Reihen haben, die ein Mitglied mit einem Monatsbeitrag von 0,50 DM geworben haben bzw. von 1,- DM, so ist das zwar ein Mitglied, jedoch kein Mitglied, das ein Opfer bringt. Wir müssen davon runter, Mitglieder mitzuschleppen, die in sich eine finanzielle Belastung beinhalten, und zwar auch deshalb, weil wir andererseits immer wieder gezwungen sind, zusätzliche Mittel in Form von Spenden herinzuholen, um damit die jeweiligen Wahlkämpfe durchzustehen.

Und ich bedaure immer wieder, daß wir das Parteiengesetz nicht bekommen haben und dadurch nicht einen Bruchteil des Steueraufkommens für unsere Tätigkeit verwenden können. Meine Damen und Herren! Wir sind ja laut Grundgesetz beauftragt, das allgemeine politische Leben in der Bundesrepublik zu gestalten. Dann können wir aber auch erwarten, daß das mitfinanziert wird; denn wir alle zehren ja davon.

Ein drittes Anliegen von mir ist ein besseres Zusammenwachsen zwischen unserer Jugend und uns. Hier möchte ich vor allen Dingen die Jugend bitten, sich in unsere Gedankengänge hineinzuleben; denn Sie, meine jungen Freunde, haben hervorragende Vorbilder, um selbst als Beispiel dienen zu können.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Ich gebe dazu das Wort dem Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden.

Geschäftsführender Bundesvorsitzender DUFHUES:

Ich darf zunächst auf einige Anregungen, die unser Freund Hoffmann aus Königswinter gegeben hat, eingehen. Sie können versichert sein, daß die CDU die Bedeutung der Betriebsratswahlen in den nächsten Jahren ganz eindeutig erkannt hat und alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um denjenigen, die in den Betrieben tätig sind, die Möglichkeit zu geben, erfolgreich in unserer Sache zu arbeiten.

Dazu gehört in der Tat auch, daß wir einen engeren Kontakt mit unseren Freunden halten, die als Betriebsräte oder in anderer Eigenschaft

in den Betrieben tätig sind. Über Einzelheiten sollten wir uns einmal unterhalten. Ich glaube, daß dazu ein Besuch in Königswinter die Möglichkeit ergeben wird.

Die Frage, ob es zweckmäßig und sinnvoll ist, die Zahl der Delegierten zu erhöhen oder die Zusammensetzung der Delegierten eines Bundesparteitag zu ändern, ist von sehr schwerwiegender Bedeutung. Wir müssen Wert darauf legen, daß alle Kreisparteien auf dem Bundesparteitag zumindest mit einem Delegierten vertreten sind. Das bedeutet, daß allein aus den Kreisverbänden insgesamt 400 Delegierte an dem Bundesparteitag teilnehmen. Das ist die ungefähre Zahl.

Außerdem müssen wir die Vereinigungen und andere Einrichtungen unserer Partei berücksichtigen. Wenn wir also nicht zu einem Kongreß kommen wollen, der gar nicht mehr in der Lage ist, zu diskutieren und einen gemeinsamen Willen zu bilden, dann müssen wir uns irgendwie Grenzen auferlegen. Aber ich bin gern damit einverstanden, daß Sie sich in den Kreisverbänden einmal ganz konkrete Gedanken darüber machen und auch Vorstellungen entwickeln, die dann sicherlich vom Präsidium geprüft werden.

Sie haben vermißt, daß die Bundespartei gelegentlich klarstellt, welche Auffassungen sie zu aktuellen Fragen vertritt. Ich sagte Ihnen bereits während meines Berichts, daß ich unlängst aus einem sehr konkreten Anlaß – nämlich im Hinblick auf die weitere Behandlung des Sozialpaketes – mich durch Fernschreiben an alle Landesvorsitzenden gewandt habe, um deren Meinung zu erfahren, natürlich auf der Grundlage der Meinung, die in den Landesverbänden besteht. Das muß dann später noch ausgearbeitet und vertieft werden. Sie müssen aber auch Verständnis dafür haben, daß wir nicht im Beginn der Diskussion über schwerwiegende Fragen bereits mit festgelegten Meinungen an die Öffentlichkeit treten. Das zu gegebener Zeit zu tun, wird eine Aufgabe sein, der wir uns nicht entziehen können und sollten.

Die Frage der Unterstützung der Parteiarbeit aus öffentlichen Mitteln hat uns wiederholt beschäftigt. Sie wissen, daß sich unsere Freunde in der Bundestagsfraktion zu der Auffassung bekannt haben – einer Auffassung, die vor allem von unserem verehrten Parteivorsitzenden Herrn Adenauer gemeinsam mit mir in einer Aussprache mit den Haushaltsexperten vertreten worden ist –, daß aus dem Bundeshaushalt eine D-Mark je Wahlberechtigten für die Arbeit der Parteien zur Verfügung gestellt werden soll. Mir scheint das eine berechnete und richtige Lösung zu sein.

Sie sollten aber auch daran denken, daß in den Landeshäushalten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und ich halte das für eine durchaus legitime Lösung, daß aus den Haushalten der Gemeinden – insbesondere zur Förderung der kommunalen Bildungsarbeit – Mittel bereitgestellt werden. Hier gibt es also durchaus Möglichkeiten, die die Schwierigkeiten beseitigen können, von denen unser Freund Morthorst aus Münster gesprochen hat.

Und nun zu der Aufbesserung des gesellschaftlichen Ansehens der Repräsentanten der Partei! Dazu ein kleines Erlebnis, das ich anläß-

lich der Beerdigung des früheren Bundespräsidenten Heuss gehabt habe! Ich kam neben dem Herrn Bundesparteivorsitzenden, der in erster Linie als der frühere Bundeskanzler an der Beerdigung teilnahm, auch für die Partei nach Stuttgart und begegnete in der Trauerhalle den Vertreterinnen des Protokolls des Auswärtigen Amtes. Gemeinsam mit Herrn Wehner und einem Vertreter der FDP teilten wir den Damen mit, daß wir für politische Parteien kämen. Darauf zunächst ein erstaunter Augenaufschlag und schließlich das Bekenntnis, daß dafür nichts vorgesehen sei. Nach langer Diskussion stellte sich dann heraus, daß man irgendwo fern in dem Raum der Zuschauer einen kleinen Block abgetrennt hatte für ehemalige Minister, Kirchen und Parteien. Ich fand, daß das eine Lösung ist, die zum mindesten die Auffassung des Protokolls unseres Auswärtigen Amtes und vielleicht auch des Innenministeriums über Wert, Bedeutung und Rang der Parteien einigermaßen zutreffend wiedergibt.

Ich habe volles Verständnis dafür, daß Sie als die Kreisvorsitzenden, die das politische Leben der Partei in den Kreisverbänden repräsentieren, Wert darauf legen müssen, nicht als fünftes Rad am Wagen behandelt zu werden.

Wenn die Vorsitzenden der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der Unternehmensverbände von den Repräsentanten des öffentlichen Lebens im Land, in den Gemeinden und im Bunde eingeladen werden, dann sollte man an den Repräsentanten der Parteien nicht völlig übergehen.

(Beifall.)

Ich glaube, es liegt auch im Interesse des Staates, der sich letztlich stützen muß auf die politische Willensbildung in den Parteien, daß er den Rang und das Ansehen der Parteien berücksichtigt und dem auch in angemessenen Formen Rechnung trägt, die nun einmal in unserer Gesellschaft üblich sind.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Auf dem Wiener Kongreß hat es noch keine Parteien gegeben. Und von daher stammt unser Protokoll.

(Heiterkeit.)

HAUSER, MdL, Landesverband Rheinland:

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf meine vorgängige Wortmeldung und den dritten Punkt, den ich zurückgestellt hatte, beziehen. Ich meine, die Frage nach dem gesellschaftlichen Ansehen der Partei und der Parteiarbeit und damit auch ihrer Vertreter auf der unteren Ebene hängt eng zusammen mit der Frage nach der Zusammenarbeit und dem Verhältnis von Parteien und Fraktionen.

Es ist doch so, daß weitgehendst substantielle politische Arbeit nicht in der Partei, sondern ausschließlich in den Fraktionen und Ausschüssen geleistet wird. Die Partei nimmt zu wenig zu politischen Tages- und Grundsatzfragen Stellung. Sie überläßt die Politik weitgehend ihren Mandatsträgern. Das hat zur Folge, daß derjenige, der politisch tätig

sein und dabei etwas erreichen will, sich an die Fraktionen wendet und in die Fraktionen hineindrängt, so daß das Parteiamt nur in Verbindung mit einem Mandat interessant erscheint. Derjenige, der Parteivor-sitzender wird, wird es unter Umständen unter dem Gesichtspunkt, bei einer Landtags- oder Kommunalwahl als Kandidat aufgestellt zu werden, um dann im Falle der Wahl Anteil zu haben an der praktischen politischen Gestaltung des Lebens.

In dem Maße, in dem wir im Zuge einer Willensbildung von unten nach oben dazu kämen, daß die Parteivorstände und die Parteigremien zu politischen Tagesfragen entscheidend Stellung nehmen und damit der Fraktion zwar keine strikten Anweisungen, aber Richtlinien für ihre Handlungsweise geben, wäre die Arbeit und die Position in der Partei selbst interessanter. Und das automatische Ergebnis würde sein, daß auch die Tätigkeit in der Partei – weil für Verbände, Interessenten und für die Bevölkerung interessant – damit aufgewertet würde. Die gesellschaftliche Position kommt dann von selber. Mit anderen Worten: Es kommt meines Erachtens entscheidend darauf an, daß wir uns abgewöhnen, nur in Mandaten und nur in Fraktionen zu denken, und daß wir mit Hilfe unserer Mitglieder und mit der Diskussion unter unseren Mitgliedern die politische Entscheidungsfähigkeit der Partei stärken und in die Parteiebene verlagern. Dann werden wir auch nicht mehr so viel Mühe haben, ehrenamtliche Mitarbeiter zu bekommen, die nicht die Absicht haben, mit dieser ehrenamtlichen Mitarbeit ein Mandat zu verbinden.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Dieser Diskussionsbeitrag ist von der Art, daß ich ihn nachher noch einmal zum genaueren Ansehen vorschlagen werde. Wenn wir also unsere Meldungen durchhaben, dann wird uns der Herr Bundespartei-vorsitzende die Ehre geben, als Debatter aufzutreten. Und wenn das vorbei ist, dann wollen wir einmal sehen, was herausgekommen ist und worüber wir noch im Besonderen nachdenken müssen.

Zunächst Herr Kunze zur Parteiarbeit.

KUNZE:

Herr Vorsitzender! Herr Präsident! Meine lieben Freunde von der CDU! Unser Thema „Parteiarbeit“ ist eines der wichtigsten Themen, die wir zu behandeln haben. Die Repräsentanten der Partei, die Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten und die kommunalen Abgeordneten sowie unsere Dezernenten müssen auch in die Öffentlichkeit gehen. Sie müssen von Haus zu Haus die Menschen aufklären; denn die Menschen wollen heute angesprochen sein.

Es stellen sich so viele Hindernisse in den Weg. Ich erinnere nur an den sogenannten Lücke-Plan mit den weißen Kreisen. Im Industriegebiet sind die Menschen sehr eng zusammen. Sie wissen, daß der DGB durch Wehner Betriebszellen gebildet hat, die vorzüglich arbeiten, und zwar bis in das kleinste Revier unter Tage hinein.

Was haben wir dem entgegengesetzt? Wenig oder gar nichts! Daraus erklären sich auch die roten Rathäuser im Ruhrgebiet. Da wird wirklich vorbildliche Arbeit geleistet. Diese Männer und Frauen stehen zu ihrer Partei, auch wenn sie in ihrer Opposition noch soviel verkehrt gemacht haben. Normalerweise müßten wir diejenigen sein, die dort säßen!

Auch die Pressearbeit ist bei uns noch nicht so wie bei der SPD! Die SPD hat ihre Presse, wir haben eine sogenannte „nahestehende“ Presse. Da sind manchmal junge Redakteure, die schreiben alles mögliche, nur nicht das Richtige für uns. Ich darf hier nur ein Beispiel zitieren. Bei uns wird eine Familie rausgesetzt, die schon seit Jahren die Kündigung hatte. Alle Zeitungen, auch die uns nahestehenden, brachten eine ganze Seite mit Photographien darüber. In einer SPD-Zeitung stand: „Der Lücke-Plan hat das verursacht!“ Das hat zwar gar nichts damit zu tun, aber es wird damit Propaganda gemacht.

Und so geht es jedem, dem heute die Wohnung gekündigt wird. Dann heißt es: Das hat die CDU zu verantworten! – Es wird von uns nicht genug dagegen getan.

Ebenso ist es beim Sozialpaket. Selbst unsere Leute sind da im Zweifel. Ich will nur sagen, wie die Stimmung im Lande ist. Wir müssen uns doch darüber klar sein: Wir müssen die Leute aufklären, so gut es geht, aber sie kommen nicht zu uns, sondern wir müssen zu den Leuten gehen.

Auch die Geschäftsführer der CDU sind noch nicht so geschult, daß sie auch entsprechend handeln können. Das sind einige Dinge, die hier auch einmal ausgesprochen werden müssen. Hier müßte es besser gemacht werden! Deshalb meine ich, unsere Mandatsträger und alle, die zu Ehrenämtern und zu Ämtern gekommen sind, hätten die Verpflichtung, in erster Linie mit dem Volk zu sprechen. Das erfordert sehr viel Geduld und Arbeit, aber es lohnt sich, meine Damen und Herren!

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Das Wort hat Herr Schlichting.

SCHLICHTING:

Ich bin Kreisvorsitzender und habe ungefähr 56 Gemeinden zu betreuen. Es ist nicht so schwierig, neue Mitglieder zu werben, als die alten Mitglieder bei der Stange zu halten. Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir für unsere Mitglieder, besonders in den Landgemeinden, etwas mehr tun müssen.

Ich komme aus dem VDS und weiß, wie dort gearbeitet wird. Ein Kassenführer, der zehn Jahre treu und brav für den VDS gearbeitet hat, bekommt eine Auszeichnung in Form einer silbernen Ehrennadel. Und ein Mitglied, das zehn Jahre im VDS tätig war, bekommt die normale Nadel, eingerahmt mit einer „10“. Wäre es nicht richtig, daß wir uns auf diesem Gebiet auch mal etwas einfallen lassen? Denn ich könnte mir denken, daß ein Kassenführer, der in einem kleinen Ortsverband zehn Jahre treu und brav sein Amt ausgefüllt hat, froh wäre, wenn er

in irgendeiner Form mal geehrt oder ausgezeichnet würde. Das könnte durch einen Buchpreis geschehen mit einer Widmung des Bundesvorsitzenden oder des Geschäftsführenden Vorsitzenden; es könnte ein Bild von Dr. Adenauer sein. Ich glaube, die Leute würden sich freuen. Das würde auch in der betreffenden Landgemeinde einen großen Widerhall finden. Wir sollten gerade auf dem Gebiet der Menschenführung uns noch mehr einfallen lassen.

Mein zweiter Wunsch ist der, daß wir in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Verteilung von Prospekten vielleicht etwas kürzer treten und dafür die vertraulichen Informationen, die bisher nur für die Kreisvorsitzenden gedacht sind, auch an die Ortsvorsitzenden verteilen. Auch dadurch würde das Selbstbewußtsein der in der Partei tätigen Leute ungeheuer gehoben werden.

Auch möchte ich vorschlagen – ich weiß nicht, ob sich das technisch durchführen läßt –, ein Parteimitglied, das seine Goldene Hochzeit feiert, mit einem Handschreiben oder dergleichen zu bedenken.

Ich weiß – es ist zweimal geschehen –, daß die Kreisvorsitzenden zu Weihnachten ein persönliches Schreiben vom ehemaligen Bundeskanzler, Herrn Dr. Adenauer, und in diesem Jahr ein persönliches Schreiben von Herrn Bundeskanzler Dr. Erhard bekommen haben. Gerade diese Schreiben – sie sind in den Versammlungen verlesen worden – haben bei den Parteifreunden einen guten Widerhall gehabt. Vielleicht ließe sich auf diesem Gebiet noch etwas machen.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Herr Bundeskanzler, vielleicht können Sie gleich auf diesen Punkt eingehen?

Bundesparteivorsitzender Dr. ADENAUER:

Meine Damen und Herren! Wenn ich auf den letzten Punkt eingehen kann: Auch jetzt noch, da ich nicht mehr Bundeskanzler bin, bekomme ich sehr viele Schreiben von Kreisvorsitzenden, in denen sie darauf hinweisen, daß ein verdientes Mitglied Goldene Hochzeit feiert oder so und so alt geworden ist. Regelmäßig geht ein Glückwunsch dorthin, oder es wird ein Bild übersandt.

Eines ist mir auf diesem Parteitag aufgefallen, meine Damen und Herren, daß verhältnismäßig sehr wenige Frauen als Vertreterinnen hier sind. Ich halte das nicht für richtig. Woran es liegt, kann ich nicht sagen, aber es ist direkt auffallend, weil doch die Mehrheit unserer Wähler Frauen sind. Deshalb müßte man auch diese Tatsache, meine verehrten Herren, entsprechend würdigen! Ich bin also der Auffassung, die Frauen – sie sollten aber auch selbst darangehen – müßten hier noch mehr vertreten sein.

Dann liegen mir noch zwei Dinge besonders am Herzen. Das eine ist das Verhältnis unserer Parteimitglieder zu den Formationen der Bundeswehr. Nach dem, was ich höre, bekümmern sich die Ortsparteien der Sozialdemokraten oder die Vertreter der Ortsparteien in den

Standorten in der liebenswürdigsten Weise um die dort liegenden Formationen der Bundeswehr und um ihre Angehörigen, während vom Verteidigungsministerium geklagt wird, daß von unserer Partei aus dies verhältnismäßig nur sehr zurückhaltend geschehe. Ich glaube, meine Freunde, wir müssen unbedingt dafür sorgen, daß diese jungen Leute mit uns in Verbindung kommen. Man tut ihnen ein Gutes, aber auch unserer Partei ein Gutes an.

Wenn Sie zum Beispiel folgendes berücksichtigen: Es ist auffallend, daß in Schleswig-Holstein sehr viele Offiziere die Freien Demokraten gewählt haben. Warum? Weil man sich um sie mehr gekümmert hat! Also bitte, das müssen die Ortsparteien tun. Sie müssen sich mehr um die Formationen der Bundeswehr bekümmern, um die jungen Leute, die da eingezogen werden, aber auch um die jungen Offiziere.

Wegen des schnellen Aufbaus unserer Bundeswehr und zum Teil, weil man nicht die Wichtigkeit dessen erkannt hat, was ich Ihnen jetzt sage, hat man nicht dafür gesorgt, daß die Offiziere und die Unteroffiziere Kasinos bekommen. Vielfach ist es also so, meine Freunde, die höheren Offiziere tun ihren Dienst und fahren dann fort, und die jungen Leute sind sich mehr oder weniger selbst überlassen. Bedenken Sie doch, daß ungefähr jeder von uns entweder Söhne oder Enkel hat, die in die gleiche Position hereinkommen, also eingezogen werden. Auch im Gedanken daran wollen wir mehr als bisher für die jungen Soldaten und die jungen Offiziere sorgen, die eingezogen werden.

Ein dritter Punkt, und den wird mir jeder Bundestagsabgeordnete als besonders wichtig bestätigen: Weder die Bundespartei noch die Bundestagsfraktion hat einen Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten zur Bundestagswahl. Nun wissen Sie, nach welchen Gesichtspunkten vielfach die Kandidaten für die Bundestagswahl ausgesucht werden. Ich glaube, daß aber das Interesse der Bundestagsfraktion dabei oft nicht genügend berücksichtigt wird.

Es braucht gar nicht so zu sein, meine Freunde, daß etwa die Bundestagsfraktion oder die Bundesleitung nun sämtliche Kandidaten zu bestimmen hat. Daran denkt man gar nicht. Aber wenn insgesamt 25 bis 30 Bundestagsabgeordnete da wären, die ganz bestimmte Lücken, die bei der Zusammensetzung der Bundestagsfraktion vorhanden sind, ausfüllen würden, dann wäre das für die Arbeit der Bundestagsfraktion ganz außerordentlich wichtig und bedeutungsvoll.

(Beifall.)

Ich möchte Ihnen heute nicht bestimmte Vorschläge machen, sondern nur Ihre Aufmerksamkeit auf diese Dinge lenken. Ich möchte um Ihre Zustimmung bitten, daß der Gedanke weiter verfolgt wird. Dann kann man von der Bundesleitung aus mit den Landesparteien sprechen, daß irgendein Weg gesucht wird, nicht etwa so, daß da bestimmte Abgeordnete ausgewählt werden sollen von den Landesparteileitungen, das meine ich nicht. Aber, meine Freunde, die Bundestagsfraktion weiß selbst am besten, wo sie der Schuh drückt.

Nehmen Sie einmal an, man will gerne einen bestimmten Wissenschaftler, einen Wirtschaftler oder einen Arbeitnehmer haben. Wie geht das dann zu? Sie können nicht erwarten, daß nun etwa der Wissenschaftler den Leidensweg geht bei der Landespartei, innerhalb deren Gebiet er wohnt, darum zu bitten, ihn als Kandidaten aufzustellen. Das tun die Leute nicht! Aber wir brauchen doch solche Leute bei den gesetzgeberischen Aufgaben, die uns bevorstehen.

Ich komme jetzt zu einem sehr heiklen Punkt. Wenn wir in der Bundestagsfraktion Arbeitnehmer brauchen, wer erhebt dann das Monopol für die Kandidatenbenennung? Unsere Sozialausschüsse? Nach welchen Richtungen dann dort die Entscheidung fällt, das werden wir ja wahrscheinlich noch im Laufe dieses Parteitages an einem Beispiel vor demonstriert bekommen.

Ich erkenne die Zuständigkeit der Sozialausschüsse für gewisse Dinge absolut an. Ich bin auch dafür, ihren Einfluß auch innerhalb der Partei zu stärken, aber ich möchte nicht, daß sie ein Monopol bekommen zur Benennung von Arbeitnehmern; denn die Folge davon wäre doch, daß auch der organisierte Mittelstand fordern würde, von sich aus Leute für den Mittelstand zu benennen. Dann wollten auch die Landwirte die Leute für die Landwirtschaft benennen usw. usw. Das halte ich nicht für gut.

In die Bundestagsfraktion bekommen wir – ich erlebe das ja von Anfang an – sicher gute Leute, aber wir bekommen auch Leute in den Bundestag geschickt, die wenig oder gar kein Interesse haben, dort zu arbeiten. Glauben Sie mir, wer es ernst meint mit der Arbeit im Bundestag, der hat dort alle Hände voll zu tun und auch eine große Verantwortung. Man bekommt auch Leute zugeschickt, die man in dem betreffenden Land gern los sein möchte.

(Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, so sind doch die Dinge. Das muß man kennen, und das muß man erlebt haben.

(Bewegung.)

Man sollte also der Bundesleitung und der Bundestagsfraktion oder ihrem engeren Vorstand das Recht geben, den verschiedenen Landesparteien eine gewisse Zahl von Kandidaten für die Wahl als Bundestagsabgeordnete vorzuschlagen, und zwar im Interesse der Arbeit in der Bundestagsfraktion.

Ich weiß nicht, ob Sie die Berichte über die Bundestagssitzungen lesen. Ich kann es nicht verlangen, daß Sie es tun, es ist sehr langweilig, in der Regel wenigstens. Es kommt auch vor, daß die Journalisten gar nicht verstehen, was da vor sich geht und daß sie infolgedessen Berichte schreiben, die zu lesen sich auch nicht lohnt. Wie das manchmal da ist, möchte ich Ihnen nun an einem Beispiel aus der letzten Zeit klarlegen. Es handelt sich um die Kindergeldfrage.

Die CDU/CSU trifft mit der FDP ein Abkommen wegen dieses Gesetzes. In der 2. Lesung stimmt auf einmal die FDP-Fraktion mit ganz wenigen

Ausnahmen zusammen mit den Sozialdemokraten gegen uns. Das war ein Schauspiel, das mich – das sage ich Ihnen ganz offen – sehr stark geärgert hat. Ich hatte einen Ärger wie schon lange nicht mehr. Ich bin manches gewöhnt,

(Heiterkeit)

aber einen solchen groben Unfug wie diese Geschichte habe ich noch nicht erlebt. Wie geht die Sache nun weiter? Wir treten in der Fraktion zusammen und sprechen uns darüber aus. Es gelingt dem Bundeskanzler – wir hatten ihn gebeten, noch am selben Tag eine Sitzung des Kabinetts abzuhalten – die Sache in Ordnung zu bringen. Nun findet die 3. Lesung statt. Und was ereignet sich. Wir vertreten wieder unseren Standpunkt. Der Vertreter der FDP erklärt, sie hätten sich vertan, und sie verträten jetzt auch unseren Standpunkt.

Dann kommt der Vertreter der SPD, der Herr Schellenberg, und hält zuerst eine donnernde Philippika über die Feigheit der FDP, die doch einen Antrag schriftlich zusammen mit der SPD unterzeichnet hätte, und jetzt wolle sie behaupten, sie habe das nicht verstanden. Dann aber erklärt Herr Schellenberg: Der Gesetzentwurf enthält jedoch Fortschritte gegenüber der bisherigen Regelung. Infolge dessen werden wir uns der Stimme bei der letzten Abstimmung enthalten. –

Nachdem das nun so etwas hin und her geht, kommt ein weiterer Vertreter der SPD und erklärt: Das Gesetz enthält Fortschritte gegenüber dem bisherigen Zustand. Wir werden für das Gesetz stimmen. – Und das Ende vom ganzen – beinahe hätte ich gesagt Zirkus, aber es war ein trauriges Schauspiel, wenn man daran denkt, daß das die Volksvertretung der Bundesrepublik ist – Lied war, daß die Sache einstimmig angenommen wurde.

(Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.)

Warum erzähle ich Ihnen das, meine Herren! Ich erzähle das aus folgendem Grund. Ich habe nicht zu sorgen für die FPD und Gott sei Dank auch nicht für die SPD. Es geht mich nichts an. Die können Dummheiten machen, so viel wie sie wollen, je mehr sie machen, desto lieber kann es uns sein,

(Beifall)

aber wir müssen dafür sorgen, daß unsere Fraktion wenigstens durch einige ihrer Mitglieder in jeder Frage auf der Höhe ist.

(Lebhafter Beifall.)

Und das ist sie jetzt eben nicht. Die berechtigte Klage ist ganz allgemein die, daß – im Durchschnitt gesehen – die Qualität des Bundestages immer weiter sinkt. Das hat zur Folge, daß die Ministerialbürokratie einen immer größeren Einfluß bekommt.

(Beifall.)

Und das können wir gar nicht ertragen. Deswegen muß die Qualität der Kandidaten gehoben werden.

Wenn wir mehr als 250 Mandatsträger haben, kann man wirklich nicht verlangen, daß sie nun alle von größter Qualifikation sind, aber es muß doch ein gewisser Kern da sein, der nun wirklich auf der Höhe ist. Ich glaube auch nicht, daß sich die Landesparteien beim Aussuchen der Kandidaten allein vom Interesse der Bundestagsfraktion leiten lassen. Daran glaube ich nicht und werde nie daran glauben. Ich habe auch meine Erfahrungen gesammelt, wie das da zugeht.

Ich betone nochmals, die Fraktion und die Parteileitung wissen am besten, wo irgendwelche Lücken in der Versorgung sind. Sprechen Sie sich bitte dafür aus, daß die Möglichkeit gesucht werden soll, der Parteileitung und der Bundestagsfraktion bezüglich der Aufstellung einer kleineren Zahl von Abgeordneten einen gewissen Einfluß zu geben.

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Ich tue mich schwer, nicht nur deshalb, weil wir jetzt eine Reihe von Wortmeldungen haben, sondern auch, Herr Bundeskanzler, weil Sie den Mann, der hier an diesem Tische nicht als Präsident des Bundestages sitzt, in gewisse Schwulst gebracht haben. Nach § 7 der Geschäftsordnung obliegt dem Mann, der das Parlament zu vertreten hat, die Pflicht: der Präsident wahrt die Würde und das Ansehen des Deutschen Bundestages. –

(Dufhues: Das soll wahrscheinlich gehoben werden.)

Das soll jetzt gehoben werden, natürlich. In der Konsequenz dessen, was der Herr Bundesvorsitzende hier gesagt hat, stimme ich ihm vollständig zu.

Es ist wahrhaftig kein Glanzstück, daß wir bei der letzten Verabschiedung oder Überarbeitung des Bundeswahlgesetzes diese Konsequenz nicht erfüllt haben. Das kam auch zustande aus Gründen des bei uns besonders groß geschriebenen Föderalismus; es könnte ja irgendwo einem ein Zacken aus der Krone fallen.

Aber wir brauchen das einfach! Herr Bundeskanzler! Ich möchte etwas zur Situation des Parlaments sagen, weil es uns natürlich sehr angeht. Wir tragen nicht nur die Regierung im wesentlichen, sondern wir stellen noch immer die stärkste Fraktion des Bundestages und damit auch den Bundestagspräsidenten. Wenn man also sagt, Herr Bundeskanzler, daß ein gewisser Kern im Bundestag vorhanden sein müsse, der auf der Höhe sei, dann impliziert das leider allzu schnell das Mißverständnis, daß die übrigen Herren nicht hinreichend taugen.

Dann kommen die Leute und schreiben mir Briefe: Jetzt haben Sie es gehört von Ihrem eigenen Vorsitzenden. Machen Sie endlich mal den Bundestag kleiner, und reduzieren Sie ihn auf den Kern, der etwas taugt! – Das kann der Bundestagspräsident überhaupt nicht. Gar keine Rede davon!

Man kann sehr zweifelhaft darüber sein, ob das ein besonders heller Beschluß war, den wir damals gefaßt haben, den Bundestag von 400 auf 520 Mitglieder zu erhöhen. Herr Bundeskanzler! Das war eine

dumpfe und eine dunkle Stunde, die wir da gehabt haben, und wir haben dabei mitgestimmt. Ich habe es damals nicht besser verstanden. Ich war damals in der Außenpolitik engagiert. Ich habe aber in der Zwischenzeit als Bundestagspräsident so viel hinzugelernt, daß ich sagen würde: Nicht mehr als 400, im Gegenteil, lassen wir überlegen, was wir hier noch einsparen können. –

Meine Damen und Herren! Man muß sich darüber klar sein, daß zwei Dinge unseren Parlamentarismus schwer belasten. 1. sind wir eine gesetzmachende Körperschaft. In einer modernen und arbeitsteiligen Welt, in einer Zeit, in der auf Verlangen der Bürger immer mehr durch Staatskompetenzen geregelt werden soll und muß, ist es geradezu ein aussichtsloses Beginnen, in einem politischen Parlament, das ja nicht eine Vereinigung von Sachverständigen für alle möglichen Fragen ist, solche Sachentscheidungen zu treffen. Ich finde, daß damit das Parlament einfach überfordert ist.

Selbstverständlich ist die Exekutive, die die Vorlage nach sachlichem Gesichtspunkt macht, in der Regel dem Parlament überlegen. Man sollte sich also allmählich ernsthaft überlegen, ob wir nicht die englische Methode des Gesetzemachens anwenden sollten; denn daß das Parlament jede einzelne Bestimmung mit Komma und Punkt durchgeht, durchformuliert, neformuliert, wieder ändert usw., ist nach meiner Überzeugung auf die Dauer einfach nicht möglich.

Herr Bundeskanzler! Sind Sie mit mir der Meinung, daß man im Bundestag – so wie es heute dort ist – eine Vielfalt von sachverständig orientierten Gruppen braucht? Das brauchen wir doch einfach. Ich kann also nur das wiederholen, was Sie hier schon auf den Kern hin angesprochen haben. Solange der Bundestag die Gesetze im Detail macht, brauchen wir für jedes Arbeitsgebiet gewisse Fach- und Sachkräfte. Das spricht, Herr Bundeskanzler, wiederum ganz ernsthaft für Ihren Vorschlag. Insofern komme ich also aus der wirklichen Situation unseres Parlamentarismus dazu, Ihnen ganz und gar beizupflichten.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, meine Damen und Herren, wenn Sie das nicht so verstehen wollten, als ob hier nun wieder schüchtern oder nicht schüchtern Versuche gemacht würden, in Ihre geheiligten Kreis- und Landeskompentenzen hineinzuwirken. So ist es nicht gemeint. Wenn wir aber im Bundestag und in der von uns gestellten Fraktion die Sache nicht gut machen, dann haben auch Sie draußen gar nichts davon. Dann zahlen Sie das draußen ebenso wie wir in Bonn. Das ist doch ganz klar. Infolgedessen ist es unser gemeinsames wohlverstandenes Interesse, diese Anregung ernsthafter zu prüfen, als das bisher gesehen ist.

Ich glaube, daß ich damit auch meiner amtlichen Pflicht genügt habe, die Würde und das Ansehen des Bundestages in hinreichender Weise hier wahrgenommen zu haben. Damit kehrt der Bundestagspräsident zurück in die Leitung dieses Arbeitskreises als CDU-Mann. Bitte, Herr Bundeskanzler!

Bundespartei:vorsitzender Dr. ADENAUER:

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß dann, wenn ein gewisser Kern von wirklich guten und sachverständigen Leuten aus verschiedenen Sparten in einer Bundestagsfraktion ist, die Durcharbeitung der Gesetzentwürfe nach Komma und Strich eben aufhört. Wer kann denn ein Komma und einen Strich setzen? Doch derjenige, der sonst nichts kann; der setzt Kommata und Striche.

(Heiterkeit.)

Wenn aber da Mitglieder im Parlament sitzen, die auch das nötige Ansehen bei den übrigen Parlamentsmitgliedern haben, dann können die doch ihren Einfluß ausüben und dafür sorgen, daß sich die Parlamentsarbeit – darin stimme ich Ihnen, verehrter Herr Bundestagspräsident, obwohl Sie es augenblicklich nicht sind, vollkommen bei – in geordneter Weise vollzieht.

Dann kann so gearbeitet werden, wie in einem Parlament gearbeitet werden muß. Aber jetzt ist hier eine Entwicklung eingetreten, die für die parlamentarische Demokratie nicht gut ist. Wenn ich Ihnen nun verrate, daß wir schon glücklich sind, wenn wir in wichtigen Fraktions-sitzungen die Hälfte der Fraktionsmitglieder anwesend haben –

(Unruhe und Bewegung)

ja, meine Herren, nehmen Sie doch die Sache, wie sie ist.

Es hat keinen Zweck, an einer solch ernstern Sache stillschweigend vorüber zu gehen.

Es drängt mich, das einmal vor Ihnen offen auszusprechen. Stellen Sie sich bitte vor, die Fraktion hat über 250 Mitglieder. Die alle zusammenzukriegen, ist eine ungeheure Arbeit. Das kriegt man gar nicht fertig. Nach meinen Beobachtungen sind diejenigen am fleißigsten, die am meisten verstehen. Wer nichts davon versteht, hat natürlich auch kein Interesse daran und setzt sich nicht stundenlang hin und hört zu, wenn die Leute, die etwas davon verstehen, nun diskutieren. Dann geht er lieber heraus und tut sonst etwas anderes. Die Qualität muß also gehoben werden.

Ich bitte Sie geradezu darum. Was hat das mit der Würde des Parlaments zu tun? Kann denn jeder Parlamentarier dafür, wenn er nicht geradezu ein Genie ist? Ich wüßte nicht, warum. Er hat sich doch nicht selbst gemacht.

(Heiterkeit.)

Man kann höchstens diejenigen zur Verantwortung ziehen, die ihn dahin geschickt haben.

(Starker Beifall.)

Meine lieben Freunde! Als ich mein Amt als Bundeskanzler niederlegte, habe ich in meinen Abschiedsworten gesagt: Ich werde zusehen und werde lernen. – Das war am 15. Oktober 1963. Wir haben heute den 16. März 1964. Nun, in dieser Zeit habe ich viel gesehen und allerhand gelernt, aber gelernt, wie man es nicht machen soll.

Und im Jahre 1965 stehen wir wieder vor einer neuen Bundestagswahl. Glauben Sie mir, wenn wir dann eine Anzahl guter Kandidaten, die auch als solche bekannt sind, aufstellen, dann wirkt das auch attraktiv auf den Ausgang der Wahl. Ich kann also nur noch einmal zusammenfassen und sagen, ich glaube, die Bundesparteileitung und die Bundestagsfraktion sind die Gremien, die wissen, wo der Schuh drückt, die auch wissen, welcher von den Parlamentariern in der Lage ist, wirklich etwas Gutes zu leisten.

Ich nehme zum Beispiel ein spezielles Gebiet, die Finanzfragen; sie sind doch geradezu eine Wissenschaft für sich. Wir brauchen also dringend einige Leute, die für solche Dinge auch Interesse haben. Es hat nicht jeder für Finanzfragen Interesse. Das wissen wir doch alle, die wir schon in den Parlamenten gearbeitet haben. Es müssen also die entsprechenden Leute ausgesucht werden. Es gibt hier eine Reihe von Fragen, bei denen es gut wäre, wenn die Fraktion und die Parteileitung auch ein Wort vor der Aufstellung der Kandidaten mitsprechen könnten.

Ich bitte Sie, billigen Sie diesen Gedanken. Es liegt im Interesse des Parlamentarismus und unserer Partei. Unsere Partei hat alle die Jahre hindurch eine ungeheuer große Verantwortung getragen. Sie müssen sich einmal rückschauend klarmachen, welchen Weg wir gegangen sind. Glauben Sie aber nicht, daß nun die Jahre, die vor uns liegen, einfacher sein werden; im Gegenteil, eine gewisse Periode der Ruhe, die jetzt war, wird sehr schnell vorüber sein.

Ich will Ihnen noch folgendes sagen, damit Sie meine innere Geistesverfassung zum Parlament kennenlernen. Als Herr de Gaulle hier in Deutschland war, ist dieser Mann in einer Weise gefeiert worden in Bonn, in Köln, im Industriegebiet, in Hamburg und in München, daß ich Angst bekommen habe vor dem Rückschlag, der kommen könnte. Und der Rückschlag ist doch nun gekommen. Jetzt auf einmal ist es so geworden, daß man fast Bedenken trägt, für das Frankreich unter de Gaulle einzutreten, obwohl es unsere Rettung und Hilfe ist, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall.)

Das macht sich sogar geltend bis in das Außenministerium hinein. Woher ist das gekommen? Die Sozialdemokraten ärgern sich über de Gaulle aus innenpolitischen Gründen. Ich habe in meiner gestrigen Rede von Mollet gesprochen. Ich habe etwas nicht gesagt – nicht aus Absicht habe ich es nicht gesagt, ich wollte nicht so ausführlich darüber sprechen –, was ich aber jetzt hier sagen möchte.

Herr Mollet hat bei dieser seiner Darstellung in der Gesellschaft für auswärtige Politik erklärt, sie seien zwar gegen de Gaulle, aber auch sie, die Sozialisten, seien absolut für das deutsch-französische Bündnis. Haben Sie das schon einmal von einem deutschen Sozialdemokraten gehört? Ich nicht, meine Damen und Herren.

Nun macht mir wirklich Sorge, daß wir so wenig Leute in der großen Fraktion haben, die über den Dingen stehen und die sich nicht scheuen,

ihre Meinung, auch wenn sie mit der Meinung der Mehrheit nicht übereinstimmt, zu vertreten, um zu versuchen, eine Mehrheit für ihre Ansicht zu bekommen. Die haben wir nicht. Es wird noch etwas dauern, bis wir politisch so reif geworden sind.

Bilden wir uns bitte nicht ein, daß das deutsche Volk politisch schon gereift ist. Das deutsche Volk ist anfällig und schwankt. Es ist kein Wunder, daß es schwankt. Wenn sie einmal überlegen, was das deutsche Volk seit 1914 mitgemacht hat – zunächst der Erste Weltkrieg, dann der Umsturz aller Autoritäten im Jahre 1918, dann die Weimarer Republik, dann den Nationalsozialismus, dann den furchtbaren Zweiten Weltkrieg mit seinen Verwüstungen und Opfern und diesem furchtbaren Elend beim Zusammenbruch 1945 –, dann können Sie nicht erwarten, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit das alles hinter sich gebracht hat und nun eine stabile Ansicht entwickelt. Darum ist die Qualität der Abgeordneten von ganz großer Bedeutung. Ich will doch wirklich nichts anderes, als daß Sie uns helfen sollen, gute Abgeordnete zu bekommen, damit das Parlament und unsere Fraktion auch eine gute Arbeit leisten können.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Es liegen jetzt Wortmeldungen vor zu den Ausführungen des Herrn Bundesvorsitzenden. Ich wäre aber dankbar, wenn Sie jetzt nicht in eine außenpolitische Debatte einträten; denn dann würden die anderen, die sich zu dem Thema des Arbeitskreises gemeldet haben, zu kurz kommen. Das wäre nicht fair. Das Wort hat nunmehr Herr Gerhardt.

GERHARDT, Stadtrat, Landesverband Hessen:

Herr Bundesparteivorsitzender! Ich teile Ihre Sorge, daß Sie Interesse daran haben, die Qualität der Bundestagsfraktion aufzubessern. Ich komme aus Frankfurt am Main und bilde mir ein, daß ich Ihnen immer gute Abgeordnete entsandt habe. Ich werde mir Ihren Wunsch zu Herzen nehmen und auch bei der künftigen Auswahl Ihre Empfehlungen beachten.

Ich meine aber folgendes: Wenn wir bereits in unserer Partei so weit wären, daß wir wirklich diesen Parteiapparat – so darf ich ihn einmal bezeichnen – verlebendigt hätten, dann hätten wir bereits auf alle Positionen gute Abgeordnete entsandt, die Qualität wäre bereits hervorragend. Ich bilde mir ein, das beweisen zu können.

Seit Dortmund strengen wir uns in Frankfurt an, Parteireform auf dieser Ebene durchzuführen. Die Partei ist lebendig geworden. Und gerade jetzt bei der Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten sehen wir, daß qualifizierte Leute geradezu aus dem Boden schießen. Wir haben ein reiches Angebot hervorragender Leute. Es wird nur jetzt erforderlich sein, so viel Mut zu zeigen, um angestammte Sitze gegen hervorragende Leute auszutauschen. Daß dieser Mut zustande kommt, dafür will ich mich stark machen. Ich hoffe, daß die Delegierten meiner Partei mir Folge leisten werden.

Ich übertrage also diese Erfahrung auf die Gesamtelange der Partei und auf Ihren besonderen Wunsch, gute Abgeordnete in den Bundestag zu entsenden. Also meine ich, wenn dieser Ansatz, die Partei wirklich zu reformieren, zu einem durchschlagenden Erfolg wird, bange ich nicht darum, daß Ihr Wunsch im Laufe der Zeit sich immer mehr ganz von selbst durchsetzen wird, weil nämlich dann die hervorragenden Leute auch Gelegenheit erhalten, sich bereits in der kleinen Partei-gruppe zu bewähren. Denn auch ein Wissenschaftler, auch ein Wirtschaftler, auch ein hervorragender Arbeitnehmer – so wie Sie ihn sicherlich auch wünschen – wird dann Gelegenheit erhalten, auf der Parteebene gute Arbeit auch schon im kleinen zu leisten. Damit meine ich nicht Plakatekleben oder sonst etwas, sondern in der Sache zu diskutieren und unter Beweis zu stellen, daß er Qualitäten besitzt.

Herr Bundeskanzler! Ich werde überall dort, wo ich Gelegenheit habe, Ihren Wunsch zu erfüllen, auch im Wahlvorbereitungsausschuß für die Aufstellung der Landesliste, Ihre Wünsche berücksichtigen, aber ich bitte, doch auch zu bedenken, daß sehr häufig von oben oder von außen sogenannte hervorragende Qualitäten angeboten werden, die sich dann in der konkreten Partei- und Fraktionsarbeit eben nicht bewähren.

(Beifall.)

Es ist auch so, daß vielleicht Spezialisten aus der einen oder anderen Überlegung angeboten werden, die berechtigt ist, aber daß dann das Gesamtpolitische fehlt. Dieses Gesamtpolitische sollte innerhalb der Partei erprobt sein. Auch hier spreche ich aus Erfahrung. Bei der letzten Aufstellung der Landesliste für Hessen ist ein ganz hervorragendes Mitglied aus dem Landesverband Hessen nicht zum Zuge gekommen, weil man einer Empfehlung von außen gefolgt ist. Diese Empfehlung von außen war aber dann nicht ein großartiger Erfolg.

Je mehr wir eine Parteireform durchsetzen und durchführen, werden diese hervorragenden Männer und Frauen ganz von selbst in die Parteebene hineinwachsen und mit der entsprechenden Verantwortung beauftragt.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Ehe ich das Wort weitergebe, muß ich noch etwas zur Klarstellung sagen. Ich möchte nicht aus diesem Saal herausgehen, ohne klipp und klar dargelegt zu haben, daß es mir leid täte, wenn man das Wort vom Kern, der auf der Höhe sein müsse, so verstünde, als ob wir innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Grunde von den 250 Abgeordneten nur einen Bruchteil brauchen könnten.

(Beifall.)

Dieser Mißdeutung muß ausdrücklich öffentlich begegnet werden; denn wir haben eine ganze Reihe von Leuten, die in ihrem Arbeitsgebiet auf der Höhe sind und sehr wohl ihre Sache zu vertreten und darzustellen wissen, die man allerdings in anderen Bereichen dann eben

nicht so gut verwenden kann. Herr Bundeskanzler, ich rede hier nur, damit an uns nicht eine Mißdeutung hängen bleibt.

*Bundespartei*vorsitzender Dr. ADENAUER:

Darf ich einen Satz sagen?

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Bitte sehr!

*Bundespartei*vorsitzender Dr. ADENAUER:

Also, meine Damen und Herren, damit keine Mißdeutung vorkommt: Mir hat vorgeschwebt eine Zahl von 15 bis 20 Leuten, bei deren Aufstellung auch die Bundesparteileitung und die Bundestagsfraktion gehört werden und mitsprechen können. Aber einen solchen Zusatzkern brauchen wir.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Das Wort hat der Geschäftsführende Bundesvorsitzende.

Geschäftsführender Bundesvorsitzender DUFHUES:

Meine lieben Parteifreunde! Noch einige wenige Worte zu dem Thema „Auslese der Bundestagsabgeordneten“! Ich messe diesem Thema wie meine Herren Vorredner große Bedeutung bei. Über eine Änderung des Wahlgesetzes läßt sich nichts erreichen, deshalb bleibt es der CDU und den Bemühungen der Verantwortlichen anvertraut.

Vor einem halben Jahr habe ich mich an die Herren Landesvorsitzenden gewandt und gebeten, gemeinsam mit der Führung der Partei zu prüfen, wie das Ziel erreicht werden kann, über das wir ja im wesentlichen einig sind. Die Resonanz war bisher sehr weitgehende Zurückhaltung.

Darüber hinaus habe ich in Einzelfällen dem jeweiligen in Betracht kommenden Landesvorsitzenden Vorschläge gemacht und gebeten, den einen oder anderen bei der Behandlung dieses Problems zu berücksichtigen. Da habe ich eine gewisse Resonanz erhalten.

Mein Vorschlag geht dahin: Erklären Sie sich bitte damit einverstanden, daß in dem Rahmen, den ich zuletzt abgegrenzt habe, die Führung der Bundespartei mit den Landesvorsitzenden rechtzeitig (ein Jahr oder zumindest neun Monate vor der Aufstellung der Kandidaten) zusammentritt, um in einer freimütigen Aussprache zu prüfen, wie wir zu einer Verbesserung kommen können.

Zuletzt noch eine herzliche Bitte an Sie, die Sie Kreisvorsitzende sind! Sie dürfen nicht unter allen Umständen, so wichtig ich die Vertreter des Kreises halte, darauf bestehen, daß Repräsentanten des Wahlkreises allein zum Zuge kommen können. Sie müssen gelegentlich, um Politiker, die über die Grenzen hinaussehen, zu gewinnen, darauf verzichten, daß im Einzelfall der Kreiskandidat, weil er im Kreise wohnt, den Vorrang hat.

Die Stadtverordneten, die Landtagsabgeordneten haben hinreichende Möglichkeit, den lokalen, den regionalen Interessen Rechnung zu

tragen. Aber in der Bundestagsfraktion brauchen wir auch Politiker, die das Ganze sehen und aus der besonderen Sachkunde, auch aus der Stellung, die sie im öffentlichen Leben sonst einnehmen, mitwirken an den Zielen der Fraktion.

Also meine Bitte: Stimmen Sie heute dem Vorschlag zu, daß sich die Führung der Bundespartei und die Landesvorsitzenden rechtzeitig zusammensetzen, um in kritischer Auslese dafür Sorge zu tragen, daß hier Verbesserungen erreicht werden.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Ich habe einstweilen noch zehn Wortmeldungen und schlage vor, daß wir uns in Kurzfassung unterhalten, drei bis maximal fünf Minuten.

(Zuruf: Schluß der Rednerliste!)

Schluß der Rednerliste wollen Sie beantragen? – Einverstanden?

(Weiterer Zuruf: Wegen des deutsch-französischen Verhältnisses!)

Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, Ihre Frage zurückzunehmen. Wir können in diesem Arbeitskreis nicht das deutsch-französische Verhältnis diskutieren, auch wenn es der Herr Bundeskanzler angesprochen hat. Das ist Sache des Arbeitskreises Außenpolitik, und ich würde bitten, daß wir hier bei unserem Thema bleiben.

ADAMZYK:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich noch einmal auf den Wunsch des Parteivorsitzenden zurückkommen darf, dann muß doch maßgebend sein die Tatsache, daß Lücken vorhanden sind, die geschlossen werden müssen. Aus dem Grunde bitte ich darum, die Vollmacht zu geben, daß die Bundespartei einen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung erhält, um diesen gewissen Kern zusammenzustellen.

Ich habe in der Mittagsstunde mit meiner Frau daheim telefoniert, und sie hat gesagt, nach draußen hin sei die eigentliche Sensation dieses Bundesparteitagés der „Erdlöwe“ gewesen.

(Heiterkeit.)

Dieses neue Wappentier sei außerordentlich angekommen. Die CDU hat das schönste Werbezeichen und das schönste Wappen, das man sich denken kann, in dieser harmonischen Farbzusammenstellung Schwarz-Rot-Gold, wie es auch hier auf dieser Karte abgedruckt ist. Ich bedaure nur, daß dieses hervorragende Werbezeichen nicht häufiger in der Öffentlichkeit auftaucht. Ich habe für meinen Kreisverband Bogen drucken lassen mit diesem Briefkopf. Ich würde vorschlagen, daß auf allen Briefumschlägen, die von der Bundespartei, von den Landesparteien und von den Kreisparteien verschickt werden, dieses Wappen auftaucht.

HEZINGER, Landesverband Nord-Württemberg:

Herr Bundeskanzler! Im Auftrag von Nord-Württemberg soll ich heute dem Herrn Bundeskanzler die Goldene Bekenner-Nadel verleihen. Die meisten wissen noch gar nicht, was die Bekenner-Nadel ist. Wir in Nord-Württemberg haben eine Nadel eingeführt – ich bin der Initiator, deshalb habe ich die Ehre, Herr Bundeskanzler, sie zu verleihen –, und zwar mit dem Hintergedanken, daß sich die Mitglieder endlich einmal zur CDU bekennen.

Ich habe dies selbst ausprobiert. Ich bin erst ein halbes Jahr Mitglied, und ich bin überhaupt hier der Jüngste. Ich bin auf dem ersten Bundesparteitag dabei. Allein deshalb, weil ich die Nadel getragen habe, konnte ich 3 Mitglieder aufnehmen. Dann habe ich noch weitere 82 Mitglieder in einigen Monaten geworben.

(Lebhafter Beifall.)

Ich brauche keinen Beifall. Ich bin nicht hauptamtlich, das ist eigentlich ganz nebenher gegangen. Sie müssen nur die richtigen Argumente wählen! Ich habe noch nicht eine einzige Ablehnung bekommen. Fast alle meine Freunde und Bekannten sagen: Ja, man muß etwas tun! – Und man sagte mir: Es ist das erste Mal, daß ich überhaupt angesprochen wurde! –

Das halte ich nun für das Wichtigste, daß man die Leute anspricht. In dem Moment, wo die CDU ins Gespräch kommt, da zieht sie fast immer, weil die CDU eine gute Sache ist. Schauen Sie sich doch die Herren an! Einer wie der andere strahlt Vertrauen aus! Und sie können was!

(Beifall.)

Und ich glaube, jedes Land auf der Welt wäre froh, es hätte eine solche Regierung wie wir.

Das sind zwar primitive Argumente – ich bin kein Politiker –, aber der Erfolg hat es gezeigt! Ich glaube, es ist keiner hier, der 80 Leute in drei Monaten geworben hat.

Deshalb möchte ich bitten, daß der Herr Bundeskanzler die Goldene Ehrennadel annimmt und somit uns in Nord-Württemberg die Gelegenheit gibt, daß die Nadel auf den Bund verteilt wird. Dann hat sie erst Erfolg, nicht aber, wenn wir sie nur in Stuttgart oder in Nord-Württemberg allein tragen.

(Herr Hezinger heftet Dr. Adenauer die Goldene Ehrennadel an.)

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Also, meine Damen und Herren, mir gibt er aus Gnade eine normale Nadel. Der Herr Bundeskanzler bekommt eine Goldene Nadel, wie es ihm zusteht! Aber mit oder ohne Nadel, der Erfolg macht es in der Politik. Das können wir uns auch mal ab und zu sagen. Und 82 neue Mitglieder für einen Mann! Ich gratuliere Ihnen und bedanke mich.

THEN:

Meine Herren Vorsitzenden! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, Parteireform bedeutet auch, und das hat sich jetzt wieder gezeigt in der Diskussion über die Mandatsträger, daß wir uns allmählich in der CDU daran gewöhnen müssen, daß es eine Führung gibt, die eine politische Verantwortung von oben bis unten hat. Unsere Mitglieder, auch unsere Vorsitzenden, sollten erkennen, daß es ein höheres Interesse gibt, an das man sich halten sollte, ohne daß dabei die Partei der Diktatur verfallen müßte.

Wir sprechen über die Parteireform, und ich bin der Meinung, daß sich hier drei Fragenkreise gebildet haben.

Die erste Frage dürfte die sein: Wie stellen wir uns die Gestaltung der politischen Entwicklung von morgen vor? Hierzu habe ich nichts zu sagen. Das ist eine Aufgabe der Politiker und der Parteiarbeit direkt, die beständig getan werden muß. Es geht hier nicht um die Reform unserer Grundsätze, unserer Ausgangsbasis, sondern es geht hier um die Fortentwicklung unserer Konzeption. Das muß gesehen werden. Und über diese Konzeption müssen wir dann nun aussagen. Es brennt allmählich, da wir manchmal nicht sagen können, wie wir uns die politische Gestaltung morgen oder übermorgen vorstellen. Diese Fragen werden uns gestellt. Die Opposition aber müht sich sehr, diese Fragen in ihrem Sinne zu beantworten und uns die Schau zu stehlen, wenn wir uns nicht beeilen, schnellstens hier doch einiges aufzuholen.

Dazu gehört auch, was hier mit in den letzten Ausführungen angeklungen ist, daß wir die Willensbildung und die Meinungsbildung unserer Christlich Demokratischen Union nicht nur den Fraktionen überlassen dürfen. Was uns fehlt in der CDU, meine lieben Freunde, ist die Partnerschaft zwischen den Mandatsträgern und den Mitgliedern, die sich so zeigen kann, daß wir das Gespräch mit den Abgeordneten in der Weise pflegen, daß nicht, wenn wir kritische Fragen stellen, die Herren sofort in eine Art Abwehrstellung gehen, sondern, daß wir unsere Mitglieder ernst nehmen, damit sie sehen: hier wird auch ein kritisches Wort ernstgenommen, und der Mandatsträger versteckt sich nicht gleich hinter dem üblichen Lob all dessen, was in diesen 16 Jahren getan worden ist. Wir sollten mehr miteinander sprechen.

Unsere Mandatsträger haben es in den letzten Jahren weitgehend versäumt, den einzelnen Gremien dieser Partei Aufgaben zu stellen, und zwar begonnen beim Kreisverband über die Fachausschüsse bis zu den einzelnen Ortsverbänden. Ich bin der Meinung, diese Aufgabenstellung würde wesentlich dazu beitragen, die interne Parteiarbeit zu aktivieren und vor allem lebendig zu gestalten.

Eine zweite Frage ist die Öffentlichkeitsarbeit. Hier möchte ich ganz besonders das Problem der Presse ansprechen. Wir sehen die Pressearbeit sehr oft nur von oben, was auf der Bundesebene geschieht. Ich glaube aber, die Pressearbeit beginnt ganz unten, genau so wie die Parteiarbeit, ganz unten in der Form, daß wir von vornherein die alten Vorurteile gegenüber den Leuten der Presse ablegen. Wir sollten uns

auffraffen, mehr Vertrauen zur Presse zu haben. Ich kann Ihnen aus meinem eigenen Tätigkeitsgebiet bestätigen, daß sich dieses Vertrauen lohnt.

Ein Zweites dazu, was wir sehr oft versäumt haben und nicht gern tun: sollten der Presse gegenüber informationsfreudiger werden.

Wir sollten uns drittens für die Presse mehr Zeit nehmen. Noch etwas sehr Wichtiges: Wir versäumen sehr oft das, was man mit „schnell reagieren“ meint, auszunutzen. Wir kennen es von der Opposition. Es ist kaum etwas ausgesprochen, und schon ist eine Reaktion der SPD im ganzen Bundesgebiet da. Bei uns dauert es aber oft – und das gilt auch für die Bundestagsfraktion – zwei bis drei Tage, bis endlich ein klares und auch ein hartes Wort zu irgendeiner Sache kommt.

Die dritte Frage ist die Organisationsreform. Sie muß untersucht werden. Hier ist eine Aufgabe, die uns gestellt ist, die wir zwar hier nicht lösen können. Wir sollten uns aber einmal überlegen, was notwendig ist. Es ist eine Art Katechismus für die Parteiorganisation, wie sie ineinander verzahnt ist, wie das Verhältnis Kreisverband-Fachausschüsse, Kreisverbände-Ortsverbände und Partei-Mandats-Träger sein sollte.

Wenn die CDU für den Bürger – und darum geht es uns doch bei dem Mangel an Mitgliedern – attraktiv werden soll, dann muß er eine echte Chance bekommen, mitarbeiten zu können.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Ich möchte den letzten Ausführungen einen diskreten, aber nachdrücklichen Akzent geben. Ich glaube, daß das ganz richtig ist. Wir brauchen nicht nur Ihre Arbeitskraft, sondern Ihr ganzes Engagement von innen her, sonst ist in der ganzen Sache nichts zu machen.

MOLLIN, Landesverband Berlin:

Herr Parteivorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Haben Sie keine Angst, daß ich mit Lastenausgleichsfragen komme. Ich bin Berliner und kann aus der Sicht eines Berliner Ortsverbandsvorsitzenden zu diesem Thema MdB, Abgeordnete und Mandatsträger etwas sagen.

Es ist richtig, als die Bundesrepublik 1948 antrat, war die Not groß, und man griff gut und gern und wohlberaten auf die Persönlichkeiten zurück, die parlamentarische Erfahrungen gehabt haben. Aber seit der Zeit sind soundsoviele Menschen in Stadtverordnetenversammlungen, in diese Abgeordneten Häuser, in die Landtage und auch in den Bundestag gekommen. Es ist jetzt die Zeit: Ein Bundestagsabgeordneter, der von der CDU aus dem Lande kommt, sollte die Voraussetzungen mitbringen, erst einmal eine oder zwei Legislaturperioden in einem Stadtparlament durchlaufen und mindestens einige Legislaturperioden im Landtag gesessen zu haben. Dann kann es nicht mehr passieren, daß er etatunsicher ist, oder was sonst noch alles angedeutet worden ist.

Wenn dieser Ausgangspunkt von den Orts- und Kreisverbänden über die Kommunalverwaltung und die kleinen Parlamente gegeben ist, dann hat derjenige das Zeug für eine Bundestagsaufgabe. Das sind

wir alle diesen Menschen schuldig, die über 15 Jahre und mehr in den Ortsverbänden und Landesverbänden gewirkt haben.

Wir verwarfen uns ganz entschieden gegen die Praxis, wie sie so oft geübt wurde, daß Menschen aus anderen Parteien zu uns kamen und kraft ihres Einflusses in dieser Organisation übernommen werden mußten von den Kreisverbänden, von den Landesverbänden bis auf die Bundesebene.

Wir sind in dieser Geschlossenheit, wie wir heute in Erscheinung getreten sind, reif, daß diese natürliche wohldurchdachte Auswahl aus unserer inneren Parteiorganisation kommen kann. Für die Zukunft möchte ich darum bitten, daß Sie ganz scharf darüber wachen, Herr Bundeskanzler, denn das ist die ureigenste Aufgabe, die wir am besten unserem Vorsitzenden, der keine Bindungen, keine Parlamentsfürsten, keine Landesfürsten mehr zu beachten hat, stellen können.

Wir sprachen hier von dieser ganzen Situation der einzelnen Erscheinungsformen. Ich muß sagen, ich habe im Laufe der Jahre schlimme Dinge erleben müssen. Es ist eine Tatsache, daß die Wirkung unserer Mitarbeiter auf den Kreis- und Ortsebenen doch zu unterschiedlich ist und man meistens der Arbeit dieser Leute nicht gerecht wird.

Genau so muß ich auch folgende Feststellung treffen: Der Herr Geschäftsführende Bundesvorsitzende hat uns so schön erzählt von den sozialen Leistungen der Landesgeschäftsstellen, der Kreisgeschäftsstellen und der Bundesgeschäftsstelle. Ich habe aber manchmal mit Recht den Eindruck gehabt, dort sitzen nur verkleinerte Landes-, Kreis- oder sonstige Fürsten.

ROCK, Landesverband Niedersachsen:

Herr Präsident! Herr Parteivorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf als einer der Stellvertretenden Landesvorsitzenden meines niedersächsischen Landesverbandes, in dem Sie heute Gast sind, ein sehr herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß wir nach Goslar nunmehr ein zweites Mal in Niedersachsen einen Parteitag halten.

Niedersachsen ist ein Land, das zu einem Drittel aus Heimatvertriebenen und Flüchtlingen besteht. Ich habe deshalb – bevor ich hier zum Parteitag nach Hannover fuhr – Gelegenheit genommen, einmal in den Parteitagsberichten unserer letzten Parteitage zu blättern. Ich habe da besonders auf den Parteitagsbericht von Dortmund zurückgegriffen. Herr Präsident Gerstenmaier! Wir waren uns beide in Dortmund sehr einig in dem Ruf: Macht das Tor weit auf für Heimatvertriebene und Flüchtlinge! Heute möchte ich eine neue Nuance setzen und zeigen: Machen wir doch in der CDU für die Anliegen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge die Herzen weiter auf!

Wir haben so manches Mal in unseren Parteiorganisationen – ich stehe seit 1946 als Kreisvorsitzender, als Stellvertretender Landesvorsitzender, als Kreistagsabgeordneter und in manchem anderen Amt in dieser Arbeit drin – das Gefühl, daß man so tut, als seien die Vertriebenen eingegliedert, und das Problem sei gelöst.

Gestern habe ich Ausführungen dazu gemacht. Die Jahre des Schreckens und die Straßen des Grauens kann man nicht eingliedern, und sie werden in einem bestimmten Teil unserer Bevölkerung immer wieder weiterleben. Solange aber diese Gedanken leben und die Wiedervereinigung Deutschlands nicht erreicht ist, dürfen wir in der CDU das Problem der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nicht außer acht lassen.

Mein Anliegen an Sie ist: Sorgen Sie dafür, daß unsere Freunde in der Vertriebenenarbeit im vorparlamentarischen Raum die breiteste Unterstützung unserer Freunde haben, daß man sie nicht allein läßt, sondern die Arbeit in den Landsmannschaften entsprechend würdigt und wertet. Achten wir darauf, daß alles, was die CDU unter Konrad Adenauer für die Vertriebenen und Flüchtlinge getan hat, man in Sindelfingen auf die Fahne der SPD geschrieben und als Erfolge der SPD gewertet hat.

Zum Schluß habe ich, Herr Präsident, eine sehr herzliche Bitte an Sie. In einer Schrift, die auf diesem Parteitag ausliegt, steht das böse Wort von zwei personellen Pleiten im Vertriebenenministerium. Es steht darin, man freue sich, daß endlich ein Mann auf dieses Ministerium gesetzt sei, der mit den ostpolitischen Dingen Hitlers nicht zu tun habe.

Sie haben auf der vorletzten Bundesparteiausschußsitzung zum Fall Oberländer ein sehr klares, ein sehr hartes Wort gesagt. Ich möchte bitten, dieses Wort hier zu wiederholen.

Ich möchte als CDU-Mann mit dem „C“ nicht einmal vor Gottes Richterstuhl stehen und die Frage hören: Kain, wo ist Dein Bruder Abel? –

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Wir haben uns kürzlich im Parteiausschuß darüber unterhalten. Ich konnte dort unwidersprochen feststellen: Ich bin von Amts wegen mit dem Fall Oberländer immer wieder befaßt worden. Ich stelle fest, daß Herr Oberländer in allen 11 oder 12 Beleidigungsprozessen, die er geführt hat, obsiegte. Ich stelle fest, daß die gegen ihn geführten Untersuchungen samt und sonders damit geendet haben, daß er von den gegen ihn öffentlich erhobenen Vorwürfen freigestellt worden ist. – Das ist ein Tatbestand, der zur Kenntnis genommen werden muß. Ich hätte es begrüßt, wenn diese Ergebnisse in angemessener Form in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gerückt worden wären. Das entspräche jedenfalls der Fairneß, die wir uns über alle Parteien hinweg in diesem Staate wünschen wollen.

(Beifall.)

Es haben sich noch zu Wort gemeldet die Herren Fink und Lenze. Ist das Herr Lenze aus Attendorf?

(Lenze: Ja!)

Worüber möchtest Du sprechen?

(Lenze: Über die Bundesliste!)

Wir wollten jetzt zwar wieder zum Grundsatz zurückkehren, aber weil Du es bist, lieber Freund, lasse ich Dich noch zwei Minuten darüber sprechen.

Zunächst hat das Wort Frau Hartmann aus Köln.

Frau HARTMANN:

Verehrter Herr Vorsitzender! Lieber Herr Dr. Adenauer! Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie davon gesprochen haben, daß nur sehr wenig Frauen hier auf dem Bundesparteitag anwesend sind. Leider ist kein einziger Diskussionsredner auf dieses Problem eingegangen. Ich bin einmal durch die Reihen gegangen und habe nachgezählt. Dabei konnte ich in der einen Reihe zwei und in der anderen Reihe drei Frauen zählen. Das ist aber überhaupt kein Verhältnis zu der Tatsache, daß doch sehr viele Frauenstimmen für die CDU bei den Wahlen abgegeben werden.

Die Frauenvereinigung Rheinland hat in der vorigen Woche einen Antrag gestellt, dem Paragraphen 20 des Statuts einen Zusatz zu geben, wonach man Frauen, und zwar verteilt auf die einzelnen Landesverbände, mehr als bisher zum Bundesparteitag entsenden kann. Es ist uns gesagt worden, diesen Antrag habe das Präsidium erhalten, aber man sei sich nicht klargeworden, wie man ihn realisieren könne; denn es gäbe im Statut den Paragraphen 37, der ja besagt: In allen Organen der Partei sollen Frauen und die Junge Union angemessen vertreten sein. --

Bei dieser Empfehlung ist es aber bei den Frauen bisher geblieben, nur die Junge Union schickt entsprechende Vertreter als Delegierte. Wenn wir in der CDU weiter die Frauen so behandeln wie bisher, dann werden wir es sehr schwer haben.

Dann bekommen wir einfach nicht die Frauen, die wir unbedingt für uns gewinnen müssen. Wir brauchen diese Frauen, weil sie uns etwas zu sagen und zu geben haben. Bisher plagen wir uns ab, aber es geschieht nichts auf diesem Gebiet. Deshalb bitte ich sehr dringend darum, es nicht bei dieser Empfehlung des Paragraphen 37 zu belassen. Das können wir einfach nicht mehr hinnehmen. Jedenfalls muß der nächste Bundesparteitag viel mehr Frauen als Delegierte aufweisen, wie es heute der Fall ist.

Ich möchte noch etwas zu den Mandatsträgern sagen. Die Parteiführung muß ständig in Verbindung mit den Mandatsträgern stehen. Von den sogenannten Sprechstunden mit den Mandatsträgern halte ich auf Grund meiner Erfahrungen nicht viel. Besonders in den Großstädten müssen die Mandatsträger mehr als bisher in Erscheinung treten und zu den Menschen sprechen.

Noch eine Bemerkung zum Beitrag! Mit 0,50 DM oder 1,- DM Beitrag können wir keine neuen Mitglieder gewinnen. Wir müssen auch Wert darauf legen, uns als CDU nicht zu niedrig einzuschätzen. Wenn der Beitrag nach dem Familieneinkommen berechnet wird, dann muß auch die Frau miteingegriffen sein.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Frau Hartmann! Hier liegt kein Antrag vor. Die Herren versichern mir das glaubwürdig. Reichen Sie uns bitte den Antrag noch einmal herein. Über den Beitrag können wir hier nicht reden; denn dafür ist dieses Gremium nicht zuständig. Außerdem ist die Sache erledigt. Roma locuta, causa finita!

Geschäftsführender Bundesvorsitzender DUFHUËS:

Fräulein Hartmann hat vermißt, daß Sie, meine Damen und Herren, zu der Anregung des Herrn Bundeskanzlers Stellung genommen haben, es möchten mehr Frauen an den Beratungen des Parteitages teilnehmen. Seine Ausführungen haben aber unser aller Zustimmung gefunden. Eine größere Akklamation hätten Sie auch nicht durch irgendeinen Diskussionsbeitrag erreichen können. Ich darf aber für meine Person versichern, daß ich alles in meinen Kräften Stehende tun werde, um dieses Ziel zu erreichen.

Nun zu der formellen Erledigung! Ein Antrag liegt bisher nicht vor. Ein einzelner Delegierter könnte verhindern, daß der Antrag angenommen wird. Und das möchte ich vermeiden. Deshalb schlage ich vor, daß wir mit der Frauenvereinigung Fühlung aufnehmen, damit wir in der nächsten Vorstandssitzung im einzelnen konkret darüber beraten können. Dann schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß Sie auf dem nächsten Parteitag stärker als bisher vertreten sein werden.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Zum Verhältnis der Mandatsträger zu den Kreis- und Ortsverbänden kann ich Ihnen sagen, daß ich im Bundestag darunter leide, daß offenbar ein großer Teil der Bundestagsabgeordneten mandatswidrig – ich sage das ganz offen – in Anspruch genommen wird. Jedenfalls, wenn ich sie frage, wo sie denn seien, dann bekomme ich zur Antwort: Im Wahlkreis. – Sie werden also oft mandatswidrig von ihren Heimatorganisationen in Anspruch genommen, so daß sie im Parlament ausfallen. Die Abgeordneten sind aber zunächst einmal da, um in Bonn ihre Pflicht zu tun! Das Wort hat Herr Fink, Braunschweig.

FINK, Landesverband Braunschweig:

Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Herr Präsident! Verehrte Freunde! Alles das, was hier gesprochen wurde, ist im Zusammenhang zu sehen mit dem Motto „Die Zukunft gestalten“, das sich dieser Bundesparteitag als Parole gegeben hat. Nun können wir nach meiner Meinung die Zukunft nur gestalten, wenn wir das „C“, also das Christliche, verwirklichen. Drüben in der Ostzone will man die Zukunft ohne das Wörtchen „christlich“ gestalten – wir hören es täglich aus den Parolen des Kommunismus –, und zwar aus einer Nichtkenntnis des Menschen und der Welt.

Wir haben eine andere Anschauung. Wir wissen, daß der Mensch weit über Geburt und Tod hinausreicht. Die Kommunisten wollen ohne Gott die Welt beherrschen. Sie machen sich in ihren Sputniks über die

Religion lustig und sagen: Das Paradies ist bei uns unten in der Welt. – Ich sage meiner Jugend immer, antwortet den FDJlern einfach mit den englischen Worten: sky and heaven! Es sind die tragenden Kräfte Gottes, in die wir eingebettet sind. Nur dann, wenn man die richtige Anschauung hat, kann man die Zukunft gestalten. Deshalb wollen wir dieses Wort nicht fallen lassen. Es gibt uns die rechte Anschauung des Menschen, der Welt und des Mitmenschen. Es gibt keinen Größeren unter all den Großen, der uns das schöne Gesetz gegeben hat: Der ist der Größte, der dem anderen am meisten zu dienen vermag. –

Den intellektuellen Theologen, die sagen, das geht uns alles nichts an, wir haben es nur mit unserer Seligkeit zu tun, auch die Kreatur, die Schöpfung, geht uns nichts an, können wir am besten damit antworten, unser Meister hat gesagt: Ich bin das Licht. – Wir haben das Licht hineinzutragen in den Alltag, und wir haben die Geschichte mitzugestalten.

Das ist eine ungeheuer große christliche Verantwortung. Freiheit ist ein großes christliches Gut. Ich denke oft an die Worte des Erzbischofs Söderblom von Stockholm, der einmal gesagt hat: Streitet euch nicht über dogmatische Fragen, sondern faßt als Christen die großen Aufgaben an, die euch gemeinsam gegeben sind. Übersetzt den Heiligen Geist in die Aufgaben, die uns gestellt sind im Beruf, in der Erziehung, in der Familie, im sozialen Leben und in den internationalen Fragen. – Hätten sich die Kirchen oder ihre Beauftragten in der gesamten Welt um diese Dinge gekümmert, dann wäre die Welt anders gelaufen. Wir wollen nicht warten, bis wieder Mächtige über uns sitzen, die uns so furchtbar bedrohen wie die GPU oder wie die Nazis.

Zum Schluß darf ich noch einen Satz von Bischof Krummacher verlesen:

Nur vor einem klaren Bekenntnis und vor einem praktischen Zeugnis des Glaubens kann ein Marxist Respekt haben. Wir werden in unserem Land genau so viel Glaubens- und Gewissensfreiheit haben, wie wir selbst ohne Menschenfurcht praktizieren.

Das gilt auch für uns.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Ich danke Ihnen, Herr Pfarrer! Das Wort hat Herr Lenze, Attendorf.

LENZE, MdB:

Herr Vorsitzender! Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Ich habe Sie immer bewundert wegen der Zähigkeit, mit der Sie Ihre Überzeugung vertreten und durchzusetzen versuchen. Die Frage der Bundesliste ist ein altes Herzensanliegen von Ihnen. Sicherlich sind auch die Motive, die Sie dabei bewegen, von einer Bedeutung, die keiner hier im Saal geringschätzen wird.

Mit diesem Problem hängen aber noch sehr viele andere Fragen zusammen, sonst würde ich nicht mehr dazu sprechen. Sie haben früher

einmal gesagt, daß eigentlich keiner in ein höheres Parlament einziehen sollte, der nicht ungefähr 10 Jahre in einem kommunalen Parlament tätig gewesen ist. Dann hat er auch gewisse Voraussetzungen dazu, um in einem höheren Parlament mitwirken zu können.

Herr Bundeskanzler! Sie haben den Spezialisten auf verschiedenen Gebieten angesprochen. Sie werden mit mir der Überzeugung sein, daß die Lösung der politischen Probleme nicht von den Spezialisten abhängt, sondern ich möchte sagen, daß die Politik heutzutage oft darunter leidet, daß wir zuviel Spezialisten und zuwenig Politiker haben. Das Entscheidende ist die politische Begabung und die Verankerung im Weltanschaulichen. Wie oft passiert es – das weiß ich als Pädagoge –, daß einer zwar unendlich viel Kenntnisse besitzt, daß es ihm aber an der Gesamtpersönlichkeit und am Charakter fehlt.

Nun haben Sie gesagt, Herr Bundeskanzler, man muß lernen, sich durchzusetzen. Sie wissen ebensogut wie ich, daß sicherlich dazu Mut gehört, manchmal seine Meinung zu sagen und sie auch durchzusetzen. Eines meiner ersten Worte in der Fraktion der CDU vor 10 Jahren war dies: In dieser Fraktion müßte jeder ermuntert und ermutigt werden, die Wahrheit zu sagen und den Tatsachen auf den Grund zu gehen, um dann in letzter Offenheit zur Sache zu stehen.

Ich wäre froh, wenn der Geist der Parteiarbeit den einzelnen Menschen dazu anspräche, wirklich aus sich heraus das zu sagen, was er denkt, um somit seinen Beitrag in dieser Beziehung zu leisten. Wenn eine entsprechende Vorarbeit in der Fraktion gemacht würde, dann hätte das für die ganze CDU von oben bis unten Geltung.

Damit spreche ich die Reform der Fraktionsarbeit an, die ich für einen wichtigen Teil unserer Parteireform halte. So könnten zum Beispiel in der Fraktion von bedeutenden Leuten, die außerhalb des Parlaments stehen, Fachvorträge gehalten werden. Wenn zum Beispiel – nehmen wir das Steuergesetz – Professor Schmölders in der Fraktion spräche, so wäre dafür bestimmt ein großes Interesse vorhanden. Davon würden sicherlich viele Abgeordnete und auch die Arbeit im Parlament profitieren. Nun ein paar Worte zu den Vorständen! Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß in den Vorständen immer die gleichen Leute sind. Es wäre viel besser, wenn da öfter gewechselt würde. In den Vorständen lernt man am besten die Sachen kennen, und man erhält dort auch die Informationen usw.

(Glocke des Präsidenten.)

Ich habe in der Fraktion einmal den Antrag gestellt, man sollte die Abgeordneten, die in den europäischen Parlamenten überbeansprucht seien, nicht in allzugroßer Zahl in den Vorstand der Fraktion wählen. Ich bin dabei ganz knapp unterlegen, weil ich damals einem Kompromiß zugestimmt habe. Ich bin davon ausgegangen, daß viele Führungskräfte der Partei und Fraktion einfach überfordert sind. Sie können ihre Positionen überhaupt nicht mehr richtig ausfüllen.

Herr Bundeskanzler! Unsere Arbeitsbedingungen im Bundestag sind wahrhaftig nicht so, daß man immer auf die Bundestagsabgeordneten

hinweisen sollte. Ich war früher in einem Zimmer mit 4 Leuten. Jetzt bin ich in einem Zimmer mit 2 Leuten. Wie wollen Sie in einem Zimmer mit 4 Leuten arbeiten, wenn jeder telefoniert und jeder Besuche empfängt? Das ist absolut unmöglich.

(Zurufe: Allerdings.)

Der Abgeordnete wird heutzutage mit vielen Dingen überlastet. Ich will gar nicht aufzählen, womit er täglich belastet wird. Der Abgeordnete ist doch heute ein Faktotum.

(Glocke des Präsidenten.)

Wenn er sich wirklich nur der parlamentarischen Aufgabe widmen könnte – –

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Mein lieber Freund! Ich muß Sie jetzt unterbrechen! Ich kann auch dem Bundestagsabgeordneten keine Extrawurst braten!

(Lenze: Selbstverständlich!)

LENZE:

Nur noch einen Punkt! Herr Bundeskanzler! Sind Sie wie ich der Auffassung, daß wir das Persönlichkeitswahlrecht durchführen sollten? Das Persönlichkeitswahlrecht gibt es in den USA, in England und in vielen anderen Ländern. Wenn wir der Auffassung sind, eine Bundesliste ist nötig, dann würde man daraus schlußfolgern müssen, eigentlich ist das Persönlichkeitswahlrecht gar nicht zu realisieren; denn wenn es völlig realisiert würde, dann müßten ja die Abgeordneten in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellt werden. Ich glaube also nicht, daß das Anliegen der Bundesliste zwingend ist, man kann es auch auf anderem Wege verwirklichen.

Wenn die Landesvorsitzenden rechtzeitig zusammenkommen und eine Aussprache führen, dann muß es doch durch eine Vereinbarung möglich sein.

(Dufhues: Im Präsidium zusammentreffen!)

Jawohl!

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Die Diskussion ist geschlossen. Jetzt könnten wir von dem, was auf den Tisch gekommen ist, das herausuchen, worüber wir im Speziellen reden wollen. Aber das werden wir sein lassen; denn um 9.00 Uhr muß das Redaktionskomitee zusammentreten. Ich könnte jedenfalls diese Sitzung nicht weiter leiten. Das bedeutet aber nicht, daß Sie hier Schluß machen sollen. Meinetwegen können Sie noch zwei Stunden lang diskutieren. Ich halte dies jedoch nicht für notwendig.

Ich hatte zuerst Bedenken, wie sie auch vorhin unser Freund Dr. Kohl geäußert hat, ob die Sache hier gut ausgehen werde; denn wir haben hier keine Vorlage und keine Tagesordnung, wir haben kein Referat, sondern wir haben die Delegierten einfach drauflos reden lassen.

Ich kann hier mit einem alten württembergischen Wappenspruch sagen: Ich hab's gewagt mit Sinnen und trag des noch kein Reu! –

Es ist doch eigentlich ganz gut gelaufen. Es muß doch irgendwo auf dem Parteitag möglich sein, eine solche Aussprache zu führen, ohne daß wir erst einen feierlichen Anlauf auf das blumengeschmückte Podium machen.

(Beifall.)

Ich würde sagen, daß wir aus dieser Diskussion in drei Punkten etwas gelernt haben, und zwar ist es zunächst das sachliche Bedürfnis nach einer modernen Interpretation unserer Partei nach zwanzig Jahren. Ich sage noch einmal aus einem konkreten Anlaß heraus, das ist etwas ganz anderes als ein neues Parteiprogramm. Ich bitte Sie, genau darauf zu achten. Ich sage das wegen einer Mitteilung für die Presse, die die SPD-Pressestelle in Bonn herausgebracht hat, so daß also Höhere dazu berufen sind, sich mit dieser Sache und mit dem, was da an harten Vokabeln drinsteht, angemessen auseinanderzusetzen. Aber unter Punkt 5 heißt es:

Bisher kann die CDU nur in den Kampf gehen mit dem Eingeständnis, daß sie nicht in der Lage ist, in Hannover ein Parteiprogramm zu verabschieden.

Ich muß den Herren in Bonn in der SPD-Pressestelle sagen: Das war nicht die Absicht. So haben wir nicht gewettet. Dazu sind wir nicht nach Hannover gefahren. Das steht überhaupt nicht am Horizont. Wir denken gar nicht daran, uns die Finger wund zu schreiben, damit die Herren in Bonn noch etwas mehr zu schimpfen haben.

(Beifall.)

Es handelt sich um etwas ganz anderes. Daß wir uns heute darüber klargeworden sind, ist sicher ein klarer Erfolg. Es handelt sich darum, den Versuch zu machen, unter uns selber ein Selbstverständnis unserer Partei, und zwar in ihren Fundamenten, zu formulieren.

Ich würde sagen, wenn es uns nicht gelingt, so etwas zu Papier zu bringen, dann existieren wir auch. Es ist gar nicht sicher, ob wir an politischer Schlagkraft dadurch gewinnen, daß wir unsere Spiritualia, unsere Gesinnung, irgendwo in attraktive Worte fassen.

Deshalb, meine Damen und Herren, auch keine hektische und überstürzte Eile! Wozu eigentlich? Es ist doch kein Armutszeugnis, wenn die CDU eine denkende, mit sich selber reflektierende Partei ist! Damit stehen wir doch ein Stockwerk höher als die anderen. Lassen wir uns hier nicht zu irgendeiner Eile antreiben! Das sage ich mit dem Blick auf den Antrag, den unser Freund Hauser vorgelegt hat. Soll ich ihn verlesen, Herr Hauser?

(Hauser: Ja!)

„Der Bundesparteitag beauftragt das Präsidium,

1. den Entwurf einer Grundsatzerklärung der CDU ...“

Sie meinen diese Erklärung zu unserem Selbstverständnis?

(Hauser: Ja!)

Wir meinen das gleiche, wir meinen absolut nicht das, was die SPD von uns erwartet. Wir meinen nicht ein neues Parteiprogramm.

(Hauser: Ja!)

Nun kommt eine harte Vokabel, Herr Hauser,

„unverzüglich den Landesverbänden als Grundlage für die Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden mit der Maßgabe zu überweisen, dazu bis zum 1. Oktober 1964 Stellung zu nehmen;

2. die Grundsatzklärung baldmöglichst einem Ordentlichen oder Außerordentlichen Parteitag zur Verabschiedung vorzulegen;
3. die Grundsatzthematik künftiger Ordentlicher Parteitage den Landes- und Kreisverbänden mit dem einschlägigen Diskussionsmaterial drei Monate vor dem jeweiligen Parteitag bekanntzugeben.“

Meine Damen und Herren! Das ist ein Antrag. Da will ich ganz offen sagen: Darüber kann man reden. Nur würde ich bitten, das „unverzüglich“ abzuändern. Zwar habe ich hier soeben die juristische Belehrung des Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden gehört, der sagte: Das ist „ohne schuldhafte Verzögerung“. Aber damit bin ich gar nicht sicher, ob damit auch die Meinung des Antragstellers getroffen ist. Dieser meint doch: Das muß jetzt raus!

Also, meine Damen und Herren, wenn das „unverzüglich“ heißt „ohne schuldhafte Verzögerung“, dann habe ich nichts dagegen, dann können wir es so beschließen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das Wort wird nicht gewünscht. -- Wer dafür ist: Handzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen! – Einige sind dagegen. Das tröstet mich. Aber nicht deshalb tröstet es mich, weil ich gegen die Sache bin, sondern weil ich sehe, daß Sie mir eine Atempause zum Denken gönnen. Wir selber genehmigen uns die Atempause des Denkens. Aber trotzdem: Die Mehrheit hat es so beschlossen.

Der Antrag ist angenommen.

Und nun wird noch ein Entschließungsentwurf für den Arbeitskreis I vorgelegt:

„Der Bundesparteitag wolle beschließen:
Das Präsidium und die Vorsitzenden der Landesverbände werden aufgefordert, rechtzeitig vor der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl 1965 zusammenzutreten, damit bei der Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten noch mehr als bisher den gemeinsamen Erfordernissen der Christlich Demokratischen Union und ihrer Bundestagsfraktion Rechnung getragen wird.“

Herr Kollege Lenze, ich hoffe, Sie melden sich jetzt nicht zu Wort. Möchte sonst jemand etwas dazu sagen? – Sind Sie alle damit einverstanden? – Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist

aber sehr müde, meine Herren! – Wer ist dagegen? – Nach Enthaltungen frage ich gar nicht. Jedenfalls: Es war eine Mehrheit für diesen Antrag, das stelle ich ausdrücklich fest. Dieser Antrag ist angenommen. Die schöne Rede zum Schluß schenke ich mir. Ich hätte aber drei Punkte auf den Tisch gebracht:

1. Ich hätte noch einmal das „C“ angesprochen und gesagt, daß wir uns in der Politik der Kritik eines gesamtchristlichen Verständnisses zu unterwerfen bereit sind. Das wird man vielleicht doch noch sagen dürfen, bei aller Vorsicht. Wovor ich dringend warne, ist, das Fähnchen überhaupt aus dem Kampf herauszunehmen. Wir möchten die Leitlinien unserer Politik christlich verantworten, und wir sind bereit, uns darin auch von jedermann anreden zu lassen.
2. Zu Ihrer Diskussionbemerkung, Herr Hauser! Die ist mir deshalb am interessantesten, weil sie mich am meisten zum Nachdenken veranlaßt hat, wie ich das freimütig gestehen darf.

Sie haben den Vorschlag gemacht, die politischen Entscheidungen mehr nach unten zu verlagern und dadurch eine Belebung und politische Aktualisierung in den Orts- und Kreisorganisationen zustandezubringen. Habe ich Sie damit recht verstanden?

(Hauser: Ja!)

Nun, meine Damen und Herren, daß wir eine solche Debatte auf jeden Fall haben möchten, soweit so gut! Ich verstehe nun auch den Antrag von Herrn Hauser. Er sagt: Eine solche Diskussion werden wir eigentlich nur dann zustandebringen, wenn die jeweiligen Diskussionen mit einer Art Beschlußfassung enden und diese Beschlußfassung dann übertragen wird auf die Mandatsträger, zwar nicht als bindende Weisung, aber doch als Richtlinie.

Ich verstehe, Sie sind Jurist, und Ihnen ist natürlich das Grundgesetz im Ohr. Das Grundgesetz hat eigentlich mit dieser Methode gar nichts im Sinn.

Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, ob Sie es sich im Parlamentarischen Rat so genau überlegt haben. Artikel 21 installiert die politischen Parteien. Daß die politischen Parteien nicht von oben nach unten existieren können, sondern von unten nach oben, ist klar. Das haben wir erfahren. Das ist unsere Grundlage.

Aber, meine Damen und Herren, das Grundgesetz vermeidet jedes Zugeständnis an Plebiszite oder was allenfalls in diese Richtung führen könnte, auch jede Andeutung. Deshalb also keine Volksbefragung, keinen Volksentscheid usw! Und es bildet den Typus der parlamentarischen Demokratie in Gestalt der sogenannten repräsentativen Demokratie völlig rein aus. Das kommt im Artikel 38 des Grundgesetzes nach meiner Überzeugung am tonreinsten zum Ausdruck, wo ausdrücklich gesagt wird: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden

und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Aber es taucht immer wieder die Mär vom Fraktionszwang auf. Das ist also eine Fabel, das ist eine Legende!

Manchmal könnte man sogar wünschen, Herr Bundeskanzler, daß etwas mehr drin wäre. Wenn ich zum Beispiel an die Sozialpaketverhandlungen denke und daran: Ist die Fraktion am Freitag mittag um 12.00 Uhr noch im Saal? Wenn man das wenigstens mit Fraktionszwang durchsetzen könnte! Aber nicht einmal dafür gibt es einen Fraktionszwang! Das Grundgesetz stellt den Abgeordneten ganz frei. Es hat ausdrücklich gesagt: „... an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen.“ Und: „... Vertreter des ganzen Volkes“, er ist also nicht nur ein Repräsentant der CDU, die ihn in den Bundestag schickt.

Das ist die Situation nach dem Grundgesetz. Und da wir eine verfassungstreue Partei sind, müssen wir also ihre Intentionen mit dieser Verfassungstreue in Übereinstimmung bringen. Darüber nachzudenken, ist des Schweißes der Edlen wert!

(Zuruf: Daß die Parteien bei der Willensbildung mitwirken!)

Ja, das ist auch Artikel 21. Aber nun, meine Damen und Herren, ich finde, daß diese Frage sehr interessant ist. Ich finde auch an dem Vorschlag von Herrn Hauser interessant, daß politische Diskussionen im Orts- und Kreisverband nicht einfach in so einer Art Stammtischdiskussion oder einer Art akademischer Diskussion enden sollten, wie sie auf vielen Akademien geführt werden, sondern, daß irgendwie eine Willensäußerung am Schluß stehen sollte.

Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für ausgeschlossen, das zu versuchen, ohne mit der Intention des Grundgesetzes in Konflikt zu kommen. Ich glaube, wir können das bei völliger Loyalität gegenüber dem Grundgesetz durchaus versuchen. Ich meine, daß wir damit in der Tat eine Verlebendigung der politischen Diskussion auf der Grundlage der Kreis- und Ortsorganisationen herbeiführen.

Herr Bundeskanzler! Sie können sonst auf die Dauer von den Kreisvorsitzenden und den treuen Mitgliedern in den Ortsgruppen nicht verlangen, daß sie immer bloß zum Wahlkampf antreten, Plakate kleben und Zettel austragen,

(Lebhafter Beifall)

und daß sie sich die Finger wundschreiben, damit sie von Bonn Redner bekommen. Herr Bundeskanzler! Sie müssen die Leute sich irgendwie engagieren lassen.

(Bundesparteivorsitzender Dr. Adenauer:
Ich glaube, die sind doch genug engagiert.

Vorsitzender Präsident Dr. Gerstenmaier:
Wollen Sie dazu etwas sagen?

Bundesparteivorsitzender Dr. Adenauer: Ja, gern!)

*Bundespartei*vorsitzender Dr. ADENAUER:

Ich kann nur sagen: Wer so etwas behauptet, weiß nicht, wie es in den Ortsverbänden und Kreisverbänden zugeht. Die Leute haben genug zu tun mit den Sachen am Ort. Das sehen Sie doch!

Ich wohne in Honnef, einer Stadt von 15 000 oder 16 000 Einwohnern, und weiß, was da in der Stadtverordnetenversammlung beraten wird. Ein Sohn von mir ist da Stadtrat, ein Assessor. Ich weiß, was die zu tun haben. Die haben die Hände voll damit zu tun, was bei ihnen anfällt. Wenn Sie die nun auch noch mit Sachen des Bundestages oder des Landtages beschäftigen wollen, dann haben Sie nachher überhaupt keinen mehr, der mittut.

Vorsitzender Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Herr Bundeskanzler, die Leute lesen doch die Zeitung und nehmen innerlich Anteil an dem, was ihre eigenen Abgeordneten in Bonn tun und sagen.

(Beifall.)

Man kann ihnen doch diese Diskussion nicht als illegitim verbieten. Sie werden über ihre Kommunalangelegenheiten hinaus immer wieder das Bedürfnis haben, sich irgendwie zu engagieren.

(Zuruf: Sie müssen es sogar!)

Ja, sie müssen es sogar!

Und daß diese Leute mit ihren Bemühungen nun irgendwie darauf drängen, sich gewissermaßen selbst ernst zu nehmen, daß sie sich zu einer Entscheidung auch im kleinen Kreise aufschwingen, das finde ich eigentlich als eine Qualifizierung der Debatte. Das sage ich ganz offen! Dadurch wird es interessant und auch ernster. Ich hätte also gar keine Bedenken, Herr Bundeskanzler.

(Bundespartei)vorsitzender Dr. Adenauer:

Das ist so unrealistisch wie nur denkbar!

Sie sagen: Unrealistisch! Aber ich finde, es ist ganz realistisch, wenn sie richtig diskutieren, nämlich nicht nur kommunalpolitisch.

Herr Bundeskanzler! Sie wissen sicherlich soviel wie die Bundesregierung. Ich schätze, daß ein gut informierter Bundestagsabgeordneter 40 % maximal von dem weiß, was der Bundeskanzler und der Außenminister wissen. Das ist für die Beurteilung eines Sachverhaltes unter Umständen viel zu wenig. Das gebe ich zu. Trotzdem steht der Bundestagsabgeordnete vor der Notwendigkeit der Entscheidungen, die von ihm abverlangt werden. Vielleicht weiß man in den Orts- und Kreisgruppen nicht mehr als das, was in der Zeitung steht?

(Zurufe: Sehr richtig!)

Auch das ist nicht genug!

(Bundespartei)vorsitzender Dr. Adenauer:

Wo wollen Sie denn die Zeit hernehmen, darüber zu diskutieren?

Wenn es die Leute wollen, dann lassen Sie ihnen doch die Zeit. Das ist für sie viel interessanter.

(Bundespartei)vorsitzender Dr. Adenauer: Die Leute wollen ja gar nicht!)

GERHARDT, Landesverband Hessen:

Herr Bundesvorsitzender! Ich glaube, daß Sie einem Mißverständnis unterliegen. Die Mitglieder einer Partei setzen sich doch nicht nur aus kommunalen Mandatsträgern zusammen, sondern in dieser Partei sind doch auch Leute, die an allen politischen Fragen interessiert sind. Und es sind auch in dieser Partei Sachkenner verschiedener politischer Fragen zu finden.

Diese Partei gibt Aufträge in die kommunalen Parlamente und in die Landesparlamente hinein, und sie sollte auch Aufträge in das Bundesparlament geben.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Aufträge können Sie nicht sagen. Damit kommen Sie in einen Konflikt mit dem Grundgesetz. Aber ich weiß, was Sie meinen.

(Zuruf: Herr Vorsitzender! Ich bin Vorsitzender eines Ortsverbandes, und wir beschäftigen uns in jedem Monat mit den politischen Vorgängen, die anstehen, darüber hinaus noch mit kommunalpolitischen Fragen. Ich glaube, das wollen unsere Mitglieder. Und von unseren 54 Mitgliedern kommen im Monat zumindest 60%. Wenn wir aber über kommunalpolitische Dinge sprechen, dann bleiben sie einfach weg, weil diese Dinge uninteressant sind.

Weiterer Zuruf: Meine Damen und Herren! Es ist doch nicht so, daß die Orts- und Kreisverbände sich mit der großen Bundespolitik auseinandersetzen, sondern, daß die Kreisverbände in erster Linie die Fragen besprechen, die politisch auf der Kreisebene von Interesse sind, auf der Landesebene und auf der Bundesebene parallel. Wir müssen dazu kommen, im Gegensatz zu unserer bisherigen Praxis, immer mehr politisch zu denken. Wir dürfen uns nicht organisatorisch erschöpfen. Das kann dazu führen, daß die Kreis- und die Landesparteien, die Kreistags- und die Landtagsfraktionen politische Anregungen geben. Das scheint der Kern dieser Dinge zu sein, aber nicht, daß wir auf der Ortsebene über außenpolitische Fragen debattieren.

Zuruf: Herr Präsident! Ich glaube, wir reden über das Selbstverständnis der Partei. Das fängt doch damit an, daß wir als Partei bis in den Ortsverband hinein den Parteimitgliedern schlechthin die Möglichkeit bieten, an einer politischen Willensbildung aktiv Anteil zu nehmen.

Verzeihen Sie, wenn ich als junger Mann sage: Ich habe manchmal ein ungutes Gefühl bei der Werbung von neuen Mitgliedern, weil wir auch eine kritische Jugend haben, wenn man mich da fragt: Kann ich an der Willensbildung teilhaben?

An der Willensbildung teilzuhaben, setzt aber auch voraus, daß wir sehr viel mehr als bisher über diese Dinge in den Kreis- und Ortsverbänden sprechen. Wenn wir das tun und dazu die kostbaren Spielregeln der Demokratie auch in unserer Partei sehr

gut walten lassen, dann werden wir auch das politische Selbstverständnis unserer eigenen Partei sehr viel schneller finden.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Der Herr Bundeskanzler hat das Wort.

Bundesparteivorsitzender Dr. ADENAUER:

Der Herr Vorsitzende hat etwas ganz anderes gesagt, als was Sie eben vorgetragen haben. Ich finde es durchaus für richtig, was Sie gesagt haben, daß von Zeit zu Zeit eine politische Aussprache in einem Ortsverein stattfindet, wenn es sich um Dinge handelt, die wirklich von allgemeinem Interesse sind. Aber wenn Sie doch zum Beispiel hören, was heute Herr Barzel gesagt hat, daß noch 155 – ich glaube, ich habe die Zahl richtig behalten – Gesetzentwürfe jetzt im Bundestag liegen, da können Sie doch unmöglich –

(Zuruf des Vorsitzenden)

– aber dann erlauben Sie mal, dann muß ich aber doch bitten, daß unser Herr Vorsitzender sich mehr konkretisiert in dem, was er sagt.

(Heiterkeit.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Herr Bundeskanzler! Das ist relativ einfach. Was ich will, ist vor allem keine Bevormundung des Fundaments, auf dem wir stehen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Leute sind frei und können reden, wann und worüber sie wollen. Sie sind gar nicht daran gebunden, sich nur mit Kommunalangelegenheiten zu beschäftigen.

(Beifall.)

Sie sind auch nicht darauf beschränkt, nur über Bonner Fragen zu sprechen. Nicht gemeint sind die vielen, vielen Fachvorlagen. Man kann sich davon auch mal eine zur Diskussion stellen. Aber was gemeint ist, ist die politische Lebens- und Schicksalsbewegung des Volkes, die ganze Spiritualität, die Mentalität, die sich damit verbindet und die doch den Lebensprozeß unseres Volkes tief bestimmt, in dem wir stecken und auf den hin wir uns verhalten. So habe ich jedenfalls die Anregung verstanden. Deshalb meine ich, Herr Bundeskanzler, brauchen wir uns nicht aufzuregen und können uns darüber wieder verständigen.

Bundesparteivorsitzender Dr. ADENAUER:

Ich weiß nicht, welcher Herr das eben gesagt hat, daß er alle vier Wochen darüber diskutiert, wenn die Leute über Politik sprechen. Das finde ich ausgezeichnet. Und das muß man tun.

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Sehen Sie, also sind wir uns einig!

(Heiterkeit.)

Geschäftsführender Vorsitzender DUFHUES:

Zunächst kann ich dankbar feststellen, daß die Diskussion doch zur Klarheit führen kann. Ich habe den Eindruck, daß wir, Herr Bundeskanzler und Herr Bundestagspräsident, im wesentlichen einig sind. Aber lassen Sie mich dazu einige konkrete Dinge sagen.

In den letzten Wochen habe ich häufig von neu geworbenen Mitgliedern Schreiben bekommen, die sich darüber beklagten, sie wüßten gar nicht, weshalb sie der CDU beigetreten seien. Sie erführen nichts von den Kreis- und Ortsparteien, sie würden nicht an Aussprachen beteiligt, und sie gewannen auch keinen Eindruck.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist eine ganz entscheidende Voraussetzung dafür, wenn wir unsere Partei stärken wollen, daß wir uns darüber klar werden, was wir den Mitgliedern zu geben haben. Und wenn Sie wollen, lassen Sie es mich kaufmännisch ausdrücken. Es sind doch zwei Waren, die wir zu verkaufen haben: Einmal die bessere Information und zum anderen die Teilnahme an der Diskussion und auch an politischen Entscheidungen, soweit sie in den Orts- oder Kreisparteien getroffen werden können. Aus dem Studium dieser Frage bei anderen, vor allem ausländischen Parteien, weiß ich, daß das systematisch vorbereitet und durchgeführt wird. Deshalb bemühe ich mich ja um Einrichtungen bei der Bundespartei, die die Diskussion grundsätzlicher und bedeutsamer allgemeiner Fragen in den Kreisparteien ermöglichen.

Darum will ich das Studienzentrum, damit eine Diskussion sorgfältig vorbereitet und das Diskussionsmaterial den Parteien zugeleitet wird, damit die Parteien darüber sprechen, uns ihre Meinungen mitteilen und wir das dann systematisch auswerten.

(Beifall.)

Das ist einfach formuliert, aber nicht leicht zu realisieren, und darüber mache ich mir keine Illusionen. Aber mit dem Erfolg dieser Bemühungen steht und fällt der Auftrag, den Sie in Dortmund gegeben haben: die Kreisparteien, die Ortsunionen, die Landesverbände stärker am politischen Geschehen teilnehmen zu lassen, als es bisher möglich war.

(Beifall.)

Präsident Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Die Aussprache in diesem Arbeitskreis I ist zu Ende. Ich glaube, sie ermutigt uns.

(Zuruf des Berichterstatters.)

Was fehlt noch? Welche drei Punkte? – Ja, das ist nachher für den Berichterstatter besonders wichtig. Das war die Geschichte mit der Bundesliste usw. Es ist so, daß eine Bundesliste hier an diesem Tisch nicht vorgeschlagen worden ist, Herr Kollege Lenze. Insofern fechten Sie gegen Gespenster. Im übrigen, so schlecht wäre dieses Gespenst nicht, aber es ist passé, weil man es nämlich nur machen kann bei einer Novellierung des Bundeswahlgesetzes. Und das wollen wir jetzt aus

anderen Gründen nicht. Wir sollten aber wenigstens das, was der Herr Bundesparteivorsitzende hier als existentielles Minimum – jedenfalls von der Bundestagsfraktion aus gesehen – geltend gemacht hat, ernsthaft aufnehmen. Wir sollten nicht sagen: Jetzt kommen die auch noch von Bonn und wollen unsere besten Plätze. Das ist doch der Ertrag dieser Verhandlungen an diesem Nachmittag. Das war Punkt 3, den ich noch ausführen wollte.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Diskussion. Ich gebe zu, es ist ein Risiko, in eine Diskussion dieser Art zu gehen, weil man damit rechnen muß, daß alles wie Kraut und Rüben durcheinander geht. Aber man kann auch in diesen Salat Ordnung bringen. So schlimm ist es gar nicht! Wir haben im Laufe von 15 Jahren parlamentarischer Demokratie allerhand dazugelernt. Heute nachmittag haben Sie eine prachtvolle Probe geliefert!

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort des Dankes am Schluß. Der Dank gilt Ihnen und vor allem denen, die aus der Arbeit eines Kreisverbandes und eines Ortsgruppenverbandes kommen.

Ich kenne die. Ich weiß, wie es ist, wenn man dorthin kommt, wo die Wahlversammlung fiebert, wenn man einen Vortrag halten muß, wo die Intelligenz und die Honoratioren aufpassen, wie es mit dem Geist der CDU bestellt ist.

(Zuruf: Man weiß nicht, ob der Redner überhaupt kommt!)

Das sollte nicht sein. Ich war immer zur Stelle, manchmal mit Verspätung, wenn es nämlich Glatteis gab. Das ist eine böse Sache für die Ortsgruppen, wenn sie dann dasitzen und der Vortrag ausfällt. Das kann auch mal vorkommen, aber das sollte jedenfalls möglichst vermieden werden.

Aber meinen herzlichen Dank an Sie, die Sie in der Arbeit stehen und den Grund schützen, auf dem wir stehen und ohne den wir jedenfalls nicht arbeiten können.

Und ein weiterer Dank an diejenigen – das muß ich doch noch einmal sagen –, die sich viel Mühe gemacht haben, für heute diese Vorlage zum Selbstverständnis der CDU auszuarbeiten.

Es sind eine ganze Reihe von Vorlagen gemacht worden. Ich bitte die Herren, die sich darum im besonderen bemüht haben, versichert zu sein, daß wir ihre Arbeit sehr ernst nehmen, und daß es ein Ausdruck dieses Ernstnehmens ist, wenn wir sagen: Sie erscheint uns von solcher Bedeutung zu sein, daß wir wünschen, daß auch die Führungsgremien der Partei – jedenfalls das Parteipräsidium – die Möglichkeit haben, sich damit zunächst auseinanderzusetzen. Darauf haben die Herren und auch Sie einen Anspruch. Kein anderer Grund ist es, weshalb wir heute diese Sache nicht vorgelegt haben.

(Beifall.)

Ich möchte aber diese Sitzung nicht schließen, ohne Ihnen allen zu danken, meine Damen und Herren. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 19.53 Uhr.)

Arbeitskreis II

„Außen- und Sicherheitspolitik“

Vorsitzender Prof. Dr. FURLER, MdB:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf die Sitzung des Arbeitskreises II „Außen- und Sicherheitspolitik“ eröffnen. Ich danke, daß Sie so zahlreich in diesen Arbeitskreis gekommen sind.

Ich begrüße Herrn Bundesaußenminister Dr. Schröder und Herrn Bundesverteidigungsminister von Hassel. Beide werden im Rahmen unserer Arbeit Ausführungen machen.

Im Programm heißt es ganz kurz „Konstituierung des Arbeitskreises“; sie ist hiermit erfolgt. Man könnte sagen, wir sind beieinander, wir arbeiten, der Vorsitzende behält sich aber alle Rechte vor.

(Lebhafte Heiterkeit.)

Was ich Ihnen zunächst vorschlagen wollte, wäre: daß wir wirklich diskutieren, daß wir uns aussprechen, was voraussetzt, daß wir nicht zu lange sprechen, was nicht in der Gesamtkonstruktion liegt. Ich schlage Ihnen vor, die Redezeit – ich sage etwa! – auf zehn bis 15 Minuten, äußerstenfalls – begrenzen

(Zurufe. – Lebhaftes Unruhe.)

– Ich glaubte, zehn Minuten würden genügen. Ich wollte niemand wehetun, der länger sprechen will.

Zur Thematik möchte ich vorschlagen, daß wir nicht zu sehr in spezielle Fragen hineingehen. Wir wollen die Grundfragen unserer Außen- und Sicherheitspolitik behandeln. Ich stelle mir vor, daß wir zunächst betrachten den Ost-West-Konflikt, in den natürlich die deutsche Frage einbegriffen ist, dann die europäische Politik und schließlich die Gestaltung des atlantischen Raumes, wirtschaftlich, politisch und auch strategisch gesehen.

Diese drei Themen sind es wohl, die uns bewegen und die reichlich Stoff für unsere Diskussion geben.

Ich darf mitteilen, daß uns kein Bericht als Grundlage der Debatte vorliegt; es wird also einleitend kein Bericht erstattet. Einen Bericht wird Herr Kollege Dr. Kliesing auf Grund unserer Diskussion erarbeiten und ihn morgen dem Plenum vorlegen. Wir haben Ihnen auch keinen Resolutionsentwurf vorzulegen; ein Entwurf soll mit diesem Bericht erarbeitet werden auf Grund unserer Debatten hier; er wird in einem Gesamtdirektionskomitee, das der Herr Bundestagspräsident leitet und in dem die Vorsitzenden der Arbeitskreise sind, formuliert werden.

Um die Debatte einzuleiten, schlage ich Ihnen vor, daß unser Freund Gradl aus der Sicht der Bundestagsfraktion einen ersten kurzen Dis-

kussionsbeitrag gibt und das etwas mit Inhalt erfüllt, was ich als Thema hier vorgeschlagen habe.

Ich möchte noch bitten, daß diejenigen Herren, die sich zu Wort melden, eine schriftliche Wortmeldung abgeben. Das ist auch von der Presse gewünscht worden, damit jedermann weiß, um wen es sich bei den Rednern handelt. Ich bitte alle Redner, vom Mikrophon aus zu sprechen, damit eine Bandaufnahme gemacht und festgestellt werden kann, was gesagt wurde.

Ich darf damit die Konstituierung des Arbeitskreises beenden.

Ich eröffne die Debatte und bitte unseren Freund Gradl, die einleitenden Diskussionsausführungen zu geben.

Dr. GRADL, MdB:

Meine Damen und Herrn! Ich habe den Auftrag, in Kürze die Aussprache, die wir hier führen wollen, einzuleiten, und zwar so, daß die Problematik etwas umrissen wird, was natürlich nur in groben Strichen möglich ist, und daß dann ein paar Schwerpunkte festgelegt werden, auf die sich die Diskussion konzentrieren soll.

Das Gebiet Außenpolitik und Sicherheitsfragen ist so unendlich weit, und unsere Zeit ist so sehr knapp, daß Konzentration in der Aussprache wohl notwendig ist.

Vorweg möchte ich noch sagen: Es ist nicht meine Aufgabe, hier irgendwelche Thesen zu formulieren. Was zu sagen ist, das soll aus der Debatte heraus kommen. Wenn Thesen gebraucht werden, so würde ich sagen: daß diese Thesen in der Rede des Herrn Bundeskanzlers geliefert worden sind.

Ich gehe davon aus, daß das, was der Herr Bundeskanzler heute vormittag zur Außenpolitik gesagt hat, auch die Auffassung ist, die wir im wesentlichen jedenfalls teilen.

Drei Schwerpunkte scheinen mir bestimmend: Erstens, die west-östliche Situation und die deutsche Frage in dieser Situation; zweitens, Europa; drittens, Atlantische Gemeinschaft.

Einige Bemerkungen zur ersten Frage, zur west-östlichen Situation und zur deutschen Frage: Wir wissen alle, daß Deutschland, gespalten wie es ist, in diesem west-östlichen Spannungsfeld liegt, und daß sein Schicksal entscheidend davon abhängig ist, wie die ost-westliche Auseinandersetzung weiterhin verläuft und was sich in Ost und West und zwischen Ost und West weiterhin vollzieht.

Als wir das letzte Mal in einem solchen Kreise eine außenpolitische Aussprache hatten, war das vor nahezu zwei Jahren in Dortmund. Seit dieser Zeit hat sich doch außerordentlich viel geändert. Ich brauche nur auf das hinzuweisen, was sich im östlichen Raum und insbesondere auch innerhalb der Sowjetunion vollzogen hat, eine Entwicklung, die wir heute zusammenfassen in der Feststellung: es gibt eine gewisse Krise in der Sowjetunion, politisch und ökonomisch, und es besteht ein Bedürfnis der Sowjetunion nach einer Pause.

Ich habe gesagt: Deutschland im Spannungsfeld. Aber, wenn ich genau bezeichnen wollte, was derzeit unser Problem ist, dann müßte ich eigentlich sagen: Deutschland im west-östlichen Entspannungsfeld, denn dies ist nun die praktische Aufgabe: Da Entspannung die beherrschende Parole im östlich-westlichen Verhältnis ist oder jedenfalls zu sein scheint, stellt sich die Frage: was ergibt sich daraus für uns? – Die erste Frage: sind wir an Entspannung interessiert? – Es gibt Leute, die uns vorhalten, insbesondere uns in der Christlich Demokratischen Union, daß wir an Entspannung nicht interessiert seien, und die meinen, daß wir eine Politik verfechten, die sie dann wiederum beschimpfen als Politik des Kalten Krieges.

Dazu – so meine ich – kann ich mit Ihrer aller Zustimmung sagen: dies ist eine ganz grobe Entstellung der Politik, die wir verfolgen. Selbstverständlich, da wir wissen, daß das deutsche Schicksal von der friedlichen Entwicklung und der gründlichen Besserung der westlich-östlichen Beziehungen abhängt, sind wir an Entspannung dringendst interessiert. Die Frage ist nicht, ob Entspannung, sondern die Frage ist: was heißt Entspannung? Und wie kommen wir zur Entspannung? – Das nun muß in der Diskussion zum Ausdruck kommen. Jedenfalls sollte das einer der Gesichtspunkte sein, unter dem die Diskussion geführt wird: was bedeutet für uns Deutsche Entspannung? –

Entspannung heißt die Ursachen der Spannung beseitigen. So haben wir es immer formuliert. Die Sorge bei vielen von uns ist, daß das, was sich unter dem Motto Entspannung zwischen Ost und West vollzieht, dazu führt, daß zwar mancherlei in den östlich-westlichen Beziehungen mehr oder minder „entspannt“ wird, daß aber der Kern der Spannung übrigbleibt: die deutsche Spaltung. Damit haben wir uns auseinanderzusetzen. Ich meine, daß wir hellwachsam sein müssen, damit nicht eine Kette von Regelungen, die scheinbar nur den Rand berühren, schließlich dazu führt, daß im Endeffekt der status quo der Teilung konserviert wird.

Nun ein anderer Gesichtspunkt: unser Verhältnis zur Sowjetunion. Wir kennen das TASS-Memorandum; ich brauche es wohl im einzelnen nicht zu erläutern. Da ist nicht zu erkennen, daß die sowjetische Politik in bezug auf die deutsche Frage eine Linie zu verfolgen beabsichtigt, die zu dem führt, was wir Entspannung nennen könnten.

Aber es ist auch kein Zweifel, daß es im Verhältnis zwischen Ost und West in beiden Lagern solche tiefgehenden Veränderungen bereits gegeben hat und weitere Veränderungen sich anzubahnen scheinen, daß wir heute auf die Frage, wie wir glauben, daß die deutsche Frage gelöst werden könnte, nicht mehr einfach Antworten geben können, wie wir sie vor zehn Jahren gegeben haben. Die veränderte, sehr viel komplizierter gewordene Weltsituation – komplizierter auch in bezug auf Deutschland – zwingt uns, unsere Antworten von früher zu überprüfen. Mit der einfachen Antwort „Freie Wahlen, Friedensvertrag“ usw. – die Formel kennen Sie – ist es nicht mehr getan. Es gab eine Zeit, in der die freien Wahlen der Weg zur deutschen Einheit waren. Heute sind sie

das Ziel. Die Frage, vor die wir gestellt sind, ist: Wie kommen wir zu diesem Ziel? – Geht das direkt – was man heute nicht annehmen kann? Müssen wir Umwege gehen? Sicherlich müssen wir Umwege gehen. Der Versuch, das Gelände im östlichen Nachbarraum etwas aufzulockern durch die Errichtung der Handelsmissionen, das ist ein Beispiel dafür. Die dritte Bemerkung zu diesem ersten Komplex: Das, was sich in Ost und West vollzieht, hat seine Rückwirkungen auf Deutschland selbst, auf die innerdeutsche Diskussion und auf die Auseinandersetzung hier in der Bundesrepublik zwischen den politischen Kräften. Wir sehen eine wachsende Ungeduld hier in der Bundesrepublik. Intensiv wird gefragt: wie stellt Ihr euch die Lösung der deutschen Frage vor. Darauf zu antworten, ist nicht leicht. Eine gewisse Antwort, die zuweilen gegeben wird, lehnen wir ab, so meine ich, aber wenn hier andere Auffassungen bestehen, müßten sie ausgesprochen werden. Die Antwort läuft unter dem Motto der sogenannten „Enttabuisierung“. Die Tabus, die uns vorgehalten werden, und deren Abbau verlangt wird, das sind deutsche Positionen, die nach unserer Auffassung nicht aufgegeben werden können. Sei es die Nichtanerkennung des Zonenregimes als zweiten deutschen Staat, sei es die Hinnahme und die Anerkennung des Ulbricht-Regimes als deutschen politischen Gesprächspartner oder sei es der blanko ausgesprochene Verzicht auf Ostdeutschland und was da sonst noch an angeblichen Tabus angegriffen wird. Hierzu gehört auch das, was mein Freund Amrehn heute vormittag im Plenum gesagt hat: jene Tendenz, die sich in der innerdeutschen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik nunmehr zeigt in der Formel „Wandel durch Annäherung“. Sie kann nicht nur beurteilt werden in der Blickrichtung auf das Geschehen um die Passierscheinfrage, in die wir uns vielleicht heute nicht mehr vertiefen sollten nach dem, was heute insbesondere auch von Bundeskanzler Erhard und dem Freunde Amrehn gesagt worden ist. Hinter dieser Formel steckt der Versuch, ein globales Prinzip, wie es Kennedy formuliert hat, auf das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und Zone zu übertragen; das heißt also die Frage: kann es eine Annäherung an Ulbricht geben? Ich meine, die Antwort versteht sich von selbst.

Schließlich müssen wir auch die Situation in der Zone im Auge behalten. Ich stehe nicht an zu sagen, daß das, was gegenwärtig im Falle Professor Havemann von hier aus zu beobachten ist, ein atemberaubender Vorgang ist. Hier ist eine bisher in der Hauptsache unterirdisch verlaufene Diskussion im kommunistischen Lager in der Zone wieder einmal hervorgetreten, die sich in einer Kette von den ersten Jahren nach 1945 bis jetzt hinzieht. Ich erinnere an die Auseinandersetzung um den sogenannten „deutschen Weg zum Sozialismus“, eine Auseinandersetzung, der Ackermann zum Opfer gefallen ist, ich erinnere an den Fall Harig, und jetzt ist es also der Fall Havemann.

Vielleicht sollte man in Moskau darüber nachdenken, was ein Regime wert ist, in dem sogar solche Leute, deren Selbstbekenntnis zum Kommunismus unbestreitbar ist – das muß man bei Havemann betonen –, heute sagen: wir wünschen mehr Freiheit, als sie uns dieses Regime

gibt. Dies alles ist vielleicht der Hintergrund – ein paar Striche – dessen, was wir meinen, wenn wir hier die deutsche Frage und das östlich-westliche Verhältnis erörtern.

Der zweite Punkt Europa: Was heißt Europa? Zunächst einmal das freigebliebene Europa. Dieses freigebliebene Europa bietet heutzutage ein ausgesprochen buntes Bild; es ist bunter, als es vor zwei Jahren war. Aber das bunte Bild ist kein schönes Bild. Wir alle haben das beklemmende Gefühl, daß nicht nur der Schwung des Anfangs, mit dem wir die europäische Zusammenführung begonnen haben, verlorengegangen ist, sondern daß trotz und unter dem Schleier der gemeinschaftlichen Institutionen, die geschaffen worden sind, zunehmend die, wie wir meinten, überholte Buntfleckigkeit der alten politischen Landkarte Europas wieder durchschlägt. Niemand von uns will ein Europa mit einem Einheitsgesicht, wie es uns die moderne Kosmetik beschert, das sicherlich nicht. Aber ich meine – und damit sollten wir uns auseinandersetzen –, daß es vom deutschen Standpunkt jedenfalls dringend erwünscht ist und in dieser Richtung gearbeitet werden muß, daß es in einer Zeit, in der die Sowjetunion nach wie vor die Hälfte des europäischen Kontinents okkupiert hat, eine schlechte Antwort ist, wenn dieses freigebliebene Europa sich in Pluralismus verlieren würde. Pluralismus ist eine ausgezeichnete Sache beim Gegner. Wir sollten uns nicht darum bemühen, bei uns den Pluralismus allzusehr zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund stellen sich nun Fragen wie die: Sollen wir angesichts dieser Situation vor der Aufgabe der weiteren Integration resignieren? Sollen wir uns vielleicht damit begnügen, daß es große Apparaturen gibt, die natürlich besser sind als nichts, aber die doch bürobeherrschte Institutionen sind? Manchmal ist die Übersetzung deutlicher als das Wort „bürokratisch“.

Sollen und wollen wir fest bleiben in dem Willen, daß trotz der Malaise, die zur Zeit in bezug auf das freie Europa festzustellen ist, Schritt für Schritt, zäh und geduldig weiterversucht werden muß und soll, dieses Europa zu einer politischen Gemeinschaft zusammenzuführen? Wenn ja – davon bin ich überzeugt, daß das die Antwort ist –: wie können wir das tun?

Unser Kollege Majonica hat Vorschläge gemacht. Darüber werden wir wahrscheinlich in der Diskussion etwas hören.

Dann die andere Frage, die wir im Auge haben müssen, wenn wir über Europa sprechen: Welches Europa? das Europa der Sechs, ein größeres Europa? – Ich möchte meinen, daß wir nach wie vor an unserem Ziel festhalten, Europa über die Sechs hinaus zusammenzufassen und dabei im Bewußtsein zu haben, daß das Problem nicht nur Großbritannien heißt, sondern daß das genauso – zum Beispiel – die skandinavischen Länder oder in gewisser Weise auch Österreich umfaßt. Und: sollen wir warten, da wir auf diesem Wege zum größeren Europa blockiert sind, unter anderem durch das französische Veto, das im vergangenen Jahr gesprochen worden ist? Sollen wir nun, weil das größere freie Europa heute schwer möglich ist, nichts tun? – Das wird

doch wohl nicht die richtige Konsequenz sein! Ich meine, wir müssen dieses Europa weiter entwickeln, soweit es jetzt zusammengefaßt werden kann, aber offenhalten und bewußt hinzielen auf das Ganze.

Zu diesem Themenkomplex Europa gehört das Verhältnis Deutschland-Frankreich. Es ist kein Zweifel, daß das, was sich insbesondere seit dem Januar vorigen Jahres ereignet hat, auch auf das deutsch-französische Verhältnis wirkt. Dennoch sollten wir uns dagegen verwahren, und wir sollten uns auch selber davor hüten, dieses deutsch-französische Verhältnis und die französische Politik nur aus Gefühlen des Ressentiments zu beurteilen, wie es z. B. von der sozialdemokratischen Opposition geschieht. Vielleicht wird hier heute manches Kritische zur französischen Politik gesagt, ich weiß es nicht. Immer aber – so meine ich – sollten wir daran denken: nichts simplifizieren! Es ist nicht alles schlecht und falsch deshalb, weil es de Gaulle tut, und es ist nicht alles gut und richtig deshalb, weil es vielleicht von jenseits des Ozeans, vertreten wird.

Damit sind die Hinweise abgeschlossen, und es bleibt das letzte Feld, das ist der dritte Punkt: die atlantische Gemeinschaft. Hier kann ich es ganz kurz machen.

Die atlantische Gemeinschaft, insbesondere die NATO, sind nicht nur ein militärisches Problem; im Grunde handelt es sich vielmehr um ein politisches Problem; denn wenn das politische Gegeneinander, das Zerwürfnis oder die Ansätze zu Zerwürfnissen innerhalb der atlantischen Gemeinschaft nicht ausgeräumt werden und wenn sie nicht bewältigt werden können, bleibt das auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung auch auf den militärischen Zusammenhalt der atlantischen Gemeinschaft. Niemand aber ist mehr daran interessiert, daß sie voll funktioniert, als wir Deutsche in unserer Situation.

In diesen Bereich gehören dann auch Fragen hinein, wie die multilaterale Atomstreitmacht, dahin gehört das spezielle Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die Erörterung über die Kennedy-Runde usw.

Meine Damen und Herren! Ich sollte nur ein paar Umrisse geben, den Hintergrund zeigen. Ich hoffe, daß mir das einigermaßen gelungen ist. Nun wünsche ich der Diskussion einen guten Erfolg.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER, MdB:

Ich danke Herrn Gradl. Ich darf nun um Ihre Wortmeldungen bitten. Es liegen bis jetzt noch keine schriftlichen Meldungen vor.

(Unruhe. – Zurufe: Bitte, lauter!)

Es sind allerdings einige potentielle Redner unter uns.

(Heiterkeit.)

Darf ich um Wortmeldungen bitten? Das Mikrophon funktioniert offenbar nicht. Aber so viel haben Sie wohl alle verstanden.

Als erster hat sich nunmehr Herr Lindner von der Exil-CDU zum Wort gemeldet. Darf ich bitten!

LINDNER (Exil-CDU):

Meine Unionsfreunde! Im gestrigen und im heutigen Referat ist von der Schandmauer in Berlin als von der Ulbricht-Mauer gesprochen worden. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß vor länger als zwei Jahren der deutsche Botschafter Kroll in Moskau mit Chruschtschow über diese Schandmauer gesprochen hat und daß er zu Chruschtschow sagte „die Ulbricht-Mauer“. Daraufhin wurde er von Chruschtschow unterbrochen, und dem deutschen Botschafter Dr. Kroll wurde gesagt: Den Befehl zum Bau der Mauer habe ich gegeben!

(Sehr richtig!)

Schande, wem Schande gebührt! Wir wollen in Zukunft von der Chruschtschow-Mauer reden, und immer wieder von der Chruschtschow-Mauer!

Meine verehrten Unionsfreunde! Sie wissen ganz genau: Wenn Ausländer zu uns kommen und nach Berlin geführt werden, daß sie dann, wenn sie an der Mauer stehen, erschüttert sind und daß sie in ihren Heimatländern von dieser Schandmauer erzählen. Und die dürfen nicht sagen „Ulbricht-Mauer“, sondern sie müssen „Chruschtschow-Mauer“ sagen.

Zum anderen: es ist wohl niemand unter uns, der nicht aufs äußerste empört gewesen war, als am Sonntag vor acht Tagen die TASS-Meldung bekannt wurde.

Meine Unionsfreunde! Es wurde dazu gesagt, daß der Bericht der Bundesregierung noch gar nicht veröffentlicht sei. Die Sowjetunion kannte aber diesen Bericht bereits.

Frage Nr. 1 an unseren Herrn Außenminister: Sind Ermittlungen angestellt, um herauszubekommen, wer den Bericht den Sowjets in die Hände gespielt hat? Das zu erfahren, wäre mir wichtiger als zu wissen, ob ein CDU-Mitglied früher Ortsgruppenleiter der NSDAP gewesen ist.

(Teilweiser Widerspruch.)

– Ja, meine Damen und Herren! Wir müssen aufpassen!

(Zurufe u. a.: In jeder Richtung!)

– Allerdings, ja.

Dann zum anderen, zur Frage Nummer zwei an unseren Herrn Außenminister: Wir haben gestern in den Referaten gehört, wir hätten vieles erreicht, seien aber nicht in der Lage, das unseren Wählern zu verkaufen und ihnen zu sagen, was wir erreicht hätten und was der Arbeit der CDU in deutschen Ländern zu verdanken ist. Können wir jetzt unsere diplomatischen Vertreter im Auslande beauftragen, mit den maßgebenden Personen im Auslande über das TASS-Memorandum zu sprechen und ihnen zu sagen, was daran falsch ist, damit das bekannt wird?

Das ist meine andere Frage an den Herrn Außenminister, ob unsere diplomatischen Vertretungen entsprechend unterrichtet sind. Vor einigen Tagen ging durch die Presse, daß Jugoslawien den verschiedensten

ausländischen Regierungen ein Memorandum habe überreichen lassen, daß die deutsche Bundesrepublik jetzt nichts mehr für Partisanenschädigungen bezahle. Ich meine, wenn ein Staat wie Jugoslawien sich beschwerdeführend an unsere Bundesrepublik wenden kann, dann hätten wir das größere Recht; denn wenn wir auf unseren Forderungen auf Selbstbestimmung unseres Volkes bestehen, dann ist das Recht sonnenklar auf unserer Seite. Aber unsere ausländischen Vertretungen sollen nicht nur die Regierungen verständigen, sondern sie sollen auch an die Macht der Presse denken, die Presse unterrichten und ihr Material geben.

Im heutigen Referat kam wieder zum Ausdruck, es müsse unsere größte Sorge sein, darauf hinzuarbeiten, daß wir endlich in der Frage der deutschen Einheit ein Stück weiterkämen. Dann aber müßten wir alle Minen springen lassen.

(Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Es spricht nunmehr Herr Dr. Wagner vom Landesverband Rheinland-Pfalz.

Dr. WAGNER (Landesverband Rheinland-Pfalz):

Liebe Parteifreunde! Ich möchte ein paar Bemerkungen zur Frage der politischen Union Europas machen. Unser Parteifreund Abg. Gradl hat die Frage aufgeworfen: Sollen wir in diesem Moment, da an eine Beteiligung Englands praktisch nicht zu denken ist – und es ist daran praktisch nicht zu denken, einmal wegen des Vetos, das von seiten Frankreichs ausgesprochen wurde, und zum anderen auch wegen der innenpolitischen Situation Englands – praktisch auf England warten? Sollen wir also im Rahmen der derzeitigen Sechs, die sich bereits zur Integration zusammengefunden haben, ausschließlich die bestehenden Römischen Verträge weiterlaufen lassen und auf die Dynamik vertrauen, die in diesen Verträgen liegt, oder sollen wir eigene weitere originäre politische Initiativen entwickeln innerhalb der Sechs ohne England, aber die Tür offenhalten?

Herr Abg. Gradl hat die Frage dahingehend beantwortet, wir sollten weitermachen, und wir sollten offenhalten. Ich bin genau derselben Auffassung. Nach meiner festen Überzeugung wäre es grundfalsch, jetzt zu stoppen und hypnotisiert über den Kanal zu blicken und zu sagen: wir müssen also abwarten, und wir können, solange die Lage in England nicht definitiv geklärt ist, nichts unternehmen. Die Frage ist aber noch um eine Nuance zu verdeutlichen, die ich im Moment für sehr wichtig halte: Es stellt sich in der Realität heraus, daß auch das Weitergehen im Rahmen der Sechs zur Zeit praktisch kaum möglich ist, weil einige unserer Partner innerhalb der Sechs die These, die ich vorhin vorgetragen habe, nicht verteidigen, weil sie der entgegengesetzten Auffassung sind und meinen, wir könnten innerhalb der Sechs im Moment nichts Eigenständiges, Zusätzliches an politischer Union entwickeln, solange England nicht mitzieht.

Damit sind wir bei dem Kernpunkt dessen, was ich sagen möchte: Ich meine, daß wir unter diesen Umständen sogar noch einen Schritt weitergehen und politische Initiativen, enge politische Zusammenarbeit entwickeln und fördern sollten in einem Rahmen, der sogar noch enger sein könnte als der der Sechs, das heißt in einem Rahmen mit denen innerhalb der Sechs, die wollen. Das würde sich nach meiner Überzeugung auswirken insbesondere in einer eindeutigen Intensivierung und Aktivierung des deutsch-französischen Vertrages.

Ich habe das Gefühl, daß wir mit diesem deutsch-französischen Vertrag oft so das Gefühl hatten, daß wir uns bei den anderen Partnern, bei unseren Freunden innerhalb der Sechsergemeinschaft, mehr oder weniger entschuldigen müßten dafür, daß wir uns diesen Alleingang geleistet haben, daß wir ständig bei ihnen vorstellig werden und ihnen erklären müßten: dies hier ist kein Abstimmungspool innerhalb der EWG, dies hier ist kein Alleingang, dies hier ist nichts Exklusives, nichts Ausschließliches und nichts, was den anderen wehtun soll. Wenn aber der eine oder andere unserer Partner in der derzeitigen Situation jede weitere Initiative verweigert, sollte – so meine ich – die Zeit dieses Entschuldigens oder dieses schlechten Gewissens – wenn man es so nennen darf – sollte für uns vorbei sein. Wir sollten eindeutig – und dies selbstverständlich nach Absprache – mit all unseren politisch Verbündeten innerhalb der Gemeinschaft entschieden den Weg auf eine enge Kooperation auf allen Gebieten mit den politischen Freunden gehen, die zur Zeit dazu willens sind. Und dies ist, soweit ich sehe, zur Zeit insbesondere Frankreich.

(Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Ich erteile das Wort Herrn Dr. Marx vom Landesverband Rheinland-Pfalz.

Dr. MARX (Landesverband Rheinland-Pfalz):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herrn! Darf ich versuchen, ganz rasch eine Klärung zur Frage des TASS-Memorandums zu finden!

Vom ersten Diskussionsredner ist gesagt worden – und die Frage war an den Herrn Außenminister gerichtet –, ob er in seinem Hause nachgesehen hätte, in welcher Weise dieser Bericht der Bundesregierung nach außen gekommen sei. Ich meine, die Geschäftsordnung der Bundesregierung läßt es nicht zu, hier die Auffassung zu vertreten, daß das vielleicht beim Herrn Außenminister gewesen wäre; denn in seinem Amte liegt gar nicht die Notwendigkeit, die verschiedenen Bereiche aus der Bundesregierung zusammenzustellen. Das war das erste.

Zweitens: Ich habe diesen TASS-Angriff, dessen rüder Ton uns allgemein erregt, hier. Aus dem TASS-Angriff ist kein einziges Zitat zu entnehmen, das uns berechtigt, zu glauben, die Sowjets seien in der Tat im Besitze eines Berichts der Bundesregierung, der noch gar nicht herausgegeben worden ist. Es gibt keinerlei Zitate darin. Es gibt nur einige Behauptungen, die man aber ebenso summarisch aus allen bisherigen Berichten der Bundesregierung entnehmen könnte.

Ich bin wirklich sehr interessiert – ich meine ‚das ist jeder von uns –, festzustellen, ob die Legende, die die TASS-Erklärung von Anfang bis Ende durchzieht, daß sie sich auf eine Stellungnahme der Bundesregierung stütze, überhaupt zutrifft.

Wir wissen, daß die kommunistische Propaganda mitunter eine ganze Reihe von Fehlleistungen erzeugt; ich darf nachher darauf wohl noch ganz kurz eingehen. Mir scheint, das ist auch hier der Fall.

Meine Damen und Herren! Darf ich mir noch einige andere Bemerkungen erlauben und zwar zu dem, was Herr Dr. Gradl hier gesagt, und zu dem, was er auch vor wenigen Tagen in einer Fernsehsendung geäußert hat, wie ich sagen möchte mit einer Bravour, die unser aller Unterstützung und Beifall verdient, gegenüber zwei politischen Gegnern, wobei man von dem einen sagen muß, daß es eigentlich bewundernswert ist – ich meine Herrn Dehler –, daß sich ernsthafte Menschen noch mit ihm auseinandersetzen, und daß es Herr Dr. Gradl auf der anderen Seite ertragen hat, dem geradezu widerlichen Kaschemmenton, den Herr Wehner angewendet hat, mit Vornehmheit und Noblesse zu begegnen. Ich meine, das ist wirklich unseres Beifalls wert.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir dürfen noch einige Worte für das Problem der Entspannung verwenden: Klaus Mehnert hat in einem Fernsehinterview gesagt, man solle nicht von Entspannung reden, sondern vielleicht von dem Versuch einer verminderten Spannung. Ich bin aber der Auffassung, daß wir auch hier bereits Zeuge der Tatsache sind, wie sehr kommunistische Propagandaformeln mehr und mehr von uns aufgenommen werden, indem wir nur ein wenig ihren Inhalt verändern, indem sie hier weiterhin mitgeteilt werden. Wir sind uns dabei nicht im Klaren, daß, wenn wir ständig von Entspannung reden, obwohl wir in unserem deutschen Problem nichts davon entdecken können, wir bereits eine sowjetische Formel übernommen haben.

Meine Damen und Herren! Dürfen wir wieder daran erinnern, daß die Grundzüge der sowjetischen Deutschlandpolitik – ich würde sehr interessiert sein, ob ein einziger hier im Saale ist, der mit konkreten Nachweisen das Gegenteil beweisen kann – sich im Grunde genommen nicht nur nicht verändern, sondern in einer geradezu alarmierenden Form verhärtet und verschärft haben. Wir haben seit November 1958 eine immer massiver werdende Kampagne, und ich darf daran erinnern, was wir seit Beginn dieses Jahres erlebten. Erstens die Mitteilung, daß man einen Handelsvertrag mit Deutschland nicht zu erneuern wünsche, wobei wir im übrigen nicht Mitteilungen von denen bekommen haben, die immer sagten, es sei außerordentlich notwendig, mit der Sowjetunion Handel zu treiben. Sie haben sich dagegen nicht gewandt. Zweitens, die Behauptung, daß wir im Geheimen auch ohne unsere westlichen Verbündeten eine Raketenaufrüstung trieben. Drittens: am 27. Februar ein außerordentlich scharfer und rüder Angriff und – wie ich hier sagen darf, ein in vielerlei Hinsicht gefälschter Angriff gegen

die Bundeswehr und ihren neuen Generalinspekteur Trettner, und vier-
tens dieser Angriff von TASS. Daß dies alles, meine Damen und
Herren, gleichzeitig verquickt wird mit einer ständigen weiteren Propa-
gandaoffensive gegen die führenden Persönlichkeiten der Bundes-
republik Deutschland, gegen alle, die hier eine Verantwortung tragen,
daß es weiterhin verbunden wird mit einer Neuauflage des Rapacki-
planes, der von Herrn Rapacki selbst als Gomulka-plan bezeichnet
worden ist, müßte uns eigentlich nicht – wie es leider hin und wieder
geschieht – irritieren, sondern zwingen, eine deutlichere und klarere
gemeinsame Haltung einzunehmen.

Darf ich aber in diesem Zusammenhange – ich bitte mir das nicht
übelzunehmen – einige Bemerkungen machen über Äußerungen führen-
der Politiker der Freien Demokratischen Partei in der letzten Zeit;
denn schließlich sind die Freien Demokraten und wir in einer Regie-
rungskoalition zusammen: Ich meine, es geht nicht an, meine verehr-
ten Freunde, daß auf die Dauer in unserer Koalition eine betonte
Opposition getrieben wird. Ich denke zum Beispiel an die Äußerungen
des Herrn Rademacher, der in Ostberlin an einem Festbankett, das
Ulbricht ausgehalten hat, teilnahm, an Äußerungen, die Herr Dr. Dehler
landauf, landab verkündet, und an die unerhörte Übernahme kom-
munistischer Thesen durch Herrn Kohut, zum Beispiel es sei einfach
eine Realität, nach der man sich richten müsse, daß es zwei deutsche
Staaten gebe. Wir müssen mit aller Schärfe gegen diese Äußerungen
angehen.

Meine Damen und Herren! Ich darf der Kürze der Zeit wegen hier
abbrechen, aber noch einige Schlußbemerkungen machen: Weil immer
wieder davon gesprochen wird – wenn Sie sich bitte erinnern, beim
letzten Parteitag in Dortmund war das im gleichen Arbeitskreise eben-
falls der Fall –, man sollte von den vorgefundenen Realitäten aus-
gehen, so bin ich nicht der Auffassung, daß dies die einzige Begrün-
dung politischen Handelns ist. Ich denke vielmehr, es sollte eigentlich
unsere Aufgabe sein, einen politischen Willen zu aktivieren, um die
vorgefundenen und die vorhandenen Realitäten durch neue und bessere
Realitäten zu ersetzen. Politiker und eine Politik, die nur bereit wäre
– und es wird das hin und wieder auch in unserem Lande vorge-
schlagen –, sich nur nach vorhandenen Realitäten auszurichten und
nicht den eigenen politischen Willen und den politischen Wunsch
haben, neue Realitäten zu entwickeln, sind meiner Auffassung nach
nicht in der Lage, die deutsche Situation aus den vielfältigen Gefähr-
dungen, in die sie hineingekommen ist, herauszuführen.

Aus diesem Grunde möchte ich wünschen und bitten, daß wir von die-
sem Parteitag mit dem Bewußtsein nach Hause gehen können, wie
wichtig es sei, eine stabile und eine in der Kontinuität sichtbar und
klar weitergeführte deutsche Außenpolitik zu haben, daß diese Christ-
lich Demokratische Union über das entsprechende geistige, aber auch
über das politische Instrumentarium verfügt, um das durchzusetzen,
weil ich glaube, meine Damen und Herren, daß es nicht nur im Jahre
1965 bei der kommenden Bundestagswahl darauf ankommen wird,

sondern bereits heute und morgen. Die Frage also ist nicht eine Frage der Zukunft, sondern eine Frage der Gegenwart, damit uns die Zukunft nicht aus der Hand gleitet.

Danke schön!

(Lebhafter Beifall.)

Prof. D. FURLER, MdB:

Es spricht jetzt Herr von Guttenberg.

Frhr. v. und zu GUTTENBERG, MdB:

Meine Damen! Meine Herren! Als Mitglied der CSU weiß ich nicht, ob Sie mir die Anrede gestatten: „meine lieben Parteifreunde!“

(Heiterkeit.)

Ich würde diese Anrede sonst gerne wählen. Ich danke jedenfalls für die Gelegenheit, hier als Gast aus dem tiefen Süden, aber gleichzeitig als ein Mitglied der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU zur deutschen Außenpolitik sprechen zu dürfen, die bisher von beiden christlichen Parteien in der Bundesrepublik gemeinsam getragen wurde.

Der Landesvorsitzende der CSU, Franz-Josef Strauß, ist heute in München. Er hat dort dem Landesvorstand der CSU vorzusitzen und hat mir den Auftrag gegeben, an dieser Diskussion für die CSU teilzunehmen. Erlauben Sie mir daher am Anfang, Ihnen etwas zu der Frage zu sagen, welches das Selbstverständnis der CSU auf dem Gebiete der Außenpolitik ist.

Meine lieben Freunde! Es gab weder noch gibt es den Ehrgeiz der CSU, eine eigene Außenpolitik im Rahmen der CDU/CSU zu vertreten. Hingegen waren und sind wir der Meinung, daß es einen Beitrag der CSU zur gemeinsamen Meinungsbildung der Gesamtfraktion gegeben hat und weiterhin geben muß. Wenn man sich den Standort der Christlich Sozialen Union in diesem Gespräch um die deutsche Außenpolitik im Rahmen der Gesamtfraktion betrachtet, dann, so meine ich, kann man für Vergangenheit und Gegenwart sagen, daß diese CSU mit ihren außenpolitischen Auffassungen ganz genau in der Mitte der Politik zu finden war und zu finden ist, die CDU und CSU bisher gemeinsam geführt haben und selbstverständlich weiterführen sollen. Ich möchte meinen, daß man dies erkennt, wenn man sich die Beiträge der Sprecher der CSU zur gemeinsamen Außenpolitik in der Vergangenheit noch einmal vor Augen führt.

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir haben heute allen Anlaß, uns um diese alte Mitte und die alten Fahnen der CDU/CSU-Außenpolitik zu scharen. Ich würde sagen, daß wir hierfür drei Gründe haben. Erstens ist es wohl der Grund, daß es einfach nicht wahr ist, was da viele Menschen heute in Deutschland sagen, daß nämlich die Entwicklung der Weltpolitik eine Neuorientierung der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Außenpolitik verlange. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die Entwicklung der Weltpolitik, die wir erlebt haben und die wir in diesen Tagen erleben, für uns als Christliche Demo-

kraten und Christlich Soziale eine Bestätigung der Grunderkenntnisse und der Grundlinien unserer bisherigen Politik bedeutet.

Zum zweiten, meine Damen und Herren! Ich fürchte, daß wir schon deshalb uns – wie ich sagte – um diese alten Fahnen zu scharen haben, weil die härteste Bewährungsprobe der christlich-demokratischen Außenpolitik wohl noch vor uns steht. Wir haben durch lange Jahre hindurch mit viel Energie, Überredungskunst und Tatkraft unserer Politik in Deutschland die Kategorie der Selbstverständlichkeit verliehen. Wir haben uns durchgesetzt; aber, meine Damen und Herren, ich fürchte, daß es noch viel mehr Überredungskunst und noch viel mehr Stehvermögen für unsere Politik in den kommenden Monaten und Jahren bedarf,

(Sehr richtig!)

um uns auf internationalem Felde mit unserer Politik zu behaupten.

Und ein drittes, meine Damen und Herren! Wir stehen ein Jahr vor der Bundestagswahl. Es ist zwar gesagt worden, es sei schon viel an diesem Parteitag über die Passierscheinfrage gesprochen. Ich möchte mich daher in diesem Punkte kurzfassen; aber ich möchte doch die Frage stellen: Ist es richtig, daß wir besonders mit Blick auf die Entwicklung in der Passierscheinfrage in Berlin uns die Frage stellen müssen, ob wir wirklich davon ausgehen können, daß wir überall in der politischen Diskussion in Deutschland den Vorrang staatspolitischer Einsicht vor parteipolitischer Effekthascherei erwarten können? Ich halte es für eine böse Unterstellung der Sozialdemokraten, wenn immer gesagt wird, die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union seien deshalb in der Passierscheinfrage zurückhaltender, besorgter und bedenkllicher, weil sie – so wird gesagt – den Sozialdemokraten die Popularität nicht gönnten. Aber, meine Damen und Herren, dies ist nicht nur – wie ich meine – eine böse Unterstellung, ich halte das außerdem für einen argen Denkfehler. Wer ist denn in der Versuchung, sich aus parteipolitischen Rücksichten vielleicht einer populären Politik zu verschreiben, die staatspolitischer Einsicht widerspricht, wer ist in dieser Versuchung, wer, meine Damen und Herren? – Wer ist in der Versuchung, eine falsche Politik der Popularität halber zu betreiben? Etwa die CDU, die sich aus staatspolitischer Einsicht versagt, einer solchen billigen Popularität nachzujagen oder jene anderen, die heute schon wieder von „versäumten Gelegenheiten“ sprechen und auf diese Weise möglicherweise eine neue Legende produzieren?

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten uns angesichts dieser Lage darüber klar sein, daß die Erfolge der christlich-demokratischen und der christlich-sozialen Außenpolitik bisher – im Grunde genommen – darauf beruhten, daß es uns gelungen ist, durch eine klare, gradlinige und profilierte Politik die Wähler in ihrer Mehrheit davon zu überzeugen, daß sie bei uns gut aufgehoben sind. Daher meine ich, es sollte auch ein solcher Parteitag dazu dienen, den Kontrast sichtbar zu machen, der nach meiner Auffassung auf diesem Felde auch heute noch zwischen der regierenden Partei und der Opposition besteht.

Mit anderen Worten: Ich meine, daß wir nach wie vor unsere Politik in deutlichen Worten beschreiben, mit eindeutigen Konturen versehen und in einem geraden Kurs verfolgen müssen, während es uns nicht schwerfallen sollte, der Opposition nachzuweisen, daß das, was man dort unter deutscher Außenpolitik versteht, im Grunde ein verwaschenes Sowohl-als-auch ist.

Ich darf Ihnen hier kurz einige Beispiele nennen; das eine Beispiel habe ich bereits berührt: die Frage der Passierscheingespräche. Meine Damen und Herren! Hier ist es eben so, daß die SPD zwar im ersten Satze durch ihre Sprecher – vor allem Brandt und Wehner – sagt, die Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung sei eine Selbstverständlichkeit, im zweiten Satze aber deutet sie mindestens an: Wenn es nach ihr ginge, dann könnten die Dinge doch anders vor sich gehen.

Und ein zweites: Wir hören auch von der Sozialdemokratie, sie sei gegen die Anerkennung Pankows; aber dann hören wir immer wieder im nächsten Satz, man müsse doch versuchen, der Fessel Hallstein-Doktrin langsam ledig zu werden.

Ein drittes Beispiel solcher Sowohl-als-auch-Politik, die wir alle Tage in der Diskussion mit der SPD erfahren können: Man sagt uns einerseits, selbstverständlich sei man, wie auch die CDU, für die Freundschaft mit Frankreich; aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig wird doch von der SPD versucht, die gegenwärtige französische Regierung herabzusetzen, wo immer es möglich ist; man hat den Eindruck, daß man hier offenbar eine theoretische Freundschaft zu einem theoretischen Frankreich verkündet, während man andererseits konkrete Distanz zum konkreten Frankreich propagiert.

Wenn man sich alles dies ansieht, dann, meine Damen und Herren, wundert man sich nicht, wenn die neueste Erfindung einer – ich möchte einmal sagen – pseudo-intellektuellen Schwarz-Weiß-Malerei jene von der „gespaltenen CDU/CSU“ ist, jener CDU/CSU, in der es eine Gruppe der Atlantiker und eine Gruppe der Gaullisten gäbe.

Meine Damen und Herren, ich sage Schwarz-Weiß-Maler, und ich sage pseudo-intellektuelle Schwarz-Weiß-Malerei. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang sagen, daß auch diese Erfahrung mir wieder einmal klargemacht hat, daß es tatsächlich nicht nur einen ethymologischen, sondern darüber hinaus einen faktischen Unterschied zwischen Intelligenten und Intellektuellen gibt.

(Heiterkeit. – Lebhafter Beifall.)

Es scheint zwar so zu sein, daß offenbar alle Intelligenten sich zu den Intellektuellen rechnen dürfen; aber ob alle Intellektuellen, meine Damen und Herren, sich auch zu den Intelligenten rechnen sollten, das ist die zweite Frage!

(Heiterkeit.)

Ich habe manchmal, wenn ich derartige – ich wiederhole – Schwarz-Weiß-Malerei sehe, den Eindruck, daß man unter Intellektualität sehr

oft nur die Fähigkeit versteht, eigene Vorurteile und Ressentiments in flüssiges Deutsch zu kleiden.

(Erneute Heiterkeit.)

Ich meine, meine Damen und Herren, jene, die uns diese Vorwürfe machen, sollten zur Kenntnis nehmen, daß keiner in der christlich-demokratischen und in der christlich-sozialen Union so töricht, so verantwortungslos oder so undankbar ist, etwa zu glauben, er könnte den einen Freund dem anderen vorziehen oder gar den einen Freund durch den anderen auswechseln. Demgegenüber haben wir zu sagen, daß es eine uralte Erkenntnis der christlich-demokratischen und der christlich-sozialen Außenpolitik ist, der wir nichts hinwegzunehmen und der wir nichts hinzuzusetzen haben, daß es eine eigene deutsche Politik selbstverständlich erst dann und nur dann geben kann, wenn der große westliche Rahmen für diese Außenpolitik vorher gebildet wurde, jener Rahmen, dessen Festpunkte nach unserer Meinung für das freie Deutschland in Europa Frankreich und für Europa Amerika sind. Daher, meine Damen und Herren, meine ich, daß man zur Kenntnis nehmen sollte, daß sich die beiden christlichen Parteien in Deutschland nicht einladen lassen, an jenem geradezu grotesken Wettbewerb teilzunehmen, wer da in Deutschland am begeistertsten über die Politik Washingtons, am kritischsten über die Politik der Franzosen und am entspannungswilligsten über Moskau reden könne.

(Sehr gut! – Lebhafter Beifall.)

Bei uns, meine Damen und Herren, gibt es weder Atlantiker, die da blindlings jedem Vorschlag Washingtons folgen, noch etwa Gaullisten, die da blindlings glaubten, es sei alles schon ein Evangelium, was man in Paris sage. Meine Damen und Herren! Wir wählen weder zwischen Freunden noch aber auch zwischen Konzeptionen anderer. Wir – so meine ich – bleiben bei unserer eigenen alten bewährten Konzeption, bei unserem eigenen alten Konzept.

Unsere Politik muß darin bestehen, daß wir uns nicht von vergänglichen Modeworten irremachen oder leiten lassen, sondern daß jeweils anstehende Probleme daraufhin zu prüfen sind, ob sie unserer Sache nützen oder schaden.

Wenn wir erkannt haben, wo unser Nutzen liegt, dann sollte unsere Politik darin bestehen, beharrlich um Freunde und Unterstützung für nützliche Dinge Umschau zu halten.

Vielen Dank.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Das Wort hat Herr von Merkatz.

von MERKATZ, MdB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Zusammenkunft wie diese ist eigentlich mehr dafür da, daß die Parteimitglieder aus dem Lande sprechen und daß wir Bundestagsabgeordnete uns ihre Meinungen anhören. Ich bitte, es trotzdem nicht als eine Unbescheiden-

heit zu werten, daß ich als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses nun nach unserem Freunde Guttenberg noch das Wort nehme.

Die klügste Außenpolitik und alles das, was man sich ausdenken mag und was man in der Nutzung einer Situation, die plötzlich kommen kann, außenpolitisch bewirkt, hat nur dann Durchschlagskraft, wenn es von einem klaren Bewußtsein der Partei, die die Aufgabe hat, die Willensbildung des Volkes zu beeinflussen, getragen wird. Darin liegt die ganze Kraft. Insofern bedarf es wirklich der intensiven Diskussion und des Meinungsaustausches, aber mit dem Ziel, nicht nur kluge Dinge und Gags von sich zu geben, sondern mit dem Ziel, wirklich einen Bewußtseinsinhalt zu schaffen. Dann wird es glaubwürdig, und vor allen Dingen glaubwürdig nach draußen.

Ich möchte hier folgende These vertreten – es ist die alte These der CDU, die sich bewährt hat –: daß die wirksamste und einzig mögliche Politik zur Wiedererlangung der Einheit unseres Landes in Freiheit, also durch Selbstbestimmung – daß das Mittel dazu ein vereinigtes Europa ist.

(Beifall.)

Ausschließlich. Denn das vereinte Europa ist zugleich der Schlüssel dafür, daß die NATO wieder in Ordnung kommt. Wenn diese Einigkeit, diese Aktionseinheit Europas geschaffen ist, dann – allerdings – ist eine neue Gewichtsverteilung in der Welt vorhanden.

Erstens: Ich möchte vor einem warnen: Ich behaupte – da mag man mir widersprechen –, daß die Situation für uns gerade durch die sowjetrussischen Schwierigkeiten, sowohl wirtschaftlicher als auch ideologischer Art, nicht etwa erleichtert, sondern in Wahrheit erschwert worden ist, weil einmal der ideologische Streit zunächst nur ein ideologischer Streit ist; er ist weit davon entfernt, sich machtpolitisch in einen Polyzentrismus bereits auszuzahlen. Diejenigen Leute, die da glauben, eilig diese Situation ausnützen zu können, bringen nur machtpolitisch den Ostblock wieder richtig zusammen.

Zweitens: Der ideologische Streit und auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten – wir wissen, was eine Diktatur ist – behindern die Bewegungsfreiheit auch der Sowjetunion. Das ist keineswegs ein vorteilhafter Punkt für uns. Infolgedessen bedarf es einer sehr genauen Beobachtung; und da, wo wir handeln können, ist augenblicklich nach meiner Auffassung ausschließlich Europa. Hier kommen weitere Schwierigkeiten, um die wir nicht herumspielen dürfen. Die kleineren Staaten Europas wünschen zum Schutze ihrer Eigenexistenz ein Konzept der europäischen Aktionseinheit auf der Grundlage der Integration.

(Sehr richtig!)

Das ist ein Schutz für die kleineren Staaten, und wir kommen über Benelux in diesem Punkt nicht leicht hinweg. Für die kleineren Staaten ist ein supranationales Europa ein gewisser Schutz. Sie nehmen nur dann einen solchen auf der Grundlage – ich will sagen – des französischen Konzepts, das heißt durch institutionalisierte Konsultationen mit dem Ziel der Kooperation der Regierung, wenn Großbritannien dabei

ist; denn es ist eine alte – ich möchte sagen – europäische Tradition des 19. Jahrhunderts, daß die kleineren Staaten Europas – ich spreche hier ganz offen – in England gewissermaßen ihren Beschützer sehen. Das hat sich sehr festgesetzt, und über diese Grundvorstellung der Mächtekonzepcion des 19. Jahrhunderts sind wir in Wahrheit, meine Damen und Herren, immer noch nicht hinaus. Hier ist aber alles blockiert bis zu den englischen Wahlen. Die Engländer haben zwar gesagt, was sie wollen; aber es ist blockiert, bis die Wahlen in England die Entscheidung gebracht haben. Dann stehen wir vor einer neuen Lage.

Das muß in aller Offenheit gesehen werden, was nicht bedeutet, daß wir Deutschen, die wir ein sehr starkes auch Eigeninteresse haben, im Interesse der Wiederherstellung der Einheit unseres Staates, im Interesse der Änderung der Gewichte zwischen Ost und West, daß dieses Europa zustandekommt, daß wir dahinterbleiben, wie es in den Reden unserer führenden Persönlichkeiten zum Ausdruck gekommen ist. Einem möchte ich widersprechen: Es wird immer gesagt, am Veto Frankreichs oder de Gaulles sei damals der Eintritt Englands in die EWG gescheitert. Das entspricht nicht den Tatsachen!

(Sehr richtig!)

Die Politik Frankreichs zielt darauf hinaus, daß die Sechsergemeinschaft erst einmal Kontur bekommen sollte, denn die hatte sie im Januar nicht. Dazu gehört die Landwirtschaftspolitik, dazu gehört die gemeinsame Politik bei der Kennedy-Runde usw. In diesen Punkten muß meiner Ansicht nach vorangegangen werden. Es hat keinen großen Sinn, an den institutionellen und an Verfassungsfragen herumzubasteln. Aber eines muß festgehalten werden: Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet noch nicht eine politische Aktionseinheit. Hier müssen selbständig neue Wege gegangen werden, und hier bin ich allerdings der Auffassung, daß man nicht den Sprung in die volle Integration, in die Supranationalität, schon gleich hineinmachen kann, sondern daß man durchaus auf das realistische Konzept der französischen Außenpolitik eingehen soll bei Wahrung aller unserer eigenen Gesichtspunkte.

Es ist ein Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich will sowohl in der Europapolitik als auch in der Politik der atlantischen Gemeinschaft einen eigenen Weg gehen. Frankreich ist nicht gegen die Zusammenarbeit in der NATO. Auch das ist eine Lüge. Aber es will im letzten in den Fragen der Verteidigung in der höchsten Not seine eigene Entscheidung fällen. Frankreich treibt – das muß man sehen – eine aus dem nationalen Bedürfnis heraus getragene eigene Politik, und genau dies kann Deutschland im gespaltenen Zustand nicht. Darin liegt ein sehr tiefer Unterschied, der in der praktischen Politik und in der Verständigung mit unseren französischen Freunden und in der Verständigung auch mit Amerika ganz erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Meine Damen und Herren! Wenn man von Realpolitik spricht, dann ist das meistens synonym mit einer etwas defätistischen oder pessimisti-

schen Anschauung, weil alle Realitäten in dieser Welt natürlich nicht rosig sind. Aber das ist wohl die große politische Aufgabe, den Mut und die Kraft zu haben, ungeachtet des Windes, der einem ins Gesicht steht, dennoch an seinen Zielen festzuhalten und das Unmögliche eben möglich zu machen. In dieser Situation stehen wir drin.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Das Wort hat nun Herr Ortman, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union.

ORTMANN, Junge Union:

Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Professor von Merkatz außerordentlich dankbar für die klare Herausarbeitung der Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Politik.

Ich meine, wir haben in diesen Tagen verschiedentlich Anlaß gehabt, uns zu fragen: Wie ist eigentlich unsere Position angesichts der verschiedenen Angriffe der Sozialdemokraten, und können wir Antworten, die gegeben worden sind in dieser Richtung, wirklich ganz akzeptieren? Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir – obwohl der frühere Bundeskanzler, Herr Dr. Adenauer, nicht hier ist –, doch einen Passus aus seiner Rede vom Sonntag hier vorzulesen, der mich persönlich getroffen hat. Ich meine damit die Stelle, wo er sagt, es hat wohl des ganzen Einflusses einer Persönlichkeit, wie der Staatspräsident de Gaulle sie darstellt, bedurft, um eine solche allgemeine Zustimmung zu dem deutsch-französischen Vertrag in der französischen öffentlichen Meinung herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Mich hat dieser Satz getroffen! Ich weiß, aus welcher Situation heraus der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer diesen Satz gesagt hat. Eben im Gegensatz zu der Hetze, die in letzter Zeit von sozialdemokratischer Seite kommt. Aber, meine Damen und Herren, ich wehre mich dagegen, daß wir hier den Eindruck entstehen lassen, als ob etwa die Freunde von der MRP von Herrn de Gaulle für die deutsch-französische Freundschaft gewonnen werden müßten. Meine Damen und Herren! Ich würde das hier nicht erwähnt haben, vor allen Dingen deshalb nicht, weil der verehrte frühere Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer diesen Satz gesagt hat, wenn ich nicht wüßte, daß wir von unseren französischen Freunden in dieser Richtung angesprochen werden. Ich meine, wir sollten uns nicht von den Sozialdemokraten jetzt in die andere Richtung drängen lassen, daß wir jetzt hier unsere Position, die Herr Professor von Merkatz hier so klar aufgezeigt hat, nicht mit ebensolcher Klarheit darlegen wie wir das früher getan haben. Ich bin dafür außerordentlich dankbar, daß Herr Professor von Merkatz gesagt hat: Wir haben in der europäischen Politik die Position der europäischen Integrationspolitik und die französische Politik unter Präsident de Gaulle hat sie nicht, sie ist stärker auf den nationalen Interessen aufgebaut; stärker – ich sage sehr betont auf nationaler Macht und Größe als wir. Da gibt es Unterschiede, die

wir sehen müssen. Ich meine, es wäre ehrlicher, wenn wir sagten: Wir wollen die deutsch-französische Freundschaft, auch wenn wir hier in bestimmten Fragen unterschiedlicher Meinung sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Es spricht jetzt der Herr Bundesaußenminister Dr. Schröder.

Bundesminister des Auswärtigen Dr. SCHRÖDER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sind ja hier ein enger Kreis

(Heiterkeit.)

– wir sind wirklich ein enger Kreis –, und wir haben es deshalb nicht nötig, zu deklamieren. Deshalb möchte ich auch möglichst ruhig und sachlich über ein paar Punkte sprechen.

Wir haben auf dem Parteitag vier Referate gehört. In den vier Referaten waren längere Betrachtungen zur auswärtigen Politik enthalten; in dem einen Referat war es nur ein kleiner Abschnitt. Ich meine, es müssen schon sehr differenzierte Kenner auftreten, um sagen zu können, ob in diesen vier Stimmen etwas Verschiedenes lag. Ich meine, wir können für den Zweck unserer Diskussion davon ausgehen, daß in diesen vier Referaten wirklich niedergelegt und zum Festhalten gesagt ist, was unsere außenpolitische Orientierung und unsere außenpolitische Analyse und welches der Weg ist, den wir teils gegangen sind und teils zu gehen vorhaben.

Ich sage das deswegen, weil in der letzten Zeit gelegentlich darüber gesprochen worden ist, ob wir etwa eine neue Außenpolitik hätten. So sagen die einen, da sei eine neue Außenpolitik, die anderen sagen, es sei die alte bewährte Außenpolitik, und es muß bewiesen werden, daß es eine alte bewährte Außenpolitik war. Meine Damen und Herren! Das ist ein wenig ein nutzloser Streit; denn hier muß von den Dingen gesprochen werden, um die es sich wirklich handelt und nicht so sehr über reine Bewertungsfragen dieser Art. Aber da die Diskussion ein bißchen so steht – weniger hier auf diesem Parteitag als draußen –, möchte ich dazu ganz klar folgendes sagen: Es gilt hier ungefähr daselbe, was ich vorhin für die Referate gesagt habe und im Blick auf die letzten Regierungserklärungen; die sind in diesem Punkte ausführlicher. Diese Session, diese Legislaturperiode, hat ein wenig mehr Regierungserklärungen gebracht, als wir das sonst hatten.

(Heiterkeit.)

Aber wenn Sie das Jahr 1961 sehen, das Jahr 1962 und das Jahr 1963 und auch das, was Bundeskanzler Erhard im Januar dieses Jahres im Bundestag gesagt hat, dann muß man schon ein sehr genauer Kenner von Details sein, um sagen zu können: hier ist eine Stelle, da ist etwas, was sie nicht immer gemacht haben, da sitzt irgend etwas. Nun gut: vielleicht tritt ein solcher Kenner auf, dann wollen wir das ein wenig diskutieren. Zunächst möchte ich einmal einen Kronzeugen für das Ge-

genteil zitieren: das ist die TASS-Erklärung. Dieser Kronzeuge war nicht bestellt, das nimmt hoffentlich niemand an.

(Heiterkeit.)

Es war auch nicht so, daß ein besonders verräterisches Subjekt etwa den Sowjets sozusagen ein Vorexemplar oder ein Vorausexemplar des *Tätigkeitsberichts der Bundesregierung* gegeben hat.

Ich bin Herrn Marx dafür dankbar, daß er geschildert hat, das fiel nicht in meine Verantwortung. Herr Marx, das könnte immer noch sein. Es könnte immer noch sein, daß sozusagen nur der außenpolitische Teil isoliert gemeint ist. Das wäre doch denkbar. Aber die Sowjets, in diesem Punkte auf etwas Propaganda bedacht und etwas primitiv, konnten sich in der Tat auf eine Sache stützen, die veröffentlicht ist. Es gibt so eine Art *Leistungsbericht der Bundesregierung*; der läuft immer etwas voraus. Diesen Bericht haben viele von Ihnen gesehen. Wenn man polemisieren will gegen die Politik der Bundesregierung, dann braucht man nur diesen Vorausbericht zu nehmen. Herr Marx hat schon gesagt, wirklich zitieren konnten die Sowjets nichts, bis auf die Verteidigung. Sie sagten, Verteidigung sei noch viel schlimmer; da steht es genau drin. In dem die Außenpolitik betreffenden Teil ist es vielleicht noch nicht ganz so sichtbar und ganz so schlimm. Diese TASS-Erklärung – ich will sie nun nicht weiter als Kronzeugen verwenden – zeigt doch mehr; sie zeigt einmal – das ist eine Sache, die ich hier einen Augenblick länger behandeln möchte –, meine verehrten Damen und Herren, daß der internationale, diplomatische, politische, psychologische Kampf um das Selbstbestimmungsrecht in ein Stadium getreten ist, in dem es die Sowjetunion für ganz gut hielt, ihre negative Haltung in dieser Beziehung ein bißchen zu formulieren. Ich will es jetzt nicht vorlesen; Sie können es selbst nachlesen. Ich will es nur dem Gedanken nach wiedergeben. Die Sowjets sagen Selbstbestimmung – ein sehr populäres Prinzip, sehr geeignet für Staaten, die sich unter kolonialer Fremdherrschaft befinden; da habt ihr im übrigen abseits gestanden, als sich diese Staaten erhoben haben, und dann steht ihr ein wenig abseits mit Portugal, wie das darin angedeutet wird; aber das, was in Deutschland passierte, ist eine soziale Revolution gewesen, und diese soziale Revolution ist sozusagen der allererste Ausdruck von Selbstbestimmungsrecht, und zwar der richtigen Leute, nicht einer herrschenden Klasse, die die anderen manipuliert, sondern der Arbeiterschaft selbst! Das wird darin ausgeführt; hier wird gegenübergestellt nationale Selbstbestimmung, die in den soeben genannten Fällen Anwendung findet, und soziale Selbstbestimmung, das ist das, was in Deutschland geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Soviel zu TASS und soviel zu dem Kronzeugen dafür, daß sich sowohl die Argumente wie die Ziele der deutschen auswärtigen Politik nicht geändert haben. Trotzdem müßte man aber einmal die Frage stellen – ich sage das auch, weil all diese Ausdrücke in der Luft sind –: Es wird eine Menge davon gesprochen und kritisch überlegt, ob man überhaupt das, was wir politisch betreiben, in einen großen Begriff fassen kann. Dann wird von der „Politik der

Bewegung“ gesprochen. Darüber ist gerade etwas gesagt worden, darüber ist heute morgen gesprochen worden, und darüber ist auch gestern etwas gesagt worden. Dann entsteht ein Mißverständnis, nämlich ein Mißverständnis, als ob man etwa alles, was in Deutschland geschehe, unter einen solchen Begriff zusammenfassen könnte. Das ist natürlich ein vollendeter Unsinn. Heute morgen ist – es steht in der Rede des Bundeskanzlers sehr klar drin – gesagt worden „Politik der Bewegung“ als ein Selbstziel und Selbstzweck, das könne wohl kaum in Frage kommen, genauso wenig wie als Selbstziel und Selbstzweck eine Politik der Beharrung in Frage kommen könnte; denn es gibt Dinge – im Grunde sind es Selbstverständlichkeiten; ich erwähne sie deswegen, weil sie tatsächlich öffentlich ein bißchen in den Streit gekommen sind –, bei denen die Beharrung eine absolute Notwendigkeit darstellt. Das sind gewisse unverzichtbare Ziele, die wir haben, und es kann in dieser Beziehung nichts anderes geben als das Beharren auf diesem Ziel. Und es gibt Situationen, in denen die Möglichkeit besteht, bestimmte Dinge zu tun, und das sind Situationen, in denen man sich wahrscheinlich bewegen muß und hoffentlich bewegt wird, und an ein paar Stellen haben wir uns ein bißchen bewegt. So viel zu diesem an sich etwas unfruchtbaren Streit.

Es ist das Wort „Entspannung“ gefallen. Das Wort Entspannung – ich weiß nicht, ob Sie Herr v. Guttenberg es gesagt haben – ist dargestellt worden als eine Art sowjetische Erfindung. Ich weiß nicht, ob es eine sowjetische Erfindung ist. Jedenfalls steht das Wort Entspannung – ich habe das neulich schon einmal im Bundestag gesagt – bereits in einer Regierungserklärung von 1953. 1953 steht bereits in der Zusammenfassung einer Regierungserklärung, daß wir eine Politik der Entspannung betreiben müßten. Das schließt nicht aus, daß es eine sowjetische Erfindung war, aber es ist ein Ausdruck, der sich dort schon lange befindet. Ich finde, daß man lieber davon absehen sollte, den Versuch zu machen, in irgendeiner Art von Schlagworten eine sehr komplizierte Situation einfangen zu wollen. Das ist einfach unmöglich. Aber nun nähern wir uns einmal konkret den Fragen, vor denen wir stehen: der Bundeskanzler hat in den ersten fünf Monaten sieben Reisen unternommen; zwei nach Paris, zwei in die Vereinigten Staaten, eine nach Großbritannien, eine nach Italien und eine nach Den Haag. Diese Reisen haben einem doppelten Zweck gedient, einmal dem Zweck, die Linie der deutschen Politik sozusagen auch durch persönliche Anwesenheit zu verdeutlichen, und die Reisen haben dem Zweck gedient, festzustellen, wie weit man wenigstens in einer Frage, an der uns allen sehr liegt, nämlich in der europäischen Frage, Fortschritte erzielen kann.

Es ist gefragt worden, ob wir eine Politik betreiben, die uns etwa in die Lage gebracht hätte, auf England zu warten. Es sind eine Reihe von Aufsätzen darüber geschrieben worden: „auf England warten“.

Meine Damen und Herren! Ich will weder auf den einen noch auf den anderen warten wollen; wir müssen die Fakten sehen, mit denen wir es zu tun haben. Wie sind diese Fakten? – Herr von Merkatz hat ein

wenig sehr wohlwollend das Veto vom Januar 1963 bewertet. Ich will dieses Veto nun nicht neu bewerten; es liegt hinter uns. Wir wollen uns mehr mit dem beschäftigen, was jetzt vor uns liegt und mit der Lage, in der wir stehen. Da ist folgendes ganz klar: Es ist ganz klar, daß vor allem die Italiener und die Niederländer erklärt haben, sie seien nicht bereit, zu einer Diskussion über die politische Union zusammenzukommen ohne Großbritannien. Das muß man als einen ganz klaren Tatbestand sehen. An diesem Tatbestand ändert sich nichts, wenn wir noch so großartige Erklärungen abgeben, es sei unsere Aufgabe, das Unmögliche möglich zu machen und wie jene stolzen Erklärungen alle heißen. Dies ist eine Situation, mit der wir uns einmal beschäftigen müssen, nicht um sie einfach hinzunehmen, sondern um uns zu überlegen: wie verhalten wir uns in dieser Lage? –

Ich meine, dafür gilt folgendes: Wir werden einen neuen Versuch machen müssen. Bevor wir den neuen Versuch machen, müssen wir folgendes tun: Wir müssen das tun, woran wir sind, einen konsequenten weiteren Ausbau der EWG vorzunehmen. Dafür haben wir selbst ein Aktionsprogramm entwickelt; hier sind wir bereits – ich wiederhole – ein gutes Stück weit gekommen, das wird ein gutes Stück weiter gehen. Wir haben einen der allerschwierigsten Schritte bereits im Dezember getan, wir haben ein großes Stück Fortschritt in Richtung Agrarpolitik gemacht; dabei bleibt aber noch manches, und vor allen Dingen bleibt die Frage, die ich hier nicht weiter behandeln will, des Getreidepreises. Das ist natürlich eine Frage, die eigentlich im Grunde im Dezember vergangenen Jahres ungelöst geblieben ist. Aber es ging ein Stück voran. Das Problem der Zusammenlegung der Exekutiven ist eine Sache, die marschiert. Ob es nachher neun oder 14 Mitglieder der Kommission sind, das ist keine besonders interessante Sache. Das Europäische Parlament wird – das ist meine Voraussage – in seinen Befugnissen verstärkt werden. Wie schnell es zu unmittelbaren Wahlen kommen wird, das bleibt offen. Die Italiener haben einen Vorstoß in dieser Richtung unternommen, der aber einstweilen wenig Gegenliebe, vor allem in Frankreich, gefunden hat. Wir selbst sind bereit, hier ein ganz gutes Stück mitzugehen. Das ist das eine.

Das zweite ist – und das hängt wiederum in enger Weise mit dem zusammen, was wir innerhalb der EWG getan haben – die Vorbereitung der Kennedy-Runde. Der Bundeskanzler hat heute morgen beschrieben, für wie wichtig er diese Sache hält. Soviel ist, auch im Verhältnis gerade zwischen Frankreich und uns, ganz klar, daß wir diesen weittragenden Schritt im Dezember getan haben im festen Vertrauen darauf, daß wir in der Kennedy-Runde eine außerordentlich intensive Unterstützung erfahren.

Was kann man als drittes tun? – Als drittes kann man kommen – und auch das haben wir angeregt, und das werden wir weiter fortsetzen – zu einer guten Zusammenarbeit zwischen den Staaten der EWG und den EFTA-Staaten. Auf diesem Gebiete besteht zunächst eine konkrete Aufgabe: nach Möglichkeit einen gemeinsamen Standpunkt für die Kennedy-Runde zu erarbeiten. Das wird, wenn das gelingt, dazu

führen, daß der europäische Graben, der hier besteht, mindestens abgeflacht wird. Sie haben gehört, daß während des Besuchs des schwedischen Ministerpräsidenten und des schwedischen Außenministers in Bonn auch die Frage erörtert worden ist, ob man etwa über EWG und EFTA irgendeine Art eines politischen Daches machen könnte. Ich will das nicht im einzelnen konkret untersuchen; aber ich glaube, man muß sehen, daß es hier Möglichkeiten enger Zusammenarbeit gibt, die man wahrnehmen sollte. Obwohl niemand sozusagen theoretisch die Absicht hat, auf England zu warten, ist soviel natürlich klar, daß für die Orientierung von Italienern und Niederländern das Wort einer kommenden britischen Regierung von außerordentlich großer Bedeutung sein wird. Heute hier über die Zusammensetzung einer künftigen britischen Regierung zu spekulieren, wäre müßig; das ist eine Frage, die wir in ein paar Monaten aus den Fakten heraus beantworten können. Dann werden wir sehen, in welcher Lage wir uns dann befinden. Glauben Sie aber bitte nicht, daß das bereits eine Änderung des italienischen oder holländischen Standpunktes zur Folge haben würde. Wir werden also auch dann, selbst wenn wir eine britische Regierung vor uns haben sollten, die ihrerseits intensiv drängen würde – so will ich mich einmal ausdrücken –, vor sehr schwierigen Problemen stehen. Wir bleiben auf jeden Fall an der Frage: wie wird sich Frankreich überhaupt dazu stellen? Das Problem wird nicht einfach dadurch ausgeräumt, daß eine künftige britische Regierung sagt: jawohl, wir würden gerne eine gewisse Beschleunigung sehen. Wenn Sie diese Dinge ein Stückchen weiter durchdenken, dann kommt man möglicherweise an eine Stelle – ich sage „möglicherweise“ –, an der sich die Sechs einigen könnten, abgesehen von der Fortführung der EWG-Integrationsarbeiten, doch zu einem politischen Rahmen zu kommen, der aber dann in einer Weise beschaffen sein müßte, daß er für England, und zwar ohne Vetomöglichkeit irgendeines Beteiligten, offenbleibt. Das mag sich abzeichnen. Ich meine, ohne daß ich die Dinge etwa als einfach bezeichnen möchte, daß wir die Möglichkeit haben werden, tatsächliche Fortschritte in einer solchen Situation zu machen.

Noch ein paar weitere Bemerkungen – ich will jetzt Europa verlassen – in östlicher Richtung: Die Sowjetunion hat ziemlich klar – von Zeit zu Zeit ist das ganz nützlich, weil es vielleicht der eine oder andere vergessen würde – in der TASS-Erklärung dargelegt, was grundsätzlich ihr Deutschland-Konzept ist, und dieses Deutschland-Konzept ist unverändert. Das kann man eigentlich ohne jede Übertreibung sagen. Die Sowjetunion benutzt diese Erklärung gleichzeitig, um eine intensivere Propaganda für die Anerkennung des Pankow-Regimes zu machen, sie glaubt, dabei auf ein paar Dinge hinweisen zu können, wie zum Beispiel Sansibar und dergleichen; aber im Grunde muß sie die Einsicht haben, daß der internationale Fortschritt von Pankow – wenn ich mich einmal so ausdrücken soll – doch außerordentlich gering geblieben ist. Das ist im Grunde die Bewertung, die man dafür finden muß. Das spiegelt eines wider: daß wir mit großer Zähigkeit und großer Ausdauer, mit großer Geduld und mit beträchtlichem Erfolg eine Theorie

verfolgen – ich will statt „Doktrin“ oder einer „Theorie“ sagen, daß wir eine Linie verfolgt haben, die darin bestand, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland für ganz Deutschland in aller Welt soweit wie möglich durchzusetzen. Das ist im Grunde eine selbstverständliche Politik. Meine Damen und Herren! Es wird gelegentlich gesagt: „schafft doch diese Doktrin ab, werft das doch über Bord, das ist doch alles veraltetes Zeug.“ Ich habe eigentlich noch niemand gefunden, der mir auseinandergesetzt hätte, wie eigentlich die Deutschlandpolitik von dem Augenblick an aussehen soll, in dem sich Pankow international etabliert hat oder hätte.

(Sehr richtig! Sehr gut! – Lebhafter Beifall.)

Das muß man einmal auseinandersetzen, wie das eigentlich aussähe! Deshalb muß man diese Dinge genauer durchdenken, als das oft geschieht. Es geschieht doch nichts irgendeiner Theorie oder Doktrin zuliebe, sondern aus einer ganz klaren Erkenntnis: in demselben Maße, in dem Pankow auf der internationalen Szenerie Gewicht erhält oder erhalte, in demselben Maße nähern wir uns einander; in demselben Maße geht natürlich unser Einfluß zurück. Es ist doch ganz evident, daß das das Ergebnis sein müßte. Das bedeutet, daß wir unsere ganze Kraft – sowohl unsere wirtschaftliche Kraft, das sage ich für diejenigen, die manchmal glauben, wir gäben Geld an falschen Stellen aus, als auch unsere ganze politische und unsere ganze diplomatische Kraft – darauf verwenden müssen, zu verhindern, daß Pankow auf der internationalen Szenerie stärker erscheint. Das hat die verschiedensten Bereiche: es hat den Bereich des Sports. Ich brauche Ihnen wohl nicht die einzelnen Stadien, die wir hier erlebt haben, wieder vor Augen führen. Sie können sich die Sorgen vorstellen, die wir dabei immer gehabt haben, wenn Pankow in einem nach dem anderen Verband mehr eindrang und wenn wir von da und dorthin bestürmt wurden, sozusagen unter irgendwelchen übergeordneten Gesichtspunkten, dieses oder jenes zu akzeptieren. Es gibt eine Fülle internationaler Organisationen, bei denen sich ständig von neuem dieser Kampf abspielt, ob Pankow in ihnen Platz nehmen oder Fuß fassen soll. Dieser Kampf muß weiterhin durchgeführt werden. Man muß sich einmal das genaue Gegenteil der Sache ausmalen, um zu sehen, in welche Lage wir gerieten. Das sage ich besonders für diejenigen zum Nachdenken, die so oft meinen, wir sollten „veraltete“ Auffassungen preisgeben. Das sind gar keine veralteten Auffassungen. Diese Auffassungen sind die Basis dessen, was wir tun. Ich bitte, das richtig zu sehen.

In diesem Zusammenhang nur ein einziges Wort über die Handelsmissionen in den osteuropäischen Ländern: Als wir zum letzten Male in einem Kreise, so ähnlich wie diesem, zusammen waren – das war, so meine ich, vor nicht ganz zwei Jahren in Dortmund –, habe ich darüber ausführlich gesprochen. Ich bin der Meinung, daß die Politik, die wir damit eingeschlagen haben, richtig war und richtig ist; sie ist noch nicht ganz komplettiert. Über die Tschechoslowakei will ich hier nicht sprechen. Es hat wenig Zweck, etwas über Verhandlungen zu sagen, die noch nicht weit genug gediehen sind, um einer öffentlichen Be-

sprechung oder einer öffentlichen Beurteilung zugänglich zu sein. Ich gehe einmal davon aus, daß wir in absehbarer Zeit dazu kommen können, dies komplettiert zu haben, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf. Dann sind wir in einer Lage, die folgendes bedeutet: Wir haben in jenem Raum, jenseits von Pankow, Beziehungen angeknüpft, auf die Pankow mit äußerstem Mißvergnügen sieht. Man darf nicht immer die Ablehnung des Gegners für eine bestimmte Sache als Kronargument für die Richtigkeit dieser Sache heranziehen. Aber daß sich Pankow so gegen diese Dinge, vor allem gegen die Berlin-Klausel gesträubt hat, das ist bekannt und liegt auf der Hand. Das zeigt, wie wichtig es war, daß wir uns dafür eingesetzt haben.

Ich will von da nur einen ganz kurzen Bogen schlagen zu den Vorgängen um die Passierscheinregelung: Es liegt natürlich auf der Hand, daß wir aufs äußerste besorgt sein müssen, daß eine Linie, die wir in diesen anderen Fällen eingeschlagen haben, und einen Kurs, den wir dort steuern, nicht in irgendeiner Weise dadurch beeinträchtigt wird, daß es Pankow gelingen würde, irgendwelche Fakten oder Quasifakten zu unseren Lasten zu schaffen. Das wäre natürlich das miserabelste, was es gäbe, wenn Pankow sozusagen den osteuropäischen kommunistischen Staaten bedeuten könnte, daß Pankow dieses Problem doch offenbar seinerseits in einer nach seiner Auffassung fortschrittlicheren Weise behandeln konnte.

Das, meine Damen und Herren, ist der Zusammenhang dieser beiden Probleme. Man sollte – wenn ich einen Wunsch in dieser Richtung äußern darf, dann ist es der: – diese Fragen – so meine ich –, sehr, sehr vorsichtig behandeln, wenn man wirklich glauben sollte – ich weiß nicht, vielleicht waren es irgendwelche Public-Relations-Fachleute –, daß das nun ein Thema sei, über das sich die Deutschen zerstreiten könnten. Das wäre wirklich höchst bedauerlich, wenn man dazu käme. Das ist eine Sache, die mit richtiger Einsicht in den Tatbestand ruhig behandelt werden muß. Um einmal Herrn von Eckardt zu zitieren: Herr von Eckardt hat etwas sehr Schönes gesagt, was sehr einprägsam ist. Er hat gesagt, es gebe viele Leute, die sagten, einmal ist keinmal. Diesen Satz mag man bestreiten können, aber es ist ein sehr verbreiteter Satz. Aber niemand hat gesagt, daß zweimal keinmal sei. Wenn man etwa zu einem dritten Vorgang käme, nachdem man zwei geschaffen hätte, würde es sehr schwer sein, zu sagen, daß das alles im Grunde unbedeutende Vorgänge seien. Man muß sich sehr, sehr hüten, gegenüber einem Gegner, für den Menschlichkeit keine Kategorie ist, sich einzulassen in Arrangements, so will ich einmal sagen, bei denen man der Menschlichkeit die Priorität Nummer eins gibt, während für ihn Menschlichkeit irgendwo ganz anders erscheint und sozusagen seine andersgearteten Ziele so weit heraufgehoben werden müßten, daß sich dann Menschlichkeit auf beiden Seiten deckt, das heißt mit anderen Worten: man muß sich hüten, gegenüber einem Gegner, der politische Fakten schaffen will, sich durch das Menschlichkeitsargument, so wertvoll es einem selbst sein mag, in irgendeiner Weise falsch leiten zu lassen.

Das, meine Damen und Herren, sind einige Anmerkungen, die ich machen wollte. Ich würde mich sehr freuen – damit nicht in dieser Diskussion, soweit es sich um die CDU/CSU-Teilnehmer handelt, eine komplette Harmonie zum Ausdruck kommt –, wenn ruhig sehr kritische Fragen gestellt würden; denn mir läge daran, daß alle von diesem Parteitag nach Hause gehen und daß die lauschende Öffentlichkeit den Eindruck hat, daß es keine Frage gibt, die man hier nicht besprochen hätte oder hätte besprechen können, und daß in allen diesen Fragen im Grunde ein so hohes Maß von Übereinstimmung herrscht, daß Herr v. Guttenberg nicht davon zu sprechen braucht, daß sich die CSU hier so in der Mitte der Probleme befindet. Das sieht dann so aus, als ob andere ein wenig rechts oder links stünden.

Ich meine, wir werden am Schluß dieses Parteitages feststellen können, daß sich alle auf demselben Kurs befinden.

Danke schön.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Ich darf Herrn Außenminister Dr. Schröder für seine offenherzige Stellungnahme zu einigen Grundfragen der Außenpolitik herzlich danken.

Es spricht nunmehr Herr Bundestagsvizepräsident Dr. Jäger.

Dr. JÄGER, Vizepräsident des Deutschen Bundestages:

Meine lieben Unionsfreunde! Nachdem wir in der Einleitung wie in der Rede des Herrn Außenministers und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten gehört haben, daß wir im sogenannten Zeitalter der Entspannung leben, so meine ich, daß wir dieses Wort nicht nach seiner historischen Herkunft betrachten sollten – ich bin kein Historiker; das interessiert mich weniger –, sondern auf seinen politischen Sinn.

(Beifall.)

Ich meine, hier hat es einen ganz verschiedenen Sinn, ob der deutsche Außenminister es gebraucht, der unsere Meinung vertritt, oder ob es drüben vom Osten, vom Kreml aus gebraucht wird.

(Sehr richtig!)

Entspannung, ganz natürlich genommen, bedeutet die Beseitigung von Spannungen, mindestens einmal die Milderung von Spannungen. Wenn ich aber Spannungen aufheben oder mildern will, dann muß ich an die Ursache gehen, und die Ursache ist doch die derzeitige Lage der Welt. Deshalb meine ich, als erste deutsche These doch aussprechen zu können: es gibt keine Entspannung beim status quo.

(Sehr richtig! – Lebhafter Beifall.)

Wenn ich Entspannung als Beseitigung oder auch nur Milderung von Tatbeständen, die Spannungen erzeugt haben, betrachte: wer sollte mehr an Entspannung interessiert sein als wir Deutsche in unserem geteilten Land! Ich habe eben immer die Sorge, daß man drüben im Osten etwas ganz anderes darunter versteht. Daß man einen Vor-

griff auf Tatsachen nehmen will, die gar nicht eintreten, weil man sie nicht eintreten lassen will, und daß man unter der Atmosphäre einer künstlichen Entspannungseuphorie in Wirklichkeit nur das anerkannt haben will, was man sich wider alles Recht genommen, was man in Mitteleuropa geraubt hat.

(Sehr richtig! Sehr gut! – Beifall.)

Und bei dieser Gelegenheit soll dann auch wieder einmal die Zone um einige Punkte aufgewertet werden. Deshalb, meine ich, für uns Deutsche kann eine Entspannung doch eigentlich nur dann als effektiv eingetreten gelten, wenn mindestens einmal die Mauer eingerissen ist. Wenn wir aber in einer solchen Situation stehen, daß wir im Augenblick greifbare Ergebnisse einer Entspannungspolitik nicht vermerken können, dann, meine ich, meine Damen und Herren, unterstreicht das um so mehr, wie notwendig die einzig wirksame Gegenmaßnahme gegen die Bedrohung, in der wir leben, ist, nämlich die NATO. Die Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft und nicht ihre Aufspaltung ist das Gebot der Stunde!

(Sehr richtig! Sehr gut! – Beifall.)

Wir haben als Deutsche nicht zu richten und darüber zu urteilen, woher die Krise der NATO kommt. Daß sie existiert, läßt sich in dieser Stunde nicht leugnen; und wir Deutsche sind es, die am meisten darunter leiden, daß sich die NATO in einer Krise befindet. Wir Deutsche sind am meisten daran interessiert, daß diese Krise überwunden wird und daß der Gedanke der gemeinsamen Verteidigung und nicht der nationalen Souveränität in militärischen Fragen in den Vordergrund gestellt wird.

Auf dem Wege zur atlantischen Gemeinschaft in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht liegt die Gemeinsamkeit Europas, die hier von vielen Rednern mit Recht unterstrichen worden ist. In einer Auseinandersetzung verschiedener Politiker in der Zeitschrift „Europa“ hat gerade in diesen Tagen Herr Dr. Dehler etwas geschrieben, was sich von allen anderen unterscheidet. Er hat nämlich geschrieben, sein Ideal sei das Europa vor 1914.

(Sehr gut! – Heiterkeit.)

Ja, meine Damen und Herren, wohin das Europa vor dem 1. August 1914 geführt hat, das wissen wir doch alle miteinander. Wer sich dem verschreibt, hat sich dem Gestrigen verschrieben, das ist ein Verdacht, den ich bei den Freien Demokraten schon immer gehabt habe.

(Lebhafte Heiterkeit. – Lebhafter Beifall.)

In unserem Europaprogramm steht die Integration, in unserer Entscheidung steht auch der Wunsch, daß England zu diesem Europa gehören möge. Wir haben gesagt, daß wir möglichst mit England, zur Not ohne England, niemals gegen England handeln wollen! Aber ich meine, meine Damen und Herren, deshalb auf die Engländer zu warten, wenn sie selbst nicht wollen, hat wenig Sinn.

(Sehr richtig!)

Wir müssen vielleicht die Wahlen abwarten. Eine wiedergewählte konservative Regierung wäre vielleicht freier im Handeln; wenn die Labour Party siegt, muß ich nach allem, was Herr Wilson gesagt hat, bezweifeln, ob England in den nächsten fünf Jahren noch eine europäische Macht sein wird, wobei die andere Frage, ob es militärisch noch eine Macht sein will, wenn Labour regiert, auch noch zur Erörterung steht.

Wir also bleiben bei dem Gedanken der Integration, der nicht – wie ich meine – aus Angst vor dem Osten geschaffen wurde, sondern der Sinn der europäischen Geschichte ist. Die Einigung in einer Gestalt, die eine supranationale Gewalt darstellt, ist notwendig, wenn sich Europa behaupten will. Gerade diejenigen, die mit Recht beklagen, daß Europa so schwach ist angesichts der Vereinigten Staaten und daß eine Partnerschaft vielleicht nicht gleichstarke, aber einigermaßen ähnlich starke Partner voraussetzt, sollten doch daraus die Schlußfolgerungen ziehen, daß die Integration Europas überhaupt die einzige Voraussetzung dafür ist, daß es gleichberechtigt und halbwegs gleichgewichtig mitreden kann. Die atlantische Brücke muß auf zwei Pfeilern ruhen: auf dem der Vereinigten Staaten und auf dem des geeinigten Kontinents.

Ich meine, dieses Europa ist nur richtig zu verstehen, wenn man es in diesem ganzen Rahmen sieht. Europa allein wäre nicht in der Lage, die Gefahren aus dem Osten abzuwenden; Europa allein könnte sich auch geeinigt nicht behaupten. Deshalb meine ich, ist kein Satz falscher als der von Europa als einer dritten Kraft. Nein, unsere These heißt nicht Europa als dritte Kraft, sondern Europa als eines der beiden Fundamente der großen Brücke, die über den Atlantik gebaut werden muß.

(Beifall.)

Ich will es kurz machen, meine Damen und Herren: In diesem Kreise, in einer Partei, die vom Geistigen und vom Grundsätzlichen her bestimmt wird, brauche ich nicht darzulegen, daß es zwischen der größten Macht der Erde, den Vereinigten Staaten auf der einen Seite, und der zweitgrößten Macht der Erde, der Sowjetunion und ihren Satelliten auf der anderen Seite, für uns weder militärisch noch wirtschaftlich die Möglichkeit der dritten Kraft gibt. Aber ich füge hinzu: es kann sie auch geistig nicht geben; denn im Osten haben wir das System der Gewalt, der Tyrannei, der Versklavung der Menschen, und im Westen haben wir das System der Freiheit. Zwischen diesen beiden Systemen gibt es keinen dritten Weg und keine dritte Kraft. Da haben wir uns alle entschieden: für den Weg der Freiheit im Bündnis mit den atlantischen Staaten!

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Ich erteile das Wort Herrn Bundesverteidigungsminister von HASSEL:

Bundesverteidigungsminister von HASSEL:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht mit Bemerkungen zur Außenpolitik beginnen und daran erinnern, daß einige unserer Redner hier gesagt haben, es seien gestern und heute vier Reden gehalten worden. Wer die Diskussion dieses Nachmittags in den ersten anderthalb Stunden verfolgt wird, so meine ich, feststellen, daß zwischen den Reden und der Diskussion hier keinerlei Diskrepanz innerhalb der CDU/CSU in den Fragen der Außenpolitik aufgetreten ist, und daß diejenigen, die vielleicht eine Diskrepanz erwartet haben von Herrn Dr. Schröder auf der einen Seite und Herrn v. Guttenberg auf der anderen Seite, vermutlich außerordentlich enttäuscht sind über die große Einigkeit, die bei den Reden beider hier zutage getreten ist.

Daß es auf dem Gebiet der Außenpolitik – um mit Herrn v. Guttenberg zu reden – keiner neuen Konzeption bedarf, sondern daß man sich an die alte Fahne erinnert und sich um diese alte Fahne schart, das haben der gestrige und der heutige Tag erneut unter Beweis gestellt. Es ist aber in einem hohen Maße zumeist für die Presse relativ uninteressant, wenn eine solche Übereinstimmung innerhalb der Hauptpartei, die die Bundesregierung seit 1949 trägt, vorhanden ist, weil es sehr viel interessanter ist, rein publizistisch, Abweichungen zu registrieren und diese Abweichungen dann vergrößert herauszustellen, um zu zeigen, daß der klare Kurs offenbar nicht mehr vorhanden ist. Man hat uns bei einer anderen Gelegenheit einmal vor nicht sehr langer Zeit gesagt, es gelte nunmehr etwas Neues im Westen zu propagieren, es müsse weitergehen, es müsse Bewegung hineinkommen, man müsse etwas Neues erfinden, und wir haben geantwortet: was eigentlich tut Chruschtschow? Wenn Sie die Aussagen in Noten und in Reden zurückverfolgen, wenn Sie verfolgen, was Chruschtschow oder Ulbricht sagt – dann ist es immer dieselbe Platte, um Nuancen vielleicht im Worte einmal variiert, meistens aber nicht freundlicher, sondern eher, wie es vorhin Herr Dr. Marx hier dargelegt hat, schärfer und härter formuliert in den letzten Monaten.

(Sehr richtig!)

Ich meine, wir sollten uns angewöhnen, genauso stur vor der deutschen Öffentlichkeit unsere gleichen Forderungen, Wünsche und Absichten und Ziele herauszustellen, denn dann werden wahrscheinlich die Sowjets auch sehen,

(Lebhafter Beifall.)

daß wir genau wie sie mit der sturen Verfolgung ihrer Ziele auch an der sturen Verfolgung unserer Ziele festhalten.

Wie auf dem Gebiete der Außenpolitik also Klarheit herrscht, so herrscht genauso Klarheit auf dem Gebiete der dazugehörigen Verteidigungspolitik. Da dieser Arbeitskreis für Auswärtiges und Sicherheitsfragen gebildet worden ist, darf ich dazu zumindest ein paar Bemerkungen machen: Ich wiederhole, in der Verteidigungspolitik gibt es ebenfalls keine Änderung. Die Grundlage unserer Verteidigung ist

die NATO. Unser Beitrag dazu über die Bundeswehr ist integriert und assigned. So war es, so ist es und so bleibt es!

Die Grundlage unserer Bundeswehr ist die Wehrpflicht; sie ist nicht in Frage gestellt. Die Verbände sind konventionell bewaffnet, mit atomaren Waffen dazu, mit Gefechtsfeldwaffen oder taktischen Waffen. Die enge Zusammenarbeit zwischen uns und den Partnern der NATO ist nicht nur unverändert, sondern wesentlich vertieft worden im Laufe dieser letzten Jahre.

Wir haben eine wachsende Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Rüstung, wir haben eine zunehmende Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Versorgung, man bezeichnet das mit dem schönen Begriff der Logistik, und wir haben eine zunehmende menschliche Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften – den Offizieren, Unteroffizieren und den Soldaten – aller Partner.

Das Verhältnis – um es einmal kurz zu analysieren – zwischen uns und den anderen Partnern sieht folgendermaßen aus: Zwischen Deutschland und Frankreich ist ein sehr eng zusammenwachsendes gutes Verhältnis. Es gibt auf diesem Felde zwischen beiden Partnern keine Spannung, sicherlich gibt es einmal Kritik hier oder dort, daß es nicht gelinge, in einem größeren Maße die Rüstung zu koordinieren, zu standardisieren, die gleichen Waffen und die gleichen Geräte einzuführen. Meistens hat das einen Ansatzpunkt in außerordentlich schwierigen Überlegungen, die dort beginnen, wo sich die Militärs, wenn man zusammen etwas produzieren will, zunächst zusammen auf ein militärisches Konzept einigen. Erfahrungsgemäß ist das, aus der unterschiedlichen Blickrichtung der Soldaten, nicht immer ganz einfach.

Es gibt ausgezeichnete Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland; beispielsweise auf dem Gebiete etwa eines Transportflugzeuges, bei zahlreichen Raketenwaffen aus dem kleineren Bereiche, im Raume also der Panzerabwehr, der Artillerie, etwa in diesen Bereichen; es gibt aber auch Beispiele, wo es nicht funktioniert hat, zum Beispiel auf dem Gebiete der Zusammenarbeit zur Fertigung eines gemeinsamen Panzers. Das wird kritisiert, und dabei wird auch der Verteidigungsminister kritisiert. Die Frage, die ich dann stelle und die jedesmal so beantwortet wird, wie ich sie beantwortet habe, heißt dann: Wenn wir einen französischen und einen deutschen Panzer haben – in der Anfangslage ist das falsch konzipiert worden – und der deutsche Panzer dazu geführt hat, daß man eine Fülle eigener deutscher Entwicklungen gebracht hat – ein eigenes Getriebe, einen ganz neuartigen Motor, eine eigene neuartige Optik und eine Reihe anderer Dinge –, dann ist die Frage zu stellen: wenn man bei uns einen französischen Panzer einführen will, dann muß man auf diese deutschen Entwicklungen künftig verzichten und sie zu den Akten schreiben. Mein französischer Kollege muß dieselbe Frage beantworten: Bist du bereit, einen deutschen Panzer zu nehmen; dann mußt du die eigenen französischen Entwicklungen zu den Akten schreiben.

Ich sage das so deutlich, weil es ein Beispiel ist, aus dem wir beide, die Franzosen und die Deutschen, gelernt haben.

Die Zusammenarbeit mit den Engländern, dem anderen großen Partner unserer Nachbarschaft, der bei uns in Deutschland die britische Rheinarmee stehen hat, ist vorzüglich.

Die dritte Frage betrifft die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner haben bei uns ihre 7. Armee, die ungefähr laut Budget der Vereinigten Staaten jährlich zwei Milliarden Dollar kostet. Die Amerikaner sind bereit, diese Truppen in Deutschland zu halten. Die Diskussion darüber, ob sie diese Truppen abziehen, vermindern oder nicht, ist inzwischen verstummt.

Wir haben viel Mühe gehabt, all die Meldungen, die jeden Tag kamen aus allen möglichen Quellen, zu dementieren und auszuräumen. Heute sieht jeder, daß wir mit unserer Auffassung recht gehabt haben. Wenn man aber das Bild in der NATO insgesamt betrachtet, dann – so meine ich – werden Sie mir recht geben, daß die Haltung der Amerikaner Europa gegenüber sehr stark auch davon abhängt, ob dieses Europa selber bereit ist, Opfer zu tragen. Wenn etwa wir Deutsche sagen, die Amerikaner müßten uns hier verteidigen, das sei auch in ihrem Interesse, dann könnte der Tag kommen, wo diese Formel nicht mehr Gültigkeit hat. Wenn wir wollen, daß die Sicherheit hier vorne ausreichend gewährleistet ist mit den Amerikanern, die das Herzstück der Verteidigung hier darstellen, dann müssen auch wir bereit sein, unsere Opfer dazu zu tun. Wenn wir glauben, wir könnten uns zurückziehen und etwas weniger tun, wir bräuchten nicht mehr so viel zu tun, wir könnten das Budget halten oder vermindern, dann irrt man. Dann werden die Amerikaner sicherlich eines Tages erklären: Wenn nicht einmal ihr am gefährdetsten Punkt der Welt zu opfern bereit seid, nehmt es uns nicht übel, wenn wir dann unsere Auffassung und unsere Europapolitik korrigieren müßten.

Ich möchte an diesen paar Beispielen darstellen, daß sich in der Verteidigungspolitik nichts geändert hat. Aber sie wird weiter entwickelt, es geht weiter, und die Dinge werden vertieft und verstärkt. Zum Beispiel ist für unser Deutschland ausgesprochen lebenswichtig, daß die Linie der Verteidigung nach vorne verlegt wird, praktisch an den Eisernen Vorhang. Ich glaube, daß die Bevölkerung Deutschlands doch einmal darüber nachdenkt, was die Einbeziehung der ganzen Bundesrepublik Deutschland in die Verteidigung für den einzelnen bedeutet; denn bis heute nämlich war ein Drittel unserer Bevölkerung außerhalb der Verteidigungslinien. Ich meine, daß jeder, der ein wenig von diesen Dingen versteht und der die Wirkung der Waffen kennt, es als einen großen Segen ansehen muß, daß es gelungen ist, die ganze Bundesrepublik in diese Verteidigung einzubeziehen. Hier, so scheint mir, sollte die Bevölkerung darüber nachdenken, daß das allein dadurch möglich gewesen ist, weil wir durch unseren Verteidigungsbeitrag mit 400 000 Soldaten die Voraussetzungen schufen, die Linien damit verdichteten und so die Vorverlegung vom Rhein zunächst an die

Weser und jetzt an den Eisernen Vorhang ermöglichten. Das ist auf der Grundlage der bisherigen Verteidigungspolitik eine Weiterentwicklung. Selbstverständlich wird laufend in der NATO über das atomare Konzept diskutiert. Man kann das heute im einzelnen – das ist ein umfangreiches Thema – nicht diskutieren. Ich möchte Ihnen nur so viel sagen, daß zwischen den Vereinigten Staaten und uns vor zwei, drei Jahren eine unterschiedliche Auffassung bestanden hat, daß wir uns aber weithin genähert haben und daß heute das atomare Konzept eigentlich nicht mehr umstritten ist. Selbstverständlich wird weiterentwickelt, beispielsweise an der Frage einer multilateralen Streitmacht. Man hört vielfach die Frage: warum muß das sein? – Leider ist es so, daß die meisten negativen Kommentare, so meine ich, von denen kommen, die den ganzen großen Umfang dieser Thematik nicht kennen. Ich will das nicht vertiefen, weil es ebenfalls ein sehr umfangreiches Thema ist; ich will nur so viel sagen: Die militärische Komponente der multilateralen Streitmacht – mit ausgedrückten militärischen Werten 200 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von etwa 4000 km und einer ungeheueren Sprengkraft –, das ist schon ein militärisches Potential allerersten Ranges, das zum Beispiel die Force de Frappe erheblich übersteigt. Das ist das eine.

Das zweite aber ist die politische Seite dieses Konzepts. Mir scheint, daß gerade die CDU/CSU, die sich immer bemüht hat, die atlantische Partnerschaft zu stärken, sich darüber im klaren ist, daß alles getan werden muß, um zwischen Amerika und Europa die Fäden so fest zu knüpfen, daß niemand – weder aus europäischer noch aus amerikanischer Sicht – die Fäden dieser Allianz eines Tages lösen könnte. Wir meinen, daß hier eine gemeinsame Verantwortung über die größten und gefährlichsten Waffen, die es überhaupt gibt, eine gemeinsame Verantwortung zwischen Amerika und Deutschland, diese Bindekraft der Allianz außerordentlich stärken kann.

Im Laufe der Diskussion über die Verteidigungspolitik wird erneut über die Pläne der Entspannung gesprochen. Wir haben es eben gehört. Ich meine, daß es dieser Arbeitskreis heute nicht mehr schaffen wird, aber daß einmal die CDU/CSU die Synopsen veröffentlichen sollte, die über die verschiedenen Pläne angestellt worden sind, die zu diesem Entspannungskonzept – Disengagement, atomwaffenfreie Zonen u. ä. – gemacht worden sind. Angefangen vor fünf Jahren mit dem Rapacki-Plan mit mehreren Versionen, dem Gomulka-Plan heute, dem Wilson-Plan aus diesen Tagen, dem Deutschland-Plan der SPD aus dem Jahre 1959, der gestern wieder von unserem Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer zitiert worden ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich diese Konzepte nebeneinanderlegen – den Rapacki-Plan neben den Gomulka-Plan, dazu den Wilson-Plan und den Deutschland-Plan der SPD –, dann zieht sich fast durch alle Elemente ein gleicher Faden hindurch. Mir scheint, daß die CDU/CSU gut beraten wäre, wenn sie diese alten Entspannungspläne außerordentlich sorgfältig diskutieren und überprüfen würde. Ich erinnere Sie daran – ein Teil von Ihnen hat dabei gesessen bei der

ersten großen deutsch-amerikanischen Begegnung, der Brücke, der American foreign affairs, die in Bad Godesberg im Jahre 1959 stattgefunden hat. Damals haben diese Fragen der Entspannung, der Denuklearisierung, des Auseinanderziehens der Blöcke eine große Rolle gespielt.

Interessanterweise ist damals allein geblieben auf dem Feld die Sozialdemokratischen Partei, die bei diesem Kongreß mit ihrem Deutschland-Plan vertreten war. Die Amerikaner haben uns dargelegt, daß diese Pläne keine Grundlage wären – ich wiederhole der Rapacki-Plan oder heute der Gomulka-Plan, der Wilson-Plan oder damals der Deutschland-Plan, das ist völlig gleichgültig. Die Antwort aller Sachkundigen war: Wenn ihr eine atomwaffenfreie Zone in diesem Teil der Welt schafft, dann kann Europa nicht mehr verteidigt werden. Interessant ist übrigens, daß der verstorbene SPD-Vorsitzende Ollenhauer damals erklärt hat: Selbst in Kenntnis dieser Antwort bleibe die SPD bei ihrem Plan. Lesen Sie den Deutschland-Plan der SPD von damals und lesen Sie den Wilson-Plan von heute. Ich wüßte nicht sonderlich, worin diese sich unterscheiden.

(Sehr gut!)

Eine sehr interessante Formel habe ich vor zwei, drei Tagen gelesen, in einem Aufsatz, in welchem Carlo Schmid sagt, daß die SPD und die Labour Party fast naht- und fugenlos inzwischen einer Auffassung geworden seien. Das bedeutet also, daß dann auch der Wilson-Plan vielleicht geistiges Gut eines Tages der SPD werden könnte, sofern es nicht schon geschehen ist.

Das letzte, meine Freunde: Wir haben naturgemäß im Rahmen der Verteidigung auch eine Fülle von Schwierigkeiten – wer wollte das verschweigen –, personelle Schwierigkeiten – wir behandeln diese Fragen auf einem eigenen großen Kongreß –, Fragen des Budgets. Wir haben die Verteidigungsausgaben in diesem Jahr zwar absolut erhöht. Aber gemessen an dem, was wir haben müßten, um die ganzen Aufgaben auch durchführen zu können, sind wir unter den Erfordernissen geblieben. Wir haben es bewußt getan, wir, die Männer aus dem Verteidigungsministerium, weil wir der Auffassung sind, daß wir uns um Verteidigungsfragen nicht mehr zu kümmern brauchen, wenn unser Budget in einem Maße expandiert, daß die volkswirtschaftliche Kraft nicht mehr nachkommt und wir dann damit beginnen, Noten zu drucken und in eine Inflation hineintreiben. Wir wissen im Sektor Verteidigung, daß mit einer Inflation nur einem gedient ist: der anderen Seite, dem Kommunismus, weil, wenn bei uns die Mark in die Brüche geht, die andere Seite ernten kann und wir uns dann über die Fragen der Verteidigung nicht mehr zu unterhalten brauchen. Auch im Sektor Verteidigung müssen wir uns in das Staatsganze einbauen. Wenn man aber glaubt, daß unsere Bereitschaft, mit einer solchen staatspolitischen Betrachtung dem Ganzen entgegenzukommen, nun dazu führen könnte, daß andere Gruppen in diesem Staate die Gelegenheit beim Schopfe nehmen, ihrerseits neue Forderungen an uns zu stellen, weil wir bescheidener geworden sind, dann möchte ich nur sagen, daß dann

allerdings diejenigen, die die Verantwortung für die Außenpolitik und die Verteidigung tragen, sehr massiv darstellen werden, daß alle Innenpolitik nichts nützt, wenn morgen die Kosaken kommen und daß wir also in der Zukunft diese Verteidigungsanstrengungen weiterhin zu verstärken haben.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

Ich meine, daß man das hier einmal sagen sollte. Wir wollen uns jetzt nicht mit den Sozialdemokraten auseinandersetzen; wir könnten genügend Beiträge dazu leisten, daß sie mit uns in der großen Linie übereinstimmen, wenn sie hinausgehen und zu den Soldaten sagen: wir Sozialdemokraten sorgen für euer soziales Wohl, für euere Wohnung, für euere Sold, für euere Heime und all die schönen Dinge; für die Waffen aber sorgt die CDU, und das hat sie schlecht gemacht, denn es sind veraltete Waffen; aber wir Sozialdemokraten haben ein Herz für den Soldaten. – Wir wollen uns damit nicht auseinandersetzen.

Wir jedenfalls meinen, daß zur erfolgreichen Außenpolitik eine gute Verteidigungspolitik gehört. Es darf vielleicht vermerkt werden, daß zwischen dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Bundesaußenminister und dem Verteidigungsminister in diesen Fragen nicht Nuancen an Unterschied zu verzeichnen sind, daß hier eine ganz klare gemeinsame Haltung in all diesen Schicksalsfragen der Nation verhanden ist.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Ich darf Herrn Verteidigungsminister von Hassel für seine klare und entschiedene Intervention herzlich danken.

Das Wort hat nunmehr der Landesvorsitzende der CDU Hamburg, Herr Blumenfeld.

BLUMENFELD MdB, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der CDU:

Herr Vorsitzender! Ich fürchte, unser Freund, der Herr Außenminister, wird enttäuscht sein, wenn er meint, daß seiner Aufforderung, kritische Fragen zu stellen, im besonderen vor mir entsprochen wird. Aber trotzdem werde ich mir erlauben, einige Fragen anzusprechen, um ihm Gelegenheit zu geben, seinerseits etwas deutlicher zu werden, soweit er es nicht schon in seiner Aussage gewesen ist.

Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte unterstreichen, daß das, was sowohl Herr Dr. Schröder wie Herr von Hassel eben zum Ausdruck gebracht haben, die einheitliche Meinung der Fraktion der CDU/CSU ist, jedenfalls soweit sie sich tagtäglich in Bonn mit der Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt, und sie werden feststellen, daß unsere Politik gar nicht so schlecht gewesen ist und nicht immer wieder die Aufforderung an uns gerichtet zu werden braucht, daß wir eigentlich eine neue Politik einschlagen müßten und daß wir mehr Bewegung schaffen sollten. Wissen Sie, meine Freunde, wenn man in der Verantwortung steht wie die Minister im Kabinett und wie die Regierungsfraktion, dann ist es etwas schwieriger und verantwortlicher, und man

muß etwas verantwortungsbewußter sein, wenn man gewisse Überlegungen im internen Kreise anstellt. Man kann und darf diese Überlegungen nicht ständig auf dem Marktplatz zum besten geben, so wie es beispielsweise immer wieder Herr Dehler tut. Dabei will ich in diesem Zusammenhang gar nicht einmal sagen, daß Herr Dehler etwa subtile Überlegungen anstellt.

(Heiterkeit.)

Meine Freunde! Das, was der von uns allen menschlich hochgeschätzte Thomas Dehler in den letzten Wochen und Monaten zur Außenpolitik gesagt hat, das erkläre ich schlicht und eindeutig als Narretei. Das ist es! Es ist eine Illusion, wenn Herr Dehler glaubt, daß er mit solchen Redensarten nun diesen hartgesottenen Gegnern auf der anderen Seite gegenüber bestehen kann.

(Zuruf: Er ist immerhin Vizepräsident des Deutschen Bundestages!)

Meine lieben Freunde! Die sozialdemokratische Politik, Wandlung durch Annäherung, ist von Herrn Egon Bahr in Tutzing vor etwa einem Jahr so formuliert worden, und er hat sie formuliert gegen den Hintergrund einer Behauptung, die einfach nicht zutrifft, indem er gesagt hat, das habe der verstorbene Präsident Kennedy ebenfalls in Europa und in Deutschland auf seinen Reisen in seinen Ansprachen gesagt. Präsident Kennedy hat nie von der „Wandlung durch Annäherung“ gesprochen, sondern er hat von „change and challenge“ gesprochen, Wandel und Herausforderung, meine lieben Freunde, und das ist etwas ganz anderes. Das ist auch das, was wir, die Christlichen Demokraten und die Christlich Sozialen, unter einer Politik des Standhaltens, des Widerstandes und des Gegendrucks und auch offensiver politischer Überlegungen verstehen, nämlich die Herausforderung, die in der ganzen Frage liegt, um die es hier geht, nämlich um die zentrale Frage des deutschen Problems, des Friedens in Europa und damit auch der Welt.

Meine Freunde! Wenn die Sozialdemokraten – ich erwähne das hier noch einmal der Ordnung halber – im Zusammenhang mit der Passierscheinfrage nun glauben, im gefährdetsten Punkte Europas, im eingengt explosivsten Punkte Europas, nämlich in Berlin, Wandel praktizieren zu können durch das, was sie allgemein als Entspannungspolitik deklarieren, so kann ich davor nur warnen. Ich kann davor nur warnen; denn wenn man überhaupt eine solche Politik aufnehmen will, dann muß sie eine sehr viel breiter angelegte Politik sein, dann kann sie nur – und so hat sie auch der amerikanische Präsident verstanden – im weltweiten Maßstabe gesehen werden, aber nicht punktuell auf dem gefährdetsten Platz, den wir in Europa haben. Trotzdem muß ich sagen – und das ist die Feststellung, die ich gerne einmal treffen möchte; – vielleicht kann der Herr Außenminister darauf eingehen –: Wir sollten uns überlegen, ob das Eigengewicht der Bundesrepublik in politischer, wirtschaftlicher und in militärischer Hinsicht etwas stärker an manchen Punkten der Europapolitik und vielleicht auch noch in anderen Maßstäben zum Einsatz gebracht werden könnte! Nicht, meine Freunde, daß ich glaube, wir hätten Anlaß zur Überheblichkeit. Aber wir brau-

chen uns auch nicht ständig in Fragen zurückhalten, wo wir uns etwas stärker einsetzen könnten. Ich meine, daß dieser Einsatz notwendig sein wird. Kollege Guttenberg hat vorhin davon gesprochen, daß die eigentlichen Bewährungsproben erst noch vor uns stünden. Ich bin der Meinung, daß die schweren Bewährungsproben in der Tat noch vor uns stehen und daß sie bald kommen werden. Aber andererseits meine ich, meine Freunde, daß wir vor diesen noch schwereren Bewährungsproben noch deutlicher und etwas schwergewichtiger in der Europapolitik uns zur Darstellung bringen könnten und zur Darstellung bringen sollten. Denn ich sehe genau wie der Herr Außenminister, meine Freunde, auch – Herr Gradl hat es in seinen einführenden Worten gesagt – die Gefahr einer pluralistischen Entwicklung in Europa, bei uns selbst; diese Gefahr ist da, es hat gar keinen Zweck, sie zu negieren. Ich meine, wir sind als allererste dazu aufgerufen, uns etwas stärker und etwas kräftiger in der Nuancierung unserer Politik auszudrücken.

Ein zweiter Punkt: Meine Freunde, in der politischen Diskussion der letzten Monate hat die Frage des Osthandels und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten drüben im sowjetischen Bereich und in der SBZ eine große Rolle gespielt. Ich bin nie der Auffassung gewesen, daß man punktuell an einer ganz bestimmten Lieferung – nämlich Getreidelieferung nach Rußland – diese Frage aufhängen kann. Ich bin nicht der Auffassung, daß das eine falsche Politik war, Getreide gegen Gold und Dollars, gegen Kasse, zu verkaufen.

Ich bin der Meinung, daß das die Sowjetunion geschwächt hat; denn die Hunderte von Millionen von Dollars, die sie dafür aufgewendet hat, für ein sehr schnell verzehbares Konsumgut, kann sie nicht aufwenden für Investitions- oder Rüstungsgüter in ihren Plänen. Trotzdem bin ich der Auffassung – ich bin dieser Auffassung seit vielen Jahren und habe das auf unserem Parteitag in Dortmund auch in diesem außenpolitischen Arbeitskreis sehr deutlich gesagt! –, daß es wirklich ein Verhängnis ist, daß wir es in Europa und in der westlichen Welt in unserem NATO-Bündnis, mit den Partnern dieses Bündnisses, nicht fertigbringen, eine gemeinsame, koordinierte Handelspolitik gegenüber dem sowjetischen Machtbereich einzuführen. Ich bin nach wie vor, meine Freunde, der Auffassung, daß dies in der Tat eine von vielen Möglichkeiten wäre, dem sowjetischen Druck mit dem Ziele zu begegnen, die politischen Machtverhältnisse langsam aber sicher zu unseren Gunsten zu verschieben, daß diese Koordinierung der Wirtschafts- und Handelspolitik in der Tat ein immer bedeutungsvolleres Instrument sein und werden wird. Aber der Herr Außenminister mag selber sagen, wie schwierig es ist, alle Partner in diesem Bündnis auf einen Nenner zu bringen. Es ist bisher nicht gelungen. Wir wissen, daß z. B. die Engländer eine beinahe ideologische Beziehung zu dieser Frage Politik, Außenpolitik und Außenhandel haben und daß sie bislang nicht bereit sind, ihre Meinung zu ändern.

Aber, meine lieben Freunde, ich meine, wir sind nach wie vor aufgerufen, immer wieder zu versuchen, auch den Gegnern dieser Auffassung: *Einsetzung der Handelspolitik als einer politischen Waffe, als*

eines Instrumentariums, immer klarer und deutlicher zu machen, um was es hier geht. Und deswegen, meine Freunde, brauchen wir auch zur Durchsetzung dieser Politik die Engländer in einem politisch und wirtschaftlich geeinten Europa. Je mehr sie draußen stünden, und mit ihnen andere Nationen, um so weniger könnten wir darauf hoffen, einmal eine gemeinsame Handelspolitik innerhalb der Gesamt-EWG und damit des größeren Europas zu führen. Ich brauche das nicht im einzelnen zu erläutern, meine Freunde, es ist in der Tat so! Die ganzen Kreditverhandlungen, die die Engländer mit dem Sowjetbereich führen, resultieren letzten Endes aus dem Nein vom Januar des vergangenen Jahres. Jedenfalls ist das die bei weitem gängigste politische Begründung für ihre diesbezüglichen Anstrengungen und man muß sie ihnen eigentlich beinahe auch abnehmen, obwohl wir in unseren Gesprächen mit den Engländern das natürlich nicht tun und sie zu überzeugen versuchen.

Ein dritter Punkt, Herr Außenminister: Ich greife hier den Ball auf, den unser Freund Gradl in seinem Eingangsreferat erwähnt hat, der mir von großer Bedeutung zu sein scheint – die Tatsache der Veränderungen drüben in der SBZ. Er hat den Namen Havemann genannt. Wir wollen das in diesem Kreise, der zu groß ist, nicht im einzelnen untersuchen. Aber, meine Freunde, diese Veränderungen dort sind wohl wahrscheinlich sehr viel breiter, als es sich an dem einen Beispiel im Augenblick zeigt. Warum aber sind diese Veränderungen, meine Freunde, eingetreten? – Doch nicht etwa, weil wir unsererseits ständig Annäherungs- und Aufweichungsversuche bei uns gemacht haben oder haben durchführen lassen, sondern, deshalb, weil wir die ganzen Jahre eine konsequente Politik durchgehalten haben! Ich meine aber, daß hier etwas Beachtenswertes ist, was wir etwas näher prüfen sollten, um in der Tat und zu einem späteren Zeitpunkt daraus für positive und eigene Schritte in der Wiedervereinigung einen Nutzen oder Nutzenwendungen zu ziehen.

Meine lieben Freunde! Es darf nicht dazu kommen, daß das wahr wird, was im Jahre 1953 der jugoslawische Staatschef Tito auf die Frage eines ausländischen Diplomaten an ihn „wann wird die Wiedervereinigung kommen?“ diesem geantwortet hat: „Dann, wenn niemand mehr ein Interesse daran hat!“ Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Der Herr Bundesaußenminister wird Herrn Blumenfeld sofort antworten.
Bundesaußenminister Dr. SCHRODER:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Blumenfeld hat drei Fragen gestellt, von denen eine einigermaßen konkret beantwortet werden kann. Die beiden anderen Fragen, wenn auch verschiedener Art, werden mehr oder weniger im Spekulativen bleiben. Ich will auf die Fragen in der Reihenfolge eingehen, in der er sie gestellt hat.

Zunächst die Frage: Könnte die Bundesrepublik ein stärkeres Eigen-
gewicht in die Entwicklung hineinbringen? Ganz speziell dachte er an

die europäische Entwicklung. Lieber Kollege Blumenfeld, das ist das Problem, und das ist die Aufgabe, womit wir uns jeden Tag beschäftigen: genau bis zum äußersten Punkt unser ganzes Gewicht zu gebrauchen, natürlich in der richtigen Richtung. Das ist – sozusagen – das Tageswerk, mit dem wir beschäftigt sind. Die Hindernisse, die es dabei gibt, kennen Sie. Deutschland hat doch manches an zusätzlichen Hypothesen, die die anderen Länder nicht haben, die sich heute so ein wenig freimütiger und manchmal überraschend bewegen. Da haben wir natürlich gewisse Schwierigkeiten. Herr von Merkatz hat darüber einiges gesagt. Das muß man dabei sehen, und deshalb kann ich nur sagen: Seien Sie sicher, daß das unser äußerstes Bestreben sein muß, und es ist unser äußerstes Bestreben, in die Waagschale haargenau das hineinzubringen, was wir hineinbringen können und hineinbringen müssen. Was unsere Initiativen angeht, so sollte man einigermaßen großschreiben, so meine ich, daß wir es gewesen sind, die nach dem greulichen Rückschlag, den die europäische Entwicklung durch das Januar-Veto 1963 gehabt hat – hoffentlich will das hinterher niemand verkleinern; das war damals eine Erschütterung ganz allgemein –, durch die Vorschläge vom April 1963 und durch das Programm vom Mai 1963 die Dinge weitergebracht haben. Deshalb tragen wir – und das gibt alle Welt und Europa zu, selbst wenn das schnell in Vergessenheit gerät – einen ganz großen Teil des Verdienstes an dem, was nachher im Dezember vergangenen Jahres beschlossen werden konnte.

Nun zu der anderen Frage: Kann man zu einer koordinierten Handelspolitik – sagten Sie – der westlichen Nationen oder der – sagen wir es so – NATO-angehörigen Staaten gegenüber der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten kommen? – Das ist diese große wunderbare Verlockung, möchte ich sagen: Donnerwetter, wenn die Leute wirklich das und das brauchen, und sie haben Schwierigkeiten mit der Landwirtschaft, mit der Kunstdüngerindustrie, mit der Chemischen Industrie, sie haben einen großen Bedarf, und man fragt: was kann man eigentlich daraus machen, könnte der Westen aus dieser Sache nicht mehr herausholen, also für wirtschaftliche Leistungen politische Konzessionen zu bekommen? Damit haben sich viele beschäftigt, und darüber ist bei uns viel gesprochen worden.

Mein amerikanischer Kollege hat vor ein paar Tagen darüber gesprochen und auch einige Zahlen genannt, er hat eigentlich eine recht reservierte Meinung darüber zum Ausdruck gebracht. Es ist eben nicht möglich, im Frieden den vollen Einsatz eigener wirtschaftlicher Kraft oder Zurückhaltung eigener wirtschaftlicher Leistung koordiniert durchzuführen. Das hat es nicht gegeben, weder in der jüngeren noch in der mittelalten Geschichte, und das ist auch heute nicht möglich. Das ist im Rahmen der NATO versucht worden, das ist aber offensichtlich nicht möglich. Eine Linie ist dabei bisher einigermaßen möglich gewesen: die Linie der starken Zurückhaltung auf dem Kreditgebiet. Dafür haben wir uns im vergangenen Jahr, vor allem mit den Amerikanern, sehr eingesetzt. Sie haben selbst die paar Schwachpunkte hervorgehoben,

die dabei aufgetreten sind. Die Briten denken in dieser Sache anders. Wenn die Briten, die bisher noch keinen anderen Standpunkt realisiert haben, wirklich anders handeln sollten, mag das eine Veränderung auch bei ein paar Staaten bedeuten, die jetzt noch einigermaßen zurückhaltend sind. Hier liegt also eine konkrete Aufgabe innerhalb der NATO, ein höchstmögliches Maß von Koordinierung wenigstens in der Kreditpolitik zu haben, wobei ich nicht zu übersehen bitte, daß im Bereich der Lieferung strategischer Wirtschaftsgüter praktisch doch eine äußerste Zurückhaltung auf allen Seiten geübt wird. Dies sind Güter – wenn ich so sagen soll – mehr oder weniger aus dem zivilen Sektor. Das war die zweite Frage.

Die dritte Frage, die Sie gestellt haben, ist: Kann man aus den Veränderungen, aus den vermuteten Veränderungen in der SBZ heute bereits etwas machen? Darauf ließe sich nur rein spekulieren. Natürlich ist unsere Politik langfristig – wenn ich die Sowjetunion und überhaupt den kommunistischen Bereich ins Auge fasse – und doch darauf angelegt, daß es dort Veränderungen gibt, und sie muß darauf angelegt sein, dabei mitzuwirken, daß es dort stärkere direkte und indirekte Veränderungen geben kann. Inwieweit das möglich ist, das läßt sich nicht mit irgendeiner annähernden Sicherheit beschreiben. Darin liegen zum Teil Hoffnungen, und die konkreten Ansätze dafür sind relativ begrenzt.

Aber man muß sich darüber klar sein, meine Damen und Herren, daß eine Politik – ich hätte beinahe gesagt der Gewaltlosigkeit – des Verzichts auf militärische Gewalt, die gleichzeitig Änderungen haben will, natürlich ein außerordentlich begrenztes Arsenal hat. Das ist ein sehr begrenztes Arsenal, und aus diesem Arsenal muß man das Mögliche zu tun versuchen. Jedenfalls sollte man alle Schritte in der Welt unterstützen – das gilt ganz besonders für gewisse amerikanische Vorschläge und Ideen, die darauf abzielen, langfristige Veränderungen herbeizuführen. Nichts wäre falscher, als zu glauben – das ist heute hier auch glücklicherweise nicht gesagt worden –, als ob etwa amerikanische Politik in dieser Beziehung eine Politik des status quo sei. Das ist einfach nicht wahr. Präsident Kennedy ist sozusagen der letzte Kronzeuge dafür – er hat das vor der UNO dargelegt; es war eine der letzten Reden, die er gehalten hat –: die amerikanische Politik ist ganz sicherlich auf die Überwindung des status quo gerichtet. Meine Damen und Herren, man kann das an gar keiner Stelle deutlicher sehen als in Berlin. Berlin ist sozusagen das permanente Symbol dafür, daß an der Überwindung des status quo nicht nur gearbeitet werden muß, sondern tatsächlich gearbeitet wird. Dieses Engagement in Berlin ist das sichtbarste und intensivste Symbol; denn die Antwort der Amerikaner auf die Frage, wie lange sie in Berlin bleiben, lautet: bis das Ziel unseres Dortseins erreicht ist, nämlich die deutsche Wiedervereinigung! Das mag manchem etwas überraschend klingen; aber das ist der einzige Sinn, der in einer solchen Politik liegt. Deswegen sollte man nicht eine solche Politik anders zu charakterisieren versuchen.

(Zuruf: Sie sagen, so lange, wie die Berliner uns dort haben wollen!)
– Das kommt aber dazu! Man kann nur dann einen Zustand ändern

wollen, das heißt einmal halten und das andere Ziel erreichen wollen, wenn die Betreffenden dafür sind.

(Herr Friedensburg: Die andere Formulierung kenne ich nicht; die habe ich noch nie gehört!)

– Herr Kollege Friedensburg, Sie geben mir Anlaß, folgendes zu sagen: Gelegentlich bin ich gefragt worden: Sind Sie, wenn es zur Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung kommt, wirklich bereit, die Entscheidung zu akzeptieren, die daraus hervorgeht? – Für manchen mag das eine ganz überraschende Frage sein. Was hat es für einen Sinn, sich für das Selbstbestimmungsrecht einzusetzen, wenn man nicht etwa, wenn das Selbstbestimmungsrecht praktiziert wird, bereit ist, es zu akzeptieren! Ich sage das deswegen, weil darin ein Doppeltes liegt: Darin liegt einmal der unveränderte Wille, diese Politik weiterzubetreiben. Diese Politik ist im Deutschlandvertrag und an so vielen anderen Stellen so feierlich festgelegt, daß man an ihr nicht zweifeln soll. Die Realisierbarkeit dieser Politik setzt folgendes voraus, daß wir – und das ist wieder eine Antwort auf die Frage von Herrn Blumenfeld – unentwegt daran arbeiten, auch in dem von uns abgetrennten Teil unseres Vaterlandes, solche Bedingungen zu erhalten – das sind mehr politisch-psychologisch-moralische Bedingungen –, die uns getrost darauf vertrauen lassen können, daß die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts das Ergebnis hat, das wir uns darunter vorstellen und nicht das Ergebnis, das uns Chruschtschow in der TASS-Erklärung geschrieben hat. Insoweit hängen diese Dinge zusammen. Der Beitrag für die Wiedervereinigung, ein permanent notwendiger und aktiver Beitrag für die Wiedervereinigung Deutschlands, bedeutet, einmal zu verhindern, daß hier irgendwelche Verschlechterungen eintreten, aber, zweitens, mit allen direkten und indirekten und allen nur möglichen Mitteln dafür zu sorgen, daß sozusagen die Basis für die Wiedervereinigung – das ist der Selbstbestimmungswille drüben – nicht zerstört wird.

(Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Das Wort hat Herr Majonica.

MAJONICA, MdB:

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Gradl hat in seinen einleitenden Worten davon gesprochen, daß Pluralismus etwas sehr Gutes sei, wenn er sich auf der Gegenseite, auf der Seite des Gegners, befinde, und Herr Dr. von Merkatz hat darauf hingewiesen, daß dieser Pluralismus, dieser Polyzentrismus, wie wir ihn im Augenblick im Ostblock erleben, sich doch im wesentlichen nur und fast ausschließlich auf der ideologischen Ebene vollziehe. Ich meine, meine Damen und Herren, daß diese Analyse der inneren Entwicklung des Ostblocks heute nicht mehr zutrifft.

Wenn ich an das sowjetisch-chinesische Verhältnis denke, dann bin ich doch der Meinung, daß der Polyzentrismus hier so weit gegangen ist, daß Moskau und Peking nicht mehr in der Lage sind, eine gemeinsame

Politik zu formulieren, es sei denn in einem Zustand der akuten Bedrohung der Sicherheit für beide. Oder ich bin der Meinung, daß ein solches Beispiel, wie es Rumänien geliefert hat, einfach auf der rein ideologischen Ebene nicht vollziehbar gewesen wäre, nämlich die Tatsache, daß sich Rumänien gewissen Wirtschaftsplänen der Sowjetunion widersetzt und diesen Widerstand mit Erfolg gegenüber der Sowjetunion durchgehalten hat.

Ich möchte ein drittes Beispiel bringen: Ich bin der Meinung, daß in einem rein ideologischen Polyzentrismus auch nicht das möglich gewesen wäre, was der Herr Bundesaußenminister eben hier angeführt hat, nämlich die Tatsache, daß in unseren Verträgen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas die Berlin-Klausel akzeptiert worden ist. Ich meine, daß das auf der einen Seite ein Erfolg der deutschen Politik gewesen ist, auf der anderen Seite zeigt es aber, daß es eine gewisse begrenzte außenpolitische Handlungsfähigkeit heute im Ostblock gibt.

(Zustimmung.)

Ich meine, daß wir das nur dann zu unseren Gunsten ausnutzen können, wenn wir diesem Polyzentrismus, diesem Pluralismus des Ostens, einen so geschlossenen und einigen Westen entgegenstellen, wie das überhaupt nur möglich ist.

Wenn uns das gelingt, könnte es uns gelingen, zu einer grundlegenden Veränderungen des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent zu kommen. Ich möchte hier meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen, ohne sie hier im einzelnen jetzt belegen zu wollen. Ich möchte meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen, daß nur und einzig und allein in einem so veränderten Kräfteverhältnis auf dem Kontinent auch die deutsche Frage im Sinne der Selbstbestimmung des deutschen Volkes lösbar ist. Ich glaube nicht, daß es andere Möglichkeiten gibt, als die, eben zur Voraussetzung der Lösung der deutschen Frage zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent zu kommen. Ich bin der Meinung, daß der beste Beitrag, den wir hier zu leisten haben, für diese Einheit und Geschlossenheit des Westens, die wir dem Polyzentrismus des Ostens gegenüberzustellen haben, die Einheit Europas ist.

Nun ist heute nachmittag hier schon viel über das deutsch-französische Verhältnis gerade im Hinblick auf die Einheit Europas und des Zusammenschlusses des Kontinents gesprochen worden. Ich meine, es ist überflüssig, zu betonen, daß die deutsch-französische Freundschaft ihren Eigenwert hat. Wenn zwei Völker, die so oft gegeneinander gestanden haben, zusammenstehen, hat das einen Eigenwert. Ich meine aber, daß das Wesentliche der deutsch-französischen Zusammenarbeit besonders im Hinblick auf Europa gesehen werden muß. Wir dürfen nicht übersehen, daß der deutsch-französische Vertrag zwei Präambeln hat, eine Präambel, die der Deutsche Bundestag einstimmig beschlossen hat, und eine Präambel, die dem Vertragswerk durch die beiden Vertragspartner selbst vorangesetzt worden ist. Ich meine, daß diese Präambel, die wir im Deutschen Bundestag beschlossen haben, auch ein Bestandteil unserer Außenpolitik, der Außenpolitik der Christ-

lich Demokratischen Union, ist. In beiden Präambeln – sowohl der des Deutschen Bundestages wie auch der Präambel, die dem Vertrag unmittelbar vorausgegangen ist – ist das Ziel der Zusammenarbeit definiert: es soll der Einheit Europas dienen.

Ich will hier gar keinen dogmatischen Streit entfachen, ob im Augenblick eine Föderation oder Konföderation möglich ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unser Endziel der europäische Bundesstaat sein muß. Es geht im Augenblick darum, ganz konkrete Schritte zu setzen, um zu dieser Einheit Europa zu kommen. Meines Erachtens können sich diese ganz konkreten Schritte auf zwei Ebenen vollziehen: einmal auf der notwendigen politischen Ergänzung der bisherigen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Rahmen einer politischen Union, die wir wollen und fordern. Über die Schwierigkeiten ist hier einiges gesagt worden. Ich habe – Herr Dr. Gradl hat lebenswürdigerweise darauf hingewiesen – einen konkreten Vorschlag gemacht. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen, sondern ich möchte mich mit den noch konkreteren Fragen beschäftigen, wie wir im Rahmen der europäischen Gemeinschaften Fortschritte erzielen können, die meines Erachtens jetzt hier und heute möglich sind. Da ist einmal die Fusion der Exekutiven, wobei wir darauf achten müssen, daß dann die neugebildete Exekutive nicht zu aufgebläht ist und arbeitsfähig bleibt als ein Direktionsinstrument wirtschaftlicher europäischer Politik in unserer Zeit, und wir wollen darauf hinweisen, daß dann als notwendiger weiterer Schritt die Fusion der Gemeinschaften kommen muß, wobei man der neugebildeten Exekutive Zeit lassen sollte, sich zu überlegen, wie dieser Zusammenschluß, diese Fusion dieser Gemeinschaft, erfolgen kann. Sie wird dann die Erfahrungen haben, um uns Anweisungen geben zu können, wie es auch zur Fusion der Gemeinschaften kommen kann. Ein Zweites ist die Stärkung des Europäischen Parlaments. Ich würde nicht der Meinung sein, daß die Wahlen zum Europäischen Parlament vordringlicher sind.

(Sehr richtig!)

Sicherlich werden wir dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Aber, meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß sich direkte europäische Wahlen zu einem Parlament erst dann lohnen, wenn es diesen Namen auch wirklich verdient.

(Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß das gegenwärtige Europäische Parlament mehr ein Beratungsgremium als ein wirkliches Parlament ist.

Ich meine, daß eine der zwingenden Notwendigkeiten, vor denen wir stehen, bei der Zuständigkeitserweiterung des Europäischen Parlaments das Haushaltsrecht ist. Wir werden immer weitere Kompetenzen und auch Gelder nach Brüssel fließen lassen. Ich meine, wir können es als nationale Parlamente gar nicht verantworten, hier Gelder nach Brüssel fließen zu lassen, die dort nicht jener parlamentarischen Kontrolle unterliegen, die in den nationalen Parlamenten eine Selbstverständlichkeit ist.

(Beifall.)

Ich meine, wir werden das deshalb bei unserer praktischen Politik in den Vordergrund stellen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte im Zusammenhang mit der europäischen Politik noch etwas anderes sagen: Sie wissen, daß wir uns in Europa in den europäischen Gremien – im Europa-Rat und vor allen Dingen im Europäischen Parlament – nicht nach Nationen, sondern nach Fraktionen formiert haben. Es gibt im Europäischen Parlament eine christlich-demokratische Fraktion. Aber ich meine, diese christlich-demokratische Fraktion hat bisher noch nicht – ich bedaure das aufs tiefste! – den Unterbau in der Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien in Europa, den diese Fraktion unbedingt notwendig hat.

(Zustimmung.)

Wenn wir uns die Situation der NEI ansehen, der Nouvelles Equipes Internationales, dann müssen wir feststellen, daß sie jene Möglichkeiten nicht ausgeschöpft hat, die sie hatte, und daß sie jene Hoffnungen nicht erfüllt hat, die wir an den Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteien in Europa gesetzt haben.

Vor einiger Zeit hatte ich ein Rundfunkgespräch mit einem sozialdemokratischen Bundestagskollegen. In dieser Rundfunkdiskussion hat mir dieser sozialdemokratische Kollege gesagt, die christlich-demokratischen Parteien Europas seien die Aufbauparteien von 1950 bis 1960, aber jetzt – so sagte er – seid ihr abgewirtschaftet, müde geworden, jetzt kommt in Europa der Sozialismus dran, jetzt wird die neue Linke das Konzept Europas schreiben und dieses Europa formen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die sozialistischen Parteien Europas ansehe – hier ist eben schon über die Vielfalt der Disengagement-Pläne und weiterer gefährlicher Vorstellungen gesprochen worden –, dann bin ich der Meinung, daß diese neue Linke in Europa einfach eine Fiktion ist, daß es sie gar nicht gibt, sondern daß auch weiterhin das Schicksal dieses Europas im wesentlichen von den christlich-demokratischen Parteien Europas getragen werden muß und daß das Schicksal dieses Kontinents im wesentlichen in unserer Hand liegt. Deshalb meine ich, meine Damen und Herren, daß ich auch in Übereinstimmung mit meinen ausländischen Freunden aus den christlich-demokratischen Parteien Europas, die hier auf unserem Parteitag anwesend sind, Ihnen einen kurzen konkreten Vorschlag unterbreiten darf, den ich Sie recht herzlich bitte, anzunehmen. Dieser Vorschlag lautet:

Das Präsidium der CDU wird aufgefordert, alle von deutscher Seite möglichen Schritte zu ergreifen, um die Internationale Union Christlicher Demokraten zu aktivieren, so daß sie zu einem wirksamen Instrument europäischer Politik wird.

(Lebhafter Beifall.)

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Vorschlag aufnahmen. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Ich danke Herrn Majonica. Wir haben keine Geschäftsordnung. Ich schlage vor, daß wir zu dieser Anregung Stellung nehmen. Wir müssen die Möglichkeit geben, dazu zu sprechen. Wünscht jemand das Wort oder genügt das, was Herr Majonica gesagt hat, um uns davon zu überzeugen, daß wir Ja zu dem sagen, was er vorgeschlagen hat?

(Starker Beifall.)

– Ich stelle fest, daß wir diesen Vorschlag angenommen haben.

Ich erteile in der weiteren Aussprache Herrn Rommerskirchen, Mitglied des Bundestages, das Wort.

ROMMERSKIRCHEN, MdB:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit möchte ich mich ganz kurz fassen. Ich darf aber noch einmal daran erinnern, daß wir uns heute nachmittag im Arbeitskreis „Außen- und Sicherheitspolitik“ befinden. Ich meine, wenn wir in der Christlich Demokratischen Union und in der Christlich Sozialen Union von Verteidigung sprechen, dann sollten wir vor unserem Volke immer wieder betonen, daß wir Verteidigung ganz komplex meinen. Das Konzept der Abschreckung muß so glaubhaft, so überzeugend und damit so wirksam wie nur möglich gemacht werden. Zu dieser Glaubwürdigkeit – so meine ich – gehört über die Verteidigungsbereitschaft und den Verteidigungswillen aller in unserem Volke hinaus nicht zuletzt die Überlebensfähigkeit besonders auch der Zivilbevölkerung. Deshalb sollten wir hier noch einmal zum Ausdruck bringen, daß unsere Anstrengungen einer dringenden Ergänzung bedürfen, daß noch große Selbstschutzanstrengungen erforderlich sind, um dieses Konzept der Abschreckung unsererseits voll wirksam werden zu lassen. Die Voraussetzung für wirksame Selbstschutzanstrengungen ist die Notstandsgesetzregelung. Wir sollten – so meine ich – nicht verschweigen, daß wir den Bundestag erneut auffordern, alle Kraft daran zu setzen, möglichst bald die Notstandsgesetzregelung durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall.)

Es befinden sich vier der acht Gesetze in der Behandlung, sie sind weit fortgeschritten; aber ich meine, es ist nicht schlecht, wenn wir noch einmal diese Ermunterung aussprechen. Das ist das eine.

Mit einem Satz möchte ich nur sagen: Wir sollten uns von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in keiner Weise den Rang ablaufen lassen; sie hat erst an alle ihre Funktionäre die Aufforderung ergehen lassen, sich der neuen Aufgabe, der territorialen Verteidigung, besonders zu stellen. Ich bin der Meinung, daß wir in besonderer Weise das Recht und die Pflicht haben, darauf hinzuweisen, daß diese Aufgabe von uns mit gesehen werden muß und entsprechende Anstrengungen unsererseits erforderlich sind.

Ein Drittes ganz kurz: Wir sollten die SPD auffordern, ihre Verteidigungsbereitschaft und ihren Verteidigungswillen, von dem sie im letzten Jahr so lauthals spricht, nicht zuletzt dadurch zu beweisen, daß sie

einwirkt auf die Hilfstruppe, die sie dauernd mobilisiert, weil sie selber zu einer offenen und ehrlichen Opposition nicht mehr bereit ist. Wir sollten sie also auffordern, ihren Verteidigungswillen zu beweisen durch Einwirkung auf den Deutschen Gewerkschaftsbund, eine Einwirkung dahin, daß dieser Deutsche Gewerkschaftsbund endlich auch seinerseits den erforderlichen Beitrag zur inneren Festigung der Bundeswehr leistet, der vonnöten ist, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund mindestens einen Beitrag dadurch leistet, daß er endlich aufhört, durch unverantwortliche Verdächtigungen gegenüber diesem Instrument und seinen Verantwortlichen das Werk der inneren Konsolidierung zu stören.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen in diesem Zusammenhang vorlese, was sich dieser Deutsche Gewerkschaftsbund jüngst in seinem gewerkschaftlichen Blatt wieder erlaubt. Herr Vorsitzender, wenn Sie es erlauben, zitiere ich ganz kurz. Da heißt es:

„Der Fall von Nagold aber sollte uns darüber belehren, daß Gefahren dieser Art immer noch lauern, sobald gewisse Elemente unserer zivilisierten Gesellschaft eine besondere Gewalt ausüben dürfen.

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Fallschirmjäger von Nagold als Typen nicht wesentlich verschieden sind von den Massenmördern des nationalsozialistischen Verbrecherstaates. Wenn nun beinahe mitleidig vom kleinen Gefreiten Raub geschrieben wird, den man für die krassen Unterlassungen seiner Offiziere in die Zelle wirft, dann wird abermals jenes Befehlsalibi akzeptiert, das Adolf Eichmann für sich beanspruchen zu können meinte

(Zuruf: Das ist unglaublich!)

und mit ihm Tausende bestialischer Mörder überall in der Welt. Ist das kleine Rädchen nicht ebenso strafbar wie die Verfasser eines Rassengesetzes, dann ist am Ende überhaupt niemand mehr zur Verantwortung zu ziehen. Eben dieser kleine Gefreite Raub, der in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Anstoß daran genommen hat, seine Rekruten wider alles militärische Reglement zu schinden, wäre zweifellos im Rahmen der SS-Hierarchie mit demselben idiotischen und sadistischen Eifer ebenso schnell dazu bereit gewesen, wehrlose Menschen zu Tode zu prügeln. Im einen wie im anderen Fall hätte es die Tradition des uniformierten Verbandes von ihm gefordert, und er hätte keine Maßstäbe gekannt, um kriminellen Forderungen Widerstand entgegenzusetzen.“

In einer redaktionellen Anmerkung zu diesem Artikel heißt es – und darum hatte ich gesagt, die unverantwortlichen Verdächtigungen gegenüber den Verantwortlichen dieses Instruments sollten endlich aufgegeben werden –:

„Dem Aufsatz Auschwitz-Nagold geben neue Meldungen zusätzliche Bedeutung. Es wird immer deutlicher, daß Mißstände wie

in Nagold auch anderswo bestehen oder bestanden. Verteidigungsminister von Hassel hat bedauerlicherweise verlauten lassen, er wolle, sobald es opportun erscheint, eine besondere Wehrgerichtsbarkeit schaffen, also künftige Nagold-Prozesse den zivilen Gerichten entziehen.“

Ich meine, wir sollten unseren scharfen Protest gegen solche Verdächtigungen zum Ausdruck bringen.

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Zum Wort haben sich noch gemeldet die Herren Dr. Kopf, Hahner und Dr. Kliesing als Berichterstatter. Ich glaube, daß damit die Rednerliste abgeschlossen ist.

Ich erteile das Wort nunmehr Herrn Dr. Kopf.

Dr. KOPF, MdB, Landesverband Südbaden:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen: Ich meine, es ist den Zielen unserer Außenpolitik nicht dienlich, wenn wir sie etikettieren. Wir kommen nicht wesentlich weiter, wenn wir die Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt mehr der Bewegung oder der Beharrung erblicken. Ich meine, wir müssen uns immer wieder neu an den sachlichen Gesichtspunkten und den sachlichen Zielen der Außenpolitik orientieren.

Die zweite Bemerkung ist folgende: Wir können die Außenpolitik natürlich nicht – das ist eine Binsenwahrheit – an unseren Wünschen orientieren, sondern an den Fakten. Wir müssen uns deshalb die Fakten auch dann klarmachen, wenn sie mit unseren Wünschen nicht übereinstimmen.

Wenn wir einen Blick nach Osten werfen, zeigt sich, daß trotz des wachsenden Polyzentrismus, über den mein Kollege Majonica gesprochen hat, sich die sowjetrussischen Ziele in gar keiner Weise geändert haben. Das ist natürlich nichts Neues. Wir sind seit fünf Jahren gewohnt, immer und immer wieder die massiven Attacken seitens der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik zu Gehör zu bekommen, wobei die Bundesrepublik als der ständige Störenfried dargestellt wird. Neu ist vielleicht nur eines, daß dieses Mal diese Attacken nicht so sehr durch das Sprachrohr der Satelliten erfolgt sind, wie dies gewöhnlich auf den Tagungen der Interparlamentarischen Union der Fall zu sein pflegt, sondern in einem gewissen Frontangriff durch die TASS. Wenn man den Motiven nachgeht, wird man wohl zwei Dinge feststellen müssen: Es liegt wohl zunächst auf sowjetischer Seite eine Verärgerung darüber vor, daß der scheinbare Silberstreifen einer vielleicht weicheren Hand, einer größeren Geneigtheit, ein Silberstreifen, der vielleicht erstmals im Hinblick auf das Passierschein-Abkommen von Weihnachten in Erscheinung getreten ist, verschwunden zu sein scheint und daß sich zeigt, daß auch die jetzige Politik unter dem neuen Bundeskanzler eine Fortführung der bisherigen Politik darstellt. Das zweite Ziel dürfte wohl darin zu erblicken sein, daß die Bundes-

republik von den Alliierten getrennt werden soll. Wenn wir dieses Ziel erkennen, dann besteht für uns eine stärkere Verpflichtung, unsere Verbindung mit unseren Alliierten so eng wie möglich zu gestalten. Aber gestatten Sie mir zunächst noch ein Wort zur Frage der sogenannten Hallstein-Theorie oder besser der Hallstein-Regel: Bei allem Mißtrauen, das man Dogmen oder apodiktischen Regeln in der Politik entgegenzubringen pflegt, hat sich eines doch erwiesen, daß sich diese Hallstein-Regel wirklich im Laufe der letzten Jahre über alle Erwartungen hinaus bewährt hat und daß sie sich auch heute noch bewährt und daß sie auch heute noch genauso unentbehrlich für uns ist, wenn uns daran liegt, eine politische Aufwertung der Sowjetzone zu vermeiden und wenn uns daran liegt, die Gesamtrepräsentanz des deutschen Volkes so vorzunehmen, wie das auch im Grundgesetz in klarer Weise zum Ausdruck gekommen ist. Wir können darauf nicht verzichten. Wir haben erst erneut in einzelnen Fällen der letzten Zeit wiederum daher diese wirklich bewährte Regel zur Anwendung bringen müssen. Aber notwendig ist unsere enge und engste Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten. Und hier gilt ein Wort Frankreich, und ein anderes Wort gilt Amerika.

Der deutsch-französische Vertrag ist in sein zweites Jahr eingetreten. Es ist richtig, daß Frankreich in einem Augenblick agiert, in dem nach Erledigung des Algerienkonflikts dieses große Land ein stärkeres Maß von souveräner Handlungsfreiheit gewonnen hat und nun Wert darauf legt, mit einem vermehrten Maß von Eigenständigkeit auch in die Weltpolitik einzugreifen. Das haben wir in der Chinafrage gesehen. Aber die Chance, die deutsch-französische Politik ständig abzustimmen, ist im deutsch-französischen Vertrag gegeben. Diese Chance muß genützt werden; sie soll auch in der Zukunft genützt werden; sie soll auch dann genützt werden, wenn sich im Einzelfall zeigen sollte, daß der Weg der französischen Politik ein Sonderweg ist, der durch die besonderen Ziele dieser Politik bestimmt ist. Wir sollten diesen Vertrag nach allen Möglichkeiten auszuschöpfen versuchen. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß unsere enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor unsere Regel bleibt. Wir haben im Deutschen Bundestag versucht, dieses Koordinatensystem unserer Außenpolitik in der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag festzulegen. Ich meine, daß uns diese Präambel auch geglückt ist, und ich glaube, daß diese Gesichtspunkte, die in der Präambel zum Ausdruck gebracht sind, auch heute noch für uns Geltung haben.

Wir legen allergrößten Wert auf eine Stärkung der NATO, trotz aller Schwierigkeiten, die wir sehen.

Was nun das andere Problem, die Schaffung der sogenannten Politischen Union angeht, so war es wohl richtig, daß der neue Bundeskanzler seine Besuche in vier oder fünf Hauptstädten dazu benützt hat, die Möglichkeiten eines Fortschreitens im Gebiete der europäischen Einigung auszuloten. Wenn es sich dabei gezeigt hat, daß wir im Augenblick in Richtung auf die Schaffung einer Europäischen Politischen Union nicht weiterkommen können, so waren diese Gespräche keineswegs nutzlos.

Wir wissen insbesondere auch, daß diese Möglichkeiten, weiterzukommen, auch die Billigung Frankreichs gehabt hätten. Heute wissen wir allerdings, daß wir im Augenblick in diesen Bemühungen nicht weiterkommen können, weil mindestens drei Länder der Auffassung sind, daß *zunächst einmal die Frage der Entwicklung mit Großbritannien* abgewartet werden muß. Aber auch dann, wenn sich dieser Gedanke im Augenblick als nicht realisierbar darstellt, so wird ihm doch an politischem Gewicht für die Zukunft und an Zukunftsträchtigkeit nichts genommen. Ich bin der Meinung, daß gerade diese enge wirtschaftspolitische Verschmelzung der sechs Staaten zwar ein politisches Faktum darstellt, daß sie aber der Ergänzung bedarf auf außenpolitischem Gebiete. Diese Ergänzung muß in einer Art und Weise erfolgen, die dem Thema und dem Gegenstand gemäß ist, das heißt diejenigen Maßnahmen der Zusammenarbeit, die in der Form der Integration gefunden worden sind, für das wirtschaftspolitische Gebiet, sind nicht ohne weiteres übertragbar. Es sind subtilere Angelegenheiten wie die Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik. Hier bietet sich vielmehr ein anderes Instrument dar: das Instrument der Konsultation, das Instrument der Kooperation, der Koordination, und eines Tages wird bestimmt wieder die Situation reif sein, für diese Bemühungen, die wir im Augenblick nicht fortführen können, um die Schaffung einer Europäischen Politischen Union wieder mit hoffentlich besserem Erfolg aufzunehmen. Dabei ist allerdings auch deutlich zu sehen, wie sich Großbritannien zu diesen Bemühungen stellt. Hier haben – im Unterhaus, in einer Fragestunde – die letzten Wochen eine sehr aufschlußreiche Debatte gebracht. Von Herrn Butler ist gesagt worden, daß im Augenblick die Frage des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sich nicht stellt und daß im übrigen, was die Frage der Union angeht, zwei Dinge nach britischer Meinung der Konservativen vermieden werden müßten, nämlich erstens die Frage der Schaffung einer Föderation und, zweitens, die Abtretung von Souveränitätsrechten. Es war nicht uninteressant, durch diese Zwischenbemerkung etwas Aufschluß über die britische Haltung zu bekommen. Nun ist gesagt worden, daß einer der wichtigen Hebel, um den europäischen Gedanken vorwärtszutreiben, die Stärkung des Europäischen Parlaments sei. Das ist zweifellos richtig. Hier sind wir unserer Bundesregierung dafür dankbar, daß auch sie als Regierung die Notwendigkeit erkannt hat, dieses Europäische Parlament zu stärken und ihm dabei zu helfen, daß es nicht nur in der Hauptsache den Charakter einer konsultativen Versammlung hat, sondern daß ihm auch Befugnisse zuwachsen, die seine eigene Tätigkeit stärken und erhöhen.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß von deutscher Seite aus Vorschläge gemacht worden sind, die eine solche Stärkung der Kompetenz des Europäischen Parlaments zum Gegenstand haben. Ich würde dabei nicht so sehr im Augenblick auf die Einführung der direkten Wahlen in Deutschland drängen. Ich meine, diese direkten Wahlen stehen doch stark in Verbindung mit der Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments; aber der Grundgedanke ist zunächst einmal, dieses Europäische Parlament zu stärken. Das ist ein richtiger und

guter Gedanke. Insbesondere sollte auch die Möglichkeit bestehen, dieses große Vakuum, das wir auf dem Gebiete des europäischen Verordnungsrechtes im Augenblick und bezüglich der Haushaltskontrolle und der großen Mittel haben, die künftig in europäischen Fonds anwachsen werden, dadurch auszufüllen, daß man dem Europäischen Parlament die Stellung anweist, die ihm von Natur aus zuwachsen müßte.

So glaube ich – und damit möchte ich schließen –, daß eine unserer wesentlichen deutschen Aufgaben immer die sein und bleiben wird: daß wir zwar deutsche Politik betreiben und in erster Linie die Politik unserer Wiedervereinigung, aber daß wir zugleich erkennen, daß unsere deutsche Politik auch eine eminent europäische Politik sein und bleiben muß.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. FURLER:

Das Wort hat nunmehr Herr

HÄHNER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur wenige Minuten bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit: Vor zwei Monaten bin ich von einer mehrwöchigen Reise durch Brasilien zurückgekommen. Ich habe dort zuerst den Nordosten dieses Landes besucht und anschließend auch die Städte Brasilia und Rio. Im Nordosten, meine Damen und Herren, im Bundesstaat Pernambuco, ist der Gouverneur ein prokommunistischer Mann, ein Mann, der in der Zeit kurz vor Weihnachten eine größere Liebesgabensendung des Herrn Ulbricht entgegennahm, um die armen hungernden Menschen in Pernambuco damit zu beschenken. In Rio besuchte ich den Gouverneur Carlos Lacerda, einen, wie einige von Ihnen sicherlich wissen, bekannten scharfen Antikommunisten, einen der beiden Gouverneure, die sich geweigert hatten, Tito in ihrer Stadt zu empfangen. Das waren der Gouverneur von Sao Paulo und der Gouverneur von Rio, die beide erklärten, einen mehrfachen Massenmörder könne man nicht in seiner Stadt empfangen.

Meine Damen und Herren! Zum deutschen Problem – deshalb sage ich es hier –: Mir fielen in Brasilien mehrere Landkarten in die Hände, unter anderem der neue amtliche Schulatlas. In diesem neuen amtlichen Schulatlas für die Schulen Brasiliens ist als deutsche Grenze die Oder-Neiße-Grenze eingezeichnet.

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Ich meine – und deshalb habe ich mich noch zum Wort gemeldet, und deshalb bitte ich Sie, mich noch die wenigen Minuten in Geduld anzuhören –, daß wir morgen noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen sollten, daß wir die Grenzen von 1937 meinen. Ich meine doch, daß dieser Standpunkt bei uns noch unbestritten ist. Ich möchte, daß man das zumindest in aller Öffentlichkeit noch einmal klarstellt. Die Formulierung ist bisher noch nicht gesagt worden, und vorübergehend gab es in Deutschland hierüber eine sehr große Diskussion. Manchmal muß man den Eindruck haben,

daß im Ausland Menschen meinen, die Deutschen nähmen es selbst nicht mehr so ernst mit dieser Frage der Grenzen von 1937.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! –

(Bundesaußenminister Dr. Schröder: Wenn ich einen Zwischenruf machen darf: das steht in der Regierungserklärung ausdrücklich drin! Feierlicher kann man das nicht besser sagen als in der Regierungserklärung!)

– Ich glaube das gerne, Herr Minister. Ich weiß nicht, ob es für die innerdeutsche Situation und für den innerdeutschen parteipolitischen Kampf nicht gut ist, wenn wir als CDU vielleicht morgen noch einmal in aller Deutlichkeit sagen sollten, daß wir das meinen.

Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß der gleiche Gouverneur von Rio, Carlos Lacerda – zweifellos ein etwas umstrittener Mann, aber ein Mann, der Aussichten hat, im nächsten Jahr Präsident Brasiliens zu werden –, beabsichtigte, in Rio, einer Stadt, die etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Groß-Berlin hat, ein Denkmal der Berliner Mauer zu setzen und daß er leider auf seinen Vorschlag hin von der zuständigen deutschen Botschaft einige Monate auf Antwort warten mußte. Natürlich wollte dieser Lacerda – ich halte das durchaus für möglich – diese Sache – das läßt sich verbinden – im innerpolitischen Kampf gegen die Kommunisten verwenden. Und er wollte zweitens dieses Berlin als das wirkungsvollste Symbol für die verbrecherische Haltung der Kommunisten herausstellen. Er hatte – meines Wissens – nach mehreren Monaten – deshalb sage ich es auch noch – noch gar keine Antwort – ich war am zweiten Weihnachtstage mit ihm zusammen – bekommen.

Ich darf Ihnen aber auch noch ein Positives sagen: Das war – so meine ich – die Aktion, die über das Auswärtige Amt gelaufen ist, daß nach dem Konzil zahlreiche ausländische Bischöfe, so unter anderem eine brasilianische Bischofsgruppe, nach Berlin geführt worden sind. Diese brasilianischen Bischöfe haben später in Presseartikeln und in Ansprachen in Brasilien – ich war gerade zu dieser Zeit in Brasilien, als diese Bischöfe zurückkamen – ganz klar und aus ihrem eigenen Erleben deutlich machen können, was dort in Berlin ist. Das schlimmste war, so sagen sie, erstens der Eindruck der Mauer und das zweite Furchtbare war der Weg nach Ostberlin – sie bekamen die Erlaubnis, nach Ostberlin gehen zu dürfen – und der furchtbare Unterschied. Sie sagten, es sei keine Erklärung nötig gewesen und es kätte keiner mehr ein Wort zu sagen brauchen. Die Besucher dieser Gruppe, die von Westberlin nach Ostberlin gingen, sprachen von einem furchtbaren Eindruck.

Ich meine, ganz'nüchtern gesprochen, das ist eine Investition, die sich im Sinne unserer deutschen Politik bezahlt macht.

(Sehr richtig!)

Das ist eine sehr wertvolle Angelegenheit. Ich wollte Ihnen auch das gesagt haben.

Bitte nehmen Sie die Anregung bezüglich der Grenzen von 1937, wenn man auch hier dieser Meinung ist, mit in die Entschließung auf.

Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. Furler:

Als letzter Redner spricht jetzt unser Berichterstatter, Herr Dr. Kliesing.
Dr. Kliesing, MdB:

Meine lieben Freunde! Gestatten Sie mir trotz der schon gelichteten Reihen einige kurze Bemerkungen: Der Berichterstatter steht nun vor der schwierigen Aufgabe, die Fülle des hier heute Gebotenen morgen früh im Plenum in einem Bericht von zwölf Minuten Dauer darzubieten. Ich möchte alle Freunde, die sich an der Diskussion beteiligt haben, schon jetzt um Entschuldigung bitten, wenn sie morgen früh in dem Bericht nicht alle die Gedanken wiederfinden, die sie heute nachmittag hier vorgetragen haben. Das eine oder andere läßt sich dann wohl in der nachfolgenden Aussprache nachholen.

Nun möchte der Berichterstatter zunächst seinen Dank aussprechen für diese Diskussion, und zwar aus verschiedenen Gründen, einmal wegen der Offenheit, mit der hier gesprochen worden ist und die klar gemacht hat, daß es bei uns keine Tabus gibt und daß wir es nicht nötig haben, auf unserem Parteitag gewisse Themen auszuklammern. Dankbar bin ich aber aus einem anderen Grunde: Dieser Arbeitskreis hatte die Aufgabe, den eigenen außenpolitischen Willen und die Vorstellung der CDU von der Außenpolitik darzulegen und nicht etwa in eine breite Analyse fremder Politik einzutreten, eine Gefahr, die immer dann besteht, wenn außenpolitische Experten miteinander diskutieren. Ich bin sehr dankbar, daß im großen ganzen das auch hier gelungen ist.

Nun erlauben Sie mir noch einige Ergänzungen: Zunächst möchte ich eine Feststellung treffen, die mir politisch sehr wichtig erscheint. Die grundlegende Frage, die hier zu beantworten war, ist wohl die: ob die CDU ihre bisherige Außen- und Verteidigungspolitik fortsetzen will oder ob es einer neuen Politik bedarf. Das heißt es war die Frage nach der Kontinuität unserer Außenpolitik gestellt. Ich glaube feststellen zu dürfen, daß diese Frage ganz eindeutig und klar im Sinne dessen beantwortet worden ist, daß selbstverständlich die Dynamik des weltpolitischen Prozesses immer wieder aufmerksam beobachtet werden, daß aber unter allen Umständen die Kontinuität unserer Außen- und Verteidigungspolitik gewahrt bleiben muß.

(Beifall.)

Insonderheit standen drei Themen zur Diskussion: die Deutschland-Frage vor dem Hintergrund der Ost-West-Spannung, die Europa-Frage und die atlantische Frage.

Zur Deutschland-Frage waren die Aussagen eindeutig und klar; ich brauche sie nicht zu ergänzen. Bei der Europa-Frage wurde klar und deutlich herausgestellt der Zusammenhang, der zwischen der Deutschland-Frage und dem Europa-Problem besteht, woraus sich die Not-

wendigkeit ergibt, unsere Europa-Politik, soweit es in unseren Kräften steht, zu aktivieren.

Ich möchte hier eine Ergänzung anfügen, weil mir scheint, daß eine Aktivierung unserer Europa-Politik auch noch aus einem anderen Grunde notwendig ist, wenn Sie wollen, von der entgegengesetzten Seite her: von der atlantischen Frage.

Präsident Kennedy hat mit seiner großen Idee von der atlantischen Partnerschaft – wie ich meine – das Programm für diese und die nächste Generation gestellt. Ich meine, wir sollten diese Idee bejahen, weil der Weg der weltpolitischen Entwicklung in diese Richtung hineinführt; aber wir müssen leider feststellen, daß der eine der beiden Partner, nämlich der europäische, noch gar nicht existiert.

(Sehr richtig!)

Die Begründung seiner Existenz deshalb zu beschleunigen, scheint mir ebenfalls eine sehr wichtige Aufgabe deutscher Außenpolitik zu sein. Selbstverständlich können wir Europa nicht bauen ohne die engste vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen uns und Frankreich.

(Sehr gut!)

Es reicht nicht aus, lediglich im Bundestag für die Annahme des deutsch-französischen Vertrages zu stimmen, man muß auch bereit sein, in der Politik die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

(Sehr gut!)

Hier erhebt sich nun die Frage nach unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Ich rühre dieses Thema hier nur stichwortartig an, weil in den letzten Monaten hie und da Stimmen aufgekommen sind, die der Auffassung sind, eines Tages müßten wir wählen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten. Ich halte diese Auffassung für gefährlich, ja geradezu für lebensbedrohend.

(Sehr wahr!)

Ich meine, ich brauche hier nicht darauf einzugehen, wie notwendig eine enge vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ist. Addieren Sie – beispielsweise – die Verteidigungshaushalte der 15 NATO-Mitgliedsstaaten im Jahre 1962 – Sie werden dann zu der Feststellung kommen, daß allein 75 Prozent davon auf die Vereinigten Staaten entfallen. Das heißt, die Vereinigten Staaten bezahlen dreimal soviel wie die 14 anderen Staaten zusammen. Fügen Sie dem noch den Hinweis auf das wirtschaftliche Potential der Vereinigten Staaten hinzu hinsichtlich ihrer gewaltigen konventionellen Kräfte und auch die Tatsache, daß innerhalb der westlichen Welt die Vereinigten Staaten über 97 Prozent des nuklearen Potentials verfügen, unter dessen Schutz alle Staaten der freien Welt heute Politik machen, dann – so meine ich – ist diese Frage beantwortet. Daraus ergibt sich für mich eine Folgerung: Es ist eine lebenswichtige Aufgabe der deutschen Politik, dafür zu sorgen, daß sie niemals in eine Situation gebracht wird, in der sie zu optieren hätte zwischen Paris und Washington. Soviel dazu. Man kann natürlich über diese Dinge nicht sprechen, ohne auf die

NATO zu kommen. Auch hier möchte ich ergänzend einen Gedanken hinzufügen. Es wird die Divergenz innerhalb der NATO beklagt, die Autonomie, die verschiedenartigen Wege der Politik der NATO-Mitgliedsstaaten. Ich frage mich, woran das liegt. Ich stelle diese Frage sehr ernst, insbesondere im Hinblick auf das Jahr 1969. Ich möchte meine Auffassung in der Form einer Frage formulieren: Wäre diese Entwicklung, die wir beklagen, auch eingetreten, wenn es rechtzeitig gelungen wäre, die NATO über den Rang einer bloßen Militär-Allianz zu einem politischen Führungs- und Koordinierungsinstrument zu machen? – Ich meine daher, daß eine weitere Aufgabe der deutschen Außenpolitik darin besteht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die politische Funktionsfähigkeit der NATO zu steigern und damit zu einer gesamtpolitischen Konzeption innerhalb der atlantischen Welt zu gelangen.

Schließlich möchte ich noch meinem Freunde Majonica dafür danken, daß er hier das Problem der NEI angeschnitten hat. Ich teile seine Auffassungen und seine gegebenen Begründungen voll und ganz und möchte nur noch einen Satz hinzufügen: Nicht nur aus diesen Gründen der europäischen Politik und der Zusammenarbeit heraus ist eine Stärkung der NEI notwendig, sondern man wartet darauf, auch insbesondere in Latein-Amerika und in weiten Teilen Schwarzafrikas.

(Beifall.)

Denn dort haben die sozialistischen Parteien, dank der europäischen Zusammenarbeit der Sozialdemokraten, einen erheblichen Vorsprung, und selbst die liberalen Parteien sind dort weiter als wir. Es kommen Hilferufe von Christlichen Demokraten aus Latein-Amerika und aus Schwarzafrika zu uns, die uns bitten, ihnen doch zu helfen. Ich möchte nicht, daß die Generation, die auf uns folgt und die dann christlich-demokratische Politik zu machen hat, uns vorwirft, daß wir versagt hätten und daß die Entwicklungen einen Weg gegangen seien, der nur zu beklagen wäre.

Lassen Sie mich noch kurz ein Wort zur Verteidigungspolitik sagen: Mir war von vornherein klar, daß angesichts der Fülle von Problemen die Verteidigungspolitik hier in der Diskussion etwas zu kurz kommen würde. In Voraussicht dessen hat sich der CDU-Bundesauschuß für Verteidigungspolitik, dessen Vorsitz ich habe, mit diesen Dingen befaßt, und er hat dem Präsidium der Partei vorgeschlagen – der Vorschlag ist akzeptiert worden –, die breite Fülle der verteidigungspolitischen Fragen in absehbarer Zeit in einem eigenen verteidigungspolitischen Bundeskongreß der CDU zu diskutieren. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß es dennoch notwendig ist, auch von diesem Parteitag aus schon ein Wort zu sagen, indem wir einige Sätze in die Gesamtentschließung des Parteitages aufnehmen. Ich darf Ihnen diese Sätze hier verlesen. Sie lauten:

„Aus Verantwortung für die Freiheit des ganzen deutschen Volkes hat sich die CDU stets, allen politischen Widerständen zum Trotz, zu einer umfassenden Verteidigungspflicht bekannt. Sie fühlt sich daher allen Staatsbürgern, die sich für diese Auf-

gaben einsetzen, verbunden. Insbesondere dankt sie allen Angehörigen der Bundeswehr.

Auch im Verteidigungsbereich gilt die Sorge der CDU vornehmlich dem Menschen. Daher bejaht sie die Grundsätze der inneren Führung und erwartet die Konsolidierung der Bundeswehr.

Die CDU fordert, dem Soldaten eine seinen Leistungen entsprechende Stellung in der Gesellschaft zu sichern, eine bessere Weiterbildung für alle Soldaten der Bundeswehr und Anerkennung der während der Dienstzeit abgelegten Prüfungen im Zivilleben, besondere Berücksichtigung der gedienten Wehrpflichtigen beim Wiedereintritt in das Berufsleben oder beim Studiumbeginn, Verstärkung aller Bestrebungen, die Lebensverhältnisse des Soldaten und ihrer Angehörigen nachhaltig zu verbessern, insbesondere durch den Bau familiengerechter Wohnungen, durch Soldatenheime und Sportstätten, durch Neubau und Modernisierung von Unterkünften.

Diese und andere Anliegen werden im Mittelpunkt des verteidigungspolitischen Kongresses der CDU stehen.

Die CDU vertraut der Bundeswehr und erwartet, daß die Öffentlichkeit das Bemühen um die innere Festigung durch gerechte Wertung der Aufgaben und der Leistungen unterstützt."

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Teil einer Entschließung Ihre Zustimmung gäben.

Dann muß ich wegen meiner morgigen Berichterstattung aber auch noch eine weitere Bemerkung machen: Ich gehe nicht gerne in die Vergangenheit zurück; wir sollten mehr in die Zukunft schauen. Das hat der heutige Nachmittag hier wohl bewiesen. Aber ich meine, eines darf doch nicht verschwiegen werden: Hier ist das Werben der SPD in den Kasernen erwähnt worden. Man kann in der positiven Einstellung der SPD, die sie jetzt zur Bundeswehr gefunden hat, tatsächlich etwas Positives sehen. Man könnte das zum mindesten, wenn das leider nicht verbunden wäre mit einem Vorgehen der SPD im Hinblick auf ihre eigene Vergangenheit in wehrpolitischen Dingen, die man nur schlicht und einfach als den Versuch einer Geschichtsfälschung bezeichnen kann.

Heute wird dem Soldaten und dem ganzen deutschen Volke gesagt, daß die SPD auch in den 50er Jahren schon für den militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik gewesen sei und daß das ganze nur ein Streit um die Methoden gewesen sei. Ich meine, dem müssen wir energisch widersprechen, nicht nur, weil wir selbst über ein gewisses Erinnerungsvermögen verfügen, sondern weil die Tatsachen doch dokumentarisch in den Stenographischen Protokollen des Deutschen Bundestags und in anderen Dokumenten festgelegt sind.

Zum Schluß noch eines: Ich meine, dieser Arbeitskreis hat das besondere Interesse der Öffentlichkeit gefunden, weil in den letzten Monaten in zunehmendem Maße von Divergenzen innerhalb der CDU, von Polaritäten usw. gesprochen worden ist.

Ich halte es für politisch sehr wichtig, daß ich als Berichterstatter hier zum Schluß feststellen darf, daß die CDU in allen außenpolitisch wichtigen Fragen geschlossen und einheitlich in ihrer Meinung dasteht.

(Starker Beifall.)

Prof. Dr. Furler:

Meine Damen und Herren! Ich darf wohl feststellen, daß Sie zustimmen, daß dieser Resolutionsentwurf dem allgemeinen Redaktionskomitee vorgelegt wird.

Wir stehen nunmehr am Ende dieser Tagung des Arbeitskreises. Es ist nicht die Aufgabe des Vorsitzenden, jetzt ein großes Schlußwort zu sprechen. Das Resümee der Arbeiten dieses Kreises wird morgen als Berichterstatter Herr Dr. Kliesing geben.

Mir bleibt nur übrig, allen zu danken, die hier mitgearbeitet haben. Ich meine, wir haben unsere Aufgabe erfüllt. Hier wurde sehr klar, konkret und sachlich diskutiert; man ist den Problemen nicht ausgewichen.

Ich darf feststellen, daß wir erkannt haben, welches die großen Grundgedanken und Grundlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind. Diese Leitgedanken werden im politischen Alltag immer wieder verwendet, um zu Lösungen zu gelangen, die sich natürlich den gegebenen Situationen anpassen müssen. Die eingehende Aussprache bewies: es gibt in diesen außen- und sicherheitspolitischen Grundfragen in unserer CDU nur übereinstimmende Meinungen.

Ich danke Ihnen für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Arbeitskreis III

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Bundesminister a. D. Dr. WILHELMI, MdB:

Meine lieben Parteifreunde! Ich eröffne die Sitzung des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialpolitik und würde vorschlagen, daß wir wie folgt verfahren. Es war heute morgen im Plenum nicht möglich, daß sich eine Sachdebatte entfaltet hat, die für unseren Arbeitskreis von Bedeutung gewesen wäre. Insbesondere haben die Herren Minister Schmücker und Blank, die ich aufs herzlichste begrüße, nicht sprechen können. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir zunächst ein Kurzreferat sowohl von Herrn Minister Schmücker wie von Herrn Minister Blank entgegennehmen, damit wir in die Thematik unseres Arbeitskreises hineinkommen. Besteht darüber Einverständnis?

(Zustimmung.)

Ich stelle das fest und darf nun Herrn Minister Schmücker bitten, seine Ausführungen zu machen.

Bundeswirtschaftsminister SCHMÜCKER:

Meine lieben Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wilhelmi sagte: Kurzreferat; das ist in der Tat angebracht. Was soll über das hinaus, was der Herr Bundeskanzler heute morgen zur Wirtschaftspolitik in seinem Referat gesagt hat, in einem Kurzreferat noch ausgeführt werden können? So will ich mich auf eine Zusammenfassung beschränken. Diese Zusammenfassung ist notwendig, wenn wir in diesem Arbeitskreis eine Resolution erarbeiten wollen. Die Anträge, die gestellt sind, haben sicher ihre große Bedeutung. Aber sie sind mehr oder weniger von dem Eifer der jeweiligen Antragsteller abhängig. Die Stellung eines Antrages besagt noch nicht, daß damit ein sehr wichtiges oder das wichtigste Anliegen angesprochen ist.

Wenn Sie mich fragen würden, was das wichtigste Anliegen der Wirtschafts- und Sozialpolitik – darf ich die Sozialpolitik miterwähnen, Theo Blank? – in diesem Augenblick ist, dann würde ich so darauf antworten, wie ich überzeugt bin, daß die meisten Bürger unseres Landes antworten würden: die Erhaltung der Stabilität; so hat es der Herr Bundeskanzler vorhin auch ausgedrückt.

Als wir am Ende des vergangenen Jahres den Wirtschaftsbericht vorgelegt haben – im nächsten Jahr werden wir dieser Sorge enthoben sein, da macht das das Gutachtergremium –, da konnten wir die Prognose stellen daß wir es mit einer ruhigeren Entwicklung zu tun haben. Aber schon im November, Dezember hat sich das Bild sehr erheblich geändert. Heute werden wir von allen Seiten befragt, was wir tun wollen, um die wirtschaftliche Entwicklung wieder in den bekannten Griff zu bekommen. Ich will auf Zahlen hier verzichten; der Herr Bundeskanzler hat heute morgen schon einige genannt.

Wir sind uns einig darüber, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung stürmischere Formen angenommen hat, als wir das erwartet haben und als uns das lieb ist. Ich möchte aber bitten, daß man angesichts dieser Entwicklung Ruhe und Besonnenheit bewahrt und sich um eine sachliche Beurteilung bis ins Detail bemüht. Denn nur schnell handeln, um zu handeln, bringt noch keine Änderung. Wir müssen uns klar darüber werden, wo die Ursachen liegen. Sie liegen zum Teil in der innerdeutschen Entwicklung und größtenteils in der außerdeutschen Entwicklung.

Rund 50 % des Außenhandelsüberschusses sind im letzten Viertel des Jahres angefallen. Der Gesamtwachst des Außenhandelsüberschusses im Jahre 1963 gegenüber dem Jahre 1962 entspricht in etwa dem Außenhandelszuwachs der EWG-Staaten. Ich glaube, man muß einen Unterschied zwischen dem Handel mit den EWG-Staaten und mit den Drittländern machen. Die Ursachen des Überschusses sind unterschiedlich. Es könnte uns passieren, wenn wir hier nicht differenzieren, daß wir zwar im Inner-EWG-Verkehr eine Beruhigung erreichen, aber gleichzeitig im Verkehr mit den Drittländern Schaden nehmen, einen Schaden, den wir möglicherweise in den nächsten Jahren nicht so rasch, wie es notwendig wäre, reparieren könnten.

Darf ich die Punkte kurz aufzählen, die von Staats wegen hierzu beizutragen wären; aufzählen ist eine leichte Übertreibung, denn ich bin, wie Sie ahnen werden, nicht berechtigt, all das zu sagen, was an Vorbereitungen bereits getroffen ist. Dennoch werde ich einmal, soweit es mir möglich ist, einen Katalog der notwendigen und der zu treffenden Maßnahmen aufstellen.

Ich beginne mit den Aufgaben des Staates. Im vorigen Jahr haben wir schon den Versuch gemacht, der leidlich durchgezogen worden ist, die Etatpolitik des Bundes und auch der Länder zu begrenzen. In diesem Jahr steht die magische Zahl – wie man inzwischen spöttisch sagt – von 60,3 Milliarden allem voran. Es ist geradezu bewundernswert, wie der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sich an diese Zahl hält. Wir begrüßen es, daß auch die Länder, abgesehen von einigen, die natürlich nicht ohne Ausreden sind – Ausreden, die zum Teil sogar Begründungen darstellen –, sich an diese Norm halten. Unsere Bitte ist, daß auch die Gemeinden das tun, daß zumindest unsere Parteifreunde in den Gemeinden verlangen, daß man in ihren Kommunen in gleicher Weise verfährt. Es muß uns gelingen, die Etatpolitik in den Griff zu bekommen. Die Haushaltssumme der öffentlichen Hand geht über 100 Milliarden DM hinaus, und sie bildet eine Nachfragemacht – wie soll ich mich ausdrücken? –, eine wirtschaftliche Ziffer von unerhörter Bedeutung, denn dieser Betrag macht ungefähr 30 % des Bruttosozialproduktes aus. Deshalb sind wir in der Lage, vom Haushalt her, wenn wir es nur wollen, die Wirtschaft im Sinne einer Beruhigung zu beeinflussen.

Aber darüber hinaus sind sicherlich eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen notwendig, die den Kapitalverkehr, die Handelspolitik, aber auch die steuer- und finanzpolitischen Planungen betreffen. Diese

Einzelmaßnahmen werden mit einem gewissen Überraschungsmoment getroffen werden müssen; der Bundeskanzler hat es angedeutet. Ich würde sehr bitten, damit einverstanden zu sein, daß ich meinerseits nur auf die Notwendigkeit dieser Maßnahmen hinweise. Sie, meine Damen und Herren, möchte ich aber bitten, dazu Stellung zu nehmen. Denn ich meine, daß die eine oder andere Anregung zur Ergänzung sicherlich noch denkbar wäre.

Neben diesen mit einer – ich sage es noch einmal – Plötzlichkeit durchzuführenden Maßnahmen ist es sicherlich erforderlich, auch die übrigen wirtschaftspolitischen Vorhaben auf die konjunkturpolitischen Notwendigkeiten auszurichten, die sich uns jetzt stellen. Ich habe schon früher immer wieder den Standpunkt vertreten, daß eine Vielzahl von konjunkturpolitisch notwendig werdenden Einzelmaßnahmen vielleicht überflüssig sein würde, wenn wir eine bessere Struktur hätten. Ich meine damit nicht nur eine bessere Struktur im Sinne einer regionalen Ordnung, sondern eine bessere gesetzliche Struktur im Sinne eines Wettbewerbs, der alle gleich trifft und daher für alle verbindlich ist; anders ausgedrückt lautet das: eine Gesellschaftsordnung, die es jedem ermöglicht, an diesem Wirtschaftsleben mit gleichen Chancen – und damit natürlich auch mit gleichem Risiko – teilzunehmen.

Ich möchte ganz bewußt sagen, daß es nach meiner Auffassung zu den wirtschaftspolitisch notwendigen Maßnahmen der Monate dieses Jahres auch gehören wird, daß wir uns bemühen, die Kartellnovelle und auch die Aktienrechtsreform im Sinne der Regierungsvorlage zur Verabschiedung zu bringen. Es gibt eine Vielzahl von Kleinigkeiten, die draußen Ärger bringen und die, wenn wir sie anpacken, sich auch konjunkturpolitisch günstig auswirken können. Ich erinnere hier an den Vorschlag, zum Beispiel sozialversicherungsrechtliche Vorschriften hinsichtlich der Möglichkeit des besseren Einsatzes von Aushilfskräften zu überprüfen; ich sage das nur als Beispiel. – Das ist der erste Komplex. Der zweite wäre, daß wir uns verstärkt darum bemühen – Sie wissen auf Grund der Erklärung der Bundesregierung im Ministerrat in Brüssel und auf Grund der Besuche des Herren Marjolin und von der Groeben, daß wir das bereits tun –, innerhalb der EWG eine Koordinierung zu erreichen. – Meine Damen und Herren, darf ich hier eine Bemerkung machen, die mehr die Art des Regierens in Brüssel angeht als die Sache. Es ist sehr schwer, kurz informiert oder sogar nach den Abstimmungen erst informiert – auch so etwas gibt es –, in Brüssel über Dinge sprechen zu müssen, die man zu Hause noch nicht einmal hat abstimmen können. Um wieviel schwieriger ist es dann, mit den anderen Delegationen Kontakt aufzunehmen.

Da hat die Montanunion – ich möchte hier unserem Freund Hellwig dafür ausdrücklich danken – ein System entwickelt, das nunmehr die EWG zu übernehmen scheint. Ich halte dieses System für gut. Es funktioniert so, daß die Hohe Kommission vor wichtigen Entscheidungen Kontakt mit den einzelnen Mitgliedsländern aufnimmt, um ihre Maßnahmen vorzubespochen und um uns auch eine Vorinformation zu geben, damit in den entscheidenden Verhandlungen sachlich diskutiert

und dann auch rascher und vernünftig, ohne Zeitdruck die Angelegenheiten zu Ende gebracht werden. – Ich wiederhole, was ich in München zu den Weihnachtsverhandlungen, die die Agrarverordnung betrafen, gesagt habe: Es war zeitweilig so, daß die Verabschiedung nur noch deswegen möglich war, weil etliche nicht mehr in der Lage waren, die Texte zu lesen. Das ist kein Verfahren, das sich auf die Dauer bewähren kann. Es ist notwendig, hier eine andere Vorbereitung durchzuführen. Ich möchte noch einmal sagen: das Verfahren, das Freund Hellwig durchgesetzt hat, müssen wir auch in Brüssel übernehmen, und es geschieht.

Ich brauche nun auf die Zahlen, die uns Frankreich und Italien liefern, nicht näher einzugehen. Auch das ist heute morgen schon geschehen. Sie haben in der Zeitung gelesen, daß – für mich etwas überraschend – den Italienern so schnell geholfen worden ist. Es mußte ihnen geholfen werden. Aber wenn man diese Gegenseitigkeit innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entwickelt – das müssen wir tun –, dann kann sie nicht nur darin bestehen, daß, wenn die Not da ist, einer dem anderen hilft; sie muß auch darin bestehen, daß man bemüht ist, diese Not nicht erst entstehen zu lassen.

(Beifall.)

Das heißt also, daß man sich an gewisse Normen hält, die bei uns zum Teil sogar verfassungsrechtlich selbstverständlich sind. Wir haben in der Verfassung die Vorschrift zu einem Haushaltsausgleich. Das gibt es in anderen Ländern noch lange nicht. Aber es ist doch das Minimum, daß wir jetzt einmal in Europa darangehen müssen, einen Kodex des Wohlverhaltens aufzustellen, eine Vereinbarung zu treffen, die erst einmal alle Mitgliedsländer zum Haushaltsausgleich verpflichtet. Ich beschränke mich auf diesen Ausdruck. Ich weiß sehr wohl, daß die Technik zum Haushaltsausgleich in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist. Man muß das also schon etwas genauer definieren. Aber hier kommt es darauf an, den Grundsatz aufzustellen.

Zweitens müssen wir uns einig werden – nicht für alle Zeiten, nicht für einen sehr langen Zeitraum, sondern jeweils für ein oder vielleicht für zwei Jahre –, in welchem Ausmaß die Etats der beteiligten Länder wachsen dürfen oder vielleicht auch gedrosselt werden müssen. Diese Vereinbarung, bezüglich deren wir mit der Kommission einig sind, von der wir aber noch nicht wissen, ob sie von den anderen Ländern akzeptiert wird, ist auch für unser innerdeutsches Leben außerordentlich wichtig. Denn es bilde sich niemand ein, daß wir nach Brüssel gehen und verlangen können: Bitte, im Rahmen einer Zuwachsrates, wie sie beim Bruttosozialprodukt vorliegt, den Haushalt erweitern, und dann Schluß! Wir können nicht nur den Bundeshaushalt vorlegen, während andere einen Gesamthaushalt haben, der etwa allen unseren öffentlichen Haushalten entspricht. Wir müssen also, wenn wir diese Forderung durchsetzen wollen, uns darüber klarwerden, daß wir innerhalb der Bundesrepublik Konsequenzen zu ziehen haben, die über die Zuständigkeit des Bundes hinausgehen.

Der dritte Punkt, der bei den internationalen Verhandlungen anzuschneiden ist, ist, daß man sich über eine – wie soll ich sagen – Begrenzung des Kreditvolumens einig wird. – Es gibt da noch einen Vorschlag, den ich allerdings für sehr mutig halte. Aber da Herr Rosenberg inzwischen zum Vorsitzenden der Gewerkschaften innerhalb der EWG gewählt worden ist, haben wir hier vielleicht einige Aussichten auf Erfolg. Man sollte sich darum bemühen, daß sich die Tarifpartner von Brüssel, von der EWG und entsprechend von den beteiligten Ländern her absprechen. Vor allen Dingen sollte man sich darüber einigen, daß es mit einer gleitenden Lohnskala nicht geht. Sie ist ja wohl sehr maßgeblich schuld, daß es zu diesen Verhältnissen in Italien gekommen ist, die uns jetzt zu dieser Hilfe veranlassen.

Meine Damen und Herren, ich verzichte darauf, das, was ich Ihnen mitzuteilen habe, nun etwa im Stil Brüsseler Verhandlungen aufzubauen. Sie müssen schon mit der Trockenheit der Materie Vorlieb nehmen. Ich glaube, daß das im Interesse einer sachlichen Arbeit in einem fachpolitischen Gremium notwendig ist. Aber beim nächsten Punkt muß ich doch ein paar Worte sagen, die etwas tiefer gehen sollen als bis zum Portemonnaie.

Wir alle – oder die meisten von uns – haben uns von Anfang an der sozialen Marktwirtschaft verschworen. Wir wissen, daß die Erfolge, auf die wir als Partei stolz hinweisen, zum großen Teil auf diese freiheitliche Wirtschaftsordnung zurückzuführen sind. Aber wenn man eine freiheitliche Wirtschaftsordnung will, dann darf man vom Gesetzgeber, von der Regierung, von dieser Wirtschaftsordnung nicht Dinge fordern, die eben nur ein Staat mit Dirigismus, mit einer Wirtschaftslenkung durchführen kann. Wenn ich mich zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung bekenne, dann muß ich auch erwarten, daß diese Freiheit, die dem einzelnen gegeben wird, von ihm richtig, das heißt verantwortlich für das Ganze, genutzt wird.

Heute haben wir doch folgendes manchmal festzustellen: Debatten über die politischen Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft finden nicht mehr statt. Aber manchmal scheint es so zu sein, daß in den Einzelfragen Forderungen an den Gesetzgeber gestellt werden, als hätte er es dirigistisch in der Hand, die Dinge so oder so zu machen. Das geht nicht, das ist ein Widerspruch in sich. Darum ist auch das, was man spöttisch als Seelenmassage bezeichnet, keineswegs so abzutun; es ist die dauernde notwendige Ansprache an die gesamte Bevölkerung, an die Teilnehmer am Wirtschaftsleben. Wir müssen uns nach meiner Meinung in allen Funktionen, in denen wir stehen, an dieser Ansprache beteiligen.

Wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung dieser letzten Monate in den Griff bekommen wollen, wenn wir sie richtig lenken wollen, wenn wir dafür sorgen wollen, daß der inflatorische Trend sich nicht verstärkt, dann müssen wir verlangen, daß die einzelnen Unternehmer in ihrem Verhalten sowohl im Tarifkampf wie im wirtschaftlichen Wettbewerb sich dieser Verpflichtung bewußt bleiben. Man sollte nicht jeden Auftrag um jeden Preis annehmen. Es zählt nicht zu einem wirtschaftlich

vernünftigen Verhalten, wenn man jeden Preis, den man am Tage erzielen kann, auch hereinholt. Man muß sehr wohl auch die nächsten Wochen und Monate überdenken. Ich rechne es zu den Fragen des Wettbewerbs und einer unternehmerischen Wirtschaft, daß der einzelne verpflichtet ist, über die Tageskasse hinaus zu disponieren. Ich möchte mit allem Nachdruck sagen, daß keiner der Unternehmer, die heute es mit sehr dicken Auftragsbüchern zu tun haben sollten, übertriebene Gewinnerwartungen hegen darf, denn wir müssen von Staats wegen dafür sorgen, daß diese übertriebenen Erwartungen nicht realisiert werden können, und wir werden dafür sorgen.

(Beifall.)

Das heißt weiter: Auch in den Tarifaueinandersetzungen soll sich niemand einbilden, er dürfe von den Hoffnungen ausgehen, die ihm heute noch vorschweben. Er soll sehr wohl bedenken, daß es einen Sack von Maßnahmen gibt und daß, wie der Herr Bundeskanzler heute angekündigt hat, dieser Sack auch ausgekehrt wird.

Das dritte, was ich sagen möchte: Ich bitte die Unternehmer, mit der Regierung, mit uns einen Kampf um die Preisstabilität durchzuführen. Jeder, der kommt, jede Branche, die heute kommt und Wünsche hat, bekommt von mir als erstes die Frage vorgelegt: Was hast du getan und was bist du zu tun gewillt, um die Preise stabil zu halten? Ich muß das offenbar in dieser Deutlichkeit auch hier einmal sagen, weil uns von – na, Übelwollenden oder von Leuten, die eine bestimmte taktische Absicht haben, unterstellt wird, wir täten nicht alles. Die Angesprochenen wissen schon, welche Unterhaltungen in den letzten Wochen stattgefunden haben. – Ich wiederhole also: Kampf um die Preisstabilität. Ich will hier offen bekennen, daß die Preisentwicklung auf dem gewerblichen Sektor in den letzten Jahren zwar leidlich zufriedenstellend gewesen ist. Man kann nie sagen, welche Preissenkungen, die hätten stattfinden müssen, das Bild hätten verbessern können. Auf jeden Fall ist es unser Bemühen – und ich bitte die Unternehmer, dabei zu helfen –, die Preisstabilität so gut es geht zu wahren; ich will nicht sagen: unter allen Umständen, denn das wäre eine Übertreibung.

Und dann ein Wort an die zweite Gruppe, die Tarifpartner, die Gewerkschaften; nicht die Gewerkschaften als solche. Ich habe auf dem letzten Parteitag gesagt, daß diese schlaue Redensart: „Ich spreche heute in dieser Eigenschaft und morgen von der Position aus“, mir etwas unbehaglich sei. Ein Christlicher Demokrat hat sich als Unternehmer, als Gewerkschaftler, als Arbeitnehmer, als Beamter genauso zu bewähren wie als Parlamentarier auf Bundes- oder Landesebene oder in der Gemeinde. Man kann nicht einfach seine politische Grundfassung mit der jeweiligen Position wechseln. Darum meine Bitte an diejenigen von Ihnen, die in der Gewerkschaftsarbeit stehen, mit dafür zu sorgen, daß hier eine maßvolle Politik getrieben wird. Das bedeutet, daß wir, uns in der Frage der Arbeitszeitverkürzungen keine Rekorde erlauben und bei den Lohnerhöhungen im Rahmen des Möglichen bleiben.

Es muß jetzt allmählich hier eine Rechnung aufgemacht werden, die noch drastischer werden wird, wenn wir einmal die exakten Zahlen haben. In den Vereinigten Staaten ist das Bild schon so, daß zwei Drittel – vielleicht sogar schon mehr – in den Dienstleistungen stehen und nur ein Drittel in der gewerblichen Produktion. Bei uns bahnt sich eine ähnliche Entwicklung an. Das hat doch zur Folge, da sich die Dienstleistung unmittelbar am Verbraucher vollzieht – nicht immer, aber in den meisten Fällen –, daß jede Lohnerhöhung diesen breiten Bereich der Dienstleistungen immer mit Preissteigerungen ausfüllen muß und daß die kompensatorischen Größen, die aus der gewerblichen Produktion kommen, nicht ausreichen können, um das auszugleichen.

Das ist eine Entwicklung, die bei uns noch nicht in vollem Umfange da ist, mit der wir aber jetzt verstärkt werden rechnen müssen. Ich glaube, daß das auch von unseren Freunden behandelt und gesehen werden muß. Meine Bitte ist also, daß man sich bei den Verhandlungen dieses Jahres maßvoll verhält. Ich denke gar nicht daran, irgendwie einer Seite – auch nicht den Gewerkschaften – einen Hauptvorwurf zu machen. Der Herr Bundeskanzler hat das heute morgen schon gesagt; ich übernehme es noch einmal.

Wir haben im Wirtschaftsbericht 1963 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sowohl das Verhalten von Bund, Ländern und Gemeinden bezüglich ihrer Budgetpolitik als auch das Verhalten der Tarifpartner es uns ermöglicht hat, mit diesen Ziffern über die Runde zu kommen, wie sie für 1963 erfreulicherweise errechnet wurden. Daraus kann man aber nun nicht das Recht herleiten, jetzt von dieser guten Gewohnheit abzugehen, sondern wenn die Logik noch einen Sinn hat, muß das eine Aufforderung sein, sich in diesem Jahr genauso maßvoll zu verhalten. Das Leben allerdings scheint draußen etwas anders auszusehen. Ich habe manchmal den Eindruck, als würden dort Positionen aufgebaut, damit man zu irgendeinem Zeitpunkt dann in Aktion treten kann.

Meine Damen und Herren, wer behauptet, die Bundesregierung kümmerne sich nicht um die Preisstabilität, der – ich will es gelinde sagen – geht leicht an der Wahrheit vorbei. Ich habe Ihnen vorhin die Punkte unserer Bemühungen aufgezählt. Ich weise darauf hin, wie schwierig es bei der internationalen Verflechtung unserer Wirtschaft ist, die anderen Staaten zu bewegen, zu einer gleichen Politik zu gelangen, wie wir es tun, und wie schwierig es natürlich ist, in einer freiheitlichen Wirtschaft, ohne daß man diese freiheitliche Form untergräbt oder stört, bestimmte Verhaltensweisen zu erzwingen.

Ich möchte auch die dritte Gruppe, die es ja als Sondergruppe gar nicht gibt, die Konsumenten, die Verbraucher, ansprechen. Jeder Verbraucher wird oder war einmal Erzeuger. Das ist eine Funktion, die wir alle auch haben. Wir vergessen es meistens nur, wenn wir als Erzeuger Wünsche anmelden, daß wir sie als Verbraucher, wenn auch auf anderen Gebieten, bezahlen müssen.

Ich möchte hier ausdrücklich sagen, daß die Bundesregierung sich bemüht, die Verbraucheraufklärung weiter voranzutreiben. Ich bin nicht sehr froh über diese Debatte über das Warentestinstitut. Ich

zürne gar nicht den Leuten, die meinen, es gebe bessere oder andere Methoden. Es hat sich herausgestellt, daß es zur Zeit keinen anderen praktikablen Vorschlag gibt als den, den die Bundesregierung vorgelegt hat, weil die privaten Institutionen einfach nicht die langfristige Garantie geben konnten, die wir für eine solche Einrichtung brauchen. Wir wollen uns aber nicht darauf beschränken, sondern wollen ganz allgemein die Verbraucherschaft ansprechen, ihr nicht nur die Möglichkeit eines besseren Marktüberblickes geben, sondern ihr das Bewußtsein, ihren Stolz, zurückgeben, daß man als Kunde auch eine entsprechende Behandlung erwarten darf. Ich möchte gerade an diesem Punkte an mein Herkommen erinnern und sagen: Lassen Sie sich eine schlechte Bedienung, gleichgültig von wem, nicht gefallen. Sie müssen sowieso hin und wieder länger warten, als Ihnen das lieb ist. Dann können Sie auch noch 14 Tage dazu nehmen. Aber es darf nicht so sein, daß man Kunden wie lästige Gäste behandelt. Es muß so sein, daß der Verbraucher Herr des Marktes bleibt. Er muß seinerseits dann natürlich auch gegenüber diesen Verführungen gefeit sein, die der Markt – und nicht nur der Markt – verständlicherweise inzwischen entwickelt hat.

Meine Damen und Herren, ich wollte diese Punkte kurz aufzählen. Ich weiß sehr wohl, daß damit nur ein Teil angesprochen ist und daß damit vor allen Dingen nicht die Dinge berührt sind, die gleich in der Debatte eine Rolle spielen werden, etwa die Krankenversicherung, die Lohnfortzahlung, die Familienpolitik oder die Eigentumsbildung, die Mitbestimmung und was immer es sein wird. Ich bitte Sie aber herzlich, alle diese Fragen auch nach der wirtschaftspolitischen Seite hin zu untersuchen. Vieles von dem, was zum Beispiel als sozialpolitisch dringend erforderlich von uns allen akzeptiert wird, ist heute in der Art des Vorschlages nach meiner Meinung noch nicht ausreichend durchdacht, weil die wirtschaftliche Gegenkontrolle noch nicht durchgeführt ist. Es nützt nichts, daß man sozial Notwendiges und Gutes anstrebt und es dann einfach administrativ durchführt. Es muß wirtschaftlich vernünftig gemacht werden, denn nur so geht es auf die Dauer.

(Beifall.)

Das Wesentliche scheint mir zu sein, daß wir bei all diesen Dingen, die gut und notwendig sind, nicht vergessen, daß wir uns zu einer freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft bekennen, das heißt, daß wir auch den Mut zur Freiheit und im Einzelfall die Bereitschaft zum Risiko, mindestens zur Verantwortung haben müssen.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. WILHELM:

Ich danke Ihnen sehr, Herr Minister, daß Sie uns die grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik vor Augen gestellt haben.

Bevor ich nun Herrn Minister Blank das Wort zu den Fragen der Sozialpolitik erteile, möchte ich ein Versäumnis nachholen, indem ich auch die Minister begrüße, die sich nicht gleich zu Wort gemeldet haben, nämlich Frau Minister Schwarzhaupt und Herrn Minister Dollinger,

(Beifall.)

der heute eine Sitzung seiner Partei, die mit uns nahe verwandt, aber nicht identisch ist, versäumt, um bei uns zu sein.

Ich darf nun Herrn Minister Blank bitten, etwas zu den grundsätzlichen Fragen der Sozialpolitik zu sagen.

Bundesarbeitsminister BLANK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den drei letzten Parteitagen hatte ich die Möglichkeit, jeweils in einem Hauptreferat über die sozialpolitischen Dinge zu sprechen. Das ist diesmal anders. Es ist vielleicht sogar gut, daß wir in einem Saal vor ein- und demselben Zuhörerkreis und mit den gleichen Diskussionsrednern Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gemeinsam behandeln, wengleich ich – ich meine das nicht in unfreundlichem Sinne – sagen möchte: die Sozialpolitik ist unter gar keinen Umständen etwa ein Wurmfortsatz der Wirtschaftspolitik.

(Zuruf: Sehr gut!)

Die Sozialpolitik ist eine eigenständige Kategorie der Politik. Sie ist zwingend notwendig. Ihre Aufgabe besteht darin, den Schwachen zu helfen, das rechte Miteinander herzustellen und jedem das Seine, soweit menschliche Gerechtigkeit realisierbar ist, zuzuwenden. Aber ich gehöre nicht zu den Phantasten, die da glauben, daß eine solche Sozialpolitik beziehungslos im Raume stehen könnte; denn alle Bemühung um Sozialpolitik verliert ihren Sinn, wenn wir keine vernünftige Währungspolitik und keine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben. Ich glaube, auf diese Definition der Verbindung beider Kategorien könnten wir uns alle miteinander – Arbeitnehmer, Arbeitgeber, aus der Wirtschaft, aus dem Gewerbe und aus den freien Berufen – einigen.

Ich bin erstaunt, wenn ich so die Tagespresse aufschlage und die öffentliche Diskussion verfolge, welche Vokabeln in den Raum gestellt werden: „Mißerfolge“, „Rücktritte“, „soziale Demontage“. Ich möchte daher, obwohl ich der Mahnung des Herrn Vorsitzenden, mich kurz zu fassen, folgen will, einen gedrängten Überblick geben. Denn ich glaube, es gehört zu einem Parteitag, daß man zeigt, was man auf den Gebieten, die einem am Herzen liegen, erreicht hat. Ich möchte dann einen kurzen Ausdruck darauf geben, was wir in der noch vor uns liegenden Zeit zu tun haben. Es wird reizvoll sein, an Hand der Entschlüsse des letzten Parteitages diesen kurzen Überblick und diese Untersuchung zu kommentieren.

Es ist notwendig, sich darauf zu besinnen, wie die Dinge in Deutschland wirklich liegen. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik in den letzten Jahren ihre sozialpolitische Aktivität in einem kaum noch überbietbaren Ausmaß gesteigert hat. Angesichts des riesigen Volumens unserer Sozialaufwendungen – ich werde gleich einige in ihrer Größenordnung vor Ihre Augen stellen – ist unser Staatswesen – ich scheue mich nicht, das Wort zu gebrauchen – zu einem wahren sozialen Giganten emporgewachsen. Angesichts dieser Fakten von „Mißerfolg“

oder „sozialer Demontage“ sprechen zu wollen, ist objektiv falsch und ist böswillige Verdrehung.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich möchte den Damen und Herren in diesem Saal gern einmal vor Augen führen, wie im Bundestag eine sozialpolitische Debatte geführt wird. Sie würden erstaunt sein, wie dort über wichtige Probleme vor leeren Bänken gerungen wird. Wenn diese Fragen schon von so das Volk aufwühlender Bedeutung sind, müßte das doch auch seinen Widerhall in der Besetzung des Deutschen Bundestages finden. Ich vermisse immer wieder die sozialen Herzöge in der Partei, die ihre Daseinsberechtigung einst aus einem sozialen Notstand im Volk ableitete, den es zu beheben gelte.

Die gesamten Sozialleistungen der deutschen Politik beliefen sich im Jahre 1950 auf 13 Milliarden DM und im Jahre 1963 auf 50,5 Milliarden DM. Von diesen gesamten Sozialaufwendungen sind aus Bundesmitteln im Jahre 1950 5,2 Milliarden DM, im Jahre 1963 aber 14,3 Milliarden DM aufgebracht worden. Die Leistungen aus der sozialen Rentenversicherung sind von allen Leistungen am stärksten gestiegen. So sehr ich begrüße, daß heute die Frage der Hilfe für den alten Menschen mehr und mehr zu einem Gegenstand sozialpolitischen Bemühens wird und daß so viele sich darum bemühen, so sehr vermisse ich den Hinweis darauf, daß wir, was die Hilfe für die Alten anbetrifft, einen entscheidenden Schritt bereits im Jahre 1957 getan haben. In Zahlen ausgedrückt, sieht das Bild wie folgt aus: die Rentenausgaben sind von 3,3 Milliarden DM im Jahre 1950 auf rund 20 Milliarden DM im Jahre 1962 gestiegen, und die Rentenleistungen haben sich seit der großen Rentenreform von 1957 fast verdoppelt.

Nun sage ich gar nicht, daß es in diesem Bereich keine Probleme mehr gibt. Man muß aber auch beachten, daß die Zahl der Rentenfälle von 4,7 Millionen auf 8,2 Millionen gestiegen ist. Es ergibt sich somit eine Steigerung des gesamten Rentenaufwandes, wie wir ihn ziffernmäßig greifen können, in diesem Dutzend Jahre Aufbauarbeit, getragen von der Christlich Demokratischen Union, um 486 %. Zugleich aber zeigt uns das die Größe sozialer Problematik. Wir haben über 8,2 Millionen Menschen, deren Existenzsicherung, von einigen Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen in den Renten der gesetzlichen Altersversicherung besteht. Ich meine daher, daß die Erhaltung dieses Zweiges sozialer Sicherheit eines der Kernanliegen der Christlich Demokratischen Union ist und bleiben muß.

(Beifall.)

Wenn ich auf etwas stolz bin, dann darauf, daß ich Jahr für Jahr rechtzeitig dem Deutschen Bundestag die Rentenanpassungsgesetze – sechs an der Zahl – vorgelegt habe. Wir haben die im Jahre 1957 gegebene Zusage, die Alten in gleichem Maße wie die Arbeitenden an der gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Lohnentwicklung teilnehmen zu lassen, erfüllt. Die christlichen Sozialpolitiker aus der CDU, sowohl die vom Arbeitnehmerflügel als auch die aus dem Unternehmer-

lager, mögen, so glaube ich, gemeinsam stolz auf diese Leistung sein, die sie vollbracht haben.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich ein anderes Gebiet kurz anschneiden; hoffentlich kommt es nachher in der Diskussion hoch, und ich würde mich darüber freuen, wenn das mir dann die Möglichkeit gäbe, das eine oder andere noch zu sagen. In der gesetzlichen Krankenversicherung war die Entwicklung ähnlich: 1950 2,3 Milliarden DM, 1963 bereits 13 Milliarden DM Ausgaben. Wenn Sie sich die Kurve fortzeichnen, sehen Sie, wohin der Trend geht. Wenn wir dieses Problem nicht zu meistern verstehen, dann werden wir schon im übernächsten Jahr bei einer Größenordnung von 18 Milliarden sein. Wir würden uns dann mit Beitragssteigerungen abfinden müssen, die die berühmte Schallmauer von 10 % in diesem Bereich wesentlich überschreiten werden.

In der Unfallversicherung sind die Ausgaben von 0,6 Milliarden DM im Jahre 1950 auf weit über 2 Milliarden DM im Jahre 1963 angewachsen. – In der Kriegsopferversorgung wenden wir gegenwärtig aufs Kalenderjahr bezogen 5 Milliarden DM – gegenüber 2,3 Milliarden DM im Jahre 1950 – auf, und das, obwohl die Zahl der Empfänger um rund 1 Million zurückgegangen ist.

Das alles sind Leistungen, an denen niemand vorübergehen kann, auf die man sich besinnen soll, wenn von „Mißerfolg“ in der Sozialpolitik gesprochen wird. 50½ Milliarden DM an gesetzlichen Sozialleistungen in einem Jahr, das ist eine Summe, die für sich spricht.

Nun möchte ich den Wirtschaftspolitikern etwas sagen. Meine Damen und Herren, das ist auch eine immense Leistung der Wirtschaftspolitik. Denn was wir Sozialpolitiker hier zuwenden konnten, haben wir aus dem genommen, was wir – nicht nur die Unternehmer allein – gemeinsam auf der Basis einer vernünftigen Wirtschaftspolitik erarbeitet haben.

(Beifall.)

Deshalb sollten wir Christliche Demokraten nie die Auseinandersetzung scheuen, weder die über die Sozialpolitik, noch die über die Wirtschaftspolitik. Wir sollten zeigen, daß unsere Entscheidung im Jahre 1948, in die Freiheit zu gehen – sie ist damals von wenigen verstanden worden –, eine richtige Entscheidung war. Denn nur dieser Schritt hat es uns erlaubt – wie eben durch die Größenordnungen dargetan –, mit den Sozialproblemen fertig zu werden, die als Hypothek des totalen Zusammenbruchs auf unserem geschlagenen Volk lagen.

(Beifall.)

Wenn man sich das nüchtern vor Augen führt, darf man auch auf Grenzen hinweisen; das ist vielleicht nicht so populär. Aber wenngleich Sozialpolitik selbstverständlich eine moralische Pflicht und eine staatspolitische Notwendigkeit ist, so ist aber doch schwer einzusehen, daß nach 15 Jahren unaufhörlichem Wirtschaftsaufstieg und der Vollbeschäftigung immer neue Forderungen an das Sozialbudget gestellt werden. Sicher ist das Verlangen nach sozialer Sicherheit legitim.

Ich möchte mich einmal zu dem Grundvorwurf äußern, daß wir mit der modernen Problematik des Sicherheitsverlangens der Menschen nicht fertig würden. In unserem Volk sind – runde Zahlen – von 56 Millionen 25 Millionen Erwerbspersonen; davon sind 22,5 Millionen in abhängiger Arbeit tätig. Sie haben im wesentlichen für ihren Lebensunterhalt noch immer nur das, was sie aus dieser Arbeit erwerben. Bei dieser Situation kann man nicht die Augen vor der Notwendigkeit verschließen, für die Wechselfälle des Lebens für diese große Zahl von Menschen ein System sozialer – ich spreche sogar, wenn Sie wollen, das ominöse Wort aus: kollektiver – und wenn Sie es lieber hören: solidarischer – Sicherheitseinrichtungen zu haben.

Freilich ist das nicht der Weisheit letzter Schluß. Wir müssen von folgendem ausgehen. Es gehört zu dem modernen Leben, ein umfassendes Sicherungssystem für die Wechselfälle in Krankheit, im Alter und was es im einzelnen gibt, aufzubauen. Wir haben aber nur dann das moralische Recht, einer Begrenzung dieser Einrichtungen das Wort zu reden, wenn wir unseren Auftrag erfüllt haben, nämlich wenn wir diesen Menschen die Möglichkeit gegeben haben, über das hinaus aus eigenem Vermögen, in eigener Verantwortung zusätzliche personale Sicherheit zu finden. Solange aber dieses Problem nicht gelöst ist – und wer würde wagen, zu sagen, die Lösung sei auch nur über erste Ansatzpunkte hinausgekommen? –, werden wir auch um den zeitgemäßen Ausbau – ich meine die Leistungsseite – unseres Systems sozialer Sicherheit nicht herumkommen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Dabei bin ich durchaus der Meinung, daß es für uns nichts Verderblicheres gäbe, als in den Versorgungsstaat hineinspazieren zu wollen. Wir wissen als Christen ohnehin, daß das Leben an sich ein Wagnis ist und daß es nicht möglich ist, alles und jedes auszuschalten. Aber wir wissen, daß man Verantwortung nur fordern kann – genau wie in der Wirtschaft, als wir den Menschen wieder die Freiheit gaben –, wenn man den Menschen in ihrer sozialen Verpflichtung auch die Möglichkeit gibt, aus eigenem Vermögen frei zu sein. Deshalb wollen wir auch keine Bevormundung, die Unmündigkeit zeugt, sondern ein klares Entsprechungsverhältnis von Leistung und Gegenleistung, keine Staatshörigkeit, sondern eigene Verantwortung. Konstruktive Sozialpolitik muß dem Menschen einen neuen Freiheitsbereich öffnen und seinem eigenverantwortlichen Denken und Handeln Raum geben.

Die Union muß sich mit größter Energie dieser Aufgabe widmen. Sie darf auch nicht in folgenden Fehler verfallen: Wenn die Kirchen sich gutachtlich zu diesen Fragen geäußert haben und wenn sich das, was dort dargeboten wird, wunderbar verarbeiten läßt zu Reden, für Versammlungen oder für sonstige Angelegenheiten, dann darf sie nicht annehmen, daß damit die Aufgabe gelöst sei. Ohne die Arbeit, die Empfehlungen, der beiden Kirchen gering achten zu wollen – wie käme ich dazu! –, darf ich doch sagen: im Grunde genommen liegt ihre wesentliche Bedeutung darin, daß sie der Frage moralisches Gewicht gegeben haben. Die Erkenntnis, daß hier etwas im argen liegt und daß

wir hier neue Wege zu gehen haben, haben wir, glaube ich, bereits vor dieser Denkschrift gehabt.

(Beifall.)

Ich möchte daher der Christlich Demokratischen Union sagen: Nach den großen Erfolgen in der Außen- und in der Wirtschaftspolitik hat die CDU jetzt den gesellschaftspolitischen Durchbruch zu vollziehen. Freilich: Manchmal gibt es kuriose Dinge, es geht nicht so, daß man sich nun aus Gedankenlosigkeit auf das Stühlchen setzt, von dem die Sozialdemokraten vor zwei Jahren aufgestanden sind, weil das Ding zu kalt war; da war kein Glanz, da waren keine politischen Erfolge zu gewinnen. Wir müssen nach den großen Erfolgen in der Außen- und Wirtschaftspolitik jetzt den gesellschaftspolitischen Durchbruch vollbringen, weil diese Christlich Demokratische Union nur so lange die Führungsrolle in Deutschland behält – und sie soll sie doch behalten –, solange es ihr gelingt, dem Volk überzeugend darzutun, daß sie in Wahrheit die modernste, die aufgeschlossenste, die sozialste, die mit der vernünftigsten und besten Wirtschaftspolitik ausgestattete Partei ist. Das, meine Damen und Herren, nicht indem man über Gemeinsamkeiten redet, indem man darüber redet, daß man doch einig sein müsse, nein, in Auseinandersetzungen! Die politische Macht – und darum geht es – gewinnt man nur, wenn man Profil hat.

(Zuruf:)

Profil kann man nur haben, wenn man sich klar von dem politischen Gegner absetzt, mit dem man um die Macht im Gemeinwesen ringt. So möchte ich denn einmal aufschlagen, was wir auf dem Dortmunder Parteitag unter anderem gesagt haben: „Zu der Fortsetzung der sozialen Marktwirtschaft schlägt daher der 11. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union folgende Maßnahmen vor.“ Ich setze hinzu: es sind konkrete, zu realisierende Maßnahmen, über die wir diskutiert haben. „In der Sozialpolitik und Eigentumspolitik erstens die Reform der Unfallversicherung.“ Das ist inzwischen verabschiedet. Wir haben die Unfallversicherung in ihrem Rentensystem der Altersversicherung angepaßt. Und dann heißt es: „Die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle.“ Nebenbei will ich jetzt schon bemerken: alle diese Entschlüsse sind einstimmig angenommen worden. Schließlich: „Die Reform der Krankenversicherung.“ Und da bin ich bei Punkt 1 unseres Gesetzgebungsprogramms.

Meine Damen und Herren, wir werden nicht daran vorbeikommen! Von 43 Sitzungen eines Bundestagsausschusses haben wir 21 der Krankenversicherungs-Neuregelung gewidmet und sind über eine erste Lesung nicht hinausgekommen. Wir werden uns von dieser Problematik nicht beurlauben können. Das geht auch nicht so, wie mir vor kurzem jemand sagte: man müsse auf diesem sozialen Sektor einmal für 10 Jahre eine Ruhepause einlegen. Solange das Leben und die Entwicklung diese Ruhepause nicht einlegen, werden auch wir sie nicht einlegen können.

Dann ist in Dortmund gesagt worden: „Die Neuregelung des Kindergeldes und die Verbesserung des Kindergeldes und der Kriegspopferversorgung.“ Das ist inzwischen erledigt.

(Zuruf: Ja, ja!)

– Bitte?

(Schmitz: Da steht noch etwas dabei: „Unter besonderer Berücksichtigung“ usw.! Ich weiß das nicht mehr genau!)

– Wo steht das? „Die Verbesserung des Kindergeldes und der Kriegspopferversorgung“ – –

(Zuruf: Bei der Lohnfortzahlung!)

– Ach so. Da will ich mal sagen, was da steht. Dann will ich es genau vorlesen:

„In der Sozialpolitik und Eigentumspolitik die Reform der Unfallversicherung, die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle, die Reform der Krankenversicherung und die Neuregelung des Kindergeldes; diese vier Reformen sind aus sachlichen und finanziellen Gründen als eine Einheit anzusehen.“

(Zurufe: Aha! – Das ist es!)

– Von dieser Einheit haben wir bereits zwei, nämlich die Unfallversicherung

(Lachen.)

und das Kindergeld verabschiedet.

(Zurufe.)

Es heißt dann weiter: „Bei der arbeitsrechtlichen Lösung in der Lohnfortzahlung ist eine Lösung zu finden, die der besonderen Lage der Klein- und Mittelbetriebe Rechnung trägt.“ Ich habe das in vollem Wortlaut zitiert. Und unter 4: „Eine verstärkte Fortsetzung der Eigentumspolitik.“

Damit kommen wir mitten hinein in die Diskussion um das Vermögensbildungsgesetz.

(Zuruf: Sehr richtig!).

Wir werden, glaube ich, in unserer Diskussion

(Zuruf: Wenn wir dazu kommen!)

der Frage nicht ausweichen können – zumal die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat, daß sie dieses Gesetz praktikabler gestalten wolle –, in welchen Punkten dieses Gesetz eine Änderung und eine Ausweitung erfahren soll. Dann werden wir uns noch mit der Behebung der bis heute erkannten Mängel in der Rentengesetzgebung zu beschäftigen haben. Schließlich haben wir uns noch – wie angekündigt – auch mit der Regelung der Altersversicherung freier Berufe zu befassen; dazu hat ja die Bundesregierung vor kurzem einen Entwurf für die Regelung der Altersversicherung für Rechtsanwälte verabschiedet.

Ich möchte, meine Damen und Herren, daß wir auf diesem Parteitag diese entscheidenden Fragen hier in dem Wirtschafts- und Sozialpolitischen Arbeitskreis behandeln, damit wir wissen, wie wir von der Fraktion, von der Regierung her die Dinge behandeln müssen. Daß wir einen entscheidenden Schritt in der Weiterbildung der Möglichkeiten zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand tun müssen, glaube ich dargetan zu haben. Ich glaube, daß auch von diesem Parteitag her die Ansatzpunkte für eine solche Weiterentwicklung möglich sind.

Nur dann werden wir aus der politischen Führung verdrängt werden, wenn wir selber nicht mehr die Gestaltungskraft für diese Probleme haben. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß die Christlich Demokratische Union in der Lage ist, auch in der Sozialpolitik genau wie in der Wirtschaftspolitik mit neuen Ideen vor die Wähler, vor das Volk treten zu können, und daß sie in der Lage ist, auch für den nächsten Abschnitt im deutschen politischen Geschehen ihren Führungsanspruch durch ihre Leistungen geltend zu machen.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. WILHELMI:

Ich danke Herrn Minister Blank für die Einführung in die sozialpolitischen Fragen. Wir haben nun die beiden Grundsatzreferate der zuständigen Minister gehört. Es ist nunmehr an der Zeit, daß wir diejenigen zu Wort kommen lassen, die uns die zur Beratung überwiesenen Anträge und Stellungnahmen vorgelegt haben. Es liegen zu den Ihnen schriftlich vorliegenden Anträgen und Eingaben bereits rund 50 Wortmeldungen vor.

(Zurufe.)

Wir brauchen nicht besorgt zu sein, daß es hier nicht lebhaft zugeht. Ich habe nur eine große Bitte: Jeder möge das, was er sagen will, konzentriert vortragen; je mehr man das, was man sagen will, überdenkt, desto kürzer wird es.

Selbstverständlich müssen zunächst einmal diejenigen das Wort haben, die hinter diesen Anträgen stehen. Es ist wohl ein Gebot der Höflichkeit, daß wir trotz der grundsätzlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau nunmehr unserer Frau Ministerin Schwarzhaupt das Wort geben und sie bitten, uns die Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik kurz vorzutragen.

(Beifall.)

Bundesgesundheitsminister Frau Dr. SCHWARZHaupt:

Meine Damen und Herren! Ich danke für Ihren Vorschußbeifall, den ich eigentlich als den einzigen Verstoß gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau hier ansehen könnte. Im übrigen glaube ich, daß die Worterteilung trotz der Gleichberechtigung nötig war. Ich kann es ganz kurz machen; dies möge Ihnen gleich von vornherein ein Trost sein.

Das Präsidium der Partei hat Ihnen einen schriftlichen Entwurf für die Grundsatz christlich demokratischer Gesundheitspolitik vorgelegt. Wir

biten Sie, sich diesen Grundgedanken anzuschließen. Herr Jungmann, unter dessen Verantwortung der Entwurf erarbeitet worden ist, wird vielleicht noch einiges über sein Zustandekommen sagen. Ich möchte nur ganz wenige Worte von der Sicht und der Arbeit des Gesundheitsministeriums her hinzufügen.

Im Grunde genommen sind es drei große Gebiete, mit denen sich in einem modernen Land die Gesundheitspolitik zu beschäftigen hat. Das erste ist das Gebiet: Bekämpfung von Krankheiten, Vorsorge, Heilung, Pflege, Beratung, Rehabilitation. Das andere Gebiet ist die Sicherung einer gesunden Ernährung; wir haben im vorigen Bundestag ein Lebensmittelgesetz erhalten, um dessen Durchführung es sich im Grunde jetzt zu handeln hat. Das dritte und modernste und vielleicht schwierigste Gebiet ist der Schutz der Bevölkerung vor Umweltschäden, die ihre Gesundheit bedrohen. Hier ist eine Verantwortung des Staates gegeben. Ich denke dabei an die Reinhaltung von Wasser, die Reinigung der Luft, an die Bekämpfung des Lärms und an die Umweltradioaktivität.

Hier möchte ich drei Grundsätze voranstellen, die sich auf die Verantwortung des Staates beziehen. Der erste Grundsatz ist, daß es keinen Vorrang wirtschaftlicher Interessen einzelner oder einzelner Gruppen vor der Gesundheit der Allgemeinheit geben darf. Der zweite: daß grundsätzlich derjenige, – sei es ein Unternehmer, sei es eine Wohnsiedlung, sei es eine Gemeinde –, der Wasser oder Luft verschmutzt, auch die finanziellen Lasten für die Reinhaltung tragen soll. Wir wissen, daß dies für die vergangenen Schäden und für alte Unternehmen nicht ohne staatliche Hilfe möglich ist; aber von dem Grundsatz sollte nicht abgewichen werden. Der dritte und vielleicht wichtigste Grundsatz: daß sowohl auf dem Gebiete der Wassereinigung wie der Luftreinhaltung überregionale Regelungen notwendig sind. Sie sind deshalb notwendig, weil weder das Wasser noch der Wind Landesgrenzen kennen. Sie sind deshalb notwendig, weil dasjenige Land und diejenige Gemeinde, die viel zum Schutz der Gesundheit ihrer Bewohner tun, ihre Wirtschaft nicht in einen Konkurrenznachteil gegenüber der Wirtschaft eines anliegenden Landes bringen dürfen, wo diese Bestimmungen weniger sozial und bezüglich der Gesundheit weniger streng gehandhabt werden. Deshalb glauben wir, wir sollten hier überregionale Regelungen erstreben. Ihnen soll unter anderem das Gesetz über Vorsorgemaßnahmen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung dienen, das Herr Barzel heute früh in seiner Rede über die vorgesehenen Gesetzgebungsvorhaben dieses Bundestages genannt hat.

(Beifall.)

Dr. WILHELM:

Wir kommen nun zu dem Antrag der Sozialausschüsse.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

– Zur Geschäftsordnung!

(Zuruf: Darf ich fragen, ob die Diskussion nur um die bisher vorgetragenen drei Themen geht oder ob sie auch auf die Probleme

matik der Vertriebenen und Flüchtlinge erweitert werden kann?)
– Jawohl, es liegen schon Wortmeldungen zu einer Reihe von anderen Themen, auch zu dem von Ihnen genannten, vor. Selbstverständlich kann hier alles, was mit Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zusammenhang steht, vorgetragen werden.

Wir kommen zum Antrag der Sozialausschüsse.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

– Ja, zur Geschäftsordnung.

(Zuruf: Ich möchte den Antrag stellen, daß die Redezeit beschränkt wird, damit für die letzten Redner nicht nur noch eine Minute übrigbleibt!)

– Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst noch nicht eine ganz feste Redezeit bestimmen, weil zunächst die Eingaben begründet werden müssen. Nachher in der Diskussion, wenn nicht eine Selbstbeschränkung – was ich bei unserer Partei voraussetze – eintritt, werde ich mir erlauben, einen entsprechenden Vorschlag für eine Redezeitbeschränkung vorzutragen.

Zunächst hat das Wort Herr Katzer zur Begründung des Antrags der Sozialausschüsse.

MdB KATZER:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, daß wir uns in diesem Kreise über die Notwendigkeit der Verflechtung von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik zu einer Einheit einig sind. Als wir im Parteivorstand darüber gesprochen haben, habe ich mich leidenschaftlich dagegen gewehrt, nur einen Arbeitskreis „Sozialpolitik“ oder nur einen Arbeitskreis „Wirtschaftspolitik“ zu bilden. Ich bin nämlich der Meinung, daß wir diese Fragen miteinander diskutieren müssen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Zweitens! Was Herr Kollege Blank hier an Grundsätzen dargestellt hat, findet meine volle Unterstützung. Das ist die Linie, auf der wir uns immer bewegt haben,

(Beifall.)

bis zu dem Augenblick, wo wir – ich füge hinzu: leider – von diesen unseren Grundsätzen abgewichen sind,

(Zuruf: Sehr richtig!)

als wir uns von der FDP in der Frage des Sozialpaketes auf einen anderen Weg haben zwingen lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich möchte das hier ausdrücklich feststellen, damit nicht eine ganz falsche Note in die Diskussion kommt.

Ich bedauere nichts lebhafter als das, daß es so scheint, als wären wir in unseren eigenen Reihen über die Grundsätze unserer Sozialpolitik

nicht mehr einig. Meine Freunde, ich stelle ausdrücklich fest: Wir sind über die Grundsätze der Sozialpolitik einig.

(Beifall.)

Was ich bedauere, ist, daß wir uns jetzt – wenn Sie so wollen – den Schwarzen Peter haben zuschieben lassen, daß wir verantwortlich zu sein scheinen für die ganze Misere, die mit dem Namen „Sozialpaket“ umschrieben ist. In Wahrheit muß dagegen festgehalten werden, daß die FDP, die ursprünglich unserer Konzeption zugestimmt hat, nach zwei Jahren diese Konzeption aufgegeben hat.

(MdB Heix: Auch wir!)

– Nun, der Gründe sind viele, Kollege Heix; die will ich hier jetzt nicht darstellen. Ich wollte das nur an den Anfang gestellt wissen. Nun bin ich etwas glücklich, daß ich nicht Vorsitzender dieses Arbeitskreises bin.

(Heiterkeit.)

Wenn ich mich in die Rolle des Vorsitzenden dieses Arbeitskreises hineinende, dann kann ich nur sagen: Herr Dr. Wilhelmi, Sie haben mein volles Mitgefühl.

(Erneute Heiterkeit.)

Ich stelle mir vor, daß ich mit den paar Sätzen meine Redezeit, wenn es korrekt geht, schon überschritten habe. Ich weiß jetzt wirklich nicht, Herr Dr. Wilhelmi: wie kommen wir jetzt praktisch zu einem Ergebnis? Wir müssen doch wohl ein Ergebnis haben. Wir können uns doch nicht morgen damit begnügen, daß wir noch einmal die Grundsätze wiederholen, die wir seit eh und je vertreten haben.

Dieser Parteitag steht unter dem Motto: „Die Zukunft gestalten“. Wir werden sagen müssen, was wir in Zukunft tun wollen. Da scheint mir folgendes zu bemerken zu sein. – Ich habe, wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Kollege Wilhelmi, den Auftrag, die Entschließung der Sozialausschüsse – –

Vors. Dr. WILHELMI:

Sie brauchen sie selbstverständlich nicht vorzulegen oder ins einzelne zu gehen, sondern nur die Ihnen wichtig erscheinenden Punkte herauszustellen, damit wir gleich in die Diskussion der wichtigsten Dinge kommen.

MdB KATZER:

Also keine Sorge! Wir haben dem Parteitag den Antrag der Sozialausschüsse rechtzeitig zugeleitet. Der Antrag ist abgestimmt mit dem Bundesausschuß für Sozialpolitik, der unter dem Vorsitz des Kollegen Professor Deus getagt hat. Er ist dort, wenn ich mich recht erinnere, einstimmig angenommen worden.

(MdB Winkelheide: Da fehlt ja die Mutterschaft, Kollege Katzer!)

– Herr Kollege Winkelheide, nachher ist für Sie sicherlich noch drei Minuten Zeit, um das nachzuholen.

Ich darf hier jetzt darauf verzichten, im einzelnen zu jedem Punkt eine Begründung zu geben; das ist rein zeitlich gar nicht möglich. Ich schlage folgendes vereinfachte, etwas summarische Verfahren vor: Wir sollten uns nur das vornehmen, was strittig zu sein scheint. Zwischen unserer Vorlage und der des Wirtschaftsausschusses bestehen, wenn ich es richtig beurteile, in drei Punkten verschiedene Auffassungen. Diese drei Punkte sollten wir einmal kurz anreißen und darüber diskutieren. Dabei sollten wir die Diskussion Punkt für Punkt führen, damit wir in diesen Fragen auch zu einem Ergebnis kommen.

Der erste Punkt, der kontrovers ist, betrifft die Fragen der Eigentums-politik. Ich bin dem Herrn Kollegen Blank sehr dankbar, daß er die Denkschrift der Evangelischen und Katholischen Kirche – korrekter ge-sagt: Sozialwissenschaftler der Katholischen und Evangelischen Kirche –

(Zuruf: Sehr richtig!)

angesprochen hat; ich lege auf diese korrekte Darstellung großen Wert. In der Denkschrift heißt es nämlich ausdrücklich: Hier soll nicht qua Kirche gesprochen werden, sondern hier wird der Versuch ge-macht, sachlich zu überzeugen. Und exakt, das wollen wir heute – so hoffe ich – auch in diesem Arbeitskreis tun.

In der Diskussion ist die Frage strittig, ob bei einer Novellierung des Vermögensbildungsgesetzes auch die Möglichkeit der Einbeziehung von Tarifverträgen vorgesehen werden soll. Das ist eine heiße Sache, meine Freunde. Ich bin sicher unbefangen, und zwar aus folgendem Grunde. Ehe es ein anderer tut, will ich mich aus der Bundestags-debatte vom 31. Mai 1961 selber zitieren. Damals habe ich für unsere Fraktion dafür gesprochen, daß die Tarifverträge herauskommen. Ich hätte mir es damals einfacher machen können; das war für mich gar nicht angenehm, weil ich ganz anderer Meinung war und bin. Herr Kollege Becker sitzt hier; er war damals dabei. Ich habe gesagt: Nein, ich mache das selber, denn ich meine, wir sollten nicht mit verschiede-nen Zungen sprechen. Wir sollten bekennen: als Union sind wir eben eine Union. Wer als Arbeiter glaubt, er müßte nur Arbeiterinteressen durchsetzen, dem kann man nur sagen, daß er dann in der falschen Partei ist; dann hätte er eben eine Arbeiterpartei wählen müssen.

(Beifall.)

Das gleiche gilt selbstverständlich für die Unternehmerseite,

(Zuruf: Sehr richtig!)

wo das mit dem gleichen Nachdruck ausgesprochen werden muß. Ich glaube, wir sollten uns angewöhnen, daß der Sprecher der Fraktion der Union in einer Frage auch etwas sagen kann, was ihm selber nicht auf den Leib geschnitten ist, was aber nach der Mehrheitsentscheidung der Fraktion angestrebt werden soll.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich habe damals – ich zitiere jetzt aus dem Kopf – gesagt: Aus poli-tischen Gründen würde ich dafür plädieren, daß wir in dem Augenblick – 31. Mai 1961; im September 1961 fand die Bundestagswahl statt –

so verfahren sollten, weil weite Kreise der mittelständischen Wirtschaft Bedenken gegen diese Regelung angemeldet haben. Das war exakt die Begründung; die können Sie so nachlesen.

Daran anknüpfend habe ich folgendes gesagt: Die Union hat auf sozialpolitischem Gebiet – neben der Rentenreform, die Kollege Blank mit Recht herausgestellt hat – zwei bedeutsame Unterschiedspunkte zu den Sozialdemokraten: das eine ist die Familienpolitik – wo wir gleichwohl jetzt wieder einen kleinen Fortschritt haben erzielen können –, das andere ist die Eigentumpolitik. Der Sprecher der SPD, der Kollege Junghans, hat in der Debatte am 31. Mai 1961 gesagt: Wir werden unverzüglich nach Zusammentreten des neuen Bundestages ein umfassendes Gesetz zur Eigentumbildung vorlegen. – Bis heute haben wir aus der Ecke nichts vernommen.

Wir haben mit dem 312-DM-Gesetz – lassen Sie es mich abgekürzt so nennen – einen ersten, wie ich glaube, richtigen und mutigen Schritt getan. Aber wir haben damals gesagt: wir wollen mit diesem Gesetz der Sozialpartnerschaft eine Chance geben. Wir sind 1945 gegen die Klassenkampfidéologie des Marxismus mit der Partnerschaftsidee der Christlichen Demokraten angetreten. Dieses Gesetz entspringt genau der Idee der sozialen Partnerschaft.

Jetzt sind zwei Jahre vergangen. Ich habe Herrn Minister Blank in einer Fragestunde gefragt, wie die Auswirkung des Gesetzes bis jetzt sei. Anlaß zu dieser Frage war die ermutigende Formulierung in der Regierungserklärung, daß das Gesetz praktikabler gestaltet werden müsse. Die Antwort der Bundesregierung auf die Frage nach den Auswirkungen lautete: Bis jetzt haben von den Möglichkeiten des Gesetzes 140 000 Arbeitnehmer mit einer Gesamtsumme von 40 Millionen DM Gebrauch gemacht. Das ist eine Tatsache, die ich Ihnen sagen möchte.

(Zuruf: Seit wann?)

– Von 1961 an. Die Antwort der Bundesregierung wurde im Februar dieses Jahres gegeben.

Diese Zahl müssen wir natürlich im Kopf haben. Es scheint mir nicht angängig zu sein, daß wir ständig und dauernd von Eigentumpolitik sprechen, von Eigentum für jeden, aber dann nicht die praktischen Schlußfolgerungen daraus ziehen und die entsprechenden Maßnahmen einleiten.

(Beifall.)

- Wir haben – das darf ich am Rande bemerken – eine Anregung aufgegriffen, die aus Wirtschaftskreisen kam: daß der Arbeitnehmer von sich aus die Wirkungen des Gesetzes in Kraft setzen kann. Das ist ein Punkt, der mir nicht ganz sympathisch ist, dem ich aber zugestimmt habe, um einer Verbreiterung des Gesetzes nichts entgegenzustellen. Das steht auch in dem Katalog drin. Ich habe mich damit einverstanden erklärt; ich stehe auch heute dazu.

Das andere war die Frage der Tarifverträge. Es heißt in der Denkschrift:

„Eine entscheidende Schwäche des Vermögensbildungsgesetzes liegt darin, daß gegenwärtig nur Maßnahmen im Bereich des einzelnen Betriebes möglich sind. Eine wirksame Eigentums- politik bedarf deshalb der verantwortlichen Mitwirkung beider Tarifvertragsparteien. Wenn die Tarifvertragsparteien aber mit- arbeiten sollen, dann muß das Vermögensbildungsgesetz tarif- vertraglich vereinbarte vermögenswirksame Zuwendungen zu- lassen und begünstigen.“

Das ist der Text der Denkschrift der Evangelischen und Katholischen Kirche. Ich glaube, wir wären wirklich gut beraten, wenn wir diesem Rat folgen würden. Die Sozialausschüsse und der Sozialpolitische Aus- schuß der Partei machen Ihnen diesen Vorschlag. Ich wäre sehr dank- bar, wenn die Bedenken, die geäußert worden sind, hier erörtert werden könnten.

Ich mache auf eines aufmerksam, Herr Kollege Eitzel. Ich glaube, es ist nicht möglich, daß wir Ihrem Wunsch Rechnung tragen, den Sie in einer zweiten Formulierung zum Ausdruck bringen, nämlich diese Sache noch einmal zu prüfen. Ich darf hier auf das zurückgreifen, was Kollege Blank vom Dortmunder Parteitag zitiert hat. Damals haben wir – aus dem Gedächtnis zitiert – beschlossen, wir sollten auch die Möglichkeit eines Investiv-Lohn-Rahmengesetzes überprüfen.

(MdB Eitzel: Das war nicht das Investivlohn-Rahmengesetz, sondern die Partnerschaft!)

– Ich habe die Formulierung hier, ich gebe sie Ihnen nachher gleich rüber. Es steht so drin; ich kann Ihnen die Formulierung exakt geben. – Ich würde sagen, so etwas ist nicht gut möglich. Vor zwei Jahren haben wir gesagt: Wir wollen es prüfen. Jetzt sagen wir: „Nun wollen wir es aber richtig prüfen. Das geht nicht. – Ich habe soeben die Formulierung bekommen; sie heißt:

Ausbau des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer.

Es ist zu überprüfen, wie dieser Ausbau gegebenenfalls auch durch die Einbeziehung eines Investivlohnes vorgenommen werden kann.

Herr Eitzel, das ist das, was Sie damals im Auftrag des Arbeitskreises vorgetragen haben.

Ich würde also meinen, daß wir, wenn uns die Zeit zu einer Entschei- dung bleibt, Herr Wilhelmi, diese Frage vielleicht zuerst erörtern und daß wir uns entscheiden, wie wir verfahren wollen. Das scheint mir jedenfalls besser zu sein, als wenn ich jetzt im Anschluß sofort das andere vortrage; denn dadurch würden diese Gedanken durch andere Überlegungen wieder hintangestellt. Deshalb möchte ich mich bei der Begründung zunächst auf diesen Punkt beschränken. Zu dem anderen könnte dann noch dem einen oder anderen Kollegen das Wort ge- geben werden.

Dr. WILHELMI:

Schön. Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist. Es ist in der Tat gut, wenn wir die drei strittigen Punkte hintereinander diskutieren.

(Zuruf: Darf ich einen Einspruch machen?)

– Ein Einspruch, bitte schön.

(Zuruf: Ist es vielleicht nicht doch möglich, noch weitere Entschlie-
bungen, die sich auf andere Themen beziehen, mit vorzunehmen,
weil sonst am Schluß dafür überhaupt keine Zeit mehr ist?)

– Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt erst einmal versuchen, die gegenteiligen Meinungen in zwei, drei oder vier Diskussionsbeiträgen – von jeder Seite zwei – einmal zu hören, und daß wir dann zu anderen Themen übergehen. Wir sollten einmal die verschiedenen Meinungen, die es gibt, gegeneinanderstellen, damit sich die einzelnen Delegierten auch ein Bild machen können.

Das Wort hat Herr

Bundesminister a. D. ETZEL, MdB:

Meine Damen und meine Herren! Ein Wort voran! Ich bin der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftspolitik. Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik hat deswegen keine Entschliebung vorgelegt, weil wir die Absicht haben, Ende dieses Jahres einen großen Wirtschaftstag abzuhalten, bei dem wir eine Grundsatzdiskussion – auch mit hinreichender Zeit, die wir heute nicht haben – führen wollen. Auf der Basis dieser Grundlagendiskussion in Ruhe wollen wir dann im nächsten Jahr auf dem Bundesparteitag vor der Wahl mit einem großen Wirtschaftsprogramm herauskommen.

Ich bin Herrn Minister Schmücker sehr dankbar dafür, daß er in seinem kurzen Einführungsreferat einige Grundsätze herausgestellt hat. Ich hatte mir ein paar Notizen gemacht, um dazu Stellung zu nehmen. Ich will aus Zeitgründen davon absehen, weil ich glaube, daß bei 50 Wortmeldungen die Probleme, die Sie, Herr Kollege, angeschnitten haben, ohnehin diskutiert werden.

Meine Freunde und ich sind der Meinung, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik nur in einer Einheit gesehen werden können. Was die Sozialpolitik gewähren will, muß ja in der Wirtschaft erarbeitet werden, sei es unmittelbar, sei es durch Umverteilung über die Steuerpolitik. Man sollte in der Tat beide Dinge zusammen sehen. Insofern stimme ich Herrn Blank wie aber auch Herrn Katzer absolut zu.

Ich glaube, Herrn Katzer auch in der Meinung zustimmen zu sollen, daß die Sozialpolitik in den Grundsätzen – ich sage: in den Grundsätzen – bei uns nicht kontrovers geführt worden ist. Auch wir vom Sektor Wirtschaftspolitik haben uns z. B. immer freudig zur Eigentums politik bekannt. Das wissen Sie, Herr Kollege Katzer, aus vielen unserer Diskussionen. Ich persönlich darf mich dazu bekennen, daß ich als Finanzminister das 312-DM-Gesetz und das Sparprämien gesetz vorgelegt habe. Mehr konnte ich in der Tat während meiner Ministerzeit hinsichtlich der Grundhaltung nicht beweisen: Ja, wir sind für eine breit

gestreute Vermögensbildung und Eigentumsbildung. Diese Problematik steht heute nicht zur Diskussion. Ich glaube, daß wir uns in den Grundsatzen sofort finden werden. Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik macht in dem kleinen Vorschlag, den er hier vorgelegt hat, dennoch einige Änderungen gegenüber dem Antrag der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Unsere Gegenvorschläge sind – das möchte ich vorweg sagen – nicht hinter verschlossenen Türen gemacht worden. Zum Ausschuß für Wirtschaftspolitik gehört Herr Kollege Katzer; er konnte bei der letzten Sitzung nicht da sein.

(Zuruf:)

– Ist Herr Russe ordentliches Mitglied? Das hat sich geändert, früher war er es nicht.

(Zuruf: Seit zwei Jahren!)

– Jedenfalls ist Herr Kollege Russe zugegen gewesen und hat mit uns – ohne sie zu akzeptieren; das unterstelle ich ihm nicht – diese Dinge diskutiert. Sie sehen aus dem Ganzen, daß unser Vorgehen in einem echten Unionsgeist erfolgt ist. In einem echten Geben und Nehmen haben wir zu den Problemen, die hier zur Diskussion stehen, Stellung genommen.

Wenn wir diesen abweichenden Vorschlag gemacht haben – Herr Kollege Katzer, nunmehr bin ich mit Ihnen nicht mehr einig –, dann ist das nicht deswegen geschehen, weil das 312-DM-Gesetz nicht verbessert werden soll. Auch wir glauben, daß das 312-DM-Gesetz verbesserungswürdig ist, und zwar insbesondere auf der Basis steuerpolitischer Maßnahmen. Das ist nicht kontrovers gewesen.

Kontrovers ist vielmehr das gewesen, was Sie vorschlagen. Sie sagen:

Für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer müssen alle Möglichkeiten, die sich aus „tarifvertraglicher“ Regelung und Entfaltung der Einzelinitiative der Arbeitnehmer ergeben, ausgeschöpft werden.

Dieses „alle Möglichkeiten auf der Basis einer tarifvertraglichen Regelung ausschöpfen“ hat uns in die Kontroverse gebracht. Hier möchte ich nun einhaken und begründen, warum wir kontrovers sind.

Vorweg eine Bemerkung. Sie sagen: Ja, wir haben schon auf dem Dortmunder Parteitag gesagt, das 312-DM-Gesetz – bitte, ich kann jetzt nicht wörtlich zitieren – muß unter Umständen durch Einbau eines Investivlohnes – so ähnlich hieß es dort – verbessert werden. Der Investivlohn ist, sagen Sie, zwei Jahre in der Diskussion; nun sind wir es leid, nun wollen wir nach zwei Jahren fertige Brötchen backen und Entscheidungen treffen. – Lieber Kollege Katzer, ich bitte Sie sehr ernst, das, was ich jetzt sage, vielleicht doch noch einmal zu überlegen. So ist es nicht. Ob das Ihre Schuld, ob das unsere Schuld ist, darüber wollen wir nicht reden. Eine echte Diskussion über die Problematik, die bei einer tarifvertraglichen Regelung auftaucht, hat in der Tat zwischen uns nicht stattgefunden. Die Diskussion ist nicht ausgeschöpft worden.

Ich halte es nicht für möglich, daß plötzlich drei oder vier Wochen vor diesem Parteitag ein Antrag vorgelegt wird; legen Sie mich nicht auf ein paar Tage fest, mehr ist das aber nicht, Herr Kollege Mick.

(MdB Mick: Es ist weniger!)

– Es ist sogar weniger!

(Heiterkeit.)

Na schön, ich will drei bis vier Wochen konzedieren.

(Erneute Heiterkeit.)

In diesem Antrag, der kurz vor dem Parteitag vorgelegt wird, wird eine Lösung vorgeschlagen, gegen die wir, die wir der Wirtschaftspolitik besonders verhaftet sind, große und grundsätzliche Bedenken vorzutragen haben. Ich will nicht alle Einzelheiten auskochen; ich will nur einzelne Themen anreißen, um dem Arbeitskreis zu sagen, über was hier noch diskutiert werden muß.

Wenn Sie befürchten, wir wollten einer Diskussion ausweichen, so will ich Ihnen versprechen, daß wir eine echte Diskussion – wenn wir das heute entsprechend beschließen – zwischen den beiden Ausschüssen der Partei: für Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik – meinerwegen unter Zuziehung der Sozialausschüsse; – sofort beginnen und versuchen, bis zum Herbst dieses Jahres fertig zu werden, um auf dem nächsten Parteitag ein Ja oder ein Nein zu haben. Das wäre ein Weg. Nun möchte ich einmal die Probleme und Sorgen, die wir gegenüber dem Vorschlag der Sozialausschüsse haben, aufreißen. Ich will jetzt auch nicht – so wenig wie Kollege Katzer – die Thematik ausdiskutieren. Das ist heute nicht meine Angelegenheit. Aber ich muß doch einmal dartun, welche Sorgen wir haben.

Die erste Sorge bezieht sich auf die inflatorischen Wirkungen. Herr Minister Schmücker hat es soeben gesagt, Herr Minister Blank hat es angerissen und der Herr Bundeskanzler hat es heute morgen auch gesagt: Wir müssen hinsichtlich zusätzlicher Belastungen für die Wirtschaft vorsichtig und maßvoll sein.

Wenn nun eine tarifarische Lösung nach allen Möglichkeiten diskutiert werden soll, dann gehören dazu doch sicher auch die Vorschläge der Denkschrift. Wir haben deswegen in unserem Vorschlag zunächst einmal gesagt: auch wir begrüßen die Denkschrift; aber nicht: wir begrüßen sie schlechthin, sondern grundsätzlich, weil wir Ausnahmen machen. Ich glaube, daß auch die Denkschrift – das haben die Verfasser für sich gar nicht in Anspruch genommen – im letzten noch nicht durchdiskutiert und ausdiskutiert ist. Auch in der Denkschrift stecken eine ganze Menge Probleme, die im letzten nicht gelöst sind. Das bedarf noch einer Diskussion.

Die Denkschrift sieht eine tarifarische Lösung vor. Aber wenn Sie nun tarifarisch eine 312-DM-Lösung haben wollen – da Sie alle Möglichkeiten wollen, ist in Ihrem Vorschlag auch die investive Lösung drin –, muß man sofort die Frage stellen: Soll dann dieses investive Sparen aus dem laufenden Lohn geschehen oder denkt man an zusätzlichen

Lohn? Wir haben im Wirtschaftspolitischen Ausschuß den Pater Wallraff, der die Denkschrift unterschrieben hat, dabei gehabt. Er hat uns gesagt: Ich fürchte, ja ich neige der Meinung zu – so hat er sich, glaube ich, ausgedrückt –, daß hier eine zusätzliche Lohnbildung in Frage kommt.

Nun sagt Kollege Burgbacher immer: Lohnbildung ist ja ein Marktproblem. – Einverstanden. Aber je nach der Marktsituation bewegen sich doch nun zusätzliche Löhne verschieden. Haben wir einen Verkäufermarkt, dann werden die Unternehmer zusätzliche Löhne abzuwälzen versuchen. Wir bekommen von dorthin steigende Preise und damit einen inflatorischen Trend. Haben wir einen Käufermarkt, bei dem der Unternehmer diese Löhne nicht abwälzen kann, wird auf die Investitionsbereitschaft Einfluß genommen. Die Investitionen hängen ja von der Unternehmererwartung auf Gewinn ab. Wenn der Unternehmer im schwachen Markt mit zu hohen Unkosten da steht, dann wird er im großen und ganzen nichts investieren. Damit wird ein Einfluß auf das Angebot ausgeübt. Wir kommen also von der Angebotsseite wegen eines geringeren Angebots in ein Problem, von dem ich ganz vorsichtig heute nicht mehr sage als das: es hat die Gefahr einer inflatorischen Wirkung. Nach all den Appellen, die wir heute morgen gehört haben, sollten wir weiß Gott einmal prüfen und genauer diskutieren.

Völlig unklar scheint mir auch die Frage zu sein, ob investives Sparen auf dem Risikosektor erfolgen soll. Die Sache ist absolut nicht diskutiert. Hier gilt es eine ganz wichtige Frage zu entscheiden. Ich bin der Meinung: echtes Unternehmerkapital, an dem die Arbeitnehmer teilnehmen sollen, muß Risikokapital sein; nur so wird es sinnvoll. Hier scheinen mir Probleme zu bestehen, die zeigen, daß die Sache einfach nicht zu Ende gedacht ist.

Ich habe schon die Gefahr aufgezeigt, daß die Löhne nach oben gehen. Dabei haben wir eine bedenkliche Unterkapitalisierung der deutschen Wirtschaft festzustellen. Ich habe darüber kürzlich einen größeren Vortrag gehalten und dabei 15 große Statistiken zugrunde gelegt. Ich habe dabei festgestellt, daß im Durchschnitt das Verhältnis Eigenkapital zur Bilanzsumme bei uns im deutschen Sektor zwischen 38 und 39 % liegt; in England sind es 62 %. In einer weltweiten Wirtschaft, von der Herr Kollege Schmücker soeben gesprochen hat, bedeutet das natürlich, wenn einmal Weltwind weht, eine katastrophale Situation, die wir ganz einfach sehen müssen und über die wir diskutieren müssen. Höhere Löhne mindern das Eigenkapital.

Nun kommt eine ganz große, auch für uns, die CDU, wichtige Frage. Tarifarisches Investivsparen ist nun einmal – auch wenn man es nicht gern hört – Zwangssparen. Das hat eine gesellschaftspolitische und eine verfassungsrechtliche Seite. Das haben wir nicht zu Ende diskutiert. – Nein, Herr Kollege Katzer, das haben wir weiß Gott nicht zu Ende diskutiert. Wir beide haben kürzlich in meinem Zimmer darüber gesprochen. Wenn wir beide darüber sprechen, dann ersetzt das nicht

eine Diskussion in den verantwortlichen Gremien der Partei. Das scheint mir absolut notwendig zu sein. Die Verantwortung vor sich selber, die Freiheit, von der heute gesprochen worden ist, scheint mir Zwangssparen bei der Einkommensverwendung unmöglich zu machen. Wenn das aber tarifarisch vorgesehen wird, muß ich investiv zwangssparen, auch wenn ich es nicht will. Hier muß die eigene Verantwortung angeregt werden. Insofern bin ich für die Verbesserung des 312-DM-Gesetzes. Ich bin für die Verbesserung des Sparprämiengesetzes und für weitere Privatisierungen. Über alle diese Dinge brauchen wir im Augenblick nicht zu diskutieren, weil wir da nicht kontrovers sind. – Aber an dieser Ecke taucht ein ordnungspolitisches Problem auf, das die CDU weit bewegen wird. Ich meine den Zwang in unserer freiheitlichen Ordnung.

Es taucht auch ein verfassungsrechtliches Problem auf; dazu wurde dieser Tage in der Wochenzeitschrift „Betriebswirtschaft“ Stellung genommen. Ich habe heute auf dem Gang den Kollegen Güde gefragt: Halten Sie das für verfassungsrechtlich möglich, daß die Einkommensverwendung durch Tarifvertragsparteien festgelegt wird. Herr Kollege Güde hat aus dem Handgelenk gesagt: Nein, das ist ja gar nicht denkbar. Hier taucht – ich will vorsichtig sein – zumindest ein Problem auf, das für uns von absolut entscheidender Bedeutung ist.

Es müssen eine ganze Menge Fragen diskutiert werden. Die Steuerfreiheit hat eine haushaltsrechtliche Seite. Ich will mir nicht zu eigen machen, was mir das Bundesfinanzministerium geschrieben hat. Ich habe an Herrn Staatssekretär Grund die Frage gerichtet: Was kosten denn gewisse Vorstellungen, die man hinsichtlich des 312-DM-Gesetzes hat? Er hat mir geantwortet: im Höchstfalle 4 Milliarden DM. Ich habe ihm zurückgeschrieben: das wird von meinen Freunden bestritten.

(Zuruf.)

– Das habe ich zurückgeschrieben. Ich kann ja nichts dafür. Sie brauchen nicht böse auf mich zu werden.

(Erneuter Zuruf.)

– Verzeihung, ich will sagen: Ich habe zurückgeschrieben und habe die Bedenken, die meine Freunde mir mitgeteilt haben, im einzelnen vorgebracht. Ich habe eine substantiierte Antwort, die ich Ihnen geben will, wie es zu den einzelnen Ziffern kommt.

(Zuruf.)

– Tut mir leid, ich kann es nicht ändern. Ich sage nur: dieses Problem ist nicht ausdiskutiert. Ich bin ja für die Verbesserung des 312-DM-Gesetzes. Sie sehen in mir keinen Gegner. Aber daß das haushaltsrechtlich durchdiskutiert werden muß, ist doch sicher bekannt. Nun kommt ein weiteres Problem!

(Zuruf.)

– Darf ich Probleme vortragen oder nicht? Das muß ich doch wohl tun, wenn Sie entscheiden sollen.

(Beifall.)

Nun ein weiteres Problem! Wenn man tarifarisch spart, also zwangspart; entstehen natürlich große Mittel; sie werden sehr schnell zu Milliarden. Diese Milliarden-Beträge strömen irgendwohin; ich sage vorsichtig: irgendwohin. Sie können zu den Sparkassen strömen, sie können zu der Bank für Gemeinwirtschaft gehen. Sie werden aber sicherlich bei Sammelstellen landen, die ganz bestimmt geformt sind. Und auf diese Mittel setzt sich irgend jemand mit einem breiten Popo,

(große Heiterkeit.)

verwaltet sie, kauft Aktien und weiß der Teufel was. Hier ist eine Riesengefahr, die wir sehen müssen, meine lieben Freunde. Ich fürchte, daß hier der Eigentumsgedanke ausgehöhlt und der kalten Sozialisierungsform Vorschub geleistet werden könnte.

(Lebhafter Widerspruch.)

– O ja, o ja, o ja, glauben Sie mir.

(Fortgesetzte Zurufe.)

– Glauben Sie es mir. Hier tauchen ganz, ganz große Gefahren auf. Das wollen wir doch zuvor noch einmal diskutieren.

Als letztes meiner zehn Punkte möchte ich sagen: Hat die CDU denn einen Nutzen davon, daß das eine tarifarische Angelegenheit wird? Daß die Tarifvertragsparteien zunächst nicht wollen, vermerke ich am Rande. Nur wenn solche Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden kann man vielleicht sagen, daß auch wir politisch Nutzen bei einem Sektor haben.

Ich fasse diese zehn Sätze in einer Schlußfolgerung zusammen. Ich habe sie als Probleme vorgetragen, ich habe keine Stellung genommen. Ich habe gesagt, solche Probleme bedürfen einer echten Diskussion in der Partei. In der Partei haben wir dafür Institutionen, nämlich die beiden Ausschüsse für Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Da wir noch die Vereinigung der Sozialausschüsse haben, sollte sie zur Diskussion hinzutreten, so, wie wir das bei der Steuerangelegenheit auch fertig gebracht haben. Das ist keine Abschneidung einer Diskussion, aber eine Prüfung. In dem Sinne war das gemeint, was wir in unseren Antrag hineingeschrieben haben: daß die Dinge weiter geprüft werden sollen.

Das ist das, was wir zum ersten Punkt als Änderungsantrag zu Ihrem Antrag vorgeschlagen haben.

Der zweite Punkt – Sozialpaket – hat eine kleine Änderung. Wir haben vorgeschlagen, daß – –

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Dr. WILHELMI:

Ein Augenblick! Ich glaube, wir wollen jetzt mal bei dem einen Punkt bleiben. Wir haben vorhin ausgemacht, daß wir diesen Punkt diskutieren.

Ich muß allerdings folgendes feststellen. Wir haben allein zu dieser Frage jetzt mehr als 18 Wortmeldungen. Wenn alle diese Herren

sprechen, kommen wir zu keinem anderen Punkt, insbesondere nicht zu dem Referat von Minister Schmücker und allem, was damit zusammenhängt. Es ist wohl schon etwas dran, daß wir überlegen müssen, wo die Fragen diskutiert werden, ob es hier überhaupt geht. Aber wir wollen mal nicht gleich den Mut verlieren und wollen in die eigentliche Diskussion eintreten.

Zunächst hat Herr Professor Deus als stellvertretender Vorsitzender des Sozialpolitischen Bundesausschusses das Wort.

Prof. Dr. DEUS:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mit Rücksicht auf die Diskussionsmeldungen möchte ich nur wenige Worte zu der Vorlage sagen, die die Sozialausschüsse und der Sozialpolitische Bundesausschuß Ihnen gemacht haben.

Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß Sozialausschüsse und Sozialpolitischer Bundesausschuß gesteigerten Wert darauf gelegt haben, diese Anträge gemeinsam zu formulieren bzw. sie gemeinsam vorzulegen. Sie konnten aus den Ausführungen von Herrn Kollegen Katzer schon entnehmen, daß der Sozialpolitische Ausschuß der Bundespartei, dem er ebenfalls angehört, Wert darauf gelegt hat, die Fragen möglichst auch in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu behandeln.

Wir möchten Ihnen in Erweiterung bzw. in Abänderung unseres gedruckten Vorschlages die Anregung geben, daß wir eine gewisse Verzahnung vornehmen. Den Absätzen 2, 3, 4 und 5 im Vorschlag des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik, die sich mit der Eigentumsbildung befassen, stimmen wir zu. Wir möchten Ihnen aber vorschlagen – ich brauche das nach den vorausgegangenen Ausführungen verschiedener Redner wohl nicht im einzelnen zu begründen –, hinter dem Wort „erhalten bleiben“ in der Vorlage des Wirtschaftspolitischen Ausschusses folgenden neuen Satz einzufügen:

„Die Sicherung eines marktwirtschaftlichen Produktionsablaufs muß gleichzeitig aber auch die Sicherung für einen sozialen Vollzug und ein soziales Ergebnis des Wirtschaftens, insbesondere für eine befriedigende Einkommens- und Vermögensschichtung garantieren.“

Das ist eine notwendige Ergänzung zu dem, was in den Vorschlägen des Ausschusses für Wirtschaftspolitik gesagt worden ist.

Im übrigen möchte ich mir jetzt versagen, zu den zehn Punkten von Herrn Etzel Stellung zu nehmen, aus dem einfachen Grunde, weil ich es für schlechterdings unmöglich halte, das hier in diesem Kreise und in der uns zur Verfügung stehenden Zeit zu tun, wenn wir noch andere Fragen diskutieren bzw. sogar verabschieden wollen. Es ist absolut richtig, was Herr Etzel gesagt hat, daß eine Reihe von Fragen bei der Problematik der Eigentumsbildung auftreten, die noch nicht ausdiskutiert worden sind. Aber ich möchte hier der weiteren Diskussion nicht von vornherein durch Ausführungen meinerseits eine Bremse anlegen. Mir – das liegt in der Natur meiner Tätigkeit – liegt außerordentlich

viel daran, daß die kontroversen Fragen ausdiskutiert werden, wenn wir eine in die Zukunft weisende Eigentumpolitik betreiben wollen.

(Beifall.)

Dr. ELBRÄCHTER, MdB:

Meine lieben Freunde von der Union! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte für den Wirtschaftsrat der CDU sprechen. Auch wir haben uns mit dem Problem des Eigentums sehr intensiv befaßt. Ich möchte, bevor ich die Meinung meiner Freunde aus dem Wirtschaftsrat vortrage, einige persönliche Vorbemerkungen machen. Ich werde mich bemühen, der Zeit und der Not gehorchend, so kurz wie möglich zu sprechen.

Lieber Freund Katzer, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie uns aufgefordert haben, mit aller Offenheit die sachlichen Probleme zu diskutieren. Beim 312-DM-Gesetz war ich Ihr Mitstreiter, und ich habe – das kann ich hier ganz frank und frei sagen – in der Öffentlichkeit dafür Prügel bezogen. Ganz bestimmte Verbände – ich will sie hier gar nicht nennen – haben mich dafür in einer Form attackiert, die nicht immer fair war. Ich sage das nicht, um mich zu rechtfertigen, sondern um glaubhaft zu machen, daß gerade ich, der ich ein Leben in der Wirtschaft habe verbringen müssen – und Gott sei Dank habe verbringen können, sollte ich sagen –, mich mit diesem Problem sehr eingehend befaßt habe. Es ist ja ein Paradoxon, daß sich in einer Gesellschaftsordnung, deren eine Säule das Bekenntnis zum Eigentum ist, das Eigentum – insbesondere das Eigentum am Produktivkapital – so unterschiedlich entwickelt hat. Hier liegt ein Widerspruch vor.

Hier sind wir aufgerufen. Wir sind vor die Alternative gestellt, ob wir – jetzt kommen die Sachprobleme – etwa um einer vermeintlichen Gerechtigkeit willen – ich betone: einer vermeintlichen Gerechtigkeit willen – auf solche Dinge verzichten, die uns bislang am Herzen gelegen haben, nämlich Wachstum, Vollbeschäftigung und Stabilität. Herr Kollege Eitzel hat das Problem richtig angesprochen. Das ist eine echte Alternative, die wir nicht leichtfertig durch eine Entschließung lösen können; sie muß vielmehr in der Tiefe diskutiert werden. Das haben wir im Wirtschaftsrat getan. Ich will nicht alles wiederholen, was Herr Eitzel gesagt hat. Aber ich muß auf zwei Dinge noch einmal eingehen.

Ihnen, lieber Herr Katzer, liegt am Herzen, dieses 312-DM-Gesetz so schnell wie möglich praktikabel zu machen. Das liegt uns allen am Herzen. Ich glaube nur nicht, daß uns die Tarifvereinbarung dahin führen wird. Ich werde das gleich zu begründen versuchen. Aber die Ungeduld, mit der wir alle die Entwicklung des 312-DM-Gesetzes verfolgt haben, sollte doch etwas gemildert und gedämpft werden durch die Überlegung, daß auch das Sparprämienengesetz erst einen Anlauf genommen hat. Hier, meine Freunde, rufe ich gerade die Unternehmer auf, mehr als bisher in ihren Betrieben aufklärend zu wirken. Ich habe persönlich die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitnehmer noch gar nicht wissen, welches Instrument ihnen an die Hand gegeben worden ist.

Dieses Instrument sollte auch der Unternehmer – das ist das Ergebnis unserer Beratung – verbessern helfen; ich sage Ihnen gleich, wie wir uns das vorstellen.

Herr Etzel hat zu Recht darauf hingewiesen, daß eine große wirtschaftliche und politische Gefahr entstehen kann, wenn diese Gelder in die unrechten Hände oder in Hände kommen, die dieses Kapital für ganz bestimmte Zwecke einsetzen wollen. Sicher ist aber eine andere Überlegung auch richtig. Wenn das Geld nicht im Betrieb bleibt – und das wollen wir alle nicht wegen des Risikos, was damit verbunden ist –, dann wird es gleichförmig allen Betrieben, ob sie branchenmäßig gut liegen oder nicht, ob sie lohnintensiv sind oder nicht, abgezogen. Das Geld geht dann an irgendeine Kapitalsammelstelle, und notwendigerweise – das ist ein Gesetz – geht es in die Branche, in die Unternehmungen, wo die größte Rendite erarbeitet wird. Die Folge ist der Konzentrationseffekt, eine uns auch seit Jahren beschäftigende Erscheinung, der wir nicht Herr geworden sind; wir sind erst am Anfang dieser ganzen Untersuchungen. Er wird zweifellos – das ist meine Überzeugung – verstärkt werden.

Das sind doch die Gründe, lieber Kollege Katzer, aus denen Sie seinerzeit dankenswerterweise auf die Bedenken des Mittelstandes Rücksicht genommen und als Fraktionssprecher gegen Ihre eigene Überzeugung die Meinung unserer Fraktion vertreten haben. Aber diese Gründe bestehen nach wie vor; sie sind nicht ausgeräumt. Ich finde, daß durch die Tariffähigkeit das noch verstärkt werden wird. Nun lassen Sie mich eine Überzeugung wiederholen, die ich Ihnen schon in anderem Kreise gesagt habe. Ich bin zunächst nicht überzeugt, daß die Gewerkschaften diesen Ball, den wir ihnen jetzt zuspielen, aufnehmen werden. Sie wissen wahrscheinlich in der Gewerkschaftsliteratur besser Bescheid als ich. Es liegen dort authentische Äußerungen vor, daß die Gewerkschaften zunächst eine Schwerpunktbildung in der Lohnpolitik haben, und zwar einmal hinsichtlich der nominellen Lohnhöhe, dann aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit, des Urlaubsgeldes und der Urlaubslänge. Haben sie das erreicht, dann würden sie mit Sicherheit – ich muß jetzt im Konjunktiv sprechen – diesen Ball aufnehmen und würden additiv – auch da liegen Äußerungen der Gewerkschaft vor – zu den Nominallohnverhandlungen noch diese Forderungen stellen, so daß den Unternehmen zusätzliche Kosten erwachsen. In einer Zeit der expansiven Wirtschaft könnten in den Branchen, wo durch Rationalisierung etwas drinsteckt, diese zusätzlichen Kosten aufgefangen werden. Aber in einer Zeit der stagnierenden Wirtschaft geht das an die Unternehmerrgewinne. Das bedeutet, daß weniger investiert wird. Das heißt auf deutsch, daß dann ein Circulus in Gang gesetzt werden könnte, der die Vollbeschäftigung zumindest in Frage stellt.

Das sind doch alles Dinge, die nicht einfach hingenommen werden können, die berücksichtigt werden müssen. Aber meine Freunde aus dem Wirtschaftsrat gehen weiter als Herr Etzel. Sie sind der Meinung, daß aus diesen Gründen nicht nur darüber verhandelt werden soll,

sondern sie glauben, man sollte diesen Punkt ablehnen; man kann ihn gar nicht akzeptieren.

Ich will es aber nicht bei einer negativen Stellungnahme bewenden lassen, sondern ich will Ihnen in der gebotenen Kürze sagen, wie etwa ein Gesetz aussehen sollte, das praktikabel wäre und mit dem man die Vorteile, die die Freunde von der Arbeitnehmerschaft erwarten, erreichen könnte.

Wir sind der Meinung, daß dieses 312-DM-Gesetz nicht etwa nur für Betriebe Geltung haben soll, die zusätzlichen Sozialaufwand treiben. Es müßten auch die normalen Teile des Einkommens davon erfaßt werden können. Um so wichtiger ist es, daß wir durch eine vernünftige Politik – das heißt durch die Ausdehnung des Nominallohnes – den Arbeitnehmer in die Sparfähigkeit versetzen. Darüber sind wir uns sicher einig.

Weiterhin sind wir uns wohl einig, daß die Bediensteten in öffentlichen Betrieben davon erfaßt werden können. Es ist, glaube ich, richtig, daß nicht mehr der Betrieb entscheiden kann, sondern daß das Ansuchen eines einzelnen Arbeitnehmers ihn in den Genuß dieser Bestimmung bringen sollte. Weiterhin muß natürlich logischerweise das Erfordernis der Betriebszugehörigkeit fallen. In Zukunft sollten die vermögenswirksam angelegten Teile des Arbeitseinkommens in Höhe von 312 DM völlig von der Lohnsteuer befreit werden.

Ich darf, lieber Herr Eitzel, auch etwas in Zweifel ziehen, was Ihnen gesagt worden ist. Lassen Sie mich eine Milchmädchenrechnung vorführen: 22 Millionen Arbeitnehmer mal 300, rundgerechnet gleich 6,6 Milliarden, ist ein gewichtiges Wort, wenn dieser Betrag zusätzlich auf den Lohn zukäme. Mit diesem Problem haben wir uns auseinanderzusetzen. 8% davon sind aber bestenfalls 600 Millionen. Nun wird mir entgegengehalten: Ja, aber jetzt zahlt der Arbeitnehmer im Durchschnitt 30%. Das ist natürlich nicht logisch. Die 8% muß ich aber auch berücksichtigen, dann sind es also nicht mehr 30%, sondern 22%. Das Finanzministerium kann also sinnvollerweise nur mit diesen 8% operieren. Das wäre dann eine Steuersumme von bestenfalls 600 Millionen DM pro Jahr, immerhin natürlich für den Finanzminister ein gewichtiges Wort. Das sollte uns aber nicht schrecken, weil das nicht heute und morgen, auch nicht im nächsten Jahr als Last auf uns zukommt, sondern wahrscheinlich in einer längeren Entwicklung. Wir haben uns trotz aller Bedenken des Finanzministers auch zu den Lasten bekannt, die aus dem Sparprämiengesetz auf den öffentlichen Haushalt zukommen. Mit gutem Grund wird gefordert, daß wir das aufrechterhalten.

Lassen Sie mich fortfahren, worin wir uns einig sein werden. Der Arbeitgeber – ich hoffe, daß Sie das begrüßen werden – soll in Zukunft verpflichtet sein, den entfallenden Beitragsanteil zur Sozialversicherung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer zuzuschlagen. Das ist das Korrelat für den Wegfall der 8%-Pauschalsumme. Weiterhin sollten in Zukunft die schon bisher begünstigten Leistungen des Arbeitnehmers für die Zukunftssicherung des Arbeitnehmers bei der Be-

freierung von Sozialabgaben nicht mehr auf den Betrag von 312 DM angerechnet werden.

Ich glaube, daß mit diesen Vorschlägen, die meine Freunde im Wirtschaftsrat nach sehr sorgsam Überlegungen erarbeitet haben, dieses Gesetz wirklich praktikabler und wirksamer gemacht werden kann, so daß die Forderungen, die Sie und auch der Herr Bundesarbeitsminister Blank mit Recht erheben, ohne die Gefahren erfüllt werden können, die meine Freunde sehen, wenn wir dieses Instrument der Gewerkschaft zuspieren.

Dr. WILHELMI:

Das Wort hat Adenauer; ihm folgt Mick.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

– Zur Geschäftsordnung, ja bitte!

(Zuruf: Meine lieben Parteifreunde, Herr Wilhelmi hat zu Beginn gesagt, man sollte vorläufig auf eine Begrenzung der Redezeit verzichten; man werde sehen, wie sich das mache. Bis jetzt haben zwei Diskussionsredner gesprochen. Bei der Kürze ihrer Rede – wie sie sich ausgedrückt haben – ist es bereits 18.10 Uhr geworden. Es sind außerdem noch rund 50 Redner angemeldet!)

– Ich darf Ihnen folgenden Vorschlag machen!

(Zuruf: Mein Vorschlag: die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken!)

– Ich wollte folgendes vorschlagen: Nach fünf Minuten genau werde ich ein Zeichen geben, und nach weiteren fünf Minuten werde ich dann das Wort entziehen.

Das Wort hat

Dr. Konrad ADENAUER jr.:

Meine Damen und Herren! Herr Vorsitzender, Sie sahen mich so böse an. Ich glaube, Sie haben gar keinen Grund dazu. Ich werde ganz bestimmt nur sehr kurz sprechen. Ich bin Ihnen aber dankbar, daß Sie mir das Wort im Anschluß an diesen Diskussionsbeitrag des Herrn Elbrächter gegeben haben, weil ein innerer Zusammenhang besteht. Ich spreche zu Ihnen als Vorsitzender der rheinischen Wirtschaftsvereinigung.

(Zuruf einer Dame: Aber keine Viertelstunde!)

– Ich habe Ihnen gesagt: Ich spreche nicht mal fünf Minuten. Aber wenn Sie stören, wird meine Redezeit entsprechend verlängert.

(Heiterkeit und Beifall.)

– Sehen Sie, das haben Sie alles auf dem Kerbholz hier!

Ich spreche als Vorsitzender der rheinischen Wirtschaftsvereinigung, die sich die Förderung des Eigentums in Arbeitnehmerhand sehr zu Herzen genommen hat. Wir in der rheinischen Wirtschaftsvereinigung haben maßgebend an dem Zustandekommen des 312-DM-Gesetzes mitgewirkt

Wir sind auch bei dem Antreiben der sozialen Privatisierung führend gewesen. Man kann uns in keiner Weise vorwerfen, daß wir nicht sozial seien. Wir haben auch die Beschlüsse des Dortmunder Parteitages, Herr Katzer, sehr aufrichtig genommen und haben uns nach dem Dortmunder Parteitag daran gemacht und in unserem Grundsatzausschuß diese Dinge beraten.

Ich muß Ihnen sagen, daß wir zwar der Auffassung sind, daß das 312-DM-Gesetz ganz entschieden verbessert werden kann. Wir haben uns aber nicht zur Anerkennung der vermögenswirksamen Zuwendungen in Tarifverträgen durchringen können. Wir sind restlos dem Vorschlag des Bundeswirtschaftsrates gefolgt, der aber umgekehrt wiederum teilweise mit seiner Resolution auf unseren Vorarbeiten aufgebaut hat.

Ich hatte gehofft, ich würde hier heute abend insofern einen Clou bringen können, als ich zufällig in den Besitz Ihrer Ausführungen, Herr Katzer, gekommen bin, die Sie im Bundestag gemacht haben; ich hatte mich darauf präpariert.

(Heiterkeit.)

Auf der anderen Seite, Herr Katzer, habe ich Sie nicht unterschätzt; ich hielt es für möglich, daß Sie selber darauf hinweisen. Das haben Sie getan.

(Erneute Heiterkeit.)

Ich will aber dennoch jetzt ein Stückchen daraus vorlesen und eine kleine Kritik anbringen. Herr Katzer hat damals gesagt:

„Gegen die Einbeziehung von Tarifverträgen sind gewichtige politische Gründe geltend gemacht worden. Insbesondere ist hier auf unsere mittelständischen Unternehmen Rücksicht zu nehmen. Ich will das hier einmal sauber und klar aussprechen. Denn ich halte nichts davon, daß man sich hier darum herum drückt. Ich halte auch nichts davon, daß man auf zwei Klavieren spielt.“

Herr Katzer, Sie haben Ihre Meinung revidiert; vielleicht revidieren wir unsere auch mal. Ich bin der Auffassung, man sollte mit Resolutionen noch etwas warten.

Aber Sie haben einen Grund angegeben, warum Sie Ihre Meinung revidiert haben. Sie sagten, das 312-DM-Gesetz habe sich nicht als genügend wirksam erwiesen. In meinem Unternehmen, den Rheinischen Braunkohlenwerken, das Ihnen nicht fremd sein dürfte, Herr Katzer, haben etwa 17 % der Arbeiter und der Tarifangestellten davon Gebrauch gemacht. Wenn dieser Satz überall erreicht worden wäre, wäre die Summe, die Sie genannt haben, ganz anders. Man kann wohl auf propagandistischem Wege, indem man für das Gesetz wirbt, noch etwas tun.

Aber ich hatte mich nicht nur auf die Autorität des Herrn Katzer berufen wollen, sondern weil zufällig Professor Röpke gestern über diese Dinge geschrieben hat, auch ihn ganz kurz zitieren wollen. Professor

Röpke ist gewiß kein Mann, bei dem in der Rangordnung der Werte die Wirtschaft an erster Stelle kommt; ich glaube, sie kommt an dritter, vierter oder fünfter Stelle. Er stellt dem moralisch unempfindlichen Ökonomismus einen ökonomisch unwissenden Moralismus gegenüber und sagt: Wenn es die Berufsgefahr des Nationalökonomen ist, das Moralische zu unterschätzen, so ist es diejenige des moralisch religiös Interessierten, die ökonomische Logik zu vernachlässigen. Als Beispiel führt er folgendes an:

„Ein weiteres Beispiel von sehr aktueller Art bietet uns der vor allem in Deutschland viel diskutierte Vorschlag, den Arbeitern unter dem Namen „Investivlohn“ einen zwangsweise für Kapitalbildung reservierten zusätzlichen Lohn zu verschaffen, durch den die so außerordentlich wünschenswerte Eigentumsbildung der breiten Massen gefördert werden soll. Kühle Besinnung aber lehrt uns, daß die besondere Bestimmung dieser Lohnerhöhung, die ja übrigens mit dem untilgbaren Makel des echten Zwanges und der unverhüllten Bevormundung befleckt wäre, an dem Charakter einer solchen Lohnerhöhung und damit einer Kostensteigerung für den Produzenten nichts ändert, das heißt auch nicht an den Folgen, die, wenn die Lohnerhöhung nicht ohnehin wirtschaftlich gerechtfertigt ist, so schwerwiegend sein können, daß wieder einmal das Gegenteil der guten Absicht eintritt.“

Herr Katzer, trotz alledem, trotz unserer großen Bedenken – –

(Zeichen des Vorsitzenden.)

– Daran ist die Dame schuld.

(Heiterkeit.)

– Jetzt verlängern Sie es noch einmal.

Trotz allem, Herr Katzer, bin ich froh, daß Sie dieses Thema wieder auf den Parteitag gebracht haben. Das soll uns Mahnung und Ansporn sein, uns weiter damit zu befassen. Auch ich habe manchmal ein ungutes Gefühl wegen der Einkommensverteilung und namentlich auch wegen der Vermögen, die sich gebildet haben. Ich weiß nicht, ob sie sich überall in den rechten Händen gebildet haben. Vielleicht ist das mehr Gefühlssache. Man sollte diese Dinge aber noch einmal genau untersuchen. Deshalb, Herr Katzer, möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir weiter miteinander reden und heute unter diesem Vorbehalt von Ihrer Entschließung absehen.

(Beifall.)

MICK, MdB:

Meine lieben Parteifreunde! Das erste, worüber wir uns einmal Gedanken machen sollten, ist die Frage, wie wir in Zukunft unsere Parteitage gestalten, ob wir solchen Veranstaltungen mehr Raum geben wollen,

(Beifall.)

oder ob wir uns in Plenarsitzungen erschöpfen wollen, die auch notwendig sind. Die Frage ist nur, ob diese Breite der Plenarsitzungen berechtigt ist.

Ich könnte jetzt der Versuchung unterliegen, wegzuräumen, was einige meiner Vorredner – Herr Adenauer und Herr Etzel – hier auf den Weg gelegt haben. Herr Etzel, Sie waren am Anfang besser, als Sie am Ende waren.

(Heiterkeit.)

Ende gut, alles gut. Mich hat enttäuscht, daß Sie zum Beispiel wieder mit diesen Milliarden-Beträgen gekommen sind.

(Zuruf.)

Wenn Sie erlebt hätten, wie in Ihrem Arbeitskreis – Sie waren nicht in Berlin – der Vertreter des Finanzministers, der diese astronomischen Zahlen auch nannte, von unserem verehrten Kollegen Burgbacher aus-einandergenommen worden ist,

(Heiterkeit.)

dann hätten Sie sich diese Zahlen erspart; denn Sie sind doch wirklich ein sehr seriöser Mann.

(Erneute Heiterkeit und Beifall.)

Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir nach der Möglichkeit eines Ergebnisses dieser Aussprache suchen. Wir kommen nicht damit hin, daß wir sagen: Wir werden uns weiter unterhalten; das haben wir in Dortmund bereits gesagt.

(Zuruf.)

– Und haben es nicht getan; natürlich!

Im Augenblick steht die Frage der tarifvertraglichen Regelung zur Diskussion. Da haben Sie sich an dem Wort „alle“ bei den „Möglichkeiten“ gestoßen. Herr Etzel, wir beißen doch nicht. Das Wort „alle“ hätten wir gern gestrichen, wenn Sie es uns vorher gesagt hätten. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie sich auch für hier noch etwas aufbewahren wollten, um diesen bösen Leuten von der Sozialpolitik irgend etwas entgegensetzen zu können.

(Zuruf.)

Die Frage des Zwanges! Ich habe es für gefährlich gehalten, daß Paulsen und Rosenberg in einer Einheitsfront standen. Wir sind praktisch – das bitte ich Sie zu bedenken – innerhalb unserer gewerkschaftlichen Organisation in eine sehr merkwürdige Zwitterstellung hineingekommen. Wir haben in der Frage des Eigentums in unserer eigenen gewerkschaftlichen Organisation einen sehr dornenvollen Weg zu gehen. Ich empfehle Ihnen also: Machen Sie sich diesen Einwand mit dem Zwang etwas schwieriger, als Sie es bisher getan haben. Finden Sie andere und bessere Argumente, denn sonst müssen wir Ihnen dauernd entgegenhalten, unter wieviel Zwang, der von niemand bestritten wird, in unserer Wirtschaft – wenn man das Zwang nennt – unser Leben steht.

Zu den praktischen Vorschlägen ist eine ganze Menge gesagt worden. Herr Elbrächter hat zum Teil die Dinge vorgetragen, die nicht konträr sind, die uns einen ersten Schritt weiterbringen könnten. Ich bin der

Meinung, daß wir uns heute selber unter den Zwang setzen müssen, dieses Gespräch zu führen. Wir können es nicht bei einer Deklamation belassen. Deshalb mein Vorschlag, in die Resolution folgendes aufzunehmen: von diesem Parteitag aus einen Kreis einzusetzen, bestehend aus Wirtschafts- und Sozialpolitikern – dazu gehört auch die Finanz, Herr Dr. Schmidt –, etwa ein Dutzend Leute – es dürfen nicht mehr sein –, der sich dieser Fragen annimmt und der dem Parteivorstand innerhalb Jahresfrist das Ergebnis seiner Beratungen vorzulegen hat. Das Ergebnis dieser Beratungen soll Anlage der Akten dieses Parteitages werden. Vielleicht diskutieren wir über diesen meinen persönlichen Vorschlag, den ich mit meinen Freunden noch nicht abgesprochen habe.

(Beifall.)

Dr. WILHELM:

Sie haben den Vorschlag gehört. Können wir uns auf diesen Vorschlag einigen? Ich will gewiß hier keinem das Wort abschneiden. Wir haben aber nach wie vor noch 16 Meldungen. Wenn wir sie alle durchexerzieren, kommen wir nicht mehr zu allen möglichen anderen Fragen. Wenn wir uns auf den Vorschlag des Kollegen Mick einigen könnten, morgen die Einsetzung einer ganz konkreten Kommission zu empfehlen, dann sollten wir die weitere Diskussion diesen Leuten überlassen und zu anderen Fragen übergehen. Besteht darüber Einverständnis?

(Zuruf: Kein Einverständnis!)

– Kein Einverständnis?

(Zuruf: Nein! Ich möchte darauf hinweisen, Herr Vorsitzender, daß noch in diesem Jahr der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des ganzen Vermögensbildungsgesetzes vorgelegt werden muß! Wenn wir jetzt den Beschluß fassen, daß wir das erst in einem weiteren Jahr beraten, dann kommen wir überhaupt nicht zu Rande!)

– War da von Jahresfrist die Rede? Das habe ich nicht gehört.

(Zuruf: Ja!)

– Gut, dann sagen wir eben: Wir wollen uns unverzüglich an diese Geschichte setzen. Wie lange das dauert, das können wir natürlich alle nicht wissen.

(Zurufe: Sechs Monate! – Jahresende!)

KATZER, MdB:

Wir müssen zumindest noch auf die Sachargumente, die von Herrn Eitzel und von Herrn Elbrächter vorgetragen worden sind, hier unmittelbar eine Antwort von Herrn Burgbacher und Herrn Russe haben, wohin unsere Grundmeinung geht, damit nicht die Bedenken der anderen Seite unwidersprochen im Protokoll stehen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir uns drehen und wenden können, wie wir wollen: wir kommen hier nicht zu einer Entscheidung, so leid mir persönlich das tut. Dann muß man aber einen festen Termin setzen. Soviel ich weiß, haben wir im Herbst dieses Jahres eine Sitzung des Bundes-

parteiausschusses, einen kleinen Parteitag, der ein Programm formulieren soll. An diesen Termin könnten wir uns anhängen und verbindlich morgen einen solchen Vorschlag machen.

Dr. WILHELM:

Sind Sie damit einverstanden, daß zu diesem Thema noch Herr Burgbacher und Herr Russe sprechen?

(Zurufe: Ja!)

– Ja!

(Weiterer Zuruf.)

– Verzeihung, dann wird es wieder ein bißchen viel; es sind so viele Meldungen da. Ich habe Verständnis dafür, wenn eine Gruppe sagt: Wir wollen nicht einseitig irgend etwas stehenlassen. Ich habe allerdings im Augenblick eigentlich nicht das Empfinden, daß etwas einseitig gesagt worden ist. Ich habe mich bemüht, jede Seite zu Wort kommen zu lassen.

(Zuruf: Von der Sache!)

– Ja, von der Sache her auch. Erst haben Sie gesprochen, dann hat Herr Etzel gesprochen; es ging alles wunderbar.

(Zuruf.)

– Schön, dann wollen wir uns auf einen einigen. Dann nehmen wir Herrn Burgbacher. Wäre das denkbar?

(Zuruf: Nein!)

– Nein. Schön, dann machen wir eben mit allen 16 weiter, dann bleibt alles andere liegen.

(Zuruf: Natürlich!)

– Also jetzt wollen wir die Zeit nicht mit Geschäftsordnungsdebatten verplempern. Ich sehe, daß Herr Hellwig, Herr Burgbacher, Herr Greiß, Herr Becker und Herr Russe sich melden. Das sind immerhin schon fünf.

(Zuruf: Nach der Meldung verfahren!)

– Gut, dann fangen wir jetzt mal an. Als erster steht hier Herr Russe, dann kommt sowieso Herr Burgbacher, dann kommt sowieso Herr Greiß. Dann wollen wir also in diesem Sinne fortfahren und wollen sehen, ob wir noch zu anderen Themen kommen.

Das Wort hat Herr Russe.

RUSSE:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich darauf bestanden habe, das Wort ergreifen zu dürfen, dann deshalb, um eine Erwiderung auf das geben zu können, was die Vertreter der Wirtschaftsvereinigung, des Wirtschaftsrates gesagt haben, damit das Parteitageprotokoll nicht eine einseitige Färbung erhält.

Das erste Argument ist ein politisches: Wenn wir heute für die tarifvertragliche Vereinbarung eintreten, dann ist das in folgendem begründet. Würde man gesetzliche Vergünstigungen für in Tarifverträgen

ausgehandelte vermögenswirksame Leistungen zulassen, dann würde die weitere Kritik der Gewerkschaften an der bisherigen relativ einseitigen Verteilung des Vermögenszuwachses in unserer Volkswirtschaft erheblich an Gewicht verlieren. Denn, wenn sie trotz der vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeit nicht das Ihre tun würden, um die Vermögensbildung der Arbeitnehmer über Tarifverträge zu fördern, würden sie in ihrer Kritik unglaubwürdig werden. Gibt man den Gewerkschaften aber nicht einmal die Chance, sich mit den unserer Gewerkschafts- und Wirtschaftsordnung angemessenen Mitteln dieser brennenden Frage anzunehmen, kann man sich nicht wundern, wenn gewisse Gewerkschaften die Frage des Vermögenszuwachses mit radikalen und unserer Wirtschaftsverfassung nicht adaequaten Mitteln zu lösen versuchen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt! Herr Elbrächter hat vom öffentlichen Dienst gesprochen. Wenn man die Zulassung von tarifvertraglichen Vereinbarungen nicht ermöglicht, ist es nach meinem Dafürhalten ausgeschlossen, die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes in das Vermögensbildungsgesetz einzubeziehen. Ein Abschluß von Einzelverträgen und Personalvereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen widerspricht dem Grundsatz der einheitlichen Besoldung des öffentlichen Dienstes.

(Zuruf.)

– Bitte, Sie wollen mich meine Meinung vortragen lassen. – Man kann es einem Behördenchef nicht freistellen, ob er vermögenswirksame Leistungen vereinbaren darf oder nicht. Es ist notwendig, das generell zu lösen. Denn es ist andererseits auch unmöglich, etwa jedem Angehörigen des öffentlichen Dienstes freizustellen, einen Teil seiner Dienstbezüge vermögenswirksam anzulegen und dafür die steuerlichen Vergünstigungen des Gesetzes zu gewähren. Die Folge davon wäre nämlich entsprechende Forderungen der Einkommensbezieher außerhalb des öffentlichen Dienstes und schließlich eine allgemeine Förderung des Sparens. Die steuerliche Förderung des Sparens aber ist im Jahre 1959 aus überzeugenden Gründen abgeschafft und durch das Sparprämien-gesetz ersetzt worden.

Nun hat Herr Eitzel von der Frage des Zwangssparens gesprochen. In Wirklichkeit wird doch niemand gezwungen, aus seinem bisherigen Einkommen zu sparen. Die Frage ist vielmehr, ob infolge eines tarifvertraglich vereinbarten zusätzlich zum bisherigen Barlohn zu zahlenden Einkommensteils die Eigentumsbildung in breiten Schichten gefördert werden kann. Wer den zusätzlichen vermögenswirksamen Einkommensteil nicht haben will, braucht ihn nicht zu nehmen; wer davon Gebrauch macht, kann ihn nehmen.

(Lachen.)

– Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren! Herr Adenauer hat vorhin gesagt, daß sich in seinem Betrieb nur 17 % der Arbeitnehmer dem Vermögensbildungsgesetz zugewendet haben. Das ist doch der beste Beweis. Auf der anderen Seite

(Zuruf.)

– lassen Sie mich aussprechen –: wer davon Gebrauch macht, kann ihn nicht ebenso gut in bar, also für Konsumzwecke verlangen. Er muß ihn vielmehr so nehmen, wie er angeboten wird: als einen zusätzlich zum Barlohn zum Zwecke der Eigentumsbildung gezahlten Einkommensteil. Der Gegenwert dieses Einkommensteils besteht nicht in Konsumgütern, sondern in Investitionsgütern, die unverzehrbar sind.

Wir haben in vielen Tarifverträgen – nehmen Sie die Bauindustrie – schon jetzt festgelegt, daß ein Teil des Lohnes nicht bar ausgezahlt, sondern gemeinschaftlichen Einrichtungen der Tarifparteien zugunsten der Arbeitnehmer zugewiesen wird. Es ist nie ein Streit darüber entstanden dergestalt, daß die Arbeitnehmer darin einen unzulässigen Eingriff in die Lohnverwendung gesehen hätten.

(Zuruf.)

Schließlich ist eine vorübergehende Bindung – denn darum handelt es sich nur – zusätzlicher Einkommensteile ganz anders zu beurteilen als ein kollektiver Zwangssparprozeß über die Preise, dem die Verbraucher infolge übergroßer Nachfrage oder ungenügenden Wettbewerbs immer wieder ausgesetzt sind. Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen führen demgegenüber zur Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern. Die Vermögensbildung aus einem Zwangssparprozeß über die Preise kommt anderen als den hierdurch zum Sparen gezwungenen Personen zugute.

(Beifall.)

Nach dem geltenden Recht ist es möglich, vermögenswirksame Leistungen in Betriebsvereinbarungen zu vereinbaren – das wissen Sie –, das heißt, in Gesamtverträgen, vor deren Abschluß nicht etwa die Zustimmung jedes Betroffenen eingeholt werden muß. Auch die Betriebsvereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen sind – wenn es sich um zusätzliche Leistungen handelt – von den betroffenen Arbeitnehmern nie als Zwangssparen, vielmehr als willkommene Unterstützung ihrer Eigentumsbildung empfunden worden.

Dann wird gegen Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen vorgebracht, sie bewirkten Preissteigerungen. Ich bin nicht dieser Meinung. Dazu ist zu bemerken, daß sicherlich einzelne Unternehmen sich bemühen werden, die Preise zu erhöhen und diese Kosten abzuwälzen. Da aber die Nachfrage nach Konsumgütern durch vermögenswirksame Leistungen nicht erhöht wird, ist eine generelle Preissteigerung nicht möglich. Das ist der Vorzug vermögenswirksamer Leistungen gegenüber der Erhöhung des Barlohnes.

(Zuruf.)

Man wendet ferner ein, – –

(Fortgesetzte Zurufe.)

– Verzeihen Sie, wir haben Sie ja auch angehört, und wir haben auch nicht dazwischen gerufen. –

Man wendet ferner ein, die Investitionsneigung der Unternehmer gehe bei der Zulassung von tarifvertraglichen Regelungen über vermögens-

wirksame Leistungen zurück. Die Gewinnmargen der Unternehmer – so sagt man weiter – verringern sich, da die zusätzlichen Kosten nicht auf die Preise überwälzt werden können. – Bei Vereinbarung von zusätzlich zum bisherigen Barlohn zu zahlenden vermögenswirksamen Leistungen ändert sich die Kosten- und Ertragslage der Unternehmen ähnlich wie bei der Veränderung anderer gesamtwirtschaftlicher Daten, beispielsweise bei Steuer- und Sozialversicherungsbelastungen und ähnlichem. Die Wirtschaft wird sich diesen Veränderungen wie in ähnlichen Fällen anpassen. Derartige Anpassungsvorgänge finden ständig statt und verlaufen um so reibungsloser, je schneller die Wirtschaft wächst. Da der Gesetzgeber die Grenze der begünstigten vermögenswirksamen Leistungen auf 312 DM festgesetzt hat, werden sich die Auswirkungen in einem Rahmen halten, der durchaus ordnungspolitisch tragbar ist. .

(Zuruf: Währungsstabilität!)

Im übrigen wird die Zulassung von tarifvertraglichen Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen nicht schlagartige Auswirkungen auf die Ertragslage der Unternehmen haben. Tarifverträge werden nur schrittweise und in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu verschiedenen Zeitpunkten eingeführt werden. Außerdem können vermögenswirksame Leistungen nicht etwa wie Löhne laufend erhöht werden, weil der jährliche Höchstbetrag auf 312 DM festgesetzt ist. Deshalb wird es auch nicht jährlich zu neuen Tarifverhandlungen über diese Frage kommen. Nein, nach der einmaligen Einführung vermögenswirksamer Leistungen bis zu 312 DM im Jahr ist eine weitere Erhöhung in der Zukunft vom Arbeitgeber nicht mehr zu befürchten.

Sie haben die Frage der Höhe des Gewinns angesprochen. Das ist ein wichtiger Faktor für die Investitionsneigung – das gestehe ich zu –, aber doch nicht der alleinige. Die Auftragslage, Prestigeerwägungen, die Verpflichtung, Marktanteile zu halten, der Zwang, die Betriebe zu vergrößern, oder auch die Notwendigkeit, in wachsendem Maße konkurrenzfähig zu bleiben, beeinflussen doch die Investitionstätigkeit der Unternehmer mindestens in demselben, wenn nicht noch in stärkerem Maße. Dann lehrt doch auch die Erfahrung, daß bei steigenden Lohnkosten die Rationalisierungsinvestitionen verstärkt werden, um die Kosten aufzufangen.

Schließlich muß daran erinnert werden, daß die Diskussion über die angeblichen negativen wirtschaftlichen Folgen des Vermögensbildungs-Gesetzes, das wir heute haben, damals – bei der Verabschiedung des Gesetzes – genauso geführt worden ist wie jetzt in der Frage der Tarifvereinbarungen. Meine Damen und Herren, es ist nicht eingetreten, was Sie damals befürchtet haben. Malen Sie doch nicht Gefahren an die Wand, die sich in dem Maße, wie Sie sie dargelegt haben, nicht stellen.

Noch ein anderes Problem darf ich ansprechen! Man sagt, die Zulassung von Tarifvereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen an die Arbeitnehmer würde lohnintensive Unternehmen stärker als

kapitalintensive belasten. Da stimme ich Ihnen zu. Aber verallgemeinern darf man das auch nicht. Ich glaube, daß hier eine Möglichkeit gegeben ist – das ist ja im Gesetz heutiger Prägung schon drin –, wie man den mittelständischen Belangen in einem besonderen Ausmaß und in einer besonderen Regelung entsprechen könnte.

(Zuruf: Wie?)

– Darüber können wir miteinander reden. Ich gebe hier nur eine Er widerung auf die allgemeine Sache. Wir sind uns darüber einig geworden, daß wir hier keine Details diskutieren. Herr Schmitz, ich bin bereit, mit Ihnen nachher darüber zu diskutieren.

(Zuruf: Tun Sie es hier, damit es auch ins Protokoll kommt!)

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist im übrigen sogar aus dem jetzigen Gesetz heraus begünstigt, weil beispielsweise mithelfende Familienangehörige des Arbeitgebers vermögenswirksame Leistungen erhalten können. Dies bedeutet, daß gerade in Kleinstbetrieben eine zusätzlich begünstigte Ansammlung von Ersparnissen für Angehörige des Betriebsinhabers möglich wird, und zwar selbst in den Fällen, in denen keine fremden Arbeitskräfte beschäftigt werden. Derartige Unternehmen gibt es im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel sowie im Handwerk relativ oft. Das kann man in irgendeinem Sachzusammenhang weiterhin diskutieren und ausbauen, Herr Schmitz.

Bei den weiteren Forderungen, die wir vorgetragen haben, die nicht diskutiert worden sind, die aber in unmittelbarem Zusammenhang damit stehen, ist es doch so, daß vornehmlich den kleineren und mittleren Betrieben geholfen werden könnte, etwa durch die Beseitigung der zur Zeit durch den Arbeitgeber zu zahlenden Lohnsteuerpauschale von 8%. Bedenken Sie bitte – und hier darf ich noch eine Aussage zu eventuell problematischen Vorgängen in der Zukunft machen –, daß vermögenswirksame Leistungen in erster Linie – das ist statistisch erwiesen – bei Sparkassen und Volksbanken angelegt werden, also bei Kreditinstituten des Mittelstandes, so daß auch auf diese Weise die Kreditversorgung der mittelständischen Betriebe verbessert werden kann.

(Zuruf.)

Endlich gibt es ein Argument: Wenn man Tarifverträge zuläßt, gibt es keine Einzelverträge und Betriebsvereinbarungen mehr. Man müsse nämlich befürchten, daß Tarifverträge eine weitere vermögenswirksame Leistung in ein und demselben Jahre bedingen. Das kann man sicherlich durch eine Anrechnungsklausel ausräumen, die in jeden Tarifvertrag oder auch in eine Novelle des Gesetzes aufgenommen werden kann.

Lassen Sie mich zum Schluß auf das immer wieder zu hörende Argument eingehen – es ist zwar heute nicht gefallen, ich möchte es aber der Vollständigkeit halber erwähnen –, Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen könnten erstreikt werden. Das ist im Grundsatz zweifellos richtig. In der Tat ist die Gefahr eines Streiks wegen ver-

mögenswirksamer Leistungen aber sehr gering. Wegen einer zusätzlichen Summe von 26 DM im Monat,

(Zuruf: Na, na!)

die in der Regel erst nach fünf Jahren ausgezahlt werden darf, wird kaum gestreikt werden.

(Erneuter Zuruf.)

– Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß die Vorgänge um Streiks in der Vergangenheit diese Aussage hinreichend beweisen. Ich darf Sie nur an eine gewisse Streikmüdigkeit erinnern.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß unter diesen Aspekten – ich will Sie nicht länger in Anspruch nehmen – zumindest eine Gewichtigkeit auch für die tarifvertragliche Vereinbarung von vermögenswirksamen Leistungen gegeben ist und daß sie ernsthaft diskutiert werden muß, so, wie es in diesem Sachzusammenhang vorhin von dem Kollegen Mick für die Zukunft vorgeschlagen worden ist.

(Beifall.)

Dr. WILHELMI:

Ich habe Sie nicht unterbrochen und kein Zeichen gegeben, weil ich hoffte, daß durch Ihre Ausführungen die Zahl der Redner verringert werden könnte. Aber ich muß jetzt doch bitten, sich kurz zu fassen. Es werden jetzt zu diesem Thema nur noch Herr Burgbacher und Herr Greiß sprechen. Dann ist das Thema, wenn ich richtig verstanden habe, als abgeschlossen anzusehen.

(Zurufe: Nein!)

– Dann kommen wir mal zu anderen Themen.

Das Wort hat Herr Burgbacher.

Prof. Dr. BURGBACHER, MdB:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Fest steht, daß die bestehende Vermögensverteilung unseren politischen Grundsätzen nicht entspricht.

(Beifall.)

Fest steht, daß wir mit den bisherigen Maßnahmen recht gute Anfangserfolge gehabt, aber keine Lösung des Problems gefunden haben. Fest steht, daß das wohlverworbene Eigentum unserer Bürger in dem Maße sicher ist, in dem alle Bürger Eigentum haben,

(Beifall.)

und in dem Maße unsicher wird, je geringer die Zahl der Eigentums-träger ist. Wenn man von dieser politischen Grundtatsache ausgeht, soll man sich auf einem Parteitag nicht über die Randerscheinungen und Randbemerkungen, sondern über das politische Grundproblem unterhalten.

(Beifall.)

Zweifellos ist die Tariffähigkeit der 312 DM kein Thema, bei dem nur eine positive Meinung vertreten werden kann, sondern man kann auch

negativer Auffassung sein, weil keiner ganz genau weiß, wie es nachher ausgehen wird. Ich spreche mich – ich will nicht sagen „grundsätzlich“, denn wir haben gerade gehört, daß das ein bißchen einschränkend ist – für die tarifvertragliche Regelung aus, weil ich der Meinung bin, daß der Markt – und nichts anderes als der Markt – die Effektivhöhe des Lohnes bestimmt. In einer Zeit der guten Konjunktur und der Vollbeschäftigung ist das vollkommen klar. Wenn es nicht so wäre, daß der Markt und nicht ein Gesetz die Effektivhöhe des Lohnes bestimmt, dann würde ich nicht verstehen, warum die deutschen Unternehmen zwischen 10 und 20 % übertariflich bezahlen, ohne daß sie zusammengebrochen sind.

(Beifall.)

Die 312 DM stellen 4 bis 6 % des Jahreseinkommens dar. Wir sprechen über Zwang oder Freiwilligkeit. Das ist eine ernste Frage. Wenn das hier über Tarif Zwangssparen ist, dann haben wir auch Zwangslöhne.

(Zurufe: Sehr gut! – Wieso denn? – Nein!)

– Wenn Sparen über Tarifverträge Zwangssparen wird, dann haben wir über Tarifverträge auch Zwangslöhne.

(Beifall und Widerspruch. – MdB Etzel: Eigentumsverwendung beim Einkommen ist anders!)

– Ich bin für den Zwischenruf dankbar, Herr Etzel. Denn in der Tat ist meine persönliche Auffassung folgende: Wenn wir diese Freiheit der Sozialpartner nur auf die Einkommenshöhe beschränken und sie nicht veranlassen, auch über die Einkommensverwendung nachzudenken, dann ergibt sich eine große Gefahr für unsere Wirtschaft.

Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, ob vom Standpunkt der Wirtschaft aus gesehen die 312 DM zusätzlich zu allem anderen zu zahlen sind oder ob sie im Rahmen der auf dem Markt erhandelten Lohnquote liegen und der Unterschied dann nur darin besteht, daß der auf Grund der Marktsituation erkämpfte Lohn nicht mehr voll Konsumlohn, sondern zu einem Teil Investivlohn, das heißt Sparlohn ist. Die entscheidende Frage ist: Erfolgt diese Leistung zusätzlich oder ist sie in der Marktlohnquote enthalten? Ich persönlich bin der Auffassung, daß sie in der Marktlohnquote enthalten ist.

(Zuruf: Ich bin anderer Meinung!)

– Ich habe gesagt, daß man in dieser Frage auch eine andere Meinung haben kann.

Es wurde dann die Besorgnis geäußert, daß die 312-DM-Vermögensbildung zu einem Machtfaktor werden könnte. Ich möchte doch bitten, daß wir aus der Wirtschaft das nicht sagen. Ich habe noch nicht gehört, daß wesentliche Bedenken bezüglich der Eigentumsbildung anderer Bürger in dieser Art und Weise vorgetragen wurden.

(Beifall.)

Die genannten 4 Milliarden DM sind im wesentlichen so entstanden, daß man folgendermaßen gerechnet hat: Wenn die 312 DM als Vermögensbildung bezahlt werden – was ja gar nicht heißt: zusätzlich –, gehen die Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuereinnahmen um 30 bis 50 % dieses Betrages zurück. Wenn wir dieser herrlichen Logik folgen, dann würden bei einer Lohnerhöhung in der Volkswirtschaft um 5 Milliarden die Einnahmen an Einkommen- und Körperschaftsteuer um 2 oder 2½ Milliarden zurückgehen. Die Entwicklung der Bundesfinanzeinnahmen beweist, daß an dieser Rechnung etwas nicht stimmt. Das ist nämlich eine Rechnung aus der Statik, die nicht berücksichtigt, daß inzwischen durch die Wachstumsraten eine völlig andere Situation innerhalb der Volks- und Finanzwirtschaft eingetreten ist. Man kann in der Tat nur mit den 8 % rechnen. Wenn 2 Millionen Arbeitnehmer von dem Gesetz Gebrauch machten – das ist ziemlich viel – würde der Lohnsteuerausfall 50 Millionen DM und der Bundesanteil (39 %) – das andere zahlen nämlich die Länder – 19½ Millionen betragen; bei 5 Millionen Arbeitnehmern lauten die Zahlen 125 Millionen und 50 Millionen DM.

Damit Sie aber sehen, wie wichtig dieses Gesetz für die Eigentumsproblematik ist, an deren Lösung wir alle interessiert sind, möchte ich noch folgendes anführen. Jeder sagt ja, daß er für die Eigentumsbildung in Personenhand und auch in Arbeitnehmerhand ist. Aber diese Proeinstellung als Erklärung langt auf die Dauer nicht.

(Beifall.)

Wer die 312 DM zehn Jahre angelegt hat – bei 5 % Zinsen –, hat 4100 DM; in 20 Jahren hat er 11 000 DM, in 30 Jahren 22 000 DM. Sie sehen, wie sich aus dieser relativ geringen Zahl von 26 DM monatlich in organischer Weise die Eigentumsproblematik beinahe vollkommen lösen ließe.

Ich bin nicht der Meinung, daß an bestehendem Eigentum irgendwie etwas geschehen darf. Das ist ein fundamentaler Grundsatz auch der entsprechenden Arbeitsgruppe der Fraktion. In dieser Arbeitsgruppe haben wir zwei Grundsätze; der eine lautet: Bestehendes Eigentum muß tabu sein. Der zweite Grundsatz: Wir wollen für die Eigentumsbildung in Personenhand die gleichen legalen Möglichkeiten eines demokratischen Staates anwenden, die wir mit Erfolg beim Aufbau des Wirtschaftsvermögens, was uns gehört, verwandt haben.

(Beifall.)

Die Manövriermasse für die Eigentumsbildung ist der jährliche Vermögenszuwachs des Nationaleinkommens. Das sind im Schnitt etwa 60 Milliarden DM. Bei 15 Millionen Haushalten liegt die Manövriermasse statistisch – statistisch! – pro Haushalt bei 4000 DM.

(Zuruf.)

Von diesen 4000 DM laufen 45 % in der Eigentumsbildung der öffentlichen Hand von Bund, Ländern und Gemeinden. Herr Eitzel, hier ist die kalte Sozialisierung: durch die öffentliche Hand.

(Beifall.)

Wenn wir das nämlich so weitermachen, dann gehört in 20 Jahren über die Hälfte des Nationalvermögens der öffentlichen Hand von Bund, Ländern und Gemeinden.

(Erneuter Beifall.)

Die Selbstfinanzierungsquote der Wirtschaft ist auf 22% zurückgegangen. Ich bin der Meinung, daß an dieser Selbstfinanzierungsquote der Wirtschaft nichts mehr zu reduzieren ist, wenn wir unsere Wirtschaft nicht in ernste Gefahr bringen wollen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich bin aber auch der Meinung, daß der Eigentumsbildung der öffentlichen Hand unsere politische Aufmerksamkeit gehört. Hier liegt im Rahmen des Bruttovermögenszuwachses eine Möglichkeit für die Realisierung des Gesetzes.

Nun bin ich dennoch der Auffassung, daß die Fragen nicht genügend ausdiskutiert sind.

(Zuruf: Doch!)

Ich unterstütze den Antrag Mick nachdrücklich. Ich habe auch Bedenken hinsichtlich der drei Monate.

(MdB Etzel: Nur das 312-DM-Gesetz! Das kann man schneller machen!)

– Das 312-DM-Gesetz wollen wir doch überhaupt machen. Die Frage ist, ob man die Tariffähigkeit jetzt in diese Novelle bringt. Der Wunsch unserer Arbeitnehmerfreunde geht dahin, sie bei der Novelle zu regeln. Ich sage aber, daß es – ich habe mich persönlich klar für die Sache ausgesprochen – nach meiner Ansicht – und da bitte ich unsere Arbeitnehmerfreunde um Verständnis – zu den Grundlagen der politischen Fairneß gehört, daß es bei einer so wichtigen Sache, die ich für beinahe grundlegend wichtig halte, nicht auf ein halbes Jahr oder ein Jahr ankommen darf.

Da wir nun gehört haben, in einer wie seltenen Einmütigkeit die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund keinen Spaß an der Freude haben und einmütig gesagt haben: „Das wollen wir gar nicht machen“, glaube ich auch nicht, daß wir, wenn wir es machten, über Nacht das erreichten, was wir wollen. Denken Sie doch bitte auch einmal über diese Einmütigkeit nach; ich will es jedem von Ihnen überlassen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der DGB aus der Freude am Eigentum unserer Bürger diesen Beschluß gefaßt hat. Ich bin der Meinung, daß es ein Politikum wäre, die Gewerkschaften an das Eigentumsdenken heranzuführen.

(Beifall.)

Wir wollen diese Frage in der Öffentlichkeit, in der Wirtschaft und auf dem Markte diskutieren, auch solche Äußerungen, wie sie Freund Adenauer von Herrn Röpke hier zitiert hat. Ich verehere Herrn Röpke. Er ist einer unserer bedeutendsten Volkswirte. Aber, lieber Herr Adenauer, wenn wir uns die Röpkeschen Auffassungen über den Gemein-

samen Markt zu eigen machen wollten, lägen wir alle schief mit der Politik des Gemeinsamen Marktes; das wollen wir ja nicht.

(Heiterkeit.)

Es handelt sich hier um ein ernstes Thema, das nicht mehr verschwinden wird. Ich plädiere für den Antrag Mick. Mitte des Jahres werden wir das 312-DM-Gesetz novellieren. Über die anderen Punkte der Novellierung sind wir einig; das ist eine erfreuliche Feststellung. Wir werden dann sagen, daß wir diese Frage noch prüfen. Auf Grund dieser Bemerkung werden dann wieder Beiträge zu dem Thema kommen.

So würde ich vorschlagen, im Unionssinne zu verfahren; denn niemand will etwas anderes als das Beste unseres Volkes.

(Beifall.)

GREISS:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin kein Politiker, ich bin einer von den armen Leuten, die sich in der Praxis mit den Dingen beschäftigen müssen. Ich werde deshalb wieder zu dem Thema sprechen: Tarif oder nicht Tarif.

Ich darf zunächst ein Bekenntnis machen. Ich bin zu einem großen Teil Mitgestalter der Denkschrift der Katholischen und Evangelischen Kirche. Ich habe da aufgehört, mitzuwirken, wo das Thema der Tarife kam. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Das 312-DM-Gesetz ist sicher im Rahmen der Fortschritte bei der Vermögensbildung in breiten Kreisen des Volkes ein Markstein gewesen. Das Gesetz hatte aber einige wesentliche Mängel. Mangel Nr. 1 war, daß es sich nur auf einen festgelegten beschränkten Kreis von Arbeitnehmern bezog, nämlich auf den, der – grob gesprochen – mit der Betriebsverfassung zu tun hatte, also nicht die Leute, die bei den Behörden usw. sind. Mangel Nr. 2: daß es auf die Initiative des Arbeitgebers ankam, ob er eine zusätzliche Leistung neu schaffen oder zusätzliche Leistungen, die er hatte, den Arbeitnehmern zur Verwendung im Rahmen des Gesetzes anbieten wollte mit den Konsequenzen, die sich dann ergaben. Mangel Nr. 3 des Tatbestandes: daß diese sogenannten zusätzlichen Leistungen – es gibt Betriebe, die früher einen sogenannten Sozialkatalog mit 50, 55 und 60 Positionen herausbrachten – meistens von Großbetrieben und großen Betrieben gegeben wurden, in denen nach der Statistik ein relativ kleiner Teil der Arbeitnehmer – 15 bis 20% – beschäftigt ist. Das bedeutet, daß die große Masse der Arbeitnehmer nicht hineinkommen konnte, weil ihre Firmen eine zusätzliche Leistung nicht erbringen konnten oder nicht erbrachten.

Ich will über Erfolg oder Nichterfolg nicht sprechen. Was erreichen wir, wenn wir eine tarifliche Regelung anstreben? Das ist bisher noch gar nicht gesagt worden. Daß die Möglichkeit tariflicher Regelung geschaffen wird, bedeutet noch lange nicht, daß die Sozialpartner dann auch einen solchen Tarif abschließen.

(MdB Prof. Dr. Burgbacher: Deshalb ist es ja freiwillig!)

Damit werden alle Arbeitnehmer ausgeschlossen, die zufällig in einer Branche beschäftigt sind, die keinen solchen Tarif abgeschlossen hat. Diese Sache können wir überwinden, wenn es uns im Rahmen einer Novellierung des Gesetzes gelingt, die Arbeitnehmer zur Initiative zu bringen, so daß sie ihrerseits den Antrag stellen können, aus ihrem Einkommen 312 DM zu zahlen.

Es ist über Zwang und Nichtzwang gesprochen worden. In der Praxis ist es doch ein Unterschied, ob ich über Löhne mit dem Ziel höherer Löhne einen Tarifvertrag zugunsten der Arbeitnehmer abschließe oder ob ich innerhalb eines Tarifvertrages eine Lohnverwendungsabrede zumindest zum vermeintlichen Nachteil der Arbeitnehmer treffe, die heute über dieses Geld nicht verfügen können. Darin liegt natürlich ein gewisser Zwang.

Bei tarifvertraglichen Abschlüssen taucht ferner folgende Frage auf: Auf Grund seines Gesamtgefüges entscheidet sich das deutsche Arbeitsrecht immer zugunsten des Schwächeren, und das ist nach der normalen Auffassung der Arbeitnehmer. Bei dieser – wie ich einschränkend sagen möchte: vermeintlichen – Benachteiligung, also dem Zwang, ergibt sich die Frage, ob die Tarifparteien auch für Nichtorganisierte eine solche „Zwangmaßnahme“ – in Gänsefüßchen – abschließen können. 70 % der Arbeitnehmer sind nicht organisiert. Die weitere Frage ist, ob die Tarifparteien einer Branche einen Vertrag zur Durchführung eines solchen Gesetzes auch für die Arbeitgeber abschließen können, die keinem Arbeitgeberverband angehören. Es sind zwar 90 % etwa der Arbeitgeber in Verbänden organisiert; aber 10 % sind draußen. Das sind Konsequenzen, die sich ergeben und bei denen wir uns entscheiden müssen.

Wir dürfen auch nicht verkennen, daß im Zusammenhang mit der Lohnverwendungsabrede im Tarif und dem dadurch entstehenden Zwangscharakter natürlich sofort die Frage aufkreuzt: wie reagieren die einzelnen Arbeitnehmer darauf? Sagt der einzelne Arbeitnehmer: Ich habe mein Soll erfüllt, ich brauche jetzt nicht anderswo noch zu sparen? Oder aber werden durch die Gegenüberstellung investiver und konsumtiver Verwendung diese Dinge in eine ganz bestimmte Richtung gebracht?

Herr Burgbacher sagte, daß die Löhne sich im Rahmen des Marktes bewegen. Natürlich! Aber der Markt bewegt sich auch im Anschluß an die Löhne, das heißt, es wird sich hier irgendein Einfluß – ob das Löhne, Preise sind, oder die Zahlungsbilanz – auf die Gesamtkomponente der Marktsituation ergeben.

(Zuruf: Sehr richtig! – Herr Burgbacher, hören Sie genau zu!)

– Wir zwei sind uns nicht immer einig.

(Zuruf: Meistens!)

– Ja, meistens!

Es wird sicher Sparten geben, die sagen: Wir können – das Wort „zusätzlich“ erscheint immer, es wurde auch von Herrn Russe gebraucht – zusätzlich zu dem konsumtiv verwendbaren Lohn einen investiv ver-

wendbaren Lohnstarif nicht schaffen. Das kann die Bauindustrie, so wie die Marktsituation heute dort liegt, ohne weiteres abwälzen. Ob es die Textilindustrie kann, ist eine Frage, die man mit drei Fragezeichen versehen muß. – Das zweite: Diese zusätzlichen Leistungen werden in lohnintensiven Betrieben natürlich härter wirken als in weniger lohnintensiven. Das gilt für den Bergbau – er ist sehr lohnintensiv –, das gilt für kleinere und mittlere Betriebe, die auch lohnintensiv sind. – Das dritte: Wenn zusätzliche Kosten entstehen, die nicht abgewälzt werden können, die sich nicht auf dem Markte des einzelnen Betriebes marktgerecht auswirken können, entsteht natürlich auch ein Problem bezüglich der Investitionen. Sie im Bundestag – ich darf jetzt „Sie“ sagen, da ich Gott sei Dank nicht da drin bin –

(Zurufe: Pfui! – Was heißt hier „Gott sei Dank“?)

machen sich Mühe, dem Mittelstand zu helfen; Sie sprechen von der Beseitigung des Mittelstandsbauches und von verbilligten Krediten für den Mittelstand. Wenn aber die Kredite dazu verwendet werden müssen, um zusätzliche Lohnkosten aufzubringen, bedeuten sie nicht eine Hilfe, sondern sie sind dann nur ein durchlaufender Posten beim Mittelstand und weiter gar nichts.

Ich sage das alles, weil ich weiß Gott nicht gegen die Eigentumsbildung der Arbeitnehmer bin. Ich bin der Auffassung, daß mit einem Gesetz, bei dem die Initiative von dem „verdammten“ Unternehmer weggenommen wird und dem mündigen Arbeitnehmer zugeschlagen wird, dem Mann sofort geholfen werden kann, und dem sollte ja sofort geholfen werden.

(Beifall.)

Dr. HELLWIG:

Meine Damen und Herren! Nicht aus Eigensinn habe ich darauf bestanden, etwas sagen zu können, sondern weil es mir etwas gespenstisch vorkommt, wie hier eine Diskussion geführt wird, die an der Realität unserer wirtschaftlichen Zukunft vorbeigeht.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Die Realität unserer wirtschaftlichen Zukunft ist der Gemeinsame Markt in Europa. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik ist es, die Wirtschaft integrationsfähiger zu machen, das heißt, Wettbewerbsverzerrungen abzubauen, aber nicht – das ist doch offenbar das, was im Augenblick diskutiert wird –, durch Arbeitsvertrag ein neues Element der Arbeitskosten zu schaffen, welches die Partner im Gemeinsamen Markt nicht kennen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Hier steckt das eigentliche Problem zur Beurteilung der tarifvertraglichen Regelung.

(Zuruf: Damit kann man alles abwürgen!)

Zu diesem Gesichtspunkt wollte ich auf folgende Situation aufmerksam machen: In dieser Zeit wird die Niederlassungsfreiheit im Gemeinsamen Markt hergestellt. Das heißt, der Unternehmer sucht sich den

Standpunkt im Gemeinsamen Markt aus, wo er die günstigsten Arbeitskostenbedingungen vorfindet. Das sind Dinge, die wir etwas stärker in diese Überlegungen mit einbeziehen müssen.

Herr Burgbacher, Sie sind ein Meister der Zahlen. Lassen Sie mich das an einer französischen Untersuchung zeigen, die neuerdings vorliegt; sie ist noch sehr neu. In dieser Untersuchung wird die Sparkapitalbildung aller Länder des Gemeinsamen Marktes seit 1950 bis zur Gegenwart untersucht. Das Ergebnis ist: die Bundesrepublik hat die größte volkswirtschaftliche Gesamtersparnisbildung,

(Zuruf: Hört! Hört!)

aber sie hat den niedrigsten Anteilsatz der Unternehmungen an der Ersparnisbildung, verglichen mit den anderen Ländern.

(Zuruf: Aber den höchsten der öffentlichen Hand!)

– Jawohl, den höchsten der öffentlichen Hand.

Damit komme ich zu der Schlußbemerkung: Das Problem, was uns beschäftigt, ist eine Verlagerung der volkswirtschaftlichen Daten im ganzen; es sollte nicht auf diesem Weg der tarifvertraglichen zusätzlichen Arbeitskosten gelöst werden.

(Beifall.)

Dr. WILHELM:

Darf ich nunmehr folgendes feststellen: Sind wir uns darüber einig, daß das 312-DM-Gesetz durch den Bundestag so schnell wie möglich novelliert werden soll? Das ist mal Nr. 1. Da kommen alle die Gesichtspunkte zum Tragen, die in verschiedenen Anträgen niedergelegt sind.

Jetzt kommen wir zu Punkt 2. Punkt 2 ist die Frage – –

(Zurufe: Ich muß auf meiner Wortmeldung für zwei Minuten bestehen! – Ich bestehe ebenfalls auf meiner Wortmeldung!)

– Ja, also dann kommen wir eben nicht weiter; schön. Ich bitte doch nun mal folgendes zu beachten, meine sehr verehrten Freunde. Wir sind uns, glaube ich, über alles einig.

(Zurufe: Nein!)

– Ja, verzeihen Sie, über das Verfahren sind wir uns einig. Wir werden uns jetzt gleich darüber unterhalten müssen, ob man in einem Vierteljahr die Sache diskutieren kann, wie hier angeregt worden ist, oder in einem Jahr. Über eines sollten wir uns einig sein: daß wir sie heute abend nicht diskutieren können. Ich glaube, darüber sollten wir uns weiß Gott einig sein.

(Beifall.)

– Das ist also, glaube ich, die überwältigende Mehrheit.

Wird jetzt einer der Herren Schluß der Debatte beantragen? Ich wäre dafür unwahrscheinlich dankbar.

(Zurufe: Ich beantrage Schluß der Debatte!)

– Also es ist Schluß der Debatte beantragt. Darf ich mal über diese geschäftsordnungsmäßige Sache abstimmen lassen? Wer ist für den Schluß der Debatte? – –

(Zuruf: Halt stopp! Bei jeder Geschäftsordnungsdebatte bekommt mindestens einer für und einer gegen den Antrag das Wort!)

– Jawohl. Also Sie wollen für die Fortsetzung der Debatte reden. Bitte tun Sie dies. Aber selbstverständlich nur zur Geschäftsordnung, nicht zur Sache.

(Zuruf: Zeitvergeudung!)

Ein Delegierter:

Der Herr Kollege Mick hat sehr richtig bemerkt, daß wir uns als erstes bemühen sollten, Methoden zu finden, mit denen wir auf künftigen Parteitagen einen derart unwürdigen Verlauf einer Diskussion vermeiden. Das ist wirklich notwendig. Das sage ich zur Geschäftsordnung.

Mein weiterer Vorschlag zur Geschäftsordnung: daß diejenigen Redner, die nicht oder infolge Zeitdrucks nicht ausreichend in der Diskussion sprechen konnten, das Recht bekommen, ihre Ausführungen in kurzer Form schriftlich den hier anwesenden Mitgliedern des Arbeitskreises zuzuleiten, damit in kurzer Zeit auch diese Anregungen mit in die Beschlüsse hineinkommen.

Dr. WILHELMI:

Ich danke Ihnen sehr. Ich glaube, die zweite Anregung ist recht gut. Das müßte aber dann sofort von den Betreffenden stichwortartig niedergelegt werden, denn wir versammeln uns um 21 Uhr, um die Resolution abzufassen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn diese Freunde nachher kurz mit uns zusammenkommen und mit uns abstimmen, was von dem, was sie sagen wollten, aufgenommen werden soll. Dagegen bin ich tief bekümmert, daß die Debatte unwürdig gewesen sein soll. Das trifft mich als Vorsitzenden einigermaßen; aber ich muß Kritik hinnehmen. Ich fand die Debatte ganz ordentlich.

(Beifall.)

Jetzt können wir abstimmen. Wer ist für Schluß der Debatte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist anderer Ansicht? – Das war ziemlich einstimmig.

Darf ich nun einige Sachen vornehmen, die wir morgen, glaube ich, einfach in unserem Bericht haben müssen, sonst wird der etwas kümmerlich. – Bitte schön, Herr Katzer.

KATZER, MdB:

Wir sind etwas aus der Debatte herausgekommen. Die Kommission muß doch irgendwie erwähnt werden. Es muß gesagt werden, was wir tun sollen.

Dr. WILHELMI:

Gut, daß Sie mich darauf aufmerksam machen. Wir sind uns noch nicht darüber klar, wie die Kommission gebildet wird. Wir sind uns auch

noch nicht über den zeitlichen Ablauf klar. Es ist angeregt worden: ein Vierteljahr.

(MdB Prof. Dr. Burgbacher: Ich würde die Zeit weglassen! –
MdB Etzel: Ein Vorschlag: es wird eine Regelung sein zwischen dem Vorsitzenden des Sozialausschusses, des Mittelstandsausschusses, Herrn Katzer und mir!)

– Gut, ich darf die Herren bitten, uns noch einen Vorschlag zu machen. Soll diese Kommission morgen namentlich beschlossen werden?

(Zurufe: Nein!)

Also doch wohl nicht. Wir werden in dem Bericht vortragen, daß es das Ergebnis des Arbeitsausschusses in diesem Punkte war, daß diese Kommission zusammentritt und aus diesen Kreisen gestellt wird.

Jetzt die weitere Frage: Soll ein Termin genannt werden oder nicht? Ich bin offengestanden immer gegen Termine. Wir erleben das im Bundestag immer wieder. Wenn wir ein terminiertes Gesetz machen, dann bezieht sich die erste Novellierung darauf, daß der Termin wieder aufgehoben wird. Ich glaube, wir sollten den Termin weglassen. Einverständnis?

(Zurufe: Nein!)

– Nein? – Herr Katzer!

KATZER, MdB:

Ich würde meinen, wenn es um die Frage der Tarifverträge geht, dann wäre es möglich – nach einer Absprache mit Herrn Etzel –, daß wir uns den Termin 30. 6. vornehmen, damit sichtbar wird, daß wir das nicht auf die lange Bank schieben.

Dr. WILHELMI:

Verzeihung: 30. 6. welchen Jahres?

(Heiterkeit. – Zuruf: Sagen wir Ende des Jahres!)

– 30. 6. dieses Jahres ist doch nicht real. Wir fahren ja auch jetzt wieder auf Osterurlaub.

KATZER, MdB:

Das ist eine Frage der Einteilung. Wir haben im Steuerpolitischen Arbeitskreis Ähnliches gehabt. Zuerst wurde auch dort gesagt: Es ist unmöglich. Dann haben wir eine Kommission eingesetzt. Die Kommission hat ein paarmal getagt, und sie hat Experten gerufen. Die Experten sind so weit, daß in einer der nächsten Sitzungen bereits konkrete übereinstimmende Ergebnisse vorgelegt werden können. Ich würde sagen: es ist sehr wohl realistisch, wenn wir jetzt einen politischen Impuls setzen und sagen: wir wollen es. Dann ist es eine Frage der Technik, welche Experten wir nehmen.

(MdB Etzel: Aber, Herr Katzer, bis zum 30. 6. ist wirklich zu kurz!)

Dr. WILHELMI:

Sagen wir: 30. 10. Dann werden wir so ungefähr hinkommen, dann haben wir auch die Ferien hinter uns. – Sind wir uns auch über dieses

Datum einig? – Ich glaube, jetzt wären wir über alle wesentlichen Punkte einig.

Darf ich noch etwas vorziehen, was hier berichtet werden muß. Zunächst wollte uns Herr Minister Dollinger etwas über die Privatisierung sagen. Ich glaube, das ist für unseren Arbeitskreis auch eine sehr wichtige Angelegenheit.

(Beifall.)

Bundesschatzminister Dr. DOLLINGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich als Gast bemühen, mich sehr kurz zu fassen.

Ich möchte feststellen: Erstens: Die bisherige soziale Privatisierung bei Preußag und bei VW hat sich bewährt.

(Beifall.)

Ich möchte weiter feststellen, daß die SPD offenbar nach wie vor gegen diese soziale Privatisierung ist, zumindest, soweit es sich um industrielle Bundesvermögen handelt. Sie scheint anderer Auffassung zu sein, wenn es darum geht, Liegenschaften, also Grundstücke des Bundes zu verkaufen.

Ich darf drittens feststellen, daß nach meiner Meinung für die Privatisierung von industriellem Bundesvermögen einige Voraussetzungen geschaffen sein müssen. Die Bundesregierung muß mit gutem Gewissen bei einer Privatisierung sagen können, daß es sich um eine gute und sichere Kapitalanlage handelt und daß nach menschlichem Ermessen die Papiere auch eine entsprechende Rendite abwerfen werden. Wenn ich davon ausgehe, dann ist festzustellen, daß eine ganze Reihe von bundeseigenen Unternehmungen sich im Augenblick für eine soziale Privatisierung nicht eignen. Wir haben die Vorstellung, in absehbarer Zeit eine Teilprivatisierung der VEBA durchzuführen.

Ich darf hierzu bemerken: eine entscheidende Voraussetzung ist eine Beseitigung des Umsatz- und Vermögensteuerprivilegs der Betriebe der öffentlichen Hand.

(Beifall.)

Wir haben den Zustand, daß die Unternehmungen der öffentlichen Hand von der Umsatzsteuer und Vermögensteuer befreit sind, während gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, wo eine Beteiligung von privater Seite vorhanden ist, 4 % Umsatzsteuer und 1 % Vermögensteuer zu zahlen haben. Ich bin dem Eigentumsarbeitskreis der Fraktion und der Fraktion außerordentlich dankbar, daß ein Initiativantrag eingereicht worden ist, der zum Ziele hat, dieses Privileg dadurch zu beseitigen, daß ein einheitlicher Satz von 1½ % bei der Umsatzsteuer und von 0,75 % bei der Vermögensteuer eingeführt wird. Wenn nun von bestimmten Kreisen gesagt wird, daß die Einführung einer Umsatzsteuer von 1½ % zu einer Strompreiserhöhung führen müsse, dann ist mir dies völlig unverständlich. Denn bisher gibt es Unternehmungen, die 4 % zahlen und die gleichen Preise wie jene Unternehmen haben, die nichts bezahlen. Wenn dann 1½ % zu einer Strompreiserhöhung

führen müssen, dann muß man allerdings die Folgerung ziehen, daß die Unternehmungen, die sich in staatlichem Besitz befinden, schlechter wirtschaften als die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen.

(Beifall.)

Ich bin in diesem Zusammenhang dem Herrn Bundeswirtschaftsminister und auch dem Kollegen Luda für ihre Darlegungen in der Öffentlichkeit dankbar.

Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen hinsichtlich der Privatisierung darf ich einen Wunsch aussprechen. In dem Antrag der Sozialausschüsse ist in Ziffer 1 – Eigentumsbildung – in Buchstabe a) gesagt: „Die Sparförderung durch Spar- und Wohnungsbauprämien muß erhalten bleiben.“ Ich stimme mit diesem Satz völlig überein. Im Hinblick auf die Volksaktie möchte ich hier um eine Ergänzung bitten. Ich meine, man sollte fortfahren: „... und die Diskriminierung der Aktie muß durch Streichung der Ersterwerbsklausel im Sparprämiengesetz beseitigt werden“.

(Zuruf.)

– Ich glaube, daß dieser Punkt im Hinblick auf die Eigentumsbildung und die soziale Privatisierung von einer sehr großen Bedeutung ist, aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt der sozialen Privatisierung, sondern darüber hinaus im Hinblick auf die mögliche Auflösung von größeren Aktienpaketen.

(Zuruf: Das ist auch ein Punkt, der geprüft werden soll! Das kann man jetzt nicht diskutieren!)

– Ich bitte um Verständnis. Auf der einen Seite habe ich als Mitglied der Bundesregierung die Verpflichtung, zu sehen, daß wir auf diesem Gebiet zu Erfolgen kommen. Dann muß ich aber auch versuchen, die Hemmnisse, die hier vorhanden sind, herauszustellen, damit sie beseitigt werden können.

Ich wäre dankbar, wenn noch ein Zweites geschehen könnte. In Buchstabe d) heißt es:

„Die erfolgreich begonnene soziale Privatisierung von Unternehmungen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) sollte fortgesetzt werden.“

Ich habe gegen diese Formulierung ganz erhebliche Bedenken, weil nach meiner Meinung hier die Verhältnisse falsch dargestellt sind. Ich würde vorschlagen, daß es heißt:

„Die erfolgreich begonnene soziale Privatisierung von Unternehmungen der öffentlichen Hand beim Bund sollte fortgesetzt und auf Länder und Gemeinden ausgedehnt werden.“

Man fordert die Privatisierung im allgemeinen nur im Hinblick auf die Bundesunternehmen und verschweigt, daß auch bei den Ländern und Kommunen die Möglichkeit zur Privatisierung gegeben ist.

(Beifall.)

Ich darf nach diesen drei Punkten noch einen vierten Punkt anschließen. Der Bundesschatzminister soll das industrielle Bundesvermögen verwalten und kontrollieren. Das scheint mir zuwenig zu sein. Ich bin auf Grund der Entwicklung und von Beobachtungen der Auffassung, daß in Zukunft noch etwas hinzukommen muß. Neben Verwaltung und Kontrolle muß das Bundesschatzministerium in die Lage versetzt werden, eine entsprechende Unternehmenspolitik zu betreiben. Wir haben heute einen Zustand, der in der privaten Wirtschaft völlig unmöglich wäre. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Investitionen bei den einzelnen Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Marktlage, ohne Rücksicht auf die gegenseitigen Konkurrenzverhältnisse durchgeführt werden. Wir haben heute den Zustand, daß drei Bundesunternehmen gleichzeitig dasselbe produzieren. Ich meine, daß hier eine Unternehmenspolitik erforderlich ist. Das liegt im Interesse der Unternehmen und ihrer Erträge. Es muß letzten Endes aber auch deshalb geschehen, weil wir das Ziel haben, durch eine neue Zu-, Bei- und Unterordnung weitere Bundesunternehmen privatisierungsreif zu gestalten.

(Beifall.)

Dr. WILHELMI:

Ich danke Ihnen sehr, Herr Minister. Ich kann wohl feststellen, daß wir diesen Grundsätzen zustimmen und sie entsprechend in unseren Bericht aufnehmen. Es ist ja nicht so, daß wir hier im einzelnen die Drucksachen anzunehmen haben, sondern das kommt als allgemeine Linie in den Bericht hinein, und da werden wir das berücksichtigen.

(Zuruf: Bis auf den letzten Satz! Da waren sich die Herren
Minister nicht ganz einig!)

– Doch, doch. Minister sind sich immer einig.

Ich bitte um Erlaubnis, jetzt etwas einschalten zu dürfen, was wichtig ist, nämlich das Kapitel der Menschen, die im öffentlichen Dienst stehen. Dazu wollte Herr Kühlthau etwas sagen. Darf ich bitten, das vorzutragen.

KÜHLTHAU, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich wollte Sie im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit nicht sonderlich behelligen. Ich hielt es aber doch für erforderlich, an dieser Stelle eine Frage anzuschneiden, die im weiteren Sinne zum wirtschaftspolitischen Bereich gehört, die aber auch von eminenter staatspolitischer Bedeutung ist und zu der sich meines Wissens die CDU bisher in ihren Grundsätzen nicht geäußert hat. Ich meine hier das Verhältnis der CDU zu den Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Das Parteipräsidium hat mir Mitte des vorigen Jahres den Auftrag erteilt, in besonderem Maße den Kontakt mit den verschiedenen Berufsverbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Lebens zu pflegen. Ich habe diese Arbeit übernommen und habe in den zurückliegenden Monaten in einer Unzahl von Fällen mit Verbänden, Gewerkschaften, der verschiedensten Art, Fühlung genommen, in denen – das darf man

erfreulicherweise feststellen, ein großer Teil unserer Freunde maßgeblich mitarbeiten. Hier wird immer wieder betont, daß bisher irgendeine klare Stellungnahme der CDU zum öffentlichen Dienst nicht bekannt sei. Es gehe nicht damit ab, daß man sage, man bejahe den Berufsbeamten, sondern es sei nötig, daß die CDU einmal zu diesem Problem breiter Stellung nehme.

Ich will Sie hier nicht mit Einzelvorschlägen behelligen. Ich würde es begrüßen und aus Parteigründen für sehr wesentlich halten, wenn in die Formulierung auch ein Hinweis aufgenommen würde, mit dem die CDU zum öffentlichen Dienst Stellung nimmt. Das kann insbesondere ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum sein. Es sollte gesagt werden, daß auch den Beamten und allen öffentlichen Bediensteten, auch den Richtern, den Berufssoldaten, ein angemessener Anteil am steigenden Volkseinkommen nicht verwehrt werden soll. Es sollten einige allgemeine Erklärungen sein, mit denen auf diesem Gebiet überhaupt einmal etwas gesagt wird. Ich würde das nach den zahllosen Fühlungen, die ich gehabt habe, für ratsam halten.

Es ist nicht so sehr ein Mißbehagen unserer Freunde darüber festzustellen, daß sich auf dem Gebiet der oft diskutierten Beamtenbesoldung nichts getan hat. Was Mißbehagen hervorruft, ist die Form, wie in den letzten Jahren diese Dinge behandelt worden sind. Die letzte allgemeine Anhebung der Beamtgehälter – von kleinen Korrekturen abgesehen – war am 1. 1. 1961 erfolgt. Seit dieser Zeit ist die gesamte wirtschaftliche Entwicklung fortgegangen und das Volkseinkommen gestiegen. Sie wissen, daß die Lohn- und Gehaltsverhältnisse und auch die Lebenshaltungskosten fühlbar sich angehoben haben. Deshalb wäre es notwendig, in etwa einmal dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Ich würde nicht der Meinung sein, daß hier präzise Mitteilungen aufgenommen werden sollten. Aber ich hielte einen allgemeinen Hinweis darauf, daß sich die Partei vielleicht in Kürze einmal mit ihrer grundsätzlichen Stellung zum gesamten öffentlichen Dienst befaßt, für sehr wertvoll.

Dr. WILHELMI:

Ich glaube, der Arbeitskreis ist damit einverstanden. Ich darf Sie bitten, Herr Kollege Kühlthau, nachher wegen der Formulierung zu uns zu kommen.

Nun hat ums Wort zu einigen grundsätzlichen Fragen Herr Kollege Schmidt aus Wuppertal gebeten.

Dr. SCHMIDT, MdB:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gleich zu Beginn zu dem vielleicht aktuellsten Thema dieser Tage gemeldet, zu dem auch Herr Minister Schmücker gesprochen hat. Ich meine, es gibt für uns als Wirtschaftspolitiker, Sozialpolitiker, Finanzpolitiker eigentlich keine wichtigere Frage als die, die der Herr Bundeskanzler und der Herr Minister Schmücker heute angesprochen haben, nämlich die Frage der Preisentwicklung. Ich habe soeben in der Zeitung „Das Bild“ von heute eine Balkenüberschrift gefunden: „Preise bremsen“. Mir

scheint, daß diese Zeitung, die immerhin 5 Millionen Leser hat und die ihre Titel auf Grund von etwa 1000 Leserbriefen täglich testet, in das Herzstück unserer Politik hineinspricht.

Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie man die Öffentlichkeit heute und morgen in Entschließungen mit Fragen der Vermögensbildung und was weiß ich alles beschäftigt, ohne zu fragen: Wie wollt ihr das denn eigentlich hinkriegen, daß wir im Herbst nicht vor einer Entwicklung der Preise stehen, die dann ganz zwangsläufig Lohnentwicklungen usw. usw. zur Folge haben muß?

Nach meiner Auffassung ist die breite Schicht immer noch der Meinung, man könnte im Stil dieser Überschrift Preise bremsen, indem man Preise festsetzt, Höchstpreise verordnet, also von oben her die Wirtschaft in Ordnung hält. Preis-, Lohn- und Gewinnstopp gehören nach unserer Erfahrung zusammen. Sie führen in den grauen und schwarzen Markt und in die Inflation hinein. Wir haben also die Aufgabe, alle Leute zu warnen, die glauben, überhaupt nur einen Preisstopp verordnen zu können; denn der Preisstopp ist der Anfang des großen Volksbetrugs.

(Zuruf: Das Ende der Marktwirtschaft!)

Nun ist die Frage: Wie meistern wir das Problem der Übernachfrage gegenüber dem fehlenden Angebot? Diese Übernachfrage ist außerordentlich komplex. Sie hängt im Grunde genommen damit zusammen, daß wir es auf allen Gebieten vorziehen, den etwas bequemeren Mantel anstatt den etwas zu engen Mantel zu tragen. Wo immer man hinschaut – wir können die Entschließungsentwürfe und all die Wünsche ansehen, die uns vorgetragen werden –, es ist immer der Wunsch nach einer Expansion, nach einem Zuviel zu gleicher Zeit. Das ist unser eigentliches Problem: Wir wollen mehr, als wir vermögen.

Ich möchte heute nur auf eine Frage eingehen, die gerade auch Herr Bundeswirtschaftsminister Schmücker angesprochen hat. Es handelt sich hier um eine der vielen Ursachen dieses komplexen Problems, nämlich die Währungsentwicklung, insbesondere die aktuelle Labilität im europäischen Raum. Die eigentliche Ursache ist, daß das Bretton-Woods-Abkommen feste Wechselkurse bestimmt hat, ohne daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Partner dieses Abkommens koordiniert wird. Jeder kann tun und lassen, was er will. Aber der Wechselkurs muß gleich bleiben. Dieses Rätsel kann auf dieser Basis nach meiner Auffassung niemand lösen. Es wird allerhöchste Zeit, daß wir uns in erster Linie über währungspolitische Probleme und Maßnahmen unterhalten.

(Beifall.)

Ich sage das als Steuerpolitiker, weil ich nachher auch steuerpolitische Vorschläge machen will. Ich tue das aber in der klaren inneren Erkenntnis, daß die Steuerpolitik nicht lösen kann, was eine Währungspolitik versäumt hat. Ich meine, es gibt ein sehr altmodisches, sehr konservatives Mittel, das Währungsproblem insgesamt anzupacken, und zwar auch international: nämlich zwischen den freien Nationen, die Wert darauf legen, in einem Austauschverhältnis miteinander zu stehen,

letztlich wieder zur echten Goldwahrung überzugehen und die Negativsalden in Gold auszugleichen. Ich weiß, daß man das jetzt nicht kann. Was man meines Erachtens heute schon in die Debatte werfen kann, ist folgendes: daß zu einem Teil in Gold und zum anderen Teil in Devisen ausgeglichen wird. Aber es muß wenigstens ausgeglichen werden.

Das ist nämlich die einzige Maßnahme, um ein Gleichgewicht zu halten, wenn Länder mit defizitären Haushalten, mit sozialistischer Wohlfahrtspolitik beteiligt sind. Wenn man das nicht will und wenn alle Mahnungen innerhalb des europäischen Bereichs nichts fruchten, dann muß man meines Erachtens nicht unsere Aufwertung, sondern die Abwertung im labilen Wahrungsbereich echt zur Diskussion stellen.

(Zustimmung.)

Der Herr Bundeskanzler hat heute morgen die Aufwertung klar abgelehnt. Ich trete ihm da in jeder Beziehung bei, weil nämlich bei der Aufwertung ein Risiko auftritt, das wir höchst ungleich, nämlich auch denjenigen Nationen gegenüber, die ihre Währung in Ordnung halten, anwenden müssen. Das ist eine ungesunde Maßnahme, die uns im Grunde genommen nicht zugemutet werden kann. Wir nähmen dann nämlich praktisch ein Risiko der labilen Politik anderer auf uns, und das noch zum Nachteil derjenigen Staaten, mit denen wir ein gesundes Wirtschaftsverhaltnis haben.

Der nächste Ausweg wäre der flexible Wechselkurs. Aber darüber müssen wir uns klar sein: der flexible Wechselkurs bedeutet praktisch die permanente Aufwertung mit einem ähnlichen Erfolg, wie ihn eine einmalige Aufwertung haben würde.

Die große Schwierigkeit liegt darin, wie man der Geldflüssigkeit Herr werden soll. Im Prinzip muß man binnenmarktmaig zu einer Verteuerung der Kredite kommen, wenn man von innen her die Währung und die Wirtschaft in Ordnung halten will. Auf der anderen Seite ergibt sich der Nachteil, daß verteuertes Geld in Deutschland wieder Auslandsgeld anzieht und die Situation schwieriger macht, als sie an sich sein sollte. Mit Abwehrmaßnahmen können wir das Problem einigermaßen einkreisen. Aber kleine Hilfsmaßnahmen dirigistischer Art genügen eben nicht, sondern wir sollten einen ganzen Schritt tun. Da kommt nach meiner Auffassung nur das Verzinsungsverbot für ausländische Konten in Deutschland in Frage, also für Konten von Ausländern, die hier nicht ihren Wohnsitz haben, und gegebenenfalls die Genehmigungspflicht für ausländische Kredite öffentlicher Körperschaften. Ich würde aber nicht so weit gehen, eine negative Devisenbewirtschaftung insgesamt einzuführen. Das im Augenblick darzulegen, ist zu schwierig, weil die Zeit zu kurz ist. Ich kann nur andeuten.

Was dringend geschehen muß, ist eine Kapitalertragsteuer für ausländische Anleger. Darüber ist man sich weitgehend einig. Auch eine Förderung des Kapitalexportes durch Wegfall der Wertpapiersteuer ist notwendig. Ich habe Bedenken, daß wir etwa den alten Gedanken wieder aufgreifen, den wir seinerzeit vor der Aufwertung diskutiert

haben, nämlich mit dem Instrument der Ausfuhrückvergütung und der Umsatzausgleichsteuer zu arbeiten. Das trifft nach meiner Auffassung auch wieder die Falschen, insbesondere würde das für die Exportentwicklung mit wirtschaftlich gesunden Nationen sehr nachteilig sein. Wir haben uns große Mühe gegeben, das Instrument der Rückvergütung und der Umsatzausgleichsteuer intakt zu halten, um international einen echten Wettbewerbsausgleich herbeizuführen. Wenn wir daraus nun ein währungspolitisches Instrument machten, würde ich meinen, daß das nicht in Ordnung sei.

Das Wichtigste scheint mir – damit komme ich auf ein haushaltspolitisches Problem – ein Gedanke zu sein, den wir vor drei Jahren schon erörtert haben: die Stilllegung der Zuflüsse in den Haushalt, die sich als Differenz zwischen dem realen und dem nominalen Zuwachs ergeben. Dieses Problem wird mit jedem Jahr ernster werden. Der nominelle Zuwachs entsteht daraus, daß permanent die Umsatzsteuer auf die erhöhten Preise, die Lohnsteuer auf die erhöhten Löhne und die Gewinnsteuer auf die erhöhten Gewinne erhoben wird. Diese Differenz zwischen realem und nominalem Zuwachs sollte nicht im voraus über die Haushaltspolitik verfrühstückt, sondern stillgelegt werden, und zwar nicht nur beim Bund, sondern durch eine verfassungsrechtliche Vollmacht – auf Grund einer Erklärung eines Währungsnotstandes – bei allen öffentlichen Körperschaften. Denn das ist das einzige, was den öffentlichen Effekt der Nachfrage bändigen kann.

Ich weiß, daß man jetzt wieder einwendet, es bestehe die Gefahr, daß es alle möglichen Liebhaber für einen – nach früherem Beispiel Julius-turm genannten – derartiger Fonds von Mitteln geben wird. Das ist eine Frage der gesetzlichen Bindung unserer selbst und damit der Ausdruck einer ernsthaften Disziplin, die wir uns auferlegen und die wir auch jedem, der außenwirtschaftlich oder binnenwirtschaftlich an diesen Topf heran möchte, entgegenhalten können.

Ich habe das mit Absicht so konkret vorgetragen. Ich weiß, daß damit harte Maßnahmen verbunden sind, daß damit schwere Opfer gefordert werden. Aber es hat keinen Zweck, den Gewerkschaften und politischen Parteien zu gestatten, uns permanent wegen der steigenden Preise zu kritisieren. Wir müssen uns über die Mittel klarwerden, die wir in der Hand haben, um dieser gefährlichen Entwicklung einer dritten Inflation entgegenzutreten. Hier muß meines Erachtens unsere letzte Verantwortung gefordert werden.

(Beifall.)

Dr. WILHELM:

Bevor ich das Wort zu diesem Thema weiter erteile, möchte ich auf folgendes aufmerksam machen. Frau Kollegin Pitz wollte über die Erklärung zu den Familienfragen sprechen. Sie hat ihre Ansicht schriftlich niedergelegt, so daß wir das morgen im Plenum vortragen können. Ich möchte anregen, ob das nicht auch im einen oder anderen Falle noch geschehen kann, weil wir einfach in einer unheilbaren Zeitnot sind.

Herr Eichelbaum wollte über die Probleme der Vertriebenen sprechen. Wäre es möglich, uns das schriftlich einzureichen. Ich bin überzeugt, daß da in diesem Augenblick nichts strittig sein wird.

(MdB Eichelbaum: Ich werde Herrn Stingl eine kurze Mitteilung geben und bin bereit, auf meine Wortmeldung zu verzichten, wenn nachher niemand mehr zu dem Thema spricht.)

– Das wäre wunderbar.

Dann käme nun Frau Dr. Ihme. Könnten Sie uns das auch schriftlich geben?

(Frau Dr. Ihme: Ja!)

– Vielen herzlichen Dank. Dann käme Herr Winkelheide.

(MdB Winkelheide: Ich bin bereit, es Herrn Kollegen Stingl schriftlich zu geben!)

– Auch schriftlich, wunderbar.

Dann hat zunächst Herr Schmitz das Wort.

SCHMITZ:

Nachdem die anderen alle so bescheiden waren, habe ich jetzt eigentlich etwas Herzklopfen.

Dr. WILHELMI:

Das ist wunderbar. Dann setzen Sie sich wieder, dann geht das Herzklopfen am schnellsten vorbei.

(Große Heiterkeit.)

SCHMITZ:

Ich mache es kurz. Es wurde vorhin davon gesprochen, daß auch wirtschafts- und sozialpolitische Auffassungen zugunsten der mittelständischen Wirtschaft erörtert werden müssen. Ich bin wirklich sehr dankbar für dieses Bekenntnis und würde mich sehr freuen, wenn es nunmehr in die Tat umgewandelt würde und nicht auf jedem Parteitag wieder erneut als freundliches Bekenntnis zum Mittelstand im Protokoll zu lesen wäre.

Ich möchte mir die Interpretation unseres Entschließungsantrages ersparen, aber doch feststellen, daß zur Erhaltung der Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft einiges getan werden muß. Dem Herrn Bundesarbeitsminister wäre ich sehr dankbar, wenn er einmal bei Gelegenheit die Frage beantwortete, ob allein die Lohnbezogenheit bei sozialen Maßnahmen gleiche Start- und Wettbewerbsbedingungen in der gesamten Wirtschaft darstellt.

(Beifall.)

Dr. WILHELMI:

Ich danke vielmals.

Wir müssen jetzt wieder zu dem Antrag der Sozialausschüsse zurückkommen und ihn Punkt für Punkt erledigen. Dabei darf ich feststellen, daß wir den Punkt 1 – Eigentumsbildung – ausdiskutiert haben und unser Bericht in dieser Beziehung feststeht.

Wir können nun zu Punkt 2 – Sozialpaket – übergehen. Ist da noch etwas zu sagen? – Herr

Prof. Dr. DEUS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialpolitische Bundesausschuß und die Sozialausschüsse machen Ihnen den Vorschlag, den 'Abschnitt 2 – Sozialpaket – mit einer anderen Überschrift zu versehen und ihn mit „Sozialpolitik“ zu bezeichnen. Damit soll er in einem Gesamtzusammenhang mit den übrigen Fragen, insbesondere des Sozialversicherungswesens und des Familienlastenausgleichs, gehoben werden. Nachdem inzwischen im Bundestag das Kapitel Kindergeld verabschiedet ist, sollte der zweite Absatz folgende Fassung erhalten:

- a) Das Kindergeld wurde vom Bundestag verabschiedet. Dadurch wird die Wirtschaft von insgesamt 1,2 Milliarden DM jährlich entlastet. Somit ist die Voraussetzung gegeben, die Lohnfortzahlung (Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfalle) in der Weise zu verwirklichen, daß dem Arbeiter im Krankheitsfalle ein direkter Anspruch auf Lohnfortzahlung gegenüber seinem Arbeitgeber gewährt wird. Die Beratungen sind so weit voranzutreiben, daß die Verabschiedung des Gesetzes bis zum 1. Juli 1964 erfolgen kann.
- b) Kindergeld
Die Grenze für das Zweitkindergeld muß beseitigt werden, das Kindergeld für die dritten und weiteren Kinder muß erhöht werden.
- c) Krankenversicherung
Die Neuregelung der Sozialen Krankenversicherung ist entsprechend der Konzeption des Regierungsentwurfs unter Berücksichtigung der bereits gefaßten Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktion und der Vorschläge des Ständigen Ausschusses Christlich Sozialer Arbeitnehmerkongresse zu verwirklichen.

Die anderen Abschnitte, gegen die übrigens vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß keine Einwendungen erhoben worden sind – das heißt: Umfassender Familienlastenausgleich, Novellierung der Rentenregelungsgesetze – würden dann entsprechend der neuen Systematik eingliedert werden.

ETZEL, MdB:

Ich habe das nicht ganz verstanden. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat einige kleine Änderungen beantragt. Wir beantragen zu 2: „... entsprechend dem ursprünglichen Regierungsentwurf“. Haben Sie das aufgenommen?

Prof. Dr. DEUS:

Nein, wir haben es anders formuliert. Wenn wir die Formulierung wählen würden „entsprechend dem Regierungsentwurf“, würde die Versicherungspflichtgrenze mit 750 DM festgehalten. Wir haben sie inzwischen im Ausschuß selber auf 850 DM heraufgesetzt.

(MdB Etzel: Sonst ist es aber raufgezogen wie bei unserem
Vorschlag?)

– Ja! Ich kann es ja noch einmal sagen.

Dr. WILHELMI:

In der Sache sind wir uns einig. Das andere ist reine Formulierungs-
angelegenheit.

Prof. Dr. DEUS:

Es ist dann noch vorgeschlagen worden, dem Abschnitt über die Kriegs-
opferversorgung folgenden Passus anzuhängen:

Der gesellschaftspolitischen Situation der Kriegsoffer, der Be-
deutung ihrer Organisationen und deren sachverständiger Arbeit
Rechnung tragend, werden die zuständigen Parteigremien be-
auftragt, Grundsätze für die Weiterentwicklung des Kriegsoffer-
rechts zu beraten und zur gegebenen Zeit der deutschen Öffent-
lichkeit bekanntzugeben.

Das ist ein spezieller Wunsch der Kriegsofferorganisationen. – Das
wären die Abänderungsvorschläge, die ich Ihnen hiermit übergeben
darf.

Dr. WILHELMI:

Ich danke Ihnen vielmals. Wir haben zu dem Punkt Sozialpaket eine
Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Sind die noch notwendig oder
sind wir uns über die Formulierung einig? – Dann hat jetzt Herr Neu-
haus das Wort.

NEUHAUS:

Meine Damen und Herren! Wie ich aus der Erklärung von Herrn Pro-
fessor Deus *entnommen habe, soll dem Parteitag zur Entschließung*
vorgelegt werden, die Verabschiedung der Lohnfortzahlung in der
arbeitsrechtlichen Lösung bis zum 1. Juli zu fordern. Ich habe als mittel-
ständischer Unternehmer die arbeitsrechtliche Lösung immer gutge-
heißen. Ich will ganz kurz sagen, warum: Ich bin der Auffassung, daß
heute qualifizierte Facharbeiter in verschiedenen Bereichen wesentlich
mehr leisten als Angestellte. Nehmen Sie bitte eine Schreibkraft –
ohne daß es ein Werturteil sein soll – und einen Facharbeiter in einer
Elektronenanlage. Der letzte ist für meinen Begriff heute für uns be-
deutsamer und auf Grund dieser Tätigkeit wertvoller.

Ich war gerade vom Mittelstand her gesehen aber auch immer der
Meinung, daß diese arbeitsrechtliche Lösung, zu der wir uns bekannt
haben, nur dann durchgeestzt werden kann, wenn auch die ursprüng-
liche Reform der Krankenversicherung damit untrennbar verknüpft
bleibt.

(Beifall.)

Wenn die Lohnfortzahlung jetzt nach dem Kindergeldgesetz allein ver-
abschiedet wird, dann bleibt die Forderung der Krankenversicherungs-
reform eine platonische Erklärung, die in absehbarer Zeit nicht mehr
verwirklicht wird.

Politisch gesehen werden uns weite Kreise des Mittelstandes verlassen und uns im nächsten Bundestag das Ergebnis bescheren, daß die Schwierigkeiten, die heute schon in der Koalition bestehen, noch sehr viel größer sein werden, wenn wir dann überhaupt noch in der Koalition dabei sind. Ich warne dringend davor, hier nochmals aufzuschürfen und das eine Gesetz – die Lohnfortzahlung – getrennt zu verabschieden.

Dann zur Kindergeldfrage! Ich weiß eigentlich nicht – bis jetzt ist mir dafür keine Begründung gegeben worden –, warum beim Zweitkindergeld die Einkommensgrenze fallen soll.

(Zuruf: Kostet Milliarden!)

Ich kenne Fälle, wo die Leute wirklich nicht darauf angewiesen sind und dieses Geld am Monatsende so lächelnd in die Tasche stecken.

(Widerspruch.)

Ich kann auch nicht verstehen, warum man nicht grundsätzlich eine gewisse Grenze eingebaut hat.

(Zuruf: Grundgesetz! – MdB Winkelheide: Familienpolitik ist keine Armenpolitik und keine Fürsorgepolitik. – Beifall.)

– Gut. Aber in anderen Punkten wollen Sie auch differenzieren. Ist es richtig, von den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, einfach nur aus einem Prinzip heraus etwas zu verteilen? Wir tun doch nichts anderes, als umverteilen, und wir verteilen auch da noch um, wo es nicht nötig ist.

MICHAELY:

Liebe Parteifreunde! Wenn man die heutige Diskussion verfolgt, muß man fast den Eindruck haben, daß wir uns grundsätzlich immer einig sind und daß der Teufel wirklich im Detail sitzt. Mit dem Grundsätzlichen stimmt also etwas nicht. Wir können nicht an die Stirnwand unseres Parteitages hinschreiben: „Die Zukunft gestalten“, wenn wir nicht das Wagnis des Gestaltens eingehen. Einer der Vorredner hat gefragt, woran es denn hänge, daß diese Dinge nicht in Ordnung gehen. Wir sollten uns als Union dazu aufraffen, die Forderungen, wie wir uns die Dinge vorstellen, ins Parlament zu bringen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir nicht mit der Zustimmung einer Mehrheit rechnen können. Aber dann haben wir unser Gesicht gewahrt und können draußen unseren Leuten sagen, wo wir uns von rechts und links unterscheiden.

Wenn wir weiter diesen Weg gehen, auf dem wir praktisch immer eine Lösung für Dinge erwarten, die noch zu meistern sind, dann vermag ich wirklich nicht mehr zu sagen, wo eine christlich soziale Idee, wo ein echtes Wagnis bei unserer Union noch zu suchen sind. Das muß man auch allen Ernstes einmal den kühnsten Rechnern in unseren Reihen sagen. So können wir keine Menschen begeistern, weder jung noch alt. So lassen sich mündige Arbeiter draußen nicht gewinnen. Wir sind in einer Industriegesellschaft, und diese Union verdankt ihre Mehrheit dieser Gruppe mit. Diese Leute können Sie auf die Dauer für die Union

nicht halten, denn Sie sind in deren Augen unwahrhaftig, wenn Sie so Ihre Politik betreiben wollen, wie wir es heute gesehen haben. Ich würde vorschlagen, man sollte allen Ernstes viel öfter miteinander reden.

(Beifall.)

So lassen sich viele Schärpen vermeiden, wenn man sich ehrlich, aufrichtig zusammensetzt und ernsthaft – nicht mit Hintergedanken – über die Dinge spricht, die im Interesse unseres Namens und unserer politischen Überzeugung erledigt werden müssen.

(Beifall.)

RIEDEL, MdB:

Liebe Parteifreunde! Ich bin sehr froh, daß in dem Vorschlag der Sozialausschüsse das Sozialpaket doch noch als Paket angesprochen worden ist. Ich bin auch mit dem Bundesarbeitsminister einig, der vorhin unter lächelnder Zustimmung des Hauses erklärte: Zwei Dinge haben wir schon erledigt, und zwei haben wir noch zu erledigen. Darum möchte ich bitten. Ich möchte den Antrag nicht so verstehen, daß es heißt: Jetzt haben wir in diesem Bundestag nur noch die Lohnfortzahlung zu erledigen. Das ginge nicht.

Ich darf gerade euch, liebe Freunde von der Arbeitnehmergruppe, zum Zeugen aufrufen: Wir sind es doch beide gewesen, die Gruppe der Sozialausschüsse und der Mittelständler, obwohl wir in der Fraktion gescholten worden sind: Wir haben keine Interessenpolitik gemacht. Wir haben uns in unseren Verbänden mit unseren Leuten für die arbeitsrechtliche Lösung herumgeschlagen. Ihr in der Arbeitnehmergruppe habt versucht, den Leuten den Gedanken einer Selbstbeteiligung beizubringen. Ich möchte meinen, wir sollten auf diesem Parteitag das Bündnis bekräftigen und wir sollten durchhalten.

Es geht nicht so, daß man sagt: Ihr habt jetzt das Kindergeld erlassen bekommen, und damit wird die Wirtschaft wieder einmal entlastet. Deshalb habe ich darauf Bezug genommen, daß der Minister von den vier Dingen gesprochen hat.

In diesen Verbund gehört auch die Unfallversicherung mit der alten Last. Daß die Verteilung der alten Last der kleineren und mittleren Wirtschaft nicht wenig Ungelegenheiten bringt, das zeigen die Briefe, die wir bekommen und in denen uns mitgeteilt wird, daß wegen der Verteilung der alten Last der Kohle die Beiträge für die einzelnen bis zur Hälfte erhöht worden sind.

Ich möchte gar keine anderen Dinge in die Diskussion hineinbringen. Zu dem, was von der mittelständischen Wirtschaft immer gefordert worden ist, gehört außer der Kalkulierbarkeit des neuen Risikos auch die Eindämmung der Krankenstände. Diese Eindämmung ist wirksam nur über die von Herrn Blank konzipierte Krankenversicherungsreform zu erreichen.

(Zurufe: Nein! – MdB Winkelheide: Der ersten konzipierten Krankenversicherungsreform, nicht der zweiten!)

– Ja, durchaus, Kollege Winkelheide.

Wir müssen ernsthaft versuchen, diese wirksamen Ansätze zu verwirklichen. Nur so werden wir in der nächsten Wahlauseinandersetzung Erfolg haben. Ich möchte, daß wir uns hier einigen, dann werden wir uns mit dem Koalitionspartner schon auseinandersetzen.

(Beifall.)

Bundesarbeitsminister BLANK:

Meine Damen und Herren! Nur ein paar kurze Ausführungen dazu. Ich habe immer die Auffassung vertreten – und ich vertrete sie auch heute noch –, daß die Lohnfortzahlung und die Krankenversicherungsreform zusammengehören. Aber wenn es so einfach wäre, daß wir uns nur zu einigen brauchten! Die Sache ist doch so, daß wir im Ausschuß festhängen und einfach nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß uns die Leute die zweite Lesung blockieren. Das läßt sich doch gar nicht bestreiten. Die Tatsache, daß wir 13 Abgeordnete dort haben, die SPD 11 und und FDP 3, ist die Ursache der Malaise.

Nun müssen wir doch versuchen, klarzukommen. Sonst passiert uns folgendes, und das möchte ich hier vor dem Parteitag ganz offen aussprechen. Ich möchte vor Illusionen warnen. Herr Katzer hat recht, wenn er behauptet, die FDP habe nicht zu ihrem Wort gestanden; das stimmt. In allen Koalitionsbesprechungen ist die FDP ganz eindeutig von der arbeitsrechtlichen Lösung abgerückt. Aber sie hat im Beisein des Bundeskanzlers erklärt: Nun ja, wenn die CDU das mache und wenn einige von der SPD mitstimmten – die hätte sich die CDU ja nicht bestellt –, dann wäre das keine Frage, an der sie Anstoß nähme; das hieß auf deutsch: sie würde das passieren lassen. Das hat der Bundeskanzler in den Koalitionsgesprächen akzeptiert.

(Zuruf: Hoi!)

– Warum Pfui?

(Zuruf: „Hoi!“)

– Ach so, entschuldigen Sie. –

Wenn ich irgendein Gesetz liebend gern durchhaben will und die anderen stehen mir im Wege, habe ich mir zu überlegen, ob ich es dann allein machen will. Aber jetzt kommt doch plötzlich die große Schwierigkeit, daß wir über die Krankenversicherung nicht hinwegkommen, wo doch kein Mensch geahnt hätte, daß hier Ansatzpunkte zum Streit lägen. Nun denke ich an unsere Fraktion. Herrn Riedel gebe ich völlig recht: Wenn es uns nicht gelingt, in der Krankenversicherung weiterzukommen, wird die CSU – ich bitte, das zu glauben, die Erklärungen sind ganz eindeutig – in der Lohnfortzahlung nicht zustimmen. Wenn die CSU das nicht tut – ich bin nicht befugt, für die Herren vom Mittelstand zu sprechen –, dann ist es doch eine bare Selbstverständlichkeit, daß die Abgeordneten aus dem Mittelstand unserer Fraktion ebenfalls nicht werden zustimmen können. Was dann noch übrig bleibt, ist fraglich. Die anderen Abgeordneten, die, sagen wir einmal, in den Wahlkreisen sitzen, müssen doch die gesamtpolitische Lage in ihren Wahlkreisen beachten. Es ist glatte Illusion, zu glauben, daß

dann überhaupt noch eine parlamentarische Mehrheit für dieses Gesetz zu finden wäre.

Deshalb bin ich durchaus der Auffassung, der auch Herr Riedel ist: Wir müßten versuchen, die Dinge wieder miteinander zu verbinden.

Aber es ist völlig unmöglich, das KVN-Gesetz in seinem ganzen Umfange in dieser Legislaturperiode noch zu beraten. Ich habe mit minutiöser Genauigkeit – ich will es nicht vor Ihnen ausbreiten – darüber Buch geführt, wie das Gesetz im Ausschuß behandelt worden ist. Ich sage Ihnen: angesichts des Umfangs der Materie ist es völlig ausgeschlossen, das insgesamt überhaupt noch zu verabschieden.

Deswegen habe ich mir jetzt folgende technische Überlegung gemacht. Man würde im Sinne der Ausführungen des Kollegen Riedel fragen müssen: Wo sind denn die Punkte, die in ihrer Wirkung die Kombination mit dem Lohnfortzahlungsgesetz für uns politisch möglich machen? Das sind relativ wenige Punkte. Wenn man versuchen würde, hier eine Übereinstimmung herbeizuführen und diese, wie ich glaube – ich sage es etwas grob dahin, nehmen Sie es mir bitte nicht übel –, vielleicht nur eine Handvoll von Paragraphen zu nehmen, um sie ins gegenwärtig geltende Krankenkassenrecht einzufügen, dann hätte man vielleicht das, was Herr Riedel soeben mit Recht als die notwendige Voraussetzung bezeichnet hat. Aber auch dafür muß man über die drei berühmten Leute im Ausschuß hinwegkommen; denn daß uns die SPD, selbst wenn wir die elegantesten Vorschläge machen, auch nur ein Jota helfen wird, aus dieser Situation herauszukommen, ist doch deshalb nicht zu erwarten, weil sie sich natürlich von ihrem Standpunkt aus über die Schwierigkeiten freut, die wir in der Koalition haben.

Ich würde sagen: Wir sollten beim Abfassen der Entschliebung – ich will über ihren Text gar nichts sagen –, eventuell folgendes zum Ausdruck bringen: Wenn schon das Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz in seinem gesamten Umfang nicht gemacht werden kann – und es kann nach dem zeitlichen Ablauf nicht gemacht werden; dazu hat man dann später Zeit –, dann sollte man versuchen, diese drei oder vier wesentlichen Punkte in einem Sondergesetz in das jetzt geltende Recht einzuführen. Nur dann werden Sie in unserer Fraktion – ich müßte mich schwer täuschen, wenn es anders sein würde – eine Zustimmung zum Lohnfortzahlungsgesetz finden können.

MAZIUS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ganz offen zugegeben worden, daß das Sozialpaket an unserem Koalitionspartner gescheitert ist. Nachdem es gescheitert ist, nachdem es auf Grund des Verschuldens von anderen aufgeschnürt ist, dürfen wir aber nicht in den Fehler verfallen, hier zu sagen: wir schnüren weiter auf. Vielleicht wird Herr Kollege Schmücker sich an den Mittelstandstag der rheinischen CDU erinnern, wo wir bald erschlagen worden sind, als diese Gesetze auf den Tisch kamen. Nachdem die FDP das gemacht hat, sollten wir auch den Mut haben, zu sagen: Entweder wird das geschlossene Gesetz verabschiedet – wie es ist, der zweite Teil, wie er in der ersten Fassung

war –, oder wir zeigen auf die FDP: du bist daran schuld. Aber wenn wir jetzt hier halbe Sachen machen, dann kommt der Bumerang auf uns zurück: den Mittelstand sind wir los, und das freie Unternehmertum spielen wir an die Wand, und was dann? Wir wollen doch nicht nur Großkonzerne. – Selbstverständlich ist es ein Wagnis; darüber bin ich mir klar. Die Krankenkassenreform ist ein Wagnis. Der Sinn ist aber doch der, genauso, wie der Unternehmer in der freien Marktwirtschaft zum Wagnis veranlaßt wird, auch den Arbeiter und Angestellten zum Wagnis zu veranlassen. Sie sollen in Eigenverantwortung von sich aus in der Selbstbeteiligung vernünftig vorgehen. Wir dürfen hier die Sache keinesfalls trennen in Lohnfortzahlung und Krankenkassenreform. Es geht nur geschlossen in der alten Form. Wenn das nicht geht, sollten wir den Mut haben, zu sagen, wer daran schuld ist. Das ist viel besser, als wenn wir jetzt wieder einen Kompromiß machen. Die Kompromisse kommen auf uns zurück; wir sind nachher die Schuldigen.
(Beifall.)

STEIN, MdB:

Ich darf nur ein paar Worte zum Lohnfortzahlungsgesetz und zum Krankenversicherungsgesetz sagen. Wir haben soeben einen Änderungsantrag vorgelegt bekommen, der wie folgt lautet: „Das Kindergeld wurde vom Bundestag verabschiedet.“ Dann kommt der entscheidende Satz: „Somit ist die Voraussetzung gegeben, die Lohnfortzahlung . . . in der Weise zu verwirklichen, daß dem Arbeiter in Krankheitsfälle ein direkter Anspruch auf Lohnfortzahlung gegenüber seinem Arbeitgeber gewährt wird. Die Beratungen sind so weit voranzutreiben, daß die Verabschiedung des Gesetzes bis zum 1. Juli 1964 erfolgen kann.“ Ich gehöre zu denjenigen Abgeordneten, die sich trotz mancher Bedenken für die arbeitsrechtliche Lösung ausgesprochen haben; das wissen Sie aus den Beratungen. Aber Voraussetzung für diese Einstellung war die Unaufschnürbarkeit des Pakets. Die ist mißlungen. In diesem Kreise darf ich es ruhig einmal sagen: es ist der grundsätzliche Fehler gemacht worden, daß wir die Erklärung der FDP, diese Frage nicht zur Koalitionsfrage zu machen, stillschweigend angenommen haben. Wir müssen sie also in den alten Stand zurückversetzen.

Wir haben eine Reihe von Koalitionsbesprechungen gehabt und haben erlebt, daß sich der Herr Bundeskanzler eindeutig auch in anderen Fragen der FDP gegenüber durchgesetzt hat. Es ist unmöglich, daß wir die Verabschiedung in dieser Weise vornehmen. Das wäre uns Abgeordneten gegenüber, die sich für die arbeitsrechtliche Lösung eingesetzt haben, nicht loyal. Es muß noch einmal der Versuch gemacht werden, mit der FDP darüber zu sprechen, welche Möglichkeiten bestehen, die beiden Gesetze gemeinsam zu verabschieden. Wenn wir die Lohnfortzahlung jetzt passieren lassen – zumal in diesem Zeitpunkt –, werden wir die Krankenversicherungsreform weder in dieser noch in der nächsten Legislaturperiode bekommen. Dann sehe ich mit größten Bedenken dieser Entwicklung entgegen.

Herr Kollege Blank hat den Vorschlag gemacht, wir sollten versuchen, Teile des Gesetzes

(Bundesarbeitsminister Blank: Aber die entscheidenden!)

– die entscheidenden Teile des Gesetzes – in eine neue gesetzliche Form mit einzubauen. Ich habe Bedenken, ob das gelingt. Wenn das geschehen soll, bedarf es einer neuen grundlegenden Koalitionsvereinbarung und einer neuen Beratung in der Fraktion unter Hintanstellen der Verabschiedung der Lohnfortzahlung. Das ist nach meiner Ansicht den Vertretern der Wirtschaft gegenüber das einzig loyale.

(MdB Winkelheide: Was sagen dann die Arbeiter zum Wahltag?)

– Aber Herr Winkelheide, diese Frage ist sehr wohl bis zum Jahre 1965 zu lösen. Die kann vorher gelöst werden. Das ist ja auch die Absicht des Kollegen Blank.

(Zuruf.)

Herr Winkelheide, ich erinnere Sie an die Beratung der Fraktion. Sie waren mit mir der Meinung, daß eine Aufschnürung des Paketes nicht erfolgen soll. Nun haben wir diese Einstellung.

(MdB Winkelheide: Die Wirtschaft hat eine Vorleistung von 500 Millionen DM bekommen!)

– Diese Vorleistung kann ja auch in einer anderen Weise honoriert werden. Das ist durchaus noch möglich.

Ich halte mich verpflichtet, gerade auf diesen Zusammenhang noch einmal hinzuweisen. Sie können ein solches Problem, das so elementar die Fraktion – ich will nicht sagen: erschüttert – verärgert hat, nicht lösen, ohne daß Sie eine ganz klare Loyalität allen Abgeordneten gegenüber zum Ausdruck bringen.

(Beifall.)

MdB KATZER:

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, diese Diskussion findet im falschen Saale statt.

(Zuruf: Richtig!)

Wir sind nicht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sondern wir sind der Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Zuruf: Dann zieht den Entschließungsantrag zurück, dann sind wir Parteitag!)

– Verzeihung, Herr Kollege. Wir sind der Parteitag der Christlich Demokratischen Union. Dem Parteitag liegt eine Entschließung vor, über die wir beraten.

(MdB Etzel: Der Gedanke kommt heute abend um halb acht!)

– Verzeihung, Herr Etzel.

(Erneuter Zuruf.)

– Darf ich klarstellen: Was von meinem Vorredner, dem Kollegen Stein, gesagt worden ist, war alles aus der Perspektive der Fraktion gesehen. Ich sage: aus der Perspektive der Fraktion gesehen ist die

Darstellung zumindest teilweise richtig. Alle Sprecher haben aber verabsäumt, darauf hinzuweisen, daß wir – für mein Empfinden: leider – das Kindergeldgesetz vorgezogen haben. Damit haben wir einen wesentlichen Antrieb für das Zusammenhalten der Gesetze leider aufgegeben. Das muß man dazu sagen; das gehört dazu. Es wäre besser, wenn das von den Sprechern hier gesagt worden wäre.

Jetzt entsteht doch folgende Situation, Herr Kollege Stein. Wir entlasten in diesem Jahr die Wirtschaft um 600 Millionen DM und im kommenden Jahr um rund 1,2 Milliarden DM. Die ganzen Äußerungen von Herrn Kollegen Dr. Schmidt, die ich weitgehend teile, bekommen einen gespenstischen Hintergrund, wenn man sich an folgendes erinnert. Der der Bundesregierung angehörende Bundesfinanzminister hat von einer Steuersenkung ab Januar 1965 in Höhe von 3 Milliarden DM gesprochen. Dann werden doch sehr viele Dinge unglauwbüdig: die angespannte Haushaltslage usw. Das sind die Fragen, mit denen wir uns in der Arbeitnehmerschaft auseinandersetzen müssen.

(Beifall.)

Es wird uns entgegengehalten: Dauernd sagt ihr, ihr hättet kein Geld; hier erklärt der Finanzminister verbindlich – er wurde vom Bundeskanzler nicht korrigiert, zumindest nicht in der Öffentlichkeit –, ab 1. Januar erfolge eine Steuererleichterung um 3 Milliarden.

Ich mache diese Bemerkung nur, um die Diskussion wieder in die richtige Ordnung zu bekommen. Unter richtiger Ordnung verstehe ich, daß Sie hier kein Gespräch zwischen Fraktionskollegen führen können und dürfen. Ich verstehe weiter darunter, daß der Parteitag sich nicht unmittelbar in eine interne Auseinandersetzung der Fraktion einschalten sollte; das hielte ich nicht für gut.

Deshalb würde ich persönlich zu dem Entschließungsantrag die Änderung vorschlagen, daß man das Datum herausläßt; denn das wäre eine Einmischung in Fraktionsachen, die der Parteitag nicht beschließen sollte.

Dieser Parteitag steht aber doch nicht isoliert da. Es ist der 12. Bundesparteitag der Christlichen Demokraten. Wir können nicht so tun, als wenn wir uns zum erstenmal mit dieser Frage befaßten.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wahr ist doch – das können Sie in den Entschließungen nachlesen –, daß wir bereits im Jahre 1956 in Stuttgart die Lohnfortzahlung gefordert haben. Das ist jetzt die Parteiseite. Ich will nicht an die Fraktionskollegen appellieren; die sind im Recht. Ich sage: von der Parteiseite sieht es anders aus. Die Partei hat sich zu der arbeitsrechtlichen Lösung bekannt.

(Zuruf.)

– Entschuldigen Sie, Herr Kollege, lassen Sie mich das einmal an Hand der Dokumente darstellen. Die Partei hat sich dazu bekannt, als es den Begriff „Sozialpaket“ noch gar nicht gab. Das war im Jahre 1956.

Die Partei hat das auf dem Parteitag 1960 in Karlsruhe wiederholt. Da gab es den Begriff Sozialpaket noch nicht.

(Zuruf: Selbstbeteiligung!)

– Nein.

(Weitere Zurufe.)

– Verzeihung, ich komme darauf. Darf ich es Ihnen mal systematisch darstellen.

(Fortgesetzte Zurufe.)

Dr. WILHELM:

Zwischenrufe beleben im allgemeinen das Geschäft. Aber es wäre doch ganz gut, wenn wir den Redner einmal aussprechen ließen.

KATZER, MdB:

Die Partei hat sich 1956 und 1960 dazu bekannt. Im Jahre 1962 in Dortmund haben wir uns ebenfalls dazu bekannt. Wie ein roter Faden zieht sich überall die Vorstellung hindurch: wir wollen die Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle. Deshalb möchte ich meinen – bei Abänderung dessen, was Professor Deus zu diesem Termin gesagt hat –: Diese Forderung sollten wir aufrechterhalten.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich bin zweitens der Auffassung, wir sollten – –

(Zuruf: Den Bezug aufs Kindergeld streichen!)

– Den Bezug aufs Kindergeld würde ich nicht so drinbehalten. Ich würde aber bitten, daß wir ihn bei uns in Klammern im Gedächtnis haben und daß der Berichterstatter darauf hinweist, damit wir nicht auf Empfindlichkeiten in der Arbeitnehmerschaft stoßen, die wir nicht bewußt provozieren sollten. – Die Realisierung in dieser Legislaturperiode ist dann eine Frage, die die Fraktion regeln muß.

Was die Krankenversicherung angeht, darf ich – Herr Kollege Blank, entschuldigen Sie – sehr höflich, aber doch sehr nachdrücklich folgendes sagen: ich halte den letzten Vorschlag mit der Umverteilung des Beitragsaufkommens für nicht realisierbar.

(Zustimmung.)

Ich würde mich auch in der Fraktion dagegen wehren. Wir sollten zur Krankenversicherungsreform hier eine Formulierung finden, wie sie der Kollege Deus im Grundsatz vorgeschlagen hat, die auch die Kostenbeteiligung als ein Element vorsieht, dem wir aus freier Entscheidung unsere Zustimmung gegeben haben. Die Lohnfortzahlung sollte im übrigen drinbleiben; aber den aktuellen Bezug – den 1./6. – sollten wir rausnehmen. Dann schaffen wir Spielraum für die Verhandlungen mit der Koalition.

Mehr kann die Partei nicht tun; aber das sollte sie tun. Sie sollte ganz unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß wir die Konzeption, die wir zuerst erarbeitet haben, für die richtige halten und daß wir daran festhalten. Dann soll man in Gottes Namen darüber abstimmen.

Rein parlamentarisch stellt sich das Problem ganz anders dar, als ich es jetzt vorgetragen habe. Dort ist die Beratung im Arbeitsausschuß schon sehr weit gediehen. Ich glaube, Sie werden es mir abnehmen, wenn ich sage, daß es für die Arbeitnehmerschaft unmöglich wäre, einer solchen Vorlage, die nicht nur sie selber, sondern die ganze Partei ein Jahrzehnt lang gefordert hat, nicht ihre Zustimmung zu geben. Darüber muß man sich selbstverständlich klar sein. Das ist die parlamentarische Seite. Ich trenne das strikt.

Ich wäre dankbar, wenn der Parteitag diesen Vorschlägen folgen würde. Er steht ja unter dem Motto: „Die Zukunft gestalten“. Hier ist ein wesentlicher Punkt für die zukünftige Entwicklung, und die sollten wir nicht verschütten, sondern weiterzubringen versuchen.

Dr. WILHELMI:

Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind jetzt so nach 8 Uhr in einem Punkt strittig geworden, von dem wir glaubten, er wäre gar kein Streitpunkt; er gehörte nämlich gar nicht zu den drei strittigen Punkten.

Sind wir uns über folgendes einig: Es ist meines Erachtens richtig, was Herr Kollege Katzer gesagt hat. Wir müssen zwischen den allgemeinen Richtlinien, die ein Parteitag geben kann und den politischen Entscheidungen unterscheiden, wann diese Grundsätze und in welchem Zusammenhang sie durchgeführt werden. Das sind verschiedene Angelegenheiten. Ich glaube, wir sind uns über die arbeitsrechtliche Lösung bei der Lohnfortzahlung immer einig gewesen. Die Frage ist nur – das ist eine sehr entscheidende Frage –, wann und in welchem Zusammenhang das politisch kommt. Aus dem zusammengeschürnten Sozialpaket ist ja nun einiges herausgefallen; es ist vielleicht überhaupt nicht mehr zusammengeschürnt. Was daraus in bezug auf die zeitliche Verwirklichung eines in unserer Partei schon festgelegten Grundsatzes folgt, ist wirklich eine parlamentarische Entscheidung, die wir, glaube ich, hier nicht treffen können. Ich meine, wir sollten jetzt nicht in eine Diskussion darüber kommen. Natürlich gibt es in der Fraktion verschiedene Ansichten. Aber die eine Seite sollte jetzt nicht versuchen, das Gewicht des Parteitages für die eine oder andere Regelung in der Fraktion in die Waagschale zu werfen. Ich glaube, das gelingt uns nicht; dann könnten und müßten wir die ganze Nacht diskutieren, und ich fürchte, das würde auch nicht langem. Ich bitte, das doch einmal in Erwägung zu ziehen.

Das Wort hat Herr

Dr. SCHEUFELN:

Liebe Parteifreunde! Nachdem die Partei angesprochen worden ist, möchte ich als der Vorsitzende des Landesverbandes, der im Moment im Wahlkampf steht, auch zu diesem Thema sprechen. Die Frage der Krankenkassenreform hat vor vier Jahren die letzte Landtagswahl in Baden-Württemberg erheblich belastet. Wir haben uns damals der Hoffnung hingegeben, daß dieses Thema längst erledigt sein würde, bis es zur nächsten Landtagswahl komme. Leider ist es anders gekom-

men. Wir haben eben Pech mit unseren Landtagswahlen. Sie liegen noch weit genug von der Bundestagswahl entfernt, so daß man noch heiße Eisen anpackt, und noch nicht so weit von der vorhergehenden Bundestagswahl weg, daß die Dinge erledigt sind. Das erschwert uns auch im gegenwärtigen Zeitpunkt die Wahl. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, was uns die Situation erschwert. Mit unseren dauernden Manipulationen werden wir unglaublich. Kein Mensch draußen versteht mehr die verschiedenen Variationen. Ob es Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sind, alle sehen sie nur den Punkt, der für sie negativ ist, und nicht die positiven Punkte. Das kommt einfach durch die Länge der Diskussion. Aber solche Dinge muß man in der Politik einkalkulieren. Man muß mit der notwendigen Klarheit verdeutlichen, daß etwas momentan vielleicht nicht durchsetzbar ist.

Wir haben zu diesen Fragen auf früheren Parteitag Beschlüsse gefaßt. Dem will ich an sich nichts hinzufügen. Ich halte es aber für falsch, wenn wir jetzt zu diesem Thema, das durch die verschiedensten Erklärungen – außerhalb und innerhalb unserer Reihen und der Fraktion – schon verwirrend genug geworden ist, noch eine neue Erklärung vom Parteitag aus abgeben. Das führt nur zu einer weiteren Verwirrung.

Man sollte in der Fraktion alles versuchen, das Sozialpaket in der Form durchzubringen, wie wir es ursprünglich in Dortmund beschlossen haben. Wenn es nicht geht, sind es andere Sachen. Wir sollten aber die Dinge nicht durch Parteitagserklärungen in der Öffentlichkeit noch weiter verwirren.

Meine Bitte als derzeitiger geschäftsführender Landesvorsitzender von Baden-Württemberg wäre, so etwas nicht gerade vier Wochen vor unserer Landtagswahl zu machen.

(Beifall.)

Dr. BECKER, MdB:

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Katzer, ich möchte daran erinnern, wie die Situation damals war, als wir das Lohnfortzahlungsgesetz machten. Damals war das Politikum, was ich als einer derjenigen, die das mit beschlossen haben, durchaus gesehen habe, daß der Arbeiter 90 % netto bekam und der Angestellte praktisch 100 %. Wir haben nun in der Lohnfortzahlung dem Arbeiter 100 % durch die Gesetzgebung genehmigt. Das heißt: Wir haben das eigentliche Politikum gelöst.

(Zurufe: Nein! – MdB Winkelheide: Das stimmt nicht!)

– Herr Winkelheide, das ist reine Theorie.

(Beifall.)

Ich kann Ihnen aus meinem Betrieb sagen, daß die Arbeiterschaft an dieser Frage – ob arbeitsrechtliche oder versicherungsrechtliche Lösung – lange nicht das Interesse hat wie damals, als der Arbeiter 90 % und der Angestellte 100 % bekam.

(MdB Stingl: Dennoch ist es ein Politikum!)

– Es ist kein so vordringliches Politikum, daß man deswegen mit einer getrennten Entscheidung den mittelständischen Kreisen außerordentlich große Schwierigkeiten bereiten muß. Herr Neuhaus hat erwähnt, daß wir vor einigen Monaten eine große Mittelstandsversammlung in Düsseldorf hatten. Es herrschte dort eine riesige Aufrägung wegen der Frage der arbeitsrechtlichen Lösung. Ich würde es politisch nicht riskieren, dem Mittelstand dieses Gesetz anzubieten. Sie wissen genau, welche Schwierigkeiten wir haben, wie stark das Bestreben im Lande ist, sich der FDP anzuschließen, wenn wir diese separate arbeitsrechtliche Lösung durchführen, die kein grundsätzliches Politikum ist.

(MdB Winkelheide: Da irren Sie!)

– Ich kann Ihnen das aus der Praxis sagen; das ist kein Grundsatz erster Ordnung in der Arbeiterschaft.

(MdB Mick: Woher wissen Sie das?)

– Das weiß ich, weil ich genauso im Leben stehe wie Sie, Herr Mick.

(Erneuter Zuruf von MdB Mick.)

– Herr Mick, wir sind täglich in unseren Betrieben, während Sie nicht täglich im Betrieb sind. Ich erkläre aus meiner Erfahrung, daß diese Frage der arbeits- oder der versicherungsrechtlichen Lösung keine solche Grundsatzfrage unserer CDU-Politik ist, wie sie von Ihnen gemacht wird.

(MdB Winkelheide: Was haben wir denn für Grundsätze?)

– Herr Winkelheide, wir haben den Grundsatz, daß Arbeiter und Angestellte in den Bezügen gleichbehandelt werden; das ist ein wichtiger Grundsatz.

(Zuruf: Also nur materielle Grundsätze! – Weitere Zurufe.)

Dr. WILHELMI:

Wenn es auch am Vorstandstisch unruhig wird, dann wird es ganz schlimm. Wir wollen versuchen, ohne Zwischenrufe auszukommen und den Redner aussprechen zu lassen.

Dr. BECKER, MdB:

Herr Katzer, Sie kommen jetzt mit dieser neuen Formulierung, nachdem über diese Dinge Wochen verhandelt worden ist. Sie haben gesagt: Den Termin lassen wir, die Lohnfortzahlung wollen wir dennoch separat abwickeln, weil wir die Krankenversicherungsreform nicht bekommen. Sollten Sie, Herr Katzer, das ganz zurückgezogen haben, dann sind wir uns völlig einig. Ich habe den Eindruck, daß Sie den Termin gestrichen haben, aber nicht die Forderung, das Lohnfortzahlungsgesetz für sich zu verabschieden. Wenn das anders ist, dann bin ich einverstanden.

Dr. WILHELMI:

Ich glaube, wir wollen mal Herrn Katzer zu dieser Frage hören.

KATZER, MdB:

Herr Dr. Becker, ich habe gesagt: Wir sollten auf dem bestehen bleiben, was wir in unserer gedruckten Vorlage verabschiedet haben. Ich sage nur, meine Freunde: die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung ist ein Programmpunkt der Christlichen Demokraten. Herr Dr. Becker, es ist einfach nicht hinzunehmen, wenn Sie sagen, es gehe den Arbeitern nur um materielle Dinge; dann schicken Sie sie sofort in die SPD.

(Zuruf.)

Es geht nicht um materielle Dinge, sondern es geht entscheidend darum, daß der Arbeiter gesellschaftspolitisch den Angestellten gleichgestellt wird.

(Beifall.)

Das ist keine materielle Frage.

(Zurufe und große Unruhe.)

Dr. WILHELMI:

Herr Katzer, ich habe Verständnis, daß man sich hier sehr aufregen kann; aber wollen wir nicht dennoch die Ruhe bewahren?

(Wortwechsel zwischen Dr. Becker und Katzer.)

– Also, liebe Freunde, wir wollen doch die – –

KATZER, MdB:

Mein Vorschlag war, daß wir auf die von uns vorgelegte Grundlage zurückgehen. Daran sollten wir festhalten und sagen, daß für uns die arbeitsrechtliche Lösung ein essentieller Programmpunkt und nicht eine materielle Frage ist.

Dr. WILHELMI:

Herr Katzer, ich möchte als einer, der zwischen den unmittelbar Beteiligten steht, etwas fragen. Wenn wir auf das Gedruckte zurückgehen, dann müssen wir doch von folgendem ausgehen. Dieser gedruckte Antrag lag dem Bundeswirtschaftsausschuß vor, und dieser hat dazu Stellung genommen und keine abweichende Ansicht zu diesem Punkt vertreten.

Dr. BECKER, MdB:

Darf ich es vielleicht einmal vorlesen. Im Entwurf der Sozialausschüsse stand: „Die Reform der sozialen Krankenversicherung entsprechend dem ursprünglichen Regierungsentwurf zu verwirklichen.“ Im Vorschlag des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik hieß es unter Buchstabe c): „Die Reform der sozialen Krankenversicherung zu verwirklichen.“ Wir können ohne weiteres sagen: „entsprechend dem ursprünglichen Regierungsentwurf“, wobei allerdings dazu gesagt werden muß, daß durch die Abänderung der Fraktion nunmehr statt 750 DM 850 DM eingesetzt worden sind.

Dr. WILHELMI:

Es muß dann statt „Regierungsentwurf“ heißen: „in der Fassung der letzten Fraktionsbeschlüsse“.

Dr. BECKER, MdB:

Wir haben gesagt: wir entscheiden nichts hinsichtlich der arbeitsrechtlichen Lösung. Es muß das Junktim erhalten werden. Wir haben nur gesagt: Wir wollen keine Gefährdung der Partei durch eine isolierte Behandlung dieses Themas, was nicht so wichtig ist, daß wir deswegen eine große Gefährdung auf uns nehmen können.

(MdB Katzer: Sie können doch nicht sagen: „Was nicht so wichtig ist!“ Uns ist es wichtig!)

– Einen Augenblick.

(MdB Katzer: Wie wichtig eine Sache ist, hängt doch nicht von Ihnen ab!)

– Lieber Herr Kollege, das ist eine Frage der Beurteilung. Bei der Reaktion des weit angelegten Mittelstandes auf diese Dinge halten wir das Junktim für notwendig. Das müssen Sie uns abnehmen.

(MdB Katzer: Das nehmen wir Ihnen gern ab! Aber Sie sollten auch uns abnehmen, was wir sagen!)

Dr. WILHELMI:

Einen Augenblick; Der Herr Wirtschaftsminister hat das Wort.

Bundeswirtschaftsminister SCHMÜCKER:

Meine Damen und Herren! Um 1/29 Uhr zu diskutieren, ist immer sehr schwer. Ich bin Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Ich habe keine so schwere Versammlung mitgemacht wie unsere rheinische Tagung.

Ich möchte für den Mittelstandskreis der CDU/CSU noch einmal sagen, daß wir uns zu der arbeitsrechtlichen Lösung bekannt haben und uns weiter für sie einsetzen werden. Wir tun das gegen den Widerstand maßgeblicher Verbände; es ist schon so weit gekommen, daß persönliche Freundschaften zerbrochen sind. Aber, lieber Freund Katzer, die Frage, die in weiten Kreisen der Bevölkerung, sagen wir: der mittelständischen Wähler, gestellt wird, ist: Wird das Junktim zwischen beiden erhalten? Auf der Erhaltung dieses Junktims müssen meine Freunde bestehen.

(Beifall.)

weil es sonst einfach unmöglich ist, diese harte Auseinandersetzung mit den Mittelstandsorganisationen weiter zu führen.

Ich darf hier noch folgendes sagen. Ich spreche hier den sehr verärgerten – aber es legt sich vielleicht wieder – Kollegen Winkelheide an. Ich habe ihm damals auch Schützenhilfe – –

(MdB Winkelheide: Herr Becker hat mich verärgert!)

– Nun ja, man kann sich doch wieder abregen.

(MdB Winkelheide: Das ist eine Kernfrage für uns!)

– Mein lieber Bernhard, nun werde auch mal ein bißchen ruhiger, sonst kannst du heute nacht schlecht schlafen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Wir beide haben damals – bis zu gewissen parlamentarischen Äußerungen – auch das erste – wie ich heute sagen muß: nicht gut angelegte – Kindergeldgesetz gegen die Verbände durchgesetzt. Liebe Freunde von den Sozialausschüssen, was ist denn wichtiger: daß wir zusammenhalten oder daß die anderen uns auseinandertreiben? – Das Wichtigste ist, daß wir zusammenhalten und unser Bündnis, das wir haben – wir haben es in den Auseinandersetzungen doch wirklich unter Beweis gestellt –, müssen wir aufrechterhalten. Wir können es nur aufrechterhalten, wenn beide Seiten bei dem bleiben, was wir abgesprochen hatten. Die politische Frage ist eben das Junktim. Ich möchte Sie herzlich bitten, bei diesem Junktim zu bleiben.

(Beifall.)

ETZEL, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich nehme auf Bitte von Herrn Mick noch einmal das Wort. Wir haben eben hier unten im Gespräch darüber gesprochen, daß in der Tat durch die Vorwegnahme der Kindergeldregelung die Wirtschaft eine Entlastung bekommen hat, für die sie den Gegenwert noch nicht geliefert hat. Das ist doch wohl in unserem Kreise völlig klar. Ich habe Herrn Mick gesagt – ich hoffe, daß meine Freunde mir zustimmen –: Das solle nicht eine Entlastung sein, die nun einfach wegläuft. Das wollten Sie wohl hören, Herr Kollege Mick. Das möchte ich hier ausdrücklich erklären. Aber Sie, Herr Kollege Katzer, möchte ich bitten, daß Sie auf die letzten Vorschläge eingehen, die Herr Kollege Schmücker gemacht hat. Sie haben uns eben schon weitgehend recht gegeben. Sie sind heute abend verärgert; es ist ja auch schlecht, um 1/29 Uhr noch zu diskutieren. Ich glaube in der Tat, daß im Augenblick aus manchen Gründen dieser Zusammenhang gesehen werden muß.

(MdB Katzer: Das wissen wir doch, Herr Etzel!)

– Das wissen Sie doch, eben. Machen wir es doch so, dann ist der Fall ganz klar.

Dr. WILHELMI:

Darf ich noch einmal Ihren Vorschlag hören, Herr Etzel? Was soll nun geschehen? Bleibt es bei der alten Formulierung?

(Zuruf: Das Junktim muß rein!)

ETZEL, MdB:

Das Junktim wäre drin, wenn das im Sinne der alten Vorlage nach oben gezogen würde. Dann ist das Problem drin. Mehr wollten wir ja gar nicht. Der Text der Vorlage des Wirtschaftsausschusses heißt: „Der Parteitag fordert entsprechend dem ursprünglichen Regierungsentwurf“. Dieses „entsprechend dem ursprünglichen Regierungsentwurf“ steht bei den Sozialausschüssen unter Buchstabe c). Das haben wir nur raufgenommen, um auf diese Art und Weise das Junktim herzustellen.

(Zuruf: Das soll doch die Kommission machen!)

Dr. WILHELMI:

Also sind wir einig, daß der Wille des Arbeitskreises richtig wiedergegeben ist, wenn wir von der Formulierung des Bundesausschusses für

Wirtschaftspolitik ausgehen. Dabei sagen wir allerdings statt „entsprechend dem Regierungsentwurf“ nunmehr „entsprechend den letzten Beschlüssen der Fraktion“. Können wir das auf diesen Nenner bringen?
(Zuruf.)

Ist da keine Einigung zu erzielen?
(Zurufe: Nein!)

Darf ich jetzt mal fragen – –
(MdB Katzer: Ich kann nicht dauernd meine Meinung hier vortragen!)

– Wir kennen Ihre Meinung darüber schon. Aber wir wollen doch nun versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen. Mindestens müssen wir einen Bericht machen. Es muß doch klargestellt werden, ob das im Plenum abgestimmt werden soll oder nicht.

Können wir nicht eine neutrale Lösung finden, die zwar den Grundsatz der Lohnfortzahlung, der schon öfter festgestellt wurde und über den wir einig sind, enthält, bei der aber keine Seite in den Streit der Fraktion eingreift? Da sind doch zwei ganz klare Meinungen, und wie das Kräfteverhältnis in unserer Fraktion ist, weiß ich nicht. Aber ist das nicht wirklich eine Fraktionsangelegenheit? Können wir uns hier auf dem Parteitag nicht einfach in dieser Sache neutral verhalten, indem keine Seite jetzt versucht, der anderen schon ein Präjudiz aufzuzwingen.

(Zurufe.)

– Ich weiß, daß die Mittelstandsvertreter das nicht wollen.
(Bundswirtschaftsminister Schmücker: Dann ist die Mittelstandsvereinigung aus dem Vertrag entlassen!)

– Aber, Herr Minister, wir lassen doch die Frage offen.
(Bundswirtschaftsminister Schmücker: Nein, kommt nicht in Frage! Das muß ich ganz deutlich sagen!)

Die Geschichte wird erst entschieden, wenn die Fraktion die politische Entscheidung fällt. Muß diese politische Entscheidung ausgerechnet auf diesem Parteitag fallen?

(Zurufe: Ja! – Weitere Zurufe.)

SCHMITZ:

Gestatten Sie ein paar Sätze! Wir haben uns zu dem Junktim in Dortmund schweren Herzens durchgerungen, und zwar nicht aus Spaß an Reformen, sondern auf Grund von Erkenntnissen, die uns bei der Fortführung der jetzt gültigen Regelung des Lohnzahlungsgesetzes aufgestoßen sind. Wir halten bei der Krankenversicherung eine Selbstbeteiligung einfach für notwendig, um den Mißbrauch zu verhindern.

Dr. WILHELMI:

Jawohl, das ist mir alles klar!

SCHMITZ:

Wenn wir jetzt eine Verbesserung der Lohnfortzahlung – das haben wir in Dortmund gesagt, und das sagen wir heute – –

Dr. WILHELMI:

Jawohl, darf ich Sie noch einmal unterbrechen. Wir sind jetzt etwas in Zeitnot; um 9 Uhr müssen wir schon runter zur Abfassung des Berichtes. Darf ich noch eine Frage an Sie richten. Ist denn in der Formulierung der Sozialausschüsse gesagt: dieses Junktim wird aufgehoben?

(Zurufe: Ja!)

– Das ist gesagt? Dann wollen wir das streichen. Wo ist das gesagt? Dann muß es natürlich raus.

(Zuruf: Indirekt!)

– Was heißt: indirekt? Ich frage: ist es irgendwo gesagt, so daß, wenn wir das annehmen, wir das feststellen? Dann muß das natürlich raus. Diese Sache können wir nicht entscheiden. – Also darf ich bitten, wer mir das zeigt, der darf jetzt hier sprechen.

STEIN, MdB:

Die Abänderung ist fallengelassen worden. Wir haben jetzt den Vorschlag der Sozialausschüsse:

Der Parteitag fordert:

- a) Die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfalle zu verwirklichen, d. h. dem Arbeiter im Krankheitsfalle einen direkten Anspruch auf Lohnfortzahlung gegenüber seinem Arbeitgeber zu gewähren.

Das ist der erste Satz. Jetzt kommt der zweite zweckmäßigerweise dann hinterher: „und die Reform der sozialen Krankenversicherung entsprechend dem Regierungsentwurf“ – ich würde sagen: „ursprünglich“ brauchen wir nicht. – „gleichzeitig zu verwirklichen“.

(Zuruf: Das sind doch Änderungen, Herr Vorsitzender!)

Das würde ich auch gleich als Grundsatz aufstellen, unabhängig davon, ob das in der Fraktion nachher durchgeht. Sie müssen dem Herrn Bundeskanzler die Möglichkeit geben, auf Grund dieses Beschlusses mit der FDP erneut zu verhandeln. Das, was sich aus der parlamentarischen Situation ergibt, Herr Katzer, das sehen wir dann nachher. Ich denke, das ist der einzig mögliche Vorschlag, den wir machen können; außerdem sparen wir dabei noch einen Abschnitt ein.

Dr. WILHELMI:

Herr Katzer, sind Sie einverstanden?

(Zuruf: Abstimmen!)

– Verzeihung, abstimmen gibt es in einem Arbeitskreis nicht. Wir können nur Meinungen erforschen. Aber wir müssen uns doch völlig klar sein, was wir tun. Hier wird nichts abgestimmt, sondern Anträge können nur im Plenum gestellt werden. Hier können wir nur eine Meinungsbildung vornehmen. Das ist aber eine ziemlich sinnlose Angelegenheit; verzeihen Sie, wenn ich mir das zu sagen erlaube. Wir sind

nämlich jetzt so gut besetzt, wie unsere Fraktion besetzt zu sein pflegt; also miserabel. – Hier waren Zweifel.

(Zuruf.)

– Das hat doch keinen Sinn.

(Weitere Zurufe.)

Herr Burgbacher!

Prof. Dr. BURGBACHER, MdB:

Machen wir es uns nicht schwieriger, als es sein muß. Wir können doch feststellen, daß es der Ansicht der Mehrheit der Anwesenden wahrscheinlich entspricht, daß das gleichzeitig zu geschehen hat.

(Zurufe.)

Dr. WILHELMI:

Gut, also würden wir auch das im Bericht zum Ausdruck bringen, und damit hat es sich.

(Erneute Zurufe.)

Wollen wir einmal feststellen, wer der Ansicht ist, daß dieser Gleichzeitigungsgrundsatz im Bericht zum Ausdruck kommen soll. – Wer ist anderer Ansicht?

(Abstimmung)

Ich kann nur ungefähr feststellen, welche Meinung sich hier bildet. Aber das erste war ganz zweifellos die überwältigende Mehrheit. Wir können also in unserem Bericht nur sagen: Es ist darüber diskutiert worden, und die Mehrheit meinte, das müsse so bleiben. Etwas anderes können wir da gar nicht tun. – Das wäre also jetzt die Ziffer 2 – Sozialpaket – gewesen.

Nun ist von Herrn Professor Deus auch schon über Ziffer 3 – Familienlastenausgleich – gesprochen worden. Wir können uns also jetzt einmal diesem Punkt zuwenden.

STINGL, MdB:

Hierzu liegt ein Antrag von dem Kollegen Winkelheide zu dem Kindergeld vor.

Dr. WILHELMI:

Aber sonst können wir dann diese Ziffer feststellen.

Ziffer 4: Novellierung der Rentenneuregelungsgesetze. Ist da etwas zu sagen? Können wir das als unstreitig hinnehmen? – In Ordnung.

Ziffer 5: Kriegsopfersversorgung.

Frau Dr. KETZER:

Ich wollte Sie sehr herzlich bitten, den Zusatzantrag abzulehnen, und zwar aus folgendem Grunde. Eine Unterstützung der Verbände, die darin gefordert wird, scheint eine sehr fragliche Sache zu sein, weil dann auch andere Verbände mit genau dem gleichen Recht kommen könnten. Ich bin Mitglied eines dieser Verbände und weiß, daß die in keiner Notlage sind. Deshalb bitte ich Sie, diesen Zusatz wegzulassen.

(Beifall. – Zuruf.)

Dr. WILHELMI:

– Doch, der Zusatz ist vorhin vorgetragen worden. Herr Professor Deus, darf ich Sie bitten, ihn nochmals zu verlesen.

Prof. Dr. DEUS:

Es liegt hier offensichtlich ein Mißverständnis der Vorrednerin vor. Der Zusatz hieß:

„Der gesellschaftspolitischen Situation der Kriegsoffer der Bedeutung ihrer Organisationen und deren sachverständiger Arbeit Rechnung tragend, werden die zuständigen Parteigremien beauftragt, Grundsätze für die Weiterentwicklung des Kriegsofferrechts zu beraten und zur gegebenen Zeit der deutschen Öffentlichkeit bekanntzugeben.“

Das ist auf Wunsch der Kriegsofferorganisationen aufgenommen worden, und zwar – wenn ich das noch hinzufügen darf – in Anknüpfung an Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, der Wert darauf legte, den Sachverstand der Organisationen in der politischen Arbeit nutzbar zu machen.

Bundesarbeitsminister BLANK:

Ich würde ebenso bitten, das nicht aufzunehmen. Es gibt keine spezifisch gesellschaftspolitische Situation der Kriegsoffer. Es kann jemand in diesem oder jenem kriegsbeschädigt sein. Man würde damit einen gesellschaftspolitischen Tatbestand formulieren, den es überhaupt nicht gibt.

Dann heißt es weiter: „... der Bedeutung ihrer Organisationen und deren sachverständiger Arbeit Rechnung tragend“. Von da ausgehend werden also die Parteigremien beauftragt. Ich bin der Meinung, daß die politische Partei in dieser Hinsicht in ihrem Handeln doch wirklich selbständig ist.

Ich bin sehr dafür, daß man sagt, die entsprechenden Parteigremien sollen sich mit den Kriegsofferfragen beschäftigen. Sie sollen meinetwegen Vorschläge zur Weiterentwicklung machen und diese der Öffentlichkeit bekanntgeben. Aber das hier hieße geradezu, uns gewissermaßen selbst zu bescheinigen, daß wir da die Anregungen zu empfangen hätten. Ich halte das für total falsch. Ich komme auch im Ministerium in die größten Schwierigkeiten, weil wir dort immer dieselben Forderungen haben.

Dr. WILHELMI:

Ich meine, wir sollten dem Rechnung tragen. Wenn eine Gruppe einen schriftlichen Antrag stellt und dieser Antrag schon beraten ist, dann sollte diese Gruppe nicht noch Zusatzanträge stellen. Ich glaube, wir streichen das. – Ich sehe Einverständnis. Es bleibt so, wie es gedruckt in Ziffer 5 steht.

Ist zu Nr. 5 noch etwas zu sagen? – Ja, bitte schön.

SCHÜTZE:

Das Anliegen, das hier vorgetragen worden ist, ist bereits früher in den Kriegsoffiziersausschüssen der CDU von Nordrhein und Westfalen beraten worden. Es ist nicht so, daß wir die Organisationen in unsere Arbeit einbauen wollen. Es hat sich gerade beim Kampf um das zweite Neuordnungsgesetz gezeigt, daß die CDU als Partei nie da war und sprechen konnte, weil der Kriegsoffiziersausschuß ein Anhängsel des Sozialausschusses ist und darum erst über einen langen Instanzenweg hätte tätig werden können. Gerade diese Arbeit der Kriegsoffiziersausschüsse soll etwas mehr profiliert werden. Das ist nur zu erreichen, wenn diese Ausschüsse selbständige Aufgaben bekommen.

(Zuruf: In der Partei!)

– Natürlich in der Partei. Wir können Schärfer und Spitzen, die die Verbände herauskristallisieren, am besten dadurch wegnehmen, daß wir mit ihnen zusammenarbeiten. Das tun wir in der Praxis schon. Ich selber bin Kreisvorsitzender des VdK und der CDU. Andere sind im Reichsbund usw. tätig. Ich finde, daß diese Formulierung inhaltlich gut ist. Von der Redaktion kann sie meinerwegen noch etwas geändert werden. Das Wort „gesellschaftspolitisch“ bezieht sich vor allen Dingen auf die Stellung der Kriegerwitwen, die doch einen sehr schlechten Status haben. Redaktionell kann das noch etwas geändert werden, aber im Inhalt bitte ich das Anliegen der Kriegsoffizier auf jeden Fall durchzusetzen.

Bundesarbeitsminister BLANK:

Ich bitte, das nicht zu tun. Wir haben in der Partei einen Ausschuß für Kriegsoffizierfragen. Daß die Damen und Herren, die da tätig sind, vielleicht auch irgendeiner Organisation angehören, steht dem nicht im Wege.

(Schütze: Wo haben wir den Ausschuß in der Öffentlichkeit?)

– Doch, ich weiß sogar zufällig – –

(Schütze: Da sind Sie falsch orientiert. Er war mal da, ist es aber nicht mehr!)

– Es genügt ein einfaches Wort bei dem geschäftsführenden Vorsitzenden, damit der jede Bewegungsmöglichkeit gibt, so daß innerhalb der Gremien der Partei Kriegsoffizierfragen beraten werden können. Wir können doch unmöglich – –

(Zuruf.)

– Entschuldigen Sie, ob ein Parteiausschuß genügend oder ungenügend arbeitet, davon können wir doch weiß Gott nicht die Kontrolle durch irgendeine Organisation abhängig machen. Das ist doch unsere eigene Angelegenheit. Dann müssen wir uns darum kümmern und das Gremium aktivieren. Ich bitte wirklich darum, daß wir unsere Eigenständigkeit bewahren.

Dr. WILHELMI:

Darf ich feststellen, daß die Antragsteller damit einverstanden sind und daß es bei der alten Fassung bleibt?

(Schütze: Die Kriegsofopfer sind nicht einverstanden. Die anderen, die im Arbeitskreis I waren, konnten nicht hier sein. Wir sind nicht einverstanden! – Weiterer Zuruf: Was heißt denn wir? – Schütze: Die Kriegsofopferausschüsse der Landesverbände. Auf Bundesebene, bei der Bundespartei, gibt es keinen Kriegsofopferausschuß, nur in den Landesverbänden!)

– Dann wollen wir eine Meinungserforschung durchführen. Sie wollen den Antrag aufnehmen? Was ist denn nun eigentlich?

(Schütze: Ich möchte, daß der Passus reinkommt. Ich bin damit einverstanden, wenn er redaktionell noch etwas geändert wird!)

– Also schön, wir lassen darüber abstimmen.

(Weitere Zurufe.)

– Also, dann seien Sie so gut und bringen Sie das zu Papier, wie das gemeint ist. Ich lasse jetzt mal eine Meinung herbeiführen. Wer der Meinung ist, daß es bei der gedruckten Fassung der Ziffer 5 verbleibt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist anderer Ansicht? – Bei einigen Enthaltungen ist die große Mehrheit der Meinung, daß man es so lassen solle.

Die Ziffer 6 ist nicht an unseren Arbeitskreis verwiesen, wir können sie überspringen.

Ziffer 7: Frauenarbeit. Soweit ich sehe, sind dazu keine abweichenden Meinungen vorhanden.

STINGL, MdB:

Doch, es ist eine da. Die Teilarbeitszeit soll aufgenommen werden.

KATZER, MdB:

Ich bin der Meinung, daß man um diese Zeit bei solcher Besetzung des Hauses solche Fragen, wie sie jetzt anstehen, nicht mehr beraten kann.

Dr. WILHELMI:

Sollen wir also sagen, daß darüber nicht mehr beraten werden konnte? – Einverstanden? –

(Zuruf: Der Antrag bleibt bestehen!)

– Was soll geschehen? Das wird zurückgestellt? – Also wir stellen fest, daß die Ziffer 8 zurückgestellt worden ist,

(MdB Etzel: und in unserem Gremium beraten wird!)

weil keine Zeit mehr zur Beratung war.

Darf ich nun fragen, welche Anträge aus dem Gebiet dieses Arbeitskreises im Plenum gestellt werden?

(Zuruf: Die Kriegsofopfer werden einen Antrag stellen!)

– Die Kriegsofopfer werden einen Antrag stellen.

(Zuruf: Die Ziffer 8 ist auf Vorschlag von Herrn Katzer nicht mehr beraten worden! Soll das heißen, daß das auch morgen im Bericht gestrichen wird?)

– Ich habe es so verstanden: der zuständige Ausschuß war zeitlich nicht in der Lage, die Sache zu erörtern. Deshalb wird die ganze Ziffer 8 auf diesem Parteitag nicht erörtert, vertagt, zurückgestellt – wie Sie wollen.

(Zuruf: Morgen kein Antrag?)

– Das wollte ich eben mal hören. Wenn morgen aus diesem Arbeitskreis ein Antrag gestellt werden soll, dann müssen wir das ja ankündigen.

(Zuruf: Zur Vertriebenenpolitik!)

– Da wollen Sie einen Antrag stellen? Es liegt aber keiner vor. Ich glaube, das wird nicht gehen.

(Schmitz: Der Entschließungsantrag der Mittelstandsvereinigung ist infolge der Zeitnot nicht beraten worden. Wird der im Bericht erwähnt?)

– Der wird im Bericht erwähnt.

(Schmitz: Zur Abstimmung gestellt?)

– Nein, zur Abstimmung kann er nicht gestellt werden, weil das ja kein Antrag ist. Aber er kann erwähnt werden. An sich müssen doch Anträge, die dem Plenum vorgelegt werden, in einer gewissen Frist eingereicht werden.

Dann schließlich noch die Grundsätze der Gesundheitspolitik! Ist dazu noch etwas zu sagen? – Wohl nicht, dann werden wir auch das in unseren Bericht bringen.

Damit sind wir nun am Ende. Ich danke Ihnen für das lange Ausharren und schließe die Sitzung unseres Arbeitskreises.

(Schluß: 21 Uhr.)

Arbeitskreis IV

Kulturpolitik

Vorsitzender Prof. Dr. HAHN, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Arbeitskreis IV – Kulturpolitik – unseres Bundesparteitages eröffnen. Die CDU hat sich seit ihrem Bestehen schon immer mit der Kulturpolitik in einer besonderen Weise befaßt. Unsere Kulturpolitischen Kongresse „insbesondere in Gelsenkirchen und in Augsburg mit ihren Resolutionen“ sind in unser aller Gedächtnis und haben wertvolles Material erarbeitet. Jedoch ist nun zum erstenmal auf einem Bundesparteitag eine gesonderte Arbeitsgruppe für Kulturpolitik gebildet worden. Das hat sicher damit zu tun, daß gegenwärtig in unserem Land eine umfangreiche Debatte über Fragen der Kulturpolitik im Gange ist. Ich bin sehr dankbar dafür, daß das Referat für diese Arbeitsgruppe von Herrn Kultusminister Mikat übernommen worden ist. Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen, die in der Öffentlichkeit oft aufgestellt worden sind, verfügt die CDU ja über ganz besonders dynamische Kultusminister. Wir erinnern uns auch in dieser Stunde – wir haben seiner ja bereits in besonderer Weise gedacht – an Kultusminister Osterloh, den wir verloren haben, an seine Arbeit in Schleswig-Holstein. Wir freuen uns, Herrn Mikat als Redner zu haben. Er ist es, der die Verantwortung für die Neugründungen in Nordrhein-Westfalen trägt. Gerade die von der CDU geleiteten Länder sind mit Neugründungen bisher vorangegangen.

Wir haben Herrn Mikat gestern abend bei einem Gespräch mit Intellektuellen erlebt und beobachtet, daß er an diesem Gespräch nicht nur als Intellektueller, sondern gleichzeitig auch als Fachmann, der verantwortlich in der Politik steht und von daher das rechte Wort zu den Dingen zu sagen versteht, teilnahm. Ich möchte ihn bitten, jetzt das Wort zu ergreifen. Erwähnen darf ich noch zuvor, daß Herr Minister Mikat vom Krankenbett kommt und sich deshalb nachher an unserer Diskussion leider nicht beteiligen können.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Liebe Parteifreunde! In Jahren wirtschaftlicher Not und sozialen Wiederaufstiegs mag es verständlich gewesen sein, daß das weite Feld von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung weniger dringlich erschien als andere, „vitalere“ Bereiche. Primum vivere – deine philosophari: erst leben, dann philosophieren! Diese an sich berechnete Lösung bestimmte den Tag. Die Sicherung primitivster Lebensbedingungen hatte die größte Dringlichkeit und folglich in der politischen Arbeit auch die größte Wertstärke. Was wir aber heute in zunehmendem Maße gewinnen, ist die Erkenntnis, daß die Ansicht, wonach kulturelle Aufgaben nicht zum Bereich des Primum vivere gehörten und

einem weniger dringlichen Bezirk zugeordnet seien, höchst fragwürdig geworden ist. Wenn wir heute „primum vivere“ sagen und erklären, zum „vivere“ zähle die Entwicklung der Industrien, des Straßenbaues, der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft, so erkennen wir, daß zu diesem Bereich aber ebenfalls Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung gehören. Nur von dieser Einsicht her wird sich wahrscheinlich im Jahre 2000 und später überhaupt noch die Frage des Primum vivere sinnvoll beantworten lassen.

Die Arbeiten von Edding und Picht wie auch die Bedarfsfeststellung der Konferenz der Kultusminister haben gezeigt, daß der gegenwärtige Stand unseres Bildungs- und Erziehungswesens den Anforderungen, die heute und morgen gestellt werden, nicht mehr genügt. Dabei kommt es nicht darauf an, sich bei der Diskussion um das jeweils vorgelegte Zahlenmaterial zu streiten und etwa die verschiedenen Statistiken gegeneinander auszuspielen. Es ist völlig uninteressant, ob sich Edding und Picht oder ob sich die Kultusminister um 100 000 mehr oder weniger verschätzt haben. Das Entscheidende ist, daß in jedem Falle die Tendenz der Entwicklung richtig markiert und damit ein Alarmruf in die Öffentlichkeit gegeben wurde, der immerhin große Beachtung fand.

Christliche Kulturpolitik wird diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen. Sie wird sich aber nicht damit begnügen dürfen, lediglich Mißstände aufzuzeigen oder gegenüber bestimmten Fehlhaltungen unserer Zeit ihr Nein zu sagen. Sie wird von sich aus positive Entwürfe und Modelle zu erarbeiten haben, d. h. zu ganz konkreten Aufgaben müssen konkrete Lösungsversuche zur Diskussion gestellt werden.

Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen! Christliche Kulturpolitik als Aufgabe einer staatstragenden Partei ist nicht mit spezifischen kulturpolitischen Forderungen einer Kirche zu identifizieren. Zweifellos gehört eine Vielzahl kulturpolitischer Aufgaben sowohl zum Verantwortungsbereich der Kirche wie auch – des Staates. Die CDU wird diese gemeinsame Verantwortung von Kirche und Staat bejahen. Aber sie weiß, daß es nicht ihre Aufgabe als politische Partei sein kann und darf, spezifisch kirchliche Forderungen über den Weg staatlichen Zwanges – etwa über den Weg der Gesetzgebung – durchzusetzen. Das heute oft zitierte partnerschaftliche Verhältnis von Kirche und Staat setzt das Wissen nicht nur um die Eigenständigkeit, sondern um die Andersartigkeit der beiden Partner voraus. Es ist nicht die Aufgabe des Staates und folglich auch nicht die der CDU, als Staat bzw. als Partei Aufgaben der Kirche zu erfüllen; wohl aber hat der Staat die Verpflichtung, der Kirche denjenigen Freiheitsraum ungeschmälert zu gewähren, den sie für die Erfüllung ihrer Heilsaufgaben benötigt.

Ein weiteres sollte beachtet werden: Die verfassungsrechtlich gebotene konfessionelle Neutralität sollte nicht verwechselt werden mit religiöser Indifferenz unseres Staatswesens und dieser unserer Partei. Gerade weil sich unsere freiheitliche und soziale Ordnung auf die in unserem Volke lebendigen politischen, sittlichen und geistigen Kräfte stützt, wäre ein solcher Indifferentismus schlechthin unzulässig. Für den Staat gilt, daß zu den tragenden Kräften seiner Ordnung das in den beiden

christlichen Kirchen verkörperte Christentum gehört, aus dem 95 % der Bevölkerung Maßstäbe für ihr sittliches Verhalten nehmen. Der Einwand, daß diese Mitgliedschaft oft rein äußerlich ist, kann dem Staat gegenüber nicht geltend gemacht werden, da dieser über sie nur im rechtlich-formalen Sinne etwas aussagen kann, nicht jedoch über die Glaubensintensität zu urteilen hat, wiewohl andererseits im Reflex das eigentlich Pastorale Kardinalproblem der Kirchen sein sollte.

Christliche Politik – und gerade auch christliche Kulturpolitik – heißt also nicht, Mission oder Verkündigung von staatlicher Seite der Kirche abzunehmen, sondern als Christ und aus christlicher Verantwortung heraus sachgerecht für die Gesamtheit des Volkes politisch zu entscheiden und zu handeln. Bewußt verwenden wir hier den Begriff der Sachgerechtigkeit. Gerade weil alles christliche Handeln wesentlich sachgerechter Vollzug ist, kann auch von Kulturpolitik als christlicher Kulturpolitik dann und nur dann gesprochen werden, insofern sie sachgerecht ist, d. h. wenn sie den gegebenen politischen Gesetzen folgt, bei einem gestellten Problem die von ihr angestrebten Lösungen in politisch sachgemäßer Weise zu vertreten. Alfons Auer sagt einmal:

„Der sachgerechte Vollzug des politischen Handelns ist Grundbedingung und wichtiger Bestandteil der Frömmigkeit des Politikers.“

Dazu gehört die Berücksichtigung aller den Staat tragenden Gruppen, also das Gespräch mit der Opposition ebenso wie der Kompromiß, der nicht nur negativ als Zurückstecken der eigenen Ziele, sondern positiv als ein Mittel zur größtmöglichen Berücksichtigung aller Ansprüche aufzufassen ist.

Ist solch ein sachgerechtes Handeln Kriterium christlicher Kulturpolitik, so kann daraus zwingend geschlossen werden, daß ein generalisierender, vereinheitlichender Plan zur Bewältigung kulturpolitischer Zeitfragen, der unter allen Umständen durchgesetzt werden müßte und als eine *conditio sine qua non* gälte, einfach nicht unsere Sache und Aufgabe sein kann.

Auf der anderen Seite ist für den christlichen Politiker die Sachgerechtigkeit, die ja das Gesetz jedes richtigen politischen Handelns ist, nicht allein und primär die innere Mitte seiner Existenz. Sie wird wesentlich bestimmt durch den existentiellen Glauben und die damit gegebene religiöse Gebundenheit, über die eine politische Partei als solche ebensowenig befinden kann wie der Staat. Wohl aber ergeben sich hieraus gerade für eine christliche Partei bestimmte Grundforderungen für das politische Handeln.

Wenn der Mensch nach christlicher Überzeugung als Haupt der Schöpfung diese als kreatürliche Spitze repräsentiert, dann liegt darin beschlossen, daß die Ordnungen und Institutionen der Schöpfung – da sie ja keinen Selbstzweck haben – ihre eigentliche Sinnhaftigkeit vom Wesen des Menschen her erfahren, daß sie am Menschen ausgerichtet sein müssen, um nicht sinnlos zu sein. Sie werden aber zutiefst sinnlos, wenn sie dem Wesen des Menschen nicht mehr entsprechen und autonom, also Selbstzweck werden. So liegt, wie ich meine, das Unmensch-

liche des totalitären Staates darin, daß er den Anspruch erhebt, er, der Staat, verleihe menschlichem Leben erst Sinn und Wert. Die Ordnung eines totalitären Staates – mag sie scheinbar noch so gut funktionieren – ist insofern zutiefst pervertiert.

Der von einem solchen Staatssystem ausgehende Angriff auf die Würde des Menschen liegt nicht primär in einer Beschneidung und Bedrohung der wirtschaftlichen und materiellen Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums, sondern vielmehr in dem Anspruch, einen seinshaft höheren Rang als der Mensch zu besitzen. Dieser Anspruch verkennt zutiefst den Dienstcharakter, der dem Staate zukommt. Das bedeutet der Satz, daß der Staat um des Menschen willen da ist, wobei jedoch der Begriff „Mensch“ von uns nicht in einem individualistischen Sinne mißverstanden werden sollte. Vielmehr macht es das Wesen des Menschen aus, auf den anderen Menschen bezogen zu sein und in seinsmäßiger Beziehung zur Gemeinschaft zu existieren.

Zusammenfassend dürfen wir hier schon feststellen: Politisches Handeln – so lautet unsere These –, also auch kulturpolitisches Handeln, ist Handeln in Sachgerechtigkeit. Christliche Kulturpolitik nimmt nicht der Kirche den Verkündigungsauftrag ab oder setzt ihn gleichsam auf staatlicher Ebene fort. Sie übernimmt aber einen Dienstauftrag gegenüber einer Ordnung, die das menschliche Leben als Gemeinschaftsleben erst ermöglicht. Diese Ordnung ist um des Menschen willen da und baut – das ist nun wichtig – auf seinen mannigfachen Kultur- und Gemeinschaftsformen auf, d. h. konkret jetzt in unserer Situation: setzt gewissermaßen auch die Pluralität der verschiedenen Wertvorstellungen in diesem Staat und in dieser Gesellschaft voraus.

In diesem Zusammenhang ist es, meine ich, nicht mehr als fair zu sagen – und wir müssen es aufrichtig begrüßen –, daß sich heute auch in der Sozialdemokratischen Partei ein Umwandlungsprozeß abzeichnet, der deutlich von einer gewissen Entideologisierung kulturpolitischer Streitfragen zeugt und den staatstragenden Gemeinschaftsformen Rechnung trägt. Die CDU sollte darin nicht nur eine Bestätigung der Richtigkeit eigener Wege sehen, sondern diesen Prozeß zugleich auch als notwendigen Beitrag zur Entkrustung weltanschaulicher Positionen fair nutzen. So wahr es ist, daß man erst in der weiteren Entwicklung und in der Praxis eine Bestätigung solcher Erwartungen finden kann und erst dann ein endgültiges Urteil möglich sein dürfte, so verdient doch bereits das Bekenntnis zu einem Umdenken als solches gerechte Würdigung.

Wenn Gustav Heinemann auf dem SPD-Kongreß in Hamburg im vorigen Jahr sagte, daß der Schulstreit in Deutschland, der die Gemüter so viel bewegt hat, nicht unser Schicksal zu bleiben brauche, so kann man dem zustimmen, vor allem, wenn man seine anschließenden Sätze hinzufügt. Er sagt:

„Wenn wir uns dahin einigen, daß eine staatliche Schule nur bedingt ein bestimmtes Gepräge haben kann, und in jedem Fall aber auf der Höhe und in der Beweglichkeit pädagogischer Er-

kenntnisse stehen soll und allen in ihr unterrichteten Schülern zumutbar sein muß – und wenn wir uns darüber hinaus bereit finden, den konfessionellen und weltanschaulichen Sonderanliegen den nach Maßgabe allseitiger schulischer Leistungsfähigkeit vertretbaren möglichst großen Raum und Förderung zu gewähren, können wir bei allseitig gutem Willen aus der Sackgasse herauskommen. Die Durchführung solcher Grundsätze wird immer noch Differenzen lassen. Aber der Streit wäre seines weltanschaulichen Charakters entkleidet und auf die Frage der realen Durchführung gerechter Grundsätze zurückgeführt.“

Das gewinnt, wie ich meine – jedenfalls von mir aus gesehen –, an Überzeugungskraft, wenn man aus vorhergehenden Ausführungen ersieht, daß Heinemann aus der Erkenntnis, daß wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben, nicht die Konsequenz einer weltanschaulich neutralen Schule zieht, sondern vielmehr den Eltern grundsätzlich das Recht einräumt, „ihre Kinder in Schulen mit einheitlich zusammengesetzter Schülerschaft zu konzentrieren“. Wir können nur hoffen, daß das, was er hier sagt, nun auch zum Allgemeingut seiner Partei wird. Freilich, er selber bekennt sich für seine Person nicht zur Konfessionsschule; aber als Politiker argumentiert er, wie ich meine, durchaus sachgerecht, wenn er angesichts der gegebenen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur nach Kompromissen sucht, die allen Ansprüchen weitestmöglich gerecht werden.

Diese Kompromisse – und auf dem Gebiet der Kulturpolitik haben wir es mit einem Felde zu tun, auf dem Kompromisse geschlossen werden müssen –, die nicht bloß, weltanschaulich unengagiert sind, strebt unsere Kulturpolitik ebenfalls an, weil sie ein Zeichen sachgerechten politischen Handelns sein sollen und müssen. Wir werden deshalb – um bei dem Beispiel der Schulpolitik zu bleiben – in der CDU nicht einen generalisierenden Parteiplan entwickeln können, sondern jeweils die Bedingungen berücksichtigen müssen, die in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik gegeben sind, freilich unter strenger Beachtung des Elternwillens und seiner Bedeutung für die pädagogischen Grundentscheidungen. Das Bekenntnis zum Dienstcharakter, den jede politische Arbeit nach unserer Meinung trägt, die Achtung vor staatstragenden Gemeinschaften und vor der Person des einzelnen in der Gemeinschaft wie die Gebundenheit an den Glauben bestimmen diese Politik in ihren Grundsätzen.

Wir sind aber hier in Hannover nicht nur zusammengekommen, um politische Grundsatzfragen zu erörtern, sondern auch, um konkrete Vorschläge zur Bewältigung kulturpolitischer Tagesfragen zu entwickeln. Da christliche Kulturpolitik, wenn sie sich überhaupt recht versteht, immer nur in die Zukunft orientierte Politik sein kann, da wir uns also – um es in einem Schlagwort zu umgreifen – bemühen, vorne zu sein, ist es notwendig, im Bereich der Bildung Strukturmodelle aufzustellen, die die Richtung für die Zukunft angeben.

Auch für die CDU gilt, was für jede politische Partei gilt. Politische Parteien profilieren sich, wie ich meine, nicht durch Negationen, son-

dern nur durch positive Strukturen, die sie für die verschiedensten Sachbereiche aufzuweisen vermögen. Der Entwicklung solcher konkreter Modelle sollen die weiteren Ausführungen jetzt – nur skizzenhaft – dienen. Sie stehen dabei nicht nur unter dem von mir eingangs genannten Gesichtspunkt, daß der soziale Standard unseres Staates einen Ausbau des Bildungswesens verlangt. Vielmehr geht es heute darum, möglichst vielen Menschen einen Bildungsstand zu vermitteln, den sie nicht nur benötigen, um einen bestimmten Beruf auszuüben, sondern der sie befähigt, mit unserer heutigen, unüberschaubaren und strapaziösen Gesellschaft künftig überhaupt geistig fertigzuwerden. Die Bewältigung unserer Zeit ist nicht denkbar ohne den Prozeß der „permanenten Erziehung“.

Aufgabe dieses Einleitungsreferats kann es nicht sein, hier alle kulturpolitischen Probleme auch nur anzusprechen, und wenn ich mich im folgenden auf das Universitäts- und das Schulwesen sowie auf die Erwachsenenbildung beschränke, so soll das lediglich exemplarischen Charakter haben; es beansprucht alles andere als Vollständigkeit, und die Aussparung wichtiger Teilgebiete sollte nicht zu der Annahme verleiten, wir würden die Wichtigkeit solcher Gebiete unterschätzen.

Das erstel überall in der Welt schreitet die Verwissenschaftlichung des modernen Lebens fort. In der Bundesrepublik stehen wir vor der Tatsache, daß es zur Zeit 50 000 Studenten mehr gibt, als die Hochschulen ihrer Kapazität nach eigentlich aufnehmen könnten. Die damit verbundenen Begleiterscheinungen, die Tatsache, daß die Kapazität der bestehenden Hochschulen nicht beliebig vergrößert werden kann, führte zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, nach denen der Bau neuer Hochschulen so geplant werden soll, daß diejenigen Hochschulen, die eine besonders starke Konzentration an Studenten aufweisen, entlastet werden.

In den vergangenen Jahren sind Gründungsobjekte verschiedener Art entwickelt und – ich denke etwa an Bochum – in Angriff genommen worden. Dabei sind im wesentlichen verschiedene Wege gegangen worden. Die Entwicklung großer neuer Universitätsmodelle steht neben der kleinen Fakultätenuniversität, der Medizinischen Akademie oder der Neueinrichtung von Kliniken zur Entlastung und Erweiterung bestehender medizinischer Fakultäten.

Der Neubau so kostspieliger Einrichtungen, wie wissenschaftliche Hochschulen es sind, wird jedoch die Finanzkraft eines einzelnen Bundeslandes oft überschreiten. Da jede Neugründung aber allen Ländern der Bundesrepublik zugute kommt, sollten möglichst schnell geeignete Finanzierungsabkommen verabschiedet werden. Ich habe bei den Diskussionen des Wissenschaftsrates den Vorschlag zur Erörterung gestellt, einen Gemeinschaftsfonds für Bau und Einrichtung neuer Hochschulen zu bilden, der durch die finanziellen Leistungen des Bundes und der Länder gespeist wird. Denkbar wäre auch ein Fonds, der zunächst nur von den Beträgen der Länder gebildet wird; ein entsprechender Vorschlag geht ja in diesen Tagen an die Ministerpräsidentenkonferenz.

In diesem Zusammenhang scheint es mir wichtig zu sein, auf die Stimmen zu antworten, die das schleppende Verwirklichen der Hochschulprojekte dem Föderalismus vorwerfen und eine Zentralisierung der Kulturpolitik fordern. Der Verfassungsgeber hat nicht aus zufälligen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen eine verfassungsrechtliche Entscheidung zugunsten der Länder getroffen, Ich bekenne mich zu dieser verfassungsrechtlichen Entscheidung, meine aber, daß der Kulturföderalismus, sinnvoll ausgeübt, ein Zusammengehen von Bund, Ländern und Gemeinden durchaus ermöglicht, ja sogar im Interesse aller fordert. Ich darf hier wiederholen, was ich in Berlin gesagt habe: Entscheidend ist nicht so sehr die Frage der Zuständigkeit, die ich respektiere; entscheidend ist vielmehr zunächst der gemeinsame Kulturwille von Bund, Ländern und Gemeinden.

(Beifall.)

Nicht der Ruf nach Änderung der Verfassung, sondern der Ruf nach Ausschöpfung verfassungsrechtlich gegebener Möglichkeiten sollte heute gehört werden, d. h. da, wo wir zusammenarbeiten können – sei es Zusammenarbeit der Länder untereinander, sei es aber vor allen Dingen Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund –, müssen wir es tun. Das gilt insbesondere für langfristig vorausschauende Planungen und die darauf folgenden finanziellen Konsequenzen. Konkret heißt es jetzt auch Verabschiedung des Verwaltungsabkommens. Es geht gar nicht darum, daß sich durch dieses Verwaltungsabkommen in der Sache etwas ändert; sondern es ist tatsächlich zum Symbol des guten Willens von Bund und Ländern geworden. Ich bin mir ganz klar darüber, daß sich bei Verabschiedung dieses Verwaltungsabkommens zum Ausbau der bestehenden Hochschulen – nur um sie handelt es sich vorläufig – weder auf der Bundes- noch auf der Länderseite auch nur ein Jota ändern wird. Insofern sind die Hoffnungen, die in der Öffentlichkeit daran geknüpft wurden, nicht berechtigt, es sei denn, man stellte sie darauf ab, daß die Vertragspartner jetzt mit verstärkter vertraglicher Basis ihre Zahlung leisteten. Aber ich meine, wir sollten dieses Verwaltungsabkommen abschließen, und zwar unbeschadet der Arbeit der Kommission, die zwischen Bund und Ländern zur Durchforstung des Bundeshaushalts eingesetzt ist. Aber dieses Abkommen als solches – deshalb haben die Kultusminister es so nachdrücklich gefordert – ist tatsächlich zum Prüfstein des guten Willens aller Beteiligten geworden. Ich darf hier etwas sagen, was in der Öffentlichkeit mißverstanden worden ist: Ich hatte leider im Bundestag vor kurzem keine Gelegenheit, die Vorstellungen, die ich als CDU-Kultusminister habe, zu entwickeln; sondern ich hatte auf eine formaljuristische Frage, die an den Bundesrat gerichtet worden war, formaljuristisch zu antworten. Dann ist – wohl in „Christ und Welt“ – der Schluß gezogen worden, die ganze Dürftigkeit der Kulturplanung der Kultusminister ginge aus der von mir dort gegebenen Antwort hervor, weil ich es gewagt hätte, angesichts eines so hehren Phänomens wie der Kultur nur juristisch zu argumentieren.

Nun, Verfassung muß sein! Aber ich möchte ganz klar sagen: Mir geht es nicht so sehr um die Zuständigkeitsregelung. Wir sollten vielmehr bei sauberer Abgrenzung der Zuständigkeiten zu gemeinsamen Ausschüssen kommen, zu gemeinsamen Planungsausschüssen und zur Installation von Ad-hoc-Ausschüssen für konkrete Fragen. Weder der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen noch der Wissenschaftsrat sind ja von der Besetzung her legitimiert, zu jeder Frage Stellung zu nehmen.

(Zuruf: Richtig!)

Man kann hier meines Erachtens vor allem von den Franzosen lernen, die für konkrete Fragen sogenannte Ad-hoc-Ausschüsse bilden. Diese Ausschüsse sind in der Regel auch mit Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft, natürlich auch des Staates besetzt, die dann je eigene Modelle entwerfen. Ich meine, wir sollten diese Anregung mit Nachdruck aufgreifen. Dann nur wird es möglich sein, fruchtbare Diskussionen auch über das, was Herr Ministerpräsident Kiesinger heute morgen im Plenum sagte, im Bundestag zu führen, indem man ganz bestimmte Modelle zur Debatte stellt. Ich muß ehrlich sagen, wir besitzen genug allgemeine Kulturmodelle. Immer aber, wenn ich frage: Leute, was kostet denn das? Laßt uns einmal zur Kasse gehen und ganz nüchtern fragen: Woher nehmt ihr auf die Dauer das Geld?, dann antwortet man: Vom Geld wollen wir heute mal nicht reden; es genügt der gemeinsame Wille. – Nein, der genügt eben nicht!

(Zustimmung und Beifall.)

Ich muß genau wissen, was ein Projekt kostet, und dann muß ich mich unterhalten über die Frage: Wie bringen wir, was wir als notwendig erkannt haben, auf? Dabei gebe ich zu, daß es nicht angeht, etwa vom Haushalt, von einer Finanzmasse her ein Kulturmodell zu entwerfen. Da gewinne ich meine Maßstäbe aus anderen Kategorien. Doch wir sollten tatsächlich den Mut zur Bildung solch kleiner und großer Planungsausschüsse zwischen Bund und Ländern haben. Die Frage der konkurrierenden Gesetzgebung wird mit dieser Forderung nach meinem Dafürhalten überhaupt nicht berührt. Gerade darum aber ist es notwendig, auch verfassungsrechtlich einmal in einem Punkte geklärt zu haben, was nun sauber auseinanderzuhalten ist und was nicht. – So viel als Einschub an dieser Stelle!

Der Ausbau unseres Universitätswesens ist aber nicht nur eine Frage äußerer Neubauten, sondern auch der inneren Reform unserer Hochschule. Wir reden nicht, meine Parteifreunde, einer Reform um jeden Preis das Wort; denn so schlecht, wie sie zuweilen gemacht wird, ist unsere Universität ja gar nicht. Vielleicht ist es im Gegenteil an der Zeit, die Grundideen der modernen deutschen Hochschule, die, auf einer ehrwürdigen Tradition fußend, die Universitätsgründungen des 19. Jahrhunderts geistig getragen haben, erneut ins Bewußtsein zu rücken, den Grundsatz der Einheit der Wissenschaft gegenüber dem Hang der Einzeldisziplinen, sich im Zuge einer unausweichlich fortschreitenden Spezialisierung gegeneinander abzukapseln, den Grundsatz der

Einheit von Lehre und Forschung und den damit verbundenen Grundsatz der Identität von Bildung und Ausbildung gegenüber der Bereitschaft, die Wissenschaftlichkeit des Studiums einer niveaulosen Verschulung preiszugeben.

(Beifall.)

Nachzudenken ist allerdings darüber, ob und inwieweit die Einzelgestaltungen unserer Hochschulen diesen Grundsätzen noch gerecht werden.

Das Grundprinzip der Universitas als einer praktizierbaren Einheit der Wissenschaften, als eines möglichst vielfältigen Miteinanders der Disziplinen sollte bewahrt bleiben. Dazu gehört, daß die technischen Fächer, die heute aus unserem Bildungsgefüge nicht wegzudenken sind, wo immer möglich in das Universitätsgefüge einbegriffen werden sollten.

Ich meine aber, daß wir bei den Neugründungen in den deutschen Provinzen verschiedene Modelle erproben sollten: etwa in Bochum das Abteilungsmodell; Regensburg etwas stärker noch an die alte Form angelehnt; Konstanz: Ich nehme an, daß „Forschungsuniversität“ zunächst nur ein Arbeitsbegriff ist.

(Ministerpräsident Kiesinger: Gilt nicht mehr!)

– Er gilt nicht mehr! – Jedenfalls Konstanz als neuer Typus einer Verflochtenheit verschiedener Disziplinen; dann eine Campus-Universität wie etwa Bremen sie plant. Darüber hinaus werden wir bei diesen Neugründungen nicht stehenbleiben können; denn die Entlastungsfunktion der vier geplanten ist zu gering. Für die 70er Jahre und die folgende Zeit werden also noch Neugründungen auf uns zukommen müssen. Dabei kommt es nach meiner Auffassung nicht so sehr auf spektakuläre Neubegründungen an; vielmehr darauf, daß auch vorhandene wissenschaftliche Kerne ausgebaut werden, etwa Ausbau Medizinischer Akademien, Ausbau von Technischen Hochschulen, Bereicherung dieser um weitere geisteswissenschaftliche Disziplinen, um medizinische Disziplinen, so daß man hier die verschiedensten Öffnungsmöglichkeiten hat, wobei Universität ja nicht bedeutet, daß an einem Ort alle Fakultäten oder Disziplinen vorhanden sein müßten, sondern daß in der je einzelnen Disziplin – wie Weizsäcker es einmal genannt hat – die Universität aufleuchten kann. Es empfiehlt sich, wie ich meine, jetzt Hochschulmodelle in den verschiedensten Formen zu erproben, und ich glaube, daß wir da sehr gute Ansätze bei uns vorfinden.

Auch in der Gestaltung des Studiums sollten wir neue Wege gehen. Wir sollten zu einer Verringerung der Verweildauer an den Universitäten kommen, eben nicht nur wegen der Raumschwierigkeiten, sondern auch im Interesse des Studenten, der nach einer zumutbaren Zeit in das Berufsleben entlassen werden sollte. Wir können natürlich nicht global sagen: Verkürzt die Studien!, wie heute häufig gefordert wird; wir werden Studiengänge haben, in denen wir unter Umständen sogar Erhöhungen der Verweildauer in Kauf nehmen müssen. Wir werden

aber andere finden, in denen eine weise Beschränkung am Platze ist. Wir müssen nicht nur jedes einzelne Fach, sondern grundsätzlich die Vorlesungspraxis überprüfen. Lesen wir Professoren nicht immer noch so, als sei die Buchdruckerkunst noch nicht erfunden

(Beifall.)

und als käme es noch heute darauf an, jedes Wort des Professors mitzuschreiben! Ich halte allein dieses System schon für überholt. Wir sollten die Ausbildung in einem ersten Studiengang sehr viel stärker konzentrieren und dann einen zweiten, der der eigentlichen Zubereitung zur wissenschaftlichen Laufbahn dient, anschließen. Auch solche Vorschläge werden jetzt schon von der Rektorenkonferenz geprüft.

Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß eine Reform des Hochschulwesens ins Leere läuft, wenn wir uns nicht gleichzeitig um Ausbau und Entwicklung des Schulwesens bemühen. Grundlage der Schulbildung ist die Volksschule mit der gemeinsamen Grundschule und der Volksschuloberstufe. Für die wird – sofern es nicht schon geschehen ist – als erste Aufgabe die Einführung des neunten Schuljahres in allen Bundesländern vor uns stehen.

Dabei kommt es nicht darauf an, nur durch eine längere Verweildauer an der Schule einen höheren Bildungsstand des Volksschulabsolventen zu erreichen, obgleich diese Verweildauer möglicherweise aus jugendpsychologischen Gründen gefordert werden muß; vielmehr werden wir Pläne ausarbeiten müssen, die die Oberstufe der Volksschule insgesamt unter eine neue Konzeption stellen. Wie sich bei uns die sozialen Unterschiede mehr und mehr angleichen, so auch die Anforderungen an die geistige Beweglichkeit. Heute gibt es bereits Berufe, in denen auch von Volksschulabsolventen Kenntnisse in der englischen Sprache gefordert werden. Selbst die Massenmedien verlangen weitgehend Bildungsvoraussetzungen, die oft noch nicht vorhanden sind. Unsere Demokratie schließlich ist eine Staatsform, die ihre innere Wahrheit und Berechtigung nur erhält, wenn sie von Staatsbürgern getragen ist, die eine geistige Vorschulung erhalten, die sie befähigt, sich ihrer Mittel und Möglichkeiten zu bedienen.

Wenn wir heute die hochschulmäßige Ausbildung aller Lehrer – jedenfalls für Nordrhein-Westfalen – zu unserem Programm machen und verwirklichen, dann doch nicht etwa nur, um einem Berufsstand das ihm zukommende Sozialprestige zu sichern, obwohl ich der Auffassung bin, man sollte das den Lehrern nicht verübeln; denn warum sollten sie der einzige Stand sein, der nicht hinter dem Sozialprestige her ist?

(Heiterkeit.)

Wir bemühen uns vielmehr darum, einen Berufsstand heranzubilden, der den kommenden anspruchsvollen und komplizierten Aufgaben der Erziehung in der Volksschule gerecht wird. Wir müssen uns an dieser Stelle gegen Vorwürfe wenden, die den Wert der Volksschule bestreiten und an ihrer Stelle etwa eine Einheitsschule wünschen. Dem Absolventen der Volksschule ist der Weg in eine Laufbahn, die eine ge-

hobene Bildung verlangt, heute nicht verschlossen. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß die Entwicklung und der Ausbau des zweiten Bildungswegs, vor allem die Förderung der Berufs- und der Berufsfachschule sowie der in diesem Zusammenhang wichtigen Sonderformen der Realschule und des Gymnasiums, vielfach noch einer Intensivierung bedürfen.

Die Durchlässigkeit der Schulsysteme, d. h. die Möglichkeit des Übergangs in eine weiterführende Schule auch in späteren Jahren, und die Einrichtung von Institutionen des zweiten Bildungswegs sind, wie ich glaube, eine bessere Möglichkeit und Lösung als die Einheitsschule, weil sie jedem Kind bei vernünftiger Gestaltung die ihm gemäße und entsprechende Erziehung sichern und eine allgemeine Nivellierung, die nach unten führen würde, verhindern.

Heute ist es überholt, noch von einem Klassenunterschied in der Erziehung zu sprechen. Längst drängen alle Schichten in weiterführende Schulen, und es wäre denjenigen, die von einer Benachteiligung gewisser Gruppen unseres Volkes sprechen, eher anzuraten, die noch zögernden Eltern zu ermutigen, ihre Kinder auf das Gymnasium zu schicken als in einer nicht fairen Polemik vorhandene Ressentiments künstlich aufrechtzuerhalten.

(Beifall.)

Aber auch wir werden von uns aus Modelle entwickeln müssen, die den Übergang in die weiterführenden Schulen erleichtern und attraktiv gestalten. Wir werden z. B. den Ausbau der Landschulen vorantreiben und überall dort, wo in der Volksschuloberstufe im Dorf die pädagogischen Bedingungen ungünstig sind, Schulgemeinschaften befürworten, die dem Landkind die gleichen Bildungsbedingungen sichern wie dem Großstädter. Wir werden überlegen müssen, wie wir im Bereich der weiterführenden Schulen Möglichkeiten schaffen, Kindern, die vom Sprachlichen her – nicht aus Mangel an Intelligenz, sondern auf Grund ungünstiger sozialer Voraussetzungen – Schwierigkeiten haben, den Start erleichtern.

Meine Damen und Herren, schon aus Zeitmangel kann ich hier nicht im einzelnen darlegen, wie das bei den Landschulen aussehen soll – mein Referat soll ja auch nur ein einführendes sein –; doch das alles sind ja keine dogmatischen Fragen. Wir müssen in diesem Felde endlich einmal vom Dogmatismus loskommen. Möglicherweise bevorzugt man hier diese, dort jene Lösung. Man kann aber auf die Dauer kein Dogma für Landschulen, etwa für ein- und zweiklassige oder auch nur für mehrstufige, aufstellen; das wäre verfehlt.

(Beifall und Zurufe: Sehr richtig!)

Das sind keine Lösungen, die semper et pro semper gelten; sie gelten nicht einmal semper et non pro semper – so würde man früher in der Diktion der klassischen Moral gesagt haben –; sondern es kommt auf die situationsgerechten Gegebenheiten an. Gerade weil wir es hier nicht mit dogmatischen Voraussetzungen zu tun haben, sollten wir uns mit den Verantwortlichen in den Kreisen zusammensetzen und die

Frage erörtern: Was ist denn der beste Schulbetrieb, der hierher gehört? Dabei sollten wir uns immer davon leiten lassen, daß wir in der Tat verpflichtet sind, gleiche Bildungschancen gerade auch auf dem Lande zu schaffen.

Noch ein Wort zu den weiterführenden Schulen! Hier erscheint es mir besonders wichtig, die Realschule oder auch Mittelschule, wie sie in einigen Ländern genannt wird, aus ihrer Zwischenstellung zwischen Volksschule und Gymnasium zu befreien und sie zu einer eigenständigen Bildungsinstitution auszubauen. Mit der Einführung eines weiteren Realschuljahres kann sie für eine Fülle von Berufen, die heute noch das Abitur verlangen, die gemäße schulische Voraussetzung sein.

(Beifall.)

Sie wird die Gruppe der in unserer Gesellschaft so wichtigen Führungskräfte stellen, für die eine akademische Vorbildung, also eine Universitätsvorbildung, nicht erforderlich ist. Das ist aber nur möglich, wenn wir über mehr Realschulen verfügen und ihnen zugleich das Ansehen sichern, das sie heute schon weitgehend verdienen: Vermittler einer abgeschlossenen gehobenen Bildung zu sein, die der Primareife vergleichbar ist.

Ich darf hier ein klärendes Wort zu meinem Plan eines siebten Realschuljahres sagen.

Meine Damen und Herren! Die Crux liegt doch in dem Laufbahnrecht, das für uns gilt; ich habe es lediglich einmal zur Diskussion stellen wollen; denn ich sehe tatsächlich nicht ein, warum heute in vermehrtem Maße immer wieder das Abitur gefordert wird, dessen eigentliche Funktion doch auf die Hochschule bezogen ist.

(Beifall.)

Ich habe nicht verlangt, an Stelle des Abiturs sich mit dem jetzigen Realschulabschluß zu begnügen, sondern gefragt: Wie ist es, wenn wir die Realschulzeit um ein siebtes Jahr erweitern? – Dann bekommen wir einen neuen Typ. Also nicht nur bloße Anfügung eines siebten Jahres; vielmehr müßte die Gesamtkonzeption der Realschule erweitert werden.

(Ministerpräsident Kiesinger: Deswegen auch nicht der Vergleich mit der Primareife!)

– Also Ihnen zuliebe, Herr Ministerpräsident Kiesinger, Primareife gestrichen!

(Heiterkeit.)

Aber als eigenen Typ, wie das früher einmal war! Auch etwa Auf-fächerung in verschiedene Klassen!

(Zurufe.)

Ich könnte mir denken, daß wir damit tatsächlich einen Zubringer für die gesamten Berufsgruppen des Verwaltungsdienstes besäßen – das hatte ich angedeutet –, etwa für Bundesbahn und Bundespost, wahrscheinlich auch für die Bundeswehr; das müßte genau geprüft werden. Jedenfalls sollten wir es nicht jetzt bereits wieder von finanzpolitischen

Erwägungen abhängig machen, wobei es dann vielleicht hieße: Wenn er das Abitur nicht besitzt, kann er nicht in A 10 oder A 11 eingestuft werden. Wir entwerfen doch im Grunde das ganze Marktsystem der Berufe von der Besoldungsordnung, von den Finanzen her.

(Lebhafter Beifall.)

So kann ich kein Laufbahnsortiment durchführen, kein Laufbahnrecht aufbauen. Wir müßten uns darüber in einem Ausschuß unterhalten. Konzipieren wir die Realschule in dieser Form – daß sie nicht mit der Primareife vergleichbar ist, leuchtet ein; es wäre ein schiefer Vergleich –, nämlich als abgeschlossenen Bildungsgang mit der speziellen Zielsetzung der Gewinnung von Führungskräften für den industriellen, den wirtschaftlichen Bereich, überall dort, wo ein Hochschulstudium nach der Natur der Sache nicht zwingend erforderlich ist, dann sollten wir diesen Weg gehen, der zudem noch den Vorzug der größeren Durchlässigkeit etwa in bezug auf die Volksschule hat. Wir müssen das Ganze ja auch auf dieses Problem der Durchlässigkeit hin untersuchen.

Ich wollte hier nur anmerken, wie dieser Vorschlag von mir zu verstehen war, den ich vor einigen Wochen hinsichtlich des siebten Realschuljahres gemacht hatte. Also er stand unter der Bedingung, daß auf der anderen Seite effektiv auch die entsprechenden Aufnahmebedingungen gegeben sind!

Auch dann, wenn wir die höhere Schule auf diese Weise entlasten, wird die Forderung nach einer größeren Zahl von Abiturienten weiter bestehen. Wie erhalten wir sie? Nicht durch eine Verminderung des Niveaus! Wir können nicht einfach undifferenziert lediglich mehr, sondern müssen zugleich mehr bessere Abiturienten fordern.

Der Weg zur Universität, der Anspruch, zur geistigen Führungsschicht zu zählen, wird immer von Mühe und Selbstüberwindung begleitet sein. Ich habe Hilfen beim Übergang in das Gymnasium genannt, außerdem die Erfassung noch vorhandener Bildungsreserven. Das Problem muß aber noch von einer anderen Seite gesehen werden. An den Gymnasien scheitern zu viele Schüler, die das Abitur erreichen könnten, meines Erachtens in der Mittelstufe. Wenn von 100 Schülern, die die Sexta besuchen, 29 – ich kann mich nur auf das Land Nordrhein-Westfalen beziehen – endgültig das Abitur erreichen, dann stimmt etwas nicht.

(Vereinzelter Beifall – Zuruf: Bei den Lehrern!)

Zu groß ist der Umweltreiz, die Verlockung eines früheren Übergangs in den praktischen Beruf.

Das Beurteilungssystem der höheren Schulen, das den Schüler im Laufe der Jahre durch eine Unzahl von Klassenarbeiten jagt, läßt oftmals auch dem Begabten die Schule nicht mehr als Bildungsstätte erscheinen, sondern nur noch als eine Einrichtung, in der Noten vorgelesen werden müssen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wir sollten – auch das ist nur ein Vorschlag – überprüfen, ob sich nicht Methoden finden lassen, die auf bestimmten Stufen den Zensuren- und Versetzungsdruck mildern und stattdessen ein arbeitsgemeinschaftliches Prinzip stärker fördern. Ich denke vor allen Dingen an die Tertien, wo die Schüler auch in einem personellen Umbruch stehen. Denken Sie an die Pubertätszeit usw.! Ich habe mir einmal Zahlen darüber vorlegen lassen, wie viele Schüler allein in der Unter- und der Obertertia scheitern; denn es erscheint doch merkwürdig, daß das gerade hier der Fall ist. Da haben mir Lehrer zum Teil gesagt, das hänge mit der Pubertät zusammen; nachher würden diese Schüler oft ganz passable Leute. – Nun, dann sind sie meist von der Schule herunter.

(Heiterkeit.)

Das ist ja nicht Sinn der Sache. Ich meine also, das alles dürfte nicht auf Kosten der Leistungsstärke geschehen.

Weiter ist auch zu fragen, ob unsere Halbtagsschule in der höheren Schule heute in jeder Hinsicht der pädagogischen Situation gerecht wird, und ob wir nicht – etwa für die zahlreichen Schlüsselkinder auch bei den höheren Schulen – in der Schule am Nachmittag Möglichkeiten zur Vertiefung des Gelernten bieten müssen.

(Zurufe.)

Nur in einem Satz sei hier erwähnt, daß heute noch mehr als früher das Gymnasium nicht nur die Förderung der intellektuellen Fähigkeiten zur Aufgabe hat, sondern ein Institut der Menschenprägung und Charakterbildung ist. Nicht nur für das Gymnasium, sondern für unser Schulwesen allgemein gilt, daß wir in den einzelnen Ländern neue Entwicklungslinien des Schulwesens – Schulversuchen – wofür sich auf ihrer letzten, 100., Sitzung die Kultusminister sehr nachdrücklich ausgesprochen haben – erproben müssen. Wir wollen uns dabei der Erfahrungen bedienen, die unsere europäischen Nachbarländer mit ihren Reformen gemacht haben. Wir können heute, meine Damen und Herren, Schulpolitik nicht mehr ohne einen Blick über den bundesdeutschen Zaun betreiben.

(Beifall.)

Hier liegt der Wert der OECD-Feststellungen. Es kann durchaus sein, daß ich jetzt meine, unser System sei in diesem oder jenem Punkte besser. Wenn ich aber im gesamten europäischen Schulwesen bestimmte Tendenzen feststelle, dann muß ich diesen Tendenzen Rechnung tragen.

In solchen Versuchen könnten etwa bestimmte Reformmaßnahmen erprobt werden:

1. Fragen einer Förderungs- oder Beobachtungsstufe für Volksschüler des 5. und 6. Jahres, deren Eignung für die weiterführenden Schulen am Schluß des vierten Volksschuljahres nicht zwingend festzustellen war – das ist also nicht mit der Förderstufe zu verwechseln, wie das alles hier ja nur einmal Fragen sind –;

2. eine Jungenoberschule entsprechend der heutigen Frauenoberschule mit Fakultätsreife – dazu die Frage: Wie entwickelt sich jetzt die Realschule weiter? –;
3. weiterführende Schulen, deren Bildungsmittel stärker von den deutschkundlichen als von den philosophisch-fremdsprachlichen Fächern geprägt ist;
4. Formen der Fünftageschule mit ganztägigem Unterricht bzw. internatsähnlicher Betreuung;
 - Daß das niemals Regelfall werden dürfte, ist ganz klar; aber es gibt noch heute Situationen, in denen das Elternhaus auf Grund verschiedenster Voraussetzungen der Erziehungsfunktion einfach nicht mehr gerecht wird. Müssen wir nicht hier, wenn wir von einer subsidiären Funktion des Staates sprechen, auch die Schule in den Stand setzen, auf ihrem Felde diese subsidiäre Funktion zu erfüllen? –
5. Formen der Schule, die statt der heutigen Versetzungsordnung stärker auf Arbeitsgruppen aufgebaut sind und deshalb nicht das Klassen- und Versetzungssystem üblicher Prägung aufweisen und schließlich
6. Schulen, die stärker vom Musischen her bestimmt sind und natürlich ebenfalls zu einem Abschluß führen.

Hier geht es nur um Streiflichter, und viele Dinge werden wir nicht erwähnen können. Wir haben aber, so meine ich, auch im Schulwesen unter Bewahrung des Bewährten eine Fülle von Möglichkeiten, die eine erfolgreiche Arbeit in der Zukunft versprechen. Um diese Möglichkeiten auszuschöpfen – hier komme ich auf das, was ich eingangs erläuterte, zurück –, sollten wir Zielvorstellungen für alle Schulen in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, von Pädagogen, Wissenschaftlern und Wirtschaftlern gemeinsam entwickeln.

Daß ich auf die Wirtschaft, also auf Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Handelskammern und was immer Sie wollen, hier einen solchen Wert lege, hat folgenden Grund: Ich kann z. B. sinnvoll über die Fragen des 9. und 10. Schuljahres, über die Vollschulzeitpflicht gar nicht diskutieren, wenn ich nicht vorher prüfe, welche Auswirkungen das auf den beruflichen Bereich haben wird; denn ein 9. und 10. Schuljahr unter Beibehaltung beispielsweise von 3 1/2-jährigen Lehrzeiten und der derzeitigen Berufsschule sind sinnlos; das können wir doch gar nicht beantworten. Wir müssen uns also fragen, was dann z. B. auf dem Berufsschulsektor zu geschehen hat, wie der Ausbildungssektor überhaupt beschaffen sein und wie die Berufsschule künftig aussehen muß, wenn sie sich jetzt an die Vollzeitschulpflicht anschließt. Infolgedessen wären hier solche Ad-hoc-Ausschüsse zur Klärung bestimmter Fragen für eine befristete Zeit zu empfehlen.

Es schmälert nicht den Wert des Wissenschaftsrats und des Deutschen Ausschusses für das Bildungswesen, wenn wir sagen, daß wir Deutschen im allgemeinen dazu neigen, Gremien, von denen wir Vorschläge er-

warten, zu institutionalisieren. Die Folge ist, daß bei der Beantwortung neu hinzukommender konkreter Problemstellungen der personell festgelegte Ausschuß auf Grund seiner einmal vorhandenen Struktur nur bedingt kompetent ist oder daß seine künftige Arbeit belastet wird, dann nämlich, wenn man seine Gutachten nicht realisiert. Die große Enttäuschung setzt dann überall ein: Der Ausschuß legt ein Gutachten vor – es wird nicht realisiert. Der Politiker, der das nicht realisieren kann aus den verschiedensten Gründen, gilt als Widersacher des Geistes,

(Zuruf: Sehr wahr!)

obwohl bestimmte gesetzliche oder verfassungsmäßige Voraussetzungen ihn daran hindern, es überhaupt zu realisieren. Die Ausschüsse arbeiten ja doch zum Teil abstrakt. Das ist gut; aber indem sie große Planungen betreiben, können sie von Anfang an nur damit rechnen, daß lediglich ein bestimmter Teil der Realisierung möglich ist.

(Zuruf: Die können auch Fehler machen!)

– Ja, obwohl das immer so eine Sache ist.

(Weitere Zurufe.)

Wissen Sie – in der Wissenschaft: Da irrt sich die Wirklichkeit.

(Große Heiterkeit.)

Ich meine, um solche Mißverständnisse und Enttäuschungen zu vermeiden, ist der zusätzliche Einsatz von Ad-hoc-Ausschüssen mit konkreten Aufträgen ratsamer. Hier wird schon deutlicher, warum ich immer wieder sage: Bund, Land, Wirtschaft und die verschiedensten Stellen! Wir bewegen uns dabei in einem durchaus verfassungskonformen Feld; denn das hat mit der Frage der Gesetzgebung gar nichts zu tun. Daß wir nämlich unabhängig von der Zuständigkeit angesichts der fluktuierenden Situation im Bund auf eine möglichst starke Vereinheitlichung heraus müssen, ist für die Gesetzgebung einleuchtend. Hier muß meiner Meinung nach an die Stelle einer verfassungsrechtlichen Möglichkeit der Sachverständigen der Länder treten. Die schlimmsten Feinde des Föderalismus können ja die Föderalisten sein, wenn sie ihn durch eine exzessive Haltung ad absurdum führen, d. h. dort, wo die Föderalisten zu Förderasten werden.

(Heiterkeit.)

Da gefährden sie den Bund; da gefährden sie das Ganze. Somit gibt es tatsächlich das Erfordernis der Einheit der Lebensverhältnisse auf diesem Feld unter Wahrung der im einzelnen Land berechtigten Eigenheiten. Wir wollen ja nicht Gleichmacherei, sondern wir wollen die Vielfalt in der Einheit als das eigentliche föderalistische Prinzip. Ich will das nur andeuten, damit wir ganz klar wissen, daß Formen der Zusammenarbeit – jedenfalls meiner Meinung nach – nicht ausgeschlossen sind. Man sollte dann natürlich auch etwa dort, wo Geld gegeben wird, nicht gleich den Schluß ziehen: Wer Geld gibt, bestimmt! – Diesen Grundsatz kennt das Grundgesetz nicht, und ich

nehme auch nicht an, daß er von Abgeordneten unserer Partei im Bundestag jemals geltend gemacht worden ist.

(Zurufe: Oho! – Weitere Zurufe und Lachen.)

– Dann habe ich es vergessen.

(Heiterkeit.)

Auch die Erwachsenenbildung – damit darf ich einen letzten Punkt noch anschneiden – steht heute unter neuen Aspekten, die eine starke Intensivierung der bisher geleisteten Arbeit erforderlich machen. Sie gehört in den Gesamtkomplex der Aufgabe, die vor uns steht, der Aufgabe, in einer ständig komplizierter werdenden Gesellschaft jedem die Möglichkeit zu geben, sich zu orientieren und damit in dieser Gesellschaft bestehen zu können. Dabei geht es nicht darum, daß Institutionen geschaffen werden, die Vorträge vermitteln, um den ständig reicher werdenden Erkenntnisraum der Wissenschaft gleichsam umzusetzen und unter die Bürger zu tragen; sondern wir müssen damit zugleich Zentren eines lebendigen kulturellen Gesprächs der Bürger untereinander schaffen. Die Forderung nach einer permanenten Erziehung enthält das Verlangen nach einem permanenten Gespräch der Lehrenden und Lernenden, d. h. das Erziehungsproblem ist heute nicht mehr nur auf die Schule beschränkt. Die Grundüberzeugung demokratischen Denkens, daß man im Gespräch miteinander wächst, gilt ja gerade im Bereich der Bildung.

Um diesem Gespräch einen breiten Raum und einen großen Teilnehmerkreis zu sichern, ist eine wesentliche Erhöhung der Mittel für die Förderung der Erwachsenenbildung notwendig.

(Beifall.)

Die Kultusministerkonferenz hat im Januar dieses Jahres Empfehlungen herausgegeben, die unsere Arbeit fördern können. Vor allem wird es notwendig sein, der Erwachsenenbildung in großzügiger Weise den erforderlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Wenn sich etwa die Arbeit von Volkshochschulen oder von freien Trägern der Erwachsenenbildung in zahlreichen Behelfsunterkünften zersplittert, wird ihr die Anziehungskraft versagt bleiben. Besonders in mittleren und kleineren Städten sollten Häuser für die Erwachsenenbildung eingerichtet und mit Lehrmitteln ausgestattet werden.

Noch wichtiger aber scheint mir die Gewinnung geeigneter Lehrkräfte zu sein. Man wird die Arbeit in der Erwachsenenbildung attraktiver machen, wenn man in geeigneter Zahl staatliche oder städtische Planstellen einrichtet, die den Planstellen anderer Bildungsinstitutionen gleichwertig sind. So wertvoll die Verbindung von Hochschule, Schule und Erwachsenenbildung ist, und so sehr – z. B. durch Beurlaubung und Freistellung von Lehrkräften – die Lehrer anderer Schulformen immer wieder angeregt werden sollten, hier tätig mitzuwirken, so wenig werden wir uns der Einsicht verschließen können, daß wir auf die Dauer ohne den hauptberuflichen Erwachsenenbildner nicht mehr auskommen werden. Wir werden damit aber an den Universitäten Studien-

pläne zu entwickeln haben, die psychologisch, pädagogisch und in den Einzeldisziplinen speziell auf diesen Beruf vorbereiten. Aus diesem Grunde haben wir z. B. in Bochum jetzt ein eigenes Lehrgebiet für Erwachsenenbildung geschaffen.

Darüber hinaus gilt es zu überlegen, auf welche Weise wir den in den Instituten der Erwachsenenbildung erworbenen Kenntnissen, sofern sie auf ein intensives Studium zurückgehen, eine staatliche Anerkennung zubilligen können. Wir erweitern damit die Möglichkeiten des zweiten Bildungswegs und geben auch denjenigen Menschen, die nicht mehr in einem Alter stehen, das eine schulische Ausbildung üblicher Prägung zuläßt, den Anreiz, sich um gehobene Bildungspositionen zu bemühen. Auch hier ist ein Weg, sich um die oft zitierten „Bildungsreserven“ in unserer Bevölkerung zu bemühen.

Daß wir zugleich in diesem Bereich einen Ausbau des Büchereiwesens, der Museen, des Theaters anstreben sollten, auch die mit Funk und Fernsehen gegebenen Möglichkeiten für die Bildung nutzen und fördern müssen, ergibt sich aus dem Zusammenhang. Ich möchte immer wieder betonen: Es handelt sich hier nicht etwa um „Luxuseinrichtungen“; sondern eine breit angelegte Bildung ist heute und erst recht morgen eine Lebensnotwendigkeit.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, man wird mir jetzt sagen können, sehr viele Probleme wie Lehrermangel, Notmaßnahmen usw. seien nicht erwähnt. Darauf kommt es wohl nicht an, denn hier, in diesem Arbeitskreis, geht es zunächst darum, daß wir uns sagen: Wir müssen den Mut haben, weil wir dazu verpflichtet sind, weite Bildungspläne in die Zukunft hinein zu entwerfen. Es geht ja gar nicht um die Sicherung von Positionen, sondern wir müssen fragen, wie die Schule von morgen aussehen soll und wie wir uns konkret den Prozeß der permanenten Erziehung vorstellen. Wenn wir dazu ja sagen, dann bedeutet das allerdings auch ein Ja zu einem erheblichen Mehr an Mitteln. Noch einmal sei es gesagt: Wenn wir nicht bereit sind, dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, dann brauchen wir überhaupt nicht darüber zu reden, sondern können im Grunde sagen: Na, die Dringlichkeit und die Wertstärke werden von uns eben nicht bejaht.

Die Kultusminister haben gerade auf ihrer 100. Plenarsitzung ein Dokument verabschiedet, von dem ich glaube, daß es sehr bedeutsam ist; denn zum erstenmal haben sie hier im Rahmen der OECD-Beratungen zur Entwicklung einheitlicher Strukturmodelle in allen Bundesländern aufgerufen, sie haben dabei aber auch erklärt: Wir möchten gern, daß das den gleichen Rang wie die Verteidigungs- und wie die Soziallasten hat.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, sie können nicht etwa sagen, sie wollten den gleichen Geldbetrag haben. Das Geld könnten wir gar nicht ausgeben. Aber wir müssen uns – gerade in den Länderhaushalten ist das

wichtig – über die Prioritäten im klaren sein. Wir wollen nichts Unvernünftiges fordern; aber den Bildungsaufbau müssen wir jetzt vorfinanzieren. Unter Umständen bedeutet das – das sei mit allem Ernst gesagt – Konsumverzicht. Es kann sein, daß da solch gewaltige Summen auf uns zukommen, daß das einen vorübergehenden Konsumverzicht für die Nation impliziert.

Lassen Sie mich aber hier schließen mit einem Gedanken, den ich im vergangenen Jahr bei der Eröffnung der Ruhr-Festspiele in Recklinghausen voranstellte:

Wie immer auch der Staat helfend und fördernd auf dem kulturellen Feld tätig wird, entscheidend ist, daß er die ihm gesetzten Grenzen erkennt, jene ehernen Normen nicht verletzt, die die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, des Bekenntnisses, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, von Forschung und Lehre garantieren. Materielle Förderung allein – so wichtig sie auch sein mag – sagt über das eigentliche Verhältnis eines Staates zur Kultur noch nichts aus. Es kann durchaus sein, daß in totalitären Staaten materieller Wohlstand herrscht, daß in ihnen große Summen aufgewandt werden, um alle Bereiche der Kultur zu fördern. Und dennoch sind solche Staaten unmenschlich, weil sie sich in ihrer Totalität im Widerspruch zur Freiheit der menschlichen Person befinden. So liegt denn in der Kulturpflege des totalitären Staates, mag sie auch noch so glänzende äußere Erfolge zeitigen können, der Angriff auf die Freiheit des Menschen beschlossen.

(Beifall.)

Die Verfassung steckt den Rahmen ab, innerhalb dessen sich das Tun der Gemeinschaft und das Tun des einzelnen zu entfalten vermag. Sie allein aber ist noch keine Garantie für den Bestand der freiheitlichen Ordnung. Die Freiheit ist stets bedroht, nicht nur von außen, sondern auch von innen. Sie ist überall dort bedroht, wo totalitäre Mächte den Menschen in ihren Dienst stellen und einen Anspruch erheben, der ihnen nicht zukommt. Bedrohung der Freiheit ist aber immer auch Bedrohung der Kultur, und so ist denn auch Sicherung der Freiheit kulturelles Tun.

Zur Verwirklichung menschlicher Personalität gehört notwendig die Freiheit. In ihr erfährt und begreift sich der Mensch als Mensch, erfährt er seine Größe und seine Niedrigkeit. Denn menschliche Freiheit ist endliche Freiheit des endlichen Menschen, Gleichnis der unendlichen Freiheit des unendlichen Gottes. So ist denn auch alles schöpferische, kulturelle Schaffen als menschliche Schöpfung, Gleichnis, Erbe und Auftrag zugleich.

(Langanhaltender starker Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Herr Kultusminister Mikat, ich darf Ihnen in unser aller Namen recht herzlich danken für dieses wahrhaft brillante und gleichzeitig tief-

greifende und umfassende Referat. Ich bin erfreut zu hören, daß Sie doch noch ein wenig bei uns sein werden.

Sie haben uns einen Entwurf nicht nur für unsere Diskussion, sondern auch für unsere weitere Arbeit gegeben, und es wird gar nicht möglich sein, auf alles das einzugehen, was Sie hier vor uns entwickelt haben. Meine Damen und Herren, uns bleibt nur eine verhältnismäßig kurze Zeit; wir werden deshalb unverzüglich in die Aussprache eintreten müssen, der ich jedoch noch einige Bemerkungen zum Verfahren vorgehen lassen möchte.

Ich darf Sie darum bitten, für Wortmeldungen die Zettel aus den kleinen Blocks, die Sie besitzen, zu verwenden; außerdem wollen Sie bitte von den Mikrofonen aus sprechen. Schließlich werden wir uns auch zeitlich einschränken müssen. Uns werden etwa zwei Stunden zur Diskussion zur Verfügung stehen. In dieser Zeit zurechtzukommen, wird uns Mühe bereiten, wenn wir sehr lange Reden halten. Die Zettel mit den Wortmeldungen werden von den Ordnern eingesammelt werden. Erlauben Sie mir, vor Eintritt in die Aussprache noch Herrn Ministerpräsident Kiesinger zu begrüßen und ihm zu danken, daß er zu uns gekommen ist.

(Lebhafter Beifall.)

Er ist ja in kulturpolitischen Fragen der Sprecher aller Bundesländer gegenüber dem Ausland. Zugleich dürfen wir ihn als den Gründer der Konstanzer Universität hier begrüßen.

Nun fragt sich, in welcher Reihenfolge wir die Probleme, die hier angesprochen worden sind, behandeln sollen. Ich bitte um Vorschläge aus dem Plenum heraus, oder würden Sie selber, Herr Mikat, uns eine bestimmte Reihenfolge empfehlen?

(Minister Dr. Mikat verneint.)

Meines Erachtens können wir uns in diesem Kreise sehr schnell auf einen Punkt einigen, obwohl es ein sehr kontroverser Punkt ist: das Verhältnis zwischen Bund und Ländern. – Bitte, Herr Ministerpräsident Kiesinger!

Ministerpräsident KIESINGER:

Meine sehr verehrten Freunde! Ich möchte nur noch dafür plädieren, daß von diesem Arbeitskreis aus mein Vorschlag, den ich heute morgen dem Plenum unterbreitet habe, unterstützt werde. Wenn es schon Schwierigkeiten macht, im staatsrechtlichen Bereich, also zwischen Bund und Ländern, rasch zu einer Einigung zu kommen – noch immer scheint es so, als würde zum Beispiel das Kultur-Verwaltungsabkommen am Widerstand auch von Freunden aus unseren Reihen scheitern –, dann halte ich es für um so dringender, in der Partei gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln. Das aber wird nicht möglich sein, wenn wir so oberflächlich argumentieren, wie es weithin geschieht, und zwar von beiden Seiten her geschieht. Der Bundesstaat ist einfach von uns noch nicht durchdacht. Daß sich dessen gerade die CDU

schuldig gemacht hat, ist eigentlich sehr bemerkenswert, wogegen die Tatsache, daß die SPD es nicht getan hat, meines Erachtens darauf zurückzuführen ist, daß sie im Grunde eine unitarische, zentralistische Partei ist und sie sich nur deshalb zeitweilig zum Föderalismus bekennt, weil sie ihre einmal eroberten Besitzpositionen stärken will. Dennoch drängt ihre politische Mentalität und ihre politische Tradition sie eigentlich zum Zentralismus und Unitarismus. Man darf es sich also nicht bequem machen; es wird vielmehr eine schwierige Arbeit werden. Das gebe ich zu; denn wir betreten absolutes – ich betone: absolutes! – Neuland. – So weit die erste Bitte!

Ich darf eine zweite Bemerkung anfügen. Ich habe zur Frage der Mittel- bzw. Realschulen einen Zwischenruf gemacht, den Sie vielleicht nicht alle verstanden haben; Herr Kultusminister Mikat hat ihn jedoch erfreulicherweise gleich aufgenommen. Ich finde, wir sollten jeden Vergleich zwischen Mittlerer Reife und Primareife usw. ablehnen; denn wir müssen da etwas ganz Eigenes schaffen, etwas, das ein eigenes Bildungsziel hat. Was ist schon „Mittlere Reife“? In der berühmten guten alten Zeit war sie einmal das „Einjährige“. Das ist „Mittel“; aber ob es „Reife“ ist? – Ich wage es sehr in Frage zu stellen.

(Heiterkeit.)

Bezeichnen wir es als Fachschulreife oder mit einem Ausdruck, der genau angibt, was wir wollen!

Ein drittes! Ich bin mir während der Rede des Herrn Mikat erneut darüber klargeworden, wie schwer es ist, unser eigenstes Anliegen in diesem Zusammenhang darzustellen und vorzutragen. Auch ich kämpfe immer wieder mit dem gleichen Problem wie dem, das er, der Forderung nach Sachgerechtigkeit, die er selber aufgestellt hat, entsprechend vortragen mußte. Es ist ein Programm, bei dem natürlich eine große Sorge – nun, wie soll ich sagen? – nicht unberücksichtigt bleibt, aber doch in etwa dem Zufall bestimmter Entwicklungen überlassen wird.

Wir alle sind uns doch wohl einig darüber, daß die künftige Welt eine sehr schwierige sein wird, nicht nur in bezug auf die Anforderungen an das Wissen und an die geistige Reife, sondern eben an die seelische und sittliche Durchhaltekraft der nachwachsenden Generation. Hier besitzen wir zwar sehr viele glanzvolle Analysen; aber wir – auch wir selber, die Christlich Demokratische Union – verfügen kaum über eine konkret formulierbare Therapie. Mit den Worten von einer „Politik aus christlicher Verantwortung“ und ähnlichen allein geht das ja nicht. Mir ist hier eine Rede aus einem Kulturkongreß in Erinnerung: Ja, damit, daß man sagt „Entweder wird das deutsche Volk wieder christlich; dann ist es gut, oder es geht unter“, kommen wir auch nicht zurecht. Wir müssen von gegebenen Sachverhalten ausgehen. So hat Herr Kollege Mikat gesagt, 95 % unseres Volkes nähmen ihren Maßstab für sittliches Handeln aus dem Christentum. – Ich wage das zu bezweifeln.

(Kultusminister Prof. Dr. Mikat: Davon muß der Staat ausgehen!)

– Ja, ich weiß. Sie haben es juristisch formuliert.

(Kultusminister Prof. Dr. Mikat: Nein, nein! Davon muß der Staat ausgehen. Der Staat!)

– Ja, ich habe schon verstanden. Aber wir als Politiker, als Leute, denen es eben um die Zukunft geht, dürfen davon nicht ausgehen, sondern müssen uns fragen, aus welchen geistigen, sittlichen Kräften unser Volk noch lebt.

(Beifall.)

Das ist die große Frage. Es ist nicht eine Kritik an Ihrem Referat, Herr Kollege, ganz und gar nicht! Ich möchte nur nicht hier gewesen sein, ohne das angesprochen zu haben, und das kann im Augenblick nicht mehr bedeuten, als daß wir uns hier noch ganz erheblich mehr anstrengen als bisher, daß wir uns noch einiges einfallen lassen. Ich bin weit davon entfernt, hier etwa leichtfertig Rezepte geben zu wollen; aber um so dringlicher ist es, daß gerade wir anfangen.

Ich habe heute früh angesichts der Programmatik der SPD von der dort herrschenden Quantophrenie gesprochen. Sie finden sie bestätigt beim Durchlesen der SPD-Programme. Sie meinen wirklich, jedes kulturkritische Phänomen, das uns Sorgen bereitet, mit irgendeiner Quantität bestimmter Art beseitigen zu können: etwa durch Bau von mehr Schulen, durch Aufstocken des 9. Schuljahres usw. Ich lasse keinen Zweifel darüber, wie wichtig das alles ist, auch z. B. hinsichtlich der Hochschulreform. Doch möchte ich nicht gern, daß wir hier über Hochschulreform sprechen, ohne daß dabei auch die Frage erhoben wird, ob nicht eben doch die Hochschule eine Aufgabe hat, die den Studenten neben der philosophischen Grundbesinnung das erforderliche Gegenwartsverständnis beibringt, auf ihre Art natürlich, nicht etwa in Form einer Zuchtanstalt. Auch der Wissenschaftsrat hat ja bekannt, daß der bloße Umgang mit der Wissenschaft im Humboldtschen Sinne diesen Dienst nicht mehr leisten könne. Wie aber erreicht man das? Wir haben im Lande Baden-Württemberg ja seit 1962 die Pädagogischen Hochschulen errichtet. Ich mußte als Ministerpräsident die Berufungsurkunden unterzeichnen. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß ich immer ein leicht unheimliches Gefühl dabei hatte. Da las ich dann „da und da geboren, soundso ausgebildet“, vielleicht noch „die und die Publikationen veröffentlicht“; aber darüber, wes Geistes Kind der Betreffende jeweils ist, wußte ich nichts.

(Zurufe und Zustimmung.)

Davon weiß weithin auch nichts der zuständige Kultusminister; er kann es auch gar nicht wissen.

Nun steht also diese Hochschule dort. Die Ausbildung der jungen Leute beginnt. Wir können nur registrieren, was zahlenmäßig ausgedrückt in jedem Jahr produziert wird, nicht aber die Qualität, und zwar vor allem nicht die geistig-seelische Qualität dieser Menschen, denen wir unsere Kinder anvertrauen. Das bereitet große Sorgen, insbesondere demjenigen, der weiß, was kommt; denn in den nächsten 10, 15 Jahren werden sich revolutionäre Entwicklungen vollziehen,

wiederm durch die Wissenschaft bedingt. Ich erwähne lediglich die biologisch-genetische Entwicklung, wozu sehr viel zu sagen wäre. Wir als Politiker werden vielleicht in 15 Jahren vor Entscheidungen wie kaum jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit stehen, wenn z. B. Leute aufstehen und erklären: Jetzt können wir den Menschen umzüchten; nun fangen wir damit an. Das hat im letzten Jahr auch ein Symposium erhabener Nobelpreisträger mit allem Nachdruck in London gefordert, wobei so muntere Ausdrücke fielen wie die, man könne ja Affengene auf Menschengene aufpfropfen und dergleichen mehr. Das ist nicht etwas, was ich utopischen Romanen entnommen habe, sondern es sind ganz konkrete Forderungen führender Wissenschaftler der Welt. Wenn das aber so ist, dann müssen wir dieses Problem so ernst nehmen, wie es irgendwie geht. Mein Vorschlag wäre, daß unter den Ausschüssen, die Herr Kollege Mikat empfohlen hat, auch solche seien, die sich diesen Problemen mit besonderer Intensität annehmen. Das Ergebnis wollen wir abwarten. Natürlich bin ich mir vollkommen klar darüber, daß dabei nichts hundertprozentig Perfektes herauskommt, aber auch, daß wir im Grunde genommen ebenfalls nur – wie etwa die Sozialdemokraten – das Meßbare unternehmen, um z. B. der Forderung der Sachgerechtigkeit zu entsprechen. Wenn wir nicht wenigstens versuchen, in dieses Neuland vorzustoßen, würde uns vor der Geschichte einmal daraus der schwerste Vorwurf gemacht werden.

(Lebhafter Beifall.)

Prof Dr. HAHN:

Herr Dr. Martin, bitte!

Dr. MARTIN, MdB:

Meine Damen und Herren, in dem brillanten Referat des Herrn Mikat gibt es kaum einen Satz, dem zu widersprechen man Lust verspürt. Nur bei der Grundlegung, die man heute nicht diskutieren kann, würde ich etwas anders denken. Ich glaube schon, daß Herr Kiesinger recht hat, wenn er sagt, daß die innere Selbstbehauptung des Menschen gegenüber der Sachgerechtigkeit eine erstklassige Bildungsaufgabe sei, die wir nicht übersehen dürften. Doch darüber können wir heute im einzelnen nicht sprechen.

Ich halte es für einen großen Fortschritt, daß das, was Herr Mikat hier gesagt hat, wohl Gemeingut der Christlich Demokratischen Union geworden ist, was vor einigen Jahren nicht der Fall war. Wenn wir von Wissenschaft und Forschung reden, sind wir uns heute darüber klar, daß diese Begriffe stehen für das Instrumentarium, das Staat und Gesellschaft unbedingt benötigen, um sich überhaupt am Leben zu erhalten. – Das ist das eine; das ist anerkannt und damit auch die Priorität in der Kulturpolitik festgelegt.

Bezüglich der Frage Bund – Länder muß man sich, so meine ich, davor hüten, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Das Problem ist ja deshalb schwierig, weil innerhalb der beiden großen Parteien nicht vorab eine Klärung über das, was man will, möglich gewesen ist. Die großen Schwierigkeiten liegen nicht etwa zwischen Bund und Ländern, zwischen SPD und CDU; sie liegen vielmehr zu einem großen Teil

innerhalb der CDU. Sie haben bewirkt, daß ganz bestimmte Lösungen, etwa im Fernsehen, im Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern nicht zustande gekommen sind. Man muß sich dessen bewußt sein, meine Damen und Herren, daß die Bevölkerung in Deutschland heute eine klare Antwort auf die Frage wünscht, wie im föderalen System eine übergreifende oder – anders ausgesprochen – eine nationale Kulturpolitik möglich ist. Darauf muß eine Antwort gegeben werden.

(Beifall.)

Stellt man sich diese Frage selber, so muß man sich darüber klar sein, daß im föderalistischen Staat die Parteien das Vehikel sind, mit dem die nationale Kulturpolitik zustande gebracht werden kann, mit anderen Worten: Die Christlich Demokratische Union muß von oben bis unten einen nationalen kulturpolitischen Willen entwickeln und ihn in Bund, Ländern und Gemeinden durchzusetzen versuchen.

(Beifall.)

Immerhin erscheint mir der Vorschlag von Herrn Kiesinger als richtig. Wir erhalten keine Klarheit in dem Verhältnis Bund - Länder, wir kommen nicht zu der doch unbedingt notwendigen Partnerschaft, wenn die CDU nicht zuvor die notwendigen Klärungen innerhalb der Partei selber vorgenommen hat. Erst danach kann man die großen Aufgaben in Angriff nehmen. – Das ist das erste.

Das zweite! Ich bin sehr froh darüber, daß das Wort „Planung“ hier keinen Schock ausgelöst hat, hier innerhalb der Zuhörerschaft. Klar ist, daß eine Partei, die die Soziale Marktwirtschaft hervorgebracht hat, dieses Wort mit einer gewissen Scheu entgegennimmt, annimmt, daß es ideologisch befrachtet ist. Aber darum handelt es sich gar nicht; vielmehr geht es darum, daß wir uns über die Größenordnungen klarwerden, um die es in der Kulturpolitik geht. Ich habe das Gefühl, daß die Milliardenbeträge, von denen heute geredet wird, uns noch viel zu leicht von den Lippen gehen. Wir werden den Durchbruch in der Kulturpolitik erst dann erzielt haben, wenn diese Beträge – Herr Mikat nannte diese Summe in Berlin –, wenn der Betrag von 10 Milliarden bis 1970 wirklich greifbar und fühlbar sein wird. Ich möchte, meine Damen und Herren, mit allem Nachdruck davor warnen, es in einer Tagung wie dieser und auch im Kulturkongreß etwa bei dem Grundsätzlichen bewenden zu lassen. Der Alarm in der Öffentlichkeit ist da. Man weiß, daß etwas geschehen muß, und die Bevölkerung draußen ist nicht so sehr daran interessiert, wie die Kompetenzen liegen; sondern sie wird diejenige Partei, die seit 14 Jahren in der Bundesrepublik in der Verantwortung steht, haftbar machen, wenn es nicht gelingt, die unbedingt erforderlichen Maßnahmen in der Kulturpolitik auch durchzusetzen. Sie müssen wissen, daß die Bildungs- und die Kulturfragen, daß die Fragen der Wissenschaft und Forschung einer der Wahlschlager des Jahres 1965 sein werden und wir nur noch sehr wenig Zeit haben, die dringend erforderlichen Maßnahmen wirklich durchzuführen.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Jetzt bitte Herr

Dr. STOLTENBERG, MdB:

Ich möchte mich – einfach aus Zeitgründen – auf ein Problem beschränken, weil es wahrscheinlich notwendig sein wird, daß wir uns im Hinblick auf die vielen Meldungen zur Diskussion etwas konzentrieren. Und zwar ist es die eine Frage, die meine beiden Vorredner auch behandelt haben, die der Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Sie ist im Grundsatz hier von Herrn Prof. Mikat, aber auch von Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger heute morgen schon im Plenum in einer Form behandelt worden, auf die wir hier uns wohl alle verständigen können. Bei dieser Übereinstimmung im Grundsätzlichen wissen wir natürlich, daß es in unseren Reihen Freunde gibt, die doch in den praktischen Folgerungen zum Teil noch von dem abweichen, was uns als Lösung jetzt vorschwebt, und wir kennen auch die Hypothesen aus der Vergangenheit. Wir haben die Schatten der Vergangenheit – sie sind teilweise schon erwähnt worden – in einem unabgestimmten einseitigen Handeln ebenso wie in einem prozessualen, formaljuristischen Denken und vor allem im Mangel an schöpferischer Phantasie und im Mangel an schöpferischem Kompromißwillen. Auch habe ich den Eindruck, daß die öffentliche Diskussion im Augenblick im Betrachten dieser Dinge einen noch nicht ganz befriedigenden Stand erreicht hat, gerade auch im Bereich der Kulturpolitik.

Immer noch steht in den Debatten auf der einen Seite – das ist jetzt nicht auf eine bestimmte Seite hin gesagt, sondern auf eine Haltung hin, die es in beiden Lagern gibt – ein sehr enges formaljuristisches Denken im Vordergrund, die Tatsache – das muß man sehr klar sagen –, daß wir als die Politiker, die die Verantwortung in Regierungen und Parlamenten tragen, uns oft nicht genügend freimachen von den rein juristischen Gesichtspunkten der Fachleute, die in Besitzständen und Positionen denken. Auf der anderen Seite aber – und das scheint mir eine gewisse Gefahr in dieser jüngsten öffentlichen publizistischen Diskussion zu sein, etwa mit dem Namen Picht verbunden, so außerordentlich verdienstvoll der Beitrag von Picht im Ansatz auch ist – steht das völlige Negieren dieser Dinge. Denn mit ganz allgemeinen Formulierungen, daß es in der Katastrophe, in einem Notstand um solche Dinge nicht mehr gehe, kann man natürlich in einem Bundesstaat, der sich von der Verfassungsordnung her zu orientieren hat, auch diesen Fragen nicht gerecht werden. Und ich glaube auch nicht, daß es sachgerecht ist – um diese Kategorie zu benutzen –, daß man jetzt – ich möchte sagen – versucht, auf der ganzen Breite der kulturellen Aufgaben, hier Nebeneinander von Bund und Ländern, tätig zu werden. Viel sachgerechter ist es, ganz klar zu sagen, in welchem Bereich die Länder eine Verantwortung tragen, in welchem Bereich der Bund, und wo jene gemeinsame Zone fruchtbarer Kooperation ist, die es daneben auch geben muß.

Die Amerikaner haben ja im Grunde in ihrer Verfassungsgeschichte – Herr Ministerpräsident Kiesinger, ich darf das noch einmal im An-

schluß an Ihre Ausführungen sagen – ein bemerkenswertes Beispiel dafür gegeben, wie man eine bundesstaatliche Verfassung einfach von neuen politischen Aufgaben her so interpretieren und entfalten kann, daß sie neuen Notwendigkeiten gerecht wird. Das ist eine Aufgabe, die wir zu meistern haben, und sicher ist heute vieles gesagt worden, das uns Hoffnung in dieser Hinsicht gibt.

Nun etwas zu den konkreten Folgerungen, meine Damen und Herren! Worum geht es? Seit Jahren gibt es langwierige und für die Öffentlichkeit ermüdende Diskussionen über Verwaltungsabkommen, über Möglichkeiten eines Forschungsgesetzes, Fragen eines besseren Ausgleichs der finanziellen Lasten vor allem im Hinblick auf die Hochschulen, oder die Ideen eines Staatsvertrags. Meines Erachtens haben wir jetzt ein Stadium erreicht, auch in der öffentlichen Diskussion, in dem wir diese jahrelangen Debatten im Grunde nicht mehr ohne ganz sichtbare Ergebnisse fortsetzen können. Darum unterstreiche ich hier ganz nachdrücklich die Forderungen von Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger und auch von Herrn Prof. Mikat, daß wir dieses Verwaltungsabkommen jetzt schon aus praktisch-politisch-psychologischen Gründen brauchen, über die bestehenden Hochschulen, über Max-Planck-Gesellschaft und Forschungsgemeinschaft, was übrigens ja auch einen wesentlichen tatsächlichen Effekt hätte, nicht nur einen psychologischen. Nach meinem Dafürhalten wäre eine gemeinsame Verwaltungskommission von Bund und Ländern als ständige Kommission ein sachlicher Fortschritt in Ergänzung der finanziellen Leistungen, die wir ohnehin erbringen.

(Kultusminister Prof. Dr. Mikat: Im Gegenteil! Das ist das einzige, was mich daran stört, was die Sache meines Erachtens hindert!)

– Ich würde das nicht sagen, Herr Prof. Mikat; aber darüber könnten wir ja noch diskutieren. Sie haben eine gemeinsame Verwaltungskommission der Länder auf dem Gebiet des Königsteiner Abkommens, und ich glaube doch, daß es eine Reihe von Gemeinschaftsaufgaben gibt, etwa in der Führung dieser Aufgaben, bei denen eine Mitwirkung des Bundes gut wäre.

Nun, ich möchte noch ein weiteres sagen. Wir müssen uns, so meine ich, in den weiterführenden Lösungen für die neuen Hochschulen vor allem darum bemühen, bei der Finanzierung dieser Einrichtungen Formen zu finden – im Vertrag miteinander –, die in der Tat auch von beiden Seiten, von Bund und Ländern, bejaht werden können. Ich würde es als ein Unglück ansehen – es ist nicht in Ihrem Referat angesprochen, nicht als eine Forderung, nicht als eine Vorstellung; aber es ist ja Gegenstand der öffentlichen Diskussion –, wenn wir jetzt zu einer Lösung kämen, wonach ohne Mitwirkung des Bundes, allein auf Grund einer Vereinbarung der Länder, diese Dinge geregelt würden. Weiter meine ich, daß bestimmte Entscheidungen im Bund, wie wir sie nun zu treffen versucht haben, auch nur vorläufige sein können, da auch dieses Thema der Finanzierung der neuen Hochschulen durch eine gemeinsame Vereinbarung im partnerschaftlichen Verhältnis von Bund

und Ländern in Angriff genommen werden kann. In diesem Punkte weiß ich mich mit Ihnen völlig einig, ich möchte voll unterschreiben, was Sie sagten, wenngleich ich – offen gesagt – gegen die Formen eines Gemeinschaftsfonds oder eines Sondervermögens bestimmte Bedenken habe. Ich glaube, daß wir in der Finanzierung der vorhandenen Hochschulen im Grunde ein Modell gefunden haben,

(Dr. Martin: Funktional!)

– Funktional in der Einschaltung auch des Wissenschaftsrats als einer gutachtenden, empfehlenden Instanz! –, das wir ohne weiteres auf die neuen Hochschulen, im Grunde genommen ohne neue komplizierte Vertragswerke übertragen könnten. Wir sollten sehen, sehr bald zu einem Ergebnis zu kommen, auch aus den Gründen, die Herr Martin hier im einzelnen genannt hat.

Wir müßten wohl bei all diesen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und innerhalb der Länder dafür sorgen, daß nicht neue Konfliktpunkte auftreten, die eine der Seiten etwa veranlaßten, vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen.

(Zuruf: Um Gottes willen!)

Nichts könnte dem Bereich der Kultur, der Wissenschaft abträglicher sein als eine Wiederholung der Fernsehklage – jetzt mit einem anderen Ausgangspunkt – im Vertragssystem oder im Handeln.

Es wäre gut, wenn wir uns in der CDU auf ein Gremium, wie es Herr Ministerpräsident Kiesinger vorgeschlagen hat, einigen könnten, und es wäre meines Erachtens richtig, wenn wir das als eine Empfehlung dieses Arbeitskreises morgen dem Plenum unterbreiteten.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Das Wort hat Herr Minister Mikat.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Jetzt muß ich doch ganz kurz noch eines sagen. Ich warne vor dem Ausdruck: „Wir wollen das nicht formaljuristisch machen.“ – Das kann leicht abwertend sein.

Meine Damen und Herren, haben Sie bitte Verständnis für diejenigen Politiker, wo immer sie auch stehen, die auf der Verfassung beharren! Das Manipulieren mit der Verfassung ist uns in Deutschland immer schlecht bekommen. Aus diesem Grunde begrüße ich nachdrücklich die Anregung des Bundeskanzlers nach Einsetzung eines Ausschusses zur Klärung von Zuständigkeitsfragen. Mir geht es dabei nicht etwa nur darum, sagen zu können: Bund und Land – Hand in Hand! Wir müssen vielmehr jedes einzelne Gebiet untersuchen. Ich stelle mir das praktisch folgendermaßen vor: Atomforschung beim Bund – nur ein Beispiel! –, Weltraumforschung beim Bund! Das würde z. B. für das Land Nordrhein-Westfalen bedeuten, daß wir darüber reden müßten, wer künftig Jülich trägt, also eine ganz saubere Sache!

(Frau Dr. Teusch: Richtig!)

Das müssen wir zur Diskussion stellen.

(Frau Dr. Teusch: Bisher noch keinen Pfennig vom Bund bekommen!)

- Die Pfennige will ich nicht haben; die Marken will ich!

(Große Heiterkeit.)

Dazu, meine ich, brauchen wir solche Ad-hoc-Ausschüsse. Ich kann z. B. bestimmte Berufsbildungsprobleme nur in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundesarbeitsministerium, den Wirtschaftsgruppen und einer Länderkommission behandeln. Wir sollten also gerade zu dieser Durchforstungsaktion, die zur Zeit stattfindet, unser Ja sagen.

Ich rüttele nicht am Grundgesetz. Es ist immer sehr leicht zu sagen: Dann ändern wir doch die Verfassung! - Davor warne ich nachdrücklich. Wenn das einmal losgeht, ist kein Ende abzusehen. Die Verfassung selber läßt uns doch einen sehr breiten Spielraum, die Freiheit für ein gemeinsames Handeln, die wir ausnutzen müssen. Wir wollen eines nicht verkennen: Nur die Tatsache der bisherigen Aufgabenverteilung hat uns ermöglicht, bis jetzt überhaupt diese kulturelle Aufbauleistung zu erbringen.

(Beifall.)

Nun stellen Sie sich einmal vor, die gesamte Kompetenz hätte beim Bund gelegen! Beim Bund mußten in den Jahren des Wiederaufbaues ganz andere Prioritäten geschaffen werden: Soziale Frage, Aufbauleistungen, Verteidigungsleistungen! Sie hätten ja nicht annähernd so viele Mittel im Haushalt freimachen können, wie die Länder es dank ihres günstigen Starts bei der Finanzverfassung mit dem ursprünglichen Ansatz nach Art. 106 Abs. 4 GG konnten. Die Länder hatten reinweg mehr Geld für diese Dinge und brauchten, da der Finanzschlüssel zunächst einmal bis zum Jahre 1958 gesperrt war, nichts abzugeben. So entstand die Konkurrenz der Länder untereinander. Das ist ja mit einer der Gründe dafür, weshalb wir in einer für das Ausland verblüffenden Weise so schnell das völlig zerschlagene deutsche Hochschulwesen wieder aufgebaut haben. Wir sollten doch endlich einmal - man kann sie ja schon nicht mehr ertragen - mit diesen dauernden Verelendungen hinsichtlich Wissenschaft und Forschung aufhören. Neulich erst las ich wieder einmal einen Beitrag - ich weiß nicht, von wem er war -, worin der Verfasser erklärte: Die Zahl der Nobelpreisträger geht zurück; also liegt die deutsche Wissenschaft am Boden. - Meines Erachtens gehören doch recht starke Nerven dazu, den Stand einer Wissenschaft von der Zahl der Nobelpreisträger abhängig zu machen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Noch unwissenschaftlicher als mit einem solchen Vorgehen kann ich mich ja nicht mehr verhalten, und die deutsche Wissenschaft liegt doch gar nicht im argen. Wohl haben wir auf einigen Gebieten einen großen Nachholbedarf. Das trifft insbesondere für die experimentellen Gebiete, meinetwegen für die Physik, zu, wo man große Anlagen benötigt. Das müssen wir genau klären.

(Zuruf: Richtig!)

Wir tun doch dem deutschen wissenschaftlichen Leben keinen Gefallen – auch im Ausland nicht –, wenn wir uns dauernd schlechter machen, als wir sind.

(Zustimmung.)

Das gleiche gilt für das Schulwesen. So wenn ich im Schulwesen feststelle, daß wir das einzige Land sind, das noch nicht die 9jährige Vollzeitschulpflicht hat. Sicher, ich kann Gesetze machen. Italien hat die Schulpflicht bis zum vollendeten 15. Lebensjahr; aber meinen Sie, in Italien ginge jeder bis zu diesem Alter in die Schule?

(Heiterkeit.)

Ich würde es unseren italienischen Freunden wünschen; aber es ist dort nicht so. Ich kann natürlich auch bei uns entsprechende Gesetze machen.

Betrachten Sie nur einmal, was von den Kultusministern verlangt wird! Das räumen Sie auch durch eine Bildungsplanung zwischen Bund und Ländern nicht weg. Von jedem Kultusminister werden laufend Maßnahmen verlangt, die den Lehrermangel vergrößern. Jede einzelne Maßnahme ist berechtigt. Natürlich ist es gerechtfertigt, die Klassenfrequenzen zu senken; natürlich ist eine Senkung der Pflichtstundenzahl der Lehrer gerechtfertigt; natürlich ist es gerechtfertigt, besondere Schultypen einzurichten, meinerwegen Schulversuche! Aber jede dieser Maßnahmen vergrößert den Lehrermangel. Einführung des 9. Schuljahres: Allein im Land Nordrhein-Westfalen 6000 Lehrer mehr! Ich frage, was bei Einführung des 10. Schuljahres nötig wäre. Nun, für den Lehrermangel sind wir exkulpiert; dafür kann keine Partei etwas. Das hängt mit dem Geburtenverhältnis, im wesentlichen der geburten-schwachen Jahrgänge zusammen. Kein Kultusminister ist in der Lage, die Zeugungskraft der Nation rückwirkend zu ändern.

(Schallende Heiterkeit.)

Ich kann hier keine Korrekturen anbringen. Was wir aber tun können und was wir tun müssen, ist, den Lehrerstand jetzt wirklich in eine echte Form hineinzubringen: Ausbau der Pädagogischen Hochschulen zu eigenständigen wissenschaftlichen Hochschulen! Führen wir doch nicht wieder Rückzugsgefechte auf diesem Gebiet! Das Rad drehen wir doch nicht zurück. Warum soll denn immer noch gemauert werden? Aber fragen wir dann ebenfalls: Wie soll denn der Zubringer zu diesen Pädagogischen Hochschulen aussehen. Wahrscheinlich werden wir jetzt unser ganzes Schulsystem flexibler gestalten müssen.

Die Einheitlichkeit im Schulwesen, die gefordert wird, würde uns in ein Bildungschaos stürzen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Denn hier wird ja etwas verwechselt. Ich kann die Begabungen nur erschließen, wenn ich ein möglichst flexibles Schulwesen besitze. Gemeint ist aber bei den Leuten, die die Einheitlichkeit fordern, etwas anderes. Daß die Angebote in allen Ländern gleich sind, ist das Entscheidende. – Also: ein möglichst flexibles Schulwesen! Stellen Sie sich

doch bitte vor, ich hätte nur einen Typus höhere Schulen! Wie würde dieser eine Typus den verschiedenen Begabungen gerecht? Das wäre eine schlechte Sache. Wir sollten also das Schulwesen flexibel gestalten, aber die Angebote möglichst in allen Ländern gleich.

Dann können wir uns natürlich auch noch über die Frage des Schuljahresbeginns unterhalten, obwohl das selbstverständlich eine Cura posterior ist. So bewegend ist es ja nun nicht. Ich bin aber bereit, jeden Weg mitzumachen und sage mir, es ist ein Jammer, daß wir noch nicht den einheitlichen Schulbeginn haben. Ich persönlich würde sowohl den Oster- wie auch den Herbsttermin mitmachen. Doch das ist nicht das Kernproblem, das hier zur Sprache steht. Kernproblem ist vielmehr, daß wir ein möglichst flexibles, in den Angeboten in den Ländern einheitliches System besitzen.

Solchen Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, werden Sie nicht durch eine zentrale Stelle gerecht. Meinetwegen schaffen Sie eine solche zentrale Stelle, und ich bin ja gar nicht gegen einen Bundeskulturminister. Ich kann nur sagen: Er wird alle diejenigen Schwierigkeiten potenziert auf sich ziehen, die in jedem einzelnen Lande vorhanden sind; denn die Schulorganisation ist nicht eine Frage des Gutdünkens, sondern ist zum Teil abhängig von Verträgen, von Verfassungen und teilweise von völkerrechtlichen Verträgen; denken Sie an Konkordate usw.! Sie können doch unmöglich wollen, daß diese ganzen Probleme an einer Stelle potenziert auftreten. Davor warne ich. Was ich wünsche, ist Bildungsplanung oder – so wurde eben besser gesagt – Bildungsforschung, daß wir uns langfristig überlegen, was wir an Gemeinsamem auf den verschiedenen Bereichen tun müssen, und zugleich auch die Frage stellen: welches Geld kostet das?

Herr Stoltenberg, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Hilfe hier; aber ich muß dem Bund bei der bestehenden Verfassung, bei der Verteilung des Aufkommens schon sagen: Wenn diese Milliarden jetzt auf die Länder und zusätzlich auch auf den Bund zukommen, sofern er sich beteiligen will, dann kann man natürlich nicht hingehen und künftig das Aufkommen der Länder schmälern. Nun, das hat hoffentlich auch niemand vor.

(Zuruf des Dr. Stoltenberg.)

Wir müssen klar feststellen: Wenn sie diese Milliarden aufbringen wollen, müssen die Länder ihr Einnahmenvolumen behalten. Kulturpolitik kostet Geld, und ich darf noch einmal betonen: Wenn die Partei erklärt, bereit zu sein, all das für die Kultur zu tun, dann sorgen Sie bitte auch dafür, daß jedem einzelnen Kultusminister und daß unseren Leuten im Bundestag die Mittel zur Verfügung gestellt werden! Ich weiß: Man redet nicht von Geld. – Aber das ist notwendig; denn ohne diese Mittel kann kein Kultusminister heute seine Ausbaupläne durchführen.

(Lebhafter Beifall!)

Prof. Dr. HAHN:

Als nächster Redner spricht Prof. Dr. Redeker:

Prof. Dr. REDEKER, MdL:

In der Diskussion muß zunächst über das Verhältnis Bund – Länder gesprochen werden.

Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger bin ich dankbar, daß er heute morgen schon und auch jetzt hier die Anregung gegeben hat, von diesem Parteitag konkrete Impulse ausgehen zu lassen, die sich auf das Verhältnis von Bund und Ländern auswirken. Auch ich meine, daß nicht eine Änderung des Grundgesetzes notwendig sei; dann würden wir nicht zu konkreten Maßnahmen kommen. Wir können auch nicht eine Reihe von Ministerpräsidenten absetzen, die da nicht mitmachen wollen.

(Heiterkeit.)

Wir wollen in der Demokratie ja überzeugen.

Ich darf aber darauf hinweisen, daß es in der Kulturpolitik einige konkrete Fragen gibt, die so dringend sind, daß etwas geschehen muß. Vielleicht darf ich ein ganz einfaches Beispiel aus dem Bereich der Universitätspolitik herausgreifen, das Ihnen allen sofort einleuchten wird. Zu meinem Bedauern habe ich vor kurzem vernommen, daß der Bundestag die Mittel des Bundes für das Honnefer Modell zunächst einmal gekürzt hat.

(Dr. Stoltenberg: Die Bundesregierung, Herr Professor!)

– Die Bundesregierung! – Nun, auf diesem Gebiet kann man studieren, wie schwierig, aber auch, wie notwendig das Zusammenwirken von Bund und Ländern ist.

Überließe der Bund jetzt die Finanzierung des Honnefer Modells den Ländern, dann wäre die Folge, daß die Länder ganz unterschiedliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Stipendien trafen. Das Prinzip der Quantität würde in sozialistisch regierten Ländern sofort dazu führen, daß die Stipendien erhöht würden. Dann hätte man mit einem Male Länder, in denen es meinetwegen statt Stipendien von 250 DM solche von 350 DM gäbe. Jetzt gibt es ja sogar von der Volkswagenwerk-Stiftung her die Möglichkeit, ein monatliches Stipendium von 700 DM zu bekommen. Es ist nun keineswegs so, daß ich unseren Studenten in Sonderfällen – auch, was das Stipendium des Volkswagenwerks angeht – höhere Beträge nicht gönne; aber es ist doch ein unmöglicher Zustand, wenn es an den einzelnen deutschen Universitäten sehr unterschiedliche Beträge gibt. Außerdem müssen bei dieser Förderung durch Stipendien einheitliche Grundsätze gelten, und zwar nicht nur formal, sondern vom Inhalt her.

Auf diesem Gebiet läßt sich also genau studieren, wie notwendig es ist, daß sich Bund und Länder zusammenfinden. Das Honnefer Modell ist einmal durch ein Gremium geschaffen worden, das auf der Bundesebene zusammgetreten war, wobei aber die Länder mit in die Verantwortung eingespannt wurden. Es geht nicht an, zu sagen, die Finanzierung müsse der Bund tragen; ebenso wenig kann man es von den Ländern verlangen. Hier muß vielmehr gemeinsam eine Maßnahme getroffen werden. – Dies bringe ich alles nur als ein Beispiel dafür, wie

notwendig es ist, jetzt einen Impuls zu konkreten Maßnahmen zu geben.

Wenn das Verwaltungsabkommen, das nun geplant ist, noch weiter auf sich warten läßt, dann sehe ich nachteilige Folgen für unsere Hochschulen und für unser Bildungswesen. Ich stimme Herrn Kultusminister Mikat zu in der Meinung, daß wir uns nicht selber noch weiter herabsetzen und ständig klagen müßten, unsere deutsche Hochschule, unsere deutsche Wissenschaft sei stark im Nachtrab, daß wir die Leistungen anderer Völker nicht erreichen könnten. Selbstverständlich, auf gewissen Gebieten der Forschung, der großen Forschung, können wir die Leistungen von Amerika und Rußland nie erreichen; aber es liegt durchaus in unserer Möglichkeit, ein nationales Bildungswesen zu schaffen, das der Wissenschaft in Frankreich und England die Stirn bieten kann, das ihr gleichrangig und ebenbürtig ist.

Zweifellos erkennen wir, daß wir in den Fächern, in denen wir Nachwuchs brauchen – ob es nun die Naturwissenschaften sind, Chemie, Physik –, faktisch einen Numerus clausus haben, der teilweise groteske Formen annimmt. Ich weiß ein Beispiel von einer deutschen Universität. Dort haben sich für das Studium der Pharmazie zur Zulassung 1200 Bewerber gemeldet; 18, also 1,5 % wurden genommen. Ich weiß eine Universität, wo sich 2000 gemeldet hatten und 20 zugelassen wurden, also 1 %! Diese Zahlen erhöhen sich noch, weil sich ungefähr alle Studenten bei mehreren Universitäten bewerben. In den geisteswissenschaftlichen Fächern gibt es dagegen keinen Numerus clausus. Dort haben wir daher die Massenfächer. An einem Seminar der Kieler Universität haben wir beispielsweise ungefähr 400 Studenten und rund 40 Arbeitsplätze.

Diese Tatbestände führen zweifellos nicht ohne weiteres zu einem Chaos; unsere Studenten lernen noch etwas; an unseren Universitäten wird geforscht. Aber es müssen einmal – auch von unserem Kreise – konkrete Impulse ausgehen, so daß die erforderlichen fortschrittlichen Entwicklungen an unseren deutschen Universitäten zum Tragen kommen.

Ich darf noch eines sagen – warnende Signale hörten wir ja auch bereits von Herrn Kultusminister Mikat –: Auch die Arbeitsbedingungen für die deutschen Professoren und Wissenschaftler sind bei uns in Deutschland nicht so, daß nicht auch die Möglichkeit, nach Amerika zu gehen – vor allen Dingen von jüngeren Kräften – sehr ernsthaft in Erwägung gezogen würde. Wir besitzen keine Statistik darüber, wie viele deutsche Wissenschaftler nach 1945 nach Amerika gegangen sind; man kennt die Zahl nicht genau; aber eine Teilzahl steht doch im Raume: Innerhalb von zwei Jahren sind ungefähr 2000 deutsche Wissenschaftler nach Amerika ausgewandert. Auch das müssen wir klar sehen, und darum muß nicht nur für die Studenten und für den Lehrbetrieb etwas getan werden; das gleiche gilt vielmehr auch für den Forschungsbetrieb.

Ich habe diese konkreten Beispiele nur deshalb genannt, weil ich der Meinung bin, daß hier durch eine Vereinbarung von Bund und Län-

dern sofort etwas geschehen kann, und ich hoffe sehr stark, daß nun von unserer Versammlung Impulse dahin ausgehen, daß dieses Verwaltungsabkommen mit konkreten Angaben und Zielen zustande kommt.

Nun noch ein Wort zum Grundsätzlichen! Wir können natürlich diese Aufgaben nur durchführen, wenn die CDU in allen Ländern zusammenhält. Dabei bin ich nicht der Auffassung, daß sie in allen Ländern das gleiche beschließen müßte. Die Verhältnisse in Schleswig-Holstein sind andere als die in Bayern, und man kann dann – durchaus sachgerecht – auch einmal etwas Verschiedenes tun. Aber im Grunde genommen müssen wir auf kulturpolitischem Gebiet viel stärker zusammenstehen. Wir haben ja bescheidene Anfänge in der Zusammenarbeit der CDU-Landtagsfraktionen zu praktizieren versucht, sind auch in unseren Kulturkongressen zusammengekommen. Das sind immerhin Anfänge; aber diese Ansätze müssen wesentlich verstärkt werden, und auch wir werden in der Klärung der Grundsatzfragen noch mehr zueinander finden müssen.

Die Parole „Christlich ist sachgerecht“ – nun, so ist es ja nicht gesagt worden; gesagt wurde vielmehr: Vom christlichen Glauben aus ergibt sich die Forderung der Sachgerechtigkeit – muß aber noch ergänzt werden. So muß doch auch erklärt werden, was denn nun sachgerecht ist, um welche Sache es geht. Dazu hat Herr Kultusminister Mikat auch bereits einen Hinweis gegeben, indem er sagte, sachgerecht sei, wenn der Staat Dienst an der Ordnung sei, an der Lebensordnung, die nach unserer Auffassung doch vom christlichen Bild und Gemeinschaftsbild geprägt ist. So kann man also nicht eine Sachgerechtigkeit fordern, die wertneutral ist – sie gibt es nicht! –, die opportunistisch ist, aber eine Sachgerechtigkeit, die auch nicht etwa jede Sache gewissermaßen mit einem Ewigkeitsakzent versieht, sondern, die die Sache wirklich Sache bleiben läßt und von den letzten Grundlagen, die doch für uns gemeinsam sind von unserem christlichen Glauben her, auch ein Bildungsethos entfalten, das die Freiheit des Menschen garantiert gegenüber dem Druck des pragmatischen und konformistischen Denkens.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Vielen Dank, Herr Redeker! Ist Herr Prof. Roegele in unserer Mitte?
(Frau Dr. Teusch: Nein, in „Publizistik“!)

– Er ist also nicht hier. Dann bitte jetzt Herr Dietz!

DIETZ:

Meine verehrten Freunde! Bezüglich der Rolle des Bundes in der Kulturpolitik wehre ich mich gegen einen Gedanken, den man immer als Begründung dafür bringt, daß der Bund eingeschaltet werden müsse. Man sagt: Wir benötigen eine stärkere Vereinheitlichung. Um dieses Anliegen willen, glaube ich, dürften wir die kulturpolitischen Aufgaben keineswegs verlagern; es geht doch um ein grundsätzlich Anderes.

Die Kulturpolitik hat in den letzten Jahrzehnten doch eine ganz wesentlich andere Bedeutung erlangt als die, die sie früher einmal besaß.

Warum denn eigentlich haben die Sozialdemokraten ihr Schlachtfeld aus dem Gebiet der Sozialpolitik in das der Kulturpolitik verlegt, warum die Liberalen ihr Hauptfeld aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik in den der Kulturpolitik? Einfach deshalb, weil sie erkennen – weil wir alle auch erkennen müssen –, daß die großen weltpolitischen Entscheidungen eben auf dem Bereich des Ethischen und der Kulturpolitik gefällt werden müssen! Es ist doch einfach so, daß sich der Angriff des Kommunismus auf die freie Welt entscheidet in der Frage, welches Menschenbild, welches Weltbild für die Gestaltung unserer Gesellschaft und auch für die politische Gestaltung der verschiedensten Länder gelten soll. Das aber ist doch ein eminent entscheidendes kulturpolitisches Anliegen. Deshalb ist diese Frage von so großem Gewicht; daher kann es nicht etwa darum gehen, den Ländern jetzt kulturpolitisch etwas abzunehmen, sondern muß einfach darum gehen, daß um der Wichtigkeit dieses Anliegens willen der Bund in diese großen Entscheidungen miteinzuschalten ist, daß wir sämtliche politischen Kräfte dafür einzuspannen haben, um hier überhaupt bestehen und uns durchsetzen zu können.

Es ist nicht so, daß etwa den Ländern etwas abgenommen werden sollte. Sie und auch die Gemeinden werden ihre ganz zentrale Stellung in diesen Fragen der Schule und auch der Erwachsenenbildung beibehalten. Aber wir brauchen einfach das ganze Gewicht des Bundes – nicht so sehr vom Finanziellen her, sondern vom Bekenntnis her –, weil wir uns für ein anderes Menschenbild einsetzen müssen; denn es geht ja nicht nur darum, daß wir dieses Menschenbild bei uns verteidigen und den Kommunismus bei uns abwehren; sondern es geht im letzten auch um die Frage: Werden wir so glaubhaft bleiben und überhaupt so kraftvoll sein, daß wir das, was wir wollen, auch einmal wieder zurücktragen können in diejenigen Länder, die heute kommunistisch sind? Deshalb können wir einfach nicht umhin, einen Weg zu suchen, auf dem wir auch den Bund in der möglichen, im Rahmen der Verfassung möglichen Weise miteinschalten können. Für mich gibt es keinen Zweifel darüber, daß hier ein sehr großer Raum dafür offensteht. Darum auch wird es notwendig sein, uns in diesem Ausschuß gerade um die Frage der Positionen der einzelnen politischen Einrichtungen zu mühen und dort einen Weg zu finden. Tun wir das, so leisten wir meines Erachtens das Entscheidende für unsere künftige politische Arbeit.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Vielen Dank! Zu diesem ersten Punkt liegt nur noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Martin vor. Danach wollen wir versuchen, uns über das Ergebnis der Aussprache hierüber klarzuwerden.

Dr. MARTIN, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, um zu versuchen, klarzumachen, was vielleicht von uns vom Bundestag aus in dieser Sache gesagt werden muß. Zunächst müssen wir wohl festhalten, daß die Aufgaben von Wissenschaft und Forschung und Bil-

derung eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern sind – so haben wir uns festgelegt –, und es wäre gut, wenn auch diese Versammlung so denken würde. Ich möchte sagen, es sind einige konkrete Schritte notwendig, die hier schon angedeutet worden sind, und möchte hinzufügen: Wenn Planung und Bildungsforschung uns wirklich zur Hand sein sollen, sollten wir überlegen, ob wir nicht die sehr gute Planungsstelle bei der Kultusministerkonferenz ausbauen – gemeinsam! – und sollten uns in einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern darüber klarwerden, eine ausreichende und große Forschungs- und Planungsstelle schaffen zu müssen.

(Dr. Hofmann: Vor allen Dingen Schulstatistik ...
Ausbildungsstatistik! Da liegt alles im argen.)

– Herr Hofmann, ich begreife darunter alles. Der Bund kann nach Art. 74 b Ziff. 13 GG nur die wissenschaftliche Forschung fördern. Aber wenn er das tun will, muß er den ganzen breiten Unterbau kennen und muß etwas davon wissen. Das zieht auch nach sich, daß die Bundesregierung selber gesprächsfähig wird und ein Grundsatzreferat oder ein Planungsreferat bei sich selber schafft.

Ferner müssen wir festhalten, daß die Gründung neuer Hochschulen eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ist, worüber ein Verwaltungsabkommen zu treffen wäre.

(Zurufe – Ministerpräsident Kiesinger: Das stimmt nicht!
Jetzt wird es gefährlich. Wenn Sie so argumentieren,
schlagen Sie uns alles wieder zusammen!)

– Ja, wie denn?

(Frau Dr. Teusch: Man kann hier überhaupt nicht argumentieren;
wir haben das gehört, und es wird Zeit, daß Konsequenzen
gezogen werden. . . .)

– „Zusammenwirken bei der Gründung neuer Hochschulen“, so wird man doch formulieren können.

(Widerspruch der Frau Dr. Teusch)

– Auch nicht?

(Frau Dr. Teusch: Auch nicht! . . . – Weitere Zurufe)

– Ich würde denken, daß auch im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik –

(Zuruf: Ich würde es nicht in die Entschließung hineinnehmen!)

Ich möchte dabei bleiben, daß die Universitäten, ihr Ausbau und die Neugründungen gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern sind. Bei der gegenwärtigen Notlage ist es Aufgabe der Partner, mangelnde Zuständigkeiten durch einen aktiven kulturpolitischen Willen zu überwinden.

Prof. Dr. HAHN:

Herr Ministerpräsident Kiesinger, bitte noch zu einer Erwiderung!

Ministerpräsident KIESINGER:

Ich bitte sehr um Entschuldigung, daß ich jetzt nochmals kurz das Wort nehme. Ich muß es tun, damit nicht einiges, was Herr Martin eben sagte, stehenbleibt und nun wieder aufs neue Widerstände weckt, die wir ja gerade eben beschwichtigen wollen.

Wenn Sie erklären: Die Gründung neuer Hochschulen ist Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, dann stimmt das verfassungsrechtlich nicht. Die Gründung neuer Hochschulen ist ausschließlich Angelegenheit der Länder. Sie müßten das Grundgesetz ändern, wenn Sie das wollten, was Sie gesagt haben.

Da wir also von dem geltenden Grundgesetz ausgehen müssen, wollen wir versuchen, eine Zusammenarbeit bei Wahrung der Kompetenzen zu erreichen. Diese Zusammenarbeit können wir unschwer innerhalb der Partei erreichen. Hier sind wir ja nicht auf die Grenzen des Grundgesetzes verwiesen, sondern können schon sehr stark zusammenwirken. Und das andere, das Zusammengehen von Bund und Ländern auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung ganz allgemein – das müssen wir tun, indem wir die nun einmal gegebenen Kompetenzen achten, aber den von unserem Freund Mikat erwähnten Spielraum, den weiten Spielraum in der Praxis ausnützen.

Ich sage das hier nur, damit nicht bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 19. entgegengehalten wird: Ja, da auf dem Kongreß der CDU hat man sich mal wieder munter über die Grenzen des Grundgesetzes und der dort gegebenen Kompetenzen hinweggesetzt. Auch hier müssen wir sachgerecht, also praktisch vorgehen.

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Meine Damen und Herren! Ich versuche jetzt, das zusammenzufassen. Es sind vier Grundgedanken ausgesprochen worden, ohne jetzt auf die Schwierigkeiten einzugehen, die Herr Ministerpräsident Kiesinger soeben noch mit Herrn Martin abgehandelt hat.

Das erste ist, daß wir uns zu einem funktionierenden Föderalismus bekennen und darum bitten, daß es zu einer wirklichen Zusammenarbeit kommen möge und nicht durch partikularistische Interessen das Funktionieren dieses Föderalismus behindert wird. Das sollte in diesem Kreise doch wohl sehr deutlich ausgesprochen werden. Aber wir bekennen uns zum Grundgesetz und wollen dieses nicht ändern.

(Zuruf: Nicht mit Kritik am Föderalismus, aber mit Kritik an der gegenwärtigen Lage! – Widerspruch der Frau Dr. Teusch – Weitere Zurufe)

Das zweite ist, was Herr Mikat auch deutlich ausgesprochen und gefordert hat. Wir bitten die Länder, das Verwaltungsabkommen zu ratifizieren, da es sich hierbei um ein Symbol der Zusammenarbeit handelt. Sind Sie damit einverstanden?

(Frau Dr. Teusch: Nein! Zur Geschäftsordnung!)

– Bitte schön!

Frau Dr. TEUSCH:

Ich möchte den Vorsitzenden bitten, an Entschließungen und Bitten nichts durch diesen Arbeitskreis aussprechen zu lassen. Vielmehr kann der Berichterstatter, Herr Stoltenberg, den Hergang unserer heutigen Verhandlung morgen im Plenum schildern, und Herr Kiesinger wird am 19. eine ganz andere Position haben, wenn er auf Grund der Berichterstattung des Herrn Stoltenberg dann die Herren Ministerpräsidenten davon überzeugt; aber keine Bitte aussprechen, keine Kritik am Föderalismus! Herr Stoltenberg möge vielmehr den Verlauf dieser Diskussion berichten. Die Entschließungen, Herr Vorsitzender, haben wir uns ja für den Kulturkongreß im November in Hamburg vorbehalten. Bis dahin ist ja vielleicht noch manches an guten Ideen hinzugekommen.

Prof. Dr. HAHN:

Wir haben im Augenblick auch gar nicht den Versuch einer Entschließung unternommen, sondern lediglich den, zusammenzufassen, was in der Diskussion gesagt worden ist, Frau Minister.

(Frau Dr. Teusch: Sie haben eine Bitte hinsichtlich des Kulturabkommens ausgesprochen! ...)

– Ein gewisses Ergebnis, ein gewisses Fazit einer Aussprache darf man doch wohl ziehen. Ich meine, eine solche Aussprache wäre sinnlos, wenn man gar nicht zu irgendwelchen gemeinsamen Überzeugungen käme.

Wenn ich also nun einmal weiter zusammenfassen darf: Das dritte ist doch, daß hier der Wunsch geäußert wurde – wobei nicht erforderlich ist, daß wir uns ihm alle anschließen –, daß es ein Gremium innerhalb unserer Partei geben sollte, in dem diese Fragen besprochen und koordiniert würden.

(Zurufe – Ministerpräsident Kiesinger: Koordinieren!

Diese ganzen Fragen des Bundesstaats möglichst tiefer als bisher durchdacht!)

– Ja, anzuregen, daß die Frage des bundesstaatlichen Zusammenwirkens – so sagt soeben Herr Ministerpräsident Kiesinger – tiefer durchdacht werden, als es bisher geschehen ist!

Jetzt bitte Herr Kollege Dietz!

DIETZ:

Herr Präsident! Ich meine, das kann man lediglich im morgigen Bericht als wünschenswert zum Ausdruck bringen, daß wir nämlich ein Kulturabkommen zwischen Bund und Ländern möchten. Das läßt sich doch hier als Wunsch aussprechen.

(Zurufe.)

Prof. Dr. HAHN:

Schließlich ist hier ja noch ausgesprochen worden, daß es zur Vertiefung dieser Arbeit sehr wünschenswert wäre, daß eine Forschungsstelle zur Verfügung stände, die insbesondere das gesamte Schulwesen,

aber auch das ganze Bildungswesen geschlossen untersuchte und das nötige Material zur Verfügung stellte.

(Zuruf: Kultusministerkonferenz! – Weitere Zurufe)

Ich meine, damit könnten wir diesen ersten Punkt abschließen.

Nun ist vorgeschlagen worden, wir sollten uns zweitens noch ganz allgemein zum Schulwesen äußern. Herr Giesberts hat sich zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

GIESBERTS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Frage nach der Schule läßt sich nicht unabhängig von dem ersten Thema behandeln. Nach meiner Ansicht hat der Fernsehstreit vor einigen Jahren doch ein positives Ergebnis gehabt, nämlich die Länderfreundlichkeit und die Bundesfreundlichkeit, die bis dahin wohl kaum in gleichem Maße bestanden hatten. Wir sollten diese Chance der „Freundlichkeit“ gegeneinander eigentlich wahrnehmen und diese weiter ausbauen. Ich meine, daß wir die Zeit überwinden müßten, wo der föderalistische Charakter der Kulturpolitik einfach strukturell nicht gesehen wurde und auch prinzipiell nicht, sondern einfach nur institutionell. Es war einfach so, daß die Länder ihn für sich gepachtet hatten, ohne ihn nach unten hin, zur Gemeinde, genügend zu berücksichtigen, aber auch ohne ihn so zu nutzen, daß auch der Bund im Rahmen der Verfassung beteiligt gewesen wäre. Wahrscheinlich geht es doch nur einfach darum, die Freundlichkeit Bund und Ländern gegenüber so, wie sie in jenem Prozeß angedeutet worden ist, auszuweiten.

Zur Schule, meine Damen und Herren! Wir haben von der Hochschule gesprochen, und ich möchte hier nicht auf das eingehen, was Herr Minister Mikat über die Erwachsenenbildung gesagt hat. Aber die Schule selber, dieses Thema, ist ein weites Feld. Ich glaube, wir könnten jetzt gar nicht dazu kommen, bestimmte Anregungen des Herrn Ministers ausdiskutieren; doch möchte ich nur sagen, daß wir bei unserer Schulpolitik auch die Sozialpädagogik berücksichtigen müssen. Vorhin wurde zutreffend gesagt, die Sozialdemokraten hätten ihre Politik von dem Bereich des Sozialen in den der Kulturpolitik verlagert, zum Teil dorthin verlagert. Das bemerkt man deutlich vor allem an den Gebieten des Sonderschulwesens, aber auch in vielen anderen Bereichen.

Wenn wir aber von Reformen und vom Ausbau der Schule sprechen, so müssen wir nach meiner Auffassung darauf achten, daß wir nicht eine Volksschuloberstufe behalten, mit der wir später kaum noch etwas anzufangen wissen. Wir sollten nicht den Drang zum Gymnasium, im 10. Lebensjahr zur Sexta, in einem solchen Maße forcieren, daß kaum etwas übrigbleibt, um hinterher dann die Scherben bei den Nichtversetzungen zu haben, was man uns in der Kulturpolitik immer wieder vorwirft, sondern wir sollten die Aufbaugymnasien, die Aufbaustufen für Realschulabsolventen und, meine Damen und Herren, den zweiten Bildungsweg ausbauen.

Treffen wir im 10. Lebensjahr eine solche Auslese, wie sie eben angedeutet wurde vom Herrn Minister, dann wird, so fürchte ich, der zweite Bildungsweg nicht mehr lebensfähig sein. Einen Aspekt des zweiten Bildungswegs aber möchte ich Ihnen noch einmal vortragen. Richtig ist, daß in diesem Menschen erfaßt werden, die es in einem früheren Alter versäumt haben, den allgemeinbildenden Weg zu gehen; aber dieser ihr sozialer Ausgleich ist nicht das einzige. Wir stehen heute in einer Welt, die so technisiert ist, die uns so viele Aufgaben in unserem eigenen Land, aber auch im Zusammenleben mit anderen Ländern, nicht zuletzt auch mit den Entwicklungsländern, zuweist, daß wir auf die Dauer auch sehr viele solcher Akademiker gebrauchen, die ebenfalls etwas von der praktischen Arbeit im Handwerk und in der Wirtschaft verstehen. Mir ist der Abiturient, der gleichzeitig eine abgeschlossene Lehre hat, sehr wertvoll.

(Beifall.)

Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir nicht das nur auch berücksichtigen sollten; wir sollten das vielmehr sehr stark in den Mittelpunkt rücken – der Herr Minister hat vorhin sehr klug und sehr fein abgegrenzt –, und ich muß Ihnen sagen: Als Mitglied der Exil-CDU bin ich dafür sehr dankbar, daß Herr Mikat gerade das totalitäre System in seiner Kulturpolitik so gekennzeichnet und den Menschen daraus in seiner Freiheit letzten Endes wieder begründet hat. Ich muß doch sagen, daß das Prinzip der polytechnischen Bildung, wie es drüben gehandhabt und bereits in viele Länder exportiert wird,

(Zuruf: Sehr wahr!)

sehr gefährlich wirken kann, wenn wir die Allgemeinbildung ohne die Berufsbildung sehen. Das ist die große Gefahr, in die wir immer wieder hineingeraten. Wir sollten, so meine ich, den zweiten Weg nicht nur intensivieren, sondern sollten ihn zu einem normalen Weg machen, der auch neben dem anderen möglich ist. Er kann nicht genug intensiviert werden. Das, meine Damen und Herren, ist auch deshalb notwendig, weil wir ja darauf angewiesen sind, eine gesunde Begabungsstrukturierung in allen Berufen zu haben. Wenn wir die Volksschule auslaugen, wenn die Volksschuloberstufe keine Reserven mehr hat, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß im Handwerk, in der Wirtschaft die Prüfungen, die Abschlußprüfungen noch elender ausfallen, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, daß ganze Berufsstände geistig und seelisch verarmen. Bei aller Begabungsreserve, die wir haben, ist es unsere Verpflichtung, sie dann auszuschöpfen, wenn die Begabung sichtbar wird.

(Beifall.)

Sie vorwegzunehmen, könnte gefährlich sein; denn das, was an unseren Schulen durch Nichtversetzungen scheitert, ist noch gar nicht im richtigen Maße zusammengefaßt worden. Wir sollten das auch einmal vom ökonomischen Gesichtspunkt aus betrachten und ruhig einmal die Psychologie etwas ernster nehmen und auch Psychologen an die Arbeit stellen.

Ich habe einmal vor einigen Jahren in Köln festgestellt, daß rund 3000 Schüler an Real- und höheren Schulen nicht versetzt worden sind oder wegen Nichtversetzung abgingen. Das sind immerhin gut 100 Klassen; das sind immerhin gut 160 Studienräte, die ein Jahr vergeblich gearbeitet haben. In der Wirtschaft leistet man sich das nicht. Wir müssen zusehen, daß wir damit fertigwerden und daß wir auch von daher andere Kräfte – gerade Psychologen – miteinsetzen.

Noch ein weiteres, meine Damen und Herren, was vorhin gesagt worden ist, vor allem das, was der Herr Minister sagte von der Sozialdemokratie und ihrer Kulturpolitik, von ihrem Einschwenken auf eine andere Linie, von ihrer Absicht, mehr und mehr sogar die Konfessionsschule zu tolerieren! Meine Damen und Herren, ich glaube nicht daran. Ich bin einmal, als ich in der Zone war, gefragt worden, was der Unterschied zwischen der kommunistischen und der CDU-Kulturpolitik sei. Ich habe damals die Verlegenheitsantwort gegeben, daß die Kommunisten mit der Kultur Politik trieben, daß also Kulturpolitik für sie nichts anderes sei als die Fähigkeit, mit der Kultur Politik zu machen, daß für uns aber das oberste Gesetz sei, das politische Handeln so zu gestalten, daß man es als Kultur bezeichnen könnte.

Meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß auch an unserer linken Seite der Versuch gemacht wird, mit der Kultur Politik zu machen, und davor sollten wir uns hüten.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Vielen Dank, Herr Giesberts! Es spricht noch ein Vertreter der Exil-CDU, Herr Siebrecht.

SIEBRECHT:

Meine Damen und Herren! Herr Giesberts hat eben schon das ausgesprochen, was ich sagen wollte. Aber ich will es ganz deutlich machen: Ich komme aus der Zone und arbeite seit längerer Zeit in Berlin. Sie haben hier diskutiert über Kulturpolitik, nicht über deutsche Kulturpolitik, sondern über bundesdeutsche; denn wenn wir deutsche Kulturpolitik in der Zukunft planen wollen, dann ist die Voraussetzung nicht nur eine Einigung über kulturpolitische Differenzen der Zuständigkeiten und der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die allererste Voraussetzung ist, ganz intensiv und wahrheitsgetreu die kulturpolitische Wirklichkeit desjenigen Teils Deutschlands zu kennen, der in Zukunft mit uns zusammen das Deutsche Reich bilden soll und wo nicht nur eine Theorie vertreten wird, sondern wo eine Praxis vorhanden ist, und zwar bereits seit Jahren, von der heute schon Hunderttausende von jungen Menschen geformt sind und mehr geformt werden; es sind, ganz schlecht gerechnet, 40 %, wahrscheinlich mehr, die bereits die Zehnjahresschule absolvieren. Im kommenden Jahr werden es wahrscheinlich 50 % all derer sein, die das Abitur machen, die das haben, was Herr Giesberts sagte: eine Fachausbildung und ihre Schulausbildung. Über den Inhalt will ich gar nichts sagen, sondern will nur das eine hervorheben: Keine deutsche Kulturpolitik ist möglich,

ohne daß man in allen Ausschüssen zunächst einmal kennt und zur Kenntnis nimmt, welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind – das ist das zweite! –, was in diesem Teil Deutschlands Wirklichkeit, was Planung ist und nach drei, vier Jahren eine grausam umfassende Wirklichkeit sein wird. – Das war mein ganzes Anliegen.

(Zuruf: Siehe das neue Jugendausbildungsgesetz!)

– Ja! Einzelheiten will ich nicht anführen. Außer den Dingen, die vorhin hier angesprochen worden sind, gibt es Illustrationen über Illustrationen. Manches, was hier Planung ist, ist dort bereits Wirklichkeit. Was hier mit Lehrlingsfehleistungen bezahlt wird, könnte man sich ersparen, wenn man manches wüßte.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Vielen Dank auch Ihnen! Jetzt bitte

Frau MOSHAGEN:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche hier im wesentlichen als Frau und Mutter. Daher sind die Probleme, die ich anspreche, eben typisch weiblicher Natur. Das möchte ich vorausschicken. Zunächst danke ich Herrn Professor Mikat außerordentlich dafür, daß er den Pessimismus, den man sonst gegenüber der Wissenschaft hegt, abschreibt und sagt: Es ist nicht so, daß die deutsche Wissenschaft im argen liegt. Das freut mich ganz besonders; denn nach meinem Empfinden wird dieser Pessimismus in Deutschland viel zu groß geschrieben.

Mein Anliegen ist nun folgendes! Sie sprachen in dem Vortrag über die eventuelle Einrichtung von Nachmittagschulen oder Möglichkeiten, die Schlüsselkinder in den Nachmittagsstunden zu betreuen. Das ist natürlich schön und gut, und man möchte es durchaus befürworten. Dennoch bitte ich, um dieser Schlüsselkinder willen, die doch immer nur einen kleinen Teil unserer Kinder insgesamt ausmachen – ich nehme an, es sind vielleicht 20 %,

(Zurufe.)

nicht die übrigen Kinder den Eltern aus dem Hause zu nehmen. Das ist unser Anliegen als Mütter.

(Beifall.)

Wozu sind wir denn zu Hause, wenn unsere Kinder abends um 6 oder 7 Uhr zurückkommen, abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, daß sie sonnabends den ganzen Tag dort sind oder Sie dann selber viel zu tun haben? Nicht alle Berufe können am Sonnabend aussetzen; mein Mann ist Arzt. Darüber hinaus gibt es viele andere Berufe, die sonnabends besonders stark beschäftigt sind. Auf sie muß man ja auch Rücksicht nehmen. Was nützen uns die Kinder dann am Sonnabend?

Das zweite! Sie sprachen von den Bildungsreserven, die man weiter ausschöpfen müßte. Nach meinem Eindruck darf man nicht von der Ausschöpfung der Bildungsreserven sprechen, solange nicht die Mäd-

chenerziehung noch mehr befürwortet wird. Es geht nicht an, daß man die Mädchen von der Schule nimmt, wenn sie nicht versetzt werden. Die Jungen können ruhig sitzenbleiben; das ist ja nicht so schlimm. Sie fangen sich wieder und werden bis zum Abitur durchgeboxt; manchmal stehen sie dann doch tadellos ihren Mann. Mein Onkel war auch Hochschulprofessor, obwohl er sitzengeblieben war. Das macht doch gar nichts aus.

(Heiterkeit.)

Deshalb würde ich da gar nicht so fürchterlich schwarzsehen. Aber bei den Mädchen ist alles ganz anders. Wenn sie 14 sind, hört vielfach die Lust auf. Das geht sehr schnell. Gelangen sie gar bis zum Einjährigen, nun, dann möchten sie überhaupt schnell Geld verdienen und nicht mehr zur Schule gehen. Wir wissen aber doch von Rußland her, daß die Hälfte der Begabungen bei den Frauen liegt; warum unterstützt man nicht die Ausbildung der Frauen für alle Berufe? Warum redet man den Eltern nicht zu: Ihre Kinder sind genauso begabt und wären prädestiniert vor allem für den Lehrberuf und Pflegeberufe, die doch durchaus von Frauen gemeistert werden können! Ich möchte gar nicht in die Jurisprudenz und ähnliche Berufe einsteigen. Viele Berufe aber könnten sehr gut von Frauen ausgeübt werden. Man sollte doch die Eltern darauf hinweisen, daß hier ein Begabungsvolumen liegt, das gar nicht genügend ausgeschöpft wird. Bei uns gibt es eine Jungen- und eine Mädchenoberschule.

(Zuruf: Wo?)

– In Helmstedt! Die Zahl der Anfänger, die jetzt in die Sexta eingeschult werden, ist bei den Jungen vielleicht zwischen 80 und 100. Von den Jungs machen etwa 50 das Abitur; das ist ganz schön. Bei den Mädchen sind es manchmal nur 20, 23. Das liegt, wie Sie wohl glauben werden, nicht an der Begabung; das liegt an der Förderung und dem guten Zureden: Jawohl, wir brauchen euch genauso gut wie die Jungen!

Das dritte, was mir aufgefallen ist! Sie sprachen für Häuser für die Erwachsenenbildung. Dazu kann ich im Hinblick auf Helmstedt nur folgendes sagen: Wir verfügen in den Schulen über die besten Räume, die man sich nur denken kann und haben das auch ausgenutzt. Was aber fehlt, sind die Erwachsenen. Sie kommen nicht, und wir wissen nicht recht, wie man das intensivieren könnte. Man möge doch hier auch besonders an die Kleinstädte denken. Uns fällt es so schwer, z. B. Professoren von Göttingen usw. herbeizuholen. Wenn wir die Universitätstage abhalten, gelingt es uns allerdings, den einen oder anderen zu gewinnen, wie wir jetzt z. B. Herrn Stepun aus München bei uns hatten. Sonst aber ist es recht schwierig, und wenn man die Herren und Damen, die Erwachsenen, nicht durch wirkliche Wissenschaftler ansprechen läßt, dann kommt eben niemand. Mein Anliegen wäre also, diese drei Punkte zu berücksichtigen.

Prof. Dr. HAHN:

Vielen Dank für den sehr lebensnahen Beitrag! Jetzt Herr Damm, bitte!

DAMM:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte an das, was meine Vorrednerin gesagt hat, anknüpfen und ihr hinsichtlich der Förderung der Mädchenbildung sehr zustimmen.

Was das Problem der Schlüsselkinder, der Nachmittagsförderung usw. angeht, möchte ich allerdings den Akzent anders setzen als sie. Ich bin mit Herrn Mikat darin völlig einig, daß wir es nötig haben, die Begabungsreserven, so weit es eben geht, auszuschöpfen. Dazu gehört – ich spreche als jemand, der eine Arbeitergegend von der Schule her – in Hamburg – kennt –, auch zu bedenken, daß man eben nicht überall schon voraussetzen kann, daß das Elternhaus das leistet, was nötig ist, die Kinder, die begabt sind, wirklich so weit zu fördern, daß sie die weiterführende Schule erreichen und erfolgreich absolvieren können. Wo es so ist, daß wegen dieses Mangels im Elternhaus die Kinder eben die höhere Schule nicht durchlaufen können, dort sollte man für solche Fälle – und freiwillig – die Nachmittagsschule sehr wohl befürworten. Insofern muß man meines Erachtens Herrn Giesberts widersprechen: Es kommt darauf an, daß das Kind auf die weiterführende Schule kommt, das begabungsmäßig die Voraussetzung dazu mitbringt. Ob dann, wenn das Kind dorthin gegangen ist, die Volksschule eine Begabung weniger aufzuweisen hat – nun, ich muß als Rektor sagen: Das müssen wir in Kauf nehmen. Wichtig ist, daß das Kind dort ist, wo es seiner Begabung entsprechend gefördert werden kann.

(Zuruf: Aber erst dann, wenn die Begabung –)

– 'Nein! Herr Giesberts hat darauf hingewiesen, daß die Sorge bestünde, daß die Volksschule ausgepowert würde. So, meine Damen und Herren, kann man es nicht formulieren. Es geht darum, dem Kind die seiner Begabung entsprechende Schule zu geben. Die Volksschule ihrerseits muß in die Lage versetzt werden, den Kindern, die bei ihr verbleiben, das höchstmögliche Angebot zu machen. Das erfordert unter anderem möglicherweise sehr viel besser spezialisierte, ausgebildete Lehrer. Darüber werden wir uns in den nächsten Monaten sehr ausführliche Gedanken machen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich aber vor allem zu Wort gemeldet, weil ich glaube, daß es in diesem Arbeitskreis nicht angeht, auseinanderzugehen, ohne zu dem Thema einmal sehr deutlich – und in Unterstützung der Ausführungen des Herrn Prof. Mikat – zu sagen: Die CDU und die CSU haben es nötig, aus ihrer bisherigen Reserve ihrer Aussagen zu diesem Thema herauszukommen und den Sozialdemokraten den publizistischen Rang wieder streitig zu machen, der den Eindruck aufkommen läßt, als seien ausschließlich die Sozialdemokraten diejenigen, die bereit und willens und in der Lage seien, zur Schulpolitik in Deutschland eine gültige Aussage zu machen.

(Beifall.)

Das stimmt ja in der Sache nicht, und wir sollten endlich deutlich machen, daß für uns die Schulpolitik – so ist es ja auch in Wirklichkeit

gar nicht; aber so wird es immer wieder dargestellt – nicht ausschließlich die Sicherung der Konfessionsschule bedeutet,

(Beifall.)

so richtig es auch ist, daß für uns die Sicherung des Elternrechts überall und besonders dort, wo es überhaupt im Ernst bestritten wird, für uns eine sehr bedeutsame Angelegenheit ist. Ich selber bin Leiter einer katholischen Schule, und mir wird man nicht vorwerfen, daß ich dafür nicht einträte.

(Frau Dr. Teusch: In Hamburg!)

– In Hamburg, jawohl, in Hamburg!

So sicher das also notwendig ist, meine Damen und Herren, aber Schulpolitik für die Zukunft bedeutet viel mehr. Dazu gehört das, was Anton Böhm neulich in der „Politischen Meinung“ als Vorwärtsstrategie sehr ausführlich dargestellt hat. Ich meine, wir sollten mit ihm sagen: Kulturföderalismus – ja, und im Rahmen der vom Grundgesetz gezogenen Grenzen! Völlig richtig! Das bedeutet aber doch nicht – wie Anton Böhm mit Recht gesagt hat, daß wir als Bundespartei einschließlich CSU

(Dr. Martin: Das ist ja meine These!)

nicht in allen Ländern das gleiche tun wollen dürfen. Ich finde, wir sollten uns deshalb auch innerhalb der CDU/CSU endlich zu einer modernen Aussage zur Landschule durchringen.

Meine Damen und Herren, wir können nicht mehr umhin zu sagen, daß die kleingegliederte Schule dem Kind eben nicht das bringen kann, was ihm die mehrgliedrige Schule bietet. Dort, wo es nicht praktikabel ist – nun gut, da kann man es nicht ändern; aber die einklassige Schule ist nicht das Ideal.

(Giesen: Das ist etwas anderes!)

– Sehen Sie! – Wir sollten also eine praktische Stellungnahme zu diesen Fragen, zur Landschule einnehmen und sollten, so, wie Herr Mikat es neulich einmal bei den kulturpolitischen Obleuten getan hat, sagen: Die Landschule ist für uns kein Dogma. Gerade weil wir – er sprach als Katholik – wissen, was ein Dogma ist, wissen wir auch, was keines ist.

Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn es dahin käme, daß, mit dem Impuls des diesjährigen Parteitags, in einem halben Jahr auf dem Kulturkongreß in Hamburg sehr präzise und sehr fortschrittliche Aussagen zur Schulpolitik von der CDU/CSU gemacht würden, damit wir endlich von dem Odium loskämen, als wären wir unfähig, konkrete Aussagen zu machen.

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Meine Damen und Herren, die Diskussion erhitzt sich jetzt erst und kommt anscheinend erst auf ihren Höhepunkt. Zunächst spricht nun Herr Eckstein.

ECKSTEIN:

Herr Professor! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion heute hier ist sehr vielschichtig, und es bedarf einer geistigen Rekapitulation, zu sehen, was aus ihr als Ergebnis herausgekommen ist. Quasi effektiv nichts!

Unter der ersten Rubrik wurde der Versuch gemacht, innerhalb der Partei einen Ausschuß zu bilden, der sich bemühen sollte, die neuen Gedanken der Partei irgendwie zusammenzufassen.

Aber, meine Damen und Herren, Herr Prof. Mikat hat dankenswerterweise auch darauf hingewiesen, daß es von der Ebene der Praxis gesehen doch ein sehr schwieriger Faktor ist. Wir wollen auf der einen Seite die Forschung fördern; auf der anderen Seite wollen wir das gesamte Bildungsniveau der deutschen Nation irgendwie anheben.

Jetzt möchte ich Sie bitten, versuchen Sie, mir und meinen Gedankengängen kurz Folge zu leisten!

Es ist sehr schwer, einer Nation klarzumachen, daß sie der Bildung bedarf.

(Zuruf: Warum?)

– Unter Nation verstehe ich z. B. das ganze deutsche Volk und damit schlechthin auch die CDU und den Bundesparteitag, der ja hier versuchen will, innerhalb einer Stunde die gesamte Kulturpolitik auf Vordermann zu bringen.

(Heiterkeit.)

Das ist sehr schwierig. Darin liegt doch ein sehr wesentliches Problem. Ich meine durchaus, daß Sie sich heute hier trennen können mit dem Ergebnis, daß Sie sich nicht hätten einigen können. Das ist doch durchaus möglich. – Meines Erachtens ein sehr guter Entschluß.

(Frau Dr. Teusch: Worauf eigentlich?)

– Einen Moment, gnädige Frau! Lassen Sie mich bitte ausreden: Sie dürfen gleich zu meinen Ausführungen Stellung nehmen.

(Heiterkeit.)

Die CDU möchte auf der einen Seite neue Impulse geben, d. h. sie möchte die Bildung der Nation irgendwie fördern. Doch, wie gesagt: Wie sieht das praktisch aus? Die Schulen in Deutschland, die Volksschule, die Mittelschule, die höhere Schule, die Ingenieurschulen und die Fachschulen, sind doch, konkret betrachtet, nicht auf dem eigentlich von uns erwünschten Bildungsstand.

(Zuruf: Noch nie gewesen! – Weitere Zurufe.)

– Gut! Das bestreite ich. Bitte, meine Herren, lassen Sie mich ausreden; Sie dürfen gleich zu meinen Problemen Stellung nehmen.

Wäre es nicht angebracht, die Leute in den Kultusministerien, die die Pläne ausarbeiten, einmal auf Lehrgänge zu schicken? Meine Damen und Herren, es ist nämlich eine sehr krankhafte Idee in Deutschland, immer wieder neue Institutionen gründen zu müssen, neue Vereine, neue Interessentengruppen, neue Ausschüsse zu bilden, die versuchen

wollen, das zu erarbeiten, wozu wir eigentlich in der Lage sind. Es gibt in Deutschland – ich denke an die Konferenz der Kultusminister mit den jeweiligen Ausschüssen – den Erziehungsbeirat; es gibt den Wissenschaftsrat. Nebenher haben noch verschiedene Leute, namhafte Professoren, vor allem die Göttinger Professoren, die hier am Sonntagabend im Rundfunk bekanntgegeben: Versucht, einen neuen Typus der Universität herauszuarbeiten! – Wäre es nicht Aufgabe der Partei, sich einmal mit diesen Leuten zu unterhalten; denn ich wage es zu bezweifeln – entschuldigen Sie, das ist meine eigene Auffassung! –, ob die CDU wirklich die richtigen Leute in der Partei hat, die in der Lage sind zu sagen, ob das 9. Schuljahr richtig ist. Bitte, meine Damen und Herren, überlegen Sie das einmal ganz kurz! Denn es gibt doch namhafte Leute in Deutschland, die nicht in der Partei sind, Professoren, Psychologen, Soziologen und auch andere Intellektuelle, die versuchen wollen, etwas Gutes herauszuholen.

Ein konkreter Vorschlag wäre doch, den CDU-Kultusministern – darunter auch Herrn Kultusminister Mikat – die Auflage zu machen – entschuldigen Sie; es klingt vielleicht sehr drastisch –: Unterhalten Sie sich einmal mit solchen Wissenschaftlern darüber, welche Möglichkeiten sie sehen und welche Bildungssituation in absehbarer Zeit zu erwarten ist!

Meine Damen und Herren, es wäre übers Knie gebrochen, einfach zu erklären: Die CDU hat den Versuch unternommen, einen neuen Geist – (Ministerpräsident Kiesinger: Die sitzen doch im Wissenschaftsrat!)

– Gut! Aber warum, so frage ich Sie, gründen Sie jetzt auf diesem Parteitag einen neuen Ausschuß?

(Ministerpräsident Kiesinger: Das haben Sie nicht verstanden, lieber Freund. Dann müssen Sie besser aufpassen. Das ist furchtbar leicht. – Heiterkeit.)

– Bitte vielmals um Entschuldigung! Ich versuche ja nur –

(Ministerpräsident Kiesinger: Sie reden an der ganzen Sache völlig vorbei.)

– Nein, ich rede nicht an der Sache vorbei.

(Ministerpräsident Kiesinger: So ja!)

– Aber ich bin noch nicht ganz fertig.

(Zurufe – Einzelner Zuruf: Das stimmt! – Heiterkeit.)

Lassen Sie uns noch konkreter werden! Wir haben versucht, die Schule irgendwie auf Vordermann zu bringen; wir haben versucht, das 9. Volksschuljahr einzuführen; wir haben versucht, den zweiten Bildungsweg auszubauen; wir haben versucht, einen neuen Typus der Universität heraufzubeschwören.

Meine Damen und Herren, ich sehe keinen Ausweg darin, daß man auf einem Parteitag einen neuen Ausschuß gründet oder ihn zumindest

zu dem nächsten Kulturkongreß der CDU empfiehlt und ihm sagt:
Bitte, erarbeiten Sie ein Bildungsniveau der Nation!

(Widerspruch.)

Das ist doch ein sehr schwieriges Problem. Meines Erachtens ist es von wesentlicher Bedeutung, daß die CDU christlich die Gedanken der Toleranz walten läßt und sich mit namhaften Leuten, Wissenschaftlern usw. zusammensetzt, die gerade nicht in der Partei sind.

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, daß ich nicht ganz Ihren Ideen folgen konnte; aber ich wollte Ihnen einmal meine eigenen Gedanken vortragen.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Ich halte es für gut, daß auch einmal die Stimme der jüngeren Generation aufgeklungen ist. Herr Ministerpräsident Kiesinger möchte ein kurzes Wort dazu sagen.

Ministerpräsident KIESINGER:

Ich will nicht viel dazu sagen; nur folgendes, damit es nicht allein stehen bleibt! Wir gründen – um in der Sprache meines Vorredners zu bleiben – keinen Ausschuß, um die Bildung der Nation auf Vordermann zu bringen,

(Heiterkeit.)

sondern gründen ganz schlicht einen Ausschuß, um die bestehenden Schwierigkeiten im bundesstaatlichen System zu beheben und zu einer Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern zu kommen. Das zunächst im Rahmen unserer Partei abzuklären, ist, um es noch einmal deutlich zu sagen, das schlichte und bescheidene Ziel dieses Ausschusses.

(Zuruf: Sehr gut!)

Prof. Dr. HAHN:

Herr Dr. Hofmann!

Dr. HOFMANN, MdL:

Niemand hat es wohl so begrüßt, daß auf diesem Parteitag auch einmal in einem Arbeitskreis über kulturpolitische Fragen gesprochen wurde wie der Vorsitzende des Bundeskulturausschusses der CDU. Ich möchte allerdings dazu sagen, daß das Ansprechen dieser Probleme nicht neu ist, sondern daß es schon vor Jahren begonnen hat, und zwar begonnen hat mit dem, was uns gerade vorgeschlagen wurde: uns auch einmal mit Nicht-Parteimitgliedern zusammenzusetzen. Das war ein wissenschaftlicher Beirat, der auf meinen Antrag auf dem ersten Hamburger Parteitag gebildet worden ist. Damit hat's angefangen. Dann kam der Bundeskulturausschuß dazu, und mit ihm haben wir doch immerhin zwei Kulturkongresse der CDU veranstaltet, die in der deutschen Öffentlichkeit ein größeres Echo gefunden haben als die Kulturkongresse anderer Parteien.

(Zustimmung und Beifall.)

Wir sind dann dazu übergegangen, etwas bereits von dem, was Herr Kiesinger vorgeschlagen hat, zu verwirklichen, indem wir neben dem Bundeskulturausschuß noch einen Arbeitskreis der kulturpolitischen Obleute aller CDU-CSU-Fraktionen gebildet haben, um diese Fragen zwischen den Ländern untereinander und zwischen den Ländern und dem Bund, der Bundestagsfraktion, auszugleichen. Wenn wir diese Dinge fortsetzen und dazu in der Tat einen Ausschuß, einen Kreis – ich würde nicht „Ausschuß“ sagen –

(Zuruf: Ein Gremium!)

– ein Gremium, das nun die Frage des bundesstaatlichen Funktionierens erörtert, setzen, dann wäre das ein Stück voran.

(Dr. Martin: Sehr gut!)

Wir leben allerdings in einer Zeit, in der die Entwicklung auf dem Bereich der Bildung so schnell voranschreitet, daß das, was vor drei Jahren gesagt wurde, heute schon nicht mehr ausreicht. Deshalb das Anliegen: das, was wir heute hier angesprochen haben, im Bundeskulturausschuß weiter zu erörtern und so dann auf dem nächsten Bundeskulturkongreß der Öffentlichkeit vorzuweisen, daß es wirklich zukunftsgestaltend wirkt; denn die Gegenwart können wir nur gestalten im Hinblick auf die Zukunft. Aus den Notwendigkeiten der Zukunft die Gegebenheiten der Gegenwart zu gestalten, bleibt unsere Aufgabe. Wenn wir das mit Entschiedenheit anfassen, werden wir Zielrichtungen angeben und die Modelle hinstellen, die sachgerechter sind als derjenigen, die in der Öffentlichkeit so erscheinen, als hätten sie die Bildung gepachtet.

Nun aber eine Frage, die Herr Kiesinger auch aufgegriffen hat, die die schwierigste ist: Wie verwirklichen wir in einer pluralistischen Gesellschaft Zielsetzungen, die unser eigentlichstes Anliegen sind? – Da gibt es meiner Ansicht nach fast keine andere Lösung als die, daß wir den Eltern weitestgehende Rechte auf die weltanschauliche Gestaltung der Schule einräumen,

(Beifall.)

daß wir nicht alles im Geleitzug fahren lassen, sondern neben den Geleitzügen auch eigenständige, von den Lösungen her mitgeformte Schulen haben. Das ist natürlich, Herr Ministerpräsident, eine schwierige Aufgabe gerade in Ihrem Land, weil man sich dort ja geeinigt hat, diese Frage nicht mit absoluter, sondern mit größerer Mehrheit zu entscheiden.

(Ministerpräsident Kiesinger: Verfassung!)

– Ja! – Es geht darum, daß wir die Zielsetzung erkennen als das Erfordernis der Freiheit auf kulturellem Gebiet.

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Als nächster Redner bitte Herr Wootje!

Dr. WOOTJE:

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ganz kurz eingehen auf das, was unser junger Freund eben – vielleicht ein wenig mißverstanden – vorgetragen hat. Vielleicht darf ich es etwas soziologischer angehen.

Ich meine, daß wir nicht schlecht beraten wären, wenn wir den Begriff der Öffentlichkeit, wie das häufig geschieht, untersuchten. Jetzt kann es nur ganz kurz geschehen.

Ich würde von zwei Arten Öffentlichkeit sprechen: von einer bürgerlichen und von einer akademischen Öffentlichkeit – die bürgerliche Öffentlichkeit, in der wir uns alle befinden, von morgens bis abends, die uns prägt, durchaus prägt, vielleicht sogar von der Kirche, vom Staat her, von hohen und hehren Einrichtungen; dagegen etwas wie eine akademische Öffentlichkeit, letztlich ausgeprägt im – ja, wie soll man sagen? – Stolz und in der Wirklichkeit, die geschaffen wird für eine Nation durch ihre Gelehrten etwa. So etwas gibt es ja durchaus bei uns in der Politik. Wir bitten, daß etwa in den Kulturausschüssen unserer Länder, in denen Sie alle doch wohl mitarbeiten oder denen Sie nahestehen, Universitätsordinarien mitarbeiten. Man beobachtet ein klein wenig so ein gewisses Ausweichen; es ist nicht überall gut, und ich war geradezu erfreut, als eben ein Herr aus Kiel hier am Katheder stand. Ich will fragen, wie viele Lehrstuhlinhaber – man darf es einmal so kaprizieren, es können Dozenten und andere sein – sich hier im Raume befinden und auch sonst mitarbeiten. Das ist aber nicht das, was ich unter „akademischer Öffentlichkeit“ verstehe. Ich bemängle das und versuche, es insofern in unserem Ausschuß abzustellen; es ist hier und da gelungen. Natürlich gibt es andere, die mitarbeiten, ohne nominelle Ausschußmitglieder zu sein.

Ich meine jedoch unter akademischer Öffentlichkeit noch etwas Weitergehendes: Ich meine, daß es nicht gelingt, eine Art Durchlässigkeit zu schaffen. Dieser Ausdruck ist ja entliehen. Wir wollen, wie gesagt, die Schulen, die gemeinbildenden Schulen durchlässig halten. Damit sind wir auch gut beraten: die Durchlässigkeit, die darin besteht, daß eben doch Kulturpolitik nicht von dem Einzelbedürfnis her, sondern von weitergehenden Kriterien und Maßstäben her gesehen wird, die ja sehr gut aufgehoben sind in Händen von Gelehrten und von geistig etablierten Leuten.

(Prof. Dr. Redeker: Die keine Kulturpäpste zu sein haben
und keine Kulturpropheten!)

– Ein Monopol scheidet bei der Kultur aus; das gibt es höchstens bei der Wirtschaft.

Das wäre eine Forderung – nun, Forderungen sollen wir nicht stellen, Bitten nicht aussprechen –, eine Anregung, die ich gerne auch einmal loswerden wollte. Ob das nun in Form eines neuen Ausschusses geschieht oder nicht, das ist nicht so sehr wichtig; das ist eine Frage, die man ad hoc klärt. Das kleinste Instrumentarium ist immer das beste, die notwendige Melodie zu spielen. Also: Eine Durchlässigkeit zwi-

schen diesen beiden Öffentlichkeiten, die, wie ich glaube, nicht erreicht ist!

Wenn Sie eben sagten – ich bin so etwas Ihrer Meinung –, daß dieser und jener Professor noch nicht darin sei, dann stimmt das nur zum Teil. Z. B. hat Herr Ministerpräsident Kiesinger gesagt, daß im Wissenschaftsrat ja bedeutende Leute vertreten seien. Selbstverständlich – wir sind unter uns – ist es auch so, daß auch im Deutschen Ausschuß für Erziehung und Bildung unsere Leute vertreten sind, nicht streng nach der Statistik: katholisch – evangelisch – Strich darunter! So weit soll es nicht gehen. Aber wir sind dort vertreten, und wir müssen darauf Wert legen, im Institutionellen. Aber vielleicht, wenn Sie das wollen, sollten wir – das wäre meine Anregung – weiter ausstrahlen. Das geschieht beispielsweise in den Fernseh- und den Rundfunkanstalten mit Natürlichkeit. Für einen Fernsehsender ist es ein Geschäft, einen großen Kopf auf dem Bildschirm zu zeigen, groß in der äußeren und in der inneren Dimension. Die Leute sind – wie es vorhin von Helmstedt gesagt wurde – davon ebenfalls erfreut. Wir müssen das zum Ziel machen; denn wir sehen es in der SPD mit einer Meisterschaft, wenn auch nur im sehr Taktischen, erprobt und gekonnt. Ich würde meinen: die beiden Ebenen also sehr durchlässig zu machen. Vielleicht habe ich im Ungefähren dargestellt, was das sagen soll.

Herr Ministerpräsident Kiesinger, eines ist mir eben aufgegangen und hat mich berührt – es stimmt –: Wes Geistes Kind ist etwa ein solcher Dozent oder Professor, den Sie an einer Pädagogischen Hochschule anstellen müssen? Sie wissen das nicht; das ist blaß, gewissermaßen wie der Goldhintergrund mittelalterlicher Gemälde, worin man den Gegenstand nicht genau placieren, nicht genau lokalisieren kann. Hier bin auch ich der Auffassung, daß die Universalität, die wir doch anstreben, die zum Charakter abendländischer Hochschulen und Universitäten gehört, ja nicht mehr darin bestehen kann, daß einer alles weiß, daß möglichst die Fakultäten unendlich groß werden, die Hochschulen alles und jedes lehren: Literaturgeschichte, Geschichtswissenschaften, Philosophie, Philosophie der Literatur usw. Das geht bis ins Unendliche und kombiniert sich unüberséhar weiter. – Nein! Auch hier wieder darf ich das Wort „Durchlässigkeit“ ein wenig sehr strapazieren, Durchlässigkeit insofern, als es gesättigt und getränkt sein muß mit staatsbürgerlicher Verantwortung, als wir eine Laufbahn haben müssen – nicht A 13 oder A 17 oder A 16, was immer es gibt – von der Gestalt, daß man den betreffenden Lehrer als einen Erzieher in der Vollgestaltung kennt.

Das hat seinen Ausfluß auf die Art unserer Hochschulen. Es ist nicht besonders zum Thema erhoben worden, und ich will mich auch nicht lange darüber verbreiten. Wir haben ja auch mehrere Schulen und haben zudem über das Bund-Länder-Abkommen gesprochen.

Wenn aber zur Hochschule noch etwas gesagt werden darf, dann doch das, daß wir eben diesen letzten Gedanken ein klein wenig intensivieren sollten. Die Universität geht noch nicht hinreichend genug extra muros, außerhalb ihrer Mauern. Sie zieht sich noch etwas sehr

zurück. Bei der Erwachsenenbildung, zumal wo es gute Modelle gibt – Hochschulbewegung, Hochschulwachen an den Volkshochschulen; das ist dankbar anerkannt –, da leuchtet so etwas auf unter dem skandinavisch-englischen Vorbild usw. Das wäre eine Möglichkeit, uns selber – wie soll ich sagen? – avantgardistisch zu machen, ins Gespräch zu bringen, den Leuten zu zeigen, daß wir ja nicht nur je eine einzelne Institution verbessern wollen, sondern daß wir eine Hebung des Gesamtbildungsstandes anstreben.

Und noch etwas: Bildung oder Ausbildung – nicht etymologisch und auch nicht kapriziert jetzt nur auf das jeweilige Wort, sondern den Begriffsinhalt dessen, was gemeint ist! Die Hochschulen sind autonome, überregionale Lehr- und Forschungsanstalten, die je zu einem Wissenschaftsgebiet hin erziehen – ein Wissenschaftsgebiet haben – und zu einer Fertigkeit. Wenn wir das so einhalten, ist, glaube ich – ich darf es noch einmal aufgreifen –, das Bund-Länder-Abkommen sehr nahe. Hier wäre ich der Auffassung des Herrn Dr. Stoltenberg, wenn ich recht verstanden habe – es war eine Parenthese nur –: Man kann das Abkommen, etwa das Königsteiner Abkommen, das ja anderen Institutionen gilt, nehmen, und zwar sehr leicht, ohne daß man neue Institutionen, neue Gremien und neue Verbindlichkeiten schafft, einfach dadurch, daß es eben nur Länder gibt und den Bund und nicht noch irgend etwas Drittes. Ich glaube, Sie waren es, Herr Ministerpräsident, der das heute morgen im Plenum sagte. Man kann eben diese beiden in völliger Ausdehnung ihrer Kompetenz und ihrer Funktionen, ohne daß da verfassungsrechtlich oder verfassungsmäßig etwas birst, so weit vorantreiben, daß man es zu Papier bringt, daß man also den jeweiligen Forschungsstand, den Forschungsgrad und auch die finanzielle Verpflichtung gewissermaßen, kodifiziert nach dem Maße jeweils der nächsten Zeitstufen, die erreicht werden können.

So sehe ich eine Zusammenfassung dessen, was der junge Herr von eben meinte und was vielleicht heute sonst noch aufgeklungen ist.

Prof. Dr. HAHN:

Danke sehr! Jetzt bitte Herr Dr. Mai!

(Zuruf des Dr. Martin.)

Dr. MAI:

Meine Damen und Herren! Ich muß Herrn Martin enttäuschen; ich werde nicht über Rundfunk und Fernsehen sprechen,

(Heiterkeit.)

sondern eigentlich nur als einfacher Familienvater.

(Zuruf: Gibt es den noch? – Heiterkeit.)

Herr Ministerpräsident Kiesinger und Herr Prof. Mikat haben mit Recht die Gefährlichkeit erörtert, die darin liegt, das Grundgesetz irgendwie zu ändern, mit Recht deshalb, weil man nicht weiß, wo die Grenzen liegen, wenn man anfängt, an diesem Gesetz zu arbeiten und zu korrigieren. Andererseits dürfen wir, so meine ich, nicht an der Tatsache vorübergehen, daß in der Jugend und bis in weite Elternkreise hinein

der Föderalismus der Kulturpolitik ein wenig in Mißkredit geraten ist. Der Grund dafür, daß sich die SPD und auch die FDP auf das Gebiet der Kulturpolitik begeben, ist meines Erachtens nicht allein in den grundsätzlichen Fragen zu suchen, wie einer der Vorredner erörterte, sondern wohl auch in der Tatsache, daß hier beide Parteien glauben, auf einem Unbehagen aufbauen zu können, das in der Tat vorhanden ist.

(Zuruf: Genau! – Beifall.)

Man sollte einmal überlegen, woher dieses Unbehagen kommt.

Ich befinde mich hier in einem Kreise, der mir an pädagogischem Wissen sicherlich und vielleicht sogar an kulturpolitischem Können überlegen ist, obwohl eine Rundfunkanstalt vielleicht ein Minimum an kulturellem Wissen auch erfordert; aber ich zähle mich nicht zu den Sachverständigen.

Lassen Sie mich deshalb einmal die einfachen Gedanken eines Vaters aussprechen, der sich im Monopol der Pädagogen etwas fremd ausnehmen mag! Die Sorge, die mich persönlich und viele meiner Mitarbeiter betroffen hat, ist das, was von Herrn Prof. Mikat nur sehr kurz erwähnt worden ist, nämlich das gleiche Angebot an Schulsystemen in allen Ländern.

(Zuruf der Frau Dr. Teusch.)

Bei einer Fluktuation, wie sie der moderne Massenstaat zeigt, ist es für die Eltern ein Problem geworden, von einem zu einem anderen Land umzuziehen, weil einfach ihre Kinder in den Schulsystemen der anderen Länder nicht mehr ankommen bzw. unter erheblichen Mühen die Sorge haben, soundso viele Jahre dieser und jener Sprache oder sonstiger Lehrpläne mitzumachen.

(Ministerpräsident Kiesinger: Sehr richtig!)

Diese Schwierigkeit hat tatsächlich den Föderalismus in einen gewissen Mißkredit gebracht. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, und die übrigen hierfür Verantwortlichen in diesem Bunde dieses Problem bald aufgriffen; denn sicherlich gehört es mit zu den Ursachen für das Unbehagen.

Das zweite ist, daß wohl in kaum einem Jahrzehnt die Eltern mit ihren Kindern so sehr zur Schule gegangen sind wie in unserem. Wenn ich bei meinen Freunden und Bekannten nachhöre, komme ich zu der Überzeugung, daß der Nachhilfeunterricht zum Normalfall geworden ist.

(Zurufe.)

während er zu meiner Zeit wenigstens teilweise doch zu den Ausnahmen gehörte.

(Erneute Zurufe.)

Ich darf das – auch wenn ich Widerspruch ernten sollte – hier einmal aussprechen, und ich frage mich, woher das kommt. Ich habe mich in den Weihnachtsferien aus gegebenem Anlaß – Leistungen meiner Tochter und der übliche blaue Brief – einmal mit den Schulbüchern – es waren allerdings hessische Schulbücher – befaßt und sie mir ange-

sehen, und zwar diejenigen für Französisch und für Physik. Ich habe mit Erstaunen und mit Erschrecken festgestellt, daß diese Bücher dem Kind nicht mehr die Möglichkeit geben, selber mit Hilfe seiner Eltern die Sprache nachzuholen. Da gibt es Grammatiken, die weder eine Regel nennen noch eine Erklärung einer Regel geben. Da werden die Formeln nebeneinander abgedruckt, in schönem Hellblau und Dunkelblau; aber irgendeine Regel wird nicht mehr abgeleitet und eine Erklärung nicht mehr gegeben. Die Kinder stehen ohne die Hilfsmittel von Regeln und Erklärungen vor diesen Grammatiken und wissen nicht, wie sie sie neben dem Schulunterricht noch bewältigen können. Schlage ich ein Physikbuch auf – ich tat es gerade in den letzten Tagen noch – und finde dort die Definition des Längenmaßes, so muß ich sagen, daß diese Definition einem Professor alle Ehre gemacht hätte, daß sie aber für ein Schulkind einfach der konkreten, plastischen Form entbehrt. Ich meine also, daß dieses Problem der Schulbücher ganz wesentlich zu den Schwierigkeiten beiträgt, die unsere Kinder haben.

Dann ein dritter Eindruck noch! Bitte, lassen Sie mich vom Laienstandpunkt aus sprechen! Man geht im Unterricht von der Ganzheitsmethode aus, in der Beurteilung aber wendet man die konventionelle Benotung an. Das will sagen, daß man ein Kind die Sprache in der ganzheitlichen Methodik lehrt, von ihm dann aber grammatikalische und orthographische Kenntnisse erwartet, für die weder die Methodik geeignet ist, sie zu lehren, noch die Benotung oder Beurteilung der Leistung adäquat ist. Hier muß wohl ein Zwiespalt zwischen der ganzheitlichen Lehrmethode und Benotung und Beurteilung der Leistungen überwunden werden. Das sind Nöte, die Eltern haben, wenn sie wirklich gewissenhaft mit ihren Kindern zusammen das Schulpensum erledigen, das unsere Eltern mit uns nicht erledigt haben.

Ich möchte über die Schule hinaus noch eines sagen. Nach meinen Eindrücken, die subjektiv sein mögen, ist heute der rezeptive Mensch der Primus in der Schule, dem gegenüber der denkende Mensch in den Hintergrund gerät.

(Lebhafter Beifall.)

Dadurch erfolgt eine falsche Beurteilung der Persönlichkeit und der Begabung. Wir haben leider – und das darf ich jetzt aus meiner Funktion in meiner Anstalt her sagen – eine ganze Reihe von Fällen, wo hervorragende Zeugnisse vorliegen, der Mensch aber im Beruf völlig versagt. Ich frage mich, woher das kommt. Bitte, auch hier mögen meine Eindrücke fehlerhaft und subjektiv sein. Aber mein subjektiver Eindruck geht eben dahin, daß diese Menschen wie Automaten gelehrt worden sind, ein Wissen zu fressen

(Zurufe: Hoho!)

– Ich übertreibe. – und es gewissermaßen bei einem Druck auf einen Knopf wieder herauszugeben. Aber Persönlichkeiten zu entwickeln, die in der Lage sind, in der Vielfalt der Lebensvorgänge aus eigenem Denkprozeß heraus selbst frei zu entscheiden, das kommt nicht aus der Quantität des Wissens, sondern verlangt Qualität der Persönlichkeit

und die Fähigkeit zu denken, zu beobachten und frei zu entscheiden. Hier sehe ich ein paar Probleme, die in aller Einfachheit einmal durchdacht werden müssen, die nicht im hohen Raum pädagogischer Methodik oder pädagogisch-philosophischer Erwägungen liegen, sondern die einfach aus dem Herzen eines besorgten Vaters kommen.

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Meine Damen und Herren, mir liegen noch drei Wortmeldungen vor, und ich möchte damit die Rednerliste gern schließen. Diejenigen, die noch zu Wort kommen, wollen sich bitte kurzfassen, damit wir gegen 19 Uhr zum Ende gelangen. – Jetzt bitte Herr Staats!

STAATS:

Ich möchte nicht viel zum Grundsätzlichen sagen, sondern nur noch einen ganz kleinen konkreten Beitrag hinzufügen über die Notwendigkeit, zu einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf kulturellem Gebiet zu gelangen.

Sie sehen, daß ich schwerhörig bin. Wir haben in unseren Ländern ganz unterschiedliche Situationen für Menschen mit diesem Leiden. Eine effektive Zusammenarbeit besteht in keiner Weise; insbesondere fehlt sie im Hinblick auf die Möglichkeiten der Fortbildung auf Mittel- und höheren Schulen. Im Vergleich dazu gibt es im Osten eine ganz andere Förderung. Ich selber muß jeden Monat einmal nach Ostberlin, um dort Gottesdienste für Schwerhörige abzuhalten. Von daher kenne ich die Situation drüben, und ich werde nachher noch schnell ein anderes Beispiel dazu bringen. Ich hätte den Wunsch, daß in diesen Aufgabenkreis einbezogen würde z. B. die Ausbildung der Lehrkräfte, die in den Ländern sehr unterschiedlich ist, da die einen eine einfache Sonderschulbildung haben, die anderen etwa eine Taubstummen-Oberlehrer-Ausbildung. Demzufolge werden die betroffenen Kinder, die ja einen erheblichen Prozentsatz der Zahl der Kinder insgesamt ausmachen, völlig unterschiedlich ausgebildet. Hinzu kommt, daß eine größere Anzahl von Kindern immerhin erst in späterer Jugend schwerhörig werden bzw. ertauben. Wir haben aber lediglich in Hamburg eine Mittelschule, auf die diese Kinder gebracht werden können. Die meisten Kinder mit ihren Eltern müssen eben resignieren und verzichten. Solche Kinder aus dem ganzen Bundesgebiet zusammenzufassen, halte ich für eine wichtige und dringende Aufgabe auf Bundesebene.

(Beifall.)

Noch eines! Ich denke an die Erwachsenenbildung. Wir haben – im Zusammenhang mit dem Altersaufbau gewiß und auch vielleicht mit den Lärmerscheinungen, auch mit Unfällen – eine erheblich große Anzahl von Menschen, die eben später ertauben bzw. sogar taubblind werden.

Auf einer großen internationalen Tagung der Taubstummen fragte ein Unterhausmitglied in einer Ausschusssitzung: Meine Herren, was fangen Sie mit den Taubblinden an? – Im Bundesgebiet haben wir angeb-

lich etwa 3000 taubblinde Menschen, kennen aber im ganzen Bundesbereich keinerlei Maßnahmen für diese armen Leute, auch nicht solche, um die Kinder unter ihnen wirklich zu erfassen und auszubilden. Drüben gibt es zwei entsprechende Einrichtungen; im Westen besitzen wir keine, geschweige eine solche für Erwachsene.

Ich weise dann noch darauf hin, daß wir im Blick auf diese Menschen, aber auch ganz allgemein – da ich Pastor bin, erfahre ich das ja manchmal – große Schwierigkeiten haben, die richtigen Tips für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen zu bekommen. Wir haben in der Bundesrepublik angeblich ungefähr 20 verschiedene Möglichkeiten, Erziehungsbeihilfen zu erhalten, sofern man sie nur richtig ausmacht.

Abschließend nur noch dies aus dem Osten! Ich weiß, wie die Menschen drüben darunter leiden, daß ihre Kinder gezwungen werden, gleichzeitig neben ihrer Schulausbildung einen praktischen Beruf zu erlernen; der zweite Bildungsweg besteht also in der Form, daß man eben alles gleichzeitig schafft, wobei die Kinder aber weder das eine noch das andere richtig lernen. Vor diesem Weg müssen wir uns hüten.

(Zustimmung.)

Ich begrüße natürlich sehr nachdrücklich, was vorhin hier über den zweiten Ausbildungsweg gesagt wurde.

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Jetzt zunächst noch einmal Herr Dr. Hofmann!

Dr. HOFMANN, MdL:

Zu dem, was hinsichtlich des Angebots der gleichen Bildungsmöglichkeiten in allen Bundesländern gesagt worden ist, ein Wort!

Im nächsten Jahr läuft das Düsseldorfer Abkommen der Ministerpräsidenten aus, d. h., daß es ab dann kündbar ist. Aufgabe der Kultusminister wird es sein, ein neues Abkommen vorzubereiten, und zwar ein Abkommen, das eine größere Angleichung als das bisherige bringt. Ich darf erwähnen, daß Nordrhein-Westfalen hier bereits eine Vorauszahlung geleistet hat. Nordrhein-Westfalen war das einzige Land, das von jedem Abiturienten das Latinum verlangte. Wir haben jetzt Möglichkeiten geschaffen, auch zu einem lateinlosen Abitur zu kommen, das ja am häufigsten in Baden-Württemberg, am wenigsten in Schleswig-Holstein und in Hessen zu finden ist. Nicht wahr, das sind ganz interessante Feststellungen, die wir dabei treffen konnten!

(Zurufe.)

Aber weil die Mobilität der Bevölkerung in Deutschland ganz anders gewachsen ist, als das noch vor zehn Jahren der Fall war, deshalb müssen hier größere Vereinheitlichungen stattfinden.

Nun das zweite. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, daß die Frage der Sonderschulen doch noch angesprochen worden ist. Dabei geht es ja auch um die sehschwachen Kinder, um die minderbegabten Kinder, um die durch Contergan geschädigten Kinder, die wir in Zukunft noch

auf den Schulen haben werden. Diese Dinge müssen viel mehr, als es bisher geschehen war, ausgebaut werden. Wenn wir das dem Parteitag mitunterbreiten könnten, würden wir der Gesamtbevölkerung und dem Schulwesen einen Dienst tun.

(Lebhafter Beifall.)

Dabei müßte auch darauf hingewiesen werden, daß sich die Maßnahmen nicht allein auf die Volksschule beschränken dürften, sondern wir auch die weiterführenden Schulen brauchen. Für die Blinden der ganzen Bundesrepublik haben wir das Gymnasium und die Realschule in Marburg; aber für die übrigen geschädigten Kinder gibt es solche Einrichtungen noch nicht. Auch hier sind Möglichkeiten zu schaffen, da der Geist ja vollkommen in Ordnung und nur der Körper verletzt ist, zu den weiterführenden Schulen übergehen zu können. Auch das müßte mehr als bisher ermöglicht werden.

Wir wollen das Sonderschulwesen insgesamt ansprechen und auch gleichzeitig darauf hinweisen, daß die Ausbildung der entsprechenden Lehrer ebenfalls eine Sonderaufgabe ist, die noch ausgeweitet werden muß. In Nordrhein-Westfalen haben wir zu diesem Zweck jetzt die Heilpädagogischen Institute. Also geschieht bereits etwas; doch es könnte noch mehr getan werden.

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Als letzter Diskussionsredner jetzt bitte Herr Prof. Dr. Wilde! Anschließend wird Herr Dr. Stoltenberg versuchen, das Ergebnis der Diskussion zusammenzufassen.

Prof. Dr. WILDE:

Meine Damen und Herren! Ich komme von der Technischen Hochschule; mir scheint es richtig, das vorzuschicken.

Ich meine, hier auch ein Wort sprechen zu müssen, da wir uns ja in einem wissenschaftlichen Zeitalter befinden und sich ja letztlich die gesamte Fragesubstanz einer Kulturpolitik damit zu beschäftigen hat, was nun eigentlich in diesem wissenschaftlichen Zeitalter noch geschieht.

Was geschieht, nun, das ist das, daß wir uns mit einer neuen Welt auseinandersetzen müssen. Diese Welt sehen wir in unseren Laboratorien, in unseren Technischen Hochschulen Schritt für Schritt entstehen. Wenn ich nun um etwas Verständnis und Einsehen bitte, dann in der Richtung: daß Sie sich die Professoren, die Dozenten und Forscher an solchen Instituten nicht vorstellen müssen, als wären es nur kühle, sachliche, nur forschende Menschen! Ich darf Ihnen eines sagen: daß jeder dieser Professoren an sich durchlebt die Auseinandersetzung mit dieser neuen Welt, daß sie ihn stets von neuem vor neue Fragen und Probleme stellt. Keinesfalls dürfen Sie glauben, die Professoren seien nur rein sachlich interessiert. Jede Sache ist für sie eine Leidenschaft und besitzt auch ihre menschliche Anteilnahme. Dieser Kampf, aber, der da in den Universitäten und Hochschulen vor sich geht, den sieht die Öffentlichkeit

nicht. Sie soll ihn auch nicht sehen. Das ist Angelegenheit des stillen Laboratoriums und der stillen Stube, in denen man arbeitet. Aber etwas müssen sie verstehen, alle unsere Studenten, die wir hineinführen: Mehr oder minder stehen sie selber in diesem Kampf. Frühere Generationen – noch meine Lehrer – waren uns in diesen Fragen überlegen. Heute ist es anders: Wir selber sind in dieser Hinsicht – auch als Ältere, die den 60 nahestehen – eigentlich genauso Partner wie die anderen.

Warum ich Ihnen das sage? – Ich weiß, daß eine Partei wie die CDU uns in dieser Sache, in der Substanz, in der Auseinandersetzung wenig helfen kann; aber sie kann uns in etwas anderem helfen: Sie kann uns helfen darin, daß bestimmte institutionelle Dinge doch geregelt werden und diese Auseinandersetzung eine Möglichkeit gibt, die menschlich tragbar ist. Wir werden uns meines Erachtens in den nächsten Jahren mit unserer jungen Generation gerade auch über dieses Thema überhaupt unterhalten müssen. Ich hoffe, daß uns eine solche, doch dem Geistigen nahestehende Partei wie die unsrige, dabei unterstützen wird.

Wie kann sie uns unterstützen? – Ganz kurz! Für uns bedeutet es schon eine Förderung, wenn wir mit den Stellen, die politisch und die institutionell zu tun haben, in kleinen Kreisen im Gespräch sind, in kleinen Kreisen, die möglichst nicht aus den gleichen Fachgruppen zusammengesetzt sind, sondern z. B. aus Wirtschaftlern, aus Menschen der Verwaltung, des Handwerks. Wir brauchen solch eng zusammengefaßte kleine Gespräche mit möglichst vielseitigen Facetten, mit möglichst vielseitigen Meinungen um dieses gemeinsamen Anliegen – meines Erachtens das einzige, was eigentlich ein Anliegen genannt werden darf – willen dieser Auseinandersetzung mit der neuen Welt, die nicht nur bei uns stattfindet. Ich habe sie in Tokio gefunden; ich habe sie in Delhi gefunden und in Pakistan. Überall sind heute die Forscher mit diesem auf sie zukommenden Ungeheuer einer neuen Welt beschäftigt.

Helfen! – Das ist das, was ich erbitte!

(Beifall.)

Prof. Dr. HAHN:

Herr Dr. Stoltenberg, bitte!

Dr. STOLTENBERG, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, hier jetzt den Versuch zu machen, die Diskussion zu rekapitulieren. Ich möchte mich mit Ihnen eigentlich nur, da ich morgen dem Plenum den Bericht für diesen Arbeitskreis erstatten soll, über das Verfahren verständigen.

Wir sind uns darüber einig, daß wir keine Entschließung vorlegen wollen. Es wäre sehr schlecht, nun in diesem Kreis oder in einer Kommission den Ertrag dieser Diskussion in eine Entschließung hineinbringen zu wollen. Außerdem ist es gar nicht einfach – das muß ich sagen –, diese Diskussion zu systematisieren. Wir haben meines Erachtens, auf der Grundlage des wirklich hervorragenden Referats von

Herrn Prof. Mikat, im Schwerpunkt zwei Themenbereiche erörtert, über die berichtet werden sollte. Dieser Bericht kann ja nur eine Tendenz wiedergeben, kann nicht Beschlüsse wiedergeben. So bitte ich auch den Versuch zu verstehen, den ich morgen unternehmen werde.

Auf einem Gebiet – das sollte nicht übersehen werden – haben wir immerhin doch ein Maß an Übereinstimmung festgestellt, daß es in früheren Jahren in unserer Partei in diesen Details noch nicht gegeben hat. Das ist die Tatsache, daß von führenden Politikern der Länder ebenso wie von Abgeordneten des Bundestages und unseren Freunden hier, die kein besonderes politisches Mandat haben, übereinstimmend der Gedanke der Partnerschaft in der Bewältigung der großen Bildungs- und Wissenschaftsfragen von Ländern und Bund herausgestellt wurde, und zwar nicht nur als ein Prinzip, sondern auch bereits mit bestimmten Folgerungen, die ich im einzelnen auf der Grundlage dieser Diskussion und dieses Referats morgen vortragen kann. Die Stichworte sind hier bereits genannt.

Das zweite, was etwas schwieriger ist, ist dann der weite Sektor der Schule. Das sind ja nun – wir haben eine Reihe sehr bemerkenswerter und profilierter Gedanken von Herrn Minister Mikat gehört, die große Zustimmung gefunden haben, die aber ja nun nicht alle in der Diskussion ausdrücklich behandelt und erörtert worden sind; bei der Kürze der Zeit war es nicht anders möglich – in einer Reihe von, wie ich glaube, sehr wichtigen Einzelbeiträgen, gleichsam Schnelsen in diesen gesamten Komplex geschlagen worden. Ich sehe eigentlich nur die Möglichkeit, zwei, drei der Thesen von Herrn Prof. Dr. Mikat zur Situation der Schule, die Ihre besondere Zustimmung im Beifall während seines Referats, aber auch in Einzeläußerungen nachher über Aufgaben, die sich für diesen Arbeitskreis ergeben sollten, gefunden haben, herauszustellen. Da ist neben den Fragen der Volksschule – das scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt zu sein – auch etwas Neues und Weiterführendes: dieser Gedanke des Ausbaues der Realschule, der Mittelschule, mit der Konsequenz einer Überprüfung der Laufbahn im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft.

Ich darf im Anschluß an frühere Diskussionen in unseren Kulturkongressen und an kulturpolitische Überlegungen bei anderen Anlässen sagen, daß wir natürlich vieles wiederholt und weitergeführt haben, daß dies aber hier mit einer Klarheit zum Ausdruck kam, derer ich mich bisher nicht erinnere. Ich würde das mit Ihrer Zustimmung gern als einen wesentlichen Punkt herausstellen, weil nämlich damit auch wieder die nächste Frage verbunden ist, die jetzt in der Diskussion so sehr in den Vordergrund getreten ist: Das ist das Problem der Erhöhung der Zahl der Absolventen, die Frage: Wie gewinnen wir den Nachwuchs, den wir benötigen für die Hochschulen, für die Wissenschaften, die Frage der Bereinigung der Laufbahnen im öffentlichen Dienst, und in der Diskussion mit der Wirtschaft die Frage der Kräftigung der Volksschule und der Herausnahme bestimmter Ausbildungsgänge aus der Voraussetzung des Abiturs oder der Hochschulbildung. Das scheint mir entscheidend mit dieser anderen Frage verbunden zu sein, wie wir die

Zahl der Abiturienten und damit vor allem auch den qualifizierten Nachwuchs für die Hochschulen verstärken.

Ich möchte diese beiden Dinge in einen gewissen Zusammenhang stellen und hier die Thesen unseres Referenten und jene aus der Diskussion mit besonderem Nachdruck unterstreichen.

Zur Frage der Lehrerbildung ist relativ wenig zu sagen.

(Zuruf.)

– Dazu gehört auch die Frage des zweiten Bildungswegs, über den wir heute nur summarisch gesprochen haben, wobei man aber auf die Diskussionen unseres Kulturkongresses in Augsburg, die ja sehr ins Detail gingen, verweisen kann, Diskussionen, die wir ja in Hamburg wieder aufnehmen werden, wie ich überhaupt die Absicht habe zu betonen – ich möchte das auch zu dem einen oder anderen kritischen Beitrag sagen –, daß das natürlich heute für uns nur eine Station ist in einer Kette kulturpolitischer Debatten, die wir auf den großen Kongressen der CDU ebenso wie in der Arbeit unserer Gremien führen.

Ich möchte sodann – das 9. Schuljahr selbstverständlich! – eigentlich auch den Gedanken unserer Freunde der Exil-CDU sehr stark betonen, daß sich die Bundeskulturpolitik in Bund und Ländern in ihren praktischen, verfassungsrechtlichen, pädagogischen, finanziellen Problemen auf dem Hintergrund doch der gesamtdeutschen Situation, der – wenn man so will – gesamtdeutschen Tragödie, vollzieht und daß wir die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit der Zone nicht nur propagandistisch und polemisch, sondern auch in der sachlichen Analyse jener Formen zu vollziehen haben, die hier aufgewiesen wurden, etwa unter dem Stichwort „polytechnischer Unterricht“; daß das dazugehört, wenn wir von deutscher Kulturpolitik im übergreifenden Sinne sprechen.

Weiter möchte ich nur kurz und stichwortartig – ich habe mir einiges von dem, was hier gesagt worden ist, notiert – zur Frage der Mädchenbildung sprechen, zu dem sehr wichtigen Beitrag über die Sonderschulen, zu dem Thema Mittelschule, Landschule und seiner nicht dogmatischen Behandlung, sondern an Hand praktischer Notwendigkeiten unter Würdigung des Elternwillens.

Zum Schluß würde ich dann noch gern zwei Dinge anführen, die nach meinem Dafürhalten sehr wichtig sind: einmal das, was hier von mehreren Freunden, mehreren Diskussionsrednern gesagt wurde, von unserem Freunde Damm mit der Formulierung – ich habe es mir notiert – „Vorwärtsstrategie“ unserer schul- und kulturpolitischen Diskussion, daß das eine Aufgabe ist, der nicht mit Deklamationen entsprochen werden kann, sondern mit im Praktischen der Sache und unseren Grundsätzen gerecht werdenden modernen Lösungsversuchen. Das haben wir in Hamburg im Kulturkongreß, in der kritischen Auseinandersetzung auch mit unseren Gegnern auf dem politischen Felde weiterzuführen.

Daß die Zuständigkeit der Länder eine Diskussion in der Bundespartei nicht ausschließt, sondern sie im Gegenteil erforderlich macht, ist

etwas, das wir bereits seit Jahren klar sehen, worüber wir uns einig sind, was hier aber noch einmal gesagt werden sollte.

Schließen möchte ich dann eigentlich mit dem sehr bemerkenswerten Passus der Rede des Herrn Prof. Mikat. Damit würden wir anknüpfen an etwas, was auch von Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger heute morgen schon gesagt wurde, was ich allerdings für sehr wesentlich halte: daß wir uns nun bei aller Hinwendung zu den Zahlen und den Statistiken und allem, was damit an Notwendigkeiten verbunden ist – der Bildungsforschung, der Analyse, der Sachzusammenhänge –, vor dem rein quantifizierenden Denken zu wehren haben. Das ist ja – ich sage das ganz persönlich – der gewisse innere Vorbehalt, den ich immer noch gegen den Begriff „Bildungsplanung“ habe. Ich bin allerdings der Auffassung, daß man diesen Begriff, richtig verstanden, sehr gut verwenden kann. Mein Vorbehalt rührt nicht daher, weil das nun Planung ist und wir die Marktwirtschaft vertreten; sondern er kommt aus diesen Bedenken heraus: Das ist ja eine Grundtendenz unserer Zeit und eines falschen Soziologismus, daß man alles in Größen, in das breite Band der Förderung und der Produktion gleichsam in diesen soziologischen Bildern aufzulösen beginnt und daß man daher den Gesichtspunkt der Qualität und des Inhalts doch relativiert.

Das ist also ein Problem, das wir zu sehen haben, und hier – wir können es in einem Gespräch noch erörtern; ich weiß nicht recht, ob wir erneut in eine Diskussion eintreten sollten – beziehe ich mich auf das, was Herr Kultusminister Mikat hier am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat. Ich werde sowohl das zitieren als auch das, was Herr Ministerpräsident Kiesinger heute unter großem Beifall des Bundesparteitags gesagt hat.

Wenn wir die Dinge so abwägen, dann bejahen wir die Mittel der Soziologie selbstverständlich; ich selber habe einmal mit Statistik promoviert, und mir ist das alles nicht fremd. Ganz selbstverständlich müssen wir uns diese Mittel zunutze machen. Als eine christlich-demokratische Partei aber sollten wir doch auch darauf verweisen, daß es, wie Herr Mikat hier gesagt hat, entscheidend ist, jene ehernen Normen nicht zu verletzen, die die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, des Bekenntnisses, Freiheit von Kunst und Wissenschaft, von Forschung und Lehre garantieren und die damit sich um den rechten Gehalt dieser Bildung bemühen.

(Zuruf: Darf ich darum bitten, auf eines hinzuweisen:

Das ist die Frage der Studenten. Wir haben sehr eingehend die Schule betrachtet; aber wir wissen, daß von uns noch mehr erwartet wird.)

– Ich kann nicht über etwas berichten, über das nicht diskutiert worden ist.

(Weiterer Zuruf: Ich bitte, zwei Gedanken nicht zu vergessen:

die Betonung nicht so sehr auf die Realschule legen, sondern auch auf die Volksschule, das, was in der Volksschule realisierbar und möglich

ist. Wir haben in Nordrhein-Westfalen in Kürze den kommunalen Wahlkampf; er wird uns mit der Volksschule beschäftigen. Ferner bitte den europäischen Horizont erwähnen!)

– Schönen Dank!

Prof. Dr. HAHN:

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß nur noch eine ganz kurze Bemerkung machen! Wer erwartet hat, große Ergebnisse aus dieser Diskussion mitzunehmen, der hat, glaube ich, nicht recht gesehen, wie diese Versammlung zusammengesetzt war. Man kann bei einer so schwierigen Materie, wie sie hier vorliegt, ohne echte Vorbereitungen, ohne daß beispielsweise ein Vorschlag vorliegt, dem man zustimmen sollte, nicht erwarten, zu bedeutsamen Ergebnissen zu gelangen. Hinzu kommt, daß Herr Mikat uns ein großartiges, aber zugleich auch sehr breit angelegtes Referat vorgelegt hat, in dem eine Unzahl von Dingen – zum Teil auch neuen – angesprochen wurden und das viele Einfälle enthielt. Das sage ich in Abgrenzung gegen das, was ihm vorgeworfen worden war, daß er in seiner Rede im Bundestag – er hat es selber erwähnt – einfallslos gewesen sei. In diesem Falle hier war er wirklich einfallsreich, und es war sehr schwierig, in Kürze zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Wir werden dennoch aus dem Referat und aus einer Reihe von Beiträgen Anregungen mitnehmen.

Dazu möchte ich noch ein anderes sagen. Eigentlich bedeutsam an der Diskussion scheint mir einmal die Tatsache zu sein, daß wir zum erstenmal überhaupt auf einem Bundesparteitag ein solches Referat, eine solche Diskussion hatten und damit bekennen, daß unsere Bundespartei eine kulturpolitische Aufgabe hat, die sie selbstverständlich in Gemeinschaft mit den Ländern also im Rahmen des Föderalismus lösen möchte; daß sie es jedenfalls in aller Deutlichkeit bezeugt.

Zugleich sollte wohl auch noch eines ausgesprochen werden: Wir wollen das, was in der Öffentlichkeit über den sogenannten Bildungsnotstand und über die großen Aufgaben, die da auf uns zukommen, gesagt wird, in keiner Weise abschwächen, sondern wollen ganz deutlich feststellen: Wir sehen die Dinge auf uns zukommen, und wir wollen sie angreifen. Wir bilden uns nicht ein, in einer kurzen Diskussion, in der wir zum erstenmal zusammengekommen sind, bereits irgendwelche Lösungen zu finden.

So möchte ich jetzt mit dem Dank an alle, die sich beteiligt haben, diese Diskussion schließen in der Hoffnung, morgen einen guten Bericht von Herrn Dr. Stoltenberg zu bekommen.

(Beifall.)

Arbeitskreis V

Agrarpolitik

Vorsitzender STRUVE, MdB:

Herr Bundesminister! Meine Herren Landesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf die Arbeitstagung unseres Kreises V eröffnen und Ihnen allen unseren herzlichen Gruß entbieten und vorschlagen, daß wir gleich in die Arbeit eintreten.

Herr Minister Niermann hat sich bereit erklärt, einführend zu referieren. Anschließend werden wir in eine Diskussion eintreten. Ich darf der Ordnung halber darauf verweisen, daß uns eine Vorlage des Präsidiums zur Beratung überwiesen ist, die auf Vorschläge des Bundes-Ausschusses für Agrarpolitik zurückgeht, dessen Vorsitzender unser Kollege, Minister Niermann, ist. – Minister Niermann, darf ich bitten? –

Minister NIERMANN:

Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Liebe Parteifreunde! Sie alle haben die Vorlage eines Agrarpolitischen Programmes des Präsidiums der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands für den Arbeitskreis V – Agrarpolitik – in Händen. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesausschusses für Agrarpolitik der CDU, in dem diese Vorlage erarbeitet worden ist, darf ich Ihnen einige Erläuterungen dazu geben, ehe wir zur Beratung kommen.

In einem kleinen Kreis der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages und der Landtage haben wir zunächst in einer Klausurtagung unsere Gedanken zur künftigen Agrarpolitik der CDU ausgetauscht und den Entwurf eines Agrarprogrammes erarbeitet. Der gesamte Bundesausschuß für Agrarpolitik verabschiedete in seiner letzten Sitzung vor diesem Bundesparteitag am 13. Februar in Bonn die vor Ihnen liegende Fassung, die schließlich am 25. Februar 1964 dem Bundesvorstand der CDU vorgelegen hat.

Ich schildere Ihnen absichtlich den Beratungsgang dieser agrarpolitischen Vorlage, meine Damen und Herren, damit Sie erkennen, daß die an der Mitarbeit beteiligten Agrarpolitiker keine Mühe gescheut haben, um Ihnen eine wohlgedachte und sorgfältig ausgewogene Arbeitsgrundlage anzubieten. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, allen Beteiligten dafür meinen ganz besonderen Dank zu sagen.

Liebe Parteifreunde! Ich brauche in diesem Kreise nicht ausdrücklich darzustellen, in welcher Situation sich unsere deutsche Landwirtschaft zur Zeit befindet. Ihnen allen ist diese auf Grund des Grünen Berichtes 1964 bekannt, den Herr Kollege Schwarz im Auftrage der Bundesregierung dem Plenum des Deutschen Bundestages und somit der breiten Öffentlichkeit vorgelegt hat. Sie wissen auch, welche Anforderungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft berücksichtigt werden müs-

sen. Worauf es ankommt, ist jedoch, daß wir mit Hilfe der Agrarpolitik der Christlich Demokratischen Union unser agrarpolitisches Leitbild verwirklichen, und dieses Leitbild ist die Erhaltung und Schaffung möglichst vieler selbständiger landwirtschaftlicher Familienbetriebe.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Verantwortlichen in Bund und Ländern werden mit unserem Agrarprogramm nachdrücklich aufgerufen und verpflichtet, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln im Sinne der Zielsetzung zu wirken. Wenn das geschieht, dann können wir auch von allen in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen erwarten, daß sie durch ihr Votum in der nächsten Bundestagswahl uns zur unbedingt erforderlichen Mehrheit verhelfen, damit wir endlich wieder eine klare und überzeugende Agrarpolitik durchsetzen können.

Ohne diese Mehrheit, meine Damen und Herren, ist ein so umfangreiches Agrarprogramm nicht in dem Maße durchzuführen, wie wir es alle zum Nutzen unserer gesamten Landwirtschaft wünschen. Ich glaube, es ist notwendig, einmal ganz offen unserer Landwirtschaft, aber auch unserer Verbraucherschaft zu sagen: Gebt uns die Mehrheit in der nächsten Bundestagswahl; denn die Mehrheit allein ist entscheidend, die Ziele zu verwirklichen, die in diesem gründlich vorbereiteten Programm dargelegt sind.

Wir dürfen bei unseren Überlegungen nicht vergessen, daß unsere Landwirtschaft innerhalb der gesamten Volkswirtschaft wichtige Funktionen erfüllt. Die Landwirtschaft steht aber in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zur gewerblichen Wirtschaft, wie ja alle Wirtschaftsbereiche in der modernen Industriegesellschaft in enger Beziehung zueinander stehen. Die Zeit der isolierten Agrarpolitik ist deshalb vorbei. Ebenso wenig läßt sich heute noch eine Trennung zwischen Außen-, Wirtschafts- oder zum Beispiel auch der Verteidigungspolitik vornehmen. Zudem haben wir infolge der Integration des europäischen Raumes im Rahmen der EWG auf den verschiedensten Gebieten Hoheitsfunktionen an übergeordnete Institutionen abzugeben. Das gilt insbesondere auch für die Agrarwirtschaft. Es scheint mir deshalb notwendig, daß wir uns immer wieder klar machen: Alle mit der Landwirtschaftspolitik in Zusammenhang stehenden Fragen sind zu gesamtwirtschaftlichen, ja, ich möchte sagen, zu internationalen Fragen geworden. – Das Agrarprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, das Ihnen – wie ich vorhin schon sagte – allen heute vorliegt, soll uns politisch in die Lage versetzen, die auf uns zukommenden schweren Aufgaben zu lösen.

Unsere politischen Gegner werfen uns immer wieder vor, daß wir als die in der Verantwortung stehende und die Regierung tragende Partei – also unsere CDU – keine verbraucherfreundliche Agrarpolitik betreiben. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, unser Programm zeigt mit aller Deutlichkeit und Konsequenz, daß die CDU nach wie vor beabsichtigt, langfristig ein stabiles Preisniveau für unsere Verbraucher zu erreichen und auch zu halten. Es ist jedoch notwendig, dafür zunächst einmal die Voraussetzungen zu schaffen, und deshalb fordern

wir zunächst Hilfen für die Erzeugung und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die

die aktive Selbsthilfe unserer Landwirte anregen sollen, eine notwendige Kostensenkung herbeiführen und den Verbrauchern eine gleichbleibende Belieferung mit hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln garantieren.

Insgesamt zielen diese vielfältigen Bemühungen aber darauf ab, die Bestrebungen unserer Bundesrepublik zur Erhaltung der Stabilität unserer Währung nach besten Kräften zu unterstützen.

Sie alle wissen, meine Damen und Herren, daß wir mitten in der Auseinandersetzung über die Gestaltung des Gemeinsamen Marktes stehen, und daß wir daher in verstärktem Maße Aufgaben gegenüberstehen, die sich aus der bisher unterschiedlichen Agrarpolitik der EWG-Länder zwangsläufig ergeben. In besonderem Maße haben wir uns künftig damit zu befassen, auf welche Weise wir unsere in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen im sozialen Bereich sichern. Diese Sicherung – so meine ich – muß so geschehen, daß die Selbständigkeit unserer Landwirte nicht angetastet wird. Ich darf darauf mit besonderem Nachdruck hinweisen, weil wir aus staatspolitischer Verantwortung ein freies Bauerntum erhalten müssen. Die in dieser Hinsicht realisierbaren Vorschläge haben wir Ihnen vorgelegt in der festen Absicht, die bestehenden Regelungen soweit auszudehnen, daß die soziale Sicherheit der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen auf die Dauer gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren! Mit unserem Programm sollen die politischen Akzente der künftigen Agrarpolitik der Christlich Demokratischen Union gesetzt werden. Dabei gehen wir davon aus, daß die bisherigen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht vermocht haben, den Abstand zwischen der Einkommenslage der Landwirtschaft und der anderer vergleichbarer Wirtschaftsgruppen nachhaltig zu verringern. Die vielfältigen Maßnahmen der Grünen Pläne haben zwar dazu beigetragen, die Modernisierung unserer Landwirtschaft zu fördern und ihre Produktivität zu erhöhen. Die Einkommensdisparität konnte jedoch nicht beseitigt werden. Es wirken sich nämlich die besonderen Merkmale für die Landwirtschaft in außerordentlich behindernder Weise aus. Aus diesem Grunde ist es aber meiner Meinung nach notwendig, daß wir diese Merkmale deutlich kennzeichnen und sie namentlich auch den Verbrauchern vor Augen führen, damit das Verständnis für die Landwirtschaft in weiten Kreisen der Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in stärkerem Maße geweckt wird.

Ich darf diese Merkmale zusammenfassend einmal nennen:

1. die Nachfrage nach Agrarprodukten ist vor allen Dingen bei der Rohware unelastisch, d. h., daß selbst Preissenkungen keine Steigerung der Nachfrage mehr bewirken;
2. mit steigendem Einkommen der Verbraucherschaft wird ein sowohl absolut als auch relativ ständig sinkender Teil dieses Einkommens für Grundnahrung ausgegeben;

3. der technische Fortschritt bewirkt in der Landwirtschaft eine Produktionssteigerung, die zum Preisverfall führen kann;
4. der in der Landwirtschaft vorhandene hohe Anteil an unbeweglichem Kapital behindert die Beweglichkeit der Produktionskräfte, die zudem nicht austauschbar sind;
5. infolge der besonderen Gegebenheiten kann sich die Landwirtschaft nicht – wie die gewerbliche Wirtschaft – den Nachfrageschwankungen schnell und reibungslos anpassen.

Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Diskussion des vorgelegten Programms gebührend berücksichtigen, dann habe ich die Gewißheit, daß Sie diesem Programm zustimmen werden. Ich glaube, Sie werden dann auch der Meinung sein, daß unser verehrter Herr Bundeskanzler, Professor Erhard, in seiner Regierungserklärung zu Recht ausführte, daß die Agrarpolitik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands dem Bauern für die Gegenwart und für die Zukunft Mut und Sicherheit gibt.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Liebe Parteifreunde! Ich darf sicher in Ihrer aller Namen unserem Vorsitzendem, dem Kollegen und Minister Niemann, sehr herzlich für seine einleitenden Worte danken. Er hat noch einmal in sehr verständlicher, aber gestraffter Form den Entwurf unserer Grundsätze erläutert, und ich möchte Ihnen nun die Frage vorlegen, ob Sie noch eine Verlesung des Programmes wünschen, oder ob wir sofort in eine Aussprache eintreten wollen. – Bitte sehr!

VÖLKER, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Ich hätte einen Wunsch, nämlich den, daß – wenn wir von Landwirtschaft sprechen – sagen: „und Weinbau“.

STRUVE, MdB:

Über diese Frage haben wir uns unterhalten. Unser Vorsitzender hat eben bereits eine Konzession gemacht, indem er von Land- und Forstwirtschaft gesprochen hat. An sich beinhaltet der Begriff Landwirtschaft eigentlich ja auch Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Fischerei und alle anderen Zweige; aber ich glaube – wie gesagt – wir sollten es doch wohl so lassen, wie es in unserem Programm niedergelegt ist. Das schließt ja nicht aus, daß in unserer Diskussion jeder für sich und jeder auf seine Art die besonderen Zweige der Landwirtschaft würdigen kann. Einverstanden? –

(Zustimmung.)

Im übrigen darf ich noch bitten, um nach unserer Geschäftsordnung zu verfahren, sich der wohl auch Ihnen zugegangenen Vorlage zu bedienen und die Wortmeldungen schriftlich hierher zu geben. Wir werden dabei großzügig verfahren; Sie können Ihren Namen auch auf

einen anderen kleinen Zettel schreiben; aber ich glaube, es ist gut, wenn wir die Dinge wirklich ordnungsgemäß handhaben.

Darf ich davon ausgehen, daß Sie auf ein Verlesen der Grundsätze verzichten? –

(Zustimmung.)

– Sie sind Ihnen ja mit den Unterlagen alle zugegangen, und Sie haben sie sicherlich alle in Ihren Händen. – Der Wunsch nach Verlesen des Programms wird also nicht mehr geäußert. Dann ist die Aussprache eröffnet. Als erster Redner hat das Wort Herr Bundesminister Schwarz.

Bundesminister SCHWARZ:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ein Parteitag hat den Sinn, Rückblick und Ausblick zu halten, und wir haben in den vergangenen zwei Tagen bereits auf der politischen Ebene das vernommen, was zu den Dingen zu sagen war. Heute haben wir uns nun in dem engeren und kleineren Bereich der Agrarpolitik auszusprechen, und ich glaube, es ist gut, daß wir ein so ausgezeichnetes Referat des Vorsitzenden unseres Bundesausschusses Landwirtschaft, von unserem Kollegen Niermann, hören durften, aus dem wir entnehmen konnten, wie sich die Dinge in der Vergangenheit entwickelt haben und welche Ausichten für die Zukunft bestehen.

Ich darf von meiner Seite aus zunächst einmal sehr herzlichen Dank sagen, einen herzlichen Dank für die Arbeit unserer Fraktionen und hier wieder für die Arbeit unserer Agrarexperten in den Fraktionen, gleichgültig, ob sie im Bund oder auf der Landesebene tätig waren.

Ich darf nur sagen, daß unsere Fraktion immer gerade bei agrarpolitischen Problemen mit praktikablen und realisierbaren Lösungen antrat und nicht etwa mit Vorschlägen, die vielleicht Wunschträume darstellen.

Dieses große Gewicht, ohne im einzelnen Namen zu nennen –, das hier in die Waagschale gelegt wurde, hat wesentlich dazu beigetragen, unsere Vorschläge so zu gestalten, wie sie nunmehr vor uns liegen. Selbstverständlich haben wir im Jahre 1963 und in den ersten Monaten des Jahres 1964 auch einiges Glück bei Preisen entwickelt, die aus ganz anderen Gründen ihren eigenen Weg gingen. Aber ich darf doch insgesamt sagen, daß alles auch fundiert war durch jene Maßnahmen, die seitens unserer Fraktion, unserer CDU, in die Wege geleitet wurden.

Mein besonderer Dank gilt aber insbesondere Herrn Kollegen Niermann und seinem Ausschuß und hier wiederum jenem Arbeitskreis, der, vom Drachenfels angefangen, in die Klausur ging und dann weiter an diesem Programm arbeitete, das Ihnen hier vorgelegt wird.

Ich darf sagen, daß darin eine Menge Arbeit steckt, und man sollte das auch von der Seite her würdigen, daß die Vielfalt der verschiedenen Meinungen, geboren aus den Vielfältigkeiten unserer Landschaften, nicht immer leicht unter einen Hut zu bringen waren. Wenn es nun gelungen ist, Ihnen hier eine Vorlage zu machen, die wirklich von Ihnen

ernsthaft diskutiert werden kann, so ist das eine Leistung, die unser aller großen Dank verdient.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht weiter viel von Ausblick sprechen; aber ich darf sagen, daß wir immer mehr in einen Zeitraum hineingeraten, in welchem die Dienstleistungen auf Grund ihrer hohen Unkosten eine ganz besondere Rolle spielen, und daß die Produktion unserer Landwirtschaft in der Zukunft weitestgehend eben von der Frage abhängig sein wird, ob mit einem Produktionszweig mehr oder weniger Dienstleistungen verknüpft sind. In dem Maße, in welchem mehr Dienstleistungen damit verbunden sind, wird die Produktion einen Schrumpftrend einschlagen; in dem Maße, wie eine Mechanisierung möglich ist, wird das nicht der Fall sein.

Wir haben heute noch eine reichliche Milchmenge. Dennoch sehen wir Anzeichen dafür, daß man hier doch auf eine Einengung der Produktion zuläuft. Wir sehen aber auch, daß beispielsweise bei der Schweinehaltung die Frage der Ferkelerzeugung eine sehr viel größere Rolle spielt als die Frage der Mast. Wir sehen es bei Gemüse, wo die kleinen Flächen verschwinden, und große Flächen, die mechanisiert geerntet werden können, bevorzugt werden. Wir fragen uns, wie die Dinge beim Zuckerrübenbau und bei den Kartoffeln weitergehen. Überall dort, wo menschliche Arbeitskräfte in großer Menge gebraucht werden, werden sich die Dinge zuspitzen. Das sollen wir sehen, und wir sollen das in unser Kalkül mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich hat sich die Stimmung im Augenblick draußen auf Grund der Gesamtsituation in unseren Bauerndörfern gebessert; aber man sollte die Augen nicht davor schließen, daß es sich um eine Entwicklung handelt, die wir letzten Endes nicht in der Hand haben, jedenfalls nicht in dem Umfang, wie es notwendig erscheinen mag, um auch in der Zukunft einen solchen „Sonnenschein“ auszubreiten, wie er im letzten halben Jahr doch zweifellos vorhanden war.

Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß es eigentlich ein Zeichen außerordentlicher Bescheidenheit ist, daß ein vorübergehendes Aufatmen, als man also einmal von gewissen roten Zahlen herunter kam und ein wenig Luft hatte, bereits genügte, um die Stimmung zu verbessern, so daß man wirklich sagen kann, daß unser Bauernstand nicht von Grund auf irgendwie renitent ist, sondern nur aus einer echten Sorge um sein Dasein heraus in den vergangenen Jahren manchmal verständlicherweise seinem Unmut Luft gemacht hat, der eben doch einmal irgendwie einen Ausfluß finden mußte.

Wir werden also in der Zukunft hier ganz zweifellos auf einigen Gebieten wieder in eine Normalisierung eintreten, und um so wichtiger ist unsere Arbeit, das Fundament unserer Landwirtschaft zu erhalten.

Neben allem, was hier nun an Tagesarbeit zu leisten ist, stehen natürlich die großen Fragen der EWG vor uns und hier gerade in jüngster Zeit und in nächster Zukunft die Angleichung der Getreidepreise.

Wir haben die Rede des Herrn Bundeskanzlers gehört, und wir werden über dieses Thema in den nächsten Tagen innerhalb der Fraktion und des Kabinetts noch einmal zu sprechen haben, um zu einem Entscheid zu kommen. Soweit sich die Dinge übersehen lassen, darf ich wohl zum Ausdruck bringen, daß an den Preisen der Ernte 1964 und 1965 nichts geändert wird. Es ist die Frage, ob wir uns für ein späteres Jahr, sei es die Ernte 1966 oder 1967, heute verpflichten wollen und dies unter Umständen verbinden können und auch wollen mit gewissen Vorteilen, die zweifellos im Augenblick noch einzuhandeln sind. Wir wissen, daß wir am 1. Januar 1966 überstimmt werden können, und wir wissen nicht, was uns dann blüht. Es ist aber ganz zweifellos nicht allein die materielle Sorge, die hinter diesen Fragen steht, sondern auch eine ganz eklatant psychologische Frage.

In einer Zeit, in der alles nach oben strebt, in einer Zeit, in der man sich über höhere Löhne, Gehälter und alles mögliche unterhält, in der man auf der ganzen Linie Preisbewegungen feststellen muß, die leider Gottes auch bei uns doch nicht unbeträchtlicher Art sind, wenn wir auch noch gegenüber anderen Ländern recht gut dastehen, genau in demselben Augenblick mutet man es einem großen Berufsstand zu, im Preise herunterzugehen. Das ist also eine Angelegenheit, die auch von der psychologischen Seite her von uns aus politisch gewertet werden muß und die wir nicht einfach so abtun können, wie man es vielfach lesen kann, wenn man Zeitungen und auch gewisse Zeitschriften durchblättert. Dazu mag dann im Laufe der Diskussion auch von Ihnen Stellung genommen werden.

Ich bin der Auffassung, daß wir hier nicht nur vor einer sehr ernsten Frage stehen, sondern daß wir auch diese Frage in aller Verantwortung tragen müssen, so oder so. Ich meine, daß angesichts der Gesamtsituation, in der wir uns nun einmal befinden, wir nicht auf allzu wohlklingende und wohlmeinende Ratschläge eingehen sollten, die Übergangszeit vielleicht um ein Jahr uns etwas geschmackvoller gestalten zu lassen, indem man sagt, dann wollen wir euch diese oder jene Wohltaten noch erweisen. Denn, meine Damen und Herren, damit nehmen wir der Gegenseite eine Verantwortung ab, die sie dann, wenn sie glaubt, sie durchführen zu müssen, auch tragen soll. Wir selbst sind wohl doch – in einer Vielzahl jedenfalls – der Auffassung, daß die nächsten Jahre Entscheidendes auch auf dem Gebiete der Währungen bringen, die ja nicht in allen Ländern so stabil sind, wie man es eigentlich wünschen sollte und die uns zu Verschiebungen auf gewissen Gebieten auch preislicher Art gelangen lassen, die sehr bedenklich für die Auswirkungen auf unseren Getreidepreis sein können.

Wir sind im Kabinett absolut und hier auch von Seiten der Bundesbank der Auffassung, daß eine neue Aufwertung nicht stattfinden darf. Wir wissen aber aus der Vergangenheit, daß Auf- und Abwertung, wie auch immer, zu solchen Verschiebungen des Gleichgewichts Anlaß geben, daß jede Art von Möglichkeit – auch selbst bei Dollarwerten – nicht ausgeschlossen erscheint. Ich nehme nur einmal an, daß eine Aufwertung irgendwo in der Sechser-Reihe stattfindet. Dann würde das

betreffende Land zwar für eine Währungseinheit – sagen wir 100 francs – für 110 francs kaufen können; aber der Getreidewert würde festbleiben. Sie können es auch in D-Mark ausdrücken, wenn Sie wollen. Das wäre gewissermaßen ein Betrug an dem Berufsstand, der in Form von Getreide ja letzten Endes – und aus Getreideerlösen über Veredelung – seinen Lebensunterhalt bestreiten soll. Dieser wäre gegenüber den anderen benachteiligt; von der Abwertung will ich gar nicht sprechen. Das würde das Bild total verzerren.

Man spricht davon, meine Damen und Herren, wir würden ja einen nicht unerheblichen Ausgleich erhalten, und zwar nach dem Angebot von Herrn Mansholt 560 Millionen DM. Dazu wäre zu sagen, daß man nicht etwa davon träumen sollte, daß wir 560 Millionen so ohne weiteres einkassieren. Dem stehen nämlich folgende Zahlen gegenüber: 230 Millionen DM, die der Bund als Anteil in die Kasse Brüssel zu zahlen hat; weil nicht etwa die 560 Millionen allein im Spiele sind, sondern weitere Millionen; insgesamt sind es 824 Millionen DM, an denen auch Italien und Luxemburg teilnimmt. Das wären also 230 Millionen DM, die zunächst einmal zu zahlen wären.

Dann haben wir eine Abschöpfungs-minderung auf Grund der niedrigeren Preise, die wir dann gegenüber den Drittländern haben; dann ist ein Ausfall gegenüber dem Bereich der sechs in Höhe von 290 Millionen DM, die der Bundeskasse verloren gehen. Schließlich müssen wir 140 Millionen DM brutto – wir bekommen 40 Millionen DM zurück, das macht 100 Millionen DM – netto an den Agrarfonds bezahlen, so daß wir 620 Millionen DM bei der ganzen Sache zumindest auch einmal wieder ins Debet schreiben müssen.

Wenn man dann also dazu übergeht, daß diese 560 Millionen DM ja letztenendes an die Landwirtschaft gegeben werden, so ergibt sich insgesamt ein erhebliches Defizit für den Bund. Das ergibt eine Rechnung, die das Finanzministerium und mein Haus gemeinsam getätigt haben, von 620 Millionen DM als Mehrbelastung des Bundeshaushaltes.

Das nur zur Klarstellung jenen gegenüber, die glauben, wir würden eine große Chance verpassen, wenn wir dieses Geld nicht freudigen Herzens einstreichen.

Ich möchte hier nicht weiter auf Einzelheiten eingehen; aber eines darf ich hier in diesem Kreise, obwohl es oft genug schon gesagt wurde, erwähnen, daß nämlich am Ende von allem immer noch netto 1,6 Milliarden DM bleiben, die die französische Regierung aus der Staatskasse an die bäuerlichen Familienbetriebe Frankreichs zahlt, und zwar an Kopfzahl etwa ebenso stark wie die unsrigen, so daß wir diese 1,6 Milliarden DM auf der anderen Seite immerhin noch als eine nicht unerhebliche Verzerrung der Voraussetzung eines gleichen Preises haben. Das alles müssen wir in die große vor uns stehende Schicksalsfrage einbeziehen, und wir müssen tapfer genug sein, einen Entscheid zu fällen.

Meine Damen und Herren! Unsere heutige Tagung wird Gelegenheit geben, auch über diese Fragen zu sprechen. Wir sollten es niemand

übelnehmen, eine Meinung zu äußern, die er vertritt; denn die große Verantwortung kann tatsächlich nur getragen werden, wenn alle Meinungen absolut klar zum Ausdruck kommen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Ich darf aber zum Ausdruck bringen, daß unsere heutige Tagung mit dazu dienen soll, klärend zu wirken, und insbesondere in jenem Sinne zu wirken, auch unserer CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und dem Fraktionsvorstand die Meinung an die Hand zu geben, die Sie hier im Bundesausschuß für Agrarfragen vertreten.

Ich darf Ihnen danken, daß Sie die Freundlichkeit hatten, hierher zu kommen, um mit uns allen zusammen gemeinsam diese Dinge zu besprechen.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Haben Sie herzlichen Dank, Herr Bundesminister, für Ihren Diskussionsbeitrag! Ich glaube, wir begrüßen es alle miteinander, daß Sie vor allen Dingen auch die Frage des Getreidepreises im Zusammenhang mit dem Mansholt-Plan auf den Tisch gelegt haben. Wissen wir doch, daß der Bundestag noch in dieser Woche, nämlich am 19. März, zu einer Sondersitzung zusammentritt, um diese Fragen zu diskutieren und auf Grund der Vorlagen auch zu entscheiden. –

Wir fahren in der Aussprache fort.

BAUKNECHT, MdB:

Meine lieben Parteifreunde! Lassen Sie mich noch einige Worte zu dem sagen, was vorhin Minister Schwarz zur Frage des Getreidepreises gesagt hat:

Ihr Vorsitzender, Herr Struve, hat hier schon angedeutet, daß noch in dieser Woche eine große Debatte über EWG-Fragen stattfinden wird. Es wird die erste Debatte dieser Art sein, die in die Tiefe gehen wird, in der einzelne Probleme stark aufgerissen werden. Wenn man in der Öffentlichkeit herumhört und wenn man die Leute hört, die zum Getreidepreis Stellung nehmen, so müssen wir sagen, daß eigentlich offenbar die Dinge so sind, daß sich andere außerhalb der Landwirtschaft sehr viel stärker um den Getreidepreis bemühen. Dann muß ich aber doch fragen, wo das eigentlich herkommt; und ich habe mir darüber auch Gedanken gemacht und festgestellt, weil man politisch Europa nicht vorwärts bringt, muß man irgend etwas finden, womit man rascher vorwärts kommt, und dafür hat man sich den Getreidepreis ausgesucht.

Die Frage ist doch die – und daran sollten wir uns alle halten: Im Römischen Vertrag finden wir doch, daß ausgerechnet – wahrscheinlich wegen der Landwirtschaft, und die Leute haben sich doch sicher etwas gedacht, als sie den Vertrag abgeschlossen haben – eine Übergangszeit bis zum Jahre 1970 vorgesehen ist, und wenn ich mich nicht täusche, steht darin sogar, wenn besondere Schwierigkeiten auftauchen sollten, hätte man sogar die Möglichkeit, vier weitere Jahre anzuhän-

gen. Das ist doch nur wegen der Landwirtschaft geschehen. Darüber habe ich gar keinen Zweifel. Also haben wir doch gute Argumente. Es sind doch dieselben Leute, die Europa so rasch vorwärts bringen wollen. Man muß dabei auch mit dem persönlichen Ehrgeiz rechnen. In Brüssel sind einige Leute, die sich Kommission nennen, und diese müssen natürlich Erfolge aufweisen. Wenn es nicht anders geht, muß man eben hier rascher vorwärtskommen. Wir müssen berücksichtigen, daß die Leitung da drüben ein Holländer hat; aber Holland war in seiner agrarischen Produktion immer ganz anders orientiert als wir in der Bundesrepublik. Wir haben einige andere Dinge hinter uns, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden können. Ich denke an die autarkischen Bestrebungen. Man kann keinen Weltkrieg beginnen, ohne die völlige Sicherheit zu haben, daß man sich selbst ernähren kann. Etwas hat das bereits im ersten Weltkrieg eine Rolle gespielt und im zweiten umso mehr.

Wenn sich also die Landwirtschaft hier so verschiedenartig entwickelt hat, dann muß man das bedenken.

Zweitens ist es so, daß Mansholt drüben ja auch Sozialist ist, und er kann ja aus seiner politischen Haut auch nicht heraus. Daher sollten wir bei ihm manches – sagen wir einmal – übersehen, wenn er so hastig macht; aber das muß man eben bei uns sagen, man muß die Leute darüber aufklären. Die Argumente sind dann nämlich gar nicht so schlecht.

Herr Minister Schwarz hat schon darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten bei uns entstehen würden. Was würde denn passieren? – Auch für den Verbraucher würde gar nichts passieren!

Was ich jetzt sage, will ich nicht als meine eigene Weisheit dartun; aber in Bonn sitzt ein großer Agrarwissenschaftler, nämlich Professor Niehaus. Sie kennen ja die Auseinandersetzungen, die zwischen unserem Berufsstand und ihm manchmal stattgefunden haben. Aber gerade dieser Professor hat unmißverständlich gesagt, daß für den Verbraucher praktisch nichts herauschaut. Warum? – Sehen Sie, wenn man den Getreidepreis ermäßigt, etwa um 10 bis 12 oder manchmal auch für die agrarfernen Gebiete um 15%, dann werden nach seinen Feststellungen wahrscheinlich die Produkte, die der Mensch verzehrt, ungefähr 7% im Preis sinken. Wenn sie wissen, daß der Anteil des Bauern am Endpreis nur 50% beträgt, also 50% an dem, was der Verbraucher zu zahlen hat; und wenn Sie so rechnen, dann bleiben von 7% nur 3½% – wenn wir nur einmal die tierischen Veredelungsprodukte nehmen, die pflanzlichen Produkte können wir sowieso für den Verbraucher auslassen: warum? – weil da gar nichts hereinkommt; ich habe letzgens eine Rechnung aufgemacht; es bleiben pro Kopf und Tag nicht ganz 1,2 Pfennige übrig; wie man das bei den heutigen Brötchen- und Kuchen- und den Nahrungsmittelpreisen so verteilen kann, daß auch für den einzelnen noch etwas herauschaut, darauf kann sich ja jeder selbst einen Vers machen; die Veredelungsprodukte interessieren uns mehr; die Hälfte kommt beim Verbraucher an, also nicht 7%, sondern

nur 3½ %. Da aber die Ernährungskosten nur ein Drittel der Lebenshaltungskosten ausmachen, bleiben dann für die gesamten Lebenshaltungskosten ein Drittel von 3,5 % – das sind 1,2 % – übrig. Um diesen Satz würden sich bestenfalls die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher ermäßigen. Warum ein solches Geschrei? – Wenn wir jetzt die andere Komponente anschauen; wie wird sich das für die Landwirtschaft auswirken? –

Meine lieben Parteifreunde! Das läßt sich ja sehr leicht ausrechnen. Allerdings muß man dann eine andere Rechnung aufmachen als drüben in Brüssel. Dort hat man ausgerechnet, wir hätten einen Schaden von 560 Millionen DM. Das Haus von Herrn Minister Schwarz, das wahrscheinlich auch nicht mit völligen Ignoranten besetzt ist, kam nahezu auf das Doppelte, nämlich auf 910 Millionen DM. Der Bauernverband hat auch eine Rechnung aufgemacht. Er kam auf denselben Betrag, und wenn man den Eigenverbrauch noch berücksichtigt, dann kommen wir auf 1,1 Milliarden DM.

Im Augenblick geht das Gerücht um – Herr Schwarz hat es schon angedeutet, ja, wenn ihr jetzt nicht kommt, dann bekommt ihr nachher nichts. Und was bekommen wir eigentlich in etwa? – Schwarz hat ausgerechnet, 600 Millionen DM verliert der Bund bei der „ganzen Musik“ für den Etat, und 570 Millionen DM soll die Landwirtschaft ausbezahlt bekommen.

Meine lieben Freunde! Aber noch etwas anderes: Wer soll das bekommen? – Es soll ja nicht der bekommen, der den Schaden hat, sondern irgendwie soll das produktneutral verteilt werden. Wer will diese Verteilung so machen, daß sie gerecht ist? – Am schlechtesten kämen die marktfernen Gebiete weg, die ja einen größeren Preisabschlag haben als die anderen.

Meine lieben Freunde! Das sind also Argumente, die völlig dagegen sprechen. Aber eines möchte ich Ihnen zum Schluß noch in den Vordergrund stellen:

Es ist die Schwierigkeit mit den Amerikanern. Bei dieser Kennedy-Runde wird gesagt, die Amerikaner hätten einen heillosen Horror davor, ihr Getreide nicht mehr nach Europa verkaufen zu können, wenn der deutsche Preis angesteuert wird. Wir brauchen den Preis ja jetzt noch nicht. Es genügt durchaus, wenn wir ihn 1970 haben. Was dann sein wird, darüber sollten wir uns jetzt noch keine grauen Haare wachsen lassen. Das sollte uns gar nicht so sehr kümmern. Wir werden bis 1970 schon zu einem einheitlichen Preis kommen, und es wird sich dann schon zeigen, wie er aussehen wird.

Aber an der Überproduktion wird meines Erachtens viel zu viel „daran herumgemacht“. Das Haus von Schwarz hat kürzlich errechnet, daß der Einfuhrbedarf an Getreide für die Bundesrepublik sich bis 1970 eminent steigern wird. Die Zahlen können Sie nachher von ihm hören, wenn Sie sich dafür interessieren.

Aber der „große schwarze Mann“ – das ist die Gefahr der französischen Überproduktion. Wie liegen denn hier nun die Dinge? – Man

will es nicht mehr wahrhaben, daß die Franzosen vor ihrer eigenen Währungsreform einen höheren Weizenpreis als wir in Deutschland hatten. Man hat dort auch nicht mehr produziert. Wie aber ist es heute? – Wenn Sie nach Frankreich hinübergehen, dann sehen Sie bestimmt die Gegenden, die prädestiniert als Weizen- und Gerstenfabriken sind. Sie kennen einige Gebiete um Paris herum sowie im Norden, im Osten, im Südwesten und Westen von Paris. Die Erträge dort liegen in der Regel so hoch, daß sie die der besten deutschen Gebiete sogar übertreffen, weil eben Klima und Boden besser sind. Dort läßt sich nicht mehr herausholen. Es gibt natürlich auch große andere Gebiete, wo man noch nicht so weit ist. Aber das sind meist Gebiete, die drüben brach liegen. Man spricht heute von 2,5 oder 2,7 Millionen Hektar. Was wird sich da ergeben? –

Ich habe kürzlich die Abhandlung eines französischen Professors gelesen, der nachgewiesen hat, daß man zu keiner Zeit in diesen Gebieten über 17 bis 18 Doppelzentner je Hektar an Getreide hinausgekommen ist. Wer aber heute Geld hat, steckt es sicher nicht in solche zweifelhafte Gebiete hinein; das wird niemals lukrativ sein, ohne Investitionen an Kapital zu machen, wo der Boden arm ist und die Niederschläge gering sind und wo vielleicht die Oberflächengestalt dort in dieser Gegend so ist, daß eine Technisierung nicht interessant ist. Meines Erachtens kommt also von da her keine Gefahr. Man muß mit den Amerikanern reden. Nun streitet man sich darüber: weltweite Abkommen oder – wie andere sagen – Kontingente! Ich glaube, wenn man mit den Amerikanern vernünftig redet und ihnen sagt, daß sie eine bestimmte Menge auf alle Fälle verkaufen können, dann sollten sie zufrieden sein. Wie sich die Dinge dann im Laufe der Zeit entwickeln, weiß ja niemand. Es weiß niemand, ob es den Russen gelingen wird, sehr viel mehr Getreide zu erzeugen, mehr, als ihre Bevölkerung zuwächst; das alles weiß ja niemand. Es weiß auch niemand, wie es sonst auf der Erde mit der Versorgung gehen wird. Diese Dinge stehen also auch noch daneben.

Ein letzter Punkt, in welchem wir uns völlig von den Sozialdemokraten unterscheiden, das kann man nicht oft genug betonen: Die Franzosen bieten seitens der Regierung als Ausgleich für das mangelnde Einkommen, das die französische Landwirtschaft hat, eben diese hohen Dotationen, diese hohen Subventionen auf dem sozialen Gebiete an.

Schwarz hat es bereits angedeutet; sein Haus hat errechnet – und die EWG-Kommission hat das bestätigt – 2,2 Milliarden DM. Wir haben, glaube ich, 560 oder 570 Millionen DM, so daß die Franzosen bei gleichem Getreidepreis das Plus von 1,6 Milliarden DM haben, was immerhin einiges bedeutet, und in dieser Beziehung können wir eben die französische Politik nicht mitmachen. Erhard fragt mit Recht: Wohin komme ich dann, wenn ich solch hohe soziale Subventionen an meine Landwirtschaft zahle? – Das liegt ja nahe. Sie sollen nicht produktgebunden, sondern produktneutral sein. Die Sozialdemokratie steuert direkt auf höhere soziale Subventionen hin, und ich habe kürzlich einmal gesagt, solange die Franzosen diese hohen sozialen Vergünstigun-

gen haben, werden sie nicht mehr Weizen anbauen; denn in der Familie ist die Produktivität dann interessanter. Sie bringt bequemer das Geld herein als auf dem Weizenacker.

(Heiterkeit.)

– Ja, das ist wirklich so, und solange diese Dinge also so liegen, werden die Franzosen ohnehin nicht verstärkt einsteigen; denn ich bin mir darüber im klaren, daß es eine ungeheure Schwierigkeit sein wird, das eines schönen Tages zu koordinieren. Dann wollen wir nicht in den ausgesprochenen Versorgungsstaat hineinwandern, weil wir ja die Initiative und alle die damit zusammenhängenden Dinge der Produktivität auf jeden Fall hindern.

Ich will es also jetzt kurz machen:

Wir haben gar keine Veranlassung – und es besteht gar keine Notwendigkeit dafür –, jetzt den Getreidepreis zu fixieren. Das ist eine Manie dieser Leute, und der Richartz sitzt ja „im Europa“, und er bestätigt es mir durch sein Beifallklopfen.

Etwas anderes habe ich vorhin vergessen: Man müßte mit den Amerikanern auf Deutsch reden, nicht Krach machen, sondern man müßte ihnen sagen, wer ist denn in Europa für Amerika am meisten interessant zur Verteidigung der Freiheit. Diese Frage kann ja heute jedes Kind beantworten, und weil dem so ist und weil die Amerikaner ihre eigene Freiheit überaus schätzen, die aber verlorenginge, wenn sie sie in Europa verlieren, müßte man das den Amerikanern sagen.

Gestern hat es ja der Altbundeskanzler Dr. Adenauer auch kurz angesprochen; ich meine die soziologischen Gesichtspunkte. Eine zufriedene Landwirtschaft ist, glaube ich, gar kein schlechtes Faktum für die Stabilität eines Staates. Weil damit auch die Verteidigungsbereitschaft zusammenhängt, meine lieben Parteifreunde, sollte man auch diesen Faktor in den Vordergrund stellen.

Wenn ich am Donnerstag im Bundestag Gelegenheit habe, das Wort zu ergreifen, dann werde ich diese Argumente ins Feld führen, weil ich sie für wirklich gut halte.

In der Frage der Gestaltung der Agrarpolitik winden sich die Leute draußen. Die Sozialdemokratie hat ein ganz anderes Gesicht. Sie hat in Bonn einen Januskopf. Dort hat sie ein anderes Gesicht; Hilfe für die kleine Landwirtschaft; in Straßburg ist es wieder ein ganz anderes Gesicht.

Wenn Sie einmal lesen, was der maßgebende Experte der Sozialdemokratie in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ im letzten November geschrieben hat, dann sehen Sie: ganz nackt – 300 000 Betriebe, keiner mehr; man soll den Leuten nicht Sand in die Augen streuen, die anderen sollen alle weg, diese sind völlig übrig.

Wir befinden uns in einer Umstrukturierung; aber diese Umstrukturierung darf nicht durch wirtschaftlichen und sozialen Druck erfolgen, das ist ein Generationenproblem.

Schwarz sagt immer, das muß man langsam, das muß man organisch machen; das muß man vor allen Dingen behutsam machen. Wir wollen niemand daran hindern, der aus der Landwirtschaft heraus will; aber man darf es nicht unter solchem Druck machen. Man könnte noch genügend andere Argumente anführen, welches . . . stehen wird, wenn auch nur die Landwirte bei uns in Deutschland und Frankreich, die von einer arbeitsintensiven und flächenintensiven Feldwirtschaft ihr Einkommen erzielen – denn die Hektar-Zahl spielt ja keine Rolle, sondern es geht nur darum, wie kann ich ein Einkommen erzielen – wenn die dann alle Hühner, Eier, Schweine usw. produzieren, dann möchte ich das einmal erleben. Man ist in der Gemeinschaft bereit, dann mit Subventionen aller sechs zusammen diese Überschüsse in den Weltmarkt zu exportieren. Wer sie dann kaufen wird, das ist eine andere Frage.

Meine lieben Parteifreunde! Wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte sprechen durchaus dafür, heute ein Nein zur Herabsetzung des Getreidepreises zu sagen, daß wir uns aber – und das ist das Entscheidende – heute nicht für 1967 festlegen lassen. Wir können sagen, man redet 1967 darüber; man wird dann die Lage peilen. Man wird dann ja sehen, wie es aussieht; aber auf keinen Fall sollten wir sagen: 1964/65 Nein; 1966/1967 auf die Treppe von Mansholt zu steigen. Das wäre politisch völlig falsch, weil es möglich wäre, daß wir damit auch den Anfang für unser politisches Ende besiegeln würden.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Vielen Dank, lieber Bauknecht! – Wir fahren fort. Als nächster hat Herr Minister von Lutz vom Saarland das Wort.

Minister von LAUTZ, Landesverband Saar:

Meine sehr geehrten Freunde! Sehr verehrter Herr Bundesminister! Erlauben Sie mir, daß ich ganz kurz in wenigen Sätzen ein Thema anspreche, das in Ihren norddeutschen Verbänden vielleicht keine Rolle spielt, das uns in Südwestdeutschland aber sehr interessiert. Es ist das Problem der Nebenerwerbsbetriebe. Ich möchte dazu kurz folgendes feststellen.

Erstens: Die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe ist bei uns im Südwesten auch heute noch größer, als man denkt. Wir an der Saar haben beispielsweise über doppelt soviel Kuhhalter wie hauptberufliche Bauern. Zweitens: Die Zahl der Betriebe ist zweifellos stark zurückgegangen. Ich persönlich bin aber überzeugt davon, daß dieser Rückgang nunmehr aus einer Reihe von Gründen stagniert. Es sind dies z. B. die Arbeitsverkürzung und die größere Freizeit der Männer, die nun manche Arbeit selbst machen können, die sie bisher den Frauen überlassen mußten, ferner die Erleichterung der Arbeit durch die Technisierung. Der kleine Mann kann natürlich mit dem Traktor, den er übrigens mit seinem Lohn aus der Industrie finanziert, in kurzer Zeit eine erheblich größere Fläche bearbeiten als früher mit seinem Kuhgespann.

Schließlich dürfte hierbei auch der heutzutage überall wachsende Geldbedarf eine Rolle spielen. Es ist doch so, daß heute in unserer Wohlstandsgesellschaft die Anschaffung des Fernsehapparates, der Waschmaschine, des Kühlschranks, oder was es sonst ähnliches ist, von den Menschen immer mehr Bargeld verlangt; sie sehen infolgedessen bei den täglichen Ausgaben immer mehr auf den Groschen und wollen wieder versuchen, Lebensmittel selbst zu produzieren. All das trägt dazu bei, daß die Abwärtsbewegung bei den Nebenerwerbsbetrieben stagniert. Aus diesem Grunde spreche ich heute über dieses Thema, das vielleicht weniger eine agrarwirtschaftliche als eine agrarpolitische Bedeutung hat.

Wir sagen immer wieder – und wir haben es heute auch in dem Grundsatzreferat gehört –, daß wir die wirtschaftspolitischen, mittelständischen und bäuerlichen Fragen nicht nur mit dem Rechenstift lösen wollen, sondern sie auch vom Soziologischen her sehen müssen. Wir wollen also Eigentümer erhalten. Nun haben wir in diesen Kleinbetrieben eine große Schicht von kleinen Eigentümern, die unsere treuesten Bundesgenossen sind. Sie sind Bundesgenossen zumal für uns als Landwirte, weil sie unsere Arbeit kennen und weil sie die Schwierigkeiten unseres Berufes verstehen.

Parteipolitisch darf ich dazu sagen, daß diese Leute größtenteils bei uns in unseren Dörfern unsere Wähler sind; es sind viele Wähler. Ich darf Ihnen nur ein Beispiel nennen: Als Präsident unseres Saarländischen Raiffeisenverbandes weiß ich, daß wir in unserem Verband in dem kleinen Saarland mehr als 40 000 Fabrikarbeiter und Bergleute als Verbandsmitglieder haben. Viele von ihnen sind nebenberuflich Bauer –, besitzen Gärten und Obstbäume.

Warum spreche ich das jetzt an? – Ich spreche es deshalb an, weil ich eine Bitte – auch an unseren verehrten Herrn Bundesminister – habe. Ich weiß, daß der Herr Staatssekretär Hüttebräuker diese politische Linie nicht vertritt. Es werden, wie wir ja wissen, Herr Bundesminister, in Ihrem Ministerium verschiedene Richtlinien ausgearbeitet, die die förderungswürdigen Betriebe im Rahmen des Grünen Planes so beschränken, daß diese Kleinbetriebe ausfallen. Das wird große Verärgerung bei diesen Eigentümern auslösen.

Sie sind sich wohl alle klar darüber, daß das politisch für uns – ich spreche hier nicht vom Agrarwirtschaftlichen, aber vom Agrarpolitischen – zweifellos von Schaden wäre. Deshalb, verehrter Herr Bundesminister, meine Bitte, sich dieser Dinge in unserem Sinne anzunehmen! –

Das ist das, meine Herren, was ich zu diesem, für viele vielleicht abseitigen Thema, sagen wollte. Ich glaube aber, das Problem ist von der politischen Warte her nicht uninteressant.

(Lebhafter Beifall.)

STRÜVE, MdB:

Herr Minister von Lautz, ich glaube, wir alle sind Ihnen für Ihren Diskussionsbeitrag sehr dankbar, und ich darf sagen, daß bei allen vor-

bereitenden Arbeiten gerade diese Frage besonders mit im Vordergrund stand. Sie finden zwar nur einen Satz: „Aus gesellschaftspolitischer Verantwortung bejaht die Christlich Demokratische Union Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe“; ich darf Ihnen aber auch sagen, daß gerade Vertreter aus Ihren Räumen bei der ganzen Bearbeitung und Vorbereitung immer wieder mit Dank und Anerkennung festgestellt haben, daß unser Bundesminister und unsere Fraktion in dieser Beziehung nie haben einen Zweifel aufkommen lassen, daß wir uneingeschränkt für die Milchprämie weiter eintreten, einerlei, ob für eine Kuh oder 12 oder 15 Kühe.

Als nächster hat Herr Dr. Siemer das Wort. —

Dr. SIEMER, MdB, Landesverband Niedersachsen:

Sehr verehrter Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Kollege Bauknecht hat eben die Getreidepreisfrage angeschnitten. Das veranlaßt mich, bevor ich zu den Ausführungen des Herrn Ministers Niermann Stellung nehme, einige Bemerkungen zu dieser wichtigen Angelegenheit zu machen.

Bei der Diskussion über die Getreidepreisangleichung innerhalb der EWG werden neben allen innenpolitischen Argumenten fast nie die Fragen ins Feld geführt, die in den anderen Ländern durch eine Getreidepreisangleichung entstehen. Dazu, inwieweit zur Zeit in den Nachbarländern der EWG eine Preisangleichung auf dem landwirtschaftlichen Rohstoffsektor Getreide durchführbar ist, möchte ich einige Bemerkungen machen:

Daß diese Frage hochpolitisch ist, bedarf keiner Erwägung. Die großen Auswirkungen sollten darin zu sehen sein, daß eine Preisanhebung des Rohstoffes Getreide auf die ganze Lebenshaltung der Länder Frankreich wie auch Italien Preissteigerungen zur Folge haben dürfte, die wir noch nicht übersehen. Zur Zeit haben die Länder mit bedeutenden inflationären Entwicklungen zu kämpfen, insbesondere Italien. Hier sind die Preise für Veredelungsprodukte durch den niedrig gehaltenen Weltmarktpreis und den damit zusammenhängenden Import-Futtermittelpreis besonders empfindlich. Die Niederlande sehen natürlich den Mansholt-Plan unter dem Gesichtspunkt der von ihnen exportierten Veredelungsprodukte. Insofern ist die Angleichung des Getreidepreises für die niederländische Landwirtschaft und ihre Exportwirtschaft kein Nachteil. Wenn wir auch wissen, daß — auf die Dauer gesehen — ein einheitlicher Preis nach dem EWG-Vertrag das Ziel der gemeinsamen Verträge ist, so bedarf es doch eines behutsamen Vorgehens. Für uns ist die Getreidepreisfrage zu einer wesentlichen psychologischen Frage geworden. Das hängt mit der öffentlichen Diskussion zusammen. Hier möchte ich die Ausführungen meines Kollegen Bauknecht nachdrücklich unterstreichen. Wir wissen nur zu gut, daß herabgesetzte Preise á la Mansholt sich auf den deutschen Konsumentenmarkt für veredelte Produkte — seien es pflanzliche oder tierische Erzeugnisse — kaum oder überhaupt nicht auswirken werden. Das unterstreicht ganz eindeutig die Stabilität des Getreidepreises in den letzten 12 Jahren. Trotz dieser Preisstabilität des Getreidepreises der letzten 12—14

Jahre haben wir eine zum Teil sprunghafte Steigerung der Preise bei den Erzeugnissen, die aus dem Rohstoff Getreide für den Konsumenten hergestellt werden.

Das Ihnen bekannte Beispiel vom Brötchen, in dem auch heute noch wie vor 14 Jahren dieselbe Menge Mehls substanz enthalten ist, von rund 2 Dpf, hat eine sehr ansehnliche Preissteigerung durchgemacht: von 4½ Dpf im Jahre 1952, 9–9½ Dpf im Jahre 1964. Wenn wir jetzt eine Getreidepreissenkung nach dem Mansholt'schen Vorschlag von 10–14 % vornehmen, dann würde sich dies – wie vorhin mit Recht nachgewiesen – im Konsumsektor in keiner Weise auswirken.

Wir haben aber für die Zukunft mit einer zunehmenden Wohlstandsentwicklung zu rechnen. Das sagen uns die Berechnungen der wissenschaftlichen Institute und viele Fachwissenschaftler für die Jahre 1970/75 voraus. Das heißt aber, daß sich die Einkommensdisparität zwischen den landwirtschaftlichen Einkommen und denen der übrigen gewerblichen Gruppen aus den vorhin von Herrn Minister Niermann dargelegten Gründen vergrößern wird. Es dürfte also wohl der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um dieses Abgleiten der Einkommensdisparität in der Landwirtschaft zu verhindern.

Wir sollten versuchen, die landwirtschaftlichen Betriebe so attraktiv zu gestalten, daß sie auch weiterhin bewirtschaftet werden und der auf ihnen arbeitende Mann seine Existenzsicherung findet.

Ein Merkmal, das sich in besonders behindernder Weise für die Landwirtschaft auswirkt, ist der hohe Anteil an unbeweglichem Kapital. Der Grüne Bericht weist aus, daß die Landwirtschaft bis heute an Fremdkapital einen Betrag von 15,8 Milliarden DM investiert hat. Wenn wir den Umsatz in Höhe von 22 Milliarden, den die Landwirtschaft 1962/63 erzielte, dem gegenüber stellen, wird die enorme Belastung, die auf der Landwirtschaft ruht, verständlich. Der Grüne Bericht errechnet eine Durchschnittsverzinsung für dieses Fremdkapital von 5,4 %. In Relation zum Umsatz gesetzt, bedeutet das eine Kostenbelastung von 3,6 % vom Umsatz. Vergleichen Sie das einmal mit den Verhältnissen in der gewerblichen Wirtschaft! –

Nun bringen die noch notwendigen Umstellungen voraussichtlich weitere, hohe Kapitallasten mit sich. Herr Minister Schwarz hat vor kurzem in einem Referat darauf hingewiesen, daß mit weiteren 22 Milliarden Neuinvestitionen zu rechnen sei. Das ist auch verständlich:

Erstens werden auf Grund der ständigen Ergebnisse neuer wirtschaftlicher Forschungen und technischer Entwicklungen, die Neuinvestitionen notwendig machen, laufend neue Kapitalansprüche gestellt werden;

Zweitens erfordern die Umstrukturierungen in der Landwirtschaft neue Kapitalmittel, und zwar:

einmal für die Bodenumstrukturierung und zum anderen für die innerbetrieblichen Umstrukturierungen, wobei die notwendige Spezialisierung besonders kapitalbelastend wirken dürfte, und schließlich erfordert die Veränderung in der Marktstruktur für die gesamte Landwirtschaft neue Kapitalmittel.

In unserem vorliegenden Agrarprogramm sprechen wir im Hinblick auf die EWG von einem Anpassungsprogramm. Das beinhaltet die Anpassung an kommende gemeinschaftliche Marktordnungen. Hier ist es das Hineingleiten in einen Gemeinsamen Markt, der neue Organisationsformen für die Märkte schaffen muß. Sie sind für die Existenz der kleinen und mittleren Betriebe von ausschlaggebender Wichtigkeit. Aber auch das erfordert neues Kapital. Jeder, der sich mit dieser Frage beschäftigt hat und sie aus der Praxis kennt, wird das wissen. Hier ist der horizontale Zusammenschluß in der Erzeugerebene eine wichtige Voraussetzung. Für die Möglichkeit der Belieferung des Marktes ist die Voraussetzung eine kontinuierliche, gleichmäßige Standardqualität.

Der Grüne Plan weist das zweite Mal Mittel zur Unterstützung der Versuche nach horizontaler und vertikaler Kapitalinvestierung aus. Es geht darum, für viele – auch für kleine Anlieferer – im Markt eine Position zu schaffen, und diese Aufgaben erfordern gewaltige neue Summen. Wir können uns einfach dieser neuen Aufgabe nicht entziehen und dürfen nicht glauben, das könnte wohl der „Unternehmer“ machen, oder die vielen Tausend Vermittler seien dafür da, um die Vermarktung durchzuführen. Wir Landwirte bleiben dann am Ende der Rohstoffproduktion und werden aus dem Markt ausgeschaltet bleiben.

Geht man davon aus, daß jeder Arbeitsplatz in der Landwirtschaft schon höhere Kapitalinvestitionen erfordert als in der Industrie und daß zusätzlich das Investivkapital für die neuen Aufgaben nach den Errechnungen maßgeblicher Wissenschaftler um 50% und mehr zunehmen würde, dürfte die Kapital- und Zinsfrage im landwirtschaftlichen Bereich zur Frage allererster Ordnung werden. Im Wettbewerb in der EWG können wir hier nicht nachhinken. Es ist darum angesichts der Immobilität unserer investierten Kapitalien die Forderung zu stellen, daß die normalen Zinssätze für landwirtschaftliche Investitionen dem Stand der zu erwartenden Erträge angepaßt werden. Ich halte die Überschreitung eines Zinssatzes von 3% für landwirtschaftlich investiertes Kapital für nicht tragbar.

Wir haben darum auch in unserem Agrarausschuß des Landes Niedersachsen die Forderung gestellt, daß frühere Kapitalinvestitionen, die Rationalisierungen dienen, auf einen Zinssatz von 3% verbilligt werden. Wir sind der Meinung, daß die Frage der Altschulden, die für Rationalisierungszwecke gemacht wurden, nicht Sache der Länder allein bleiben darf. Wir haben darum in unserem Ausschuß den Antrag gestellt, auch diese Altschuldenfrage mit in die Zinsverbilligung der Grünen Pläne grundsätzlich einzubeziehen. Das ist auch schon darum notwendig, um gegenüber den neuen Zinsverbilligungsrichtlinien Gerechtigkeit walten zu lassen.

Zum Schluß möchte ich zusammenfassen:

Es dürfte für die zukünftige Entwicklung unserer Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung sein, nicht nur für die heute schon in Not und Bedrängnis befindlichen Betriebe nach Erleichterungen zu suchen; vielmehr müssen wir alle Kraft darauf verwenden, den heute noch ge-

sunden Betrieben die Voraussetzungen für eine Umstellung und eine Anpassung im neuen Gemeinsamen Markt zu geben.

Nicht die letzte und unwichtige Voraussetzung dürfte im Kapitalektor gelegen sein. Hier auch gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen wie in den EWG-Ländern zu schaffen, ist für jeden unserer Betriebe lebenswichtig.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Herr Dr. Siemer, ich danke für Ihren Diskussionsbeitrag. Da wir gehalten sind, die ganze Diskussion im Wortlaut festzuhalten, möchte ich darum bitten, daß man bei etwas länger geplanten Diskussionsbeiträgen nach vorne kommt. Damit erleichtern wir die Arbeit für unsere Damen und Herren sehr wesentlich, weil die Ausführungen hier auf Band aufgenommen werden.

Wir fahren fort. Das Wort hat Richarts, Rheinland-Pfalz.

RICHARTS, MdB, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Herr Bundesminister! Meine Herren Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß ich seit 1958, das heißt seit Bestehen des Europäischen Parlaments, Mitglied dieses Parlaments und daß ich überzeugter Europäer bin. Ich muß das hier vorausschicken, weil Sie wahrscheinlich über meine Ausführungen etwas überrascht sein werden.

Ich bin mit dem Herrn Bundesminister einig, wenn er sagte, daß sich die Stimmung in der Landwirtschaft gebessert habe; aber ich war persönlich in den letzten Monaten etwas beunruhigt, weil ich so den Eindruck hatte, als ob sich die Landwirtschaft über die hohen Schweine- und Rinderpreise etwas narkotisiert fühlte oder narkotisiert war und gar nicht merkte, was vor allen Dingen am Brüsseler Horizont für ein Gewitter aufzog, das auch bis zur Stunde von diesem Horizont noch nicht verschwunden ist.

Sie, Herr Bundesminister, haben das Thema des Tages – es ist der Getreidepreis – hier angesprochen. Sie haben präzise die Frage gestellt: Sollen wir uns auf 1966 festlegen, oder sollen wir sagen, wir verhandeln nach 1966 über diesen Preis? – Ich glaube, daß keiner in unseren Reihen ist, der im Augenblick die Preisentwicklung für 1966 irgendwie fixieren kann. Keiner von uns ist in der Lage, die augenblickliche Preisentwicklung in Italien und in Frankreich für 1966 vorzusagen. Ich sage das nicht, weil wir etwa auf eine Inflation, die ja praktisch dort festzustellen ist, spekulieren. Welche Sorgen das für uns sind, hat heute morgen der Herr Bundeskanzler Erhard ganz klar gesagt. Aber wir haben letztlich auch keine Tomaten auf den Augen; denn wir sehen doch die nüchternen Realitäten, und es ist völlig unmöglich, bei diesen steigenden Produktionskosten und bei den sehr weit zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Löhnen in Italien und Frankreich diese Entwicklung in den nächsten Jahren aus den Augen zu lassen. Sie müssen nachziehen; wir werden nachziehen.

(Beifall.)

Es ist doch nicht so, als ob die französische Landwirtschaft hundertprozentig die Meinung von Herrn Pisani teilt. Herr Kollege Trinker und ich haben noch am vergangenen Donnerstag mit den Verbänden Frankreichs zusammengesessen, Herr Bundesminister. Ich saß bei einem Präsidenten der Genossenschaften, der mir auch unsere These bestätigte und fragte: warum denn so schnell? – Machen wir langsam!

Es geht in der Tat nicht nur um die Getreidepreise, meine Damen und Herren. Ich habe Ihnen eine Aufstellung über die Getreidepreise gegeben. Kollege Siemer wies auf die schwierige italienische Situation hin. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß ohne Anpassung an den deutschen Preis allein auf Grund des Mansholt-Vorschlages die Italiener ihren Weizenpreis um 23,5 % heben müssen. Soll das vielleicht zur Stabilisierung der italienischen Währung beitragen? –

Aus dieser Vorstellung geht hervor, daß die Franzosen, wenn sie den Vorschlag annehmen, ihren Roggenpreis um 30 % anheben müssen. Heute morgen hat sich Erhard doch ganz klar und deutlich gegen eine Planifikation ausgesprochen. Er hat auch nachgewiesen, daß die Planifikateure in den letzten Jahren mit ihren Ideen bankrott gemacht haben; siehe Frankreich und die Entwicklung in Italien. Ist denn das, was uns hier angeboten wird, nicht ein Superlativ der Planifikation auf preislichem Sektor? So muß ich einmal fragen.

Und dann, Herr Bundesminister, ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, bei Kenntnis der Rom-Verträge und der Marktordnung, fehlt mir einfach das Verständnis dafür, daß wir in diesem Jahre aus irgend einem Grunde den Getreidepreis anpassen sollen. Es fehlt mir jedes Verständnis dafür, daß der deutsche Getreidepreis zu hoch sein soll. Hierfür gibt es nicht ein einziges überzeugendes Moment. Aber ganz abgesehen von den zunächst einmal finanziellen Auswirkungen auf dem Getreidesektor selbst – was bedeutet das denn? – Wenn man das hören will, darf man nicht in den Agrarausschuß des Europäischen Parlaments gehen, sondern dann muß man in den Außenhandelsausschuß gehen

(Heiterkeit);

dort wird offener gesprochen. Dort sagt man, die Effektivierung des gemeinsamen Getreidepreises bedeutet den Gemeinsamen Markt auf dem Agrarsektor am 1. Juli 1964, ganz klipp und klar, mit allen Konsequenzen. Das bedeutet für die Bundesrepublik das nutzlose Verschenken von 5½ Jahren Übergangszeit, die wir zur Ausrüstung unserer Landwirtschaft auf vielen Gebieten, auch auf denen, die Kollege Siemer angesprochen hat, dringend notwendig haben. Ich glaube, daß die Situation in den anderen Ländern ähnlich ist.

Wie ist es mit unserer Struktur? Wie steht es mit der Verbesserung der Infra-Struktur? – Sie haben in Ihrem Lande – glaube ich – einen eigenen Überleitungsplan. Schleswig-Holstein hat einen Überleitungsplan EWG, abgestimmt auf 1. Januar 1970, und ich darf Ihnen sagen, daß viele Maßnahmen innerhalb des Grünen Planes ja auch auf diesen Zeitpunkt abgestellt sind. Ich darf Ihnen sagen, daß sture Betriebsführer

sich das Datum des 1. Januar 1970 sichtbar an ihre Hofscheunen geschrieben haben; denn darüber hinaus – darüber sind wir uns wahrscheinlich klar – wird es sicher schwer sein, etwas zu tun.

Aber laßt uns doch die Übergangszeit nützen! Laßt uns doch die Maßnahmen von Bund und Ländern und die Privatinitiative in diesen Jahren nutzen! – Dann wollen wir hinein in den Wettbewerb; und dann ist mir auch gar nicht so bange darum.

Wenn aber alles nichts mehr hilft, heißt es: die Kennedy-Runde. Ich muß sagen, Herr Mansholt ist ein sehr erfindungsreicher Mann. Er hat immer eine Reitpeitsche zur Hand, wenn er den europäischen Gaul vorwärts treiben will.

(Heiterkeit.)

Seinerzeit war das mit den Engländern so, da hieß es: Avanti, signore, die Briten kommen! Wir brauchen die gemeinsame Marktordnung für Rindfleisch, für Milch; denn die Briten – ich zitiere wörtlich; denn ich bin ja immer dabei gewesen in diesen Gefechten – können nicht kommen, wenn sie die gemeinsame Marktordnung nicht kennen.

Danach hieß es: nein, jetzt langsam auf diesem Sektor! Wir können die Briten nicht erschrecken; denn wenn sie die gemeinsame Marktordnung kennen, kommen sie nicht mehr.

(Heiterkeit.)

– Das sind alles die Tatsachen von Herrn Mansholt, meine Damen und Herren. Jetzt reitet man also diesen „Kennedy-Gaul“ mit Vehemenz und sagt: Die Kennedy-Runde. Ich weiß nicht, welchen Werbepsychologen die Amerikaner in Europa gehabt haben, um uns diesen Kennedy-Runden-Komplex beizubringen.

(Heiterkeit.)

Ich würde ihn mit dem höchsten amerikanischen Orden prämiieren.

Was wollen die Amerikaner? – Verkaufen wollen Sie! Den Amerikanern ist unser Getreidepreis gleichgültig, meine Damen und Herren, so gleichgültig, wie er ihnen bereits in den letzten 15 Jahren war. Sie wollen Mengen absetzen. Darum geht es. Auch das sagt Herr Mansholt. Auch das hat er begriffen. Aber nun sagt er: wenn ihr wieder in den „Sündenfall“ – auch hier zitiere ich wörtlich – der Kontingente zurückfällt, dann werden damit die Marktordnungen demoliert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das glaube ich einfach nicht. Wenn man den Willen hat, hier einen Ausweg zu suchen, dann findet man ihn auch. Die amerikanischen Importe in die EWG sind enorm gestiegen, und interessant ist, daß in der gleichen Zeit, da die Weltimporte auf dem Agrarsektor um 11,5% gestiegen sind, die Importe in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – ich meine die Agrarimporte – um 22% gestiegen sind und daß ausgerechnet die Marktimporte in die EWG in der gleichen Zeit um 23% stiegen, also noch mehr als die anderen. Wahr ist wieder, daß die EWG-Handelsbilanz den USA gegenüber absolut defizitär ist, und zwar defizitär mit 2,5 Milliarden Dollar, nicht etwa mit 2,5 Milliarden DM.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Auch diese Gespenster können mich also keineswegs erschrecken. – Wenn man sagt, die Amerikaner geben uns preis, oder die Franzosen machen dies und jenes! Meine lieben Freunde! Wir sind schon heute innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft derart fest mit goldenen Ketten aneinander geschmiedet, daß sich keiner mehr das Ausbrechen aus dieser Gemeinschaft leisten kann. Die französischen Zeitungen berichteten – Herr Bundesminister, ich habe Ihnen die Zeitungen hier einmal mitgebracht – in den Dezembertagen: Ja, warum wehren sich die Deutschen? – Das schreiben also die französischen Zeitungen. Die Franzosen sind die größten Produzenten in der Gemeinschaft auf dem Agrarsektor. Sie werden den größten Vorteil haben. Die Deutschen sind die größten Importeure, und die deutschen Bauern werden geringere Vorteile haben als die französischen. Das schreiben die französischen Zeitungen ganz offen. Aber sie haben vielmehr Verständnis für uns als wir selber.

(Heiterkeit.)

Deshalb ist auch diese Eisdecke zwischen Deutschland und Frankreich – so möchte ich einmal sagen – viel belastungsfähiger, als manche Politiker glauben. Wenn man aus sechs Firmen eine einzige machen will, meine Damen und Herren, dann ist der Geschäftsführer der Firma, der seine Firma in diesen Verhandlungsgesprächen nicht mit Ellenbogen vertritt, nicht wert, dort Geschäftsführer zu sein. Das ist doch die nüchterne Realität auch im Europäischen.

Und wie sieht es mit Amerika aus? – Man sagt, die Amerikaner lassen uns sonst liegen. Meine lieben Freunde! Es muß den Amerikanern bei dem Gedanken, daß das westeuropäische Industriepotential, daß der größte Agrarmarkt der Welt, daß das zweitgrößte Industriepotential der Welt unter sowjetischem Einfluß stehen könnte, doch übel im Magen werden, wenn sie nur daran denken. Das sollten wir aber auch in den Verhandlungen wissen, und deswegen, Herr Bundesminister, sollten wir mutig und kühn in die Verhandlungen hineingehen und zu diesem Mansholt-Plan ein eisernes Nein sagen. Das sagt Ihnen ein überzeugter Europäer.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Wir danken auch Herrn Richarts. Als nächster hat das Wort Herr Westernacher, Landesverband Hessen.

WESTERNACHER, MdL, Landesverband Hessen:

Herr Bundesminister! Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Zurück von der hohen Agrarpolitik zur inneren Agrarpolitik! Ich komme aus dem Lande Hessen und möchte aus der hessischen Sicht heraus einige Gedanken zur strukturellen Situation vortragen. Herr Minister von Lautz hat ja schon vom Saargebiet aus den südwestdeutschen Raum angesprochen. Ich möchte hier aus der hessischen Sicht heraus nochmals einiges darlegen.

Meine lieben Parteifreunde! Ich komme aus einem Lande, in welchem wir etwa 108 000 Betriebe unter 5 ha haben, in dem wir etwa 28 000 Be-

triebe unter 10 ha haben und 23 000 Betriebe unter 20 ha und dazu 5100 Betriebe, die größer sind als 20 ha.

Wir haben in unserem Hessenlande Höhenlandwirtschaft, und zwar 815 Gemeinden; das sind etwa 25 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche im Lande Hessen.

Hinzu kommt, daß trotz aller Erfolge in der Flurbereinigung die Besitzersplitterung in der hessischen Landwirtschaft noch riesengroß ist. Der Stand der erfolgten Erstbereinigung mit 90 % ist zweifellos beachtlich, und das ist zweifellos ein gutes Zeichen für die Aktivität der hier tätigen Kräfte. Trotzdem bleibt noch eine Menge zu tun übrig; es ist vielfach behauptet worden, die hessische Landwirtschaft werde in der Lage sein, den Anforderungen in der EWG zu genügen, wenn die Durchführung der Flurbereinigung hundertprozentig erfolgt sei. Solche Äußerungen sind irreführend. In Wirklichkeit steht auch die hessische Landwirtschaft noch vor einer großen Anzahl notwendiger Zweit-, ja, in manchen Gebieten sogar erforderlicher Drittbereinigungen.

Lassen Sie mich, meine lieben Parteifreunde, hier eine politische Bemerkung machen: Die hessische Landesregierung versteht es ausgezeichnet, die vom Bunde kommenden Gelder als ihre „Ware“ im Lande Hessen zu verkaufen. Sie versteht es hervorragend, auch ausländischen Gästen darzulegen, was sie für die Agrarstruktur tut. In der Tat aber verwendet sie eben Bundesmittel als ihre Ware.

Sie wissen – das ist ja kein Geheimnis –, daß jeder Aussiedlerhof zu etwa zwei Dritteln aus Bundesmitteln finanziert wird. Den Rest gibt das Land hinzu.

Ich will das nur sagen, damit Sie auch einmal die Dinge aus der politischen Sicht sehen. Deshalb meine Bitte in dieser Frage hier an die Bundesregierung; denn je mehr wir es dem Lande erlauben, diese Dinge der Agrarstruktur mit ihren Mitteln zu ermöglichen, um so mehr versucht man dann auch, politisch in dieses Geschäft einzusteigen. Das also müssen wir in der nächsten Zeit, insbesondere in unserem südwestdeutschen Raum mit dieser Betriebsgrößenordnung, wie wir sie haben, tun.

Die Fluren müssen weiter bereinigt werden.

Ich bin erstens der Meinung, je unbürokratischer und unkomplizierter das Verfahren ist, desto schneller wird es gehen. Mit anderen Worten: Desto größer wird der Effekt sein! Das sogenannte beschleunigte Zusammenlegungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz hat sich dort, wo es so frei wie irgend möglich angewandt wird, glänzend bewährt. Wir sollten uns überlegen, ob nicht zur weiteren Erleichterung und Beschleunigung des Verfahrens die sachverständigen Personen oder Stellen auf Nachweis ihrer besonderen Eignung auch Vermessungsbefugnis im notwendigen Umfang erhalten.

Weiter: Auch bei der Durchführung des freiwilligen Landtausches sollten alle Erleichterungen gegeben werden, die geeignet sind, den Tausch formal-rechtlich und materiell-rechtlich zu beschleunigen.

Es ist hinreichend bekannt, daß die Flurbereinigungsbehörden auf Jahre hinaus voll ausgelastet und gar nicht in der Lage sind, die Arbeit im notwendigen Umfang zu leisten. Wenn wir also Erleichterungen schaffen könnten, so schaffen wir nicht unnötige Doppelkapazitäten, sondern füllen eine echte Bedarfslücke zu Gunsten der Allgemeinheit in der Landwirtschaft aus.

Ein Drittes: Es sind von 1956 bis 1962 im Bundesgebiet etwa 12 000 Aussiedlungen vorgenommen worden. Wenn man dem gegenüberstellt, daß im gesamten Bundesgebiet sicherlich nicht weniger als 120 000 Betriebe ihre Gehöfte aussiedeln müßten, so wird deutlich, welche geradezu ungeheuerlichen Aufgaben noch vor uns stehen; insonderheit, wenn man bedenkt, daß die immer wieder in diesem Zusammenhang genannte Übergangsfrist in der EWG sich bereits bedenklich ihrem Ende nähert.

Es gilt also, alles daran zu setzen, wiederum in möglichst freiheitlichem Verfahren die Aussiedlung zu fördern, wo immer es geht. Dabei gewinnt die Förderung der Montagebauweise angesichts der ständig steigenden Baukosten bei der konventionellen Bauweise eine immer größere Bedeutung.

Viertens: Genau so wichtig sind die baulichen Maßnahmen in Althöften, die nach wie vor unsere Beachtung verdienen. Wenn ich von den vorhin genannten Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen ausgehe und veranschlage, daß von den kleinen Betrieben noch eine größere Anzahl in die Gruppe der bäuerlichen Betriebe hineinwachsen wird, wenn ich weiter unterstelle, daß auch in echten und erhaltungswürdigen Nebenerwerbsbetrieben bauliche Maßnahmen in alten Gehöften notwendig sind, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, im Lande Hessen auf alle Fälle in wenigstens 70 000 bis 80 000 Gehöften bauliche Maßnahmen durchzuführen. Welchen Umfang das auf das gesamte Bundesgebiet ausmacht, können wir uns anhand dieser Zahlen einigermaßen ausrechnen.

Lassen Sie mich noch eine andere Frage anschneiden, die in unserem Agrarprogramm, das auf dem Drachenfels ausgearbeitet wurde, auch angesprochen ist.

Wir haben bei dieser Frage – wie, in welcher Größenordnung gestalten wir unsere bäuerlichen Familienbetriebe, deren Inhaber hauptberuflich Landwirt bleiben wollen? – gefragt, wo bekommen wir das Land her, um diese Betriebe zu der erforderlichen Größenordnung zu bringen? Wir haben in diesem Agrarprogramm die Frage der Landmobilisierung angesprochen, und wir haben durch unsere Initiative im Hessischen Landtag erreicht, daß wir beispielsweise jetzt Richtlinien, die einen Anreiz für einen Landverkauf auslösen, haben. Wir denken dabei an solche Menschen, die Land im Besitz haben, hauptberuflich aber in anderen Bereichen beschäftigt und deshalb unter Umständen bereit sind, ihr Land zur Agrarstrukturverbesserung zur Verfügung zu stellen.

Wo jedoch die Frage des Verkaufs nicht zieht – und gerade in unserer Gegend ist das mit sehr viel Schwierigkeiten verbunden, die Menschen

sind nicht gerne bereit, ihr Eigentum zu verkaufen –, haben wir vorgeschlagen, durch Vorauszahlung einer langjährigen Pacht den Betroffenen zu bewegen, sein Land auf diese Weise zur Agrarstrukturverbesserung zur Verfügung zu stellen, und zwar eben mit dem Ziel, die Betriebe der in der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Menschen zu einer ihnen eine sichere Existenzgrundlage bietenden Größenordnung zu bringen und dem Betroffenen, der hauptberuflich bereits in der Industrie oder im Gewerbe beschäftigt ist, die Möglichkeit zu geben, durch Darlehensbeträge in der Größenordnung des Wertes des verkauften Landes oder durch Vorauszahlung der Pacht seine Besitzverhältnisse augenblicklich zu verbessern oder zu verändern. Allerdings – und das habe ich auch im Landtag ganz klar gesagt –, können diese Dinge nur auf freiwilliger Basis und nicht durch irgend einen behördlichen Zwang erfolgen.

Außerdem möchte ich sagen, daß alle diese Strukturfragen in einem sehr engen Zusammenhang mit der Dorferneuerung, der Regionalplanung und allen diesen Dingen, die im Zuge der Raumordnung geschehen, stehen, und gerade in der Frage der Raumordnung sollten wir auch aktiv werden; sie wird unsere Geschicke, die Geschicke der Landwirtschaft, bei der Gestaltung dieser Räume entscheidend beeinflussen.

Ich darf also zusammenfassend sagen:

Die Maßnahmen des Bundes zur Verbesserung der Agrarstruktur sind im Ansatz richtig und erfolgreich. Auf den bisher in dringender Enge bei zersplitterten Fluren wirtschaftenden und lebenden Bauern wirkt zum Beispiel die Aussiedlung, in dafür geeigneten Fällen auch die Althofsanierung, wie das Auspflanzen einer Pflanze aus einem zu eng gewordenen Saatbeet durch die gebotene Entfaltungsmöglichkeit. Das gleiche gilt – wie gesagt – für den Bauern.

Wer Fehlschläge verhindern oder zumindest auf ein Mindestmaß reduzieren will, muß den Bauern möglichst viel Freiheit lassen; denn die Freiheit ist der wirksamste Motor zur unternehmerischen Entfaltung. Hüten wir uns davor, im Bauern ein Objekt, das heißt einen Menschen zu sehen, der ohne Bevormundung immer alles falsch machen würde! Lassen Sie mich aber, wenn ich hier vom Gedanken der Freiheit spreche, noch eines sagen: Wir haben Bedenken; wenn wir sehen, wie sich die Dinge im Lande Hessen manchmal abspielen, wo man versucht, möglichst viel in staatlicher Regie und unter Lenkung des Staates zu tun. Deshalb betone ich insbesondere, daß man gerade den Gedanken der Freiheit nicht außer acht lassen sollte.

Dazu ist es natürlich nötig, daß vom Bund aus – wie ich es bereits eingangs gesagt habe – die Zinsverbilligungen so gestaltet werden, daß alle diese strukturellen Maßnahmen auch sinnvoll sind und Erträge ermöglichen.

Lassen Sie mich folgendes sagen: Eine gesunde Strukturpolitik ist nur möglich, wenn damit im Zusammenhang eine gesunde Preispolitik steht, und damit komme ich auf das uns heute mittag alle hier beschäftigende Thema. Ich kann unsere Menschen nur beraten und lenken, ich kann die

Bauern nur zu dieser Möglichkeit der Strukturverbesserung einführen, wenn sie wissen, daß die Einkommensverhältnisse auch so gestaltet sind, daß sie die Belastungen, die sie durch diese strukturellen Veränderungen und Maßnahmen auf sich nehmen, auch tragen können. Es darf aber draußen nicht der Eindruck entstehen, daß der Betrieb nach seiner Aussiedlung lebensfähig ist; nein, nein, dann beginnt erst die Zeit, von der wir hoffen, daß der Herrgott und die eigene Gesundheit die Möglichkeit geben, auf Grund eines vernünftigen Einkommens die Dinge so zu gestalten, wie das für die Zukunft vorgesehen ist. Darum auch unsere Forderung hier und heute! Diese Strukturpolitik ist nur möglich, wenn auch die Einkommenspolitik entsprechend gestaltet wird, um es konkret zu sagen, wenn auch der Getreidepreis, der entscheidende Preisfaktor für alle landwirtschaftlichen Einnahmen, auf diesem Preisniveau gehalten wird, damit diese strukturellen Maßnahmen und damit diese Gelder des Steuerzahlers, die er dafür gibt, nicht umsonst sind und nicht zum Fenster hinausgeworfen.

Im Mittelpunkt aller dieser strukturellen Maßnahmen steht der Mensch – und das sollten wir in erster Linie sehen –, und hier für ihn die Dinge tragbar zu gestalten, dahin sollten unsere Bemühungen im strukturellen Bereich auch auf der Bundesebene gehen, damit diese Maßnahmen zum Segen unserer Bauern und damit unseres Volkes werden. Ich danke Ihnen. –

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Liebe Parteifreunde! Ich habe zum Thema Struktur noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Es dürfte wohl zweckmäßig sein, diese vorzuziehen.
(Zustimmung.)

Als nächster dann Herr Balkenhol vom Landesverband Westfalen.

BALKENHOL, MdB, Landesverband Westfalen:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Mein vor mir sprechender Kollege hat mir vieles im Bezug auf die Strukturmaßnahmen vorgegenommen, so daß ich mich, glaube ich, kurz fassen kann. Aber ich bin der Meinung, daß, – wenn ich über Strukturmaßnahmen spreche – das nicht einmal allein von der rein landwirtschaftlichen Seite aus gesehen werden darf. Ich bin nämlich kein Landwirt. Ich glaube, daß Strukturpolitik genau so wie jede Landwirtschaftspolitik nicht ausschließlich der Landwirtschaft zugeordnet werden muß, sondern hier muß man die Zusammenhänge sehen. Meines Erachtens ist gerade in der Strukturpolitik ein Zusammenhang mit dem gesamten ländlichen Raum festzustellen, mit dem gesamten Dorf; man muß hier den Bauern und seine Umgebung sehen.

Ich bin der Meinung, daß infolge unserer technischen Entwicklung sich eine gegenseitige Verflechtung zwischen Industrie und Landwirtschaft vollzogen hat. Durch die dadurch bedingte strukturelle Entwicklung ist sogar die Stadt- und Landbevölkerung meines Erachtens in ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis gekommen. Die Strukturmaßnahmen stellen natürlich nicht das einzige Problem der Landwirtschaft dar; das

wissen wir, sondern sie sind nur ein Teil, ein integrierender Bestandteil unserer allgemeinen Volkswirtschaft.

Wir von der Christlichen Demokratischen Union betrachten auch nicht die Hilfsmaßnahmen als dirigistische Subventionsmaßnahmen für Kleinbetriebe – das liegt uns völlig fern – sondern wir betrachten sie als eine Hilfe für einen Anpassungsprozeß, der für den einzelnen Betriebsinhaber zu ungeheuren Härten führen kann.

In der Industrie ist es für den Arbeiter auf Grund der technischen Entwicklung ganz selbstverständlich, daß sein Arbeitsplatz technisch ausgestattet wird. Was aber für den Industriearbeiter der Platz in der Fabrik ist, ist für den Bauern sein Hof, ist seine maschinelle Ausrüstung. Infolgedessen muß auch er im Zuge dieser Zeit so arbeiten können, und wir von der Christlich Demokratischen Union müssen das Ziel unserer Agrar- und Strukturpolitik darin sehen, ihm dabei zu helfen, daß er gegenüber seinem Berufskollegen in der Landwirtschaft anderer Staaten wettbewerbsfähig wird.

Nun gibt es auf den einzelnen Gebieten die verschiedensten Versionen von unseren – wie man so schön sagt – „Baumeistern des Landes.“ Meines Erachtens sehen manche dieser Leute die Lebens- und Wirkungsgesetze von Bauern und politischer Gemeinde durch eine falsche Brille. Der Bauernhof und seine Umgebung, also das Dorf, sind nicht in allen Fällen in ihrer alten Romantik zu erhalten. Das wollen wir ganz klar und deutlich sehen. Schöne Bauernhöfe können dem Urlauber zweifellos das Bild der ländlichen Geborgenheit vermitteln; aber in diesen Bauernhöfen werden doch manchmal – ich möchte fast sagen – brutale Anforderungen an den Betriebsinhaber und insbesondere an seine Frau gestellt.

Nun wird einleuchten, daß die agrarstrukturellen Maßnahmen, als da sind Flurbereinigung, Wirtschaftswegebau, wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Aussiedlung, Aufstockung, wie Sie sagten, oder Dorfsanierungen, mit erheblichen Kosten verbunden sind. Ich glaube, daß Ihnen hier die CDU/CSU-Fraktion in Ihrem Anliegen sehr nahe gekommen ist; denn wir wissen, daß ein Landwirt, der sich umstellen will, eine ganze Generation damit belastet ist, ja sogar 40 Jahre einer Belastung unterworfen ist. Die CDU/CSU-Fraktion hat in zwei Umdrucken – ich will sie wegen der Zeitknappheit hier nicht vorlesen –, in Resolutionen an die Bundesregierung gefordert, die Hofkredite zu 3% auf 30 Jahre zu gewähren, daß die Kredite für den Wirtschaftswegebau von 3% auf 1% gesenkt werden sollen und ebenso für Kredite für die Aufstockung der Zinssätze. Ich könnte Ihnen das im einzelnen vorlesen, will es aber aus Zeitmangel nicht tun.

Aber mit der Forderung – und das wurde eben von den Kollegen richtig gesagt – nach Verbilligung der Kredite müssen wir als Christlich Demokratische Union, weil wir ja den Menschen, wie Sie sagten, in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen müssen, auch einmal zur Beseitigung unseres Gesetzesperfektionismus übergehen, um damit Gesetze, Durchführungsverordnungen und Richtlinien zu vereinfachen.

Meine lieben Freunde! Unsere Betreuungsgesellschaften kommen nicht mehr durch die Bestimmungen und Zuständigkeiten auf Grund unseres natürlich von uns bejahten föderalistischen Staatsaufbaues durch. Es wird vom Bundesaufbaugebiet und von den von der Natur benachteiligten Gebieten geredet. Man spricht von Zonenrandgebieten. Modell- und Studienfälle werden aufgebaut für Dorf- und Hofsanierungen, verbunden mit Flurbereinigungsmaßnahmen. Wir haben Landesplanungsgesetze, wonach die einzelnen Länder in die einzelnen Regionen hineinplanen. Das Raumordnungsgesetz des Bundes ist in Bearbeitung in den Ausschüssen des Bundestages.

Meine lieben Freunde! Die Gestaltung des ländlichen Raumes werden wir meines Erachtens bei den Überlegungen der Christlich Demokratischen Union immer so sehen müssen, daß wir den Willen als Christlich Demokratische Union aufbringen wollen, dem Lande unser Gesicht aufzuprägen.

Dazu gehört eben – wie bereits gesagt wurde –, daß auch bei der Schaffung von Naturschutzgebieten, von Landschaftsschutzgebieten immer noch der Mensch, der Bauer, der Eigentümer im Mittelpunkt diese ganzen Handelns steht.

(Lebhafter Beifall).

Es können keine Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete auf Grund von Versionen pensionierter Staatssekretäre, Oberkreis- und Stadtdirektoren gebaut werden,

(Lebhafter Beifall),

sondern die Gestaltung des Raumes hat durch den Bauern zu geschehen, der der Eigentümer und der Besitzer ist

Die CDU – auch das wurde ja gesagt – lehnt jeden wirtschaftlichen Zwang ab. Strukturpolitik bedeutet allerdings auch nicht, daß wir die Klein- und Kleinstbetriebe oder – wie Herr Minister Lautz vom Saarland sagt – die Nebenerwerbsbetriebe – etwa abschreiben wollen.

Meine lieben Freunde! In der Resolution – Herr Struve hat es ja eben verlesen – ist zum Ausdruck gebracht, daß die CDU diesen Betrieben ihre volle Unterstützung gibt. Allerdings kommen wir damit in ein Gebiet, auf dem teilweise sozialpolitische Maßnahmen bei Klein- und Kleinstbetrieben erforderlich sind.

Nur eines möchte ich noch sagen:

Die Strukturanalysen sollten es sich abgewöhnen, den Hektar-Satz als einziges Charakteristikum eines Kleinbetriebes hinzustellen. Sie gehen manchmal durch die Lande und geben einen Hektar-Satz an, und die Bauern kommen in eine gewisse Unruhe hinein. Man hat manchmal das Gefühl, als sei diese Unruhe beabsichtigt, indem sie einfach Hektar-Sätze angeben.

Viele Ratgeber weisen auch darauf hin, daß die Subventionen im Rahmen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik die alleinige Hilfe für die Landwirtschaft seien; aber das brauche ich nicht zu erwähnen. Mein Vorredner sagte es schon: Die Zusammenfassung, das Zusammen-

spiel von Sozialpolitik, Strukturpolitik und Preispolitik bringt die echte Agrarpolitik. Dabei muß die Preispolitik – lassen Sie mich das als Verbraucher sagen – einen gewissen Vorrang haben.

(Lebhafter Beifall).

Um diesem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Raum zu dienen und unseren Betrieben die Wettbewerbsfähigkeit zu geben, müssen wir auch dafür sorgen – Herr Dr. Siemer sprach das bereits an –, daß auch die Strukturveränderungen in der Marktorganisation, in der Vermarktung vorgenommen werden, und, meine lieben Freunde, ich darf hier vielleicht an den gewerblichen Mittelstand einen Appell richten, weil ich in dieser Arbeit drinstehe: Wenn der gewerbliche Mittelstand sich hier nicht engagiert, wird die Zeit an ihm vorübergehen, und man darf es unseren Landwirten nicht verübeln, daß sie hier neben der Erzeugung auch ihre Vermarktung ausbauen.

Da die Bundesrepublik bis zur völligen Harmonisierung – das haben wir schon gehört – im Jahre 1970 allerdings, Herr Minister Schwarz, nur noch wenig Zeit hat, um auf strukturellem Gebiet hier gleichzuziehen oder gar gleichzuziehen mit den strengen Vorhaben, wie sie unter dem Pisani-Plan in Frankreich forciert werden, bin ich der Meinung, daß wir aus rein wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen schnell unsere agrarstrukturellen und raumordnerischen Maßnahmen durchführen.

Beim Raumordnungsgesetz darf die Landwirtschaft nicht abseits stehen. Ziel der regionalen Raumordnung muß sein, daß die Produktions- und Lebensbedingungen der Landwirte erhalten bleiben, und die Landschaft, unser Wald, unsere Erholungsgebiete und insbesondere unser Wasserhaushalt müssen als besonders schutzbedürftige Güter unser Interesse haben. Das liegt auch im Interesse unserer Stadtbevölkerung, die dann eines Tages von der Stadtfucht zur Landfucht übergeht, da sie eines Tages unsere Landschaft, unser flaches Land aufsuchen will, weil sie darin ein echtes und für sie gutes Erholungsgebiet sieht. Ich danke Ihnen. –

(Lebhafter Beifall).

STRUVE, MdB:

Ich danke auch Ihnen, lieber Parteifreund Balkenhol. – Zum gleichem Thema Struktur hat sich noch Herr Damm vom Landesverband Rheinland-Pfalz gemeldet. Herr Damm, darf ich bitten?–

DAMM, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Herr Bundesminister! Herr Vorsitzender! Meine verehrten Damen und Herren! Haben Sie keine keine Sorge, daß ich Dinge wiederhole, die bereits gesagt worden sind. Ich komme aus Rheinland-Pfalz, und zwar aus der Pfalz, aus dem Weinbaugebiet der Pfalz. Ich selbst bin das, was man einen Feierabendbauer nennt, so daß ich also die Probleme einigermaßen kenne.

Wir haben in Rheinland-Pfalz insgesamt 91 % aller Betriebe, die unter 10 ha liegen, ja, 75 % liegen sogar unter 5 ha.

Wenn vorhin gesagt wurde, die Entwicklung kommt langsam zum Stillstand in Bezug auf den Strukturwandel, dann darf ich für uns feststellen, daß die Entwicklung bei uns längst noch nicht abgeschlossen ist. Bei uns sind in den letzten 12 Jahren in den einzelnen Landkreisen zwischen 40 und 50 % der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausgeschieden, die sich teilweise nur nebenberuflich noch damit beschäftigten, teilweise aber auch völlig in der Industrie aufgegangen sind. Diese Leute hat man ihrem Schicksal überlassen. Es wäre ein besonderes Anliegen, in irgendeiner Form zumindest diejenigen, die künftig ausscheiden, zu unterstützen, damit sie uns nicht auch politisch verloren gehen. Stellen Sie sich vor, was es für einen, wenn auch kleineren Bauern bedeutet, wenn er als selbständiger Unternehmer, als freier Mann nun in die Industrie abwandert, um dort nur als Hilfsarbeiter sein Brot zu verdienen. Deshalb wäre es notwendig, es ähnlich, wie man es im Bergbau schon längst tut, zu machen, indem man den Leuten Umschulungs- und Übergangsbeihilfen gibt, auch den sie aufnehmenden Firmen, damit sie nicht die Allerhintersten sein müssen und uns dann aus einer berechtigten und verständlichen Verbitterung politisch verloren gehen und wahrscheinlich sogar radikal werden. Das wären dann wahrscheinlich die ersten Anwärter für den Kommunismus; das kann man immer wieder beobachten.

In dem uns hier vorgelegten Konzept ist ein Satz enthalten, der mir nicht gefällt. Ich bitte darum, ihn zu ändern. Es heißt auf Seite 5, daß derjenige hier noch: . . . „Möglichkeiten zur Sicherung seiner Existenz sowie zur Verbesserung seiner Wohn- und Lebensverhältnisse im ländlichen Raum“ erhalten soll, der Land abgibt.

Wir sind in Rheinland-Pfalz ein bedeutendes Stück weitergegangen. Bei uns können diejenigen, die nicht Landwirte sind, aber Land abgeben, die es an hauptberufliche Landwirte abgeben, zinsverbilligte Darlehen zu 3 % bekommen, wenn sie sich mit diesem Geld eine Existenz, gleichgültig, wo, neugründen, bzw. verbessern wollen. Sie können sich in der Stadt ein Haus, ein Geschäft oder sonst etwas kaufen. Dadurch hoffen wir, den Boden etwas mobilisieren zu können. Ich halte es deshalb für notwendig, die Worte „ländlicher Raum“ nicht zu eng zu fassen, sondern sie vielleicht überhaupt zu streichen; denn wir müssen dafür sorgen, daß der Boden stärker mobilisiert wird und daß er mehr als bisher in die Hände der hauptberuflich tätigen Landwirte kommt.

Wir befinden uns im Realteilungsgebiet, und das bedeutet für uns besondere Schwierigkeiten gerade hinsichtlich der Bodenmobilisierung, weil bei uns seit Jahrhunderten die Realteilung heimisch ist und nun in manchen Gemarkungen 50 bis 60 % des landwirtschaftlich genutzten Bodens sich in Händen von Nichtlandwirten befinden, die – weiß Gott – irgendwo in Deutschland oder gar in Amerika oder sonstwo wohnen.

Eine besondere Sorge habe ich noch auf einem Sondergebiet, nämlich auf dem Gebiet des Weinbaues. Die Reform des neuen Deutschen Weingesetzes muß so schnell wie möglich durchgeführt werden, weil

davon immerhin die Existenz von rund 91 000 Winzerbetrieben in der Bundesrepublik abhängt.

Die französische Qualitätsauffassung richtet sich nach dem Produktionsort, während wir in Deutschland die Qualitätsauffassung vom Produkt her durchsetzen möchten. Das aber ist ein ganz grundlegender Unterschied. Hier muß uns das neue Deutsche Weingesetz in irgendeiner Form helfen. Deshalb meine herzliche Bitte an diesen Agrarausschuß und an diesen Arbeitskreis, insbesondere aber an den Herrn Bundesminister, dafür zu sorgen und mitzuhelfen, daß noch in dieser Legislaturperiode das neue Deutsche Weingesetz verabschiedet wird. Davon hängt tatsächlich die Existenz von fast 100 000 Winzerbetrieben ab; sie müssen in einer anständigen Weise in den europäischen Markt übergeleitet werden.

Eine weitere Anregung, die vorhin bereits angeklungen ist: Wir haben weite Gebiete mit Sonderkulturen für Gemüse- und Obstbau. Hier muß der Bund mithelfen, daß unsere Bauern den Markt besser in die Hand bekommen, und zwar durch Förderung von bauerneigenen Vermarktungseinrichtungen. Es ist ganz unmöglich, wie es im vergangenen Jahr war, daß bei den Frühkartoffeln der Markt völlig zusammenbricht. Damals waren die Erzeugerpreise am Schluß niedriger als die gesamten Kosten der Saatkartoffeln. Ähnlich ist es im Gemüsebau. Hier müssen Hilfen gegeben werden, damit die Anbauer von Sonderkulturen den Markt besser in ihre eigene Hand bekommen, und zwar – ich wiederhole es – durch Förderung von Vermarktungseinrichtungen. Mehr will ich jetzt zu diesem Problem nicht sagen.

(Lebhafter Beifall).

STRUVE, MdB:

Vielen Dank, Herr Damm! – Als nächster, ebenfalls aus Rheinland-Pfalz, Herr Völker!

VOLKER, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Nun kommt der dritte Rheinland-Pfälzer. Es liegt uns die Arbeit vor, die Sie, hochverehrter Herr Minister Niermann, in Klausur geleistet haben. Darunter steht: Dem Arbeitskreis V zur Beratung überwiesen! Das ist nett, schön und gut; denn es wäre ja schlecht, wollte man ihn nunmehr übergehen, ohne daß wir hier miteinander diskutiert haben. Ich habe mich bereits zu Anfang gemeldet – das war etwas voreilig, aber ich bin dankbar, jetzt nochmals zu Wort gekommen zu sein –, und ich habe darum gebeten, zu schreiben „Landwirtschaft, Weinbau und Forsten“. Man sollte nämlich den Weinbau nicht vergessen; denn der Wein schmeckt nicht nur gut, er will auch behandelt, und zwar heute auch politisch behandelt sein. Das möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen.

Sie haben von meinem Herrn Vorredner soeben gehört, daß er das Weingesetz angesprochen hat, das zur Zeit zur Diskussion steht. Frau Bundesminister Dr. Schwarzhaupt hat sich ja damit besonders zu beschäftigen, weil es in ihr Ressort fällt, und ich habe manche Rück-

sprache mit Frau Dr. Schwarzhaupt wegen des Weingesetzes gehabt. Sie haben auch gehört, meine Verehrten, daß wir 91 000 Winzerbetriebe haben. Das ist ein Wort, und ich kann Ihnen aus dem Landkreis Mainz, der sich der Weinkreis nennt, sagen, daß wir im Regierungsbezirk Hessen 22 000 Winzerbetriebe haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafte Unruhe).

(Diskussionsleiter, unterbrechend:

Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit; Sie mögen den Wein doch alle sehr gern! – Heiterkeit.)

– Eben diesen Winzerbetrieben haben wir Rechnung zu tragen und damit der ganzen Struktur des Landes Rheinland-Pfalz, das uns politisch in der CDU – das soll hier einmal mit allem Nachdruck gesagt werden – auch bei den letzten Bundestagswahlen nicht die schlechtesten Stimmenzahlen eingebracht hat.

Ich will hier weiter etwas sagen, meine sehr Verehrten:

Wir kommen genau in die EWG hinein wie Sie alle in der Landwirtschaft. Ich brauche nicht zu erwähnen; denn das weiß der Herr Bundesminister so gut wie ich, was heute Frankreich für seine Weinwirtschaft tut, wir aber noch nicht. Aber diese Frage wird auf uns zukommen, wenn wir uns nicht auf die Weinwirtschaft einstellen; das ist meine Meinung.

Es wurde vom gewerblichen Mittelstand gesprochen. Unsere Weinbauern aber hier mit ihren Gemischtbetrieben sind wirklich gewerblicher Mittelstand. Deshalb müssen wir den gewerblichen Mittelstand mitvertreten.

Ich darf also herzlich darum bitten, wenn Sie eine Resümee dieser Tagung herausgeben, auch den Weinbau nicht zu vergessen. Der Herr Bundesminister und auch die Herren Bundestagsabgeordneten wissen, daß Abgeordneter Schultz es gerade für sich dann buchen würde, er würde sagen, die Leute hatten einen Bundesparteitag; aber sie haben unseren Weinbau – Sie wissen, daß er vom Gau Bischofsheim ist, Herr Bundesminister – vergessen. Das wäre geradezu eine Propaganda für die FDP. Ich darf Sie nochmals herzlich darum bitten, auch dem Wein das Wort zu reden.

(Lebhafter Beifall).

STRUVE, MdB:

Bitte, Herr Bundesminister!

Bundesminister SCHWARZ:

Meine Damen und Herren! Nachdem die Fragen der Struktur – wie es scheint – ausdiskutiert sind, darf ich ganz kurz zu einigen Fragen Stellung nehmen, die hier laut geworden sind. Zunächst einmal haben Sie, Herr Minister von Lautz, die Nebenerwerbsbetriebe angesprochen. Es ist ganz selbstverständlich, daß es uns am Herzen liegt, das Eigentum auf dem Lande möglichst pfleglich zu erhalten. Die Gründe

dafür haben Sie sehr klar dargelegt. Es ist deshalb unter keinen Umständen diskutabel, daß wir diesen Leuten Milchpfennig oder Dieselkraftstoffvergünstigungen nehmen. Wegen ihrer globalen Hergabe können wir auch von der rein technischen Seite gar nicht anders handeln.

Ich habe mich aber auch geweigert, eine Gruppe, die uns nicht nur politisch nahesteht, sondern, die uns auch von Seiten des Berufsstandes unter allen Umständen nahestehen muß, hier irgendwie schlechter zu stellen als die Bauern.

Aber ich darf hier feststellen, daß wir eine Grenze gezogen haben, und zwar die der Altersklasse. Eine zweite Grenze kann es nicht geben, weil wir hier nicht mit verschiedenen Grenzen und Größenordnungen operieren können. Ich bitte Sie jedoch, zu verstehen, daß wir diese Abgrenzung für gewisse Dinge haben müssen; wir können also den Nebenerwerbsbetrieben nicht die Möglichkeiten der Zinsverbilligung, etwa beim Gebäudebau, bei den Silos, bei der Unterdachtrocknung oder bei ähnlichen Dingen, geben.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die von uns für diesen Zweck bereitgestellten Mittel nicht reichen, wenn auch andere als hauptberufliche Bauern als Anwärtler auftreten. Das heißt also, wer Geld hat aus dem Hauptberuf, der in der Industrie liegen mag, kann es sich leichter leisten, eine Unterdachtrocknung einzubauen; er kann es sich leichter leisten, seine Gebäude in Ordnung zu halten, und wir haben schon sehr bittere Klagen hören müssen, daß diejenigen, die das Geld nicht haben, nicht mehr erhalten konnten, weil die anderen zuvor sehr schnell angetreten sind.

Nun zur Frage der Hauptberuflichen schlechthin:

Wir haben 800 000 hauptberufliche Betriebe. Darunter sind nur 127 000, die über 20 ha haben, und nochmals 16 000, die 50 ha und mehr umfassen.

Wenn man nun in diesem Kreis davon gesprochen hat, meine Damen und Herren, daß es mit der Umstrukturierung sehr schnell gehen müsse, daß wir uns sehr viel mehr ins Geschirr legen sollten, um bis 1970 klarzukommen, so muß ich Ihnen sagen, das ist eine Aufgabe, die nicht nur eine, sondern mindestens zwei, wahrscheinlich aber drei Generationen umfassen wird.

Außerdem ist es sehr die Frage, ob es nützlich ist, diese Dinge nun so zu forcieren, weil genau die kleinen Betriebe nämlich jene Landschaftspfleger darstellen, die wir unter allen Umständen brauchen.

Alle Gründe, die Sie genannt haben, nenne ich gerne zuerst, und ich lasse sie gerne als erste gelten; aber man stelle sich einmal vor, wohin unsere deutsche Landschaft geraten würde, wenn sie nicht pfleglich auch in die Hand der kleineren Betriebe gelegt wäre, die allein in der Lage sind, auf Grund ihrer Handarbeit noch gewisse Dinge zu vollziehen, die in einem größeren Betrieb nicht mehr möglich sind. Sie lassen sich nicht mechanisieren auf den Hängen; sie lassen sich aber auch nicht durch Arbeitskräfte finanzieren. Das kann eben nur der bäuerliche Betrieb.

Meines Erachtens soll wohl ein Anreiz zur Aufgabe nicht lebensfähiger Betriebe gegeben werden, und insonderheit gefällt es mir sehr, wenn Sie hier von Umschulung sprechen; aber eines darf ich Ihnen sagen: Umschulung ist immer nur dort möglich, wo ein größerer Bereich die Möglichkeit bietet, eine Umschulung vorzunehmen.

Was wir unter keinen Umständen dürfen und was unter allen Umständen unterbunden werden muß, das ist, daß wir unsere Jungens nachher als Hilfsarbeiter irgendwo landen sehen. Dazu sind sie uns viel zu schade, und das darf unter keinen Umständen geschehen.

Wir haben dieserhalb sehr enge Besprechungen mit den Länderreferenten. In diesen Besprechungen werden auch die Möglichkeiten geprüft, über sozialpolitische Maßnahmen dort zu helfen, wo es über agrarpolitische nicht mehr geht. Diese Dinge sind also durchaus im Fluß.

Nun sind hier noch einige Begriffe in den Raum gestellt worden, z. B. die Regionalprogramme, die wir im übrigen haben, die vielleicht aber noch ausbaufähig sind; sie haben sich aber schon sehr bewährt. Das sind also jene von Natur aus schlecht bedachten Gegenden, die wir besonders fördern wollen und müssen; denn auch dort sollen uns die Leute nicht davonlaufen. Wir müssen auch dort die Menschen erhalten. Sie dürfen um Gotteswillen nicht alle in die Ballungsräume abströmen. Sie haben den Begriff Raumordnung gehört und in diesem Zusammenhang auch Fragen der Flurbereinigung. – Meine Damen und Herren! Auf die Raumordnung können wir nicht warten, wir müssen zunächst einmal die Flurbereinigung weitertreiben, allerdings mit dem Blick auf die Raumordnung.

Wir arbeiten hier sehr eng mit dem Kollegen Lücke zusammen, und mein Haus führt dauernd Besprechungen. Aber es sind ungeheuer schwierige Aufgaben, weil sich hier die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern kreuzen und wir das nicht so ohne weiteres tun können, was wir vom Bund aus gerne tun möchten. Die Länder haben ja in erster Linie ein Mitspracherecht, und die Länderinteressen sind manchmal etwas anders gelagert, als sie von einer größeren Planung von Seiten des Bundes her aussehen mögen. Aber seien Sie überzeugt, daß auch das jetzt seinen Weg geht, und ich darf auch an dieser Stelle dem Kollegen Lücke danken, danken für seine sehr warmherzige Aufmerksamkeit, die er gerade den ländlichen Gebieten widmet, und zwar auch in Bezug auf Dorferneuerung und Verbesserungen aller Art, die aber letzten Endes noch erhebliche Zeit brauchen.

Ich wollte also zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren, daß wir die hier angeschnittenen Fragen durchaus kennen, zum Teil bereits behandeln, daß man sich aber selbst bei diesen Dingen kein X für ein U vormachen darf. Sie brauchen ihre Zeit. Diese Zeit geht nicht bis 1970, sondern bis 1990 oder länger.

Daß wir im übrigen über die Hälfte des Grünen Planes für strukturelle Verbesserungen ausgeworfen haben, beweist Ihnen wohl, wie wichtig uns die Dinge sind. Aber ich möchte dennoch sagen, was hier auch

zum Ausdruck kam: Eine Agrarstrukturverbesserung kann nur Hand in Hand mit einem soliden Preisgefüge erfolgen; denn wäre das letztere nicht da, höhlten wir die ganze Agrarstruktur von innen aus, was wir gemacht haben, wäre dann in irgendeiner Form ad absurdum geführt.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Vielen Dank, Herr Bundesminister! – Ich habe im Augenblick folgende Wortmeldungen vorliegen:

Herr Klinker, Herr Reinhard, Frau Bertram, Herr Wehren und Herr Klaaßen.

Herr Klinker, darf ich bitten? –

KLINKER, MdB, Landesverband Schleswig-Holstein:

Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Angesichts der vielen Wortmeldungen möchte ich mich kurz fassen. Ich glaube, dieses vorgelegte Agrarprogramm kann eine sehr gute Ergänzung der Ausführungen, die unser Herr Bundeskanzler heute morgen gemacht hat, darstellen; denn letzten Endes kommt es ja doch wohl auf die politische Aussage an, die hier heute gemacht werden soll. Wenn wir uns darüber im klaren sind, daß die Bauern Deutschlands heute auch auf Hannover sehen, dann sollten wir uns der Verantwortung besonders bewußt sein, die wir hier tragen.

(Lebhafter Beifall.)

Letzten Endes ist doch die Agrarpolitik in den letzten Jahren von der CDU gemacht worden, und es bemühen sich ja heute auch andere Gruppen darum, Agrarpolitik zu machen oder jedenfalls tun sie so, als machten sie eine solche.

(Heiterkeit.)

Ich darf hier an unseren Koalitionspartner erinnern. Ich darf aber auch auf die SPD hinweisen, die allerdings – wie der Altbundeskanzler es sagte – wie ein Chamäleon eine andere Meinung in Straßburg vertritt, wieder eine andere in Bonn,

(Zurufe: Sehr richtig!)

und in anderen Ländern wieder eine andere. Das wissen wir ja alle. Deshalb kommt es meines Erachtens heute und hier auf die Aussage entscheidend an.

Das Vertrauen, das das Landvolk unserer jetzigen Bundesregierung, insbesondere dem Bundeskanzler, entgegenbringt, ist meines Erachtens ein Kapital, und Vertrauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man nur einmal verlieren. Wir alle, die wir hier sind, die wir uns agrarpolitisch betätigen, haben in dieser Richtung – wie ja heute schon verschiedentlich hier argumentiert wurde – unseren Standpunkt zu allen diesen Fragen bezogen.

Wir dürfen meines Erachtens erwarten, daß nun auch der Parteitag einen solchen verantwortungsvollen Standpunkt, der ja letzten Endes hier in diesem Entwurf zum Ausdruck kommt, teilt und unterstützt.

Schließlich ist das agrarpolitische Problem das außenpolitische Problem Nr. 1, und zwar nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in Europa der sechs; es ist darüber hinaus auch im Hinblick auf die Kennedy-Runde ein ganz wichtiges Problem.

Ich sagte schon, Vertrauen kann man nur einmal verlieren. Es dann wiederzugewinnen, ist sehr schwer. Ich glaube, gerade deswegen sollte unser Herr Berichterstatter, der ja morgen dazu im Plenum Stellung nehmen wird, in aller Entschiedenheit und mit allem Nachdruck darauf hinweisen – er hat ja in seinen Ausführungen hier schon einiges angedeutet –, daß in Konsequenz eine Getreidepreissenkung – ob sie jetzt oder 1967 erfolgt, ist gleichgültig – bedeutet, daß die uns gewährten Direktsubventionen, die wir auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes erhalten, erledigt sind.

Auf der anderen Seite bedeutet das letzten Endes, daß unsere Aussage, die wir politisch immer wieder gemacht haben, erschüttert ist. Wir dürfen deshalb meines Erachtens – wir bleiben ja EWG-konform, wir bleiben innerhalb der vertraglichen Regelung –, von unserer Bundesregierung erwarten, daß sie ganz klipp und klar unter Begründung ihres Standpunktes auch eine zeitliche Begrenzung für die Harmonisierung des Getreidepreises ablehnt.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diese Lebensfrage der deutschen Landwirtschaft allgemein noch nicht genügend wirtschaftlich und politisch gesehen wird. Ich glaube, daß der direkte und der indirekte Einfluß der ländlichen Wirtschaft auch auf das Funktionieren eines industriestaatlichen Systems hier bei uns, aber auch in Europa noch viel zu wenig tatsächlich gewürdigt wird.

In den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers habe ich Ansätze gesehen, daß er sich bemüht, ein solches Bild zu konstruieren, um seine politische Entscheidung zu fällen. Unsere Aufgabe ist ja, ihm das leichter zu machen, indem wir ihm Material an die Hand geben, mit dem er etwas anfangen kann.

Ich darf nur sagen, daß wir abwarten müssen, wie sich die Marktordnungen, die ja in der EWG verabschiedet sind, auswirken. Darin sind ja Dinge enthalten, die in ihrer Größenordnung viel mehr kosten können, wenn es nicht gelingt, die Dinge politisch richtig aufzubauen, als nur die reine Getreidepreissenkung. Ich meine in diesem Falle das, was nur beim Getreide herauskommt. Diese Dinge müssen wir also mit sehen. Ich glaube, wenn die gesamte Kaufkraft der ländlichen Wirtschaft sinkt – denn damit sind ja die ganzen Räume verbunden –, ist das ein politisches Problem, das aber wirklich an den Kern der Existenz unserer politischen Auffassungen herangeht. Gerade deshalb sollten wir heute einmütig diesen Entwurf verabschieden. Ich möchte hoffen, Herr Minister Niermann, daß Sie als Vorsitzender, der Sie ja diesen Arbeitskreis hier aufgebaut haben, den Sie zumindest mitaufgebaut haben, von dem Optimismus, den Sie eben verkündet haben, zu Beginn Ihrer Ausführungen, recht viel behalten. Der Herr Bundesminister hat's uns ja mit gesundem Realismus immer wieder auf die wirklichen Gegebenheiten zurückgeführt. Es ist ja so – und damit darf ich schließen,

meine sehr verehrten Damen und Herren –, daß die ländliche Wirtschaft in Deutschland von Hannover eine Aussage erwartet und daß ganz entscheidend die politische Entwicklung in der Bundesrepublik meines Erachtens vom Ausgang nicht nur dieses Parteitages, sondern auch vom Ausgang der Agrardebatte und von der abschließenden Stellungnahme des Bundeskabinetts zu den europäischen Fragen abhängig sein wird.

Ich darf also darum bitten, diese Entschließung einstimmig zu verabschieden. Ich darf Sie, Herr Bauknecht, bitten, in aller Deutlichkeit auf die vielen Bedenken morgen im Plenum hinzuweisen, damit es möglich ist, auch dort einen einstimmigen Beschluß zu fassen. Vielen Dank! –

(Lebhafter Beifall.)

Diskussionsleiter:

Wir danken auch Ihnen, Herr Klinker, für Ihren Diskussionsbeitrag. – Es folgt nun als nächster Dr. Reinhard.

Dr. REINHARD, MdB, Landesverband Hessen:

Meine Herren Minister! Meine Damen und Herren! Eine lange Diskussion hat sich mit der Preispolitik und der Strukturpolitik, der Agrarstrukturverbesserung und der Marktstruktur befaßt. Ich glaube, es war wichtig, daß wir in dieser Diskussion unsere Einmütigkeit in Bezug auf die Vorrangstellung dieser Politik herausgestellt haben, und es war auch sehr wichtig, daß wir feststellen durften, daß der Herr Bundeslandwirtschaftsminister mit der Partei ganz einer Meinung ist in Bezug auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Agrarpreisniveaus. Er hat damit heute – und das nicht nur heute und hier, sondern überall und immer – das Vertrauen der bäuerlichen Bevölkerung in die CDU ganz erheblich gestärkt. Das möchte ich zunächst einmal sagen.

(Lebhafter Beifall.)

Aber nicht deshalb habe ich das Wort ergriffen, sondern ich wollte auch die Frage der in diesem Programm angesprochenen sozialen Maßnahmen etwas näher beleuchten. Meine Damen und Herren! Die Opposition, also die SPD, hat einen Sozialplan verkündet, und es hat sich herausgestellt, daß sie diesen Sozialplan an die Stelle vieler Maßnahmen setzen will, daß sie praktisch etwas Ähnliches wie in Frankreich schaffen will. Sie haben ja die Ausführungen des Herrn Ministers gehört, – das wollen wir nun ganz und gar nicht. Deshalb habe ich auch gesagt, es war richtig, Preis- und Strukturpolitik in unseren Betrachtungen so herauszustellen. Wir wollen keinen Sozialplan, der unsere bisherige Politik ablöst; denn sie war gut und richtig, und deshalb muß sie – zumindest in der Tendenz – auch so weitergeführt werden. Wenn wir aber dennoch einige soziale Maßnahmen herausgestellt haben, dann aus der Überzeugung heraus, daß wir bei Schwierigkeiten helfend eingreifen müssen, daß einmal der Berufsstand für die nicht mehr Gesicherten solidarisch einzutreten hat und daß zum anderen darüber hinaus aber auch der Bund helfen muß.

Wir haben – das dürfen wir mit Genugtuung sagen – ein Altershilfegesetz geschaffen. Es konnte selbstverständlich nicht von vornherein vollkommen sein; aber im Laufe der Entwicklung wurde es verbessert, und so können wir wirklich sagen, daß dabei etwas Gutes herausgekommen ist, mit dem die bäuerliche Bevölkerung auch zufrieden ist.

Wenn wir jetzt hier mit einer Novellierung des Altershilfegesetzes – das Problem läuft ja aus – eine Lösung des Problems der mithelfenden Familienmitglieder gefordert haben, so ist das zweifellos eine schwierige Sache. Aber es ist richtig, daß wir an diese herangehen, weil man draußen einfach erwartet, daß damit wirkliche Notlagen und gesellschaftliche Benachteiligungen beseitigt werden. Das ist das eine, was uns am Herzen liegt.

Nun das zweite Problem: wir wollen die Altershilfe weiterentwickeln, indem wir versuchen, die vorübergehende Erwerbsunfähigkeit durch die Einrichtung von Heilverfahren, die im Rahmen des Altershilfegesetzes von den Alterskassen durchgeführt werden müssen, zu beseitigen.

Schließlich ist es noch nötig für unsere Alten, wenn sie in Not kommen, also, wenn sie beispielsweise infolge schwerer Erkrankungen das Krankenhaus aufsuchen müssen, eine Krankenbeihilfe zu leisten. Das wird mit den zur Verfügung stehenden Mitteln – ohne damit den Bund neu zu belasten und ohne eine wesentliche Erhöhung der Beiträge – möglich sein.

Wir wollen also Schritt für Schritt vorwärts gehen und soziale Hilfen da leisten, wo es notwendig ist. Wir wollen aber dem Bauern nicht die Verantwortung für die Erfüllung seiner Pflichten abnehmen, sondern wir wollen ihn weiter als den Unternehmer ansehen; er soll weiterhin als freier Mann auf freier Scholle wirtschaften. Von diesem Grundsatz wollen wir niemals abgehen.

Wir haben hier auch die Verbesserung der Unfallgesetzgebung für die Landwirtschaft angesprochen. Es ist dringend notwendig, die landwirtschaftlichen Renten der bäuerlichen Unternehmer zu verbessern. Sie wissen ja, wie diese zustande kommen. Die Vertreterversammlungen setzen die Jahresarbeitsverdienste fest. Sie konnten es sich aber wegen der hohen Beiträge für die Berufsgenossenschaften nicht leisten, die Jahresarbeitsverdienste höher zu setzen. Warum waren sie so hoch? – Weil ein großer Teil der Rentenempfänger aus der Landwirtschaft abgewandert war und keine Beiträge mehr leistete, aber die Renten dennoch von der aktiven Landwirtschaft erhielt. Deshalb hat die Bundesregierung in diesem Jahre für den Zweck erstmalig eine Summe von 100 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Davon wird die Hälfte dafür benötigt, die Jahresarbeitsverdienste um 1500,- DM zu erhöhen. Das bedeutet, daß im Durchschnitt die Renten der Selbständigen um etwa 50 % erhöht werden können.

Meine Damen und Herren! Die von uns hier angesprochenen Dinge sind sowohl nötig als auch durchführbar. Der Sozialplan der SPD hört sich schön an. Er ist aber nur durchführbar, wenn auf andere Hilfen für die Landwirtschaft verzichtet wird, und darin stimmen wir mit der SPD nicht überein, weil wir glauben, daß die Landwirtschaftspolitik der Bun-

desrepublik, also unserer CDU, richtig war und deshalb auch so weitergeführt werden muß. Es sind lediglich einerseits sozialpolitische Ergänzungsmaßnahmen zum Ausgleich von Härten erforderlich; auf der anderen Seite soll das Unternehmertum im Bauernstand erhalten bleiben. Die Verantwortung des Bauern für sich und seine Familie soll keineswegs verringert werden. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Vielen Dank, Herr Dr. Reinhard! – Als nächste hat das Wort

Frau BERTRAM, Landesverband Nordrhein-Westfalen:

Herr Minister! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bei diesen schwierigen wirtschaftlichen und strukturellen Problemen könnte vielleicht und insbesondere angesichts der hier nicht gerade sehr stark vertretenen Landfrauen der Eindruck entstehen, als bestehe dieses Problem nicht oder als schenke man ihm zu wenig Beachtung.

Ich glaube, hier im Namen vieler Landfrauen sagen zu dürfen, daß wir wissen, daß wir sowohl beim Bund als auch bei den Ländern – insbesondere in Nordrhein-Westfalen und bei anderen Länderministerien – für unsere Belange sehr viel Verständnis finden und sehr viel Förderung, soweit eine solche möglich, erfahren. Dennoch habe ich es sehr bedauert, daß bei der Agrardebatte über den Grünen Plan offiziell überhaupt keine Äußerungen gemacht wurden, so daß dadurch unter Umständen der negative Eindruck entstand, als seien diese Dinge nicht genügend diskutiert worden.

Seit Jahren gibt es ja das Programm einer Hilfe für die Bäuerin. Es sind aber auch hier im Agrarprogramm ausdrücklich alle die Probleme angesprochen worden, die infolge der völlig veränderten Situation, der die Bäuerin heute gegenübersteht, besonders auf dem Bildungssektor eine spezielle Weiterbildung und Umschulung unserer Bäuerinnen erforderlich machen. Wenn wir nicht wollen, daß die Bäuerin weiterhin schwerste Arbeiten in der Landwirtschaft verrichtet, sondern ihre Hauptaufgabe – wie es ja hier auch ausdrücklich gesagt wurde – in der Familie finden soll, wird es erforderlich sein, daß sie auch geistig mitarbeitet, daß sie auch mitplant, das heißt, daß sie dazu zunächst befähigt wird.

Das zweite Problem sind die wirtschaftlichen Dinge, in denen ihr mit einer umfassenden Wirtschaftsberatung geholfen werden soll. Ich habe es deshalb sehr bedauert, daß von Seiten der SPD gegenüber der Wirtschaftsberatung ein so negativer Akzent gesetzt wurde, weil wir doch wissen, was seit Jahren gerade im Bundesministerium, von den Beratungskräften, aber auch von den Länderministerien und von den Landwirtschaftslehrerinnen und den eingesetzten Kräften, ob bei Wind und Wetter und Tag und Nacht, in der Wirtschaftsberatung geleistet wird. Meines Erachtens geht es wirklich nicht darum, daß sie eine besondere „Show“ haben möchten, sondern es geht um die Anerkennung ihrer Arbeit und ihrer Leistung in der Öffentlichkeit und deren Herausstellung besonders bei der Debatte über den Grünen Plan.

Das dritte Problem sind die sozialen Fragen. In dem Programm wird ja auch ausdrücklich auf den Mangel an Arbeitskräften und auf die besondere Situation in den Familienbetrieben hingewiesen. Es wird der Beruf der Dorfhelferin angesprochen. Lassen Sie mich dazu noch ein kurzes Wort sagen, da ich dieser Arbeit besonders nahestehe:

Ich begrüße das außerordentlich. Nur wird jetzt in allen möglichen Programmen, beispielsweise in dem Programm der SPD, die Dorfhelferin immer in einem Atemzug mit dem Betriebshelfer genannt. Vielleicht darf ich doch darauf hinweisen, daß sich der Beruf des Betriebshelfers nach dem Vorbild von Holland noch sehr stark in der Entwicklung befindet. Darüber ist noch nicht genügend diskutiert worden, und es liegen in dieser Beziehung auch noch keine ausreichenden Erfahrungen vor. Dagegen hat sich der Beruf der Dorfhelferin schon seit mehr als 10 Jahren als eine Selbsthilfenahme bäuerlicher und berufsständischer Organisationen und Verbände außerordentlich bewährt. Wir sind aus diesem Grunde auch für alle Förderungen, die dieser Beruf bisher in den Ländern erfahren hat, sehr dankbar. Wir wären ganz besonders aber auch für eine entsprechende Förderung durch den Bund dankbar.

Ich darf im Zusammenhang mit den sozialen Fragen darauf hinweisen, wie wichtig es ist, daß dieser Beruf nicht nur als Hilfe bei Arbeitsüberlastung herausgestellt wird. Deshalb seien mir einige Worte über das Berufsbild der Dorfhelferin gestattet:

In den Familienhaushalten des ländlichen Bereichs entstehen besondere Belastungen und Anforderungen, die aber spezielle wirtschaftliche Fähigkeiten und besondere geistige und seelische Voraussetzungen verlangen. Auch hinter akut auftretenden Notfällen stecken zumeist heute schwerwiegende Probleme der Situation und Umschichtung in der Landwirtschaft. Ich darf hier nur auf den Schwund der Großfamilie und auf diese Umstellung hinweisen.

Die Dorfhelferin tritt in einen solchen Haushalt ein, um die Frau und Mutter vorübergehend darin zu vertreten. Außer der vielfachen Hilfe und dem Beispiel, das sie gibt, bedeutet ihre Wirksamkeit zugleich einen bewußten Schritt, um den hauswirtschaftlichen Bereich einer zeitentsprechenden landwirtschaftlichen Betriebsführung sinnvoll einzufügen. Diese ihre Tätigkeit wird nicht allein in den einzelnen Haushalten bewirkt werden. Zu ihrem Auftrag gehört vielmehr auch, daß sie in Fühlung mit den Stellen in Gemeinde und Gesellschaft steht, die Dauerhilfen herbeiführen können, insbesondere also auch mit den Trägern kirchlicher und sozialer Hilfen sowie mit berufsständischen Organisationen. Daher sollte sie aus ihrer unmittelbaren Einsicht in die jeweilige Situation ihre Anregungen an die genannten Stellen zugunsten aller Familienhaushalte und der gesamten Situation im Dorf weitergeben.

Aus diesem Grunde wären wir, Herr Minister, sehr dankbar, wenn neben der Förderung durch die Länder gerade bezüglich der Sachkosten auch ein Beitrag des Bundes käme.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Haben Sie unser aller herzlichsten Dank für Ihren Diskussionsbeitrag, Frau Bertram! – Ich glaube, wir wissen es besonders hoch zu schätzen, wenn hier auch eine praktische Landfrau im Rahmen unseres Arbeitskreises das Wort ergreift. Nochmals vielen Dank!

Zum Thema Altershilfe liegt hier noch eine Wortmeldung vor, die ich deshalb wohl vorziehen darf. Es hat Herr Platten von Rheinland-Pfalz ums Wort gebeten. Bitte sehr!

PLATTEN, MdL, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Sehr verehrter Herr Bundesminister! Herr Minister! Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich an sich nicht zu Wort gemeldet, wenn ich gewußt hätte, daß über die Altershilfe hier schon verschiedenes ausgeführt wird; aber ich möchte es dennoch nicht unterlassen, hier einige Ausführungen über Dinge zu machen, die mir in den letzten Jahren viel Mühe und Arbeit gemacht haben und bei denen mir doch erhebliche Bedenken gekommen sind. In einer Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz im Oktober letzten Jahres wurde eine SPD-Anfrage bezüglich der Situation der Landwirtschaft eingebracht. Der Abgeordnete, der diese Anfrage begründete, behauptete dort, die CDU habe in sozialer Hinsicht für die Landwirtschaft überhaupt noch nichts getan. Ich konnte ihn beinahe nicht zu Ende sprechen lassen, obwohl sich noch einige meiner Kollegen zum Wort gemeldet hatten, setzte ich es durch, unmittelbar nach diesem Redner sprechen zu dürfen. Als ich das Wort erhielt, habe ich erklärt: Herr Kollege Schmidt – das ist der Fraktionsführer der SPD in Rheinland-Pfalz –, der eigentliche Initiator des Altershilfegesetzes steht hier vor Ihnen auf dem Podium. Das ist nämlich der Abgeordnete Platten von der CDU in Rheinland-Pfalz.

Ich habe auf Grund einer Anfrage an die Landesregierung im Juli 1951 dieses Problem auf den Tisch der Parlamente gebracht. Wir haben in Rheinland-Pfalz vier Jahre lang darüber diskutiert und kamen dann zu dem Ergebnis, daß dieses Problem ein so starker Einbruch in unsere gesamte Sozialgesetzgebung sei, so daß es nur durch ein Bundesgesetz geregelt werden könne. Dann ging die Sache nach Bonn, und im September 1957, also kurz vor den Bundestagswahlen, kam dieses Gesetz dann zustande. Ich habe damals meiner Anfrage ein Konzept darüber, wie ich mir die Lösung des Problems vorstelle, beigefügt. Ich habe mich aber in den vergangenen Jahren mit dieser Sache weiterhin sehr intensiv befaßt, und ich möchte bezüglich eines Falles, den ich heute hier herausgreifen möchte, die Frage stellen, ob diesem Gesetz nicht nachträglich, nachdem es inzwischen verschiedene Verbesserungen erfahren hat, ein Härteparagraph angefügt werden sollte.

Der Fall ist folgender:

Ein Landwirt hatte im September 1957 bei Schaffung des Gesetzes bereits das 65. Lebensjahr vollendet. Er stellte einen Antrag auf Altershilfegeld. Der Inhaber dieses 6–6½ ha großen Betriebes – es war also für unseren Raum ein durchaus gesunder Betrieb, ja, es war bis dahin

noch der führende Betrieb in dieser Gemeinde – erhielt zwei Jahre lang auf seinen Antrag überhaupt keine Antwort. Schließlich kam ein abschlägiger Bescheid. Er ging in die Berufung, und im März 1961 kam es in der Verhandlung am Sozialgericht in Koblenz zu einem negativen Erfolg. Als dem Betreffenden die Rente beinahe zugesprochen war, fragte ihn der Richter, ob denn der Pächter des Betriebes 21 Jahre sei. Dies war aber nicht der Fall; er war erst 20 Jahre alt. Weil der Pächter in diesem Alter also nicht verhandlungsfähig, nicht vertragsfähig war, kam es nicht zu einem positiven Urteil. Nach anderthalb Jahren habe ich die Verhandlung wieder in Gang gebracht und diesen Mann am Sozialgericht in Koblenz verteidigt. Das Sozialgericht Koblenz kam nach Vertagung um ¼ Jahr schließlich zu einem positiven Urteil. Die Alterskasse in Düsseldorf jedoch legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Das Urteil ist dem Betroffenen vergangenen Dezember zugestellt worden. Nach dem positiven Urteil von Koblenz vom Jahre 1963 erging also im Dezember letzten Jahres wieder ein negatives Urteil durch das Landessozialgericht in Mainz. Der Grund dafür ist folgender: Der Betroffene, der bis dahin einen Betrieb von 6,5 ha bewirtschaftet hat, wurde beim Frontübergang am 15./16. März 1945 hart vom Schicksal getroffen, indem sein Anwesen total zerstört wurde. Daraufhin wurde der Einheitswert auf etwas über 3000,- Mark um rund 2200,- Mark dezimiert. Das ist also der Grund, weshalb man dem Mann jetzt die Altershilfe versagt. Alle Bewohner seiner Gemeinde und alle Behörden können jederzeit die eidesstattliche Erklärung abgeben, daß dieser Mann von der Übernahme des elterlichen Betriebes im Jahre 1933 bis zum heutigen Tage ausschließlich von der Landwirtschaft gelebt hat. Nunmehr ist unter Erschweren die Berufung an das Bundessozialgericht in Kassel gegangen. Wann der Termin dort stattfindet, ist mir noch unbekannt, aber ich habe Bedenken, daß in Kassel keine positive Entscheidung fällt.

Es liegt hier ja ein krasser Sonderfall vor. Wenn der Betrieb eines Menschen durch ein solches Schicksal infolge höherer Gewalt dezimiert wird, weil auf Grund von Erhebungen des Finanzamtes der Einheitswert reduziert wurde, kann man doch nicht daraus folgern, daß diesem inzwischen etwa 72 bis 73 Jahre alten Menschen das Altersgeld zu versagen sei.

Meine Frage geht also dahin, ob es nicht möglich wäre, dem Altershilfegesetz einen Härteparagrafen einzufügen. Nur das wollte ich hiermit zum Ausdruck gebracht haben.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Herr Kollege Platten, das ist natürlich ein sehr schwieriger Fall, wenn die Sache schon an die Berufungsinstanz gegangen ist und nunmehr nochmals in letzter Instanz behandelt werden soll. Persönlich bin ich der Meinung, ohne das jedoch bis zur letzten Konsequenz beurteilen zu können, daß man einen solchen Fall nicht mit einer Novelle reparieren kann. Dieser Fall wird vielmehr durch die letzte Instanz gehen und so oder so entschieden werden; aber immerhin wäre es vielleicht

sehr schön, wenn wir einen solchen Fall anhand der Akten nochmals zum Anlaß nehmen könnten, im zuständigen Ausschuß auch mit dem Ministerium diese Frage zu erörtern, um zu klären, ob dieser Fall unter Umständen auch für andere ungeklärte Fälle beispielhaft sein könnte. So gesehen wollen wir uns dieser Sache gern nochmals annehmen. Ich habe nun noch zwei Wortmeldungen vorliegen; als nächster hat das Wort Herr Wehren.

WEHREN, MdL, Nordrhein-Westfalen:

Meine Damen und Herren! Im Grünen Plan sind Direkthilfen für die Landwirtschaft ausgebracht; aber wir wissen, daß auch andere Hilfen dort stehen, die dem ganzen ländlichen Raum zugute kommen, und wir werden von draußen ja oft angesprochen, ob nicht ein Umbau des Grünen Planes zweckmäßig wäre. Ich darf dazu sagen, daß wir auch über diese Frage in der Klausur auf dem Drachenfels gesprochen haben, und wir haben gesehen, daß die Dinge keineswegs so einfach liegen. Ich würde es deshalb zur Klärung dieser Frage für gut halten, wenn der Herr Bundesminister Schwarz zu diesem Thema noch etwas aussagte.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Herr Lücken-Klaaßen vom Landesverband Niedersachsen hat das Wort.

LUCKEN-KLAASSEN, MdL, Landesverband Niedersachsen:

Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint mir wesentlich und von entscheidender Bedeutung für den Verlauf unseres Bundesparteitags zu sein, daß wir das, was uns politisch gegenüber der Opposition, insbesondere der Sozialdemokratie, unterscheidet, hier noch einmal erarbeiten. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß wir uns mit den politischen Argumenten des Gegners und mit seinem Parteiprogramm einmal beschäftigen und auseinandersetzen.

Im Godesberger Programm heißt es unter dem Abschnitt „Mittelstand und Landwirtschaft“:

„Das Eigentum am Grund und Boden wird bejaht. Die Sozialdemokratie ist für leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe“.

Es ist aber interessant, dabei festzustellen, daß in dem sogenannten Frankfurter Entwurf, der ja bereits vier Jahre vorher durch die Sozialdemokratie bearbeitet wurde, dieses Wörtchen „leistungsfähige“ noch fehlte. Daher erhebt sich die Frage, was die Sozialdemokratie wohl unter Leistungsfähigkeit versteht. Dazu hat kein geringerer als der niedersächsische Landwirtschaftsminister, von dem noch heute das Landtagshandbuch sagt: „Mitglied des Internationalen Kampfbundes“, der somit ein profilierter Vertreter des Sozialismus ist, innerhalb der Diskussion im Niedersächsischen Landtag gesagt, er verstehe unter einem leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieb einen solchen, der zumindest einen bereinigten Rohumsatz von 50 000,- DM habe und mindestens drei Vollerwerbspersonen beschäftige.

Im ersten Satz unserer heutigen EntschlieÙung können wir jedoch im Gegensatz zur Sozialdemokratie feststellen, daß wir für die Erhaltung möglichst vieler landwirtschaftlicher Betriebe sind, ohne dafür eine bestimmte Grenze festzusetzen. Es kann einer ja einen landwirtschaftlichen Betrieb auf dem Wege der äußeren sowohl als auch auf dem Wege der inneren Aufstockung leistungsfähig und damit wettbewerbsfähig machen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

– Es scheint mir hier sehr wesentlich zu sein, daß diese Frage in diesem politischen Gremium einmal ganz klar herausgestellt wird.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Im Godesberger Programm finden wir unter dem Abschnitt „Wirtschaft und Macht“ besonders kommentiert, daß letzten Endes Wirtschaftsmacht auch eine politische Macht sei. Umgekehrt können wir auch sagen, daß politische Macht Wirtschaftsmacht bedeutet. Zwischen den Zeilen ist zu lesen, daß die SPD die Wirtschaftskontrolle über die Investitionskontrolle anstrebt. Wenn wir diesen Satz des Godesberger Programms einmal auf die Praxis der niedersächsischen sozialdemokratischen Landwirtschaftspolitik in den letzten Tagen und Wochen anwenden, können wir feststellen, daß Niedersachsen das einzige Land der Bundesrepublik ist, in dem der zweite Milchpfennig nicht direkt ausgezahlt wird, weil man damit die Investitionskontrolle aus der Hand der Regierung gäbe.

Hier wird vielmehr angestrebt, diesen für ein Rationalisierungsprogramm nach den Richtlinien und Verfügungen des Ministeriums auszugeben und damit die Investitionskontrolle der Landwirtschaft in der Hand zu haben. Es ist der Sozialdemokratie in den letzten einhundert Jahren niemals gelungen, in den breiten Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung politisch Fuß zu fassen, weil sie es nicht verstanden hat, mit ihrem Gedankengut den Menschen der bäuerlichen Welt anzusprechen. In dem Augenblick aber, wo die gesamte Arbeitsverfassung der Landwirtschaft, die Kräfteverfassung von der Arbeits- zur Geldwirtschaft umgewandelt wird, wo also die Arbeitskraft durch Kapital, und und zwar insbesondere durch öffentliches Kapital ersetzt wird, ist auch die große Stunde für die Sozialdemokratie gekommen, um da, wo sie an der Macht ist, ihrem politischen Einfluß über das Kapital in der Landwirtschaft Geltung zu verschaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für sehr wesentlich, das gerade am heutigen Tage noch einmal hier anzusprechen, weil wir in Niedersachsen aus der Praxis heraus diese Dinge über den Stufeninvestitionsplan unseres Landwirtschaftsministers unmittelbar erlebt haben.

Hieran knüpfe ich nun eine, wie ich glaube, für die politische Entwicklung ganz entscheidende Bitte an, nämlich die, dem Stufeninvestitionsplan dadurch zu begegnen, daß wir das „Marschgepäck“ der Pioniere in der Landwirtschaft dadurch erleichtern, daß wir die Altverschuldung mit in die Zinsverbilligung hinein nehmen. Das ist nämlich der Unter-

schied zwischen dem Stufeninvestitionsplan in Niedersachsen und den Zinsverbilligungsrichtlinien der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Wenn wir einmal überlegen, welche Mittel erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen, dann müssen wir feststellen, daß die Bundesregierung jährlich 300 Millionen DM für die Zinsverbilligung zur Verfügung stellt. Unser Nachbarland Schleswig-Holstein hat für die Verbilligung der Altschulden 10% der Summe, die das Land zur Verfügung hat, in den Landeshaushalt eingesetzt. 10% von 55 Millionen DM sind 5,5 Millionen DM. Auf die Verhältnisse von Niedersachsen übertragen, würde das bei einem Betrag von 75 Millionen DM 7 bis 8 Millionen DM ausmachen. Das würde, um erst einmal für alte eingetragene Schulden einen Titel zu erreichen, in der gesamten Bundesrepublik 30 bis 50 Millionen DM ausmachen, die damit produktiv angelegt wären, weil damit wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gegeben wäre, die nicht mehr im Rahmen der Beleihungsgrenze der Kreditinstitute liegen. Obwohl von 190 000 landwirtschaftlichen Betrieben und Nebenerwerbsbetrieben in Niedersachsen nur 5000 Betriebe in diesen Stufeninvestitionsplan aufgenommen sind, darf die politische Wirkung innerhalb des Landvolkes nicht unterschätzt werden, die entsteht, wenn wir seitens der CDU nicht auch vom Bund her aktiv eintreten. Diese Bitte wollte ich heute abend noch als Diskussionsbeitrag vortragen.

(Lebhafter Beifall.)

STRUVE, MdB:

Vielen Dank für Ihren Diskussionsbeitrag, Herr Lücken-Klaaßen! – Ich habe, glaube, ich, im gleichen Zusammenhang, einen Brief beantwortet, den der Vorsitzende der CDU-Fraktion des Landtags Niedersachsen an die Bundestags-Fraktion gerichtet hatte. Es wäre aber falsch, davon auszugehen, daß die Einbeziehung und die Umwandlung alter Schulden nach den Bundesrichtlinien nicht möglich sei; im Gegenteil. Die Maßnahme ist generell im Bundesgebiet und auch in unserem Lande in allen Kreisen und Gemeinden angelaufen. Die von Ihnen erwähnten rund 5 Millionen DM stellen eine zusätzliche Maßnahme des Landes dar. Wir haben dieses Problem erneut im Ernährungsausschuß in der letzten Woche in Berlin behandelt.

Meines Erachtens wird es erforderlich sein, tatsächlich engsten Kontakt – das habe ich auch in meinem Brief an die Landtags-Fraktion vorgeschlagen – innerhalb der Partei, aber auch von Landtags-Fraktion zu Landtags-Fraktion herzustellen; ich habe wirklich den Eindruck, daß die niedersächsischen Berufskollegen uns in Schleswig-Holstein gegenüber stark benachteiligt sind. Ich möchte allerdings in diesem Zusammenhang die Frage offen lassen, wer die Schuld hieran trägt.

LÜCKE-KLAASSEN, MdL, Landesverband Niedersachsen:

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Darf ich ganz kurz antworten? – Ich kenne Ihren Bericht an die Landtags-Fraktion; aber ich glaube, es ist notwendig – wie Sie bereits sagten –, in noch engerem Kontakt diese Dinge nochmals durchzusprechen.

(Diskussionsleiter: Ausgezeichnet!)

– Mehr möchte ich hierzu nicht sagen.

STRUVE, MdB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von Seiten unserer Parteifreunde sind keine weiteren Wortmeldungen eingegangen. Ich schlage deshalb vor, zunächst unseren Herrn Bundesminister zu hören; er ist noch in einigen Fällen angesprochen worden. Darf ich bitten, Herr Bundesminister? –

Bundesminister SCHWARZ:

Meine Damen und Herren! Ich kann es an sich sehr kurz machen; aber es sind doch noch einige Fragen offen geblieben; zunächst einmal das Deutsche Weingesetz. Hier sind wir mit dem Gesundheitsministerium fertig. Die Sache ist verabschiedungsreif.

(Zuruf: Aber der Entwurf ist unbrauchbar Herr Minister!)

– Wie bitte? –

(Zuruf: Dieser Entwurf ist nicht brauchbar!) –

STRUVE, MdB:

Das Parlament kann ja darüber reden!

Bundesminister SCHWARZ:

– Man wird nachher sehen müssen, was man daraus macht; aber zumindest müssen zunächst einmal die Ressorts einig sein; denn bisher haperte es immer daran, daß wir eine andere Formulierung und Lösung suchen wollten als die, die uns von dem zuständigen Gesundheitsministerium als akzeptabel geschildert wurde.

STRUVE, MdB:

Ich darf vielleicht zwischendurch sagen, wenn Sie dann einmal ein Glas Wein ausgeben, sind wir als Parlamentarier gerne bereit, uns ganz gewaltig anzustrengen.

(Lebhafte Heiterkeit.)

Bundesminister SCHWARZ:

Im übrigen liegt die Schwierigkeit nicht allein bei den Ressorts – das sei hier auch einmal ausgeführt –, sondern in der unterschiedlichen Auffassung der Weinbauländer.

Zu den geforderten Vermarktungseinrichtungen darf ich nur sagen, daß wir im engsten Einvernehmen mit dem Raiffeisenverband in Verhandlungen stehen. Es handelt sich auch um eine rechtsförmliche Prüfung der Möglichkeit, ob wir öffentlich-rechtliche Körperschaften einrichten können. Wir möchten nicht gerne in der ganzen Breite, also für alle Produkte vorgehen, sondern zunächst einmal für Obst und Gemüse als dem vordringlichsten, eine akzeptabel erscheinende Lösung suchen. Wenn wir das dann fertig und Erfahrung gesammelt haben, können wir weitermachen. Diese Dinge sind also durchaus im Fluß, und ich hoffe, Ihnen bald darüber Näheres sagen zu können.

Frau Bertram muß ich antworten, daß wir leider bei den Dorfhelferinnen nichts von Seiten des Bundes machen können; das ist eine

reine Länderangelegenheit. Es handelt sich hier um Grundsatzfragen. Das geht dann über zur Gemeindehelferin usw. Wenn man bei dem einen etwas täte, gäbe das in Menge Berufungsfälle. Ich kann hier also leider, was diese an sich sehr gute und notwendige Einrichtung betrifft, von Bundesseite her nichts veranlassen. Was wir hier verabschieden, ist eine Angelegenheit, die wir qua CDU tun, indem wir eine Empfehlung an alle zuständigen Stellen, die dafür in Frage kommen, richten.

Dann zu Herrn Wehren: Herausnahme der Struktur aus dem Grünen Plan war ja schon unentwegt Gegenstand der Erörterung. Wir müssen den Strukturplan im Grünen Plan belassen. Eine Trennung vom Grünen Plan hätte den Erfolg, daß das dann Fehlende im Grünen Plan in irgend einer baren Münze ausgezahlt würde. Ob Struktur hier oder da steht, ist im übrigen letzten Endes in der Praxis nicht so wichtig wie, daß diese überhaupt vertreten wird. Für eine solche Forderung sehen wir auch innerhalb der Ressorts keine Möglichkeit.

Das wären – soweit ich sehen kann – die offenen Fragen. Zu den Schuldzinsen ist ja eben bereits gesprochen worden. Ich glaube, daß ich das Wort nunmehr wieder an den Herrn Vorsitzenden zurückgeben darf.

STRUVE, MdB:

Vielen Dank, Herr Bundesminister! – Es spricht nun unser Vorsitzender, Minister Niermann.

Minister NIERMANN:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit darf auch ich mich kurz fassen. Ich wollte nur noch einmal Gelegenheit nehmen, zu den einzelnen Fragen, die hier unmittelbar mit unserem Programm in Berührung gebracht worden sind, Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe vorhin bei meiner Begrüßung doch wohl ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es sich in diesem Programm nur um Leitsätze, um sogenannte politische Akzente aus der Sicht der Christlichen Demokratischen Union handeln kann. Wenn der eine oder andere nun enttäuscht sein sollte, weil er hier in diesem Programm nicht das wiederfindet, was dem Bundesministerium in der Ausführung überlassen bleiben sollte, nämlich in alle Einzelheiten hineingehen, ein gewisses Reglement zu treffen, so bitte ich Sie, insbesondere Herrn Damm, das zu verstehen. Sie schnitten vorhin, Herr Damm, Seite 5 des Programms an, wo es heißt:

„Bei dem Verkauf oder der langfristigen Verpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen zwecks Verbesserung der Agrarstruktur müssen zusätzliche Hilfen gegeben werden, damit der Landabgeber Möglichkeiten zur Sicherung seiner Existenz sowie zur Verbesserung seiner Wohn- und Lebensverhältnisse im ländlichen Raum erhält.“

Ich weiß nicht, ob Herr Damm noch hier ist. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Meine Damen und Herren! Gerade auch dieser Satz war Gegenstand einer langwierigen Beratung in unserer Klausurtagung, und ich meine, gerade wir aus der Sicht der Christlich Demokratischen Union – und ich kann nur unterstreichen, was Abgeordneter Balkenhol hier ausgeführt hat – sollten doch besonderen Wert darauf legen, mit allem Nachdruck den ländlichen Raum in unserem Programm zu bezeichnen. Ich möchte Sie also bitten, davon Abstand zu nehmen, das Wort „ländlichen“ zu streichen.

Bezüglich Seite 3, Herr Völker, kamen Sie mit dem Vorschlag, in die Bezeichnung „Land- und Forstwirtschaft“ mit einzubeziehen „Weinbau“. Herr Kollege Struve hat eingangs bereits darauf hingewiesen, daß gerade der Weinbau in unserer Klausurtagung breitesten Raum eingenommen hat; insbesondere beschäftigen sich damit die Vertreter Ihres Landes, in dem ja wohl zu 90 % – ich glaube, so darf man wohl sagen – Weinbau betrieben wird. Aber wir haben dann versucht, diesen Dingen besonders Rechnung zu tragen, indem wir sagten: „Die Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen...“

Damit wollten wir insonderheit auch den Weinbau ansprechen, Herr Völker, ich gebe doch zu bedenken: Wenn wir nun beginnen – das haben wir uns lange und wohlweislich überlegt – das aufzusplittern, kämen sicherlich sofort aus anderen Ländern andere Vorstellungen. Denken Sie an Bayern mit dem Käse; denken Sie an Braugerste oder Tabakanbau, oder denken Sie nur an den breiten Bereich des Gemüseanbaus. Was für Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg der Wein ist, ist für die Länder Schleswig-Holstein, einen großen Teil Niedersachsens und das nördliche Westfalen die Rindviehzucht beispielsweise und vieles andere mehr. Wir wollten das also hier gerade auch mit diesem Satz zum Ausdruck bringen, in den also der Weinbau als Teil der Landwirtschaft mit einbezogen ist.

(VOLKER: Darf ich dazu kurz etwas sagen, Herr Minister?)

– Ja, bitte!

VOLKER: Ich bin nicht ganz Ihrer Ansicht, Herr Minister. Wenn Sie die Rindviehzucht nennen, dann weiß ich schon, worum es sich dabei handelt, da ich ja auch einen Betrieb habe; aber die Rindviehzucht ist automatisch mit der Landwirtschaft erfaßt. Was ich will, ist die Betonung des politischen Moments des Weinbaues, der ja gerade zur Zeit in der Diskussion innerhalb der EWG für uns einen breiten Raum einnimmt! Daß wir keine Radieschen einzusetzen brauchen

(Lebhafte Unruhe)

oder sonst etwas, ist ganz sicher. Aber in Rheinland-Pfalz gibt es – und Sie erwähnten auch das baden-württembergische Weingebiet – wie im Rheingau soundsoviele Anbauflächen für Wein, und mir kam es gerade darauf so sehr an. Warum wollen wir das also nicht tun? Das ist nur ein Wörtchen mehr. Ich sagte ja vorhin schon, Herr Minister, geben

wir unserem Herzen noch einen Stoß. Wir haben ja auch einen Landwirtschafts- und Weinbauminister in Rheinland-Pfalz! –

(Zuruf: Und in Baden-Württemberg!) –

VÖLKER: Herr Bundesminister, Sie waren ja jetzt bei uns und wissen das ja von Oppenheim, wie wir uns um alle diese Dinge bemühen, und der Wein liegt zur Zeit nicht so hoch, sondern er liegt fest. Aus diesen Gründen sollten wir meines Erachtens auch etwas für den Wein tun.

Minister NIERMANN:

Herr Völker, ich glaube, wenn ich Ihnen eben sagte, daß wir uns ausgiebig mit dieser Frage bereits in der zwei- oder dreitägigen Klausurtagung beschäftigten, dann mögen Sie bitte daraus entnehmen, daß wir gerade auch diesen Ihren Belangen größte Bedeutung beigemessen haben und das auch künftig tun wollen. Nur bitte ich Sie, doch zu überlegen: Wir erstellen ja ein Agrarprogramm für die Christlich Demokratische Union Deutschlands und nicht nur für das Land Rheinland-Pfalz. Wenn wir in diesem Satz hier sagen, daß die Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen angesprochen ist, dann ist damit auch der Weinbau einbezogen.

(**VÖLKER:** Noch eine Frage, Herr Minister! Vielleicht kann ich eine Brücke schlagen: Herr Bauknecht wird die große Güte haben –)

–: Richtig!

(morgen das Resümee im Plenum vorzutragen)

–: Richtig, das wollte ich Ihnen sowieso vorschlagen!

(**VÖLKER:** Ich darf ihn deshalb bitten, dem Weinbau ein besonderes Wort zu schenken! –)

(**BAUKNECHT:** Das habe ich in meinem Konzept bereits jetzt zweimal unterstrichen! –)

(**VÖLKER:** Danke schön! –)

(Lebhafter Beifall.)

– Das wollte ich Ihnen eben auch vorschlagen, Herr Völker; denn ich sagte Ihnen ja bereits, ein Agrarprogramm enthalte gewisse politische Leitsätze, und der Herr Berichterstatter hat sich ja eben freundlicherweise bereit erklärt, dazu morgen ein besonderes Wort vor dem Plenum zu sagen.

Nun, meine Damen und Herren! Ich bin im Laufe dieser Tage hier in Hannover von vielen Parteifreunden angesprochen worden, die aus anderen Wirtschaftsbereichen kommen und die nicht zuletzt in unserer Gesamtpolitik eine große Rolle spielen. Da wurde mir unter Bezugnahme auf Seite 8 unseres Programmes gesagt, man sollte sich doch vielleicht überlegen, ob man das unter „b) Übernahme der Lastenausgleichsabgaben durch den Bund“ und „c) Verringerung der Grundsteuer A“ tatsächlich so deutlich zum Ausdruck bringen solle oder ob wir nicht den Herrn Berichterstatter bitten sollten, das morgen etwas

umschriebener auszudrücken, um auch in dieser Beziehung unseren Grundsätzen treu zu bleiben.

(Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Damit glaube ich, abschließen zu dürfen. Ich darf Ihnen nochmals sagen, daß wir gerade in unserer Klausurtagung uns wirklich diese Dinge gegenseitig abgerungen haben. Wir glauben, daß wir Ihnen hier am heutigen Tage ein wirklich gutes Agrarprogramm der CDU vorlegen.

Wir haben uns bei den Beratungen auch davon leiten lassen, daß wir ja als Christlich Demokratische Union gerade in den Kreisen unserer ländlichen Welt glaubwürdig bleiben wollen. Von diesem Gedanken sind wir stets ausgegangen. Für eine Partei, die nicht in der Verantwortung steht, ist es viel, viel einfacher, etwas zu fordern, von dem sie weiß, daß sie selbst nie in die Lage kommen wird, es eines schönen Tages verwirklichen zu müssen. Ich darf Ihnen deshalb sagen, daß wir es alle mit großer Freude begrüßt haben, daß auch bei dieser Klausurtagung der Herr Bundesminister Schwarz persönlich anwesend war, mit dem wir alle diese Dinge abgestimmt haben. Ihnen, Herr Kollege Schwarz, dafür nochmals ein herzliches Wort des Dankes zu sagen, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis.

(Lebhafter Beifall.)

Das wollte ich nur noch dazu gesagt haben.

(Lebhafter Beifall – Zurufe: Bravo!)

STRUVE, MdB:

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer sehr – ich möchte sagen – ergiebigen Tagung des Arbeitskreises angekommen. Ich habe nicht weniger als 14 Diskussionsredner vermerkt, und ich glaube, wir haben nicht nur der Zahl nach, sondern – darüber waren wir uns ja einig – auch dem Inhalt nach sehr gute Diskussionsbeiträge hören dürfen. Ohne Zweifel wird diese Tatsache der weiteren Arbeit dienen.

Nun sind wir nach unserer Parteisatzung nicht in der Lage, dieses Programm anzunehmen oder abzulehnen, sondern wir können uns nur so verhalten, daß wir den Herrn Berichterstatter, Bernhard Bauknecht, bitten, dieses Agrarprogramm dem Plenum mit der Empfehlung vorzutragen, ihm zuzustimmen. Herr Minister Niermann hat bereits darauf hingewiesen, daß sich redaktionell hier und da noch einige kleine Änderungen ergeben können. Wir sind aber mit einigen Herren im Redaktionskomitee vertreten, das heute 21 Uhr zusammentritt. Wenn sich also einige kleine Änderungen ergeben – es wurde bereits auf Seite 9 verwiesen –, dann kann das nur das Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung der Vorsitzenden und Berichterstatter aller Arbeitskreise sein.

Darf ich nun davon ausgehen, daß wir heute abend bei unseren Verhandlungen von Ihnen ermächtigt sind, diese Empfehlung als einmütige Auffassung der hier Versammelten vorzutragen? –

(Lebhafter Beifall.)

– Ich danke Ihnen schön. Stimmenenthaltung? – Gegenstimmen? – Weder Stimmenenthaltungen noch Gegenstimmen! Dann wollen wir also so verfahren.

Es verbleibt mir nun nur noch, zum Schluß Ihnen allen, meine lieben Parteifreunde, sehr herzlich für diesen Nachmittag zu danken. Ich glaube, daß wir uns hier nicht nur gut ausgesprochen haben, sondern daß wir auch unter unserem Vorsitzenden des Bundesausschusses für Agrarpolitik der CDU eine gute Arbeit geleistet haben, und ich glaube, daß es doch wohl eine richtige Diskussionsgrundlage war. So gesehen darf ich auch Ihnen nochmals, Herr Vorsitzender, Minister Niermann, sehr herzlich im Namen der hier versammelten Parteifreunde unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

(Lebhafter Beifall.)

– Die Sitzung des Arbeitskreises ist damit geschlossen.

Vierter Tag: Dienstag 17. März 1964

4. Plenarsitzung

Beginn 9.22 Uhr

Präsident KATZER, MdB:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Plenarsitzung des Bundesparteitag. Nachdem gestern die Arbeitskreise getagt haben, hören wir heute morgen die Berichte der verschiedenen Arbeitskreise.

Vielleicht darf ich auf Grund der Erfahrung, die ich in einem Arbeitskreis gewonnen habe – ich weiß nicht, ob diese Erfahrungen repräsentativ auch für alle anderen Arbeitskreise sind – den Geschäftsführenden Vorsitzenden bitten, bei der Vorbereitung künftiger Parteitage die Zeit für die Beratungen in den Arbeitskreisen etwas stärker zu bemessen, als es diesmal der Fall war.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist leider festzustellen, daß in den Arbeitskreisen längst nicht alle Kolleginnen und Kollegen zu Wort gekommen sind, die sicherlich hierher gekommen sind, um auch ihren Beitrag zu diesem Parteitag zu leisten.

Ich darf als Berichterstatter für den Arbeitskreis I Herrn Amrehn bitten.

AMREHN:

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Arbeitskreis I hat sich gestern mit Grundsatzfragen und Fragen der Parteiarbeit unter dem Vorsitz des Herrn Bundestagspräsidenten beschäftigt.

Auch im Arbeitskreis I sind wir mit der Beratungszeit von rund vier Stunden, die wir uns genommen haben, nicht ausgekommen. Wir haben die Rednerliste zu einem bestimmten Zeitpunkt schließen und nachher auch die Redezeiten beschränken müssen, um in einer angemessenen Zeit mit den Beratungen fertig zu werden. Wie im Arbeitskreis III war auch im Arbeitskreis I die Beteiligung außergewöhnlich groß, und die Aussprache umschrieb einen außerordentlich weiten Bogen der Fragen, die unter so allgemeinen Themen zur Erörterung gestellt waren.

Der eine oder andere außenstehende Beobachter, vielleicht auch weniger verständnisbereite Kritiker haben gemeint, unter Grundsatzfragen sei ein neues Parteiprogramm zu verstehen, und weil wir das nicht verabschiedet haben, habe auch der Parteitag oder der Arbeitskreis seine Aufgabe nicht erfüllt.

Meine lieben Freunde, der Arbeitskreis hat kein neues Parteiprogramm gesucht; das war nicht seine Aufgabe, und wir waren auch der Meinung, so lange das Programm unserer konkreten Politik die Grundlagen beispielsweise unserer Marktwirtschaft, unserer Wohnungsbau-

politik, unserer Außen- und Verteidigungspolitik, unserer Europapolitik das Ziel des sozialen Rechtsstaates, so lange ein solches Programm von anderen abgeschrieben wird, um Wahlkämpfe gewinnen zu können, so lange bestehe für uns kein Bedürfnis, ein bewährtes und noch immer gültiges Programm neu zu entwerfen.

(Beifall.)

Aber es bestand sehr wohl ein Bedürfnis, die geistigen Grundlagen unserer Partei, die in der Drangsal der Nazijahre gewachsen sind, nach bald zwanzig Jahren der Existenz unserer CDU in eine moderne Form zu kleiden, in eine Form, die uns in der Sprache und in dem Verständnis von heute sagt, wie wir unser eigenes Fundament sehen und wie wir wünschen, von anderen in diesen geistigen Grundlagen der CDU begriffen zu werden.

Wir sind eine Partei, die für alle offen ist; wir sind eine Partei, in der alle ihre politische Heimat finden können; wir sind eine politische Partei, in der für den Kampf des Alltags Taktik und Entscheidungen der Opportunität nicht verboten sind. Aber wir bleiben eine Partei, in der selbstverständlich das „C“ unseres Namens nicht nur bewahrt wird, sondern in der Treue zu unserem Ursprung und auch für die Zukunft in seiner geistigen und sittlichen Bedeutung weiter ausgefüllt werden soll, und davon ist der Arbeitskreis gestern ausgegangen.

(Beifall.)

Meine Freunde, wir haben versucht, das im einzelnen zu diskutieren; aber wir haben sehr bald auch gemerkt, wie schwierig es doch ist, unsere Grundsätze, unsere geistigen Fundamente im Jahre 1964 neu zu umschreiben, modern, aber doch handfest und unangreifbar zu interpretieren, und zwar so, daß wir uns mit dem „CDU“ und der Interpretation dazu späterer Kritik stellen und uns auf die Übereinstimmung von Verpflichtung und Praxis redlich prüfen lassen können. Das ist eine Besinnung und eine Aufgabe, die nicht von oben her dekretiert werden kann, sondern in einer breiten Parteidiskussion noch länger vorbereitet werden muß. Jede Anregung zu einer Standortbestimmung wird willkommen sein.

Eine Reihe von Freunden hat sich ja in den letzten Monaten zusammengesetzt, Persönlichkeiten von Rang und Namen, um diese Arbeit möglichst so vorzubereiten, daß sie bereits Gegenstand der Diskussion dieses Parteitages anhand eines schriftlichen Entwurfs hätte werden können.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, im Namen des Arbeitskreises diesen Freunden herzlichst für die vorbereitende Arbeit zu danken, die sie geleistet haben, wiewohl sich das Präsidium nicht in der Lage gesehen hat, die bisher vorhandenen Entwürfe schon in der gesamten Parteiorganisation zu verteilen als Grundlage für die zu erwartende Diskussion. Es ist daher aus dem Kreis des Parteitages auch der Wunsch geäußert worden, diese Entwürfe möglichst bald in schriftlicher Form kennenzulernen, damit die Parteidiskussion darüber beginnen kann.

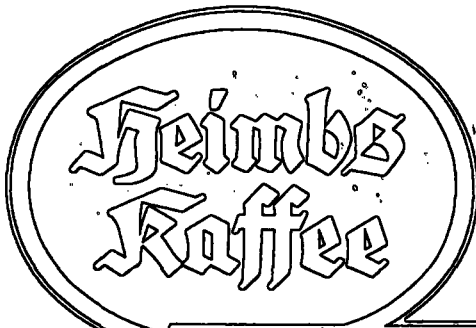
DEUTSCHLANDS MEISTGETRUNKENER HALBBITTER



Original

Jägermeister

Tiefgekühlt zum Bier ein Hochgenuß!



»aerotherm®«

...ein bekömmlicher Kaffee -
mild, voll und köstlich im Aroma!

Heimbs & Sohn · Kaffeegroßrösterei · Braunschweig

Das Präsidium hat durch den Mund des Herrn Geschäftsführenden Parteivorsitzenden mitteilen lassen, daß das so bald wie möglich nach einer weiteren Vorbereitungsarbeit geschehen soll, aber es war klar, daß trotz der erheblichen Arbeit, die einige Freunde in der schriftlichen Vorbereitung und auch in Diskussionen geleistet haben, dies für eine Beschlußfassung heute noch nicht genügt, um die noch erforderlichen Diskussionen zu führen:

Deswegen hat sich der Arbeitskreis gestern entschlossen, dem Präsidium heute einen Auftrag zur Annahme in dieser Versammlung hier zu empfehlen, der darauf hinausgeht, die Ausarbeitungen in einer vorläufigen Form so bald wie möglich an die Landes- und Kreisverbände mit dem Auftrag zu senden, dort eine Diskussion zu führen, Stellung dazu zu beziehen und dem Präsidium die Stellungnahmen in angemessener Zeit zu übermitteln. Die Redaktionskommission hat den Antrag, wie er gestern im Arbeitskreis formuliert worden war, unter zwei Gesichtspunkten etwas abgewandelt, die ich hier für die Teilnehmer des Arbeitskreises gleich nennen will, um verständlich zu machen, warum wir da im Interesse der Arbeit und im Interesse der Sache Veränderungen vorgenommen haben. Der Arbeitskreis vertrat die Auffassung, daß diese Stellungnahmen bis zum 1. Oktober beim Präsidium eingehen sollten. Wir haben uns aber im Redaktionskomitee davon leiten lassen, daß es doch noch einige Zeit dauern wird, bis überhaupt die Entwürfe an die Parteiorganisationen versandt werden können, und daß es bedeuten würde, wenn der Termin vom 1. Oktober stehen bliebe, die Beratungen in den Orts- und Kreisverbänden in den Sommermonaten durchzuführen.

Das schien uns also zeitlich zu knapp und auch zu unzweckmäßig, so daß wir Ihnen heute empfehlen möchten, als Termin für eine solche Stellungnahme das Ende dieses Jahres vorzusehen.

Der zweite Gedanke im Arbeitskreis war der, daß eine so wichtige Grundsatzklärung darüber, wie wir selbst das „C“ in unserem Namen begreifen, die Billigung eines Parteitagcs finden müßte, aber nicht eine Beschlußfassung des Vorstandes oder des Parteiausschusses genügen sollte.

Es ist auch die Anregung gegeben worden, dafür gegebenenfalls einen Außerordentlichen Parteitag abzuhalten. Wir haben das in der Fassung des Redaktionskomitees offengelassen.

Ich darf also jetzt die Entschließung dazu im Wortlaut zu Ihrer Kenntnis verlesen:

Entwurf einer Entschließung:

Der Bundesparteitag beauftragt das Präsidium,

1. den Entwurf einer Grundsatzklärung der CDU so bald wie möglich den Landes- und Kreisverbänden mit dem Auftrag zu überweisen, bis zum 31. Dezember 1964 Stellung zu nehmen;
2. die Grundsatzklärung dem nächsten Parteitag zur Verabschiedung vorzulegen.

Das war der eine Teil der Fragen, mit denen wir uns haben beschäftigen müssen.

Einen mindest ebenso breiten, wahrscheinlich noch etwas weiteren Raum nahmen dann die Fragen ein, die mit „Parteireform“ oder Parteiarbeit zu umschreiben sind. Hierbei sind wir ausgegangen von dem Stand der gegenwärtigen Parteiarbeit, wie sie zur Zeit in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden ist. Hier haben wir feststellen müssen, daß in den einzelnen Teilen unserer Parteiorganisationen noch erhebliche Extreme bestehen. Als ein Extrem wurde es bezeichnet, daß die CDU nur dann tätig, und zwar nur vorübergehend, werde, wenn es sich um die Verteilung von Mandaten und um die Durchführung von Wahlen handele, aber danach würden dann die Aktivisten wieder in völlige Müdigkeit versinken. Das gibt es also noch!

Aber es hat auch sehr viele freundliche Ausblicke bei einer Reihe von Kreisorganisationen gegeben, wo eine sachliche und kontinuierliche Diskussion über Fragen der Kommunalpolitik, aber auch der Bundespolitik stattfindet und zugleich ein großer Erfolg über die Werbung von Mitgliedern gemeldet werden kann. Ein Freund hat mitgeteilt, daß er sich eine Liste von Namen genommen habe, um dann Familienbesuche zu machen. Er hat die Erfahrung gemacht, daß von 5 Besuchern immer eine Person als Mitglied für die CDU gewonnen werden konnte. Ein anderer Freund hat mitgeteilt, daß er im Laufe von 3 Monaten durch emsige, nebenamtliche Arbeit immerhin 82 neue Mitglieder hat werben können.

(Beifall.)

Dadurch ist offenbar geworden, daß der Boden gut vorbereitet ist; er muß nur beackert werden, dann werden wir auch gestärkt werden und Erfolg haben.

Ich darf dann zusammengefaßt und sehr gerafft aus der sehr vielseitigen Diskussion einen Punkt herausgreifen, den der Arbeitskreis als wichtig für die kommende Arbeit bezeichnet hat. Der Herr Bundesparteivorsitzende, der gestern nachmittag in unserem Arbeitskreis einem großen Teil unserer Diskussionen beiwohnte, hat persönlich darauf hingewiesen, wie unbefriedigend es ist, wenn die CDU zu einem großen Teil ihre Wähler unter den Frauen hat, aber bei den hiesigen Delegierten nur so wenige Damen vertreten sind.

(Starker Beifall.)

Er ist der Meinung gewesen, es müsse nicht nur hier, sondern auch sonst in den Parteiorganisationen eine wesentlich stärkere Mitwirkung der Frauen erwartet werden. Die Männer sollten dafür sorgen, die Frauen in viel stärkerem Maße als bisher zur politischen Arbeit mit heranzuziehen. Den Frauen sollte auch eine größere Mitwirkung in den Gremien der Partei und auch hier auf dem Parteitag ermöglicht werden.

(Beifall.)

Als ein weiterer Mangel wurde festgestellt, daß unsere Mitwirkung in der Arbeitnehmerschaft noch nicht intensiv genug sei. Insbesondere hätten hier die Orts- und Kreisverbände noch sehr viel Arbeit zu leisten, und zwar auch in der Form, bessere Kontakte zu den Betriebs-

räten aufzunehmen, damit es uns stärker als bisher gelingt, hier Türen zu öffnen und wir von den Menschen draußen in den Betrieben besser verstanden werden.

Schließlich wurde es auch als wichtig bezeichnet, daß die Arbeit in den Ortsverbänden auch auf die einzelnen Garnisonen zu richten ist, daß wir uns also um die Soldaten kümmern, die doch darauf warten, daß sie angesprochen werden. Das dürfen wir nicht mehr den anderen überlassen, die hier manchmal eifriger sind.

(Beifall.)

Es hat dann noch eine Reihe von weiteren Anregungen und Vorschlägen gegeben, zum Beispiel über die Verteilung der Delegiertenplätze, über die Form der Mitgliedsbetreuung usw. Es wurde auch Klage darüber geführt, daß sich neue Mitglieder häufig nicht heimisch bei uns fühlen, weil man sich nicht genug um sie kümmert.

Wir haben über das Verhältnis von Bund und Ländern gesprochen; wir haben uns darüber unterhalten, daß die Vertreter der Partei in den Kommunen und in den Ländern eine bessere gesellschaftliche Stellung für Einladungen bekommen müssen. Wir haben eine Verbesserung des Verfahrens erörtert, interne Parteiinformationen bis hin zu den Ortsverbänden recht schnell gelangen zu lassen. Aber alles dies kann hier im einzelnen nicht dargestellt werden.

Obwohl die Zeit schon etwas drängt, muß ich zwei Anregungen doch noch etwas näher vortragen. Die eine ging dahin, die politische Information von der Parteispitze her nach unten besser und intensiver zu gestalten und als Rückwirkung davon eine bessere Mitarbeit der Orts- und Kreisverbände an den politischen Entscheidungen oben zu ermöglichen. Man möchte auf diese Weise die interne Parteiarbeit verlebendigen. Wir wollen Anteil an dem haben, was geschieht.

(Beifall.)

Wir wollen unsere Meinung äußern können, und wir wollen wissen, daß wir mitwirken, wenn wir in einer Partei sind.

(Erneuter Beifall.)

Dabei ergibt sich ein Sonderproblem: wie stark die Partei auf eine Fraktion einwirken kann. Wir waren in der Feststellung einig, daß die Partei nicht ein Hilfsorgan der Fraktion ist, daß aber umgekehrt die Fraktion sich immer auf die Unabhängigkeit des Abgeordneten, auf seine Auftragslosigkeit, auf seine Freiheit von Weisungen und auf sein Gewissen berufen kann; der Abgeordnete kann nie durch Beschlüsse gebunden werden. Hier den rechten Ausgleich zu finden, wird der praktischen Arbeit zu überlassen sein. Wir waren uns darüber klar, daß die Partei in der Lage sein muß, der Fraktion Richtlinien für die notwendigen Entscheidungen an die Hand zu geben, und daß die Fraktion zu sehen hat, wieweit sie in der Lage und bereit ist, das zu verwirklichen. Bei all diesen Erörterungen hat nicht immer nur das Mandat der Fraktion im Mittelpunkt zu stehen, sondern hier kommt es doch sehr stark darauf an, auch die Meinung der Partei zu erforschen und wirksam zu machen.

Ein zweiter Punkt, der weniger die Parteireform als vielmehr eine Fraktionsreform betrifft, bezog sich darauf, daß man sagte, die Auswahl der Kandidaten für den Bundestag könne da und dort noch verbessert werden. Der Herr Bundesparteivorsitzende hat die Meinung vorgebracht, daß die Mandatsträger im Bundestag in ihrer großen Zahl überwiegend für ihre speziellen Aufgaben geeignet seien; aber es fehle an Persönlichkeiten, die einerseits über ihr Fachgebiet hinausragten, die über den Dingen stünden, die – um es mal mit meinen Worten zu sagen – über eine universale Autorität verfügen. Es müßte gelingen, noch mehr solcher Persönlichkeiten, als sie die Fraktion bisher hat, zu gewinnen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müßten aber auch Persönlichkeiten gewonnen werden, die auf verschiedenen Fachgebieten Autoritäten seien, die uns heute in der Fraktion fehlten. Dafür sind einige Beispiele – etwa für die Finanzpolitik – genannt worden; hierfür müßten wir noch mehr hervorragende Sachverständige gewinnen.

(Beifall.)

Die Folge dieses Zustandes sei, daß die Bürokratie der Ministerien immer mehr Gewicht über die Fraktion und das Parlament gewinne, und das müsse verhindert und zurückgedrängt werden.

(Beifall.)

Deswegen ist der Vorschlag gekommen, diesem unbestrittenen Bedürfnis dadurch abzuhelfen, daß im Interesse der Bundesfraktion durch Fühlungen des Präsidiums mit den Landesvorsitzenden die Aufstellung von Kandidaten gesichert wird, auf die die Fraktion nicht verzichten kann. Wir müssen uns dabei von der Vorstellung freimachen, daß ein Kandidat für einen Wahlkreis immer nur aus dem betreffenden Wahlkreis genommen werden dürfe oder solle. Hier muß man einmal über seinen eigenen Horizont hinausschauen können.

Der Arbeitskreis hat Ihnen deswegen einen Entschließungsantrag vorgelegt, der folgendermaßen lauten soll:

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Das Präsidium und die Vorsitzenden der Landesverbände werden aufgefordert, rechtzeitig vor der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl 1965 zusammenzutreten, damit bei der Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten noch mehr als bisher den gemeinsamen Erfordernissen der Christlich Demokratischen Union und ihrer Bundestagsfraktion Rechnung getragen wird.

Um das völlig klarzumachen: Es ist nicht die Rede von dem zu den Akten gelegten Vorschlag einer Bundesliste. Es ist nur davon die Rede, auf der Basis des bisher geltenden und weiter geltenden Wahlgesetzes auf die Benennung von Kandidaten in den Wahlkreisen Einfluß zu nehmen.

Schließlich ist für die Vorbereitung kommender Parteitage der Wunsch geäußert worden, für das, was wir hier zu diskutieren haben und was hier zu Beschlüssen geführt werden soll, rechtzeitig mit schriftlichem

Material so versorgt zu werden, daß eine wirkliche Beschlußfassung hinreichend vorbereitet ist. Der Arbeitskreis schlägt Ihnen deshalb folgende EntschlieÙung vor:

Der Bundesparteitag beauftragt das Präsidium, die Grundsatzthematik künftiger ordentlicher Parteitage den Landes- und Kreisverbänden mit dem einschlägigen Diskussionsmaterial drei Monate vor dem jeweiligen Parteitag bekanntzugeben.

(Beifall.)

Präsident KATZER:

Ich darf Herrn Amrehn für seinen Bericht über die Arbeit des Arbeitskreises sehr herzlich danken. In diesen Dank schlieÙe ich auch die Mitarbeiter des Arbeitskreises ein, die sich gestern an der Diskussion beteiligt haben.

Liebe Parteifreunde, es ist mir eine große Freude, heute in unserer Mitte Senator Poher, den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, begrüßen zu dürfen.

(Lebhafter Beifall.)

Herr Senator Poher, Sie haben aus dem herzlichen Beifall entnommen, wie willkommen Sie bei uns sind. Der Beifall wird noch herzlicher werden, wenn ich dem Parteitag mitteile, daß Sie erst heute zu uns kommen konnten, weil Sie an einer Wahl in Ihrem Bezirk teilnehmen mußten. Bei dieser Wahl konnte die MRP ihre Stimmzahl vervierfachen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg.

(Starker Beifall.)

Als nächsten Berichtersteller erteile ich Herrn Dr. Kliesing das Wort.

Dr. KLIESING, MdB:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Die Aufgabe des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik bestand darin, die außen- und verteidigungspolitische Konzeption der Christlich Demokratischen Union zu überprüfen. Die Aussprache wurde in voller Offenheit geführt und – wie unser Außenminister gestern sagte – es gab und gibt bei uns keine Tabus.

Der Arbeitskreis ging von der grundlegenden Frage aus, ob unsere bisherige Außenpolitik, die von dem Vertrauen breiter Schichten des deutschen Volkes getragen ist und wesentlich zu den Erfolgen der CDU beigetragen hat, angesichts der derzeitigen weltpolitischen Lage fortgesetzt werden kann oder ob eine Neuorientierung erforderlich ist. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist folgendes:

Ohne Ausnahmen und ohne jede Einschränkung stellt der Arbeitskreis fest, daß sowohl in unserer Außenpolitik wie in unserer Verteidigungspolitik die Kontinuität unter allen Umständen gewahrt bleiben muß.

So wie bisher muß unsere Außenpolitik auch weiterhin klar, eindeutig, zuverlässig und glaubwürdig sein. Der Arbeitskreis begrüÙt es daher besonders, daß Bundeskanzler Erhard die Konzeption des Bundeskanzlers Dr. Adenauer unverändert übernommen hat und fortführt. Wir be-

kennen uns zu den außenpolitischen Richtlinien, die der Bundeskanzler in seiner gestrigen Rede aufgezeigt hat.

Selbstverständlich schließt die Forderung nach der Kontinuität unserer Außenpolitik ein, daß positive Möglichkeiten, die sich aus der weiteren weltpolitischen Entwicklung ergeben, sorgfältig geprüft und ausgenutzt werden, denn Kontinuität bedeutet nicht Erstarrung.

Für die Meinungsbildung des Arbeitskreises in dieser Frage war vor allem entscheidend die Feststellung, daß die Sowjetunion ihre Deutschland-Politik nicht im Sinne einer Entspannung geändert hat, sondern daß eher von einer Verhärtung der Auffassung Moskaus in der Deutschland- und Berlin-Frage zu sprechen ist.

Besonders in der Passierscheinfrage billigt der Arbeitskreis die eindeutige Stellungnahme, die in der gestrigen Rede des Bundeskanzlers zum Ausdruck kam. Selbstverständlich sind wir der Auffassung, daß kein Volk so sehr wie das deutsche an einer echten politischen Entspannung interessiert ist. Ja, daß diese die notwendige Voraussetzung für die Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt ist. Aber es muß sehr klar gesagt werden, daß Entspannung und das Bestreben, den Status quo aufrecht zu erhalten, sich gegenseitig ausschließen. Eine sogenannte Wandlung durch Annäherung gegenüber dem Ulbricht-Regime ist nachdrücklich abzulehnen und als verhängnisvoll für die weitere Entwicklung der deutschen Frage anzusehen.

(Beifall.)

Weitere entscheidende Gesichtspunkte unserer Politik in der Deutschlandfrage sind folgende: Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Anspruchs der Bundesrepublik, allein das deutsche Volk zu vertreten und das Festhalten an der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Wir müssen daher unsere ganze politische und wirtschaftliche Kraft dafür einsetzen, daß Pankow auf der internationalen Ebene keine Aufwertung erfährt. Es ist besonders wichtig, alles zu tun, um unsere Verbundenheit mit den Menschen jenseits der Mauer zu festigen und um den Willen zum Selbstbestimmungsrecht bei den Deutschen, die unter der Herrschaft eines kommunistischen Zwangsregimes stehen, aufrecht zu erhalten.

Sogenannte Entspannungspläne, wie sie in den verschiedenen Disengagementvorstellungen zum Ausdruck kommen, sind abzulehnen, da sie die Freiheit der Deutschen in der Bundesrepublik und im freien Europa bedrohen und ihre Verwirklichung die Spaltung Deutschlands zementieren würde.

Wie sehr wir besonders in der Deutschland- und Berlin-Frage eine wirkliche Entspannung begrüßen würden, hier handelt es sich um Positionen, die unter keinen Umständen aufgegeben oder auch nur gemindert werden dürfen. Wir fordern daher auch alle anderen politischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, dieser staatspolitischen Einsicht und Notwendigkeit alle parteipolitischen Interessen unterzuordnen, besonders aber die Versuchung einer Politik der Popularitätshascherei abzuweisen.

Wenn wir die Deutschlandfrage vor dem Hintergrund der Ost-West-Spannung beurteilen, so übersehen wir keineswegs innen- und außenpolitische Schwierigkeiten der Sowjetunion und den sogenannten Polyzentrismus im Ostblock, wir warnen aber nachdrücklich vor einer Überbewertung dieser Erscheinungen und würden es als geradezu verhängnisvoll ansehen, wenn eine spekulative Betrachtung dieses östlichen Polyzentrismus den Blick unserer Politik von den bedauerlichen Erscheinungen des westlichen Pluralismus ablenken würde.

Die Erörterung der Deutschlandfrage führt uns unmittelbar zur Europapolitik. Der Arbeitskreis vertritt nämlich die Überzeugung, daß die besten Voraussetzungen für eine Lösung der Deutschlandfrage durch die Schaffung eines einigen Europas gegeben würden. Daher fordern wir, daß im Sinne des Aktionsprogramms der Bundesregierung alles nur Mögliche getan wird, um die Europapolitik voranzutreiben. Dabei müssen der Ausbau der bestehenden Gemeinschaften und die Fortführung des bisherigen Werkes verbunden werden mit der Aussicht, allen anderen Staaten des freien Europas den Weg zur Europäischen Gemeinschaft offen zu halten. Wir würden es besonders begrüßen, wenn auch Großbritannien sich zu einem solchen Beitritt entschließen würde. Selbstverständlich verkennen wir keineswegs die Schwierigkeiten, die sich gegenwärtig dem weiteren Einigungsprozeß Europas entgegenstellen. Wir sind aber der Meinung, daß auch in der augenblicklichen Situation gewisse konkrete Möglichkeiten gegeben sind, die genutzt werden sollen. Dazu gehören beispielsweise die Fusion der bestehenden Exekutiven und die Stärkung der Position des Europaparlaments, besonders durch die Übertragung des Budgetrechts.

In diesem Zusammenhang ist ein klares Wort über unser Verhältnis zu Frankreich zu sagen, dem wir besonderen Dank schulden für seine feste Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage. Es ist unbestritten, daß die deutsch-französische Freundschaft, die enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Politik eine der allerwesentlichsten Voraussetzungen für die Einigung Europas ist und bleibt.

(Beifall.)

Wer Europa will, muß Ja sagen zur deutsch-französischen Freundschaft! Es genügt aber nicht dem Vertragswerk zuzustimmen, sondern man muß bereit sein, alle politischen Konsequenzen daraus zu ziehen und alle politischen Möglichkeiten aus dem deutsch-französischen Vertrag auszuschöpfen. Wir bedauern es daher sehr, daß der Vorsitzende der SPD, Herr Brandt, es nicht für nötig befunden hat, in seiner programmatischen Rede das Verhältnis zu Frankreich zu würdigen und bedauern es noch mehr, daß sein Stellvertreter, Herr Wehner, sich darin gefällt, die französische Politik und den französischen Staatschef einer hämischen, verächtlichen und ungerechten Kritik zu unterziehen. Durch dieses Verhalten schädigt die SPD nicht nur die deutschen Interessen – und zwar die gesamtdeutschen Interessen –, sondern läßt auch berechtigte Zweifel an ihrer Europapolitik zu. An dieser Stelle wird ebenso wie bei der Forderung der SPD nach dem Abbau der Hallstein-Doktrin und an Äußerungen von Sozialdemokraten zur Passierscheinfrage

Wer
die Währung
stützen will
muß
sparen

offenkundig, wo die Grenzen der sogenannten Gemeinsamkeit in den außenpolitischen Grundsatzfragen liegen, daß diese Gemeinsamkeit sich in der Verkündigung von Prinzipien vielfach erschöpft und daß ihre Grenzen vielfach erkennbar werden, sobald man in den Bereich des Konkreten eintritt.

Hier wird klar, wie groß in Wirklichkeit noch die Diskrepanz zwischen der außenpolitischen Konzeption der CDU und derjenigen der SPD ist. Zu den Gründen, die für die Forderung nach einer Aktivierung unserer Europapolitik sprechen, tritt noch ein weiterer hinzu. Die europäische Frage steht in enger Verbindung mit der atlantischen.

Wir bejahen die großartige Idee des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Kennedy von der Verwirklichung einer atlantischen Partnerschaft. Wir bejahen sie, weil sie der Richtung des welthistorischen Entwicklungsprozesses entspricht. Wir sehen zum Beispiel in der bevorstehenden Kennedy-Runde eine Möglichkeit, auf diesem Wege konkrete Fortschritte zu erzielen. Andererseits aber müssen wir die Feststellung treffen, daß sich diese zukunftsweisende Idee so lange nicht verwirklichen läßt, wie der eine der beiden Partner, nämlich der europäische, noch gar nicht existiert.

Deshalb sollte aus diesem Grunde der Prozeß der europäischen Einigung aktiviert werden.

Die Sorge um die Sicherung von Frieden und Freiheit für Europa und Fragen gesamtdeutscher Verantwortung sind wesentliche Grundlagen einer engen und vertrauensvollen Bindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika, denen unser Volk so viel Dank schuldet.

Wir sind uns darüber klar, daß die Politik der Staaten der freien Welt sich unter dem Schutz der Macht der Vereinigten Staaten vollzieht und daß Frieden und Freiheit nur unter diesem Schutz und durch diesen Schutz garantiert werden können.

Dazu gibt es keine Alternative. Wenn wir nun mit dieser Feststellung den Hinweis auf die Lebensnotwendigkeit der deutsch-französischen Freundschaft verbinden, so können wir die Meinungsverschiedenheiten, die sich in den politischen Auffassungen unserer beiden Freunde ergeben haben, nur schmerzlich bedauern.

Nun wird gelegentlich die Möglichkeit einer etwaigen Option der Bundesrepublik zwischen Frankreich und den USA publizistisch angedeutet oder zur Diskussion gestellt. Das halten wir für außerordentlich gefährlich und verderblich. Wir können und werden auf keinen unserer Freunde verzichten; beide sind für uns lebensnotwendig, und daher darf sich die deutsche Politik niemals in die Situation einer Alternativlösung drängen lassen.

Für ein wichtiges Mittel, die USA und ihre europäischen Verbündeten untrennbar miteinander zu verbinden, halten wir das amerikanische Angebot einer multilateralen Atomstreitmacht, deren politische Bedeutung außerordentlich groß ist und die wir daher bejahen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Situation in der NATO im Arbeitskreis angesprochen worden. Wir sind nach wie vor der Überzeu-

gung, daß das westliche Verteidigungsbündnis für unser Volk von lebenswichtiger Bedeutung ist. Eine Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten und der Ausbau und die Stärkung der NATO liegen daher in unserem ureigensten Interesse. Die NATO muß nach unserer Überzeugung über eine militärische Verteidigungsallianz hinauswachsen und zu einem politischen Führungs- und Koordinierungsinstrument der atlantischen Gemeinschaft werden.

Daher sollte die Bundesregierung alles in ihren Kräften Stehende tun, um in fortlaufenden Gesprächen mit unseren Partnern eine solche Entwicklung zu fördern.

Schließlich hat der Außenpolitische Arbeitskreis auch die Situation in der NEI besprochen, und er fordert das Präsidium der CDU auf, alles zu tun, um die internationale Gemeinschaft der christlichen Demokraten so zu aktivieren, daß sie ein wirksames Instrument europäischer Politik und eine tatkräftige Hilfe für die christlich demokratischen Kräfte in den Entwicklungsländern wird, nach der diese so sehr verlangen. Die Welt braucht das christlich demokratische Europa und unsere Hilfe.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es ist verständlich, daß angesichts dieser vielschichtigen außenpolitischen Diskussion im Arbeitskreis die Probleme der Verteidigungspolitik etwas zurücktreten mußten. Was für die Außenpolitik gilt, sei aber auch für die Verteidigungspolitik festgestellt: sie ist und bleibt dieselbe. Sie erfordert neben der Erfüllung unserer NATO-Verpflichtungen die Verteidigungsbereitschaft des ganzen Volkes und als Voraussetzung für deren Aktivierung die baldige Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung.

Wir haben die Bundeswehr immer als dem ganzen Volk und nicht nur einer Partei zugehörig empfunden und könnten daher die Tatsache, daß inzwischen auch die SPD den Weg zu den Kasernen gefunden hat, positiv werten, wenn nicht mit dieser sozialdemokratischen Sympathiewerbung bei den Soldaten der Versuch verbunden wäre, die verteidigungspolitische Vergangenheit der SPD so darzustellen, als ob sie auch in den 50er Jahren immer für einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik gewesen sei und als ob es sich bei den scharfen, leidenschaftlichen und oft haßerfüllten Angriffen gegen unsere Verteidigungspolitik – jenen Angriffen, die wir ja alle noch in deutlicher Erinnerung haben und die dokumentarisch niedergelegt sind zum Beispiel in den Stenografischen Protokollen des Bundestages – nur um einen Methodenstreit gehandelt habe. Eine solche Darstellung kann nur als Versuch einer Geschichtsfälschung bezeichnet und muß daher von uns energisch zurückgewiesen werden.

(Beifall.)

Wir werden der SPD hier ebensowenig wie auch auf anderen politischen Sachgebieten die Flucht aus ihrer Geschichte erlauben.

Wie erwähnt, mußte die Erörterung verteidigungspolitischer Probleme gestern etwas in den Hintergrund treten. Daher empfiehlt der Arbeitskreis dem Präsidium, in absehbarer Zeit, etwa im Herbst dieses Jahres,

einen Bundeskongreß für Verteidigungspolitik durchzuführen, auf dem die vielfältigen Probleme unserer Verteidigungspolitik besprochen werden können.

Bereits heute aber fordern wir insbesondere, daß dem Soldaten im Ansehen der Öffentlichkeit endlich eine seinen Leistungen und seiner Verantwortung entsprechende Stellung im Rahmen unserer Gesellschaft gesichert wird.

(Beifall.)

Wir danken allen Angehörigen der Bundeswehr. Wir vertrauen der Bundeswehr und erwarten von der Öffentlichkeit, daß sie die innere Festigung der Bundeswehr durch eine gerechte Wertung ihrer Aufgaben und ihrer Leistungen unterstützt.

Abschließend gestatten Sie mir noch folgende Bemerkung: Es ist in der letzten Zeit viel gesprochen und geschrieben worden von einer angeblichen schroffen Gegensätzlichkeit der außenpolitischen Auffassungen innerhalb der CDU/CSU. Um so erfreulicher ist daher für den Berichtserstatter, daß er hier die Feststellung treffen kann, daß die gestrige Aussprache ein klares und eindeutiges Bild einheitlicher und geschlossener Auffassungen in allen wesentlichen Fragen unserer Außenpolitik ergab. Das Bewußtsein unserer bisherigen außenpolitischen Leistung, die Überzeugung, daß die Kontinuität unserer Außenpolitik notwendig ist und daß die klare, zuverlässige und Vertrauen schaffende Außenpolitik fortgesetzt wird, die Geschlossenheit und die Einheitlichkeit unserer außenpolitischen Überzeugung werden uns die Zuversicht und den Mut geben, im nächsten Jahr vor das deutsche Volk zu treten und es zu bitten, unserer Außen- und Verteidigungspolitik wie bisher so auch weiterhin sein Vertrauen zu schenken.

(Starker Beifall.)

Präsident KATZER:

Ich darf Herrn Kollegen Kliesing sehr herzlich für seinen Bericht danken.

Ich darf nunmehr zum Bericht für den Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ das Wort Herrn Kollegen Stingl erteilen.

STINGL, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen den Bericht aus dem Arbeitskreis III – Wirtschafts- und Sozialpolitik – zu geben und darf dazu vielleicht eine Bemerkung vorweg machen:

Die Christliche Demokratische Union behandelt Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem Arbeitskreis. Sie bekennt damit, daß sie gleichrangig nebeneinander sieht die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik, so daß also nicht etwa Sozialpolitik nur ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik ist.

Gewiß kann ohne eine gute Wirtschaftspolitik, ohne blühende Wirtschaft keine leistungsfähige Sozialpolitik entstehen; aber ohne eine gute Sozialpolitik bleibt auch die blühendste Wirtschaft Stückwerk.

Wir schaffen die Grundlagen für eine gesunde Gesellschaftsordnung durch unsere soziale Marktwirtschaft. Unser Ziel ist der im Grundgesetz **geforderte soziale Rechtsstaat**. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik beeinflussen und bedingen einander. Unsere Gesellschaftspolitik braucht ein optimales Wirtschaftswachstum, die gerechte Verteilung der Einkommen, die gesunde und breite Schichtung des Vermögens.

Basis unserer Gesellschaft aber bleibt die gesunde, wirtschaftlich gesicherte Familie.

Es sei mir als Berichterstatter gestattet, diese Vorbemerkung zu machen, da alle Arbeit des Arbeitskreises III auf diesen Grundüberlegungen aufgebaut hat.

Meine verehrten Freunde! Ich kann am Anfang des eigentlichen Berichts aus dem Arbeitskreis die Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir für unsere Gesellschaftspolitik eine intensivere wissenschaftliche Aufbereitung aller Probleme – mehr als bisher – notwendig haben.

(Beifall.)

Die Sozialpolitik z. B. ist in Forschung und Lehre auf unseren Universitäten noch weithin in den Hintergrund gedrängt.

Am Anfang des Berichtes über den Verlauf der Beratungen möchte ich den Dank unserem Kollegen, Herrn Dr. Wilhelmi, für die Leitung des Arbeitskreises sagen. Danken aber möchte ich auch allen Diskussionsrednern, den Assistenten, den Schreibkräften und der Redaktionskommission.

Wenn ich Ihnen sage, daß die Diskussion selbst gestern bis 21 Uhr gedauert hat, daß dann die Redaktionskommission des Arbeitskreises und anschließend die Zentralredaktionskommission sich noch bis $\frac{1}{2}$ 3 Uhr morgens mit den Dingen beschäftigen mußten, dann verstehen Sie sicherlich, wenn ich an den Anfang meines Berichts diesen Dank gestellt habe.

(Lebhafter Beifall.)

Ich möchte dabei das Wort des Präsidenten vorhin insoweit aufgreifen, als ich sage, daß für die Diskussion so wichtiger gesellschaftspolitischer Anliegen und in die Zukunftweisender Gedanken auf einem Parteitag künftig noch mehr Raum als bisher gegeben werden müßte.

(Lebhafter Beifall.)

Wir haben gestern eine Reihe von Problemen einfach nicht mehr diskutieren können. Sie werden auch aus der Entschließung, die ich, Herr Präsident, noch nicht in den Händen aller Teilnehmer vermute –

(Präsident Katzer: Sie wird verteilt!)

– Sie wird also im Augenblick verteilt!

Ich darf Sie bitten, wenn Sie diese Entschließung durchlesen, nicht all zu scharf mit uns in stilistischer Beziehung ins Gericht zu gehen. Es kam uns darauf an, Ihnen die sachlichen Dinge vorzulegen. Aber in der stilistischen Ausfeilung ist es nicht ganz gelungen, den Duktus durchzuführen, der sonst in den Entschließungen immer festzustellen ist, zumal wir unsere Vorlage auf verschiedenen Vorlagen aufgebaut

haben, die Ihnen zum Teil mit dem Material des Parteitages gedruckt übergeben wurden.

Es handelt sich dabei um den Antrag der Sozialausschüsse der Christlichen Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der im Wortlaut mit den Vorschlägen des Bundesausschusses für Sozialpolitik übereinstimmt, weiter um Vorschläge des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik zu diesem Antrag. Es handelt sich um einen Entwurf von Grundsätzen christlich demokratischer Gesundheitspolitik, ferner um eine Eingabe des Mittelstandskreises zur Vorlage an den Parteitag, der uns hektographiert vorgelegt wurde, sowie um einige Entschließungsformulierungen, die uns während der Diskussion überreicht wurden. Der Arbeitskreis hat sich bemüht, alle diese Anregungen in dem Vorschlag zu berücksichtigen. Sie werden unschwer erkennen, daß es sich dabei um eine Vorlage handelt, die über die Ihnen ursprünglich überreichten schriftlichen Anträge hinausgeht.

An den Beratungen – wir vermerken das mit besonderer Dankbarkeit – nahmen teil Frau Ministerin Dr. Schwarzhaupt, Herr Bundeswirtschaftsminister Schmücker, Herr Bundesarbeitsminister Blank und als besonders gern gesehener Gast aus der CSU Herr Bundesschatzminister Dr. Dollinger. Alle vier Minister haben in der Diskussion des Arbeitskreises das Wort ergriffen. Sie haben aus hoher Verantwortung für ihr Amt grundsätzliche Darlegungen zu den Fragen ihres Bereiches gemacht.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen ganz dringend empfehlen, das Parteitagsprotokoll auch in diesem Bereich sehr eingehend zu studieren. Aus allen Diskussionsbeiträgen unserer Minister werden Sie dann erkennen, daß die Christlich Demokratische Union es nicht nur nötig hat, zu sagen, was sie in Zukunft will, sondern, daß sie ihr ganzes Wollen auf dem aufbauen kann, was sie bisher geleistet und erreicht hat.

(Lebhafter Beifall.)

Im übrigen waren nach diesen Diskussionsbeiträgen der Minister die Wortmeldungen aus dem Kreise der Teilnehmer dieses Arbeitskreises selbst so zahlreich, daß wir bis 21 Uhr nur etwa ein Fünftel der gemeldeten Redner haben sprechen lassen können. In der Sache blieben die Punkte 6 und 8 des Antrags der Sozialausschüsse unerörtert. Dabei geht es bei Punkt 8 darum, daß die Diskussion um diese Fragen der Mitwirkung und Mitbestimmung und ihrer Fortentwicklung ständige Aufgabe der zuständigen Organe der Partei bleibt. Punkt 6 sollte in einem späteren Kulturkongreß intensiv beraten werden; es handelt sich hierbei um Berufsbildung, Berufsausbildung und, wie ich meine, auf einem Kongreß dann um Bildung überhaupt.

Die Vorlage des Gesundheitspolitischen Ausschusses wurde von der Frau Ministerin in den Grundzügen begründet. Insbesondere verwies sie auf die Initiative der Fraktion, einen Gesetzesantrag einzureichen, der überregionale Vorsorgemaßnahmen für die Reinhaltung der Luft beinhaltet. Die Anträge des Gesundheitspolitischen Ausschusses sollen

also, meine Damen und Herren, im Präsidium, nachdem sie im Grundsatz gebilligt sind, noch einmal redaktionell behandelt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen gerne die Grundsätze, die sich aus der Diskussion ergeben haben, vortragen, ohne dabei jeden einzelnen Redner und seine Argumente aufführen zu müssen. Die Redner selbst werden Verständnis dafür haben; sie haben ja die Diskussion selbst erlebt, und Sie, meine Damen und Herren, bitte ich ebenfalls um Verständnis.

Wenn man sich der Diskussion im Arbeitskreis von gestern erinnert, so kam als wesentliches und vordringliches Erfordernis unserer Wirtschaftspolitik immer wieder zum Ausdruck die Geldwertstabilität.

Es ist uns im Arbeitskreis ganz deutlich geworden, daß Voraussetzung aller Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Geldwertstabilität ist, die das Vertrauen jedes einzelnen in unserem Volke in unsere Wirtschaftspolitik festigt. Dabei ist die uns im Augenblick besonders bewegende Sorge die Möglichkeit einer importierten Inflation. Sie finden daher in unserer Vorlage auch ganz deutlich die Bemerkungen, die sich auf die EWG beziehen. Wenn wir selbstverständlich unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik im eigenen Hause gesundhalten müssen, so können wir doch nicht übersehen, daß diese von der Wirtschafts- und Sozialpolitik unserer Partnerländer in der EWG beeinflußt wird. Andererseits werden selbstverständlich unsere Maßnahmen die Wirtschafts- und Sozialpolitik unserer Partner in der EWG ebenfalls beeinflussen. Wir haben uns in unserer Vorlage, die, wie ich hoffe, inzwischen in Ihren Händen ist,

(Zurufe: Nein, noch nicht!)

- Herr Präsident, soll ich Sie dann im einzelnen vorlesen? -
(Präsident Katzer: Nein, sie wird ja verteilt!)

- Sie wird verteilt. Dann werde ich auf die Grundsätze eingehen. Meine Damen und Herren! Die Politik einer stabilen Währung fordert - ich sagte es schon - erst im eigenen Hause Maßnahmen; sie fordert dann aber auch von unseren Partnern Maßnahmen. Wir müssen dabei jedoch auch darauf bedacht sein, das Instrumentarium bereitzuhalten, das uns in währungspolitischer Hinsicht vor unangenehmen Überraschungen schützt.

Wir müssen auch darauf bedacht sein, daß wir im Innern nicht nur maßhalten im Verbrauch, sondern auch maßhalten in der Weise, daß wir nicht „jeden Preis“ - wie gesagt wurde -, „der zu erhalten ist“, nehmen. Die Tarifpolitik der Sozialpartner muß gleicherweise auf die Stabilität ausgerichtet sein. Unsere Vorlage geht von diesen Grundsätzen aus, und sie verlangt deshalb, daß die Christlichen Demokraten in Bund, Ländern und Gemeinden die Politik der sozialen Marktwirtschaft fortsetzen und daß sie nicht durch eine währungsgefährdende Finanz- und Ausgabenpolitik diese soziale Marktwirtschaft stören lassen. Die Christlich Demokratische Union drängt daher auf Erhaltung eines stabilen Preisniveaus; sie will das dadurch erreichen, daß sie alle Verantwortlichen bittet, eine wirksame Beschränkung der Haushalte im

Bund, aber auch in den Ländern und den Gemeinden durchzuführen und die Ausgabenpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden nur auf die Marktmöglichkeiten abzustimmen, auch in ihren öffentlichen Investitionen.

Die maßvolle Politik der öffentlichen Hand muß ergänzt werden durch eine maßvolle Preis- und Investitionspolitik der Unternehmer. Arbeitszeitregelungen und Lohnpolitik der Tarifpartner dürfen die Geldwertstabilität nicht in Gefahr bringen.

Der Verbraucher aber wiederum – das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, der immer wieder zum Ausdruck kam – muß in die Lage versetzt werden, durch Verbesserung der Marktübersichten auszuwählen und damit das Wirtschaftsgeschehen in seinem Sinne günstig zu beeinflussen.

Die Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts sollte von uns auch im Rahmen der EWG von unseren Partnerländern gefordert werden! Die Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts, die sich darin orientiert, wie der reale Zuwachs des Bruttosozialproduktes im Verein mit einer verantwortungsbewußten Kreditpolitik im Verein die Haushaltspolitik bestimmt.

In unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, so meinen wir, von der heutigen Situation ausgehend zu fordern, daß der Leistungswettbewerb ausgedehnt wird. Insbesondere sollen dabei, wie es in der Vorlage heißt, das Kartellgesetz verbessert und die Einführung der Nettoumsatzsteuer erwirkt werden. Dabei sind die besonderen Probleme des Dienstleistungsbereichs zu berücksichtigen. In diesen Rahmen gehört auch die Reform des Aktienrechts; auch sie soll den Leistungswettbewerb fördern. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß noch viele andere Dinge im Bereich des Wettbewerbsrechtes zu verbessern sind.

Wir müssen darauf drängen, daß auch im Verkehrswesen der überfällige Bericht des Bundesfinanzministeriums über die steuerlichen Wettbewerbsverfälschungen vorgelegt wird. Das zwischenstaatliche Steuergefälle muß durchleuchtet werden.

Alle diese Dinge wurden in der Diskussion angesprochen und haben ihre Bedeutung. Wir müssen vor allem auch darauf Rücksicht nehmen, daß unsere Volkswirtschaft nicht allein dasteht, sondern, daß sie integriert werden muß in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Integration aber bedeutet, daß man die Harmonisierung der Wettbewerbspolitik in der gesamten EWG fordern muß.

Der zweite Teil unserer Vorlage beschäftigt sich mit der Eigentumspolitik. Hier zeigt sich, daß alle Teilnehmer des Arbeitskreises die Eigentumspolitik, die die Christlich Demokratische Union bisher betrieben hat, in ihren Erfolgen erkennen, aber eben aus den Anfängererfolgen die Forderung auf eine Weiterbildung und weitere Ausdehnung der Eigentumspolitik erheben. Der Parteitag soll insoweit die Empfehlung, die von einem Arbeitskreis evangelischer und katholischer Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler vorgelegt worden ist, grundsätzlich begrüßen.

angenehme Wärme 1

in Sekundenschnelle!

Das ist einer von zehn überzeugenden Vorteilen der modernen Gasheizung - und weiter:

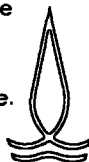
- 2 Stete Betriebsbereitschaft
- 3 Vollständige Automatisierung
- 4 Ruß- und rauchlose Verbrennung
- 5 Keine Verbrennungsrückstände
- 6 Keine Vorratshaltung
- 7 Keine Transportengpässe
- 8 Wirtschaftliche Vollversorgung
- 9 Nachträgliche Bezahlung der Kosten
- 10 Preisstabilität

In stets ausreichender Menge und gleichbleibender Qualität sichert Ferngas in einem großräumigen Verbundsystem die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalt. Das Leitungsnetz der Ruhrgas AG und der Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH. hat eine Gesamtlänge von 3200 km. Erzeugungsanlagen für den Spitzenbedarf und Untertagespeicher gleichen selbst große Bedarfsschwankungen aus.

FERN GAS, Verbund von Kokerel-, Erd- und Raffineriegas, die moderne, wirtschaftliche Wärmeenergie.



RUHRGAS AKTIENGESELLSCHAFT ESSEN
THYSSENSCHE GAS- UND WASSERWERKE GMBH DUISBURG



Der Arbeitskreis erwartet, daß der Gesetzgeber auch in Zukunft gezielte eigentumspolitische Maßnahmen durchführt, aber sie auch von den Sozialpartnern verlangt. Bei allen eigentumspolitischen Maßnahmen, meine Damen und Herren, muß allerdings immer wieder auch das Gewicht richtig gesetzt werden, damit auch das Wachstum der Volkswirtschaft, die Vollbeschäftigung und der Geldwert nicht auf diesem Wege gefährdet werden.

Der Parteitag soll konkrete Forderungen erheben; er soll verlangen, daß die Sparförderung, daß das Spar- und Wohnungsbauprämiengesetz erhalten werden müssen.

In der Diskussion ist oft darauf hingewiesen worden, daß sich die künftige gesetzliche Regelung auch mit der Frage des Aktienerwerbs beschäftigen muß.

Die Sparleistungen von Beziehern niedriger Einkommen müssen stärker als bisher berücksichtigt werden; denn selbstverständlich hängt die Eigentumbildung zuvörderst vom Sparwillen, aber ebenso selbstverständlich in zweiter Linie auch von der Sparfähigkeit ab.

Eine große, weite und sehr verantwortungsbewußt geführte Diskussion hat sich an dem sogenannten 312-Mark-Gesetz entzündet. Hier sind Sachargumente für und gegen die Ausweitung dieses Gesetzes auf tarifvertragliche Regelungen mit großem Ernst vorgetragen worden. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß dabei das oberste Prinzip war, daß man sich in dieser Frage durchaus näher kommen, ja, daß man in dieser Frage gemeinsam handeln wird. Da es aber in dem Rahmen, der uns gegeben war, nicht möglich war, alle volkswirtschaftlich so wichtigen Fragen durch- und zu Ende zu diskutieren, schlägt Ihnen der Arbeitskreis vor, daß durch diesen Parteitag eine Prüfungskommission eingesetzt werde, die bis zum 31. Oktober dieses Jahres das Ergebnis ihrer Prüfung vorlegen soll. Übereinstimmung allerdings herrschte bei uns in der Frage des 312-Mark-Gesetzes dahin, daß es bisher draußen nicht in ausreichendem Umfang angewendet worden ist, und wir meinen, daß wir verlangen sollten, daß zumindest die Initiative des Arbeitnehmers eingeführt werden sollte, damit man nicht darauf angewiesen ist, jeweils vom Betrieb und Unternehmer her die Frage zu regeln. Dabei sollte als Anreiz für Unternehmer und Arbeitgeber die völlige Freiheit von Lohnsteuer gewährt werden und dem Arbeitnehmer zusätzlich die Belastung aus den Beiträgen zur Sozialversicherung erspart werden, ohne daß ihm aber in der Versicherung ein Nachteil erwächst.

Die soziale Privatisierung, die ein Teil unserer Eigentumspolitik ist, soll fortgesetzt werden. Dabei wollen wir Ihnen empfehlen, darauf hinzuweisen, daß nicht nur der Bund die Privatisierung des in öffentlicher Hand befindlichen Vermögens durchführen soll, sondern auch Länder und Gemeinden.

(Zustimmung und Beifall.)

Dabei wollen wir vom Bund her die Anregung geben, daß die VEBA baldmöglichst privatisiert werde.

In den Bereich der Eigentumbildung gehört selbstverständlich auch der weitere Ausbau des sozialen Wohnungsbaus; es gehört dazu, daß dieser soziale Wohnungsbau erschlossen wird für persönliches Eigentum, daß er nicht nur in den Händen großer Mammutgesellschaften bleibt.

(Erneute Zustimmung und Beifall.)

Die Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen ist ein Teil einer zielbewußten Eigentumpolitik insbesondere für die mittelständische Wirtschaft.

Unser Vorschlag bringt Ihnen in Punkt C Anregungen und Forderungen zur Sozialpolitik.

Meine Damen und Herren, in der Diskussion in unserem Arbeitskreis wurde festgestellt, daß die Ziele der Christlich Demokratischen Union, die sie noch in Dortmund in genau bezeichneten Gesetzesvorlagen aufgestellt hat, nicht insgesamt erreicht werden konnten. Sie kann feststellen – und ich darf das vielleicht auch einmal für die Fraktion mit Nachdruck sagen –, daß diese Bemühungen nicht an ihrer, der Fraktion der Christlich Demokratischen / Christlich Sozialen Union Uneinigkeit oder sonstigem Zögern liegen, sondern, daß hier uns unsere Koalitionspartner Steine in den Weg geworfen haben, die sie vor zwei Jahren gar nicht sahen, sondern erst später entdeckten.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren; in der Sozialpolitik empfehle ich Ihnen ganz dringend das Nachlesen des Protokolls über die Beratung des Arbeitskreises hinsichtlich der Ausführungen des Herrn Ministers Blank über die Leistungen der Sozialpolitik –: Auch in diesem Bereich kann die Christlich Demokratische Union darauf verweisen, daß sie Erfolge erreicht hat, die vor zehn Jahren an die Wand zu malen niemand überhaupt gewagt, die niemand für möglich gehalten hätte. Sie sind inzwischen durchgeführt.

(Beifall.)

Trotzdem ist eines selbstverständlich: Sozialpolitik wird nie am Ende sein. Wir haben eine dynamische Wirtschaft; wir haben einen dynamischen Staat.

Die Dynamik erfordert, daß man auch die Sozialpolitik den jeweiligen Gegebenheiten anpaßt und neue Maßnahmen findet. Der Parteitag soll nach unserer Meinung fordern, daß die arbeitsrechtliche Lösung bei der Lohnfortzahlung durchgeführt wird. Er weiß, daß dazu eine Reform der Krankenversicherung gehört, die zu dieser Lohnfortzahlung ein Pendant ist.

Die Wohlfahrt der Familie ist Grundvoraussetzung einer gesunden sittlichen und wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt. Deshalb sollte der Parteitag zwar anerkennen, daß der Familienlastenausgleich im letzten Gesetz wesentlich verbessert wurde, aber zugleich sagen, daß es auch in diesem Bereich keinen Stillstand geben darf. Der Parteitag sollte fordern, daß für die Familien zu prüfen ist, ob die Einkommensbegrenzung beim Zweitkindergeld für die Dauer beibehalten werden kann

und ob nicht auch in Anpassung an die Lohnbewegung auch für das Drittkind ein höheres Kindergeld notwendig ist.

Wir haben uns auch damit beschäftigt, daß mehr und mehr Frauen in den Beruf hineingehen. Selbstverständlich bleiben wir grundsätzlich dabei, daß die Ehefrau und Mutter möglichst keine Arbeit außerhalb des Hauses annehmen sollte, jedoch können wir die Augen nicht davor verschließen, daß sehr viele Frauen, nämlich auch die unverheirateten und jüngeren Frauen, im Beruf tätig sind. Wir haben deshalb in unseren Vorschlag die Forderung aufgenommen, daß die Arbeitszeitordnung nicht nur nach den Gesichtspunkten geprägt wird, die für den Mann gültig sind, sondern, daß sie auch Rücksicht auf das nimmt, was der Frau angemessen ist.

(Beifall.)

Daß der gleiche Lohn für gleichwertige Arbeit gefordert wird, ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Daß es eine ganze Reihe von Problemen in der Teilzeitbeschäftigung gibt, ist uns allen bekannt.

Beim nächsten Punkt können wir darauf hinweisen, daß wir eine der großartigsten Errungenschaften durch unser Wirken erreicht haben, nämlich die Rentenneuordnungsgesetze im Jahre 1957. Jetzt aber nach einer Laufzeit von sieben Jahren ist es an der Zeit, daß an diesen Rentenneuordnungsgesetzen Unebenheiten geglättet werden. Sie finden dazu eine Reihe von Angaben in der Vorlage, aber ich darf es mir ersparen, auf sie im einzelnen einzugehen. Jedenfalls darf ich aber berichten, daß die CDU/CSU-Fraktion auch diese Frage in einem besonderen Arbeitskreis beraten hat.

Im Arbeitskreis III wurde über die Frage der Rentenneuordnung für die in abhängiger Arbeit Stehenden hinaus verlangt, daß auch die Alterssicherung der Selbständigen ausgebaut werden sollte.

Der Arbeitskreis hat auch die Frage der Kriegsopferversorgung behandelt. Er weiß, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf eine der Größe des gebrachten Opfers entsprechende Versorgung durch die Gemeinschaft Anspruch haben. Dieser Anspruch – das gilt ebenso für alle anderen Dinge – ist nicht statisch zu sehen, sondern er ist den jeweiligen Möglichkeiten des Haushalts, des Sozialrechts und den Erfordernissen der Gerechtigkeit anzupassen.

Ich darf hier eine Bemerkung einschalten. Sie finden keine Erwähnung über die Fragen, die mit den Heimkehrern und der Häftlingshilfe zusammenhängen. Das liegt einfach daran, daß diese Bereiche schon so weit in der Beratung sind, daß es überflüssig erscheint, hier neue Forderungen zu erheben.

In der Mittelstandspolitik gilt selbstverständlich alles das, was grundsätzlich zur Wirtschaftspolitik gesagt wurde. Ich habe schon bei mehreren Fragen darauf verwiesen, daß dies besondere Anliegen des Mittelstandes seien. Darüber hinaus soll aber noch als besondere Forderung der Ausbau der Gewerbeförderung, eine Raumordnungspolitik, die die ländlichen Gebiete für die kleinere und mittlere Industrie erschließt, die Förderung junger Existenzen und die Ausweitung

der Bereiche unserer Volkswirtschaft, in denen Selbständige tätig sein können, erwähnt werden.

Wir wissen auch, daß die im öffentlichen Dienst Tätigen für unser Gemeinwohl eine große Verantwortung und Last tragen. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, daß sich der Parteitag dazu bekennen soll, daß die öffentlichen Bediensteten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben, daß die Besoldungslage überprüft und das Dienstordnungsrecht für Bund, Länder und Gemeinden möglichst einheitlich gestaltet werden sollen.

Eine große Zahl unseres Volkes stellen die Vertriebenen und Flüchtlinge ein. Die Vertriebenen wissen sehr wohl, daß die Eingliederung, die uns so weithin gelungen ist, nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht die Christlich Demokratische Union mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik bestimmend gewesen wäre. Dennoch bleiben auch hier noch einige Dinge zu tun. Es geht dabei um die Verabschiedung der 17. Novelle zum LAG. Es geht um Maßnahmen, die die Fristen in der Abwicklung der Hauptentschädigung verkürzen. Es geht vor allem darum – ich will das andere nicht erwähnen –, daß auch die früher Selbständigen im Bereich unserer Bundesrepublik Deutschland nicht auf der untersten Stufe unserer Gesellschaft sitzenbleiben. Wir haben durch das Fremd- und Auslandsrentenregelungsgesetz die in abhängiger Arbeit Stehenden eingegliedert. Die Selbständigen aber müssen wir noch besser bedenken als bisher.

In der Flüchtlingsgesetzgebung gilt im Grunde genommen das gleiche, was ich eben sagte. Dazu aber kommen die spezifisch für die Flüchtlinge zugeschnittenen Gesetzgebungswerke, die sich insbesondere mit der Alterssicherung beschäftigen, die die Feststellung und Beweissicherung beinhalten usw.

Präsident KATZER:

Herr Kollege Stingl, ich darf Sie für einige Sekunden unterbrechen! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie herzlich, wenn das Bedürfnis besteht, Privatgespräche zu führen, diese doch draußen zu führen.

(Beifall.)

Es ist doch für den Berichtstatter nicht zumutbar, wenn er hier den Bericht, der erst heute nacht um 2.30 Uhr zusammengestellt werden konnte, vor einem unaufmerksamen Plenum gibt. Das sind wir doch alle dem Respekt schuldig, den wir vor der Arbeit, die im Arbeitskreis III geleistet worden ist, haben.

(Beifall.)

STINGL:

Für die Flüchtlinge ist das Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetisch besetzten Zone wichtig. Die Überbrückungshilfen werden von der Bürokratie leider nur sehr langsam und sehr spärlich gewährt, obwohl ja gerade der Ausdruck „Überbrückung“ doch sagt, daß diese Hilfe sofort zur Verfügung stehen sollte. Sie finden eine Anforderung an uns selbst, daß wir uns nicht darauf beschränken sollten, vom Gesetzgeber staatliche Hilfe und Geld zu fordern, sondern, daß es

gilt, den Flüchtlingen, insbesondere den jungen Flüchtlingen, auch unsere Herzen aufzumachen und ihnen diese Bundesrepublik Deutschland im Finden des Nächsten zu einer Heimat zu machen.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Soweit habe ich die Vorlage des Arbeitskreises erörtert.

Ich darf noch einmal auf grundsätzliche Bemerkungen zurückkommen. Wir meinen, daß die Wirtschaftspolitik ausgerichtet zu sein hat auf die EWG. Wir sind nicht mehr allein, sondern wir stehen mit unseren Partnern zusammen. Bei der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes muß allerdings darauf gedrungen werden, daß die Soziale Marktwirtschaft und eine weltoffene Haltung, die schon in den Ergebnissen der Kennedy-Runde ihren Ausdruck finden soll, Gedankengut unserer Partner in der EWG werden.

Für unseren inneren Bereich meinen wir, daß wir selbst alle Maßnahmen ergreifen müssen, um unserem Volk die Gewißheit zu geben, daß die Stabilität des Geldes erhalten bleibt, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt, daß wir unserem Volk die Gewißheit geben, daß unsere Sozialpolitik ihm die Sorge und Angst vor Not nehmen kann und wird.

Wir wissen, daß wir es in der Wirtschaftspolitik zu tun haben mit dem frei geborenen, in seiner Würde freien Menschen, der aber zugleich weiß, daß seine Freiheit nur Sinn hat, wenn er sich seiner Verantwortung zum Nächsten bewußt ist und zu seinem Volke, daß er weiter weiß, daß die Chance auf der einen Seite auch immer wieder das Risiko auf der anderen Seite in sich birgt. Die Christlich Demokratische Union hat nach diesen Grundsätzen gehandelt. Auch dieser Parteitag sollte die Fortsetzung dieser Politik fordern.

Präsident KATZER:

Ich danke dem Kollegen Stingl für seine Berichterstattung über die Arbeit des Arbeitskreises Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ich erteile nunmehr das Wort zu seinem Bericht über die Arbeit des kulturpolitischen Arbeitskreises Herrn Dr. Stoltenberg.

Dr. STOLTENBERG, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grundlage der Beratung des Arbeitskreises Kulturpolitik bildeten die Ergebnisse früherer Kulturkongresse der CDU/CSU, vor allem aber ein weitgespanntes und glänzendes Referat unseres Freundes Kultusminister Professor Mikat. Es ging von der Besinnung auf das Wesen, auf die Gehalte christlicher Kulturpolitik aus und wandte sich in einer sehr genauen Detailanalyse den aktuellen Fragen der Schulpolitik, der Wissenschaftspolitik und der Erwachsenenbildung zu. Aus der Fülle neuer moderner Erwägungen und Vorschläge wurden vor allem die Ausführungen zum Zusammenwirken von Bund und Ländern in bestimmten Schulfragen in der Diskussion aufgenommen und weitergeführt. In dieser Erörterung von Folgen aus dem föderativen, bundesstaatlichen Charakter unseres Staa-

tes, den wir bejahen, ergab sich ein bemerkenswertes Maß an Übereinstimmung in Grundsätzen, aber auch in den praktischen Notwendigkeiten, vor denen wir stehen. Das galt übrigens für die Beiträge führender Persönlichkeiten beider Bereiche, etwa unseres Freundes Ministerpräsident Kiesinger, der seinen Beitrag, den er gestern im Plenum gegeben hatte, im Arbeitskreis weiterführte, oder unseres Freundes Dr. Martin, des Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages und anderer. Wir haben in dieser Diskussion gespürt, daß nach den Konflikten früherer Jahre und den heftigen Auseinandersetzungen die Debatte der letzten drei Jahre in unserer Partei selber und in der Öffentlichkeit ausgesprochen positive Wirkungen gehabt hat und daß das Bekenntnis zur Gemeinsamkeit, zum Zusammenstehen und zum Zusammenarbeiten heute im Vordergrund steht. Ich möchte versuchen, diesen besonders wichtigen Teil der Arbeit im Bericht in einigen wenigen Punkten zusammenzufassen.

Notwendig ist zunächst die Verwirklichung sachgerechter Lösungen auf der Grundlage unserer Verfassungsordnung in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Dabei haben wir in der Diskussion einmütig Extreme abgelehnt, die heute häufig auftreten. Wir können die Bestimmungen des Grundgesetzes nicht einfach negieren, wenn wir vom Bildungsnotstand und seiner dringenden Überwindung sprechen. Das ist die entscheidende Schwäche mancher öffentlicher Beiträge, auch der sonst in vielem sehr verdienstvollen und aufrüttelnden Aufsätze von Dr. Picht in „Christ und Welt“.

Aber wir müssen genau so deutlich jenen in den Amtsstuben und in den Verwaltungen von Bund und Ländern entgegentreten, die noch nicht gemerkt haben, daß die Größe und die Dringlichkeit dieser Aufgabe eine schöpferische, eine moderne Interpretation des Grundgesetzes verlangt an Stelle eines engen Denkens in Besitzständen, in Kompetenzansprüchen und in prozessualen Denkkategorien.

(Beifall.)

Zusammenarbeit bedeutet dabei – auch in diesem Punkte waren wir uns einig – nicht, daß alle Grenzen der Zuständigkeiten verwischt und niedergerissen werden. Es wäre weder sachgerecht, das heißt politisch-administrativ zweckmäßig, noch verfassungskonform, wenn heute jeder alles machen würde, das heißt, wenn wir nach der Art der Sozialdemokratie in Bonn den Bund für alle Mängel und für alle Aufgaben im Bildungswesen pauschal in Anspruch nehmen wollten.

Es zeichnen sich vielmehr bereits aus der Verfassungssituation und der praktischen Wirklichkeit ganz bestimmte klare Schwerpunkte ab. Das Schulwesen ist vor allem die große und eigenständige Aufgabe der Länder, die sie behalten sollen, wenn es auch bestimmte Randbereiche der Wirkung des Bundes, der Tätigkeit des Bundes im Auslandsschulwesen, im Fachschulwesen usw. gibt. Auf der anderen Seite sehen wir, wie in dem neuen expansiven Bereich der Naturwissenschaften, auf dem Gebiet der Atom- und Weltraumforschung sich ein ausgesprochener Schwerpunkt der Bundesbetätigung – in Übereinstimmung mit unserer Verfassung – herausbildet. Auch das soll in einer sinnvollen

Beteiligung der Länder als Träger der wissenschaftlichen Hochschulen geschehen.

Neben diesen Zonen getrennten Wirkens gibt es dann die breite Mittelzone gemeinsamer Tätigkeit vor allem im Aufbau der wissenschaftlichen Hochschulen und in der Finanzierung der großen Forschungsorganisationen von nationaler Bedeutung. Die wissenschaftlichen Hochschulen werden traditionell und nach unserer Verfassung von den Ländern getragen. Bei ihnen liegt die Wahrnehmung der staatlichen Aufgaben, auch die Entscheidung über Neugründungen. Aber seit 1960 haben wir durch eine politische Grundentscheidung der Bundesregierung, des Bundestages auf Grund der gemeinsamen Tätigkeit im Wissenschaftsrat die wachsende wirkungsvoll ergänzende Hilfe des Bundes bei ihrem Ausbau.

Aus der Diskussion möchte ich hierzu nur eine Zahl nennen, die einmal deutlich macht, welche starken Ergebnisse und Wirkungen diese gemeinsame Arbeit erzielt hat. Wir haben in den Etats von Ländern und Bund 1964 810 Millionen DM Investitionsausgaben für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen. Diese Zahl möge man einmal mit der Forderung des Wissenschaftsrates in seinem wegweisenden Gutachten aus dem Jahre 1960 vergleichen. Er hat damals 500 Millionen jährlich für den Ausbau der bestehenden Hochschulen für notwendig erachtet. In diesen Fakten und Zahlen zeigen sich die beispielhaften Leistungen und Wirkungen der Kooperation und der Initiative; in diesem Zusammenhang sind auch die Max-Planck-Gesellschaft und die Forschungsgemeinschaft zu erwähnen.

Diese Zahlen haben wir ohne Selbstgefälligkeit und ohne die Verkennerung von Notständen als deutliche Antithese jenem weitverbreiteten und im Grunde lähmenden Pessimismus in der kulturpolitischen Diskussion entgegengesetzt.

Wir haben festgestellt, daß die Zusammenarbeit in einer breiten Zone praktiziert wird. Mit allem Nachdruck haben wir gesagt, daß sie dringend einer festeren und stabileren Grundlage bedarf; darüber bestand im Arbeitskreis Einmütigkeit. Der Arbeitskreis hat sich mit großem Nachdruck für die schnelle Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern durch die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten ausgesprochen. Daß diese Unterzeichnung notwendig ist, hat Ministerpräsident Kiesinger auch gestern im Plenum begründet. Sie wird dann politisch psychologische Wirkungen haben. Die Öffentlichkeit erwartet seit Jahren von uns, daß wir jenseits der Diskussion über Kompetenzen und vor der endgültigen Bereinigung bestimmter Grenzbereiche in der Finanzverfassung und Aufgabenverteilung den Willen zur Zusammenarbeit in diesem Bereich für die Zukunft dokumentieren.

Nicht eingeschlossen in dieses Abkommen ist das Thema der Hochschulneugründungen. Wir haben in den Ländern – auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten – eine sehr interessante Entwicklung. Es ist die Gründung von vier neuen Hochschulen beschlossen, und zwar aus-

Z E M E N T

in allen Sorten

**für sämtliche Anwendungsbereiche
des Hoch-, Tief- und Straßenbaues**

in zuverlässiger Qualität

nahmslos in Ländern, in denen die CDU/CSU regiert: in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg und in Bayern. Wir sagen das nicht, um in dieser Frage eine enge parteipolitische Betrachtung aufzuwerfen, wohl aber, um bestimmte übertriebene propagandistische Ansprüche und Polemiken unserer Gegner zurückzuweisen.

(Beifall.)

Wenn wir die Kulturpolitik der SPD in Bund und Ländern verfolgen, ist es bei der pauschalen Art, wie wir angegriffen und verurteilt werden, eigentümlich, im nordwestdeutschen Bereich, in dem die Sozialdemokraten regieren, hier in Niedersachsen und in Bremen, sie nicht in der Lage sind, sich zwischen zwei benachbarten Landesregierungen über das so dringend notwendige Vorhaben der Gründung einer nordwestdeutschen Universität – sei es in Bremen, was wahrscheinlich ist, sei es in Oldenburg – zu verständigen. Es ist dies ein Versagen sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik; sie ist in der Praxis einfach unübersehbar.

(Beifall.)

Wir waren der Auffassung – ohne daß wir die Einzelheiten diskutieren konnten –, daß auch in der wichtigen Aufgabe der Finanzierung neuer Hochschulen die Zusammenarbeit von Ländern und Bund bekräftigt werden muß. Es muß hier ein Weg gefunden werden, der die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Länder respektiert, aber die nachhaltige Hilfe des Bundes sichert. Wir haben die Hoffnung, daß unsere verantwortlichen Freunde das in den kommenden Beratungen über Abkommen und Verträge auch voll respektieren.

Dabei hat der Vorschlag unseres Freundes Kiesinger, der gestern von ihm schon im Plenum gemacht wurde, die volle Unterstützung des Arbeitskreises gefunden. Der Arbeitskreis bittet im Einverständnis mit ihm den Parteivorstand und das Präsidium, ein Gremium zu berufen, das die Fragen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern grundlegender als bisher von einer Interpretation unserer Verfassung, des föderativen Bundesstaates, her erörtert.

Das ist eine Frage, die über den Bericht der Kulturpolitik hinaus Bedeutung hat. Unser Geschäftsführender Vorsitzender, Herr Dufhues, hat erklärt, daß er bereit sei, diesen Vorschlag im Vorstand positiv aufzunehmen. Das weitere Thema, meine Damen und Herren, in unserer Diskussion war der weite Bereich der Schulfragen. Die Debatte konnte auch hier wie in anderen Arbeitskreisen, durch die Kürze der Zeit begrenzt, nur an wenigen wichtigen Punkten die Vielfalt wichtiger Aussagen des Referats aufnehmen und ergänzen. Und der Bericht kann auch hier nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, schon gar nicht in der Wiedergabe des Referats und aller Beiträge. Ich möchte mich deshalb auf wenige Gedanken beschränken, die weiter führen oder neu sind oder aber ganz besonders nachhaltige Zustimmung in der Diskussion fanden.

Eine wichtige, seit Jahren erkannte aber noch nicht völlig gelöste Aufgabe der Schulpolitik ist zunächst, ein gleichwertiges Angebot in den

Schulsystemen verschiedener Länder zu erreichen, in der Qualität wie auch in den Grundzügen ihrer Lehrpläne. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Mobilität – wie es heißt – die Wanderung vieler Familien in den einzelnen Teilen Deutschlands über die Landesgrenzen hinweg in der modernen Gesellschaft nicht abnimmt, sondern eher noch zunimmt, und wir glauben, daß das nicht zuletzt eine Aufgabe der Familienpolitik ist, dafür zu sorgen, daß die daraus erwachsenden schulischen Belastungen für die Kinder selbst, aber auch für die Familien insgesamt in zumutbaren Grenzen bleiben.

Das schwierige aktuelle Thema der Landschule, der Mittelpunktschule ist nur gestreift worden, aber der Arbeitskreis hat doch zwei Feststellungen des Referenten, Professor Mikat, seine Zustimmung gegeben: Einmal, daß wir in dieser großen und bedeutenden Frage jede doktrinierte Haltung ablehnen, sondern eine Entscheidung nach praktischen Notwendigkeiten wollen, eine Entscheidung aber, die auf die Würdigung des Elternwillens, das heißt der tatsächlichen Lebensverhältnisse in den einzelnen Landschaften Deutschlands eingeht.

Im übrigen ist in der Diskussion des Referats die besondere Funktion, der besondere Rang der Volksschule eingehend betont worden. Auch nach dem so dringend notwendigen Ausbau der Realschulen, der Mittelschulen und der Gymnasien bleibt die Volksschule die Schule der Mehrheit der Nation. Die Einführung des neunten Schuljahres ist seit Jahren die Forderung der CDU/CSU, eine Forderung, deren Verwirklichung allerdings mit unterschiedlichem Tempo, mit großen sachlichen Schwierigkeiten vorangeht. Es ist besonders auf die Notwendigkeit des Ausbaus der Oberstufe hingewiesen worden, die Notwendigkeit, ein gleichmäßiges Angebot der Möglichkeit, eine Fremdsprache auch in der Oberstufe der Volksschule zu lernen, zu schaffen.

Es ist eine Stärkung der Mittelschule, der Realschule verlangt worden. Aus ihr müssen noch umfassender die Führungskräfte hervorgehen, die keiner Hochschulausbildung bedürfen. Es ist von dem Referenten die Frage nach dem siebenten Realschuljahr gestellt, aber nicht abschließend in der Diskussion beantwortet worden. Einigkeit aber bestand darüber, daß im Zusammenhang mit der Kräftigung der Mittelschule und unseres Schulwesens insgesamt ganz dringend eine Überprüfung der Laufbahnvorschriften im öffentlichen Dienst, in der Verwaltung, aber auch in der Wirtschaft erforderlich ist.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute zu einem Zeitpunkt, in dem wir von einem Mangel an Führungskräften, aber auch an akademisch vorgebildeten Kräften zunehmend sprechen, in vielen Fällen, nicht zuletzt auch in der öffentlichen Verwaltung, in der wir die politische Verantwortung tragen, heute noch das Abitur als Voraussetzung für Laufbahnen, wo es einfach nicht mehr zeitgerecht ist. Eine solche falsche Ordnung, ein solches falsches Sozialprestige in einem merkwürdigen Gemisch von Geltungs- und Besoldungsfragen als Motiv behindert sicher das Gymnasium, die Hochschulen daran, ihre eigent-

lichen Aufgaben wahrzunehmen, den akademischen und wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden.

Wir sind uns darüber im klaren, daß eine beträchtliche Vermehrung der Abiturienten ein dringendes Gebot ist, und hierbei geht es auch vor allem um die Erschließung der noch vorhandenen Begabungsreserven aus den breiten Schichten unseres Volkes, das heißt die verstärkte Förderung der Ausbildung, aber auch – was noch schwieriger ist – die Überwindung psychologischer Hemmnisse, die heute oft ebenso schwer wiegen wie die materiellen.

Einige Einzelbeiträge haben sich dann Fragen der gesamtdeutschen Kulturpolitik, der Sonderschulen und der Mädchenbildung gewidmet. Vom Sprecher der Exil-CDU ist unter großer Zustimmung darauf hingewiesen worden, daß wir die Kulturpolitik nicht nur als eine Frage von Bund und Ländern und Kommunen, als eine Frage der Bundesrepublik ansehen dürfen, sondern daß sie die Wirklichkeit der Zone, des anderen Teils Deutschlands voll in unsere Betrachtung einzubeziehen haben. Die Wirklichkeit einer totalitären Form der Erziehung, aber ebenso auch praktische Probleme und Ergebnisse, die sich dort etwa mit dem sogenannten politechnischen Unterricht stellen. Anhand von praktischen Beispielen ist darauf hingewiesen worden, daß wir unter den Mädchen nach wie vor einen geringeren Prozentsatz von Abiturienten aufzuweisen haben als bei den Jungen, daß man also dort die Form der Bildung und Ausbildung an weiterführenden Schulen stärker noch unter dem Thema der Mädchenbildung zu entwickeln hat. Und schließlich ist noch auf beträchtliche Mängel neben großen Leistungen von Privatschulen, von Einrichtungen privater, karitativer und staatlicher Seite im Sonderschulwesen hingewiesen worden. Den Behinderten, den Kranken in der Schule und auch in der Erwachsenenbildung besonders nachhaltig und liebevoll zu helfen, ist ein vornehmes Gebot christlicher Kulturpolitik. Diese Themen, meine Damen und Herren, konnten wir nur anklingen lassen, sie werden wie andere aufgenommen werden im nächsten Kulturkongreß der CDU in Hamburg. Zum Abschluß möchte ich zwei Gedanken, die in der Diskussion sehr stark betont wurden, kurz vortragen. Einmal ist mit Entschiedenheit unsere Aufgabe als Partei dargestellt worden, nicht nur als Kulturpolitiker dieser Partei, sondern als CDU/CSU, die Führung in den Debatten um eine moderne, zeitgemäße Schul- und Kulturpolitik überzeugend zu übernehmen. Die Grundsätze unserer Kultur- und Schulpolitik bleiben. Aber, meine Damen und Herren, viele alten Formeln und Antworten der vierziger und fünfziger Jahre genügen nicht mehr im schnellen, im rasenden Wandel der Zeit, der Gesellschaft. So brauchen wir, wie jemand formulierte, gleichsam eine Vorwärtsstrategie nicht nur in der Militärkonzeption, sondern in der geistigen und kulturellen Auseinandersetzung, auch im Gespräch mit unseren intellektuellen Kritikern, wie es hier in Hannover in einer Weise, die doch ganz starke Beachtung gefunden hat, etwa in dem Gespräch unseres Freundes Gerstenmaier und unseres Freundes Professor Mikat mit den sogenannten intellektuellen Kritikern der CDU versucht worden ist.

Und als letztes möchte ich noch einen Gedanken erwähnen, den Professor Mikat sehr stark herausgestellt hat und den Ministerpräsident Kiesinger bereits vor dem Plenum anklingen ließ: Die Zahlen, die Statistiken, die Erhellung der sozialen Daten sind im Bildungswesen unentbehrlich. Und so sagen wir auch ja zur Aufgabe einer verstärkten Bildungsforschung bei den Ländern, in der Kultusministerkonferenz, in den Bundesressorts.

Aber die Mengentheorie genügt in der Bildung nicht.

Zum Abschluß meines Berichts möchte ich einige Kernsätze des Referats von Professor Mikat zitieren, die dieses Problem in einer besonders scharfen und überzeugenden Weise ansprechen. Unser Referent sagte: „Wie auch immer der Staat helfend und fördernd auf dem kulturellen Feld tätig wird, entscheidend ist, daß an ihn gesetzte Grenzen erkämpft, daß in ihm eherne Normen nicht verletzt, die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, des Bekenntnisses, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, von Forschung und Lehre garantiert werden. Materielle Forderung allein, so wichtig sie auch sein mag, sagt über das eigentliche Verhältnis des Staates zur Kultur noch nichts aus. Es kann durchaus sein, daß im totalitären Staat materieller Wohlstand herrscht, daß in ihm große Summen aufgewandt werden, um alle Bereiche der Kultur zu fördern. Und dennoch sind solche Staaten unmenschlich, weil sie sich in ihrer Totalität im Widerspruch zur Freiheit der menschlichen Person befinden. In ihr erfährt und begreift sich der Mensch als Mensch, erfährt er seine Größe und Niedrigkeit. Die menschliche Freiheit ist endliche Freiheit des endlichen Menschen. Gleichnis der unendlichen Freiheit des unendlichen Gottes.

So ist alles schöpferische kulturelle Schaffen als menschliches Schaffen Gleichnis, Erbe und Auftrag zugleich.“

Präsident KATZER:

Auch Ihnen, Herr Dr. Stoltenberg, recht herzlichen Dank für Ihren Bericht.

Das Wort hat nunmehr zu seinem Bericht über den Arbeitskreis „Agrarpolitik“ Herr Bauknecht.

Herr BAUKNECHT:

Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Liebe Parteifreunde! Als Berichterstatter des Arbeitskreises V „Agrarpolitik“ habe ich den Auftrag, dem Plenum des 12. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands das Arbeitsergebnis der gestrigen Sitzung vorzutragen.

In Anwesenheit des Herrn Bundesernährungsministers Schwarz und mehrerer Staatsminister sowie einer großen Anzahl von Delegierten aus allen Landesverbänden wurde nach einem einleitenden Referat von Herrn Minister Niermann der vom Präsidium der CDU vorgelegte „Entwurf des Agrarpolitischen Programms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“ eingehend beraten. Ich darf hier einfügen,

daß dieser Entwurf Ihnen allen vorliegt; sie haben ihn bereits am ersten Tage in Ihrer Mappe vorgefunden.

Wie nicht anders zu erwarten war, stand im Mittelpunkt der Aussprache die Frage der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft und ihre organische Überführung in den Gemeinsamen Markt. Der Standpunkt der CDU, am deutschen Getreidepreis festzuhalten, wurde erneut bekräftigt.

Überlegungen, sich schon heute auf einen Termin mit dem Ziel einer Getreidepreisangleichung – etwa 1966 oder 1967 – festzulegen, wurde nachdrücklich und einmütig widersprochen. Diskussionsredner verwiesen dabei auf die zuvor notwendige Harmonisierung der kostenbestimmenden Faktoren.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß dankenswerterweise auch der Herr Bundeswirtschaftsminister Schmücker diesen Standpunkt bei zahlreichen Gelegenheiten in der jüngsten Vergangenheit bekräftigt hat.

Angesichts der bestehenden großen Unterschiede der einzelnen Volkswirtschaften innerhalb unserer Partnerländer, wie sie unter anderem besonders in der Finanz-, Steuer-, Konjunktur- und Verkehrspolitik bestehen, kann eine einseitige Angleichung nur der Preise nie zum erwünschten Erfolg führen.

Der Arbeitskreis war einhellig der Meinung, daß die im EWG-Vertrag vorgesehene Übergangszeit zugunsten der deutschen Landwirtschaft voll zu nutzen ist. Das heißt mit anderen Worten: erst volle Angleichung im Jahre 1970. Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, daß sie sich bei den kommenden Verhandlungen in Brüssel – es stehen ja jetzt schon in diesem und im nächsten Monat solche Verhandlungen an – weder auf einen vorzeitigen Termin noch auf eine Preisangleichung, die mit einer Senkung des deutschen Getreidepreises verbunden wäre, festlegt. Der Forderung, einen Zeitpunkt der Getreidepreisangleichung mit Rücksicht auf die Kennedy-Runde schon jetzt festzulegen, wurde widersprochen mit dem Argument, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach den Worten ihrer Staatsmänner nicht an einer absoluten Höhe des Getreidepreises in Europa interessiert sind, vielmehr am Absatz bestimmter Waren, vor allen Dingen an Futtergetreide.

Bei allen Schwierigkeiten der Harmonisierung, die sich aus den währungs- und wirtschaftspolitischen Unterschieden in den einzelnen Volkswirtschaften ergeben, wird besonders auf einen Wettbewerbsvorteil beispielsweise der französischen Landwirtschaft hingewiesen. Die Franzosen haben gegenüber dem deutschen Bauern einen Wettbewerbsvorteil allein im sozialen Bereich in Höhe von über 1,6 Milliarden DM. Dieser Betrag überschreitet ganz erheblich das Volumen der echten Einkommenssubventionen im Grünen Plan.

Meine Damen und Herrn! Eine Überbetonung und eine absolute Vorrangigkeit der Sozialpolitik wurde vom Arbeitskreis für Agrarpolitik einmütig abgelehnt. Das schließt nicht aus, weitere Verbesserungen im

LUTHER
WERKE

bauen

Tankfahrzeuge

Anhänger

Tafelscheren

Abkantpressen

Maschinen für
Elektroindustrie

Apparate für
Chemische Industrie

Braunschweig
Frankfurter Straße

Rahmen der bestehenden sozialen Maßnahmen für die Landwirtschaft zu fordern. Ich darf hier verweisen auf das Programm auf Seite 5 und 6, wo die einzelnen Maßnahmen aufgeführt sind.

Der deutsche Bauer will freier Unternehmer bleiben. Im Gegensatz zum Sozialplan der SPD, der, wenn er auch nur die geringste Chance hätte, verwirklicht zu werden, die bäuerliche Initiative absolut lähmen würde, war der Arbeitskreis der Auffassung, daß ein übersteigertes Sozialprogramm kein Ersatz für Erlöseinbußen am Markt sein kann. Meine Damen und Herrn! Wir haben uns gefreut, daß vor allen Dingen auch der Herr Bundeskanzler dieser Auffassung ist.

Ich darf in dem Zusammenhang darauf verweisen, daß wir, wenn wir diesen Weg der Sozialdemokratie etwa mitgingen, in eine gefährliche Entwicklung hineinkämen, die die Grundbetonung des Sozialismus ist; dann würden alle anderen Dinge zweitrangiger Natur, und der Staat würde dann dem Bauern auch sagen: Was willst du noch mehr? Du bist versorgt von mir, wenn du krank bist, wenn du Invalide bist, wenn du alt bist, also, was hast du noch Interesse, ein entsprechendes Einkommen zu erhalten?

Der Arbeitskreis begrüßt auch die Initiative der CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag, die das Ziel hat, die bisherigen Hilfsmaßnahmen auf dem Gebiete der Agrarstruktur weiter zu entwickeln und schwerpunktmäßig auszurichten. Er begrüßt ebenfalls die in der Vorlage niedergelegten Gedanken zur Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse. Er vertrat aber die Auffassung, daß diese Maßnahmen nur dann Erfolg haben, wenn die Einkommensverhältnisse in den bäuerlichen Betrieben nachhaltig gesichert sind.

Der Arbeitskreis war der Meinung, daß man dem gefährlichen Irrtum nicht verfallen dürfe, der heute von vielen Volkswirten immer wieder gepredigt wird, indem man sagt, wenn die Agrarstruktur in Ordnung sei, dann sei alles in Ordnung, und der Markt sei dann nicht mehr bedeutungsvoll.

Die Forderung, ein EWG-Anpassungsprogramm zu verwirklichen, das es der Landwirtschaft ermöglicht, sich auf die Erfordernisse des Gemeinsamen Marktes einzustellen, fand lebhafte Zustimmung. Die Agrarstruktur nämlich muß ergänzt werden durch die Schaffung einer gesunden Marktstruktur. Alle Strukturmaßnahmen müssen mit dem Problem der Neuordnung des ländlichen Raumes im Zusammenhang gesehen werden.

Die große Bedeutung der Zuerwerbs- und der Nebenerwerbsbetriebe wurde aus agrarpolitischen, aber auch aus gesellschaftspolitischen Gründen im Arbeitskreis besonders unterstrichen. Betont wurde dabei auch die Wichtigkeit der Funktion dieser Betriebe für die Pflege der Kulturlandschaft.

In der Diskussion wurde von niedersächsischen Delegierten scharf kritisiert, daß beispielsweise hier in diesem Lande der zweite Milchpfennig von der derzeitigen Landesregierung nicht voll bezahlt wird.

Demgegenüber wurde der auf Initiative der CDU von der Bundesregierung geschaffene Hofkredit allgemein begrüßt, also die Möglichkeit, nunmehr den dreiprozentigen Hofkredit weiter auszubauen.

Die eingeleitete Konsolidierung hochverzinslicher Verbindlichkeiten soll nach Auffassung des Arbeitskreises beschleunigt fortgesetzt werden. Bundesminister Schwarz kündigte gestern in diesem Zusammenhang an, daß er die Bedingungen der Vergabe weiterer Investitionsmittel auflockern werde. Demzufolge ist nach Ansicht des Arbeitskreises ein Investitionsstundenplan Kubelscher Prägung nicht zweckdienlich.

Eine günstigere Gestaltung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Verbesserung der ländlichen Hauswirtschaft und die Gesundheitspflege wurden von unseren Landfrauen mit allem Nachdruck vertreten. Dabei wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, man möchte bei der Förderung der ländlichen Hauswirtschaft die bisherigen zu engen Richtlinien etwas weiter fassen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen zum Abschluß einige Sätze aus der Präambel unseres Agrarpolitischen Programms zitieren. Dort heißt es:

„Leitbild der Agrarpolitik bleibt für die Christlich Demokratische Union in Übereinstimmung mit dem Landwirtschaftsgesetz und dem EWG-Vertrag die Erhaltung und Schaffung möglichst vieler selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe. Sie sollen auch in der Zukunft in mannigfacher Art und Größe bestehen.“

Damit meinen wir vor allem, daß wir in unserer Landwirtschaft ein gesundes Nebeneinander von groß-, mittel- und kleinbäuerlichen Betrieben brauchen. Das gilt insbesondere auch für unseren deutschen Weinbau, für den Garten- und Obstbau sowie für die übrigen Sonderkulturen und auch für die Fischerei.

Sie sehen in der Ihnen vorliegenden Vorlage einen Entschließungsantrag Nr. 4. Ich darf mir wohl ersparen, ihn im einzelnen vorzulesen; ich möchte aber darauf hinweisen, daß auf Seite 8 unseres Programms eine geringfügige Änderung, die sich aus dem Text Nr. 4 ergibt, eingefügt wurde. Mit diesen Änderungen empfiehlt der Arbeitskreis aus all den angeführten Gründen, das vorgelegte Agrarpolitische Programm anzunehmen. Von seiner Verwirklichung hängt es ab, ob der ländliche Raum für alle in ihm lebenden Menschen in gesicherter Zukunft wirklich Heimat bleibt.

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Maria KALINKE:

Ich danke unserem Freund Bauknecht für seine Ausführungen, und ich glaube, wir sind alle einig darin, daß gerade die großen Probleme der deutschen Landwirtschaft, die er angesprochen hat, von entscheidender Bedeutung für das Gelingen einer Befriedung der Agrarpolitik, wie wir sie uns in der Christlich Demokratischen Union vorstellen, sind. Ich eröffne nun die Aussprache und bitte Sie, die Wortmeldungen hierher zu geben.

In der Zwischenzeit habe ich noch eine sehr angenehme Pflicht zu erfüllen: Unsere Freundin, Frau Maria Stommel, Stadtverordnete in Leverkusen und stellvertretende Vorsitzende der Landesvereinigung der Frauen im Rheinland, hat heute einen ganz besonderen Geburtstag. Ich darf sie im Namen des Präsidiums und aller Delegierten auf das herzlichste beglückwünschen und ihr für das nächste Jahrzehnt Gottes Segen wünschen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf bitten, die Wortmeldungen für die Aussprache so schnell wie möglich heraufzugeben, damit wir dann möglichst zügig auch über die Entschließungen abstimmen können.

Als erster erhält Herr Weidner, Westfalen, das Wort zu dem Thema „Sozialpaket und Koalition“.

WEIDNER, Landesverband Westfalen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn ich hier um das Wort gebeten habe, so deshalb, weil es mir zunächst einmal ein inneres Bedürfnis ist, dem Arbeitskreis oder – ich möchte besser sagen – der Leitung des Arbeitskreises III und dem Redaktionsausschuß meinen persönlichen Dank für die Fleißarbeit zu sagen. Das kann, glaube ich, nur derjenige richtig beurteilen, der selbst in diesem Ausschuß gewesen ist und festgestellt hat, wie hoch die Wogen dort gingen.

Ich glaube, richtig zu liegen, wenn ich hier sage, daß der Parteitag und ich glaube, daß das für alle Parteitage gelten sollte – auch mit dazu da sein soll, der Fraktion und auch dem Kabinett den Rückenwind zu geben, der erforderlich ist, wenn aus politischen Gegebenheiten heraus Koalitionen gebildet werden müssen. Ich sage das, und zwar als Arbeitnehmer deshalb, weil mir die Entwicklung – und das ist auch gestern im Arbeitskreis III deutlich geworden – in der Sozialpolitik, insbesondere bezüglich des Sozialpaketes, nicht den richtigen Weg genommen zu haben scheint.

Wir sind als Arbeitnehmer in Hunderten von Versammlungen, und zwar als christliche Gewerkschaftler zusammen mit unseren Parteifreunden, die heute noch im DGB stehen, durch die Lande gezogen, um der Arbeitnehmerschaft klarzumachen, daß die Krankenversicherung auch eine Selbstbeteiligung als Kontrollinstitution beinhalten muß, und wir wundern uns deshalb, daß nunmehr – wir geben gerne zu, daß die Koalition und daß die nüchternen Realitäten dazu zwingen, wir wundern uns aber dennoch darüber –, dem Druck einer verhältnismäßig schwachen Partei nachgebend, die Grundlage dieser Sozialpolitik, daß das Gefühl für den Zusammenhang des Sozialpakets aufgegeben worden ist.

Ich darf darauf hinweisen – das ist nichts Neues, sondern schon mehrfach hier angeklungen –, daß im Jahre 1965 die Bundestagswahlen anstehen. Ich glaube, hier wirklich mit allem Ernst darauf hinweisen zu dürfen, daß wir als Christlich Demokratische Union, die wir doch wirklich zu Recht den Namen Volkspartei tragen dürfen, darauf bedacht

sein sollten, daß uns auch erhebliche Kreise der Arbeitnehmerschaft 1965 ihre Stimme geben sollen. Das bedeutet, daß wir in der Sozialpolitik, insbesondere bei der Lohnfortzahlung für die Arbeiter im Krankheitsfalle, endlich als gesellschaftspolitisches Element und Faktor den Schritt tun sollten, zu welchem auf mehreren Parteitagungen der Grund gelegt worden ist.

Ich bitte also darum, der Formulierung des Arbeitskreises III die wichtige Bedeutung beizumessen. Wenn es dort heißt, daß die Lohnfortzahlung für die Arbeiter im Krankheitsfalle und die Krankenversicherungsneuregelungsgesetzgebung in Gemeinsamkeit durchgeführt werden soll, so darf das nicht etwa heißen, daß darunter nicht verstanden wird, das bis auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben und dem Druck der FDP weiterhin nachzugeben.

Ich darf in diesem Zusammenhang hier daran erinnern, daß der Herr Bundesvorsitzende – ich glaube, daß er es vorgestern war – in seiner geradezu grandiosen Formulierung vom Chamäleon und dem Erdlöwen darauf hinwies, daß die SPD einmal so und einmal andersherum schillernd sich darstellen kann. Ich möchte diesen Satz auch angewandt wissen auf jene Partei, mit der wir zur Zeit gezwungen sind, zu koalieren. Ich darf darauf hinweisen, daß in Düsseldorf es unser aller Freund Arnold war, der dem Verrat der FDP zum Opfer fiel. Ich meine, wir sollten auch hier bei all unserer taktischen Überlegung uns immer wieder vor Augen führen, daß letzten Endes für unsere Gestaltung der Sozialpolitik unsere eigenen Grundsätze maßgebend sind, und wenn der Koalitionspartner nicht bereit ist, mitzugehen und anzuerkennen, daß Koalition auch Kompromisse beinhaltet – wir sind dazu bereit und haben das in der Vergangenheit bewiesen –, müssen wir ihm sagen: Nicht um jeden Preis! – Ich danke schön.

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Maria KALINKE:

Ich glaube, wir sind unserem Freunde Weidner auch für dieses offene Wort dankbar, das notwendigerweise auch hier im Plenum ausgesprochen werden mußte, damit es nicht etwa im kommenden Wahlkampf zu der seltsamen Legendenbildung kommt, der Wille zu einer kraftvollen Selbstbeteiligung, der Wille zum verantwortungsbewußten Zusammenstehen in den Fragen, die in der Sozialpolitik unlösbar miteinander verbunden sein müssen, sei in unserer Fraktion und bei den Sozialpolitikern der CDU/CSU nicht dagewesen.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist eine tragische Situation, daß wir die absolute Mehrheit verloren haben; aber es wird auf uns ankommen, sie wiederzugewinnen, um dann deutlicher zu machen, daß es nicht wir gewesen sind, an denen gewisse Probleme scheiterten.

(Lebhafter Beifall.)

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, erlauben Sie mir, ehe ich die einzelnen Anträge zur Abstimmung aufrufe, doch noch ein Wort

zu sagen: Der Herr Bundeskanzler hat gestern den Wunsch ausgesprochen, daß die Beratungen in den Arbeitskreisen von dem Geist getragen sein mögen, unserem Volk Chancen und Hilfe zu geben, in einer freien Gesellschaft, in einer freien Welt als Bürger und nicht als Untertan zu leben, dem Sog des Kollektiven zu widerstehen und der Selbstverantwortung mehr Raum zu geben.

Mir scheint, daß die Beratungsergebnisse und die sicherlich nicht leicht zustande gekommenen Entschließungen, für die die Zeit einfach nicht ausgereicht hat, doch sehr deutlich machen, daß dieses Ziel weitgehend zum Ausdruck gekommen ist.

Mit Recht ist von vielen Rednern gesagt worden, daß nicht alle Ziele erreicht werden. Aber wer wollte nicht unserem Kollegen Stingl zustimmen, daß die Sozialpolitik wie die Agrarpolitik eine permanente Aufgabe ist, daß vieles sich verändert hat. Ein glückliches Vorzeichen scheint es mir zu sein, daß dieser Parteitag auch in seinen Beratungen und Entschließungen die Erkenntnis der großen Zusammenhänge aller wirtschaftenden und arbeitenden Menschen in der gemeinsamen Verantwortung für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wie auch für die Währungsfestigkeit deutlich gemacht hat. Nur aus dieser Haltung werden wir heute Entschließungen fassen und sie morgen verwirklichen können, die dem Sog der organisierten Interessen Widerstand entgegensetzen und dem Gemeinwohl in rechtverständener Weise aus christlich demokratischer Verantwortung den Vorrang geben.

(Beifall.)

Die Auseinandersetzungen mit der SPD, meine Freunde, werden in der Innenpolitik stattfinden. Je deutlicher wir dem Wähler unser Wollen machen, je deutlicher wir uns von einem falsch verstandenen Sozial-Sein-Wollen absetzen, desto größer wird die Chance sein, die absolute Mehrheit wieder zu gewinnen, die uns helfen wird, das heute Beschlossene zu verwirklichen.

Ich rufe als erste die Entschließungsanträge Nr. 1 bis 3 des Arbeitskreises I auf, und ich darf Ihnen vorschlagen, daß ich kurz aufrufe, ob Meldungen zu den einzelnen Entschließungsanträgen vorliegen.

Darf ich also fragen, ob hierzu noch das Wort gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Schriftliche Wortmeldungen liegen ebenfalls nicht vor. Damit schlage ich Ihnen vor, über den Entschließungsantrag Nr. 1 in der vorliegenden Fassung abzustimmen. Wer gibt diesem Antrag seine Zustimmung? – Das scheint mir die absolute Mehrheit zu sein. Wer ist dagegen? – Ich erkenne keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag Nr. 1 so angenommen.

Entschließungsantrag Nr. 2! Ich darf voraussetzen, daß er Ihnen vorliegt, und will ihn wegen des Zeitdrucks nicht noch einmal vorlesen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das scheint auch einstimmig zu sein. Wer ist dagegen? – Niemand! Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist auch Entschließungsantrag Nr. 2 angenommen.

Entschließungsantrag Nr. 3 des Arbeitskreises II! Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Entschliebung? – Das

ist die große Mehrheit. Gegenstimmen? – Keine! Wer enthält sich? – Der Antrag ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Dann rufe ich den großen Entschließungsantrag Nr. 4 auf, den Ihnen unser Freund Bauknecht vorgetragen hat. Er fußt weitgehend auf dem in Ihren Unterlagen befindlichen Programm der Christlich Demokratischen Union zur Agrarpolitik. Mir liegen keine Wortmeldungen dazu vor, und ich glaube, wir können auch sofort geschlossen über ihn abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Da scheint wiederum Einstimmigkeit zu sein. Wer ist dagegen? – Eine Stimme! Wer enthält sich? – Bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen. Ich danke Ihnen.

Zu dem nächsten Antrag, Entschließungsantrag Nr. 5, liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Jungmann vor. Ich darf ihn bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. JUNGSMANN:

Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreunde! Zunächst darf ich feststellen, daß dieser Entschließungsantrag nicht vom Bundesausschuß für Gesundheitspolitik, sondern vom Präsidium vorgelegt worden ist, wie Sie aus den Unterlagen, die Ihnen vorliegen, ersehen wollen. Das bedeutet, daß diese Vorlage bereits die entsprechenden Gremien der Partei durchlaufen und dort Billigung gefunden hat. Nun muß ich Ihnen sagen, daß dieses Programm oder diese Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik nicht ohne guten Grund nicht den Titel „Programm“ bekommen haben. Der Ausschuß für Gesundheitspolitik und der Gesundheitskongreß der CDU in Oberhausen, dessen Präsident ich sein durfte, waren durchweg der Meinung, daß es auf gesundheitspolitischem Gebiet nicht sehr zweckmäßig sei, Programme aufzustellen und schon gar nicht Aktionsprogramme. Damit gerät man sehr leicht in eine falsche Gangart. Aus guten Gründen ist deshalb gesagt worden: Was wir brauchen, sind Grundsätze, an denen man sich orientieren kann. Diese Grundsätze sind Ihnen vorgelegt worden.

Im Einverständnis mit der Frau Bundesministerin für das Gesundheitswesen, Frau Dr. Schwarzhaupt, habe ich an Sie die Bitte, den zweiten Satz wegzulassen und es dabei bewenden zu lassen, diese Grundsätze zu billigen.

Wenn im Laufe der Vorbereitungen der Bundestagswahl des nächsten Jahres sich als notwendig erweisen sollte, Schwerpunktprogramme zu bilden, Aktionsprogramme zu destillieren, wird das sicherlich gemacht werden, und dann werden wir uns gerne der Mühe unterziehen, solche Kurzfassung oder solche Schwerpunkte, solche Aktionspunkte herauszustellen.

Wir haben es aber in der CDU wirklich einmal nötig, die Grundsatzfragen aufzuzeigen, nachdem die anderen wesentlichen Parteien des Bundesgebiets, die FDP und die SPD, sich schon seit Jahren auf diesem Gebiet klar und eindeutig festgelegt haben. Das war der Zweck der Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik. Ich

darf Sie deshalb bitten, den zweiten Satz zu streichen und es bei dem ersten Satz bewenden zu lassen.

(Beifall.)

Präsidentin Frau KALINKE:

Ich danke Herrn Dr. Jungmann für seinen Vorschlag und seine erläuternden Ausführungen. Mir erscheint es als sehr vernünftig, uns darauf zu verständigen, daß wir über diesen Antrag in der so abgeänderten Fassung, also bei Streichung des zweiten Satzes, abstimmen, uns darüber einig zu sein, daß es darauf ankommt, Schwerpunktprogramme, wie sie Herr Dr. Jungmann vorgeschlagen hat, zu gegebener Zeit zu bilden. Gerade in den Fragen der Gesundheitspolitik unterscheiden wir uns ganz entschieden von sozialistischen Programmen jeder Art. Wir glauben, daß die Gesundheit ein kostbares Gut ist, das zu erhalten wir den Menschen helfen wollen, daß aber nicht der Staat dem lieben Gott die Sorge nehmen kann für die Gesundheit der einzelnen, daß auch jeder einzelne die Verpflichtung hat, für sich und seine Familie das Notwendige zu tun.

Ich bin sehr dankbar, daß Frau Ministerin Dr. Schwarzhaupt auch gestern im Arbeitskreis ihr Programm vertreten hat, das Ihnen allen vorliegt. – Wünschen Sie noch das Wort, Herr Kollege Stingl? – Bitte! Ihnen liegen die Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik vor, die, solange ich im Arbeitskreis war, unbestritten waren. Ich bitte sie zusammen mit diesem kurzen Antrag, der uns hier vorliegt, zu betrachten und darüber abzustimmen.

Herr Kollege Stingl, bitte!

STINGL:

Frau Präsidentin, ich habe im Augenblick nicht aufgepaßt. Sie haben offenbar schon gesagt, was ich sagen wollte, daß dieser Antrag eingebaut werden sollte in den Vorschlag 3.

Präsidentin Frau KALINKE:

Ja, das habe ich soeben gesagt.

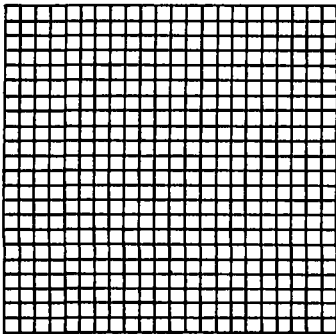
STINGL:

Dazu eine kleine sachliche Bemerkung! Es wird auf der letzten Seite dieser Vorschläge oben die freie Arztwahl in der Kranken- und in der Unfallversicherung verlangt. Das kann man, meine ich, nur grundsätzlich. Wir haben die Unfallversicherung gerade novelliert und dabei darauf Bedacht genommen, daß es in der Unfallversicherung gewisse Modifikationen zu geben hat. Wenn man das also zur Kenntnis nimmt, daß das mitgesagt ist, meine Damen und Herren, dann sollte es so bleiben, wie die Frau Präsidentin eben gesagt hat.

Präsidentin Frau KALINKE:

Ich danke Herrn Kollegen Stingl für diesen Hinweis; doch ich glaube, es bedarf keiner besonderen Diskussion; es ist das, was man so einen Selbstgänger nennt. Darf ich um Ihre Zustimmung dazu bitten, daß wir über diesen Antrag jetzt zusammen mit den Grundsätzen, mit dem Ent-

**GUTER
ASPHALT**
macht
das
Autofahren
angenehm



MARIENBERGER MOSAIKPLATTENFABRIK AG

KERAMISCHE WERKE

FÜR WAND- UND BODENFLIESEN

GEGRÜNDET 1890

BROITZEM / BRAUNSCHWEIG

wurf „Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik“, abstimmen. – Darf ich Sie bitten, Ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu geben. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Eine? Wieder eine! Haben wir Enthaltungen zu verzeichnen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen und einer Gegenstimme angenommen. Ich danke Ihnen.

Präsidentin KALINKE:

Meine Freunde! Leider liegen die Unterlagen für den Kulturpolitischen Arbeitskreis noch nicht vor, aber der ausgezeichnete Vortrag unseres Freundes Dr. Stoltenberg, den Sie alle gehört haben und der mitstenografiert worden ist, hat alles so ausführlich begründet, daß uns diese Fragen, die auch gestern im Mittelpunkt eines ausgezeichneten Referates gestanden haben, so bekannt sind, daß ich meine, wir können auch, ohne diese Unterlagen jetzt schon zu haben, diesem Vorschlag, den unser Freund Jungmann begründet hat, nämlich unsere Grundsätze der Kulturpolitik in Bund und Ländern in viel weitgehendem Maße als bisher zu fördern und zu vertreten, zustimmen.

Darf ich Sie bitten, durch Handerheben zu zeigen, ob Sie dem, was Freund Stoltenberg für den Arbeitskreis vorgetragen hat, zustimmen? – Die Gegenprobe! – Das sind 3 Enthaltungen! – Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen hat die überwältigende Mehrheit der Delegiertenversammlung zugestimmt.

Nun nehme ich zuletzt, weil das so umfangreich ist, die Berichte aus dem Arbeitskreis III. Sie sind zusammengefaßt. Der Herr Kollege Stingl hat in umfassender Weise und so gründlich auf den Zusammenhang der Probleme hingewiesen, daß ich dem nichts hinzuzufügen brauche. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir uns darüber verständigen könnten, daß wir auch diese Berichte aus dem Arbeitskreis als Grundlage für die weitere Arbeit und als Unterlage für unsere künftigen Entschlüsse und Entscheidungen nehmen könnten.

Wir wollen darüber abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung mit fast absoluter Mehrheit angenommen.

Ich darf meiner ganz besonderen Freude Ausdruck geben, daß dieses schwierige Problem „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in einem Dokument hier mit so viel Verständnis gelöst worden ist, indem Sie dazu Ihre Zustimmung gegeben haben.

Meine lieben Freunde! Wir sind damit am Ende der Verabschiedung der Entschlüsse. Ich darf nun mit einem Wort des Herrn Bundeskanzlers sagen, daß wir in Zukunft nicht nur reden, sondern auch handeln wollen. Den Thesen unseres verehrten Bundeskanzlers Professor Dr. Erhard und unseres verehrten Parteivorsitzenden Dr. Adenauer und auch den Thesen all derjenigen, die hier mitgewirkt haben, müssen auch die Taten folgen, damit unser Beitrag, der hier zum Ausdruck gekommen ist, auch seine Verwirklichung findet im kraftvollen Wollen der Arbeit unserer Partei in allen Parlamenten und bei allen künftigen Wahlkämpfen.

(Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Meine lieben Parteifreunde! Wir haben nun das Vormittagsprogramm unerwartet zügig abwickeln können. Es ergibt sich nach Rücksprache mit den Spitzen unserer Partei für das Präsidium die Frage, wie wir nun weiter verhandeln sollen. Es stehen uns noch 1 1/2 Stunden zur Verfügung. Um 13.00 Uhr findet eine Pressekonferenz statt. Ich frage deshalb, ob es nicht zweckmäßig ist, jetzt schon das Nachmittagsprogramm abzuwickeln?

(Starker Beifall.)

Darf ich aus dieser spontanen Zustimmung schließen, daß Sie einverstanden sind? Oder erhebt sich Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum ersten Punkt der Nachmittagsplenarsitzung:

Wahlen

Meine Parteifreunde! Nach Paragraph 21 des Parteistatuts wählt der Bundesparteitag den Bundesvorsitzenden, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und 4 weitere Mitglieder des Präsidiums. Die Wahlen erfolgen jeweils für 2 Jahre. Das amtierende Präsidium wurde am 5. Juni 1962 vom Bundesparteitag in Dortmund gewählt.

Meine Unionsfreunde! Seien Sie bitte einverstanden, daß ich kurz unterbreche, vielleicht für 5 Minuten.

(Beifall.)

Bei einem so wichtigen Akt müßte das Plenum voll besetzt sein. Darf ich deshalb die Freunde aus den verschiedenen Landesverbänden sehr herzlich darum bitten, die Parteifreunde draußen davon zu unterrichten. Wir wollen jetzt unterbrechen. Genügen 10 Minuten?

(Zurufe: 15 Minuten!)

Also, wir unterbrechen jetzt eine Viertelstunde bis 10 Minuten vor 12 und setzen dann die Plenarsitzung fort mit der Durchführung der Wahlen.

Präsident Dr. FRICKE:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Herrn Minister Wegmann bitten, als Vorsitzender der Mandatskommission über die Überprüfung der Mandate zu berichten.

Minister WEGMANN:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Aufgabe, zu prüfen, ob die Delegierten ihr Mandat rechtmäßig ausüben. Sie stützt sich dabei auf § 5 der Geschäftsordnung.

Mit Schreiben vom 16. September 1963 hat die Bundesgeschäftsstelle die Landesverbände aufgefordert, die Wahlen der stimmberechtigten Delegierten nach ihren Landessatzungen vorzunehmen. In diesem Schreiben wurden den Landesverbänden die ihnen nach dem Statut der CDU zustehenden Delegiertenzahlen mitgeteilt. Für die Entsendung

von stimmberechtigten Delegierten zum Bundesparteitag ist der § 20 Abs. 2 des Statuts maßgebend.

Danach entsenden die Landesverbände auf je angefangene 75 Tausend CDU-Wähler-Stimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene Eintausend Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Exil-CDU entsendet 75 Delegierte, der Landesverband jenseits Oder-Neiße 20 Delegierte.

Die Berechnung der Delegiertenzahlen erfolgte auf der Grundlage des Wahlergebnisses der letzten Bundestagswahl und auf Grund des Mitgliederstandes vom 30. 6. 1963. Danach ist die Summe der stimmberechtigten Delegierten 525. Die Unterlagen zur Berechnung der Delegiertenzahl wurden von der Mandatsprüfungskommission geprüft und für ordnungsmäßig gefunden.

Von den 525 stimmberechtigten Delegierten sind nach Prüfung der Kommission 511 anwesend. Ein Einspruch gegen die Nichtberücksichtigung der Wahl eines Delegierten ist von der Mandatsprüfungskommission geprüft und als unbegründet zurückgewiesen worden. Weitere Einsprüche sind nicht erhoben worden.

Die Prüfung der Meldung der Landesverbände und die Prüfung der Anwesenheit der Delegierten ist nach den Unterlagen des Tagungsbüros erfolgt und durch Unterschrift des jeweiligen Landesgeschäftsführers oder des Landesvorsitzenden anerkannt worden. Die Landesgeschäftsführer haben die nach dieser Prüfung für ihre stimmberechtigten Delegierten zustehenden Stimmzettelblöcke erhalten und an die Delegierten verteilt.

Im übrigen sind Beanstandungen oder Anfechtungen nicht vorgebracht worden.

Präsident Dr. FRICKE:

Ich danke der Mandatsprüfungskommission und ihrem Vorsitzenden, Herrn Minister Wegmann, sehr herzlich für die so geleistete Arbeit. Und nun, meine Parteifreunde, darf ich zur

W a h l

schreiten. Ich wiederhole, was ich vorhin schon sagte, nach § 21 des Parteistatutes wählt der Bundestag den Bundesvorsitzenden, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und vier weitere Mitglieder des Präsidiums. Die Wahlen erfolgen jeweils für zwei Jahre. Das amtierende Präsidium mit Herrn Dr. Konrad Adenauer als Bundesvorsitzendem, unserem Freund Josef-Hermann Duffhues als Geschäftsführendem Vorsitzenden, Herrn von Hassel als dessen Stellvertreter, mit Herrn Minister Blank, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier und unserem Freunde Dr. Krone, wurde am 5. Juni 1962 vom Bundesparteitag gewählt. Der Bundesparteitag in Hannover, d. h. dieser Parteitag hat infolgedessen die Neuwahl des Präsidiums durchzuführen. Das Präsidium des Bundesparteitages schlägt für diese Wahl folgendes Verfahren vor:

In einem ersten Wahlgang soll der Bundesvorsitzende gewählt werden.
In einem zweiten Wahlgang der Geschäftsführende Vorsitzende.
In einem dritten Wahlgang dessen Stellvertreter.

Die Wahl der übrigen Präsidiumsmitglieder soll anschließend nur dann in einzelnen Wahlgängen erfolgen, wenn mehr als ein Kandidat für jeweils einen Platz im Präsidium genannt wird.

Das Präsidium fragt den Bundesparteitag, ob er mit diesem so dargelegten Verfahren einverstanden ist. – Ich stelle Zustimmung fest. Wird hierzu das Wort zum Verfahren gewünscht? Nein!

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 25. Februar 1964 einstimmig beschlossen, dem 12. Bundesparteitag die Wiederwahl von Dr. Konrad Adenauer zum Bundesvorsitzenden der CDU vorzuschlagen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Das Präsidium fragt, ob Gegenvorschläge gemacht werden. Das ist nicht der Fall. – Infolgedessen kann ich die Wahlhandlung zur Wahl des Bundesvorsitzenden der CDU auf weitere 2 Jahre eröffnen.

Die Delegierten werden aufgefordert, auf Stimmzettel Nr. 1 des Ihnen vorliegenden Stimmzettelblocks, wenn Sie für die Wahl von Dr. Konrad Adenauer sind, dessen Namen oder ein Ja zu schreiben; leere Stimmzettel gelten selbstverständlich als Enthaltungen.

Ich bitte, diese Wahl durchzuführen.

Ob das Ja oder der Name vorne auf dem Stimmzettel oder auf der Rückseite steht, ist gleichgültig. Es erschwert aber die Arbeit, wenn es vorne steht, ist rascher durchzuzählen.

(Zurufe.)

– Ich sehe, es steht auf der Rückseite, dann, wenn es möglich ist, auf der Rückseite!

Die Einsammlung beginnt, ich bitte Sie, sie möglichst zu beschleunigen. Die rote Delegiertenkarte muß beim Abgeben des Stimmzettels vorgezeigt werden.

(Einsammeln der Stimmzettel.)

Meine Unionsfreunde! Nur noch der Ordnung halber die Feststellung: Vor Ihren Augen, oberhalb des Präsidiums, sind die Stimmzähler unter der Aufsicht des Mitglieds des Präsidiums Frau Dr. Jochmus. Ich setze Ihre Zustimmung voraus.

Darf ich fragen, ob das Einsammeln der Stimmzettel beendet ist? Wo ist noch nicht abgegeben worden? – Ich stelle fest, die Einsammlung der Stimmzettel zum ersten Wahlgang ist abgeschlossen.

(Zurufe: Nein!)

– Nein. Ich hatte gerade danach gefragt.

Auch dieser Saal ist doch nicht ganz übersichtlich.

Darf ich meine Frage wiederholen: sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Ich stelle fest, das ist der Fall. Der Wahlvorgang ist beendet, die Auszählung beginnt.

Wir dürfen indessen sicherlich mit Zustimmung aller Delegierten zum zweiten Wahlgang schreiten: Ich rufe dazu auf: nach Paragraph 21 des Parteistatuts kann der Parteitag an Stelle des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters einen Ersten und einen Zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden wählen. In Dortmund haben wir uns entschieden, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu wählen. Liegt Zustimmung vor?

(Allgemeine Zustimmung.)

Gegenvorschlag? – Nicht. Also verfahren wir wie in Dortmund.

Ich rufe also auf zur

Wahl des Geschäftsführenden Vorsitzenden.

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 25. Februar 1964 einstimmig beschlossen, dem 12. Bundesparteitag die Wiederwahl von Josef-Hermann Dufhues zum Geschäftsführenden Vorsitzenden vorzuschlagen.

(Lebhafter Beifall.)

Das Präsidium fragt, ob Gegenvorschläge gemacht werden. – Ich stelle fest: das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich nunmehr zum zweiten Wahlgang: Wahl eines Geschäftsführenden Vorsitzenden der Bundes-CDU zu schreiten.

Die Delegierten werden aufgefordert, auf Stimmzettel Nr. 2, soweit sie der Wahl zustimmen, den Namen Dufhues oder der Einfachheit halber ein Ja auf der Rückseite zu schreiben. Leere Zettel bedeuten Stimmenthaltung.

Ich bitte, die Wahl durchzuführen, und ich bitte die Stimmzettelein-sammler, möglichst rasch auch hier das Einsammeln durchzuführen.

(Einsammeln der Stimmzettel.)

Darf ich fragen, ob das Einsammeln der Stimmzettel beendet ist. – Ich bitte etwas um Geduld; aber die erste Auszählung muß erfolgen, bevor wir die Stimmzettel des zweiten Wahlganges verteilen können.

Meine Parteifreunde! Die Einsammlung der Stimmzettel des zweiten Wahlganges ist abgeschlossen. Ich bitte einverstanden zu sein, daß ich schon zum dritten Wahlgang aufrufe. Es geht um die Position des Stellvertretenden Vorsitzenden, des Stellvertreters für Herrn Dufhues. Bundesminister von Hassel ist wieder vorgeschlagen. Sind weitere Vorschläge zu machen? Das ist nicht der Fall.

Ich darf Sie bitten, auch den Wahlgang 3 durchzuführen. Vorgeschlagen ist unser Freund von Hassel.

(Lebhafter Beifall.)

Mit Ja auf der Rückseite des Stimmzettels 3. Ich bitte aber, die Stimmzettel noch etwas gut zu verwahren, denn unsere Kübel zum Einsammeln der Stimmzettel müssen erst wieder frei sein.

Präsident Dr. FRICKE:

Meine Parteifreunde! Bei der Auszählung des zweiten Wahlganges gibt es, obwohl nur unser Freund Johann Hermann Dufhues zur Wahl

**Gas-,
Strom- und
Flüssiggas-
Versorgung für das Nordharzgebiet durch**

NORDHARZER KRAFTWERKE GMBH GOSLAR

Als wichtige Neuheit unter unseren politischen Sachbüchern ist soeben erschienen:

Werner Allemeyer

CHRISTLICHE DEMOKRATIE IN EUROPA UND LATEINAMERIKA
Geschichte · Strukturen · Programme

herausgegeben von der Politischen Akademie Eichholz, Wesseling Bez. Köln.
XI, 485 Seiten, Format 14×20,8 cm, Paperback DM 17,80

Als dokumentarische Ergänzung der Darstellung enthält der umfangreiche Anhang dieses Buches die (ggf. übersetzten) Programme der christlich-demokratischen Parteien Europas.

Eichholz-Verlag GmbH, Bonn, Kaiserstraße 26

**STEINZEUGROHRE
SICHERHEIT
IN JEDER STADT**

**STEINZEUG HAT DEN VORZUG DER
UNBEGRENZTEN HALTBARKEIT**

MATERIAL OHNE „WENN UND ABER“

stand und keine Gegenvorschläge gemacht wurden, auch andere Namen.

Ich bitte zu verstehen, daß wir abweichende Namen nur als ungültige Stimmen betrachten können, weil ja kein Gegenvorschlag gemacht worden war. Es gäbe ja sonst auch ein völlig verwirrendes Bild, wenn irgend ein Parteifreund plötzlich mit zwei- oder dreieinhalb Stimmen aufkreuzt. Sind Sie einverstanden? –

(Beifall.)

Ich darf mich bedanken.

Meine lieben Parteifreunde, ich bitte um etwas Geduld. Hier wird sehr sorgfältig noch einmal kontrolliert, damit es hieb- und stichfest ist. Aber inzwischen können schon die Stimmzettel zum Wahlgang 3 eingesammelt werden.

Meine lieben Parteifreunde, nachdem zunächst noch eine Zählerdifferenz bestand, die jetzt aufgeklärt ist, kann ich das Ergebnis des Wahlganges 1, Wahl des Bundesvorsitzenden der CDU, bekanntgeben:

Abgegeben wurden 481 Stimmen; von diesen 481 waren 3 Stimmen ungültig, so daß 478 gültige Stimmen bleiben. Von diesen 478 gültigen Stimmen wiederum erhielt Herr Dr. Adenauer 452 bei 14 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen.

(Nicht endenwollender stürmischer Beifall.)

Meine politischen Freunde, ich muß der Ordnung halber Herrn Dr. Adenauer fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

(Dr. Adenauer: Ich nehme die Wahl an.)

Darf ich Ihnen, hochverehrter Herr Bundesvorsitzender der CDU, auch den sehr herzlichen Glückwunsch des Präsidiums des Parteitags sagen und Ihnen dafür danken, daß Sie bereit sind, weiterhin in der Führung mitzuwirken und mit am Werk zu bleiben!

(Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde, während die Stimmzettel des Wahlgangs und des Wahlgangs 3 ausgezählt werden, dürfen wir sicher in der Wahlhandlung fortschreiten.

Nach Abschluß des dritten Wahlgangs hat das Präsidium folgendes mitzuteilen: Die vier weiteren Mitglieder des Präsidiums waren bisher, in der Reihenfolge des Alphabets, Bundesminister Theodor Blank, Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier, Bundesminister Dr. Heinrich Krone. Alle vier Herren stellen sich erneut zur Wahl. Das Präsidium fragt in der Reihenfolge des Alphabets, wie eben aufgeführt, ob zur Kandidatur von Herrn Bundesminister Blank Gegenvorschläge gemacht werden. – Eine Wortmeldung des Kollegen Mick liegt hier vor. Das Präsidium hätte nun die herzliche Bitte, weil wir dieses Problem sehr eingehend in allen Bereichen des Bundesparteitags seit Samstag und darüber hinaus schon länger diskutiert haben, daß hier jetzt nur kurz Vorschläge gemacht werden, aber auf breite Diskussionen und Begründungen – wir kennen uns ja alle – verzichtet wird.

(Beifall.)

Nun zu dem jetzt zu besetzenden Platz 1 der vier weiteren Mitglieder! Liegen andere Vorschläge vor als der für Bundesminister Blank? Ich erteile Herrn Mick das Wort.

MICK, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Namens einer großen Anzahl von Delegierten und der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft habe ich die Ehre, unseren Parteifreund Hans Katzer für das Präsidium vorzuschlagen.

(Vereinzelter Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Werden weitere Vorschläge gemacht? – Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

(Zurufe.)

Oder gilt die Wortmeldung, die eben heraufgegeben wurde? – Herr Schaaf vom Landesverband Rheinland-Pfalz!

Ich darf die Bitte wiederholen, daß wir uns hier, wie es eben Herr Mick in loyaler Weise getan hat, nur auf die Wahlvorschläge beschränken.

Bitte, Herr Schaaf!

SCHAAF:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Kreis der Personen, der für diese Wahl ansteht, nicht beschränkt werden sollte. Ich möchte deshalb dafür unseren Parteifreund Lücke vorschlagen,

(Sehr starker Beifall)

obwohl mir bisher bekannt gewesen ist, daß er dafür nicht kandidieren wolle. Ich möchte aber sagen, daß in großen Teilen unseres Landes gerade Herr Lücke vorgeschlagen wird. Ich bin auch der Meinung des Herrn Blank, die dieser gestern vertreten hat, daß ein Politiker sich in jedem Falle zur Wahl stellen solle.

(Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Das Wort hat Bundesminister Lücke.

Bundesminister LÜCKE:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bitte, dafür Verständnis zu haben, daß ich diese Kandidatur nicht annehmen kann.

(Beifall.)

Präsident Dr. FRICKE:

Darf ich fragen, ob andere Vorschläge zu machen sind? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Da eben Herr Bundesminister Lücke erklärt hat,

daß er nicht bereit sei zu kandidieren, darf ich um der völligen Klarheit willen fragen, Herr Blank, sind Sie bereit zu kandidieren?

(Bundesminister Blank: Ich bin bereit zu kandidieren!)

Herr Kollege Katzer, sind Sie bereit zu kandidieren?

(Katzer: Ich bin bereit zu kandidieren!)

Dann treten wir in den Wahlgang 4 ein: Erste Position, die 4 Mitglieder des Präsidiums. Zur Wahl stehen entweder Herr Bundesminister Blank – bisheriges Mitglied – oder Herr Katzer nach dem soeben hier gemachten Vorschlag. Ich bitte, auf der Rückseite von Stimmzettel 4 die Namen Blank oder Katzer zu schreiben. –

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel beschriftet sind? – Dann darf ich bitten, mit der Einsammlung zu beginnen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich jetzt einsammeln lasse, um dann die Ergebnisse zum Wahlgang 2 und 3 bekanntzugeben. Beide liegen vor. Es klappt nun also besser. Übung macht den Meister.

Ist überall zum Wahlvorgang 4 eingesammelt worden? – Ich stelle fest, das ist der Fall. Dann kann mit der Auszählung begonnen werden.

Ich gebe nun die Ergebnisse zum Wahlvorgang 2 und 3 bekannt.

Meine lieben Parteifreunde! Zum Wahlvorgang 2: Wahl des Geschäftsführenden Vorsitzenden unserer Bundespartei, – sind abgegeben worden wiederum 483 Stimmen. 12 Stimmen waren ungültig, das ergibt 471 gültige Stimmen. Für Herrn Josef Hermann Dufhues wurden abgegeben 431 Ja-Stimmen bei 25 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen.

(Starker Beifall.)

Ich darf Herrn Dufhues fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

(Dufhues: Ich bin bereit!)

Ich gratuliere Ihnen namens des Präsidiums und danke Ihnen für die bisherige Arbeit und auch für die Zukunft.

(Starker Beifall.)

Ich darf nun das Ergebnis bekanntgeben zum Wahlvorgang 3, von Hassel. Abgegeben wurden 480 Stimmen – merkwürdigerweise 3 weniger als bisher –; gültige Stimmen 480. Für unseren Freund von Hassel abgegebene Ja-Stimmen 464, 5 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen.

(Sehr starker Beifall.)

Ich frage Sie, Herr von Hassel, ob Sie bereit sind, Ihr bisheriges Amt wieder anzunehmen?

(Bundesminister von Hassel: Ja!)

Ich beglückwünsche Sie im Namen des Präsidiums.

Meine lieben Parteifreunde! Da die Auszählung zum Wahlvorgang 4 im Gange ist, darf ich Sie jetzt fragen, ob bezüglich der zu besetzenden drei weiteren Positionen, wo unverändert sich zur Wahl stellen Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier und unser leider erkrankter Freund Dr. Krone, andere Vorschläge zu machen sind. – Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Das Präsidium möchte Ihnen vorschlagen, daß wir diese drei Wahlen mit den Stimmzetteln 5, 6 und 7 durchführen. Damit wir die Einzelergebnisse feststellen können, darf der Stimmzettel 5 nur für die Wahl von Herrn Professor Erhard gelten, der Stimmzettel 6 nur für die Wahl unseres Freundes Dr. Gerstenmaier und der Stimmzettel 7 nur für Herrn Dr. Krone. Sie sind einverstanden. Ich bitte Sie, die Wahl so durchzuführen und die Stimmzettel bereit zu halten.

Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die drei Vorschläge jetzt hier an der Tafel angezeigt sind.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Können die drei Stimmzettel auf einmal eingesammelt werden?)

Das ist möglich, da sie verschiedene Farben haben. Sie können so rasch sortiert werden. Deshalb können sie auch in eine Urne geworfen werden.

Darf ich fragen, ob das Einsammeln der Stimmzettel beendet ist. – Ich stelle das fest. Der Wahlvorgang ist damit abgeschlossen.

Ich schlage vor, daß wir bis zur Feststellung der weiteren Wahlergebnisse nun gemäß § 21 b des Statuts der Bundes-CDU in Verbindung mit den §§ 3 und 4 der Parteigerichtsordnung nun das Bundesparteigericht neu bestellen. Die Wahl dieses Parteigerichts erfolgte zuletzt auf dem Parteitag in Karlsruhe am 28. April 1960.

Bundesvorstand und Bundesausschuß empfehlen dem 12. Bundesparteitag für die Neuwahl des Bundesparteigerichts die Annahme folgenden Wahlvorschlages:

Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Barth.

Beisitzer: Rechtsanwalt Benda, MdB; Generalbundesanwalt a. D. Dr. Güde, MdB; Rechtsanwalt Henrichs, MdL; Oberstaatsanwalt Wolf, MdL.

Stellvertretende Mitglieder: Frau Ackermann; Rechtsanwalt Dr. Casens, MdB; Rechtsanwalt Kanka, MdB; Ministerialdirigent Selbach; Prof. Dr. Wahl, MdB.

Sind andere Vorschläge zu machen? – Das ist nicht der Fall. Sind Sie damit einverstanden, daß wir die Wahl durch Handerheben durchführen?

(Zustimmung.)

Ich stelle das fest.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür, das Parteigericht in dieser Form zu wählen? – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Ich stelle eine einstimmige Wahl fest.

(Beifall.)

Da die Auszählung der Wahlvorgänge 5, 6 und 7 noch einige Zeit dauern wird, schlage ich vor, daß wir eine Pause von 10 Minuten einlegen.

(Widerspruch)

Sie sind nicht damit einverstanden. Gut, dann wird die Sitzung nicht unterbrochen.

Meine Freunde! Hier in der Pause noch einmal der Wunsch, ein wirklich wohlgemeinter Hinweis darauf, daß niemand versäumen möchte, die Ausstellung in der Niedersachsenhalle sich anzusehen. Alle Freunde, die dort gewesen sind, werden mir bestätigen, daß das sehr modern, sehr eindrucksvoll gemacht worden ist und daß man dabei nachdenklich werden kann. Es sollte niemand von den Delegierten und von den Gästen wegfahren, ohne sich die Ausstellung angesehen zu haben, und dazu bleibt ja nun auch Zeit.

Und noch ein weiteres: Vorhin ist übersehen worden, mir den Hinweis zu geben, daß das Parteihrengericht in verschiedenen Positionen neu besetzt wurde. Selbstverständlich spricht die Bundespartei, spricht das Präsidium des Parteitages dem bisherigen Vorsitzenden, der in diesem in Bonn und allen Mitgliedern, die nun nicht mehr dem Ehrengericht angehören, weil es neu besetzt wurde, in verschiedenen Positionen, den sehr herzlichen Dank der Bundespartei aus.

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf die Geschäftsführung bitten, das den Herren mitzuteilen. Ich komme nun, um das für das Fernsehen zu sagen, zur Bekanntgabe des Ergebnisses 4, das doch schon vorliegt.

Meine lieben Parteifreunde! Im Wahlgang 4 sind abgegeben worden 483 Stimmen. Ungültig waren 38 Stimmen, bleiben gültige Stimmen 445. Es wurden abgegeben für das bisherige Mitglied des Präsidiums, Herrn Theo Blank, 266 Stimmen, für Herrn Katzer, 124 Stimmen,

(Bravo-Rufe! Beifall!)

bei 55 Enthaltungen.

Gültige Stimmen 445, Stimmen Blank „Ja“ 266, Stimmen Katzer 124, bei 55 Enthaltungen.

Ich frage Herrn Minister Blank, ob er bereit ist, das Amt wieder anzunehmen.

Minister BLANK:

Ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident FRICKE:

Die letzten Wahlergebnisse werden bekanntgegeben:

Meine lieben Parteifreunde! Das Wahlergebnis des Wahlganges 5 – Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard – lautet wie folgt:

491 abgegebene Stimmen,

3 ungültige Stimmen,

488 gültige Stimmen,

abgegeben mit Ja:

481 Stimmen bei 3 Gegenstimmen
und 4 Enthaltungen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.) –

Ich frage den Herrn Bundeskanzler, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen. –

(Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard: Ja!)

HOCHTIEF

Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten

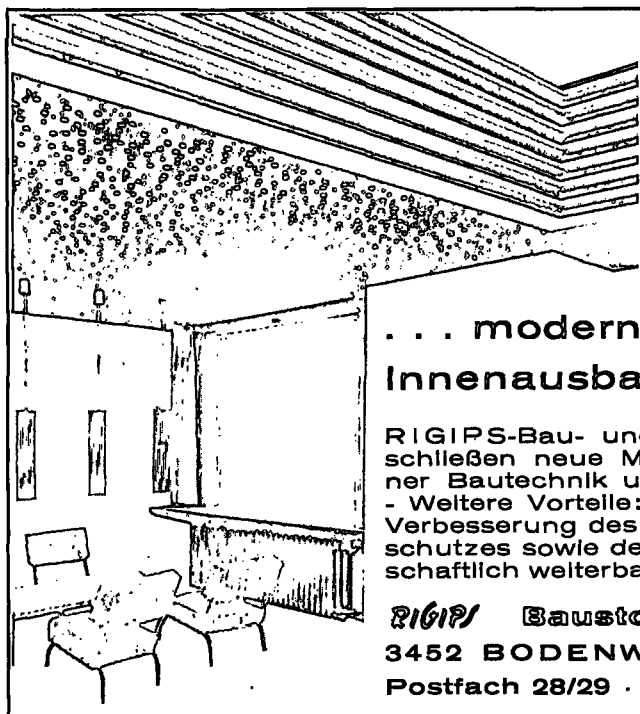
Hochbau
Tiefbau
Brückenbau
Wasserbau
Tunnelbau
Straßenbau
Untergrundbahnen
Unterpflasterbahnen
Druckluftgründung
Spannbeton System Hochtief



107 b

Niederlassungen in Berlin · Frankfurt/M · Hamburg · Hannover · Köln · München

Essen · Rellinghauser Straße 53 · Ruf 20121



Im
Stil
unserer
Zeit

... moderner, trockener
Innenausbau mit *RIGIPS*

RIGIPS-Bau- und Akustikplatten erschließen neue Möglichkeiten moderner Bautechnik und Raumgestaltung. - Weitere Vorteile: Bauzeitverkürzung, Verbesserung des Schall- und Wärmeschutzes sowie der Raumakustik, wirtschaftlich weiterbauen im Winter.

RIGIPS Baustoffwerke GmbH
3452 BODENWERDER/WESER
Postfach 28/29 · Telefon (05533) 563

- Ich spreche Ihnen die Glückwünsche des Präsidiums aus
(Beifall.)

Das Wahlergebnis des Wahlganges 6 –
Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier –:

abgegebene Stimmen: 482
ungültig 6
gültige Stimmen 476
383 Ja-Stimmen bei 40 Gegenstimmen
und 53 Enthaltungen
(Lebhafter Beifall.)

– Ich frage den Herrn Bundestagspräsidenten, ob er bereit ist, die
Wahl anzunehmen.

(Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: Ich nehme die Wahl an!)

– Ich danke Ihnen, Freund Gerstenmaier, und beglückwünsche Sie
(Lebhafter Beifall)

mit dem Hinweis, daß ein offenes Wort auch unter Parteifreunden häu-
fig falsch verstanden wird und Folgen hat.
(Heiterkeit.)

Ich komme zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses des 7. Wahlganges
(Zurufe: Langsamer!)

– Ich wiederhole: Ich komme zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses
des 7. Wahlganges, bei dem es um unseren Freund, Bundesminister
Dr. Krone, ging.

abgegebene Stimmen 484
ungültige Stimmen 5
gültige Stimmen 479
davon Ja-Stimmen: 399 bei 46 Gegenstimmen und 34 Enthaltungen.

Ich bin der Überzeugung, daß auch unser Freund Krone, den wir in
seiner Pflichtauffassung, seiner Pflichterfüllung und in seiner Treue
zur Union kennen, bereit ist, die Wahl anzunehmen. Wir werden ihm
die Glückwünsche des Parteitages übermitteln.
(Lebhafter Beifall.)

Damit, meine Freunde, sind die Wahlen zum Präsidium unserer Bundes-
partei abgeschlossen, und ich glaube, wir können uns alle zum diszi-
plinierten Ablauf dieser Wahl beglückwünschen.

Ich bitte nunmehr unseren neu gewählten, ja bisher immer amtierenden
Bundesvorsitzenden, Dr. Adenauer, um sein Schlußwort.

Bundesvorsitzender Dr. Konrad ADENAUER:

(Der Bundesvorsitzende wird mit stürmischen Beifall empfangen.)

Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, ich genüge nur einer Verpflich-
tung, die wir alle empfinden, wenn ich Herrn Kollegen Fricke und den

Männern und Frauen zu seiner Seite für die anstrengende Führung unseres 12. Bundesparteitagcs herzlich danke.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und meine Herren! Das war der Erste Bundesparteitag nach dem Kanzlerwechsel; nach dem Kanzlerwechsel, auf den Parteien, die uns nicht lieben, so große Hoffnungen gesetzt hatten.

Meine Freunde, was ist eingetreten? – Wir sind so einig und sind so geschlossen wie je zuvor.

(Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, wenn nach einem Parteitag wie dem unsrigen, auf dem sehr offen gesprochen werden konnte und gesprochen worden ist, zum Schluß als Ergebnis die Einigkeit und Geschlossenheit dieser Partei steht, dann ist das – nun lassen Sie mich auch einmal etwas sagen – die einzige Partei von Deutschland, von der man das sagen kann.

(Lebhafter Beifall.)

In der Presse habe ich zunächst hier und da Stimmen des Erstaunens darüber gelesen, daß man so ungeschminkt – so, wie ich mich ausdrücke, meine Damen und Herren – mit der SPD sprach.

Nun, die Bundestagswahl des Jahres 1965 steht nahe bevor. Wir haben jetzt Mitte März. In einem Jahr und einigen Monaten wird der neue Bundestag gewählt werden. Diese Wahl wird für unser geliebtes Vaterland von ganz besonderer Bedeutung sein.

(Lebhafter Beifall.)

Es wird sich dann darum handeln, ob die bisherige Politik der Stetigkeit uns das Vertrauen der freien Völker, ohne das wir überhaupt nicht existieren können, erhält oder ob Schwankungen kommen, von denen wir nicht wissen, was sie schließlich auslösen werden.

Meine Damen und Herren, bei einem bevorstehenden Wahlkampf, in so kurzer Zeit, von solcher Bedeutung, ist es ganz selbstverständlich, daß dieser Wahlkampf jetzt schon seine Wellen wirft in unsere Beratungen herein. Wir wären doch wahrhaftig keine vorausschauende politische Partei, wenn wir so täten, als hätten wir und brauchten wir gar nicht einen solchen Wahlkampf vorzubereiten.

Meine lieben Freunde, dieser heutige Parteitag, der 12. Parteitag unserer Partei, muß den letzten Mann, die letzte Frau, die sich zur CDU/CSU bekennt, und alle diejenigen, die uns ihre Stimme gegeben haben, aufrütteln und ihnen zeigen, was, welcher Wahlkampf bevorsteht und welche Mühe wir uns geben müssen, weil der Einsatz so ungeheuer groß ist. Darum glaube ich, ist es gut, daß dieser Parteitag klare Fronten geschaffen hat, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall.)

Klare Fronten sind die erste Voraussetzung für einen guten Wahlkampf, und ich glaube, wir haben hier in Hannover klare Fronten für den Wahlkampf geschaffen.

Wir, auch nicht einmal ich, meine Damen und Herren, haben keine Freude am unentwegten Streiten;

(Heiterkeit)

aber, der Kampf ist notwendig, damit man siegt, und wir wollen siegen. Wir wollen das erhalten, was wir geschaffen haben, und wollen es ausdehnen, damit hier, mitten in Europa ein Hort des Friedens ist, ein Hort der Stetigkeit und ein Hort des Vertrauens für alle, die guten Willens sind.

(Starker Beifall.)

Lassen Sie mich auch ein Wort zu den Wahlen sagen, die eben stattgefunden haben!

Zunächst möchte ich ausdrücklich betonen, daß die Wahlen um einige Stunden vorverlegt worden sind unter einmütiger Zustimmung aller anwesenden Berechtigten. Ich betone das so ausdrücklich, damit nicht nachher gesagt wird, wir hätten aus irgendwelchen Motiven heraus die Wahlen schleunigst vorgezogen. Lassen Sie mich das betonen.

Dann hat diese Wahl zunächst mich wieder an die Spitze gestellt. Ich bin mir vollkommen klar darüber, welche große Verantwortung ich dadurch, daß ich diese Wahl annehme, übernehme. Glauben Sie mir, wenn ja, dann weiß ich, was ich jetzt zu tun habe in diesem Wahlkampf und weiß um die große Verantwortung, die nun damit auf meine Schultern gelegt ist.

Aber ich habe eine Bitte an Sie, an alle unsere Freunde: Erleichtern Sie uns, erleichtern Sie mir als dem Parteivorsitzenden, erleichtern Sie dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, erleichtern Sie auch unserem Bundeskanzler Erhard die Bürden, die wir doch für das gesamte deutsche Volk übernommen haben! Erleichtern Sie sie uns durch Ihre Mitarbeit, durch Ihr Werben, durch Ihr Sorgen, durch Ihr Arbeiten überall, bis die nächste Wahl hinter uns gebracht ist! Das ist die herzliche Bitte, die ich an Sie habe.

(Erneuter starker Beifall.)

Ich glaube, wir werden dieser Wahl mit großer Ruhe, aber, meine Damen und Herren, auch unter Einsatz unserer ganzen Kraft entgegensehen können. Wir haben vieles erreicht, wir haben nicht alles erreicht. Aber lassen Sie mich Ihnen sagen, daß nach meiner festen Überzeugung wir auch das erreichen, was uns noch fehlt, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes Deutschland!

(Starker Beifall.)

Nur müssen wir in einer solchen politischen Epoche, die voll von Bewegung ist, Geduld haben, Geduld, niemals unser Ziel zu vergessen, auch dann nicht, wenn wir nicht jeden Tag und jede Stunde davon sprechen. Aber wir müssen Geduld haben; dann wird auch dieser Erfolg eines Tages uns beschieden werden.

Was wir wollen, ist ja die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Ich habe gerade heute morgen gelesen – und ich möchte dazu ein Wort sagen –, man bemängele in Sowjetrußland, daß ich überhaupt

nicht von den Gegensätzen zu Sowjetrußland gesprochen hätte, und daß wir überhaupt nichts täten, um zur Wiedervereinigung zu gelangen.

Nun, meine Damen und Herren, es ist wohl vergessen, auch in Sowjetrußland vergessen, daß ich vor mehreren Jahren – die Öffentlichkeit bei uns weiß es – einmal gesagt habe: Wenn unsere Brüder und Schwestern dort menschlich behandelt werden und mehr Freiheit bekommen, sind wir zu manchen politischen Erwägungen bereit. Ich glaube, damit hatte ich einen Weg gezeigt, der schließlich auch die Spannungen zwischen Ost und West, soweit die deutsche Frage dabei eine Rolle spielt, hätte aus der Welt führen können.

Ich hatte damals auch in einem Brief an Herrn Chruschtschow vorgeschlagen, ob man nicht einmal eine zehnjährige Atempause eintreten lassen wolle, in der Hoffnung, daß in diesen Jahren dann eine allgemeine Beruhigung in der Welt eingetreten wäre, die uns auch ermöglichen würde, diese Frage in unserem Sinne zu lösen. Der Brief ist nicht beantwortet worden. Also man kann wahrhaftig vom Osten her nicht sagen, daß wir revanchistisch und streitlüstern und Gott weiß was alles wären. Das ist einfach nicht wahr. Das russische Volk mag es glauben; die Herren des russischen Volks glauben es nicht.

Aber ich habe ja von dieser Stelle aus vor wenigen Tagen Ihnen auseinandergesetzt, was das Ziel der sowjetrussischen Politik ist. Das Ziel ist Westeuropa, nicht wir allein, und darum, um so fester, meine Damen und Herren, um die Freiheit für uns und für unsere Kinder und Kindeskinde zu retten, um so fester müssen wir zusammenstehen als freie Menschen und uns einsetzen für eine Politik der Stetigkeit, der Konsequenz, des Friedens, so, wie wir das bisher getan haben.

(Lebhafter Beifall.)

Unsere Partei, meine Freunde, hat in den vergangenen 14 Jahren keine Schwankungen mitgemacht. Wir waren immer für den Weg, den wir als den richtigen erkannt hatten, als den Weg, der zum Frieden und zur Freiheit führen würde. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Bei aller Arbeit für den Wahlkampf wollen wir daran denken, daß wir daran mitarbeiten, um diesen Weg, der der Welt wieder den Frieden bringen soll, freizumachen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident FRICKE:

Meine lieben Parteifreunde! Wir alle danken unserem Bundesvorsitzenden, unserem hochverehrten Dr. Konrad Adenauer, auf das herzlichste für alles, was er bisher für die CDU und auch für unser Volk geleistet hat. Wir wünschen ihm noch weiter und viele Jahre Glück und Gottes Segen.

(Beifall.)

Damit kommen wir zum Schluß unseres Parteitages. Meine lieben Parteifreunde! Der herzliche Dank des Präsidiums gilt Ihnen für Ihre sehr intensive und fleißige Mitarbeit, vor allem aber auch für die große

Disziplin, die in diesem sehr gut überschaubaren Saal während der ganzen Tagung in diesen drei Tagen festzustellen war, einen Saal – das hätte ich dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Hannover, wenn er nicht selber von der Kommunalwahl angefangen hätte, noch gern gesagt –, der farblich von ihm eigentlich doch ganz für uns gestaltet worden ist.

(Heiterkeit.)

Meine Freunde! Wir können diesen 12. Bundesparteitag in der Landeshauptstadt Hannover nicht schließen, ohne auch sehr herzlichen Dank zu sagen unserem Freund Dufhues, der Bundesgeschäftsstelle, allen Helfern, die diesen Parteitag vorbereitet und dazu beigetragen haben, daß er in diesen Tagen so reibungslos durchgeführt werden konnte.

(Beifall.)

Wir wissen alle, daß es sehr viele Nachtstunden gekostet hat und daß oft bis in den frühen Morgen hinein die Vorbereitungen liefen, die Entschließungen, die Reden und dergleichen mehr vervielfältigt wurden.

Wir waren in gewisser Sorge, daß es nicht so klappen könnte, weil 4 oder 5 Wochen vor dem Parteitag der Organisator der letzten Parteitage, Herr Müllenbach, der für diese Vorbereitungsarbeiten vorgesehen war, sich einer Operation unterziehen mußte. Aber ich kann feststellen, daß in seiner Vertretung Herr Rummier ein voller Ersatz gewesen ist und die Arbeiten ausgezeichnet erledigt hat. Ihm gilt unser besonders herzlicher Dank.

(Beifall.)

Meine Freunde! Nun darf ich nur noch dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch dieser Bundesparteitag, über dessen Ablauf unser Vorsitzender soeben gesprochen hat, allen unseren Freunden im Lande neue Impulse geben möge, damit sie weiterhin mit Zuversicht und mit Vertrauen an die Arbeit gehen, die nur dem Wohl des ganzen deutschen Volkes dienen soll.

Wir grüßen am Ende dieses Parteitages alle unsere Schwestern und Brüder in der Zone, denen wir uns unverändert verbunden fühlen und für die sich jeder von uns verantwortlich weiß.

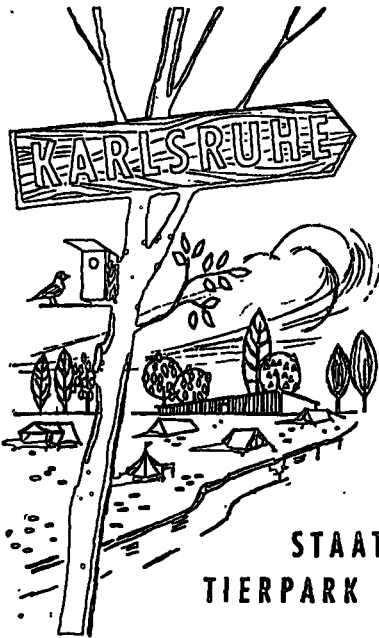
(Starker Beifall.)

Ich bitte Sie, den Parteitag zu beschließen und gerade dieser Verbundenheit mit allen Deutschen, auch denen jenseits der Schandmauer und des Stacheldrahtes, dadurch Ausdruck zu geben, daß wir gemeinsam die letzte Strophe unseres Deutschlandliedes singen.

(Die Anwesenden singen die letzte Strophe des Deutschlandliedes:
„Einigkeit und Recht und Freiheit“.)

Der 12. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union ist damit geschlossen.

DENK AN BERLIN



*die Stadt
der vielen
Möglichkeiten*

zwischen Schwarzwald und Rhein
ist der Ausgangspunkt interessanter
Reisen, Fahrten und Wanderungen.
Ein ideal gelegener Camping-Platz
und die vorbildliche Jugendher-
berge beweisen den gastlichen Sinn
unserer Stadt.

STAATSTHEATER · MUSEEN
TIERPARK · AUSSTELLUNGEN

EntschlieBungen

EntschlieBung Nr. 1 (Arbeitskreis I)

Der Bundesparteitag wolle beschlieBen:

Das Präsidium und die Vorsitzenden der Landesverbände werden aufgefodert, rechtzeitig vor der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl 1965 zusammenzutreten, damit bei der Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten noch mehr als bisher den gemeinsamen Erfordernissen der Christlich Demokratischen Union und ihrer Bundestagsfraktion Rechnung getragen wird.

EntschlieBung Nr. 2 (Arbeitskreis I)

Der Bundesparteitag wolle beschlieBen:

Der Bundesparteitag beauftragt das Präsidium,

1. den Entwurf einer Grundsatzerklärung der CDU so bald wie möglich den Landes- und Kreisverbänden mit dem Auftrag zu überweisen, bis zum 31. Dezember 1964 Stellung zu nehmen;
2. die Grundsatzklärung dem nächsten Parteitag zur Verabschiedung vorzulegen.

EntschlieBung Nr. 3 (Arbeitskreis I)

Der Bundesparteitag wolle beschlieBen:

Der Bundesparteitag beauftragt das Präsidium, die Grundsatzthematik künftiger ordentlicher Parteitage den Landes- und Kreisverbänden mit dem einschlägigen Diskussionsmaterial drei Monate vor dem jeweiligen Parteitag bekanntzugeben.

EntschlieBung Nr. 4 (Arbeitskreis V)

Der Bundesparteitag wolle beschlieBen, dem Entwurf eines „Agrarpolitischen Programms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“*), entsprechend der Vorlage des Präsidioms mit folgenden Änderungen zuzustimmen:

Titel: Agrarpolitisches Aktionsprogramm der CDU

(anstelle von: „Agrarpolitisches Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“)

Seite 8 (Verbesserung der Wettbewerbslage):

Zur Verbesserung der Wettbewerbslage und zur Herstellung gleicher Startbedingungen mit dem Ziel der Kostensenkung müssen in Anpas-

*) Nachstehend abgedruckt in angenommener Fassung.

sung an die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes folgende Forderungen erfüllt werden:

- a) Ablehnung jeglicher steuerlicher Mehrbelastung, insbesondere in Verbindung mit der Einführung der Mehrwertsteuer und der Neufestsetzung der Einheitswerte,
- b) Befreiung von den Abgaben auf Dieselkraftstoff.

Geprüft werden sollte die Übernahme der Lastenausgleichsabgaben durch den Bund und die Verringerung der Grundsteuer A.

(anstelle von:

Zur Verbesserung der Wettbewerbslage und zur Herstellung gleicher Startbedingungen erfüllt werden:

- a) Ablehnung jeglicher steuerlicher Mehrbelastung, insbesondere in Verbindung mit der Einführung der Mehrwertsteuer und der Neufestsetzung der Einheitswerte,
- b) Übernahme der Lastenausgleichsabgaben durch den Bund,
- c) Verringerung der Grundsteuer A,
- d) Befreiung von den Abgaben auf Dieselkraftstoff.)

Entschließung Nr. 5

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Der Bundesparteitag billigt die ihm vom Bundesausschuß für Gesundheitspolitik vorgelegten „Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik“.

Er beauftragt das Präsidium, auf dieser Grundlage ein „Gesundheitspolitisches Aktionsprogramm der CDU“ zu formulieren.

Weitere Entschließungen

Entschließung des Landesverbandes Oder/Neiße der CDU/CSU vom 14. 3. 1964 auf der Delegiertenversammlung in Hannover

Der Landesverband Oder/Neiße der CDU/CSU erwartet:

I. auf dem Vertriebenensektor:

1. Die schnellste Verabschiedung der 17. Novelle zum LAG und damit eine Aufstockung und Neuordnung der sozialen Individualleistungen.
Damit werden auch für die Zonenflüchtlingsgesetzgebung grundlegende Richtlinien gegeben.
2. Dringend geboten sind Maßnahmen, die eine Fristverkürzung der Abwicklung der Hauptentschädigung sicherstellen.
3. Die Eingliederungsmaßnahmen, vor allem auf dem landwirtschaftlichen- und Wohnungsbausektor, sind noch lange nicht befriedigend.

Der gesetzlich festgelegte Auslauf der Aufbaudarlehen ist verfrüht. Spätaussiedler wären beim Auslauf im Jahr 1965 ausgeschlossen.

4. Der abgelaufene erste 5-Jahresplan der landwirtschaftlichen Eingliederung ist durch einen zweiten 5-Jahresplan fortzuführen. Die Finanzierungsrichtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung sind, da veraltet und unübersichtlich geworden, zu überprüfen und neuzufassen.
5. Der Stichtag 1952 für verstorbene Hauptentschädigungsberechtigte in der sowjetisch besetzten Zone ist zu ändern, da ansonsten die in der Bundesrepublik wohnenden Erben keine Ansprüche haben.

II. auf dem Flüchtlingssektor:

Der Landesverband Oder/Neiße der CDU/CSU bekennt sich grundsätzlich zur vollen rechtlichen Gleichstellung aller Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen. Er erwartet, daß der Bundestag noch in diesem Jahr das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz verabschiedet. Im Zuge der Beratung des Gesetzes für Hilfsmaßnahmen für Zonenflüchtlinge ist Sorge zu tragen, daß auch die 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge, die nicht den C-Ausweis besitzen, bei allen Eingliederungsmaßnahmen gleichgestellt werden. Hierbei muß insbesondere die Altersversorgung der ehemaligen Selbständigen angemessen geregelt werden.

III. Der Landesverband Oder/Neiße der CDU/CSU beantragt, in den Entwurf aufzunehmen:

Die CDU fordert, bei allen Verhandlungen mit Ländern unter kommunistischer Herrschaft die Einführung der Menschenrechte der UNO, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts nach den Grundsätzen des objektiven Völkerrechts, das Recht der Unverletzlichkeit der Person und das Recht auf Freizügigkeit für alle Völker Ost-Europas zu fördern. Nur auf der Grundlage gleichen Rechts sind Verhandlungen möglich. Die Vertriebenen und Flüchtlinge fühlen sich mit allen freien Völkern für die Durchführung der Menschenrechte, insbesondere in ihren Heimatländern, verantwortlich.

Entschließungsantrag des Mittelstandskreises der CDU/CSU

Der Parteitag fordert

die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden auf, die Politik der Sozialen Marktwirtschaft fortzusetzen, auszubauen und sie auf keinen Fall durch eine währungsgefährdende Finanz- und Ausgabenpolitik zu stören. Es bedarf eines verantwortlichen Zusammenwirkens aller, um die von der CDU angestrebte freiheitliche Gesellschaftsordnung, in der der einzelne selbstverantwortlich leben kann, zu verwirklichen.

Folgende Maßnahmen sind dabei vordringlich:

1. Die Erhaltung eines **stabilen Preisniveaus** durch Abwehr aller von innen oder außen drohenden Gefahren. Dazu muß gefordert werden:
 - a) In der EWG eine Politik ausgeglichener Staatshaushalte, deren Orientierung am realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts und eine konservative Kreditpolitik.
 - b) Eine wirksame Beschränkung aller Haushalte in Bund, Ländern, Gemeinden und parafiskalischen Einrichtungen sowie eine an den Marktmöglichkeiten ausgerichtete Abstimmung der öffentlichen Investitionen, auch mittels zusätzlicher Instrumente.
 - c) Eine verantwortungsbewußte Preis- und Investitionspolitik der Unternehmer, unterstützt durch die Wettbewerbspolitik des Staates.
 - d) Eine die Knappheit an Arbeitskräften berücksichtigende Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften.
 - e) Eine stabilitätsbewußte Lohnpolitik der Tarifpartner.
 - f) Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Marktübersicht der Verbraucher.
2. Ausbau des Leistungswettbewerbs
Dazu muß insbesondere gefordert werden:
 - a) Die Verabschiedung der Aktienrechtsreform in der Fassung des Regierungsvorschlages.
 - b) Die Verbesserung des Kartellgesetzes auf der Grundlage der Regierungsvorschläge.
 - c) Die Einführung der Nettoumsatzsteuer unter Berücksichtigung der besonderen Probleme der Dienstleistungsbereiche.
 - d) Die Gleichstellung öffentlicher und privater Unternehmen.
 - e) Die beschleunigte Vorlage des überfälligen Berichtes des Bundesfinanzministeriums über die steuerlichen Wettbewerbsverfälschungen, insbesondere durch das zwischenstaatliche Steuergeschehen.
 - f) Die Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Erweiterung des Wettbewerbs auf dem Geld- und Kapitalmarkt.
 - g) Die beschleunigte Harmonisierung der Wettbewerbspolitik in der EWG.
3. Ausbau einer allen Gruppen zugute kommenden **Eigentumspolitik** durch geeignete steuerliche und wettbewerbspolitische Maßnahmen, die auch dem kleinen Eigentümer den Besitz wirtschaftlich **genützten** Vermögens ermöglichen und ihn auch vom Ertrag her interessant machen.
4. Stärkung der Möglichkeiten der **Selbstverantwortung in der Sozialpolitik**. Dazu gehören

- a) die Überprüfung der Vorschläge zur Änderung der Lohnfortzahlung und der Krankenversicherung unter Beachtung der Ergebnisse der Sozialenquète;
 - b) der Ausbau der Familienpolitik, insbesondere des Familienlastenausgleichs;
 - c) die Öffnung der Sozialversicherung für jedermann, bei Verpflichtung zu einer bestimmten Mindestversicherungszeit.
5. **Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes** auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und einer weltoffenen Haltung, die schon in den Ergebnissen der Kennedy-Runde ihren Ausdruck finden muß.
 6. Eine verstärkte **Förderung der Forschung und Ausbildung** in einer Form, die einem Staat im Herzen Europas im 20. Jahrhundert gerecht wird und die bewährten Grundlagen der deutschen Berufsausbildung fortentwickelt.
 7. Eine in die Gesamtpolitik eingegliederte **Mittelstandspolitik**.

Dazu gehört insbesondere:

- a) Die rasche Verabschiedung des vom CDU-Parteitag in Dortmund 1962 geforderten Umbaus des Einkommensteuertarifs.
- b) Der Ausbau der Gewerbeförderung.
- c) Eine Raumordnungspolitik, die ländliche Gebiete für die kleinen und mittleren Industrien erschließt.
- d) Die Förderung junger Existenzen und die Ausweitung der Bereiche unserer Volkswirtschaft, in denen Selbständige tätig sein können.
- e) Die Einbeziehung des landwirtschaftlichen Bereiches in die Wirtschaftspolitik.

Vorlage des Arbeitskreises III

A. Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Christlich Demokratische Union wird in Bund, Ländern und Gemeinden die Politik der Sozialen Marktwirtschaft fortsetzen und nicht durch eine währungsgefährdende Finanz- und Ausgabenpolitik stören lassen.

Die CDU dringt auf

1. die Erhaltung eines stabilen Preisniveaus.

Sie fordert deshalb

- a) die wirksame Beschränkung aller Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden und nur auf die Marktöglichkeiten abgestimmte öffentliche Investitionen;
- b) eine maßvolle Preis- und Investitionspolitik der Unternehmer;
- c) Arbeitszeitregelungen und eine Lohnpolitik der Tarifpartner, die die Geldwertstabilität nicht gefährden;
- d) eine Verbesserung der Marktübersicht für die Verbraucher;

- e) in der EWG eine Politik der ausgeglichenen Staatshaushalte, die sich am realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts orientiert und mit einer verantwortungsbewußten Kreditpolitik verbunden ist.
- 2. **die Förderung des Leistungswettbewerbs**, insbesondere durch die Verbesserung des Kartellgesetzes, die Einführung der Netto-Umsatzsteuer unter Berücksichtigung der besonderen Probleme der Dienstleistungsbereiche, die Reform des Aktienrechts.
- 3. **die beschleunigte Harmonisierung der Wettbewerbspolitik in der EWG.**

B. Eigentumspolitik

Der Parteitag begrüßt grundsätzlich die Empfehlungen zur Eigentumspolitik, die von einem Arbeitskreis evangelischer und katholischer Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler vorgelegt worden sind, und erwartet vom Gesetzgeber auch in Zukunft gezielte **eigentumspolitische Maßnahmen** sowie von den Sozialpartnern die **Unterstützung der Bemühungen** um die Vermögensbildung.

Bei allen eigentumspolitischen Maßnahmen muß beachtet werden, **daß sie nicht das Wachstum** unserer Volkswirtschaft, die **Vollbeschäftigung** und den **Geldwert** gefährden. Ein stabiler Geldwert ist die unerläßliche Voraussetzung einer gesellschaftspolitisch gewünschten breiten Eigentumsbildung.

Das Wachstum der Wirtschaft hängt entscheidend von den Investitionen ab. Sie werden u. a. bestimmt von den gegenwärtigen Unternehmer-Einkommen und den darauf beruhenden Unternehmer-Erwartungen für die Zukunft. Bei eigentumspolitischen Maßnahmen muß also beachtet werden, daß ausreichende Impulse für die unternehmerische Investitionstätigkeit erhalten bleiben.

Mit der Sicherung eines marktwirtschaftlichen Produktionsablaufs muß eine sozial befriedigende Einkommens- und Vermögensschichtung verbunden sein.

Daher fordert der Parteitag:

- a) Die Sparförderung durch Spar- und Wohnungsbauprämien muß erhalten bleiben.
- b) Die Sparleistung von Beziehern niedriger Einkommen muß stärker als bisher begünstigt werden.
- c) Das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer ist zu novellieren, damit es in größerem Umfang als bisher angewendet wird. Eine Kommission hat die Fragen einer Einbeziehung von tarifvertraglichen Vereinbarungen in das Vermögensbildungsgesetz zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Parteivorstand bis zum 31. Oktober dieses Jahres vorzulegen.
- d) Die erfolgreich begonnene soziale Privatisierung von Unternehmungen des Bundes soll fortgesetzt und auf Unternehmungen

der Länder und Gemeinden ausgedehnt werden. Die soziale Privatisierung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Veaba) sollte baldigst durchgeführt werden.

- e) Der soziale Wohnungsbau, insbesondere der Bau von Familienheimen, muß auch nach Auslaufen des 2. Wohnungsbaugesetzes weiter ideell und finanziell durch Bund, Länder und Gemeinden gefördert werden.
- f) Die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus erstellten und künftig entstehenden Wohnungen sollten möglichst der privaten Eigentumbildung zugeführt werden. Bund, Länder und Gemeinden haben dabei mit gutem Beispiel voranzugehen.
- g) Eine Steuersenkung für die kleinen und mittleren Einkommen zum Zwecke und im Rahmen der notwendigen Erleichterung der Eigenkapitalbildung ist durchzuführen.

C. Sozialpolitik

Der Parteitag stellt fest, daß die CDU wesentliche Erfolge in der modernen Gesellschaftspolitik erreicht hat. Es ist nicht Schuld der CDU, daß in der Sozialpolitik bisher in dieser Legislaturperiode nicht alle Ziele erreicht werden konnten.

Der Parteitag fordert:

- a) Die arbeitsrechtliche Lösung bei der Lohnfortzahlung ist bei gleichzeitiger Verwirklichung der Reform der sozialen Krankenversicherung einzuführen.
- b) Die Wohlfahrt der Familien ist die Voraussetzung einer gesunden sittlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes. Deshalb fordert der Parteitag einen umfassenden Familienlastenausgleich und ein den gesundheitlichen Erfordernissen gerecht werdendes und den wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechendes Mutterschutzgesetz. Der Wegfall der Einkommensgrenze beim Zweitkindergeld ist zu prüfen. Die Erhöhung des Drittkindergeldes ist anzustreben.
- c) Die in Betrieb und Verwaltung übliche, weithin vom Mann geprägte Arbeitsordnung ist im Blick auf Wesen und Eigenart der weiblichen Jugendlichen und der Frauen neu zu durchdenken und zu regeln. Je mehr die Arbeit und ihre Ordnung auf die Lebenswirklichkeit der Frau, auf ihre körperliche und seelische Eigenart, auf ihre Lebensaufgabe in Familie und Beruf abgestellt sind, desto besser und gleichmäßiger ist die berufliche Leistung der Frau in Betrieb und Verwaltung. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist hierbei selbstverständliche Voraussetzung.
- d) Die Rentenneuregelung hat sich bewährt. Nach den seit 1957 gemachten Erfahrungen ist aber ihre Novellierung in Einzelheiten geboten. Die Novelle muß Unzulänglichkeiten und Härten beseitigen. So darf die Lücke zwischen den Bestands- und Zugangsrrenten nicht größer werden. Die früher mögliche Überversicherung in der Angestelltenversicherung soll der heutigen Höherver-

sicherung in der Bewertung gleichgestellt werden. Die Benachteiligung infolge der Nichtberücksichtigung früherer Ausbildungszeiten, die Unzulänglichkeit bei der Neuberechnung von Witwenrenten im Vergleich zu den Umstellungsrenten und schließlich die Benachteiligung der Berufsgruppen, deren Entlohnung aus Bargeld und Sachbezügen bestand (z. B. Krankenschwestern, Hausgehilfinnen, landwirtschaftliche Arbeiter) sind zu beseitigen. Die Versicherungspflichtgrenze in der Rentenversicherung der Angestellten ist den heutigen Verhältnissen anzupassen. Die Alterssicherung der Selbständigen soll ausgebaut werden.

- e) Der Parteitag bekennt sich zu dem Anspruch der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen auf eine der Größe des gebrachten Opfers entsprechende Versorgung durch die Gemeinschaft unseres Volkes.

Er verweist auf die bisherigen Leistungen der Kriegsopferversorgung, die bisher insgesamt eine Summe von 48,8 Milliarden DM erfordert haben.

Es wird eine der sozialen und rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik entsprechende Fortentwicklung des Kriegsopferechts befürwortet.

Die Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen, Kriegereltern und -waisen müssen am wachsenden Sozialprodukt Anteil haben.

Die Sozialhilfe für Kriegsofper ist auszuschöpfen und weiter zu entwickeln.

D. Mittelstandspolitik

Neben den allgemeinen Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik sind zur Förderung des Mittelstandes insbesondere notwendig:

- a) Der Ausbau der Gewerbeförderung,
- b) Eine Raumordnungspolitik, die ländliche Gebiete für die kleinen und mittleren Industrien erschließt,
- c) Die Förderung junger Existenzen und die Ausweitung der Bereiche unserer Volkswirtschaft, in denen Selbständige tätig sein können.

E. Öffentlicher Dienst

Der Parteitag fordert:

- a) Eine angemessene Beteiligung aller öffentlich Bediensteten an der allgemeinen Einkommensentwicklung.
- b) Die Bundesregierung soll die inzwischen eingeleitete Überprüfung der Besoldungslage im öffentlichen Dienst beschleunigen und ihre Absichten sobald wie möglich bekanntgeben. Dabei sollen berechnigte familienpolitische Anliegen berücksichtigt werden.
- c) Die Bemühungen der Bundesregierung, das Besoldungsrecht und das übrige öffentliche Dienstordnungsrecht in Bund, Ländern und Gemeinden möglichst einheitlich zu gestalten, werden nachdrücklich unterstützt.

F. Vertriebene und Flüchtlinge

I. Vertriebene

Der Parteitag fordert:

- a) Die unverzügliche Verabschiedung der 17. Novelle zum LAG, damit eine Aufstockung und Neuordnung der Sozial-Individualleistungen erreicht wird.
- b) Maßnahmen, die die Fristen für die Abwicklung der Hauptentschädigung verkürzen,
- c) Weitere Eingliederungsmaßnahmen vor allem auf dem landwirtschaftlichen und Wohnungsbausektor.
Verlängerung des bereits gesetzlich festgelegten Ablaufs der Aufbaudarlehen.
- d) Durchführung eines 2. Fünfjahresplans der landwirtschaftlichen Eingliederung,
Überprüfung und Neufassung der Finanzierungsrichtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung.
- e) Änderung des Stichtags (1952) für verstorbene Hauptentschädigungsberechtigte in der SBZ, da sonst die in der Bundesrepublik wohnenden Erben keine Ansprüche haben.

II. Flüchtlinge

Die Flüchtlingsgesetzgebung ist weiter auszubauen.

Dringlich erscheinen folgende Maßnahmen:

- a) Den Flüchtlingen, die mit dem Verlust ihrer selbständigen Existenz und ihrer Heimat die Alterssicherung verloren haben, sind laufende Beihilfen zu gewähren.
- b) Das Feststellungs- und Beweissicherungsgesetz ist unverzüglich zu verabschieden.
- c) Das Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem Sowjetsektor von Berlin ist beschleunigt zu verabschieden.
- d) Überbrückungshilfen an Flüchtlinge sind sofort nach dem Eintreffen zu gewähren.
- e) Unsere Mitglieder fordern wir auf, sich besonders der jungen Flüchtlinge anzunehmen, die meist ohne Familienanschluß hier leben müssen.

Agrarpolitisches Aktionsprogramm der CDU (Beschlossene Fassung)

I.

Leitbild der Agrarpolitik bleibt für die Christlich Demokratische Union in Übereinstimmung mit dem Landwirtschaftsgesetz und dem EWG-Vertrag die Erhaltung und Schaffung möglichst vieler selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe.

Für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen kommt es bei der stetigen Aufwärtsentwicklung anderer Wirtschaftsbereiche, der notwendigen Technisierung in Haus, Hof und Feld, der immer enger werdenden Verflechtung mit der übrigen Wirtschaft und bei dem wachsenden Wettbewerb des größeren Marktes darauf an, bei angeglichenen Arbeits- und Lebensverhältnissen ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften.

Die bäuerlichen Familienbetriebe müssen als tragende Grundlage der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Versorgung der Bevölkerung erhalten bleiben. Sie sollen auch in der Zukunft in mannigfacher Art und Größe bestehen. Aus gesellschaftspolitischer Verantwortung bejaht die Christlich Demokratische Union Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe.

Die Landwirtschaft unterliegt bei ihrer Abhängigkeit von der Natur schwierigen Bedingungen. Sie kann den technischen Fortschritt nicht in gleicher Weise wie die übrige Wirtschaft nutzen. Daher muß die Gesamtheit die Anstrengungen unserer Bauern zur Sicherung ihrer Existenz unterstützen.

Die Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen auf der Grundlage des bäuerlichen Familienbetriebes ist auch für die Verbraucher die beste Gewähr dafür, daß sie stetig mit hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen versorgt werden.

II.

Die Christlich Demokratische Union bejaht ein geeintes Europa auch für die Landwirtschaft und ihren Markt. Aus dieser politisch notwendigen Entwicklung dürfen sich keine einseitigen Benachteiligungen für unsere Landwirtschaft ergeben. Auch in einem geeinten Europa ist eine gesunde Landwirtschaft in allen Partnerländern eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Fortschritt und die politische Sicherheit.

Unsere Agrarpolitik muß die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft berücksichtigen, die sich aus den strukturellen und naturbedingten Unterschieden landwirtschaftlicher Gebiete und aus der engen Verflechtung mit der gesamten Volkswirtschaft ergeben.

Die im EWG-Vertrag vorgesehenen Schutzmaßnahmen müssen in der Übergangszeit voll genutzt werden, damit unsere Landwirtschaft bei ihrer Umstellung und Anpassung wettbewerbsfähig wird.

Die Erhaltung des deutschen Agrarpreisniveaus in der EWG ist die entscheidende Voraussetzung für die Existenz der bäuerlichen Betriebe. Das gilt vor allem für den deutschen Getreidepreis, der als Eckpreis für die gesamte Boden- und Veredelungsproduktion die Höhe der wesentlichen Agrarpreise beeinflußt.

III.

Die bisherige Agrarpolitik muß konsequent fortgeführt werden. Dabei werden gemäß § 1 des Landwirtschaftsgesetzes die Maßnahmen der

allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik, insbesondere der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik auch im Gemeinsamen Markt eine vorrangige Bedeutung behalten. Daneben entscheiden die Maßnahmen zur Förderung der Produktivität und zur Senkung der Kosten wesentlich über die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft. Sie stehen daher im Rahmen aller Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder im Vordergrund.

Die sich ständig ändernden Verhältnisse im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik machen es jedoch notwendig, alle agrarpolitischen Maßnahmen diesen Wandlungen anzupassen. Deshalb muß die Agrarpolitik, insbesondere auch der Grüne Plan, aus Gründen der Zweckmäßigkeit eine straffe Ordnung aller Maßnahmen nach folgenden Schwerpunkten vorsehen:

1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse

Zur Verbesserung der Agrarstruktur müssen die bisherigen Maßnahmen verstärkt auf die Entwicklung und Umstellung der Betriebe abgestellt werden. Die nach umfassender Durchführung aller Strukturmaßnahmen für den bäuerlichen Betrieb entstehenden finanziellen Belastungen pro Hektar müssen in einem angemessenen Verhältnis zur Ertragslage stehen.

Es ist deshalb eine Ausweitung der Zinsverbilligungsmaßnahmen zwingend notwendig. Darüber hinaus müssen die Bundeszuschüsse zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse erhöht werden.

Die Christlich Demokratische Union vertritt die Auffassung, daß alle strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft allein auf der freien Entscheidung des Eigentümers – ohne behördlichen Zwang – beruhen müssen.

Bei der Neuordnung des ländlichen Raumes müssen alle Möglichkeiten der Ansiedlung von heimatvertriebenen Bauern genutzt werden.

Zur Festigung der Existenz einer großen Anzahl bäuerlicher Familienbetriebe sind wirksame Anreize für die Landmobilisierung zu entwickeln. Bei dem Verkauf oder der langfristigen Verpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen zwecks Verbesserung der Agrarstruktur müssen zusätzliche Hilfen gegeben werden, damit der Landabgeber Möglichkeiten zur Sicherung seiner Existenz sowie zur Verbesserung seiner Wohn- und Lebensverhältnisse im ländlichen Raum erhält.

Der auf Initiative der Christlich Demokratischen Union geschaffene Hofkredit hat sich als eine der wirksamsten Maßnahmen zur Modernisierung und Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe bewährt.

Die entsprechenden Zinsverbilligungsmittel müssen verstärkt und die Laufzeiten für langfristige Investitionen auf 30 Jahre ausgedehnt werden. Die eingeleitete Konsolidierung hochverzinslicher Verbindlichkeiten ist beschleunigt fortzusetzen.

2. Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur bringen auf lange Sicht nur dann einen Erfolg, wenn die Einkommensverhältnisse in den bäuerlichen Betrieben gesichert sind.

Die Förderungsmaßnahmen zur rationellen Erzeugung und zur Steigerung von Qualität und Absatz sind weiter zu verstärken.

Zur Verbesserung der Einkommenslage muß deshalb der Förderungszuschlag zum Auszahlungspreis für Milch von Bund und Ländern weiter gewährt werden.

3. Maßnahmen zur sozialen Sicherung

Die Landwirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, ihre soziale Sicherung aus dem Einkommen ihrer Betriebe zu finden. Auch im Hinblick auf die günstigere Regelung in benachbarten Ländern müssen zusätzliche Hilfen gewährt werden.

Deshalb fordert die Christlich Demokratische Union:

- a) für die mitarbeitenden Familienangehörigen, soweit ein Arbeitsvertrag vorliegt, die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung;
- b) die Schaffung von Landkrankenkassen im ganzen Bundesgebiet;
- c) eine wesentliche Erhöhung der Unfallrenten für den Betriebsunternehmer und seinen Ehegatten;
- d) den weiteren organischen Ausbau der Altershilfe, wobei folgende Maßnahmen vordringlich sind:
 - Ausdehnung der Altershilfe auf die mithelfenden Familienangehörigen, die bisher nicht versichert waren und keinen ausreichenden Anspruch auf Altersrente haben, sofern sie das 65. Lebensjahr erreicht und während ihres Berufslebens überwiegend in der Landwirtschaft gearbeitet haben;
 - die Schaffung einer Krankenbeihilfe für die Empfänger der Altershilfe;
 - besondere Maßnahmen zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, insbesondere zur Durchführung von Heilverfahren; dabei sollte der Träger der Altershilfe die Möglichkeit haben, während des Heilverfahrens eine Ersatzkraft für den Betrieb zu stellen.

4. Bildung und Ausbildung

Der wirtschaftliche Fortschritt wird auch in der Landwirtschaft durch Bildung und Ausbildung des Nachwuchses entschieden. Umfassenderem Wissen und Können aller in der Landwirtschaft tätigen Menschen kommt für die Zukunft besondere Bedeutung zu. Daher müssen die Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande verbessert werden.

Die Christlich Demokratische Union fordert von den Ländern, die Möglichkeiten der Bildung, der fachlichen Weiterbildung und der beruflichen Umschulung im ländlichen Raum für Kinder, Jugendliche und

Erwachsene entsprechend den bewährten Einrichtungen in städtischen Bereichen anzugleichen.

5. Verbesserung der Hauswirtschaft und Gesundheitspflege

Die Landfrau muß ihren eigentlichen Aufgaben in Familie und Hauswirtschaft gerecht werden können. In ihrem Wirkungsbereich müssen daher in großzügiger Weise Arbeiterleichterungen mittels baulicher Veränderungen durch verstärkten Einsatz von Sondermitteln gefördert werden. Der bisherige Verwendungszweck dieser Mittel ist zu erweitern. Der Mangel an Arbeitskräften läßt für viele Familienbetriebe eine Notlage entstehen, wenn Bauer oder Bäuerin durch Krankheit oder andere Behinderung ausfallen. Deshalb verdienen die Ausbildung und der Einsatz der Dorfhelferin und des Betriebshelfers besondere Förderung. Die Christlich Demokratische Union unterstützt nachhaltig die Bestrebungen, Erholungs- und Bildungsfreizeiten für die Bäuerin zu schaffen.

Die Gesundheitspflege und die hygienischen Bedingungen im ländlichen Raum sind zu verbessern. Insbesondere kommt einer umfassenden Aufklärung über die zunehmende Gesundheitsgefährdung erhebliche Bedeutung zu.

IV.

Die Christlich Demokratische Union bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die deutsche Landwirtschaft durch die EWG keine Einkommensverluste erleiden darf. Der fortschreitende Gemeinsame Markt fordert von der deutschen Landwirtschaft erhebliche zusätzliche Investitionen zur Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Absatzformen ihrer Erzeugnisse an die veränderten Wettbewerbsverhältnisse. Durch eine beschleunigte Strukturwandlung innerhalb der Landwirtschaft werden sehr unterschiedliche Auswirkungen in den einzelnen Agrarräumen eintreten. Auf diese Wandlungen müssen die Maßnahmen der Dorferneuerung, der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftsstruktur abgestimmt werden. Von der Lösung dieser Aufgaben wird es abhängen, ob der ländliche Raum in seiner wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Entwicklung so gestaltet sowie in seinen kulturellen Bemühungen so unterstützt werden kann, daß er seinen Menschen Heimat bleibt.

Darüber hinaus fordert die Christlich Demokratische Union ein EWG-Anpassungsprogramm, das die Landwirtschaft befähigt, sich auf die Erfordernisse des Gemeinsamen Marktes einzustellen.

1. Erzeugung und Absatz

Bei der Konzentration der Nachfrage und im Angebot der Wettbewerbsländer muß die Landwirtschaft, um ihren Marktanteil zu erhöhen, ihre Erzeugnisse in einheitlichen Mengen guter Qualität anbieten.

Die Christlich Demokratische Union unterstützt die mannigfachen Initiativen der Landwirtschaft mit dem Ziel der Kostensenkung, insbesondere:

a) die Spezialisierung der Erzeugung in den Betrieben,

- b) die Bildung gebietlicher Erzeugungsschwerpunkte und
- c) die Zusammenfassung, Sortierung, Lagerung und Aufbereitung des Angebotes.

Diese Bestrebungen der aktiven Selbsthilfe und der vertraglichen Verbundwirtschaft, der Schaffung leistungsfähiger Absatzeinrichtungen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und zur Sicherung ihrer Rentabilität müssen stärker gefördert werden.

Die deutsche Landwirtschaft kann angesichts der öffentlich-rechtlichen Marktverbände in den EWG-Partnerländern ihren Marktanteil nur behaupten, wenn sie über entsprechende Einrichtungen verfügt. Zu diesem Zweck sind auf gesetzlicher Grundlage auch in der Bundesrepublik Deutschland Marktfonds zu errichten, denen insbesondere die Durchführung und Finanzierung von Qualitätskontrollen, von Werbe- und Exportförderungsmaßnahmen sowie von Marktinterventionen zum Ausgleich saisonaler und zyklischer Schwankungen obliegen.

2. Verbesserung der Wettbewerbslage

Zur Verbesserung der Wettbewerbslage und zur Herstellung gleicher Startbedingungen mit dem Ziel der Kostensenkung müssen in Anpassung an die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes folgende Forderungen erfüllt werden:

- a) Ablehnung jeglicher steuerlichen Mehrbelastung, insbesondere in Verbindung mit der Einführung der Mehrwertsteuer und der Neufestsetzung der Einheitswerte,
- b) Befreiung von den Abgaben auf Dieselkraftstoff.

Geprüft werden sollte die Übernahme der Lastenausgleichsabgaben durch den Bund und die Verringerung der Grundsteuer A.

V.

Das agrarpolitische Ziel, auch in der Industriegesellschaft und im Wettbewerb des größeren Marktes möglichst viele lebensfähige landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten, läßt sich bei der Vielgestaltigkeit, bei der Fülle und bei den Schwierigkeiten dieser Probleme nur erreichen, wenn auch die Landjugend, aus der die Betriebsleiter von morgen erwachsen, verantwortlich an der Verwirklichung dieser Aufgaben beteiligt wird.

VI.

Die Christlich Demokratische Union ist entschlossen, in der Agrarpolitik die Initiative und die Führung zu behalten. Sie ist überzeugt, daß die Lösung der damit verbundenen agrarpolitischen Aufgaben zu den Voraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins und zu einer christlichen Verantwortung für den Mitmenschen gehört.

Die Agrarpolitik der Christlich Demokratischen Union soll dem Bauern für die Gegenwart und für die Zukunft Mut und Sicherheit geben.

Jugendforum

„Junge Leute fragen Bundeskanzler Erhard“

Podiumsgespräch, Samstag, 14. März 1964, 19.30 Uhr,
in der Stadthalle Hannover

ERÖFFNUNG

Dr. KLEPSCH

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie namens der Jungen Union Deutschlands recht herzlich zu unserem Gespräch heute abend hier begrüßen. Besonders freue ich mich aber, unseren Gast, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Prof. Dr. Ludwig Erhard, in unserem Kreise begrüßen zu dürfen.

(Langanhaltender Begrüßungsbeifall.)

Wir haben Sie zu diesem Gespräch hierher gebeten, weil wir meinen, daß es eine gute Gelegenheit ist, am Rande des Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union in Hannover ein Gespräch junger Menschen mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu führen über Fragen, die uns, die junge Generation, bewegen, die wir an ihn, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, zu richten haben, auf die wir eine ebenso freimütige wie eindeutige und klare Antwort erwarten, wie wir es vom Stil unseres zweiten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland gewohnt sind.

Ich darf hoffen, daß am heutigen Abend die Fragen, die uns bewegen und die wir mit dem Regierungschef unseres Staates von der Warte der Jugend aus diskutieren wollen, offen angesprochen werden. In diesem Sinne bitte ich Herrn Dr. Rathke, die Leitung dieses Gesprächs mit unserem verehrten Bundeskanzler zu übernehmen.

Dr. RATHKE

Meine Damen und Herren, Veranstaltungen dieser Art werden gern mit der Anrede „Liebe junge Freunde“ eingeleitet. Gerade diese Form des gönnerhaften Schulterklopfens, von den Erwachsenen so gerne ausgeübt, mögen Sie alle sicherlich nicht. Ich glaube daher, daß das Wort „Liebe junge Freunde“ heute abend nicht gesagt werden wird aus dem einfachen Grunde, weil wir wissen, daß die jungen Menschen von heute ernstgenommen werden wollen und ernstgenommen werden können. Daß die Christlich Demokratische Union die jungen Leute ernstnimmt, dafür ist, wie ich glaube, das beste Zeichen, daß der Mann hier unter uns sitzt, der die Richtlinien der Politik der Bundesrepublik bestimmt. Ich darf Ihnen, wie das so die Art der Presseleute ist, aus dem Nähkästchen mitteilen, daß Herr Professor Erhard, als wir die Idee hatten, ein Jugendforum zu veranstalten, mit sehr großer Freude, ja, ich möchte schon sagen, mit Begeisterung zugestimmt hat, sich heute abend hier mit Ihnen zu unterhalten.

Wovon wollen wir nun sprechen? Wir sprechen selbstverständlich von Politik. Alles, was auf diesem Bundesparteitag besprochen wird, ist Politik, und was wir heute abend besprechen wollen, ist ebenfalls Politik. Sie kennen alle die Definition der Politik als der Kunst des Möglichen. Aber ich muß sagen, hier neben uns sitzt einer, der bewiesen hat, daß Politik nicht nur die Kunst des Möglichen ist, sondern auch die Kunst, das Notwendige erst möglich zu machen.

Ich darf Sie um folgendes bitten: Die Themenkreise, die wir besprechen wollen, sollen sich um die große Politik drehen. Es wäre nicht gerade das Richtige, wenn wir über hannoversche Kommunalprobleme sprächen, und es wäre wahrscheinlich auch nicht ganz richtig, wenn wir niedersächsische Landesprobleme oder Dinge besprechen wollten, die so spezifiziert sind, daß sie den Beamten der Ressorts überlassen bleiben sollten. Ich darf also bitten, die Fragen so zu stellen: Große Politik – wir haben den Mann unter uns, der diese Fragen beantworten kann. Jetzt möchte ich Herrn Bundeskanzler Erhard bitten, uns zunächst einige Worte zu sagen.

Bundeskanzler Prof. Dr. ERHARD

Meine Damen und Herren – und ich sage es trotzdem! – meine lieben jungen Freunde! Das ist ja nicht verboten. Ich bin diesem Rufe wirklich gern gefolgt, denn es entspricht meiner Art, sich mit Menschen auszutauschen, gerade mit jungen Menschen. Ich habe in der kurzen Zeit seit meiner Amtsübernahme zweimal vor dem Forum der Universitäten gesprochen. Ich war gestern abend noch bei dem Verband der Deutschen Studentenschaften. Aber fassen Sie das nicht falsch auf; das soll nicht eine Bevorzugung der akademischen Jugend bedeuten, sondern nur deutlich machen, wie sehr mir daran liegt, die jungen Menschen mit an das politische Leben und an die Verantwortung heranzuziehen.

Ich bin nicht allwissend, und ich kann nicht vorher sagen, ob ich alle Ihre Fragen völlig zutreffend und exakt beantworten kann. Es ist so wie in Goethes Schauspiel „Faust“: „Zwar weiß ich viel, doch möcht' ich alles wissen!“ – Das aber ist uns Menschen verwehrt, und darum, glaube ich, sollten wir uns darüber klar sein, daß alles, was vielleicht – nicht aus Hintergründigkeit – keine letzte Beantwortung finden kann, eben als offenes Problem fort dauert. Das ist in der Politik so. Aber Sie können von mir erwarten, und ich erwarte es von Ihnen, daß wir dieses Gespräch in großer Offenheit, in Redlichkeit und Wahrhaftigkeit miteinander führen wollen, um zum Kern der Sache vorzustoßen.

Dr. RATHKE

dankt dem Bundeskanzler für diese einleitenden Worte. Zur technischen Durchführung: Gerhard Elschner und Dieter Hesse stehen mit Mikrofonen im Saal. Die Frager sind gebeten, in die Mikrophone zu sprechen und zunächst ihr Alter und ihren Beruf anzugeben. Angaben, die den Herrn Bundeskanzler sehr interessieren. Der Bundeskanzler soll nach jeder Frage um seine Antwort gebeten werden. Bei der Zahl der schon vorliegenden Meldungen wird Verständnis dafür erwartet, daß jedem Fragesteller jeweils nur eine Frage zugebilligt werden kann.

Allen soll Gelegenheit gegeben werden, mit dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen, und dem Bundeskanzler, von den jungen Menschen ihre Probleme von heute selbst zu hören. Wir haben dafür um etwa anderthalb Stunden Zeit gebeten.

Frager (24 Jahre alt, Beamter):

Herr Bundeskanzler, nach dem Grundgesetz sind die Abgeordneten des Bundestages ja nur ihrem Gewissen unterworfen. Bekanntlich gibt es jedoch den Fraktionszwang, durch den Abgeordnete häufig gezwungen werden, anders abzustimmen als sie es eigentlich ursprünglich selbst wollten. Wie ist die Praxis der CDU im Hinblick auf den sogenannten Fraktionszwang, und wie kann man diesem Übel begegnen?

Antwort:

Ich kann Ihnen für die CDU/CSU sagen, daß wir keinen Fraktionszwang kennen und ihn also auch nicht ausüben, ja, ich möchte ergänzend sogar sagen, daß jeder darauf abzielende Versuch bei einer so differenzierten Partei nahezu unmöglich wäre. Es hat in den letzten 14 Jahren namentliche Abstimmungen gegeben, in denen bei der CDU/CSU – bitte nicht auf das Komma genau, aber in etwa – 84mal eine völlige Übereinstimmung bestand, die Sie als Fraktionszwang deuten mögen. Bei der SPD war die Übereinstimmung ungefähr 320mal gegeben, bei der FDP etwa 130- bis 140mal. Sie sehen also, daß die größte Freizügigkeit – auch in der persönlichen Haltung –, die sich ja in der Abstimmung niederschlägt, bisher zweifellos bei der CDU/CSU geübt wurde. Die Zahlen, die ich hier aus dem Gedächtnis genannt habe, sind auf ihre Exaktheit nachzuprüfen.

Frager (25 Jahre alt, Jugendpfleger):

Herr Bundeskanzler, ich habe eine jugendpolitische Frage, aufgeteilt in zwei Teile, zu stellen. Einmal: Wir erleben jetzt, daß im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerkes eine echte Begegnung zwischen der deutschen und der französischen Jugend erfolgt. Sind Sie nicht auch der Meinung, daß nun dieses deutsch-französische Jugendwerk sich ausweiten sollte auf ein europäisches Jugendwerk?

Den zweiten Teil meiner Frage möchte ich so stellen: Wir haben in der letzten Zeit gehört, daß am Bundesjugendplan eine Kritik geübt wird, die darauffhinausgeht, daß zum Teil die Verbände ihre Gelder etwas unsachlich verbrauchten. Sind Sie der Meinung, daß auch in Zukunft den Jugendorganisationen im Rahmen des Bundesjugendplanes eine tatsächliche und reelle Hilfe zugeführt werden sollte?

Antwort:

Ich beantworte diese zweiteilige Frage sehr gerne. Sie sprachen zuerst vom deutsch-französischen Jugendwerk. Das beansprucht für sich keinerlei Exklusivität. Wir sind grundsätzlich bereit, mit jedem anderen Land ähnliche oder gleiche Vereinbarungen zu treffen. Grundsätzlich ist auch schon ein Beschluß gefaßt worden, daß das deutsch-franzö-

sische Jugendwerk der Jugend anderer europäischer Länder ebenfalls offenstehen soll. Aber Sie werden mit mir zusammen nicht verkennen dürfen, daß die deutsch-französischen Beziehungen nach aller Tragik der Geschichte eben doch einer besonderen Pflege bedürfen. Denn die Jugend muß ja die Überzeugung im Herzen tragen, daß wir über die vermeintlich gesetzmäßige und ewige Erbfeindschaft zwischen diesen beiden Ländern hinausgefunden haben. Wir freuen uns über die Begegnung, weil wir glauben, daß damit das Verstehen und das Zusammenstehenwollen der Jugend dieser beiden Völker wesentlich gefördert werden wird. Wir haben in beiden Ländern eine Umfrage nicht nur unter der organisierten Jugend, sondern unter der Jugend schlechthin veranstaltet, wie sie eigentlich zu diesem deutsch-französischen Jugendplan stehe. Das hat ein sehr erfreuliches Ergebnis gezeitigt. 87 % aller Befragten bejahen diesen Jugendplan. Was vielleicht auch interessant ist: Fast der gleiche Prozentsatz wünscht die Begegnung mit der Jugend des anderen Volkes nicht etwa in der Fremde, sondern in der Heimat. Der Jugendplan ist also nicht etwa ein Instrument, um billige Erholungsreisen zu machen, nein, die Deutschen wünschen Begegnungen mit den Franzosen auf deutschem Boden, und die Franzosen wünschen, daß die Deutschen zu ihnen nach Frankreich kommen. Ich glaube, daß das auch im Sinne der Verständigung liegt und einer Reife der Beziehungen sehr dienlich sein wird. Wir sind natürlich keineswegs etwa der Auffassung, daß die Pflege der Beziehungen zu der Jugend anderer Länder – etwa aus skandinavischen oder aus den Ländern im südeuropäischen Bereich oder aus Großbritannien – minder wichtig wäre, nur ist diese Frage politisch nicht so vordringlich gewesen, wie sie es mir in dem Verhältnis zwischen der französischen und der deutschen Jugend zu sein scheint.

Nun zu dem Bundesjugendplan. Ich glaube, die Mißverständnisse beruhen tatsächlich vielfach auf mangelnder Information. Es ist keineswegs beabsichtigt, hier nur die organisierte Jugend heranzuziehen und zum Zuge kommen zu lassen, sondern wir denken an die Jugend schlechthin. Es ist auch gar nicht möglich, hier zu Differenzierendes etwa trennen zu wollen. Wenn Sie z. B. an Volkshochschulen denken, an Büchereien, an Lehrgänge, an Kurse, an Jugendherbergen – es gibt noch vieles andere –, so ist es gar nicht denkbar, sich etwa auf einzelne Bereiche zu beschränken, die organisiert sind. Aber über die organisierten Jugendvereinigungen kommen wir eben auch an die unorganisierte Jugend besser heran, und daran ist uns, im Grunde genommen, sehr viel mehr und sehr viel stärker gelegen. Denn Sie können von einem überzeugt sein: Die Bundesregierung möchte die deutsche Jugend nicht zu einer Art neuer Staatsjugend erziehen, sondern in ihr das Gefühl einer freien Gesellschaft wachhalten. Und das bedeutet, daß wir uns nicht nur an die Organisierten wenden. Sie sollen sozusagen nur als Sprungbrett dienen, um zu der gesamten Jugend zu gelangen. Sie können also völlig unbesorgt sein: Auch in der Verteilung und in der Anwendung der Mittel liegt das Schwergewicht bei den Maßnahmen, die der Jugend schlechthin, ob organisiert oder nicht organisiert, zugutekommen.

Frager (20 Jahre, Bibliothekaranwärter):

Herr Bundeskanzler, Sie sagten, wir wollten keine neue Staatsjugend haben. Aber dennoch bin ich der Meinung, wir sollten versuchen, die Jugend, vor allem die unsrige, etwas besser zu organisieren und stärker zu uns heranzuführen, d. h., die politische Jugend, die denkt wie wir, sollte in den Organisationen in größerem Ausmaß als Nachwuchs zu uns gebracht werden, etwa so, wie es uns die politischen Gegner oder die politischen Konkurrenten, die SPD, vormachen.

Antwort:

Ich halte das für kein nachahmenswertes Beispiel.

(Lebhafter Beifall.)

Ich möchte die Jugend, die unseren Idealen zuneigt, nicht in Korporationen, wie etwa die Falken usw., vereinen, denn im Zweifelsfalle werden eigentlich nur die eigene Besinnung, die Verantwortung und die Nachdenklichkeit unterdrückt. Wenn ich sage, wir wollen keine Staatsjugend haben – natürlich in Rückerinnerung an tragische Beispiele unserer Vergangenheit –, dann heißt das natürlich keineswegs, daß wir nicht bemüht sind, die Jugend stärker an den Staat heranzuführen, ihr ein echtes und tiefes Staatsbewußtsein zu vermitteln. Das ist in Deutschland gar nicht so leicht nach all dem, was wir hinter uns haben. Es ist fast ein wenig modern geworden, eine etwas negative oder doch möglichst kritische und nörgelnde Einstellung zu der Repräsentanz des Staates zu haben. Warum? Der Gedanke des Staates ist mißbraucht, herabgewürdigt worden, aber wir wissen doch genau, wenn wir an unser politisches Schicksal und an unsere Zukunft denken, daß wir zwar nicht an die Allmacht des Staates glauben und in diesem Staat auch keine Untertanen erziehen wollen, aber doch eine lebendige und bewußte Bejahung des Staates brauchen. Denn der Staat, das sind wir alle im besten und letzten Sinn des Wortes, und ich glaube, wir sollten aus der Vergangenheit nicht im Negativen, sondern im Positiven, im Kontrast lernen, daß der Staat etwas anderes ist als eine Zwangsorganisation für Staatsbürger, nämlich Ausdruck der Freiheit und einer echten Gemeinschaft der Bürger.

Frager (18 Jahre, Schüler):

Herr Bundeskanzler, Sie haben kürzlich von neuen Europainitiativen gesprochen. Ich möchte gern wissen, was Sie darunter verstehen. Wir sind etwas besorgt über die Politik de Gaulles, der ja über die Bundesrepublik so etwas wie eine Führungsrolle in Europa anstrebt. Wir sind der Meinung, daß auch England und Skandinavien zu Europa gehören, ebenso – wenn man noch andere Länder hinzufügen wollte – Spanien, ganz zu schweigen von den osteuropäischen Ländern, die noch unter kommunistischem Gewaltregime leben.

Antwort:

Ich bin in dieser einen Beziehung völlig Ihrer Auffassung, daß die europäische Integration sich nicht allein auf den Bereich der sechs Län-

der erstrecken darf, die in der Montanunion und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft heute zusammenarbeiten. Aber das habe ich eigentlich schon so oft gesagt, daß ich glaube, es ist bekannt genug. Ich sehe in der Organisation der Gemeinschaft der Sechs sozusagen nur den politischen Impuls für Europa, habe aber nie einen Zweifel darüber gelassen, daß das nicht das Ende sein kann. Denn man kann das, was vom freien Europa noch übriggeblieben ist, nicht noch einmal nach politischen oder wirtschaftlichen Interessen zerspalten. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es fruchtbar ist, auch mit der Jugend der osteuropäischen Staaten zusammenzuarbeiten. Wir haben ja jetzt einen Anfang gemacht: Wir haben Handelsmissionen in Budapest, in Bukarest, in Sofia und in Warschau errichtet, und in Kürze werden wir wahrscheinlich auch zu einem Erfolg und zu einem Arrangement mit der Tschechoslowakei gelangen. Aber man kann eben etwas Ungleichnamiges unmöglich auf einen Nenner bringen wollen. Sie können ein freiwirtschaftliches System, wie es im westlichen Europa geübt wird, nicht ohne weiteres vereinen und verschmelzen – und die wirtschaftliche Integration spielt ja eine große Rolle – mit kommunistischen totalitären Prinzipien und Weltanschauungen. Wenn ich schon sage, das ist wirtschaftlich sehr schwer, dann gilt das womöglich in noch größerem Umfange für das politische Zusammenleben. Das muß nicht Feindschaft bedeuten, aber man muß sich auch der Grenzen bewußt sein, und man soll sich vor der Illusion hüten, daß man aus all den Ungleichheiten und den Differenzierungen einfach das arithmetische Mittel als ein brauchbares Prinzip anwenden könne.

Nun fragten Sie mich aber nach meiner Initiative zu dieser mehr politischen Gestaltung Europas. Ja, die habe ich unternommen, wohl wissend, wie schwierig diese Aufgabe ist. Ich war auch nicht ohne weiteres überzeugt, innerhalb von einigen Monaten das Problem lösen zu können, das seit zehn Jahren – wenn Sie so wollen, unbewältigt – im Raume steht. Denn wir sind zwar durch die Römischen Verträge in bezug auf die wirtschaftliche Integration auf einen klaren Kurs gekommen. Aber es zeigt sich schon bei dieser wirtschaftlichen Integration, vor allem, wenn ich im Augenblick an das Auseinanderfallen der Konjunkturen und der Preise innerhalb der Sechsergemeinschaft denke, wie schwierig es ist, hier die einzelnen Volkswirtschaften der Nationen zu einem gleichförmigen Verhalten zu bewegen, wenn eben neben der wirtschaftlichen Integration nicht auch eine neue, originäre politische Willensbildung erkennbar ist. Aber in bezug auf die politische Gestaltung Europas gehen die Auffassungen weit auseinander. Jedoch eines muß ich mit allem Nachdruck korrigieren: Wir, die Bundesregierung – und ich glaube, ich kann hier füglich für das deutsche Volk sprechen –, wünschen keine hegemoniale Gewalt in einem friedlich geinteten und in sich versöhnten Europa; wir wünschen keine französische Hegemonie, wir wünschen keine deutsche Hegemonie, und wir wollen uns auch nicht als Junior-Partner sozusagen an einer französischen Hegemonie beteiligen. Hegemonievorstellungen sind mir so fremd wie nur irgend etwas,

(sehr starker Beifall)

und ich glaube, wenn wir damit beginnen würden, wenn wir das zuließen, dann wären wir sehr schnell wieder bei den Systemen der Vorkriegszeit, der Allianz, der zweiseitigen Bindungen und des Machtanspruches der einen gegen den andern; dann würde wieder die Frage des politischen Gleichgewichts, auch des militärischen Gleichgewichts womöglich noch, eine Rolle spielen. Diesen verderblichen Weg, der uns ins Unheil geführt hat, dürfen wir nicht mehr gehen.

Frager (20 Jahre, Versicherungskaufmann):

Herr Bundeskanzler, im Grundgesetz steht, daß Sie die Richtlinien für die Politik bestimmen. Wo sind Ihre Richtlinien für eine klare Ostpolitik, für eine Konzeption, für eine dynamische Ostpolitik, die auch tatsächlich einmal diesen status quo ändern kann und nicht nur versucht, ihn zu zementieren?

Antwort:

Das ist eine der Fragen, von denen ich sagte: Zwar weiß ich viel, doch möcht' ich alles wissen.

Es gibt wohl kaum einen Politiker, einen Staatsmann in der Welt, der Ihnen diese Frage absolut gültig beantworten könnte. Denn sie bleibt im Fluß, was nicht bedeutet, daß nicht jedermann den Wunsch hätte, hier bald zu besseren und weiteren Klärungen hinzufinden. Aber wir wissen, wie schwierig das ist. Denken Sie nur an das, was sich in letzter Zeit ereignet hat! Zweifellos sind ernstgemeinte Entspannungsversuche begonnen worden. Wir selbst haben uns dem Testabkommen angeschlossen. Ich kann es hier ruhig sagen: Ich habe mich auch mit dem amerikanischen Präsidenten darüber unterhalten, mit unserem mächtigsten Verbündeten und vielleicht auch dem treuesten. Er sagte: Wir werden zu Deutschland stehen, zu unseren Verpflichtungen, zu unserem Bündnis. Aber Ihr Deutschen in der Bundesrepublik müßt auch Verständnis dafür haben, wenn wir durch Vereinbarungen, seien sie auch im einzelnen kleineren Umfanges und anscheinend nicht bedeutungsvoll, den Versuch machen, die Schwelle des heißen Krieges hinauszurücken. Ich glaube, das ist auch unser deutsches Interesse. Was ich vorhin sagte von der Errichtung der Handelsmissionen, zielt genau in diese Richtung. Aber das Europa von heute bietet wirklich kein sehr erhebedes Bild, wenn ich das einmal sagen darf. Die wirtschaftliche Integration scheint mir gefährdet zu sein durch eine unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Volkswirtschaften. Vielleicht wird man das bändigen können. Die politischen Vorstellungen über Europa sind außerordentlich differenziert. Die einen wollen Großbritannien unter gar keinen Umständen dabei haben; die andern sagen: Nur mit Großbritannien. Aber es geht ja nicht um Großbritannien allein; Großbritannien steht stellvertretend für alle anderen freien europäischen Länder, insbesondere für die EFTA-Staaten. Sie wissen um die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West, die ja nicht erst seit gestern und heute besteht. Sie wissen, wie sehr unsere deutschen Anliegen, nämlich die Frage der Selbstbestimmung und Schutz und Sicherheit für Berlin, darin eingebettet liegen. Sie wissen, daß noch

einmal eine neue Bewegung in diese Diskussion gekommen ist durch die Anerkennung Pekings durch Frankreich, Sie wissen um die Vorstellung, daß man den indo-chinesischen Raum neutralisieren könnte. Ich will jetzt gar nicht sagen, wie groß die Chancen sind oder was ich persönlich dazu meine; jedenfalls gibt es dauernd neue Konstellationen. Die Welt ist beunruhigt durch Zwischenfälle etwa in Kuba oder in Zypern oder in Malaysia, in Südvietnam oder in Sansibar. Sie können hinsehen, wohin Sie wollen, die Spannungen sind einfach unübersehbar. Inwieweit die Anerkennung Rotchinas auch das Verhältnis zwischen Rotchina und Rußland selbst verändert oder die Beziehungen zwischen Rotchina und den Vereinigten Staaten, dafür gibt es einfach keine schlüssige, absolut gültige Antworten. Sie werden aber doch sicher mit mir der Überzeugung sein, daß wir diese Frage nicht sozusagen im Alleingang angehen können, sondern, daß wir hier eng gebunden und verbunden bleiben müssen mit unseren Freunden, denn sonst wären wir unter Umständen sehr schnell verloren.

Frager: Wir können doch aber nicht nur warten, daß die ändern Ideen haben, sondern wir müssen auch ab und zu eigene haben!

Antwort: Ja, ich glaube, wir haben einige eigene.

Frager: Aber wann zum Beispiel und in welcher Richtung?

Antwort:

Die kann man nicht alle auf offenem Markte feilbieten. Wenn ich z. B. annehme, es bestände eine Chance, mich mit Chruschtschow zu treffen – soll ich Ihnen dann vorher erzählen, was ich da im einzelnen etwa im Auge habe? Das ist ja wohl doch nicht zumutbar!

(Sehr starker Beifall.)

Ich meine, bis jetzt jedenfalls besteht kein Anlaß zu irgendwelchen Illusionen, was nicht bedeutet, daß wir nicht unseren ganzen Witz und unseren Scharfsinn und allen guten Willen anwenden wollen, um Verständigungen herbeizuführen, auch, soweit das zwischen uns und Sowjetrußland z. B. der Fall ist. Aber wenn alle Besucher, die im letzten halben Jahr Herrn Chruschtschow gesprochen haben – ob das Amerikaner waren oder Engländer oder Franzosen oder auch Deutsche –, immer mit großer Härte die Antwort bekommen: Mit uns kann man über vieles und manches sprechen, nur unter gar keinen Umständen über die deutschen Probleme, dann halte ich das zwar auch nicht für die letzte Antwort und für das Ende der Politik, aber ich glaube, zu Träumereien besteht wirklich auch kein Anlaß.

(Anhaltend starker Beifall.)

Frager (22 Jahre, Landwirt):

Herr Bundeskanzler, wir sind junge Leute und haben Sorgen um die Zukunft. Wir haben nicht den Eindruck, daß die Probleme der modernen Welt genügend angepackt werden. Warum bauen wir keine Welt- raumforschung auf? Warum herrschen so katastrophale Zustände auf den Straßen? Warum werden die deutschen Schulverhältnisse nicht ge-

nügend angepackt? Stimmt es, daß die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung weit hinter den anderen Ländern zurückliegt? Besteht da nicht die Gefahr, daß wir zu einem unterentwickelten Land werden?

Antwort:

Recht schönen Dank! Das sind ja sehr harte Fragen!

(Beifall.)

Ein ganz schönes Paket!

(Lachen.)

Sie haben sich mit Ihren Fragen selber als Pessimisten dargestellt. Sie sprachen von der Angst der Jugend. Wovor hat eigentlich die Jugend Angst? Wann hatte eigentlich jemals eine Jugend so ungeheure Chancen, jeder einzelne, wirklich den Marschallstab im Tornister, wie es heute der Fall ist? Ich gönne es unserer Jugend, selbstverständlich. Ich habe ja auch einiges dazu getan durch den wirtschaftlichen Aufschwung, daß unsere Jugend freier atmen kann und daß sie ihrer Zukunft gewiß sein darf.

Auf Ihre Frage nach der Weltraumforschung gebe ich Ihnen folgende Antwort: Es ist gar nicht so, als ob wir auf dem Gebiet der Weltraumforschung nichts tun würden. Wir sind im Jahre 1960 aufgefordert worden, uns auf europäischer Ebene an der Weltraumforschung zu beteiligen, und zwar nicht nur, um unsere technischen und geistigen Kapazitäten auszunützen, sondern, weil wir ganz genau wissen, daß die industrielle Entwicklung wesentlich auch von den Erkenntnissen aus der Weltraumforschung befruchtet wird und daß – insoweit haben Sie recht –, wenn wir hier stehenbleiben würden, zweifellos eine Gefahr bestünde, daß wir nicht mehr sozusagen im ersten Rang der industriellen Welt rangieren. Deswegen sind wir noch lange kein Entwicklungsland! Denn im Augenblick befinden wir uns etwa an der Spitze der Leistungskraft der industriellen Arbeit innerhalb der freien Welt. Es gibt eine europäische Organisation für Weltraumforschung. Von ihr werden Experimente im Weltraum durchgeführt, etwa mit Hilfe von Raketen, Satelliten, Raumsonden und dergleichen mehr. Dann gibt es noch eine europäische Entwicklung zum Bau von Raumfahrzeugträgern. Auch das ist wichtig. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß wir uns natürlich nur beteiligen und ausschließlich ausgerichtet sind auf friedliche Zwecke. Aber wir können nicht darauf verzichten.

Nun zu Ihrem zweiten Anliegen, zur Verkehrspolitik! Sie hat es zweifellos in sich. Zuerst kann ich Ihnen einmal sagen – aber das sei keine Rechtfertigung! –: Daß die Dinge hier nicht in Ordnung sind, ist richtig, und daß mehr getan werden muß, ist unbestreitbar. Aber wir stehen in bezug auf die Ausgaben für den Straßenbau in der Welt an dritter Stelle nach den Vereinigten Staaten und Kanada. Wir wenden in Deutschland mehr Mittel auf für diesen Zweck als alle anderen fünf EWG-Länder zusammen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich wollte nicht Ihren Beifall herausfordern, sondern nur deutlich machen, um was es hier geht. Im Grunde genommen ist die Malaise oder die Misere – wie Sie es nennen wollen – auf unseren deutschen Straßen auch sozusagen die Konsequenz eines übermäßig raschen Fortschritts und einer zunehmend steigenden Expansion. Jetzt sind wir wieder in einen ganz neuen Boom geraten, von dem ich noch gar nicht weiß, wie wir ihn meistern können, eben angesichts der unterschiedlichen Entwicklung in Europa. Wenn Sie bedenken, daß jährlich zwei Millionen neuer Wagen auf die deutschen Straßen kommen und daß wir heute zehn Millionen angemeldeter Automobile auf den deutschen Straßen haben und schätzen, daß sich diese Zahl in gar nicht langer Zeit auf 20 Millionen erhöhen wird – Sie werden das ganz bestimmt noch erleben –, dann werden Sie mir zustimmen: Es ist eben so, daß man Autos leichter und schneller bauen kann als Straßen. Das erfordert natürlich auch ungeheure Mittel. Wir haben sehr viel aufgewandt – ich habe das vorhin deutlich gemacht –, und das kann sich sehen lassen. Aber es ist noch zu wenig, ich gebe das ganz gerne zu. In diesem Zusammenhang werden wir aber immer wieder vor Fragen gestellt, die besonders ernst sind: Sie sprachen auch von Bildung und von den Universitäten sowie davon, dort mehr zu tun. Dasselbe gilt für das Gesundheitswesen und andere wichtige Gemeinschaftsaufgaben mehr. Wenn nun im Bundestag diese Dinge abgehandelt werden, wenn von Bildung und Wissenschaft gesprochen wird, dann erleben wir es immer wieder, daß sich alle darüber einig sind, daß unendlich viel mehr getan werden muß. Unter Umständen überbieten sich noch die Parteien und Fraktionen in Forderungen, die natürlich alle auf den Haushalt zulaufen. Am nächsten Tag sprechen wir über den Verkehr. Da wird natürlich auch viel zu wenig getan, da muß der Bund ebenfalls mehr tun. Meistens wird nur vom Bund, weniger von den Ländern gesprochen. So geht das reihum. Wohin soll diese atomisierende Betrachtungsweise führen? Sie ist wirklichkeitsfremd! Und wer etwa eine solche Politik bewußt treibt um der politischen Effekthascherei willen, der gibt sich einer verderblichen Methode hin. Denn im Grunde genommen weiß jeder, wenn er ehrlich ist vor seinem Gewissen, daß alles zusammen und zu gleicher Zeit eben nicht möglich ist,

(sehr starker Beifall)

vor allem dann nicht, wenn das deutsche Volk eben jeden Fortschritt, der aus der steigenden Produktivität unserer Volkswirtschaft erwächst, zuerst einmal für sich selbst, für private Zwecke in Anspruch nehmen will. Meine Damen und Herren, der Staat ist nicht von Grund auf etwa ausgabelüstern, nein, es sind die einzelnen Gruppen des Staates, in der Gesellschaft, die immer wieder mit neuen Forderungen an den Staat herantreten – und das eben kostet Geld! Wir müssen die richtige Entsprechung finden zu dem, was der einzelne für sich an Lebensgütern und Verbesserungen in Anspruch nehmen kann. Ich bin da ganz bestimmt nicht etwa ein Tugendbold, der Enthaltsamkeit predigt; ich habe ja den Slogan „Wohlstand für alle“ erfunden. Aber alles muß in der richtigen Entsprechung bleiben. Wir stehen in der Bundesrepublik an-

gesichts der Vielfältigkeiten und der Dringlichkeit der Aufgaben eben vor der Entscheidung: Was ist wichtiger im einzelnen, welche Gemeinschaftsaufgaben, mit welchem Rang und mit welchem Wert stehen sie an? Sind wir dann auch bereit, um des Gemeinsamen willen gegebenenfalls einmal etwas weniger für uns selbst in Anspruch zu nehmen? Meine Damen und Herren, das ist die ganz redliche Antwort auf diese Frage. Wir führen das deutsche Volk in die Irre, wir verwirren die Geister und sind unwahrhaftig, wenn wir als Politiker oder die Vertreter von Gruppeninteressen glauben, jeder könnte zunächst einmal für sich alles fordern, und der Rest bleibt so dem Staat und natürlich der bösen Regierung in eigener Verantwortung. Ich bin nicht zimperlich, aber ich weiß genau: Wenn wir uns nicht besinnen – und ich werde in meiner Partei alles tun, um das Gewissen zu wecken –, wenn wir nicht zum Ziel kommen, dann verfrühstücken wir unsere Zukunft um des Wohllebens des Augenblicks willen.

(Sehr starker anhaltender Beifall.)

Frager (Ich bin 17 Jahre und hoffe, demnächst Unterprimaner zu sein): Herr Bundeskanzler, war es ein Versehen, daß Ihre Antwort auf Chruschtschows Neujahrsbotschaft einem Militärattaché von einem Dienstboten der deutschen Botschaft überreicht worden war? Wenn nicht, was bezweckte die Bundesregierung mit dieser Handlungsweise? Und ist es zweckmäßig, die Sowjetregierung mit derartigen Kopfnüssen zu beleidigen?

(Gelächter – Beifall.)

Antwort:

Ich kann Ihnen sagen, ich bedauere die Form der Übergabe. Sie war nicht politisch, nicht bewußt gewollt, sondern – wenn Sie so wollen – eine Panne; auch das muß man mal eingestehen, es war nichts anderes. Sie ist im übrigen nicht durch einen Dienstboten überreicht worden, sondern durch einen Behördenfahrer.

(Gelächter.)

Sicher wäre es eleganter gewesen, die Note, obwohl das auch nicht immer so gehandhabt wird, durch einen höheren Beamten übergeben zu lassen. Jedenfalls kann ich Ihnen versichern, eine Brüskierung der Sowjetunion und der Sowjetregierung war nicht beabsichtigt.

Frager (23 Jahre, Student):

Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob die Frage, die ich stellen möchte, unter die Einschränkung fällt, die zu Beginn der Diskussion gemacht wurde; ich hoffe nicht. Meine Frage ist die: Von welcher Überlegung haben Sie, Herr Bundeskanzler, sich leiten lassen, als Sie sich nicht entschlossen haben, Herrn Innenminister Höcherl aus seinem Amte zu entlassen, als die Telefonaffäre bekannt wurde?

(Der Fragesteller erhält lebhaften Beifall.)

Antwort:

Ich glaube, daß die Entwicklungen und die Aufklärungen, die in der Zwischenzeit erfolgt sind, meine richtige Haltung bestätigen. Denn wir

haben eine völlig einwandfreie Persönlichkeit, einen Oberlandesgerichtspräsidenten – nebenbei: jüdischer Konfession – mit dieser Untersuchung beauftragt. Er hat ein Gutachten erstattet, das ganz eindeutig zu der Feststellung kommt, daß zwar technisch da oder dort eine Verbesserung möglich wäre, daß aber ein Mißbrauch auf gar keinen Fall vorliegt, und ich bin überzeugt, daß auch der Untersuchungsausschuß des Bundestages zu dem gleichen Ergebnis kommt. Wenn ich jeden Minister entlassen wollte, der mal in der Presse angeschossen wird – na, ich möchte mal wissen, wie dann dieses Kabinett aussehen würde!

(Sehr starker Beifall.)

Fragter:

Erfreulicherweise ist es nicht so, daß jeder Minister, in adäquater Form allerdings, davon spricht, daß es ihm nicht zumutbar sei – das ist inzwischen ein Slogan geworden –, „das Grundgesetz dauernd unter dem Arm zu tragen“. Auf der anderen Seite ist festgestellt worden, was nach meiner Ansicht sehr schwer wiegt – das ist in diesem Gutachten auch bestätigt worden, war aber zu bestätigen gar nicht mehr erforderlich –, daß ehemalige Geheimdienstler aus dem Dritten Reich in führenden Positionen in diesem Verfassungsschutzamt wären. Meinen Sie nicht, Herr Bundeskanzler, daß das Grund genug sein könnte, die Frage näher zu erwägen, ob dieser Minister, Herr Bundesinnenminister Höcherl, der richtige Mann auf dem richtigen Platze ist?

(Auch hier erhält der Fragter – geringeren – Beifall.)

Antwort:

Das alles ist überprüft worden, und ich habe nicht die Absicht – es kann auch gar nicht meine Aufgabe sein –, hier etwa Dolmetscher für Minister Höcherl zu spielen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Äußerung „mit dem Grundgesetz unter dem Arm“ wirklich sehr elegant gewesen ist. Aber was wollte er denn damit ausdrücken? Ich zitiere ihn aus dem Gedächtnis. Er sagte: Im Verfassungsschutz, wo es darauf ankommt, die echten Feinde des Staates unter Kontrolle zu bringen, die nämlich unsere staatliche Ordnung unterhöhlen wollen, muß man sich auch manchmal irgendwelcher Mittel bedienen – das ist in keinem Staate anders –, die eben sozusagen nicht so in die höchste gesellschaftliche Norm und Form hineinpassen. Nichts anderes wollte er damit sagen. Ob er es nun etwas ungeschickter oder geschickter hätte sagen können, spielt hier keine Rolle. Aber von der Sache her hat ihm die Untersuchung sowohl des beauftragten hohen Richters als auch – das wird in Kürze ja deutlich werden – des Bundestagsausschusses recht gegeben.

Lassen Sie mich dazu noch etwas sagen. Wir tun ja wirklich so, im Gegensatz zu den meisten anderen freien Ländern, als ob unser Staatswesen, unser Gemeinwesen, unsere Sicherheit, unsere Freiheit überhaupt nicht bedroht wären. Das ist doch nicht der Fall! Wir wissen doch alle, was sich da in Deutschland tut. Wir wissen mehr als wir sagen können, und wollen wir ruhig diesem Treiben zuschauen? Wo führt das denn hin? Ich bin der Meinung, wir haben im Interesse und

zum Schutze des deutschen Volkes allen Anlaß und ein gutes moralisches Recht, eine Überwachung dieser Menschen durchzuführen – und es hat sich bei der Untersuchung herausgestellt, daß kein Mißbrauch vorgelegen hat –, von denen wirklich eine echte Gefahr für unsere Gemeinschaft droht.

(Anhaltend starker Beifall.)

Fragerin (16 Jahre, Schülerin):

Herr Bundeskanzler, haben Sie, obwohl Sie nicht der Parteivorsitzende der CDU sind, den größten Einfluß in Ihrer Partei? Oder haben Sie sich dem Willen des Parteivorsitzenden zu beugen?

(Große Heiterkeit.)

Antwort:

Jetzt muß ich doch sagen: Meine liebe junge Freundin, was haben Sie für eine Ahnung von der Politik! Ein Bundeskanzler schwebt nicht im luftleeren Raum, er muß natürlich immer seine Mehrheiten haben, um die Gesetze durchzubringen, in der eigenen Partei, in einer Koalition. Insofern wird er bestrebt sein, sich mit seinen politischen Freunden immer wieder abzustimmen und abzuklären, um eben das, was notwendig ist, so sicher und nach Möglichkeit auch so geräuschlos wie möglich über die Bühne zu bringen. Das letztere ist nicht immer der Fall.

(Heiterkeit.)

Aber der Parteivorsitzende hat dem Bundeskanzler keine Richtlinien zu geben, und ich kann Ihnen sagen, er würde sie auch nicht entgegennehmen. Denn hier sagt das Grundgesetz eindeutig: Der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik –, und Sie können überzeugt sein, daß ich davon vollen Gebrauch machen werde.

(Lebhafter Beifall.)

Frager (18 Jahre, Schüler der Wirtschaftsoberschule):

Herr Bundeskanzler, wie erklären Sie die Tatsache, daß es sowjetzonalen wie auch westdeutschen Stellen immer wieder gelingt, namhafte Volksvertreter abzuschießen? Gibt es denn so viele Volksvertreter, die keinen Mut zur Selbstkritik haben und durch ihr Verhalten den Ruf unserer Bundesrepublik so schmälern müssen?

Würde die Bundesregierung in dieser Hinsicht entsprechende Maßnahmen ergreifen, so daß sich solche unliebsamen Vorfälle nicht wiederholen?

(Beifall.)

Antwort:

Sie sprechen mit Recht von unliebsamen Vorfällen; es geht um mehr als „unliebsame Vorfälle“. Ich finde, daß alle diese Prozesse, die jetzt, 18 Jahre nach dem Kriege, geführt werden und die Schandtaten aufdecken, ein nationales Unglück sind. Ich weiß nicht, ob man es völlig abstellen kann, aber lassen Sie mich nur eines einmal ganz deutlich sagen: Ich bin der Meinung, daß es für diejenigen Personen, die echte

Verbrechen begangen haben, die geraubt und gemordet, erpreßt und Menschen geschunden haben, keine Verjährung gibt.

(Lebhafter Beifall.)

Die müssen gefaßt werden. Je schneller das zu Ende ginge, um so wertvoller wäre es für uns und für unser nationales Leben. Aber man soll diese schaurigen Prozesse – man kann sie wirklich nicht anders nennen – auch nicht etwa zum Anlaß nehmen, um jetzt eine Hexenjagd zu veranstalten und noch einmal eine Gesinnungsschnüffelei durchzuführen, wer zu dieser oder jener Zeit das oder jenes gesagt hat. Ich glaube, gerade die Härte gegenüber den echten Verbrechern macht es in einem Volke notwendig, auch verzeihen zu können; wichtig ist bloß, daß wir es nicht vergessen.

Frager (23 Jahre, Student):

Herr Bundeskanzler, mich überzeugt nicht die Argumentation der Bundesregierung in der Passierscheinfrage, da z. B. solche Kronzeugen wie Karl Eduard v. Schnitzler – das Interview in einer Illustrierten – und Frau Bandaranaike angeführt werden, die, so scheint mir, Beziehungen zur sogenannten DDR aufnehmen will. Eine Zusatzfrage: Sie haben gesagt, wenn die Möglichkeit bestände, mit Herrn Chruschtschow zu reden, dann möchten Sie nicht vorher mit Ihren Ideen hausieren gehen. Besteht die Möglichkeit? Es steht ja noch der Gegenbesuch von 1955 aus.

Antwort:

Schönen Dank! Um das letzte gleich zu beantworten: Ich habe keine Einladung. Aber in der Politik soll man bekanntlich nie „niemals“ sagen.

Frager:

Oh nein, da haben Sie mich mißverstanden; Herr Chruschtschow muß nämlich noch eingeladen werden!

(Lebhafter Beifall.)

Antwort:

Ich bedauere, diese Frage nicht beantworten zu wollen und auch nicht beantworten zu können.

Aber zu den Passierscheinen! Ich bin der Meinung – und ich glaube, ich habe es deutlich genug zum Ausdruck gebracht, auch vor dem Plenum des Bundestages –, daß wir in der Weihnachtsregelung, die als eine einmalige Regelung angekündigt war, über unseren eigenen Schatten gesprungen sind und sozusagen unter den schon brennenden Kerzen des Weihnachtsbaumes gesagt haben: In Gottes Namen, sollen diese 300 Funktionäre auf Westberliner Gebiet kommen! Uns ist die menschliche Begegnung nach der langen Trennung so viel wert, daß wir jetzt ja sagen, obwohl die Bedenken bestehen. Ich wiederhole es hier: Es bestand in dieser Frage eine völlige Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat. Ich hatte dazu auch noch die Fraktionsvorsitzenden – nicht nur der Regierungsparteien, sondern auch der Oppositionspartei – eingeladen. Es war also eine

ganz klare, gemeinsame Absprache, und ich rücke nicht davon ab. Ich bin auch nicht etwa der Meinung, daß es eine schlechte Sache gewesen sei. Der Außenminister hat das ja neulich auch erklärt. Er sagte, natürlich, politische Bedenken seien hier abzuwägen gegenüber dem humanitären Gewissen und den Konsequenzen und Folgewirkungen, die sich daraus ergeben hätten, doch im Saldo wäre das positiv. Inzwischen sollte die Regelung verlängert werden. Mir kann kein Mensch sagen, warum eigentlich die Ostberliner auf Westberliner Gebiet tätig sein müssen, um diese Passierscheinregelung praktisch vollziehen zu können; dazu besteht nicht der geringste Anlaß. Gerade der penetrante Eifer, mit dem die Sowjetzone immer wieder versucht, Ostberliner sozusagen gewaltsam zu irgendeiner Aufgabe in Westberlin tätig sein zu lassen, muß natürlich aufhören lassen. Frau Bandaranaike ist nur eine Nebenerscheinung in dieser Sache. Aber es ist schon anders, wenn in sogenannten neutralen Ländern der Eindruck entsteht: Na, die Bundesregierung ist ja auch schon auf dem halben Weg zu einer Anerkennung der SBZ, warum sollen wir denn nicht auch diplomatische Beziehungen mit der SBZ aufnehmen? Würde das der Fall sein, würde das einmal die politische Realität sein, daß zwei deutsche Staaten sozusagen diplomatisch und politisch gleichrangig nebeneinanderstehen, dann möchte ich Sie fragen, ob Sie die Antwort wissen, wie es dann jemals eine Wiedervereinigung Deutschlands oder eine Selbstbestimmung geben könnte.

(Sehr starker Beifall.)

Unser Verhalten ist also nicht von einer politischen Starrheit bestimmt, sondern es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, nichts zu verbauen, um in der Frage der Wiedervereinigung über einen vielleicht noch dornenreichen Weg schließlich doch zu dem Ziele zu kommen. Ich habe in meiner Regierungserklärung gesagt, wenn Herr Chruschtschow oder Herr Ulbricht sagen, daß das geteilte Deutschland eine politische Realität ist, dann bin ich der Meinung, der Wille der Deutschen, in Freiheit zueinander zu finden, wird sich in der Geschichte als die stärkere Realität erweisen.

(Sehr starker Beifall.)

Ohne daß jemand hier schon einen Fahrplan vorlegen oder die Stationen schon abzeichnen könnte, ist es meine feste Überzeugung, daß die Wiedervereinigung kommen wird. Aber ich wundere mich – wenn Sie gerade Illustrierte anführen, da faßt man sich ja an den Kopf –, daß ausgerechnet die SBZ, die die schändliche Mauer errichtet hat, die einen Todesstreifen durch Deutschland gelegt hat, die die Menschen abschießt, wenn sie in die Freiheit wollen, überhaupt den Mut hat, von Humanität zu sprechen. Wenn wir dafür sorgen, daß unser Staatsgebilde nicht völlig in Unordnung gerät, dann werden wir womöglich noch der Gegensätzlichkeit zu dem „guten und humanitären“ Ulbricht geziehen, als ob es uns an den seelischen Qualitäten fehlen würde, die Deutschen wirklich zusammenzuführen. Nein, das ist kein Argument!

(Starker anhaltender Beifall.)

Frager (20 Jahre, Wirtschaftsoberschüler):

Herr Bundeskanzler, sind Sie der Meinung, daß das Verbot der KPD dem Ruf der Bundesregierung besonders zuträglich gewesen ist, und treten Sie noch heute für dieses Verbot der Partei ein?

Antwort:

Ich glaube, Sie müssen die Frage etwas anders betrachten. Wir haben seinerzeit die rechtsradikalen Parteien und Strömungen und Bünde, die in Richtung der nationalsozialistischen Geisteshaltung lagen, bewußt verboten, und wir glauben, das ganze deutsche Volk hat Verständnis dafür, wenn wir gleich den Anfängen zu wehren versuchten. Dazu ermächtigt uns das Grundgesetz, ja, es verpflichtet uns geradezu dazu. Dann hat das Bundesverfassungsgericht aus eigener Entscheidung heraus gesagt: Wenn ihr die Parteien verbieten wollt und verbietet, die die Sicherheit der rechtsstaatlichen Ordnung untergraben, dann ist es nach dem Verhalten der KPD unmöglich, auf der einen Seite, nämlich auf der rechten Seite, Verbote auszusprechen und die gleiche Haltung und Gesinnung, die in der KPD deutlich wird, dann weiter als Strömung in Deutschland zuzulassen. Das war also gar kein originärer Antrag der Bundesregierung, sondern das ergab sich als Konsequenz aus dem allerdings bewußt beantragten Verbot der rechtsradikalen Strömungen. Ich hätte nichts dagegen, wenn es in Deutschland eine KP gäbe; dann würde nämlich jedermann sichtbar werden, wie gering die Zahl der Menschen ist, die dieser Auffassung huldigen.

Frager (21 Jahre, Bankkaufmann, z. Z. wehrpflichtiger Soldat):

Herr Bundeskanzler, in letzter Zeit häufen sich die Berichte über die Bundeswehr, die zum Teil sogar sehr abwertend sind. Man spricht von dem Soldaten als einem asozialen und neonazistischen Menschen.

(Widerspruch.)

Das Fernsehen und die deutsche Presse!

Bundeskanzler:

Meine Herren, keine Übertreibungen!

Frager:

Wie beurteilen Sie den Wehrwillen der deutschen Jugend? Meinen Sie nicht, daß diese Berichte den Wehrwillen untergraben?

Antwort:

Ich habe wiederholt ein echtes und volles Bekenntnis zur Bundeswehr abgelegt. Ich selber war drei Jahre Soldat, war verwundet, und ich habe das auch als eine selbstverständliche Pflicht empfunden, für mein Vaterland einzustehen. Ich habe die größte Hochachtung vor der Bundeswehr. Von einer Verdächtigung der Bundeswehr kann überhaupt nicht die Rede sein, von irgendeiner Diskriminierung des deutschen Soldaten noch weniger. Den Fall in Nagold können Sie nicht in Prozenten ausdrücken, höchstens in pro Mille. Ich weiß nicht, wieviele Kompanien es in der Bundeswehr gibt. Da ereignet sich nun ein solcher Fall, den niemand deckt. Denn selbst die Härte des Dienstes, die dem

Soldaten abverlangt werden muß, berechtigt in gar keinem Fall zu Schikanen solcher Art, wie sie dort vorgekommen sind. In ganz Deutschland gibt es niemanden, der bereit wäre, solche Auswüchse zu rechtfertigen. Aber man soll sich hier vor Verallgemeinerungen hüten, man soll vor allem nicht die Dinge, die dann so aufgebauscht und hochgespielt werden, sozusagen als die wahre Gesinnung oder die echte innere Haltung der Bundeswehr hinnehmen. Das ist nicht der Fall! Das deutsche Volk hat den größten Respekt vor seinen Soldaten. Ich erinnere Sie an die Flutkatastrophe in Hamburg und in Schleswig-Holstein. Wer hat sich da zuerst in die Bresche geworfen, und wer hat den Dank des ganzen Vaterlandes verdient? Das waren in erster Linie unsere Soldaten, und ich glaube, das sollte man nicht vergessen.

(Sehr starker Beifall.)

Frager (40 Jahre, Berufsangabe nicht verständlich):

Eine Zusatzfrage zum Verbot der KPD: Herr Meyers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat vor kurzem in einem Interview geäußert, daß er dafür eintrete, daß zwischen und in den Parteien ein Gespräch über diese Frage stattfinden sollte. Ich stelle folgende Frage: Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, auf Grund des Verbotsurteils diese Frage erneut zu stellen, da ja in dem Verbotsurteil selbst enthalten war, daß, wenn z. B. – das wurde nur als Beispiel verwandt – gesamtdeutsche Wahlen vorbereitet würden, die KPD wieder zugelassen werden könne, daß die Bundesregierung dann neue Möglichkeiten finden würde? Herr Meyers machte darauf aufmerksam, daß eine neue Situation eingetreten sei, indem er sagte, das wäre auch für die Lösung lebenswichtiger Fragen unseres Volkes von Bedeutung. Welche Stellungnahme bezieht die Bundesregierung dazu?

Antwort:

Ich habe die Rede von Ministerpräsident Meyers nicht gelesen, ich kann deshalb auch hier nicht für ihn sprechen. Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, diese Frage heute anzuschneiden oder erneut aufzurollen. Wenn es einmal in ganz Deutschland zu freien Wahlen kommen sollte – das habe ich wiederholt geäußert –, hätte ich keine Sorge vor einer mitkonkurrierenden KPD oder SED. Ich glaube nicht, daß die Souveränität der Bundesrepublik gefährdet würde, wenn nach Möglichkeit in jedem Wahllokal ein neutraler Beobachter säße, – natürlich in beiden Teilen Deutschlands. Dann kann die KPD ruhig zugelassen sein, gar keine Bedenken! Nur wollen wir dann auch in der SBZ tätig werden, und wir wollen das alles einer internationalen Kontrolle unterstellen. Wenn Herr Ulbricht glaubt, er könnte diesen Verlust an Autorität und an Souveränitätsrechten nicht hinnehmen, dann, muß ich sagen, ist er wesentlich empfindlicher als ich. Ich würde es morgen hinnehmen, wenn auf dieser Grundlage eine wirkliche Wahl nach dem freien Selbstbestimmungsrecht der Menschen möglich würde.

(Starker Beifall.)

Frager (28 Jahre, Beamter):

Herr Bundeskanzler, wann wird das Bundesministerium für Familienangelegenheiten mal die Bedeutung erhalten, die ihm zukommt, wenn der Satz stimmt, daß eine gesunde Familie die Grundlage für einen Staat ist? Wenn man manchmal sieht, was in den einzelnen Ministerien ausgearbeitet wird, und man dann den Bundesminister für Familienangelegenheiten dazu hört, dessen Vorstellungen ganz anders sind, dann fragt man sich manchmal, ob man ihn nicht federführend für irgendwelche Ministerien einsetzen könnte, damit das im Familiensinne geregelt wird, wenn die Familie wirklich die Grundlage eines Staates ist.

Antwort:

Ich glaube, Sie sind über die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung unzureichend unterrichtet. Die gegenseitige Konsultation und Beratung ist so weit ausgebaut, daß ein großer Teil der Zeit darauf verwandt wird, die verschiedenen Auffassungen der einzelnen Ministerien, der einzelnen Gruppen auch, gegeneinander abzuwägen. Im übrigen: Wir haben ja das Kindergeld jetzt verabschiedet und Verbesserungen durchgeführt — —

(Frager: Es geht nicht nur ums Kindergeld!)

—, sogar rückwirkend ab 1. Januar 1964. Sicherlich werden in der Familienpolitik im Laufe der Jahre — aber wie ich vorhin sagte: nicht alles zugleich und alles auf einmal! — weitere Verbesserungen erfolgen. Ich bin der Meinung, Familienpolitik ist eine ganz wichtige Angelegenheit, aber im übrigen nicht nur des Staates!

(Zuruf: Aha!)

Wir wollen die Familienpolitik nicht nur auf eine rechenhafte Formel von Mark und Pfennigen bringen, so sehr wir es für notwendig halten und begrüßen, daß den kinderreichen Familien dann auch wirklich die gleichen Chancen des Fortkommens, der Bildung usw. eingeräumt werden.

Frager (23 Jahre, Soldat):

Herr Bundeskanzler, als Sie vor einem Jahr etwa an die Regierung kamen, war die Rede davon, daß zwar keine neue Politik, aber ein neuer Stil in der Bundesrepublik kommen sollte. Frage: Wie war das gemeint? Inwiefern sollte sich dieser neue Stil von dem Ihres Vorgängers unterscheiden? Weitere Frage: Welche Erfahrungen haben Sie in Bonn inzwischen mit diesem neuen Stil gemacht?

(Heiterkeit.)

Antwort:

Die Tatsache, daß ich heute hier unter Ihnen weile und Ihnen hier meine Zeit widme, um mich mit Ihnen zu unterhalten, das scheint mir schon etwas von dem neuen Stil anzudeuten.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß mich hier vorsichtig ausdrücken, um keine Mißdeutungen zuzulassen. Denn wenn ich von einem neuen Stil spreche, sozusagen im Kontrast zu meinem Vorgänger, dann könnte das vielleicht von Böswilligen als eine Kritik aufgefaßt werden. So ist es nicht. Denn jeder einzelne Mensch, vor allem, wenn er eine volle Persönlichkeit ist, hat sowieso seinen eigenen Stil. Auch wenn zwei Kanzler nacheinander die ganz genau gleiche Politik betreiben wollten und würden, würde doch die Ausprägung dieser Politik, die Art, sie zu dokumentieren und die Menschen mit ihr anzusprechen, unterschiedlich sein. Ich sagte auch, ich sei kein Freund von einsamen Beschlüssen, was nicht bedeutet, daß ich nicht in jedem Augenblick bereit wäre, für mich auch ganz allein die letzte Verantwortung zu übernehmen. Aber ich habe das Bedürfnis, mich anderen Menschen mitzuteilen. Ich habe den Wunsch, auch andere anzuhören, um dann ein möglichst gereiftes und abgewogenes Urteil finden zu können. Ich suche diese Begegnung, und ich habe mir vorgenommen, reihum mit allen Gruppen unserer Bevölkerung – weniger als Interessentengruppen gedacht, sondern als geistige Strömungen – in eine engere menschliche Beziehung zu kommen. Ich möchte an diesem Abend mit dieser oder jener Fraktion zusammenkommen; ich will an jenem Abend mit dem kirchlichen, dem geistlichen und kulturellen Leben eine engere Verbindung halten. Ich werde mich mit den Unternehmern und mit den Gewerkschaften unterhalten. Kurz und gut, wer immer das Bild der deutschen Öffentlichkeit prägt, soll mir willkommen sein, nicht so sehr, um dabei Weisheiten von mir zu geben, sondern bei all diesen Gesprächen in mich aufzunehmen, was eigentlich das deutsche Leben draußen bedeutet. Aus diesen Begegnungen fließt dann – nach meiner Überzeugung – die Kraft zu der letzten Entscheidung und Verantwortung.

(Sehr starker Beifall.)

(Hinweis: Amtsantritt des Bundeskanzlers am 17. Oktober 1963.)

Fragter:

Die kurze Zeit ist schon so einprägsam geworden, daß man sie für länger annimmt!

(Lebhafter Beifall.)

Fragter (17 Jahre, Postbeamter):

Herr Bundeskanzler, wie sehen Sie die weiteren Beziehungen zu Israel? Gibt es nach Ihrer Ansicht eine Möglichkeit für die Bundesrepublik, in absehbarer Zeit diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen?

Antwort:

Ich meine dazu, daß im Augenblick kein besonders günstiger Zeitpunkt ist, um die Frage zur Diskussion zu stellen, obwohl ich persönlich Israel sehr aufgeschlossen gegenüberstehe. Das ist auch in Israel bekannt. Aber man soll in dieser Frage pfleglich operieren. Es gab eine Zeit, zu der Israel nicht wünschte, mit uns diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Wenn wir jetzt auch etwas zögern, dann ist das sozu-

sagen nicht etwa die Antwort auf das Verhalten von Israel zu Beginn des deutschen Wiederaufbaues, sondern es sind heute so viele Unruherde in der Welt, daß wir nicht unter Umständen noch einen neuen dazu schaffen wollen. Ich glaube, daß Israel das auch erkennt. Umgekehrt aber werde ich alles tun, um in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel, wie z. B. in der Assoziierung Israels an den Gemeinsamen Markt, einen positiven Standpunkt durchzusetzen. Das wird nicht einmal ganz leicht sein. Wie wir zu Israel stehen, das haben wir deutlich genug bekundet. Mir sagten die maßgebenden israelischen Vertreter, darunter auch der jetzige Ministerpräsident, daß sie nie erwartet oder gar gehofft hätten, bei der Wiedergutmachung von seiten Deutschlands, sei es kollektiv oder individuell, ein so großes Entgegenkommen und eine so große Leistungsbereitschaft zu finden, wie es die Bundesrepublik an den Tag gelegt hat.

Frager (20 Jahre, Schüler):

Herr Bundeskanzler, eine Zusatzfrage: So gut wie sicher ist es, daß Konrad Adenauer als Parteivorsitzender wiedergewählt wird. Halten Sie die Verbindung von Kanzleramt und Parteivorsitz für wünschenswert, und glauben Sie, daß Ihre Tätigkeit als Kanzler erleichtert werden würde, wenn Sie diesen Posten zusätzlich innehätten?

Antwort:

Ich glaube, Sie müssen den Fall Konrad Adenauer hier als eine ganz individuell und aus der historischen Situation heraus gefaßte Entscheidung betrachten. Ich persönlich habe von Anfang an deutlich gemacht, daß ich nicht den Ehrgeiz oder die Absicht habe, zugleich Parteivorsitzender der CDU zu werden. Ich halte die Verbindung für etwas problematisch. Das zeigt sich auch z. B. im Fall des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, der eigentlich vor einer Aussage immer erst sagen müßte: Ich spreche jetzt als Parteivorsitzender, oder: Ich spreche als Regierender Bürgermeister.

(Sehr starker Beifall.)

In diesen Interessenkonflikt möchte ich nicht kommen. Aber ich habe noch einen ganz anderen Grund. Ich würde mich vielleicht in manchem als Regierungschef leichter tun, wenn ich auch die Parteiführung inne hätte; das mag so sein, ich bin nicht überzeugt davon. Aber: Ich fühle mich als Bundeskanzler in meiner Verantwortung für das ganze deutsche Volk; denn ich habe ja nicht nur für die CDU-Wähler zu sorgen und ihr Anliegen und ihr Interesse zu vertreten, sondern das Interesse des ganzen deutschen Volkes. Ich bin freier, wenn ich als Kanzler parteipolitisch nicht in so straffem Maße gebunden bin, wie das der Vorsitzende einer Partei zu gleicher Zeit ist.

(Beifall.)

Frager (26 Jahre, Kaufmann):

Herr Bundeskanzler, in der Vergangenheit war die Presse voll von Meldungen über irgendwelche Baupläne Ihrerseits.

(Lachen. — Beifall.)

Nachdem diese Pressemeldungen dann etwas zur Ruhe gekommen waren, kamen neue Gespräche auf über innenarchitektonische Pläne Ihrerseits, nämlich über Teppicheinkäufe. Ich kann mir zwar vorstellen, aber in manchen Dingen auch nicht, daß diese Meldungen gesteuert waren. Wenn sie gesteuert waren: Von wem? Wenn sie nicht gesteuert waren, dann möchte ich Sie fragen, Herr Bundeskanzler: Wie vereinbart sich das mit der Parole des Maßhaltens?

(Erneuter Beifall.)

Antwort:

Gut, daß Sie diese Fragen stellen! Es wäre schwer gewesen, sie von mir aus anzusprechen, um so dankbarer bin ich Ihnen. Dem Bundeskanzler steht eine Dienstwohnung zu. Dazu kann ich sagen: Wer meinen persönlichen Lebensstil kennt in seiner Einfachheit, ja, ich kann wohl sagen, in seiner Schlichtheit, weiß genau, daß ich für meine Person keine Repräsentation brauche. In diesem sagenhaften Kanzler-Bungalow, den ich mir erbauen lasse, sind für mich und meine Familie insgesamt 123 qm Wohnraum vorhanden. Das gehört noch in den Bereich des sozialen Wohnungsbaues!

(Heiterkeit. – Starker Beifall.)

Alles andere dient sozusagen der Repräsentation des Chefs einer Regierung, der ja immerhin als der Repräsentant unseres Staates in der Welt etwas bedeutet. Wir sind in Bonn in dieser Beziehung sehr viel bescheidener gestellt als jedes andere Land, ja, auch als jedes deutsche Land.

(Zustimmung.)

Wenn ich also glaubte, dafür wäre ein Aufwand – ich habe es nicht errechnet, ich habe auch die Pläne nicht gemacht – von 2 Millionen DM angemessen, dann ist das nach internationalem Maße mehr als bescheiden. Ich kann Ihnen z. B. sagen, daß die Errichtung einer Botschaft in Afrika, in Monrovia z. B., 5 Millionen DM kostet. Da sagen die Regierungsparteien und die Opposition ja. Wenn wir in Rom eine Botschaft kaufen, kostet sie 7 Millionen DM: Selbstverständlich. In Frankreich und in Amerika sind die Bauten sehr viel teurer. Und der Regierungschef soll in dieser kümmerlichen Weise seinen Repräsentationspflichten genügen! Meine Herren, ich vertrete nicht mich, sondern ich vertrete als Bundeskanzler die Deutsche Bundesregierung.

Sie fragten, von wem das kommt. Na, haben Sie etwa irgendeinen Zweifel, von wem das Hochspielen kommt? Das ist natürlich eine bewußte Taktik. Man kann mich schwer angreifen, denn ich bin bekannt als integerer Mensch. Also zielt man auf diesen Punkt. Das ist so durchsichtig wie nur irgend möglich.

Nun komme ich zu den Teppichen! Wenn ich in Bayern wäre, wo man in etwas rauheren Tönen spricht, dann würde ich sagen, das sei von Anfang an erstunken und erlogen! Ich trete hier vor Ihnen allen mit meiner Ehre dafür ein, daß daran nicht ein einziges wahres Wort ist, von Anfang an purer Schwindel! Aber das wird zuerst durch die ganzen Zeitungen gejagt, da werden Aufruhr erzeugt und Zweifel und Zwie-

tracht gesät, halbe Verleumdungen und halbe Wahrheiten, meistens ganze Lügen ausgestreut in der Überzeugung, na, etwas wird vielleicht hängen bleiben. Wenn das Manöver dann vielleicht in einem Vierteljahr entdeckt ist, dann fangen wir mit etwas Neuem wieder an.

Meine Damen und Herren, ich glaube, jeder Politiker, welcher Partei er auch angehört, mag sich einmal seiner Verantwortung bewußt sein und sich darauf zurückbesinnen, daß das genau die Methoden waren, mit denen man die Weimarer Republik schließlich zum Sturze brachte!

(Anhaltender, sehr starker Beifall.)

Fragter (24 Jahre, Industriekaufmann):

Herr Bundeskanzler, Ihr Bundesaußenminister Dr. Schröder soll in Tokio in der chinesischen Botschaft, als auch der damalige Oppositionsführer Ollenhauer teilgenommen haben soll, geäußert haben, daß hinsichtlich der Chinapolitik keine Konzeption von der Bundesregierung vorliegt, daß auch keine Abteilung im Auswärtigen Amt sich mit Fragen der Chinapolitik großartig beschäftigt. Meine Frage an Sie: Stimmt das? Meine Zusatzfrage: Wie stehen Sie zu der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rotchina, wie sie General de Gaulle aufgenommen hat, um, wie ich glaube, aus der Sackgassenpolitik der Amerikaner hinsichtlich der Chinapolitik herauszukommen?

Antwort:

Die Einleitung Ihrer Frage war sehr problematisch; Sie sagten immer nur, er solle da und da das und das gesagt haben. Dazu kann ich natürlich nichts sagen. Erstens war ich nicht Zeuge dieses Gesprächs, auch habe ich keinen Bericht darüber bekommen. Insofern steht es also nicht lotrecht im Raum. Aber wenn Sie mich jetzt persönlich fragen, ob ich glaube, daß die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Peking aufnehmen sollte, dann würde ich für diesen Augenblick und bis zu weiteren gemeinsamen Entscheidungen in der westlichen Welt eindeutig nein sagen.

(Lebhafter Beifall.)

Fragter (18 Jahre, Lehrling):

Herr Bundeskanzler, es wird oft gesagt, General de Gaulle zersetze die NATO, er warte auf das Jahr 1969, in dem der Vertrag abläuft, um dann in einen neuen Vertrag seine Ideen hineinzubekommen. Herr Bundeskanzler, wie stehen Sie zu der Stellung General de Gaulles in der westlichen Allianz?

Antwort:

Ja, die Frage ist nicht mit einem Wort zu klären; ich glaube, das wäre ein abendfüllendes Programm, wenn man sich damit befassen wollte. Sicher ist die innere Bindung des französischen Staatspräsidenten zur NATO und seine Beurteilung der NATO anders, negativer, als es in Deutschland und bei unseren anderen NATO-Partnern der Fall ist. Das macht sich verschiedentlich bemerkbar, so dadurch, daß er nur relativ geringe Streitkräfte der NATO integriert hat, daß auch die Flotte und die Luftwaffe weitgehend außerhalb der NATO stehen, daß er z. B. die

multilaterale nukleare Verteidigung in Europa ablehnt, weil er sich lieber an seine Force de frappe hält. Der innere Zusammenhalt der NATO ist also zweifellos einer der neuralgischsten Punkte, und mit ein kritischer Faktor in dem ganzen Zusammenspiel der NATO-Mächte ist sicher die Haltung General de Gaulles. Ich bin aber trotzdem überzeugt, daß die NATO weiter Bestand haben wird, obwohl ich mir auch schon die Frage vorlege und mich darauf vorbereite, was man tun kann, um nicht nur eine Verlängerung der NATO im Jahre 1969 zu erreichen, sondern nach Möglichkeit auch ihren inneren Zusammenhalt zu stärken. Denn, meine Damen und Herren, ich glaube, in unserer modernen Zeit müssen wir einsehen, daß die einzelnen Lebensbereiche der Völker nicht in sich isoliert und getrennt voneinander zu begreifen sind. Heute gibt es kein Bündnis und keine Freundschaft etwa nur auf dem Felde der Verteidigung oder nur in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder nur in Fragen der Außenpolitik und in was noch immer, sondern das alles ist ein Ganzes und ein Unteilbares.

Es ist vielleicht ein Gewinn der neueren Zeit, daß wir über diese Zersplitterung hinweggefunden haben, weil das den Zusammenhalt der Völker stärkt. Es ist nicht möglich, immer nur einen Teilbereich herauszugreifen und zu glauben, wenn wir in dieser Frage mit diesem oder jenem Lande einig seien, dann könne man das andere sozusagen liegen lassen. Das ist nicht der Fall. Wir werden in Deutschland aus der geschichtlichen Situation und aus der kommenden Entwicklung in Europa immer deutlicher erleben, daß diese Zusammenarbeit der Völker unlösbar sein muß und daß wir nur in der Zusammenfügung aller unserer Kräfte verschiedene Probleme zugleich lösen können, nämlich unsere Freiheit, unsere Sicherheit zu schützen, im technischen und wissenschaftlichen Fortschritt zu bleiben, die soziale Sicherheit zu gewährleisten und zugleich dem Volk ein Mehr an Lebensmöglichkeiten einzuräumen. Das erfordert so ungeheure Anstrengungen, daß ein Land im nationalen Raum alles zugleich einfach nicht mehr besorgen kann. Das ist auch der Grund, warum in der kommunistischen Welt ständig gewechselt wird: Einmal legt man dort das Schwergewicht darauf, das Volk etwas besser zu bedienen; dann wird die Rüstung vorgezogen; dann zeigt sich, daß sie in der Landwirtschaft zurücksinken oder daß ihre Industrie Lücken aufweist. Das kommt daher, daß ihnen die Zusammenschau fehlt oder daß sie ihre Kräfte übernehmen, und ich glaube, daraus sollten wir lernen.

Fragerin (18 Jahre, Schülerin):

Herr Bundeskanzler, im Grundgesetz Art. 7 Abs. 1 steht: Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

Welche Gründe sprechen gegen eine Zentralisierung des Schulsystems nach französischem Muster, um die Schwierigkeiten bei einem Schulwechsel auszuschalten und um einen einheitlichen Lehrplan, d. h. eine einheitliche Lehrmethode zu erzielen?

(Lebhafte Zustimmung.)

Antwort:

Die Frage hätten Sie eigentlich an die Konferenz der Kultusminister richten sollen; ich glaube, da hätten Sie die Antwort ziemlich deutlich erhalten; da ist zweifellos bei uns eine gewisse Mißbilligkeit. Ich bin überzeugter Föderalist, aber das hat alles seine Grenzen, und daß der Bund völlig kulturlos leben muß, das will mir auch nicht eingehen.

(Beifall.)

Ich will auch den Ländern nichts wegnehmen. Aber ich glaube, es ist notwendig, daß in dieser und in anderen Fragen eine enge und echte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und auch den Gemeinden Platz greifen muß. Ein Anfang ist gemacht. Wir haben ein Verwaltungsabkommen vorbereitet; die Bundesregierung hat ihm zugestimmt. Ich hoffe, daß ich in meiner Besprechung mit den Ministerpräsidenten in der nächsten Woche auch das Placet der Ministerpräsidenten dafür bekommen werde. Aber da steht auch noch die Finanzreform im Raum, um in bezug auf die Verteilung der Mittel dann auch eine Entsprechung zu der gemeinsamen Ordnung zu finden. Das alles sind zweifellos ernste Fragen. Aber ich glaube, es wäre nicht zu verantworten, daß hier aus einem falschen Beharren an den Zuständigkeiten etwas Schaden leidet, was wirklich dringend einer besseren Zusammenführung bedarf, nämlich das deutsche Schulwesen.

(Sehr starker Beifall.)

Dr. RATHKE

schlägt vor, Bundeskanzler Erhard möge nach Beantwortung der nun folgenden letzten Frage ein Schlußwort sprechen.

Frager (25 Jahre, Angestellter):

Herr Bundeskanzler, in einer der vorherigen Antworten hörten wir etwas von Polizeiterror und Amtsmissbrauch oder Vorgehen gegen die Menschenrechte. Wir sind gewohnt, davon in bezug auf die Vergangenheit und den kommunistischen Machtblock zu hören. Seit einer geraumen Zeit hören wir aber auch davon, daß in Südtirol diese Dinge immer wieder zur Debatte stehen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen, daß die Zeitungsberichte, die wir bei uns zu lesen bekommen, den Tatsachen entsprechen. Ich bitte Sie, mir zu sagen: Was ist der Bundesrepublik zu tun möglich bzw. was tut sie, um auf unseren Verbündeten wenigstens einzuwirken, daß die Menschenrechte gewahrt werden und daß die Vorkommnisse abgestellt werden, damit wir uns dann wieder mit gutem Gewissen dem Terror im Ostblock zuwenden können.

(Lebhafter Beifall.)

Antwort:

Ich trete selbstverständlich für die Wahrung der Menschenrechte ein. Aber Sie werden auch Verständnis dafür haben, daß wir uns in der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Italien in den Südtiroler Fragen sozusagen nicht gerade in die vorderste Front begeben wollen. Unsere Haltung ist an sich klar. Aber ich glaube, das Problem liegt, wie ich

mich überzeugen konnte, etwas tiefer. Es sind nicht nur die nationalen oder nationalistischen Gegensätze und Strömungen, die dabei eine Rolle spielen, sondern es sind die echten Notstände, die bei den deutschen Bergbauern in Südtirol vorherrschen und die natürlich dann in der Unzufriedenheit auch zu politischen Spannungen und manchmal auch zu Entladungen führen. Ich glaube, das Problem sollte angepackt werden, und es könnte vielleicht am besten dadurch geheilt und auf die Dauer bereinigt werden, wenn man an die sozialen Fragen der deutschsprachigen Bergbauern und Weinbauern in Südtirol herangehe. Auch wenn sie z. B. noch weiter zum österreichischen Staatsverband gehören würden, müßte man sich dieses Problems annehmen. Das ist ein soziales Problem erster Ordnung. Ich bin natürlich im einzelnen nicht so weit unfertig – mit Ausnahme der Zeitungsberichte – über das, was da vorgekommen sein soll. Ich verabscheue Unrecht natürlich ebenso wie jeder gesittete Mensch. Aber ich habe nicht den Eindruck, daß wir das ganze Problem schon in allen seinen Elementen fest in Händen halten.

Aber wenn Sie die Frage nach den Menschenrechten stellen, dann gibt es doch nur eine Antwort: daß wir uns dafür einsetzen müssen, daß alles vermieden wird, was gegen die Würde des Menschen geschieht.

SCHLUSSWORT DES BUNDESKANZLERS

Prof. Dr. ERHARD:

Meine Damen und Herren – so muß ich jetzt zu Ihnen sagen laut Gebot des Vorsitzenden –, es war mir wirklich eine Freude, mit Ihnen zu diskutieren. Wenn ich offen sein soll: Ich könnte so etwas stundenlang noch fortsetzen. Aber das geht leider nicht; denn wir sind alle, und ich besonders, sehr stark in unserer Zeit gebunden. Aber wie hier in Hannover, so bemühe ich mich auch andernorts, mit jungen Menschen in Verbindung zu kommen, und ich werde das demnächst auch in Berlin wiederholen. Glauben Sie nicht, daß ich hier vor Ihnen sitzen möchte als ein Weiser vor den Lernenden; das würde der Sache nicht ganz gerecht. Aus Ihren Fragestellungen und aus den Stimmungen und hintergründigen Haltungen, die sich hinter mancher Frage verbergen, gewinne ich Erfahrungen und ziehe Nutzenanwendungen. Aber im ganzen glaube ich sagen zu können – und ich spreche hoffentlich in Ihrer aller Namen –, daß wir ein gutes Gespräch miteinander führten, frank und frei, so wie es sich in einem freien Lande geziemt. Ich kann nur noch einmal wiederholen, wie sehr mir unsere Jugend am Herzen liegt. Dabei verwende ich ein oft gebrauchtes Bild: Wir Älteren haben natürlich unsere Mission im geschichtlichen Ablauf unseres Vaterlandes erfüllt.

Aber wer die Geschichte recht begreift, wird sie zu deuten wissen als die Aufgabe der Generationen, sich den Stafettenstab weiterzureichen, und unsere Generation reicht ihn an Sie weiter. Dazu ist aber notwendig, daß Sie mit der rechten inneren Einstellung den Fragen des Staates, der Gesellschaft und der Gemeinschaft gegenüberstehen, daß Sie weltaufgeschlossen sind, daß Sie nicht nur mit dem eigenen Volke, geschweige denn der einzelnen Gruppe sich identifizieren, sondern auch an diejenigen Ihr Herz verschwenden, die außerhalb unserer

Grenzen stehen. Ich sagte auch schon, welche vielfältigen Möglichkeiten dafür bestehen. Für Sie ist doch die Welt voller Chancen, ja, ich möchte fast sagen, voller Verheißungen, und ich begreife nicht, den Pessimismus, der allenthalben in unserer Jugend vorhanden ist. Nicht daß ich ihn tadle, das wäre dumm, denn ich bin mir natürlich bewußt, daß solche Strömungen immer einen Hintergrund haben; sie kommen ja nicht von ungefähr. Sie alle – wenn auch unterschiedlich – haben die Vergangenheit nicht so erlebt wie wir. Sie sind also unbelastet, Sie sind ohne Komplexe. Ihnen haftet auch keine Schuld an, Sie werden nicht verdächtigt, Sie können also sozusagen ganz frei aus sich heraus und unbeschwert ans Werk gehen. Aber tun Sie es mutig, tun Sie es kraftvoll und behalten Sie dabei Ihr Gewissen und Ihr reines Herz!

(Sehr starker, anhaltender Beifall.)

Schlußwort des Gesprächsleiters Dr. RATHKE:

Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen außerordentlich für dieses Gespräch, denn ich glaube, es hat uns das bewiesen, was wir erhofften: daß es möglich sein müsse, mit dem Chef der deutschen Regierung eine freimütige und offene Aussprache zu führen über Fragen, die vielleicht manchmal etwas diffiziler Natur sind, die aber von Ihnen immer klare Antworten erhalten haben. Die Freimütigkeit des Gespräches ist ganz nach unseren Vorstellungen. Junge Menschen erwarten sachlichen und klaren Meinungsaustausch. Wir sind Ihnen dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie diese Stunden aus Ihrer Arbeitszeit uns gewidmet haben und hoffen, daß dieses Gespräch keine Einzelercheinung ist, sondern daß es sich so verhält, wie Sie uns dargelegt haben: daß der Stil Ihrer zukünftigen Arbeit vom laufenden Kontakt mit allen Gruppen, auch mit der Jugend, getragen sein wird. Wir danken Ihnen sehr, Herr Bundeskanzler!

(Beifall.)

(Ende: 21.10 Uhr.)

„Geist – Stiefkind der Nation?“

Podiumsgespräch

als Rahmenveranstaltung des 12. Bundesparteitages in Hannover
am 15. März 1964 im Beethoven-Saal der Stadthalle

Leitung: Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Teilnehmer: Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat
Prof. Dr. Arnold Gehlen
Prof. Dr. Walter Jens
Hans Schwab-Felisch
Dr. Martin Walser

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Wir haben für heute abend zu einem Forum eingeladen, das im Zusammenhang mit dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union stattfindet, das sich aber nicht so versteht, als ob hier die Christlich-Demokratische Union eine hochoffizielle Auseinandersetzung mit den Intellektuellen führe. Eine süddeutsche Zeitung hat, wie ich glaube, richtig bemerkt, daß man schwerlich so trennen kann; sie hat jedenfalls gemeint, daß die beiden Gesprächsteilnehmer, die hier unzweifelhaft die Christlich Demokratische Union – was soll ich sagen? – vertreten oder zur Darstellung zu bringen haben, nämlich Herr Kultusminister Professor Dr. Mikat von Nordrhein-Westfalen und ich selber, sich eigentlich auf der gleichen Bank mit den Herren befänden, die uns die Ehre gegeben und die Freude gemacht haben, heute abend hier mit uns und vor Ihnen zu sprechen.

Ich darf zunächst die Herren vorstellen:

Prof. Dr. Walter Jens, geboren 1923 in Hamburg, Universitätsprofessor in Tübingen für klassische Philologie, Verfasser literaturwissenschaftlicher und poetischer Werke,

Prof. Dr. Arnold Gehlen, geboren 1904 in Leipzig, Universitätsprofessor in Aachen, Philosophie und Soziologie, schrieb bedeutende Werke zur philosophischen Anthropologie und über Fragen der modernen Kunst, Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat, geboren 1924 in Westfalen, studierte Theologie, Philosophie, Germanistik und Geschichte; später wurde er Jurist, ist Ordinarius in Würzburg, deutsche Rechtsgeschichte, Kirchenrecht, bürgerliches Recht und Handelsrecht, seit 1962 Kultusminister im Kabinett Nordrhein-Westfalen,

Dr. Martin Walser, geboren 1927 in Wasserburg am Bodensee, Studium der Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte in Tübingen; über die Romane reden wir später,

Hans Schwab-Felisch, geboren 1918 in Dresden, Studium der Soziologie, Philosophie und Geschichte, Journalist und Leiter des Studios Düsseldorf des Westdeutschen Rundfunks.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, das Gespräch, auf das es uns heute abend ankommt, gar nicht lange mit einer Vorrede aufzuhalten, sondern Ihnen zu sagen, daß wir zu sprechen gedenken über das Thema: „Geist – Stiefkind der Nation?“ Hier muß man das Fragezeichen hören, denn hinter diesem Thema steht ein Fragezeichen; das soll sagen: ist es denn wirklich wahr, ist denn der Geist in diesem Lande ein Stiefkind? Ist der Geist im deutschen Volk ein Stiefkind der Nation – Fragezeichen!

Meine erste Frage an die Herren, die hier am Gespräch teilnehmen: soll das Fragezeichen stehenbleiben, darf es stehenbleiben oder muß es am Ende gestrichen werden? – Bitte, meine Herren.

Dr. WALSER:

Wenn das Thema heißt: Stiefkind der Nation, dann ist es mit und ohne Fragezeichen falsch, denn in der Nation ist der Geist kein Stiefkind. Wenn Sie für „Nation“ gesetzt hätten „CDU“, dann wäre das Fragezeichen mehr als berechtigt.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich glaube auch, daß wir uns nicht unterhalten müssen, ob der Geist ein Stiefkind der deutschen Nation ist. Das ist kein Thema mehr, dazu ist die Nation zu lange mit dem Geist beschäftigt gewesen. Ein wirkliches Thema scheint mir aber zu sein, wie die Regierungspartei es mit dem Geiste hält. Und da finde ich Stiefkind fast noch ein bißchen euphemistisch, denn es gibt ja auch gut behandelte Stiefkinder. Soweit es die CDU angeht, würde ich sagen: Stiefkind ist positiv übertrieben.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Und soweit es die Nation angeht?

Dr. WALSER:

Ist es keine Frage!

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Würden Sie meinen, daß er ein Stiefkind ist oder daß er kein Stiefkind ist?

Dr. WALSER:

Was die Nation angeht: Nein!

Prof. Dr. JENS:

Ich möchte Herrn Walser zustimmen. Ich würde sagen: Stiefkind der Nation – Fragezeichen. Stiefkind der CDU – Ausrufezeichen, und zwar aus folgendem Grunde:

Ich sehe eine große Diskrepanz zwischen dem, was die CDU tut, und dem, was die Intellektuellen tun. Auf der einen Seite: das Beharren, das Rückblicken, das Sich-Beschäftigen mit den Errungenschaften von gestern, also hier: Status quo, hier: reagieren, hier: keine Experimente, hier: der etwas melancholische Rückblick auf das christliche Abendland, das, glaube ich, mit ein bißchen mehr Verve und Emphase geschaffen worden ist, nämlich mit dem Prospekt auf die Zukunft. – Auf der ande-

ren Seite, beim Künstler gelungen oder nicht gelungen: Betrachtung der Zukunft, Hoffnungen, Erwartungen, Betrachtungen der Aktion und statt der Nicht-Experimente experimentieren um jeden Preis, und zwar auch Experimente, die auf den ersten Blick zunächst einmal sinnlos erscheinen, die sich aber dann, in der dritten oder vierten Korrektur plötzlich, eben unter dem Aspekt der Zukunft, als sinnvoll erweisen. Ich würde also meinen: die einen, die an der Macht sind und die sie behalten wollen, schauen zurück, die anderen entwerfen vielleicht ein bißchen vage, blinde Zukunftsträume, schauen auf alle Fälle voraus. Unter diesem Gesichtspunkt glaube ich, daß eine große Diskrepanz zwischen dem festzustellen ist, was die Intellektuellen tun und erwarten, und dem, was ihre Auftraggeber – sie sind es zu einem großen Teil – tun und machen.

Prof. Dr. GEHLEN:

Ich möchte zunächst einmal konstatieren, daß die Formel: „die Intellektuellen“ nicht von mir in die Diskussion geworfen worden ist, sondern sie kam von da drüben; ich nehme sie aber gern auf.

Was nun das Wort „Geist“ betrifft, über das wir vielleicht auch reden sollten, so sagte Musil: Das ist ein Wort, dem man nicht ganz allein begegnet. Ich glaube, das ist richtig. Und da wollen wir es mal – ich bin Soziologe – soziologisch verorten und sagen: offenbar haben die Intellektuellen das Geistmonopol; denn das wurde uns eben hier so vorgeführt.

Dr. WALSER:

Erwarten Sie Widerspruch?

Prof. Dr. GEHLEN:

Ja sicher!

(Heiterkeit.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Dr. Walser, zwei Fragen: Finden Sie, daß die CDU, die sich hier natürlich stellen will und stellen muß, im besonderen den Vorwurf gelten lassen muß, daß bei ihr der Geist ein Stiefkind sei, oder finden Sie, daß Ihr Vorwurf mehr impliziert, daß die politischen Parteien und der politische Betrieb hier in Deutschland überhaupt sich so ausnehmen, daß man von den politischen Parteien sagen muß, sie behandelten den Geist recht stiefmütterlich? Wollten Sie das sagen?

Dr. WALSER:

Meine persönliche Erfahrung mit der Politik reicht natürlich nicht sehr weit zurück. Aber solange ich halbwegs zu denken versuche, ist Politik oder staatliche Politik mit CDU notwendigerweise verbunden, so daß sich nach meinen Erfahrungen das Verhältnis Politik und Geist sehr stark mit dem Verhältnis CDU und Geist gleichsetzen läßt. Das ist das eine.

Wenn ich mir überlege: wo beschäftigt sich die CDU oder wo beschäftigt sich dieser Staat oder wo beschäftigen sich Institutionen dieses

Staates mit dem Geist, wo haben sie damit zu tun, wo möchten sie damit zu tun haben? – da sind meine Erfahrungen wirklich karg. Bitte, höre ich oder lese ich einmal von einer Veranstaltung des Bundes der Deutschen Industrie: wenn ich das lese, was sie da tun, habe ich das Gefühl: na ja, der BDI leistet sich jetzt Geist; das kommt mir wie eine Art Dekorationsversuch vor. Ich habe nicht den Eindruck, als läge dem ein Bedürfnis zugrunde. Wenn er eine Kulturveranstaltung in Berlin abhält, dann muß ich denken: wie viele Fliegen will er jetzt noch mit einer Klappe schlagen? Kultur in Berlin und BDI –

(Heiterkeit.)

das ist alles sehr absichtlich arrangiert. Ich kann mich nicht davon freihalten, ich empfinde: es wird ein Dekorationsversuch gemacht.

Ich glaube nicht an ein Bedürfnis dieser regierenden Partei nach Geist oder nach Selbstverständnis, was ja mit Zweifel und Kritik zu tun hat. Vielleicht kann sich eine politische Partei Geist nicht leisten, solange sie an der Macht ist; das ist möglich.

(Heiterkeit.)

– Bitte, ich meine das fast seriös.

(Erneute Heiterkeit.)

Man muß sich die Fragen stellen können, man muß seine Zweifel offen auf der Stirn tragen, man muß die Interpretation der Wirklichkeit unter radikal denkbaren Voraussetzungen betreiben. Das alles kann man sich vielleicht nicht leisten, wenn man andauernd an einen politischen Markenartikel denkt, der vier Jahre später wieder gut verkäuflich sein muß.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Gut, verstanden. Das Gespräch wird etwas einfacher, wenn wir mal den BDI aus dem Spiel und allein die CDU als Generalangeklagte stehenlassen. Hier möchte ich nur wissen, ob die CDU im besonderen gemeint ist oder pars pro toto, das heißt zunächst einmal als politische Partei, allerdings mit der – wie wir recht verstanden haben – Erschwerung, daß sie sich im Besitz der Macht befindet. Wird die Macht in dieser Partei hinreichend reflektiert, oder ist die Macht – Herr Professor Jens, erlauben Sie mir jetzt, Ihr Wort vom Intellektuellen aufzunehmen – für den Intellektuellen, für den, der sich im Geist und das heißt: reflektierend selber versteht, nicht an sich suspekt? Das würde bedeuten, daß die Partei, die Macht ausübt oder Macht im Staate handhaben muß, von vornherein für den Geistigen suspekt ist, weil sie es mit der Macht zu tun hat, weil sie mit der Macht verheiratet ist.

SCHWAB-FELISCH:

Wenn ich Ihre letzte Bemerkung aufgreifen darf: Ich würde das für eine sehr entschuldigende Vereinfachung halten, die Ihnen besonders nicht gut ansteht, für die ich aber in Ihrer Situation Verständnis habe. Es hat schließlich auch Machtkonstellationen gegeben – wir haben sie vor kurzem wieder in Amerika erlebt –, in denen der Geist eben nicht

nur in Flaskeln und Sonntagsreden herumgetragen wurde, sondern in denen er tatsächlich zu einem Partner des Staates avancierte, nicht nur aus einer façon de parler, sondern aus einem inneren Bedürfnis, aus einer Erkenntnis der Lage, daß der Geist, daß die Intellektuellen – es gibt ja auch intellektuelle Politiker, Herr Professor Gehlen – im Staate eine Funktion ausüben, die wichtig ist und deren Wichtigkeit die CDU offenbar jetzt auch erkannt hat. Ich habe den Eindruck, daß sie jetzt ungeheure Klimmzüge macht – kurz vor den Wahlen –, um das Versäumte nachzuholen und den nächsten Wahlkampf hauptsächlich mit kulturpolitischen Thesen anzufüllen. Dabei will ich nicht die Motive in Frage stellen, die sicherlich ehrenwert sind; sie will einen Ruck nach vorne machen, um tatsächlich das nachzuholen, was in den letzten 15, 18 Jahren in puncto Geist von Bonn her – ich sage nicht: von den Ländern, sondern :von Bonn her – versäumt worden ist, soweit Bonn kompetent ist.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Ich hätte an Herrn Kollegen Jens noch eine Vorfrage. Unser Thema heißt: Geist – Stiefkind der Nation; Fragezeichen oder nicht. Sie und Herr Walser haben gesagt, wenn es hieße: Geist – Stiefkind der CDU, dann müßte ein Ausrufezeichen folgen.

Nun impliziert die Frage: „Geist – Stiefkind der Nation?“ ja ein Spannungsverhältnis von Geist und Staat überhaupt. Ich will dazu gar nicht Stellung nehmen.

Meine Frage an Sie: Meinen Sie, dieses Ausrufezeichen betrifft speziell nur diese CDU, oder ist es nicht so, daß – von Ihrer Sicht her gesehen – der Geist schlechthin in der modernen Industriegesellschaft und im Staate der modernen Industriegesellschaft diese – von Ihrer Sicht her – stiefmütterliche Position einnimmt? Das heißt: Ist das, was Sie überhaupt beklagen – Sie haben eine Reihe von Feststellungen getroffen, Sie haben im Grunde schon Ergebnisse vorweggenommen – nun etwa auf die CDU zurückzuführen, oder betrifft es nicht eine Befindlichkeit der modernen Industriegesellschaft – was ja auch möglich wäre – und damit jedes modernen demokratischen Staates? Das ist eine Frage, über die man zunächst einmal Auskunft haben muß. Denn wenn es tatsächlich so ist, daß es sich um ein Phänomen handelt, das wir in jedem modernen Staat aufweisen können, weil es vielleicht sehr zwangsläufig mit der modernen Gesellschaftsstruktur verbunden ist, dann stellt sich natürlich der Gang der Diskussion anders, und es ergibt sich das Problem: Was können wir tun, um den Geist aus dieser negativen Stiefkindsituation herauszuführen? Das ist ja dann viel weiter, Herr Jens.

Prof. Dr. JENS:

Ein Spannungsverhältnis zwischen dem Geist und der Macht besteht seit griechischen Tagen immer. Ich glaube nicht, daß sich das Spannungsverhältnis in der modernen Industriegesellschaft verschärft hat. Ganz im Gegenteil: die moderne Industriegesellschaft ist mehr denn je auf die Mithilfe, auf die Mitwirkung der Intellektuellen angewiesen. Wenn man von den Intellektuellen spricht, sieht man meistens die

Phantasmagorie eines dichtenden Schriftstellers vor sich. Wenn man aber von den Naturwissenschaftlern spricht, sieht die Sache ganz anders aus; die würde ich also auch zu den Intellektuellen zählen, Herr Gehlen. Ich möchte tatsächlich sagen: die Intellektuellen haben den Geist gepachtet – wer sonst? Er ist fest in den Händen der Intellektuellen, Gott lob; nur daß die Intellektuellen sich sehr weit auffächern, daß ihre Spannweite von der Politik bis zur Naturwissenschaft reicht, bis zu den Spezialisten. Aber das Spannungsverhältnis hat sich heute keineswegs verschärft. Die Intellektuellen sind nicht die geborenen Nichtmitmacher, die geborenen Betrachter, die geborenen Zuschauer; im Gegenteil, sie sind rührende Mitmacher. Wenn irgendwo der charismatische Geist in der Politik weht, sehen sie sofort ein Augusteisches Lüftchen wehen; sprechen Sie von Perikles, Augustus, Kennedy-Ära, in Frankreich von Mendes-France, sofort waren die Intellektuellen dabei. Es ist nicht wahr, daß die Intellektuellen grundsätzlich abseits stünden, ganz und gar nicht.

Aber das Spannungsverhältnis zwischen den Intellektuellen und der CDU ist nun allerdings so groß, wie es größer, glaube ich, nicht denkbar ist. Ich meine, unsere Welt sei in Bewegung überall. Wir sind im Aufbruch zu ganz neuen Ufern. Was passiert – Sie werden mich vielleicht berichtigen, ich bin ja hier ein Laie – auf dem Konzil, was passiert innerhalb der Katholischen Kirche? Wir haben in Tübingen jetzt – man stelle sich das vor sechs Jahren vor – in der Katholischen Theologischen Fakultät einen Lehrstuhl für ökumenische Theologie. Allüberall im Geistigen einen riesenhaften Aufbruch. Und auf der anderen Seite das Reich Karls des Großen, Charles de Gaulle und die Verherrlichung Portugals und der Kolonialpolitik.

(Beifall.)

Die Diskrepanz wird so groß, daß sie komisch wird. Ich sage nicht: die Diskrepanz zwischen den berüchtigten Linksintellektuellen und der CDU, sondern die Diskrepanz zwischen dem Geist überhaupt, zwischen dem, was heute in Ihrer Kirche geschieht, was überall in den Kirchen geschieht, und dieser ganz und gar starren und immobilen, nur zurückschauenden und sich plötzlich dann in einer geradezu rührenden Weise der Intellektuellen erinnernden Partei.

(Beifall.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren, ich finde die Angriffe ungerecht, um es kurz zu sagen.

(Zuruf aus dem Zuschauerraum: Ja! – Heiterkeit.)

Ich will Ihnen sagen, warum. Wenn man so differenziert: hier der Intellektuelle und dort etwa der Mann in der Aschenbahn der Politik, dann will ich für meine Person einmal sagen, daß ich mich weder für schizophrene halte – das nicht –,

(Heiterkeit.)

indem ich mich zur Aschenbahn bekenne, noch, daß ich diese Differenzierung sonst zu akzeptieren willens bin.

(Lebhafter Beifall.)

Ich weigere mich deshalb, Ihre erste These mitzumachen, diese Differenzierung zwischen Intellektuellen und Parlamentariern oder Politikern, die nach der Natur dieses Staates sich natürlich in der Organisation einer Partei zur Darstellung bringen müssen. Anders ist das nicht zu machen; das ist unterstellt.

Prof. Dr. JENS:

Nein, entschuldigen Sie: Ich habe von intellektuellen Politikern gesprochen.

Dr. WALSER:

Das hat keiner gesagt.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Von intellektuellen Politikern? Gut, also dann keine Schizophrenie.

Dann aber eine zweite Frage: Wie, meine Herren, stellen Sie sich das vor: in welcher Situation befindet sich der Intellektuelle, der sich in der Politik engagiert? Wollen Sie dem unterstellen, daß er vom Eigentlichen des Intellektuellen Abstand nimmt, daß er also sein Eigentliches als Intellektueller aufgibt? Ich sage Ihnen: ich glaube das nicht, ich halte das für eine Unterstellung, die nicht mit der Wahrheit übereinkommt. Ich sage Ihnen, daß ich in allen Parteien in diesem Staat Menschen kenne und Menschen gefunden habe, die in sehr maßgebender Position sind, die gerade das charakterisiert, daß sie auch in ihrem politischen Handwerk das Reflektieren nicht aufgegeben haben

(Beifall.)

und daß sie eben nicht nur unter taktischen Gesichtspunkten reflektieren, sondern unter substantiellen, also geistigen Gesichtspunkten, und daß sie in diesem Reflektieren ihre Politik vor sich selber und vor ihrer allgemeinen Zielstellung zu verantworten gedenken.

(Beifall.)

Dr. WALSER:

Es kann durchaus sein, daß die Nähe des Geistes zur Politik in der Bundesrepublik andere gesellschaftliche Voraussetzungen haben müßte und daß sie vielleicht auch, Herr Präsident, in der CDU grundsätzlich vorhanden wäre, wenn nicht eine Trennung bei uns schärfer installiert wäre als in jedem anderen Staat, den ich mir vorstellen kann: Das ist, daß in der Bundesrepublik die Politik wirtschaftsabhängig ist wie in keinem anderen Staat, den ich kenne.

Sie sagen, es gibt Politiker, die reflektieren, die kritisch denken, die also Intellektuelle sind. Warum nicht! Bitte, aber die Wirklichkeit ist die, daß, wenn in der Bundesrepublik Politik gemacht wird, sie eine wirtschaftsabhängige Politik ist. Alle anderen Ausdrucksformen des Staates scheinen mir von wirtschaftlichen Entscheidungen abhängig zu sein. Das, was der Staat als Zentrum haben sollte – eine politische

Substanz –, ist weithin ein Vakuum. Es wird mit wirtschaftlichen Ersatz-
absoluta ausgefüllt und aufgefüllt und propagiert. Ich glaube, das ist
es, was den Intellektuellen hier sehr viel mehr als irgendwo anders von
der Politik trennt. Der Intellektuelle würde sich genieren, mit einem
Interessenverband in der Lobby vertreten zu sein. Alle diese Einfluß-
nahmen sind ihm unzugänglich, dazu hat er weder Begabung noch
Lust. Ich glaube, er ist – auch von der Politik aus gesehen – besonders
peripher in der Bundesrepublik, weil hier das Zentrum reines Wirt-
schaftsdenken geworden ist. Herr Professor Erhard hat am Anfang sei-
ner Laufbahn gesagt, daß die Wirtschaft nur etwas ist, was höheren
menschlichen Zielen dienen soll. Inzwischen ist er auch dazu überge-
gangen und hat in seinem Karlsruher Vortrag gesagt – er hat wahr-
scheinlich erfahren, daß es keine anderen staatlichen Setzungen gibt –,
die Wirtschaftspolitik müsse gesellschaftliche und darüber hinausrei-
chende Ordnungen für den Menschen garantieren und liefern. Also
überall ist die Wirtschaftspolitik der Ersatz für das, was sonst nicht
stattfindet. Ich glaube, da ist eine Trennungslinie zwischen Geist und
Wirtschaft.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Dr. Walsler, ich schlage Ihnen vor, daß wir, um beim Faden zu
bleiben, folgendermaßen diskutieren: Sie haben ja begonnen mit dem
Angriff auf die CDU im besonderen, die Parteien im allgemeinen, die
Macht im allgemeinen, dann in dieser besonderen Charakterisierung
die Wirtschaftsmacht, die nach Ihrer Überzeugung heute dominiert, um
nicht zu sagen: die Diktatur ist. In dieser Reihenfolge sollten wir dis-
kutieren. Dann können wir uns nachher den anderen Fragen zuwenden.

SCHWAB-FELISCH:

Ich wollte nur sagen, daß Sie, Herr Präsident, offene Türen eingerannt
haben. Denn niemand hat jemals bezweifelt, daß es unter den Parla-
mentariern eine Reihe hervorragender Intellektueller gibt. Aber es han-
delt sich um das Verhältnis der staatlichen Organe jeder Art – auch
der bundesstaatlichen, der in den Ländern verantwortlichen Organe –
zu den Intellektuellen, die außerhalb der Verantwortung stehen. Es
kann ja nicht jeder Intellektuelle Bundestagsabgeordneter oder Minister
sein. Es handelt sich wohl ausschließlich um dieses Verhältnis.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Dann habe ich Sie also mißverstanden, wenn ich annahm, Sie meinten,
daß die Ausübung der Politik in der Organisation der parlamentari-
schen Demokratie der Gegenwart eigentlich eine intellektuelle Disquali-
fizierung sei. – Um so besser stellen wir das fest. Damit ist dann auch
keine Schizophrenie unterstellt.

Herr Schwab-Felisch, dann nur eine Bemerkung: Dieses Unternehmen
heute abend ist nicht gedacht als ein Auftakt zum Bundestagswahl-
kampf 1965. Ich hätte mich dazu nicht bereit gefunden. Wollte man
das tun, dann dürfte man es außerdem nicht im Zeichen der Kultur-
politik unternehmen, denn der Bund hat nach wie vor trotz aller

kulturpolitischen Debatten – die nützen dabei gar nichts – keine eigentliche kulturpolitische Kompetenz. Es hätte deshalb auch keinen Zweck, einen Bundestagswahlkampf im Zeichen einer Sache zu führen, für die der Bund keine Kompetenz hat. Ich wollte das nur zur Klarstellung sagen.

SCHWAB-FELISCH:

Aber wir sehen Anstrengungen in allen Ländern, in Bayern zum Beispiel, in Nordrhein-Westfalen. Das war nicht auf diese Veranstaltung gemünzt.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Danke vielmals.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Ich möchte Herrn Jens eines sagen: Ich bestreite schlechthin, daß die Intellektuellen ein Monopol für den Geist haben.

(Lebhafter Beifall.)

Sie repräsentieren wahrscheinlich den Geist; darüber können wir dann reden. In ihnen erscheint er vielleicht in Repräsentation besonders verdichtet. Aber was Sie sagen, Herr Jens, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß sich die Masse des Volkes zunächst überhaupt vom Geist löst.

(Zuruf.)

– Ja sicher! Sie haben vorhin gesagt: die Intellektuellen sind im Grunde genommen eine kleinere Schicht.

(Erneuter Zuruf.)

– Sicherlich, ganz klar!

(Weitere Zurufe.)

– So habe ich Herrn Jens verstanden. Sie haben gesagt: die Intellektuellen haben den Geist gepachtet.

(Zuruf aus dem Zuhörerraum: Wer sonst, hat er gesagt!)

– Wer sonst! Nun, ich kenne sehr viele Intellektuelle, bei denen mir als Juristen dieses Pachtverhältnis höchst dubios erscheint.

(Beifall.)

Ich muß insbesondere vor einem warnen. Nehmen wir einmal unsere Hochschulen. Wir sind alle auf einem Gebiet Spezialisten, wahrscheinlich sogar ausgezeichnete Spezialisten. Aber es wäre doch völlig verfehlt, etwa zu glauben, weil ich auf einem schmalen Gebiet etwas Besonderes leiste, daß mir von daher schon die Kompetenz schlechthin zuwächst, zu den allgemeinen Lebensfragen mit der gleichen Verbindlichkeit mich zu äußern wie auf diesem meinem Fachgebiet; ich denke hier an den intellektuellen Volkswirt, den intellektuellen Juristen. Intellektuelle gibt es auch in diesen Fakultäten unter Umständen.

(Heiterkeit.)

– Ja, das darf man doch sagen, um das mal zu klären.

(Beifall.)

Daraus entnehmen wir doch nicht die Gesamtkompetenz.

Herr Jens, nun meine Frage an Sie: Das, was Sie und was auch Herr Walser jetzt der Bundesrepublik in besonderem Maße anlasten, das trifft eigentlich dem Befunde nach nicht zu; es ist gar nicht wahr, daß die Intellektuellen gewissermaßen die Gruppe draußen vor der Tür sind und daß das etwa in den anderen Nationen anders sei. Ich gebe Ihnen in Ihrem Ansatzpunkt recht, Herr Walser. Wir müssen heute erkennen, daß tatsächlich in den Jahren nach 1945 bei uns die vitalen Fragen im Vordergrund, ich würde sogar sagen: wertphilosophisch berechtigt im Vordergrund gestanden haben. Für mich war es doch hochinteressant, Herr Walser, daß ein Mann wie Nicolai Hartmann das in seiner Wertethik mit Deutlichkeit herausgestellt hat. Er sagt: Im Grunde genommen sind die primitiven Dinge die eigentlich vordringlichen Dinge. Sie haben die höchste Wertstärke. Je differenzierter der einzelne Wert wird – also je höherwertiger –, desto geringer ist seine Dringlichkeit. Inwieweit dieses Schema heute noch ganz stimmt, darüber könnte man reden. Jedenfalls in den Jahren, die hinter uns liegen – Jahre der Not, Jahre des Wiederaufbaus –, war es selbstverständlich, daß zunächst einmal große Würfe auf diesem primitiven Feld der Wirtschaft gemacht werden mußten. Ohne die säßen wir wahrscheinlich gar nicht hier und würden nicht über die Situation der Intellektuellen reden, Herr Walser.

(Beifall.)

So wurden also von daher Schwergewichte gesetzt, unter denen vielleicht der Mann des Geistes besonders leidet; er leidet ja unter solchen Situationen. Die Frage an Sie, Herr Jens: können Sie sich vorstellen, daß überhaupt dieser Prozeß bei der Situation, aus der heraus dieses konkrete Staatswesen wuchs, vernünftiger anders verlaufen konnte?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Professor Gehlen, Sie sind am Wort.

Prof. Dr. GEHLEN:

Herr Mikat hat jetzt Herrn Jens eine Frage gestellt.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Deshalb wollte ich Sie fragen, ob Sie Herrn Jens erlauben, daß er zuerst antwortet.

Prof. Dr. GEHLEN:

Die sind dem schon so weit voraus, was ich sagen wollte, die hole ich überhaupt nicht mehr ein.

(Heiterkeit.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Professor Gehlen, verlassen Sie sich drauf: die holen Sie ein.

(Erneute Heiterkeit.)

Da möchte ich jede Wette machen.

Prof. Dr. JENS:

Also dann wollen wir noch ein bißchen weiter vorpreschen, bis wir nachher wieder zum Anfang zurückkommen. Zunächst: In einem Punkt bin ich mißverstanden worden; das hat mein Freund Schwab-Felisch schon gesagt. Von intellektuellen Politikern habe ich ausdrücklich gesprochen; das war, glaube ich, wirklich eine offene Tür.

Das zweite! Ich habe gesagt: Der Intellektuelle verfügt über den Geist, er repräsentiert ihn nicht nur; wer sonst?, habe ich gesagt.

Ich meine freilich, hier schwebt im Raum ein seltsamer Begriff des Intellektuellen; ich habe den Eindruck, der Begriff eines Dichters, eines hochgezüchteten, hochtrainierten Spezialisten. Meines Erachtens – wenn ich da von der antiken Terminologie ausgehe – ist das ein Mensch, der über sich selbst reflektiert, der in der Lage ist, sich selber in Frage zu stellen. Ich würde sagen: dieses Sich-in-Frage-stellen ist nicht beschränkt auf den hochtrainierten Ordinarius an einer deutschen Universität. Dazu wäre ein die Ereignisse unserer Zeit wach verarbeitender Facharbeiter durchaus in der Lage.

Weiter: Der Intellektuelle ist, glaube ich, derjenige, der in irgendeiner Weise an die Realität des Geistes glaubt. Er glaubt daran – Herr Präsident, ich bin beim Thema Macht; Sie haben es angesprochen –, daß in irgendeiner Weise – wie auch immer – die Welt durch den Geist veränderbar ist.

Hier meine ich nun – ich darf auf die CDU zurückkommen; Punkt zwei des Herrn Präsidenten –, daß die CDU in besonderer Weise die Macht des Geistes, die Realität des Geistes, auch den Glauben daran, daß der Geist wirklich in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus die Welt verändern kann, zu gering veranschlagt. Ich meine, daß dies in allen anderen Parteien auch der Fall ist, Herr Präsident. Aber die anderen Parteien haben vielleicht nicht ganz so törichte Sprecher vorgeschickt; es sind nicht ganz so törichte Äußerungen gefallen. Ehrlich gesagt: Mir wäre es auch lieber, ich würde nicht mit zwei Intellektuellen von der CDU, sondern vielleicht auch mit solchen von einer anderen Partei diskutieren; da würden die Gegensätze vielleicht etwas offensichtlicher werden.

(Beifall.)

Selbstverständlich, wenn ich an die Gewerkschaften denke, so meine ich auch, daß beim Pfennig-Feilschen der soziale Auftrag der Gewerkschaften, nämlich eine sinnvolle Veränderung der Welt, der Gesellschaft, vergessen worden sei. Also das gilt *cum grano salis* – –

(Zuruf: Monolog!)

– Bitte? Monolog, also gut. Ich habe drei Fragen des Herrn Präsidenten beantwortet. Ich meine, daß in Deutschland in ganz besonderer Weise – im Gegensatz zu Frankreich und Italien – Literatur und das geistige Gespräch keine Angelegenheiten der Öffentlichkeit sind. Ich meine, daß das in anderen Ländern etwas besser sei.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Sie meinen, daß in anderen Ländern, zum Beispiel in den romanischen, das öffentliche Gespräch mit der Literatur unvergleichlich intensiver sei als bei uns?

Prof. Dr. JENS:

Ja.

Prof. Dr. GEHLEN:

Es geht mir darum, daß wir wissen, wovon wir sprechen. Ich habe jetzt Attacken gehört gegen die CDU, gegen den Staat und gegen die Nation. Wir müssen doch vielleicht mal den Gegner bestimmen.

Ich habe zweitens bemerkt einen sehr eindrucksvollen Aufgalopp aggressiver Rhetorik. Das macht eines sehr schwer, was ich gern machen würde, nämlich ein Gespräch in der Intention des Sich-Verständigens.

Dann ist die Frage aufgetreten: Was sind Intellektuelle? Ich würde sie – wenn Sie mir diese soziologische Bemerkung erlauben – so beantworten: Das ist ein nicht ganz genau zu bezeichnender Kreis, der die Macht des gesprochenen und geschriebenen Wortes handhabt. Ich betone: Macht und handhabt.

Im engeren Sinne sind das dann also die Publizisten und die engagierten Schriftsteller. Ich würde glauben, daß wir, wenn wir die Begriffsgrenze etwas locker halten, deutlicher werden, als wenn wir nun auf die Frage kommen: hat der Fabrikarbeiter Geist oder nicht oder hat der Professor Geist oder nicht? Da kommen wir ja nicht hin. Dagegen ist die Frage: wie liegt denn diese Gruppe der Publizisten, der engagierten Schriftsteller in der gegenwärtigen Gesellschaft? Hat sie berechtigte Einwände? Wogegen sind die? Wie kann man dem abhelfen? Darüber könnte man sich doch verständigen, oder man könnte zumindest versuchen, zu Formulierungen zu kommen. Da müßten wir aber doch absehen von diesen flotten Exkursionen ins Demagogische.

(Lebhafter Beifall.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Ich glaube, es steht dem Gesprächsleiter zu, Herr Professor, hier zu sagen, daß er den „flotten Aufgalopp“ – auch wenn dabei ein Torpedo nach dem anderen losgejagt wird – nicht bedauert.

(Beifall.)

Denn, meine Damen und Herren, das müssen, und jetzt sage ich mal: wir Intellektuellen, uns durch die Bank gefallen lassen, daß wir selber ein Beweis oder eine Dokumentation dafür liefern, daß wir keineswegs uns immer in den reinen Bereichen des Geistes unterhalten und in den reinen Kategorien des Intellekts argumentieren.

(Beifall.)

Auch wir sind die Kinder unserer Zeit, ganz selbstverständlich, und wir stehen nicht über dieser Zeit, sondern in ihr. Selbstverständlich ist es

auch bei Intellektuellen so – jedenfalls solange sie wirkliche Menschen sind –, daß sie in einer solchen Situation nicht nur rational argumentieren, sondern auch emotionale Bekundungen von sich geben, die auch etwas aussagen. Herr Professor, ich bin also Kummer gewohnt. Außerdem gewöhnt man sich im Parlament bei 520 Abgeordneten daran, in Geduld das anzuhören und zu sehen, ob man dann weiterkommt. – Ich halte deshalb das Gespräch noch nicht für verloren.

Zweitens: Herr Dr. Walser, die CDU ist nicht empfindlich. Die CDU hat zwar – wenn ich das einmal für die CDU sagen darf – auch ein Ehrgefühl. Aber das ist etwas anderes als empfindlich sein. Ich halte es deshalb für erlaubt, daß Sie in dieser Weise mich für meine Partei angreifen oder meine Partei angreifen und mir dann erlauben, mich dazu zu stellen und mich nicht von ihr zu distanzieren; denn sonst hat die Sache gar keinen Zweck.

Herr Professor Jens, sehen Sie: Es ist nun mal so in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft, daß bei einem solchen Gespräch nun nicht Kollegen, Parlamentarier erscheinen, die, sagen wir einmal, in einigen Gebieten – ich will lieber gar kein präzises Gebiet nennen, sonst fühlen sich die am Ende disqualifiziert. Es ist naheliegend, daß für ein solches Gespräch auch von seiten einer Partei die entsprechenden Gesprächspartner gestellt werden. Das ist doch klar. Das macht jede andere Partei auch.

Aber ich würde gern einmal auf die Frage zurückkommen – Sie sehen daran unsere Unempfindlichkeit –, warum bei der CDU der Geist im besonderen das Stiefkind ist. Deshalb, weil sie oder der eine oder andere – ich weiß, was und wen man dabei alles zitieren kann – ab und zu sehr kritische Töne sagt? Aber das ist doch alles nicht so charakteristisch wie etwas ganz anderes, auf das Herr Dr. Walser nach meiner Überzeugung hinaus will – er hat zwei Bemerkungen gemacht, auf die letzte wollen wir dann nachher kommen –: nämlich auf die Wirtschaftsallmacht. Das ist eine wichtige Sache. Man muß der Frage nachgehen: Unter welcher Art von Macht leiden wir eigentlich? Wie sieht denn die Macht aus, zu der sich der Intellektuelle unablässig reflektierend verhält? Das ist doch ganz sicher die Macht der Diktatoren, der Gestapo, die mit Zuckerbrot und Peitsche dastehen. –

Herr Dr. Walser, Sie haben vorhin gesagt: Die CDU hat deshalb ein so stiefmütterliches Verhältnis zu den Intellektuellen oder zum Geist, weil sie so lange mit der Macht umgegangen ist. Ich sage noch einmal: Ist das nur für die CDU charakteristisch? Hängt das an der Art der Macht? Hängt das daran, daß für die Intellektuellen die Macht, wie gesagt, zunächst einfach suspekt ist? Oder hängt das an folgendem: Der, der die Macht handhaben muß, muß natürlich auch unablässig um den Besitz der Macht kämpfen. Wenn er das nicht tut, dann ist er nicht ein besonders hochgeistiger Mensch, sondern dann ist er einfach ein Dilettant. Denn auch in diesem Staate braucht man, wenn man das Rechte und das Wahre durchsetzen will, die Macht, die dieser Staat dazu benötigt. Dann brauchen Sie Mehrheiten im Parlament, anders geht es nicht. – Ist nun der Umgang mit der Macht besonders unver-

träglich mit dem Geist, wie ihn der Intellektuelle hat? Denn daß der Intellektuelle zum Geist ein besonders reflektierendes Verhältnis hat, ist ganz sicher. Kann sich der Politiker, insbesondere wenn er Macht verwaltet, ein so differenziertes und reflektierendes Verhältnis im Umgang mit der Macht erlauben?

Hier liegen Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, die ich selber erfahren habe. Ein Mann, der reflektiert, der bereit ist, sich selber in Frage zu stellen und sich in der Parlamentsdiskussion in Frage stellen zu lassen, befindet sich natürlich zunächst in einer schwierigeren Position als der andere, der von vornherein sich dem verweigert, Herr Dr. Walser. Ich vertrete hier nicht eine Position – erstens nicht für meine Person, zweitens nicht für meine Partei, drittens nicht für den Deutschen Bundestag –, in der ich es für eine Stärke halte, in einem freiheitlichen Rechtsstaat sich unreflektiert zur Macht zu verhalten. Ich würde es für bedauerlich halten, wenn das der Typus der Leute wäre, die mit der Macht umgehen, und wenn die Parteien, alle miteinander, die natürlich in das Zwangsschema des Machtkampfes gestellt sind, über dem Machtgebrauch die Notwendigkeit und die innere Aufforderung zur reflektierenden Auseinandersetzung, zur reflektierenden Handhabung der Macht vermissen ließen und wenn sie dem absagen würden.

Sie können mir nun sagen: Nun eben, wir vermissen bei der CDU eine genügende Reflektion der Macht. – Ich halte das nicht für richtig, sondern ich würde darauf antworten, daß sich dieses Reflektieren in den Verhältnissen, in denen sich unser Staat und unsere Demokratie darstellen, zu fünfundneunzig Prozent hinter den Kulissen vollzieht und zu allenfalls fünf Prozent vor den Kulissen. Man kann das bedauern. Ich muß sagen, daß dieser Parteitag einen Versuch macht, die Reflektion in seinen eigenen Reihen zu zeigen, indem er seine Arbeitsgruppen öffentlich diskutieren läßt. Dabei muß man sich natürlich darüber im klaren sein, daß die Öffentlichkeit der Reflektion an sich nicht förderlich ist. Sie bringt Kategorien des Schüchternen usw. hervor. Man muß sich also, Herr Dr. Walser, mit diesem Dilemma auseinandersetzen, wenn man die Situation verstehen will, in der sich eine Partei, die so lange die Macht übt, befindet; in der sich aber, Herr Schwab-Felisch, nach meiner Überzeugung alle Parteien in diesem Staat befinden. Insofern ist das keine flüchtige Apologetik, die ich hier gemacht habe.

Dann könnten wir also das Thema CDU und Parteien im allgemeinen abschließen und uns der wichtigen Sache der Macht, insbesondere der Allmacht wirtschaftlicher Priorität, wenn ich so sagen darf, zuwenden. Denn darauf, Herr Dr. Walser, wollten Sie, wenn ich Sie recht verstanden habe, hinaus.

Prof. Dr. GEHLEN:

Wenn wir vom Thema Macht sprechen: Es kam mir eben so vor, Herr Präsident Gerstenmaier, als ob Sie das Thema Macht auf den staatlichen und politischen Bereich beschränken wollten. Das wäre wohl nicht Ihre Meinung. Auch nicht auf den wirtschaftlichen Bereich; es gibt ja – –

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Ich wollte mich der präzisen Zuspitzung der Walserschen These stellen, die mir interessant erscheint. Wenn ich einmal zusammenfassen darf, was Herr Walser meint, wenn ich ihn recht verstanden habe: Er sagt, daß wir uns heute in diesem modernen Industriestaat, der doch unser Schicksal ist in der Situation, in der wir leben, in einer absoluten Wirtschaftsabhängigkeit der Politik befinden, die so weit geht, daß man allmählich von einer Art diktatorischen materiellen Verfremdung der Gesellschaft und der Politik und des Staates durch wirtschaftliche Bedürfnisse oder Zweckmäßigkeiten sprechen muß. Herr Dr. Walser, habe ich Sie so recht verstanden?

Prof. Dr. GEHLEN:

Darf ich dann die Petition anmelden, daß man nach diesem Thema vielleicht auch noch über die Macht der Intellektuellen spricht?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Aber ganz gewiß. Natürlich, das kommt auf jeden Fall.

Dr. WALSER:

Herr Gehlen hat vorhin das Wort gebraucht: die Intellektuellen handhaben oder sind Herr des Wortes oder so ähnlich.

Prof. Dr. GEHLEN:

Sie sind im Besitz der Macht.

Dr. WALSER:

Und sie üben die Macht aus.

Prof. Dr. GEHLEN:

Auch!

Dr. WALSER:

– Auch!

Das hätte ich mir gern erklären lassen. Ist das eine Macht, die wirklich wert ist, neben anderen Mächten im öffentlichen staatlichen Leben genannt zu werden, zum Beispiel verglichen mit der Macht der Wirtschaft? Da möchte ich doch – da Sie uns zu einem Verständigungsgespräch einladen, Herr Gehlen –, daß Sie unsere eigene Macht ein bißchen schildern.

Prof. Dr. GEHLEN:

Darf ich gleich antworten: Also so schwer ist das nicht.

(Beifall.)

Vor kurzem haben wir einen rasanten Angriff des „Spiegels“ mit dem Sturz eines Bundesministers erlebt. Das hätte, glaube ich, keine andere Macht als die der Presse fertiggebracht.

(Beifall.)

Ich selber habe daraus gelernt, daß ich als Soziologe eine These zurückziehen muß. Ich habe nämlich bisher gutmütigerweise immer gesagt: die Presse hat nicht viel Macht. Das sage ich nicht mehr.

(Beifall.)

Dr. WALSER:

Dieser Minister hat sich selber gestürzt.

(Zurufe: Genau! – Hat mitgewirkt!)

Er war der Hauptakteur bei seinem Sturz.

(Beifall.)

Es wäre sehr traurig, wenn ein Nachrichtenmagazin die Macht hätte, einen Minister einfach zu stürzen. Das klingt so, als hätte einfach die Presse einen Minister gestürzt und als wäre sonst nichts vorgefallen.

(Lebhafter Beifall.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren, wir bleiben beim Thema. Herr Dr. Walser, ich kündige an, daß ich in dieser Sache Herrn Professor Gehlen Schützenhilfe – wie man zu sagen pflegt – zu geben in der Lage wäre. Ich würde mir zutrauen, in seiner These zu argumentieren.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Wir können doch davon ausgehen, daß es heute eine Fülle von Positionen gibt, aus denen heraus Macht ausgeübt wird. Ich finde das nicht einmal schlimm. Gerade die Tatsache, daß heute Macht aus verschiedenen Interessenperspektiven heraus ausgeübt wird, bewirkt gleichsam eine Aufhebung einseitiger Machtkonzentrationen. Rundfunk, Fernsehen – alles, was man unter dem Begriff der modernen Massenmedien konzentriert, ist ein ungeheurer Machtfaktor. Das ist nicht erst seit dem 20. Jahrhundert so. Bei der Presse hat Görres das instinkthaf gesehen: die Großmacht der Presse ist ja nichts Schlechtes. Nun ist Macht an sich ja noch nichts Schlechtes. Es ist falsch, sie grundsätzlich als etwas Teufliches anzusehen. Sie ist natürlich – das hängt aber wohl mit der menschlichen Natur zusammen – gefährlich. Infolgedessen gehört es zu den vornehmsten Pflichten eines Politikers – ich würde das für die Kardinaltugend eines Politikers halten –, über das Problem der Macht zu reflektieren, weil er selbst in ungeheure Gefahr steht, Macht zu mißbrauchen.

Es wäre jedenfalls verfehlt, zu glauben: da ist nur der Staat, der Macht hat, oder da ist nur die Wirtschaft, die Macht hat. Der Begriff der Macht ist als solcher in einer so stark von den verschiedenen Gruppen geformten Gesellschaft so differenziert, daß man also nicht einfach sagen kann: hier ist ein Block, der hat Macht. Und gerade diese Tatsache, daß heute in der modernen Gesellschaft und im modernen Staat verschiedene Machtfaktoren vorhanden sind, die zum Teil in ihren Interessen divergieren, sehe ich als eine Freiheitsgarantie für den einzelnen an.

Ich würde so weit gehen und sagen: Das Verhältnis des Intellektuellen zur Macht, das Herr Walser angesprochen hat, reduziert sich – falls wir darüber jetzt diskutieren wollen, Herr Walser – bei Ihnen speziell auf den einen Punkt der wirtschaftlichen Macht. Dabei frage ich Sie: Meinen Sie damit politische Bestimmungen, die einseitig von bestimmten Wirtschaftsinteressenten vorgenommen worden sind, oder meinen Sie damit, daß heute in dieser modernen Gesellschaft wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten ein so starkes Eigengewicht haben, daß der Spielraum des modernen Staates, innerhalb wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten überhaupt noch vernünftig zu handeln, relativ gering geworden ist? Das heißt: Unter bestimmten Situationen in der modernen Industriegesellschaft verhalten sich bestimmte Staaten im Grunde genommen, wenn sie vernünftig handeln wollen, gleich oder annähernd gleich, von einigen Schattierungen abgesehen. Wen meinen Sie konkret damit, wenn Sie sagen: die Wirtschaft bestimmt alles? Meinen Sie damit bestimmte nationalökonomische weltwirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten, oder meinen Sie damit bestimmte Interessenten, die so stark geworden sind, daß ihnen gegenüber andere, legitimere, höherwertigere Interessen im politischen Rennen einfach nicht mehr zum Durchbruch kommen?

Dr. WALSER:

Ich meine das zuerst einmal zum Beispiel im Unterschied zu Frankreich. Wie immer man zu de Gaulles Entwicklung stehen mag: dieser Mann scheint mir eine politische Ordnungsvorstellung von der Gesellschaft in Frankreich zu haben. Ich persönlich habe nach dem, was ich lese, den Eindruck, als würde – im Unterschied zu der Bundesrepublik – dort eine Politik betrieben, in der die Wirtschaft als ein Ausdrucksmittel für die herzustellende Ordnung rangiert, während bei uns alles, was geschieht, wirtschaftlich bestimmt ist. Natürlich ist dieser Einfluß nicht immer leicht sichtbar zu machen. Das gehört zur Taktik und zur Art und Weise, wie er – über Interessenverbände und Lobbies – ausgeübt wird. Ich glaube jedenfalls, daß von der Wirtschaft in der Bundesrepublik ein unverhältnismäßig großer Einfluß ausgeübt wird, der ihr politisch nicht zusteht. Ich halte die Wirtschaft nicht für eine gesellschaftliche Qualität, daß ihr so viel Einfluß zusteht.

Jetzt darf ich auf meine persönlichen Erfahrungen heruntergehen. Ich bin der Ansicht, daß in dieser Gesellschaft, in der wir leben, alles davon abhängt, wie sehr man zum wirtschaftlichen Handeln befähigt ist. Die Möglichkeit, sein Leben und das zu erfüllen, was man braucht, zum Glück oder zum Lebensinhalt überhaupt zu kommen, ist immer nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Das halte ich für eine Spielregel, die mir fast unmenschlich erscheint. Denn die Mehrheit des Volkes ist nicht begabt, innerhalb wirtschaftlicher Spielregeln zu ihrem Glück zu kommen, sondern das werden immer nur wenige können. Diesen wenigen ist ein Rahmen gegeben. Sie haben vorherhin gesagt, es sei eine Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft, daß so etwas zustande komme. Nein, das ist ein – wie Herr Erhard selber sagt – vom Staat gesetztes Rahmengebilde, das eindeutig Kräfte provoziert, die dafür taugen. Wer

sich mit diesen Kräften positiv auseinandersetzen kann, wer wirklich dazu taugt, der kommt zu mehr Glück, und vor allem, er kommt zu mehr Freiheit.

Wie frei einer in diesem Staate ist, das hängt davon ab, wie sehr er wirtschaftliche Spielregeln zu seinen Gunsten benutzen kann. Das wird immer der Selbständige, der Unternehmer sein. Ich meine damit nicht geistige Freiheit. An diese Mär, daß ein Mensch in einer Armenhütte sehr frei sein kann, will ich nicht rühren. Ich meine seine äußere Beweglichkeit, die Möglichkeit, sein Leben einfach so zu verwirklichen, wie er das gern möchte. Das kann er als wirtschaftlich Abhängiger, als Angestellter und Arbeiter bedeutend weniger, und das ist die Majorität der Bevölkerung. Überdimensional frei sind die, die sich wirtschaftlich nach diesen Spielregeln gut bewegen können, die nämlich die Fähigkeit haben, Geld als Kapital zu behandeln, um mit Kapital wirtschaften zu können. Ich finde dieses Ausleseprinzip und diese Spielregeln inferior angesichts ihrer Wichtigkeit. Sie hätte vielleicht ihre Bedeutung im Gesamtrahmen. Aber bei uns ist sie übertrieben mächtig geworden; mir kommt es eben manchmal so vor. Man könnte sich auch – um es grotesk zu machen –, ganz andere Spielregeln vorstellen; zum Beispiel: die Musikalität wird zum Auswahlmaßstab, wieviel Privilegien einer hat. Bei uns ist es die Wirtschaftsfähigkeit, und das finde ich inferior.

(Beifall.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren. Ein attraktiver Doppelangriff: a) auf die Gesellschaft, die in diesem Staat existiert als Wirtschaftsgesellschaft, b) auf den Staat, der nach Dr. Walsers Meinung dieser Wirtschaftsgesellschaft einen staatlichen Rahmen schafft oder damit erst diese Wirtschaftsgesellschaft mit heraufführt.

Dr. WALSER:

Ich protestiere gegen „attraktiv“.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Attraktive These für eine Diskussion, Herr Dr. Walser. Der Angriff konzentriert sich jetzt nicht mehr gegen den Staat oder seine Struktur

Dr. WALSER:

Doch!

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Er wendet sich jetzt gegen die Struktur unserer Gesellschaft überhaupt.

Dr. WALSER:

Aber wer hat denn den Rahmen dafür geschaffen?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Gut.

Dr. WALSER:

In all diesen Jahren ist der Rahmen dieser Tendenz gebildet worden. Es wurde sorgfältig darauf gesehen, daß er sich ja nicht verändere.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Dr. Walser, ich will jetzt nur zur Klarheit rekapitulieren, damit ich Sie jedenfalls recht verstehe. Sie sagen: Dem Staat kommt für diese Verfassung der Gesellschaft eine Mitschuld – oder die Hauptschuld? – zu.

Dr. WALSER:

Die Hauptschuld! Er ist der Veranlasser.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Die Hauptschuld! – Herr Dr. Walser, ich halte das im Blick auf unsere Verfassung und auf unsere Staatswirklichkeit für falsch. Wir sind ein freiheitlicher Rechtsstaat, der dadurch charakterisiert ist, daß er eine Gesellschaft von enormen Disharmonien, Widersätzen in sich verkräften muß. Um die zieht er zwar einen Rahmen, ihr versucht er auch eine Rechtsgrundlage zu geben. Aber das Elend zum Beispiel der politischen Parteien besteht doch gerade darin, daß sie einen Staat in Gang halten müssen, der eben nicht Geist verordnen kann, nicht Gesinnung befehlen darf, nichts derartiges produzieren, organisieren, zurechtformen kann, sondern der nichts anderes bietet, der sich geradezu auf diese Reduktion des Rechtsrahmens beschränkt und der natürlich auch in der Wirtschaft diesem Grundsatz der Freiheitlichkeit zu folgen hat. Sie können sagen: Das hat aber dann zur Folge, daß einfach Wirtschaftskriterien triumphieren.

Dr. WALSER:

Ja.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Schön. Aber Herr Dr. Walser, damit wandert der Angriff dann eigentlich vom Staat weg – entschuldigen Sie, wenn ich das nochmals sage – auf die Gesellschaft, in der wir uns befinden. Ich sage das nur, damit wir klarsehen. Trotzdem: ich nehme Ihren Angriff an, Ihren Angriff erstens auf die Wirtschaftsgesellschaft, in der wir uns befinden, zweitens auf den Staat, der diese Wirtschaftsgesellschaft ermöglicht.

Dr. WALSER:

Erlauben Sie einen Satz: Was der Staat nicht verbietet, das fördert er.
(Lebhafter Widerspruch im Publikum. – Anhaltende Unruhe.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren, wir wollen jetzt die Diskussion weitergehen lassen. Ich verstehe Herrn Dr. Walsers Intention so, daß er sagen will: Durch diese Diktatur oder durch diese Vorherrschaft der Wirtschaft in der Gesellschaft, vom Staate geschützt, entsteht eine Vorherrschaft des Materiellen in diesem Staat, die gewissermaßen zwangsläufig eine innere, ja äußere Distanzierung der Geiststräger, der Intellektuellen, von dieser Gesellschaft und ihrem Staat zur Folge hat. Diese Distanzierung kann umgekehrt bis zur Diskreditierung, bis zur Verachtung des Intellektuellen gehen, und darunter leiden wir, das wollen wir nicht haben. So verstehe ich im Zusammenhang dieses Gesprächs Ihren An-

satz. Wenn ich Sie mißverstanden haben sollte, dann haben Sie jede Möglichkeit zur Korrektur.

SCHWAB-FELISCH:

Ich möchte auf das zurückkommen, was Herr Professor Gehlen gesagt hat, als er über die Macht der Presse und des geschriebenen Wortes sprach. Ich glaube, es besteht in diesem Kreise kein Zweifel daran, daß hier ein wirklich dialektisches Verhältnis besteht und daß selbstverständlich die Presse eine gewisse Macht ausübt, nicht direkt, sondern auf indirekte Weise. Auch der Lyriker übt eine geheime Macht aus, auch der Romancier. Man muß sich nur vorstellen: Wenn all die Bücher und Gedichte nicht geschrieben worden wären, würde ein anderes Klima da sein. Das ist keine direkt faßbare Macht, sondern eine indirekt waltende.

Herr Professor Mikat, Sie haben vorhin die Wertethik von Nicolai Hartmann angeführt. Ich würde sagen, daß dieser Staat von Anfang an seine Wertethik so eingerichtet hat, daß die Gesellschaft annehmen mußte: *Haste was, dann biste was – keine Experimente, womit auch außenpolitische und andere, im Grunde genommen auch gesellschaftspolitische, gemeint waren.* Die Gesellschaft mußte annehmen, daß das *Besitzstreben der höchste Wert sei oder wenigstens ein so hoher Wert, daß es recht sei, auf ihn seine ganze Intelligenz und seine ganze Energie zu verwenden.*

Das fängt ja bei der Steuergesetzgebung an. Der Staat war sehr wahrscheinlich – ich will das gar nicht in Abrede stellen – in den Anfangsjahren gezwungen, um Kapital usw. akkumulieren zu lassen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, eine solche Steuergesetzgebung zu erlassen. Aber er kommt mir jetzt vor wie der Zauberlehrling, der den Besen nicht wieder zurückholen kann.

Ich möchte nur ein ganz konkretes Beispiel für die Dominanz des Wirtschaftsdenkens anführen. Im neuen Urheberrechtsentwurf werden in § 103 der Filmwirtschaft mit Rücksicht auf die hohen Kosten des Films einige Prerogativen eingeräumt, die den Buchverlegern nicht eingeräumt werden, obwohl auch deren Investitionskosten bisweilen sehr oft an die Höhe der Investitionskosten eines Filmunternehmers heranreichen. Der Film darf zum Beispiel das Buch eines Autors entstellen, und der Autor soll sich dann mit ihm so ein bißchen arrangieren. Jedenfalls ist der Autor überhaupt nicht interessant. Der Autor darf bei einem Verleger ein Buch wegen gewandelter Gesinnung zurückfordern; beim Film darf er es nicht. Der Film ist wirtschaftlich stärker als der Verleger. Das nenne ich ein konkretes Beispiel für das Wirtschaftsdenken des Staates, das ich für verderblich halte.

(Beifall.)

Prof. Dr. GEHLEN:

Die Vorstellung, daß in der gegenwärtigen Gesellschaft in Deutschland oder in anderen Industriestaaten die Wirtschaft allmächtig sei, ist uns bekannt. Ich würde diese Vorstellung lieber anders formulieren, nämlich so, daß solche Spitzen daraus verschwinden. Dann kann man sa-

gen: Sämtliche Kontinente, sämtliche Weltanschauungen, von Moskau bis New York sind sich darüber einig, daß die Produktion erhöht werden muß, und zwar deshalb, weil die Bevölkerungen in einem unwahrscheinlichen Maße wachsen. Das ist nun allerdings eine Tatsache, mit der man sich abfinden muß, und diese Tatsache sichert wirtschaftlichen Überlegungen nicht den höheren Wert, aber die aktuelle Priorität.

(Zuruf: Die Dringlichkeit!)

– Die Dringlichkeit; so ist es eben.

(Beifall.)

Sie würden Dissidenten dieses Produktions-Apriori auf der ganzen Welt nicht finden, auch nicht in Vietnam, nirgends. Jetzt habe ich die Sache aber objektiviert.

(Heiterkeit und Beifall.)

Der nächste Punkt! Sie haben gesagt, es entscheide über den wirtschaftlichen Aufstieg – sogar der Mehrheit – die wirtschaftliche Anlage oder das wirtschaftliche Können. Das ist nicht richtig. Wenn Sie mit Studenten umgingen, würden Sie wissen, daß der Aufstieg sich über Schulen vollzieht, über Berechtigungen für Laufbahnen bei Akademikern und bei der großen Mehrheit der Bevölkerung über eine merkwürdige, völlig freie und naive Berufswahl. Die sieht so aus, daß sich für 100 Lehrstellen in Fernseh- und Radiomechanik 400 Bewerber finden und für 100 Lehrstellen im Bergbau nur 11. Da gibt es also Vorstellungen von der Wünschbarkeit von Berufen. Die Frage des Aufstiegs können Sie sachlich nur vom Beruf her formulieren.

Dr. WALSER:

Das Wort „Aufstieg“ habe ich nicht gebraucht.

Prof. Dr. GEHLEN:

Nein, nein. Sie haben gesagt: die Auslese geht über die wirtschaftliche Qualifikation. Das ist nicht zu halten.

Herr Schwab-Felisch, ich bin da nicht genügend im Fach: Ich würde fast vermuten, die Sonderbestimmung zugunsten der Filmwirtschaft kommt daher, daß die halb pleite ist.

(Heiterkeit und Beifall.)

– Halb pleite, ja, und mit Recht.

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. JENS:

Herr Martin ist nicht da, nein?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Martin leidet darunter sehr.

Prof. Dr. JENS:

Er ist nicht da?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Er ist auch auf diesem Parteitag. Ich weiß nicht, ob er hier im Saal ist. Aber auch wenn er hier wäre, müßte er sich aufs Zuhören beschränken.

Prof. Dr. JENS:

Herr Gehlen, Sie haben vorhin gesagt, wir seien zu weit vorgeprellt. Ich glaube, daß Sie uns jetzt überholt haben. Sie gestatten mir wieder ein bißchen Rhetorik. Jeder vertritt sein Fach; es ist eine erlauchte Wissenschaft, glaube ich.

Prof. Dr. GEHLEN:

Ja, ja, es ist Ihr Fach.

(Heiterkeit.)

Prof. Dr. JENS:

Es ist mein Fach. – Ich bin sehr dankbar, Herr Präsident, über das, was Sie gesagt haben. Warum nicht? Von der Politik wird doch so ein bißchen demagogisiert gegen die Intellektuellen; das Aus-sich-Herausgehen mit einigen Rhetorizismen und ein bißchen Demagogik, das ist doch auch eine Art Jakobinertum im Intellektuellen.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Das Schlimmste im Bundestag ist die Langeweile; halt, ich muß genau sein; das Schlimmste ist, wenn es langweilig wird.

(Heiterkeit.)

Prof. Dr. JENS:

Herr Walser hat von der Priorität des wirtschaftlichen Denkens gesprochen. Er hat davon erzählt – gegen den Widerspruch einiger –, daß nur ganz wenige in den Genuß der freien Entfaltung kommen, die große Zahl der Arbeitnehmer dagegen nicht. Ich würde das marxistisch bestätigen mit dem Gesetz der relativen Veredelung, das heißt, daß die Profitspanne der Arbeitgeber immer größer ist als die der Arbeitnehmer. Ich erwähne das deshalb, weil man eine solche Äußerung sonst – abgesehen von wissenschaftlichen Zeitschriften, Herr Gehlen, wo man das selbstverständlich sagen kann – kaum tun darf. Herr Präsident, ich meine, wir sind heute in einer Situation, daß die Parteien sich so weit nach rechts begeben – die SPD die beste CDU aller Zeiten –,

(Heiterkeit.)

daß ich mich langsam als Intellektueller überhaupt nicht mehr verständlich machen kann, wenn ich auch nur einen gemäßigten Linkskurs einschlage, weil der allgemeine Trend so weit nach rechts geht, daß schon eine marxistische Vokabel gar nicht mehr verstanden wird. Um das Jahr 1900 – Herr Gehlen weiß das besser – gehörte es zum guten Ton, daß man Karl Marx als einen Nationalökonomem kannte. Heute – nicht nur wegen der Straßenschilder – ist er verpönt. Die SPD macht einen Eiertanz und sagt: Es war ja gar nicht Karl Marx, es war ja alles Lassalle.

(Heiterkeit)

So wird der Name eines der größten Söhne der Nation systematisch ausgemerzt.

Prof. Dr. GEHLEN:

Der heißt heute Hegel!

Prof. Dr. JENS:

Der heißt heute Hegel oder vielleicht Leukipp. Auf jeden Fall scheint es mir ein Problem zu sein, daß der Intellektuelle sich kaum noch verständlich machen kann, weil der Rechtskurs in einem Maße zunimmt, daß er die Orientierung mehr oder minder verliert. Das scheint mir problematisch zu sein. Wir verlieren damit nämlich nicht nur jeglichen Kontakt mit unseren Gegnern, sondern vor allen Dingen auch mit den Gegnern unserer Gegner; das heißt, wir verstehen die Sprache der innermarxistischen Opposition in den Oststaaten überhaupt nicht mehr.
(Beifall.)

Ich glaube, man muß darüber klar sein – ich rede schon wieder rhetorisch –, daß die Opposition in den Ostblockstaaten bestimmt marxistisch – antistalinistisch marxistisch – ist. Ich meine, wir sollten hier den Intellektuellen, gestützt auf die bessere Sache, ein bißchen Vertrauen entgegenbringen. Wir sollten diesen linken Leuten auch gestatten, diese linke Position dann noch zu bewahren, wenn sie uns schon – da der Staat sich immer weiter nach rechts entfernt – als nahezu stalinistisch erscheint, während sie im Grunde genommen Gut der Deutschen, im besten Sinne vaterländische Tradition – ich darf das Wort hier sagen – und entsprechend nur vom Geist des humanistischen Marxismus geprägt ist.

(Beifall.)

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Sie Herr Jens, Sie sagten: Die SPD sei die beste CDU, die es jemals gab. Ich begrüße, daß in der SPD diese Wandlung stattgefunden hat. Wenn ich mich frage, warum hat sie stattgefunden, dann würde ich sagen: auf Grund von Einsichten. Ich bin fair, ich sage gar nicht mal: auf Grund wahltaktischer Überlegungen; ich sage: auf Grund von Einsichten. Der jüngst verstorbene Deist war ein solcher Mann, der ganz bestimmte nationalökonomische Einsichten hatte; er sagte: Ich kann in einem freiheitlichen Rechtsstaat nur in dieser Form und nicht anders vernünftige Wirtschaftspolitik treiben. Der zweite Punkt, den Sie ansprachen, ist davon abzusetzen. Ich bestreite nicht, Herr Jens, daß Marx eine der großen Erscheinungen ist. Es ist völlig sinnlos, zu sagen: weil durch Marx viel Elend gekommen ist, ist dieser Mann in seiner geistesgeschichtlichen Bedeutung von einem Podest herunterzuheben. Darum geht es gar nicht. Aber das, was Marx nationalökonomisch verkündet hat, scheint mir passé zu sein. Es gibt Entwicklungen, auch wirtschaftliche Entwicklungen. Das, was Herr Walser hier anspricht und konzipiert, beruht meiner Meinung nach auf einem Mißverständnis der Bedeutung nationalökonomischer weltwirtschaftlicher Gegebenheiten. Das, was Sie als typisch herausstellen, ist sicherlich nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für die gesamte freie westliche Welt typisch. Sie könnten allenfalls sagen – so habe ich Sie auch verstanden –, hier in der Bundesrepublik werden diese Akzente stärker gesetzt.

Einen Staat, der über den Rahmen, den ihm die Verfassung gibt, über sein rechtsstaatliches Selbstverständnis hinausgeht, der im Grunde genommen zum großen Verbieter würde, wollen Sie doch hoffentlich

erst recht nicht. Denn das, was Sie dann wollten, wäre doch eine ungläubliche Beschneidung der Freiheit des einzelnen. Es hängt mit dem Risiko dieses Staates zusammen, daß er die Chancengleichheit eröffnet. Ob wir das immer in der richtigen Weise tun, ist eine andere Frage, und ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir uns selbstkritisch fragen müssen: was haben wir hier zu verbessern? Sie wollen sicherlich nicht, daß dieser Staat durch gewisse Zwangsmaßnahmen eine Änderung in der Verhaltensweise seiner Bürger hervorruft. Eine solche Änderung kann er allenfalls, indem er an den einzelnen appelliert, in einem permanenten Erziehungsprozeß erreichen. Zu fragen bleibt sicher oft: Woher bezieht der einzelne seine Leitbilder? Es ist das Leitbild: Haste was, dann biste was, das Verdienen, das Gewinnstreben. Ich kann kein Gesetz erlassen: § 1 Denke nicht rein materialistisch, denke idealistisch; beschlossen und verkündet. Der Staat kann allenfalls etwa im pädagogischen Bereich die Voraussetzungen schaffen, daß ein Umwandlungsprozeß stattfindet. Das heißt, daß wir – jeder einzelne für sich – wieder eine Wertwelt aufbauen, in der tatsächlich das Feld des Materiellen nicht die Höherwertigkeit hat, sondern in der es das zwar dringliche, aber nicht wertstärkste Element ist. Aber für den Politiker in der konkreten Tagesarbeit kommt es natürlich darauf an – das ist vielleicht etwas, was heute übersehen wird –, daß er das Wertstarke, das Dringliche zunächst zu tun hat zur Sicherung des übrigen Tuns. Das muß man, glaube ich, dabei sehen.

(Beifall.)

Dr. WALSER:

Ich würde sagen: Änderungen; Sie nennen es gleich Zwangsmaßnahmen. Sie sagen auch sofort, das würde in einer ungeheuren Beschneidung der Freiheit des einzelnen enden. Ich frage: Ist denn diese Freiheit jetzt hergestellt, ist diese gleiche Freiheit so etabliert, daß Änderungen sofort zu einer Beschneidung der Freiheit einer Majorität werden würden? Für mein Empfinden ist es ja gerade der Fall, daß eine Minorität freier ist als die Majorität. Das ist mein Urerlebnis in dieser Gesellschaft. Ich meine damit nicht geistige Freiheiten, sondern die Freiheit, zu leben. Einige haben eine sehr viel expansivere Lebensart und Lebensmöglichkeit als die Majorität; es ist eine Minorität, die das hat. Mit dieser Freiheit und mit dieser wirtschaftlichen Einflußmacht verbindet sich – das ist ein Empfinden, das ich habe – nicht in gleicher Weise eine politische Verantwortungsfreude. Diese mächtige Wirtschaft ist politisch nur so weit interessiert, als es ihren Einfluß, nämlich ihre rein sachlichen wirtschaftlichen expansiven Angelegenheiten, angeht. Diese Wirtschaft ist nicht bereit, ein wirklich gesellschaftspolitisches Leitbild zu vermitteln. Das verlangt sie dann wiederum sozusagen von den Geistesverwaltern. Und Sie sind für mich ein bißchen ein Sprecher dieser Seite.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:
Welcher Seite?

Dr. WALSER:

Ein Sprecher der Auffassung, die es für möglich hält – ,

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Ich zahle noch nicht einmal Vermögensteuer!

Dr. WALSER:

daß man hier eine freiwirtschaftliche Ordnung treiben läßt, die nach meiner Ansicht nicht die besten Kräfte des Menschen provoziert, und daß man auf der anderen Seite den Geist besonders gemütvollen Hausmeistern anvertraut, die dann auf die Leute einreden und sagen sollen: Habt den Wert, habt den Wert! Das kann gar nicht miteinander konkurrieren. Die wirtschaftliche Provokation ist die viel zugkräftigere. Da kann der Pfarrer auf der Kanzel noch so reden, das bleibt Lippen- und Lippen- und Lippengebet. Das dringt ja bis in die Kirche selbst ein. Die Kirche ist ein großer wirtschaftlicher Verwaltungsapparat geworden. Ich habe einige persönliche Erfahrungen und weiß, wie arme kleine Altersheime, von Nonnen betreut, jetzt dazu übergehen müssen, wirtschaftlich zu denken. Es gibt ja nicht mehr genug Nonnen, die das so wie früher mitgemacht hätten. Das sind alles kleine Wirtschaftszellen, das sind Siedlungswerke usw. Das ist ein großer wirtschaftlicher Apparat geworden. Und der Pfarrer, der am Sonntag predigt, ist selber schon im Rücken ausgehöhlt, und die, die da drunten sitzen, die glauben doch kein Wort mehr, also im Sinne wie die Lehre mal gemeint war.

(Beifall.)

Das sind einfach zwei verschiedene Sparten, und der Mensch ist nun einmal nicht aus dem Stoff, daß er für das, was Sie Werte nennen, was man hier Geist nennt, noch sehr empfänglich wäre, wenn er auf der anderen Seite einer brutalen Verlockung und einer brutalen Pression der Wirtschaft und einer Standardisierung und allem dem, was man längst kennt, ausgesetzt ist. Wir könnten hier jetzt über Werbung sprechen. Dann müßten wir über nichts anderes mehr sprechen als nur über den Einfluß der Werbung auf den Konsumenten mit dieser ganzen Konsumzwangerei. Das ist Zwang, das ist Beschneidung der persönlichen Freiheit.

(Beifall.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Einen Augenblick, meine Damen und Herren! Ich kann ein Wort von Dr. Walser hier nicht stehenlassen. Herr Dr. Walser, ich glaube, daß die Leute, die in der Kirche erscheinen, mindestens bereit sind, zu glauben, was da gesagt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Die anderen haben sich nämlich inzwischen – übrigens völlig risikolos – angewöhnt, gar nicht zu erscheinen, wenn sie es so halten.

Dr. WALSER:

Das glaube ich nicht.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Dr. Walser, das glaube ich. Ich bin der Meinung, daß Sie hier in die Nuance gehen müssen.

Dr. WALSER:

Ich glaube, die Kirche kann ihren Lehrauftrag und Verkündigungsauftrag und Auslegungsauftrag je schlechter erfüllen, je mehr sie sich einer Gesellschaft verpflichtet hat, in der die Wirtschaft diesen Einfluß hat; denn auch die Kirche ist gezwungen, wirtschaftlich mitzumachen. Als eine Organisation, wie sie sich seit 1945 aufgefaßt hat, ist sie davon nicht mehr frei. Vielleicht kenne ich die falschen Geistlichen.

(Heiterkeit.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Dr. Walser, nein. Die Kirche Jesu Christi ist zu gar nichts gezwungen, sie ist keinem System untertan. Sie kann sogar im Kommunismus existieren, wenn Sie es genau wissen wollen. Aber sie identifiziert sich auch nicht mit dieser oder jener Form, und wenn es die Institution der Kirche im Laufe der Jahrtausende getan hat, kann man nicht sagen, daß das das Eigentliche der Kirche sei, auf das Sie sie angesprochen haben, nämlich ob die Botschaft der Kirche heute überhaupt noch glaubbar ist. Sie unterstellen doch, Sie implizieren doch, daß das gar nicht mehr glaubbar sei, weil es die da unten gar nicht mehr glauben können. Ich kehre noch einmal zu meiner Behauptung zurück und sage, daß die, die da erscheinen – völlig frei erscheinen –, in der Tat bereit und willens sind, zu glauben, was da gesagt wird, auch wenn sie ihre Vorbehalte dabei noch haben. Die anderen aber, die sich längst davon distanzieren haben, machen sich erst gar nicht mehr die Mühe, zu erscheinen.

(Beifall.)

Ich wollte auch die nach meiner Überzeugung ganz wichtige Sache von Herrn Professor Jens nicht einfach im Gespräch vorübergehen lassen, nämlich die Feststellung, daß in der Tat offenbar die Staaten diesseits des Eisernen Vorhangs immer mehr nach rechts wandern. Man könnte dazu vielleicht allerhand sagen, um welchen Preis! Herr Professor Gehlen hat in einer von mir völlig akzeptierten Analyse in einer seiner Arbeiten von der egalitären Sozialreligion unserer Zeit gesprochen. Diese egalitäre Sozialreligion ist charakteristisch für die freie Welt diesseits des Eisernen Vorhangs. Ich glaube, daß man auch innerhalb dieser egalitären Sozialreligion noch immer so weit links sein und bleiben kann, wie man will. So sieht es sich für den Intellektuellen, so sieht es sich für die einzelne Persönlichkeit an.

Nur, Herr Professor Jens, muß man dann auch bereit sein, die politischen Konsequenzen in einer parlamentarischen Demokratie auf sich zu nehmen, wenn man so weit links, wie überhaupt möglich ist, stehen will. Und was sagt die SPD? Da muß ich sie also in Schutz nehmen. Ich war Gast in diesem Hause an ihrem hundertjährigen Geburtstag. Mein Freund und Kollege Carlo Schmid hat eine bemerkenswerte Rede zu diesem hundertsten Geburtstag gehalten. Sie haben mit Recht gesagt: der Mann mit dem Bart ist dabei eigentlich gar nicht mehr vorgekommen. Neben und im Schatten von Lassalle wurde das Fest gefeiert. Aber warum? – Weil die SPD nach meiner Überzeugung zu dem Ein-

druck gekommen ist: man kann sich in dieser Gesellschaft – ganz egal, wie man sie bewertet, Herr Dr. Walser, ganz egal, ob man sie als Wirtschaftsgesellschaft versteht oder nicht – und darf sich in dieser Gesellschaft nicht mehr links stellen. Warum? Wenn man in dieser Gesellschaft links steht – sehr weit links, so weit links, wie man einmal stand –, dann marschiert der große Teil dieser Gesellschaft von einem weg, und nachher ist man ohne Volk. Infolgedessen muß man hinter denen, die nach rechts wandern, herlaufen. So stellt sich die Situation für eine politische Partei dar. Hier sind also Unterschiede.

Sie können nun sagen: Ja Gott, das ist ein ganz trauriger Opportunismus; was hat denn das mit Geist zu tun? In der Tat, hier tauchen Fragen auf, die es natürlich dem Intellektuellen – nein, was sage ich: Intellektuellen? –, dem Verantwortungsbewußten, dem gedanklich und gewissenmäßig Engagierten unter Umständen bitter schwer machen, in einem solchen Staat am Parteienbetrieb teilzunehmen, mitzumachen. Er steht immer vor der Frage: Was kann ich tun, was darf ich tun, nicht nur, um mein Gesicht zu behalten, sondern um mich selber nicht zu verlieren?

(Beifall.)

Um es kurz zu sagen, Herr Dr. Walser: Daran sehen Sie, daß auch in diesem politischen Betrieb noch immer Geist, Verstand und Gewissen irgendwie reagibel sind, noch immer funktionieren, auch wenn es dabei nicht immer zu großartig geglückten Symbiosen und Ergebnissen kommt. Manchmal ist der Ausgang einer solchen Auseinandersetzung tragisch – das gebe ich ohne weiteres zu –, aber er ist nicht durchgängig tragisch.

Dr. WALSER:

Woher kommt die Rechtsbewegung der Massen?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Woher kommt die Rechtsbewegung? Ich glaube, provoziert einfach durch das Schreckbild, das die Welt des kommunistischen Totalitarismus vor den Leuten aufgestellt hat. In einem Volk wie dem unseren, wo – ich weiß nicht, wie viel – Millionen jetzt einfach davongelaufen sind unter der Fuchtel von Ulbricht, da ist das entscheidender noch als in anderen Völkern.

Zum anderen aber liegt es natürlich an folgendem, Herr Dr. Walser: In dem, was Sie dieser Gesellschaft als Wirtschaftsgesellschaft unterstellen, verkennen Sie nach meiner Überzeugung etwas: Eigentum – worauf diese Wirtschaftsgesellschaft hinzielt –, persönliches Eigentum – worum es meiner Partei zu tun ist –, kann durchaus gemeint sein als ein Attribut der Freiheit, als eine Voraussetzung mindestens der Unabhängigkeit; ich will noch nicht einmal sagen: der Freiheit, aber als eine Voraussetzung – – Nein, bleiben wir dabei: als ein Attribut der Unabhängigkeit. Wenn Sie dann ganz hoch greifen wollen, dann sagen Sie von mir aus auch: Attribut der Freiheit. So haben wir es jedenfalls genannt, und so bekenne ich mich dazu.

Prof. Dr. JENS:

Das würde ich grundsätzlich akzeptieren. Aber ich würde doch sagen, daß dann gerade der Staat die Pflicht hat, diese Intellektuellen, die in der derzeitigen Situation den kühlen Kopf behalten und die versuchen, zumindest mit der Opposition des Gegners in ein Gespräch zu kommen, zu achten und sie ernst zu nehmen und sich vielleicht auch etwas von ihnen sagen zu lassen. Denn das ist das Wichtigste, daß der Staat diese einzelnen Intellektuellen – in diesem Falle die marxistischen Intellektuellen –, sagen wir: ernst nimmt, daß er sie selbstverständlich auch kritisiert. Ich finde es sehr gut, ich kann mich nicht darüber aufregen, wenn jetzt Herr Strauß sagt: Geht alle aus dem Lande. Das Schlimmste, was es für einen Intellektuellen gibt, ist, daß man ihn hät-schelt, daß man ihm einen Preis gibt. Wenn man ihn angreift, wenn man ihn beschimpft, dann nimmt man ihn ernst, dann ist er eine Gegenmacht. Das finde ich außerordentlich gut. Woanders ist er eine Gegenmacht; warum nicht bei uns? Wenn es auf Grund der politischen Ökonomie vielleicht in der Politik nicht gestattet sein sollte, so weit links zu gehen, dann müßte man dem einzelnen Intellektuellen das Recht zuerkennen, dies aus Gewissensgründen, wenn er es wohl belegt, mit Ernst und Würde zu vertreten.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Aber das darf er völlig uneingeschränkt, Herr Professor Jens.

Prof. Dr. JENS:

Was nicht selbstverständlich ist.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Doch, es muß selbstverständlich sein.

Prof. Dr. JENS:

Es muß!

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Es muß selbstverständlich sein! Nur, Herr Professor Jens, der Reaktion der Masse, die anders denkt, muß er Manns genug sein, sich zu stellen. Das muß er in Kauf nehmen. Wenn er das nicht will, sondern larmoyant wird, dann taugt er nicht viel.

(Beifall.)

Prof. Dr. GEHLEN:

Konsum ist Zwang, haben Sie gesagt.

Dr. WALSER:

Nein: Konsumzwang!

Prof. Dr. GEHLEN:

Na, also gut: Konsumzwang!

(Heiterkeit.)

Sie meinen damit psychischen Zwang; es gibt einen psychischen Zwang zum Konsum.

Dr. WALSER:

Ich meinte damit, daß die Werbung eine öffentliche Macht ist, der der einzelne – –

Prof. Dr. GEHLEN:

Das meine ich auch.

(Heiterkeit.)

Dazu ist zu sagen, daß das halbbrichtig ist, was wir da meinen. Konsum ist nämlich auch – der Möglichkeit nach – Freiheit. Es ist zweifellos ein Gewinn an Freiheit, wenn man motorisiert ist, und deswegen wollen alle das haben. Es ist auch ein Gewinn an Freiheit, nämlich an Übersichtschance und an Möglichkeit der Erfahrungsanreicherung, wenn man sich einen Fernseher hält. Das ist komplizierter. Da ist Zwang und Freiheit verwickelt.

Wenn wir uns auf psychischen Zwang einlassen, dann frage ich einmal nach dem, den die Intellektuellen ausüben. Ich denke da an die Macht der Massenmedien. Das ist ja nun kein plumper Zwang, sondern das geht so, daß es uns eindringlich, aber wirksam die Sprache wegzieht. Man ist gegenwärtig dabei, den Begriff „Zone“ außer Kurs zu setzen. In einem halben Jahr werden wir den nicht mehr hören, da werden wir „DDR“ sagen müssen.

(Beifall.)

Was ist mit solchen Begriffen wie „Wehrwillen“! Also ich geniere mich ja direkt, das zu sagen.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Sie meinen, das sei altmodisch?

Prof. Dr. GEHLEN:

Da lacht ja jeder. Das ist auch schon außer Kurs.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Sie müssen „Verteidigungswillen“ sagen.

Prof. Dr. GEHLEN:

Auch nicht mal! – Uns wird die Sprache so wegeskamotiert

(Heiterkeit)

von den Massenmedien, von den Intellektuellen, die die Massenmedien besetzen –

Dr. WALSER:

Die Intellektuellen besitzen die Massenmedien?

Prof. Dr. GEHLEN:

Besetzen, nicht besitzen.

(Heiterkeit und Beifall.)

SCHWAB-FELISCH:

Darf ich, obwohl ich das eigentlich nicht vor hatte, da ich ja nicht wußte, was Sie sagen, Herr Professor Gehlen, auf das zurückkom-

men, was Sie gesagt haben: Die Intellektuellen besetzen die Massenmedien, sie ziehen einem das Wort weg.

Prof. Dr. GEHLEN:

Die Sprache weg!

SCHWAB-FELISCH:

Die Sprache weg!

Prof. Dr. GEHLEN:

Sie tabuieren bestimmte Wörter.

SCHWAB-FELISCH:

Jetzt muß ich aber noch einmal fragen: was meinen Sie mit „Intellektuellen“? Damit meinen Sie – –

Prof. Dr. GEHLEN:

Das habe ich doch gesagt!

SCHWAB-FELISCH:

Wenn Sie das sagen und diese Beispiele anführen – den mangelnden Wehrwillen bedauern und das Wort „Zone“ in Lüfte entschwinden sehen –, dann implizieren Sie damit, daß die Massenmedien von den sogenannten viel gelästerten Linksintellektuellen besetzt seien, was zu widerlegen ich jederzeit bereit bin. Ich kann Ihnen die Sender aufzählen, ich kann Ihnen die Zeitungen nennen. Sie würden wahrscheinlich nicht behaupten, daß die Frankfurter Allgemeine Zeitung, der ich viereinhalb Jahre angehört habe, eine linksintellektuelle Zeitung ist.

(Heiterkeit)

Sie können wahrscheinlich auch nicht behaupten, daß die „Welt“ eine linksintellektuelle Zeitung ist. Die Süddeutsche Zeitung als dritte sogenannte überregionale Zeitung, die nur in Bayern gelesen wird,

(Heiterkeit)

ist vielleicht ein bißchen liberaler, aber auch nicht linksintellektuell. Damit ist es mit den überregionalen Zeitungen aus. Sie können auch nicht behaupten, daß die kleinere Presse, die die ungeheure Macht ausübt, die Presse von Herrn Kapfinger, linksintellektuell sei. Wenn Sie auf die Sender gehen: ich kenne keinen ausschlaggebenden Linksintellektuellen.

Dr. WALSER:

Im Nachtprogramm!

SCHWAB-FELISCH:

Im Nachtprogramm!

(Heiterkeit und Beifall.)

Wenn Sie den Westdeutschen Rundfunk nehmen: der Herr Böttal – –

Dr. WALSER:

Lassen wir das doch Herrn Gehlen, er soll es uns sagen; er zwingt uns so gern zur Belegung.

Prof. Dr. GEHLEN:

Ich bin ja bereit!

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Einen Moment! Also meine Herren, ich hatte verstanden, daß Herr Professor Gehlen sagen wollte: die Intellektuellen. Ich habe nichts von Linksintellektuellen verstanden;

SCHWAB-FELISCH:

Er hat aber auch ganz konkrete Beispiele genannt!

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Es gibt ja auch noch andere Intellektuelle.

(Heiterkeit und Beifall.)

SCHWAB-FELISCH:

Nein, nein, Herr Präsident. Er hat Beispiele genannt.

Dr. WALSER:

Er hat Wörter genannt!

Prof. Dr. JENS:

Ja, ja, er meint die Linksintellektuellen.

Dr. WALSER:

Wer würde Herrn Gehlen das Wort „DDR“ für „Zone“ empfehlen, wenn nicht ein Linksintellektueller?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Ja, trotzdem, sein Ansatz war ein anderer; es war die Frage: Gibt es eine Macht der Intellektuellen? Er wollte darauf antworten und sagen: Jawohl, die Intellektuellen – nicht nur die Linksintellektuellen – Das könnten sich ja die Rundfunkanstalten doch nicht leisten, weil dabei dann die CDU aus ihrem Mitternachtsschlaf aufwachen und Zeter und Mordio schreien würde.

(Heiterkeit und Beifall.)

Das ist doch ganz klar. Infolgedessen sind diese sogenannten Massenmedien so einigermaßen, bei einem mehr, bei dem anderen weniger, – wie heißt das? –, paritätisch besetzt.

Dr. WALSER:

Das würde ich als den sogenannten Duffhues'schen Irrtum bezeichnen!

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Ja nun, so ist es. Aber Herr Professor Gehlen – so hatte ich es verstanden – wollte sagen: Zum Beispiel sind die Massenmedien – es ließe sich vielleicht noch einiges andere dazu sagen – in der Hand der Intellektuellen und Sprachregler.

SCHWAB-FELISCH:

In wessen Händen sollen sie sonst sein?

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Hier spricht natürlich der Leiter des Studios des Westdeutschen Rundfunks; der ist besonders sachverständig. Aber kommen wir vielleicht weiter über diese Detailfrage hinaus! Herr Schwab-Felisch, dafür wäre ich Ihnen verbunden.

SCHWAB-FELISCH:

Ich hatte eigentlich an das anknüpfen wollen, was Herr Mikat gesagt hat, und habe von den theologischen und fachlich soziologischen Themen wegführen wollen. Wir streiten uns dauernd über das Ei und die Henne – Wirtschaft und Leitbilder! Der beklagenswerte Zustand des deutschen Volkes in Sachen Bildung und in Sachen Intellektualität, den Sie wahrscheinlich nicht bestreiten, liegt meiner Ansicht nach im Mangel an außerwirtschaftlichen Leitbildern, die vom Staat eben nicht gegeben worden sind. Sie würden sich wahrscheinlich nicht über Ihre Bildungsflüchtlinge zu beklagen haben, die von Hannover nach Nordrhein-Westfalen rüberwechseln, weil sie da nur acht Jahre in der Schule sein müssen, wenn es in Deutschland eine Bildungsexplosion gäbe wie in Frankreich.

Ich möchte nur noch ein konkretes Beispiel für das Verhältnis des Staates zu seinen Intellektuellen, zu seinen Geistern anführen. Als der hundertste Geburtstag von Hauptmann in Köln gefeiert wurde – offiziell –, da war nicht ein Minister da. Es war ein General da, das war Herr Speidel, der ein Freund von Hauptmann gewesen ist. Wenn Sie sich an den hundersten Todestag von Goethe in Weimar erinnern – im März oder wann es war – 1932, da ist der Herr Brüning nach Weimar gefahren, das viel weiter von Berlin entfernt ist als Köln von Bonn, obwohl der Herr Brüning mit dem Goethe sehr wahrscheinlich höchst wenig anfangen konnte und obwohl er 1932 andere Sorgen hatte.

(Lebhafter Widerspruch des Publikums.)

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Ich habe Heinrich Brüning nicht gekannt. Mich würde eines interessieren: Wie können Sie das sagen, obwohl Sie ihn nicht gekannt haben?

(Beifall.)

SCHWAB-FELISCH:

Ich ziehe das zurück, das war eine demagogische Floskel.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Na, gut.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Darf ich dazu etwas sagen. Herrn Schwab-Felisch zum ersten: Ich bin froh, daß die Massenmedien in der Hand von Intellektuellen sind. Wenn ich den weiten Begriff des Intellektuellen unterstelle, den Sie aufgestellt haben, dann kann ich in der Tat nur fragen: In wessen Händen sollen sie denn zum Kuckuck sonst sein? Wir sollten auch von dem törichten Urteil wegkommen: Diese Sendung ist linksintellektuell,

die andere weniger. Ich glaube, daß sich das auspendeln kann. Ich weiß nicht, ob die Kritik von Herrn Gehlen insofern ganz gerechtfertigt ist. Ich bin da etwas zuversichtlicher: Das wird sich im Grunde genommen ausbalancieren, weil keines dieser großen Massenmedien sich den differenzierten Interessenperspektiven – auch den politischen – auf die Dauer entziehen kann. Von einem Ab-Usus würde ich nicht generell das Urteil über den Usus fällen.

Aber etwas anderes! Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen: wir haben in der Bundesrepublik einen ungemeinen Nachholbedarf an Bildungsarbeit. Ich will nur verständlich machen – und das war der Sinn meiner Frage an Herrn Walser –, warum das so ist. Jede Situation kann nur von ihrem Ausgangspunkt her beurteilt werden. Warum soll ich nicht selbstkritisch genug sein und sagen: Wahrscheinlich hat unsere Bundesrepublik und haben die einzelnen Länder, wiewohl sie eine Menge getan haben, in den letzten Jahren nicht genug erreicht. Das will ich ganz ehrlich zugeben. Es hat ja keinen Zweck, daß ausgerechnet ich als Kultusminister sage, hier sei genug geschehen.

(Beifall.)

Ich kann eine Menge von Entschuldigungsgründen anführen, warum diese Fragen erst relativ spät in Angriff genommen werden, warum die Interessenperspektiven anders waren, warum andere Wertprioritäten gebildet wurden. Aber Sie haben im Grunde genommen da recht. Nur berührt diese Frage nicht die Stellung des Intellektuellen zum Staat.

Ich habe den Eindruck, daß die Intellektuellen, jedenfalls die, die hier angesprochen worden sind – ich meine das auch bei Ihnen etwas zu spüren, Herr Walser –, ein generelles Mißtrauen gegenüber dem Staate schlechthin haben. Meine Frage: Ist es nicht das Mißtrauen gegenüber der Institution schlechthin, ist es nicht das Mißtrauen gegenüber der Form, das Mißtrauen gegenüber jeder Form von Verfestigung? Hat Nietzsche, der ja einen sehr klaren Blick für diese Dinge hatte, eigentlich so unrecht, wenn er sagt, das sei eine typische deutsche Eigenschaft, daß der deutsche Geist glaube, er müsse Mißtrauen haben – in der Fröhlichen Wissenschaft die berühmte Stelle –, er müsse mißtrauisch sein gegenüber jeder Form von Institution?

Was ich hier feststelle, ist, daß eben nicht nur in Deutschland, sondern in allen Staaten sichtbar wird, daß bestimmte Schichten, die für sich in Anspruch nehmen, die Intellektuellen zu sein, sagen: Der Staat ist im Grunde genommen ein Ungeheuer. Darum ist das so paradox bei Ihnen, Herr Walser: Just von diesem Staate verlangen Sie nun, daß er über die Grenze, die er sich gesetzt hat, die vielleicht hie und da mal überschritten wird, hinübergeht und nun qua Staat Leitbilder setzt. Wissen Sie, was das heißt? Wenn der Staat Leitbilder setzt, richtet er auch für die Form der einzelnen Persönlichkeit Modelle, Leitbilder auf. Ich gebe zu, wenn ich frage: wo bezieht heute der junge Mensch seine Leitbilder her, dann können Sie antworten: aus der Filmwirtschaft.

SCHWAB-FELISCH:

Da würde ich zum Beispiel sagen: die Anwesenheit des Bundeskanzlers bei der Hauptmann-Feier wäre ein kulturpolitischer Akt gewesen.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Das wäre ein kulturpolitischer Akt? Aber nur, weil er bei der Hauptmann-Feier war, wäre der Bundeskanzler für unsere Jugend noch kein Leitbild im eigentlichen Sinne geworden. Das Leitbild wird heute leider – da stimme ich Ihnen zu – im Grunde genommen vorgefabriziert. Wir haben heute Industrien, die Leitbilder fabrizieren.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Und sie jeden Abend ausstrahlen.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Das ist geradezu ein unheimlicher Prozeß: das vorgefabrizierte Leitbild. Das kann der Filmschauspieler, das kann der Sportler sein. Das beobachten Sie in der Jugend: „So wie die X sich trägt, trägt man sich“. Aber ist der Staat die Größe, die das nun kraft staatlichen Zwanges abstellt, oder muß der Staat nicht Institutionen schaffen – Schulen, höhere Schulen, also weiterbildende Schulen, Universitäten; Ausbau des Bildungswesens –, in denen im Grunde genommen das vorgefabrizierte Leitbild gar nicht mehr möglich ist? Das heißt: Langt überhaupt der Prozeß der schulischen Erziehung? Müssen wir nicht stärker durchstoßen in der Bundesrepublik, um von den von Ihnen beklagten Mißständen, die auch ich beklage, wegzukommen zum Prozeß der permanenten Erziehung der Nation? Mit dem, was Sie etwa die französische Bildungsrevolution nennen, ist es allein nicht getan. Das ist eine Erscheinung in der gesamten westlichen Welt.

Da liegen die eigentlichen Aufgaben einer Weiterführung der Kulturpolitik, da haben wir einen großen Nachholbedarf. Wir wollen über diese Einzelheiten hier sicherlich nicht sprechen. Aber so wie Sie es formulieren, Herr Walser – ich will nicht sagen: es ist falsch; ich bin da sehr viel vorsichtiger –, würde es in der radikalen Konsequenz im Grunde genommen zwangsläufig zweifellos zu einem ganz starken diktatorischen Staat führen müssen.

Prof. Dr. GEHLEN:

Es war von Ihnen außerordentlich liebenswürdig, Herr Präsident, daß Sie mich vorhin sozusagen aus dem Rennen nahmen. Aber ich bin doch immer dafür, am Nerv zu operieren. Ich bin noch nicht fertig mit der Macht der Massenmedien.

(Heiterkeit.)

Das Wort „Linksintellektuelle“ habe ich nicht in die Debatte geworfen; ich will es auch nicht aufnehmen. Das hat Gründe, weshalb ich es nicht gern tue. Der Begriff „links“ ist zu schwierig. Aber ich beharre doch auf der Behauptung, daß dort bisweilen – ich weiß sehr wohl, daß da immer verschiedene Stimmen zu Worte kommen – die Begriffe umgekrempelt werden, so daß diese Tendenz besteht.

Nun haben Sie nach Beispielen gerufen. Am 5. 3. dieses Jahres kam beispielsweise in Ihrem Sender eine sehr trostlose Geschichte aus dem Krieg. Die Sache hieß „Die Übungspatrone“. Ein Fahnenflüchtiger wurde nach Kriegsrecht exekutiert. Das wirft natürlich eine Masse der

schwierigsten Fragen auf. Aber mir so die Sprache oder die Begriffe umkrepeln zu lassen, wie das da kam, dazu habe ich keine Lust. Das hieß nämlich: Fahnenflucht ist doch kein Verbrechen, Feigheit ist doch kein Unrecht, das ist doch Veranlagung. – Gut, wenn wir uns darauf einlassen, dann müssen wir ja total umlernen. Ich weiß nicht, wo diese Umkrepelung unseres Denkapparates aufhören soll. Das nenne ich Macht ausüben, einem die Begriffe wegziehen.

(Lebhafter Beifall.)

SCHWAB-FELISCH:

Ein Wort pro domo. Ich habe diese Sendung nicht gehört.

Prof. Dr. GEHLEN:

Es ist wörtlich zitiert.

SCHWAB-FELISCH:

Ich glaube Ihnen das ohne weiteres. Ich würde die Fahnenflucht auch nicht verteidigen als einen absoluten Wert oder Unwert. Ich würde zum Beispiel jemand wie dem Anders, der sich zu seiner Fahnenflucht 1944 bekennt, das durchaus konzedieren.

(Zuruf: 1944!)

– 1944! Ich bin selbst Soldat gewesen, ich habe keine Fahnenflucht begangen, und ich habe auch nie daran gedacht, es zu tun. Ich würde doch sagen, daß es in einem Staat, dessen Regierung man als verbrecherisch erkannt hat, immerhin eine Diskussionsangelegenheit sei. Ich kenne den Kontext nicht, ich kann Ihnen darüber nichts sagen. Es kann auch eine Geschichte gewesen sein; ich weiß es nicht.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren, wir müssen diese ganz schwierige Geschichte heute abend aus dem Spiel lassen: das Verhalten im Rechts- und im Unrechtsstaat. Ich warne vor Parallelisierungen, die ganz falsch wären. Wir wollen das aus dem Spiel lassen, wir würden damit ohnehin nicht fertig.

Prof. Dr. JENS:

Wir haben gefragt: was erwarten die Intellektuellen vom Staat, und wir haben der CDU einen Lasterkatalog vorgeworfen. Ich möchte aber auch sagen, daß dieser Vorwurf zum großen Teil daher rührt, daß die Intellektuellen sich, zu einem großen Teil berechtigt, auch nicht richtig und nicht angemessen eingeschätzt wissen. Es ist tatsächlich so, Herr Präsident, daß natürlich die Intellektuellen – ich spreche vor allem von den Schriftstellern – in der Tat im Ausland – wir haben neulich in Düsseldorf darüber diskutiert – als die besten Botschafter unseres Landes angesehen werden. Ich glaube, man kann es ihnen nicht verübeln, daß sie sich ungern nur im Ausland als die Botschafter eines Landes, als die besten aller denkbaren des guten Deutschland ansehen und im Inland – wohlgerne: um Kritik wissend und um Kritik bittend – beschimpfen lassen. Ich glaube, daß die Schriftsteller ein bißchen mehr Achtung auch innerhalb der Mauern verdienen.

Die Frage war nun: Was erwartet der Staat von den Intellektuellen? Hier kann der Staat nur das eine erwarten: daß sie so unbotmäßig wie bisher, noch wesentlich unbotmäßiger sind. Es ist die Aufgabe der Intellektuellen – jetzt wiederum gerade der künstlerischen Berufe –, soweit wie möglich zu provozieren und auch das zu sagen – Herr Präsident, Sie erwähnten es vorhin –, was vielleicht einmal der Politiker nicht sagen kann, und eben hier freie Luft zu schaffen und dafür zu sorgen, daß sich nicht irgendwelche Komplexe anstauen, im Blick auf die Zukunft auch einmal etwas zu wagen, was im Augenblick politisch nicht opportun, was aber unter dem Aspekt von morgen, übermorgen und überübermorgen plötzlich außerordentlich sinnvoll sein kann.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Aber Herr Jens, wenn ihnen dann widersprochen wird . . . ,

Prof. Dr. JENS:

Dann würden wir uns freuen!

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

darf das nicht als Angriff auf den Geist angesehen werden.

Prof. Dr. JENS:

Nein, ich habe doch gesagt: ich freue mich, wenn der Strauß sagt: Geht aus dem Landel

(Heiterkeit.)

Das erwarte ich von ihm, so muß es sein.

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Herr Professor Mikat meinte natürlich etwas qualifiziertere Einlassungen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Prof. Dr. JENS:

Ganz offen gesagt, Herr Präsident, über die würde ich mich noch mehr freuen.

Das zweite, was ich sagen wollte: Die Worte sind überall im Umbruch. Gut: Zone, Ostzone, DDR, das ist ein fließender Prozeß; Vaterland hat neue Nuancen, ich glaube auch Fahnenflucht usw. Die Dinge sind im Fluß, die Werte schwimmen nun ein bißchen. Ein neuer Vaterlandsbegriff zeichnet sich ab. Überall sind neue Fronten. Warum soll der Intellektuelle diesem Prozeß nicht Ausdruck geben? Ich meine, man sollte ihm da vertrauen, man sollte auch der gesunden Reaktion der Leute vertrauen. Ich halte es für außerordentlich verkehrt, wenn nun gleich – das haben Sie nicht getan, Herr Gehlen – in irgendeiner Weise nach dem Kadi gerufen wird. Ich habe mich ehrlich gesagt geschämt: Wenn Golo Mann im Ausland etwas sagt, wird gleich gefragt – das geschah in einer Anfrage in unserem Landtag in Baden-Württemberg –: Was hat Golo Mann da gesagt? Ich meine, zwischen uns und dem Land, wo Herr Havemann zur Ordnung gerufen wird, ist dann doch noch ein Unterschied. Ich glaube also, daß man dem Intellektuellen wirklich Vertrauen schenken kann, daß man nicht hoffen soll – im Sinne

der Wirtschaft, wie Herr Walser es ausgesprochen hat –, man könnte ihn etwa kaufen und zur Verbrämung der eigenen Position verwenden. Man soll ihn ruhig als den agilen sokratischen Partner anerkennen, wenn Sie so wollen, als den Stachelsporn des Landes.

Kultusminister Prof. Dr. MIKAT:

Für das erste bin ich sehr dankbar: das starke Heranziehen des Intellektuellen zur Vertretung der Nation. Ich habe immer die Franzosen und Engländer wegen des Aufbaus ihres diplomatischen Dienstes bewundert. Neulich habe ich einen Vortrag eines Kollegen aus Cambridge gehört, der bezeichnend war. Er begann damit, daß er sagte: Die Hauptmißverständnisse der britischen und der deutschen Außenpolitik können unter Umständen darauf bestehen, daß jeder deutsche Botschafter und jeder deutsche Gesandte meint, wenn er mit einem englischen Diplomaten spricht, daß dieser auch Jura studiert habe. Dieses Diktum, das der Kollege aus Cambridge überscharf brachte, beleuchtet eine Situation, die vor allen Dingen auch für Frankreich typisch ist: daß man in bestimmten Situationen und für bestimmte Missionen die ganze geistige Elite viel stärker heranzieht und sie gewissermaßen in die Verantwortung auch des Staates mit hineinzieht, als das etwa bei uns, bei unseren wirklich elenden Laufbohrvorschriften, die wir nun einmal haben, der Fall ist.

Beim zweiten würde ich sagen: Natürlich muß der Staat oder auch eine politische Partei vom Intellektuellen Hilfe erwarten, die darin besteht, daß er nicht nur die eigene Position, sondern auch die des anderen, des Politikers, in Frage stellt. Das ist ganz klar. Wenn ihm aber dann auf Grund von anderen politischen Einsichten widersprochen wird – darum ging es mir –,

(Prof. Dr. Jens: Dann sollte man nicht weinen!)

dann sollte man nicht nur nicht weinen, sondern dann sollte man das nicht als einen Widerspruch gegen den Geist ansehen, sondern als die Aussage einer anderen verantwortungsvollen Position hinnehmen. Das impliziert zugleich, daß der Intellektuelle eine Verpflichtung gegenüber dem Gesamten der Nation auch seiner Sprache hat; das sind ja korrespondierende Größen. Das heißt: auch er schwebt nicht im luftleeren Raum. Natürlich kann er manches sagen, was vielleicht der vorsichtige Politiker nicht sagen kann. Aber das, was er sagt, steht unter bestimmten übergreifenden Verpflichtungen. Er ist nicht derjenige, der völlig freigesetzt ist, sondern auch er ist in die Verantwortung gegenüber der Nation hineingestellt.

(Beifall.)

SCHWAB-FELISCH:

Ich möchte das, was Herr Mikat gesagt hat, von unserer Seite bekräftigen. Ich verkenne nicht, daß die Länder vor allem und auch Bonn sehr viel getan haben und daß es uns Intellektuellen heute außerordentlich gut geht durch die Konjunktur und durch diese Dinge. Das ist überhaupt nicht zu verkennen. Nur ist es so, daß die Intellektuellen sich

mehr Partnerschaft wünschen. Der Staat kann sich in jedem seiner Organisationsteile darauf verlassen, daß bei den Intellektuellen das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie Opposition im Rahmen des Grundgesetzes, das sie anerkennen, üben können. Dieses Grundgesetz ist von niemandem in Frage gestellt worden, und ich glaube, darauf kommt es an.

Dr. WALSER:

Wir sind eben Intellektuelle. Ich stimme weder Schwab-Felisch noch Jens da zu. Das hat so einen Apotheosecharakter, was da gesprochen wird. Auf mich wirkt es so – so habe ich das Thema nun wirklich nicht verstanden –, als müßten wir den Staat angehen, daß er uns mehr Einfluß verschafft.

(Widerspruch im Publikum.)

Ich persönlich würde es immer ablehnen, diesen Staat, wie er im Augenblick besteht, zum Beispiel repräsentieren zu müssen. Man wird mich Gott sei Dank auch nicht darum fragen.

(Erneuter Widerspruch und Zurufe.)

Ich möchte vielleicht mitarbeiten, diese Gesellschaft so verändern zu helfen, wie ich mir das vorstelle. Ich glaube auch nicht – das hielte ich wieder für eine Dekorationsfunktion des Intellektuellen –, daß er mit Repräsentation oder mit Vertretung in irgendeiner Weise zu tun hat. Wenn er von Nutzen sein kann, dann nur als einer, der nicht im wirtschaftlichen Prozeß gebunden ist und der deswegen die Nase ein bißchen freier von Einzelheiten hat und etwas dazu sagen kann, was die anderen, die im Prozeß mit Verantwortung beladen sind, nicht mehr so sehen. Das ist ein Unterschied zu einem Satz, den Erhard gesagt hat: Er will die Selbständigen vermehren, das Selbständigwerden hat den Vorrang. Ich würde immer sagen: man muß die Unabhängigen – und nicht die Selbständigen – vermehren; das heißt: ich spreche nicht wirtschaftlich, sondern – entschuldigen Sie – intellektuell, und da ist mir Unabhängigkeit der größte Wert im Staat.

(Beifall.)

Bundestagspräsident D. Dr. GERSTENMAIER:

Meine Damen und Herren! Es würde dem Charakter dieses Gesprächs nicht entsprechen und es ist nicht die Absicht der Veranstalter – hoffentlich auch nicht der Teilnehmer –, hier eine Harmonie oder, wie Dr. Walser eben gesagt hat, eine Schlußapotheose zustande zu bringen, die doch nicht der wirklichen Situation, in der wir uns befinden, entsprechen würde. Darauf legen wir keinen Wert; an diesen Deklamationen haben wir in diesem Staat viel zuviel, und das macht ihn nicht gerade attraktiver.

Ich möchte noch folgendes sagen: Herr Dr. Walser, was Sie hier die Unabhängigkeit genannt haben, das wird im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Freiheit genannt. Und das ist allerdings – davon bin ich überzeugt – eine Sache, die ernst genommen wird. Sie

schließt die Gleichschaltung – es gibt auch hübschere Worte für den gleichen Vorgang –, übrigens auch im Gesellschaftlichen, aus. Es gibt dennoch einen Konformismus im Gesellschaftlichen, der von monumentaler Kraft und Gewalt ist; das weiß ich, da stimme ich Ihnen zu. Herr Dr. Walser, diesem Konformismus gegenüber sich zu behaupten in seiner Eigentlichkeit, seinem individuellen Profil, ist aber nun eine Sache, die des Schweißes der Edlen wert ist.

Nun haben wir den ganzen Abend vom Staat geredet. Wer ist denn eigentlich der Staat, soweit er überhaupt handlungsfähig ist? Das sind in der repräsentativen Demokratie die Leute, die ins Parlament geschickt werden und ihrerseits wieder eine Regierung wählen.

Herr Dr. Walser, ich gebe zu bedenken: Wenn Sie sagen: ich fühle mich in der Minorität freier, dann kann ich Ihnen das nachfühlen. Ich weiß aber gar nicht, ob es unziemlich ist, wenn ich dann fragen würde: Fühlen Sie sich in der Minorität deshalb freier, weil Sie sich dabei freigestellt fühlen von der Verantwortung fürs Ganze?

(Lebhafter Beifall.)

Denn Mehrheit bedeutet nach den Verfahrensregeln dieses Staates ja nicht nur: Rechte in Anspruch nehmen, sondern die verdammte Pflicht übernehmen müssen, fürs Ganze zu sinnen und zu denken.

(Erneuter Beifall.)

Dieser Staat geht von einer Voraussetzung aus: Daß sich eben immer wieder Menschen finden, die sich diesem Risiko stellen, auch auf die Gefahr hin, daß sie selber einsehen: wir machen es nicht ideal; aber es muß ja gemacht werden. Ich finde, daß die Mehrheit, wie sie auch immer aussieht und von wem sie auch immer gestellt wird, in diesem Staat so großzügig sein muß – nicht nur sein sollte, weil sie das nämlich dem Geist des Grundgesetzes schuldig ist –, daß sie Minderheiten gestattet und daß sie darauf verzichtet, irgendwelche Gleichschaltungsversuche zu unternehmen.

Meine Herren, Sie haben mit Gründen, die ich respektiere, sich heute abend recht deutlich darüber beklagt, daß man von einer regierenden Partei her nicht etwas früher und nicht öfter den Versuch unternommen hat, den wir heute abend gemacht haben. Um es Ihnen kurz zu sagen: Ich messe diesem Versuch keinen propagandistischen Wert bei. Denn in Wahlen entscheiden leider Gottes eben immer nur die großen Zahlen, und man kann nicht sagen, daß die Intellektuellen rein zahlenmäßig in diesem Volk die Masse ausmachen. Aber ich würde sagen, daß sich in einem solchen Versuch doch die Bereitschaft einer Partei, die in ihrer Weise die Macht trägt und unter der Macht leidet – das gibt es nämlich auch –, zeigt, unter Verzicht auf alle Gleichschaltungsversuche sich mit einer Minderheit zu verständigen und ihr damit auch die Ehrerbietung entgegenzubringen, auf die diese Minderheit einen Anspruch hat, dann nämlich, wenn man sieht, daß sie es immerhin ernstlich und redlich meint und daß es nicht reiner Aberwitz ist, sondern daß sie aus dem heraus handelt, was wir das Reflektieren nennen,

das Bei-sich-selber-sein des Geistes: die Selbstverantwortung unter geistigen Gesichtspunkten.

Bei einem solchen Respekt vor der Minderheit bleibt es natürlich trotzdem wahr: Wer in diesem Staat wirklich handeln und gestalten will, wer auch Einfluß nehmen will auf die im übrigen recht freie Staatsgesellschaft, der muß sich wahrscheinlich dazu entschließen, in die Aschenbahn der Politik herabzusteigen oder aber sie mit seiner Feder so zu beeinflussen, daß er dabei gehört wird.

Ich glaube, meine Herren, daß Sie sich nicht ganz darüber im klaren sind, daß wir mehr hören, als wir zu erkennen geben, Herr Professor Jens.

(Prof. Dr. Jens: Sagen Sie es mal!)

Aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auf der anderen Seite vorsichtig wären mit Autoritätsansprüchen. Denn Autorität hat man nicht kraft Anspruchs, sondern einfach kraft Leistung.

(Beifall. – Prof. Dr. Jens: Das sagen wir auch!)

Aber in einer Sache, meine Herren – Herr Dr. Walser, ohne Apotheose –, könnten wir uns, glaube ich, verständigen: Dieser Staat hat nicht aufgehört, sich als einen Kulturstaat zu begreifen. Was heißt denn das? Das heißt nicht, daß er nun materielle Kultur setzt, Kultur produziert und Kultur machen will, sondern das heißt, daß er sich einem Umgang mit der Macht verpflichtet fühlt, in dem die Macht gezähmt, aber nicht gelähmt wird. Meine Herren, ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie an dieser Zähmung der Macht von Ihrem Standpunkt aus aktiv und rege Anteil nehmen und sich dabei so weit wie möglich für das öffentliche Ganze engagieren würden. Ob Sie dabei unbotmäßig oder botmäßig sind, spielt überhaupt keine Rolle. Es kommt auf die Seriosität des Engagements an.

Aber es hat keinen Zweck, die Macht und diejenigen, die sie handhaben müssen, einfach dadurch zu diskreditieren, daß man sagt: die Macht ist vielleicht böse, aber mindestens von der Art, daß wir als Geistige uns von ihr distanzieren und mit ihr nichts zu tun haben wollen. Das würde einem moralischen und geistigen Verdikt der Macht gleichkommen, das wir doch in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht haben können.

Auf der anderen Seite: Wir wissen, was wir den Geistträgern in unserem Volk und insbesondere den Künstlern und Wissenschaftlern und *all denen, die redlich mit dem Geist zu leben versuchen, schuldig sind.* Ich möchte für meine Partei ausdrücklich sagen: Auch wenn wir uns hundertmal mit ganz anderen Sachen beschäftigen und wenn die Verlautbarungen gar nicht danach aussehen, so habe ich doch in 15 Jahren nicht den Eindruck gehabt, daß die Christlich Demokratische Union, an deren Parteitagrand wir diese Diskussion geführt haben, ohne Ehrerbietung sich denen in unserem Volk gegenüber zu verhalten wünscht,

die für den Geist stehen und das Risiko und das Wagnis, das jeden Tag von neuem darin liegt, auf sich nehmen.

In diesem Sinne, meine Herren, wo Sie auch immer stehen und in der Zukunft Ihre Standorte nehmen werden: für diesen Abend danke ich Ihnen.

(Lebhafter Beifall.)

INHALT

	Seite
<i>Erster Tag:</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses 4
<i>Zweiter Tag:</i>	Eröffnungssitzung
	1. Plenarsitzung
<i>Parteivorsitzender Dr. Adenauer:</i>	Eröffnungsworte 5
<i>Präsident Dr. Fricke:</i>	Begrüßung 6– 13
	Begrüßungen
	Oberbürgermeister Holweg 13
	Erwiderung Dr. Fricke 15
	Dr. h. c. Strauß 16
<i>Dr. Konrad Adenauer:</i>	Zur Lage 18– 33
	2. Plenarsitzung
<i>Geschäftsführender Vorsitzender Dufhues:</i>	Rechenschaftsbericht 35– 49
	Begrüßungen
	Dr. Freckmann, Hannover 50
	Dr. Tenchio, Schweiz 50
	Leif Cassel, Skandinavien 52
	Dr. von Niftrik, Holland 54
	Mrs. Emmet, Großbritannien 55
	Dr. Gleissner, Oesterreich 56
	Aussprache
	Dr. Wlaschek 59
	Dr. Klepsch 61
	Jansen 63
	Dr. Kohl 64
	Rock 70
	Lutz 71
	Dr. Gradl, MdB 72
	Schlömer 76

Vogel	76
von Hassel	77
Duffhues	81

Dritter Tag :

3. Plenarsitzung

<i>Dr. Barzel, MdB:</i>	Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion	85 – 98
<i>Prof. Dr. Ludwig Erhard:</i>	Referat des Bundeskanzlers	100 – 123
	Abgeordneter Luciano dal Falco (Democrazia Christiana)	124

Aussprache

Prof. Dr. Friedensburg, MdB	126
Ministerpräsident Kiesinger	130
Amrehn	137

**Arbeitskreis I: „Grundsatzfragen –
Fragen der
Parteiarbeit“**

Vorsitzender Bundestagspräsident Dr. D. Gerstenmaier	142
Bausch, MdB	145
Dr. D. Gerstenmaier	145
Bausch, MdB	148
Dr. D. Gerstenmaier	148
Dr. Feilcke	149
Dr. D. Gerstenmaier	151
Dr. Folkers	152
Dr. Kohl, MdL	153
Dr. D. Gerstenmaier	154
Dormer	155
Silberstein	155
Gerhardt	156
Dr. D. Gerstenmaier	156
Hauser, MdL	158
Duffhues	160
Hoffmann*	161
Morthorst	163
Duffhues	164
Hansen	166
Kunze	167
Schlichting	168

Dr. Adenauer, MdB	169
Dr. D. Gerstenmaier	173
Dr. Adenauer, MdB	175
Gerhardt	177
Dufhues	179
Adamzyk	180
Hezinger	181
Then	182
Mollin	183
Rock	184
Frau Hartmann	186
Dufhues	187
Dr. D. Gerstenmaier	187
Fink	187
Lenze, MdB	188
Dr. D. Gerstenmaier	190
Dr. Adenauer, MdB	195
Gerhardt	196
Dr. D. Gerstenmaier	196
Dr. Adenauer, MdB	197
Dr. D. Gerstenmaier	197
Dufhues	198
Dr. D. Gerstenmaier	198

**Arbeitskreis II: „Außen- und
Sicherheitspolitik“**

Vorsitzender Prof. Dr. Furler, MdB .	200
Dr. Gradl, MdB	201
Lindner	206
Dr. Wagner	207
Dr. Marx	208
Frhr. v. und zu Guttenberg, MdB ..	211
von Merkat, MdB	214
Ortmann	217
Dr. Schröder	218
Dr. Jäger	225
von Hassel	228
Blumenfeld, MdB	233
Dr. Schröder	236
Majonica, MdB	239

Rommerskirchen, MdB	243
Dr. Kopf, MdB	245
Hahner	248
Dr. Kliesing, MdB	250
Dr. Furler, MdB	254

Arbeitskreis III: „Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Vorsitzender Bundesminister a. D. Dr. Wilhelmi, MdB	255
Referat Bundesminister Schmücker	255 – 262
Blank	263
Frau Dr. Schwarzhaupt	269
Katzer, MdB	271
Etzel, MdB	276
Dr. Deus	282
Dr. Elbrächter, MdB	283
Dr. Adenauer jr.	286
Mick, MdB	288
Katzer, MdB	290
Russe	291
Dr. Burgbacher, MdB	296
Greiss	300
Dr. Hellwig	302
Dr. Wilhelmi, MdB	303 – 305
Katzer, MdB	304 – 305
Dr. Dollinger	306
Kühlthau	308
Dr. Schmidt, MdB	309
Schmitz	313
Dr. Deus	314 – 315
Neuhaus	315
Michaely	316
Riedel, MdB	317
Blank	318
Mazius	319
Stein, MdB	320
Katzer, MdB	321 – 323
Dr. Wilhelmi, MdB	324
Dr. Scheufelen	324

Dr. Becker, MdB	325 – 328
Katzer, MdB	327
Schmücker	328
Etzel, MdB	329
Dr. Wilhelmi, MdB	329
Schmitz	330
Stein, MdB	331
Frau Dr. Ketzer	332
Dr. Deus	333
Blank	333
Schütze	334
Blank	334
Stingl, MdB	335
Dr. Wilhelmi, MdB	335

Arbeitskreis IV: „Kulturpolitik“

Vorsitzender Prof. Dr. Hahn, MdB	337
Referat Kultusminister	
Prof. Dr. Mikat	337 – 335
Dr. Hahn, MdB	355
Kiesinger	356
Dr. Martin, MdB	359
Dr. Stoltenberg, MdB	361
Dr. Mikat	363
Dr. Redeker, MdL	367
Dietz	369
Dr. Martin, MdB	370
Kiesinger	372
Dr. Hahn, MdB	372
Frau Dr. Teusch	373
Dr. Hahn, MdB	373
Giesberts	374
Siebrecht	376
Frau Moshagen	377
Damm	379
Eckstein	381
Kiesinger	383
Dr. Hofmann, MdL	383
Dr. Wootje	385
Dr. Mai	387

Staats	390
Dr. Hofmann, MdL	391
Dr. Wilde	392
Dr. Stoltenberg, MdB	393
Dr. Hahn, MdB	397

Arbeitskreis V: „Agrarpolitik“

Vorsitzender Struve, MdB	398
Referat Minister Niermann	398 – 401
Struve, MdB	401
Völker	401
Struve, MdB	401
Schwarz	402
Bauknecht, MdB	406
von Lautz	411
Dr. Siemer, MdB	413
Richarts, MdB	416
Westernacher, MdL	419
Balkenhol, MdB	423
Damm	426
Völker	428
Schwarz	429
Klinker, MdB	432
Dr. Reinhard, MdB	434
Frau Bertram	436
Platten, MdL	438
Struve, MdB	439
Wehren, MdL	440
Lücken-Klaassen, MdL	440
Struve, MdB	442
Lücke-Klaassen, MdL	442
Schwarz	443
Niermann	444
Völker	445
Niermann	446
Völker	446
Struve, MdB	447

Vierter Tag:

4. Plenarsitzung

Berichte aus den Arbeitskreisen

<i>Amrehn:</i>	Arbeitskreis I	449 – 456
<i>Dr. Kliesing, MdB:</i>	Arbeitskreis II	456 – 462
<i>Stingl, MdB:</i>	Arbeitskreis III	462 – 472
<i>Dr. Stoltenberg, MdB:</i>	Arbeitskreis IV	472 – 479
<i>Bauknecht, MdB:</i>	Arbeitskreis V	479 – 483

Aussprache

Weidner	484
Präsidentin Kalinke	485
Dr. Jungmann	487
Stingl, MdB	488
Kalinke	490

5. Plenarsitzung

<i>Präsident Dr. Fricke</i>	491
-----------------------------------	-----

Wahlen

<i>Wegmann für Mandatsprüfungskommission</i>	491
<i>Dr. Fricke</i>	492
<i>Dr. Fricke</i>	494

Wahl des Bundesvorsitzenden 496

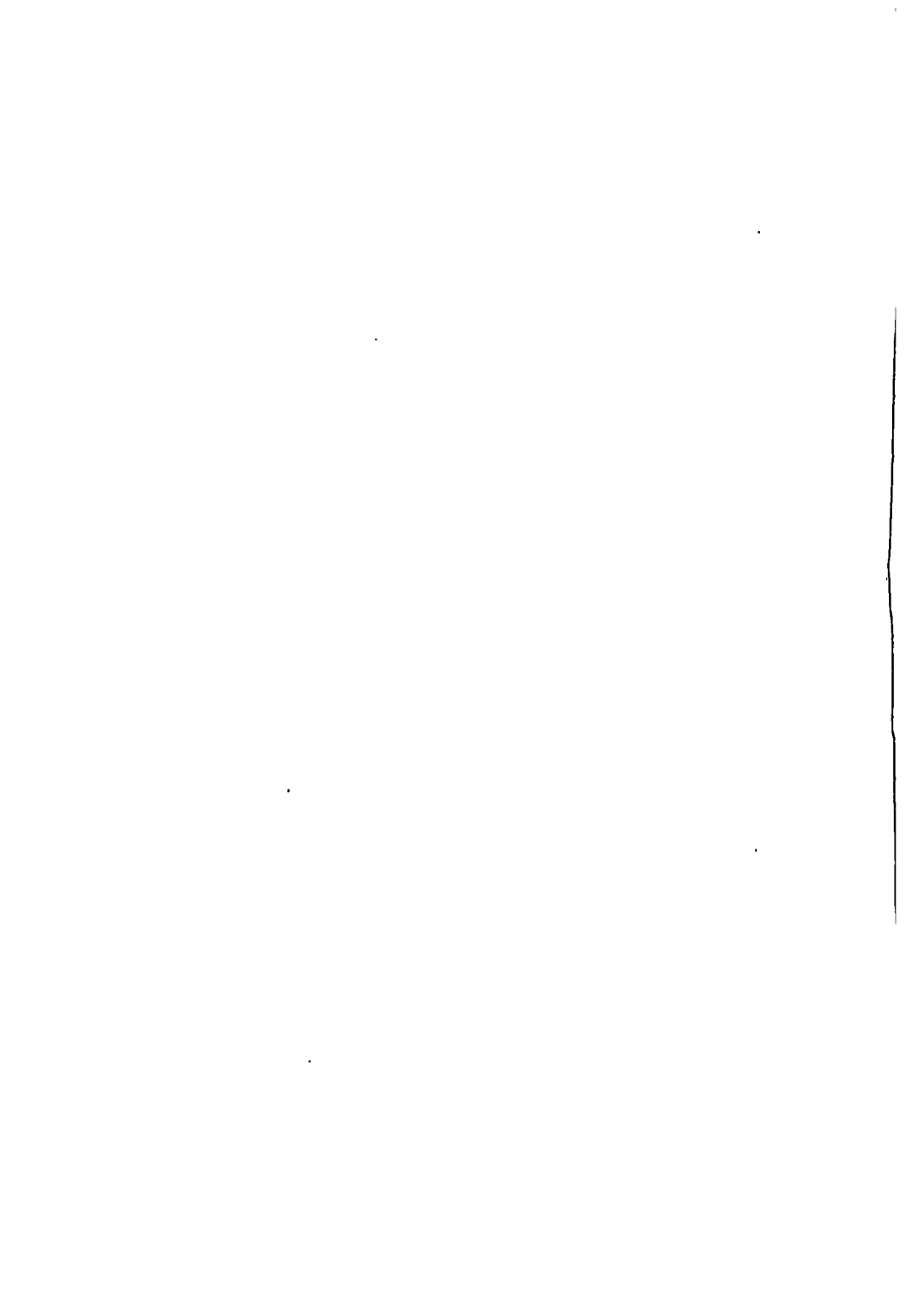
<i>Mick, MdB</i>	497
<i>Schaaf, MdB</i>	497
<i>Lücke</i>	497
<i>Dr. Fricke</i>	497

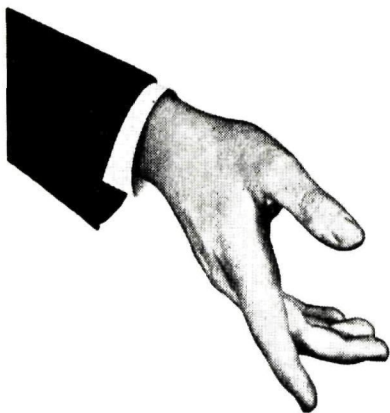
Wahl des Geschäftsführenden
Vorsitzenden und weitere Wahl-
ergebnisse

<i>Bundesvorsitzender Dr. Konrad Adenauer</i>	502 – 505	
<i>Dr. Fricke:</i>	Schlußwort	505
	Entschließungen	508 – 521

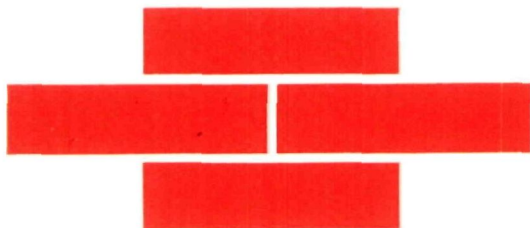
Agrarpolitisches Aktionsprogramm .

<i>Jugendforum</i>	(Podiumsgespräch, 14. März 1964) ..	522 – 547
<i>„Geist – Stiefkind der Nation?“</i>	(Podiumsgespräch, 15. März 1964) ..	548 – 588





**Auf diese
Steine
können
Sie
bauen**



Hunderttausende haben schon mit Hilfe von „Schwäbisch Hall“ gebaut, sie haben richtig gewählt, denn „Schwäbisch Hall“ garantiert Erfahrung, Umsicht, Finanzkraft und solide Leistung. Fragen Sie einen Mitarbeiter unseres Außendienstes, eine unserer Landesstellen oder bei einer der 15000 Volksbanken, Genossenschaftsbanken, Raiffeisenkassen, Spar- und Darlehnskassen.

BAUSPARKASSE

Schwäbisch Hall

Die Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenkassen

Landesstellen in

Berlin, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln,
Mainz, München, Münster, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart

